

EUROPA-ARCHIV

Herausgegeben von Wilhelm Cornides

11/I

ELFTES JAHR

JANUAR - JUNI 1956

INSTITUT FÜR EUROPÄISCHE POLITIK UND WIRTSCHAFT
FRANKFURT AM MAIN

Inhalt

Verzeichnis der Beiträge und Dokumente	3*
Sachverzeichnis	6*
Personenverzeichnis	21*

Erläuterungen

Im Sachverzeichnis sind die Seitenzahlen des zu einem Stichwort gehörenden Hauptbeitrages sowie des Wortlauts zugehöriger Dokumente durch fetteren Druck hervorgehoben; ein Stern vor der Seitenzahl verweist auf Notizen in der Zeittafel.

Berichtigungen

Folge 3/1956:

S. 8595, rechte Spalte, 28. Zeile nach dem Zwischentitel, lies richtig: „Ausnahme-genehmigung“.

S. 8599: Die Jahreszahl in der Ueberschrift lautet richtig: 1956.

Folge 4/1956:

S. 8615, linke Spalte, 9. Zeile: Das richtige Datum der Wahl ist: 11. September 1955.

Folge 6—7 1956:

S. 8701: Unter Artikel 68, 2. Zeile, heißt es richtig: „des Interamerikanischen Rates“.

S. 8713: Die Erklärung des sowjetischen Außenministeriums trägt das Datum vom 13. Februar 1956.

Folge 9/1956:

S. 8811, rechte Spalte, 1. Zeile, lies richtig: 1956/60.

S. 8824, Anm. 48, 7. Zeile, lies richtig: „4 offiziell eines natürlichen Todes gestorben (Stalin, Mechlis, Schkirjatow, Wyschinski)“.

Folge 10/1956:

S. 8875, Anm. 74, 10/11. Zeile: Der Name des Militärattachés lautet richtig: Hauptmann Woronzow.

Folge 12/1956:

S. 8963, rechte Spalte, 43. Zeile, lies richtig: „Die Höhe der dem Staat . . .“.

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co.).

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.).

Anschrift der Schriftleitung: Frankfurt a. M., Myliusstr. 20, Telefon 77 80 21.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung
Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstr. 20, Telefon 77 33 47.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M.,
Große Eschenheimer Straße 16—18.

Verzeichnis der Beiträge und Dokumente

Verzeichnis der Beiträge

Frankreich, Deutschland und Europa. Von Prof. Dr. Arnold Bergsträsser	8509
Die Vereinigten Staaten und die Organisation für Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Handels. Von Raymond Vernon	8541
Die Dollarlücke als Störungsfaktor im internationalen Handel. Von Dr. Karl Sanders	8549
Die politische Philosophie Woodrow Wilsons in heutiger Sicht. Gedanken zum 100. Geburtstag. Von Adlai E. Stevenson	8573
Gegenwartstendenzen in der natürlichen Bevölkerungsbewegung europäischer Völker. Von Dr. Fritz Below	8577
Die Entwicklung in Indochina seit den Genfer Abkommen vom Juli 1954. Von Prof. Roger Lévy	8609
Rückblick auf die Wahlen in Frankreich. Von Prof. Alfred Grosser	8641
Die Ueberwindung der amerikanischen Gewerkschaftsspaltung. Von Dr. J. W. Brügel	8651
Die Aera Perón. Eine Phase der nationalen Entwicklung Argentiniens. Von George Pendle	8673
Das amerikanische Regionalsystem. Von Prof. Miguel Jorin	8682
Veränderungen der internationalen Kapitalposition Großbritanniens. Ursachen für den Uebergang von der Gläubiger- zur Schuldnerstellung. Von Dr. Karl Peters	8705
Die Wiederherstellung der vollen Unabhängigkeit Oesterreichs durch den Staatsvertrag vom 15. Mai 1955	8741
Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Probleme und Aussichten. Von Prof. Philip E. Mosely	8797
Die Ergebnisse des 20. Parteikongresses der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Von Dr. Boris Meißner	8803
Fortsetzung und Schluß	8845
Die geistesgeschichtlichen Voraussetzungen der Sowjetpädagogik. Von Dr. Leonhard Froese	8825
Gegenseitige Staatsbesuche als Teil des neuen Kurses in der sowjetischen Außenpolitik. Von Dr. Curt Gasteyger	8897
Fortsetzung und Schluß	8949
„Massenproduktion, Wettbewerb und europäische Vereinigung“. Zu einer amerikanischen Betrachtung der europäischen Integration. Von Kurt H. Biedenkopf	8915
Die Bedeutung der Notenbanken für eine gemeinsame europäische Währungspolitik. Von Dr. Lutz Köllner	8961
Literatur zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Rezensionen und Bibliographie). Von Dr. Ernst Steindorff	8967

Verzeichnis der Dokumente

(nach der Zeitfolge)

Dokumente zur Geschichte des amerikanischen Regionalsystems (1811—1948)	
Projekt einer Erklärung der Rechte des chilenischen Volkes von 1811	8689
Der „Brief aus Jamaica“ von Simón Bolívar (6. September 1815)	8690
General Bolívars Einladung zum Kongreß von Panama (7. Dezember 1824)	8692
Reuben Clark-Memorandum vom 17. Dezember 1928 (Auszug)	8693
Verkündung der Good Neighbor Policy (Auszug aus der Antrittsbotschaft Präsident Roosevelts vom 4. März 1933)	8694
Zusatzprotokoll über Nichteinmischung, angenommen auf der Interamerikanischen Konferenz zur Erhaltung des Friedens, Buenos Aires, 23. Dezember 1936	8694
Deklaration über gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit zur Verteidigung der Nationen Amerikas, Havanna, 30. Juli 1940	8694
Erklärung und Entschließung über die Erhaltung und Verteidigung der Demokratie in Amerika, Bogotá, 2. Mai 1948	8695
Deklaration über die Ausübung des Rechts auf Kontinuität diplomatischer Beziehungen, Bogotá, 2. Mai 1948	8695
Satzung der Organisation der Amerikanischen Staaten (Charta von Bogotá) vom 2. Mai 1948	8696
Vertrag zwischen der Sowjetunion und Afghanistan über Neutralität und Nichtangriff vom 24. Juni 1931	8591
Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Oesterreich vom 15. Mai 1955	8745
Zugehörige Dokumente:	
Die Memoranden vom 10. Mai 1955 über die Verhandlungen zwischen den drei Westmächten und Oesterreich, nebst erläuternder Bekanntmachung der österreichischen Bundesregierung vom 1. Dezember 1955	8556
Aegyptisch-syrischer Verteidigungspakt vom 20. Oktober 1955	8711
Weitere Dokumente zur Genfer Außenministerkonferenz der Vier Mächte vom 27. Oktober bis zum 16. November 1955	
Vorschläge der Westmächte zu Punkt 1 der Tagesordnung (Deutschland und europäische Sicherheit)	8516
Vorschläge der Sowjetunion zu Punkt 1 der Tagesordnung	8519
Erklärung der Regierung der DDR, der Außenministerkonferenz am 31. Oktober 1955 übermittelt	8522
Kommuniqué der Ministerkonferenz des Bagdad-Paktes in Bagdad am 21. und 22. November 1955	8527

EntschlieBungen des VIII. Jahreskongresses der Europa-Union Deutschland in Berlin vom 25. bis zum 27. November 1955		Botschaft Eisenhowers an Bulganin vom 1. März 1956	8717
zur Wiedervereinigung Deutschlands	8532	Ergebnisse der Sitzung des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrags in Prag am 27. und 28. Januar 1956	
zur europäischen Integration	8533	Schlußkommuniké	8622
EntschlieBungen der 16. Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 13. Dezember 1955 in Paris		Deklaration der Staaten des Warschauer Vertrags	8622
über eine gemeinsame Politik in den Beziehungen zwischen Ost und West	8568	Die Ergebnisse der Besprechungen zwischen Präsident Eisenhower und Premierminister Sir Anthony Eden in Washington vom 30. Januar bis zum 1. Februar 1956	
über die Verlängerung des Mandats des Sonderbeauftragten für die nationalen Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse sowie die Bildung eines europäischen Wiederansiedelungs-Fonds	8568	Kommuniké	8619
Ergebnisse der Besuche Bulganins und Chruschtschows in Indien, Burma und Afghanistan		Gemeinsame Erklärung	8620
Sowjetisch-indisches Kommuniké über die Wirtschaftsbeziehungen vom 13. Dezember 1955	8589	Regierungserklärung von Ministerpräsident Guy Mollet vor der französischen Nationalversammlung am 31. Januar 1956	8646
Sowjetisch-afghanisches Kommuniké über die Wirtschaftsbeziehungen vom 18. Dezember 1955	8590	Deutsch-italienisches Kommuniké vom 9. Februar 1956 über den Staatsbesuch des italienischen Ministerpräsidenten in Bonn	8660
Protokoll vom 18. Dezember 1955 über die Verlängerung des Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrages zwischen der UdSSR und Afghanistan (Zusammenfassung der übrigen Dokumente)	8590 8589	Dokumente zur Weiterführung der wirtschaftlichen Integration Europas	
Kommuniké der Tagung des Rates der Westeuropäischen Union in Paris am 14. Dezember 1955	8556	Kommuniké der Außenministerkonferenz der Staaten der EGKS in Brüssel am 11. und 12. Februar 1956	8659
Dokumente zur Lösung der Saarfrage		Kommuniké der Außenministerkonferenz der Staaten der EGKS in Venedig am 29. und 30. Mai 1956	8971
Kommuniké über die deutsch-französischen Besprechungen in Paris am 15. Dezember 1955	8556	Beschlüsse des 20. Parteikongresses der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vom 14. bis zum 25. Februar 1956	
Kommuniké über die deutsch-französischen Besprechungen in Luxemburg am 4. Juni 1956	8971	über Teilabänderungen am Statut der KPdSU	8810
Kommuniké der Ministertagung des Nordatlantikerates in Paris am 15. und 16. Dezember 1955	8555	über die Ausarbeitung eines neuen Programms der KPdSU	8811
Resolution der 10. Vollversammlung der Vereinten Nationen zur Abrüstungsfrage vom 16. Dezember 1955	8661	Zugehörige Dokumente:	
Die Ergebnisse des Besuchs einer Regierungsdelegation der DDR in der Volksrepublik China		Anordnung des ZK der KPdSU vom 10. Januar 1955 über die Verlegung des Lenin-Gedenktages	8804
Gemeinsame Erklärung vom 25. Dezember 1955	8592	Kommuniké über die Plenarsitzung des ZK der KPdSU vom 4. bis zum 12. Juli 1955	8805
Vertrag über Freundschaft und gegenseitige Zusammenarbeit zwischen der DDR und der Volksrepublik China vom 25. Dezember 1955	8594	Offener Brief des Außenministers W. M. Molotow an die Zeitschrift „Kommunist“ vom 16. September 1955	8806
Gemeinsame jugoslawisch-ägyptische Erklärung vom 6. Januar 1956 zum Abschluß des Besuchs von Präsident Tito in Ägypten	8625	Erklärungen des sowjetischen Außenministeriums zur Lage im Nahen und Mittleren Osten	
Die Gründung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa in Paris am 18. Januar 1956		vom 15. Februar 1956	8713
EntschlieBung des Aktionskomitees	8627	vom 17. April 1956	8834
Gemeinsame Erklärung	8627	Erklärung der TASS zur deutschen Frage vom 1. März 1956	8773
Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Verteidigung der DDR vom 18. Januar 1956	8621	Dokumente zur Herstellung der Unabhängigkeit von Marokko und Tunesien	
Deutsch-indisches Kommuniké vom 19. Januar 1956 über den Staatsbesuch von Vizekanzler Blücher in Indien	8625	Französisch-marokkanische Erklärung vom 2. März 1956, mit zugehörigem Protokoll, Briefwechsel und Kommuniké	8883
Sowjetisch-amerikanischer Gedankenaustausch über die gegenseitigen Beziehungen und die internationale Lage		Französisch-tunesisches Protokoll vom 20. März 1956, mit zugehörigem Kommuniké	8885
Botschaft Bulganins an Eisenhower vom 23. Januar 1956	8655	Spanisch-marokkanische Erklärung vom 7. April 1956, mit Zusatzprotokoll	8886
Antwortschreiben Eisenhowers an Bulganin vom 28. Januar 1956	8657	Zur Haltung der Sozialistischen Internationale gegenüber den kommunistischen Parteien	
Zweite Botschaft Bulganins an Eisenhower vom 1. Februar 1956	8714	EntschlieBung des Generalrates, Zürich, 4. März 1956	8785
		Erklärung des Büros, London, 7. April 1956	8880
		Kommuniké vom 6. März 1956 über den Besuch des dänischen Ministerpräsidenten Hans C. Hansen in der Sowjetunion	8773

Kommuniké der 2. Tagung des Rates der SEATO in Karatschi vom 6. bis zum 8. März 1956 . . .	8776	Kommuniké der Tagung des Rates der Westeuropäischen Union in Paris am 3. Mai 1956 . . .	8920
Kommuniké der Konferenz der Staatsoberhäupter Ägyptens, Saudi-Arabiens und Syriens in Kairo vom 6. bis zum 11. März 1956	8775	Kommuniké der Ministertagung des Nordatlantikrates in Paris am 4. und 5. Mai 1956	8919
Kommuniké über die Besprechungen zwischen Premierminister Sir Anthony Eden und Ministerpräsident Guy Mollet in Chequers vom 10. bis zum 12. März 1956	8718	Gemeinsame sowjetisch-französische Erklärung vom 19. Mai 1956 über den Staatsbesuch des französischen Ministerpräsidenten Guy Mollet in der Sowjetunion	8920
Schlußkommuniké vom 27. März 1956 über die internationale Konferenz zur Schaffung eines „Vereinigten Instituts für Kernforschungen in den Ländern der Volksdemokratie“ in Moskau	8836	Botschaft des Staatssekretärs des Auswärtigen, Walter Hallstein, an den Generalsekretär des Europarats vom 24. Mai 1956 über Beschlüsse des Deutschen Bundestages in Fragen der europäischen Integration	8985
Sowjetisch-schwedisches Kommuniké vom 3. April 1956 über den Besuch des schwedischen Ministerpräsidenten Tage Erlander in der Sowjetunion	8835		
Kommuniké der 2. Tagung des Rates des Bagdad-Paktes in Teheran vom 16. bis zum 19. April 1956	8881	Aus dem Zeitgeschehen	
Entschließung (56) 8 des Ministerkomitees des Europarats auf seiner 18. Sitzung in Straßburg am 16. April 1956 über die Aufgaben des Sonderbeauftragten für die nationalen Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse	8946	<i>Informationen und Berichte</i>	
Dokumente des Ersten Teils der 8. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung des Europarats vom 16. bis zum 21. April 1956		Die Stellungnahme der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages zur Genfer Außenministerkonferenz	8529
Entschließung Nr. 93 über das Zeigen der Fahne des Europarats	8945	Der Achte Jahreskongreß der Europa-Union	8532
Entschließung Nr. 94 zur Informations-Politik des Europarats	8945	Ein internationaler Wettbewerb der Carnegie-Stiftung	8533
Entschließung Nr. 96 über die Unvereinbarkeit des Mandats in der Versammlung mit der Ausübung eines vom Europarat besoldeten Amtes	8948	Die X. GATT-Tagung. Wichtigste Ergebnisse und Vorschau auf die Zollkonferenz 1956. Von Gerhard Schiffler	8595
Entschließung Nr. 97 über die gemeinsame Ausnutzung der Atomenergie	8937	Führungswechsel bei der Labour Party. Von Dr. J. W. Brügel	8597
Entschließung Nr. 98: Antwort auf den 7. Jahresbericht der OEEC	8939	Privatwirtschaftliche Initiative zur Förderung der europäischen Zusammenarbeit. Die Gründung der CEREF	8598
Empfehlung Nr. 92 über die geistige Eingliederung junger Flüchtlinge	8947	Jahrestagung des Binnenverkehrs-Ausschusses der ECE	8598
Empfehlung Nr. 93 über die Verbreitung der europäischen Idee in den Mitgliedstaaten	8945	Die Gründung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa. Von Hans Walder	8629
Empfehlung Nr. 94 über das Zeigen der Fahne des Europarats	8945	Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft „Christliche Verantwortung für Europäische Zusammenarbeit“ zu aktuellen politischen Fragen	8630
Empfehlung Nr. 95 über die wirtschaftliche Entwicklung Südeuropas	8940	Mitgliedschaft und Zusammensetzung der Organe der Vereinten Nationen für 1956	8631
Empfehlung Nr. 96 über die Veranstaltung europäischer Sportfeste	8943	Die Errichtung eines Instituts für wirtschaftliche Entwicklung bei der Weltbank	8632
Empfehlung Nr. 97 zur Vereinfachung der Grenzformalitäten	8941	Die 10. Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen. Von Walter Bödighheimer	8661
Informatorische Mitteilung über die Einstellung der Tätigkeit des Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiter-Parteien (Kominform) vom 17. April 1956	8833	Wirtschaftliche Expansion und ihre Probleme. Der 7. Jahresbericht des Europäischen Wirtschafts-rates (OEEC). Von G. u. J. Willmann	8719
Kommuniké vom 26. April 1956 über die Ergebnisse des Besuchs Bulganins und Chruschtschows in Großbritannien	8877	Die wirtschaftliche Lage in West- und Osteuropa im Jahre 1955. Der 9. Jahresbericht der ECE. Von Dr. Erwin Weghorn	8721
dazu: Kommentar des britischen Außenministeriums zur deutschen Frage anlässlich der Veröffentlichung des Kommunikés über den sowjetischen Staatsbesuch	8879	Die zwölfte Tagung der ECAFE	8723
Kommuniké vom 27. April über die Besprechungen in Paris anlässlich des Besuchs des italienischen Staatspräsidenten	8879	Eine Untersuchung des IPI über behördliche Einschränkungen der Pressefreiheit. Von Dr. Erwin Weghorn	8724
Deklaration des „Europäischen Kongresses der Arbeit“ in Paris vom 27. bis zum 29. April 1956	8924	Die Brüsseler Tagung der Gemeinsamen Versammlung der ECKS. Von Georg Streiter	8779
Kommuniké vom 2. Mai 1956 über die Besprechungen des Bundesaußenministers von Brentano mit der britischen Regierung	8880	Die künftigen Aufgaben des Europäischen Wirtschafts-rates. Von Hermann Volle	8782
		Der VI. Kongreß der Union Europäischer Föderalisten	8784
		Der Generalrat der Sozialistischen Internationale zu internationalen Fragen. Von Dr. J. W. Brügel	8785
		Der Brüsseler Sachverständigen-Bericht. Gemeinsame Vorschläge der Delegationsleiter des Spaak-Ausschusses an die Außenminister. Von Georg Streiter	8887

Die 2. Tagung der Versammlung der WEU . . .	8889	1. bis 15. März 1956	8731
Die 3. Parteikonferenz der SED. Von Dr. Curt Gasteyger	8889	16. bis 31. März 1956	8787
Die 11. Plenartagung der ECE. Von Dr. Erwin Weghorn	8923	1. bis 15. April 1956	8839
Der „Europäische Kongreß der Arbeit“ in Paris. Von Wolfgang Morgenstern	8924	16. bis 30. April 1956	8891
Die binnen- und außenwirtschaftliche Position der Vereinigten Staaten nach den Jahresbotschaften des Präsidenten. Von Dr. Fritz Winter . . .	8973	1. bis 15. Mai 1956	8927
Die 4. Tagung der Europäischen Regionalorganisation des IBFG. Von Dr. J. W. Brügel . . .	8974	16. bis 31. Mai 1956	8977
Der Bundesparteitag der FDP in Würzburg . .	8975		
Der Bundesparteitag der CDU in Stuttgart . .	8975		

Zeittafeln

1. bis 15. Dezember 1955	8534	18. Sitzungsperiode des Ministerkomitees . . .	8931
16. bis 31. Dezember 1955	8563	8. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung, 1. Teil	8931
1. bis 15. Januar 1956	8599	Inkrafttreten der Konventionen und Abkommen des Europarats	8605
16. bis 31. Januar 1956	8633	Die Tätigkeit des Europarats im November 1955 .	8539
1. bis 15. Februar 1956	8667	Die Tätigkeit des Europarats im Dezember 1955 .	8568
16. bis 29. Februar 1956	8727	Die Tätigkeit des Europarats im Januar 1956 . .	8637
		Die Tätigkeit des Europarats im Februar 1956 . .	8739
		Die Tätigkeit des Europarats im März 1956 . . .	8793
		Die Tätigkeit des Europarats im April 1956 . . .	8931
		Die Tätigkeit des Europarats im Mai 1956 . . .	8983

Mitteilungen des Europarats

Sachverzeichnis

Abkommen

Ägypten —

Jemen, Verteidigung, v. 21. 4. 56: *8894

Saudi-Arabien, Verteidigung, v. 27. 10. 55: 8711f

Syrien, Verteidigung, v. 21. 10. 55: 8711ff (Wortl.)

Arabische Liga s. diese

Bagdad-Pakt s. diesen

Balkanpakt s. diesen

Volksrepublik China — DDR, Freundschaft, v. 25. 12. 55: *8565, 8594 (Wortl.)

Frankreich —

Marokko, Protektorat, 30. 3. 12: *8733, 8883

Marokko, Regelung d. auswärt. Beziehungen, v. 28. 5. 56: *8979

Spanien, Interessengebiete in Marokko, v. 27. 11. 12: 8886

Tunesien, Protektorat, v. 12. 5. 1881: 8885

von Genf (Waffenstillstand in Indochina), v. 20. 7. 54, vgl. **Konferenzen**

Großbritannien — Jordanien, Bündnis, v. 15. 3. 48: *8736

von Locarno, Westpakt, v. 16. 10. 25: 8509

Niederlande — Indonesien, Unionsvertrag, v. 2. 11. 49: *8670, *8734, *8790, *8842

Nordatlantikpakt s. diesen

Pariser Verträge s. diese

von Rio vgl. **Amerika**

Sowjetunion —

Afghanistan, Neutralität u. Nicht-

angriff, v. 24. 6. 31: *8565, 8590ff (Wortl.), 8955f

DDR, Staatsvertrag, v. 20. 9. 55: *8534

Finnland, Freundschaft u. Zusammenarbeit, v. 6. 4. 48: 8907f

Persien, Freundschaft, v. 26. 2. 21: *8537

Türkei, Freundschaft, v. 17. 12. 25: *8789

Südostasienpakt s. diesen

Vereinigte Staaten — Bundesrepublik Deutschland, Verteidigungshilfe, v. 30. 6. 55: *8534, *8563

von Versailles, Friedensvertrag, v. 28. 6. 19: 8573

Warschauer Vertrag s. diesen

Abrüstung

vgl. auch **Vereinte Nationen**

*8537, 8539, 8555, *8565, 8572, 8576, 8589, 8593, 8621, 8624, 8648f, 8654, 8655, 8659, 8715ff, 8728, *8732, *8735, 8785f, 8789, 8799, 8801, 8836, *8839f, 8877ff, 8880f, *8893f, 8919, 8921, *8928f, 8934f, 8949, 8954, 8957, 8971f, *8979, 8986

Atomkontrolle 8627

Verbot der Atomwaffe *8537, *8565, 8589, 8593, 8624, 8715, 8717, 8799, 8836, 8878, 8921, 8926, 8949, 8954

Ägypten

Atomenergie *8789

Außenhandel 8626

Außenpolitik

Beziehungen zu:

Volksrepublik China *8980

Bundesrepublik Deutschland *8731

DDR *8731

Frankreich (Besuch Pineau) *8735

Großbritannien (Besuch Lloyd)

*8735

Jordanien *8565

Jugoslawien (Besuch Tito) *8565, 8625f (Wortl.)

Dreierkonferenz mit Saudi-Arabien u. Syrien 8775f

Verfassung *8635

Wehrpolitik

gemeinsames Oberkommando mit Saudi-Arabien u. Syrien *8566, 8711f

Koordinierung d. Streitkräfte mit

Jordanien *8930

Streitkräfte 8712

Verteidigungspakte mit:

Saudi-Arabien und Jemen 8711ff, *8894

Syrien 8711ff (Wortl.)

Waffenkäufe in Ostblockstaaten

*8601, 8952

Äthiopien

Beziehungen zu Jugoslawien (Besuch Tito) *8565

Afghanistan

Außenpolitik

Beziehungen zu:

Pakistan 8955f

Sowjetunion (Besuch Bulganin u. Chruschtschow) *8565, 8589, 8590

(Wortl.), 8593, 8949, 8952, 8955ff

Neutralität 8589, 8591, 8949, 8955f

Wirtschaft

Außenhandel 8590

wirtschaftl. Entwicklung 8590

Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion *8565, 8589, **8590** (Wortl.), 8955f**Afrika**

Nationalismus *8980

Unabhängigkeitsbewegungen 8593

Albanien

Aufnahme in UN *8538

Beziehungen zu Jugoslawien *8977

2. Fünfjahrplan *8977

Note an Vereinte Nationen („Ballon-Affäre“) v. 8. 2. 56: *8669

Partei der Arbeit (3. Parteitag) *8977

Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT)

8541ff, 8925

Beitritt Japans 8595

Einfuhrbeschränkungen 8595f

Grundstoffprobleme 8596

Internationale Handelsorganisation (ITO) 8542

Organisation f. Zusammenarbeit a. d. Gebiete d. Handels (OTC) 8541, 8545f, 8548, 8596f, 8974

Revision des GATT 8595f

IX. Tagung d. Vertragsparteien, Genf 28. 10. 54—8. 3. 55: 8545, 8595f

X. Tagung d. Vertragsparteien, Genf 27. 10.—3. 12. 55: *8538, **8595ff**

Zollverhandlungsrunden 8542f

4. Zollverhandlungsrunde, Genf

18. 1.—23. 5. 56: 8596, *8636, *8981

Amerika

Geschichte 8682ff, 8689ff

Monroe-Doktrin 8684f, 8693

Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) s. diese

Panamerika **8682ff**, 8689ff

Asylrecht 8684

Außenministerkonferenzen:

Panama, Sept. 39: 8685

Havanna, Juli 40: 8685, 8694

Rio de Janeiro, Jan. 42: 8685

friedliche Beilegung v. Streitigkeiten 8683, 8686

Interamerikanische Konferenzen:

I., Washington 1889—90: 8683f

II., Mexico City 1901—02: 8684

III., Rio de Janeiro 1906: 8684

IV., Buenos Aires 1910: 8684

V., Santiago de Chile 1923: 8684

VI., Havanna 1928: 8684

VII., Montevideo 1933: 8684f, 8694

VIII., Lima 1938: 8685

Int. Am. Konf. z. Erhaltung des Friedens, Buenos Aires 1.—23. 12. 36: 8685, 8694

Int. Am. Konf. üb. Probleme v. Krieg und Frieden, Mexico City (Chapultepec) 21. 2.—8. 3. 45: 8685, 8696

Interamerikanischer Beistandspakt v. Rio de Janeiro (Petropolis)

v. 2. 9. 49: 8686, 8688

Kulturaustausch 8684, 8697f

Lateinamerikanische Konferenzen 8683, 8692f

Nichteinmischung 8683ff, 8697

Panamerikanische Union (früher Handelsbüro d. amerik. Republiken) 8684, 8686ff, 8700, 8702ff

Schiedsgerichtsbarkeit 8683f, 8694

Verteidigung 8683ff, 8689ff

Union der Amerikanischen Republiken 8684

Arabische Liga

8711

zur Algerien-Frage *8788f, *8841

Beitritt des Sudans *8635

Beziehungen zu Frankreich *8841

Einheit der arabischen Länder 8776

Verteidigung *8735, 8775f

Verteidigungsvertrag d. Arabischen

Liga v. 17. 6. 50: 8527

Argentinien

Arbeits- und Sozialpolitik

8673, 8675ff

Arbeitgeber-Verbände 8678

Gewerkschaften 8674ff

Lebenshaltungskosten 8677f

Löhne 8678

Sozialgesetzgebung 8678f

Sozialversicherung 8675, 8678f

Tarifverträge 8675

Außenpolitik

8674

Beziehungen zu:

Vatikan 8680

Vereinigte Staaten 8676

Hegemoniestreben 8680

Finanz- und Währungspolitik

Geldentwertung 8677

Kreditpolitik 8678

Währungsreserven 8677ff

Geschichte **8673ff**

Handel vgl. Wirtschaft

Innenpolitik

8673ff

Aufstand v. 16. 6. 55: 8680

Parteien:

Konservative 8673

Peronisten 8676

Radikale 8673f, 8676, 8680

Sozialisten 8676, 8680

Präsident der Republik 8673f, 8676, 8680

Regierung 8675f

Revolution v. 4. 6. 43: 8675

Revolution v. 16. 9. 55 (Sturz Peróns) 8680

Wahlen 8673, 8676

Kulturpolitik

Katholische Kirche 8676, 8679f

Verfassung 8673f, *8930

Währung vgl. Finanz- und Währungspolitik

Wehrpolitik

Rüstung 8674

Streitkräfte 8679

Verteidigung 8675

Wirtschaft

8673f, 8676

Auslandschulden 8677

ausländ. Eigentum 8673, 8677, 8679

Außenhandel 8676, 8678f

Argentinisches Institut z. Förderung d. Handels (IAPI) 8677, 8679

Erdöl 8679

Fünfjahrpläne:

1., 1947—52: 8677ff

2., 1952—57: 8678

Industrialisierung 8673, 8677ff

Landwirtschaft 8677

Nationaler Wirtschaftsrat 8677

Preise 8677

Wohnungsbau 8675

Asien

Atomenergie 8724

Bevölkerung 8724

Handel 8723f

Kommunismus 8800f

Nationalismus *8980

Sicherheit 8594

Wirtschaft 8723f

Colombo-Plan *8536, 8620, 8709

wirtschaftl. Entwicklung 8620, 8724

wirtschaftl. Zusammenarbeit 8723

Wirtschaftshilfe 8724

Atomenergie (friedliche Ausnutzung)

8620f, 8717, *8730, 8836, 8923,

*8981, vgl. auch **Vereinte Nationen****Australien**

Bevölkerung 8581f, 8585, 8586 Anm.

3, 5, 8587 Anm. 8, 10, 8588 Anm.

13, 14

Zahlungsbilanz 8709

Bagdad-Pakt

8593, 8619f, *8634, *8669, 8713,

*8730, *8735, 8776, *8790, 8834,

8952, 8955

Beteiligung der Vereinigten Staaten 8882

Rat:

1. Tagung, Bagdad 21.—22. 11. 55: **8527f** (Wortl.)2. Tagung, Teheran 16.—19. 4. 56: **8811ff** (Wortl.)

Sonderabkommen Großbritannien—Irak v. 4. 4. 55: 8527

Balkanpakt *8979**Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) 8719, 8966****Belgien**

Bevölkerung 8581f, 8585, 8586 Anm.

3, 4, 5, 8587 Anm. 8, 10, 11, 8588

Anm. 13, 14, 16

Beziehungen zu

Italien (Besuch Martino) *8927

Jugoslawien (Spaak in Belgrad)

*8840

Einfuhrbeschränkungen 8595

Landwirtschaft 8595

Benelux-Union 8595, *8634**Brasilien**

Informationsreise des Präsidenten
Kubitschek nach:
Bundesrepublik Deutschland *8633
Frankreich *8600
Großbritannien *8600
Italien *8634
Portugal *8634
Spanien *8635
Vereinigte Staaten *8602
Präsident *8635
Regierung *8635

Bulgarien

Aufnahme in UN *8538
Beziehungen zu:
Jugoslawien *8891
Sowjetunion (Besuch Chruschtschow)
8901f
Note an Vereinte Nationen („Ballon-
Affäre“) v. 8. 2. 56: *8669
Regierung *8891
Rehabilitierung Kostoffs *8891

Burma

Außenhandel *8841, 8952
Beziehungen zur Sowjetunion (U Nu
in Moskau) 8949, 8951f
(Besuch Bulganin u. Chruschtschow)
*8537, 8589, 8593, 8799, 8949,
8952, 8955ff
(Besuch Mikojan) *8841, 8960 Anm.
219
Neutralität 8951
Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjet-
union 8589, 8952, 8955

Ceylon

Aufnahme in UN *8538
Außenpolitik *8894
Regierung *8841
Stützpunkte *8894
Wahlen 5.—7. 4. 56: *8841

Chile

Geschichte 8689f

China

Formosa-Frage 8589, 8592, *8635,
8802, 8950

China (Volksrepublik)

Außenpolitik
*8636
Beziehungen zu:
Ägypten *8980
Bundesrepublik Deutschland 8593
DDR 8594
(Besuch Grotewohl) *8537, *8566,
8592ff (Wortl.), 8960 Anm. 238
Kambodscha (Besuch Norodom
Sihanuk) *8730
Sowjetunion (Besuch Mikojan)
*8841, 8960 Anm. 219
Vereinigte Staaten *8635, 8663
Vietnam/Nord (Besuch Ho Tsch
Minh) 8951
Note an Großbritannien (Korea-
Frage) v. 9. 4. 56: *8981

Protesterklärung wegen „Ballon-
Affäre“ v. 8. 2. 56: *8669

Verkehr

Eisenbahnen *8841

Wirtschaft

sowjetische Wirtschaftshilfe 8802,
*8841

Commonwealth

Colombo-Plan *8536, 8620, 8709
Atomforschungs-Zentrum *8736
Stellung Großbritanniens im Com-
monwealth 8510

Cypern

*8535, *8730, *8733ff, *8840,
*8928ff, 8937, *8979, 8983
Deportation Erzbischof Makarios'
*8736
Verbot der Kommunistischen Partei
*8537

Dänemark

Außenhandel 8774, 8909
Bevölkerung 8581f, 8586 Anm. 3, 5,
8587 Anm. 8, 10, 8588 Anm. 13,
15, 16
Beziehungen zu:
Bundesrepublik Deutschland (Be-
such Brentano) *8977
NATO 8907
Sowjetunion (Hansen in Moskau)
*8735, 8773ff (Wortl.), 8909
Regierung *8977
Stützpunkte 8909

Deutschland

Außenpolitik
8510, 8512
Verzicht auf Anschluß Oesterreichs
8745
Oder/Neiße-Linie *8928, *8978
Vertretung in internationalen Ange-
legenheiten 8555, 8619, 8905
Berlin
Sicherheit 8555, 8619
Viermächtestatus *8534, *8668, *8727,
*8732f, *8977
Bevölkerung 8586 Anm. 3, 4, 5, 8587
Anm. 8, 8588 Anm. 13
Geschichte 8513f, 8524
Nationalsozialismus 8510
Verkehr (Interzonen-) *8534, *8537,
*8668, *8979
Weltkrieg, Zweiter
Kriegsgefangene und Zivilinternierte
*8893, 8904ff, *8980
Reparationen *8667, 8768f
Wiedervereinigung
8510ff, 8516ff, 8522ff, 8529ff, 8532f
(Wortl.), 8539, 8555, *8563, *8565f,
8568, 8593f, *8599f, *8602, 8619,
8624, 8625, 8630, *8633, *8636,
8649, 8654, 8656, 8658f, 8660,
*8667, 8716, *8728, *8731f, *8735,
8773, *8787f, 8798, *8839f, 8879ff,
8890, *8891f, *8894, 8899, 8902ff,
8919, 8926, *8927f, *8930, 8935,

8954, 8958, 8972, 8975f, *8977ff,
8986
Abzug ausländischer Truppen 8523,
8526, 8529, 8592, 8624
ausländische Stützpunkte 8523, 8526
Beziehungen zwischen d. Bundes-
republik u. d. DDR 8520f, 8523,
8525f, 8530, *8565, 8592, *8633,
8716, *8731, *8735, 8773, *8891,
8905, 8975, *8977ff
Eden-Plan 8516, 8517ff (Wortl.)
Entmilitarisierung 8529f, 8958
Entscheidungsfreiheit 8516f, 8519,
8529ff
Friedensvertrag 8517ff, 8533, 8745,
8765
Gesamtdeutscher Rat 8520f (Wortl.),
8525f, 8529f
Gesellschaftsordnung 8524ff, 8530f,
*8599, *8891
Nationalversammlung 8517ff, 8532f
Neutralisierung 8530, *8599, *8602,
*8633, *8930, 8958, *8977
Regierung (gesamtdeutsche) 8518f
Rüstungsbeschränkung 8521, 8523,
*8978
Status Gesamtdeutschlands 8531, 8533
Verfassung (gesamtdeutsche) 8517ff,
8533
Volksbewegung „Unteilbares Deutsch-
land“ *8788
Wahlen 8516ff, 8519 (Wortl.), 8524,
8529f, 8532f, 8658f, 8802
Wiederaufrüstung 8748, 8767
Wirtschaft
Auslandsvermögen 8749f, 8767ff,
*8787, *8892
österreichisches Vermögen in Deutsch-
land 8751
Zentralbanksystem 8962, 8964
Deutschland (Bundesrepublik)
Arbeits- und Sozialpolitik
8976
Arbeitsmarkt 8720f
Arbeitszeit *8892
ausländ. Arbeitskräfte *8536, *8564,
8660
ausländ. Flüchtlinge *8735, *8893,
*8978
Gewerkschaften 8524
CGD *8535
DGB 8524, *8633, *8727
IG Bergbau *8977
Heimatvertriebene *8978
Sozialisierung *8977
Sozialreform *8600, *8892, 8976
Sowjetzonen-Flüchtlinge *8667
Atomenergie
*8534, *8670
Deutsche Atomkommission *8563,
*8633
Zusammenarbeit mit Großbritannien
*8535
Außenpolitik
8510f, 8525, 8529ff, *8563, *8599,
*8731f, *8891, 8975f
Beziehungen zu:
Ägypten *8731
Brasilien (Besuch Kubitschek) *8633

- Dänemark (Brentano in Kopenhagen) *8977
 ECE (Beitritt) *8667, *8727, 8924
 Europarat 8985f
 Frankreich **8509ff**, 8556 (Wortl.), *8667, *8728, *8731, *8840 (Besprechungen Adenauer—Mollet in Luxemburg) **8971f** (Wortl.)
 Griechenland (Heuss in Athen) *8979
 Großbritannien (Adenauer in London) 8904
 (Brentano in London) **8880** (Wortl.), *8928
 (Erhard in London) *8729
 ICAO (Beitritt) 8666
 Indien (Blücher in Indien) *8602, **8625** (Wortl.), *8633, *8636
 Island (Besuch Thors) *8927
 Italien (Besuch Segni) **8660** (Wortl.)
 Jugoslawien (Besuch Vukmanovic-Tempo) *8977
 Niederlande (Brentano im Haag) *8734
 Norwegen (Brentano in Oslo) *8980
 Oesterreich *8564
 Ostblockstaaten *8978
 Saargebiet (Bevollmächtigter in Saarbrücken) *8633
 Sowjetunion 8530ff, *8563, *8667, *8735, *8773, 8903f, 8975f, *8977f (Adenauer in Moskau) 8904f
 Vereinigte Staaten (Adenauer in Washington) 8904
 (Besuch Hoover) *8667
 Westmächte 8529ff
 Deutschlandvertrag v. 26. 5. 52: *8667
 diplomatische Beziehungen zu Staaten, die diplomatische Beziehungen mit der DDR aufnehmen *8534f
 diplomatische Vertretungen *8601, *8735
 zur europ. Integration *8787, 8975f, 8985f
 zur Genfer Außenministerkonferenz 1955: **8529ff**
 Noten an:
 Frankreich, Großbritannien, Kanada, Vereinigte Staaten (Botschaft Adenauers über Abrüstungsfrage) v. 15. 3. 56: 8732
 Sowjetunion („Ballon-Affäre“) v. 16. 3. 56: *8787
 (Repatriierung) v. 9. 4. 56: *8839
 Westmächte (Stationierungskosten) v. 6. 4. 56: *8839
 Bevölkerung 8580ff, 8586 Anm. 3, 5, 8587 Anm. 8, 10, 11, 8588 Anm. 13, 14, 16
 Finanz- und Währungspolitik 8976
 Bank deutscher Länder *8732, 8963f, *8977f
 Diskontsatz *8732, *8977f
 Finanzverfassungsgesetz *8563
 Staatsbetriebe 8975
 Steuern *8563, 8975, *8978
 Währungsreserven 8552
 Zentralbanksystem 8963f
 Zölle *8978
- Handel vgl. Wirtschaft*
Innenpolitik
 8524, *8600
 Bundestag:
 außenpolitische Debatte 1./2. 12. 55: **8529ff**
 Parteien:
 Bayernpartei *8600
 CDU 8531, *8599f, *8667f, *8727, *8732, *8787, *8892
 (Bundesparteitag 1956) **8975f**
 CSU *8892
 DP 8531
 FDP 8531, *8599, *8667f, *8727, *8891
 (Auflösung der Koalition) *8727, *8787
 (Bundesparteitag 1956) **8975**
 (Fraktionsvorsitz) *8891
 (Spaltung) *8727, *8732, *8891, 8975
 Freie Volkspartei (FVP) *8891, 8975
 GB/BHE 8531, *8534
 KPD 8524, *8891
 SPD 8531, *8563, 8629, 8732, *8927
 (Kongreß „Die Neuordnung Deutschlands“, Köln, 14.-15. 1. 56) *8600
 Regierung *8534, *8599, *8727, *8732, *8787, 8975, *8978
Kulturpolitik
 Kulturabkommen:
 mit Griechenland *8979
 mit Italien 8660
 mit Norwegen *8980
Länder
 Baden/Württemberg (Landtagswahl 4. 3. 56) *8731
 (Regierung) *8927
 Nordrhein/Westfalen (Regierung) *8668, *8727
 Volksbegehren zur Revision der Ländergrenzen *8891
Sozialpolitik vgl. Arbeits- und Sozialpolitik
Verfassung und Verwaltung
 Grundgesetz *8563
 Grundgesetzänderung v. 19. 3. 56: *8732, *8787
 politische Häftlinge *8928, *8977, *8979
 Wahlgesetz *8733, *8787
 Wahlrecht *8599f, *8667
Verkehr
 Moselkanalisierung *8727f, *8731, *8734, 8926, 8972
Verteidigung vgl. Wehrpolitik
Währung vgl. Finanz- und Währungspolitik
Wehrpolitik
 allgemeine Wehrpflicht *8600, *8732, *8891f, *8927
 Mitgliedschaft in der NATO 8531
 Rüstungsbeschränkung 8624
 Stationierung ausländischer Truppen 8524
 Stationierungskosten *8667, *8732, *8839, 8880, *8927
- Streitkräfte *8599, *8732, *8787, *8891, *8927
 Bundeswehr *8732
 Personalgutachterausschuß *8839
 Seestreitkräfte *8535
 Verteidigung *8602, *8732, *8927
 Verteidigungshilfe *8534, *8563
 Wehrverfassung *8732, *8787
 Wiederbewaffnung 8522, 8524, 8530f, 8623, *8787
Wirtschaft
 8514, 8721, 8975f, *8978
 Außenhandel 8554, 8773
 Liberalisierung *8731
 Zahlungsbilanz 8551f
 Banken 8964f
 Bundesverband der Deutschen Industrie *8978
 Konjunktur *8729, *8731f
 Landwirtschaft *8727, 8976, *8978
 Preise *8731
 Produktivität 8721
 Wirtschaftsbeziehungen zu:
 Großbritannien 8880
 Italien *8536
 Jugoslawien *8732, *8977
 Wirtschaftsordnung 8524f
- Deutschland (DDR)**
Außenpolitik
 8524f
 Anerkennung 8530, *8602
 Beziehungen zu:
 Ägypten *8731
 Volksrepublik China 8594, *8599
 (Grotewohl in China) *8537, *8566, **8592ff** (Wortl.), 8960
 Anm. 238
 Frankreich (Saarfrage) *8927
 Indien *8733
 Korea (Nord) (Grotewohl in Phjongjang) *8566, 8592
 Mongolische Volksrepublik (Grotewohl in Ulan Bator) *8566, 8592
 Saargebiet (Schreiben Grotewohls an Ney) *8927
 Sowjetunion *8599, *8732
 (Besuch Bulganin und Chruschtschow) 8905
 (Grotewohl in Moskau) *8564f, 8906
 Westmächte 8523
 zur Genfer Außenministerkonferenz 1955: **8522ff** (Wortl.)
 Note an Schweden (deutsche Auslandsvermögen) v. 25. 4. 56: *8892
 Protesterklärung gegen amerikanische Ballons (8. 2. 56) *8668
 Souveränität 8906
Finanz- und Währungspolitik
 Deutsche Notenbank 8963
 Haushalt 1956: *8668
Handel vgl. Wirtschaft
Innenpolitik
 8890
 Gesellschaftsordnung 8524f
 Kirche und Staat *8839
 Nationale Front *8891
 Parteien:
 CDU *8839

SED *8787, *8892
 (Beziehungen zur SPD) 8890,
 *8891, *8927
 (3. Parteikonferenz, Berlin 24. bis
 30. 3. 56) *8787f, 8889f
 Regierung *8534, 8621f, *8633
 Volkskammer:
 Regierungserklärung 29. 5. 56:
 *8978
Verfassung und Verwaltung
 Amnestie *8563
 Grenzpolizei *8535
 politische Prozesse *8633, *8667
 politische Häftlinge *8732, *8927f,
 *8977, *8979
 Strafrecht *8563, *8927
 Verwaltung 8890
Wehrpolitik
 Rüstungsausgaben *8668
 Rüstungsbeschränkung 8624
 Streitkräfte 8621f (Wortl.), *8633,
 8906, *8977
 Verteidigung 8621f, *8667
Wirtschaft
 Außenhandel 8890
 2. Fünfjahrplan *8787f, 8890
 Volkswirtschaftsplan 1956: *8534
 Wirtschaftsbeziehungen zu Indien
 8960 Anm. 238
 Wirtschaftsordnung 8524f

Europa

vgl. auch **Europäische Bewegung,**
Europäische Gemeinschaft für
Kohle und Stahl, Europäischer
Wirtschaftsrat, Europarat, West-
europäische Union

Atomenergie

Atomkontrolle 8627f, 8629, 8926,
 8936
 Euratom 8629f, 8643, 8646, 8649,
 8659f, *8728, 8780ff, 8783ff, *8787,
 8793, 8887f, 8925f, *8928, 8932,
 8936f, 8971f, 8975, *8980
 gemeinsame Ausnutzung 8532f, 8572,
 8627f, 8629f, *8633, 8649, *8670,
 8783f, *8839, 8922, 8936f
 militärische Verwendung 8971
Bevölkerung 8577ff, 8586 Anm. 3, 4,
 5, 8587 Anm. 8, 10, 11, 8588 Anm.
 13, 14, 16

Handel vgl. Wirtschaft

Integration

Aktionskomitee f. d. Vereinigten
 Staaten v. Europa 8627f (Wortl.),
 8629f, 8925
 Arbeitsgemeinschaft „Christliche Ver-
 antwortung für europäische Zu-
 sammenarbeit“ 8630f
 Ausschuß der Regierungsvertreter
 und Sachverständigen für die Wei-
 terführung der wirtschaftlichen In-
 tegration (Brüsseler Ausschuß,
 Spaak-Ausschuß) 8533, 8568, 8627,
 8629 Anm. 2, 8649, 8659, 8779ff,
 8887ff, 8925f, *8928, 8971
 Außenministerkonferenzen vgl. **Eur-**
opäische Gemeinschaft für Kohle
und Stahl

Compagnie Européenne de Réalisa-
 tions Economiques et financières
 (CEREF) 8598

Panuropa-Union *8599, *8788f
 politische Integration 8509f, 8513,
 8532f, 8533 (Wortl.), 8548, 8568,
 8571f, *8599, 8619, 8627f, 8629ff,
 *8634, 8649, 8654, 8659f, *8670,
 *8731, *8734, 8779ff, 8784f, *8787,
 8793, 8879, 8887ff, 8926, *8928,
 8931ff, 8972, 8975, 8986
 Rat der Gemeinden Europas 8639f
 wirtschaftliche Integration 8512, 8515,
 8532f, 8598, 8619, 8631, 8654,
 8659, *8729, 8779ff, 8785, 8887ff,
 8915ff, 8925f, 8939, 8961, 8966,
 8968, 8971f, 8974, 8986
 gemeinsamer Markt 8532f, 8627,
 8630f, *8633, 8649, 8659f, *8667,
 *8728, 8779ff, *8787, *8839,
 8887f, 8917f, 8925f, *8928, 8932,
 8937f, 8968, 8971f, 8974f, 8986
 Wirtschaftshilfe, amerikanische 8654

Kulturpolitik

Europ. Kulturgemeinschaft 8639
 Europ. Kulturstiftung *8669
 Kultureller Austausch 8986

Sicherheit

8516ff, 8522f, 8525, 8529, 8531f,
 8539, 8568, 8594, 8622ff, 8649,
 8656, 8658, 8716, *8728, *8839,
 8877, 8879f, *8892, 8902, 8905f,
 8912, 8919, 8921, *8928, 8932, 8935,
 8986
 europäisches Sicherheitssystem 8512,
 8516, 8520f, 8522f, 8526, 8529,
 8531, 8568, 8625
 europ. Sicherheitsvertrag (sowjet. Ent-
 wurf) 8519f (Wortl.), 8624
 kollektiver Sicherheitspakt (sowjet.
 Entwurf) 8519, 8523, 8526, *8564ff,
 8592, 8624, 8716, 8798, *8891, 8905
 Nichtangriffspakt NATO/Warschauer
 Vertrag (sowjet. Entwurf) 8521
 (Wortl.), 8625, 8715
 Rüstungsbeschränkungen (Zone) 8517,
 8521, 8529, 8624, *8891, *8894
 Zusicherungsvertrag (Entwurf der
 Westmächte) 8516, 8517 (Wortl.),
 8519, 8529

Sozialpolitik

8925f, 8942f
 Arbeitsfragen 8553
 Arbeitskräfte 8720f, 8723
 Arbeitslosigkeit 8939
 Flüchtlingsproblem 8986
 Gewerkschaften 8553, 8924, 8974f
 Sozialstruktur 8918

Verkehr

Binnenschifffahrt 8598
 Eisenbahnen 8598
 Europ. Gesellschaft f. d. Finanzie-
 rung von Eisenbahnmateriale
 (EUROFIMA) 8940f
 Europäische Konferenz der Ver-
 kehrsminister (CEMT) *8788, 8940f
 Koordinierung 8598
 Luftverkehr 8889
 Europ. Kommission f. Zivilluftfahrt
 8571

gemeinsame Beschaffung von Flug-
 zeugmaterial (Plan f. EURO-
 FINAIR) 8889
 nichtflugplanmäßiger Luftverkehr
 8571

Post- und Fernmeldewesen *8634,
 8639, 8889, 8986
 Straßenverkehr 8598
 Tarife 8598

Verteidigung

8934, 8937f
 Europ. Verteidigungsgemeinschaft
 (EVG) 8509, 8513, 8649, *8891

Währungsfragen

Devisenbewirtschaftung 8966
 gemeinsame Währungspolitik 8961ff
 Konvertibilität 8552, 8966, 8974
 Notenbanken 8961ff
 Währungsreserven 8551f, 8720f
 Zahlungsbilanzen 8720

Wirtschaft

8552ff, 8719ff, 8721ff, 8783f, 8938f
 Banken 8961f, 8964ff
 Energiewirtschaft 8781f, 8888f, 8923
 Elektrizität 8926
 gesamteurop. Wirtschaftszusammen-
 arbeit 8923
 Handel 8720ff, 8934
 Liberalisierung 8934, 8966, 8974
 Industrie 8553
 Investitionen 8719, 8721ff, 8915ff,
 8939
 Kohle 8720
 Landwirtschaft 8720, 8925
 Produktion 8720ff
 Produktivität 8553f, 8915ff, 8975
 Sozialprodukt 8719
 unterentwickelte Gebiete 8721
 wirtschaftliche Entwicklung Südeuro-
 pas 8923f

Europäische Bewegung

Aktionskomitee der — — f. d. supra-
 nationale europäische Gemeinschaft
 *8633, *8728
 Beziehungen zum Aktionskomitee f.
 d. Vereinigten Staaten v. Europa
 8630
 Deutscher Rat der — — 8509ff
 Internationale Union Christlicher
 Demokraten (NEI) *8980
 Liberale Bewegung f. d. Vereinte
 Europa *8839
 Sozialistische Bewegung f. d. Ver-
 einigten Staaten v. Europa
 (MSEUE) *8892
 Europ. Kongreß der Arbeit, Paris
 27.—29. 4. 56: 8924ff
 Union Europäischer Föderalisten:
 V. Kongreß, Paris 21.—23. 1. 55:
 8784
 VI. Kongreß, Luxemburg 2.—4. 3.
 56: 8784ff
 Europa-Union Deutschland:
 VIII. Jahreskongreß, Berlin 25. bis
 27. 11. 55: 8532, 8532f (Wortl.),
 *8599
 Beziehungen zum Aktionskomitee
 f. d. Vereinigten Staaten v.
 Europa 8630

Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) 8967ff, 8974

Organe

Assoziationsrat *8788
Besonderer Ministerrat 8628, *8787
Gerichtshof *8536, 8628, 8967, 8969
Hohe Behörde:

Beziehungen zum Brüsseler Ausschuß 8779, 8782
Beratender Ausschuß *8729

Versammlung:

Beziehungen z. Beratenden Versammlung d. Europarats 8540
Kompetenzen 8628
Präsident 8540

Sitzungen:

22.—25. 11. 55: 8540, 8779
13.—16. 3. 56, Brüssel 8779ff

Arbeits- und Sozialpolitik

Wohnungsbau *8788

Außenbeziehungen

amerikanische Kohlelieferungen *8670

Beziehungen zu:

Schweiz (Konsultationsabkommen v. 7. 5. 56) *8929
Vereinigte Staaten (Mayer in Washington) *8670

Außenministerkonferenzen

Messina 1.—3. 6. 55: 8627, 8629, 8659, 8971

Brüssel 11.—12. 2. 56: 8629 Anm. 2, 8659f (Wortl.)

Venedig 29.—30. 5. 56: 8971 (Wortl.), 8972

Handel

Kohleverkaufsorganisationen *8668, 8967f

Preise 8969

Kohlepreise *8729, *8788, 8968

Verkehr

Frachttarife *8787, 8968

Wirtschaft

gemeinsamer Markt 8782, 8968

Investitionen 8969

Kartelle 8967

Wettbewerbsordnung 8967ff

Zuständigkeitserweiterung 8629, 8779, 8781, 8888f

Europäische Vereinigung für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt (CEPES) *8839

Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC) 8548, 8619, 8783, 8974

Organe

Arbeitsgruppe f. Zusammenarbeit a. d. Gebiet d. friedl. Verwendung d. Atomenergie 8782f

Ausschuß für Gas *8668

Europ. Zahlungsunion (EZU) 8966, 8974

Ministerratsausschuß f. d. Landwirtschaft *8928

Ministerrat:

Präsident *8600

Tagung Paris 28.—29. 2. 56: *8728, 8782ff

Zuständigkeit 8719

Sonderausschuß für Kernenergie 8783

Atomenergie *8563, 8629f, 8660, 8783f, 8888, 8936f

Beziehungen zur Benelux-Union *8634

Handel

8784, 8938f

Liberalisierung 8720f, 8784, 8939

Zölle 8939

Jahresberichte 8719ff, 8784, 8793, 8936, 8938f

Konjunkturpolitik 8784

Landwirtschaft 8784, 8938

Währungsfragen

Europ. Währungsabkommen 8966

Zahlungssystem 8784

Europäisches Zentrum für Kernforschung (CERN)

4. Tagung, Genf 19. 12. 55: *8564

Europarat

Organe

Ausschuß der Kultursachverständigen 8794, 8984f

Beratende Versammlung:

Ausschüsse 8637, 8793, 8795, 8933f, 8938, 8942, 8945f, 8985

Beziehungen zu:

Gemeinsamer Versammlung d. EGKS 8936

Ministerkomitee 8985

nationalen Parlamenten 8984ff

Versammlung d. WEU 8937f

Direktor 8931, 8934, 8987f

Haushalt 8948

Präsident 8932, 8987

Tagungen:

8. Sitzungsperiode, 1. Teil, 16. bis 21. 4. 56: 8931ff

Gemischter Ausschuß 8637, 8931f

Gemischter Kulturausschuß 8740, 8985

Menschenrechtskommission 8570,

8931, 8933, 8942, 8983

Vorsitzender 8570

Ministerkomitee:

Jahresbericht an Beratende Versammlung 8932

17. Tagung, 13. 12. 55: 8568f

18. Tagung, 16. 4. 56: 8931

35. Tagung d. Stellvertr., 14.—21.

11. 55: 8539

36. Tagung d. Stellvertr., 7.—9. 12.

55: 8569

37. Tagung d. Stellvertr., 17.—19.

1. 56: 8637

38. Tagung d. Stellvertr., 28. 2. 56: 8739

39. Tagung d. Stellvertr., 15. 4. 56: 8931

Sekretariat 8638f

stellv. Generalsekretär 8569

Sozialkomitee 8933, 8944

Fahne des Europarats 8569, 8945

Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse

8568f (Wortl.), 8570f, 8795, 8946f

Auswanderung 8571

Europ. Wiederansiedlungsfonds

8568f, 8571, 8740, 8931, 8946f

geistige Eingliederung 8947

Reiseerleichterungen 8795

Sonderbeauftragter d. Europarats

8740, 8931, 8946 (Wortl.)

Kommunalangelegenheiten

Europa-Preis der Gemeinden 8795,

8985

Kulturelle Fragen

Aktionsprogramm (kultureller Teil) 8985

Ausbreitung d. europäischen Idee

8740, 8944f, 8985

Beziehungen zu:

Europ. Kulturstiftung 8740

UNESCO 8638

Esperanto 8638

Europ. Ausstellungen 8985

Europ. Konvention üb. d. Gleichwertigkeit d. Reifezeugnisse 8570,

8605ff

Europ. Kulturkonvention 8539, 8605ff, 8638, 8740, 8794

Europ. Informationszentrum 8944, 8946

Europ. Preis f. hervorragende Leistung im Sinne d. europ. Einigung

8795

Europ. Studententagung 8985

Europatag 8539

Fernsehen 8572, 8985

Film 8984, 8986

Geschichtsbücher 8740

Hochschulwesen 8638, 8740, 8984

Informationswesen 8570, 8638, 8944ff

Jugendkonferenz 8984

Kulturfonds 8638, 8740, 8985

Runder Tisch Europas 8794f

Stipendien 8740

Uebersetzungen aus wenig verbreiteten europ. Sprachen 8984

Neujahrsbotschaften 8571f

Nicht im Europarat vertretene europäische Nationen

8795

politische Häftlinge 8942, 8947

Organisation und Geschäftsordnung

8947f

Beziehungen zwischen Organen des

Europarats 8569, 8932f, 8941

Ständige Vertreter d. Mitgliedstaaten

8539, 8572, 8986f

Politische Fragen

Atomenergie 8637, 8936f

Beziehungen zu:

Nichtmitgliedstaaten 8740

WEU 8638, 8740, 8793, 8933, 8937

Cyprnfrage 8793, 8937

Europ. Kommissare 8637f

zur Genfer Außenministerkonferenz v. 1955: 8539

Oesterreich (Beitritt) 8931f

Politik gegenüber dem Osten 8568 (Wortl.), 8569, 8934f, 8986

Verteidigung Europas 8937f

Rechts- und Verwaltungsfragen

Auslieferung 8739, 8942

Europ. Gerichtshof 8605
 Europ. Konvention üb. d. Formalitäten b. Patentanmeldungen 8605ff, 8984
 Europ. Konvention üb. d. internationale Klassifizierung d. Patente 8539, 8605ff, 8637f
 Europ. Konvention d. Menschenrechte u. Grundfreiheiten 8570, 8605ff, 8942, 8983
 Beschwerde Griechenlands gegen Großbritannien *8928, 8983
 Recht der Individualbeschwerde 8570, 8605ff, 8933, 8942
 Zusatzprotokoll 8605ff
 Europ. Niederlassungsordnung 8568ff, 8605ff, 8739, 8983
 europ. Beamtenkorps 8942
 europ. Patent 8640
 friedliche Beilegung v. Streitigkeiten 8739
 gegenseitige Behandlung v. Staatsangehörigen 8569f
 Grenzformalitäten 8570, 8933, 8941f, 8984, 8986
 Minderheiten 8942
 Paßzwang (Aufhebung) 8796, 8986
 Pflichtversicherung f. Kraftfahrzeughalter 8794
 Rechtsvereinheitlichung 8942
 Reisedevisen 8984
 Stellung juristischer Personen 8983f
Soziale Fragen
 Begegnungen junger Europäer 8943
 Europadorf f. verschleppte Personen 8987
 Europ. Konvention üb. d. Austausch v. Kriegsversehrten z. Zwecke d. Heilbehandlung 8568, 8570, 8605ff, 8794
 Europ. Konvention üb. soziale u. medizinische Hilfe 8605ff
 Europ. Sozialcharta (Entwurf) 8637f, 8794, 8942ff
 Europ. Sozialversicherungsordnung (Entwurf) 8933, 8943f
 Europ. Wirtschafts- u. Sozialkonferenz 8942
 Gesundheitswesen 8739f
 Interimsabkommen üb. Soziale Sicherheit 8605ff
 Wirtschafts- und Sozialrat 8942f, 8974
Wirtschaftsfragen
 Beziehungen zu:
 CEMT 8940
 OEEC 8793f, 8933, 8938ff
 europ. Gesellschaften 8941
 Landwirtschaft 8739
 Kartelle 8933
 Verkehrswesen 8940f
 wirtschaftl. Entwicklung Südeuropas 8637, 8794, 8931f, 8938ff, 8986
 Europ. Entwicklungsfonds 8794, 8931, 8939f
 wirtschaftl. Hilfe an unterentwickelte Gebiete 8932, 8935, 8939
 Straßburger Plan 8532f
 Wirtschafts- und Sozialrat 8942f, 8974

Ferner Osten *8565, 8589, 8620, *8636, 8656, 8663, 8950, 8954

Finnland

Aufnahme in UN *8538
 Außenhandel 8908
 Außenpolitik 8908
 Beitritt zum Nordischen Rat *8669, 8908
 Beziehungen zur Sowjetunion (Paasikivi in Moskau) 8907f
 Rückgabe von Porkkala-Udd *8633, 8715, 8907f
 Generalstreik *8733, *8787
 Regierung *8633, *8668, *8733
 Staatspräsident (Wahl) *8633, *8668, *8733

Frankreich

Algerien

Bevölkerung, europäische 8647, *8728
 —, mohammedanische 8647, *8733
 Bürgerkrieg 8647, *8670, *8727, *8733, *8788f, *8840, *8893, *8981
 Informationsreise Ministerpräsident Mollets, 6.—11. 2. 56: *8670, *8727f
 Ministerresident 8647, *8670
 verfassungsmäßiger Status:
 Algerische Versammlung *8789, *8840
 Bindung an Frankreich 8647, *8728, *8733
 Reformen 8647f, *8728, *8733
 Unabhängigkeitsstreben 8925
 Wahlen 8644, 8647f, *8728
 Wahlrecht 8647f, *8670
 Wirtschaft 8648, 8733

Arbeits- und Sozialpolitik

Altersversorgung 8650
 Arbeitsverträge 8649f
 Gewerkschaften 8649
 Löhne 8649
 Sozialpolitik 8643, 8645, 8649f

Außenpolitik

8511f, 8648f, *8733, *8736, *8839
 Beziehungen zu:
 Ägypten (Pineau in Kairo) *8735
 Brasilien (Besuch Kubitschek) *8600
 Bundesrepublik Deutschland 8509ff, 8556 (Wortl.), *8667f, *8728, *8731, *8840
 (Besprechungen Mollet-Adenauer) 8971f (Wortl.)
 Großbritannien (Mollet in Chequers) 8718 (Wortl.)
 Indien (Pineau in Neu Delhi) *8736
 Italien (Besuch Gronchi) 8879f (Wortl.), *8892, *8929
 Jugoslawien (Besuch Tito) *8928
 Libanon *8788
 NATO 8718
 Saargebiet (Besuch Ney) *8668
 Sowjetunion 8648, *8735
 (Mollet in Moskau) 8920ff (Wortl.), *8929f, 8972
 Spanien *8601
 Syrien *8788
 Tschechoslowakei (Pineau in Prag) *8980

Vereinte Nationen 8664
 Vietnam/Nord 8613, 8616
 Vietnam/Süd 8612f
 diplomatische Vertretungen *8563
 zur deutschen Frage 8512, *8728, *8929
 zur europäischen Integration 8643, 8646, 8649
 Noten:
 Memorandum an Bundesrepublik Deutschland (Saarfrage) v. 14. 2. 56: *8668
 Memorandum an Großbritannien und Vereinigte Staaten (Mittlerer Osten) v. 27. 1. 56: *8634
 zur Saarfrage *8535, *8668
 Bevölkerung 8582, 8584, 8586 Anm. 3, 5, 8587 Anm. 8, 10, 11, 8588 Anm. 13, 14, 16
Finanz- und Währungspolitik
 8649f, 8965
 Finanzreform 8650
 Zentralbanksystem 8963
Geschichte 8513f
Handel vgl. *Wirtschaft*
Innenpolitik
 8511, 8641ff
 Nationalversammlung *8891
 Auflösung *8535, 8641f, 8646
 Mehrheitsverhältnisse 8645
 Präsident *8634
 Regierungserklärung 31. 1. 56: 8646ff (Wortl.)
 Vertrauensabstimmungen *8634, 8646, *8728, *8928
 Parteien:
 Demokratische Widerstandsunion 8642ff
 Kommunisten *8600, 8641f
 Linksrepublikanische Sammlung *8535, 8641, 8643ff
 Poujadisten 8642ff, *8892
 Radikalsozialisten *8535, *8634, 8641ff, *8892, *8979
 Sozialisten *8535, 8641ff
 (Parteitag, Puteaux 14.—15. 1. 56) *8600
 Sozialrepublikaner 8641ff
 Unabhängige Rechte *8634, 8641, 8643ff
 Volksrepublikaner *8634, 8641ff
 (Parteikongreß, Paris 10.—13. 5. 56) *8928
 Regierung *8535, *8600, *8634, 8641f, 8646, 8650, *8668, *8670, *8892, *8979
 Republikanische Front 8642f, 8645f
 Volksfront *8535, *8600, 8643, 8645f
 Wahlen v. 2. 1. 56: *8535, *8600, 8641ff
Kolonialpolitik
 8643, 8648
 Algerien 8643, 8646, 8647f, 8664, *8670, 8718, *8727f, *8733, *8788f, *8840, *8892f, 8922, *8928, *8979
 Indochina 8609, 8612f, 8616ff, *8733
 Marokko *8601, 8641, 8643, 8646, 8648, 8664, *8668, 8718, *8733, 8883ff, *8979

Nordafrika 8643ff, *8733, *8735, 8776
Tunesien 8643, 8646, 8648, 8718,
*8728, *8788, 8885, *8980

Kulturpolitik

Laizismus 8643, 8645, 8646f

Sozialpolitik vgl. *Arbeits- und Sozialpolitik*

Verfassung

8642, 8646

Wahlrecht 8641f, 8644, 8646

Verkehr

Rhein-Seitenkanal 8972

Währung vgl. *Finanz- und Währungs-*
politik

Wehrpolitik

Chef des Generalstabs *8728

Wirtschaft

8643, 8645f, 8649

Außenhandel 8922

Banken 8964f

Industrie (3. Modernisierungsplan)
8649

Kapitalmarkt 8650

Landwirtschaft 8649

Produktivität 8649

Wirtschaftsbeziehungen zu:

Italien 8880

Saargebiet *8633

Französische Union 8513

Griechenland

Außenpolitik

*8734

Beziehungen zu:

Bundesrepublik Deutschland (Be-

such Heuss) *8979

Großbritannien *8733, *8928

NATO 8663, *8840

Vereinigte Staaten *8733f

zur Cypern-Frage *8733, *8840, *8979

Note an Vereinte Nationen (Cypern-
Frage) v. 10. 3. 56: *8733

Bevölkerung 8588 Anm. 16

Innenpolitik

Parlament *8600

Parteien:

Griechische Sammlungsbewegung
*8600

Nationale Radikale Union *8600

Volkssozialistische Partei *8600

Regierung *8729, *8979

Wahlen v. 19. 2. 56: *8728f

Kulturpolitik

Kulturabkommen mit Bundesrepu-
blik Deutschland *8979

Wirtschaft

wirtschaftliche Entwicklung 8940

Großbritannien

Atomenergie

8620

Zusammenarbeit mit:

Bundesrepublik Deutschland *8535

OEEC 8783

Arbeits- und Sozialpolitik 8553

Außenpolitik

*8979

Beziehungen zu:

Aegypten (Lloyd in Kairo) *8735

Brasilien (Besuch Kubitschek) *8600

Bundesrepublik Deutschland

(Besuch Adenauer) 8904

(Besuch Brentano) 8880 (Wortl.),

*8928

(Besuch Erhard) *8729

Frankreich *8733

(Besuch Mollet) 8718 (Wortl.)

Griechenland *8733, *8929

Indien (Lloyd in Neu Delhi) *8736

Jordanien *8734

Kanada (Eden in Ottawa) *8670

NATO 8718

Saudi-Arabien 8619

Sowjetunion *8535f

(Besuch Bulganin und Chru-
schtschow) 8877ff (Wortl.), *8891,
8912

(Besuch Malenkow) *8840

Türkei (Lloyd in Ankara) *8735

Vereinigte Staaten (Eden in

Washington) 8619ff (Wortl.), 8713

zur deutschen Frage 8879f

zum Mittleren Osten *8536, *8668,
*8734, *8840

Note an Volksrepublik China

(Korea-Frage) v. 28. 5. 56: *8981

Bevölkerung 8581f, 8586 Anm. 3, 4,
5, 8587 Anm. 8, 10, 11, 8588 Anm.
13, 14, 16

Finanz- und Währungspolitik

*8892f

Abwertung 8706, *8729

Auslandsanleihen 8705ff

Beziehungen zu:

EZU 8706

Weltbank und IMF 8706

Budget 1956/57: *8892

Devisenwirtschaft 8705ff

Kapitalposition, internationale 8705ff

Konvertibilität 8705, 8707

Sterlingblock 8705f, 8708ff

Verbindlichkeiten 8705ff

Währungsreserven 8706f, 8709f

Wechselkurse 8710

Zentralbanksystem 8962ff

Handel vgl. *Wirtschaft*

Innenpolitik

Labour Party *8535f, 8597f, *8668

Regierung *8563

Unterhaus (Vertrauensabstimmungen)
*8729, *8734

Kolonialpolitik

Cypern *8535, *8730, *8734f, *8929f

Karibische Föderation *8729

Malaya *8601, *8668, 8777

Malta *8788

Singapur 8777, *8929

Währung vgl. *Finanz- und Währungs-*
politik

Wehrpolitik

Rüstung *8892

Verteidigung *8729

Wirtschaft

8553f, *8729

Außenhandel 8707, 8878, 8912

Zahlungsbilanz 8705, 8707, 8710

Auslandsvermögen 8705ff

Auslandschulden 8706, 8708ff

Banken 8965

Konjunktur 8705, *8729

Preise 8706

Wirtschaftsbeziehungen zur Bundes-
republik Deutschland 8880

Guatemala

Bürgerkrieg v. 1954: 8688

Indien

Außenpolitik

zum Algerien-Problem *8981

Beziehungen zu:

Bundesrepublik Deutschland (Be-
such Blücher) *8602, 8625 (Wortl.),
*8633, *8636

DDR *8733

Frankreich (Besuch Pineau) *8736

Großbritannien (Besuch Lloyd)

*8736

Italien (Besuch Martino) *8602

Saudi-Arabien (Besuch König Saud)
*8537f

SEATO-Staaten *8790

Sowjetunion (Nehru in Moskau)

8949f

(Besuch Bulganin und Chru-
schtschow) *8537, 8589, 8589f
(Wortl.), 8593, 8799, 8949, 8952ff
(Besuch Mikojan) *8790, 8960

Anm. 219

Vereinigte Staaten (Besuch Dulles)
*8736

zum Bagdad-Pakt *8537

Bündnisfreiheit 8950, 8955

Goa-Frage *8537, *8564, 8593, 8954

Mitgliedschaft im Commonwealth
8955

Innenpolitik

Kommunistische Partei 8960 Anm. 217

Kongreßpartei *8670

Verkehr

Seeschifffahrt 8590

Wirtschaft

Außenhandel 8589f, 8950, 8954

1. Fünfjahrplan 8950

2. Fünfjahrplan 8625, *8670

Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjet-
union *8537, 8589, 8589 (Wortl.),
*8790, 8950, 8954

Indochina

Bevölkerung 8614

Krieg 8609, 8614f, 8617, 8801

politische Entwicklung 8609ff, *8735

Waffenstillstand 8593, 8609ff, *8929

Wirtschaftseinheit 8612, 8615, 8618

Indonesien

Außenpolitik

*8842

Beziehungen zu:

Niederlande (Außenministerkon-
ferenz in Genf 10. 12. 55—11. 2.
56) *8536, *8601, *8634ff, *8664,
*8669

Vereinigte Staaten (Besuch Dulles) *8736
(Soekarno in USA) *8980
Indonesisch-niederländische Union (Auflösung) *8670, *8734, *8790, *8842
Neuguinea-Frage *8536, 8593
Regierung *8636
Wirtschaftshilfe *8736, *8980

Internationale Beziehungen

8519, 8521, *8537, 8555, *8564f, 8575f, 8592ff, 8622f, 8625f, 8630f, 8655ff, 8660, 8661, 8711, 8714f, 8718, *8733, *8735f, 8774f, 8777, 8786, 8835f, 8877ff, 8880ff, 8897ff, 8920ff, 8926, *8928, 8934, 8953, 8957, 8971f
Entspannung 8522, 8526, 8531f, 8572, 8593, 8622, 8624, 8626, 8655ff, 8660, 8661f, 8713ff, 8775, 8834, 8836, 8877, 8881, 8897, 8899, 8902, 8905, 8907f, 8912, 8919ff, *8928, 8950f, 8954, *8979

Internationale Organisation 8533

„Kalter Krieg“ *8602, 8620f, 8624, 8626, 8631, 8656, 8661, *8729, 8775
Koexistenz 8532, *8564ff, 8593, 8615, 8623, 8630, 8655, 8713, *8733, 8774, 8798, 8860f, 8866, 8877, 8898f, 8901, 8907ff, 8919ff, 8950, 8953, 8955, 8958, *8979

„Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ *8537f, *8565, 8589, 8594, *8602, 8614, 8623, *8669, *8730, 8949, 8952, 8954, 8956

Ost-West-Kontakte 8555, 8656, 8659, 8716, 8878f, 8922, 8923, 8957

Sicherheit (kollektive)

vgl. auch **Abrüstung, Europa und Vereinte Nationen**

8513, *8565f, 8593f, 8626, 8662, 8714, 8717, *8729, *8733, 8881, 8901, 8954

Blockbildung 8522, 8589, 8593, 8621, 8623, 8626, 8682, *8736, 8834, 8897, 8949, 8952, 8954

Neutralität 8623, 8898ff, 8949, 8952ff

Internationale Handelskammer (ICC) 8984

Internationaler Bund Christlicher Gewerkschaften (IFCTU)

Beitritt der Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands *8535

Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (ICFTU) 8652f

Europäische Regionalorganisation (4. Tagung, Frankfurt/M., 22.—24. 5. 56) 8974f

Irak

Beziehungen zu Jordanien (Treffen der Könige) *8736

Verteidigung 8527f

Stützpunkte 8528

Verteidigungshilfe 8528

Wirtschaftshilfe 8528

Irland

Aufnahme in UN *8538

Bevölkerung 8582f, 8586, Anm. 3, 5, 8587 Anm. 8, 10, 8588 Anm. 13, 16

Island

Bevölkerung 8588 Anm. 16

Beziehungen zu:

Bundesrepublik Deutschland (Thors in Bonn) *8927

NATO *8840

Stützpunkte *8840

Zusammenschluß Linkssozialisten—Kommunisten *8840

Israel

Beziehungen zu Ägypten *8981

Streitkräfte 8776

Verteidigung *8842

Waffenkäufe 8776

Italien

Außenpolitik

Aufnahme in UN *8538

Beziehungen zu:

Belgien (Martino in Brüssel) *8927

Brasilien (Besuch Kubitschek) *8634

Bundesrepublik Deutschland (Segni in Bonn) 8660 (Wortl.)

Frankreich (Gronchi in Paris) 8879f (Wortl.), *8892, *8929

Indien (Martino in Neu Delhi) *8602

Kanada (Gronchi in Ottawa) *8735

Niederlande (Martino im Haag) *8929

Vereinigte Staaten (Gronchi in Washington) *8730, *8735f

Memorandum an Bundesrepublik Deutschland (Wiedervereinigung) v. 2. 5. 56: *8929

Bevölkerung 8580ff, 8586 Anm. 3, 5, 8587 Anm. 8, 11, 8588 Anm. 13, 14, 16

Finanz- und Währungspolitik

Zentralbanksystem 8962

Innenpolitik

Parlament (Vertrauensabstimmung) *8734

Parteien:

Kommunistische Partei *8979

Radikale Partei *8536

Regierung *8729

Kulturpolitik

Kulturabkommen mit Bundesrepublik Deutschland 8660

Verfassung

Verfassungsgericht *8634

Wahlgesetz *8734

Wirtschaft

Vanoni-Plan 8782, 8784, 8794, 8940

wirtschaftl. Entwicklung Südtaliens *8536, 8926

Wirtschaftsbeziehungen zu:

Bundesrepublik Deutschland *8536
Frankreich 8880

Japan

Beitritt zum GATT 8595

Bevölkerung 8586 Anm. 3, 5, 8587 Anm. 8, 10, 8588 Anm. 13, 14

Beziehungen zu:

Sowjetunion *8634, *8636, *8788
Vereinte Nationen (Mitgliedschaft) 8665

Grenzen *8636

Kriegsgefangene *8636

Jemen

Beziehungen zur Sowjetunion *8670

Jordanien

Außenpolitik

*8602, *8730, *8735 *8790

Aufnahme in UN *8538

zum Bagdad-Pakt *8566

Beziehungen zu:

Ägypten *8734, *8736

(el-Rifai in Kairo) *8670, *8730

Großbritannien *8734, *8736

Irak (Treffen der Könige) *8736

Libanon (König Hussein in Beirut) *8930

Saudi-Arabien *8734, *8736

(el-Rifai in Riad) *8670, *8730

Syrien *8736

(König Hussein in Damaskus) *8842

(el-Rifai in Damaskus) *8670,

*8730

(Besuch al-Kuwatly) *8981

Innenpolitik

Parlament (Auflösung) *8566, *8602

Regierung *8566, *8602, *8981

Wehrpolitik

Entlassung Glubb Pascha (Arabische Legion) *8734, *8736

Koordinierung der Streitkräfte mit

Ägypten *8930

Militärabkommen mit Syrien *8981

Wirtschaft

Wirtschaftsbeziehungen zu Syrien *8981

Wirtschaftshilfe durch arabische Länder *8565f, *8636, 8776, *8790

Jugoslawien

Atomenergie *8634

Außenpolitik

*8979

Beziehungen zu:

Ägypten (Tito in Kairo) *8565, 8625f (Wortl.)

Äthiopien (Tito in Addis Abeba) *8565

Belgien (Besuch Spaak) *8840

Bulgarien *8891

Bundesrepublik Deutschland (Vukmanovic-Tempo in Bonn) *8977

Frankreich (Tito in Paris) *8928

Sowjetunion 8900f, *8979

(Besuch Chruschtschow u. Bulganin) 8799, 8899ff

Westmächte 8900f, *8979

zum Bagdad-Pakt *8601

Finanz- und Währungspolitik

Budget *8788

Innenpolitik

Bund der Kommunisten *8734, *8979f

Wirtschaft

Außenhandel 8626, 8900
 österreichisches Vermögen 8753, 8771
 Wirtschaftsplan 1956: *8788
 Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik Deutschland *8732, *8977

Kambodscha

Außenpolitik
 8614
 Anerkennung 8613f
 Aufnahme in UN *8538
 Beziehungen zu:
 Volksrepublik China (Norodom Sihanuk in Peking) *8730
 Frankreich 8615
 Indien 8614
 Vereinigte Staaten 8614
 Vietnam/Süd 8614

Innenpolitik

König 8614
 Regierung 8614, *8842
 Wahlen v. 1955: 8614f

Wehrpolitik

Streitkräfte 8614
 Verteidigungshilfe 8614

Verkehr 8614**Wirtschaft** 8615**Kanada**

Atomenergie (Zusammenarbeit m. Europa) 8783
 Bevölkerung 8581f, 8585, 8586 Anm. 3, 5, 8587 Anm. 8, 10, 8588 Anm. 13, 14
 Beziehungen zu:
 Großbritannien (Besuch Eden) *8670
 Italien (Besuch Gronchi) *8735
 Mexiko (Konf. v. White Sulphur Springs) *8790
 Sowjetunion (Pearson in Moskau) 8957f
 Vereinigte Staaten (Konf. v. White Sulphur Springs) *8790

Kaschmir

*8538, *8564, *8736, 8777, *8841, 8954
 Besuch Bulganin u. Chruschtschow *8537

Kolonialfragen

*8565, 8663f, 8952
 Antikolonialismus 8799, 8925, 8952f
 Kolonialismus 8593, 8834
 Unabhängigkeitsbewegung d. Kolonialvölker 8626

Kommunismus

8511, *8565, 8575f, 8620f, 8631, 8635, 8695, 8833, 8871, 8880f, 8900f, 8954, *8979
 Beziehungen zu Sozialisten *8893
 Kominform (Auflösung) 8833 (Wortl.), *8893, 8912, 8954
 Komintern 8833, 8848

Konferenzen

Bandung, Asiatisch-Afrikanische Konferenz, 18.—24. 4. 55: 8589, 8593,

8616, 8623, 8626, 8662, 8723, 8775, 8834, 8949, 8953

Berlin, Außenminister d. Vier Mächte, 25. 1.—18. 2. 54: 8743, 8898

Dschidda, Regierungschefs v. Ägypten, Jemen u. Saudi-Arabien, 20. bis 21. 4. 56: *8894

Genf, Ostasienkonferenz, 26. 4.—21. 7. 54: 8589, 8609f, *8735, 8615, 8950f, 8957

Konferenz d. Vertreter d. beiden Präsidenten d. Genfer Ostasienkonferenz, London 11. 4.—8. 5. 56: *8929

Genf, Regierungschefs der Vier Mächte, 18.—23. 7. 55: 8516, 8522, 8593, 8623f, 8630, 8655f, 8658, 8661f, 8714f, 8717, 8798, 8902, 8904f, *8977

Genf, Außenminister der Vier Mächte, 27. 10.—16. 11. 55: **8516ff** (Wortl.), 8522f, **8529ff**, *8537, 8539, 8555, *8563, 8569, 8592, 8630, 8656, 8659, 8661, 8716, 8798, 8935

Kairo, Staatsoberhäupter v. Ägypten, Saudi-Arabien und Syrien, 6.—12. 3. 56: *8735, **8775f** (Wortl.)

London, Außenministerrat, 25. 11. bis 12. 12. 47: 8742

London, Außenministerstellvertreter f. d. österreichischen Staatsvertrag, 1947—1953: 8742

Moskau, Außenminister Großbritanniens, der UdSSR, der USA, 19. bis 30. 10. 43: 8764

Moskau, Außenministerrat, 10. 3. bis 27. 4. 47: 8526, 8742

New York, Außenministerrat, 4. 11. bis 11. 12. 46: 8742

Paris, Außenministerrat, 23. 5.—20. 6. 49: 8742

Paris, stellv. Außenminister d. Vier Mächte, 5. 3.—21. 6. 51: 8742

Potsdam, Regierungschefs Großbritanniens, d. UdSSR, d. USA, 17. 7. bis 2. 8. 45: 8749ff, 8768

Wien, Konferenz z. Fertigstellung d. österreichischen Staatsvertrags, 2. bis 14. 5. 55: 8744f

Wien, Außenminister der Vier Mächte, 14.—15. 5. 55: 8745

Korea (Nord)

Beziehungen zur DDR (Besuch Grotewohl) *8566, 8592
 Streitkräfte *8981

Korea (Süd)

Präsidentchaftswahl 15. 5. 56: *8981

Laos

Aufnahme in UN *8538
 Innenpolitik 8615
 Pathet-Lao-Bewegung 8615

Libanon

Beziehungen zu:
 Jordanien (Besuch König Hussein) *8930
 Syrien *8602, *8636

Liberia

Beziehungen zur Sowjetunion *8601

Libyen

Aufnahme in UN *8538

Luxemburg

Bevölkerung 8588 Anm. 16
 Einfuhrbeschränkungen 8595f

Malaya

Unabhängigkeitsbestrebungen *8601, *8668, 8777

Malta

Vereinigung mit Großbritannien (Integration) *8668, *8788
 Volksabstimmung v. 12. 2. 56: *8668

Marokko

Aufstandsbewegung 8648
 Außenpolitik *8733, *8789f, 8884

Beziehungen zu:

Arabische Liga *8789

Frankreich *8536f, 8648, 8664,

*8668, *8733, 8883ff, *8979

Spanien *8841, 8886

Bevölkerung, französische *8733

Istiqlal-Partei *8789

Regierung *8536, *8893

Status:

Einheit *8601, *8635

Unabhängigkeit *8601, *8635, 8648, 8718, *8733, *8841, *8979

8883ff (Wortl.), **8886** (Wortl.)

Verfassung *8536, 8648, 8883, 8886

Streitkräfte *8733

Stützpunkte *8979

Mexiko

Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und Kanada (Konf. v. White Sulphur Springs) *8790

Mittlerer Osten

Arabische Liga s. diese

Erdöl 8713

politische Entwicklung *8565, 8619, *8634, *8733, *8735, 8775, 8786,

8834f, *8839, *8841, 8921, *8928

Sicherheit 8527, 8619, *8636, *8670, 8711ff, 8718, *8735, 8775, 8834f,

*8842, 8877, 8880

Waffenlieferungen des Ostblocks

*8536, 8619, 8881

Wirtschaftshilfe *8634

Mongolische Volksrepublik

Beziehungen zu:

DDR (Besuch Grotewohl) *8566, 8592

Sowjetunion (Besuch Mikojan)

*8842, 8960 Anm. 219

Vereinte Nationen (Mitgliedschaft) *8566, 8592, 8665

Eisenbahnen *8842

Nepal

Aufnahme in UN *8538

Niederlande

Bevölkerung 8580, 8582, 8585, 8586
Anm. 3, 5, 7, 8587 Anm. 8, 10, 11,
8588 Anm. 13, 14, 16

Beziehungen zu:

Bundesrepublik Deutschland (Besuch Brentano) *8734
Indonesien (Außenministerkonferenz in Genf 10. 12. 55—11. 2. 56) *8536, *8601, *8634ff, 8664, *8669
Italien (Besuch Martino) *8929
Niederländisch-indonesische Union (Auflösung) *8670, *8734, *8790

Norwegen

Außenpolitik *8601

Beziehungen zu:

Bundesrepublik Deutschland (Besuch Brentano) *8980
NATO 8907f
Sowjetunion (Gerhardsen in Moskau) 8909
Bevölkerung 8582, 8586 Anm. 3, 5, 8587 Anm. 8, 10, 8588 Anm. 13, 14, 16
Budget 1956: *8634
Kulturabkommen mit Bundesrepublik Deutschland *8980
Thronrede 12. 1. 56: *8601
Verteidigung *8601
Rüstungsausgaben *8634
Stützpunkte 8908
Wirtschaft *8601

Nordatlantikpakt-Organisation (NATO)

8516f, 8522, 8593, 8619, 8648, 8654, 8715, *8730f, *8733ff, *8788f, 8798f, *8839ff, 8879, *8894, *8927, *8929f, 8934, 8958, 8971, *8978f
Ausrüstung mit Atomwaffen 8624, 8715

Drei-Minister-Ausschuß f. engere Zusammenarbeit auf nichtmilitärischem Gebiet 8919

Generalsekretär (Stellvertreter) *8728
Luftverteidigung 8555

Mitgliedschaft

Gesamtdeutschlands 8516f
der Sowjetunion *8927ff

Oberbefehlshaber Europa *8840

Oberbefehlshaber Südeuropa *8891

Streitkräfte 8555, *8788f

Stützpunkte 8800

Tagungen:

Nordatlantikat (Minister), Paris 15.—16. 12. 55: 8555f (Wortl.)
desgl., Paris 3.—5. 5. 56: 8919 (Wortl.)

Verteidigungsplanung 8555, *8839f
wirtschaftliche Zusammenarbeit 8660, *8735f

Nordischer Rat

Außenministerkonferenz, Kopenhagen 18.—19. 4. 56: *8891

Tagung des Präsidiums, Kopenhagen Jan. 56: *8599

Tagung des Rats, Stockholm 27. 1. bis 3. 2. 56: 8640, *8669

Oesterreich

Außenpolitik

8742, 8764

Aufnahme in UN *8538, 8748, 8764, 8767

Beitritt zum Europarat *8729, *8735, 8931f

Beziehungen zu:

Deutschland (Anschlußverbot) 8745f, 8765
Bundesrepublik Deutschland *8564
vier Großmächte 8742f, 8764
Jugoslawien 8743
Sowjetunion (Raab in Moskau) 8743, 8756f, 8768f
Weltgewerkschaftsbund *8669

Grenzen 8746, 8765

Neutralität 8557, *8729, 8741, 8743, 8766, *8839, 8898f, 8932

Note an vier Großmächte (Staatsvertrag) v. 10. 9. 53: 8743

Staatsvertrag 8556ff, **8741ff, 8745ff** (Wortl.), **8764ff**, 8898f

Besatzung

Abkommen üb. Besatzungszonen v. 9. 7. 45: 8748f

Abzug d. Besatzungstruppen 8743, 8745, 8748f, 8767

Besatzungskosten 8749, 8751, 8767

Besatzungsschäden 8751, 8770

Kontrollabkommen v. 28. 6. 46: 8748, 8767

Bevölkerung 8581f, 8586 Anm. 3, 5, 8587 Anm. 8, 8588 Anm. 13

Finanz- und Währungspolitik

Zentralbanksystem 8963

Handel vgl. Wirtschaft

Innenpolitik

Minderheiten 8746, 8765f

Nationalrat (Auflösung) *8735

Wahlen v. 13. 5. 56: *8729, *8735, *8929, *8980

Sozialpolitik

Flüchtlinge 8744

Verfassung und Verwaltung

Grundrechte 8746, 8765

Staatsbürgerschaft 8744

Verfassung 8746f, 8765

Wehrverfassung 8766

Verkehr

Donauschiffahrt 8754, 8772

Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft 8557, 8744, 8749, 8757, 8759ff, 8769

Eisenbahn-Transit 8754f, 8772

Luftverkehr 8748, 8754, 8767

Wehrpolitik

Rüstungsbeschränkungen 8747f, 8755f, 8766f

Streitkräfte 8744, 8747

Weltkrieg, Zweiter

Entnazifizierung 8744, 8746, 8766

Kriegsgefangene 8748, 8767

Kriegsverbrecher 8744

Mitverantwortung 8764

Reparationen 8749, 8767f

Restitutionen 8753, 8770f

Wiedergutmachung 8753

Wirtschaft

Auslandsvermögen 8560, 8750f, 8753, 8770f

Forderungen an Deutschland 8558, 8750f, 8768, 8770

Auslandsschulden 8744, 8753, 8771

Ablöszungszahlung an Sowjetunion 8749, 8769

alliiertes Eigentum 8558ff, 8744, 8751ff, 8770f

deutsches Vermögen 8557ff, *8564, 8742, 8744, 8749, 8767ff

Außenhandel 8753f, 8771

Banken 8964f

Erdöl 8557ff, 8744, 8749, 8757ff, 8762, 8769f

Wirtschaftshilfe 8561f, 8764

Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)

8682ff, 8698ff

Beziehungen zu:

internationalen Organisationen 8703

Vereinte Nationen 8700, 8703

Charta (Statut) **8696ff** (Wortl.)

diplomatische Beziehungen (Kontinuität) 8686, 8695f

europäische Kolonien in Amerika 8685f

friedliche Beilegung v. Streitigkeiten 8688, 8696ff

Internationale Konferenzen d. amerik. Staaten:

IX., Bogotá 30. 3.—2. 5. 48: 8683, 8686, 8695f

X., Caracas 1.—13. 3. 54: 8686

Kommunismus u. Totalitarismus (Verurteilung) 8686, 8695

Kulturaustausch 8701

Menschenrechte 8697

Rechtsvereinheitlichung 8701

Spezialorganisationen 8688, 8700, 8703

wirtschaftl. Zusammenarbeit 8697f, 8700f

Ostblock

*8979

einheitliche Außenpolitik 8958f

Lebensstandard 8722

Paktsystem 8529, 8798

Rat f. gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON):

Tagung Budapest, 7.—11. 12. 55: *8536

Tagung Berlin, 18.—25. 5. 56: *8977f

Vereinigtes Institut f. Kernforschungen, Moskau *8789, **8836ff** (Wortl.)

Warschauer Vertrag s. diesen

Pakistan

Atomenergie *8669

Beziehungen zu:

Afghanistan (Grenzstreitigkeiten) 8956

Sowjetunion *8538, *8669

(Besuch Mikojan) *8790, 8960 Anm. 219

Türkei (Besuch Menderes) *8790

Grenzen *8736, 8777
zur Kaschmir-Frage *8538
Mitgliedschaft im Commonwealth
*8602
Präsident der Republik *8736
Verfassung *8602, *8730, *8790
Verteidigungshilfe *8736

Palästina

arabische Flüchtlinge 8619, 8663,
8835, 8877, 8922
Jordan-Wasser (Ableitung) *8894
Palästina-Konflikt 8619, *8634, 8663,
8713, 8718, *8735, 8775f, 8786,
8834f, *8841f, 8877, *8894, 8921f,
*8928, *8930, *8981
Garantie (Dreimächte-Erklärung v.
25. 5. 50) 8619, 8713, 8718, 8834,
*8928
Waffenstillstand *8602, 8835, *8894,
*8930
Waffenstillstands-Überwachungs-
kommission 8619, *8670
Zwischenfälle *8538, *8566, *8602,
*8636, *8842

Pariser Verträge

8509, 8522ff, 8531, 8654, 8899,
8906, *8977
Londoner Akte v. 3. 10. 54: *8891

Persien

Beitritt zum Bagdad-Pakt *8538,
*8669
Noten an die Sowjetunion (Beitritt
z. Bagdad-Pakt):
v. 6. 12. 55: *8538
v. 3. 4. 56: *8842
sowjetische Besetzung im 2. Welt-
krieg *8538

Philippinen

Atomforschungs-Zentrum *8736
Beziehungen zu den Vereinigten
Staaten (Besuch Dulles) *8736

Polen

Amnestie *8893
Justizverwaltung *8893
Regierung *8788, *8893
Staatssicherheitsdienst *8893
Vereinigte Arbeiterpartei *8840
(Erster Sekretär) *8735, *8788

Portugal

Aufnahme in UN *8538
Bevölkerung 8580ff, 8586 Anm. 3, 5,
8587 Anm. 8, 10, 8588 Anm. 13, 14
Beziehungen zu:
Brasilien (Besuch Kubitschek) *8634
Vereinigte Staaten (Cunha in
Washington) *8537, 8960 Anm.
199
zur europäischen Integration *8634
Goa *8537

Publizistik

Internationales Presse-Institut 8725ff,
*8892
Pressefreiheit 8725ff

Recht, internationales

Internationale Privatrechtskonferenz
8568
Internationales Institut f. d. Verein-
heitlichung d. Zivilrechts 8984
Menschenrechte 8666, vgl. auch
Europarat und Vereinte Nationen
Selbstbestimmungsrecht der Völker
*8566, 8589, 8620, 8659, 8666, 8716

Rumänien

Außenpolitik
Aufnahme in UN *8538
Beziehungen zur Sowjetunion (Chru-
schtschow u. Bulganin in Bukarest)
8901
Note an Vereinigte Staaten („Ballon-
Affäre“) v. 8. 2. 56: *8669
Stationierung sowjetischer Truppen
8899
Innenpolitik
Arbeiterpartei, II. Parteitag, Buka-
rest 23.—28. 12. 55: *8564
Regierung *8929
Wirtschaft
2. Fünfjahrplan *8564
Landwirtschaft *8564

Saar

Bevölkerung 8588 Anm. 16
Beziehungen zu:
Bundesrepublik Deutschland (Ney in
Bonn) *8727
(gegenseitige Vertretungen) *8599,
*8633
Frankreich (Ney in Paris) *8668
Innenpolitik
Deutscher Heimatbund *8787
Gewerkschaften:
DGB-Saar *8667, *8787
Einheitsgewerkschaft (Auflösung)
*8667
Landtag:
Präsident *8599
Regierungserklärung v. 10. 1. 56:
*8599
Parteien:
CDU-Saar *8535, *8563, *8787,
*8839
Christliche Volkspartei *8667,
*8787, *8839
Demokratische Partei Saar *8787
SPD, Landesverband Saar *8599,
*8787
Sozialdemokratische Partei Saar
(Auflösung) *8787
Regierung *8599
Volksabstimmung v. 23. 10. 55:
*8599, 8920
Wahlen:
Landtagswahl v. 18. 12. 55: *8563
Kommunalwahlen v. 13. 5. 56: *8928
Kommission der WEU an der Saar
*8599, 8640
Saarfrage (allgem.) 8510, *8535, 8556,
*8563, *8599, *8667f, *8727f, *8731,
*8788, *8892, 8926, *8927f, 8968,
8972, *8979

Wiedervereinigung mit Deutsch-
land *8535, *8633, *8667

Verfassung und Verwaltung

Aufhebung des Paßzwangs zur Bun-
desrepublik *8667
Gleichstellung deutscher Staatsange-
höriger *8667
Internationaler Gerichtshof *8534,
*8733, 8920
Staatsangehörigkeit *8787
Verfassung *8599, *8667
Wirtschaft
Industrie *8599
Röhring-Werke *8633
Kohle *8892
Wirtschaftsbeziehungen zu Frank-
reich *8535, *8633, *8667

Saudi-Arabien

Außenpolitik
Beziehungen zu:
Großbritannien 8620, 8776
Indien (König Saud in Indien)
*8537f
Jordanien *8565
Dreierkonferenz mit Ägypten und
Syrien 8775f

Wehrpolitik

gemeinsames Oberkommando mit
Ägypten u. Syrien *8566, 8711f
Streitkräfte 8712
Verteidigungspakt mit Ägypten und
Jemen 8711f, *8894

Schweden

Außenpolitik
8836, 8910
Beziehungen zur Sowjetunion (Er-
lander in Moskau) 8835f (Wortl.),
8909
Bündnisfreiheit 8836, *8839, 8909f
Bevölkerung 8580ff, 8586 Anm. 3, 5,
8587 Anm. 8, 10, 8588 Anm. 13, 14,
16
Finanz- und Währungspolitik
Zentralbanksystem 8963f
Wehrpolitik
Atomwaffen *8634
Verteidigung *8634
Wirtschaft
Außenhandel 8835
deutsches Vermögen *8787

Schweiz

Außenhandel *8929
Bevölkerung 8580ff, 8586 Anm. 3, 4,
5, 8587 Anm. 8, 10, 8588 Anm. 13,
14
Beziehungen zu:
EGKS *8929
OEEC 8783
Bundespräsident *8536
Bundesrat *8536
Verteidigung *8669
Zentralbanksystem 8962, 8964

Singapur

Unabhängigkeitsbestrebungen *8929

Skandinavien

Atomenergie *8891

Nordisches Institut f. Atomenergie
8640

gemeinsamer nordischer Markt *8599

Nordischer Rat s. diesen

Zollunion 8640

Sowjetunion

Atomenergie

8837f

Zusammenarbeit mit Jugoslawien

*8634

Arbeits- und Sozialpolitik

8860

Arbeitskräfte 8811, 8866

Außenpolitik

8510f, 8555, *8564, *8602, 8621,
*8635, *8730, *8736, 8795, 8797ff,
8807, 8809, 8853, 8866f, 8880,
*8894, 8897ff, *8929, 8934, 8949ff,
*8979

Beziehungen zu:

Ägypten 8952

Afghanistan (Bulganin u. Chruschtschow in Kabul) *8564f, 8589,
8590 (Wortl.), 8583, 8949, 8952,
8955ff

arabische Staaten 8799

Bulgarien (Chruschtschow u. Bulganin in Sofia) 8901

Burma (Besuch U Nu) 8949, 8951f
(Bulganin u. Chruschtschow in Burma) *8537, *8564, 8589, 8593,
8799, 8949, 8952, 8955ff
(Mikojan in Rangun) *8841, 8960
Anm. 219

Volksrepublik China 8953

(Mikojan in Peking) *8841, 8960
Anm. 219Dänemark (Besuch Hansen) *8735,
8773ff (Wortl.), 8909Bundesrepublik Deutschland 8523,
*8735, 8773, 8903, *8978
(Besuch Adenauer) 8904fDDR 8523, *8732, 8773, 8903ff
(Bulganin u. Chruschtschow in Berlin) 8905

(Besuch Grotewohl) *8564f, 8906

Finnland (Besuch Paasikivi) 8907f

Frankreich 8715, *8735, 8960 Anm.
196(Besuch Mollet) 8920ff (Wortl.),
*8929f, 8972Großbritannien *8537, 8713, 8715,
8960 Anm. 196(Bulganin u. Chruschtschow in London) 8877ff (Wortl.), 8880,
*8892, 8912

(Malenkow in London) *8840

Indien (Besuch Nehru) 8949f

(Bulganin u. Chruschtschow in Indien) *8537, *8564, 8589, 8589f
(Wortl.), 8593, 8799, 8949, 8952ff
(Mikojan in Neu Delhi) *8790,
8960 Anm. 219

Japan *8634, *8636, *8788

Jemen *8670, 8952

Jugoslawien 8853, 8900f, *8979

(Chruschtschow u. Bulganin in Belgrad) 8799, 8899ff

Kanada (Besuch Pearson) 8957f

Lateinamerika *8635

Liberia *8601

Libyen 8952

Mongolische Volksrepublik (Mikojan in Ulan-Bator) *8841, 8960
Anm. 219

nordische Staaten 8907

Norwegen (Besuch Gerhardsen)
8908f

Oesterreich 8715

(Besuch Raab) 8743, 8756f, 8768f

Pakistan *8669, 8955f

(Mikojan in Karatschi) *8790,
8960 Anm. 219

Persien 8952

Rumänien (Chruschtschow u. Bulganin in Bukarest) 8901

Schweden (Gromyko in Stockholm)
8898(Besuch Erlander) 8835f (Wortl.),
8909

Syrien 8952

Tschechoslowakei 8901

Ungarn 8901

Vereinigte Staaten *8636, 8655ff,
8713ff, 8797ff

Vietnam/Nord (Besuch Ho Tsch Minh) 8949ff

(Mikojan in Hanoi) 8960 Anm.
219

Westmächte *8537

zum Bagdad-Pakt *8564

zur deutschen Frage 8529ff, *8564,
*8731, *8735, 8773, 8798, 8902ff,
8958

zum „Kolonialismus“ 8564

zum Mittleren Osten *8669, 8713f
(Wortl.), 8834f (Wortl.), 8912

Noten an:

Bundesrepublik Deutschland (Normalisierung d. Beziehungen)

v. 7. 6. 55: 8903

(„Ballon-Affäre“) v. 6. 2. 56:

*8669

(Repatriierung) v. 9. 3. 56: *8735

(„Ballon-Affäre“) v. 24. 3. 56:

*8789

(Repatriierung) v. 27. 4. 56: *8893

(Repatriierung) v. 29. 5. 56: *8980

Großbritannien (Indochina-Frage)

v. 18. 2. 56: *8735

Persien (Beitritt z. Bagdad-Pakt)

v. 4. 2. 56: *8669

Türkei („Ballon-Affäre“) v. 5. 2. 56:

*8669

Vereinigte Staaten (Botschaft Bulganins üb. gegenseit. Beziehungen) v. 23. 1. 56: 8655ff (Wortl.)

(Botschaft Bulganins üb. gegenseit. Beziehungen) v. 1. 2. 56:

*8669, 8714ff (Wortl.)

(„Ballon-Affäre“) v. 5. 2. 56:

*8669

(„Ballon-Affäre“) v. 19. 2. 56:

*8729

(Ballon-Affäre“) v. 24. 3. 56:

*8789

Westmächte und Türkei (Mittelost-Kommando) v. 28. 1. 52: 8713

zum österreichischen Staatsvertrag

8743

Spionage 8857f

Wirtschaftshilfe an asiatische Länder
*8730, 8949ff

Finanzpolitik

Budget 1956: *8564

Geschichte

8826ff

Geschichtsschreibung 8808, 8850, 8862f

Interventions- und Bürgerkrieg 1918-
1921: 8852, 8859, 8867f, 8870

Handel vgl. Wirtschaft

Innenpolitik

8797f, 8801, 8803, 8809, 8845ff,
*8929Kommunistische Partei 8797, 8803ff,
8845ff

Komsomol 8812f

Parteigeschichte 8810, 8829ff

VI. Parteikongreß (1917) 8831

VIII. Parteikongreß (1919) 8862

X. Parteikongreß (1921) 8875

Anm. 79

XIV. Parteikongreß (1924) 8815

XVII. Parteikongreß (1932) 8807,
8874 Anm. 68XVIII. Parteikongreß (1939) 8807,
8815XIX. Parteikongreß (1952) 8803,
8807ff, 8832

XX. Parteikongreß 14.-25. 2. 56:

*8669, *8729, *8731f, 8786, *8787,
*8789, 8803ff, 8832, 8845ff, 8889f,
8897, 8909, 8935, *8977

Programm 8811

Zentralkomitee (Präsidium) *8729,

8804f, 8820f, 8854f

(Tagung 25.-31. 1. 55) 8803f

(Tagung 4.-12. 7. 55) 8805

Nationalitäten 8853, 8868

Oberster Sowjet 8868

Regierung *8669, 8804, 8806, 8821,
*8841

Kulturpolitik

8808, 8810, 8831, 8850, 8862

Jugendfragen 8810, 8816

kulturelle Expansion 8825

Kulturgeschichte 8826ff

Pädagogik 8825ff

Schulwesen 8810, 8827, 8831f

Sozialpolitik vgl. Arbeits- und Sozial-

politik

Verfassung und Verwaltung

politische Prozesse 8806, 8815f, 8858ff

Rechtsunsicherheit 8810, 8848, 8857ff

Repatriierung fremder Staatsbürger

8774, 8836

Staatspolizei 8806, 8810, 8819, 8848,

8857f, 8860, 8869, 8871

Verwaltung 8875 Anm. 80

Zwangsarbeit 8810, 8860, 8870

Verkehr

Seeschifffahrt 8590

Wehrpolitik

Rüstungsausgaben *8564, 8715, 8798,

8802, 8866

Streitkräfte 8715, 8808f, 8813f, 8818ff,

8866f, 8870, 8921 *8929

Verteidigung 8798, 8800, 8802, 8803, 8810, 8863ff
Weltkrieg, Zweiter 8803, 8820, 8850ff
Wirtschaft
8797ff, 8803f, 8809, 8811, 8873
Außenhandel 8589f, 8722, 8773f, 8835, *8841, 8878, 8900, 8908f, 8912, 8922, 8950ff
6. Fünfjahrplan *8601, *8729, 8809ff, 8873
Industrie:
Industrialisierung 8804f, 8811
Schwerindustrie 8798, 8802
Landwirtschaft 8722, 8805, 8808, 8811, 8823 Anm. 41, 8849f, 8862, 8873
Produktion 8722, 8805
Produktivität 8870
Wirtschaftsbeziehungen zu:
Afghanistan *8565, 8589, **8590** (Wortl.), 8955f
Burma 8589, 8952, 8955
Indien *8537, 8589, **8589f** (Wortl.), *8790, 8950, 8954
Sozialistische Internationale
Stellungnahme gegenüber Kommunistischen Parteien *8735, 8786, *8840, **8880f** (Wortl.)
Tagung des Generalrats, Zürich 2.-4. 3. 56: *8735, **8785f**
Spanien
Aufnahme in UN *8538
Bevölkerung 8580f, 8586 Anm. 3, 5, 8587 Anm. 8, 11, 8588 Anm. 13
Beziehungen zu:
Brasilien (Besuch Kubitschek) *8635
Frankreich *8600
Marokko *8601, *8841, 8886
Vereinigte Staaten (Artajo in Washington) *8841
Regierung *8669
Studenten-Unruhen *8669
Verfassung *8669
Zentralbanksystem 8963
Sudan
Anerkennung *8565
Mitgliedschaft in UN *8670
Beitritt zur Arabischen Liga *8635
Unabhängigkeit *8436, *8565, *8601
Verfassung *8565
Südafrikanische Union
Beziehungen zu den Vereinten Nationen 8664
Minderheiten 8664
Rassenfrage 8664
Südostasienpakt-Organisation (SEATO) 8593, 8620, *8669
Abwehr umstürzlerischer Tätigkeit 8777
Einbeziehung Indochinas 8614, 8616, 8949, 8951
Exekutiv-Sekretariat 8778
Rat (2. Tagung, Karatschi 6.-8. 3. 56) *8736, **8776ff** (Wortl.)
wirtschaftliche Zusammenarbeit *8736, 8777f

Südwestafrika
Mandats-Status 8664
Syrien
Außenpolitik
Beziehungen zu:
Jordanien *8565
(al-Kuwatly in Amman) *8981
(Besuch König Hussein) *8842
(Besuch el-Rifai) *8670, *8730
Libanon *8602, *8636
Sowjetunion 8952
Dreierkonferenz m. Ägypten und Saudi-Arabien 8775f
Note an Vereinte Nationen (Palästina-Zwischenfall) v. 13. 12. 55: *8538
Wehrpolitik
gemeinsames Oberkommando mit Ägypten u. Saudi-Arabien *8566, 8711f
Militärabkommen m. Jordanien *8981
Streitkräfte 8712
Verteidigungspakt mit Ägypten **8711f** (Wortl.)
Wirtschaft
Wirtschaftsbeziehungen zu Jordanien *8981
Togo
Volksabstimmung f. Anschluß des britischen Mandatsgebiets an die Goldküste (9. 5. 56) *8930
Tschechoslowakei
Beziehungen zu:
Frankreich (Besuch Pineau) *8980
Sowjetunion 8901f
Kommunistische Partei *8893
Noten an:
Vereinigte Staaten („Ballon-Affäre“) v. 24. 2. 56: *8729
Vereinte Nationen („Ballon-Affäre“) v. 8. 2. 56: *8669
Regierung *8893
Verwaltungsreform *8893
Türkei
Bevölkerung 8588 Anm. 16
Beziehungen zu:
Großbritannien (Besuch Lloyd) *8735
Pakistan (Menderes in Karatschi) *8790
Programm f. wirtschaftl. Entwicklung 8940
Regierung *8536
Vertrauensabstimmung *8536
Tunesien
Beziehungen zu Frankreich 8648, *8728, 8885
diplomatische Vertretungen *8980
Regierung *8841
Status:
französisch-tunesische Konventionen v. 3. 6. 55: 8648, 8885
Unabhängigkeit 8718, *8788, **8885** (Wortl.), *8980
Verfassungsgebende Versammlung *8841
Wahlen v. 25. 3. 56: *8790

Ungarn
Aufnahme in UN *8538
Beziehungen zu:
Österreich *8930
Sowjetunion 8901f
Note an Vereinigte Staaten („Ballon-Affäre“) v. 8. 2. 56: *8669
Partei der Werktätigen *8980
politische Prozesse *8789, *8980
Stationierung sowjetischer Truppen 8899
Unterentwickelte Gebiete
8513, 8575, 8620, 8626, 8632, 8656, 8662, 8666, *8729, 8800, 8925
Stellung im GATT 8596
Wirtschaftshilfe 8718, 8802, 8921, 8925f, *8977
Vereinigte Staaten
Arbeits- und Sozialpolitik
8651
Beschäftigungsstand 8973
Gewerkschaften:
Bergarbeiterverband 8652f
Eisenbahnverbände 8653
Geschichte d. Gewerkschaftsbewegung 8651f
Kampf gegen Kommunismus 8652
Mitgliedschaft in internat. Gewerkschaftsorganisationen 8652f
Zusammenschluß AFL—CIO *8537, **8651ff**
Löhne 8973
New Deal 8651
Soziale Sicherheit 8574, 8973
Taft-Hartley-Gesetz 8652
Atomenergie
8620, *8630, *8670
Zusammenarbeit mit Europa 8783
Außenpolitik
8510, *8602, *8635, 8715, *8730, *8790, *8841, 8893f
Auslandhilfe 8549ff, *8565, 8576, 8620, *8635, *8730, *8790, 8800f, 8973f, *8980
Marshallplan 8552f
Beziehungen zu:
Argentinien 8676
Bagdadpakt-Staaten 8527f, 8620, 8882
Brasilien (Besuch Kubitschek) *8602
Volksrepublik China *8635, 8663
Bundesrepublik Deutschland (Besuch Adenauer) 8904
(Hoover in Bonn u. Berlin) *8667
EGKS (Besuch Mayer) *8670
Großbritannien (Besuch Eden) **8619ff** (Wortl.), 8713
Indien (Dulles in Neu Delhi) *8736
Indonesien (Dulles in Djakarta) *8736
(Besuch Soekarno) *8980
Italien (Besuch Gronchi) *8730, *8735f
Kanada (Konf. v. White Sulphur Springs) *8790
Lateinamerika 8684, 8693f

Mexiko (Konf. v. White Sulphur Springs) *8790
 NATO 8930
 Philippinen (Dulles in Manila) *8736
 Portugal (Besuch Cunha) *8537, 8960 Anm. 199
 Sowjetunion *8636, 8655ff, 8714ff, 8797ff, *8894
 Spanien (Besuch Artajo) *8841
 Vietnam/Süd 8616ff
 Carnegie Endowment for International Peace 8533
 zur Cypern-Frage *8736
 zu Indochina 8615f
 zum Mittleren Osten *8841
 Noten an die Sowjetunion:
 (Botschaft Eisenhowers üb. gegen-
 seit. Beziehungen) v. 28. 1. 56:
 8657ff (Wortl.)
 („Ballon-Affäre“) v. 8. 2. 56: *8669
 (Botschaft Eisenhowers üb. Ab-
 rüstungsfragen) v. 1. 3. 56: 8717f
 (Wortl.)
 („Ballon-Affäre“) v. 1. 3. 56: *8736
 Bevölkerung 8581f, 8585, 8586, Anm.
 3, 5, 8587 Anm. 8, 10, 8588 Anm.
 13, 14
 Finanz- und Währungspolitik
 8973
 Budget *8635, 8973
 Steuern 8574, 8973
 Zölle 8541ff, 8553, 8596, 8973
 Geschichte 8573ff
 Monroe-Doktrin 8693
 Handel vgl. Wirtschaft
 Innenpolitik
 Kongreß:
 State of the Union-Botschaft 1956:
 *8601f, 8973
 Wirtschaftsbotschaft 1956: *8636,
 8973
 Parteien:
 Demokraten 8547
 Republikaner 8547
 Präsidentschaftswahlen 1956: 8654,
 *8730
 Regierung *8980
 Sozialpolitik vgl. Arbeits- und Sozial-
 politik
 Wehrpolitik
 Rüstungsausgaben *8635, 8801f, 8973
 Verteidigung 8800
 Wirtschaft
 8574, *8636, 8973f
 Außenhandel 8541ff, 8934
 Außenhandelspolitik 8541ff, 8973
 Beziehungen zum GATT 8541ff,
 8974
 Einfuhrbeschränkungen 8544, 8547
 Exportsubventionen 8547
 zur ITO 8542
 zur OTC 8541ff, 8597, 8973f
 Randall-Kommission 8544f
 Trade Agreements Act 8541, 8543,
 8546f, 8973
 Kreditwesen 8574
 Landwirtschaft 8574, 8973
 Agricultural Adjustment Act 8543f

Landwirtschaftsbotschaft d. Präsi-
 denten, 9. 1. 56: *8602, 8973
 Produktion 8973
 Volkseinkommen 8973

Vereinte Nationen

Organe

Abrüstungskommission *8636, 8648f,
 8662, 8957
 Unterausschuß 8661f, 8717f, *8732,
 *8790, *8842, *8894, *8930
 Amt des Hohen Kommissars f. d.
 Flüchtlingswesen 8571, 8666
 Internationaler Gerichtshof 8632
 Sicherheitsrat *8538, *8566, 8632,
 8665
 Treuhandschaftsrat 8632, 8664f
 Vollversammlung:
 10. Tagung, 20. 9.—20. 12. 55:
 *8538, *8566, 8661ff
 Hilfsorganisation f. Palästina-
 Flüchtlinge (UNRWA) 8663
 Kommission z. Bekämpfung
 d. Rauschgift Handels *8981
 Kommission f. d. Rechtstellung der
 Frau *8790
 Kommission f. Südwestafrika 8664
 Organisation für den Wiederauf-
 bau Koreas (UNKRA) 8663
 Präsidium u. Ausschüsse der Voll-
 versammlung 8632
 Studienkommission für Rassen-
 fragen in der Südafrikanischen
 Union 8664
 Wirtschaftskommission für Asien und
 den Fernen Osten (ECAFE) 8723f
 Exekutivsekretär 8724
 Wirtschaftskommission für Europa
 (ECE) *8894, 8923f
 Beitritt Bundesrepublik Deutsch-
 land *8538, 8598, *8727, 8924
 Beitritt DDR abgelehnt *8538, 8923
 Binnenverkehrsausschuß 8598, 8639
 Jahresberichte 8719
 9. Jahresbericht 8721ff, 8923f
 Triptyks 8639
 Zahlungssystem *8894
 Wirtschafts- und Sozialrat 8632, 8665
 Sonderorganisationen
 Internationale Arbeitsorganisation
 (ILO) 8974
 Internationale Bank für Wiederauf-
 bau und Entwicklung (IBRD):
 Institut f. wirtschaftl. Entwicklung
 8632
 International Finance Corporation
 8666
 Internationale Zivilluftfahrt-Organisa-
 tion (ICAO):
 Beitritt Bundesrepublik Deutsch-
 land 8666
 Europäische Kommission f. Zivil-
 luftfahrt 8540, 8571
 Organisation der Vereinten Nationen
 für Erziehung, Wissenschaft und
 Kultur (UNESCO):
 Aufnahme DDR abgelehnt *8538
 43. Sitzung des Exekutivrates,
 Madrid, April 56: *8894
 Weltbank s. „Internationale Bank...“

Weltgesundheitsorganisation (WHO):
 Mitgliedschaft *8981
 Sitzung des Exekutivausschusses,
 Genf, Januar 56: *8670
 9. Generalversammlung, Genf 1956:
 *8981

10. Jahrestag der Vereinten Nationen
 Jubiläumssitzung, San Francisco 1955:
 8662

Nicht selbständige Gebiete

Surinam und Niederländische An-
 tillen 8664

Rechtsfragen

Konvention bezügl. d. Status d. Staa-
 tenlosen v. 28. 9. 54: 8666
 Menschenrechte 8666
 Rassendiskriminierung 8664
 Rechtsstellung der Frau 8666, *8790
 Selbstbestimmungsrecht d. Völker
 8666

Sicherheit

Abrüstung *8566, 8626, *8636, 8661f,
 8661f (Wortl.), 8666, *8790, 8921,
 vgl. auch „Abrüstungskommission“
 Atomwaffen:
 Einstellung von Versuchen 8662f
 Kontrolle 8662
 Verbot 8661, 8663, *8790
 Atomenergie 8626, 8661ff, 8922
 internationale Atomenergie-
 Behörde 8662f, 8888
 Konferenz f. d. friedliche Ausnut-
 zung d. Atomenergie, Genf, 8. bis
 20. 8. 55: 8662, *8730, *8893
 (Einberufung einer weiteren Kon-
 ferenz) *8538
 radioaktive Strahlung *8538, 8662
 regionale Sicherheitsorganisationen
 (Art. 51) 8686, 8696, 8711

Streitfälle:

Algerien 8664
 China *8537, 8589, 8593, 8654,
 8665, 8950
 Cypern 8663, *8928
 Korea 8663, 8801, *8981
 Abzug ausländischer Truppen
 8592, *8981
 Beziehungen zwischen Nord- und
 Südkorea *8566, 8592
 Konferenzvorschlag (chinesischer)
 *8981
 Neutrale Waffenstillstandskom-
 mission *8981
 Waffenstillstand 8663, *8981
 Wahlen 8802
 Wiedervereinigung *8566, 8589,
 8592f, 8950, *8981
 Marokko *8538, 8664
 Neuguinea 8664
 Palästina s. dieses

Treuhandschaft

Südwestafrika 8664
 Togo 8664

Verfassung und Organisation

Aufnahme neuer Mitglieder *8538,
 8593, 8626, 8664f, *8670
 Charta 8658, 8714f
 Revision *8566, 8666
 Mitgliedschaft 8631

Wirtschaftsfragen

Internationale Weizenkonferenz,
Genf/London 20. 1.—25. 4. 56:
*8789, *8894
Sicherheit der Luftfahrt 8666
unterentwickelte Gebiete 8921
Internationale Finanzierungsgesell-
schaft vgl. Weltbank
Sonderfonds f. wirtschaftl. Ent-
wicklung (SUNFED) 8666
Technische Hilfe *8538, 8666, 8724

Vietnam

Flüchtlinge 8611, 8617
Regierung 8610
Staatschef 8610
Vietminh-Bewegung 8609 Anm. 1,
8610, 8612ff
Wiedervereinigung 8609f, 8616f,
*8730, 8922, *8929
Beziehungen zwischen Nord- u.
Süd-Vietnam 8611
Wahlen 8609ff, 8801, 8951

Vietnam (Nord)

Außenhandel 8951
Außenpolitik
Beziehungen zu:
Volksrepublik China (Ho Tschi
Minh in Peking) 8951
Frankreich 8613, 8616, 8951
Sowjetunion (Ho Tschi Minh in
Moskau) 8949ff
(Besuch Mikojan) 8960 Anm. 219
Schreiben Pham Van Dongs an Groß-
britannien und Sowjetunion (Wie-
dervereinigung Vietnams) v. 14. 2.
56: *8730
völkerrechtl. Stellung 8613
Wirtschaft
französische Unternehmen 8613
Nationalisierung 8613
Wirtschaftshilfe der Sowjetunion u.
d. Volksrepublik China 8951

Vietnam (Süd)

Beziehungen zu:
Frankreich 8611f

Kambodscha 8614
Vereinigte Staaten 8611, 8616f
Innenpolitik 8611f, 8616f
Aufstandsversuche 8611f
Präsident der Republik 8612
Sekten 8611f, 8617
Staatschef (Absetzung) 8612
Streitkräfte 8611
Auflösung des französischen Ober-
kommandos *8929
Währung 8612
Wirtschaft 8612

Völkerbund 8573, 8575

Warschauer Vertrag

8899, *8979
außenpolitische Kommission 8622
Einbeziehung der DDR 8622, *8633,
8903, 8906
Politischer Beratender Ausschuß
(Sitzung Prag 27.—28. 1. 56) 8622ff
(Wortl.), *8667
Sekretariat 8622
Vereinte Streitkräfte 8851
Vereinigtes Oberkommando 8622
Warschauer Sicherheitskonferenz,
11.—14. 5. 55: 8899

Welt-Frontkämpferbund 8570

Welt-Jugendversammlung 8572

Weltfriedensbewegung

Tagung des Weltfriedensrates, Stock-
holm 5.—9. 4. 56: *8840

Weltgewerkschaftsbund

Gründung 8653
Sitz *8669, *8735

Welthandel

8542, 8545, 8548, 8549ff, 8596,
8656, 8802
Dollarlücke 8549ff
Liberalisierung 8542f, 8548
Ost-West-Handel 8722, 8923f
Embargo 8620, *8635, 8878
Organisation f. Zusammenarbeit a.

d. Gebiete d. Handels (OTC) vgl.
**Allgemeines Zoll- und Handels-
abkommen**

Weltkrieg, Zweiter

8655, 8674
Friedensverträge 8747, 8766

Weltwirtschaft 8511, 8514f, 8549,
8798, 8800

Westeuropäische Union (WEU)

8516, 8522, 8593, 8631, 8654
Organe
Amt für Rüstungskontrolle 8556,
8889, 8920
Gemischter Ausschuß 8540
Rat der WEU:
Beziehungen zur Versammlung
8889, 8920
Tagungen:
Paris 14. 12. 55: *8535, **8556**
(Wortl.)
Paris 3. 5. 56: **8920** (Wortl.)
Ständiger Rüstungsausschuß 8889,
8920

Versammlung:
Beziehungen zum Rat 8889, 8920
Geschäftsordnung 8540
Saar-Ausschuß 8889
Tagungen:
2. ord. Sitzungsperiode, 23. bis
25. 4. 56: **8889**

Militärische Fragen

Rüstung 8889, 8920
Rüstungskontrolle 8889, 8920
Streitkräfte *8535, 8556

Politische Fragen

Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands
8516f

Saarfrage

8889
Kommission der WEU an der Saar
*8599, 8640, 8889

Zwischenstaatlicher Ausschuß für
europäische Wanderung (ICEM)
8571

Personenverzeichnis

Abd el Kader 8789
Abdul Rahman 8601, 8668
Adenauer, Konrad 8531, 8563, 8599,
8731f, 8787, 8839, 8904f, 8927, 8967,
8971, 8976, 8978
Ahmed, Imam des Jemen 8894
Ala, Hussein 8881
Anak Agung Gede Agung 8536
Andrejew, A. A. 8822
Aramburu, Pedro 8930
Aristow, A. B. 8805, 8811f, 8814ff,
8820ff
Arndt, Adolf 8600
Arnold, Karl 8727

Artajo, Alberto Martin 8841, 8886
Attlee, Clement R. 8535, 8597
Bandaranaike, Solomon 8841, 8894
Bao Dai 8610ff
Bech, Joseph 8734
Becker, Max 8531
Bekkai, M'Barek 8536, 8883ff, 8886
Belinskij, W. G. 8828
Beljajew, N. I. 8820ff
Ben Curion, David 8981
Benjamin, Hilde 8563
Benvenuti, Lodovico 8934
Berg, Fritz 8978

Berija, Lawrentij P. 8848, 8858
Beutler, Wilhelm 8532
Bevan, Aneurin 8597, 8734
Bichet, Robert 8947f
Bierut, Boleslaw 8735
Blank, Theodor 8927
Blücher, Franz 8602, 8625, 8633,
8636, 8938
Boggiano-Pico, Antonio 8931
Bolivar, Simón 8683, 8690, 8692f
Bolz, Lothar 8566, 8927
Bourguiba, Habib 8841, 8893, 8980
Braden, Spruille 8676
Brandt, Willy 8532

von Brentano, Heinrich 8529f, 8532, 8535, 8556, 8633, 8667, 8727f, 8731, 8734, 8773, 8839, 8880, 8889, 8920, 8927, 8971, 8976, 8977, 8979f

Breshnjow, L. I. 8820f

Brühler, Ernst-Christoph 8531

Brugmans, Hendrik 8784f, 8795

Bulgantin, Nikolaj A. 8537, 8564f, 8589f, 8635, 8662, 8669f, 8714, 8729, 8773f, 8799, 8803, 8805, 8809f, 8816, 8819, 8821, 8835, 8873, 8874 Anm. 68, 8875 Anm. 74, 8877, 8897, 8899ff, 8920, 8950, 8952f, 8955ff

Burns, Louis M. 8566

Butler, Richard A. 8877

Canini, Giovanni 8974

Castillo, Ramón 8675

Catroux, Georges 8670

Čepicka, Alexej 8893

Chamoun, Camille 8930

Chaudet, Paul 8669

Chaudhri Mohammed Ali 8538, 8842

Chrunitschew, M. W. 8821

Chruschtschow, Nikita S. 8537, 8564, 8565, 8589f, 8635, 8669, 8773, 8789, 8799, 8803ff, 8835, 8840, 8845, 8853, 8855, 8857ff, 8877, 8900f, 8905f, 8910, 8920, 8935, 8952ff

Chudhury, Hamidul Huq 8776, 8790

Churchill, Sir Winston 8535, 8597, 8927, 8977

Clark, J. Reuben 8684, 8693

Conrad, Kurt 8599, 8731

Corniglion-Molinier, Edouard 8940f

Cosgrave, Liam 8571

Coty, René 8668

Coudenhove-Kalergi, Richard Graf 8599

Crosbie, James 8933

Cunha, Paulo 8537, 8960 Anm. 199

Cyrankiewicz, Josef 8893

David, Vaclav 8980

Davies, Clement 8734

Dehler, Thomas 8732, 8975, 8977

Dehousse, Fernand 8640, 8782, 8932, 8987

Deist, Heinrich 8600

Dieckmann, Johannes 8668, 8731

Dillon, Douglas 8788

Drapier, Jean 8532

Dubois, André 8601

Dulles, John Foster 8537, 8565, 8602, 8635, 8666, 8730, 8736, 8755, 8790, 8841, 8894, 8930, 8960 Anm. 199

Eden, Sir Anthony 8536, 8619, 8621, 8670, 8718, 8734, 8788, 8877

Edwards, L. John 8938

de Egaña, Juan 8682, 8689

Eisenhower, Dwight D. 8541 Anm. 1, 8601f, 8615f, 8619, 8621, 8635f, 8662f, 8670, 8717, 8730, 8736, 8783, 8790, 8801, 8841, 8893, 8904, 8930, 8973, 8980

Elmgren, Bengt 8938

Erhard, Ludwig 8536, 8729, 8731, 8978

Erlander, Tage 8835f, 8909, 8912

Erler, Fritz 8933, 8943

Euler, August Martin 8727

Fagerholm, Karl August 8733

Faisal, König des Irak 8736

el Fassi, Allal 8789

Faure, Edgar 8535, 8600, 8641, 8643ff

Faure, Maurice 8734, 8788, 8920, 8971

Federspiel, Per 8933, 8939

Fens, J. J. 8889

Figl, Leopold 8558, 8562, 8743, 8755, 8932

Finckenstein, Eva Gräfin 8570

Forthomme, Pierre 8923

Franco, Francisco 8841

Friedensburg, Ferdinand 8976

Friedlaender, Ernst 8532, 8599, 8785

Furler, Hans 8782

Furzewa, E. A. 8820f

Gaitskell, Hugh 8536, 8597, 8734

de Geer, Gérard 8936

George, Walter F. 8930

Gerhardsen, Einar 8908

Gerstenmaier, Eugen 8667

Gheorghiu-Dej, Gheorghe 8564, 8901

Gille, Alfred 8531

Glubb, John Bagot 8734

Goedhart, F. J. 8947

van der Goes van Naters, Marinus 8779, 8944

Gorschkow, S. G. 8818

Green, William 8651f

Gretschko, A. A. 8818

Grewe, Wilhelm 8534

Griffiths, James 8929

Gromyko, Andrej A. 8590, 8819, 8839, 8898, 8929, 8954

Gronchi, Giovanni 8730, 8735f, 8879, 8929

Grotewohl, Otto 8537, 8564, 8566, 8592, 8594, 8633, 8733, 8788, 8890, 8891, 8905, 8927, 8960 Anm. 238, 8978

Gruber, Karl 8743

Gruenther, Alfred M. 8839f, 8927

Gudmundsson, Kristinn 8840, 8927

Haas, Wilhelm 8735

Hallstein, Walter 8788, 8971, 8985f

Hammarskjöld, Dag 8636, 8723, 8842, 8894, 8930, 8981

Hansen, Hans C. 8735, 8773f, 8909, 8977

Harding, Sir John 8537

Haschem, Ibrahim 8566

Hatoyama, Ichichiro 8636

Hegedüs, Andras 8901

Helmer, Oskar 8669

Herzen, Alexander L. 8827ff

Heuss, Theodor 8927, 8979

Heyman, Henri 8933, 8942f

Hodscha, Enver 8977

Höfler, Heinrich 8943

Hoover, Herbert, jr. 8667

Hope, Lord John 8889

Ho Tsch Minh 8613, 8949ff

Hull, Cordell 8684

Hussein, König von Jordanien 8736, 8776, 8790, 8842, 8930

Ibrahim, Hassan 8731

Ismay, Lord 8929

Jebb, Sir Gladwyn 8733

Jugoff, Anton 8891

Kaganowitsch, Lazar M. 8820f

Kaiser, Jakob 8633, 8978

Karamanlis, Konstantin 8600, 8729, 8734, 8928

Katz-Suchy, Juliusz 8923

Kekkonen, Urho 8633, 8668, 8907

Kennan, George F. 8930

Khalidi, Fakri 8636

Kiesinger, Kurt-Georg 8431

Kiritschenko, A. I. 8820f

Klompé, Margarethe 8936

Konjew, Iwan I. 8851, 8866, 8875 Anm. 74

Kossygin, A. N. 8821

Kraft, Waldemar 8534

Krupskaja, N. K. 8832

Kubitschek, Juscelino 8600, 8602, 8633ff

Kusnezow, N. G. 8818

Kutscherenko, W. A. 8821

al-Kuwatly, Schukri 8735, 8775, 8842, 8981

Lacoste, Robert 8733, 8789

Lange, Halvard 8908

Lannung, Hermod 8933, 8938, 8941

Layton, Lord 8932

Lemmer, Ernst 8927

Lenin, Wladimir I. 8804f, 8807, 8809, 8828ff, 8853f, 8856f, 8860ff

Lennox-Boyd, Alan 8668, 8730, 8734, 8929

Lewis, John L. 8651f

Lloyd, Selwyn 8670, 8735f, 8877, 8979

Lonardi, Eduardo 8680

Lunatscharskij, A. W. 8832

Luns, Josef 8536

MacBride, Sean 8938

Macmillan, Harold 8535f, 8729, 8755, 8782, 8892

Magsaysay, Ramón 8736

Maier, Reinhold 8975

Makarenko, A. S. 8828, 8832

Makarios, Erzbischof v. Cypern 8730, 8733f, 8736, 8929

Malenkow, Georgij M. 8732, 8803f, 8807ff, 8840, 8848, 8854, 8872f

Malyschew, W. A. 8821

Mansholt, S. L. 8925

Marshall, David 8929

Martin, Paul 8665

Martino, Gaetano 8602, 8660, 8840, 8879, 8927, 8929, 8932f, 8936

Mayer, René 8532, 8782

Maza, José 8665

Mazkewitsch, W. W. 8818, 8821

Meany, George 8653

Melsheimer, Ernst 8927

Mende, Erich 8975

Menderes, Adnan 8536, 8790
Mendès-France, Pierre 8600, 8610, 8641ff, 8648, 8840, 8892, 8979
Menon, Krischna 8664
de Menthon, François 8937
von Merkatz, Hans-Joachim 8978
Mikojan, Anastas I. 8773, 8790, 8806, 8808ff, 8841f, 8845, 8849f, 8854, 8858, 8862, 8872, 8960 Anm. 219
Miranda, Miguel 8677
Mirza, Iskander 8790
Mitin, M. B. 8803
Moch, Jules 8785
Mohammed ben Jussef, Sultan v. Marokko 8536, 8635, 8668, 8841, 8883
Mohammed Daud 8955
Mohammed Naim 8590f, 8955f
Mollet, Guy 8539, 8570, 8572, 8600, 8629, 8634, 8643, 8646, 8670, 8718, 8727f, 8733, 8839, 8879, 8889, 8920, 8971f
Molotow, Wjatscheslaw M. 8520 (Anm.), 8529, 8564, 8743, 8755, 8773, 8806ff, 8835, 8872f, 8876 Anm. 98, 8900, 8920
Monmer, Karl 8942, 8985
Monnet, Jean 8629f, 8925
Morawski, Jerzy 8846ff
Morrison, Herbert 8536, 8597
Moskatow, P. G. 8816
Motz, Roger 8782
Mozer, Alfred 8785
Muchitdinow, N. A. 8820f
Müller, Gebhard 8927
Murphy, Robert 8783
Murray, Philip 8652
Myrdal, Gunnar 8924

Nasser, Gamal Abdel 8565, 8625f, 8635, 8735, 8775, 8842, 8894
Nederhorst, G. M. 8782, 8925
Nehru, Jawaharlal 8537, 8589, 8625, 8633, 8723, 8736, 8790, 8841, 8949f, 8954f, 8959 Anm. 153, 8981
Ney, Hubert 8599, 8668, 8727, 8731, 8787, 8891
Ngo Dinh Diem 8610ff
Nicolson, Nigel 8944
Nilsson, Torsten 8634
Norodom Sihanuk 8614, 8730
Norstad, Lauris 8840, 8978
Novotny, Antonin 8901
Nuschke, Otto 8839

Oberländer, Theodor 8534
Ochab, Edward 8788, 8840
Odojewskij, W. G. 8827f
Ollenhauer, Erich 8530f, 8563, 8600, 8630, 8732

Paasikivi, Juho 8668, 8907f
Paget, Reginald 8933
Pankratowa, A. M. 8810, 8862f, 8868
Paul, König von Griechenland 8600, 8840
Pearson, Lester B. 8957
Pentkowskaja, W. W. 8868
Perón, Eva 8676f
Perón, Juan D. 8673ff

Perwuchin, M. G. 8820f
Petitpierre, Max 8783
Petrowskij, G. I. 8805
Pham Van Dong 8610, 8730
Philip, André 8925
Pieck, Wilhelm 8733, 8977
Pijade, Moshe 8876 Anm. 98, 8891
Pinay, Antoine 8535, 8556, 8634, 8645, 8664, 8755, 8883 (Anm.)
Pineau, Christian 8667f, 8728, 8731, 8733, 8735f, 8783, 8788, 8879, 8883ff, 8919f, 8927, 8971f, 8980
Pirogow, N. I. 8828
Pittermann, Bruno 8932
Pius XII. 8565
Plechanow, G. W. 8830f
Ponomarenko, P. K. 8821
Pospelow, P. N. 8806, 8810, 8820ff
Postyschew, P. P. 8858
Prasad, Rajendra 8625
Pünder, Hermann 8934, 8948
Puschkin, Georgij M. 8727

Raab, Julius 8558, 8562, 8743
Rákosi, Mátyas 8789, 8901, 8980
Ramadier, Paul 8784
Rau, Heinrich 8890
Reading, Lord 8929
van Remoortel, William 8947
Reuter, Georg 8892
Reuther, Walter 8653f
el-Rifai, Samir 8670, 8730
Rojas, Isaac 8680
Roosevelt, Franklin D. 8651, 8684f, 8694
Rosenberg, Ludwig 8974
Rotmistrow, P. 8851, 8864
Ruiz Cortinez, Adolfo 8790
Rumpf, Willi 8668

Saburow, M. S. 8820f
St. Laurent, Louis 8790
Salazar, Antonio de Oliveira 8634
Santos, Eduardo 8688
Sassen, E. M. J. A. 8782
Sastroamidjojo, Ali 8842
Saud, König v. Saudi-Arabien 8537, 8735, 8775, 8894
Sawenjagin, A. P. 8821
Schärf, Adolf 8743
Schäffer, Fritz 8978
Schatalin, N. N. 8805, 8821
Schatilow, S. 8851, 8865
Schellenberg, Ernst 8600
Schepilow, Dimitri T. 8805, 8820f, 8846, 8855, 8857, 8862, 8876 Anm. 103
Schevenels, Walter 8974
Schirdewan, Karl 8890
Schitarew, G. 8805
Schlösser, Gerhard 8934, 8987f
Schneider, Heinrich 8787, 8975
Schneiter, Pierre 8568, 8570, 8931
Schröder, Gerhard 8891
Schütz, Hans 8947
Schuman, Robert 8928
Schwernik, N. M. 8820ff
Seeböhm, Hans-Christoph 8940f
Segni, Antonio 8660

Shdanow, Andrej 8874 Anm. 68
Sheltow, A. S. 8867
Shukow, Grigorij K. 8808ff, 8851f, 8866f
Sjerow, I. A. 8819
Slepow, L. 8805
Smitt Ingebretsen, Herman 8932, 8948
Sobolew, Arkadij A. 8636
Soekarno, Achmed 8736, 8980
Sokolowskij, W. D. 8863
Spaak, Paul Henri 8532, 8633, 8779ff, 8783, 8793, 8840, 8887, 8925, 8971
Spinelli, Altiero 8784
Stalin, Josef W. 8731f, 8789, 8799f, 8803f, 8806, 8809ff, 8830ff, 8845ff, 8880, 8897
Stassen, Harold E. 8842
Steinhoff, Fritz 8727
Stephanopoulos, Stephanos 8600
Stevenson, Adlai E. 8573
Stoica, Chivu 8564
Stoph, Willi 8633, 8890
Strauß, Franz Josef 8534f, 8633
Susslow, M. A. 8810, 8816, 8820f, 8846, 8854, 8874 Anm. 103

Tahar ben Ammar 8788, 8841, 8885
Tewossjan, I. F. 8821
Thorez, Maurice 8845
Thorneycroft, Peter 8783
Thors, Olafur 8927
Timoschenko, W. J. 8867
Tito (Josip Broz) 8565, 8601, 8625f, 8734, 8893, 8900ff, 8928f, 8979
Togliatti, Palmiro 8845ff
Tolstoj, Lew N. 8826, 8829
Tran Van Do 8610
Tschaadajew, P. I. 8827
Tschaschnikow, I. 8846, 8852f, 8867f
Tschernyschewskij, N. G. 8829
Tschu En-lai 8594, 8636, 8730
Tschu Teh 8599

Ulbricht, Walter 8534, 8667, 8731, 8787, 8846, 8848ff, 8890, 8891, 8927
U Nu 8841, 8949, 8951, 8955
Uschinskij, K. D. 8828f

Vandenberg, Arthur H. 8546
Vixseboxse, G. 8782
Vukmanovic-Tempo, Svetozar 8788, 8977

Wallenberg, Raoul 8836
Wandel, Paul 8890
Westrick, Ludger 8924
Wilgress, Dana 8597, 8783
Wilson, Thomas Woodrow 8573ff
Wistrand, Karl 8932f
Woroschilow, Kliment J. 8599, 8789, 8810, 8820f, 8859f, 8907
Wosnessenskij, N. A. 8858, 8874 Anm. 68
Wyschinskij, Andrej J. 8860

Zedenbal, I. 8842

Frankreich, Deutschland und Europa

Von Prof. Dr. Arnold Bergsträsser

Die deutsch-französischen Gespräche in Bad Neuenahr

Mit dem Scheitern des Projektes der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft¹ war die für Europa in der Vergangenheit entscheidende Frage des Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland von neuem in den Vordergrund getreten. Wie so oft in der Geschichte der letzten fünfzig Jahre hatte sich die Gegenwartsmacht der Vergangenheit als widerstandskräftig gegenüber dem Willen erwiesen, ein neues historisches Kapitel zu beginnen. Die zwischen dem Scheitern der EVG und dem Abschluß der Pariser Verträge² liegenden Wochen haben aber gezeigt, daß die europäische Solidarität im Denken der Gegenwart hinreichend gefestigt ist, um einen bloßen Rückfall in die „unzeitgemäßen“ Denkweisen aus jener Epoche zu verhindern, in der man Europa noch als das Konzert der für die Weltchicksale maßgebenden großen Mächte betrachten konnte. Ein Schwebezustand zwischen der Skepsis in bezug auf die rasche Realisierbarkeit einer europäischen Integration und der Entschlossenheit, auf dem Wege der Zusammenarbeit Schritt für Schritt weiterzugehen, war die Folge dieser Entscheidung.

Wenn vor einem solchen Hintergrund des politischen Denkens die deutsch-französischen Beziehungen zum Gegenstand gemeinsamer deutsch-französischer Besprechungen gemacht werden, so müssen diese Gespräche in einem anderen Stil geführt werden, als dies nach dem Ersten Weltkrieg der Fall war.

Damals versuchte man, einen Gegensatz „von tausend Jahren“, wie ihn Jacques Bainville auf der französischen und Johannes Haller auf der deutschen Seite beschrieben hatten, durch Verständigung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu beenden. Auch damals schon hat sich in der öffentlichen Meinung Europas und im politischen Handeln der europäischen Nationen das gemeinsame europäische Inter-

esse an dieser Verständigung geltend gemacht und sich durch den Abschluß des Locarno-Vertrages ein völkerrechtliches Instrument geschaffen. Heute muß in einem deutsch-französischen Gespräch der europäische Horizont aus noch gewichtigerem Grunde beachtet werden, weil vor ihm die Beziehungen zwischen den beiden Nationen erst in das Relief ihrer wirklichen Bedeutung treten. In der bilateralen Auseinandersetzung müssen stärker als vor einem Vierteljahrhundert die multilateralen Gesichtspunkte, ja die weltpolitischen Rücksichten zum Austrag kommen. Inzwischen hat das spezifisch deutsch-französische Problem nicht nur bei den Völkern selbst, sondern auch im Denken der Politiker richtigerweise angesichts der weltpolitischen Zusammenhänge an Gewicht verloren.

Diese Grundeinsicht machte sich bei dem deutsch-französischen Gespräch bemerkbar, das im Oktober 1955 in Bad Neuenahr vom Deutschen Rat der Europäischen Bewegung veranstaltet wurde³. Es hat sich ausgezeichnet durch die Offenheit der Aussprache, die sich auch vor heiklen Fragen keineswegs zurückhielt. Die Anwesenheit von Parlamentariern, Journalisten, Wirtschaftsführern und Wissenschaftlern versprach auf beiden Seiten Wirkungen hervorzurufen und gemäß der Absicht der Einberufenden nicht nur eine menschliche Begegnung herbeizuführen, sondern über den Kreis der Teilnehmer hinaus auf die Festigung gemeinsamer Grundauffassungen als Voraussetzung gemeinsamen Handelns hinzulenken.

Es konnte nicht ausbleiben, daß sich in diesem Gespräch die Verschiedenheit der äußeren und inneren Lage beider Länder geltend machte. Die Festigkeit der nationalen Ueberlieferung der Franzosen mußte mit all der Selbstverständlichkeit hervortreten, welche die Souveränitätsidee als geistigen Mittelpunkt des

¹) Vgl. Hermann Volle, „Die Agonie der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ in Europa-Archiv 23/1954, S. 7115 bis 7126.

²) Vgl. Hermann Volle, „Die britische Europapolitik nach dem Scheitern der EVG. Eine Uebersicht über die Entstehung der Londoner Vereinbarungen“ in Europa-Archiv 2/1955, S. 7231 bis 7242.

³) Ein ausführlicher Bericht über das Neuenahrer Gespräch ist im Informationsdienst des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, Nr. 278/279 vom 26. Oktober 1955, erschienen. Eine französische Stimme zu dem Gespräch in *Le Monde*, Nr. 3338 vom 18. Oktober 1955: André Fontaine, „Quand l'Europe sort des nuages“.

französischen politischen Denkens kennzeichnet. Auf der deutschen Seite erwies sich dagegen die Katastrophe von 1945 als noch hinreichend gegenwärtig, um auch im Augenblick der formal wiedergewonnenen Souveränität der Bundesrepublik die Relativität dieses Gedankens festzuhalten. Zudem brachte auf französischer Seite die innere Problematik Frankreichs, auf deutscher Seite die Frage der Wiedervereinigung eine von der Aktualität der Gegenwart erzwungene Verschiedenheit der unmittelbaren Interessenrichtungen deutlich zur Erscheinung. Wenn trotz der Verschiedenheit der weltpolitischen Interessen eine fruchtbare Aussprache zustande kam, so wird dadurch wiederum die Tatsache bezeugt, daß die Einsicht in die Gemeinsamkeit der politischen Zukunft beider Länder im Rahmen Europas und im Gesamtzusammenhang der Weltpolitik allen Teilnehmern sehr viel eindeutiger zur selbstverständlichen Voraussetzung ihres Denkens geworden ist, als das 1930 hätte der Fall sein können. Diese Tatsache hat sich besonders geltend gemacht bei der Erörterung der Saarfrage, die im Geiste wissenschaftlich-politischer Einsicht und demokratischer Grundüberzeugungen durchgeführt wurde.

Die Einmütigkeit, mit der dieses deutsch-franzö-

sische Gespräch als europäisches Gespräch geführt wurde, bezog sich zugleich darauf, daß europäische Gespräche heute von dem Gesamtbewußtsein der Weltlage aus allein fruchtbar werden können, und darauf, daß weder das deutsch-französische Verhältnis sich gegen die anderen Europäer richten darf noch Europa sich gegenüber den anderen Teilen der freien Welt abschließen sollte. Vielmehr war die Ueberzeugung bemerkbar, daß für jeden Schritt auf dem Wege der europäischen Integration das Kriterium maßgebend sein muß, inwiefern er für die gesellschaftliche und politische Gesundung der Weltverhältnisse wirksam werden kann. Die Kraft des Zusammenschlusses wurde nicht in der Ablehnung, sondern in dem Ausblick auf die gemeinsame Zukunft und auf die gemeinsame Verantwortung für die Welt des 20. Jahrhunderts gesucht. Auch wenn die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen von diesem Geist des weltpolitischen Denkens getragen sein wird, bleibt aber noch die Frage offen, ob die Geduld aufgebracht werden kann, das Verhältnis beider Länder zueinander so zu synchronisieren, daß ein wirkliches Zusammenhandeln und Zusammendenken nicht nur grundsätzlich, sondern zur gleichen Zeit möglich und wirksam zu werden vermag.

Deutschland und Frankreich in der sich wandelnden Welt

Die Stellung Deutschlands in der Weltpolitik ist bestimmt und wird auf lange Zeit hinaus bestimmt bleiben durch die Katastrophe der nationalsozialistischen Politik und Kriegführung, die mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eintrat. Die Deutschen können ihre Zukunft nicht mehr auf die eigene politische Machtentfaltung, sondern nur noch auf die Verbundenheit mit anderen aufbauen. Von dieser Grundeinsicht in die Lage der Gegenwart abzugehen, wäre eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, um so mehr, als zugleich mit Deutschland selbst auch Europa, im Weltzusammenhang, als Ganzes gesehen, an Bedeutung verloren hat. Die Großmachtvorstellungen von einst, die in der nationalsozialistischen Epoche noch einmal eine ephemere Belebung erfahren hatten, sind von der öffentlichen Meinung Deutschlands und von seinen führenden politischen Organen endgültig aufgegeben worden — in Anerkennung der tatsächlichen Machtverhältnisse der Gegenwart, aus Gründen innenpolitischer Ueberzeugung und aus kultureller Einsicht. In diesem Licht erscheint für die überwiegende Mehrzahl der Deutschen heute die Politik des Nationalsozialismus als die Wiederaufnahme eines machtpolitischen Denkens, das schon durch den Ersten Weltkrieg widerlegt war. Leichtfertig wurde aufs Spiel gesetzt, was die deutsche Nation im 19. Jahrhundert politisch, wirtschaftlich und kulturell geleistet hatte. Gleichzeitig wurde die Stellung Europas als eines Ganzen schwer geschädigt. Sie hat auch in kul-

tureller Hinsicht die Bedeutungsminderung Europas beschleunigt, die für die grundlegende Veränderung der Weltlage in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts charakteristisch ist.

Nicht nur die Vorstellung von dem Konzert der europäischen Mächte, mit der die ältere Generation in Deutschland noch aufgewachsen ist, sondern sogar der Begriff des modernen souveränen Staates, der bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges das deutsche weltpolitische Denken beherrschte, ist durch diese Erfahrung als unsachgemäß widerlegt worden. Anderes kam hinzu. Die Vereinigten Staaten mußten sich entschließen, aus dem isolierenden Schutz zweier Ozeane herauszutreten, und als ein Volk, das keineswegs an Weltpolitik interessiert war, für weltpolitische Probleme eine Verantwortung ersten Ranges übernehmen. Rußland hat sich gegenüber der einstigen zaristischen Großmacht dadurch als eine neue Weltmacht eigener Art konstituiert, daß die von Moskau zentral gesteuerte Gesellschaftspolitik des sowjetischen Kommunismus überall auf die weltpolitischen Beziehungen einwirkt. Schließlich ist auch das britische Weltreich etwas anderes geworden als ein großes Kolonialreich: ein Commonwealth, das zwar die Stellung Großbritanniens nach der Welt hin noch immer offener hält, als es bei anderen europäischen Ländern der Fall ist, das aber die englische Politik in eine steigende Abhängigkeit von den überseeischen Teilen des Empire bringen muß. Diese Zusammen-

hänge sind den Deutschen während einer zehnjährigen Besatzungszeit nahegebracht worden, in der sich jede Verschiebung im Verhältnis der „Großen Vier“ und jeder innenpolitische Umschwung in einer dieser Mächte unmittelbar auf Deutschland auswirkte. So wurden sie durch die Katastrophe von 1945 gezwungen zu lernen, daß die Welt eine Welt geworden ist, in der jedes politische Geschehen globale Ausstrahlungen hat.

Der Gegensatz zwischen den gesellschaftspolitischen Prinzipien, die das Sowjetsystem beherrschen, und denen, welche die westliche Welt in ihrem wirtschaftlichen und sozialen Handeln bestimmen, ist für die Deutschen auf besondere Weise zum weltpolitisch entscheidenden Moment geworden. Dabei mag mitspielen, daß die marxistische Lehre, die in ihrer von *Lenin* begründeten und von *Stalin* ausgestalteten revolutionären Form zur Grundlage der sowjetisch-kommunistischen Politik geworden ist, in Deutschland entstanden ist, so sehr sie auch die englische Nationalökonomie und das Denken der französischen Ideologen des 18. Jahrhunderts in sich aufgenommen hat. Die Deutschen sind also in gewissem Maße geschichtlich mit verantwortlich dafür, daß sie entstehen konnte, und auch aus diesem Grunde empfinden nicht wenige den sowjetischen Kommunismus als Herausforderung, die an ihr eigenes soziales Gewissen gerichtet ist. Sobald man den Kommunismus in dieser Weise begreift, könnten sich stärkere Gemeinsamkeiten in der Auffassung der heutigen Weltprobleme herausstellen, als sie sonst in der westlichen Welt vorzuliegen scheinen; denn die Zukunft ihrer Freiheit ist abhängig von dem sozialen Erfolg des Wirtschaftssystems, das diese Freiheit achtet und ihr zu dienen bestrebt ist. Dieses Problem wird aber nicht in allen westlichen Ländern als gleich dringlich empfunden. Die Bundesrepublik, deren Wirtschaft auf den zunehmenden Austausch von Gütern und Dienstleistungen mit der westlichen Welt angewiesen ist, muß sich für die gesellschaftspolitischen Zusammenhänge besonders aufgeschlossen zeigen. Und daran würde sich auch im Falle einer Wiedervereinigung Deutschlands nichts ändern. Der innenpolitische Bestand der Freiheit ist in Deutschland an den sozialen Erfolg des westlichen Wirtschaftssystems gebunden. Aber dieser soziale Erfolg ist seinerseits abhängig von der verläßlichen Entwicklung und Fortdauer der internationalen Zusammenarbeit aller Länder des Westens, und zwar in Europa wie auf außereuropäischen Märkten.

Es ist historisch verständlich, wenn in Bad Neuenahr von französischer Seite gesagt wurde, daß das Verhältnis zum Bolschewismus in Frankreich eher als ein soziales Problem, in Deutschland als ein außenpolitisches gesehen wird. Aber gerade die soziale Problematik, die sich durch die Errichtung einer Zentralplanungswirtschaft auf dem von 18 Millionen Deutschen bewohnten Gebiet der Sowjetzone ergibt,

ist für Deutschland der tägliche Beweis für die Vordringlichkeit, die der sozialen Leistung des freien Wirtschaftssystems auch politisch und kulturell zukommt.

Vergleicht man die Situation Frankreichs mit der der Bundesrepublik, so drängen sich dem, der unter die Oberfläche blickt, viele Symptome auf, die für ein ungleich stabileres Beharrungsvermögen der politischen und sozialen Struktur Frankreichs sprechen. Dazu darf man freilich die französischen Regierungskrisen nicht im Spiegel der Schlagzeilen der Weltpresse betrachten. Frankreichs wirtschaftliche Reserven, die Zähigkeit der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Mittelschichten, die handwerkliche Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft, die Beweglichkeit und das Qualitätsgefühl der geistigen Oberschicht, dies alles und nicht zuletzt die Lebensklugheit, die zum geschichtlichen Erbe Frankreichs gehört, eröffnen die Aussicht ihrer verläßlichen Dauer. Die deutsche Besetzung und die politischen Kämpfe der Nachkriegsjahre haben an dieser Festigkeit gerüttelt. Die üblen Nachkriegsverhältnisse haben daran gezehrt. Wer aber die letzten zehn Jahre der innerfranzösischen Entwicklung als Ganzes überblickt, der wird an einen jener klugen und arbeitsamen Bauern erinnert, die immer über die schlechten Ernten klagen und doch ein ungeschmälertes Erbe hinterlassen. Frankreichs entscheidende Probleme liegen, so scheint es, weit weniger in seinem Inneren als in den Wandlungen der weltpolitischen Lage. Gerade weil es in seiner geistig-sozialen Struktur stabil, das heißt aber auch stationär ist, kann Frankreich nur schwer der neuen Weltlage die heute geforderte produktive Art des Neu- und Umdenkens entgegenbringen.

Der Weg zum Commonwealth war aus vielen Gründen, die hier nicht erörtert werden können, für Frankreich weit schwerer zu eröffnen als für Großbritannien. Die Zeit, das politische Prestige und nicht zuletzt die militärischen Machtmittel, die im Zweiten Weltkrieg und in den ersten Nachkriegsjahren verloren gingen, waren nicht mehr rechtzeitig zu ersetzen. Verständlich bleibt der Wunsch, alle verfügbaren Kräfte für die Erhaltung und den Ausbau der Union Française zusammenzufassen. Verständlich ist auch die Haltung der Franzosen, die der weiteren sozialen und politischen Kräftigung der Vierten Republik gegenüber jeder engeren kontinentalen oder atlantischen Bindung den Vorrang geben wollen. Wenn nach der Meinung kompetenter französischer Beobachter Frankreichs die außenpolitischen Aufgaben und die Erhaltung der Union Française die im Innern verfügbaren Kräfte übersteigen, so kann ihnen der Fremde nicht widersprechen. Immerhin bleiben auch in Kontinentaleuropa die Verhältnisse nicht stille stehen. Die schwebenden politischen Fragen Europas — Sicherheit, Abrüstung, Teilung und

Wiedervereinigung Deutschlands, wirtschaftliche und soziale Integration — lassen sich nicht vertagen, bis Frankreich sich seinen vielseitigen Verpflichtungen gewachsen fühlt. Aus diesen ganz generellen Prämissen ergibt sich, daß Deutschland und Frankreich mit sehr verschiedenen Einstellungen auf die sich wandelnden Weltverhältnisse blicken. In der franzö-

sischen Sicht stehen das Beharren und Bewahren, soweit möglich das Vermitteln, im Vordergrund. In der deutschen Sicht liegen Sinn und Hoffnung der Politik vor allem in der geduldigen und verlässlichen Arbeit am Aufbau eines befriedeten Europa, in dem auch ein erneuertes und wiedervereinigtes Deutschland seinen Platz finden könnte.

Gemeinsame deutsch-französische Aufgaben

Aus der geschilderten Situation ergeben sich für das deutsch-französische Verhältnis eine Reihe von vordringlichen Fragen hinsichtlich der Zusammenarbeit beider Nationen. Die erste und wichtigste ist selbstverständlich: die Weltlage der Gegenwart zwingt beiden Ländern eine Gemeinsamkeit der Interessen auf an der Erhaltung des Weltfriedens. Für beide Länder ist darum die Zusammenarbeit an der Errichtung eines allgemeinen Sicherheitssystems eine vordringliche Aufgabe. Ihre Lösung sollte auch dahin führen, daß die letzten Momente der Furcht beseitigt werden, die militärische Situation, die 1870, 1914 und 1940 deutsche Heere als Besatzungsmächte auf französischen Boden geführt hat, könne sich wiederholen. Das im Nordatlantikpakt völkerrechtlich gesicherte und praktisch zur Institution erhobene Bündnis sollte die Nebenwirkung erreichen können, diese Furcht zu zerstreuen und ihr damit die politische Wirkungsmöglichkeit zu nehmen, die sie allzu lange gehabt hat. Eine der bedeutenden Wirkungen, die wir in unserem Land von dem Durchdenken der falschen Versuche der nationalsozialistischen Außenpolitik zwischen 1933 und 1945 erwarten können, besteht eben in der Einsicht, daß ein völlig neues Kapitel der deutsch-französischen Beziehungen schon begonnen hat und fortgeführt werden muß, wenn wir europäisch und im Weltzusammenhang denken. Die psychologischen Voraussetzungen zur gemeinsamen Arbeit an einem internationalen Sicherheitssystem sollten damit gegeben sein.

Eine zweite, besonders dringliche Frage, die beide Nationen angeht, ist das Problem der deutschen Teilung und Wiedervereinigung. In der deutschen Literatur über die Wiedervereinigung finden sich keine Spuren des Nationalismus. Sie wären eher in der Propaganda zu suchen, die unter dem Vorwand der Wiedervereinigung von östlicher Seite für die Ausbreitung des sowjetischen Gesellschaftssystems gemacht wird. Aber in der westdeutschen Literatur ist sehr viel Nachdenklichkeit zu finden über die moralische Verantwortung, welche die Bürger der Bundesrepublik für die Daseinsführung der 18 Millionen jenseits der Zonengrenze auf sich nehmen. Und diese moralische Verantwortung sollte sich nicht allein auf die Deutschen der Sowjetzone, sondern auch auf die zahllosen Staatsangehörigen anderer, seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sowjetisierter Länder

Osteuropas beziehen, die keineswegs aus freiem Entschluß Bürger von Sowjetstaaten geworden sind. Hier ist ein echter moralischer Konflikt gegeben zwischen der im Interesse der menschlichen Zukunft notwendigen Priorität des Friedens und dem sozialen Gewissen nicht nur der Deutschen, sondern aller Angehörigen der freien Welt.

Oft ist in Deutschland das Argument vertreten worden, die Franzosen könnten sich nicht ernsthaft für eine Wiedervereinigung einsetzen, weil man in Frankreich in der alten Art machstaatlichen Denkens verharre und daher die Teilung Deutschlands als eine Beruhigung empfinden müsse. Denn eine Wiedervereinigung würde das Zahlenverhältnis der deutschen und der französischen Bevölkerung zuungunsten Frankreichs gegenüber der jetzt zwischen der Bundesrepublik und Frankreich bestehenden Proportion verschieben. Auf der Konferenz in Bad Neuenahr haben sich die französischen Teilnehmer, die den verschiedensten politischen Richtungen angehörten, an solchen Befürchtungen gegenüber der Wiedervereinigung in keiner Weise beteiligt. Auch die offiziellen Verlautbarungen der französischen Regierung halten an den erklärten Zielen der westlichen Politik fest und widersetzen sich einer Regelung der deutschen Frage, die auf die Anerkennung des status quo hinauslaufen würde. Dabei mag auch die Erwägung mitwirken, daß ein Hinnehmen des status quo auf die Dauer die Deutschen zur Annäherung an die Sowjetunion treiben könnte. Nur ein begründeter Anlaß, an der Aufrichtigkeit der westlichen Politik zu zweifeln, nicht aber die Illusion einer selbständigen deutschen Schaukelpolitik zwischen Osten und Westen könnten solchen französischen Befürchtungen in Deutschland Wirklichkeit geben. Daher erscheint es durchaus möglich, in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands auch in Zukunft an einer gemeinsamen deutsch-französischen Meinung festzuhalten, die zugleich mit der Politik der übrigen westlichen Welt übereinstimmt.

Die Aufgabe der Wiedervereinigung Deutschlands mündet hier in die Errichtung eines Sicherheitssystems, das für die westliche Welt als Ganzes die Sicherheit vor der Sowjetisierung mit einschließt. Ein solches Sicherheitssystem bliebe unvollendet, wenn die Teilung Deutschlands in zwei Staaten fort dauern

müßte, die staatenpolitisch und wirtschaftspolitisch zwei verschiedenen Systemen angehören.

Löst man sich einmal von der dem deutschen Betrachter fast selbstverständlichen Fixierung auf das Problem der Wiedervereinigung, so erscheint es fast noch schwieriger, in den für die Franzosen vordringlichen Fragen der Union Française eine beiden Nationen gemeinsame Haltung zu entwickeln. Die Deutschen fühlen sich mit beträchtlicher Erleichterung frei von allen kolonialpolitischen Verantwortungen und Verstrickungen. Es ist für sie sogar wirtschaftlich vorteilhaft, nicht mehr zu den Kolonialmächten zu gehören. Daher ist es für sie nicht leicht, zu den französischen Sorgen die richtige Einstellung zu finden. Wie in der Frage der Wiedervereinigung kann das Gemeinsame nur auf einer höheren Ebene gefunden werden. Tatsächlich ist eine gemeinsame Sicherheitspolitik des Westens nicht vollständig, wenn sie nicht durch eine gemeinsame Erschließung der unterentwickelten Gebiete ergänzt wird. Eine deutsche Mitwirkung bei diesen Erschließungsaufgaben wird nur dann Mißverständnisse und psychologische Mißgriffe vermeiden, wenn sie von Anfang an als Teilnahme an einer großen gesellschaftspolitischen Aufgabe der freien Welt begriffen wird. Auf dieser Linie ist auch, wie weiter unten ausgeführt werden soll, eine Annäherung der französischen und der deutschen Auffassungen keineswegs so schwierig, wie es zunächst den Anschein haben mag.

Als Ergebnis dieses kurzen Ueberblicks darf festgehalten werden, daß sich eine gemeinsame franzö-

sisch-deutsche Interessenrichtung leichter in bezug auf die großen politischen und sozialen Probleme unseres Zeitalters herausbilden läßt, als dort, wo man in den letzten Jahren das am besten geeignete Feld der Zusammenarbeit sah, nämlich im Bereich der spezifisch europäischen Institutionen. Hier mußten sich die Verschiedenheiten der deutschen und der französischen Grundhaltung besonders störend auswirken. Das deutsche Drängen auf neue und dauerhafte Formung der europäischen Zusammenarbeit mußte dort Mißtrauen und Befürchtungen erwecken, wo man noch nicht vergessen durfte, wie Hitlers „Neue Ordnung“ sich europäisch maskiert hatte. Umgekehrt mußte das französische Zurückschrecken vor der Ratifizierung der EVG alten deutschen Befürchtungen neues Leben geben, die in dem Beharrungsvermögen der französischen Politik eine besonders destruktive Form nationalstaatlicher Enge sahen. Diese Schatten der Vergangenheit können nur durch den Blick auf eine gemeinsame Zukunft überwunden werden. So ist es nicht unbedingt als Nachteil zu werten, wenn sich zur Zeit keine größeren Fortschritte — und daher auch keine größeren Streitobjekte — auf dem Wege der institutionellen Integration abzeichnen. Diese Zeit kann genutzt werden, um durch eine gemeinsame Politik in den Bereichen der internationalen Sicherheit, der Wiedervereinigung Deutschlands und der Erschließung unterentwickelter Gebiete die Vertrauensbasis für eine wirksame „relance européenne“ zu verstärken.

Neue Wege zur deutsch-französischen Verständigung

Die produktiven Ergebnisse deutsch-französischer oder auch europäischer Konferenzen, die sich mit dem Problem der deutsch-französischen Beziehungen befassen, sind in erster Linie in der Klärung der beiderseitigen Haltung zu grundlegenden Problemen der Gegenwart und ihrer Verschiedenheiten zu suchen. Die Frage erhebt sich, was darüber hinaus für das gegenseitige Verständnis dieser Nationen überhaupt geleistet werden könnte. Das deutsch-französische Verhältnis ist durch den verschiedenen, ja in vieler Hinsicht gegensätzlichen Gang der Geschichte beider Länder ebenso sehr belastet wie durch die beiden Weltkriege. Die Trennung der Sprache hat schon die Universalität des karolingischen Imperiums in Frage gestellt. Die Mächtigkeit der Nationalsprache ist um so größer geblieben, je stärker die Daseinsgestaltung jedes der beiden Völker die in der Sprache gegebenen Möglichkeiten der Kultur in die Wirklichkeit des geistigen Lebens zu überführen vermochte. Der Einheit von Sprache, staatlichem Herrschaftsbereich und nationalem Bewußtsein, welche die französische Geschichte auszeichnete, lange bevor sie durch den klassischen Absolutismus durchgeformt worden war,

steht auf der deutschen Seite die Fortdauer des Universalitätsprinzips gegenüber. Es war an die Form des modernen Staates nicht anzupassen. Der Vielheit kleiner Territorien und den beiden über den deutschen Sprachraum hinausreichenden Staatskörpern des Habsburgerreiches und des preußischen Staates blieb es überlassen, mit der „Moderne“ auf ihre Weise fertig zu werden. Der demokratische Gedanke hat dann zugleich mit der ersten Entstehung eines politischen Nationalbewußtseins in Deutschland Wurzel gefaßt in Erwiderung auf die Erfahrung der französischen Revolution, ihrer von der Missionsidee getragenen Feldzüge und der aus ihnen hervorgehenden Eroberung Europas durch Napoleon. Die geistigen und die gesellschaftlichen regionalen Strukturen, die aus der Verschiedenheit dieses geschichtlichen Ganges erwachsen sind, hat auch die Gemeinsamkeit der modernen technologischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte nicht angetastet. Obwohl es dieselbe Naturwissenschaft ist, aus der die französische wie die deutsche Industrieentwicklung hervorging, trägt die wirtschaftliche Struktur beider Länder jeweils den ausgesprochenen Stilcharakter verschiedener natio-

naler Verhaltensweisen. Dieses nationale Moment der Daseinsgestaltung als Wirklichkeit zu begreifen, bleibt die Voraussetzung des Verstehens auch dann, wenn die Verschiedenheiten selbst in ihrem Gewicht gegenüber der Notwendigkeit gemeinsamen Handelns und Denkens sich vermindert haben.

Für die deutsch-französischen Beziehungen kann es aber nicht genügen, wenn besonders Berufene den Versuch unternehmen, das andere Land den eigenen Landsleuten in seiner Eigenart und in den Motiven seiner Politik verständlich zu machen. Die Frage drängt sich vielmehr auf, ob genug geschieht, um das gegenseitige Verständnis richtig und weit genug zu führen und es dadurch im öffentlichen Bewußtsein beider Nationen genügend zu festigen. Der verstorbene Pierre Viénot, der Begründer des deutsch-französischen Studienkomitees in der Zeit der Weimarer Republik, hat sein Deutschlandbild unter dem bezeichnenden und auch für die deutsche Wirklichkeit jener Jahre zutreffenden Titel „Incertitudes Allemandes“ herausgegeben. Gibt es nicht wirklich noch immer diese Unsicherheiten? Es wurde nur ihre vordergründige Schicht berührt, wenn nach dem Ersten Weltkrieg von den „beiden Deutschland“ die Rede war. Aus der französischen Empfindung der Unsicherheit gegenüber der Unsicherheit der Deutschen über sich selbst muß immer wieder die Frage entstehen, ob nicht eine Phase der Verständigungsbereitschaft seitens der deutschen Politik abgelöst werden könnte etwa durch ein politisches Denken, das vielleicht schweigend im Hintergrunde wartet, um dann hervortretend wiederum den nackten Machtwillen gegenüber Frankreich zur Geltung zu bringen. Und umgekehrt muß gesagt werden, daß die französische Verständigungsbereitschaft nach dem 1. Weltkrieg praktisch erst dann auf ihren Höhepunkt kam, als Hitler bereits einige Jahre an der Macht war. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hat sich die Parole der Verständigung in dem einen Lande gerade dann durchgesetzt, wenn sie im anderen Lande zu unterliegen begann. Hier stoßen wir auf den Kern der Aufgabe, das Verhältnis der beiden Völker zueinander zu synchronisieren. Dazu bedarf es aber kulturpolitischen Denkens und Handelns.

Es ist eine alte Tradition der französischen Germanistik, die Verantwortung auch für die Kenntnis der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Daseinsbereiche des Landes zu übernehmen, dessen Sprache und Literatur der vornehmliche Gegenstand der Forschung und des Unterrichtes ist. Die in Bad Neuenahr gemachte Mitteilung, daß in den letzten Jahren die deutschen Publikationen über Frankreich und französische Fragen wenig mehr als ein Drittel der Zahl französischer Veröffentlichungen über Deutschland und deutsche Fragen erreichten, ist ein Anlaß zur Nachdenklichkeit. Das Studium der romanischen Literatur ist in Deutschland aus der Geschichte

der Philologie hervorgegangen und hat sich trotz großer Leistungen erst langsam zur Analyse der Literatur entwickelt und sich nur selten die Aufgabe einer Gesamtanalyse der französischen Kultur gestellt. Es war gemäß seinem Ursprung eine im edelsten Sinne humanistische Bemühung, deren Zusammenhang mit der geistigen Führung des Daseins in der Einfügung der romanischen Weltliteratur in das Selbstverständnis des abendländischen Deutschen gesehen wurde. Aber umgekehrt hat es sich mehr als einmal erwiesen, daß eine Analyse von Staat und Wirtschaft Frankreichs nicht möglich ist, ohne das ganze Frankreich, also auch das philosophische, literarische und künstlerische Frankreich, zu kennen und in gewissem Maße zu verstehen, dem dieses staatliche, wirtschaftliche Leben dient und von dessen Impulsen und Motiven Politik und Gesellschaft wiederum geformt sind.

Sollte nicht ernstlich daran gedacht werden, den Unterricht auf den Schulen und das Studium auf den Universitäten vom Geschichtlich-Literarischen aus auf die Kenntnis von Daseinsgefüge, Gesamtkultur, Staat und Gesellschaft hin zu erweitern? Mit der gemeinsamen Kritik unseres Bildes der Geschichte beider Länder wurde eine konstruktive Arbeit geleistet, die um so fruchtbarer sein kann, wenn nicht nur vermeidbare Mißverständnisse beseitigt, sondern auch die Gründe bleibender Verschiedenheiten des Geschichtsbildes aufgesucht werden. Sollte man nicht darüber hinaus die inzwischen auch in anderen Ländern verfeinerten Methoden des Verständnisses anderer nationaler Kulturen in unserer eigenen Forschung und Lehre stärker zur Geltung bringen?

Es ist unvermeidlich, daß in der Öffentlichkeit ein vereinfachendes Denken die Tagesmeinung zu beherrschen sucht und dabei den Tatsachen und der Vielfalt ihrer Umstände Gewalt antut. Die schlimmste Vereinfachung, der von der nationalen Typenähnlichkeit der Menschen selbst ausgehende „zoologische“ Gebrauch des Singularis „Der Franzose“, „Der Russe“ usw., wird freilich aufgelöst durch die erste wirkliche Kenntnis und die erste menschliche Begegnung. Aber oft verstehen wir nicht nur fremde Nationen, sondern uns selbst in dieser vereinfachenden Weise. Die Dynamik des wirtschaftlichen Wiederaufbaues der Bundesrepublik beispielsweise wurde als „Wirtschaftswunder“ bezeichnet, und es ist nur zu verständlich, daß von vielen Deutschen dieses Wort ein Jahrzehnt nach der Katastrophe nicht ungern gebraucht wird. Damit aber geben wir selbst dazu Veranlassung, dieses deutsche „Wirtschaftswunder“ zu überschätzen. Die Abhängigkeit der Bundesrepublik von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der westlichen Welt steht außer Zweifel, und sie betrifft jeden einzelnen. Das kumulative Auseinanderfallen der weltwirtschaftlichen Beziehungen, das zwischen 1929 und 1932 stattgefunden hat, ist aber immer noch

eine Möglichkeit auch für die Gegenwart. Es darf sich nicht wiederholen, soll nicht mit dem sozialen Erfolg der freien Wirtschaftssysteme die Daseinsgrundlage der rechtsstaatlichen Demokratie erschüttert werden. Die Vorsorge für die wirksame Therapie einer Wirtschaftskrise ist für die westliche Welt unentbehrlich. Sie kann sowohl für Deutschland wie auch für Frankreich nur von verlässlichen internationalen Maßnahmen und Institutionen ausgehen. Hier ist eine ebenso wesentliche Aufgabe der Zusammenarbeit gegeben wie auf den anderen Gebieten der wirtschaftlichen Integration Europas und bei der gemeinsamen Förderung überseeischer Gebiete und „unterentwickelter Regionen“.

Es besteht eine tiefe Gemeinsamkeit zwischen Frankreich und Deutschland darin, daß in beiden Ländern die Einwirkung der modernen technologischen Daseinsverfassung als eine Bedrohung der Daseinsgestaltung empfunden wird oder zum mindesten ihr gegenüber kritische Unsicherheit herrscht. In beiden Ländern sind Kräfte bemerkbar, welche die gemeinsame europäische Ueberlieferung, wenn auch in verschiedenen nationalen Prägungen, in dieser technologischen Gegenwart zu erneuern oder doch in Kraft zu halten bestrebt sind. Zugleich tragen beide Nationen eine gemeinsame Verantwortung dafür, daß auch diejenigen Völker, deren Lebensweise durch die Einführung europäischer Methoden einer materiellen Verbesserung entgegengeführt werden, an der Kritik der technologischen Daseinsverfassung nicht vorbeigehen, die im Sinne einer gesunden Zukunft des Menschen und der Menschheit geboten ist.

Eine Darstellung, die hinausgehen könnte über die begrenzten Andeutungen dieses Aufsatzes, würde gerade hier auf den produktiven Kern der für Deutschland und Frankreich gemeinsamen geistigen Möglichkeiten stoßen. So wenig das alte Europa seine einstige Machtstellung in der Welt wiedergewinnen kann, so sehr es viele Einbußen an der einstigen Monopolstellung erlitten hat, so sehr hat es die technologische Dynamik der modernen Welt vorangetrie-

ben und zugleich unter ihr gelitten. Es ist darum die in erster Linie unserem Kontinent gestellte Frage der Weltgeschichte, ob es der Menschheit gelingt, die Ziele, denen der Reichtum an Daseinsmitteln, über den wir verfügen, dienen soll, wieder zum Herrn dieser Mittel werden zu lassen. Vielleicht würden wir in dem deutschen und dem französischen Verhältnis zu der gemeinsamen, bis in die Antike und von ihr her durch das ganze christliche Abendland reichenden Geschichte jene Sorge um das Heil des Menschen und seine Daseinsführung als eine über alles geschichtliche Wissen hinausführende Sorge um das gesunde Dasein des Menschen überhaupt entdecken. Vielleicht könnte die gemeinsame Besinnung über die Geschichtlichkeit des Menschen und sein Schicksal in der Gegenwart des 20. Jahrhunderts den fruchtbaren Ausgangspunkt bilden, von dem her das unglückliche und leidvolle Verhältnis der beiden Nationen zueinander eine produktive Wendung zu nehmen vermöchte.

Denn die Zukunft Europas ist nur dann möglich, wenn wir an eine gemeinsame deutsch-französische Zukunft zu glauben vermögen. Die beiden Dichter, die nach dem Ersten Weltkriege aus Sorge um die Zukunft der europäischen Ueberlieferung in der modernen Welt zu Kritikern des modernen Europa geworden sind, Paul Valéry und Hugo von Hofmannsthal, haben sich ausgesprochen und gefunden im gemeinsamen Denken über die geistig-kulturellen Grundlagen Europas. Sie kamen beide zu der Ueberzeugung, daß die Verschiedenheiten und die Gemeinsamkeiten der deutschen und der französischen Kultur eine Aufgabe enthalten, die für die Zukunft des Menschen überhaupt von Bedeutung sein könnte. Die Begegnung zwischen diesen beiden Männern, die in der sprachlich-kulturellen Vergangenheit ihrer Völker ebenso tiefe Wurzeln hatte, wie sie mit ihrem Wesen der Ueberlieferung des ganzen Abendlandes angehörten, könnte symbolisch sein für die Entfaltung eines in die letzten Motive des Geistes hinaufreichenden deutsch-französischen Verhältnisses.

Dokumente zur Genfer Außenministerkonferenz 1955*

I. Vorschläge der Westmächte zu Punkt 1 der Tagesordnung

Vorschläge der drei Westmächte über Wiedervereinigung Deutschlands und Sicherheit (nebst revidiertem Eden-Plan)

Vorgelegt am 28. Oktober 1955

Auf der Genfer Konferenz erkannten die Regierungschefs in ihrer Direktive an die Außenminister die gemeinsame Verantwortung der Vier Mächte für die Wiedervereinigung Deutschlands mittels freier Wahlen im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit an.

Die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika haben sich unablässig um die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit bemüht, um eine echte Stabilität in Europa zu fördern. Im vergangenen Jahre haben sie im Eden-Plan Vorschläge unterbreitet, die der deutschen Nation das Mittel bieten, ihre Einheit im Einklang mit den Rechten der Völker und der Freiheit des einzelnen wiederzuerlangen. Sie erneuern diese Vorschläge in dem als Anlage beigefügten Schriftstück.

Freie Wahlen, die zur Bildung einer einzigen Regierung für Gesamtdeutschland führen, sind der richtige Weg, um eine volle Beteiligung des deutschen Volkes bei der Lösung des deutschen Problems zu sichern, die zu wünschen die Sowjetregierung ebenfalls erklärt. Wenn während dieser Konferenz eine grundsätzliche Uebereinstimmung erzielt wird, so dürfte es möglich sein, Fragen hinsichtlich des Wahlgesetzes und der Ueberwachung der Wahlen, die bereits 1956 stattfinden könnten, unverzüglich zu regeln.

Ohne die Einheit Deutschlands würde jedes europäische Sicherheitssystem illusorisch sein. Die Teilung Deutschlands kann Reibung und Unsicherheit sowie schweres Unrecht nur verewigen. Die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika sind nicht bereit, einem europäischen Sicherheitssystem beizutreten, das, wie es bei den in Genf sowjetischerseits gemachten Vorschlägen der Fall ist, der Teilung Deutschlands nicht ein Ende bereitet.

Auf der Genfer Konferenz äußerte die Sowjetregierung Besorgnis hinsichtlich der Politik und der Bündniswahl der Regierung eines wiedervereinigten Deutschlands. Die Regierung der Sowjetunion scheint zu fürchten, daß ein

auf Grund freier Wahlen gebildetes wiedervereinigtes Deutschland, dem es freisteht, seine Partner zur kollektiven Verteidigung zu wählen, eine Bedrohung der Sicherheit der Sowjetunion und Osteuropas bilden würde. In Wahrheit sind die Nordatlantikpaktorganisation und die Westeuropäische Union rein defensive Organisationen. Weit davon entfernt, eine Bedrohung des Friedens darzustellen, tragen sie zur Sicherheit nicht nur ihrer Mitglieder, sondern aller Staaten bei. Dies geht klar aus den verschiedenen Begrenzungen und Einschränkungen hervor, welche die Mitglieder der Westeuropäischen Union auf sich genommen haben, sowie aus der Beschränkung bezüglich eines Einzelvorgehens, die das NATO-System seinen Mitgliedern auferlegt. Wenn sich ein wiedervereinigtes Deutschland dafür entscheidet, sich diesen Organisationen anzuschließen, so würden die darin beschlossenen Verpflichtungen zu Beschränkung und Kontrolle die sowjetische Sicherheit mehr erhöhen als ihr Abbruch tun.

Um jedoch alle möglichen Gründe für eine Weigerung sowjetischerseits, Deutschland rasch wiederzuvereinigen, zu beseitigen, sind die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika bereit, weitere Schritte zu unternehmen, um den von der sowjetischen Regierung zum Ausdruck gebrachten Besorgnissen Rechnung zu tragen. Sie schlagen daher den Abschluß eines Vertrages nachstehenden Inhalts gleichzeitig mit dem Abschluß eines Abkommens über die Wiedervereinigung Deutschlands nach dem Eden-Plan vor. Dieser Vertrag würde Verpflichtungserklärungen umfassen, sich der Anwendung von Gewalt zu enthalten und einem Angreifer Hilfe zu versagen, Bestimmungen über die Beschränkung und Kontrolle der Streitkräfte und Rüstungen sowie die Verpflichtung, gegen einen Angriff einzuschreiten. Der Vertrag würde nur in Verbindung mit der Wiedervereinigung Deutschlands in Kraft treten. Er würde in Phasen ausgeführt werden. Seine Unterzeichnung würde gleichzeitig mit der Unterzeichnung der Vereinbarung über den Eden-Plan erfolgen.

*) Dem Europa-Archiv liegen bisher folgende Sammlungen der Reden, Dokumente und Materialien der Genfer Außenministerkonferenz vor:

"Documents relating to the Meeting of Foreign Ministers of France, the United Kingdom, the Soviet Union and the United States of America", presented by the Secretary of State for Foreign Affairs to Parliament, by Command of Her Majesty, London: Her Majesty's Stationery Office, November 1955 (Command Paper 9633);

„Die Außenministerkonferenz in Genf, Dokumente und Materialien“, herausgegeben vom Auswärtigen Amt, Bonn.

Die hier abgedruckten deutschen Uebersetzungen sind teils der erwähnten Sammlung des Auswärtigen Amtes, teils der Zeitung *Neues Deutschland* entnommen. Die entsprechenden Originaltexte der vier Konferenzdelegationen liegen dem Europa-Archiv in Form der in Genf herausgegebenen „Releases“ vor.

Die Schlußphase würde eintreten, wenn ein wiedervereinigtes Deutschland sich entscheidet, der NATO und der Westeuropäischen Union beizutreten.

Die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika sind überzeugt, daß diese Vorschläge zu einer für alle befriedigenden Vereinbarung führen könnten. Wenn die Besorgnis der Sowjetunion bezüglich einer sofortigen deutschen Wiedervereinigung in erster Linie die Sicherheit betrifft, so dürften diese Vorschläge eine annehmbare Verhandlungsgrundlage bilden, da sie ein Kontrollsystem vorsehen, an dem die Sowjetunion unmittelbar teilnehmen würde, sowie gegenseitige Zusicherungen, die der Sowjetunion unmittelbar zugute kämen. Eine derartige Regelung würde dadurch, daß sie in einem für die Sicherheit der Welt lebenswichtigen Gebiet das Vertrauen herstellt, auch die Lösung noch größerer Probleme erleichtern.

Entwurf eines Zusicherungsvertrags bei Wiedervereinigung Deutschlands

Der Vertrag, der gleichzeitig mit einer Vereinbarung über die Wiedervereinigung Deutschlands nach dem Eden-Plan abgeschlossen würde, würde folgende Punkte umfassen:

1. Verzicht auf die Anwendung von Gewalt

Jede Vertragspartei würde sich verpflichten, jede internationale Streitigkeit, in die sie verwickelt werden könnte, mit friedlichen Mitteln beizulegen und sich der Anwendung von Gewalt in irgendeiner Weise, die mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist, zu enthalten.

2. Versagung einer Unterstützung für Angreifer

Jede Vertragspartei würde sich verpflichten, jedem Angreifer militärische oder wirtschaftliche Hilfe zu versagen, und jede Vertragspartei könnte den Aggressionsfall den Vereinten Nationen unterbreiten und um Maßnahmen nachsuchen, die zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit notwendig sind.

3. Beschränkung der Streitkräfte und der Rüstung

In einer Zone, die beiderseits der Demarkationslinie zwischen einem wiedervereinigten Deutschland und den osteuropäischen Ländern Gebiete von vergleichbarer Größe, Tiefe und Bedeutung umfassen würde, würden Stärken für Streitkräfte festgesetzt werden, um ein militärisches Gleichgewicht herzustellen, das zur europäischen Sicherheit und zur Verminderung der Rüstungslasten beitragen würde. Zur Aufrechterhaltung dieses Gleichgewichts würden geeignete Vorkehrungen getroffen. In den der Demarkationslinie nächstgelegenen Teilen der Zone könnten besondere Maßnahmen bezüglich der Verteilung militärischer Verbände und Anlagen getroffen werden.

4. Inspektion und Kontrolle

Die Vertragsparteien würden einander unter nach und nach zu vereinbarenden Bedingungen Informationen über ihre Streitkräfte in der Zone übermitteln. Es würde eine Vereinbarung über progressive Verfahren gegenseitiger Inspektion zwecks Prüfung dieser Angaben und Vorwar-

nung bezüglich irgendwelcher Vorbereitungen für einen überraschenden Angriff getroffen.

5. Besonderes Warnsystem

Um dem Ueberwachungssystem auf beiden Seiten eine erhöhte Wirksamkeit zu geben und so einen weiteren Schutz vor einem Ueberraschungsangriff zu gewähren, könnte vorgesehen werden:

- a) im westlichen Teil der in Ziffer 3 genannten Zone ein von der Sowjetunion und den anderen östlichen Mitgliedern des Vertrages betriebenes Radar-Warnsystem einzurichten und
- b) im östlichen Teil dieser Zone ein gleiches System, das von den NATO-Mitgliedern des Vertrages betrieben wird, einzurichten.

6. Konsultation

Es würden geeignete Vorkehrungen zur Konsultation unter den Vertragsparteien zur Durchführung des Vertrages getroffen werden.

7. Individuelle und kollektive Selbstverteidigung

Es würde bestimmt, daß keine Vorschrift des Vertrages das von der Satzung der Vereinten Nationen und den in Uebereinstimmung mit derselben abgeschlossenen Verträgen anerkannte Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung beeinträchtigen oder ihm zuwiderlaufen würde. Keine Vertragspartei würde weiterhin in dem Gebiet irgendeiner anderen Vertragspartei ohne deren Zustimmung Streitkräfte stationieren, und jede Vertragspartei würde auf Ersuchen der in Betracht kommenden Vertragspartei ihre Streitkräfte innerhalb einer festgesetzten Zeit zurückziehen, es sei denn, daß sich diese Streitkräfte auf Grund kollektiver Verteidigungsabmachungen in dem betreffenden Gebiet befinden.

8. Verpflichtung, gegen einen Angriff einzuschreiten

Jede Vertragspartei würde anerkennen, daß ein bewaffneter Angriff in Europa von seiten einer Vertragspartei, die zugleich NATO-Mitglied ist, gegen eine Vertragspartei, welche nicht NATO-Mitglied ist, oder umgekehrt den Frieden und die Sicherheit, welche Zweck dieses Vertrags sind, gefährden würde, und daß alle Vertragsparteien angemessene Maßnahmen treffen würden, um dieser gemeinsamen Gefahr zu begegnen.

9. Phasenweises Inkrafttreten

Die Bestimmungen würden schrittweise in gemeinsam zu vereinbarenden Phasen wirksam werden.

Plan für die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit (Eden-Plan)

Wiedervereinigungsmethode

Die Wiedervereinigung Deutschlands und der Abschluß eines frei vereinbarten Friedensvertrags mit einem vereinigten Deutschland sollen in den folgenden Phasen verwirklicht werden:

- I. Freie Wahlen in ganz Deutschland;
- II. Einberufung einer aus diesen Wahlen hervorgehenden Nationalversammlung;
- III. Ausarbeitung einer Verfassung und Vorbereitung der Verhandlungen für den Friedensvertrag;

- IV. Annahme der Verfassung und Bildung einer für die Aushandlung und den Abschluß des Friedensvertrags verantwortlichen gesamtdeutschen Regierung;
- V. Unterzeichnung und Inkrafttreten des Friedensvertrags.

1. Freie Wahlen in ganz Deutschland

Zum frühestmöglichen Zeitpunkt sollen in ganz Deutschland einschließlich Berlins freie und geheime Wahlen abgehalten werden. Sie müssen unter Bedingungen echter Freiheit stattfinden. Sicherungen zur Gewährleistung dieser Freiheit vor, während und nach den Wahlen müssen vereinbart werden. Die Wahlen müssen ferner so überwacht werden, daß sichergestellt wird, daß diese Sicherungen innegehalten und die Wahlen ordnungsgemäß durchgeführt werden.

1. Vorbereitung für die Wahlen

a) Das Wahlgesetz

Das Wahlgesetz soll von Frankreich, der UdSSR, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und den Vereinigten Staaten von Amerika in Beratung mit deutschen Sachverständigen ausgearbeitet werden, wobei die zu diesem Zweck vom Bundestag der Bundesrepublik und von der Volkskammer der Sowjetzone bereits entworfenen Wahlgesetze zu berücksichtigen sind. Nach seiner Genehmigung durch die Vier Mächte soll es in ganz Deutschland veröffentlicht werden. Die Wahlen sollen so bald wie möglich danach stattfinden.

b) Sicherungen für die Freiheit der Wahlen

Der Entwurf des Wahlgesetzes muß Bestimmungen enthalten, die eine echte Freiheit der Wahlen gewährleisten. Dazu gehören u. a. folgende Garantien:

- Freizügigkeit innerhalb ganz Deutschlands,
- Freiheit zur Aufstellung von Kandidaten,
- Immunität der Kandidaten,
- Freiheit vor willkürlicher Verhaftung oder Schikanen,
- Koalitions- und Versammlungsfreiheit,
- das Recht der freien Meinungsäußerung für alle,
- Presse-, Rundfunk- und Fernsehfreiheit und die Freiheit zur Verbreitung von Zeitungen, Zeitschriften usw.,
- Wahrung des Wahlheimnisses,
- Sicherheit für Wahllokale und Wahlurnen.

c) Ueberwachung der Wahlen

Eine Ueberwachungskommission soll in ganz Deutschland eine Ueberwachung durchführen. Es soll eine zentrale Kommission mit untergeordneten Kommissionen auf Landes- und Gemeindeebene geben. Für alle abgegebenen Stimmen soll das Zähl- und Wahlprüfungsverfahren örtlich zentralisiert und in Gegenwart der Ueberwachungskommissionen durchgeführt werden.

- i) Zusammensetzung der Ueberwachungskommission: Die Kommission soll aus Vertretern der Vier Mächte — entweder mit oder ohne Teilnahme Neutraler — bestehen und von Deutschen in beratender Eigenschaft unterstützt werden.
- ii) Organisation der Kommission: Die Kommission soll nach dem Ausschußprinzip arbeiten. Ihre Entscheidungen sollen mit einfacher Mehrheit getroffen werden.

- iii) Aufgaben und Befugnisse der Kommission: Die Hauptaufgabe der Kommission besteht darin, sicherzustellen, daß die Wahlen in wirklicher Freiheit und in strenger Uebereinstimmung mit dem Wahlgesetz stattfinden.

2. Verfahren zur Durchführung der oben genannten Vorbereitungen

Die Außenminister müssen sich zunächst über die Grundsätze dieses Planes einigen. Sodann erteilen sie entsprechende Weisungen an eine Arbeitsgruppe, die aus den Hauptvertretern der Vier Mächte in Deutschland oder Angehörigen ihrer Ämter besteht; die Arbeitsgruppe arbeitet die erforderlichen Einzelheiten aus und legt einen Bericht vor.

- Dieser Bericht soll insbesondere folgendes enthalten:
- a) den Entwurf des gesamtdeutschen Wahlgesetzes,
 - b) eingehende Empfehlungen zur Ueberwachung der Wahlen.

Die Arbeitsgruppe soll spätestens zwei Wochen, nachdem die Außenminister über die Grundsätze dieses Planes Einvernehmen erzielt haben, ihre Tätigkeit aufnehmen. Sie soll ihren Bericht den vier Regierungen spätestens einen Monat nach ihrem eigenen Arbeitsbeginn vorlegen.

II. Die Nationalversammlung

Aus den gesamtdeutschen Wahlen geht eine gesamtdeutsche Nationalversammlung hervor.

Während der Zeitspanne zwischen dem Abschluß der Wahlen und der vollen Uebernahme der Kontrolle durch die gesamtdeutsche Regierung wird es wünschenswert sein, daß ein Teil des Ueberwachungsapparats in Tätigkeit bleibt, um zu verhindern, daß nach den Wahlen irgend etwas geschieht, das die Bedingungen echter Freiheit beeinträchtigt, unter denen die Wahlen gemäß Abschnitt I (1) (b) abgehalten worden sind. Der Bericht der Arbeitsgruppe soll diesbezügliche Empfehlungen enthalten.

III. Ausarbeitung einer Verfassung und Vorbereitung der Verhandlungen über den Friedensvertrag

So bald wie möglich nach ihrem ersten Zusammen treten beginnt die Nationalversammlung mit der Ausarbeitung einer Verfassung. Unterdessen kann sie eine vorläufige gesamtdeutsche Behörde einrichten, die beauftragt ist, die Versammlung bei der Ausarbeitung der Verfassung zu unterstützen und den Kern der künftigen gesamtdeutschen Vollzugsorgane vorzubereiten. Die Behörde kann ferner mit den Vier Mächten Vorverhandlungen für den Friedensvertrag einleiten.

IV. Annahme der Verfassung und Bildung einer für die Aushandlung und den Abschluß des Friedensvertrags verantwortlichen gesamtdeutschen Regierung

Der Entwurf der Verfassung wird der Versammlung so bald wie möglich vorgelegt. Unmittelbar nach seiner Annahme wird eine gesamtdeutsche Regierung gebildet. Diese ist sodann verantwortlich für die Aushandlung und den Abschluß des Friedensvertrages. Gleichzeitig werden die anderen in der Verfassung vorgesehenen Organe errichtet.

Sobald die gesamtdeutsche Regierung gebildet worden ist, bestimmt die Nationalversammlung, wie die Befug-

nisse der Bundesregierung und der deutschen Behörden in der Sowjetzone auf die gesamtdeutsche Regierung zu übertragen und die Bundesregierung und die Sowjetzonenbehörden abzuwickeln sind.

Die gesamtdeutsche Regierung wird ermächtigt sein, die internationalen Rechte und Pflichten der Bundesrepublik und der Sowjetzone zu übernehmen oder abzulehnen und die von ihr gewünschten internationalen Uebereinkünfte abzuschließen. Die Vier Mächte werden einem Gesuch der gesamtdeutschen Regierung, den Vereinten Nationen beizutreten, ihre Unterstützung leihen.

Jede der Vier Mächte übt gegenüber der Nationalversammlung, der vorläufigen gesamtdeutschen Behörde und der gesamtdeutschen Regierung nur diejenigen ihrer Rechte aus, welche die Stationierung von Streitkräften in Deutschland und den Schutz von deren Sicherheit, Berlin, die Wiedervereinigung Deutschlands und den Friedensvertrag betreffen¹.

In Ausführung dieses Planes gefaßte Beschlüsse der Nationalversammlung, der vorläufigen gesamtdeutschen Behörde und der gesamtdeutschen Regierung bedürfen nicht der Genehmigung durch die Vier Mächte. Die Nichtbilligung dieser Beschlüsse kann nur durch Mehrheitsbeschluß der Vier Mächte erfolgen.

V. Unterzeichnung und Inkrafttreten des Friedensvertrags

Alle Staaten oder deren Rechtsnachfolger, die sich am Krieg gegen Deutschland beteiligt haben, sollen den Vertrag mitunterzeichnen. Der Vertrag soll mit seiner Ratifizierung durch die Vier Mächte und Deutschland in Kraft treten.

¹) Vorbehaltlich eines in Verbindung mit der Wiedervereinigung Deutschlands abgeschlossenen Sicherheitsabkommens.

Quelle: Uebersetzung des Auswärtigen Amtes, Bonn.

Vorschlag der drei Westmächte zu einer Entschließung über die Vorbereitung freier Wahlen in ganz Deutschland im Jahre 1956

Vorgelegt am 4. November 1955

Auf gemeinsame Initiative der Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland legen die Außenminister Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika den folgenden Vorschlag als ersten Schritt vor, um die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit gemäß dem von den Drei Mächten am 28. Oktober unterbreiteten Plan durchzuführen:

Entwurf eines Beschlusses der Konferenz

Im Einklang mit der gemeinsamen Verantwortung ihrer Regierungen für die Regelung der deutschen Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands sowie gemäß der Direktive ihrer Regierungschefs, daß die Regelung der deutschen Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands mittels freier Wahlen in Uebereinstimmung mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit durchgeführt werden sollen, haben die Außenminister Frankreichs, des Ver-

einigten Königreichs, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten folgendes vereinbart:

1. Während des September 1956 werden in ganz Deutschland freie und geheime Wahlen abgehalten zwecks Wahl von Vertretern für eine gesamtdeutsche Nationalversammlung, die eine Verfassung auszuarbeiten und auf Grund dieser eine Regierung für ein wiedervereinigtes Deutschland zu bilden hat.

2. Jede der Vier Mächte bestimmt einen Vertreter bei der Kommission, die in Beratung mit deutschen Sachverständigen das Wahlgesetz für diese Wahlen unter Ein-schluß wirksamer Bestimmungen in bezug auf Garantien und Ueberwachung zwecks Gewährleistung der Freiheit dieser Wahlen auszuarbeiten hat.

3. Die Kommission nimmt ihre Arbeit alsbald auf und legt ihren Bericht bis Januar 1956 den Vier Mächten vor.

Quelle: Uebersetzung des Auswärtigen Amtes, Bonn.

II. Vorschläge der Sowjetunion zu Punkt 1 der Tagesordnung

Sowjetischer Entwurf eines allgemeinen Vertrages über kollektive Sicherheit in Europa (Grundprinzipien)

Vorgelegt am 28. Oktober 1955

Der Entwurf ist eine wörtliche Wiederholung des von Ministerpräsident Bulganin am 20. Juli 1955 der Genfer

Konferenz der Regierungschefs der Vier Mächte vorgelegten Entwurfs. Wortlaut in Europa-Archiv 16/1955, S. 8110.

Sowjetischer Vertragsentwurf über Sicherheit in Europa

Vorgelegt am 31. Oktober 1955

Erfüllt von dem Bestreben, den Frieden zu festigen, in Anerkennung der Notwendigkeit, auf jede Weise zur Minderung der internationalen Spannung und zur Herstellung des Vertrauens in den Beziehungen zwischen den Staaten beizutragen, und geleitet von den friedlichen

Zielen und Prinzipien der UN, sind die Regierungen* übereingekommen, den vorliegenden Vertrag abzuschließen.

*) Vgl. Anmerkung auf der folgenden Seite.

Die Teilnehmerstaaten des Vertrages erklären feierlich, daß sie folgende Verpflichtungen übernehmen:

Artikel 1

Die vertragschließenden Seiten verpflichten sich, keine Waffengewalt gegeneinander anzuwenden wie auch sich in den gegenseitigen Beziehungen der Gewaltandrohung zu enthalten. Sie werden alle Streitfragen, die zwischen ihnen auftauchen könnten, mit friedlichen Mitteln lösen.

Artikel 2

Falls auf einen oder einige Teilnehmerstaaten des Vertrags ein bewaffneter Ueberfall in Europa durch irgendeinen Staat oder eine Gruppe von Staaten verübt wird, werden die Teilnehmerstaaten des Vertrags dem überfallenen Staat oder den überfallenen Staaten unverzüglich jegliche Hilfe, einschließlich der militärischen, leisten, die für die Wiederherstellung und die Erhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit in Europa als notwendig anerkannt wird.

Artikel 3

Die Teilnehmerstaaten des Vertrags verpflichten sich, dem angreifenden Staat in Europa unter keinerlei Vorwand direkte oder indirekte Hilfe zu leisten.

Artikel 4

Die Teilnehmerstaaten des Vertrags werden einander konsultieren, jedesmal, wenn nach Ansicht irgendeines von ihnen die Gefahr eines bewaffneten Ueberfalls in Europa auf einen oder auf einige Teilnehmerstaaten des Vertrags droht, um wirksame Maßnahmen für die Beseitigung einer solchen Gefahr zu ergreifen. Sie werden unverzüglich die notwendigen Konsultationen jedesmal durchführen, wenn vereinbarte Maßnahmen zur Wieder-

herstellung des Friedens im Falle eines Angriffs auf irgendeinen der Teilnehmerstaaten des Vertrags erforderlich sind.

Artikel 5

Die vertragschließenden Staaten schaffen auf Grund einer gemeinsamen Vereinbarung ein besonderes Organ (oder Organe), um die oben erwähnten Konsultationen durchzuführen und um andere Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit zu ergreifen, die sich im Zusammenhang mit der Erfüllung der Vertragsverpflichtungen durch die Staaten als notwendig erweisen könnten.

Artikel 6

Die Teilnehmerstaaten des Vertrags kommen überein, daß die Verpflichtungen dieses Vertrags jene Verpflichtungen nicht beeinträchtigen, die sie gemäß den bereits bestehenden Verträgen und Abkommen eingegangen sind.

Artikel 7

Uebernahme der Verpflichtungen durch die Staaten gemäß Vertrag darf das Recht der Teilnehmerstaaten des Vertrags auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs, wie es im Artikel 51 der UN-Charta vorgesehen ist, nicht beeinträchtigen.

Artikel 8

Der Vertrag trägt provisorischen Charakter und wird so lange in Kraft bleiben, bis er durch einen anderen, umfassenderen Vertrag über die europäische Sicherheit ersetzt wird, der die bestehenden Verträge und Abkommen ersetzen soll.

Quelle: *Neues Deutschland*, Nr. 257 vom 2. November 1955.

Sowjetischer Vorschlag für die Bildung eines Gesamtdeutschen Rates

Vorgelegt am 2. November 1955

Geleitet von dem Streben, die allseitige Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik sowie die Schaffung von Voraussetzungen für die Lösung der Deutschlandfrage und für die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen entsprechend den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit zu fördern, erklären die Außenminister der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs das Folgende:

Unter den gegenwärtigen Bedingungen, da das deutsche Volk der Möglichkeit beraubt ist, in einem einheitlichen deutschen Staat zu leben, wird die Notwendigkeit der Aufnahme einer Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik, die die Lösung der Aufgabe der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands erleichtern würde, immer dringender. Diesem Ziele würde ein durch Ueberkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik zu schaffendes

gesamtdeutsches Organ für die Koordinierung ihrer Anstrengungen im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des deutschen Volkes und über die Zusammenarbeit mit anderen Staaten zur Festigung des Friedens entsprechen.

Ein solches repräsentatives Organ des deutschen Volkes könnte ein Gesamtdeutscher Rat sein, der auf der Basis folgender Prinzipien gebildet würde:

1. Ein Gesamtdeutscher Rat wird aus Vertretern der Parlamente der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik als beratendes Organ zur Erörterung von Fragen gebildet, an deren Lösung die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik interessiert sind.

2. Innerhalb des Gesamtdeutschen Rates werden gemischte Ausschüsse zu Fragen der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, zu Fragen der deutschen Währung, des innerdeutschen Zahlungsverkehrs, der Zölle, des Post- und Fernmeldewesens, des Verkehrs und zu anderen Fragen

^{*} Anmerkung der Redaktion: In seiner Rede zu diesem Vorschlag nannte Molotow als Teilnehmer dieses Vertrags: „die vier Mächte (die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien) sowie auch alle Teilnehmer der

Westeuropäischen Union und des Warschauer Vertrags, darunter die Deutsche Bundesrepublik und die Deutsche Demokratische Republik“. Anderen europäischen Staaten soll der Beitritt offenstehen.

gebildet, die sich aus Vertretern der Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik zusammensetzen.

3. Der Gesamtdeutsche Rat soll Vereinbarungen in Fragen der Stärke, der Bewaffnung und Verteilung jener Einheiten treffen, die für den Schutz der Grenzen und der Territorien der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik notwendig sind.

4. Der Gesamtdeutsche Rat soll Uebereinkommen zu Fragen der Teilnahme der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik an Maßnahmen zur Festigung der europäischen Sicherheit erzielen und soll auf dem Wege gegenseitiger Vereinbarung

Fragen erörtern, die mit der Schaffung von Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat im Zusammenhang stehen.

Die Außenminister der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs bringen die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik die erforderlichen Anstrengungen unternehmen mögen, um Uebereinkommen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Rates zu erreichen.

Quelle: *Neues Deutschland*, Nr. 258 vom 3. November 1955.

Sowjetischer Entwurf für einen Vertrag zwischen den Staatengruppierungen in Europa

Vorgelegt am 9. November 1955

Grundprinzipien eines Vertrages zwischen den in Europa bestehenden Staatengruppierungen:

Geleitet von dem Wunsch, den Frieden zu festigen, und die Notwendigkeit anerkennend, auf jede Weise zu einer Minderung der internationalen Spannung und zur Herstellung des Vertrauens in den Beziehungen zwischen den Staaten beizutragen, sind die Regierungen der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs übereingekommen, daß es den Interessen der Erhaltung des Friedens in Europa entsprechen würde, einen Vertrag zwischen den Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes und der Westeuropäischen Union einerseits und den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages andererseits abzuschließen.

Diesem Vertrag könnten folgende Prinzipien zugrunde liegen:

1. Die Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes und der Pariser Abkommen einerseits und die Teilnehmer-

staaten des Warschauer Vertrages andererseits verpflichten sich, keine Waffengewalt gegeneinander anzuwenden. Diese Verpflichtung soll nicht die Rechte der Staaten auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung beeinträchtigen, wie sie in Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen für den Fall eines bewaffneten Ueberfalls vorgesehen ist.

2. Die Teilnehmerstaaten des Vertrages übernehmen die Verpflichtung, sich gegenseitig zu konsultieren, falls Meinungsverschiedenheiten oder Streitfragen zwischen ihnen auftauchen, die die Erhaltung des Friedens in Europa bedrohen könnten.

3. Der Vertrag soll zeitweiligen Charakter tragen und soll so lange in Kraft bleiben, bis er durch einen anderen Vertrag im Zusammenhang mit der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa ersetzt wird.

Quelle: *Neues Deutschland*, Nr. 264 vom 10. November 1955.

Sowjetischer Vorschlag zu einer Erklärung über Punkt 1 der Tagesordnung

Vorgelegt am 15. November 1955

Die Außenminister der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs konstatieren, daß, obwohl durch den Meinungsaustausch über den ersten Punkt der Tagesordnung — europäische Sicherheit und Deutschland — es noch nicht gelungen ist, das nötige Maß an Verständigung zu erreichen, nichtsdestoweniger eine Uebereinstimmung der Standpunkte in einer Reihe wichtiger Fragen, die die europäische Sicherheit betreffen, zutage getreten ist, und zwar:

1. Alle Konferenzteilnehmer sprachen sich dafür aus, daß im Vertrag über die europäische Sicherheit vorgesehen werde, daß seine Teilnehmer auf Gewaltanwendung gegeneinander verzichten.

2. Es wurde ein Einvernehmen darüber erzielt, daß die Verpflichtungen auf Grund eines Vertrags über europäische Sicherheit gemeinsame Maßnahmen vorsehen sollen, um einer möglichen Aggression in Europa Widerstand zu leisten.

3. Ferner wurde ein Einvernehmen darüber erzielt, daß die Teilnehmerstaaten des Vertrags einem Aggressor keine Unterstützung erweisen werden.

4. Es wurde für notwendig erkannt, zwischen Ost und West eine Zone zu schaffen, in der Maßnahmen zur Festlegung von Maximalstärken für die Streitkräfte der

entsprechenden Staaten bei Einführung einer entsprechenden Inspektion verwirklicht werden würden.

5. Es wurde für notwendig erkannt, daß die Vertragsteilnehmer einander konsultieren, um die Erfüllung der auf Grund eines Vertrags über europäische Sicherheit übernommenen Verpflichtungen durch die Staaten zu gewährleisten.

6. Es besteht völliges Einverständnis, daß die auf Grund eines Vertrags über die Sicherheit in Europa übernommenen Verpflichtungen das unveräußerliche Recht der Staaten auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung nicht beeinträchtigen sollen.

Alle Konferenzteilnehmer stellen zugleich fest, daß noch keine Verständigung über so grundlegende Fragen wie die Gewährleistung der europäischen Sicherheit auf Grund der Festigung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten sowie die Lösung des Deutschlandproblems und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands erzielt worden ist.

Alle Konferenzteilnehmer haben das Bestreben zum Ausdruck gebracht, die Bemühungen um die Herbeiführung einer solchen Verständigung fortzusetzen.

Quelle: TASS-Uebersetzung, veröffentlicht durch das Auswärtige Amt, Bonn.

Anhang

Erklärung der Regierung der DDR

Der Außenministerkonferenz am 31. Oktober 1955 übermittelt

An das deutsche Volk, an die Genfer Konferenz der Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Republik Frankreich.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik brachte die Meinung der großen Mehrheit des deutschen Volkes zum Ausdruck, als sie die Beschlüsse der Genfer Konferenz der Regierungschefs der UdSSR, der USA, Englands und Frankreichs als einen historischen Schritt zur Minderung der internationalen Spannungen und zur Festigung des Vertrauens zwischen den Staaten begrüßte. Auf dieser Konferenz haben die vier Mächte erneut ihre Verpflichtung bekräftigt, geeignete Maßnahmen zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit und zur Lösung des deutschen Problems in Übereinstimmung mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes zu ergreifen. Entsprechende Aufgaben wurden der zur Zeit in Genf tagenden Außenminister-Konferenz gestellt. Überall in Deutschland wurde es mit Genugtuung aufgenommen, daß die Regierungschefs der vier Mächte in ihrer Direktive an die Außenminister die Notwendigkeit gebührend beachten, anderen interessierten Parteien die Teilnahme an der Erörterung der sie betreffenden Fragen zu ermöglichen. Eine solche interessierte Partei ist in Fragen Deutschlands zweifellos das deutsche Volk. Das deutsche Volk besteht darauf, daß zehn Jahre nach Beendigung der Kriegshandlungen endlich auch seine Vertreter, d. h. Vertreter der in Deutschland bestehenden beiden deutschen Staaten die Möglichkeit erhalten, gemeinsam mit den Vertretern der vier Großmächte am Konferenztisch die Deutschland betreffenden Fragen zu erörtern.

Mit Befremden stellen die deutschen Menschen jedoch fest, daß die Außenminister der USA, Englands und Frankreichs es ablehnten, Vertreter des deutschen Volkes zur Konferenz zuzulassen. Das steht offenkundig im Widerspruch zum Geist der Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte. Ungeachtet der nationalen deutschen Interessen hat sich auch die Regierung der Bundesrepublik gegen jede Teilnahme von Vertretern des deutschen Volkes an der Genfer Außenminister-Konferenz ausgesprochen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hält eine solche Mißachtung der souveränen Rechte des deutschen Volkes für unzulässig. Sie besteht auch weiterhin auf der rechtmäßigen Forderung, zur Erörterung der Deutschland-Probleme auf internationalen Konferenzen Vertreter der beiden deutschen Staaten hinzuzuziehen. Im Bewußtsein ihrer nationalen Verantwortung erachtet es die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik als ihre Pflicht, vor dem ganzen deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit ihre Auffassung über die Fragen darzulegen, die auf der Konferenz der Außenminister der vier Mächte zur Debatte stehen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt, daß sie die Erhaltung und Sicherung des Friedens

in Europa für die gegenwärtig wichtigste Aufgabe hält. Sie erwartet, daß von der Genfer Außenminister-Konferenz jede Chance zur Minderung der internationalen Spannungen, jede Verständigungsmöglichkeit über die Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, über die Beseitigung der bestehenden militärischen Gruppierungen und über die Abrüstung genutzt wird.

Deutschland erlitt in diesem Jahrhundert eine Katastrophe nach der anderen, weil es den Weg des Krieges ging. Darum ist das deutsche Volk in besonders hohem Maße daran interessiert, daß die aggressiven Militärblocks, in die Westdeutschland einbezogen wurde, durch ein System der kollektiven Sicherheit überwunden werden. Solche Militärblocks, die anderen Staaten gegenübergestellt sind, gefährden das friedliche Zusammenleben der Völker. So beschworen der Militärblock zwischen dem kaiserlichen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien, der sogenannte Dreibund, und der Militärblock der zur sogenannten Entente zusammengeschlossenen Staaten die Katastrophe des Ersten Weltkrieges herauf.

Der Militärblock zwischen dem Hitler-Deutschland, dem faschistischen Italien und dem militaristischen Japan, der sogenannte Antikominternpakt, stürzte das deutsche Volk in die weitaus noch schlimmere Katastrophe des Zweiten Weltkrieges. Die Verantwortung für diese Kriegskatastrophen tragen deutscherseits die Monopolherren und Junker, die deutschen Militaristen. Sie waren es, die die Regierungen bestellten, eine Politik der Zwietracht zwischen den Völkern, eine Verhetzung des deutschen Volkes gegen die anderen Völker, eine Politik der Aggression und des totalen Krieges betrieben. Sie brachten damit ungeahntes Leid über das deutsche Volk und über die Völker Europas. Die Verantwortung der deutschen Monopolherren und Junker für diese Verbrechen ist in völkerrechtlich verbindlichen Dokumenten festgehalten. Angesichts der unheilvollen geschichtlichen Erfahrungen kann und darf nicht zugelassen werden, daß Europa durch die NATO und die Westeuropäische Union in einen dritten Weltkrieg gestürzt und Deutschland in einen Kriegsschauplatz und in eine Zone der Verwüstung verwandelt wird. Mit der Remilitarisierung Westdeutschlands und seiner Einbeziehung in die NATO und die Westeuropäische Union haben die Regierungen der Westmächte und der Bundesrepublik gleichzeitig neue Hindernisse auf den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands aufgetürmt. Die Teilnahme Westdeutschlands an aggressiven Militärblocks und seine Remilitarisierung sind mit der Wiedervereinigung Deutschlands als demokratischen und friedliebenden Staat unvereinbar.

Es ist kein Geheimnis, daß die Pariser Verträge darauf gerichtet sind, die Herrschaft der westdeutschen Militaristen auf ganz Deutschland auszudehnen und das wiedervereinigte Deutschland in aggressive Militärbündnisse hineinzuzerren. Diese Zielsetzung ist in den Pariser Ver-

trägen eindeutig formuliert, obwohl es allen klar sein dürfte, daß solche Absichten am Widerstand der Deutschen Demokratischen Republik und der mit ihr verbündeten friedliebenden Staaten sowie der friedlichen Kräfte aller anderen europäischen Staaten scheitern wird. Westdeutsche Militaristen und andere Kreise treten mit Vorschlägen auf, in denen sie vorgeben, die Einheit Deutschlands anzustreben. In diesen Vorschlägen wird nicht mehr und nicht weniger gefordert, als ganz Deutschland der Herrschaft der Militaristen zu unterwerfen und an aggressive Militärblocks zu binden. Das würde nichts anderes bedeuten, als Deutschland zum dritten Mal in eine Katastrophe zu führen. Solche Vorschläge haben mit einem ehrlichen Streben nach einer Wiedervereinigung Deutschlands nichts gemein und sind nur als eine bewußte Irreführung des deutschen Volkes zu werten. Sie berücksichtigen in keiner Weise die reale Lage. Die Regierungen der friedliebenden Staaten, einschließlich der DDR, haben die Verfasser der Pariser Verträge rechtzeitig vor den Folgen ihrer Politik gewarnt. Die Regierungen der Westmächte und der Bundesrepublik haben diese Warnungen in den Wind geschlagen und einen Damm in Deutschland errichtet, der die nationale Wiedervereinigung Deutschlands verhindert. Sie tragen hierfür die alleinige volle Verantwortung. Nunmehr liegt es an ihnen, diesen Damm abzutragen und den Weg zum friedliebenden und demokratischen Deutschland zu öffnen.

Der geeignete Schlüssel hierzu wäre ein System der kollektiven Sicherheit, dem die beiden bestehenden deutschen Staaten angehören. Darum gewinnt die Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit erstrangige Bedeutung auch für eine erfolgreiche Lösung der Aufgabe, Deutschland als friedliebenden und demokratischen Staat wiederzuvereinigen.

Der Abschluß eines Vertrages über kollektive Sicherheit, an dem zunächst die beiden deutschen Staaten und später das wiedervereinigte Deutschland beteiligt sind, ist die wirksamste Maßnahme zur Gewährleistung eines dauerhaften Friedens in Europa. Jeder Schritt in dieser Richtung dient unmittelbar dem Frieden. Sind alle europäischen Staaten und Völker, die großen wie die kleinen, gegen Aggressionen durch Beistandsverpflichtungen aller anderen Staaten gesichert, dann wird die Spaltung Europas in gegeneinander gerichtete militärische Gruppierungen überwunden, dann schwinden die Spannungen, wächst das Vertrauen zwischen den Staaten und Völkern, werden auch die äußeren Hindernisse hinweggeräumt, die heute noch einer Wiedervereinigung Deutschlands entgegenstehen. Dem deutschen Volke wäre garantiert, daß ihm die Schrecken neuer Kriege erspart blieben und daß es seine Kräfte auf die friedliche und demokratische Regelung seiner inneren Aufgaben konzentrieren könnte.

Das Problem der Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit kann bereits auf der gegenwärtigen Konferenz der Außenminister in Genf gelöst werden. Hierzu ist nur notwendig, daß die Teilnehmerstaaten der Konferenz den guten Willen haben, zur Minderung der internationalen Spannungen zusammenzuarbeiten und dem deutschen Volke bei der Schaffung der Voraussetzungen für die demokratische und friedliche Wiedervereinigung zu helfen.

Die DDR ist das Bollwerk der demokratischen und friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes. Sie ist ge-

willt, ihren Beitrag zu leisten, um den Frieden in Europa durch gemeinsame Maßnahmen aller europäischen Staaten zu sichern. Sie ist bereit, die Rechte und Pflichten eines gesamteuropäischen Vertrages über kollektive Sicherheit zu übernehmen.

Zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten in einem einheitlichen, demokratischen, friedliebenden souveränen Deutschland sind erst die notwendigen äußeren und inneren Voraussetzungen zu schaffen. Die vier Großmächte haben bei Beendigung des Zweiten Weltkrieges eine bestimmte Verantwortung für Deutschland übernommen. Entsprechend dieser Verantwortung können sie den Prozeß der Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage beschleunigen. Dazu ist notwendig, daß ihrerseits nichts getan wird, um die Spannungen in Deutschland zu verschärfen, sondern alles getan werden muß, um entstandene Spannungen zu mindern. Bisher verhinderten die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs eine Verständigung der beiden deutschen Staaten untereinander und spielten einen Teil Deutschlands gegen den anderen aus. Es ist eine Tatsache, daß sich die Westmächte jeder Normalisierung ihrer Beziehungen zu den beiden deutschen Staaten entgegenstellen, was sich negativ auf die Anbahnung eines gegenseitigen Verständnisses zwischen den Deutschen in Ost- und Westdeutschland auswirkt. Wenn die Westmächte ernsthaft die Wiedervereinigung Deutschlands anstreben, wie sie es vorgeben, warum verzichten sie dann nicht auf den Kalten Krieg gegen die DDR?

Die Regierung der DDR verweist demgegenüber auf die völlig anders geartete Politik der Regierung der UdSSR. Die SU unterhält schon seit langem herzliche und freundschaftliche Beziehungen zur DDR. Sie hat normale diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen mit der Deutschen Bundesrepublik aufgenommen. Damit trägt sie zur Minderung der Spannungen in Deutschland und zur Annäherung der beiden deutschen Staaten bei. Mit dem Ziel, eine Verständigung über die Lösung des deutschen Problems zu erleichtern, hat die Sowjetregierung den Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland und die Beseitigung aller ausländischen Militärstützpunkte auf deutschem Boden vorgeschlagen. Eine Vereinbarung der vier Mächte über derartige Maßnahmen wäre zweifellos ein bedeutungsvoller Beitrag zur Herstellung normaler Verhältnisse in Deutschland. Die Volkskammer und die Regierung der DDR haben in der Vergangenheit mehrfach den Vorschlag unterbreitet, zu einer Verständigung über die Zahl, Bewaffnung und Stationierung der Formationen zu kommen, die zum Schutze der Grenzen und der Territorien der beiden deutschen Staaten unbedingt notwendig sind. Im Interesse der innerdeutschen Entspannung hält die Regierung der DDR auch heute noch eine Verständigung über diesen Vorschlag für möglich.

Während die Regierung der DDR auf der Notwendigkeit besteht, die äußeren Bedingungen für die Lösung des Deutschlandproblems durch die Gewährleistung der kollektiven Sicherheit in Europa zu schaffen, vertritt sie zugleich die Meinung, daß die Wiedervereinigung selbst vor allem Sache des deutschen Volkes ist. Bemühungen der vier Mächte allein können nicht zur Wiedervereinigung Deutschlands führen, wenn die Regierungen der

gegenwärtig bestehenden beiden deutschen Staaten, das deutsche Volk, dieses Werk nicht in ihre eigenen Hände nehmen. Die Wiedervereinigung kann nicht von außen kommen, nur das deutsche Volk selbst kann einen demokratischen, friedliebenden einheitlichen deutschen Staat aufbauen.

Die Regierung der DDR war und bleibt ein Verfechter von wirklich freien gesamtdeutschen Wahlen. Sie hat zum wiederholten Male dementsprechende Vorschläge an die Regierung der Bundesrepublik gerichtet. Alle Vorschläge wurden von den herrschenden Kreisen Westdeutschlands abgelehnt, weil sie keine freien Wahlen, sondern mit Hilfe der Pariser Verträge und der Remilitarisierung ganz Deutschland auf den verderblichen Weg der Vergangenheit zurückzerren wollen. Die Politik der Pariser Verträge läßt die wahren Absichten ihrer Urheber erkennen, die Entstehung eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands zu verhindern. Um die deutschen Menschen über ihre Ziele zu täuschen und das ehrliche Streben eines jeden deutschen Patrioten nach nationaler Wiedervereinigung zu mißbrauchen, tun die Regierungen der Bundesrepublik und der Westmächte heute so, als hätte sich in Deutschland nichts verändert. Tatsache ist aber, daß sie die Pariser Verträge ratifiziert und damit die Bundesrepublik auf einen militärischen Entwicklungsweg gestoßen haben. Tatsache ist, daß die Pariser Verträge Westdeutschland an die aggressive Militärblocks, an die NATO und an die WEU binden. Tatsache ist, daß die Pariser Verträge die Besetzung Westdeutschlands auf ein halbes Jahrhundert verewigen sollen und den fremden Truppen Ausnahme Gesetze einräumen, die mit der Unabhängigkeit des deutschen Volkes unvereinbar sind.

Tatsache ist, daß die Bundesregierung eine Volksabstimmung über die Pariser Verträge verhinderte, weil die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung die Pariser Verträge genau so ablehnt, wie an der Saar das Saarstatut abgelehnt wurde. Die Pariser Verträge sind in der Tat mit einer freien Entscheidung des Volkes unvereinbar. Zahlreiche Dokumente und Kassenbelege weisen einwandfrei nach, daß in der Bundesrepublik mit Unternehmerrmillionen politische Macht gekauft wird. Das von der Adenauer-Regierung betriebene Verbot der KPD findet seine Fortsetzung in der reaktionären Offensive gegen die Gewerkschaften, deren Spaltung betrieben, deren entschiedenste Vertreter diffamiert und verfolgt werden. Durchaus mit Recht haben die sechs Millionen Gewerkschaftsmitglieder im Beschluß ihres 3. Bundeskongresses die Bundesrepublik als einen militaristischen Obrigkeitsstaat bezeichnet, der das Ende der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Demokratie bedeutet. Maßgebliche Vertreter des demokratischen Bürgertums haben öffentlich festgestellt, daß die Wiederbelebung des übelsten deutschen Militarismus mit Demokratie unvereinbar ist.

Es ist eine unleugbare geschichtliche Wahrheit, daß die antidemokratischen und militaristischen Kreise in Deutschland oftmals ihre Pläne mit Hilfe von Wahlen verwirklichten. Bekanntlich kam durch Wahlen ein solcher Mann wie Papen zur Macht, der den Ausnahmezustand verkündete und die sozialdemokratische Regierung Preußens verjagte. Auf dem gleichen Wege wurde der Junker und Militarist Hindenburg Reichspräsident, der Hitler die Regierungsmacht auslieferte. Ebenso ist bekannt, daß

Hitler Wahlen ausnutzte, um der faschistischen Diktatur den Anschein der Legalität zu geben.

Hitler wurde von den Kräften des Monopolkapitals und des Junkertums unterstützt, die heute die Bundesrepublik beherrschen. Sie finanzierten die nationalsozialistischen und faschistischen Parteien, sie unterdrückten die Parteien und Organisationen der Arbeiterklasse mit wirtschaftlichem und politischem Terror, sie führten mit den Revancheparolen breite Massen des Volkes irre. Sie schürten den Nationalismus bis zur Weißglut und errichteten auf diese Weise mit angeblich freien Wahlen die blutige Hitlerdiktatur, um den Zweiten Weltkrieg vorzubereiten. Derartige Wahlen brauchen die Monopolisten und Junker heute, um die Herrschaft der Militaristen in einem einheitlichen Deutschland wieder herzustellen, um der Arbeiterklasse in der DDR die volkseigenen Betriebe zu rauben und sie den Kriegsverbrechern zu übereignen, um den Bauern den Boden, den sie durch die Bodenreform erhalten haben, zu entreißen und ihn den Junkern zurückzugeben, um die volkseigenen Güter und die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu beseitigen, um alle sozialen Errungenschaften der Werktätigen in der DDR aufzuheben. Es ist klar, daß es unter den Bedingungen einer Beherrschung Westdeutschlands durch die Militaristen, einer Remilitarisierung der Bundesrepublik und ihrer Bindung an aggressive Militärblocks keine freien gesamtdeutschen Wahlen geben kann. Die Regierung der DDR erklärt im Namen aller friedliebenden Kräfte, die in der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands zusammengeschlossen sind, mit aller Entschiedenheit, daß eine Rückkehr in die Vergangenheit und die Verwandlung ganz Deutschlands in einen militaristischen Obrigkeitsstaat nicht zugelassen wird. Ein wiedervereinigtes friedliebendes und demokratisches Deutschland darf in keiner Weise durch Experimente politischer Abenteurer gefährdet oder in sein militaristisches Gegenteil verkehrt werden.

Auf dem Wege der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands als demokratischer und friedliebender Staat gibt es keinen ernsthaften Schritt vorwärts, ohne die unbestreitbare Tatsache anzuerkennen, daß gegenwärtig zwei deutsche Staaten bestehen, in denen sich unterschiedliche soziale und ökonomische Systeme herausbildeten.

In der DDR haben die Arbeiter und Bauern die politische Macht, und sie nutzen sie, um den Frieden und den sozialen Fortschritt zu sichern. In der Bundesrepublik diktieren 150 Multimillionäre, gestützt auf ihre wirtschaftliche Macht, die Politik des Staates in eigennützigen Interessen. In der DDR ist die Bodenreform durchgeführt, und ein freier Bauer arbeitet auf freier Scholle. In der Bundesrepublik blieb der Großgrundbesitz erhalten, die adligen Junker sind wieder die Träger des Militarismus, die Bauern sind der Schuldknechtschaft ausgeliefert. In der DDR sind die Grundprinzipien der Antihitlerkoalition verwirklicht, die die Beseitigung des Faschismus und Militarismus vorsahen und von der Mehrheit des deutschen Volkes gebilligt wurden. In der Bundesrepublik erfolgt eine Wiederherstellung des Militarismus und werden Nazihenker als Helden gefeiert.

In der DDR wird die Außenpolitik von den Werktätigen bestimmt, die auf der Grundlage der Gleichberech-

tigung, der gegenseitigen Achtung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern wünschen. In der Bundesrepublik dient die Außenpolitik dem Streben der deutschen Imperialisten nach erneuter Unterdrückung und Ausbeutung fremder Völker.

In der DDR haben die Gewerkschaften als Massenorganisation der Arbeiterklasse in den Betrieben das volle Mitbestimmungsrecht. In der Bundesrepublik ist den Gewerkschaften durch das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz die Mitbestimmung versagt, werden Gewerkschaftsfunktionäre gemäßregelt und wegen Verteidigung von Arbeiterrechten verfolgt.

In der DDR ist die volle Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens verwirklicht. In der Bundesrepublik besteht die alte Benachteiligung der Frauen durch niedrige Löhne, schlechtere Arbeitsbedingungen, behinderte Berufswahl und mangelnden Schutz von Mutter und Kind.

In der DDR ist das Bildungsmonopol gebrochen, steht allen Befähigten der Zugang zu den Fach- und Hochschulen, den Universitäten und Forschungsinstituten offen. In der Bundesrepublik dagegen sind die Kinder der Arbeiter und Bauern faktisch von der höheren Bildung ausgeschlossen.

In der DDR erfahren Kultur und Kunst die großzügigste Förderung. In der Bundesrepublik werden die Grundlagen der deutschen Kultur und Kunst von fremden, antihumanistischen Einflüssen überwuchert. Zahlreiche fortschrittliche Gewerkschaftler und Politiker Westdeutschlands fordern auch für die Bundesrepublik ähnliche soziale und demokratische Errungenschaften und Einrichtungen, wie sie in der DDR seit langem bestehen. Es ist selbstverständlich, daß keine Wiedervereinigung Deutschlands möglich ist, die auf Kosten der sozialen, politischen und kulturellen Errungenschaften der werktätigen Menschen der DDR gehen würde. Ebenso klar ist, daß es bei der Unterschiedlichkeit der Entwicklung im Westen und Osten Deutschlands keinen mechanischen Zusammenschluß der gegenwärtig bestehenden beiden deutschen Staaten geben kann.

Die ureigensten Interessen des deutschen Volkes gebieten eine Verständigung und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der Bundesrepublik mit dem Ziel, Schritt um Schritt die inneren Voraussetzungen für die deutsche Wiedervereinigung zu schaffen. Damit tritt die Regierung der DDR für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und für ihre gegenseitige Annäherung ein. Die gleiche Forderung wurde auch in Westdeutschland in zahlreichen Beschlüssen politischer und gewerkschaftlicher Organisationen und in vielen Erklärungen nationalbewußter Vertreter des Bürgertums erhoben.

Die Regierung der DDR begrüßt alle aufrichtigen patriotischen Bestrebungen, gangbare Wege zur Verständigung, Annäherung und Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten zu finden. Die Regierung der Bundesrepublik hat bisher nicht das geringste unternommen, um eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten herbeizuführen. Sie ist bestrebt, die Entwicklung wirtschaftlicher, kultureller und wissenschaft-

licher Beziehungen zwischen Westdeutschland und der DDR zu verhindern. Von Westdeutschland und West-Berlin aus entsenden zahlreiche Organisationen Spione und Terroristen in die DDR, um deren Friedenswirtschaft zu unterwühlen, Anschläge und Provokationen zu verüben. Der Kalte Krieg muß jedoch auch in Deutschland beendet werden. Im Interesse des ganzen deutschen Volkes ist es notwendig, die naheliegendsten und möglichen praktischen Schritte zur Minderung der Spannungen in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu tun. Die Regierung der DDR erklärt, daß es an der Zeit ist, ein gesamtdeutsches Organ zu schaffen, das alle Anstrengungen koordinieren könnte, deren Ziel die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten, die Wiedervereinigung Deutschlands ist. Die Anstrengungen der beiden deutschen Staaten müssen gleichzeitig auf eine Zusammenarbeit mit den anderen Staaten bei der Festigung der europäischen Sicherheit gerichtet sein.

Die Regierung der DDR schlägt die Bildung eines gesamtdeutschen Rates vor, in den die gesetzgebenden Körperschaften der DDR und der Deutschen Bundesrepublik ihre Vertreter entsenden. Dabei sind alle demokratischen Parteien und Organisationen im gegenseitigen Einverständnis zu berücksichtigen. Die Aufgabe dieses Gesamtdeutschen Rates soll es sein, auf eine gegenseitige Annäherung der Deutschen aus Ost- und Westdeutschland hinzuwirken und eine Zusammenarbeit auf allen Gebieten der innerdeutschen Beziehungen zu organisieren.

Die Erfahrungen der Entwicklung Deutschlands in den vergangenen zehn Jahren, die Erfordernisse des praktischen Lebens, die unmittelbaren Interessen der Bevölkerung gebieten die Schaffung eines solchen gesamtdeutschen Organs. Die Bürger der beiden deutschen Staaten haben im Ergebnis der anormalen Unterbrechung der geschichtlich entstandenen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den verschiedenen Gebieten Deutschlands großen Schaden erlitten. Dieser Schaden kann Schritt um Schritt gemindert werden, wenn eine gegenseitige Verständigung erfolgt und der Gesamtdeutsche Rat sowie seine entsprechenden Fachausschüsse eine Annäherung der beiden Teile Deutschlands auf den verschiedensten Gebieten des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens herbeiführen.

Wir Deutschen müssen endlich zur praktischen Verwirklichung von Maßnahmen übergehen, damit sich die beiden Teile Deutschlands nicht noch mehr entfremden und dadurch die Wiedervereinigung Deutschlands in die Ferne gerückt wird. Die Zusammenarbeit der DDR und der Deutschen Bundesrepublik in einem Gesamtdeutschen Rat wäre ein realer Schritt zum einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschland. Der Gesamtdeutsche Rat soll Empfehlungen an die Regierungen der DDR und der Deutschen Bundesrepublik zu allen Fragen der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands ausarbeiten. Hierzu gehören Fragen des innerdeutschen Handels, des freien Verkehrs in ganz Deutschland, Fragen der deutschen Währung, des innerdeutschen Zahlungsverkehrs, des Post- und Fernmeldewesens sowie andere Fragen, die die alltäglichen Bedürfnisse der Bevölkerung berühren.

Der Gesamtdeutsche Rat soll die Entwicklung wissenschaftlicher und kultureller Beziehungen sowie den Sport-

verkehr fördern. Er soll dazu beitragen, eine gemeinsame Vertretung auf internationalen wissenschaftlichen Konferenzen, bei internationalen kulturellen Wettbewerben oder Sportwettkämpfen zu gewährleisten. Der Gesamtdeutsche Rat soll Empfehlungen geben zur Sammlung statistischer Angaben und Unterlagen über die Entwicklung der Industrie, der Landwirtschaft, des Verkehrs, des Gesundheitswesens, der Volksbildung, des Arbeitsrechts und dergleichen mehr durch Organe der Statistik. Auf diese Weise wäre es möglich, die Entwicklung beider Teile Deutschlands zu verfolgen, Vergleiche anzustellen und gegebenenfalls eine Verständigung und Annäherung zu erreichen. Die Regierung der DDR schlägt den gesetzgebenden Körperschaften der DDR und der Bundesrepublik vor, in gegenseitige Verhandlungen zu treten, damit die Bildung eines Gesamtdeutschen Rates beschlossen wird.

Die gemeinsamen Anstrengungen des deutschen Volkes und der vier Mächte müssen darauf gerichtet sein, die Voraussetzungen für die Entstehung eines wahrhaft friedliebenden und demokratischen Deutschlands zu schaffen, das den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Sicherheitsinteressen der anderen Völker Europas entspricht. In der Wirtschaft und Verwaltung des wiedervereinigten Deutschlands kann kein Platz für Militaristen und Kriegsinteressenten sein. Aus zwei Weltkriegen und ihren Lehren ergibt sich die unabwiesbare Forderung nach Sicherheiten gegen den Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht für die Vorbereitung und Führung von imperialistischen Kriegen.

Diese Sicherheiten fordert nicht nur das deutsche Volk, sie entsprechen auch dem Verlangen aller europäischen Völker nach einem dauerhaften Frieden.

Ein wiedervereinigtes friedliebendes Deutschland muß auch frei sei von der Herrschaft militärischer Junker. Das setzt die Durchführung der Bodenreform voraus, wie es bereits 1947 auf der Moskauer Außenministerkonferenz der vier Mächte festgelegt wurde. Sie würde Hunderttausenden landarmen Bauern, Landarbeitern und Umsiedlern eine gesicherte Existenz geben und eine demokratische Entwicklung des Dorfes ermöglichen. Im künftigen einheitlichen Deutschland muß garantiert sein, daß die demokratischen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse und aller Werktätigen der DDR nicht angetastet werden und sich frei entwickeln können. Neben dem Volkseigentum wird es in dem wiedervereinigten Deutschland auch kapitalistisches Eigentum geben. Der Privatinitiative wird in Industrie, Landwirtschaft und Handel ein weiter Spielraum geboten sein. Das Handwerk wird allseitig gefördert werden. Die Unternehmer und Geschäftsleute werden nicht mehr dem Druck der großen Banken ausgesetzt sein, und sie werden ihre Tätigkeit frei entfalten können. Das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften wird dazu beitragen, den Mißbrauch des Kapitals für volksfeindliche Zwecke zu unterbinden. In einem solchen Deutschland wird das demokratische Grundrecht der Frau, ihre volle Gleichberechtigung, verwirklicht sein. Die Jugend wird die ihr gebührenden Grundrechte erhalten und eine allseitige Förderung erfahren. Das Zusammenwirken aller Kräfte für den friedlichen Aufbau wird dieses Deutschland einer neuen wirtschaftlichen Blüte entgegenführen. Ein wiedervereinigtes Deutschland wird die Pflege seiner nationalen

humanistischen Kultur, die Pflege der Wissenschaft und Kunst zu einer Sache des ganzen Volkes machen. In ihm wird es kein Bildungsmonopol geben. Den begabten Söhnen und Töchtern des Volkes wird der Zugang zur höchsten Bildung offenstehen. Alle künstlerischen Talente werden aufs beste gefördert und die Schätze der Kunst gemeinsamer Besitz des ganzen Volkes sein. In diesem einheitlichen Deutschland wird jedem Bürger volle Glaubens- und Gewissensfreiheit garantiert sein. Jeder Bürger wird seine Weltanschauung ungehindert vertreten können, die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet sein.

Ein wiedervereinigtes friedliebendes Deutschland muß im Besitz der vollen staatlichen Souveränität sein. Es muß frei sein von allen ausländischen militärischen Stützpunkten und allen ausländischen Truppen sowie von allen Bindungen an Militärbündnisse. Die Unantastbarkeit seiner Grenzen wird durch einen Vertrag über kollektive Sicherheit in Europa garantiert, dem Deutschland mit gleichen Rechten und Pflichten angehört.

Dieses einheitliche, demokratische und friedliche Deutschland wird als souveräner Staat über eigene nationale Streitkräfte für die Verteidigung der Heimat verfügen. Das künftige einheitliche Deutschland, das die Regierung der DDR anstrebt, wird eine Republik des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts sein. Es wird einen geachteten Platz im Kreis der friedliebenden Völker Europas und der Welt einnehmen. Geleitet von der hohen Verantwortung vor dem deutschen Volk richtet die Regierung der DDR an die Außenministerkonferenz der vier Mächte in Genf folgende Vorschläge:

1. Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der SU und der Vereinigten Staaten von Amerika sollen konkrete Maßnahmen zur Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit beschließen. Ein solcher Beschluß würde zur weiteren Minderung der internationalen Spannungen beitragen, zur Auflösung der einander gegenüberstehenden Staatengruppierungen und zur Sicherung des Friedens aller europäischen Völker führen sowie die äußeren Hindernisse beseitigen, die gegenwärtig einer Lösung des deutschen Problems im Wege stehen.

2. Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der SU und der Vereinigten Staaten von Amerika sollen alle Maßnahmen unterstützen, die einer Verständigung zwischen der DDR und der Deutschen Bundesrepublik und ihrer Annäherung dienen, denn nur durch eine Zusammenarbeit zwischen ihnen und durch eine gerechte Lösung der gemeinsamen Probleme unter Berücksichtigung der Interessen der DDR und der Deutschen Bundesrepublik können die inneren Voraussetzungen geschaffen werden, um auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands erfolgreich vorwärtzuschreiten.

Die Regierung der DDR wendet sich an das ganze deutsche Volk und schlägt den Parlamenten der DDR und der deutschen Bundesrepublik die Bildung des Gesamtdeutschen Rates vor. Die Tätigkeit des Gesamtdeutschen Rates im Interesse einer Zusammenarbeit und Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten wird zur Sicherung des Friedens in Europa und zur Wiedervereinigung Deutschlands als demokratischer und friedliebender Staat beitragen.

Die Regierung der DDR weiß sich einer Meinung mit der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes, wenn sie sich mit den oben dargelegten Vorschlägen an die Konferenz der Außenminister der UdSSR, der USA, Englands und Frankreichs wendet. Es ist die Hoffnung des deutschen Volkes, daß diese Konferenz zur weiteren

Minderung der Spannungen in Europa führen möge, damit der Friede gesichert wird und die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands näher-rückt.

Quelle: *Neues Deutschland*, Nr. 256 vom 1. November 1955.

Die Errichtung ständiger Organe des Bagdad-Paktes

Schlußkommuniké der Ministerkonferenz in Bagdad am 21. und 22. November 1955

1. Die erste Tagung der Mitgliedstaaten des Bagdad-Paktes — Persien, der Irak, Pakistan, die Türkei und Großbritannien — fand unter dem Vorsitz des irakischen Ministerpräsidenten, Nouri Said, am 21. und 22. November in Bagdad statt.

Persien war durch seinen Ministerpräsidenten, Hussein Ala, vertreten, Pakistan durch seinen Premierminister, Choudhury Mohammed Ali, die Türkei durch ihren Ministerpräsidenten, Adnan Menderes, und Großbritannien durch seinen Außenminister, Harold Macmillan.

2. Die Regierung der Vereinigten Staaten hatte die Einladung der Mitgliedstaaten des Bagdad-Paktes, durch die Entscheidung von Beobachtern an den Diskussionen teilzunehmen, angenommen und war im Rat durch den amerikanischen Botschafter in Bagdad sowie im Militärausschuß durch einen Vertreter der amerikanischen Streitkräfte vertreten.

Der Rat hat mit Befriedigung eine Erklärung der Regierung der Vereinigten Staaten zur Kenntnis genommen, in der sie ihre Absicht ausdrückt, eine ständige politische und militärische Verbindung zum Rat herzustellen und einen Beobachter zu der vorbereitenden Sitzung des Wirtschaftsausschusses zu entsenden.

3. Die Regierung des Irak hat betont, daß gemäß Präambel und § 4 des Bagdad-Paktes die dem Irak aus dem Pakt und aus seiner Mitgliedschaft im Rat entstehenden Verpflichtungen im Einklang stehen mit den Verbindlichkeiten, die er im Rahmen des Vertrages zur gemeinsamen Verteidigung und wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der die Mitgliedstaaten der Arabischen Liga umfaßt, übernommen hat. Die anderen Mitgliedstaaten haben die obige Erklärung zur Kenntnis genommen.

4. Der Rat hat beschlossen, daß der Bagdad-Pakt, das Sonderabkommen, das in Übereinstimmung damit zwischen dem Irak und Großbritannien abgeschlossen wurde, und die Beitrittsurkunden der später beigetretenen Staaten über die Regierung des Irak bei den Vereinten Nationen registriert werden sollen.

5. Die fünf im Rat vertretenen Regierungen haben erneut ihre Absicht bestätigt, in Übereinstimmung mit dem Inhalt des Paktes und besonders des Artikels 51 der Charta der Vereinten Nationen in enger Zusammenarbeit und im gleichen Geiste für Frieden und Sicherheit im Mittleren Osten zu wirken, ihre Länder vor Angriffen oder Unterhöhlungsversuchen zu schützen und Glück und Wohlstand der in diesem Gebiet lebenden Völker zu fördern.

6. Die fünf Regierungen haben die kritische Weltlage, besonders im Lichte der Genfer Konferenz, eingehend erörtert. Sie haben auf Grund dieser Erörterungen beschlossen, einen ständigen Kontakt aufrechtzuerhalten, ja sogar eine engere Zusammenarbeit herbeizuführen für den Fall, daß ihre gemeinsamen Interessen von irgendeiner Seite bedroht werden sollten.

7. Die fünf Regierungen haben nach Maßgabe von Artikel 6 des Paktes einen Ständigen Rat gebildet. Dieser Rat wird permanent tagen. Die Ministersitzungen werden mindestens einmal im Jahre stattfinden. Der Irak als Gastgeberland stellt zuerst den Ratsvorsitzenden, dessen Amtsperiode bis zum Ende des Jahres 1956 dauert. Anschließend wird der Vorsitz in alphabetischer Reihenfolge von den anderen Staaten für die Dauer eines Jahres übernommen. Falls jedoch außerordentliche Sitzungen an einem anderen Ort als der Hauptstadt des Landes, dem der gerade amtierende Vorsitzende angehört, stattfinden müssen, wird das Gastgeberland eingeladen werden, für die Dauer einer solchen Sitzung einen Vorsitzenden zu stellen.

8. Der ständige Sitz der Organisation und ihrer Organe ist Bagdad.

9. Jede Regierung ernennt ihren Ständigen Vertreter im Rat; dieser Vertreter erhält den Rang eines Botschafters.

10. Der Rat wird durch die Ständigen Vertreter in Bagdad jederzeit zusammentreten, um jegliche Fragen politischer, wirtschaftlicher und militärischer Art, die für die fünf Regierungen von gemeinsamem Interesse sind, zu erörtern.

11. Der Rat ist übereingekommen, in Bagdad ein Ständiges Sekretariat des Bagdad-Paktes einzurichten.

12. Der Rat hat einen Ständigen Militärausschuß gebildet, der dem Rat untergeordnet und ihm verantwortlich ist. Dieser Ausschuß hat Anweisungen, die ihm erteilt werden können, auszuführen. Die Vertreter der fünf Regierungen im Militärausschuß sind die jeweiligen Chefs des Generalstabs oder deren Vertreter.

13. Der Militärausschuß hat im Laufe seiner ersten Sitzungsperiode die Grundlagen für eine militärische Organisation gelegt, die die Sicherheit dieses Gebietes gewährleisten soll.

In diesem Zusammenhang hat der Rat davon Kenntnis genommen, daß die Regierungen des Irak und Großbritanniens im Einklang mit dem Pakt am 4. April 1955 ein Sonderabkommen abgeschlossen haben. Im Rahmen dieses Abkommens übernahm der Irak die volle Verant-

wortung für die Verteidigung seines Landes. Er hat den Oberbefehl übernommen und ist verantwortlich für den Schutz aller auf seinem Hoheitsgebiet bestehenden Verteidigungseinrichtungen. Der Abzug der britischen Streitkräfte von den bisher von ihnen benutzten Stützpunkten in Habbaniyah und Shaiba wird in Übereinstimmung mit dem Plan und den Bestimmungen des zwischen dem Irak und Großbritannien abgeschlossenen Sonderabkommens fortgesetzt. Der Rat hat ferner davon Kenntnis genommen, daß Großbritannien dem Irak hilft, seine Streitkräfte aufzubauen und sie auf den zur Verteidigung des Landes erforderlichen Stand zu bringen.

14. Der Rat hat mit Dankbarkeit die großzügige und wichtige Hilfe vermerkt, die die Vereinigten Staaten allen Mitgliedstaaten in Form von Waffenlieferungen und Lieferung anderer militärischer Ausrüstungsgegenstände zuteil werden lassen, um diesen Staaten eine Verstärkung ihrer Verteidigung gegen etwaige Angriffe zu ermöglichen. Er nimmt ferner davon Kenntnis, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Mitgliedstaaten in ihren Bemühungen um eine friedliche Zusammenarbeit ermutigt und unterstützt.

15. Zur Entwicklung und Stärkung der wirtschaftlichen und finanziellen Hilfsquellen dieses Gebietes wurde ein Wirtschaftsausschuß gebildet. Es wird die besondere Aufgabe dieses Ausschusses sein, Wege und Mittel für eine gemeinsame Auswertung der Erfahrungen, welche die einzelnen Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Entwicklung gesammelt haben, zu untersuchen. Er soll ferner die Frage prüfen, wie weit regionale Lösungen für gewisse akute Probleme von gemeinsamem Interesse sind, insbesondere auf regionaler Basis geführte Verhandlungen mit der Weltbank, der Weltgesundheitsorganisation, dem UNICEF und anderen Sonderorganisationen.

16. In diesem Zusammenhang hat der Rat mit Befriedigung die praktischen Fortschritte festgestellt, die auf diesem Gebiet bereits erzielt wurden. Er hat insbesondere davon Kenntnis genommen, daß Großbritannien dem Irak Gold für den Aufbau einer Reserve von fünf Millionen Pfund innerhalb der nächsten zwei Jahre zur Verfügung stellen will und auch in anderer Form seine finanzielle Unterstützung angeboten hat.

17. Der Rat hat vermerkt, daß laut der von dem Vertreter Großbritanniens abgegebenen Erklärung die britische Regierung bereit ist, ihre auf dem Gebiet der Atomenergie gewonnenen Erfahrungen zu verwenden, um andere Länder mittels ihrer eigenen Atomenergieprojekte bei der Ausnutzung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken zu unterstützen. Er hat insbesondere zur Kenntnis genommen, daß die Regierung Großbritanniens willens ist, unter Berücksichtigung lokaler und regionaler Probleme den Mitgliedstaaten des Bagdad-Paktes bei der Anwendung der Atomtechnik zu helfen. Der Rat hat dieses Angebot mit Befriedigung entgegengenommen und den Wirtschaftsausschuß beauftragt, die Möglichkeiten für die praktische Durchführung dieses Angebotes zu prüfen.

18. Die fünf Regierungen gaben ihrer Dankbarkeit Ausdruck für die bedeutende wirtschaftliche Hilfe, die ihnen die amerikanische Regierung ohne Bedingungen zuteil werden ließ.

19. Der Rat hat beschlossen, in der ersten Aprilhälfte des Jahres 1956 zu einer Sondersitzung in Teheran erneut zusammenzutreten. Er hat den Militärausschuß und den Wirtschaftsausschuß beauftragt, bei dieser Sitzung einen Bericht über die bis dahin erzielten Fortschritte vorzulegen.

Quelle: *La Documentation Française*, Articles et Documents (Textes du jour), Nr. 0289 vom 1. Dezember 1955. Übersetzung des Europa-Archivs.

Informationen und Berichte

Die Stellungnahme der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages zur Genfer Außenministerkonferenz

Am 1. Dezember 1955 legte die Bundesregierung dem Bundestag ihre Stellungnahme zum Verlauf und Ergebnis der Konferenz der Außenminister der vier Großmächte in Genf vor. Daran schloß sich am folgenden Tage die Aussprache an, in deren Verlauf je ein Sprecher jeder Fraktion zu Worte kam und die mit der Annahme einer Entschließung abgeschlossen wurde.

In der Regierungserklärung, die erstmalig vom Bundesminister des Auswärtigen, Heinrich von Brentano, abgegeben wurde, verwies die Bundesregierung darauf, daß ihre Auffassungen und Vorstellungen zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur europäischen Sicherheit in den Planungen der Westmächte bei der Vorbereitung der Konferenz berücksichtigt wurden. Die Bundesregierung habe im Rahmen dieser gemeinsamen Arbeit in keinem Augenblick auf ihr Recht der Initiative verzichtet; eine isolierte Initiative dagegen habe sie als falsch und gefährlich angesehen. Der Bundesaußenminister dankte den Außenministern der drei Westmächte und den von ihnen vertretenen Nationen für die Ueberzeugungskraft, mit der sie das deutsche Anliegen auf der Konferenz vertreten haben.

Bei der Darlegung der Vorschläge der Westmächte für die Wiedervereinigung Deutschlands und die Errichtung eines europäischen Sicherheitssystems hob die Bundesregierung die Tatsache hervor, daß die Westmächte die Entscheidungsfreiheit einer künftigen gesamtdeutschen Regierung anerkannt und gleichzeitig der Sowjetunion weitgehende Sicherheitsgarantien angeboten haben. Der Außenminister führte dazu aus:

„Die Westmächte... boten der Sowjetunion weitgehende Garantien für ihre Sicherheit während und nach der Wiedervereinigung Deutschlands. Sie ließen darüber hinaus erkennen, daß sie im Zusammenhang mit einigen dieser Garantien wie Begrenzung, Kontrolle und Inspektion der Streitkräfte und Rüstungen in einer besonderen Zone in der Mitte Europas zu Verhandlungen über besondere Maßnahmen bereit seien. Es verdient unterstrichen zu werden, daß mit dieser Formulierung eine Verhandlungsbereitschaft der Westmächte über die wichtige Frage erklärt wurde, welche Vorkehrungen zu treffen seien, damit die von der Roten Armee geräumten Gebiete nicht zu einer militärischen Basis der NATO gemacht würden.“

Es ist sehr bemerkenswert, daß die Sowjets für diese Erklärung keinerlei Interesse bekundet haben. Hier wie in der ganzen sowjetischen Verhandlungsführung in Genf zeigte sich ganz unmißverständlich, welcher Art das sowjetische Interesse an dem Problem der europäischen Sicherheit ist. Es ist nicht die angeblich durch die Wiedervereinigung Deutschlands bewirkte Gefährdung ihrer Sicherheit, die die Sowjetunion bewegt; woran sie vielmehr ausschließlich interessiert zu sein scheint, das sind Sicherheitspläne, die dazu geeignet sind, die bestehenden Sicherheitsvorkehrungen des Westens aufzulösen oder unwirksam zu machen.“

Bevor er zu einer Analyse der sowjetischen Sicherheitsvorschläge überging, stellte der Außenminister fest, daß die Westmächte Lösungsvorschlägen zur Deutschlandfrage nicht zustimmen konnten, die

1. die eigene Sicherheit des Westens und Deutschlands gefährdet hätten,
2. zur Unfreiheit Gesamtdeutschlands führen würden und
3. die Entscheidungsfreiheit einer gesamtdeutschen Regierung aufgehoben hätten.

Die sowjetischen Sicherheitsvorschläge wurden in der Regierungserklärung dahingehend charakterisiert, daß sie darauf abzielten, Deutschland aus seiner Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der freien Völker herauszubrechen und mit dem vorgeschlagenen „Gesamtdeutschen Rat“ die Teilung Deutschlands zu sanktionieren. Es seien die innenpolitischen Forderungen, die die Sowjetunion veranlaßten, freien gesamtdeutschen Wahlen ihre Zustimmung zu versagen. Die Sowjetunion habe vor der Weltöffentlichkeit die Verantwortung für die Fortdauer der internationalen Spannung und für das Scheitern einer Lösung in der Frage der deutschen Wiedervereinigung und der europäischen Sicherheit auf sich geladen.

Im zweiten Teil der Regierungserklärung ging der Außenminister von den gelegentlich erhobenen Vorwürfen aus, daß in Genf nicht der Versuch gemacht worden sei, die Sowjetunion zu einer klaren Auskunft über ihre Bedingungen zur Wiedervereinigung Deutschlands zu veranlassen. Er betonte demgegenüber, daß Molotow diese Bedingungen sehr klar genannt habe:

1. *Die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems auf der Basis des status quo.*

Ein solches System, das auf der Teilung Deutschlands aufbaut, sehe die Bundesregierung als in der Anlage verfehlt und unwirksam an.

2. *Allmähliche Auflösung der militärischen Gruppierungen in Europa.*

Angesichts der Tatsache, daß davon nicht die zweiseitigen Bündnisse und Abhängigkeiten zwischen der Sowjetunion und ihren Satelliten betroffen würden, erblicke die Bundesregierung darin eine schwere Gefährdung der Sicherheit Europas und damit auch Deutschlands.

3. *Die Verpflichtung Gesamtdeutschlands, keinen Koalitionen und Bündnissen anzugehören.*

Einer solchen Beschränkung der außenpolitischen Entscheidungsfreiheit könne die Bundesregierung nicht zustimmen.

4. *Die Räumung Deutschlands von alliierten Truppen.*

Diese würde nach Ansicht der Bundesregierung die Sicherheit der Bundesrepublik und Berlins aufs stärkste gefährden.

5. *Die Entmilitarisierung Deutschlands.*

Die Bundesregierung sei der Auffassung, daß kein

Staat auf das Recht und die Pflicht zur Sicherung seiner Freiheit verzichten kann.

6. *Die Normalisierung der Beziehungen der vier Mächte zu beiden Teilen Deutschlands.*

Damit werde die Anerkennung des Regimes der DDR verlangt, das auf Willkür und Terror gegründet ist.

7. *Die Errichtung eines Gesamtdeutschen Rates.*

Das bedeute die gleichberechtigte Teilnahme des Regimes der DDR an einer gesamtdeutschen Regierung.

8. *Die Erhaltung der „Errungenschaften“ der DDR in einem wiedervereinigten Deutschland.*

Dazu sei die Bundesregierung der Auffassung, daß nach der Wiedervereinigung dem deutschen Volk Gelegenheit gegeben werden muß, auf dem Wege freier Wahlen über die Beibehaltung oder Verwerfung dieser sogenannten Errungenschaften zu entscheiden.

9. *Die Ausschaltung der „Junker, Monopolisten und Militaristen“ in der Bundesrepublik.*

Das bedeute die Kaltstellung aller Personen, die den Kommunisten mißliebig sind, unter Mißachtung des in freien Wahlen zum Ausdruck gekommenen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes.

10. *Die „Annäherung“ zwischen der Bundesrepublik und der DDR.*

Damit sei beabsichtigt, die innere Gestaltung eines wiedervereinigten Deutschland bereits vorwegzunehmen, indem in der Bundesrepublik „volksdemokratische“ Verhältnisse geschaffen würden.

Das Fazit dieser sowjetischen Bedingungen wurde in der Regierungserklärung folgendermaßen gezogen:

„Man übertreibt wohl nicht, wenn man sagt, daß die von der Sowjetunion bis zur Stunde geforderten Voraussetzungen zur Wiedervereinigung sich nicht etwa auf die Neutralisierung beschränken, sondern darüber hinaus innenpolitische Forderungen enthalten, die darauf hinauslaufen würden, Gesamtdeutschland zu einer Volksdemokratie zu machen. Die Sowjetunion ist gegenwärtig offensichtlich noch nicht entschlossen, die Teilung Deutschlands aufzuheben, da sie keine erfolgversprechende Möglichkeit zur Erreichung dieses Zieles sieht.“

Zur künftigen Außenpolitik der Bundesregierung übergehend, betonte Außenminister von Brentano mit Entschiedenheit, daß die Politik engster und vertrauensvollster Zusammenarbeit mit den Westmächten — „eine von Vorbehalten und Zweideutigkeiten freie Politik“ — konsequent fortgesetzt werde:

„Die Bundesregierung... weiß sehr wohl, daß das Schicksal des ganzen deutschen Volkes gefährdet wäre, wenn sie das Vertrauen und die Freundschaft der Bundesgenossen eintauschen wollte gegen das Wohlwollen der Sowjetunion, die zumindest für den Augenblick hat erkennen lassen, daß sie dem deutschen Volk eine friedliche und freiheitliche Zukunft verweigern will. Auch durch Drohungen und Lockungen wird sich das deutsche Volk... nicht dazu verleiten lassen, diese gerade Linie zu verlassen. Deutschland muß sich dabei auch der großen Verantwortung bewußt sein, die ihm für die zukünftige Gestaltung der Ordnung in

Europa und in der Welt auferlegt ist. Es gibt keinen Handel mit dem deutschen Volk über seine Freiheit.“

Der Außenminister nannte noch zwei weitere Punkte, über die es mit dem deutschen Volk keine Diskussion geben könne: es werde keinen militärischen und politischen Status akzeptieren, der ihm das Maß von Sicherheit versagen würde, ohne das eine freiheitliche Entwicklung undenkbar ist, und es werde sich niemals aus der Gemeinschaft der freien Welt verdrängen lassen.

Zum Schluß ging die Regierungserklärung auf die Frage von Gesprächen mit der Sowjetunion und der DDR ein. Dr. von Brentano gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion sich der Wiedervereinigung als förderlich erweisen werde; dies bedeute jedoch nicht, daß mehrgleisige Verhandlungen geführt werden sollten: man werde das Vertrauen und die Freundschaft der Westmächte nicht aufs Spiel setzen. In deutlicher Form distanzierte sich die Bundesregierung von allen in dieser Hinsicht angestellten Spekulationen:

„Ueberhaupt kann von uns die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion zunächst nur als ein technischer Vorgang gewertet werden. Es liegt in der Hand der Sowjetunion, die Normalisierung der Beziehungen zwischen dem deutschen und dem russischen Volk zu verwirklichen. Solange die Sowjetunion von der Teilung Deutschlands und der Existenz zweier deutscher Staaten ausgeht, bestehen keine normalen Beziehungen zwischen den beiden Staaten.“

Hinsichtlich der DDR sprach sich der Außenminister für die Aufrechterhaltung der technischen Kontakte aus, die im Interesse der Bevölkerung der sowjetischen Zone notwendig sind. Wer darüber hinaus neue Beziehungen zu errichten wünsche, der solle „in einer Weise, die jeden Zweifel ausschließt, sagen, was er damit meint“. Es gebe nur eine echte und überzeugende Form des gesamtdeutschen Gesprächs, und dies sei die freie Wahl.

In der Aussprache brachten Sprecher aller Parteien einmütig ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, eine Wiedervereinigung in Unfreiheit abzulehnen. Ebenso unbestritten waren die Zugehörigkeit Deutschlands zur westlichen Welt und die Loyalität der Bundesrepublik gegenüber ihren Bündnispartnern.

Der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, begann seine Rede mit einer Kritik an den Folgerungen, welche die Bundesregierung aus den Ergebnissen der Genfer Konferenz gezogen habe. Für das deutsche Volk, so führte er aus, genüge die Feststellung nicht, daß der Versuch der Wiederherstellung der deutschen Einheit am Widerstand der Sowjetunion gescheitert sei und daß nun nichts anderes zu tun bleibe, als die bisher betriebene Außenpolitik mit noch größerer Entschiedenheit fortzusetzen. Er sagte:

„Ein derartiges Sichabfinden schließt die Gefahr in sich, daß die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands für absehbare Zeit von der Tagesordnung internationaler Konferenzen verschwindet und daß sich dann aus dem normalen Ablauf der Dinge ein Zustand entwickelt, in dem die Teilung Deutschlands von vielen Menschen und vielen Völkern als eine zwar bedauerliche, aber unabänderliche Tatsache empfunden wird.“

Ollenhauer vertrat die Auffassung, daß die Politik der Aufrüstung der Bundesrepublik und ihrer Einbeziehung

in die NATO der Sowjetunion mindestens einen willkommenen Vorwand geliefert habe, ihre Zustimmung zur Wiedervereinigung zu verweigern. Im Gegensatz zur Auffassung der Bundesregierung war er auch der Ansicht, daß in Genf die entscheidende Frage an die Sowjetunion nicht gestellt worden sei. Diese Frage habe lauten müssen, was die konkreten Vorstellungen der Sowjetunion für den militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschland im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems wären; und eine solche Fragestellung habe auch die prinzipielle Bereitschaft der Westmächte und der Bundesrepublik einschließen müssen, die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO und die Pariser Verträge in die Verhandlungen einzubeziehen:

„Jeder Sicherheitsvorschlag, der diese Konsequenzen zu vermeiden sucht, ist angesichts der gegebenen Lage und der Haltung der Sowjetunion aussichtslos.“

Eine gemeinsame Lösung der Fragen der Wiedervereinigung und der europäischen Sicherheit, sagte Ollenhauer, werde es nicht geben, wenn nicht alle Beteiligten bereit seien, die beiden Teile Deutschlands aus den jeweiligen Militärallianzen zu entlassen und das wiedervereinigte Deutschland in ein umfassenderes kollektives Sicherheitssystem einzuordnen.

Ollenhauer räumte ein, daß der negative Ausgang der Konferenz auch maßgebend dadurch bestimmt wurde, daß die Sowjetunion weitgehende innenpolitische Forderungen für die Wiedervereinigung stellte. Er wies diese Forderungen namens der SPD eindeutig zurück:

„Ich erkläre, daß die Sozialdemokratische Partei niemals einer Regelung der Wiederherstellung der deutschen Einheit zustimmen wird, die die völlige oder auch nur teilweise Uebernahme oder Eingliederung des heute in der Sowjetzone herrschenden kommunistischen Diktatorsystems vorsieht...“

Jede Beschränkung der Entscheidungsfreiheit des deutschen Volkes über seine innerstaatliche und gesellschaftliche Ordnung von außen her ist unannehmbar; und jeder Versuch der russischen Politik und der kommunistischen Propaganda, an der hier skizzierten Haltung der Sozialdemokratie etwas zu ändern oder sie abzuschwächen, ist zum Scheitern verurteilt. Es wäre gut, wenn die Sowjetregierung diese Feststellungen als einen wesentlichen Beitrag zur Beurteilung der tatsächlichen innerdeutschen Situation zur Kenntnis nehmen wollte.“

(Nach Beendigung der Rede Ollenhauers dankte Bundeskanzler Adenauer dem Oppositionsführer für diese „klare und unzweideutige Erklärung“.)

Ollenhauer bemängelte an der Regierungserklärung, daß sie nur „sehr knappe und allgemeine Bemerkungen“ über die weiteren Absichten der Regierung in bezug auf eine aktive Wiedervereinigungspolitik enthalten habe. Die SPD erwarte von der Regierung, daß sie unverzüglich alle Möglichkeiten benutze, um eine neue Viermächtekonferenz mit größerer Aussicht auf Erfolg vorzubereiten; diese Verhandlungen müßten mit den Regierungen aller vier Mächte geführt werden. Ollenhauer stellte jedoch klar, daß auch nach Ansicht der SPD zweiseitige Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion nicht möglich sind: direkte Unterhaltungen mit der Sowjetunion dürften das enge und freundschaftliche Verhältnis zu den Westmächten nicht schmälern. In diesem Zusammenhang bekannte sich Ollenhauer zur loyalen

Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen der Bundesrepublik. Er warnte jedoch davor, sich nun lediglich auf eine beschleunigte Durchführung der Verträge zu konzentrieren: dies sei nicht die Antwort auf die durch Genf gegebene Situation. Ollenhauer forderte abschließend „eine aktive deutsche Politik für die Wiederherstellung der deutschen Einheit“.

Nach einer kurzen Intervention des Bundeskanzlers sprach dann für die Fraktion der CDU/CSU Kurt-Georg Kiesinger, der es begrüßte, daß die Parteien des Bundestages sich über manche wichtigen Probleme der deutschen Politik in Übereinstimmung befänden. Mit den anderen Punkten in der Rede Ollenhauers, in denen die Meinungen noch auseinandergingen, setzte sich Kiesinger in längeren Ausführungen auseinander. Er betonte insbesondere, daß die Frage nach dem militärischen Status des wiedervereinigten Deutschland nicht das wirkliche Problem sei, denn die Sowjetunion habe sehr klare politische Bedingungen gestellt, die auf die Einbeziehung ganz Deutschlands in den sowjetischen Machtbereich hinausliefen.

Auch der Sprecher der Freien Demokraten, Max Becker, hob hervor, daß in einer ganzen Reihe von Fragen Einigkeit zwischen den Parteien herrsche. Als Punkte, in denen Einigkeit bestehe, führte er u. a. an, daß Deutschland nicht als schwacher Staat allein zwischen Ost und West stehen könne, daß es auf ein Zusammenstehen mit dem Westen angewiesen sei, andererseits aber auch seiner geographischen Lage in der Mitte Europas Rechnung tragen müsse, und ferner, daß der Status eines künftigen Gesamtdeutschland erst im Friedensvertrag endgültig ausgehandelt werden könne. Becker stellte auch mit Befriedigung fest, daß die loyale Erfüllung der Pariser Verträge von allen Parteien zugesichert werde. Zu dieser Frage, die in den Tagen vor der Debatte Gegenstand einer Auseinandersetzung zwischen dem Bundeskanzler und der FDP-Fraktion gewesen war, gab Becker die Erklärung ab, daß seine Partei zu den Verträgen stehe und ernstlich bemüht sei, sie auch praktisch durchzuführen. Die Beteiligung der FDP an der Verwirklichung der Verträge, sagte er, sei Beweis genug dafür. Becker betonte, daß eine eventuelle Abänderung der Verträge nur im Einvernehmen mit den Vertragspartnern geschehen dürfe; auch darüber bestehe zwischen allen Parteien Übereinstimmung.

Becker warnte — wie er betonte, in „ausdrücklichem Auftrag“ seiner Parteifreunde — vor den Auswirkungen der sowjetischen Entspannungspolitik. Gerade das atomare Gleichgewicht, das die Möglichkeit eines dritten Weltkriegs in weitere Ferne gerückt habe, erhöhe möglicherweise den Anreiz für kriegerische Unternehmungen lokaler Art, da der Angreifer hoffen könne, daß der Angegriffene vor der Auslösung eines Atomkrieges zurückschrecke. Darum sei eine Politik der Sicherheit auch für Deutschland unentbehrlich.

Für den GB/BHE erklärte der Abgeordnete Alfred Gille, daß seine Partei bereit sei, die Mitverantwortung für die deutsche Außenpolitik zu tragen. Der Sprecher der DP, Prof. Ernst-Christoph Brühler, unterstützte die Außenpolitik der Bundesregierung und ihre Haltung zur Genfer Konferenz und appellierte an alle Parteien, in der Frage der Wiedervereinigung zu einer gemeinsamen Politik zu finden.

Nach der Aussprache wurde eine EntschlieÙung, die von den drei Regierungsparteien eingebracht worden war, mit den Stimmen dieser Parteien gebilligt. Diese EntschlieÙung hat folgenden Wortlaut:

„Der Deutsche Bundestag billigt die von dem Bundesminister des Auswärtigen in der 114. Sitzung des Bundestages namens der Bundesregierung abgegebene Erklärung. Er erwartet, daß die Bundesregierung auch in Zukunft alle Anstrengungen unternimmt, um die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit im Zusammenwirken mit den Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika herbeizuführen.

Er appelliert an die Regierung der UdSSR, die auch von ihr anerkannte Verpflichtung zur Wiedervereinigung Deutschlands im Wege freier Wahlen im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit zu erfüllen. Damit würde die Grundlage für dauernde friedliche Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der Sowjetunion gelegt werden.“

Der Achte Jahreskongreß der Europa-Union

Ihren Achten ordentlichen Jahreskongreß hielt die deutsche Europa-Union vom 25. bis zum 27. November 1955 in Berlin ab. Die Tagung, die im Zeichen der anläßlich der Konferenz der sechs Außenminister in Messina geforderten „*relance européenne*“ stand, wurde in Anwesenheit des belgischen Außenministers, Paul Henri Spaak, und des Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, Willy Brandt, eröffnet. Spaak wie auch Brandt — und anläßlich einer öffentlichen Kundgebung auch der Präsident der Hohen Behörde, René Mayer, und Bundesaußenminister Heinrich von Brentano — sprachen sich übereinstimmend für eine Intensivierung der europäischen Einigungsbestrebungen aus, wobei insbesondere Spaak sich für die Schaffung eines gemeinsamen Marktes und einer europäischen Organisation für die Verwendung der Atomenergie einsetzte. Die deutsche Frage, so führte Mayer aus, bleibe untrennbar mit der europäischen verknüpft, denn die einzige Möglichkeit für eine Wiedervereinigung Deutschlands sei die Verwirklichung einer europäischen Politik. Dr. von Brentano rief dazu auf, für die europäische Zusammenarbeit alle sich bietenden Formen und Bereiche und jeden dazu bereiten Partner zu akzeptieren.

Diese Worte und der Aufruf des Präsidenten des Exekutivbureaus der Europäischen Bewegung, Jean Drapier, zur „Mobilisierung der öffentlichen Meinung in Europa“ wurden durch die beiden vom Kongreß einstimmig angenommenen Resolutionen bestärkt. In der ersten Resolution, welche sich mit den politischen Aspekten der europäischen Einigung befaßt, wird zunächst festgehalten, daß die Europa-Union unverändert an dem Ziel der Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa festhalte. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands als „übertragende europäische Aufgabe“ beginne die Einigung Europas, und damit bestimme sich auch der politische Standort Deutschlands. In der Folge wird auf einen vom Präsidenten der Europa-Union, Ernst Friedländer, gemachten Vorschlag zur Methode der Wiedervereinigung hingewiesen, nach welchem die auf Grund freier Wahlen konstituierte Nationalversammlung aus ihrer Mitte eine gesamtdeutsche Vertretung zu berufen hätte.

Die Europa-Union ersucht die Westmächte und die Bundesregierung, diesen Vorschlag als ihr Mindestprogramm zu erklären und ihn der Sowjetunion zu unterbreiten.

Die Errichtung eines gemeinsamen Marktes und die gemeinschaftliche Ausnutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke werden in der zweiten EntschlieÙung gefordert. Der Kongreß gab hierbei seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß diese Ziele am wirksamsten durch supranationale Einrichtungen verwirklicht werden könnten. Aus diesem Grunde müsse ein europäisches Wirtschaftsministerium unter parlamentarischer Kontrolle wie auch ein zu diesem Zwecke durch unmittelbare europäische Wahlen konstituiertes Parlament geschaffen werden. Schließlich verlangt die Europa-Union die Verwirklichung des Straßburg-Planes zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der unterentwickelten Gebiete. Alle diese Projekte müßten angesichts der Bedrohung der Freiheit Europas und des Scheiterns der Genfer Konferenz mit äußerster Beschleunigung vorangetrieben werden.

Der Annahme dieser Resolutionen war eine Diskussion vorangegangen, deren Grundlage die beiden Referate des wiedergewählten Präsidenten, Ernst Friedländer, und des Vizepräsidenten, Dr. Wilhelm Beutler, bildeten. Die Intensivierung der Arbeit der Europa-Union und die verstärkte Verbreitung des europäischen Gedankens standen dabei im Vordergrund. In diesem Zusammenhang betonte Dr. Beutler, daß mit der Abkehr vom Deklamatorischen, auf die wiederholt hingewiesen wurde, die Hinwendung zu Tatsachen und zur konkreten Arbeit erfolgen müsse. Die Nationen würden Opfer zu bringen haben, erklärte er, und das gelte sowohl für Frankreich als auch für Deutschland: „Die Vereinigten Staaten von Europa gibt es nicht ohne französische Zustimmung, und die französische Zustimmung gibt es nicht ohne die Verständigung mit Deutschland.“ — Außer dem bereits genannten wurden als weitere Vizepräsidenten der Europa-Union Frau Dr. Friederike Mulert, Otto Bach, Dr. Paul Leverkuehn, Dr. Josef Müller, Dr. F. C. Frh. von Oppenheim und Dr. Dieter Roser bestätigt.

Die beiden Resolutionen haben folgenden Wortlaut:

I

„Der VIII. ordentliche Kongreß der Europa-Union Deutschland erklärt und fordert:

Die Wiedervereinigung Deutschlands ist mehr als ein nationales Anliegen des deutschen Volkes. Sie ist und bleibt eine überragende europäische Aufgabe und Verpflichtung. Denn mit Deutschland ist Europa gespalten. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands beginnt die Wiedervereinigung Europas. Es ist keine Einheit Deutschlands denkbar, mit der die Sicherheit Westeuropas und die Freiheit Osteuropas gefährdet wäre. Jede Koexistenz und jede sogenannte Entspannung, mit der die Unfreiheit irgendeines europäischen Volkes oder Volksteiles verewigt würde, lehnen wir ab. Es gibt nur einen politischen Standort Deutschlands: in Europa. Es gibt nur eine politische Verbundenheit Deutschlands mit Europa. Unser Ziel ist: das ganze und freie Deutschland im ganzen und freien Europa. Die Vereinigten Staaten von Europa sind nur so und nicht anders zu verstehen.

In diesem und nur in diesem Zusammenhang gilt es, der Wiedervereinigung Deutschlands näher zu kommen. Sie kann nur mit garantiert freien Wahlen, mit kontrollierten Wahlen zu einer gesamtdeutschen Nationalversammlung beginnen.

Diese Nationalversammlung müßte an die Verfassungsarbeit gehen. Sie hätte aber zugleich, unmittelbar nach ihrem Zusammentreten, aus ihrer Mitte eine gesamtdeutsche Vertretung zu berufen. Aufgabe dieser gesamtdeutschen Vertretung wäre: Verhandlung mit den vier Mächten über einen Friedensvertrag, in dem auch der internationale Status Deutschlands festzulegen wäre.

Während der Verhandlung bleiben die Bundesrepublik und die sogenannte DDR bestehen. Kommt der Friedensvertrag zustande, wozu selbstverständlich auch die Unterschrift der Sowjetunion erforderlich ist, so findet die tatsächliche Wiedervereinigung Deutschlands statt. Scheitern dagegen die Verhandlungen, so ist zunächst die Wiedervereinigung gescheitert.

Dies ist die geringstmögliche Forderung an die Sowjetunion. Sie bedeutet nicht mehr als die erste Stufe der Wiedervereinigung. Sie verlangt nicht, daß schon mit freien Wahlen der sowjetische Zugriff auf die Zone preisgegeben wird. Hier wird nichts weiter gefordert als die demokratische Schaffung einer gesamtdeutschen Instanz, die als fünfter Verhandlungspartner mit den vier Mächten zu sprechen hätte.

Nimmt die Sowjetunion diesen Vorschlag an, so wäre dies ein bedeutender Fortschritt. Lehnt sie ihn ab, so müßte dies heißen, daß sie, ganz unabhängig von den Pariser Verträgen, der Demokratie die erste Chance verweigert. Auch das wäre eine Klärung. Dann wäre die Weiterführung der europäischen Einigungspolitik noch eindeutiger das einzige Mittel, um der deutschen Einheit in Freiheit und Frieden näher zu kommen.

Die Europa-Union fordert die Westmächte und die Bundesregierung auf, auch nach dem Scheitern der beiden Genfer Konferenzen die europäische Sache der deutschen Wiedervereinigung zu vertreten. Sie verlangt, daß der hier gemachte Vorschlag zum Mindestprogramm der deutschen Wiedervereinigung erklärt und der Sowjetunion unterbreitet wird."

II

„Unverändert hält die Europa-Union an dem Ziel der Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa fest. Sie bejaht alle friedlichen Wege, die zu einer Einigung Europas führen. Sie unterstützt daher die in Messina und Brüssel bekundete Entschlossenheit der Regierungen aller sechs europäischen Mitgliedstaaten der Montanunion, die Bemühungen um die europäische Integration fortzusetzen.

Diese Arbeiten führten zu konkreten Vorschlägen über die Angleichung des wirtschaftlichen und sozialen Gefüges der beteiligten Nationen, über die Errichtung eines gemeinsamen Marktes und über die gemeinsame Ausnutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke. Die Europa-Union ist der Meinung, daß diese Ziele am wirksamsten durch supranationale Einrichtungen verwirklicht werden können. Sie fordert daher ein europäisches Wirtschaftsministerium unter parlamentarischer Kontrolle, das allein in der Lage ist, eine für alle Staaten verbindliche und umfassende Wirtschafts-, Sozial-, Handels-, Finanz- und Währungspolitik zu gewährleisten. Die Europa-Union fordert ferner unmittelbare europäische Wahlen für ein Parlament, das als erste Kompetenz die Kontrolle der europäischen Wirtschaftspolitik erhält. Dieses Parlament soll dazu berufen sein, je nach dem Stand der Integration Europas zunehmend wirtschaftliche und politische Kompetenzen zu übernehmen.

Im Interesse der Bildung eines gemeinsamen Marktes, der auf die Dauer allein den wachsenden Wohlstand aller europäischen Völker garantiert, müssen anfänglich wirtschaftliche Opfer gebracht werden.

Die Beteiligung an allen Maßnahmen zur europäischen Einigung muß sämtlichen freien Ländern Europas möglich sein. Die Europa-Union erklärt, daß der kerneuro-

päische Zusammenschluß nach wie vor nur der erste Schritt zur Einigung Gesamteuropas sein darf.

Die Europa-Union fordert ferner die Verwirklichung des Straßburg-Planes zur Förderung des wirtschaftlichen Wohles der unterentwickelten Gebiete.

Der Berliner Kongreß der Europa-Union ist angesichts der Bedrohung der Freiheit Europas der Ueberzeugung, daß es heute mehr denn je nicht auf Reden, sondern auf das Handeln ankomme. Die äußerste Beschleunigung aller Arbeiten der Regierungen und Sachverständigen ist um so notwendiger, als der Ausgang der Genfer Konferenz nur den Weg nach vorn, nach einem vereinten Europa, offen läßt."

Ein internationaler Wettbewerb der Carnegie-Stiftung

Das Carnegie Endowment for International Peace veranstaltet bis zum Jahre 1959 jährlich einen Wettbewerb für wissenschaftliche Arbeiten auf dem Gebiete der Internationalen Organisation. Der Wettbewerb, der 1955 bereits durchgeführt wurde und jetzt für 1956 neu ausgeschrieben ist, dient dem Zwecke, „die Forschung auf dem Gebiete der Internationalen Organisation in Europa anzuregen, jungen Wissenschaftlern bei der Veröffentlichung interessanter Arbeiten auf diesen Gebieten behilflich zu sein und Studien der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, die sonst möglicherweise unveröffentlicht geblieben wären“.

Die für den Wettbewerb eingereichten Beiträge können von „jedem Aspekt der Tätigkeit internationaler Organisationen“ handeln; dabei ist der Begriff „internationale Organisationen“ auf die zwischenstaatlichen Organisationen (intergovernmental organizations) begrenzt. Sie sollen auf streng wissenschaftlicher Grundlage abgefaßt sein; abstrakte Spekulationen über die Natur und Nützlichkeit internationaler Organisationen sind ebenso ausgeschlossen wie reine Beschreibungen von deren Funktion.

Teilnahmebedingungen

Teilnahmeberechtigung: Teilnahmeberechtigt sind nur Personen, die noch nicht mehr als ein Buch auf den Gebieten der Geschichte, des Rechts und der Sozialwissenschaften veröffentlicht haben (Dissertationen nicht eingerechnet). Die Teilnehmer müssen Angehörige eines europäischen Staates sein oder seit mindestens 1. Juli 1946 in einem europäischen Staat ihren Wohnsitz haben. Sie dürfen am 1. Juli 1956 das 40. Lebensjahr nicht überschritten haben. Ausgeschlossen sind gegenwärtige und frühere Angestellte der Carnegie-Stiftung.

Beiträge: Der Wettbewerb wird in zwei Kategorien durchgeführt: 1. Manuskripte, 2. Bücher. Dissertationen sind zugelassen. Umfang nicht mehr als 90 000 Worte oder 300 Druckseiten. Manuskripte in Schreibmaschinenschrift mit doppeltem Zeilenabstand, Blätter einseitig beschrieben. Bücher in gedruckter Form.

Zugelassene Sprachen: Englisch, Französisch, Deutsch, Italienisch.

Preise: In der Kategorie der Manuskripte 500 Dollar und kostenlose Veröffentlichung in mindestens 2000 Exemplaren. In der Kategorie der Bücher 1500 Dollar. Außerdem sind in jeder Kategorie je eine „honorable mention“, verbunden mit einer Vergütung von 250 Dollar, vorgesehen.

Einsendungen sind zu richten an: Centre Européen de la Dotation Carnegie, Route de Ferney 172, Grand-Saconnex, Genf, Schweiz.

Zeittafel vom 1. bis zum 15. Dezember 1955

Die Ereignisse in Europa*

Deutschland

1. Der Bundestag verwirft einen Antrag der Fraktion des GB/BHE, in dem die Entlassung der Bundesminister Waldemar Kraft und Prof. Theodor Oberländer gefordert wurde. Mit 212 Stimmen (CDU/CSU und Teile der DP) gegen 162 Stimmen (SPD, GB/BHE sowie Teile der FDP und DP) bei 29 Enthaltungen (Teile der FDP und DP) geht der Bundestag über den Antrag zur Tagesordnung über. Die Botschafter der drei Westmächte in der Bundesrepublik richten an den Botschafter der Sowjetunion in der DDR, G. M. Puschkin, inhaltsgleiche Schreiben, in denen sie gegen eine Verletzung des Viermächtestatus der Stadt Berlin durch den sowjetischen Stadtkommandanten, General Dibrowa, protestieren. (General Dibrowa hatte am 29. November die Entgegennahme einer Beschwerde des amerikanischen Stadtkommandanten wegen der Verhaftung amerikanischer Staatsbürger durch Volkspolizisten (vgl. Zeittafel in EA 23—24/1955) unter Hinweis auf die Souveränität der DDR abgelehnt.) In einem Antwortschreiben Botschafter Puschkins wird am 14. Dezember auf den Staatsvertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR vom 20. September 1955 verwiesen, durch den der DDR die Kontrolle auch in Berlin übertragen worden sei; lediglich der Verkehr der Berliner Garnisonen der Westmächte zwischen der Bundesrepublik und Berlin unterstehe noch sowjetischer Kontrolle. Demgegenüber weisen die Botschafter der drei Westmächte in ihren Rückantworten darauf hin, daß ihre Regierungen unverändert die Sowjetunion für die Einhaltung der Verpflichtungen der vier Mächte für Gesamtdeutschland einschließlich Berlins verantwortlich machen.
- 1.—2. Außenpolitische Debatte im Deutschen Bundestag über die Genfer Außenministerkonferenz (vgl. den Bericht auf S. 8529 dieser Folge).
2. Das Presseamt beim Ministerpräsidenten der DDR gibt bekannt, daß auf der Ministerratssitzung vom 24. November (vgl. Zeittafel in EA 23—24/1955) Walter Ulbricht zum Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Bruno Leuschner, zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats ernannt wurden.
4. In der Presse der Bundesrepublik wird bekannt, daß die sowjetischen Behörden in Berlin die Ausstellung von Permits für die Binnenschifffahrt zwischen der Bundesrepublik und Berlin für das Jahr 1956 verweigert und auf die Zuständigkeit der Behörden der DDR verwiesen hätten. Dazu wird am 6. Dezember vom britischen Außenministerium erklärt, daß im Oktober 1955 ein britisch-sowjetisches Übereinkommen getroffen worden sei, wonach beide Seiten auf

ihre Zuständigkeit in dieser Angelegenheit in Zukunft verzichten würden; der Interzonenverkehr habe dadurch keine Beeinträchtigungen erfahren. Auch ein Sprecher der Bundesregierung erklärt, daß eine Unterbrechung des Binnenschiffsverkehrs nicht zu befürchten sei; ein Ersuchen des Verkehrsministeriums der DDR an das Bundesverkehrsministerium, eine Stelle für die Unterzeichnung der Permits zu benennen, werde gegenwärtig von der Bundesregierung geprüft.

5. Die Kommission der WEU an der Saar teilt der saarländischen Regierung mit, daß der Rat der WEU die Errichtung eines internationalen Gerichtshofes im Saargebiet beschlossen habe, der die Aufrechterhaltung der Meinungsfreiheit und der demokratischen Grundrechte garantieren soll. Am 12. Dezember verabschiedet der Landtag ein verfassungsänderndes Gesetz, durch das die Rechtsgrundlage für die Bildung dieses Gerichtshofes geschaffen wird. Der Ministerrat der DDR verabschiedet den Volkswirtschaftsplan für 1956, der eine Steigerung der Industrieproduktion auf 108,6 vH gegenüber 1955 vorsieht.
6. Der Bundesminister für Atomfragen, Franz Josef Strauß, gibt in einem Rundfunkvortrag bekannt, daß die Bundesregierung erhebliche Mittel für die Grundlagenforschung, den Bau von Reaktoren und die Förderung des Nachwuchses auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Atomenergie bereitstellen werde. Strauß erklärt, die Bundesrepublik würde auf den Rang einer wirtschaftlich führenden Nation in Zukunft verzichten müssen, wenn sie ihren zehn- bis fünfzehnjährigen Rückstand in der Atomforschung nicht schnellstens aufhole. Eine enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien sowie einen Zusammenschluß der freien europäischen Staaten auf dem Gebiet der Atomenergie bezeichnet der Bundesminister als unerlässlich.
7. Der Deutsche Bundestag ratifiziert gegen die Stimmen der SPD das deutsch-amerikanische Abkommen über gegenseitige Verteidigungshilfe vom 30. Juni 1955. (Vgl. den Wortlaut des Abkommens in EA 14/1955, S. 8008.)
9. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes erklärt, daß die Bundesregierung die diplomatischen Beziehungen mit allen Staaten, die diplomatische Beziehungen zur DDR aufnehmen, abbrechen werde. Aus dem gleichen Grunde werde sie auch keine diplomatischen Beziehungen zu den Staaten des Ostblocks aufnehmen; die Sowjetunion als vierte Besatzungsmacht mache dabei eine Ausnahme. Am 11. Dezember erklärt der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Professor Grewe, in einem Rundfunkinterview, die Bundesregierung werde jede Intensivierung der Beziehungen eines Landes mit der DDR als unfreundliche Handlung ansehen, doch sei klar, daß ein so schwerwiegender Schritt wie der

*) Vgl. hierzu auch die Mitteilungen des Europarats für Dezember, die in der nächsten Folge des Europa-Archivs erscheinen werden. Auf S. 8539 bis 8540 dieser Folge erscheinen die Mitteilungen des Europarats für November 1955.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen nur nach sehr reiflicher Ueberlegung getan werde; es gebe eine Reihe von verschieden gestuften Maßnahmen, mit denen man zunächst reagieren könne. Jedenfalls werde die Bundesregierung in solchen Fällen „sehr ernste Konsequenzen“ ziehen müssen.

Das Presseamt beim Ministerpräsidenten der DDR gibt bekannt, daß die Grenzpolizei der DDR mit Wirkung vom 1. Dezember 1955 die Kontrolle an „den Staatsgrenzen der DDR und am Außenring von Groß-Berlin“ übernommen habe, während die Kontrolle an den Berliner Sektorengrenzen von der Volkspolizei durchgeführt werde.

13. Der am 20. Juli 1954 in die DDR übergetretene ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Otto John, kehrt in die Bundesrepublik zurück.
Die CDU des Saargebiets veröffentlicht ein Programm, in dem die Wiedervereinigung der Saar mit Deutschland und die Aufhebung der saarländisch-französischen Staatsverträge gefordert werden.
14. Die Christliche Gewerkschaftsbewegung gibt bekannt, daß sie durch einstimmigen Beschluß des Kongresses des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften in diese Organisation aufgenommen worden sei.

Frankreich

1. Aus Protest gegen den Beschluß des Ministerrates vom 30. November, die Nationalversammlung aufzulösen (vgl. Zeittafel in EA 23—24/1955), erklären die Minister *Bourgès-Maunoury*, *Berthoin* und *Morice* sowie zwei Staatssekretäre, die alle der Radikal-sozialistischen Partei angehören, ihren Rücktritt. Am gleichen Tage beschließt der Vorstand der Radikal-sozialistischen Partei unter dem Vorsitz von Edouard *Herriot*, Ministerpräsident Edgar *Faure* aus der Partei auszuschließen. Die Parteigremien der Radikal-sozialistischen Partei, der Sozialistischen Partei und der Kommunistischen Partei veröffentlichen Protest-erklärungen gegen die Auflösung der Nationalver-sammlung.
2. Die Regierung gibt durch Dekret die Auflösung der Nationalversammlung bekannt. Der Termin für die Neuwahlen wird auf den 2. Januar 1956 festgesetzt.
7. Der Nationalrat der Sozialistischen Partei lehnt ein Angebot der Kommunistischen Partei ab, für die Wahlen eine „Volksfront“ zu bilden.
Das Außenministerium erklärt in einer Stellung-nahme zu deutschen Presseberichten, daß der saar-ländische Landtag nicht berechtigt sei, über den territorialen Status des Saargebiets zu beschließen. Auch die Bundesrepublik sei dazu nicht berechtigt, und kein Entscheid könne ohne die Zustimmung Frankreichs gültig sein.
9. Der Vorstand der Radikalsozialistischen Partei schließt sieben führende Mitglieder, darunter den ehemaligen Ministerpräsidenten René *Mayer* und den ehemaligen Parteipräsidenten *Martinaud-Déplat*, aus der Partei aus, weil sie einer Aufforderung des Vorstandes, ihre Aemter in der „Sammlung der Unabhängigen Lin-ken“ (RCR) niederzulegen, nicht nachgekommen sind.

Ein Sprecher der WEU gibt bekannt, daß Vertreter der sieben Mitgliedstaaten in Paris ein Ueberein-kommen über die Stärke der künftigen deutschen Seestreitkräfte erzielt hätten.

- 12.—15. Während der in Paris stattfindenden Tagungen des Ministerkomitees des Europarats und des Mi-nisterrats der WEU führen die Außenminister *Pinay* und *von Brentano* Besprechungen über die Saarfrage. (Der Wortlaut des Kommuniqués erscheint in der nächsten Folge des Europa-Archivs.)
13. Das Ministerkomitee des Europarats faßt auf seiner Sitzung in Paris eine Entschließung, in der es er-klärt, daß
 1. auf der Grundlage der gegenwärtigen Teilung Europas keine Sicherheit erreicht werden könne;
 2. die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grund-lage freier Wahlen notwendig sei;
 3. ein europäisches Sicherheitssystem mit der Sowjet-union ohne die Wiedervereinigung Deutschlands ungenügend und gefährlich sei;
 4. die Errichtung eines Vereinigten Europas unum-gänglich bleibe.Auf der gleichen Sitzung werden eine Europäische Niederlassungskonvention und ein Europäisches Ab-kommen über den Austausch von Kriegsbeschädigten zum Zwecke ärztlicher Behandlung unterzeichnet.
14. Der Ministerrat der Westeuropäischen Union behan-delt auf einer Sitzung in Paris Fragen der militäri-schen Planung, der Rüstungskontrolle, der euro-päischen Integration sowie die Saarfrage. (Der Wort-laut des Kommuniqués erscheint in der nächsten Folge des Europa-Archivs.)

Großbritannien

5. In einer Unterhausdebatte über Cypern erklärt Außenminister *Macmillan*, Großbritannien sei im Prinzip zur Anerkennung des Selbstbestimmungs-rechtes bereit, doch komme es auf die Bedingungen und den Zeitpunkt an. Demgegenüber fordern die Sprecher der Opposition, daß Großbritannien Cypern so bald wie möglich das Selbstbestimmungsrecht ge-währen und dafür einen festen Termin in Aussicht stellen sollte.
- 5.—6. Der deutsche Bundesminister für Atomfragen, Franz Josef *Strauß*, stattet der britischen Atomic Energy Authority einen Besuch ab, in dessen Ver-lauf er britische Atomkraft-Anlagen besichtigt und die Möglichkeiten einer deutsch-britischen Zusam-menarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Aus-nutzung der Atomenergie erörtert.
6. Sir Winston *Churchill* nimmt in einer Rede in Wood-ford zu den antibritischen Aeuerungen der sowjeti-schen Staatsmänner auf ihrer Reise durch Indien und Burma Stellung (vgl. Burma sowie Zeittafel in EA 23—24/1955, Indien). Er rät der britischen Regierung, das „Schauspiel“, das die sowjetischen Führer auf ihrer Reise geboten hätten, sorgfältig zu prüfen, da-mit es sich nicht in entsprechenden Varianten bei dem für Frühjahr 1956 vorgesehenen Besuch in Großbritannien wiederhole.
7. Clement R. *Attlee* legt den Vorsitz der Labour Party nieder. Er wird von der Königin in den Grafen-stand erhoben und tritt als Earl Attlee in das Ober-haus ein. Zu seinem Nachfolger als Vorsitzender der

Labour Party wird am 14. Dezember Hugh *Gaitskell* gewählt. Der stellvertretende Parteivorsitzende, Herbert *Morrison*, der bei der Wahl gegen *Gaitskell* unterlegen ist, tritt ebenfalls von seinem Amt zurück.

12. In einer Mittelost-Debatte des Unterhauses beschuldigt Außenminister *Macmillan* die Sowjetunion, durch die Waffenlieferungen an die arabischen Staaten das arabisch-israelische Problem unlösbar zu gestalten. Die arabischen Staaten warnt er vor den Bedingungen, die mit diesem Waffengeschäft verknüpft seien. Die Westmächte, erklärt *Macmillan*, hätten ihrerseits nicht die Absicht, durch Waffenlieferungen an Israel den Rüstungswettlauf mitzumachen. Sowohl er als auch Premierminister Sir Anthony *Eden* appellieren an Israel und die arabischen Staaten, ein Kompromiß zu schließen, zu dem beide Seiten Opfer bringen müßten. In der gleichen Debatte übt der Premierminister scharfe Kritik an den Äußerungen der sowjetischen Staatsmänner in Burma (vgl. Burma). Er verweist auf die Anstrengungen, die im Colombo-Plan unternommen würden, um die ehemaligen Kolonialländer zu unterstützen, und stellt die Frage, ob im westlichen oder im kommunistischen Bereich mehr Freiheit herrsche.

Italien

1. Im Anschluß an einen sechstägigen Besuch des deutschen Bundeswirtschaftsministers, Ludwig *Erhard*, (vgl. Zeittafel in EA 23—24/1955) wird ein Communiqué veröffentlicht, in dem es heißt, der Bundeswirtschaftsminister habe mit der italienischen Regierung alle Fragen der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und insbesondere die wirtschaftlichen Entwicklungsvorhaben Italiens erörtert, die nach beiderseitiger Ueberzeugung eine Frage allgemeinen europäischen Interesses seien. Dabei seien die Möglichkeiten einer verstärkten Mitwirkung der Bundesrepublik bei der Entwicklung Südtaliens geprüft worden. Von deutscher Seite sei ferner die Aufnahme italienischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik zugesagt worden.
9. Eine linksliberale Gruppe unter Führung des ehemaligen Ministers *Villabruna* und des Grafen *Carandini* tritt aus der Liberalen Partei aus und gründet eine „Radikale Partei der Liberalen und Demokraten Italiens“.

Luxemburg

1. Die Richter des Gerichtshofes der EGKS wählen den bisherigen Präsidenten, Massimo *Pilotti*, auf weitere

drei Jahre zum Präsidenten des Gerichtshofes. (*Pilotti* war zu seiner ersten Amtsperiode im Jahre 1952 gemäß den Bestimmungen des Vertrages vom Minister-rat ernannt worden.)

Niederlande

10. In Den Haag beginnt eine Konferenz zwischen den Niederlanden und Indonesien über eine Neuregelung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern sowie über West-Neuguinea betreffende Fragen. Die beiderseitigen Delegationen werden von den Ministern Joseph *Luns* und Anak *Agung Gede Agung* geführt. Am 13. Dezember wird der Tagungsort der Konferenz auf indonesischen Wunsch nach Genf verlegt.

Schweiz

15. Die Vereinigte Bundesversammlung wählt den Chef des Justiz- und Polizeidepartements, Markus *Feldmann*, zum Bundespräsidenten für das Jahr 1956, und den Chef des Finanz- und Zolldepartements, Hans *Streuli*, zum Vizepräsidenten. Alle Mitglieder des Bundesrates werden in ihren Ämtern bestätigt.

Türkei

1. Nach der am Vortage erfolgten Demission aller Kabinettsmitglieder erklärt auch Ministerpräsident Adnan *Menderes* seinen Rücktritt.
11. Adnan *Menderes* bildet eine neue Regierung, in der er auch das Verteidigungsministerium übernimmt. Außenminister wird wieder Fuat *Köprülü*, der dieses Amt bis zum Frühjahr 1955 innehatte. Sämtliche Minister gehören wie bisher der Demokratischen Partei an, doch tritt eine Reihe jüngerer Politiker in das Kabinett ein. Der Regierung wird am 14. Dezember von der Großen Nationalversammlung das Vertrauen ausgesprochen.

Ungarn

- 7.—11. In Budapest hält der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) der Ostblockstaaten eine Tagung ab. In einem Communiqué wird erklärt, es habe ein Meinungsaustausch stattgefunden „über die Hauptrichtung der Entwicklung der Volkswirtschaft der Teilnehmerländer für die nächsten Jahre und über die weitere Hebung des Lebensniveaus der Bevölkerung dieser Länder“. Außerdem wurden der Abschluß langfristiger zweiseitiger Handelsabkommen und die technische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten erörtert.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten

3. In Kairo wird eine britisch-ägyptische Vereinbarung über das Verfahren bei der Verwirklichung der Selbstbestimmung des Sudans unterzeichnet. Dem Abkommen gemäß wird eine Volksabstimmung im Sudan darüber entscheiden, ob das Land die volle Unabhängigkeit oder den Anschluß an Aegypten wünscht. Die Abstimmung soll durch eine Kommission neutraler Staaten überwacht werden.

Marokko

7. Si *Bekkai Ould M'Barek* bildet die erste unabhängige marokkanische Regierung. Dem Kabinett gehören neun Mitglieder der Istiqlal-Partei, sechs Mitglieder der Demokratischen Unabhängigkeitspartei und sechs Unabhängige an. Bei der Investition der Regierung erklärt Sultan *Mohammed ben Jussef*, die neue Regierung müsse mit den alten Privilegien aufräumen und die Grundlage für eine konstitutionelle Monarchie legen. Mit Frankreich werde die Regierung Verhandlungen aufnehmen mit dem Ziele, die fran-

zösisch-marokkanischen Beziehungen auf der Grundlage der marokkanischen Unabhängigkeit neu zu gestalten.

AMERIKA

Vereinigte Staaten

2. Anlässlich eines Besuches des portugiesischen Außenministers, Paulo *Cunha*, wird ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem es heißt, der portugiesische Minister habe mit Außenminister *Dulles* gewisse Verteidigungsprobleme im Rahmen der NATO, Fragen der gegenseitigen Handelsbeziehungen sowie der friedlichen Ausnutzung der Atomenergie besprochen. Die Interdependenz Afrikas und der westlichen Welt sei bei den Besprechungen unterstrichen worden. Zu den Äußerungen der sowjetischen Staatsmänner auf ihrer Reise durch Indien und Burma (vgl. Burma sowie Zeittafel in EA 23—24/1955, Indien) erklären die beiden Minister, diese Äußerungen hätten „Urteile über die Politik der westlichen Mächte im Fernen Osten sowie gewisse Behauptungen hinsichtlich der portugiesischen Provinzen im Fernen Osten enthalten“; solche Äußerungen seien kein Beitrag zum Frieden. Die beiden Minister bedauerten Versuche, den Haß zwischen den Völkern des Ostens und des Westens zu schüren.
3. Auf einem Vereinigungskongreß in New York schließen sich die beiden Gewerkschaftsorganisationen AFL und CIO zu einer einheitlichen Organisation zusammen, die den Namen „American Federation of Labour and Congress of Industrial Organizations“ führen wird. Zum Präsidenten der neuen Gewerkschaftsorganisation wird der bisherige AFL-Präsident, George *Meany*, gewählt; der bisherige CIO-Präsident, Walter *Reuther*, wird Präsident der Industriegewerkschaften.
7. Außenminister *Dulles* erklärt auf seiner Pressekonferenz, die Vereinigten Staaten hätten Grund zu der Annahme, daß die Sowjetunion ihre internationalen Verpflichtungen bezüglich des freien Verkehrs in Deutschland einhalten werde. Die Formulierungen in dem amerikanisch-portugiesischen Kommuniqué vom 2. Dezember, die in Indien auf heftige Kritik gestoßen waren, legt *Dulles* dahingehend aus, daß die Vereinigten Staaten damit einer Tendenz der gewaltsamen Lösung von Konflikten entgegenzutreten wollten.

ASIEN

Burma

- 1.—7. Staatsbesuch des Ministerpräsidenten der Sowjetunion, N. A. *Bulganin*, und des Sekretärs der KPdSU, N. S. *Chruschtschow*. *Chruschtschow* setzt während des Besuchs seine Angriffe gegen den Kolonialismus, die Westmächte und insbesondere Großbritannien in mehreren Reden fort (vgl. dazu auch Zeittafel in EA 23—24/1955, Indien). Zum Abschluß des Besuchs wird eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der in Wiederholung der Moskauer sowjetisch-burmesischen Erklärung vom 3. November (vgl. den Wortlaut in EA 23—24/1955, S. 8440) die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die internationale Entspannung, die Abrüstung, die fernöstlichen Probleme

und die Frage der Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen behandelt werden.

Volksrepublik China

8. Der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto *Grotewohl*, trifft zu einem Besuch in Peking ein. Im Verlauf ihres Aufenthaltes in China besucht die Delegation außer Peking auch Schanghai, Nanking und Wuhan.

Cypern

14. Generalgouverneur Sir John *Harding* verfügt das Verbot der Kommunistischen Partei.

Indien

5. In einer Rede im Parlament kritisiert Premierminister *Nehru* den Bagdad-Pakt und nennt seinen Abschluß eine vom Standpunkt des Friedens und der Sicherheit „höchst unglückselige und beklagenswerte Aktion“. Außerdem protestiert *Nehru* gegen die amerikanisch-portugiesische Erklärung vom 2. Dezember (vgl. Vereinigte Staaten) und erklärt, die auf Goa bezogenen Teile der Erklärung könnten weitreichende Konsequenzen haben.
7. Der Ministerpräsident der Sowjetunion, N. A. *Bulganin*, und der Sekretär der KPdSU, N. S. *Chruschtschow*, die am 1. Dezember Indien verlassen hatten, um einen Besuch in Burma abzustatten, kehren nach Indien zurück. Im Verlaufe des bis zum 14. Dezember dauernden zweiten Teiles ihrer Indien-Reise besuchen sie auch die Hauptstadt des indisch besetzten Teiles von Kaschmir, Srinagar. Dort tritt *Chruschtschow* in seinen Reden für die Zugehörigkeit Kaschmirs zu Indien ein. In einer am 13. Dezember veröffentlichten gemeinsamen Erklärung bekräftigen die beiden Regierungen ihren Glauben an die „fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“, die ihrer Ueberzeugung nach maßgebend für die Gestaltung der internationalen Beziehungen sein müßten. Zur Genfer Außenministerkonferenz erklären sie, die Enttäuschung über ihr Scheitern dürfe nur vorübergehend sein. Weiter werden die Zulassung der Volksrepublik China zu den Vereinten Nationen, die Lösung der fernöstlichen Probleme und „positive und schnelle Schritte“ zur Abrüstung gefordert; dabei schließt sich Indien der sowjetischen Forderung nach bedingungslosem Verbot der Atomwaffen an. Für die enge wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Indien, die in dieser Erklärung angekündigt ist, wird ein wirtschaftliches Uebereinkommen geschlossen, nach dem die Sowjetunion Indien eine Million Tonnen Eisenwalzgut sowie Ausrüstungen für die Erdöl- und Bergbauindustrie liefern und dafür ihre Rohstoffkäufe in Indien steigern wird. Auf einer Pressekonferenz unmittelbar vor ihrem Abflug schlagen die sowjetischen Staatsmänner am 15. Dezember die Abhaltung einer Konferenz der Regierungschefs der vier Großmächte sowie Indiens und der Volksrepublik China über die Probleme Asiens vor.
12. Nach einem vierzehntägigen Besuch des Königs *Saud* von Saudi-Arabien wird in einem Kommuniqué erklärt, daß der König und Premierminister *Nehru* in ihren Besprechungen die „fünf Prinzipien der fried-

lichen Koexistenz“ als einzig mögliche Grundlage der internationalen Beziehungen anerkannt und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Indien und Saudi-Arabien begrüßt hätten.

Israel

11. An der syrisch-israelischen Grenze ereignet sich ein schwerer Zwischenfall, als israelische Truppen eine syrische Grenzstellung angreifen und den Syrern schwere Verluste zufügen und Gefangene einbringen.

Pakistan

11. Premierminister Chaudry Mohammed Ali protestiert in einer Erklärung gegen die Äußerungen Chruschtschows über Kaschmir (vgl. Indien). Er fordert für die Bevölkerung Kaschmirs das Recht einer freien Entscheidung, ob sie zu Indien oder zu Pakistan gehören wolle; solange ihr dieses Recht verweigert

werde, dürfe niemand von einer Zugehörigkeit Kaschmirs zu Indien sprechen.

Persien

6. In einer Note an die Sowjetunion weist die Regierung den sowjetischen Protest gegen Persiens Beitritt zum Bagdad-Pakt (vgl. Zeittafel in EA 23—24/1955, Sowjetunion) erneut unter Hinweis auf den defensiven Charakter dieses Paktes zurück. Zu den sowjetischen Hinweisen auf den Freundschaftsvertrag von 1921 wird erklärt, daß die Sowjetunion diesen Vertrag durch ihren Angriff und die Besetzung von Teilen Persiens im Zweiten Weltkrieg längst ungültig gemacht habe.

Syrien

13. Die Regierung protestiert in einer Note an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gegen den israelischen Angriff am See Genezareth (vgl. Israel).

Die Organisation der Vereinten Nationen

3. Die Vollversammlung billigt mit 51 gegen 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen eine Resolution, welche die Einberufung einer zweiten internationalen Konferenz über die friedliche Verwendung der Atomenergie vorsieht und die Bildung einer internationalen Atombehörde empfiehlt, und mit dem gleichen Stimmverhältnis die Einsetzung einer internationalen Kommission zur Untersuchung der Auswirkungen radioaktiver Strahlung. Einstimmig wird beschlossen, die Marokko-Frage von der Tagesordnung abzusetzen; ebenfalls einstimmig wird eine Resolution über die Fortführung des Technischen Hilfswerks der Vereinten Nationen angenommen.
In Genf wird die am 27. Oktober begonnene Zehnte Tagung der Vertragsparteien des GATT abgeschlossen. (Ueber den Verlauf der Tagung wird das Europa-Archiv in einer künftigen Folge berichten.)
6. Acht weitere Wahlgänge der Vollversammlung zur Wahl des dritten nichtständigen Mitglieds des Sicherheitsrats verlaufen ergebnislos (vgl. dazu Zeittafeln in EA 21, 22 und 23—24/1955).
7. Der Wirtschafts- und Sozialrat lehnt die Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik in die UNESCO mit 13 gegen 5 Stimmen ab.
8. Die Vollversammlung billigt mit 52 gegen 2 Stimmen bei 5 Enthaltungen eine Resolution, welche dem Sicherheitsrat empfiehlt, der Aufnahme von 18 Staaten in die Vereinten Nationen zuzustimmen. In der

Sitzung des Sicherheitsrates am 13. Dezember legt jedoch der Vertreter Nationalchinas gegen die Aufnahme der Mongolischen Volksrepublik sein Veto ein, worauf der Vertreter der Sowjetunion die Aufnahme sämtlicher nichtkommunistischen Antragsteller durch sein Veto verhindert. Nach weiteren internen Verhandlungen stimmt der Sicherheitsrat auf sowjetischen Vorschlag am 14. Dezember der Aufnahme folgender 16 Staaten zu: Albanien, Bulgarien, Ceylon, Finnland, Irland, Italien, Jordanien, Kambodscha, Laos, Libyen, Nepal, Oesterreich, Portugal, Rumänien, Spanien und Ungarn. In der Nacht zum folgenden Tage wird die Aufnahme der 16 Staaten von der Vollversammlung endgültig gebilligt. Am 15. Dezember stimmt der Sicherheitsrat über die Kandidaturen Japans und der Mongolischen Volksrepublik ab, die von den Vereinigten Staaten bzw. der Sowjetunion einzeln eingebracht wurden; dabei wird die Aufnahme Japans durch das Veto der Sowjetunion verhindert, während gegen die Aufnahme der Mongolischen Volksrepublik alle Ratsmitglieder außer der Sowjetunion stimmen.

15. Der Wirtschafts- und Sozialrat beschließt mit 16 gegen 2 Stimmen die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die Wirtschaftskommission für Europa (ECE). Ein Antrag, die Deutsche Demokratische Republik gleichzeitig aufzunehmen, wird mit 13 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

EUROPA - ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.
Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigher, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1955 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2.50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10.50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 11.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

Dezember 1955

5. Jahrgang — Nr. 12

Die Tätigkeit des Europarats im November 1955

Telegramm an den französischen und britischen Außenminister

„Vor dem Abschluß der Genfer Konferenz glaube ich, Ihre Aufmerksamkeit auf die hauptsächlichsten Punkte der von der Beratenden Versammlung am 26. Oktober einstimmig angenommenen Entscheidung lenken zu müssen. Jeder Fortschritt auf dem Wege zu einer allgemeinen und gegenseitigen, kontrollierten Abrüstung würde die Regelung der zusammenhängenden Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands und der europäischen Sicherheit erleichtern. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen sowie die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems müssen gleichzeitige Fortschritte machen. Jedes Abkommen über Europa muß Ost und West die gleichen Sicherheiten gewähren. Bei der Verteidigung dieser Stellung werden Sie die allgemeine Zustimmung der europäischen parlamentarischen Meinung hinter sich wissen.

gezeichnet Guy Mollet

Präsident der Beratenden Versammlung des Europarats*

I. TAGUNGEN DES RATES

Stellvertreter der Minister

Unter dem Vorsitz von Herrn Haraldur Kröyer, ständiger Vertreter Islands beim Europarat, tagten die Stellvertreter der Minister vom 14. bis zum 21. November in Straßburg, um den Haushaltsplan für das Jahr 1956 zu verabschieden. Die Höhe des Budgets beträgt 824 220 000 Franken.

Herr Brendan O'Riordan (Irland) löste Herrn Kröyer im Vorsitz ab für die Beratung der verschiedenen Punkte, welche auf der Tagesordnung der Außenminister bei ihrer Tagung am 12. und 13. Dezember stehen werden. Turnusgemäß wird der irische Außenminister den Vorsitz führen.

Die Stellvertreter der Minister werden vom 7. bis zum 10. Dezember wieder in Paris tagen.

II. KULTURELLE FRAGEN

Kulturabkommen

Herr Dirk Oncken, Ständiger Vertreter ad interim der Bundesrepublik Deutschland, hinterlegte am 17. November beim Generalsekretär des Europarats die Ratifikationsurkunde der Bundesrepublik zur Europäischen Kulturkonvention.

Dieses Abkommen ist bisher von Irland, Frankreich, Großbritannien und Dänemark ratifiziert worden und trat am 5. Mai 1955 in Kraft.

III. RECHTS- UND VERWALTUNGSFRAGEN

Internationale Klassifizierung von Patenten

Herr Dirk Oncken, Ständiger Vertreter ad interim der Bundesrepublik Deutschland, hinterlegte am 28. November beim Generalsekretär des Europarats die Ratifikationsurkunde der Bundesrepublik zur Europäischen Konvention über die internationale Klassifizierung von Patenten.

Diese Konvention ist bereits von Belgien, Frankreich, Irland und Norwegen ratifiziert worden. Großbritannien hat die Ratifizierung unter dem Vorbehalt der Ratifizierung durch Deutschland und Holland vorgenommen.

IV. VERSCHIEDENES

Tod von Madame Coty

Anläßlich des Ablebens der Gattin des Präsidenten der Französischen Republik haben der Vorsitzende

des Ministerkomitees, Herr Kristinn Gudmundsson, und der Präsident der Beratenden Versammlung des Europarats, Herr Guy Mollet, Beileidstelegramme an Herrn René Coty gesandt.

Tod von Herren Lützens und Tillmanns

Der Europarat beklagt das Ableben der deutschen Bundestagsabgeordneten Gerhard Lützens und Robert Tillmanns.

Herr Lützens gehörte der Beratenden Versammlung und deren Ständigem Ausschuß seit dem Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in den Europarat im Jahre 1950 an. Herr Tillmanns war stellvertretender Abgeordneter in der Beratenden Versammlung von 1950 bis 1953.

Ständiger Vertreter der Türkei

Zum ständigen Vertreter der Türkei beim Europarat wurde Herr Mustafa Borovali ernannt. Der bisherige ständige Vertreter, Herr Affan Akça, wurde zu anderer Verwendung in das türkische Außenministerium berufen.

Europatag der Schulen

Am 18. November wurden im Rahmen einer Feierstunde die Preise des Europatages der Schulen an die Preisträger verliehen. Herr Marchal, Generalsekretär des Europarats, überreichte dem Schüler Wilfried Schuth aus Sankt Wendel (Saar) die Goldmedaille des Europarats.

Herr Pierre Baudet, der Vorsitzende des Internationalen Komitees für den Europatag der Schulen, und Herr Paul M. G. Lévy, der stellvertretende Vorsitzende dieses Komitees und Direktor der Presseabteilung des Europarats, hielten Ansprachen an die aus verschiedenen Ländern gekommenen Preisträger. Weitere Preise waren von der Straßburger Sektion der Europäischen Bewegung und dem Rotary-Club Straßburg gestiftet worden.

Besuch von Sir Gladwyn Jebb

Anläßlich einer Dienstreise nach Straßburg stattete der britische Botschafter in Paris, Sir Gladwyn Jebb, dem Generalsekretariat des Europarats einen Besuch ab und ließ sich die leitenden Beamten des Generalsekretariats vorstellen.

ANDERE ORGANISATIONEN

Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Die Gemeinsame Versammlung der EGKS hielt eine außerordentliche Sitzung vom 22. bis zum 25. November in Straßburg ab. Zum Präsidenten wurde Herr Giuseppe Pella (Italien) wiedergewählt, zu Vizepräsidenten die Herren Fohrmann (Luxemburg), Roger Motz (Belgien), Hermann Pünder (Deutschland) Gérard Jaquet (Frankreich) und Herr Vixseboxse (Holland).

Herr René Mayer und Herr Etzel, Präsident und Vizepräsident der Hohen Behörde, sowie Herr Jean Ray, belgischer Wirtschaftsminister, nahmen an den Debatten der Gemeinsamen Versammlung teil.

Die nächste Sitzung wird voraussichtlich vom 12. bis zum 16. März in Brüssel stattfinden.

Der Abgeordnete Paul Struyé (Belgier) wurde beauftragt, vor der Beratenden Versammlung des Europarats den Tätigkeitsbericht der Gemeinsamen Versammlung für das Jahr 1955/56 vorzulegen.

Westeuropäische Union

Der Gemischte Ausschuß der WEU, bestehend aus Vertretern des Ministerrats und der Versammlung dieser Organisation, tagte am 21. November in Den Haag, um über die Arbeitsmethoden und die Geschäftsordnung der Versammlung zu beraten. Es handelt sich insbesondere um die Fragen, ob die Versammlung Sachverständige zuziehen darf und ob sie in Resolutionen ihr Nichteinverständnis mit Maßnahmen des Ministerrates ausdrücken darf. Die Teilnehmer an dieser Sitzung war die Herren Spaak, belgischer Außenminister, Jean Chamant, Staatssekretär am Quai d'Orsay, in Vertretung von Herrn Pinay, Beyen, holländischer Außenminister, sowie die Abgeordneten MacLay (Engländer), Präsident der Versammlung, André Mutter (Franzose), Hermann Kopt (Deutscher), und Marinus van der Goes van Naters (Holländer).

Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO)

Die Europäische Kommission für Zivilluftfahrt trat am 29. November in Straßburg zu einer vierzehntägigen Sitzung zusammen. Die Einberufung dieser Sitzung geht auf die Entschließung des Ministerkomitees vom 19. März 1953 zurück. (Vgl. Mitteilungen des Europarats, III. Jahrgang Nr. 4; IV. Jahrgang Nr. 4 und 5) sowie auf die Entschließung Nr. 79 der Beratenden Versammlung (Vgl. Mitteilungen des Europarats, V. Jahrgang Nr. 11) zurück.

Nach einer Begrüßungsansprache von Herrn Léon Marchal, Generalsekretär des Europarats, wurde Herr Pierre Nottet (Belgien) zum Vorsitzenden der Kommission gewählt.

Die Ergebnisse der Beratungen werden in der Januarausgabe der Mitteilungen des Europarats mitgeteilt werden.

**VORLAUFIGER TERMINKALENDER
FÜR KOMMENDE TAGUNGEN**

29. Nov. bis
16. Dezember: Tagung der Europäischen Kommission für Zivilluftfahrt (Straßburg)
7.—9. Dez.: Stellvertreter der Minister (Paris)
11. Dezember: Informations-Unterausschuß des Ausschusses für kulturelle und wissenschaftliche Fragen (Paris)
12. u. 13. Dez.: Ministerkomitee (Paris)

15. Dezember
u. folgende: Menschenrechtskommission (Straßburg)
16. u. 17. Dez.: Beratender Ausschuß der Weltjugend-Versammlung (Straßburg)
19. u. 20. Dez.: Verwaltungsausschuß des Smithers-Plans für den Austausch von Beamten (Bordeaux)
10. u. 11. Jan.: Jahressitzung mit dem Sekretariat der UNESCO (Paris)
17. u. 20. Jan.: Sozialausschuß (Straßburg)
17. Januar
u. folgende: Stellvertreter der Minister (Straßburg)
23. Januar: Ausschuß für Sozialfragen (Paris)
23. Januar: Arbeitsgruppe des Ausschusses für Wirtschaftsfragen (Paris)
24. Januar: Gemeinsame Sitzung der Mitglieder des Ausschusses für Wirtschafts- und Sozialfragen (Paris)
24. u. 25. Jan.: Unterausschuß des Sachverständigenausschusses für kulturelle Fragen (Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse für die Zulassung zu Universitäten) (Paris)
25. Januar: Außerordentliche Tagung der Verbindungsausschüsse Europarat/OEEC, mit den Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaftsfragen (Paris)
25. Januar: Ausschuß für kulturelle und wissenschaftliche Fragen (Paris)
25. Januar: Arbeitsgruppe des Sonderausschusses für Hilfe in Katastrophenfällen, mit den Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaftsfragen (Paris)
26. Januar: Präsidium der Beratenden Versammlung (Paris)
26. Januar: Ständiger Ausschuß (Paris)
27. u. 28. Jan.: Ausschuß für allgemeine Angelegenheiten (Paris)
8. u. 9. Februar: Unterausschuß zur Verbreitung der europäischen Idee und Kultur in den anderen Erdteilen
8.—10. Febr.: Sachverständigenausschuß für Volksgesundheit (Straßburg)
10. u. 11. Febr.: Ständiger Gemischter Ausschuß des Kultur-Sachverständigenausschusses und des Ausschusses für kulturelle und wissenschaftliche Fragen (Paris)
17. u. 18. Febr.: Vorbereitende Sitzung zur 4. Konferenz für die Revision der Geschichtsbücher (Paris)
20.—23. Febr.: Sachverständigenausschuß für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten (Straßburg)
1. u. 2. März: Präsidium des Kultur-Sachverständigenausschusses (Straßburg)
15. u. 16. März: Arbeitsgruppe des Ausschusses für kulturelle und wissenschaftliche Fragen (Paris)
16.—23. März: Studiengruppe „Runder Tisch Europas“ (Straßburg)

Die Vereinigten Staaten und die Organisation für Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Handels

Von Raymond Vernon, Millburn, New Jersey

Vorbemerkung

Der Monat Januar kündigt in den Vereinigten Staaten die Eröffnung einer neuen Sitzungsperiode des Kongresses und den alljährlichen Kampf zwischen der Exekutive und der Legislative um die politische Vorherrschaft an. Im Jahre 1956 wird die Außenhandelspolitik des Landes in diesen Auseinandersetzungen eine maßgebliche Rolle spielen, denn die Exekutive scheint in diesem Jahre unweigerlich genötigt, beim Kongreß um die Zustimmung zur Beteiligung der Vereinigten Staaten an der im Entstehen begriffenen Organisation für Zusammenarbeit auf

dem Gebiete des Handels (Organization for Trade Cooperation, OTC) nachzusuchen¹. Falls diese Zustimmung überhaupt je erfolgt, so kann dies kaum geschehen, ohne daß ihr eine gründliche Ueberprüfung der tragenden Grundsätze der amerikanischen Außenhandelspolitik durch den Kongreß und eine größere Kraftprobe zwischen ihm und der Exekutive vorangeht. Es ist der Zweck der folgenden Ausführungen, eine gewisse Grundlage für das Verständnis der politischen Auseinandersetzung, die sich voraussichtlich entwickeln wird, zu geben.

Die Haltung des Kongresses und ihre Vorgeschichte

Dem ausländischen Beobachter erscheint die Gewaltenteilung zwischen dem gesetzgebenden und dem vollziehenden Arm des amerikanischen Regierungssystems und die Zersplitterung der Exekutivgewalt in eine Unzahl halb unabhängiger Regierungsbehörden als ein Staatsgefüge von befremdender Form. Es heißt, daß europäische Diplomaten diese Struktur in unbewachten Augenblicken als vielköpfiges Ungeheuer bezeichneten. Die unklare Haltung der Vereinigten Staaten hinsichtlich ihrer Beteiligung am Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Tariffs and Trade, GATT) bietet hierfür ein hinreichend anschauliches Beispiel. Das GATT hat von seiner Entstehung an die beständige Unterstützung der Exekutive — zumindest der meisten Behörden der Exekutive — gefunden. Dagegen kann die Haltung der Legislative zum GATT selbst bei einigem Wohlwollen bestenfalls als zurückhaltende Gegnerschaft bezeichnet werden.

Um diese Kluft zwischen den Ansichten der Legislative und der Exekutive zu verstehen, muß man auf die gesetzgeberische Grundlage der amerikanischen Beteiligung am GATT zurückgreifen. Es dürfte erinnerlich sein, daß das Programm der Vereinigten Staaten für gegenseitige Handelsabkommen im Jahre

1934 mit einem gesetzgebenden Akt des Kongresses seinen Anfang nahm. Dieses Gesetz über Handelsabkommen (Trade Agreements Act) von 1934 ermächtigte den Präsidenten, Handelsabkommen zu schließen und nötigenfalls den Bestimmungen solcher Abkommen gemäß die Zölle der Vereinigten Staaten um Beträge bis zu fünfzig Prozent zu senken.

In der Vorkriegszeit übte der Präsident diese Befugnisse durch den Abschluß bilateraler Abkommen aus. Bis zum Ende des Krieges schloß er mit neunundzwanzig Ländern Abkommen dieser Art ab. In jedem Abkommen wurde dabei zwischen den Signatarstaaten die Verpflichtung ausgetauscht, die Zolltarife bestimmter Produkte um bestimmte Beträge herabzusetzen und im Handel mit dem Partnerlande keinerlei Diskriminierung walten zu lassen. Eine Organisation für die Verwaltung dieser Abkommen wurde nicht geschaffen. Die normalen diplomatischen Verbindungswege wurden als ausreichend erachtet, um mit den Beschwerden, Ausnahmegenehmigungen, Neuverhandlungen und Anpassungen fertig zu werden, die sich normalerweise im Zuge der Durchführung von Abkommen dieser Art ergeben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde jedoch — in der Hauptsache unter Führung der Exekutive der

¹ Inzwischen hat Präsident Eisenhower in seiner „State of the Union“-Botschaft am 5. Januar 1956 dieses Ersuchen gestellt. In der Botschaft heißt es:

„Unsere Mitgliedschaft in der OTC wird uns die wirksamsten und besten Mittel in die Hand geben, um die diskriminierenden und restriktiven Maßnahmen gegen die amerikanischen

Exporte zu beseitigen und unsere Handelsabkommen so zu gestalten, daß sie wirklich auf Gegenseitigkeit beruhen. Die Zugehörigkeit der Vereinigten Staaten zur Organisation wird unser anhaltendes Interesse unter Beweis stellen, an der Schaffung eines ausgeweiteten Handels unter den freien Nationen mitzuarbeiten.“

Vereinigten Staaten — die Gründung einer internationalen Handelsorganisation (International Trade Organization, ITO) ins Auge gefaßt. Die Beweggründe für die Errichtung einer solchen Organisation waren überaus vielschichtiger Natur. Einen unter ihnen bildete die Erkenntnis, daß der Mechanismus bilateraler Abkommen für die Erleichterung von Welthandelsbewegungen ernsthafte Mängel aufweist. Diese Mängel sind in verschiedenen Veröffentlichungen ausführlich behandelt worden².

Kurz gesagt: zahlreiche technische Gründe hemmten den Fortschritt und das Ausmaß solcher Zollverhandlungen. Hinzu kommt, daß die von den jeweiligen Partnern eingegangenen Verpflichtungen notwendigerweise auf den Handel zwischen ihren beiden Ländern beschränkt bleiben mußten und sich gewöhnlich nicht auf Maßnahmen erstrecken konnten, die womöglich eine grundlegende Reform ihres gesamten Handels bedeutet hätten. Darüber hinaus führten Streitigkeiten zwischen den Partnern, die aus unterschiedlicher Interpretation oder aus dem Vorwurf des Vertragsbruches erwachsen, gewöhnlich zu einem toten Punkt oder zur Kündigung des Vertragsinstrumentes. Derlei Faktoren veranlaßten amtliche Regierungsstellen, sich multilateralen Institutionen von der Art der ITO zuzuwenden.

Die ITO war ein äußerst weitgestecktes Vorhaben. Die 106 Artikel ihrer Charta befaßten sich mit der gesamten Tasteratur unter Einschluß der Zölle, der mengenmäßigen Beschränkungen, der Subventionen, des staatlichen Handels und der Zollabfertigung; sie schrieben eine Verfahrensgrundlage für die Befassung mit schädlichen restriktiven Geschäftspraktiken im internationalen Handel vor; sie stellten Normen und Verfahrensordnungen auf, welche die Verhandlungen über internationale Handelsabkommen leiten sollten; und sie boten einen Kodex der Rechte und Pflichten dar, an den sich die Regierungen in bezug auf Auslandsinvestitionen halten sollten. Ueberdies war in den organisatorischen Bestimmungen der Charta ein kompliziertes System von Kommissionen vorgesehen, die für die Behandlung von Verwaltungsproblemen und Streitfällen zuständig sein sollten.

Die ITO kam natürlich nie zustande. Systematische Verzögerungen der Ratifizierung im Kongreß der Vereinigten Staaten, besonders im Senat, gaben den Gegnern der Organisation ausgiebig Zeit, um ihre Kräfte zu sammeln und das Projekt von allen Seiten anzugreifen. Die Organisation wurde verschiedentlich als dirigistisch und visionär bezeichnet. Sie wurde von den einen bezichtigt, die Schaffung einer unwirklichen Welt eines völlig freien Handels, und von den anderen, die einer abscheuerregenden Welt eines völlig

regulierten Handels zu bezwecken. Zu den gegen sie erhobenen Anklagen zählten die, daß sie die Rechte der Personen und Gruppen, die Kapital im Ausland investieren, den Forderungen der kapitalimportierenden Staaten opferte; daß sie internationale Handelsabkommen durch die Regulierung der Verhandlungen legitimierte; und daß sie durch die Bestimmungen für die Untersuchung restriktiver Geschäftspraktiken ein Forum für die Kritik am Geschäftsgebaren der Vereinigten Staaten auf ausländischen Märkten schuf. Gerade der umfassende Charakter des Vorhabens forderte die Opposition aller Gruppen heraus, und diese Opposition setzte sich durch.

Inzwischen war jedoch das GATT entstanden — ein als zeitlich begrenzte Uebergangslösung gedachtes System, das zum großen Teil als Nebenprodukt der Verhandlungen über die ITO entwickelt worden war. Denn während dreiundfünfzig Länder sich darauf vorbereiteten, in Havanna über die Bestimmungen für die ITO zu verhandeln, wurden in Genf bereits Verhandlungen über Zollsenkungen zwischen neunzehn Ländern geführt, die im Welthandel Schlüsselstellungen einnehmen. Aus den Genfer Verhandlungen von 1947 erwuchs das GATT — ein Handelsabkommen, durch das neunzehn Länder Verpflichtungen in bezug auf 45 000 verschiedene Zolltarife eingingen, die den Anhang einer Reihe allgemeiner Regeln hinsichtlich des Handelsgebarens der Signatarstaaten bildeten³.

In den Augen des amerikanischen Beobachters zeigt die Erfahrung mit dem GATT zugleich Elemente der Schwäche und der Stärke. In erster Linie hat es als außerordentlich wirksames Werkzeug für Verhandlungen über Zollsenkungen sehr gute Dienste geleistet. In einer Reihe von vier größeren Zollverhandlungsrunden wurden an die 60 000 verschiedene Zollzugeständnisse entwickelt, die rund sechzig Prozent des Welthandels betrafen. Dem ließ sich jedoch — zumindest bis 1950 oder 1951 — entgegenhalten, daß die GATT-Geschäfte vom Standpunkt der Vereinigten Staaten aus einseitig waren; daß nämlich die Zollsenkungen der Vereinigten Staaten zwar die Beseitigung wesentlicher Einfuhrhindernisse darstellten, die Zollsenkungen der übrigen Staaten dagegen großenteils wegen des gleichzeitigen Bestehens von Kontingentierungen bedeutungslos waren.

War dieser Einwand auch vor 1950 oder 1951 gültig, so verlor er im Verlauf der Entwicklung während der nächsten vier Jahre einen großen Teil seines Gewichtes. In diesen Jahren wurde in den meisten Ländern ein erheblicher Teil der Kontingentierungen beseitigt und der Grad der Diskriminierung gegenüber der Einfuhr von Dollargütern reduziert. Diese

²) Siehe z. B. vom Verfasser: „Organizing for World Trade“ in: *International Conciliation* (Carnegie Endowment for International Peace, New York) Nov. 1955, S. 194 ff.

³) Vgl. hierzu die Beiträge von Eugen von Micksitz „Die

Welthandels-Charta“ in *Europa-Archiv* Mai 1948, S. 1329, August 1948, S. 1485, September 1948, S. 1547, und „Der Ausbau des Genfer Abkommens über Zölle und Handel“ in *Europa-Archiv* 4/1950, S. 2843.

Entwicklung ist zum großen Teil dem GATT und mit ihm dem Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) und dem Internationalen Währungsfonds (IMF) zu verdanken⁴.

Darüber hinaus diente das GATT den politischen Interessen der Vereinigten Staaten in vielfältiger Weise. Es erwies sich als verhältnismäßig wirksames Instrument für die Beilegung diffiziler Handelsstreitigkeiten nicht nur zwischen den Vereinigten Staaten und anderen Ländern, sondern auch zwischen den verschiedenen Verbündeten der Vereinigten Staaten. Der norwegisch-deutsche Sardinien-Disput, der indisch-pakistanische Streit um Kohle und Jute, der Streit zwischen Chile und Australien um Düngemittel sowie zwischen den Niederlanden und Großbritannien um die britische Einfuhrbesteuerung — all diese und viele andere Differenzen wurden auf elegante Weise durch die guten Dienste des GATT gelöst, was der politischen Einigkeit in der westlichen Welt zugute kam.

Während dieses Zeitraums von 1948 bis 1955 gründete sich die Beteiligung der Vereinigten Staaten am GATT auf die Konzeption, daß das GATT ein Abkommen der Exekutive war, das der Präsident im wesentlichen auf Grund der Befugnisse abgeschlossen hatte, die ihm durch das Trade Agreements Act von 1934 übertragen worden waren. Als Exekutivabkommen bedurfte es nicht der Zustimmung des Kongresses. Sicherlich hatte der Kongreß ausgiebige Möglichkeiten, eine Ueberprüfung nach Belieben vorzunehmen, denn das Trade Agreements Act wurde im Kongreß seit Bestehen des GATT nicht weniger als sechsmal debattiert und erneuert; und die Beteiligung der Regierung an den periodischen Zollverhandlungsrunden sowie ihre Befolgung vieler allgemeiner Regeln des GATT geschahen unter Berufung auf dieses Gesetz.

Das Versäumnis des Kongresses, sich formell mit der Frage der Beteiligung der Vereinigten Staaten am GATT zu befassen, kam nicht von ungefähr. Solange der Kongreß seine Zustimmung nicht erteilte, war das GATT einfach ein Abkommen, für das der Kongreß keinerlei gesetzliche oder moralische Verantwortung trug. Während der Dauer dieses Zustandes konnte nicht behauptet werden, daß der Kongreß verpflichtet sei, sich gesetzgeberischer Handlungen zu enthalten, die den Bestimmungen des GATT zuwiderlaufen. Unter diesen Umständen versprach sich keine Gruppe im Kongreß etwas davon, auf Behandlung der Frage zu drängen — weder die aktiven Gegner noch die zahlenmäßig schwächeren aktiven Befürworter des GATT. Es scheint, als wären seine Gegner nie sicher gewesen, ob ein Farbekennen zur

Frage des GATT — wie etwa der Antrag auf eine gesetzgeberische Maßnahme, deren Verabschiedung die Vereinigten Staaten zwingen würde, aus dem GATT auszuschneiden — mit Sieg oder Niederlage enden würde. Es bestand immer die Möglichkeit, daß eine solche Kraftprobe die Exekutive und ihre Stützen im Kongreß zwingen könnte, sich die tiefgreifenden politischen und wirtschaftlichen Folgen eines Ausscheidens aus dem GATT ins Bewußtsein zu rufen, was eine geharnischte Verteidigung der Institution zur Folge haben konnte.

Die Gegner des GATT entschieden sich daher für eine andere Strategie. Bewußt oder unbewußt bestand diese Strategie in einer Untergrabung der gesetzlichen Grundlage für die amerikanische Beteiligung am GATT. Bei jeder Erneuerung des Trade Agreements Act setzten sie sich beispielsweise für eine zusätzliche Beschneidung der Befugnisse des Präsidenten, über Zölle zu verhandeln, ein. 1948 wurde erstmals nach vierzehn Jahren eine „Gefahrenpunkt“-Klausel (peril-point) in das Gesetz aufgenommen; durch diese Abänderung wurde die Zollkommission aufgefordert, für jede den Verhandlungen unterliegende Ware einen Mindestzollsatz festzulegen, dessen Unterschreiten voraussichtlich eine Gefahr für die amerikanische Industrie bedeuten würde. Diese Bestimmung wurde wieder abgeschafft, aber 1951 wieder in Kraft gesetzt, diesmal in Verbindung mit einer „Ausweichklausel“ (Escapeclause). Diese Bestimmung kodifizierte eine bereits bestehende Verfahrensgewohnheit der Exekutive, die den Präsidenten zwang, ein vereinbartes Zollzugeständnis zurückzuziehen, falls die Zollkommission feststellte, daß das Zugeständnis einer amerikanischen Industrie ernsthaften Schaden zugefügt hat. 1954 wurde der Präsident aufgefordert, Zollsenkungen zu unterlassen, die nach seinen Feststellungen die für die nationale Verteidigung nötige Inlandproduktion gefährden würden. Schließlich wurde 1955 neben zahlreichen Erweiterungen der „Ausweichklausel“ dem Präsidenten die Befugnis übertragen, Beschränkungen der Einfuhren mit allen geeigneten Mitteln und in jedem notwendigen Ausmaß vorzunehmen, falls diese eine Bedrohung der nationalen Sicherheit darstellen sollten.

Diese Schritte waren im ganzen natürlich versteckt tendenziös. Auf die Beteiligung der Vereinigten Staaten am GATT richteten sich jedoch auch massive Angriffe. Eine solche Attacke vollzog sich 1950 in Form einer größeren Abänderung einer Bestimmung des Landwirtschaftsgesetzes (Agricultural Adjustment Act). Wie in vielen anderen Ländern, so machten sich damals auch in den Vereinigten Staa-

⁴) Vgl. Karl Schilling, „Der Europäische Wirtschaftsrat und das Abkommen über die Europäische Zahlungsunion“ in *Europa-Archiv* 8—9/1952, S. 4873 ff., insbes. 4886 ff., sowie die laufende Berichterstattung des Europa-Archivs über die

Tagungen des Ministerrats der OEEC. Zur Rolle des IMF bei der Liberalisierung vgl. Ivar Rooth, „Der Internationale Währungsfonds, Aufgaben und Funktionen“ in *Europa-Archiv* 6/1955, S. 7393 ff., insbes. S. 7395 f.

ten die Schwierigkeiten ihrer einander zuwiderlaufenden politischen Zielsetzungen in der Landwirtschaft und im Außenhandel unangenehm bemerkbar. Einerseits förderten die Vereinigten Staaten landwirtschaftliche Programme, die den Farmern Preise über den herrschenden Weltmarktpreisen garantierten; auf der anderen Seite versuchten sie, Zölle und andere Handelsschranken, durch die Einfuhren aus dem Ausland behindert wurden, herabzusetzen. Eins dieser Programme mußte sich dem anderen fügen.

Zunächst sollte das Programm für die einheimische Landwirtschaft dem Außenhandelsprogramm angepaßt werden. So bestimmte das Landwirtschaftsgesetz, daß Beschränkungen der Einfuhr, die in Verbindung mit einem Programm für die Stützung einheimischer Preise angewendet werden, zu unterbleiben hatten, soweit sie mit internationalen Abkommen, wie beispielsweise dem GATT, unvereinbar waren. Als sich im Kongreß jedoch die Erkenntnis auszubreiten begann, daß diese Bestimmung dem Präsidenten die Möglichkeit gibt, Einfuhrbeschränkungen auch dann zu vermeiden, wenn ein Programm zur Stützung der einheimischen Preise in Gefahr war,

kehrte der Kongreß seine Haltung sofort ins Gegenteil um. Wenn in der Folge eine Anpassung erforderlich war, mußte sich das Außenhandelsprogramm dazu bequemen.

Die unverhohlene Bezugnahme auf das GATT in der Gesetzgebung der Vereinigten Staaten sollte jedoch in einer Gesetzesabänderung zu finden sein, die zuerst im Gesetz über die Verlängerung von Handelsabkommen (Trade Agreements Extension Act) von 1951 auftrat und die seither in jede bedeutendere Gesetzesvorlage, die sich mit dem Außenhandel befaßte, aufgenommen wurde. Diese Bestimmung lautet:

„Die Inkraftsetzung dieses Gesetzes darf nicht dahingehend ausgelegt werden, daß sie die Billigung oder Ablehnung des Abkommens der Exekutive, das als Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen bekannt ist, durch den Kongreß ausdrückt oder andeutet.“

Der scheinbare Gleichmut dieser Erklärung hat niemanden zu täuschen vermocht, und ihre Verabschiedung muß als Sieg derer im Kongreß gewertet werden, die dem Abkommen aktiv feindlich gegenüberstehen.

Jüngste Entwicklungen in der Haltung der Vereinigten Staaten

Die Beteiligung der Vereinigten Staaten am GATT war nahezu prekär, als Präsident *Eisenhower* 1953 sein Amt antrat. In den vorhergehenden Jahren war die Gegnerschaft gegen die ITO und das GATT zum größeren Teil aus den Reihen der Republikaner und zum geringeren Teil aus denen der Demokraten gekommen, obgleich keine der Parteien das Monopol der Kritik beanspruchen konnte. Der Präsident vermochte jedoch den status quo ein Jahr lang dadurch zu erhalten, daß er die Berufung einer Kommission für Auswärtige Wirtschaftspolitik vorschlug. Dieses später als Randall-Kommission bekanntgewordene Gremium setzte sich aus vom Präsidenten ernannten Persönlichkeiten und aus Kongreßmitgliedern zusammen und sollte die Zielsetzungen der auswärtigen Wirtschaftspolitik des Landes überprüfen.

Die Kommission brachte im Januar 1954 einen Bericht und Empfehlungen hervor⁵. Da sich die Beratungen der Kommission hinter verschlossenen Türen vollzogen, können über die Fakten und Argumentationen, die sie hinsichtlich ihrer Empfehlungen zur Frage des GATT geleitet hatten, nur Schätzungen angestellt werden. Diese Empfehlungen hatten zumindest einen Anflug des Delphischen. Einerseits befürwortete die Kommission „multilaterale Verhandlungsmethoden von der Art der unter dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen entwickelten“, andererseits sah sich die Kommission veranlaßt, die

folgenden anscheinend kritischen Bemerkungen zum GATT zu machen:

„Die organisatorischen Bestimmungen des GATT sollten neuen Verhandlungen unterzogen werden, um die Funktionen der Vertragspartner auf die Förderung multilateraler Handelsbesprechungen, auf die Empfehlung allgemeiner Grundsätze der Handelspolitik zur Beratung durch die gesetzgebenden oder entsprechenden anderen Organe der einzelnen Länder sowie auf die Schaffung eines Forums zur Konsultation über Handelsstreitigkeiten zu beschränken. Die gemäß dieser Empfehlung in neuen Verhandlungen erarbeiteten Bestimmungen sollten dem Kongreß in der Form eines Vertrages oder einer gemeinsamen Entschließung zur Zustimmung unterbreitet werden.“

Bei oberflächlicher Betrachtung könnte der Anschein erweckt werden, als unterstützte die erste Empfehlung das GATT, während die zweite eine gewisse Gegnerschaft ausdrückt. Diese scheinbare Inkonsistenz klärt sich jedoch, wenn man die Betonung bemerkt, die in der zweiten Empfehlung auf den „organisatorischen Bestimmungen des GATT“ liegt. Was die Kommission anscheinend bezweckte, war — wenn auch alles andere als ausdrücklich — die Befürwortung des wesentlichen Inhalts der Zollbestimmungen des GATT und ihrer Ausführung, jedoch bei gleichzeitiger Kritik an der Form der Organisation, durch die sie ausgeführt werden.

Die „organisatorischen Bestimmungen“ des GATT bedürfen der Identifizierung und Definition. Orga-

⁵) Ueber den Randall-Bericht vgl. auch Gardner *Patterson*, „Die Entwicklung der amerikanischen Handelspolitik in der Nachkriegszeit“ in *Europa-Archiv* 24/1954, S. 7155 ff., insbes. S. 7162 f.

⁶) Commission on Foreign Economic Policy: „Report to the President and the Congress“, Washington: Govt. Print. Off. 1954. S. 49.

nisatorisch gesehen, unterscheidet sich das GATT von einem Gewebe ineinandergreifender bilateraler Abkommen in zwei bedeutsamen Punkten: Erstens entscheiden im Falle eines Streites um den Vorwurf einer Abkommensverletzung, den die betreffenden Mitglieder nicht unter sich zu schlichten vermögen, die Vertragspartner gemeinsam über den Tatbestand. Das heißt: die Signatarstaaten entscheiden nötigenfalls gemeinsam über die Auslegung des Abkommens im Hinblick auf eine bestimmte Sachlage; besteht über die Sachlage selbst Uneinigkeit, so fungieren sie als Untersuchungsorgan zu deren Klärung; und bietet sich keine andere Möglichkeit zur Schlichtung des Streites, so erteilen sie der geschädigten Partei die Befugnis, innerhalb gewisser Grenzen und auf eine bestimmte Art aktive Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Wären diese Entscheidungen nur mit Zustimmung der streitenden Parteien möglich, so verführe das GATT in einer Weise, die sich nicht merklich von einem Netz bilateraler Verpflichtungen unterschiede. Mindestens theoretisch können derartige Entscheidungen jedoch auch ohne die Zustimmung und sogar angesichts offener Ablehnung seitens einer der streitenden Parteien gefällt werden. Nur ein einfacher Mehrheitsbeschluß ist erforderlich. Zwar kann ein Staat, gegen den die Entscheidung angewandt wird, nach Belieben gänzlich aus dem GATT ausscheiden. Sobald aber eine internationale Entscheidung gegen dieses Land ausgesprochen wurde, ist seine Lage eine entschieden andere als die eines Staates, der ein unbefriedigendes bilaterales Abkommen kündigt.

Einen zweiten „organisatorischen“ Aspekt, der das GATT von einem bilateralen Netz unterscheidet, bilden die Bestimmungen für die Handhabung von Ausnahmegenehmigungen (waivers). Länder, die von einer Verpflichtung gemäß dem GATT befreit zu werden wünschen, können einen entsprechenden Antrag an die Signatarstaaten stellen, die dem Antragsteller durch gemeinsamen Beschluß von jeder seiner Verpflichtungen entbinden können. Während die Gewährung von Ausnahmegenehmigungen hinsichtlich einer zolltariflichen Verpflichtung einstimmige Zustimmung erfordert, werden bezüglich der meisten übrigen aus dem GATT erwachsenden Verpflichtungen Ausnahmegenehmigungen durch einfache Mehrheit oder durch Zustimmung von zwei Dritteln der an der Abstimmung teilnehmenden Länder erteilt. Dies bedeutet, daß ein Mitgliedstaat seiner Rechte einem anderen gegenüber ohne seine Einwilligung entkleidet werden kann — wobei wiederum das Theoretische dieser Bestimmung hervorgehoben werden muß. Es bleibt ihm die, allerdings wenig verlockende, Alternative, sich gänzlich aus dem GATT zurückzuziehen.

Soweit man berechtigt ist, die Empfehlungen der Randall-Kommission zum GATT zu erläutern, scheint die passendste Erklärung die zu sein, daß die Kommission ihrer Unzufriedenheit über die eben beschriebenen Bestimmungen mit der Begründung Ausdruck verlieh, daß sie vertragsgemäß die Rechte eines Landes berühren könnten, ohne daß dessen Einwilligung erwirkt wird. In der Reaktion des Präsidenten auf diese Empfehlungen war hingegen von dieser Befürchtung nicht die geringste Andeutung zu entdecken. Vielleicht war er sich dessen bewußt, daß im GATT diese Befugnisse mit einer Ueberlegung und Zurückhaltung ausgeübt wurden, die wenig zu wünschen übrigließ. Jedenfalls bemerkte der Präsident zwei Monate nach Veröffentlichung des Berichtes der Kommission zu den das GATT betreffenden Empfehlungen:

„Ich werde ohne Verzug dieser Empfehlung (der Kommission) gemäß handeln. Gleichzeitig werde ich den übrigen Vertragspartnern eine Ueberprüfung der einschlägigen Bestimmungen des Abkommens nahelegen, um ein einfacheres, stärkeres Werkzeug zu schaffen, das zur Entwicklung eines funktionsfähigen Welthandelssystems mit größerer Wirksamkeit beiträgt.“

Im Herbst 1954 führten die Mitgliedstaaten des GATT in Genf Verhandlungen, in deren Verlauf Vorschläge zur Errichtung einer Organisation für Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Handels (OTC) ausgearbeitet wurden. Diese Vorschläge wurden bereits in einem Beitrag im Europa-Archiv behandelt⁸. Die OTC wäre im Effekt eine verhältnismäßig einfache, kompakte Organisation, deren wesentlichste Funktion darin bestünde, der Anwendung des GATT die Wege zu ebnen. Nach den Bestimmungen der OTC könnten die Mitglieder des GATT einige ihrer Entscheidungsfunktionen einem siebzehnköpfigen Exekutiv-Ausschuß übertragen. Darüber hinaus würde das Sekretariat des GATT mit der Hilfe der OTC eine Stabilität erhalten, die es bisher noch nicht genossen hat. Der größere Teil der Operationen unter dem GATT würde jedoch nicht spürbar verändert werden.

Die Mitgliedschaft der Vereinigten Staaten in der OTC bedarf im Gegensatz zu ihrer Beteiligung am GATT der Zustimmung des Kongresses, denn während das GATT ein Abkommen der Exekutive darstellt, ist die OTC eine zwischenstaatliche Organisation. Aus praktischen Gründen bedarf die Beteiligung der Vereinigten Staaten an jeder zwischenstaatlichen Organisation der Zustimmung des Kongresses, und sei es aus keinem anderen als dem ziemlich prosaischen Grunde, daß ausdrücklich für den Unterhalt der Organisation angeforderten finanziellen Zuwen-

⁷) „Recommendations Concerning US Foreign Economic Policy“ in: *Department of State Bulletin*, Vol. XXX, Nr. 773, 19. 4. 1954, S. 604.

⁸) Gerhard Schiffler: „Die Revision des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT)“ in Folge 21/1955, S. 8337 bis 8348.

dungen beim Fehlen einer entsprechenden Zustimmungsakte in den Sitzungen des Kongresses auf Grund einer Geschäftsordnungsfrage widersprochen werden kann.

In Anerkennung dieses Erfordernisses unterbreitete der Präsident das OTC-Abkommen im Frühjahr 1955 dem Kongreß mit dem Ersuchen, ihm durch eine Entschließung der beiden Häuser die Befugnis zur Beteiligung an der Organisation zu erteilen. Der Entschließungsantrag lag mehrere Monate lang dem Bewilligungsausschuß des Repräsentantenhauses vor

und warb neben Steuergesetzesvorlagen, Gesetzesentwürfen für die Vereinfachung der Zollabfertigung und anderen Vorlagen um Beachtung. Im Sommer wurde es augenscheinlich, daß die Entschließung vor der erwarteten frühzeitigen Vertagung des Kongresses nicht mehr von beiden Häusern verabschiedet werden konnte. Daher zog das Weiße Haus den Antrag zurück, wobei jedoch zu Protokoll gegeben wurde, daß die Vorlage in der Sitzungsperiode von 1956 als dringendster Punkt der Tagesordnung wieder eingebracht werden würde⁹.

Die derzeitige politische Konstellation

Bei einer Prognose über das voraussichtliche Schicksal des OTC-Antrages im Kongreß der Vereinigten Staaten kann von der festen Annahme ausgegangen werden, daß die Öffentlichkeit der Vereinigten Staaten einer allmählichen Beseitigung der Handelschranken in der Welt und einer internationalen Zusammenarbeit zu diesem Zwecke im wesentlichen wohlgesinnt gegenübersteht. Eine Vielzahl von Befragungen der öffentlichen Meinung hat beständig auf diese Folgerung hingedeutet.

Das ist jedoch lediglich der Ausgangspunkt jeglicher politischen Analyse hinsichtlich der Aussichten der OTC. Denn der Druck, der in solchen Angelegenheiten auf die Legislative ausgeübt wird, rührt in den Vereinigten Staaten ebenso wie in anderen Ländern zum unverhältnismäßig großen Teil von besonderen Interessengruppen her, und diese sind wie gewöhnlich auf der Seite, die Importrestriktionen fordert, ausgeprägter und besser organisiert als auf der Seite der Anhänger einer liberalen Handelspolitik.

Die Geschichte der amerikanischen Gesetze und Verträge über Zolltarife veranschaulicht die Tatsache, daß der Kongreß unter dem bestehenden Regierungssystem der Vereinigten Staaten und bei der bestehenden Struktur amerikanischer politischer Gruppierungen bei der Behandlung einzelner Zolltarife mit überwiegender Wahrscheinlichkeit auf eine stärkere Protektion hinarbeitet. Das liegt zum Teil daran, daß die Parteidisziplin, gemessen an der Norm der meisten europäischen Parlamente, schwach ist und daß der Regierung die schlagkräftige Waffe der Vertrauensfrage fehlt. Wenn daher vor dem Kongreß einzelne Zolltarife behandelt werden, ist die Möglichkeit, alle Tarife auf der Grundlage eines allgemein angewandten Prinzips zu behandeln, gering. Jeder Tarif wird im Lichte der Sonderinteressen der betroffenen Wirtschaftsgruppe behandelt.

Hieraus ergibt sich, daß das Niveau der Zölle in einer Vorlage über Zolltarife, die einzeln debattiert und votiert werden, nicht unbedingt die allgemeine Ansicht der Kongreßmitglieder widerzuspiegeln

braucht, die über sie entscheiden. Sie stellen lediglich die Summe der Ansichten besonderer Interessengruppen dar, die zueinander in keiner Beziehung stehen. Die betreffenden Kongreßmitglieder waren zuweilen über das Produkt ihrer eigenen Bemühungen nicht weniger bestürzt als die Öffentlichkeit, die das Ergebnis zu ertragen hatte.

Diese Erscheinung konnte bei der Verabschiedung des berichtigten Hawley-Smoot-Gesetzes über Zolltarife von 1930, das die höchsten in der Geschichte der Vereinigten Staaten bekannten Zolltarife schuf, zuletzt in allen Einzelheiten beobachtet werden. Senator *Vandenberg*, der als Führer der republikanischen Kongreßmehrheit großen Respekt genoß, machte sich zum Sprecher der Bitterkeit vieler Kongreßmitglieder, als er äußerte: „Die Methode des Kongresses, Zolltarife festzusetzen, ist ein Greuel. Ihr fehlt jegliches Element wirtschaftlicher Wissenschaftlichkeit oder Rechtfertigung.“ Diese Ansicht wird immer noch von einem erheblichen Teil der Kongreßmitglieder vertreten, obgleich die Spanne von 26 Jahren, die seit der Verabschiedung des letzten allgemeinen Zolltarifgesetzes verstrichen sind, das Erinnerungsvermögen des Kongresses in beträchtlichem Maße verdunkelt hat.

Der OTC-Antrag hätte keinerlei Aussichten auf Erfolg im Kongreß von 1956 — ebensowenig wie irgendein anderer Abschnitt eines liberalen Handelsprogrammes —, falls der Kongreß bei der Debatte zolltariflicher Maßnahmen auf sein Verfahren aus der Zeit vor 1934 zurückverfallen und die Zolltarife für jedes Produkt einzeln behandeln sollte. Es besteht eine gewisse Gefahr, daß dies geschieht. Eine Strömung in dieser Richtung zeichnete sich schon während der letzten Jahre bei jeder Debatte über die Erneuerung des Trade Agreements Act ab, und sie könnte leicht eine starke Beschleunigung erfahren. In einem solchen Falle stünde mehr als nur die OTC auf dem Spiele.

Die Analyse erhält aber eine andere Wendung, wenn vorausgesetzt wird, daß der Kongreß die OTC mit dem gleichen Grad an Allgemeinbezogenheit debattiert, der die Diskussion der Erneuerungen des

⁹) Das ist inzwischen geschehen, Vgl. Anmerkung 1.

Trade Agreements Act vorwiegend kennzeichnete¹⁰. Um die politischen Möglichkeiten unter diesen Umständen abschätzen zu können, muß in Rechnung gestellt werden, daß die Rolle der beiden großen Parteien hinsichtlich der Zollfrage gegenwärtig eine merkwürdige Wandlung durchmacht. Es gab eine Zeit, in der die Demokraten die traditionelle Partei der niedrigen Zölle waren und die Republikaner die traditionelle Partei der hohen Zölle. Das Vorherrschen dieser Einstellungen war das Ergebnis einer Vielzahl von Faktoren. Der Hauptgrund war jedoch zweifellos in der Tatsache zu suchen, daß die Demokraten einen großen Teil ihrer Stärke aus den landwirtschaftlichen Gebieten des Südens und Westens herleiteten, während die Republikaner sich auf die Unternehmerkreise des Nordens stützten. Viele Jahre hindurch neigte der Farmer aus dem Süden und Westen dazu, sein Interesse mit dem Freihandel gleichzusetzen, da er von der Einfuhr billiger Fertigwaren und von der Ausfuhr seiner Erzeugnisse profitieren wollte. Für die Unternehmerkreise des Nordens bedeutete dagegen der Ausschluß billigerer Einfuhren einen Gewinn.

Während der letzten zwanzig Jahre hat sich diese verhältnismäßig klare Unterscheidung zwischen Republikanern und Demokraten jedoch allmählich verwischt. Einmal betrachten die Farmerkreise die Einfuhr von Fertigwaren nicht mehr als für ihr Wohlergehen von Belang. Statt dessen versprechen sie sich jetzt von Programmen für die Stützung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise wesentliche Vorteile. Da diese Programme gewöhnlich Einfuhrbeschränkungen nötig machen, um wirksam zu sein, sind Farmerkreise, die bisher traditionsgemäß — und auf der Grundlage dessen, was sie als Sache des Prinzips ansahen — Einfuhrbeschränkungen ablehnten, dazu übergegangen, sie als bedeutendes und wesentliches Instrument zu fördern. Mehr noch: diese Gruppen zeigen die Tendenz, die unumschränkte Anwendung von Exportsubventionen für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu befürworten — eine Maßnahme, die auf eine liberale Handelspolitik nicht weniger vernichtend wirkt als Importrestriktionen.

Gleichzeitig konnten bei den industriellen Interessentenkreisen der Vereinigten Staaten erste Anzeichen dafür festgestellt werden, daß sie sich von einem Teil ihrer Besorgnisse um die ausländische Konkurrenz

befreit haben. Organisationen wie das Komitee für Wirtschaftsentwicklung (Committee for Economic Development) und das Komitee für nationale Handelspolitik (Committee for a National Trade Policy), die sich beide zum großen Teil auf industrielle Interessentenkreise stützen, haben der Bewegung für einen Abbau der Handelsschranken starke Impulse verliehen¹¹. Dies geht so weit, daß das Element unter den Wirtschaftlern der Vereinigten Staaten, das einer weiteren Senkung der Zolltarife wohlgesinnt gegenübersteht, heute anscheinend diejenigen überwiegt, welche die Angelegenheit auf sich beruhen lassen möchten. Jedenfalls überwiegen diese Kreise jene um ein Vielfaches, die eine Erhöhung der bestehenden Tarife anstreben¹².

Einige der für diese Verschiebung maßgeblichen Gründe sind fast augenscheinlich; andere dagegen sind vielschichtiger Natur. Da ist zunächst einmal die Tatsache, daß sich die Vorteile der Vereinigten Staaten auf den Märkten der Welt im Laufe der Jahrzehnte zugunsten ihrer industriellen Erzeugung verlagert haben. Die chemische Industrie, der Maschinenbau und die Textilindustrie sind heute in der Lage, in der Konkurrenz mit den entsprechenden europäischen Industrien auf den Märkten dritter Länder erhebliche Erfolge zu verzeichnen. Außerdem ist die amerikanische Industrie allmählich dazu übergegangen, sich in immer stärkerem Maße auf die Einfuhr der für sie notwendigen Grundstoffe zu verlassen. Die Ergebnisse der sogenannten „Kommission des Präsidenten für Grundstoffpolitik“, die 1952 veröffentlicht wurden¹³, haben in den maßgebenden Persönlichkeiten der amerikanischen Industrie einen tiefen Eindruck hinterlassen, denn diese Ausführungen veranschaulichten lebhaft den Uebergang der Vereinigten Staaten von einem grundstoffexportierenden zu einem grundstoffimportierenden Land.

Ein zweiter Gedankenkomplex bietet jedoch noch eine Erklärung für diesen Meinungswandel. Dies ist die wachsende Einsicht verschiedener Elemente der amerikanischen Öffentlichkeit — der Industrie, der Arbeitnehmerschaft, der Landwirtschaft und des Militärs —, daß die Kriegführung im großen Maßstab, ob mit herkömmlichen oder atomaren Waffen, Lebensraum erfordert. Wenn auch letztlich keine noch so weitgehende Streuung genügt, so erscheint doch

¹⁰) Anmerkung der Redaktion: Eine solche allgemeinbezogene Studie hat am 4. Januar 1956 der Unterausschuß für Außenhandelspolitik in seinem Bericht an den Gemeinsamen Ausschuß des Kongresses für den Wirtschaftsbericht (Joint Committee on the Economic Report) vorgelegt. Der Unterausschuß empfahl eine weitgehende Liberalisierung des amerikanischen Außenhandels und eine großzügige Zollpolitik.

Zur Begründung seiner Vorschläge verwies der Unterausschuß auf die Notwendigkeit, der kommunistischen Wirtschaftsoffensive durch engste wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den freien Nationen entgegenzutreten. In dem Bericht heißt es: „Wir sollten in stärkerem Maße nicht nur die rein wirtschaftlichen, sondern auch die psychologischen Auswirkungen beachten, die Entscheidungen unserer Innenpolitik

nach sich ziehen, wenn sie unsere auswärtigen Wirtschaftsbeziehungen beeinflussen. Wir sollten beachten, daß unsere alltäglichen Handlungen oft eine deutlichere Sprache sprechen als allgemeine Lippenbekenntnisse über unsere guten Absichten.“ (Zit. nach *The New York Times*, Nr. 37775 vom 5. Januar.)

¹¹) Vgl. Werner Gebauer: „Vorschläge des amerikanischen Unternehmertums zur Verhütung einer Wirtschaftskrise“ in *Europa-Archiv* 18/1954, S. 6883—6890.

¹²) R. A. Bauer und andere: „What Foreign Trade Policy Does American Business Want?“, Center for International Studies, M.I.T., Cambridge, Mass. Feb. 1955.

¹³) „Resources for Freedom“, Washington: Govt. Print. Off. 1952.

fürs erste die weltweite Verteilung der Industrie und der für einen Gegenschlag erforderlichen Kräfte eine unumgängliche Notwendigkeit zu sein. An den Kriterien moderner Kriegführung gemessen, sind die Vereinigten Staaten vielleicht ein „kleines“ Land geworden. Die Erkenntnis, daß dem so sein könnte, macht sich in verschiedenen Kreisen der Vereinigten Staaten bemerkbar und wird voraussichtlich bei der Außenhandelsdebatte im amerikanischen Kongreß im Verlauf dieses Jahres eine gewisse Rolle spielen.

Trotz alledem bleiben empfindliche Angriffsflächen frei, an denen die OTC und das GATT verwundbar sein könnten: einmal die „organisatorischen Bestimmungen“, eben jene, über die sich die Randall-Kommission anscheinend aufgehalten hat und die ihre Empfehlungen zum GATT beeinflußt zu haben scheinen. Die Abweichung von der Regel der Einstimmigkeit, die den Kern dieser Bestimmungen ausmacht, wird den Kritikern des GATT einen Sammelpunkt für eine nicht unbedeutende Gruppe bieten, die ein derartiges Abkommen als ungehörlichen Eingriff in die Souveränität auffassen möchte.

Ein weiterer Punkt, bei dem die Kritiker des GATT einhaken werden, ist die Tatsache, daß einige seiner Bestimmungen, wie die eines jeden komplizierten internationalen Vertrages, in ihrer Bedeutung zuweilen nicht ganz präzise sind. Das öffnet den verschiedensten hypothetischen Auslegungen Tür und Tor, die, obgleich weit davon entfernt, die Absichten der Vertragsparteien wiederzugeben, dem Wortlaut nach nicht ausgeschlossen sind. Es ist möglich, unter der Annahme einer schlecht beratenen Exekutive der Vereinigten Staaten, eines unverantwortlich handelnden Außenministers und eines feindlich gesinnten und zügellosen Gremiums von Signatarstaaten der OTC, zahlreiche hypothetische Gefahren anschaulich darzustellen, die durch die Beteiligung der Vereinigten Staaten am GATT und an der OTC heraufbeschwoeren werden könnten. Man kann sicher sein, daß die Kritiker des GATT diese Möglichkeiten gründlich ausmalen werden.

Eine wieder andere Richtung, in der die Inquisition im Zuge des Angriffs auf die OTC wahrscheinlich vorgetrieben werden wird, ist die Abwägung der relativen Vorteile, die einerseits aus globalen Handelsorganisationen, wie sie durch das GATT repräsentiert werden, und andererseits aus regionalen Zusammenschlüssen von der Art der OEEC erwachsen. Man muß sich darüber klar sein, daß die Idee der Organisation des Welthandels auf der Basis regionaler Gruppierungen nicht nur den protektionistischen Interessentenkreisen Europas, sondern auch ähnlich gesinnten amerikanischen Gruppen bestimmte Attraktionen bietet. Beide Kreise würden Absprachen begrüßen, welche die Möglichkeit eines weniger ausgedehnten Handels zwischen Europa und den Vereinigten Staaten böten. Infolgedessen findet sich eben-

so, wie gewöhnlich Spuren eines anti-amerikanischen Geistes in den westeuropäischen Vorschlägen für eine Zollunion zu entdecken sind, auch in der amerikanischen Unterstützung dieses Projektes der Niederschlag eines anti-europäischen Geistes.

Das soll beileibe nicht heißen, daß Personen beiderseits des Atlantischen Ozeans, welche die Integration Westeuropas fördern, ausnahmslos protektionistisch gesinnt sind. Der wesentliche Teil der Unterstützung derartiger Bewegungen kommt heute von Menschen, die um eine Ausweitung des Welt handelsvolumens bemüht sind, die jedoch für einen bedeutenderen Abbau der Handelsschranken nur auf regionaler Basis Möglichkeiten sehen. In der Befolgung von Zielsetzungen dieser Art finden sich merkwürdige Bundesgenossen zusammen. Die ersten Anzeichen protektionistischer Unterstützung einer regionalen Verfahrensweise im Bereich des Handels machen sich in den Vereinigten Staaten bereits bemerkbar.

Die Ausschachtung dieser Punkte in der Diskussion um die OTC macht weitgehende und zeitraubende Ausschusssitzungen notwendig, und es ist sehr wahrscheinlich, daß die Gelegenheit für ausgedehnte Stellungnahmen vor den Ausschüssen des Repräsentantenhauses und des Senats, die sich mit dem OTC-Antrag zu befassen haben, gesucht wird. Daß diese Strategie Erfolg haben wird, ist im Bewilligungsausschuß des Repräsentantenhauses weniger wahrscheinlich als im Finanzausschuß des Senats. Es ist zu erwarten, daß der Senatsausschuß am Wortlaut des OTC-Abkommens und des dazugehörigen Dokumentes, des GATT, Wort für Wort und Satz um Satz zerpflücken und dabei die wahrscheinlichen und die unwahrscheinlichen Auslegungsmöglichkeiten erforschen wird. Da dies eine völlig legitime und berechtigte Funktion eines Ausschusses der Legislative ist, wird es schwer sein, den Vorwurf, daß der taktische Zweck dieser Siebung die Verhinderung einer Verabschiedung der Vorlage sei, mit belegbarem Material zu unterbauen.

Ausgedehnte Ausschußuntersuchungen sind in einem Jahr der Präsidentschaftswahl wie 1956 für die Gesetzgebung stets von Uebel. Man muß sich darum in aller Nüchternheit mit der Möglichkeit auseinandersetzen, daß der Kongreß es schließlich unterlassen könnte, sich noch in diesem Jahr hinsichtlich der OTC zu entscheiden, oder, was noch gefährlicher wäre, daß eine Kompromißvorlage eingebracht und verabschiedet werden könnte, welche die Beteiligung der Vereinigten Staaten an der OTC grundsätzlich erlaubt, sie jedoch von Bedingungen abhängig macht, die nur durch eine Umwandlung der Natur der Organisation erfüllt werden könnten. Diese Gefahren können nicht ohne weiteres vermieden werden. Ihre Meisterung ist nur dann wahrscheinlich, wenn die amerikanische Regierung bereit ist, die Frage zu einer Angelegenheit allergrößter Bedeutung zu erheben.

Übersetzung: Friedrich K. Boettcher, Frankfurt.

Die Dollarlücke als Störungsfaktor im internationalen Handel

Von Dr. Karl Sanders

Unter „Dollarlücke“ wird heute im allgemeinen dreierlei verstanden. Geht man von der gesamten Nichtdollarwelt — worunter hier die Welt außerhalb der Vereinigten Staaten verstanden werden soll — aus, so kann die Dollarlücke

1. als das Defizit der Waren- und Dienstleistungsbilanz,
2. als das Defizit der Leistungs- und Kapitalbilanz,
3. als das Defizit der Leistungs- und Kapitalbilanz einschließlich der amerikanischen Wirtschafts- und Militärhilfe

der Nichtdollarwelt gegenüber den Vereinigten Staaten definiert werden. 2. wird oft als „kommerzielle Dollarlücke“ bezeichnet. Geht man von einzelnen Gebieten, wie beispielsweise von Westeuropa oder von der Bundesrepublik, aus, so wird als Dollarlücke häufig auch das Defizit mit den Vereinigten Staaten und Kanada oder darüber hinaus mit dem gesamten Dollarraum, d. h. mit allen überseeischen Ländern, deren Währung frei in US-Dollar konvertierbar ist, verstanden. Für die Beurteilung der Entwicklung der Dollarlücke dürfte es allerdings nicht sehr ins Gewicht fallen, ob man nur das Defizit im Zahlungsverkehr mit den Vereinigten Staaten oder mit einem weiteren Kreis von Dollarländern zugrunde legt. Für das erstere spricht, daß es vom Standpunkt der statistischen Erfassung weniger Schwierigkeiten bereitet.

Die sogenannte kommerzielle Dollarlücke stellt vornehmlich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges den wesentlichsten Störungsfaktor im internationalen Handel dar. Sie resultiert letzten Endes aus dem

wirtschaftlichen Ungleichgewicht der westlichen Welt und ist damit eine strukturelle, langfristige Gegebenheit der Weltwirtschaft der Nachkriegszeit, mit der zweifellos noch für viele Jahre gerechnet werden muß. Die Bedingungen, die den fundamentalen Tatbestand des Ungleichgewichts zwischen Dollar- und Nichtdollarwelt geschaffen haben, sind in der Hauptsache die Verlagerungen im Welthandel (weitgehender Ausfall der Ostblockstaaten), denen zufolge der heutige Weltmarkt gespalten und verkrampft ist; die Diskrepanz zwischen der Produktivität in den Vereinigten Staaten und der in der übrigen Welt, die dauernde Verschiebungen verursacht und daher dauernde Anpassungen notwendig macht; die mangelnde Einfuhrbereitschaft der Vereinigten Staaten und die Schwierigkeiten des amerikanischen Marktes an sich, die eine erhöhte Ausfuhr der übrigen Länder nach den Vereinigten Staaten ernstlich behindern; und schließlich die auf politischen, wirtschaftlichen und anderen Gründen beruhenden Hemmungen des internationalen Kapitalverkehrs, die den Abfluß vorhandener Warenüberschüsse beeinträchtigen. In dem Maße, in dem diese Bedingungen korrigiert werden können, wird sich auch die Dollarlücke verengen bzw. ganz schließen¹.

Nachstehend soll zum Problem der Dollarlücke ein Beitrag in der Form geleistet werden, daß die jüngste Entwicklung der Dollarbilanzen der gesamten Nichtdollarwelt, Westeuropas sowie der Bundesrepublik aufgezeigt und zu einigen aktuellen, die Dollarlücke betreffenden Fragen Stellung genommen wird.

1. Das statistische Bild

a) Die Dollarlücke der Nichtdollarwelt

Die Entwicklung der Dollarlücke der Nichtdollarwelt ist ersichtlich aus ihrer Zahlungsbilanz mit den Vereinigten Staaten.

Aus der nachstehenden Tabelle wird einmal die an sich bekannte Tatsache ersichtlich, daß die Waren- und Dienstleistungsbilanz der Nichtdollarwelt mit den Vereinigten Staaten nach wie vor stark passiv ist. Den höchsten Stand hatte das Defizit im Jahre 1947. Von da ab verringerte es sich bis 1950, wo es nur noch 1,8 Milliarden \$ betrug. Ab 1950 stieg es mit Unterbrechungen wieder an. Im Jahre 1954 wies es wieder den beachtlichen Betrag von 4,3 Milliarden \$

auf. Die beträchtliche Zunahme von 1953 auf 1954 ist darauf zurückzuführen, daß die Ausfuhr der Nichtdollarwelt nach den Vereinigten Staaten — zweifellos zum wesentlichen Teil auf Grund der dortigen Konjunkturabschwächung — weiter zurückging, während die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten wieder anstieg.

Die amerikanische Militärhilfe ist in der Zahlungsbilanz nicht enthalten, da es sich um unentgeltliche Lieferungen militärischer Ausrüstung handelt, die auf die Zahlungsbilanz ohne Einfluß sind.

¹) Vgl. hierzu Matthias Schmitt, „Das deutsche Dollarproblem“, Frankfurt a. M. 1953, S. 55—56.

Die Zahlungsbilanz der Nichtdollarwelt mit den USA 1946—1954

Dargestellt an der Zahlungsbilanz der USA*

in Milliarden \$

	1946	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954
Ausfuhr an Waren u. Diensten nach USA	7,0	8,3	10,3	9,6	12,1	15,1	15,8	13,9	13,3
Einfuhr an Waren u. Diensten aus USA	14,7	19,7	16,5	15,7	13,9	18,7	18,1	17,0	17,6
Waren- u. Dienstleistungsbilanz	— 7,7	— 11,4	— 6,2	— 6,1	— 1,8	— 3,6	— 2,3	— 3,1	— 4,3
<i>Ausgleich der Waren- und Dienstleistungsbilanz:</i>									
Privater Kapitalexport aus USA und Schenkungen Privater (netto)	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,9	+ 2,0
USA-Wirtschaftshilfe, Ausgaben der amerikanischen Truppen im Ausland (ohne amerikanische Militärhilfe) .	+ 5,2	+ 8,8	+ 4,6	+ 5,8	+ 3,7	+ 3,2	+ 2,5	+ 4,7	+ 4,1
Statistische Korrekturen . . .	— 0,2	— 1,0	— 1,1	— 0,9	— 0,1	— 0,7	— 0,5	— 0,2	— 0,1
Zuwachs der Gold- u. Dollarreserven der Nichtdollarwelt (Zuwachs —, Abnahme +)	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,1	— 3,6	— 0,4	— 1,2	— 2,3	— 1,7
Saldo der Ausgleichsposten .	+ 7,7	+ 11,4	+ 6,2	+ 6,1	+ 1,8	+ 3,6	+ 2,3	+ 3,1	+ 4,3

*) Nach Angaben des United States Department of Commerce.

Aus der Tabelle ist ferner zu ersehen, daß das Defizit der Waren- und Dienstleistungsbilanz der Nichtdollarwelt auch durch den privaten Kapitalexport aus den Vereinigten Staaten (einschließlich Schenkungen) nicht ausgeglichen wird. Die einzige Ausnahme bildet hier das Jahr 1950. Die Tabelle zeigt aber vor allem deutlich, welche große Bedeutung der amerikanischen Wirtschaftshilfe und den Ausgaben der amerikanischen Truppen im Ausland neben dem privaten amerikanischen Kapitalexport für den Ausgleich der Waren- und Dienstleistungsbilanz der Nichtdollarwelt mit den Vereinigten Staaten zukommt. In den Jahren 1950 bis 1954 waren diese Ausgleichsposten sogar größer als das Defizit der Waren- und Dienstleistungsbilanz, was wesentlich zu der Erhöhung der Gold- und Dollarreserven der Nichtdollarwelt beigetragen hat.

Wenn die jährlichen Veränderungen nicht mit den Veränderungen der Reserven in der nachstehenden Tabelle über die Zahlungsbilanz der Nichtdollarwelt mit den Vereinigten Staaten übereinstimmen, so beruht dies in der Hauptsache darauf, daß in der vorstehenden Tabelle nicht nur die sich aus dem Zahlungsverkehr mit den Vereinigten Staaten ergebenden Veränderungen, sondern auch die Neuzugänge aus der laufenden Goldproduktion enthalten sind. 1954 entfielen von einem Zugang von rund 2,2 Milliarden \$ auf Neuzugänge aus der laufenden Goldproduktion 0,6 Milliarden \$, während die restlichen 1,6 Milliarden \$ aus dem Zahlungsverkehr mit den Vereinigten Staaten stammten. Auf Grund der Zunahme der Gold- und Dollarreserven hat sich in den

meisten Ländern auch ihr Verhältnis zur Einfuhr verbessert, das in der Regel als Maßstab für die Angemessenheit der Währungsreserven herangezogen wird.

Gold- und Dollarreserven der Nichtdollarwelt* 1948—1954

in Millionen \$

	Goldbestände	Dollar Guthaben	zusammen	ferner internationale Organisationen**
Ende 1948	9 036	5 814	14 850	.
„ 1949	9 350	5 965	15 315	.
„ 1950	11 510	7 627	19 137	.
„ 1951	11 554	7 661	19 215	3 171
„ 1952	11 333	9 136	20 469	3 287
„ 1953	12 916	10 148	23 064	3 331
„ 1954	13 819	11 188	25 007	3 560

*) Nach Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich:

23. Jahresbericht 1952/53, Seite 159,

24. „ 1953/54, Seite 184,

25. „ 1954/55, Seite 154.

**) Insbesondere Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Vereinte Nationen; Angaben erst ab 1951 verfügbar.

b) Die Dollarlücke Westeuropas

Die Dollarlücke Westeuropas wird üblicherweise auch an der Zahlungsbilanz Westeuropas mit den Vereinigten Staaten gemessen. Da die statistischen Erfassungsmethoden des amerikanischen Department of Commerce verschiedentlich geändert worden sind, liegen nur für die Jahre 1953 und 1954 vergleichbare Zahlen vor.

**Die Zahlungsbilanz Westeuropas* mit den USA
1953—1954****

Dargestellt an der Zahlungsbilanz der USA
in Milliarden \$

	1953	1954
Ausfuhr an Waren u. Diensten nach USA	3,7	3,5
Einfuhr an Waren u. Diensten aus USA	4,3	4,9
Waren- u. Dienstleistungsbilanz . . .	— 0,6	— 1,4
Ausgleich der Waren- und Dienstleistungsbilanz:		
Privater Kapitalexport aus USA u. Schenkungen Privater (netto) . . .	+ 0,1	+ 0,4
USA-Wirtschaftshilfe, Ausgaben d. ameri- kanischen Truppen im Ausland (ohne amerikanische Militärhilfe)	+ 2,2	+ 2,2
Statistische Korrekturen	+ 0,4	+ 0,3
Zuwachs der Gold- und Dollarreserven Westeuropas (Zuwachs —, Abnahme +)	— 2,1	— 1,5
Saldo der Ausgleichsposten	+ 0,6	+ 1,4

*) OEEC-Länder sowie Finnland, Jugoslawien und Spanien, ohne abhängige Gebiete.

**) Nach Angaben des United States Department of Commerce.

Ein Bild von der Entwicklung der Dollarbilanz Westeuropas über einen längeren Zeitraum geben die folgenden beiden Tabellen.

Zahlungsbilanz-Saldo* Westeuropas mit den USA
1950—1954*****

in Millionen \$

1950	— 1 006
1951	— 2 096
1952	— 1 042
1953	— 697
1954	— 1 481

*) Waren und Dienste (ohne Militärhilfe und militärische Ausgaben), private Geldsendungen, privater amerikanischer Kapitalexport und amerikanische Regierungsanleihen.

**) Ohne abhängige Gebiete.

***) United Nations World Economic Report 1953/1954, Seite 111.

**Außenhandel der OEEC-Länder* mit den USA
1946—1954****

in Millionen \$

1946	— 2 281
1947	— 4 819
1948	— 3 530
1949	— 3 671
1950	— 1 919
1951	— 2 604
1952	— 2 102
1953	— 854
1954	— 1 427

*) Ohne abhängige Gebiete.

**) OEEC Statistical Bulletin, Oktober 1955.

Ebenso wie in der gesamten Nichtdollarwelt hat sich auch in Westeuropa das Defizit der Waren- und Dienstleistungsbilanz mit den Vereinigten Staaten von 1953 auf 1954 wieder erhöht, was sowohl auf den Rückgang der westeuropäischen Ausfuhr nach

den Vereinigten Staaten wie auf die Zunahme der westeuropäischen Einfuhr aus den Vereinigten Staaten zurückzuführen ist. Aber auch hier ist das Defizit der Waren- und Dienstleistungsbilanz weit überkompensiert worden durch die amerikanische Wirtschaftshilfe, die Ausgaben der amerikanischen Truppen in Westeuropa und den privaten amerikanischen Kapitalexport, so daß die westeuropäischen Gold- und Dollarreserven weiter aufgestockt werden konnten, wobei jedoch die Zunahme 1954 geringer war als 1953.

Gold- und Dollarreserven Westeuropas* 1948—1954**
in Millionen \$

	Gold- bestände	Dollar- guthaben	zusammen
Ende 1948	5829	2564	8393
„ 1949	5912	2731	8643
„ 1950	7779	3273	11052
„ 1951	7470	3380	10850
„ 1952	7396	4255	11651
„ 1953	8859	5266	14125
„ 1954	9801	6084	15885

*) OEEC-Länder einschließlich abhängige Gebiete.

**) Nach Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, 20.—25. Jahresbericht 1949/50—1954/55.

Auch hier ist zu bemerken, daß in der Tabelle nicht nur die sich aus dem Zahlungsverkehr mit den Vereinigten Staaten ergebenden Veränderungen, sondern auch die Neuzugänge aus der laufenden Goldproduktion enthalten sind.

c) die Dollarlücke der Bundesrepublik

Die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik mit den Vereinigten Staaten zeigte in den letzten Jahren folgendes Bild:

**Die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik mit den USA
1950—1954***

(Einschließlich Internationaler Währungsfonds
und Weltbank)
in Millionen \$

	1950	1951	1952	1953	1954
Saldo der Warenbilanz . . .	— 360	— 391	— 288	— 116	— 175
Saldo der Dienst- leistungsbilanz**	+ 15	— 63	+ 197	+ 259	+ 224
Saldo der Waren- u. Dienstleistungs- bilanz	— 345	— 454	— 91	+ 143	+ 49
Saldo der unentgelt- lichen Leistungen	+ 485	+ 425	+ 112	+ 56	+ 58
Saldo der Kapital- leistungen . . .	—	—	— 28	— 22	— 52
Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz	+ 140	— 29	— 7	+ 177	+ 55

*) Monatsbericht der Bank deutscher Länder, Juni 1955, Seite 44—45.

**) Einschließlich Ausgaben der amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik.

Auch in der Bundesrepublik ist 1954 das Defizit der Warenbilanz gegenüber 1953 wieder gestiegen, was darauf beruht, daß die Einfuhr weit stärker als die Ausfuhr zugenommen hat. Entsprechend ist 1954 gleichfalls der 1953 zum ersten Male erreichte Ueberschuß der Waren- und Dienstleistungsbilanz wieder zurückgegangen. Ebenso hat sich 1954 der Ueberschuß der Leistungs- und Kapitalbilanz gegenüber dem Vorjahr vermindert.

1955 hat sich die Verschlechterung fortgesetzt. In den ersten neun Monaten betrug die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten 616 Millionen \$ gegenüber 397 Millionen \$ in der vergleichbaren Vorjahrszeit, die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten 283 Millionen \$ gegenüber 215 Millionen \$ in der vergleichbaren Vorjahrszeit. Die starke Zunahme der Einfuhr ist zu einem wesentlichen Teil auf die wiederholte Erweiterung der Dollar-Freiliste zurückzuführen. Infolgedessen erhöhte sich das Defizit der Warenbilanz mit den Vereinigten Staaten von 182 Millionen \$ in den ersten neun Monaten 1954 auf 333 Millionen \$ in den ersten neun Monaten 1955. Im ganzen tendiert die Leistungs- und Kapitalbilanz mit den Vereinigten Staaten immer stärker zum Ausgleich. Den wesentlichsten Aktivposten stellen nach wie vor die Dollar-

ausgaben der amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik dar.

Die Gold- und Dollarreserven der Bundesrepublik sind weiter in der Zunahme begriffen, wenn sich auch 1955 das Zunahmetempo verlangsamt hat.

Gold- und Dollarreserven der Bundesrepublik* (einschließlich Guthaben in can. \$)

in Millionen \$	
Ende 1949	102
„ 1950	148
„ 1951	365
„ 1952	637
„ 1953	1169
„ 1954	1924
Ende Nov. 1955	2225

*) Nach Angaben der Bank deutscher Länder.

Wenn die jährlichen Zunahmen sich nicht mit den Salden der Leistungs- und Kapitalbilanz in der vorangegangenen Tabelle decken, so ist dies darauf zurückzuführen, daß auch die im Verkehr mit den EZU-Ländern und den sonstigen Verrechnungsländern erzielten Zahlungsüberschüsse zu einem erheblichen Teil in Gold und Dollar und nicht in Verrechnungsguthaben abgegolten werden.

2. Besteht noch eine Dollarlücke?

Faßt man die Ergebnisse der vorangegangenen Abschnitte zusammen, so wäre festzustellen, daß — sowohl in der gesamten Nichtdollarwelt als auch in Westeuropa und in der Bundesrepublik im besonderen — die Waren- und Dienstleistungsbilanz (ohne Dollarausgaben der amerikanischen Truppen im Ausland) mit den Vereinigten Staaten nach wie vor passiv ist, wenn sich auch das Defizit, abgesehen von dem Rückschlag 1954 und voraussichtlich auch 1955, ziemlich stetig vermindert hat. Daher kann das Problem der Dollarlücke heute noch nicht als eigentlich beseitigt bezeichnet werden.

3. Das Defizit der Waren- und Dienstleistungsbilanz Westeuropas mit den Vereinigten Staaten

Faßt man heute die Ergebnisse des Marshallplans zusammen, so kann man sagen, daß zwar das Problem der Wiederherstellung des inneren Gleichgewichts, der Wiederankurbelung der Produktion und der Abbremsung der Inflation in Westeuropa, wenn nicht gelöst, so doch der Lösung bedeutend näher gebracht worden ist und damit dem Marshallplan ein großer Erfolg beschieden war, daß aber das Problem der Dollarlücke im Sinne des Defizits der rein kommerziellen Waren- und Dienstleistungsbilanz mit den Vereinigten Staaten bzw. dem gesamten Dollarraum von einer befriedigenden Lösung noch fast genau so weit entfernt ist wie vor einigen Jahren. Insofern hat der Marshallplan ein wesentliches Ziel nicht erreicht. Das immer noch vorhandene Defizit

Hierzu wird jedoch verschiedentlich die Auffassung vertreten, daß die amerikanischen Militärausgaben im Ausland wie auch die amerikanische Wirtschaftshilfe angesichts der gegenwärtigen weltpolitischen Lage als laufende Einnahmen angesehen werden könnten. In diesem Falle wäre die Dollarlücke — zumindest bis auf weiteres — geschlossen, selbst wenn im Zuge der Erfüllung des amerikanischen Militärprogramms gewisse Rückgänge bei den militärischen Ausgaben, insbesondere bei den off shore-Aufträgen, eintreten sollten.

ist letzten Endes auch das Haupthindernis für den Uebergang der europäischen Währungen zur Konvertibilität.

Welches sind nun die Hauptgründe für diesen unbefriedigenden Tatbestand? Ein wesentlicher Grund dafür, daß die Verminderung des Defizits der rein kommerziellen Waren- und Dienstleistungsbilanz mit dem Dollarraum sich so schwierig gestaltet, ist zweifellos, daß die Versorgung Westeuropas mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen — zum Teil auf Grund des weitgehenden Wegfalls des Osthandels — stärker als in der Vorkriegszeit vom Dollarraum abhängig ist. Der stetige wirtschaftliche Aufschwung Westeuropas in den letzten Jahren hat darüber hinaus zu einer Zunahme des Einfuhrbedarfs aus dem

Dollarraum geführt. Dem steht auf der anderen Seite keine entsprechende Verbesserung der Ausfuhrmöglichkeiten Westeuropas nach dem Dollarraum gegenüber, was — wenn man hier von Konjunkturrückschlägen in den Vereinigten Staaten absieht — zum Teil auf die protektionistische Einfuhr-, insbesondere Zollpolitik der Vereinigten Staaten, zum Teil auf die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der westeuropäischen Exportwaren gegenüber den amerikanischen Waren zurückzuführen ist. Insbesondere dürften aber auch die zunehmenden Rüstungsanstrengungen der westeuropäischen Länder — sowohl von der Einfuhr- wie von der Ausfuhrseite her — zu einer Verschlechterung der kommerziellen Waren- und Dienstleistungsbilanz mit dem Dollarraum beigetragen haben. Alles dies sind jedoch Faktoren, für die letzten Endes nicht die Wirtschaftspolitik der westeuropäischen Länder verantwortlich gemacht werden kann. Für die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der westeuropäischen Exportwaren gegenüber den amerikanischen Waren machen aber amerikanische Kreise bei der Beurteilung, ob die westeuropäischen Länder den richtigen Gebrauch von der Marshallplan-Hilfe gemacht haben, die Wirtschaftspolitik der westeuropäischen Länder selbst verantwortlich. Zu dieser Frage ist unter anderem in zwei amerikanischen Veröffentlichungen Stellung genommen worden, und zwar einmal — in bezug auf Westeuropa allgemein — von dem früheren deutschen Nationalökonom Professor Melchior Palyi², zum anderen — in bezug auf Großbritannien allein — vom Committee for Economic Development in New York³. Auf diese beiden Stellungnahmen stützen sich die nachfolgenden Feststellungen im wesentlichen.

Einmal wird die Feststellung gemacht, daß die Marshallplan-Hilfe vielfach unwirtschaftlich verwendet worden sei. Im Rahmen falsch verstandener Autarkiebestrebungen sind einerseits übermäßige Investitionen und auch ausgesprochene Fehlinvestitionen vorgenommen worden, während andererseits auf einzelnen Gebieten die Investitionen unzureichend waren. In einer Reihe von Ländern sind mit Marshallplan-Geldern unrentable Staatsindustrien aufgebaut worden. Es wird daher als ein schwerwiegender Fehler bezeichnet, daß die Marshallplan-Gelder an die Regierungen und nicht an private Unternehmen gegeben worden sind. Der wesentlichste Grund für das Weiterbestehen der Dollarlücke Westeuropas wird jedoch in dem Unterschied zwischen der Produktivität in den Vereinigten Staaten und der in Westeuropa gesehen. Die Arbeitskosten je Produktionseinheit liegen in Westeuropa erheblich höher als in den Vereinigten Staaten. Da eine Redu-

zierung der Löhne nicht in Frage kommt, geht es darum, die Produktivität zu steigern. Abgesehen davon, daß der Maschinenpark in vielen westeuropäischen Ländern im Vergleich zu den Vereinigten Staaten veraltet ist, liegen weitere Nachteile für Westeuropa einmal darin, daß die Baukosten erheblich höher als in den Vereinigten Staaten sind, zum anderen darin, daß ein höherer Anteil auf öffentliche Investitionen entfällt, die zum großen Teil nicht der Steigerung der Produktivität dienen. Als ein besonders wichtiges Moment wird bezeichnet, daß vielfach die vorhandenen industriellen Anlagen in Westeuropa nicht so intensiv ausgenutzt werden wie in den Vereinigten Staaten. Dies beruht auf Rückständigkeit im Produktionsverfahren wie auch in der Betriebsorganisation. Die ungenügende Ausnutzung der vorhandenen industriellen Anlagen wird ganz allgemein darauf zurückgeführt, daß das soziale und politische Klima in Westeuropa einer Produktivitätssteigerung nicht günstig ist. Eine wesentliche Bedeutung kommt hierbei einmal den „restrictive practices“ der Gewerkschaften zu, insbesondere dem weit stärker als in den Vereinigten Staaten auftretenden Widerstand der Gewerkschaften gegen menschliche Arbeit sparende Produktionsmethoden wie auch gegen Akkord- und Anreizlöhne. Ebenso wird aber auch auf gewisse „restrictive practices“ auf seiten der Unternehmer hingewiesen, wie beispielsweise Abkommen zur Ausschaltung des Preiswettbewerbs. Diese „restrictive practices“ sowohl bei den Gewerkschaften wie bei den Unternehmern werden für Großbritannien besonders in der Stellungnahme des Committee for Economic Development in New York herausgestellt. Hier wird auch die mangelnde Anpassungsfähigkeit der britischen Industrie, die ungenügende Initiative hinsichtlich Einführung technologischer Verbesserungen kritisiert. Darüber hinaus dürfte — wie insbesondere das Beispiel Großbritanniens zeigt — auch das Wohlfahrtsstaatsystem, das den breiten Massen zweifellos eine beträchtliche Hebung des Lebensstandards gebracht hat, nicht gerade zu einer Verminderung des Defizits der kommerziellen Waren- und Dienstleistungsbilanz mit dem Dollarraum beigetragen haben. Einmal hat sich das Wohlfahrtsstaatsystem in Verbindung mit der starken Macht der Gewerkschaften in einer Verlangsamung des Arbeitstempos, damit einer Beeinträchtigung der Produktivität und letzten Endes auch der Wettbewerbsfähigkeit der britischen Waren am Weltmarkt ausgewirkt. Des weiteren ist die durch das Wohlfahrtsstaatsystem entstandene Mentalität vornehmlich gekennzeichnet durch ein starkes Streben nach höherem Lohn und gesteigertem Konsum. Diese Mentalität beeinträchtigt auch den Spartrieb, da die Sorge für die Zukunft weitgehend den staatlichen Wohlfahrtseinrichtungen überlassen wird. Sie hat letzten Endes auch zu dem hohen Einfuhrbedarf an Konsumgütern beigetragen. Man kann

²) Melchior Palyi, „The Dollar Dilemma. Perpetual Aid to Europe?“, Chicago 1954.

³) „Britain's Economic Problem and its Meaning for America“, New York, Committee for Economic Development, 1953.

vielleicht sagen, daß das britische Dollarproblem gelöst wäre, wenn es gelingen würde, die Produktivität der britischen Wirtschaft nur um 10 vH zu steigern.

Die Bundesrepublik ist von ähnlicher Wirtschaftsstruktur wie Großbritannien und auch mit ähnlichen Problemen belastet. Sie hat aber in der Verminderung des Defizits ihrer Waren- und Dienstleistungsbilanz mit dem Dollarraum größere Erfolge aufzuweisen als Großbritannien und andere europäische Länder. Die stetige Besserung der außenwirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik und in Verbindung damit die zunehmende Härtung der Deutschen Mark wird von *Palyi* zu einem wesentlichen Teil darauf zurückgeführt, daß die Bundesrepublik den Gebrauch von der Marshallplan-Hilfe gemacht habe, den die Amerikaner in bezug auf ganz Westeuropa erwartet hätten.

Von wesentlicher Bedeutung ist die Tatsache, daß 1954 und 1955 die Waren- und Dienstleistungsbilanz fast aller westeuropäischen Länder, einschließlich der Bundesrepublik, mit dem Dollarraum sich wieder ungünstiger gestaltet hat. Die intensive Binnenmarktkonjunktur in den meisten westeuropäischen Ländern in Verbindung mit einem merklichen inflationistischen

Auftrieb hat sich — durch Förderung der Einfuhr und Beeinträchtigung der Ausfuhr — ungünstig auf die Außenhandels- und Zahlungsbilanzlage ausgewirkt. Hinzu trat die zunehmende Liberalisierung der Dollarwaren-Einfuhr. Im besonderen wirkt sich die vielfach bestehende Über-Vollbeschäftigung nachteilig auf die Produktivität aus. Durch die Lohnsteigerungen erhöhen sich vielfach die Arbeitskosten je Produktionseinheit. Auch verringert sich infolge der Über-Vollbeschäftigung der Zwang zu hoher Arbeitsleistung, da jeder Arbeiter, der entlassen wird, sofort wieder einen neuen Arbeitsplatz findet. Aber auch auf seiten der Unternehmer führt die Ueberkonjunktur zu einem Nachlassen der Bemühungen, die Produktivität zu steigern.

Auf längere Sicht wird die Erzielung einer günstigeren Dollarbilanz Westeuropas jedenfalls in erster Linie von der Verbesserung der Wettbewerbsposition der westeuropäischen Industrie, d. h. von der Erhöhung der westeuropäischen Produktivität, sowie von einer stärkeren Liberalisierung der amerikanischen Einfuhrpolitik abhängen. Auch könnte die weitere Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion Westeuropas zu einer Verbesserung der Dollarbilanz beitragen.

Die Tagungen der NATO und WEU sowie die deutsch-französischen Besprechungen in Paris im Dezember 1955

Kommuniqué der Tagung des Atlantikrats vom 16. Dezember 1955

I

Der Nordatlantikrat hielt seine jährlich im Dezember stattfindende Ministersitzung in Paris am 15. und 16. Dezember ab. Die Mitgliedstaaten waren durch ihre Außen-, Verteidigungs- und Finanzminister vertreten. Den Vorsitz führte der Außenminister von Island, Kristian Gudmundsson.

Der Rat prüfte und erwog die gegenwärtige internationale Lage.

Er begrüßte einstimmig die Entschlossenheit, mit der die drei westlichen Minister auf der zweiten Genfer Konferenz die schon bei früheren Sitzungen des Nordatlantikrates in ihren Grundzügen dargelegten Vorschläge vorgetragen haben. Diese Vorschläge zielten auf die Wiedervereinigung Deutschlands mittels freier Wahlen ab, stellten es der Regierung des wiedervereinigten Deutschlands frei, ihre eigene Außenpolitik zu wählen, und boten der Sowjetunion einen Sicherheitspakt an.

Der Rat stellte mit Bedauern fest:

1. daß sich die UdSSR trotz der von ihr auf der ersten Genfer Konferenz gebilligten Direktive dem Vorschlag widersetzt hat, über die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen zu verhandeln;
2. daß sich die UdSSR jedem wirksamen System der Rüstungskontrolle, einschließlich des von Präsident Eisenhower vorgelegten Planes der Luftüberwachung, widersetzte;
3. daß die UdSSR ihre Furcht und ihre feindselige Haltung gegenüber dem freien Austausch von Informationen zwischen der Bevölkerung der Sowjetunion und den Völkern der freien Welt bekundete.

Der Rat erklärte, daß der negative Ausgang der Genfer Konferenz in keiner Weise die Bemühungen der Nordatlantik-Mächte, die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit zu sichern, beeinträchtigt hat, da eine solche Wiedervereinigung nach wie vor als eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens erachtet wird.

Der Rat versicherte erneut, daß er die Regierung der Bundesrepublik als die einzige deutsche Regierung betrachtet, die sich frei und rechtmäßig gebildet hat und somit berechtigt ist, in internationalen Angelegenheiten für Deutschland als Vertreter des deutschen Volkes zu sprechen. Er betonte noch einmal, daß bei der gegenwärtigen internationalen Lage die Sicherheit und Wohlfahrt Berlins als wesentliche Elemente des Friedens der freien Welt anzusehen sind. Schließlich unterstrich der Rat die Wichtigkeit weiterer Konsultationen im Rahmen der NATO über die Frage der deutschen Wiedervereinigung und der Lage in Berlin.

Der Rat befaßte sich ferner mit den in jüngster Zeit erfolgten provokatorischen Maßnahmen und Erklärungen der Sowjetunion in bezug auf den Mittleren Osten und Asien. Er stellte fest, daß diese Taktik, im Verein mit einem ständigen Anwachsen des sowjetischen Militärpotentials, neue Probleme geschaffen habe und eine erneute Herausforderung der freien Welt bedeute.

II

Im Anschluß an einen Bericht des Generalsekretärs über die Arbeit und Tätigkeit der Organisation in den vergangenen acht Monaten erörterte der Rat die künftige Verteidigungsplanung der NATO, prüfte die Jahreserhebung für 1955 und billigte die Zielsetzungen für den Ausbau der Streitkräfte für die Jahre 1956, 1957 und 1958.

Der Rat begrüßte die erstmalige Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Jahreserhebung der NATO.

Der Rat stimmte Maßnahmen zu, die der künftigen Verteidigungsplanung der NATO einen neuen Auftrieb und eine neue Richtung geben und eine noch engere Zusammenarbeit auf diesem Gebiet gewährleisten sollen.

Der Rat brachte die feste Entschlossenheit der Mitgliedstaaten zum Ausdruck, die Atlantik-Streitkräfte mit den modernsten Waffen auszurüsten.

Der Rat stellte mit Befriedigung fest, daß in dieser Hinsicht dank der wertvollen Unterstützung durch die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und Kanada ein wesentlicher Fortschritt erzielt werden konnte.

Der Rat widmete der Verbesserung der Einrichtungen für die Luftverteidigung und Luftwarnung in Europa besondere Aufmerksamkeit. Er nahm Empfehlungen an für die Reorganisation und engere Koordinierung der Luftverteidigung der europäischen Mitgliedstaaten der NATO, um auf diesem lebenswichtigen Gebiet die Tätigkeit der NATO stärker zu integrieren.

Der Rat nahm ferner einen Bericht über eine neue Art des Fernmeldesystems für Luftverteidigung und Luftwarnung entgegen. Die Vereinigten Staaten erboten sich, ein Probeprojekt für dieses neue System zu finanzieren.

III

Der Rat stellte fest, daß die jüngste Entwicklung der internationalen Lage mehr denn je eine engere Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmern des Paktes im Sinne des Artikels 2 des Vertrages erfordert. Er beschloß, den Ständigen Rat mit der Prüfung und Durchführung aller für diese Zwecke geeigneten Maßnahmen zu beauftragen.

IV

Zum Abschluß seiner Arbeit erklärte der Rat, daß die Nordatlantikpakt-Organisation die wesentliche Grund-

lage für die Sicherheit der fünfzehn assoziierten Nationen bleibe. Derartige Bündnisse stehen in direktem Gegensatz zu dem veralteten System, in dem alleinstehende Nationen Gefahr liefen, eine nach der anderen durch

totalitäre Gruppierungen, wie den kommunistischen Block, unterjocht zu werden.

Quelle: NATO Information Division, Press Release M4(55)2 vom 16. Dezember 1955. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Kommuniqué über die Sitzung des Ministerrates der Westeuropäischen Union am 14. Dezember 1955

Der Rat der Westeuropäischen Union trat am 14. Dezember 1955 um 18 Uhr in Paris zusammen. Herr Beyen, Außenminister der Niederlande, führte auf der Sitzung den Vorsitz.

Die Bundesrepublik Deutschland war vertreten durch Herrn H. von Brentano, Belgien durch Herrn P.-H. Spaak, Frankreich durch Herrn A. Pinay, Italien durch Herrn G. Martino, Luxemburg durch Herrn G. Bech und das Vereinigte Königreich durch Herrn H. Macmillan.

Im Verlaufe dieser Zusammenkunft wurden namentlich Fragen der Organisation und Probleme von gemeinsamem Interesse erörtert. Der Rat der WEU stellte fest,

daß die Stärkepläne bezüglich der von den Mitgliedstaaten der Organisation dem Befehl der NATO zu unterstellenden Einheiten, die jetzt gerade anlässlich der Jahreserhebung der NATO für 1955 angenommen werden müssen, den Bestimmungen der Pariser Verträge entsprechen.

Der Direktor des Amtes für Rüstungskontrolle machte Angaben über die Tätigkeit dieses Organs. Der Rat nahm davon Kenntnis, daß die wirksame Kontrolle der Rüstungen mit dem 1. Januar 1956 beginnen kann.

Quelle: *La Documentation Française*, Textes du jour (Articles et Documents Nr. 0296) vom 17. Dezember 1955. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Kommuniqué vom 15. Dezember 1955 über die deutsch-französischen Besprechungen zur Saarfrage

Herr Pinay, Außenminister der Französischen Republik, und Herr von Brentano, Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, haben einen Gedankenaustausch über eine Reihe von Fragen gehabt, die beide Länder angehen. Die beiden Außenminister haben ein Einverständnis darüber hergestellt, daß die Saarfrage sowohl aus rechtlichen Gründen als auch zur Förderung der europäischen Verständigung eine ausgehandelte Lösung finden muß, die von der französischen und der deutschen

Regierung in dem Geiste vereinbart wird, wie er in dem Kommuniqué umrissen ist, das am 13. November dieses Jahres in Rhöndorf veröffentlicht wurde.

Es wurde vereinbart, daß diese Verhandlungen so bald wie möglich nach den französischen Wahlen, d. h. auf jeden Fall noch im Verlauf des Monats Januar, beginnen sollen.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 239 vom 21. Dezember 1955.

Dokumente zum österreichischen Staatsvertrag*

Die Memoranden vom 10. Mai 1955 über die Verhandlungen zwischen den drei Westmächten und Österreich

Erläuternde Bekanntmachung der österreichischen Bundesregierung vom 1. Dezember 1955

Die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages am 15. Mai 1955, die darauf kurzfristig folgende Ratifizierung des Vertrages durch die übrigen vier Vertragsstaaten und damit verbunden der Abzug der fremden Besatzungstruppen aus Oesterreich noch im Oktober d. J. wurde neben den Arbeiten der Wiener Botschafterkonferenz durch drei Memoranden vorbereitet und ermöglicht, und zwar:

- a) durch das Moskauer Memorandum vom 15. April 1955, dessen Inhalt bereits der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde^{*)},
- b) durch das Memorandum bezüglich Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika (Wiener Memorandum) und

c) durch das Oesterreichisch-Französische Memorandum, diese beiden (b und c) vom 10. Mai 1955, die nunmehr in allen beteiligten Staaten samt jenen Noten und Erklärungen publiziert werden und ihre historische Entwicklung verstehen lassen.

Die Memoranden selbst sind keine zwischenstaatlichen Verträge im formalen Sinn, sondern Gedächtnisprotokolle über die Ergebnisse von Besprechungen österreichischer Regierungsmitglieder mit Regierungsvertretern der übrigen vier Signatarstaaten des Staatsvertrages, in welchen sich jeweils beide Seiten verpflichteten, für die Herbeiführung bestimmter Beschlüsse und Maßnahmen ihrer Regierung Sorge zu tragen. Die in den Memoranden von den Vertretern der übrigen vier Signatarstaaten des Staatsvertrages gemachten Zusagen wurden durchaus eingehalten. Auch Oesterreich muß daher in vollem Umfang zu seinen Erklärungen stehen und dieselben durchführen.

^{*)} Den Wortlaut des österreichischen Staatsvertrages wird das Europa-Archiv, zusammen mit einem erläuternden Beitrag, in einer der nächsten Folgen veröffentlichen.

^{**)} Abgedruckt in Europa-Archiv 13/1955, S. 7975.

Oesterreich hat in keinem der Memoranden neue Zugeständnisse gemacht. Die österreichischen Regierungsmitglieder haben lediglich Erklärungen, die schon früher mit Genehmigung der Bundesregierung abgegeben worden sind, neuerlich bekräftigt, spezifiziert oder zum Vortheile Oesterreichs modifiziert.

Die Memoranden selbst gehen jedoch von verschiedenen Ausgangspositionen aus.

Das Moskauer Memorandum enthält die politisch eminent wichtige Zusage Oesterreichs, auf der schon in der Konferenz von Berlin im Jahre 1954 abgegebenen Erklärung zu beharren, keinen militärischen Bündnissen beizutreten und militärische Stützpunkte auf seinem Gebiet nicht zuzulassen; es ergänzt diese Erklärung durch das Versprechen, eine Deklaration in verbindlicher Form abzugeben, immerwährend eine Neutralität derart zu üben, wie sie von der Schweiz gehandhabt wird. Das Moskauer Memorandum gibt aber neben dieser politischen Erklärung mit Ausnahme des später durch die Bestimmungen des Staatsvertrages eingeschränkten Uebertragungsverbotes des Punktes I/6 des Moskauer Memorandums nur jene Bestimmungen wieder, die schon im Staatsvertragsentwurf begründete wirtschaftliche Leistungen Oesterreichs modifizieren. Es enthält die Erklärung der Sowjetunion, den Gegenwert der von Oesterreich gemäß Artikel 22 Staatsvertrag zu leistenden Pauschalsumme von 150 Millionen Dollar zur Gänze in österreichischen Warenlieferungen entgegenzunehmen, die von der Sowjetunion in Oesterreich innegehabten Oelfelder und Oelraffinerien an Oesterreich gegen eine Lieferung von 10 Millionen Tonnen Rohöl zu übereignen und schließlich auch die Vermögenswerte der DDSG in Oesterreich gegen zwei Millionen Dollar an Oesterreich zu überlassen.

Das Wiener und das Oesterreichisch-Französische Memorandum dagegen enthalten keinerlei Bekräftigung einer politischen Erklärung und auch keinerlei Verpflichtung zu einer bestimmten politischen Haltung. Im Staatsvertrag wurden die in den früheren westlichen Besatzungszonen liegenden ehemaligen deutschen Vermögenswerte nicht gegen eine Ablösesumme in Dollar und Oel (vergleiche Artikel 22, §§ 1 bis 9, und Annex II Staatsvertrag mit Artikel 22, § 11, Staatsvertrag), sondern unentgeltlich und ohne Berücksichtigung daran bestehender alliierter Rechte und Interessen an Oesterreich übertragen.

Diese Memoranden enthalten daher nur Bestimmungen zum Schutze der auf die Grundsätze internationalen Rechts und auf frühere österreichische Erklärungen gegründeten Rechte und Interessen von amerikanischen, britischen und französischen Staatsangehörigen sowie von Angehörigen jener Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, die nicht ihrerseits das österreichische Vermögen konfiskatorischen Maßnahmen unterwerfen.

Da die Zugeständnisse der übrigen Signatarstaaten des Staatsvertrages, die diese außerhalb der Botschafterkonferenz sowohl im Abschnitt II des Moskauer Memorandums als auch im Abschnitt I des Wiener Memorandums und in den Punkten 1 bis 3 des Oesterreichisch-Französischen Memorandums machten, klar und verhältnismäßig einfach dargestellt sind, bedarf es keiner Erörterung dieser Zugeständnisse. Es bedarf auch zur Zeit keiner Erörterung der österreichischen Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion mehr, da diese im Zusammenhang mit dem Abschluß des Staatsvertrages

bereits weitgehend besprochen wurden. Auch die österreichischen Erklärungen im Oesterreichisch-Französischen Memorandum sind kurz und leicht faßlich und gründen sich im wesentlichen auf die unten zu besprechende Londoner Deklaration.

Dagegen bringen die österreichischen Erklärungen im Wiener Memorandum durch die Spezialregelung einzelner Fälle zwangsläufig einen Mangel an Uebersicht über die Grundprinzipien mit sich. Gerade die Spezialregelung aber mußte von Oesterreich gewählt werden, um das Ausmaß der Verpflichtungserklärungen überblicken und die Regelung dem Einzelfall anpassen zu können.

Wichtige Grundgedanken

Oesterreich ging im Wiener Memorandum von folgenden Grundgedanken aus:

Am 5. Jänner 1943 haben die Alliierten und Assoziierten Mächte in London feierlich erklärt, alle Vermögensübertragungen in Ländern, „die unter der Okkupation oder direkten oder indirekten Kontrolle der Achsenmächte stehen, für ungültig zu erklären“. In der Oesterreich-Erklärung vom 30. Oktober 1943 haben die vier Signatarstaaten des Staatsvertrages in Moskau darauf hingewiesen, daß sich die vier Mächte durch keinerlei Aenderungen, die in Oesterreich seit dem 13. März 1938 durchgeführt wurden, irgendwie gebunden erachten. Oesterreich hat diesen Rechtsgedanken durch das sogenannte Nichtigkeitsgesetz vom 15. Mai 1946 (B. G. Bl. Nr. 106/46) auch innerstaatlich anerkannt.

In Befolgung dieses Rechtsgedankens, der im übrigen auch in den Grundsätzen des Artikels 25 und 26 des Staatsvertrages zum Ausdruck kommt, hat sich Oesterreich im Wiener Memorandum verpflichtet, die Rechte und Interessen von Staatsangehörigen der Vereinten Nationen, wie sie am 13. März 1938 bestanden, zum Teil in natura wiederherzustellen, zum Teil deren Ansprüche angemessen zu befriedigen. Die Wiederherstellung der Rechte in natura kann im einzelnen Fall einer Verpflichtung zur Entstaatlichung in beschränktem Umfange gleichkommen. Oesterreich hat sich aber in jedem Falle vorbehalten, Wertvermehrungen an von diesen Erklärungen betroffenen Unternehmungen, die nach dem 12. März 1938 aus den Mitteln anderer Rechtsträger als der ursprünglich Anteilsberechtigten geschaffen wurden, ebenso für sich gutzuschreiben wie jene Werte, die den alliierten Anteilsberechtigten anlässlich der Ueberlassung ihrer Beteiligungen seinerzeit zugekommen sind.

Oesterreich mußte auf Grund dieses Rechtsgedankens in Uebereinstimmung mit dem Staatsvertrag, dessen Artikel 25 und 26 nur sinnvoll sind, wenn anerkannt wird, daß die Pflicht zur Rückstellung der Uebereignung nach Artikel 22 vorgeht, auch verbindlich erklären, daß die sich auf die Nichtigkeit des seinerzeitigen Erwerbsgeschäftes gründende Rückstellungspflicht dem Eigentumserwerb der Republik Oesterreich aus dem Staatsvertrag vorgehe.

An den durch die Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945 von den vier Mächten in Anspruch genommenen und durch Artikel 22 des Staatsvertrages in das Eigentum der Republik Oesterreich übertragenen ehemaligen deutschen Vermögenswerten waren zu einem nicht geringen Anteil mittelbar Staatsangehörige der Vereinten Nationen, insbesondere Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika, beteiligt. Bei den lang-

wierigen Staatsvertragsverhandlungen konnten die Westmächte die Wiederherstellung dieser mittelbaren alliierten Beteiligungen an den ehemaligen deutschen Vermögenswerten im Sinne der Londoner Deklaration für die ehemalige sowjetische Zone von der Sowjetunion nicht erzielen. Da sie aber anderseits auch in der Regel selbstständige Maßnahmen zur Wiederherstellung dieser mittelbaren Beteiligungen an den ehemaligen deutschen Vermögenswerten in ihren früheren Besatzungszonen unterließen, wurde in den Memoranden zugesagt, solchen mittelbaren Beteiligungen in bestimmten Fällen und in einem gewissen Ausmaß Rechnung zu tragen oder zumindest mit dem betroffenen Mitgliedstaat der Vereinten Nationen in Verhandlungen einzutreten.

Dies erschien billig, da die Westmächte als Gegenleistung für den Verzicht Oesterreichs auf seine berechtigten Forderungen gegenüber Deutschland die ihnen als Reparationen zustehenden ehemaligen deutschen Ver-

mögenswerte in Oesterreich unentgeltlich in das Eigentum Oesterreichs übertrugen.

Schließlich enthält das Wiener Memorandum noch, fußend auf den Grundsätzen der Londoner Deklaration, die Zusage, über seinerzeit bestandene Freischurfrechte unter näher bezeichneten Voraussetzungen mit den betroffenen Firmen in Verhandlungen einzutreten; dies jedoch nur im Einklang mit dem Uebertragungsverbot des Artikels 22, § 13, Staatsvertrag, nach dem die in den Listen Nr. 1 und 2 dieses Artikels angeführten Oelfelder und Konzessionen auf Oelschurfgebiete nicht in ausländisches Eigentum übertragen werden dürfen.

Die Durchführung dieser von Oesterreich anerkannten Grundsätze im Einzelfall ist zum überwiegenden Teil noch nicht in Angriff genommen und wird Gegenstand künftiger Besprechungen sein.

Quelle: Wiener Zeitung, Nr. 280 vom 2. Dezember 1955.

Memorandum über die Ergebnisse der Besprechungen zwischen Mitgliedern der österreichischen Bundesregierung und den Botschaftern Ihrer Königlichen Britannischen Majestät und der Vereinigten Staaten von Amerika

Aus Anlaß der Botschafterkonferenz in Wien haben zum Zwecke des ehesten Abschlusses des österreichischen Staatsvertrages zwischen dem Botschafter Ihrer Königlichen Britannischen Majestät, Sir Geoffrey Arnold Walingier, K. C. M. G., und dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn Llewellyn, E. Thompson, einerseits und den Mitgliedern der österreichischen Bundesregierung, Herren Bundeskanzler Ingenieur Julius Raab, Vizekanzler Doktor Adolf Schärf, Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. h. c. Leopold Figl, Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Bruno Kreisky, andererseits, Besprechungen mit folgendem Ergebnis stattgefunden:

I.

1. Die beiden Botschafter haben den oben angeführten Mitgliedern der österreichischen Bundesregierung die Versicherung abgegeben, daß das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten von Amerika Eigentum, Rechte und Interessen, die Gegenstand des Artikels 35¹, Absatz 11 des Staatsvertragsentwurfes in seiner vorliegenden Form sind, an Oesterreich übertragen werden.

2. Die beiden Botschafter verwiesen auf die Tatsachen, daß die in der amerikanischen und britischen Zone gelegenen, früheren deutschen Vermögenswerte schon seit 1946 in die Kontrolle der österreichischen Verwaltung übergeben worden waren. In Entsprechung der von ihren Regierungen im Jahre 1949 erklärten Absicht, die früheren deutschen Vermögenswerte im westlichen Oesterreich mit dem Inkrafttreten des österreichischen Staatsvertrages an Oesterreich zu übergeben, haben ihre Regierungen außerhalb Oesterreichs Maßnahmen für die Anerkennung des zukünftigen Rechtstitels Oesterreichs an diesen Vermögenswerten getroffen.

3. Diese früheren deutschen Vermögenswerte werden auf Grund des österreichischen Staatsvertrages an Oesterreich übertragen werden, um die österreichische Volkswirtschaft zu stärken und um Oesterreich für seinen Verzicht auf die aus der Zeit der Besetzung Oesterreichs

durch Deutschland herrührenden, gegenüber Deutschland bestehenden Forderungen in einem gewissen Ausmaß zu entschädigen.

4. Diese Uebertragung erfolgt überdies ohne Bezahlung oder eine andere Leistung durch Oesterreich an das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten von Amerika.

5. Der Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika erklärte sein Einverständnis, daß seine Regierung nicht beabsichtige, die von den Vereinigten Staaten von Amerika in Oesterreich für Besatzungszwecke errichteten Bauten zu entfernen, und daß seine Regierung bereit sei, alle Vorschläge der österreichischen Bundesregierung für den vorteilhaften Erwerb dieser Vermögenswerte, fester Ausstattungen und Einrichtungen durch Oesterreich unverzüglich und wohlwollend zu erwägen.

6. Der Botschafter Ihrer Königlichen Britannischen Majestät bestätigte, daß alle auf Kosten des Vereinigten Königreichs gebauten Familienwohnhäuser den österreichischen Behörden in einer für Oesterreich vorteilhaften Weise werden übergeben werden. Desgleichen wird eine ähnliche Verfügung über Einrichtungsgegenstände und feste Ausstattungen, die den Besatzungstreitkräften des Vereinigten Königreichs in Oesterreich gehören, in wohlwollende Erwägung gezogen werden.

7. Um das endgültige Einvernehmen über den Text des österreichischen Staatsvertrages zu beschleunigen, erklärten die beiden Botschafter ihre Zustimmung, daß sie die österreichische Regierung in ihren Bemühungen unterstützen werden, für Oesterreich günstige, mögliche Aenderungen des Staatsvertrages zu erreichen.

8. Der Botschafter Ihrer Königlichen Britannischen Majestät erklärte ferner seine Zustimmung, daß er die Streichung der Annexe VIII und X auf Antrag der österreichischen Regierung unterstützen würde, soweit er hiezu in der Lage sei.

Es wurde erklärt, daß Oesterreich den Bestimmungen dieser Annexe hinsichtlich der wenigen in Betracht kommenden Fälle, soweit dies noch notwendig sein sollte, durch bilaterale Regelungen Rechnung tragen wird.

¹) Jetzt Artikel 22.

II.

Im Hinblick auf die von den Botschaftern Ihrer Königlichen Britannischen Majestät und der Vereinigten Staaten von Amerika unter I. abgegebenen Erklärungen erklärten die oben genannten Mitglieder der österreichischen Bundesregierung, so bald als möglich nach Inkrafttreten des Staatsvertrages, längstens aber, sofern im folgenden nichts anderes bestimmt ist, binnen 21 Monaten nach Inkrafttreten des Staatsvertrages für die Herbeiführung folgender Beschlüsse und Maßnahmen Sorge tragen zu wollen:

1. Den Firmen Anglo-Saxon Petroleum Co. Ltd. und Socony Vacuum Oil Co. sollen im Hinblick auf ihre vor dem Inkrafttreten des Staatsvertrages bestandenen indirekten 100prozentigen Eigentumsrechte an der Lobauer Raffinerie und der Zistersdorf-Lobau Oelleitung diese Vermögenswerte entweder direkt oder an ihre Tochtergesellschaft Oesterreichische Mineralölwerke übergeben werden. Falls die österreichische Bundesregierung verhindert ist, dies zu tun, wird sie die genannten Unternehmungen im Sinne der Erklärung vom 29. November 1949 angemessen befriedigen.

2. Die Firmen Anglo-Saxon Petroleum Co. Ltd. und Standard Oil Co.-N. J. werden hinsichtlich ihrer vor dem Inkrafttreten des Staatsvertrages bestandenen indirekten 50prozentigen (je 25prozentigen) Beteiligung an der Korneuburger Raffinerie im Sinne der Erklärung vom 29. November 1949 angemessen befriedigt werden.

3. Die Firmen Anglo-Saxon Petroleum Co. Ltd. und Standard Oil Co.-N. J. werden im Hinblick auf ihre 50prozentige (je 25prozentige) indirekte Beteiligung an den im östlichen Oesterreich gelegenen Verteileranlagen der Deutschen Gasolin AG. und der Gasolin Ges. m. b. H. dadurch befriedigt werden, daß an sie der 50prozentige deutsche Anteil an den Verteileranlagen der Deutschen Gasolin AG. und ihrer Tochtergesellschaft Gasolin Ges. m. b. H. im westlichen Oesterreich übertragen wird.

4. Hinsichtlich einer allfälligen amerikanischen 25prozentigen indirekten Beteiligung an der Hotel Nordbahn-Gesellschaft und hinsichtlich einer allfälligen 5,06prozentigen britischen indirekten Beteiligung an der Osram Ges. m. b. H. werden Anteilsrechte gleichen inneren Wertes an wirtschaftlich gleichartigen anderen Unternehmungen in Oesterreich übergeben werden. Falls die österreichische Bundesregierung hiezu nicht in der Lage wäre, werden die Anteilsberechtigten hiefür angemessen befriedigt werden.

5. Die Fabrik in Atzgersdorf der österreichischen UNILEVER AG., die britisch-holländisches Eigentum ist, wird so bald als möglich an die österreichische UNILEVER AG. übergeben werden.

6. Die Firmen Rohölgewinnungs-Aktiengesellschaft (RAG), Van Sickle und möglicherweise Austrogasco und Steinberg-Naphta haben infolge der deutschen Gesetzgebung oder infolge angeblicher Entziehungen im Sinne der Rückstellungsgesetzgebung Freischurfrechte auf Bitumen eingebüßt. Auf Grund dieser Tatsache und um die Erklärung vom 29. November 1949, Zl. 89.095-Pol/49, und vom 31. Juli 1951, Zl. 137.556-Pol/51, samt Begleitnote durchzuführen, erklärt sich die österreichische Bundesregierung bereit, soweit dies nicht schon geschehen ist, mit den Firmen oder ihren britischen, kanadischen oder amerikanischen Anteilsberechtigten, die am 12. März 1938

Freischurfrechte besessen und sie infolge der deutschen Gesetzgebung oder durch Entziehung im Sinne der österreichischen Rückstellungsgesetzgebung verloren hatten, in Verhandlungen einzutreten, um zu einer für die Beteiligten befriedigenden Regelung zu gelangen.

Hiebei hat die österreichische Bundesregierung nicht die Absicht, Vermögenswerte der in den Listen Nr. 1 und Nr. 2 zu Artikel 35² des Staatsvertragsentwurfs in der zu Beginn der Botschafterkonferenz vorliegenden Fassung angeführten Gebiete — soweit es sich nicht um Rückstellungsfälle im Sinne der österreichischen Rückstellungsgesetzgebung handelt — in das Eigentum der eingangs genannten Firmen zu übertragen. Die österreichische Bundesregierung beabsichtigt jedoch im Falle der RAG in erster Linie die gegenständliche Erklärung dadurch zu erfüllen, daß sie Betriebsdurchführungsverträge (operating agreements) zwecks Entwicklung der Oelvorkommen in Oesterreich mit dieser Firma abzuschließen versucht, die für beide Teile befriedigend sein sollen.

7. A. Die Herren Botschafter Ihrer Königlichen Britannischen Majestät und der Vereinigten Staaten von Amerika haben folgendes erklärt:

a) Die Anglo-Saxon Petroleum Co. Ltd. und Socony Vacuum Oil Co. Inc., welche britische beziehungsweise amerikanische Staatsangehörige sind, waren zur Zeit der Erlassung des Verstaatlichungsgesetzes vom 26. Juli 1946 (BGBl. Nr. 168) direkt oder indirekt die Eigentümer der Aktien der Shell-Floridsdorfer-Mineralölfabrik beziehungsweise der Vacuum Oil Co. Alle Investitionen in diesen österreichischen Gesellschaften seit dem Inkrafttreten des Verstaatlichungsgesetzes wurden ausschließlich von den Muttergesellschaften oder von den österreichischen Gesellschaften aus ihren eigenen Mitteln gemacht.

b) Die Anglo-Saxon Petroleum Co. Ltd. und die Socony Vacuum Oil Co. Inc., welche britische beziehungsweise amerikanische Staatsangehörige sind, waren zur Zeit der Erlassung des Verstaatlichungsgesetzes vom 26. Juli 1946 (BGBl. Nr. 168) direkt oder indirekt die Eigentümer der Anteilsrechte an der Oesterreichischen Mineralölwerke Ges. m. b. H. (Ö.M.W.).

c) Die Socony Vacuum Oil Co. Inc. und die Anglo-Saxon Petroleum Co. Ltd., welche amerikanische beziehungsweise britische Staatsangehörige sind, waren zur Zeit der Erlassung des Verstaatlichungsgesetzes vom 26. Juli 1946 die direkten Eigentümer der Aktien der Rohöl-Gewinnungs-AG (RAG).

Die Standard Oil Co.-N. J., welche amerikanische Staatsangehörige ist, war zur selben Zeit direkte Eigentümerin von Anteilsrechten an der Gewerkschaft Austrogasco.

Richard Keith van Sickle, ein kanadischer Staatsangehöriger, war zur selben Zeit direkter Eigentümer der Firma Tiefbohrunternehmen R. K. van Sickle.

Alle Investitionen in RAG und Tiefbohrunternehmen R. K. van Sickle seit dem Inkrafttreten des Verstaatlichungsgesetzes wurden ausschließlich von deren Muttergesellschaften (im Falle des Tiefbohrunternehmens R. K. van Sickle von Mr. Richard Keith van Sickle) oder von ihnen selbst aus ihren eigenen Mitteln gemacht.

B. Unter der Annahme der Richtigkeit dieses unter A. dargelegten Sachverhaltes geben die eingangs genannten

²) Jetzt Artikel 22.

Mitglieder der österreichischen Bundesregierung die Erklärung ab, daß sie für die Herbeiführung folgender Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung Sorge tragen wollen:

Zu a):

Die Aktienrechte der zu Punkt a) genannten österreichischen Gesellschaften werden in das Eigentum der Anglo-Saxon Petroleum Co. Ltd. beziehungsweise der Socony Vacuum Oil Co. überführt werden.

Zu b):

Nach Zurückhaltung von Anteilsrechten, welche den in der Ö.M.W. von anderen Stellen als den im Punkt b) genannten Gesellschaften gemachten Investitionen entsprechen, werden die restlichen Anteilsrechte an der Ö.M.W. an die Anglo-Saxon Petroleum Co. Ltd. beziehungsweise die Socony Vacuum Oil Co. überführt werden, wobei das Ausmaß der zurückzustellenden Anteilsrechte mit diesen Gesellschaften zu vereinbaren sein wird.

Zu c):

Die Aktien- beziehungsweise Anteilsrechte der in Punkt c) angeführten österreichischen Gesellschaften werden an die dort angeführten Muttergesellschaften und im Falle des Tiefbohrunternehmens R. K. van Sickle an Mr. Richard Keith van Sickle überführt werden.

Zu a) bis c):

Es besteht darüber Einverständnis, daß die Wiederherstellung der Eigentumsrechte entsprechend diesen Paragraphen nicht die Ansprüche auf Rechte in den früher durch Freischurfrechte der oben genannten Gesellschaften beziehungsweise Unternehmungen gedeckten Gebieten in sich schließt, da die damit zusammenhängenden Ansprüche durch Paragraph 6 geregelt sind.

8. Die Erklärung der österreichischen Bundesregierung vom 21. September 1949 wird bekräftigt. Zur Vermeidung von Unklarheiten erklärt die österreichische Bundesregierung, daß die Maßnahmen zur Eliminierung des deutschen Eigentums, der deutschen Rechte und Interessen in den westlichen Zonen Oesterreichs und im Wiener Ersten Bezirk das in diesen Gebieten liegende rechtmäßig erworbene Eigentum, die Rechte und Interessen, welche direkt oder indirekt Staatsbürgern der Vereinten Nationen gemäß der Definition im Artikel 42/8³ zustehen, oder die gemäß den Artikeln 42³ und 44⁴ des Staatsvertragsentwurfes oder der gegenwärtigen österreichischen Gesetzgebung zurückzustellenden Eigentumsrechte und Interessen nicht beeinträchtigen werden.

In allen Fällen jedoch, in denen direkte oder indirekte Eigentumsrechte oder Interessen von Staatsangehörigen der Vereinten Nationen (Artikel 42/8³ Staatsvertragsentwurf) im ganzen österreichischen Staatsgebiet durch den Entwurf des Staatsvertrages, insbesondere durch den Artikel 35⁵, berührt werden, erklärt sich die österreichische Bundesregierung überdies bereit, mit dem betreffenden Mitgliedstaat der Vereinten Nationen zum Zwecke des Abschlusses von der Anerkennung und Befriedigung solcher Eigentumsrechte und Interessen betreffenden, beide Teile befriedigenden Vereinbarungen in Verhandlungen zu treten.

Diese Erklärung findet auf Staatsangehörige eines Staates, auf dessen Territorium das österreichische Eigen-

tum Gegenstand von konfiskatorischen Maßnahmen ist, keine Anwendung.

9. Keine der obigen Erklärungen ist nach österreichischer Auffassung dahin auszulegen, daß für einen allfälligen Produktions- oder Gewinnentgang in der Zeit von der Besetzung Oesterreichs durch Deutschland bis drei Monate nach Uebernahme der effektiven Kontrolle durch Oesterreich, keinesfalls aber früher als drei Monate nach dem Ende der Besetzung, oder für während dieses Zeitraumes eingetretene Schäden oder Verluste irgendeine Zuwendung, sei es in Geld, sei es im Wege einer Natural- oder Ersatzleistung gewährt wird. Beträge, die den Anteilseignern an den genannten Gesellschaften beziehungsweise den Eigentümern dieser Unternehmungen für die Ueberlassung ihrer Beteiligungen oder für Vermögen und Rechte der Unternehmungen nach dem 12. März 1938 geleistet worden sind, werden angerechnet werden. Dagegen werden die von den ursprünglichen Anteilsberechtigten an verstaatlichten Gesellschaften oder von den Eigentümern dieser Unternehmungen trotz der Verstaatlichung dieser Unternehmungen nach dem Inkrafttreten der Verstaatlichung vorgenommenen Investitionen bei der Ermittlung des Wertes ihrer Beteiligungen beziehungsweise ihrer Vermögenswerte diesen gutzubringen sein. Wertvermehrungen, die nach dem 12. März 1938 aus Mitteln anderer Rechtsträger als der ursprünglichen Anteilsberechtigten vorgenommen worden sind, sind bei der Ermittlung des Wertes der Beteiligungen nicht gutzubringen beziehungsweise von den Anspruchswerbern (claimant) in einer noch zu vereinbarenden Weise abzulösen.

Ausgefertigt in drei Exemplaren in deutscher Sprache.

Zur Beurkundung des oben Angeführten wird dieses Memorandum parapiert.

Wien, am 10. Mai 1955.

Die in diesem Memorandum erwähnte Erklärung vom 21. September 1949 und die zitierten Noten vom 29. November 1949 und 31. Juli 1951 haben folgenden Wortlaut:

Erklärung der österreichischen Bundesregierung vom 21. September 1949

Unter der Voraussetzung, daß die Bestimmungen des Artikels 35⁵ des Staatsvertrages mit Oesterreich die Uebertragung des in Oesterreich gelegenen deutschen Eigentums, der deutschen Rechte und Interessen an Oesterreich vorsehen werden, hat die österreichische Bundesregierung die Absicht, Gesetze zu erlassen, um solches deutsches Eigentum, Rechte und Interessen zu eliminieren.

Zu diesem Zweck wird sich die österreichische Bundesregierung von den folgenden Prinzipien leiten lassen:

1. Diese Maßnahmen werden keine Beeinträchtigung von Eigentum, Rechten oder Interessen enthalten, welche gemäß Artikel 42³ des Staatsvertrages wiederherzustellen sind.

2. Es ist nicht die Absicht der österreichischen Bundesregierung, deutsche Eigentumsrechte an Kleingewerbebetrieben, kleinen Landwirtschaften, Wohnhäusern, Einrichtungsgegenständen und anderen persönlichen Gebrauchsgegenständen zu eliminieren.

3. Bei der Erlassung solcher Gesetze wird die österreichische Bundesregierung im Falle von Eigentum ausschließlich religiöser Organisationen und von Personen,

³) Jetzt Artikel 25.

⁴) Jetzt Artikel 26.

⁵) Jetzt Artikel 22.

welche durch Naziverfolgung schweren Schaden erlitten haben, geeignete Ausnahmen statuieren.

4. Eigentum, Rechte und Interessen, welche seit 8. Mai 1945 in Oesterreich im Gefolge eines bewilligten Handelsverkehrs mit Deutschland entstanden sind, sollen durch diese Maßnahmen nicht berührt werden.

Verbalnote vom 29. November 1949

Unter Bezugnahme auf die von Herrn Legationsrat Dawling bei dem Herrn Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten durchgeführte Demarche in der Angelegenheit der von Oesterreich zu übernehmenden Verpflichtung, den Angehörigen der Vereinten Nationen Kompensation für eventuelle Schäden zu leisten, welche diese durch die im Artikel 35⁶ des Staatsvertrages vorgesehenen Vermögensübertragungen an die Sowjetunion erleiden könnten, beehrt sich das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, folgendes zur Kenntnis zu bringen:

Angesichts der prinzipiellen Weigerung des Sowjetdelegierten, eine solche Kompensationsverpflichtung Oesterreichs in den Vertrag aufnehmen zu lassen, hat die Bundesregierung grundsätzlich beschlossen, dem Vorschlag der Gesandtschaft der Vereinigten Staaten, eine solche Verpflichtung in einem Zusatzprotokoll einzugehen, aus dem Grunde zuzustimmen, um das Zustandekommen des Staatsvertrages nicht länger zu verzögern, zumal ja auch die von den Delegierten der Westmächte vorgeschlagene Bestimmung für einen § 9 des Artikels 42⁷ zu demselben Resultat geführt hätte.

Im Sinne des von Herrn Legationsrat Dawling überreichten Vorschlages erklärt sich die österreichische Bundesregierung daher bereit, ein Zusatzprotokoll zum Staatsvertrag mit dem folgenden Wortlaut zu unterzeichnen:

"In any case in which the transfer of property, rights and interests as 'German assets' in accordance with the provisions of Article 35⁶ Austrian Treaty prevents Austria from fulfilling the provisions of Para. 1 of Article 42, Austria shall make prompt, adequate and effective compensation to the United Nation or United Nations national concerned (as defined in Article 42 of the Treaty) for any resulting loss or prejudice".⁸

Die österreichische Bundesregierung sieht sich jedoch in diesem Zusammenhang genötigt, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß anlässlich der Vorbesprechungen über

diese Frage von seiten der interessierten Mächte wiederholt darauf hingewiesen wurde, man wolle Oesterreich nicht dazu veranlassen, die zu leistenden Kompensationsentschädigungen nach dem Ausland zu transferieren. Die österreichische Bundesregierung gibt daher die vorstehende Bereitschaftserklärung in der ausdrücklichen Erwartung ab, daß bei den seinerzeitigen Verhandlungen zur Festsetzung der Kompensationssumme auf die besondere Lage Oesterreichs in dieser Hinsicht gebührend Bedacht genommen werden wird.

Verbalnote vom 31. Juli 1951

Unter Bezugnahme auf die Verhandlungen über die Entschädigung der Angehörigen der Vereinten Nationen, die durch die im Artikel 35⁶ des Staatsvertrages vorgesehenen Vermögensübertragungen in ihren Interessen geschädigt wurden, beehrt sich das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, nachstehende Erklärung abzugeben:

Mit Rücksicht darauf, daß sich die österreichische Regierung bereit erklärt hat, die Angehörigen der Vereinten Nationen für jede Benachteiligung zu entschädigen, die ihnen durch die Bestimmungen des Artikels 35⁶ des Staatsvertrages zugefügt wurde,

mit Rücksicht darauf, daß die Interessen, die durch diese Bestimmungen berührt werden, hauptsächlich in der Erdölindustrie liegen,

und außerdem mit Rücksicht darauf, daß die Kontinuität und die Entwicklung der Operationen durch die Angehörigen der Vereinten Nationen, die Interessen in der Erdölindustrie Oesterreichs haben, gleichzeitig für Oesterreich und für diese Angehörigen von Nutzen sind,

verpflichtet sich die österreichische Regierung:

1. sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um die oben genannten Interessen und ihre Beteiligung an der Entwicklung der Erdölindustrie in Oesterreich wiederherzustellen und ihnen zu diesem Behufe alle notwendigen Erleichterungen zu sichern;

2. den Interessen aller Angehörigen der Vereinten Nationen an der Erdölindustrie in Oesterreich, was die Nationalisierung anlangt, die Behandlung der meistbegünstigten Nation zu garantieren.

Quelle: Amtsblatt zur Wiener Zeitung, Nr. 280 vom 1. Dezember 1955.

Österreichisch-französisches Memorandum

Im Zuge der Besprechungen über den ehesten Abschluß des österreichischen Staatsvertrages in Wien wurde dem Geschäftsträger der französischen Republik, Herrn außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister

Roger Lalouette, im Hinblick auf dessen Erklärung, daß die französische Regierung bereit ist,

1. auf alle Forderungen gegenüber der österreichischen Regierung oder österreichischen Staatsangehörigen aus

⁶) Jetzt Artikel 22.

⁷) Jetzt Artikel 25, in welchem aber dieser § 9 nicht enthalten ist; die von den Westmächten seinerzeit vorgeschlagene Bestimmung dieses § 9 lautete:

„Oesterreich ist nicht verpflichtet, irgendwelche Vermögen, Rechte und Interessen von Vereinten Nationen oder von Staatsangehörigen Vereinter Nationen wiederherzustellen, die infolge der Anwendung des Paragraphen XXX des Artikels 35 des vorliegenden Vertrages Schaden erlitten haben könnten, sondern wird prompte, angemessene und effektive Entschädigung hierfür zahlen.“

⁸) Uebersetzung:

In jedem Fall, in dem die Uebertragung von Vermögen, Rechten und Interessen als „deutsche Vermögenswerte“ in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Artikels 35 des österreichischen Staatsvertrages Oesterreich daran hindert, den Bestimmungen des Paragraphen 1 des Artikels 42 nachzukommen, wird Oesterreich der betreffenden Vereinten Nation oder dem betreffenden Staatsangehörigen der Vereinten Nationen (gemäß der Definition des Artikels 42 des Staatsvertrages) prompte, angemessene und effektive Entschädigung für jeden sich hieraus ergebenden Verlust oder Schaden gewähren.

der Lieferung von Importgütern zur Versorgung der österreichischen Zivilbevölkerung in der Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum Datum des Inkrafttretens des Staatsvertrages — ausgenommen Transaktionen kommerziellen Charakters — zu verzichten,

2. auf die Rückstellung folgender in Frankreich im Verlauf der deutschen Besetzung gewaltsam oder durch Zwang entzogener und auf österreichischem Gebiet allenfalls befindlicher Güter, hinsichtlich derer der Rückstellungsanspruch durch Artikel 2 des Uebereinkommens vom 18. Juli 1949 vorbehalten wurde, und zwar

- a) der Aktien, übertragbaren Wertpapiere und Devisen und Edelmetalle (geprägt oder ungeprägt) und
- b) rollenden Materials der Eisenbahn

zu verzichten,

3. auf alle Rechte, die ihr aus ihrem Eintritt in die Rechte der tschechoslowakischen Regierung hinsichtlich der Rückstellung der in der französischen Besatzungszone Oesterreichs gelegenen Güter erwachsen seien, zu verzichten,

von den Herren Bundeskanzler Ing. Julius Raab, Vizekanzler Dr. Adolf Schärf, Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. h. c. Leopold Figl, Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Doktor Bruno Kreisky, die Erklärung abgegeben, eine angemessene Zeit nach Inkrafttreten des Staatsvertrages, längstens aber binnen 18 Monaten, für die Herbeiführung folgender Beschlüsse und Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung Sorge tragen zu wollen:

I. Die nachstehenden Arten von im Lauf der deutschen Besetzung in Frankreich gewaltsam oder durch Zwang entzogenen und allenfalls in Oesterreich wiedergefundenen Gütern werden an Frankreich oder französische Staatsbürger zurückgestellt werden:

- a) kulturelle Güter, Kunstwerke, Kunstgegenstände und Gegenstände aus Sammlungen,
- b) Schmuck, Edelsteine, Stilmöbel und Musikinstrumente, sofern ihr gegenwärtiger Wert 100 000 Schillinge übersteigt.

II. Als Kompensation dafür, daß das in Ranshofen befindliche elektrische Material und das in Moosbierbaum

befindliche Material für Erdölgewinnung nicht naturaliter rückgestellt werden konnten und daß Frankreich auf alle Ansprüche hieraus verzichtet, wird zur endgültigen Regelung eine Pauschalzahlung von 25 Millionen Schilling, zahlbar in zwei gleichen Jahresraten, die erste ein Jahr, die zweite zwei Jahre nach Inkrafttreten des Staatsvertrages, an die französische Regierung geleistet werden.

III. Die österreichische Bundesregierung wird zur Herstellung der Interessen der Société Française Industrielle et Commerciale de Pétroles (SFICP) an der Petroleumraffinerie in Schwechat (NOVA)

a) unverzüglich nach dem Inkrafttreten des Staatsvertrages auf ein offenes Konto auf den Namen der SFICP eine angemessene Entschädigung überweisen, deren Höhe unter Bedachtnahme auf eine diesbezügliche Abrechnung durch ein Uebereinkommen zwischen der österreichischen Regierung und der französischen Gesellschaft bestimmt werden wird;

b) innerhalb eines Zeitraumes von 18 Monaten nach Inkrafttreten des Staatsvertrages die Investierung der so geleisteten Entschädigungssumme in die Industrie oder den Handel mit Erdölprodukten in Oesterreich erleichtern, so zwar, daß die französische Gesellschaft auf den Stand ihrer Interessen und ihrer Tätigkeit vor dem Anschluß gebracht wird;

c) im Falle, daß die Regelung, welcher die im östlichen Oesterreich gelegenen Erdölraffinerien gegenwärtig unterliegen, zugunsten anderer Angehöriger der Vereinten Nationen geändert werden sollte, die SFICP nach Maßgabe dieser Aenderungen in die Rechte und Interessen, die sie am 13. März 1938 hinsichtlich der Raffinerie Schwechat besaß, im Umfang der Punkte 7 und 9 des anglo-amerikanischen Memorandums vom gleichen Tage wieder einsetzen.

Ausgefertigt in zwei Exemplaren in deutscher und französischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Zur Beurkundung des oben Angeführten wird dieses Memorandum paraphiert.

Wien, am 10. Mai 1955.

Quelle: Amtsblatt zur Wiener Zeitung, Nr. 280 vom 1. Dezember 1955.

Zeittafel vom 16. bis zum 31. Dezember 1955

Die Ereignisse in Europa*

Deutschland

16. Bundeskanzler *Adenauer* sagt in einer Erklärung zu den bevorstehenden Landtagswahlen im Saargebiet, er hoffe, daß die CDU Saar das Sammelbecken aller christlichen Kräfte des Saarlandes werde, einschließlich derjenigen, die bis jetzt noch nicht zu ihr gehören; dies sei im Interesse einer guten Lösung des Saarproblems notwendig. Diese Erklärung wird von der französischen Presse als Einmischung in den Wahlkampf bezeichnet.
17. Auf einer Tagung der Führungsgremien der SPD erhebt der Parteivorsitzende, *Erich Ollenhauer*, die Forderung, ständig darauf zu drängen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands immer wieder auf die internationale Tagesordnung kommt. *Ollenhauer* wirft der Bundesregierung vor, keine Konsequenzen aus der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion und dem Scheitern der Genfer Außenministerkonferenz gezogen zu haben und statt dessen an einer Konzeption festzuhalten, deren Voraussetzungen gescheitert seien. Eine gemeinsame Außenpolitik von Regierung und Opposition, sagt *Ollenhauer*, sei nur auf der Grundlage einer kritischen Analyse der neuen außenpolitischen Situation möglich.
- 17.—18. Auf einer Konferenz von Richtern und Staatsanwälten der DDR kündigt Justizminister *Hilde Benjamin* eine Verschärfung der Strafverfolgung von „Verbrechen gegen die Arbeiter- und Bauern-Macht“ an. Im einzelnen nennt sie unter dieser Kategorie „Sabotage- und Diversionstätigkeit“, „Verleitung zur Republikflucht“, Hetze gegen Staat und Partei, Revanche-Propaganda gegen Polen und die Tschechoslowakei, Rassenhetze und Verherrlichung des Militarismus. Als eine Gruppe ebenfalls schwerer Verbrechen bezeichnet *Hilde Benjamin* „Verbrechen gegen das Volkseigentum“ und „Verbrechen gegen das Vermögen der gesellschaftlichen Organisationen“. Sie fordert die Richter und Staatsanwälte auf, „die Fragen des Rechts zu lösen in Uebereinstimmung mit den Forderungen und den ökonomischen Gesetzen der Uebergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus“.
18. Die Wahlen zum saarländischen Landtag haben bei einer Wahlbeteiligung von 90,4 vH folgendes Ergebnis:

	Stimmen	vH	Sitze ¹
Kommunistische Partei	38 696	6,6	2 (4)
Sozialdemokratische Partei Saar (SPS)	34 284	5,8	2 (17)
Deutsche Demokratische Union (DDU)	5 119	0,9	— (—)
Christlich-Soziale Union (CSU)	3 793	0,5	— (—)
Uebernationale Europäische Volks- partei (UEVS)	2 083	0,4	— (—)

¹) In Klammern die Zahl der Sitze nach den Landtagswahlen vom 30. November 1952.

21. Die Bundesregierung beschließt die Errichtung einer deutschen Atomkommission und eines interministeriellen Ausschusses für Atomfragen. Der Bundesrat stimmt dem Vorschlag des Vermittlungsausschusses für das Finanzverfassungsgesetz zu, das damit in Kraft tritt. Durch das Gesetz wird Artikel 106 Absatz 3 des Grundgesetzes dahingehend abgeändert, daß der Bund bis zum 31. März 1958 33¹/₃ vH der Einkommen- und Körperschaftsteuer erhält und nach diesem Zeitpunkt 35 vH.
22. Der Ministerrat der DDR beschließt, 2616 Kriegsverurteilte, die den Strafvollzugsorganen der DDR vor längerer Zeit von der Sowjetunion zwecks Vollzugs ihrer Strafen übergeben worden waren, vorzeitig aus der Haft zu entlassen.
30. Das deutsch-amerikanische Abkommen über gegenseitige Verteidigungshilfe vom 30. Juni 1955 (vgl. den Wortlaut in EA 14/1955, S. 8008) tritt nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Frankreich

16. Beendigung einer zweitägigen Ministersitzung des Nordatlantikrates in Paris (vgl. den Wortlaut des Kommuniqués auf S. 8555 dieser Folge). Der bisherige französische Botschafter in Moskau, *Louis Joxe*, wird zum Botschafter in Bonn ernannt. Sein Nachfolger in Moskau wird Botschafter *Maurice Dejean*.
28. Der Rat der OEEC veröffentlicht einen von der Arbeitsgruppe für die friedliche Verwendung der Atomenergie vorgelegten Plan für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Atomenergie.

Großbritannien

20. Es wird eine umfangreiche Regierungsumbildung bekanntgegeben. In den wichtigsten Ministerien erfolgen folgende Aenderungen: An die Stelle des zurücktretenden Lordsiegelbewahrers und Führers des Unterhauses, *Crookshank*, tritt der bisherige Schatzkanzler, *Richard A. Butler*. Neuer Schatzkanzler wird der bisherige Außenminister, *Harold Macmillan*, neuer Außenminister der bisherige Verteidigungsminister, *Selwyn Lloyd*, neuer Verteidigungsminister der bisherige Arbeitsminister, *Sir Walter Monckton*, und neuer Arbeitsminister der bisherige Gesundheitsminister, *Iain Macleod*.

*) Vgl. hierzu auch die Mitteilungen des Europarats für Dezember auf S. 8568 bis 8572 dieser Folge.

Italien

20. In Rom wird von Außenminister *Martino* und dem deutschen Arbeitsminister, Anton *Storch*, ein Abkommen über die Beschäftigung italienischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik unterzeichnet. Das Abkommen sieht die Beschäftigung von rund 100 000 italienischen Arbeitskräften für mindestens neun Monate und unter gleichen Bedingungen wie bei deutschen Arbeitern vor.

Oesterreich

20. Die in den deutsch-österreichischen Vereinbarungen vom 18. November (vgl. EA 23—24/1955, S. 8438) vorgesehene gemischte Kommission zur Regelung der aus dem Staatsvertrag entstandenen wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen tritt in Wien erstmals zusammen.

Rumänien

- 23.—28. In Bukarest findet der II. Parteitag der Rumänischen Arbeiterpartei (Kommunisten) statt. Den Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees erstattet der 1. Sekretär des ZK, *Gheorghe Gheorghiu-Dej*, der u. a. eine Beschleunigung der Kollektivierung in der Landwirtschaft ankündigt. Neben dem Rechenschaftsbericht billigt der Parteitag auch die von Ministerpräsident *Chivu Stoica* vorgelegten Direktiven für den Zweiten Fünfjahrplan (1956—1960) und eine Aenderung des Parteistatuts, durch das die Parteiorgane denen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion angeglichen werden. Am letzten Tage werden die 61 Mitglieder und 35 stellvertretenden Mitglieder des Zentralkomitees, die 11 Mitglieder und die 4 stellvertretenden Mitglieder des Politbüros, die 7 Mitglieder der Parteikontrollkommission und die 21 Mitglieder der Zentralen Revisionskommission gewählt. Zum 1. Sekretär der Partei wird *Gheorghiu-Dej* wiedergewählt.

Schweiz

19. In Genf hält der Europäische Rat für Kernforschung (CERN) seine vierte Tagung ab, während der er einen Bericht des Generaldirektors über die Tätigkeit des Europäischen Laboratoriums für Kernforschung in Genf entgegennimmt, eine Budgeterhöhung beschließt und das bisherige Präsidium mit Sir Ben *Lockspeiser* (Großbritannien) als Präsidenten wiederwählt. Für Juni 1956 wird ein Kolloquium über Fragen der Kernforschung nach Genf einberufen.

Sowjetunion

21. Bei der Rückkehr von Ministerpräsident *Bulganin* und Parteisekretär *Chruschtschow* von ihrer Asienreise erklärt Chruschtschow in einer Ansprache auf dem Moskauer Flugplatz, die Sowjetunion besitze in Indien, Burma und Afghanistan Verbündete im Kampfe um den Frieden. Die Reden der sowjetischen Staatsmänner in diesen Ländern, in denen sie „die verbrecherische Politik der Kolonialisten“ enthüllt hätten, seien von diesen Völkern mit Applaus aufgenommen worden, wogegen „einige Führer der Bourgeoisie-Länder“ mit fanatischem Haß darauf reagiert hätten. *Bulganin* sagt, die Freundschaft der Sowjetunion mit Indien, Burma und Afghanistan

passte offenbar den Staatsmännern der westlichen Länder nicht, sie passe aber der Sowjetunion sehr gut.

26. Der Oberste Sowjet tritt zu einer ordentlichen Sitzung zusammen, auf der das von Finanzminister *Arsenij G. Swerew* vorgelegte Budget für 1956 gebilligt wird. Das Budget weist Einnahmen von 592 Milliarden Rubel und Ausgaben von 569 Milliarden Rubel aus; von den Ausgaben sind 237 Milliarden für die Entwicklung der Volkswirtschaft, 161 Milliarden für kulturelle und soziale Zwecke und 102,5 Milliarden für die Verteidigung bestimmt. *Swerew* weist darauf hin, daß damit die Verteidigungsausgaben gegenüber dem Vorjahr um rund 10 vH gesenkt würden, womit die Sowjetunion erneut ihren Willen zur Entspannung unter Beweis stelle.
28. Ministerpräsident *Bulganin* und Parteisekretär *Chruschtschow* berichten in einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Obersten Sowjets über ihre Asienreise. *Bulganin* nennt in seiner Rede das Jahr 1955 „ein Jahr einer gewissen Wende der gespannten internationalen Lage“, woran die Sowjetunion ein großes Verdienst habe. Der Besuch in Indien, Burma und Afghanistan habe den Grundsatz der friedlichen Koexistenz von Ländern mit verschiedenen Gesellschaftssystemen erneut unter Beweis gestellt. *Bulganin* unterstützt die Forderungen Indiens im Hinblick auf Goa und Kaschmir und kritisiert die Bildung „militärischer Gruppierungen“ in Asien. *Chruschtschow* weist zunächst die Kritik des Westens an seinen während der Reise gehaltenen Reden zurück und sagt, er habe bei seinen Äußerungen gegen den Kolonialismus lediglich unbestreitbare Tatsachen angeführt. Die Sowjetunion werde weiterhin den Unabhängigkeitskampf aller Kolonialvölker unterstützen. Nach einer nochmaligen Darlegung der bekannten sowjetischen Standpunkte zu den Themen der Genfer Außenministerkonferenz — Deutschland und europäische Sicherheit, Abrüstung, Ost-West-Kontakte — beschäftigt sich *Chruschtschow* mit dem Bagdad-Pakt und legt den Regierungen der Türkei, Persiens und Pakistans nahe, aus dem Pakt auszuscheiden und freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion aufzunehmen. Zum Abschluß seiner Sitzung faßt der Oberste Sowjet einen Beschluß, in dem er das Wirken *Bulganins* und *Chruschtschows* während ihrer Reise billigt, da es der friedlichen Außenpolitik der Sowjetunion entsprochen und zur Festigung des Friedens und der Freundschaft der Völker beigetragen habe. In dem Beschluß wird ferner festgestellt, daß zwischen der Sowjetunion, Indien, Burma und Afghanistan gemeinsame Ansichten zu den wichtigsten internationalen Problemen bestünden.
29. Eine Regierungsdelegation der DDR unter Führung von Ministerpräsident *Grotewohl* wird auf der Rückreise von ihrer Ostasien-Reise von Ministerpräsident *Bulganin*, Parteisekretär *Chruschtschow* und Außenminister *Molotow* empfangen. In einem Kommuniké wird mitgeteilt, bei den Besprechungen habe die einhellige Meinung bestanden, daß die Schaffung eines europäischen Systems der kollektiven

Sicherheit unter Teilnahme der beiden deutschen Staaten reale Voraussetzungen für die Regelung der Deutschlandfrage bieten würde. Der einzige Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands sei die Verständigung zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

31. Ministerpräsident *Bulganin* erklärt in einem Interview mit der amerikanischen Nachrichtenagentur *Tele-news*, es sei falsch und gefährlich, anzunehmen, daß die Existenz der Wasserstoffbombe einen Krieg verhindere. Gewiß habe die Tatsache, daß beide Seiten die Bombe besitzen, eine gewisse abschreckende Wirkung, aber es sei klar, daß das Wettrüsten auf dem Gebiet der Atomwaffen die Gefahr eines Krieges nicht beseitige, sondern vergrößere. Zur Frage einer neuen Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte sagt *Bulganin*, eine solche Konferenz könne fruchtbar sein, falls alle Teilnehmer an die internationalen Probleme unter gebührender Wahrung der Interessen aller Beteiligten herangängen.

Vatikan

24. Papst *Pius XII.* beschäftigt sich in seiner Weihnachtsbotschaft u. a. mit der Frage der Atomwaffen. Er

konstatiert das Vorliegen von Vorschlägen für die Einstellung der Atomwaffenversuche, für den Verzicht auf den Gebrauch der Atomwaffe und für eine allgemeine Rüstungskontrolle und erklärt, daß die Verwirklichung der *Gesamtheit* dieser Vorschläge Gewissenspflicht der Völker und Regierungen sei. Der Papst betont dabei, daß die isolierte Ausführung eines dieser Vorschläge den Anforderungen nicht genüge. Im übrigen komme es nicht nur auf die Beschränkung der Möglichkeit zur Kriegführung an, sondern mehr noch auf die Beseitigung der Gegensätzlichkeiten zwischen den Völkern. In diesem Zusammenhang appelliert der Papst an die europäischen Völker, den Kolonialvölkern eine gerechte und fortschreitende politische Freiheit nicht zu verweigern; andernfalls würden zwischen europäischen und außereuropäischen Völkern Gegensätze entstehen, aus denen ein Dritter seinen Vorteil ziehen könne. Zur Auseinandersetzung mit dem Kommunismus erklärt *Pius XII.*, das Christentum könne „eine unterschiedslose Koexistenz mit allen um jeden Preis“ nicht billigen; die unverrückbaren Grenzen der Wahrheit und Gerechtigkeit verlangten ihre volle Einhaltung.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten

21. Ministerpräsident *Nasser* gibt bekannt, daß Aegypten, Saudi-Arabien und Syrien der jordanischen Regierung wirtschaftliche Hilfe für den Fall angeboten hätten, daß Jordanien den Beitritt zum Bagdad-Pakt verweigere. Durch die Wirtschaftshilfe solle Jordanien von britischer Wirtschaftshilfe unabhängig gemacht werden. Eine ähnliche Erklärung wird am gleichen Tage vom syrischen Ministerpräsidenten in Damaskus abgegeben.
28. Der jugoslawische Staatspräsident, Marschall *Tito*, trifft zu einem Staatsbesuch in Aegypten ein.

Aethiopien

24. Nach einem mehrtägigen Staatsbesuch des jugoslawischen Staatspräsidenten, Marschall *Tito*, wird in einem Kommuniqué bekanntgegeben, *Tito* und Kaiser *Haile Selassie* hätten in ihren Gesprächen ihre Ansichten über die internationale Lage einschließlich der Lage im Mittleren Osten ausgetauscht; ferner sei eine Verstärkung der Annäherung und Unterstützung beider Länder durch die Entwicklung neuer Formen der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit beschlossen worden.

Sudan

19. Das Parlament faßt einstimmig vier Entschlüsse, in deren ersten die Unabhängigkeit des Sudans proklamiert wird. Die anderen Entschlüsse befassen sich mit der Uebertragung der Staatsgewalt vom Generalgouverneur auf sudanesishe Organe, mit der Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung und mit dem Status des Südsudans im neuen Staat. Der Beschluß des sudanesischen Parlaments wird in den folgenden Tagen von den bisherigen Kondominiumsmächten, Großbritannien und Aegypten, anerkannt.

AMERIKA

Vereinigte Staaten

20. Außenminister *Dulles* gibt auf seiner Pressekonferenz bekannt, daß die Regierung für das kommende Haushaltsjahr einen Betrag von 4,9 Milliarden Dollar für die Auslandhilfe fordern werde. Die Regierung sei der Ansicht, daß die amerikanische Auslandhilfe mindestens im gleichen Maße wie bisher fortgesetzt werden müsse. Um den wirtschaftlichen Manövern der Sowjetunion in Asien begegnen zu können, sei die Bildung eines Sonderfonds des Präsidenten vorgesehen.

ASIEN

Afghanistan

19. Zum Abschluß eines fünftägigen Besuchs des sowjetischen Ministerpräsidenten *Bulganin* und des Parteisekretärs *Chruschtschow* wird eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der beide Länder sich zu den Prinzipien der friedlichen Koexistenz bekennen, eine allgemeine Abrüstung und das Verbot der Atomwaffen fordern und für eine Lösung der Fragen des Fernen Ostens unter Berücksichtigung der nationalen Interessen des chinesischen Volkes sowie für die Gewährung von Freiheit und Souveränität an die abhängigen Völker eintreten. In einem Kommuniqué über die wirtschaftlichen Beziehungen wird bekanntgegeben, daß die Sowjetunion Afghanistan einen langfristigen Kredit von 100 Millionen Dollar für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gewähren wird; Verhandlungen über diesen Kredit und über die wirtschaftliche Zusammenarbeit werden angekündigt. Außerdem wird ein Protokoll über die Verlängerung des sowjetisch-afghanischen Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrags vom 24. Juni 1931 um weitere 10 Jahre unterzeichnet.

Volksrepublik China

18. Die zu einem Staatsbesuch in China weilende Regierungsdelegation der DDR unter Führung von Ministerpräsident *Grotewohl* begibt sich zu einem Besuch nach Nordkorea, von dem sie am 22. Dezember wieder nach China zurückkehrt. Am 25. Dezember werden in Peking ein Vertrag über Freundschaft und gegenseitige Zusammenarbeit und eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet. (Den Wortlaut dieser beiden Dokumente wird das Europa-Archiv in einer kommenden Folge veröffentlichen.) Auf einer Pressekonferenz erklärt der Außenminister der DDR, *Lothar Bolz*, der Freundschaftsvertrag gehe von der Unteilbarkeit des Friedens in Asien und Europa aus und werde sowohl zur Lösung der deutschen Frage als auch zur Verwirklichung der nationalen Anliegen des chinesischen Volkes beitragen. Zu der gemeinsamen Erklärung sagt Dr. Bolz, darin habe erstmals eine deutsche Regierung das Recht der Völker Asiens und Afrikas auf Selbstbestimmung anerkannt.

Jordanien

16. Nachdem im Zuge der Auseinandersetzungen um den Beitritt Jordaniens zum Bagdad-Pakt die Regierung zurückgetreten war und eine neue, den Beitritt befürwortende Regierung gebildet worden war, kommt es zu Demonstrationen gegen den Beitritt zum Pakt, in deren Verlauf sich schwere Zusammenstöße ereignen. Am 20. Dezember tritt die neue Regierung wieder zurück. König *Hussein* löst am 21. Dezember das Parlament auf und fordert die Bevölkerung auf, die Demonstrationen einzustellen und ihrer Haltung zum Bagdad-Pakt im Januar bei Neuwahlen Ausdruck zu geben. Es wird eine Übergangsregierung gebildet, der eine Entscheidung über den Beitritt zum Pakt ausdrücklich untersagt ist. Trotzdem nehmen die Demonstrationen ihren Fortgang.
29. Der Ministerpräsident der Übergangsregierung, *Ibrahim Haschem*, erklärt zu dem Wirtschaftshilfe-Angebot dreier arabischer Staaten (vgl. Ägypten),

die Übergangsregierung sei nicht befugt, über die Annahme dieses Angebots zu entscheiden.

Korea (Nord)

21. Nach einem dreitägigen Besuch einer Regierungsdelegation der DDR unter Führung von Ministerpräsident *Grotewohl* wird eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, es seien Fragen der kollektiven Sicherung des Friedens, des Schutzes des deutschen und des koreanischen Volkes vor aggressiven Militärblocks und der Wiedervereinigung Deutschlands und Koreas erörtert worden. In der Erklärung werden der Abzug der ausländischen Truppen aus Deutschland und Korea, eine Verständigung zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen Nord- und Südkorea, die Einberufung einer internationalen Korea-Konferenz und die Beseitigung „der Vorherrschaft der Monopolherren und Junker in Westdeutschland“ gefordert.

Mongolische Volksrepublik

27. Anlässlich eines zweitägigen Besuchs einer Regierungsdelegation der DDR unter Führung von Ministerpräsident *Grotewohl* wird eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der beide Seiten sich zum Prinzip der friedlichen Koexistenz bekennen. Die beiden Regierungen fordern gemeinsam die Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und die „Beseitigung der Vorherrschaft der Monopolherren und Junker in Westdeutschland“ und protestieren gegen die Verweigerung der Aufnahme der Mongolischen Volksrepublik in die Vereinten Nationen.

Saudi-Arabien

26. Auf einer Konferenz in Riad werden die saudi-arabischen Streitkräfte einem einheitlichen ägyptisch-saudi-arabischen Oberkommando unter Leitung des Oberbefehlshabers der ägyptischen Armee, General *Abdel Hakim Amer*, unterstellt. Zusammen mit der vorher erfolgten Vereinigung der Oberkommandos Ägyptens und Syriens ist damit eine einheitliche militärische Führung dieser drei Staaten geschaffen.

Die Organisation der Vereinten Nationen

16. Der Sicherheitsrat stimmt der Resolution der Vollversammlung vom 21. November zu, durch die ein Ausschuß zur Vorbereitung einer Konferenz zur Revision der UN-Charta geschaffen wurde (vgl. Zeittafel in EA 23—24/1955). Der Sicherheitsrat beginnt mit der Erörterung der Klage Syriens wegen des israelischen Angriffs am See Genezareth (vgl. Zeittafel in EA 1/1956, Israel und Syrien). Der Vertreter Syriens fordert den Ausschluß Israels aus den Vereinten Nationen und die Verhängung strengster wirtschaftlicher Sanktionen. Demgegenüber verweist der Vertreter Israels auf die aggressive Haltung der arabischen Staaten gegenüber Israel und die unaufhörlichen Uebergriffe syrischer und ägyptischer Streitkräfte. Am 21. Dezember erklärt der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission in Palästina, General *Burns*, in seinem Bericht, der israelische Angriff sei eine vorsätzliche Verletzung des Waffenstillstands gewesen. Die Sitzungen des Sicherheitsrats werden am 22. Dezember vertagt.
17. Die Vollversammlung billigt mit 56 gegen 7 Stimmen eine Resolution, in der der Unterausschuß der Abrüstungskommission angewiesen wird, seine Arbeiten unter besonderer Berücksichtigung der Kontrollpläne von Präsident *Eisenhower* (Luftinspektion) und Ministerpräsident *Bulganin* (Inspektion strategischer Schlüsselpunkte) fortzusetzen und begrenzte Abrüstungsmaßnahmen zu erörtern, die schon jetzt mit ausreichenden Garantien durchgeführt werden können.
20. Nachdem am 16. Dezember auch der 34. und 35. Wahlgang in der Vollversammlung nicht zur Bestimmung des dritten nichtständigen Mitglieds im Sicherheitsrat geführt hatte (vgl. dazu Zeittafel in EA 1/1956), beschließt die Vollversammlung mit 43 gegen 11 Stimmen bei 13 Enthaltungen, Jugoslawien diesen Sitz zuzusprechen. Dabei wird eine inoffizielle Ueber-einkunft geschlossen, daß Jugoslawien nach Ablauf des Jahres 1956 zugunsten seines Gegenkandidaten, der Philippinen, auf seinen Sitz verzichten wird. Danach wird die 10. Vollversammlung beendet.

NEUEINGÄNGE IN UNSEREM ARCHIV

11. JAHR

20. JANUAR 1956

2. FOLGE

Bücher und Broschüren

von Borch, Herbert: Obrigkeit und Widerstand. Zur politischen Soziologie des Beamtentums. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1954. VIII, 243 S.

Die Fragestellung dieses Buches lautet: Welche soziologische Gruppe könnte in der Zukunft mit einiger Aussicht auf Erfolg einen neuen totalitären Mißbrauch der Obrigkeit von vornherein verhindern? Die ebenso überraschende wie infolge der eindringlichen Analysen des Buches überzeugende Antwort lautet, „daß die Bürokratie, insbesondere das lebenslängliche Berufsbeamtentum, der fast einzige Ort ist, an dem der freiheitsfeindlichen Usurpation der rechtmäßigen Staatsgewalt noch entgegengetreten werden kann, wenn die juristischen Sicherungen der modernen Verschleierungstechnik des Verfassungsbruches erlegen sind“ (S. VII). Der I. Teil untersucht die Formen der Obrigkeit seit der Staatenbildung im Orient und die jeweiligen soziologischen Formen der ihr in jahrtausendealter Gehorsamkeitshaltung dienstbaren Beamtenschaft. Der II. Teil untersucht für den gleichen umfassenden Zeitraum die Formen, unter denen einer ihre Macht mißbrauchenden Obrigkeit Widerstand geleistet wurde, und endet mit dem an Hand des Kapp-Putsches und des 20. Juli erbrachten Nachweis, daß in den veränderten modernen Machtstrukturen nur noch ein Widerstand in Form von Gehorsamsverweigerung der Bürokratie erfolgreich sein kann. Ein Schlußteil zieht die Konsequenzen in kritischer Beurteilung des Grundgesetzes der Bundesrepublik, in dem der Verfasser bedauert, daß a) die Stellung des Bundespräsidenten so sehr geschwächt, dadurch b) das Berufsbeamtentum verfassungsmäßig entmachtet und c) das Recht der Gehorsamsverweigerung gegen widerrechtliche Befehle im neuen deutschen Beamtengesetz nur äußerst dürftig verankert wurde. Das Buch verdient stärkste Beachtung, vor allem seitens derer, die einmal die gesamtdeutsche Verfassung auszuarbeiten haben werden; es weist einen einleuchtenden Weg soziologischer Sicherung politischer Freiheit.

Dr. Walter Lipgens

Brunn, Walter: Die rechtliche, politische und wirtschaftliche Lage des Berliner Sowjetsektors. Berlin W 30: Kulturbuch-Verlag o. J. XI, 144 S.

Decker, Günter: Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Göttingen: Verlag Otto Schwartz & Co. 1955. Mit Dokumentenanhang, Bibliographie, Personen- und Sachregister. X, 435 S. DM 14,80.

Deklaration der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. 12. 1948. Mit Uebersetzung der ausländischen Texte von Dr. Karl-Heinz Sonnenswald. Frankfurt am Main — Berlin: Alfred Metzner Verlag 1955. 41 S. (Dokumente, Heft XVI).

Aus Geschichte und Politik. Festschrift zum 70. Geburtstag von Ludwig Bergsträßer. Herausgegeben im Auftrag der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus

und der politischen Parteien von Alfred Herrmann. Düsseldorf: Droste-Verlag 1954. 326 S. (Veröffentlichung der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn).

Poliakov, Léon, und Josef Wulf: Das Dritte Reich und die Juden. Dokumente und Aufsätze. Berlin-Grünwald: Arani-Verlags-GmbH. 1955. X, 457 S.

Starlinger, Wilhelm: Grenzen der Sowjetmacht im Spiegel einer West-Ost-Begegnung hinter Palisaden von 1945 bis 1954. Würzburg: Holzner-Verlag 1955. 131 S. (Beihfte zum Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg/Pr., IX).

Stern, Carola: Die SED. Ein Handbuch über Aufbau, Organisation und Funktion des Parteiapparates. o. O. u. J. Verlag für Politik und Wirtschaft. 256 S.

Bibliographien

Bibliographie zur Zeitgeschichte und zum Zweiten Weltkrieg für die Jahre 1945—50. Im Auftrage des Instituts für Zeitgeschichte zusammengestellt von Franz Herre und Hellmuth Auerbach. München: Institut für Zeitgeschichte 1955. 254 S.

NJW-Fundhefte. Systematischer Nachweis der deutschen Rechtsprechung, Zeitschriftenaufsätze und selbständigen Schriften. 6. Abteilung: Steuerrecht. Band II: 1. 1. bis 31. 12. 1954. Bearbeitet von Herbert Ziemer, Heinz Kalbhenn und Dr. Günther Felix. München—Berlin: C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung 1955. XXIII, 336 S. DM 28,50.

Die Fundhefte Steuerrecht bringen in Kommentarform, nach den einzelnen Gesetzesvorschriften systematisch geordnet, eine erschöpfende Uebersicht über das in 126 Zeitschriften veröffentlichte steuerrechtliche Material einschließlich Zöllen und Verbrauchssteuern: 1. Die Entscheidungen der Finanzgerichte und der Verfassungs-, Verwaltungs- und ordentlichen Gerichte, und zwar mit ungekürzten Leitsätzen, 2. die Gesetze, Verordnungen und Erlasse des Bundes und der Länder sowie die Verfügungen der Oberfinanzdirektionen, 3. die gesamte einschlägige Literatur.

Dem 1. Band der Steuer-Fundhefte ist der 2. Band mit dem Material des Jahres 1954 gefolgt. Der neue Band enthält fast 12 000 weitere Nachweise mit 32 000 Fundstellenangaben. Neben den in Band 1 bereits ausgewerteten Zeitschriften wurden 30 Zeitschriften neu berücksichtigt. Auch wurden der neue Stoff in erweitertem Umfang verarbeitet und nicht nur die Urteils- und Buchbesprechungen vermerkt, sondern neben den Aufsätzen auch sämtliche Kurzbeiträge und Hinweise aus den Zeitschriften aufgenommen und besonders gekennzeichnet.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft. Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Böldigheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1956 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 11.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

Die Tätigkeit des Europarats im Dezember 1955

I. TAGUNGEN DES RATES

Ministerkomitee

Unter dem Vorsitz des irischen Außenministers, Herrn Liam Cosgrave, tagte das Ministerkomitee des Europarats in seiner 17. Sitzung am 13. Dezember 1955 in Paris.

Bei dieser Gelegenheit wurden die Europäische Niederlassungsordnung sowie ein Europäisches Abkommen über den Austausch von Kriegsversehrten zur Heilbehandlung unterzeichnet. Das Europäische Abkommen tritt bereits am 1. Januar 1956 in Kraft, da die Unterzeichnung durch Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland und Irland ohne den Vorbehalt der Ratifikation erfolgte. Der niederländische Außenminister und der Generalsekretär des Europarats unterzeichneten ein Abkommen zwischen der Internationalen Privatrechtskonferenz im Haag und dem Europarat.

Die mit der Wiederbelebung des Europäischen Gedankens zusammenhängenden Probleme werden vom Ministerkomitee geprüft werden, sobald die augenblicklich laufenden Arbeiten auf Grund der Messina-Konferenz genügend fortgeschritten sein werden.

Als Stellungnahme zu den Debatten der Beratenden Versammlung über eine gemeinsame Politik in den Beziehungen zwischen Ost und West nahmen die Minister die folgende Entschliebung an:

„Das Ministerkomitee hat die Entschliebung der Beratenden Versammlung Nr. 87 vom 26. Oktober 1955 über eine gemeinsame europäische Politik gegenüber dem Osten aufmerksam geprüft. Es begrüßt die von der Beratenden Versammlung unternommenen Bemühungen, einen gemeinsamen europäischen politischen Willen gegenüber dem Osten zur Geltung zu bringen. Das Ministerkomitee betont, daß die Sicherheit für alle nicht auf der Basis der gegenwärtigen Teilung Europas erreicht werden kann und daß die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen erforderlich ist.

Jede neue Sicherheitsvereinbarung für Europa, die mit der Sowjetunion abgeschlossen wird und diese Wiedervereinigung nicht beinhaltet, ist ungenügend und gefährlich: Die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems und die Wiedervereinigung Deutschlands sind unlöslich miteinander verbundene Probleme.

Die Errichtung eines vereinten Europa ist unumgänglich notwendig.

Das Ministerkomitee beschließt die Beratende Versammlung zu bitten, ihre Bemühungen zur Diskussion der Ost-West-Probleme unter einem gemeinsamen europäischen Gesichtspunkt fortzusetzen.

Das Ministerkomitee hat Herrn Pierre Schneider, den Sonderbeauftragten für die nationalen Flüchtlinge und die Bevölkerungsüberschüsse, gehört und sich

über die von ihm vorgelegten Vorschläge ausgesprochen. Folgende Entschliebung wurde angenommen:

„Das Ministerkomitee hat von der Empfehlung Nr. 75 (1955) der Beratenden Versammlung Kenntnis genommen und mit seiner Entschliebung Nr. 13 (1955) die Mitgliedsregierungen aufgefordert, die von Herrn Schneider im Dezember 1954 und im Juli 1955 vorgelegten Vorschläge aufmerksam und wohlwollend zu prüfen.

Es hat Kenntnis genommen von der Denkschrift des Sonderbeauftragten vom 7. Dezember 1955.

Unter Berücksichtigung des Briefwechsels zwischen dem Sonderbeauftragten und den Mitgliedsregierungen sowie den zuständigen internationalen Organisationen über die Entschliebung Nr. 13/55, sowie unter Berücksichtigung der konstruktiven Vorschläge, die einige Regierungen zu den Bestimmungen über den Wiederansiedlungs-Fonds und das Koordinationsorgan gemacht haben;

In der Erwägung, daß die Notwendigkeit zur Fortsetzung der fördernden und koordinierenden Arbeit des Sonderbeauftragten allgemein anerkannt wird,

In der Erwägung, daß die Schaffung des Fonds, wie ihn der Sonderbeauftragte vorgeschlagen hat, einen Beweis europäischer Solidarität gegenüber den betroffenen Ländern darstellt,

Beschließt das Ministerkomitee, Herrn Schneider aufzufordern, seinen Auftrag bis auf weiteres weiterzuführen, um die Regierungen und die zuständigen Organisationen zu veranlassen, einzeln oder durch eine gemeinsame Aktion diejenigen Maßnahmen durchzuführen, die geeignet sind, das Problem der Bevölkerungsüberschüsse und der nationalen Flüchtlinge in den europäischen Ländern zu lösen. Herr Schneider wird sich hierbei von einem Ausschuß unterstützen lassen, dem je ein Vertreter der Länder und der zuständigen Organisationen angehört.

Es beschließt ferner die Schaffung eines Wiederansiedlungs-Fonds des Europarats auf der Grundlage eines Teilabkommens, das gemäß Entschliebung 29/51 von den Mitgliedern abgeschlossen wird, welche an diesem Fonds teilzunehmen wünschen.

Die Stellvertreter der Minister werden beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Sonderbeauftragten bis zum 1. April 1956 folgende Unterlagen auszuarbeiten:

1. eine Entschliebung, in der die Aufgaben des Sonderbeauftragten festgelegt werden sowie die Modalitäten seiner Zusammenarbeit mit anderen Organisationen; als Grundlage dient die Denkschrift von Herrn Schneider sowie die Vorschläge der Mitgliedsregierungen;

2. das Statut des Wiederansiedlungsfonds unter Festsetzung des Grundkapitals, der Beiträge der teilnehmenden Staaten und der Zusammensetzung seines Verwaltungsrates; das Statut soll ferner ein System von Garantien enthalten und die dem Fonds von anderer Seite zufließende Unterstützung sowie die Frage der Beteiligung anderer Staaten regeln;

es sind Bestimmungen aufzunehmen über die Verwendung und die Rückzahlung der dem Fonds von den an ihm beteiligten Staaten gewährten Anleihen.

An der Ausarbeitung dieses Statutes und an den hierbei anfallenden Kosten beteiligen sich lediglich diejenigen Länder, welche das Teilabkommen unterzeichnen werden."

Die am 8. Dezember von den Stellvertretern der Minister angenommene neue Flagge des Europarats wurde eingeweiht.

Herr Dunstan Curtis, der neue stellvertretende Generalsekretär, legte den im Statut vorgesehenen Amtseid ab.

Stellvertreter der Minister

Die Stellvertreter der Minister tagten vor der Sitzung des Ministerkomitees vom 7. bis zum 9. Dezember unter dem Vorsitz von Herrn Brendan O'Riordan (Irland). Diese Sitzung diente zur Vorbereitung der Ministersitzung. Die nächste Sitzung der Stellvertreter beginnt am 17. Januar in Straßburg.

II. POLITISCHE FRAGEN

Die politische EntschlieÙung, die von den Ministern am 13. Dezember angenommen wurde (siehe oben), stellt nicht nur die erste formelle Erklärung über eine gemeinsame Außenpolitik Westeuropas seit dem Scheitern der Genfer Konferenz dar, sondern auch einen Fortschritt in der Entwicklung des Europarats.

Die Beratende Versammlung hatte im Jahre 1953 auf Anregung ihres damaligen Präsidenten, Herrn de Menthon, beschlossen, als ständigen Punkt ihrer Tagesordnung eine allgemeine politische Debatte einzuführen. Die erste dieser Debatten wurde im September des gleichen Jahres von Herrn Paul-Henri Spaak eröffnet und endete mit der Annahme der EntschlieÙung 44 (vgl. Mitteilungen des Europarats, 3. Jahrg., Nr. 10).

Die Minister prüften diese EntschlieÙung und billigten grundsätzlich die in ihr enthaltenen Grundlagen einer europäischen Politik. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, daß die Versammlung fortfahren möge, die großen politischen Fragen zu behandeln und damit der europäischen öffentlichen Meinung Richtlinien zu geben. Diese Einstellung der Minister wurde auch in der Sonderbotschaft der Minister bestätigt, in der festgestellt wurde, daß die Versammlung durch Aussprachen über die wichtigen aktuellen Probleme die öffentliche Meinung führen solle. (Vgl. Mitteilungen des Europarats, 4. Jahrg., Nr. 1.)

Im Jahre 1954 waren die Herren Guy Mollet und Georges Bohy Berichterstatler für die politische Debatte, die mit der Annahme der EntschlieÙungen Nr. 63 und 66 über die Abkommen von Paris und London und den Aufbau der Westeuropäischen Union abgeschlossen wurde. (Vgl. Mitteilungen des Europarats, 4. Jahrg., Nr. 10, 5. Jahrg., Nr. 1.)

Im folgenden Jahre fand die Debatte unmittelbar vor der Genfer Konferenz statt, und es nahmen fünf Außenminister, darunter die Herren Macmillan und Pinay, an ihr teil. Die Versammlung nahm die Stellungnahme Nr. 13 an, die sich auf die Sonderbotschaft der Minister bezieht: „Die Minister sollten an den

politischen Debatten persönlich teilnehmen, und das Ministerkomitee sollte die politischen EntschlieÙungen der Versammlung in seine Tagesordnung aufnehmen... Die Fragen der allgemeinen europäischen Politik sollten regelmäßig im Europarat behandelt werden..." (Vgl. Mitteilungen des Europarats, 5. Jahrg., Nr. 8.)

Der Präsident der Beratenden Versammlung, Herr Guy Mollet, richtete am 15. November 1955 ein Telegramm an die Außenminister Großbritanniens und Frankreichs von Genf, in welchem er sie an die EntschlieÙung der Versammlung Nr. 87 erinnerte: „Das Festhalten an dieser Einstellung wird Ihnen die einmütige Unterstützung der europäischen parlamentarischen Meinung sichern." (Vgl. Mitteilungen des Europarats, 5. Jahrg., Nr. 10.)

Die oben zitierte EntschlieÙung der Minister, die erstmals eine gemeinsame Politik gegenüber dem Osten festlegt, wurde wenige Wochen darauf gefaßt.

III. RECHTSFRAGEN

Europäische Niederlassungsordnung

Die Außenminister der Mitgliedstaaten des Europarats unterzeichneten am 13. Dezember in Paris die Europäische Niederlassungsordnung, welche die Rechtsstellung von Angehörigen eines Mitgliedstaates in einem anderen Mitgliedstaat regelt. (Vgl. Mitteilungen des Europarats, 5. Jahrg., Nr. 2.)

Die Vertreter aller Mitgliedstaaten des Europarats, mit Ausnahme derjenigen Irlands und Großbritanniens, deren Unterschrift sich aus technischen Gründen verzögerte, haben diese neue Europäische Konvention unterzeichnet.

Im ersten Teil behandelt die Konvention die Einreise, den Aufenthalt und die Ausweisung von Staatsangehörigen der Signatarstaaten sowie die Ausübung und die Sicherung ihrer bürgerlichen Rechte. Grundsätzlich sind die Angehörigen der Signatarstaaten den Bürgern des Aufenthaltslandes im Bezug auf die Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte gleichgestellt. Dies erstreckt sich auf den Rechtsschutz für die Person und das Eigentum und auf die sonstigen individuellen Rechte.

Im zweiten Teil wird die Berufsausübung geregelt. Auch hier tritt eine völlige Gleichstellung ein, soweit nicht wirtschaftliche oder soziale Gründe einer Arbeitsgenehmigung entgegenstehen. Für gewisse Kategorien entfällt jedoch auch diese Beschränkung. Volle Gleichstellung wird auch für die Ausbildung, die Besteuerung und die Sozialversicherung gewährt.

Im dritten Teil ist die Schaffung eines ständigen Ausschusses zur Überwachung und Weiterentwicklung der Bestimmungen der Konvention vorgesehen.

Die Europäische Niederlassungsordnung tritt mit der Hinterlegung der fünften Ratifikationsurkunde in Kraft. In der Anlage zu der Konvention befindet sich ein Verzeichnis von Einschränkungen, die durch die bestehenden nationalen Gesetze gegeben sind.

Die Bestimmungen der Konvention beziehen sich ausdrücklich nicht auf die Devisenregelung der ein-

zelenen Länder. Sie beschränken sich auf natürliche Personen.

Die Stellvertreter der Minister haben beschlossen, einen Sachverständigenausschuß einzuberufen, der die Frage der Schaffung einer gleichen Konvention für juristische Personen prüfen soll.

Menschenrechte

Europäische Menschenrechtskommission

Diese Kommission tagte vom 15. bis zum 17. Dezember in Straßburg. Zum Vorsitzenden bzw. stellv. Vorsitzenden wurden die Herren Professor C. H. M. *Waldock* (Großbritannien) bzw. Konstantin *Eustathiades* (Griechenland) gewählt.

Die Kommission prüfte 96 Fälle, die gemäß Art. 25 der Menschenrechtskonvention vorgelegt worden waren (Beschwerderecht von Einzelpersonen). Es wurden 85 Fälle zurückgewiesen 5 von den Antragstellern zurückgezogen, und die Behandlung von 5 weiteren Fällen vertagt. Ein Fall wurde anerkannt und der zuständigen Regierung zur Stellungnahme zugeleitet.

Um die große Anzahl der eingegangenen Fälle behandeln zu können, hat die Kommission eine Arbeitsgruppe von drei Mitgliedern für die Behandlung jedes einzelnen Falles und zur Berichterstattung an die Kommission eingesetzt.

Geltungsbereich der Menschenrechtskonvention

Die niederländische Regierung hat dem Generalsekretär des Europarats mitgeteilt, daß sie mit Wirkung vom 29. November den Geltungsbereich der Menschenrechtskonvention auf Surinam und die niederländischen Antillen ausgedehnt hat.

Beschwerderecht von Einzelpersonen

Der norwegische Außenminister, Herr *Halvard Lange*, übergab am 13. Dezember dem Generalsekretär des Europarats eine Erklärung der norwegischen Regierung, daß diese das Recht auf Einzelbeschwerde für zwei Jahre anerkennt. Damit beträgt die Zahl der dieser Bestimmung beigetretenen Länder sieben.

Sichtvermerke

Ab 1. Januar 1956 ist der Sichtvermerkszwang innerhalb der Mitgliedsländer des Europarats für deren Staatsangehörige aufgehoben.

IV. SOZIALE FRAGEN

Austausch von Kriegsversehrten

Am 13. Dezember unterzeichneten die Vertreter aller Mitgliedsländer, mit Ausnahme von Island, Norwegen und Schweden, ein europäisches Abkommen über den Austausch von Kriegsversehrten zur Heilbehandlung. Dieses Abkommen, dessen Entwurf von der Beratenden Versammlung am 26. Oktober 1955 einstimmig angenommen worden war, ist am 1. Januar 1956 in Kraft getreten, da drei Signatarländer (Frankreich, Bundesrepublik Deutschland und Irland) die Unterzeichnung ohne Vorbehalt der Ratifikation vorgenommen haben.

Dieses neue Abkommen ging von einer Empfehlung aus die im September 1954 von der Versammlung angenommen worden war (vgl. Mitteilungen des Europa-

rats, 4. Jahrg., Nr. 10). Es wurde vorgeschlagen, daß kriegsversehrte Angehörige von Mitgliedsländern die Vorteile der in anderen Mitgliedsländern besonders entwickelten Heilverfahren genießen sollten, um die bestmögliche Behandlung für ihren besonderen Fall erfahren zu können. Eine Anzahl internationaler Organisationen, darunter besonders der Weltfrontkämpfer-Bund, war an der Ausarbeitung des Abkommens beteiligt. Herr *Guy Mollet*, der Präsident der Beratenden Versammlung, erklärte in einem Schreiben an den Weltfrontkämpfer-Bund, daß der Gedanke einer gemeinsamen Ausnutzung von Heilverfahren für die Opfer der beiden Weltkriege ein besonders guter Weg sei, um die Solidarität der Völker Europas zu beweisen.

Das Abkommen sieht nicht nur den Austausch von Kriegsversehrten zur individuellen Heilbehandlung vor, sondern auch den Austausch von technischen Informationen, die freie Einfuhr von orthopädischen Ausrüstungen, künstlichen Gliedern usw. sowie den Austausch von Heilpersonal zu Fortbildungszwecken. Dem Abkommen können auch Staaten beitreten, die nicht dem Europarat angehören.

V. KULTURELLE FRAGEN

Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse

Die griechische Regierung hinterlegte am 5. Dezember beim Generalsekretär des Europarats die Ratifikationsurkunde für die Europäische Konvention über die gegenseitige Anerkennung der zum Hochschulstudium berechtigenden Schulabgangszeugnisse. Diese Konvention wurde am 11. Dezember 1953 unterzeichnet und trat am 20. April 1954 in Kraft. Mit Ausnahme Italiens, der Niederlande, Schwedens und der Türkei haben sie alle Mitgliedsländer ratifiziert.

Unterausschuß für Informationswesen

Dieser Unterausschuß des Ausschusses für kulturelle und wissenschaftliche Fragen trat erstmalig in Paris am 11. Dezember unter dem Vorsitz von Herrn *Nigel Nicolson* (Engländer) zusammen. In erster Linie wurde ein Tätigkeitsbericht des Sekretariats über das Informationswesen geprüft. Eine Reihe von Vorschlägen zur weiteren Entwicklung wurde erörtert. Der Unterausschuß beschäftigte sich ebenfalls mit dem am 10. Dezember 1954 von Gräfin *Finckenstein* (Deutsche) eingebrachten Empfehlungsentwurf über die Schaffung eines europäischen Informations- und Erziehungszentrums im Rahmen des Europarats. Der hierüber durchgeführte Meinungsaustausch soll als Grundlage der allgemeinen Aussprache über Informationswesen dienen, die während der 8. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung durchgeführt wird.

VI. BEVÖLKERUNG UND FLUCHTLINGE

Annahme der Vorschläge von Herrn *Schneiter*

Der Sonderbeauftragte des Europarats für die nationalen Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse, Herr *Pierre Schneiter*, hat dem Ministerkomitee in einem Bericht eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt, die nunmehr genehmigt wurden (siehe oben). Herr *Schneiter* sieht eine Aktion auf zwei Ebenen vor:

Auf dem politischen Gebiet muß ein europäisches Koordinationsorgan geschaffen werden, das aus einem bereits bestehenden Ausschuß, einem besonders beauftragten Beamten oder einem prominenten europäischen Politiker bestehen kann. Die Aufgabe dieses Organs ist im wesentlichen koordinierend und fördernd. Hierunter fallen die Zusammenfassung von Plänen zur örtlichen oder regionalen Eingliederung, die Ausarbeitung von Siedlungsplänen im Rahmen der innereuropäischen Wanderung, die Erschließung neuer Auswanderungs-Möglichkeiten, die Verbesserung der Berufsausbildung und die publizistische Tätigkeit. Der Sonderbeauftragte betont in seinem Bericht, daß vorhandene Organe, wie etwa der Zwischenstaatliche Ausschuß für Europäische Wanderung mit seiner rein technischen Zielsetzung, mit derartigen Aufgaben nicht betraut werden können. Die Koordinierung der Auswanderungspolitik in den europäischen Ländern stellt vielmehr eine spezifisch europäische und politische Aufgabe dar. Andererseits darf unter keinen Umständen ein neues bürokratisches Organ geschaffen werden.

Die Entschließung der Minister vom 13. Dezember stellt fest, daß die fördernde und koordinierende Tätigkeit dem Sonderbeauftragten selbst übertragen werden soll. Eine Definition seines Auftrages wird noch im einzelnen erfolgen, auf jeden Fall sollen die Regierungen und die zuständigen Organisationen angehalten werden, selbständige oder gemeinsame Anstrengungen zur Lösung der demographischen Probleme Europas zu unternehmen.

Der zweite Teil der Aktivität besteht aus finanziellen Maßnahmen, insbesondere ist die Schaffung ausreichender Mittel zur Gewährung von langfristigen rückzahlbaren Anleihen zur Finanzierung der Ansiedlung von Auswanderern vorgesehen. Die Minister haben sich dem Vorschlag Herrn Schneiters angeschlossen, wonach diese Mittel durch einen „Wiederansiedlungsfonds des Europarats“ geschaffen werden sollen. Die Einzelheiten, wie Grundkapital, Beiträge der teilnehmenden Staaten, Zusammensetzung des Verwaltungsrates, werden von den Stellvertretern der Minister zusammen mit dem Sonderbeauftragten bis zum 1. April 1956 ausgearbeitet werden. Dieser Fonds wird den Charakter eines Teilabkommens tragen, das heißt, nur diejenigen Mitgliedsländer, welche zu ihm beitragen, sind an der Ausarbeitung des Statutes und den Unkosten beteiligt. Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß mit dem Fonds erstmals von der Möglichkeit der Schaffung von Teilabkommen, die seit August 1951 besteht, Gebrauch gemacht wird.

Zum ersten Male werden die Regierungen den Auswanderern rückzahlbare Darlehen gewähren. Die vom Hochkommissariat der Vereinten Nationen an Flüchtlinge gewährten Anleihen haben aus psychologischen Gründen zwar häufig diese Form getragen, die Finanzierung erfolgte jedoch aus verlorenen Zuschüssen der Regierungen und privaten Organisationen.

ANDERE ORGANISATIONEN

Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO)

Die erste Sitzung der neugeschaffenen europäischen Kommission für Zivilluftfahrt wurde im Europahaus

vom 28. November bis zum 16. Dezember durchgeführt. An der Sitzung nahmen außer den Ländern des Europarats Österreich, Portugal, Spanien und die Schweiz teil, durch Beobachter waren vertreten weitere neun Länder sowie die Wirtschaftskommission für Europa (ECE), der Europäische Wirtschaftsrat (OECE), die europäische Verkehrsministerkonferenz und der Europarat.

Die Konferenz beschloß, ihre eigene Geschäftsordnung und Organisation festzusetzen, unter Beibehaltung enger Beziehungen zu ihrer Mutter-Organisation, der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation. Es soll jährlich eine Vollsitzung abgehalten werden; ein Bericht über diese soll der Beratenden Versammlung vorgelegt werden. Die finanzielle Regelung wird auf einer Sitzung anlässlich der Tagung der ICAO in Caracas im Juni dieses Jahres besprochen werden.

Die Konferenz stellte einen Abkommensentwurf über den innereuropäischen nichtflugplanmäßigen Verkehr fertig, der ab April im Pariser Büro der ICAO zur Unterschrift aufliegen wird. Nach diesem Abkommen, das sich auf die europäischen Länder und Kleinasien erstreckt, wird unter gewissen Umständen die Durchführung von kommerziellen Flugdiensten gestattet, z. B. wenn diese Flüge nicht öfter als einmal im Monat stattfinden oder als Noteinsätze geflogen werden oder lediglich mit kleinen Maschinen mit einer Kapazität von höchstens sechs Fluggästen durchgeführt werden.

Die Konferenz stellte fest, daß der Zeitpunkt noch nicht gekommen sei, um ein mehrseitiges Abkommen über den Linienverkehr an Stelle der bestehenden zweiseitigen Abkommen auszuarbeiten. Es ergab sich hier ein Unterschied der Auffassungen zwischen den Delegationen, die eine Zusammenarbeit auf der Ebene sowohl der Regierungen wie auch der Fluggesellschaften wünschten, und denjenigen, denen eine Zusammenarbeit der Fluggesellschaften allein für zweckmäßiger erschien, wobei die Regierungen lediglich eine Hilfestellung leisten sollten.

Weitere Empfehlungen der Konferenz betreffen den Austausch von Flugzeugen und den Hubschrauberverkehr. Für diesen wurde eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der europäischen Länder eingesetzt.

VERSCHIEDENES

Neujahrswünsche

In der Nacht vom 31. Dezember zum 1. Januar wurden die Glückwünsche des Europarats in einer Sonder-sendung des französischen Rundfunks übertragen. Die 24 Glockenschläge vom Turm des Straßburger Münsters erklangen und mahnten Europa zur Besinnung auf sein gemeinsames Erbe.

Der Vorsitzende des Ministerausschusses, Herr Liam Cosgrave, erklärte folgendes:

„Die europäische Zusammenarbeit hat im vergangenen Jahre unleugbare Fortschritte gemacht: nicht so sehr durch aufsehenerregende Entscheidungen, sondern mehr durch den Abschluß von Abkommen praktischer Art, die das Leben jedes einzelnen Europäers in Europa erleichtern sollen. Zum Beispiel wurde für die Mitgliedsländer des Europarats der Sichtvermerkzwang abgeschafft; jeder Europäer

kann nun mit seinem Paß in jedes andere Mitgliedsland des Europarats reisen.

Die Sicherung der Menschenrechte und Freiheiten jedes Europäers wurde gelestigt und ausgebaut. Auf sozialem und kulturellem Gebiet sind praktische Fortschritte erzielt worden.

So arbeiten die Völker Westeuropas in einer fortlaufenden praktischen Tätigkeit immer enger zusammen, enger, als es bisher jemals in der Geschichte der Fall gewesen ist.

Ich bin überzeugt, daß dies eine gesunde Grundlage für Frieden und Wohlstand in Europa ist, wie ich ihn allen wünsche."

Der Präsident der Beratenden Versammlung, Herr Guy Mollet, erklärte seinerseits:

"Das Jahr ist im Zeichen der Entspannung zu Ende gegangen. Die Aufgabe seiner aggressiven Haltung durch Rußland hat die große Hoffnung erweckt, daß ein Weltkrieg unmöglich geworden ist.

Diese Hoffnung muß gefestigt werden. Nur eine allgemeine Abrüstung mit wirksamer Kontrolle wird der Welt Sicherheit geben. Für die ersten Schritte auf diesem Wege sind auf den Genfer Konferenzen praktische Vorschläge gemacht worden. Europa wünscht, daß sie zum Ziele führen mögen und daß so ein Klima gegenseitigen Vertrauens geschaffen wird. Vielleicht wird 1956 das Jahr des Friedens sein.

Aber auch das Jahr Europas. Ein großer Plan breitet sich vor uns aus und berechtigt zu einer enthusiastischen Anerkennung, vor allem durch die Jugend: Die Wissenschaft und die Hilfsquellen Europas sollen zusammengelegt werden, damit seine Industrie die unermessliche Kraft der Atomenergie für rein friedliche Zwecke verwenden kann. Damit können wir unser Leben und das der mit uns verbundenen Bevölkerung der überseeischen Gebiete verbessern. Abrüstung und friedliche Ausnutzung der Atomenergie sind die beiden Wünsche, welche ich im Namen der Beratenden Versammlung des Europarats zum Glück und Segen für alle wünsche."

Ständige Vertretung Irlands

Herr Brendan O'Riordan, der Irland seit 1954 im Ausschuß der Stellvertreter der Minister vertreten hat, wurde zum ständigen Vertreter seines Landes beim Europarat mit dem Dienstsitz in Straßburg ernannt.

Weltjugendversammlung

Der beratende Ausschuß der Weltjugendversammlung tagte am 16. und 17. Dezember im Europahaus in Straßburg. Beobachter des Europarats, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, des Internationalen Arbeitsamtes, des europäischen Landwirtschaftsverbandes und der Europäischen Volksbildungszentrale nahmen an der Sitzung teil. Die Sitzung, auf der das Problem des Austauschs der Landjugend erörtert wurde, wurde eröffnet von Herrn Guthrie Moir, der den Vorsitz anschließend an Herrn Heinrich Köppler abgab.

Das Arbeitsprogramm für 1956 wurde festgelegt; es enthält insbesondere eine Konferenz über die Rolle der weiblichen Jugend in der Gemeinschaft, eine Studie über die soziale und menschliche Lage junger Militärpflichtiger und einen Kongreß der Landjugend. Die Vollversammlung der Organisation wird im August in Berlin stattfinden.

Europarat im Fernsehen

Die technische Einrichtung des Straßburger Fernsehsenders zur Übertragung von Programmen zu anderen französischen Sendern und den an die Eurovision angeschlossenen Sendern wurde kurz vor Weihnachten fertiggestellt. Zur Einweihung wurde eine dem Europarat gewidmete Sendung übertragen. Ein neuer Film über den Europarat wurde gezeigt, und Herr Pierre Corval, der stellvertretende Leiter des französischen Fernseh-Nachrichtendienstes, interviewte den Generalsekretär des Europarats und führende Mitglieder des Sekretariats sowie eine Reihe von Journalisten über die Arbeiten des Europarats.

VORLAUFIGER TERMINKALENDER

14. Januar	Gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für wirtschaftliche und soziale Fragen (Paris).
17. Januar und folgende Tage	Stellvertreter der Minister (Straßburg).
23. Januar	Ausschuß für soziale Fragen (Paris).
23. Januar	Arbeitsgruppe des Ausschusses für Wirtschaftsfragen (Paris).
24. Januar	Ausschüsse für soziale und Wirtschaftsfragen (teilweise gemeinsam) (Paris).
24.—25. Januar	Unterausschuß der Kultursachverständigen (Paris).
25. Januar	Ausschuß für kulturelle und wissenschaftliche Fragen (Paris).
25. Januar	Arbeitsgruppe des Sonderausschusses für die Organisation einer europäischen Katastrophen-Hilfe (Paris).
25. Januar	Arbeitsgruppe Süd-Europa des Ausschusses für Wirtschaftsfragen (Straßburg).
26. Januar	Unterausschuß über Informationswesen (Paris).
26. Januar	Präsidium der Versammlung (Paris).
26. Januar	Ständiger Ausschuß (Paris).
26. u. 27. Januar	Jahres-Sitzung mit dem Sekretariat der UNESCO zur Besprechung gemeinsamer Probleme (Paris).
27. Januar	Gemischter Ausschuß (Paris).
8. u. 9. Februar	Unterausschuß über die Darstellung der europäischen Idee und Kultur in anderen Kontinenten (Paris).
8.—10. Februar	Sachverständigen-Ausschuß für öffentliches Gesundheitswesen (Straßburg).
8.—11. Februar	Sachverständigen-Ausschuß über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten (Straßburg).
17. u. 18. Februar	Vorbereitende Sitzung für die 4. Konferenz über die Revision von Geschichts-Lehrbüchern (Paris).
15.—23. Februar	Sachverständigen-Ausschuß für Auslieferung (Straßburg).

Die politische Philosophie Woodrow Wilsons in heutiger Sicht

Gedanken zum 100. Geburtstag

Von *Adlai E. Stevenson*

Thomas Woodrow Wilson gehört zu den seltenen Gelehrten, die in entscheidenden Momenten der Weltpolitik als Staatsmänner eingegriffen haben. Am 28. Dezember 1856 in Staunton im Staate Virginia geboren, hat er bis zum Jahre 1902 auf den Gebieten der Geschichte, der Rechtswissenschaft und der Politik gelehrt und publiziert. Als Präsident der Princeton University begann er, auf die öffentlichen Angelegenheiten der Vereinigten Staaten Einfluß zu nehmen. Durch sein Eintreten für liberale Reformen der Wirtschafts- und Sozialpolitik in den Vordergrund der innenpolitischen Debatte gerückt, wurde er 1910 in New Jersey, dem Staate seiner Universität, zum Governor, zwei Jahre danach als Kandidat der Demokratischen Partei zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt. Das amerikanische Zentralbanksystem ist in seiner ersten Amtsperiode entstanden.

Während des Ersten Weltkrieges vertrat Wilson zwei Jahre lang die Politik der Neutralität mit einer Entschiedenheit, die für seine Wiederwahl im Jahre 1916 bestimmend wurde. Er war aus tiefer Ueberzeugung Mitglied der von dem älteren *Taft* begründeten Friedensliga (League to Enforce Peace). Nachdem der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg, begünstigt durch die deutsche Unterseebootpolitik und die ihr zugrunde liegende falsche Einschätzung der Kräfteverhältnisse, nicht mehr zu vermeiden war, hat Wilson versucht, die amerikanische Beteiligung an der Kriegführung zur Errichtung einer dauernden völkerrechtlichen und politischen Sicherung des Weltfriedens zu verwerten. Er leitete persönlich die amerikanische Delegation bei der Friedenskonferenz von 1919. Die Geschichte des Vertrags von Versailles und die Begründung der österreichischen Nachfolgestaaten steht in engem Zusammenhang mit dem Vorrang, den er bei den alliierten Beratungen der Gründung des Völkerbundes gegeben hat.

Es war die Tragödie seines Lebens, daß er, 1919 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, den Beitritt seines eigenen Landes zum Völkerbund nicht durchzusetzen vermochte. Auch andere Hoffnungen, die auf sein Friedensprogramm der 14 Punkte vom Januar 1918 gesetzt worden waren, blieben unerfüllt.

Der nachfolgende Beitrag beruht im wesentlichen auf den Ausführungen, die der demokratische Präsidentschaftskandidat von 1952, *Adlai Stevenson*, in einer Rede am 11. November 1955, dem Waffenstillstandstag des Ersten Weltkrieges, vor der Virginia-Universität in Charlottesville zum bevorstehenden 100. Geburtstag Wilsons unter der Schirmherrschaft der *Woodrow Wilson Foundation* gehalten hat. Wie Stevenson zu Beginn seiner Rede darlegte, liegt in der Bezeichnung „Waffenstillstandstag“ eine schmerzliche Ironie, denn der 11. November 1918 brachte nur einen Waffenstillstand, nicht aber den Frieden. Hiermit wird die ganze Spannung berührt, die sich in unserem Jahrhundert zwischen der Einsicht in die Notwendigkeit des Weltfriedens und der Kunst, ihn zu erzwingen, herausgestellt hat. Die Gedanken Wilsons und ihr Fortleben sind für den deutschen Leser nicht nur wegen der auch für Deutschland entscheidenden Frage der Sicherheit, sondern auch wegen der engen geistigen Verwandtschaft mit den Ideen Immanuel Kants bedeutsam, wie sie in den Schriften „Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht“ (1784) und „Zum Ewigen Frieden“ (1795) ausgesprochen sind.

A. B.

Die Jahre seit 1918 waren eine Parodie auf den Frieden, eine Reihe von Intervallen zwischen Kriegen; und der Krieg selbst ist noch gräßlicher und noch erschreckender geworden. Die Krisis in der Geschichte der Menschheit, die Woodrow Wilson vor 35 Jahren mit so großer Klarheit erkannte, ist nun mit verdoppelter Schärfe über uns hereingebrochen. In einem Zeitalter, in dem der totale Krieg die Zivilisation nicht nur mit Rückschlägen, sondern mit ihrer völligen Zerstörung bedroht, wird es uns von Nutzen sein, auf Wilson zurückzukommen und uns seinen Beitrag zum Ringen um den Frieden wieder vor Augen zu führen.

Wenn man an Wilson und den Frieden denkt, denkt man an den Völkerbund — und das mit Recht. Ich bezweifle jedoch, daß die Konzeption des Bundes, so edel sie war, Wilsons Mühen um den Frieden erschöpfte. Wenn ich hier überhaupt eine These ver-

trete, so ist es die, daß Wilsons Krieg gegen den Krieg nur teilweise auf der Schaffung neuer internationaler Mechanismen beruhte. Er beruhte meiner Ansicht nach sogar mehr auf der Heranbildung eines neuen internationalen Geistes. Wilson glaubte fest, daß der neue internationale Geist nur aus neuen Werten in unserem eigenen sozialen und wirtschaftlichen Leben erwachsen könne. Er wußte, daß sein Kreuzzug für den Frieden nie zum Erfolge führen könne, wenn sich die Welt nicht gleichermaßen zu einem Kreuzzug für Gerechtigkeit verpflichtet fühlte.

Man darf nicht vergessen, daß Wilson nicht als Fachmann der internationalen Angelegenheiten auf den Schauplatz der Nation trat, sondern als der beredte Exponent des Evangeliums der Neuen Freiheit in unseren innerpolitischen Angelegenheiten. Er glaubte, daß der Aufstieg von Industrie und Handel

die wirtschaftliche Ordnung umgeformt habe. Dies war, so sagte er, „nichts weniger als ein neues soziales Zeitalter, eine neue Aera der menschlichen Beziehungen, eine neue Inszenierung für das Drama des Lebens“. Eine neue Befreiung war notwendig — „für das Freimachen der reichen Energien eines Volkes“. Seine Berufung war es, für Befreiung und für soziale Gerechtigkeit zu arbeiten; die Politik auf die Grundlage der Wohlfahrt aller, und nicht der einer engen Gruppe, zu stellen.

Vergegenwärtigen wir uns die damalige Zeit! Die letzten Jahre des 19. Jahrhunderts hatten eine unheilverkündende Konzentration von Reichtum und damit von politischer Macht in wenigen Händen gesehen. Und das Wirtschaftssystem konnte, sich selbst überlassen, nicht einen Prozeß rückgängig machen, den es ja selbst ins Rollen gebracht hatte. *Laissez-faire* konnte nicht heilen, was es selbst mit verursacht hatte. Nur eine Instanz verfügte über genügend Autorität, dieses gefährliche Uebergewicht abzubauen, und das war die Regierung der Vereinigten Staaten. Sie sollte ihre großen Machtbefugnisse, abgeleitet aus der Wahl des Volkes — aus der „gerechten Zustimmung der Regierten“, — nutzen, um das Gleichgewicht in der Gemeinschaft wiederherzustellen und zu verbürgen, daß alle Schichten an der Ausdehnung und Bereicherung des amerikanischen Lebens teilhaben können.

Dies war Wilsons größtes Unternehmen. Und sein Hauptbemühen war, als Regel für die Politik, mitten im Kern des Bekenntnisses seiner Partei, das Konzept des Gemeinwohls aufzustellen. So sagte er einmal: „In einem sich selbst regierenden Lande gibt es eine Regel für alle, und das ist das gemeinsame Interesse.“ Wilson war keineswegs der erste oder einzige amerikanische Politiker, der seine politische Laufbahn der Förderung des Gemeinwohls widmete. Männer von gigantischer Größe in der amerikanischen Geschichte — die Väter der Verfassung, Thomas Jefferson, Andrew Jackson, Abraham Lincoln, Theodore Roosevelt —, sie alle hatten dieser Republik schon durch ihr Leben ein leuchtendes Bild von Staatsmännern gegeben, die sich völlig dem öffentlichen Wohle widmen. Wilson vollbrachte es, diese Widmung in die Sprache der neuen industriellen Gesellschaft zu übertragen.

Freilich wurde vieles, was Wilson anstrebte, scharf angegriffen. Klagegesänge und Prophezeiungen von Katastrophen begleiteten Wilsons Reformen, wie etwa das „Federal Reserve System“, die Einkommensteuer, die „Federal Trade Commission“, das „Clayton Antitrust Act“ und andere. Reformen wirken immer erschreckend auf manche Menschen, und Wilsons bleibende Leistung lag in der dauerhaften und untülgbaren Einführung des Prinzips des Gemeinwohls in das Durcheinander von Verwirrung und Konflikten, das der modernen Wirtschaft anhaftete. Wilsons Konzept gründete sich auf die Rechte und Interessen

aller Teile der Gemeinschaft. Er wußte, wie Lincoln, daß Regierung für das Volk Regierung durch das Volk und vom Volke zu sein hatte.

Was Wilson am Herzen lag, war das öffentliche Wohl. Wonach er strebte, war eine Wiedergeburt der Freiheit, gegründet auf Rechtsgleichheit und soziale Gerechtigkeit. Was er fürchtete, war Regierung durch eine einzelne Interessengruppe. Wilson sah das öffentliche Wohl in der Zusammenarbeit und dem Gleichgewicht der Kräfte zwischen den verschiedenen Gruppen der Gemeinschaft: Farmer, Arbeiter, Geschäftsleute — alle sollten berücksichtigt werden. „Wir werden weder gerecht noch weise handeln, wenn wir festgelegte Interessen als Feinde der Gesellschaft anprangern“, schrieb er. Und alle sollten das Recht haben, an den Entscheidungen der Regierung beteiligt zu sein. Er war auch dagegen, Fachleute oder gar Professoren aus der Staatsführung zu verbannen! Einmal, als er schon im Ruhestand war, schrieb er an einen anderen großen Staatsmann aus dem Süden, Cordell Hull: „Ich fürchte mich nicht, unsere Partei zu einer Intellektuellen-Partei zu machen, denn Intellektuelle denken wenigstens und begreifen die Normen sittlicher Haltung.“

In den Jahren seit Wilson haben wir vieles von seinem ursprünglichen Programm weitergeführt. Die öffentliche Kontrolle der Kreditpolitik ist wirksamer geworden, eine progressivere Einkommensteuer hat zur Verteilung des Reichtums auf weitere Kreise beigetragen, die ersten Schritte zum Schutz des Arbeiters durch den Bund sind zu einem allgemeinen System der sozialen Sicherheit ausgebaut worden, den Farmern ist nicht nur durch Bodenkonservierung und Kredite geholfen worden, sondern auch durch Stützung der Preise. Diese Maßnahmen haben den Geist der Neuen Freiheit erweitert. Weit davon entfernt, wie Fesseln an der Unabhängigkeit der Wirtschaft zu wirken, haben sie geholfen, eine Stabilität der Kaufkraft zu schaffen, eine Ausweitung des Verbrauchs und eine Ausdehnung des Marktes, wie sie die Geschäftswelt zu Wilsons Zeiten kaum erträumt haben dürfte.

Auch hat die Wirtschaft nicht unter der steigenden politischen und wirtschaftlichen Macht der anderen Gruppen gelitten. Im Gegenteil, die dazwischenliegenden Jahre haben Wilsons Konzept des Gemeinwohls, der Rolle der Staatsführung bei seiner Gewährleistung und der realisierbaren Synthese verschiedenartiger wirtschaftlicher Interessen innerhalb einer sich ausdehnenden demokratischen Gemeinschaft gerechtfertigt. Wenn man ein Denkmal seiner Leistung sucht, würde ich vorschlagen, die amerikanische Wirtschaft anzuschauen, für die er so viele sichere Grundsteine gelegt hat.

So haben also die Wilsonschen Reformen geholfen, den reichen materiellen Ueberfluß zu erzeugen, den wir heute haben. Aber, was noch wichtiger ist, sie

trugen zu einer Erneuerung der moralischen Prinzipien der Amerikaner bei. Sie gaben in einer Welt des Geschäftemachens der Tatsache Bedeutung, daß wir, mit den Worten des Paulus, Glieder sind einer des anderen; sie erinnerten uns daran, daß die lebendige Gemeinschaft sich auf Redlichkeit, Weitherzigkeit und Anstand in den menschlichen Beziehungen stützt und auf die Gleichheit der Chancen.

Die Probleme, die Wilson in der Nation gesehen hatte, sah er dann noch brennender in der Welt. In der internationalen Anarchie seiner Zeit — einer Anarchie, die Europa 18 Monate nach seinem Regierungsantritt in den Krieg stürzte — sah er von neuem den Hader, die Bitterkeit, das Unheil, die entstehen mußten, wenn unkontrollierte Kräfte miteinander ringen dürfen, ohne daß ihnen von der Gemeinschaft als Ganzem Schranken auferlegt werden. Als die Flammen Europa umgaben, sah Präsident Wilson, daß schrankenlose nationale Interessen wie unbalancierte wirtschaftliche Kräfte im Inneren nicht unbedingt dem allgemeinen Wohle dienen. Der Grundgedanke, der hinter dem Völkerbund stand, war in der Tat Wilsons Leitidee vom Gemeinwohl, auf die internationale Gesellschaft angewandt.

Wie wir alle wissen, gelang es ihm nicht, seinem Volke, oder wenigstens einer genügenden Anzahl seiner Politiker, diese Vision mitzuteilen. Die Vereinigten Staaten nahmen am ersten Versuch der Welt, eine internationale Ordnung aufzubauen, nicht teil. Heute jedoch, mit über 30 Jahren Erfahrung, wissen auch wir, daß seine Vision einer unter dem Gesetz stehenden Gemeinschaft der Nationen der einzige Weg zu dauerhaftem Frieden war und ist. Der Traum von 1919 ist zur Wirklichkeit der Vereinten Nationen geworden. Und so können wir, wenn wir nach Denkmälern für Wilsons Werk suchen, sie wiederum unter uns finden, hineingebaut in das Fundament unserer Nachkriegswelt.

Das bedeutet nicht, daß für Wilson der Völkerbund damals — oder für uns die Vereinten Nationen heute — die ganze Strategie des Friedens darstellten. Die Ursachen der universalen Unrast und Gärung liegen tiefer; sie liegen, so deutete Wilson es selbst an, „an den Quellen des geistigen Lebens unserer Zeit“. Unter den Auseinandersetzungen der Diplomaten und den Konflikten der Nationalstaaten brodelten damals — wie heute — die Hoffnungen, Ressentiments und Aspirationen nicht nur der Führer, sondern auch großer Volksmassen, die für sich und ihre Kinder die Rechte und Privilegien erstrebten, die, wie Wilson sagte, „alle normalen Menschen begehren und haben müssen, wenn sie zufrieden und in Reichweite des Glücks leben sollen“.

Dies, so scheint mir, ist der Kernpunkt der Sache — und zwar der Kernpunkt nicht nur der Demokratie und der Freiheit, sondern auch des Friedens selbst. Gewalt ist schließlich das Eingeständnis, daß gegen-

seitige Beziehungen der Achtung und des Wohlwollens zerbrochen sind und das Gewebe des gemeinsamen Lebens zerrissen ist. Es ist die dringendste Aufgabe, die sich jeder Gesellschaft stellt, sei es innenpolitisch oder weltumspannend, Mißständen, Streitigkeiten, blinden Interessengegensätzen Einhalt zu gebieten, lange bevor sie sich zum Kriege entladen.

Dieser unterirdische Druck, der rings in der Welt sich erhebt — Druck der bitteren Not, des Hungers und der Krankheit, der erweckten Hoffnungen, des Nationalismus, des Neides, der Ungeduld, verlorene Jahrhunderte wettzumachen — ist der Sprengstoff des internationalen Lebens. Und dies wußte Woodrow Wilson ebenso, wie er wußte, daß Armut und Benachteiligung und die Kluft zwischen Reichen und Armen Feuergefahren in Amerikas Kellergeschoß waren. In einer seiner letzten öffentlichen Äußerungen sprach er über die Erscheinung, die uns heute so bedroht und beunruhigt: den Aufstieg des Kommunismus. Er war einer der ersten Amerikaner, der auf die Gefahr des Kommunismus aufmerksam machte; und 30 Jahre danach wenden wir immer noch mehr Zeit daran, uns gegenseitig auf die Gefahr aufmerksam zu machen als auf ihre Gründe.

„Die Summe des Ganzen ist“, sagte Wilson, „daß unsere Zivilisation materiell nicht bestehen kann, wenn sie nicht geistig ausgefüllt wird.“ Was wir brauchen, sagte er, muß „Mitgefühl und Hilfsbereitschaft und den Willen, das eigene Interesse zurückzustellen, um das Wohl, das Glück und die Zufriedenheit anderer und der Gemeinschaft als Ganzes zu fördern“, einschließen. Dies, sagte er und dachte dabei an den Schrecken der kommunistischen Alternative, „war der Weg, der wegführt von der Revolution“.

Ich glaube, daß Wilson uns heute noch viel zu sagen hat. Und was er zu sagen hat, ist, daß wir härter denn je denselben zweifachen Kampf führen müssen, den schon die Generation vor uns zu führen hatte: den Krieg gegen Not und Bedrückung und den Krieg gegen den Krieg selbst.

Wir haben im Kriege gegen Armut und Bedrückung einen Anfang gemacht. Aber unsere Welt bewegt sich nicht durch irgendeine unerforschliche „verborgene Hand“ zu wachsendem Wohlstand, steigendem Lebensstandard und der Ausbreitung der Freiheit. Im Gegenteil: die Strömung läuft umgekehrt, in den rückständigen Ländern überholt der Bevölkerungszuwachs die Hilfsquellen, im bereits reichen Westen häuft sich der Reichtum, und es gibt kommunistische Propaganda und Infiltration. Wenn es den Kommunisten gelingt, die Revolution in den unterentwickelten Gebieten an sich zu reißen — in dem neutralen Drittel der Welt —, so wie sie schon die Revolutionen Rußlands und Chinas an sich gerissen haben, dann wird der Kreis der Freiheit auf Erden gefährlich schrumpfen.

Anti-Kommunismus und Eigeninteresse sollten jedoch nicht unser einziger Beweggrund sein, den um Würde und Unabhängigkeit ringenden Völkern helfend die Hand zu bieten. Selbstlosigkeit und Großmut sind ebenso Teil der amerikanischen Vergangenheit. Und wir können viel tun, das Verhängnis in weniger begünstigten Ländern wenden zu helfen, wo Armut immer mehr Armut zeugt und Haß immer mehr Haß. Wir können unsere überwältigenden Quellen an Reichtum und Fähigkeit einsetzen, um Produktivität und Lebensstandard zu erhöhen. Wir können mehr von unserer geistigen Kraft für Aufgaben im Ausland einsetzen und die Gelegenheiten erweitern, unseren auswärtigen Freunden hier in den Vereinigten Staaten Wissen und Erfahrung zu vermitteln. Und wir können die Völker der Erde überzeugen, daß wir dies nicht tun, nur um dem Kommunismus Einhalt zu gebieten oder den Amerikanismus aufzunützen oder das Kolonialsystem zu verewigen, sondern weil wir glauben, daß der Traum einer furchtlosen, freien und gleichen Gesellschaft, der zuerst in den Vereinigten Staaten gehegt wurde, mächtiger ist denn je und über die ganze Welt ausgebreitet werden kann.

Der dringendste Kampf von allen ist aber vielleicht der Krieg gegen den Krieg selbst. Die bisherigen Fehlschläge unserer Bemühungen, Herr über den Krieg zu werden, verursachten großes Unheil in der Welt und kosteten viele Menschenleben, aber sie zerstörten nicht die Welt selbst. Der totale Krieg im Atomzeitalter wird die Zivilisation nicht so leicht davon kommen lassen.

Was die Menschheit jetzt fordert, ist ein großer Sprung vorwärts in unserem Denken und Handeln. Wir sprechen von „Begrenzung“ des Krieges. Aber das ist nicht genug. Der Krieg im Zeitalter der Wasserstoffbombe widersteht der Begrenzung: man kann eine Kettenreaktion nicht an einer Leine halten. So ist das Endziel nicht Begrenzung, nicht unsicheres Gleichgewicht der Waffen oder des Schreckens, sondern die Abschaffung des Krieges durch Abschaffung der Kriegsmittel.

Es wird täglich dringender, daß wir schöpferisch und entschlossen an allen Fronten der Welt im Kampf für das allgemeine Gut vorwärts eilen. Die Nachrichten sprechen täglich von neuem für nüchternen Realismus. So wie Woodrow Wilson neue Methoden ersann, das Gemeinwohl unter den Menschen und den Frieden unter den Nationen zu fördern, so müssen wir neue Methoden ersinnen, den Anforderungen unserer Zeiten zu entsprechen. Sicherlich ist es dies, was uns der Geist Wilsons heute zu sagen hat. Und er verpflichtet uns den Institutionen für Völkerverständigung und Frieden, die zu errichten Wilson in so edler Weise versuchte.

Er verpflichtet uns, unablässig gegen die Ursachen und die Mittel des Krieges zu arbeiten — eine Arbeit, die fort dauern muß, bis die Menschen überall im

Sonnenlicht leben können, ohne Bedrückung und Furcht.

Dieses Bildnis aus der Größe von Amerikas leuchtender Vergangenheit verpflichtet uns vor allem, den neuen internationalen Geist zu beleben, von dem Wilson wußte, daß ohne ihn weder Institutionen noch materielle Programme Erfolg haben könnten. Es ist der Geist, der anerkennt, daß die Gerechtigkeit erhaben ist über den Sieg, daß „die Menschheit über allen Nationen steht“, daß „jeder Mensch das Zeichen der Menschheit“ trägt.

Wir sollten Wilsons 100. Geburtstag zum Anlaß nehmen, uns diesen Zielen zu verpflichten, bis endlich Wilsons Worte nicht mehr unser spotten werden — bis die Welt endlich *safe for democracy* ist.

Aus dem Englischen übersetzt von Maria von Handel, Frankfurt.

Bibliographische Hinweise

Werke Thomas Woodrow Wilsons:

Congressional Government. A study in American politics. (1885)

The State. Elements of Historical and Practical Politics. (1889, deutsch 1913)

Division and Reunion. (1893)

Mere Literature and other Essays. (1893, deutsch 1913)

George Washington. A Biography. (1897)

A History of the American People. (5 Bde. 1902)

Constitutional Government in the United States. (1908)

The New Freedom. (1913, deutsch 1914)

On Being Human. (1916)

International Ideals. (1919)

Wilson's Reden wurden 1919 herausgegeben, deutsch unter dem Titel: Das staatsmännische Werk des Präsidenten Wilson. (Hrsg. von Ahrens und Brinkmann, 1919)

Woodrow Wilson and World Settlement. (Hrsg. von R. S. Baker, 3 Bde. 1922. Deutsch u. d. T.: Memoiren und Dokumente. 1923/24)

The Public Papers of Woodrow Wilson. (Hrsg. von R. S. Baker und W. E. Dodd, 2 Bde. 1925)

Werke über Thomas Woodrow Wilson:

Aldermann, Edwin Anderson: In Memoriam Woodrow Wilson. (U. S. Gov. Print. Off.)

Allen, Frederick L.: Only Yesterday. (New York: Harper & Brothers)

Annin, Edward Robert: Woodrow Wilson — a Character Study. (New York: Dodd, Mead & Comp.)

Baker, Ray Stannard: Woodrow Wilson — Life and Letters. Vol. 1—8. 1927—1939)

Bolitho, William: Twelve Against the Gods. (New York: Simon & Schuster)

Bonsal, Stephen: Unfinished Business. (New York: Doubleday, Doran & Comp.)

Dodd, W. E.: Woodrow Wilson and his work. (Neue Aufl. New York 1932)

Hagedorn, Hermann: Americans. A book of lives. (New York: Day 1946)

Harris, H. W.: Life of Woodrow Wilson. (1917)

Hille: Vernunft und Geschichte bei Woodrow Wilson. (Philos. Diss., Frankfurt a. M. 1950)

House, E. M.: Intimate Papers. (1926)

Kerney, J.: The Political Education of Woodrow Wilson. (New York 1926)

Kötzschke, Richard: Thomas Woodrow Wilson. (1931)

Low, A. Maurice: Woodrow Wilson. An interpretation. (1918)

Robinson and West: The Foreign Policy of Woodrow Wilson. (1917)

Seymour, Ch.: Woodrow Wilson and the World War. (New Haven 1921)

Tumulty, J. P.: Woodrow Wilson as I know him. (1921)

White, W. A.: Woodrow Wilson, the man, his times, his tasks. (Boston 1924)

Gegenwartstendenzen in der natürlichen Bevölkerungsbewegung europäischer Völker

Von Dr. Fritz Below, Straßburg

Grundlagen der Bevölkerungsdynamik und ihrer statistischen Bewertung

Die Untersuchung der zahlenmäßigen Veränderungen, wie sie in einer Bevölkerungsmasse laufend durch Geburt und Tod entstehen, führt in der Bevölkerungsstatistik zum Bild der „natürlichen Bevölkerungsbewegung“. Die beobachtete Bevölkerung gilt dabei nicht als Organismus; sie muß vielmehr als Kontinuum aus Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft angesehen werden. Zum Bereich der natürlichen Bevölkerungsbewegung gehört aber nicht nur der Vorgang des Geborenwerdens und des Sterbens als biologisches Geschehen, sondern auch die Eheschließung als institutionale Erscheinung. Es drängt sich nun für den Ablauf des menschlichen Erlebens von Geburt, Ehe und Tod die Frage auf, welche wirkenden Kräfte innerhalb einer Bevölkerungsmasse die zeitlichen Veränderungen hervorrufen. Derartige Überlegungen haben die Bevölkerungswissenschaft und die Bevölkerungsstatistik seit langem angestellt. Die Aussagen, die bisher gewonnen werden konnten, haben zwar die Veränderungen zahlenmäßig aufgezeigt; die Ursachen sind jedoch in ihren Einzelheiten vielfach ungeklärt geblieben. Die Gründe für eine solche geringe Ergiebigkeit der wissenschaftlichen Forschung dürften nicht zuletzt in der komplexen Vermischung biologischer und gesellschaftlicher Einflüsse zu suchen sein, durch welche die Isolierung einzelner verursachender Faktoren erschwert und die Erkennung ihrer auf die Gesamterscheinung wirkenden Intensität fast unmöglich gemacht wird. Hinzu kommt noch, daß die amtliche Statistik, die ja die Grundlagen für die Zahlen der natürlichen Bevölkerungsbewegung liefert, die Ereignisse nach dem politischen Regionalprinzip aufgliedert und darüber die Untersuchung in den sozialen und wirtschaftlichen Schichtungen der Bevölkerungsmasse oft zurückstellen muß. Und schließlich weisen auch die zeitlichen Tendenzen innerhalb der natürlichen Bevölkerungsbewegung der Völker häufig einen momentanen und spezifischen Charakter auf. Sie sind mit den gesellschaftlichen Entwicklungen und Abläufen verbunden; ja, sie werden sogar zu einem Teil

der die Gesellschaft ordnenden Kräfte in einer Bevölkerung.

Die moderne Demographie hat wiederholt den Versuch gemacht, aus den gegenwärtigen Daten der natürlichen Bevölkerungsbewegung Folgerungen auf die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen einer nahen oder weiteren Zukunft zu ziehen. Soweit es dabei um den Umfang der Bevölkerungsmasse, die Altersgliederung, die Geschlechtsproportionen und ähnliche biologische Merkmale im Ablauf künftiger Jahrzehnte geht, verdient diese forschende Arbeit die Aufmerksamkeit von Wissenschaft, Verwaltung und Öffentlichkeit. Wo aber aus der Erkenntnis der heutigen Ergebnisse in der zahlenmäßigen Erfassung der natürlichen Bevölkerungsbewegung wertende Maßstäbe an die Gesellschaftsordnung von morgen und übermorgen gelegt werden, besteht die Gefahr von Mißverständnissen. Die „Furcht vor dem Zukünftigen“, die heute zu einer starken Triebfeder in der Sozialordnung wirtschaftlich entwickelter Völker des Atomzeitalters geworden ist, manifestiert sich auch in der Interpretation demographischer Daten. Man befürchtet in einem Fall beispielsweise, daß die gegenwärtige Bevölkerungsbewegung morgen einen in der Volkswirtschaft nicht verwendbaren Bestand von Arbeitskraft schaffen könnte. Und in einem anderen Fall taucht die Vermutung auf, die heutige Regeneration reiche nicht aus, um in Zukunft dem Arbeitskräftebedarf zu genügen. Man befürchtet weiter, der Anteil der alten und nicht mehr arbeitsfähigen Bevölkerung würde sich in Zukunft so erhöhen, daß durch das Mißverhältnis von „aktiver“ und „nichtaktiver“ Bevölkerung Störungen im wirtschaftlichen Gleichgewicht entstünden. Der demographische Pessimismus – wie er sich in verschiedenen Veröffentlichungen aus der jüngsten Zeit andeutet – scheint ein Bestandteil des allgemeinen Pessimismus gesellschaftlicher Art geworden zu sein. Und es nimmt deshalb auch nicht wunder, wenn sich auf dieser geistigen Grundlage die staatliche Gewalt innerhalb der einzelnen Völker mit

einem Bewirtschaftungsprogramm der menschlichen Substanz in Form einer „Bevölkerungspolitik“ befaßt. Es kann in unserer Gegenwart und bei dem heute erreichten technisch-wirtschaftlichen Entwicklungsstand nicht genug vor einer einseitigen Bewertung der gegenwärtigen Daten der natürlichen Bevölkerungsbewegung im Hinblick auf die Zukunft gewarnt werden. Die Technik vermag in unserer Zeit und bei wirtschaftlich entwickelten Völkern die Korrektur im Verhältnis der Produktionsfaktoren zueinander durchzuführen – eine Verschiebung, wie sie in der Vergangenheit und in diesem Ausmaß nicht möglich gewesen ist. Ein weiterer Ausgleich dürfte auch zusätzlich noch durch die Übernahme nationaler Wirtschaftselemente in den größeren Zusammenhang einer internationalen wirtschaftlichen Ordnung erreicht werden.

Das Bild der natürlichen Bevölkerungsbewegung wechselt von Volk zu Volk. Unterschiede und Übereinstimmungen weisen auf die vielfachen Strömungen hin, die, aus geistigen und materiellen Quellen entstanden, den spezifischen Zustand einer Bevölkerungsmasse innerhalb ihrer politischen Grenzen bestimmen. Wir haben es uns angewöhnt, die Völker nach ihren wirtschaftlichen Organisationsformen in hochentwickelte, entwickelte und unterentwickelte einzustufen. Auch andere Einteilungsprinzipien finden Anwendung. Die Kriterien, nach denen eine solche Katalogisierung vorgenommen wird, sind vielseitig. Neben der Zugehörigkeit der Bevölkerung oder der Erwerbspersonen zu Wirtschaftsabteilungen werden der Volkseinkommensbetrag je Kopf, der Anteil der Industrie beim Zustandekommen der Gesamtwirtschaftsleistung, der Zustand der Arbeitsteilung in der Industriewirtschaft und andere Kennziffern für die Abstufung herangezogen. Es erweist sich nun, daß häufig bei Völkern gleicher wirtschaftlicher Entwicklungsstufen gewisse übereinstimmende Tendenzen demographischer Art zu beobachten sind¹. Diese Entsprechungen erklären sich zweifellos aus der Tatsache, daß das Individuum jeweils in eine Gesellschaftsordnung eingegliedert ist, die auch durch den geschaffenen allgemeinen Lebenszuschnitt die demographischen Erscheinungen beeinflusst. So ist es gerechtfertigt, beispielsweise die Völker des westlichen Europas hinsichtlich ihrer bevölkerungsstatistischen Daten miteinander zu vergleichen. Neben einer Übereinstimmung in den geistigen und kulturellen Grundlagen sind hier auch zahlreiche Angleichungen im Gesellschaftlichen gegeben. Das Bestreben, einen Zustand zu schaffen, der eine gesicherte Sozialordnung gewährleistet, der nachwachsenden Generation die Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten öffnet und den Konsum den technischen Errungenschaften der Zeit angleicht, dürfte unter anderem als gemeinsames Ziel der europäischen Völker angesehen werden – ein Ziel,

das ebenfalls die Bevölkerungsbewegung und Bevölkerungsstruktur beeinflussen muß.

Unter den Daten der natürlichen Bevölkerungsbewegung sind die der *Sterbefälle* dadurch ausgezeichnet, daß der Vorgang des Todes zwangsläufig ist. Der Tod tritt für das Individuum auf jeden Fall ein. Nur der durchschnittliche Zeitpunkt des Ablebens ist ebenso wie die Rangordnung der Todesursachen von den zeitlichen sozialen Verhältnissen abhängig. Das gilt auch im statistischen Bild für den Todeseintritt durch Selbstmord und Unglücksfall. Der Lebenszuschnitt einer Bevölkerung bringt es eben mit sich, daß auch die im einzelnen als zufällig erscheinenden Selbstmorde und Unglücksfälle in der Gesamtheit eine spezifische Regelmäßigkeit aufzeigen. Der Vorgang der *Geburten* (wobei die Statistik die Geborenen auszählt) in einer Bevölkerungsmasse beruht zunächst auf Freiwilligkeit. Er ist vom Vorsatz der Zeugung und von der Bereitschaft der Mutter, die Frucht auszutragen, abhängig. Diese Freiwilligkeit wird noch besonders durch die Tatsache unterstrichen, daß bei modernen Völkern die Anwendung von künstlichen Verhütungsmitteln und die Kenntnis der biologischen Möglichkeiten der Empfängnis als natürliches Verhütungsmittel den Wunsch nach Fortpflanzung beeinflussen. Und doch wird auch der Tatbestand des Geborenwerdens in einem höheren Sinne zwangsläufig, da die gesellschaftlichen Verhältnisse die Häufigkeit des Geschehens im Bevölkerungskollektiv bestimmen. Die Zahlen über *Eheschließungen* entsprechen ebenfalls den gesellschaftlichen Bedingungen. Die Statistik bedient sich bei der Beobachtung der natürlichen Bevölkerungsbewegung bevorzugt der allgemeinen Häufigkeitsziffern, indem sie die Zahl der Todesfälle, der Geborenen und der Eheschließungen auf 1000 der jeweiligen Bevölkerung und auf ein Jahr berechnet. Gegen eine solche Bewertung lassen sich Bedenken anführen, weil diese Globalzahl nur die Bevölkerungsgröße und nicht die Altersgliederung, die ja auch auf die Erscheinungen einen Einfluß ausübt, berücksichtigt. Indem man also derartige Häufigkeitsziffern im internationalen Vergleich verwendet, verletzt man eigentlich den Grundsatz der Statistik, nur Gleichartiges mit Gleichartigem zu verbinden. Daß man trotzdem an einer solchen Gewohnheit festhält, erklärt sich aus der Tatsache, daß diese Häufigkeiten für eine große Anzahl von Bevölkerungen in ausreichender Genauigkeit und in einer längeren Zeitreihe vorliegen, während die standardisierten Ziffern in dieser Weite unbekannt sind. Die besondere Bedeutung der allgemeinen Häufigkeitsziffern der natürlichen Bevölkerungsbewegung darf vielleicht auch darin gesehen werden, daß ein Vergleich über Jahrzehnte hinweg die großen zeitlichen Tendenzen anzeigt, wobei die strukturellen Veränderungen im Volkskörper in den Gesamtkomplex mit einbezogen bleiben.

Die Veränderung der Ziffern der natürlichen Bevölkerungsbewegung vollzieht sich – wenn man von den jahreszeitlichen Schwankungen absieht – in kurzfristigen oder langfristigen Abläufen. Daß Kriege oder wirtschaftliche und soziale Ereignisse auf die Ziffern einwirken, ist verschiedentlich behandelt worden². Solche besonderen Geschehnisse werden zuweilen auch zu Ausgangspunkten für eine auf geändertem Niveau verlaufende neue Entwicklung. Für die Bewertung der gegenwärtigen demographischen Situation in einer Reihe von Bevölkerungen erhebt sich nun bei Beurteilung der Häufigkeitsziffern die Frage, ob das Geschehen des Zweiten Weltkrieges und die Ereignisse der unmittelbaren Folgezeit die großen und langfristigen Tendenzen wesentlich beeinflußt haben oder nicht. Es geht bei dieser Fragestellung um den Vergleich „normaler“ Zeiten, wie sie etwa für die Jahre um 1900, um 1910, mit Abweichungen um 1920, um 1930 und um 1950 angenommen werden können. Aber auch hierbei erweist sich, daß es „normale“ Zeiten im Sinne einer festen Definition nicht gibt. Man muß zufrieden sein, wenn Zeitpunkte verglichen werden können, die nicht allzu stark voneinander abweichen. In diesem Zusammenhang ist einschränkend darauf hinzuweisen, daß die Jahre um 1920 noch unter den Folgen der Kriegereignisse standen und

daß um 1930 Folgen der Weltwirtschaftskrise in Erscheinung treten mußten. So lagen beispielsweise die Heiratsziffern um 1920, besonders in den kriegsführenden Ländern des Ersten Weltkrieges, höher als um 1930 und 1950, weil das Nachholen der bei den Kriegereignissen unterbliebenen Eheschließungen noch nicht abgeschlossen war. Um 1930 wiesen die Geburtenziffern in den meisten Ländern gegenüber den Jahren um 1920 und 1950 einen besonderen Tiefstand auf. Es wäre bei der Behandlung des Themas verfehlt, wenn man für die Beurteilung der heutigen Situation an Hand zeitlicher Vergleiche jeweils nur ein Jahr heranziehen wollte. Erst ein mehrjähriger Jahresdurchschnitt (der auch wiederum nicht allzu viele Jahre umfassen darf) kann verhindern, daß bei einer vergleichenden zeitlichen Gegenüberstellung Irrtümer aus dem einzelnen Jahresbild entstehen könnten. Im folgenden sind deshalb zur Bezeichnung der Gegenwart die Jahresdurchschnitte 1950/54, zur Bezeichnung der Jahre um 1920 die Durchschnitte 1920/24 und für die dreißiger Jahre die Durchschnitte von 1930/34 zugrunde gelegt worden. Die Auswahl der angeführten Völker ergab sich, neben der Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen und politischen Bedeutung, vor allem nach dem Vorhandensein ausreichender statistischer Unterlagen.

Sterblichkeit und Sterblichkeitsrückgang

Die allgemeinen Sterbeziffern europäischer Völker des Westens³ weisen in der Gegenwart eine Größenordnung von etwa 10 auf. Abweichungen sind dabei nach oben bis 12 und nach unten bis 7 zu verzeichnen. Vergleicht man die heutigen Werte mit denen vor hundert Jahren (nach den uns überkommenen spärlichen statistischen Unterlagen dürften sich die damaligen Ziffern bei 25 und mehr bewegt haben), so wird die Tendenz der Entwicklung deutlich. Von 1850 an ist ein Rückgang der Sterblichkeit zu verzeichnen; am stärksten prägte er sich aber erst in unserem Jahrhundert aus. In der zeitlichen Gegenüberstellung der Sterbeziffern manifestieren sich die Fortschritte der medizinischen Wissenschaft und der von ihr beeinflussten Lebensweise. Es müßte deshalb auch einmal interessant sein, wenn von medizinischer Seite aus eine Untersuchung über den Sterblichkeitsrückgang in einer Bevölkerungsmasse und in langjähriger Sicht vorgelegt werden könnte, bei der die Wirkung der Einführung neuer und grundlegender Heilmittel und Heilverfahren auf die Sterbeziffern beleuchtet würde. Neben dem medizinischen hat aber auch der soziale Fortschritt zum Absinken der Sterblichkeit beigetragen, indem die Behandlung des kranken Menschen und die Krankheitsverhütung Aufgabe und Angelegenheit der Gesellschaft wurde. Noch eine andere Tatsache verdient Erwähnung. Während sich vor 100 Jahren die Sterbeziffern der einzelnen

Völker stärker unterschieden, haben sich heute die Werte auf niedrigerem Niveau weitgehend angenähert. Auch die schwankenden Jahreswerte früherer Zeiten haben einer ausgesprochenen Stabilität Platz gemacht. Lediglich in den Monatszahlen des Jahresablaufes tritt heute noch ein biologischer Rhythmus auf.

Die gegenwärtige allgemeine Sterbeziffer europäischer Völker liegt unter den Werten der Jahre 1920 und 1930. Auch von 1950 bis 1955 zeigte sich allgemein ein weiterer, jedoch geringer Rückgang, dessen Umfang sich nur innerhalb der Kommastellen der allgemeinen Sterbeziffern feststellen läßt. Die Sterblichkeit als demographische Erscheinung weist zwei Seiten auf, eine biologische und eine soziale. Die Abgrenzung ist jedoch infolge des individuellen Verhaltens der Einzelercheinung nicht eindeutig; eine statistische Differenzierung wird deshalb unmöglich. Der biologische Charakter der Sterblichkeit wird durch den Vorgang der Abnutzung des Körpers und seiner Organe während der Lebensdauer bestimmt. Er richtet sich nach den natürlichen Voraussetzungen des Lebensablaufes und nach den geistigen und körperlichen Belastungen, denen der Mensch in seiner sozialen Umwelt ausgesetzt ist. Hier sind wenig Einwirkungen auf die zeitliche Absterbeordnung möglich; denn der Mensch kann nicht außerhalb seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwelt ein

nur konservierendes Dasein führen. Der allgemeine Rückgang der Sterblichkeit bis in unsere Gegenwart beruht demgegenüber vorwiegend auf dem sozialen Fortschritt („sozial“ ist dabei im weitesten Sinne des Wortes zu verstehen). Der ständige Rückgang der Infektionskrankheiten infolge wissenschaftlicher Erkenntnisse und von der Gesellschaft eingeleiteter Schutzmaßnahmen (Impfung, Einrichtung von Sonderkrankenanstalten, Meldepflicht, Beratungsstellen u. ä.) kann als Beispiel für die sozialen Möglichkeiten in der Beeinflussung der Sterblichkeit angeführt werden. Die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Betten in Krankenhäusern und die Ausweitung des Gesundheitsdienstes wirken sich ebenfalls auf das Niveau der Sterblichkeit in einer Bevölkerungsmasse aus. Mit dem Rückgang der Sterblichkeit ist gleichzeitig eine Verschiebung im statistischen Bild der Todesursachen verbunden gewesen. Eine Anzahl von Krankheiten, die in der Vergangenheit hohe Anteile unter den Todesursachen aufwiesen, treten gegenwärtig nur noch selten auf oder führen im allgemeinen nicht mehr zum tödlichen Ausgang⁴. Da heute weniger Menschen an Typhus, Tuberkulose, Scharlach, einer Blinddarmentzündung und ähnlichem sterben, nimmt natürlich in der statistischen Darstellung der Todesursachen die Sterblichkeit durch natürliche Abnutzungserscheinungen des Körpers (Herz-, Kreislauferkrankungen u. a.) einen großen Raum ein. Aus der falsch verstandenen Interpretation der Todesursachenstatistik kann vielleicht auch die Furcht vor der „Managerkrankheit“ hergeleitet werden. In vielen europäischen Völkern ist dieser Begriff inzwischen zu einem Schreckgespenst geworden; seine journalistische Beschreibung gehört zum festen und gruselerregenden Bestand der modernen Presse. Sicherlich sterben „Manager“, wenn sie von anderen Todesursachen verschont bleiben, an der „Managerkrankheit“. Aber solange das „Managertum“ ein Element der Sozialordnung bildet, muß man auch die körperlichen Abnutzungserscheinungen, wie sie durch die jeweiligen Umwelteinflüsse hervorgerufen werden, in Kauf nehmen.

In den allgemeinen Sterbeziffern sind ebenfalls die Zahlen der *Säuglingssterblichkeit* enthalten. Vergleicht man nun beispielsweise die Ziffern der Säuglingssterblichkeit (vor Vollendung des ersten Lebensjahres Gestorbene auf 1000 im gleichen Zeitraum Lebendgeborene) um die zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts und die der Gegenwart, so wird bereits deutlich, in welchem Ausmaß die Säuglingssterblichkeit als Komponente der allgemeinen Sterblichkeit noch in jüngster Zeit zurückgegangen ist⁵. In den meisten europäischen Bevölkerungen sank innerhalb der letzten dreißig Jahre die Todesgefährdung der Kinder im ersten Lebensjahr um über die Hälfte, teilweise sogar um noch höhere Prozentsätze. Auffällig bleibt

jedoch, daß im Gegensatz zur allgemeinen Sterbeziffer noch starke regionale Unterschiede im Niveau der Säuglingssterblichkeit bestehen, ohne daß die Ursachen dafür klar zutage treten. In der Gegenwart liegt innerhalb der Gruppe der westlichen europäischen Völker beispielsweise die niedrigste Quote der Säuglingssterblichkeit bei 20 (Schweden) und 23 (Niederlande), die höchste aber bei 92 (Portugal). Hier sind zweifellos Angleichungen durch soziale Maßnahmen möglich. Die biologisch unvermeidbare Kindersterblichkeit als Folge von Frühgeburt, körperlichen Mißbildungen, Schäden im Verlauf der Geburt und anderen natürlichen Ursachen wird kaum zu beeinflussen sein. Dagegen ließe sich die Zahl der Todesfälle, die aus dem Versagen der Umwelt des Säuglings entstehen (Vernachlässigung in der Pflege, falsche Ernährung, mangelnde Fürsorge bei Krankheiten u. ä.), noch weiter zurückdrängen⁶. Über das Verhältnis der Totgeborenen zu den Lebendgeborenen bestehen ebenfalls statistische Angaben; diese sind jedoch wegen der Definitionsschwierigkeiten und der Abgrenzung des Tatbestandes ungenau und teilweise international nicht vergleichbar. Man darf vielleicht an Hand der amtlichen Angaben schätzen, daß gegenwärtig auf 1000 Lebendgeborene etwa 15 Totgeborene in der Schweiz und 30 in Italien und Spanien entfallen (in Schweden und in den Niederlanden 18, in der Bundesrepublik Deutschland 20).

Die statistische Aufgliederung der Anzahl der innerhalb eines Jahres Gestorbenen nach Geschlecht und Altersgruppen (in absoluten Zahlen oder in Anteilen der einzelnen Gruppen) führt in der graphischen Darstellung zur Form des „Todeskelches“. Der Vergleich derartiger graphischer Bilder im größeren Rahmen internationaler Untersuchungen weist auf die Altersgruppen hin, die jeweils einer geringeren oder höheren Sterblichkeit unterworfen sind. Auch andere statistische Behandlungsweisen (beispielsweise die Aufstellung von „partiellen Sterbeziffern“ nach Gruppen) beleuchten im Rahmen der natürlichen Bevölkerungsbewegung die Erscheinung der Sterblichkeit. Aus allen derartigen Bewertungen geht jedoch hervor, daß heute die Sterblichkeit als Gesamterscheinung in der Gruppe der europäischen Völker denkbar niedrig ist. Ein weiteres und erhebliches Zurückgehen der Ziffern kann für die Zukunft wohl kaum erwartet werden. Wir dürften uns hier einer Grenze nähern, die nach den derzeitigen Erkenntnissen von Medizin und Naturwissenschaft nun einmal für eine Bevölkerungsmasse gegeben ist. Und schließlich sollte nicht übersehen werden, daß die durch sinkende Sterbeziffern hervorgerufene verlängerte Lebensdauer wiederum bei einem höheren Anteil alter Leute in einer Bevölkerungsmasse zu einer gewissen Zunahme der Sterblichkeit führen muß.

Geburtenhäufigkeit und soziale Beeinflussung der Geburtenziffern

Die zeitliche Geburtenhäufigkeit in einer Bevölkerungsmasse wird durch verschiedene Faktoren beeinflusst. Die biologische Struktur der Bevölkerung (Aufgliederung nach Altersgruppen und Geschlechtsproportionen) und die gesellschaftlichen Gewohnheiten in der Familiengründung und im Familienleben (Heiratsalter, durchschnittliche Ehedauer, Kinderfolge, durchschnittliche Kinderzahl in der Familie u. ä.) können wohl als die beiden grundsätzlichen Ursachengruppen angesehen werden, die die allgemeine Geburtenziffer bestimmen. In der Ausprägung der auf die Fruchtbarkeit in einer Bevölkerungsmasse einwirkenden familienspezifischen Gewohnheiten lassen sich Zusammenhänge mit der wirtschaftlichen und sozialen Bevölkerungsgliederung, dem Einfluß ethnischer und konfessioneller Gruppen, der Wohnsitzverteilung nach Gemeindegrößenklassen und anderen wirtschaftlich-sozialen Erscheinungen nachweisen⁷. Eine Anzahl von Untersuchungen hat sich bereits mit derartigen Fragen befaßt. Aber auch hier zeigt es sich immer wieder, daß die gewonnenen Erkenntnisse nicht ohne weiteres verallgemeinert werden dürfen. Die gegenwärtigen allgemeinen Geburtenziffern im westlichen Europa⁸ schwanken zwischen den Extremen 24 (Portugal) und 15 (Österreich und Schweden). Von 1950 bis 1955 war bei einer Anzahl von europäischen Völkern die Tendenz eines leichten Rückganges in den Werten festzustellen. Niedrige Geburtenziffern (das heißt solche von weniger als 19 Geborenen im Jahr auf 1000 der Bevölkerung) weisen in der Gegenwart Österreich, Schweden, Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland, Belgien, die Schweiz, Italien und Dänemark auf. Bemerkenswert ist, daß sich die heutigen Geburtenziffern in den meisten Ländern etwa auf gleichem oder höherem Niveau als um die dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts bewegen. Eine Ausnahme findet sich lediglich bei den Völkern, die früher durch über dem Durchschnitt liegende Werte ausgezeichnet waren (Italien, Portugal, Spanien). Bei diesen drei Völkern des Mittelmeerraumes deutet sich wahrscheinlich in dem nicht unterbrochenen Rückgang der Geburtenziffern ein demographischer Nachholvorgang an, den die übrigen Bevölkerungen im Gefolge der wirtschaftlich-sozialen Umstellung bereits früher durchgemacht hatten. Über 100 Jahre hinweg gesehen, sind von 1850 bis zur Gegenwart die Geburtenziffern im Durchschnitt nicht so stark abgesunken wie die Sterbeziffern.

Der *Geburtenrückgang* als demographische Erscheinung, der mit der gesellschaftlichen Entwicklung der

Bevölkerungen und dem Ausbau der industriellen Arbeitsteilung gleichlaufend zu sein scheint, ist immer wieder zum Gegenstand der Forschung genommen worden. Zahlreiche Erklärungen sind im Schrifttum zur Deutung und Beschreibung dieses Vorganges angeführt worden. Infolge des komplexen Charakters kann jedoch keine Einzelerklärung für sich alleine genügen. Im wesentlichen dürften die Entwicklungen durch gesellschaftliche Veränderungen bestimmt worden sein, wobei sich innerhalb der einzelnen Bevölkerungsmassen Unterschiede ergeben⁹. Das 19. Jahrhundert leitete mit dem Beginn des Industriezeitalters einen Ablauf ein, der entscheidend bis heute die früher gültige Wertskala der Lebensbedingungen und Ansprüche veränderte. Das Ziel des wirtschaftlichen Erfolges wurde weitgehend anderen Ansprüchen des Lebens übergeordnet. Um seiner Erreichung willen formte sich das persönliche und familiäre Dasein um. Die Familie verlor als Wirtschaftseinheit, wie sie beispielsweise in der Agrarwirtschaft in Erscheinung tritt, an Bedeutung. Kinder, die vorher als „Produktionsmittel“ im Familienbetrieb unersetzlich waren, wurden mit sich wandelnder Familienfunktion vielfach zu einer Belastung. Diese aus der menschlichen Gesinnung und der wirtschaftlichen Umstellung hervorgehenden Einflüsse wirkten sich naturgemäß auf die Geburtenfreudigkeit aus. Die Möglichkeiten der „technischen“ Regelung des Geschlechtsverkehrs durch Verhütungsmittel unterstützten die bereits vorhandene Neigung zur Geburtenbeschränkung. Ein weiterer Zusammenhang besteht auch zwischen der Höhe der Kindersterblichkeit und der Geburtenziffer. Mit geringerer Kindersterblichkeit entfiel für viele Ehen die Notwendigkeit einer zahlreichen Kinderfolge. Und schließlich haben die „Ängste“ unseres Jahrhunderts, die Furcht vor Verlust des Besitzes, der beruflichen Stellung und andere, zahlreiche Eltern veranlaßt, nur so vielen Kindern das Leben zu schenken, als sie hoffen, gesichert aufziehen zu können.

Die heutigen europäischen Geburtenziffern sind, verglichen mit den Quoten anderer außereuropäischer Bevölkerungen, niedrig. Sieht man von den hohen Werten für Asien, Mittel- und Südamerika ab (46 in China, 44 in Malaya, 45 in Mexiko, 51 in Guatemala), so liegen auch die Ziffern der bedeutenden überseeischen Industrieländer — Kanada (28), Vereinigte Staaten von Nordamerika (24), die „weiße“ Bevölkerung der Südafrikanischen Union (26) und Australien (23) — über dem europäischen Niveau.

Geburtenüberschuß und Reproduktion in der nächsten Generation

Die Beobachtung der gegenwärtigen Entwicklung von Sterblichkeit und Geburtenhäufigkeit läßt

Schlüsse auf zukünftige Erscheinungen in Umfang und struktureller Gliederung der Bevölkerungsmasse

zu. Das Geschehen von heute beeinflusst den Bestand von morgen. Die Aufrechnung der allgemeinen Sterbeziffern und der Geburtenziffern gegeneinander gestattet einen ersten — allerdings nicht vollständigen — Überblick. Dieser jährliche rohe Geburtenüberschuß (entsprechend auf 1000 der Bevölkerung bezogen) wechselt innerhalb der westeuropäischen Völker zwischen den Werten 3 (Österreich) und 15 (Niederlande). Alle europäischen Bevölkerungen weisen positive Daten auf; im Niveau sind jedoch beachtliche Abweichungen zu erkennen. Unter den Völkern mit niedrigen Ziffern (ein Rohüberschuß von 6 und weniger Geborenen im Jahr über die Gestorbenen, auf 1000 der Bevölkerung) befinden sich Österreich, Großbritannien, Schweden, Belgien und die Bundesrepublik Deutschland. Der mittleren Gruppe von 6 bis 10 gehören an: die Schweiz, Italien, Frankreich, Dänemark, Irland und Spanien. Und zur oberen Gruppe (11 und mehr) rechnen Norwegen, Portugal und die Niederlande. Die Verhältnisse in den großen überseeischen weißen Bevölkerungen unterscheiden sich wesentlich vom europäischen Durchschnitt (Geburtenüberschuß von 14 in Australien, von 15 in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, von 19 in Kanada). Zu bemerken wäre weiter, daß die gegenwärtigen Rohüberschußziffern europäischer Völker (mit Ausnahme von Italien) in einigen Fällen denen um die dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts entsprechen, in der Mehrzahl sich aber über jenen bewegen.

Die rohe Überschubberechnung erscheint jedoch — und darauf hat bereits W. Winkler hingewiesen — logisch nicht ganz gerechtfertigt, weil bei der zahlenmäßigen Aufrechnung von Geborenen und Gestorbenen auf der einen Seite nur die Nulljährigen, auf der anderen jedoch die Sterbefälle aller Lebensalter gegenübergestellt sind. Die „bereinigten Ziffern“ als fiktive Häufigkeitsziffern, bei denen man von der Absterbeordnung der Sterbetafel und von der „Fruchtbarkeit“ in einer Bevölkerungsmasse ausgeht und an Hand dieser Werte den Reproduktionsindex berechnet, bilden eine bessere Grundlage zur Beurteilung der Frage, ob eine Bevölkerung in naher Zukunft ihren Bestand erhalten wird, ob sie zunimmt oder sich vermindert. Leider fehlt es hier für eine europäische Gesamtschau an ausreichenden und vergleichbaren Zahlenangaben. Eine andere und besonders aussagefähige Kennziffer bietet sich in den Brutto- und Netto-Reproduktionsraten an. Diese stehen auch teilweise für den internationalen Vergleich zur Verfügung, wenn auch die erhaltenen Werte zuweilen wegen unterschiedlicher Definitionen und Berechnungen nicht als gleichwertig anzusehen sind. Derartige Fortpflanzungsziffern geben an, wie hoch die durchschnittliche Anzahl von Mädchen geburten ist, die auf eine Mutter in den Jahren der Fortpflanzungsfähigkeit entfällt. Die Zahl ist also auf die durch-

schnittliche gebärfähige Frau in einer Bevölkerungsmasse berechnet. Die Netto-Reproduktionsziffern erweisen sich dabei als die besseren Daten, weil sie auch die weibliche Sterblichkeit während der Zeit der Gebärfähigkeit berücksichtigen. Herkömmlicherweise werden die Werte auf drei Kommastellen berechnet, obwohl eine solche Genauigkeit aus dem Material her nicht vorhanden sein kann. Es genügt aber schon eine größenordnungsmäßige Orientierung an den verfügbaren Ziffern. Soweit für moderne Völker die gegenwärtigen Netto-Reproduktionsziffern bekannt sind, zeigt sich, daß bei der Mehrzahl der Bevölkerungen Werte um 1 vorliegen. In diesen Fällen gewährleistet der Ausgleich von Geburt und Tod die Erhaltung des Bestandes (beispielsweise in Belgien, Dänemark, Norwegen, Portugal, Schweden und der Schweiz). Höhere Werte von 1,4 und mehr, wie sie u. a. die Niederlande, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Australien und Kanada aufweisen, deuten auf eine Bevölkerungszunahme hin¹⁰. Die entsprechenden Werte der Bundesrepublik Deutschland liegen gegenwärtig etwas unter 1. Die Darstellung der natürlichen Bevölkerungsbewegung durch Reproduktionsraten ist nicht nur eindrucksvoll, sondern auch für den Benutzer statistischen Materials sympathisch, weil hier wirklich in der Beobachtung der Müttergenerationen und ihrer biologischen Aufgabe ein Zugang zu den Grundlagen und Quellen des Lebens gestattet wird.

Die kritische Bewertung der Daten der natürlichen Bevölkerungsbewegung in einem Zeitabschnitt und die Berücksichtigung der Bevölkerungsstruktur, in der sich diese Bewegung vollzieht, erlaubt weiter einen Ausblick auf zukünftige Tendenzen. Man sollte aber Vorsicht bei einer solchen Vorausschau walten lassen und sich auf den Zeitablauf für eine Generation beschränken. Für die europäischen Völker zeichnen sich (wobei als Endpunkt der Zukunftsbeurteilung etwa das Jahr 2000 angenommen werden kann) drei Gruppen ab. Zur ersten sind die Bevölkerungen zu rechnen, bei denen noch eine Zunahme erwartet werden darf (u. a. die Niederlande, Frankreich, Portugal). In der zweiten Gruppe finden sich Völker zusammen, deren Bevölkerungszahl sich allmählich gleichbleibenden Werten nähert (Schweden, Schweiz, Norwegen, Belgien, Dänemark). Und schließlich bleiben noch Völker, für die nach einem in naher Zukunft zu erwartenden Maximum ein langsames Absinken der Bevölkerungszahl anzunehmen ist (Großbritannien, Italien, Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Spanien). Von der amtlichen Statistik der europäischen Länder sind immer wieder Vorausberechnungen über den Bevölkerungsstand und die altersmäßige Gliederung in kommenden Jahrzehnten vorgelegt worden. Auch die wissenschaftliche Forschung hat sich wiederholt mit derartigen Arbeiten befaßt^{11, 12}. Da die ver-

waltende Tätigkeit des staatlichen Lebens in vielen Dingen auch auf die Zukunft ausgerichtet ist, begreifen diese Vorausberechnungen einem weitgehenden Interesse. Der Aussagewert einer solchen Vorausschätzung wird aber immer eingeschränkt bleiben. Er kann genau sein, wenn die gegenwärtigen Tendenzen,

auf denen sich die Vorschau aufbaut, konstant bleiben und keine äußerlichen Einwirkungen auf die Bevölkerungsstruktur erfolgen. Die Sicherheit der demographischen Vorausschätzung ist letzten Endes mit der Sicherheit der gesellschaftlichen und sozialen Situation einer Bevölkerungsmasse identisch.

Eheschließung und Ehelösung

Die Heiratsziffern rechnen ebenfalls, einem herkömmlichen Gebrauch folgend, unter die Daten, die zur Beurteilung der natürlichen Bevölkerungsbewegung herangezogen werden. Die Ehe ist nun einmal die Institution, durch die und in der die Regeneration einer Bevölkerung erfolgt. Der Anteil der außerhalb der Ehe Geborenen erreicht bei den europäischen Völkern noch nicht den Satz von 10 vH. Die auf die Gesamtbevölkerung berechnete allgemeine Heiratshäufigkeit sagt unter den Ziffern der natürlichen Bevölkerungsbewegung am wenigsten aus. Man könnte vielleicht daran denken, daß bessere und den demographischen Zusammenhängen entsprechende Angaben zu erwarten wären, wenn die Zahl der Eheschließungen nur auf die Gruppe der biologisch Ehefähigen in einer Bevölkerung bezogen würde. Aber hierzu fehlt es bereits in den Grundlagen an einer statistischen Genauigkeit und Vergleichbarkeit. Die untere Altersgrenze für die Ehefähigkeit wechselt von Bevölkerungsmasse zu Bevölkerungsmasse — und für die Fixierung einer oberen Grenze sind die Kriterien unzureichend. Während die Zeugungsfähigkeit des Mannes auch noch im höheren Alter besteht, sind der Gebärfähigkeit der Frau natürliche Grenzen gesetzt. Für eine Anzahl von Bevölkerungen sind die Heiratsquoten nach Altersgruppen und Geschlecht bekannt (jeweils auf 1000 der weiblichen bzw. männlichen Bevölkerung der betreffenden Gruppe berechnet). In diesen Ziffern und ihren Veränderungen spiegeln sich teilweise spezifische Einflüsse biologischer und wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Art auf das Heiratsalter wider.

Sieht man von den gelegentlichen Abweichungen ab, die durch Kriege, andere Krisen und besondere Ereignisse entstehen (darunter auch solche in der Folgezeit von Kriegen und Krisen mit einem sich in den Zahlen ausdrückenden Nachholbedarf), so bleibt die allgemeine Heiratsziffer über längere Zeitspannen hinweg relativ konstant. Die gegenwärtigen Werte unterscheiden sich kaum von denen der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts, obwohl sich zwischen diesen beiden Zeitpunkten erhebliche Störungen und Umwälzungen des sozialen Daseins vollzogen haben. Die heutigen Quoten für europäische Völker bewegen sich in vielen Fällen um die Größen-

ordnung 8¹³. Extreme Abweichungen sind nicht vorhanden; nach oben stellt bereits die Zahl 10 ein Maximum dar. Nach unten nimmt Irland mit 5 Eheschließungen im Jahr auf 1000 Einwohner eine Sonderstellung ein. Wie vorsichtig eine Untersuchung vorgehen muß, die Beziehungen zwischen den allgemeinen Geburtenziffern und den allgemeinen Heiratsziffern feststellen will, mag am Beispiel der Bevölkerung Irlands gesehen werden. Trotz einer seit über 50 Jahren niedrigen Heiratsziffer sind hier laufend Geburtenquoten um 20 zu verzeichnen gewesen. Die Tatsache, daß sich die Bevölkerung Irlands von 1900 bis zur Gegenwart auf etwa dem gleichen Stand gehalten hat, wobei der natürliche Bevölkerungsüberschuß durch Auswanderungen ausgeglichen worden ist, erklärt einige Abweichungen demographischer Art für dieses Land.

Die „künstliche“ Auflösung der Ehe im zeitlichen Ablauf darf ebenfalls als Bestandteil der natürlichen Bevölkerungsbewegung angesehen werden. Die hier von der Bevölkerungsstatistik zur Verfügung gestellten Daten besitzen aber kaum einen Erkenntniswert in bezug auf die gesellschaftlichen und demographischen Zusammenhänge in einer Bevölkerung. Es sind lediglich Zahlen, die den Bedürfnissen der staatlichen Verwaltung dienen können. Ein Vergleich mehrerer Bevölkerungsmassen ist in dieser Beziehung nicht angebracht. Die Scheidungsziffern beispielsweise werden eindeutig durch die unterschiedlichen Möglichkeiten der die Scheidung regelnden nationalen Gesetzgebung und durch die aus der Gerichtspraxis sich ergebende engere oder weitherzige Auslegung der Gesetze bestimmt. Die für eine Bevölkerung aufschlußreichen Auflösungserscheinungen der Ehe (in Form von räumlicher oder moralischer Trennung ohne gerichtliches Urteil) können von keiner Statistik erfaßt werden.

Trotz der beschränkten Aussagekraft der die Dynamik von Eheschließung und Ehelösung kennzeichnenden allgemeinen Häufigkeitsziffern darf die Untersuchung der Institution Ehe als gesellschaftsformendes Element nicht vernachlässigt werden. Die Erforschung der strukturellen Zusammenhänge kann dabei die Angaben der Häufigkeitsziffern erklären und ergänzen.

Ungeborene und Greise

Das Verständnis von Wesen und Quantität in den Erscheinungen der natürlichen Bevölkerungsbewegung kann nur vertieft werden, wenn auch Zusammenhänge mit der Bevölkerungsstruktur aufgezeigt werden. Zwei Beispiele mögen in dieser Hinsicht genügen. In jedem Jahr fehlen in der unteren Reihe der Bevölkerungspyramide, die die von der Säuglingssterblichkeit verschonten Einjährigen zahlenmäßig anzeigt, die „Ungeborenen“. Die Bevölkerungswissenschaft hat sich mit dieser Frage bisher wenig befaßt, und wir besitzen keinen ausreichenden Überblick über diese Nebenerscheinung im Rahmen der natürlichen Bevölkerungsbewegung. In jeder Bevölkerungsmasse werden weniger Kinder geboren als gezeugt worden sind. Vom Zeitpunkt der Empfängnis an ist über alle Stufen der embryonalen Entwicklung im Mutterleib bis zum Vorgang der Geburt das Leben der Ungeborenen bedroht. Neben den natürlichen Abortus bis zur Totgeburt tritt der künstliche Abortus durch Abtreibung der Frucht. Die Größenordnung des Verhältnisses zwischen den Ungeborenen aller Entwicklungsstufen und den Geborenen ist nicht bekannt. Wir dürfen aber auch ohne statistische Unterlagen annehmen, daß die Anzahl der „Ungeborenen“ verhältnismäßig groß ist. Ob sie den Umfang der Geborenen erreicht, was durchaus möglich wäre, oder über beziehungsweise unter den Geburtenzahlen liegt, entzieht sich der Beurteilung. Die Bevölkerungswissenschaft ist aber an einer Kenntnis dieser Zusammenhänge interessiert, weil das Wissen um den demographischen Verlust der Ungeborenen Rückschlüsse auf die Tatsache zuläßt, inwieweit das biologische Vermögen und die soziale Bereitschaft der Frau bei modernen Völkern die Bewahrung der Frucht vom Vorgang der Zeugung bis zur Geburt gewährleistet. Sind hier Unterschiede gegenüber sozial weniger entwickelten Völkern vorhanden, und weichen die Verhältnisse unter den europäischen Völkern voneinander ab? Eine Antwort könnte gegeben werden, wenn die medizinische Wissenschaft sich zu einer Hilfestellung der Demographie gegenüber entschloße. Es genügte, wenn in einzelnen ausgewählten Frauenkliniken oder Gebäranstalten europäischer Länder die Ergebnisse einer systematischen Befragung der Patientinnen und Wöchnerinnen nach derartigen Fruchtabgängen in der vorhergehenden Periode ihres Lebens statistisch ausgewertet würden. Es kommt bei einer solchen Untersuchung vor allem darauf an, einen in etwa repräsentativen Querschnitt der weiblichen Bevölkerung Europas anzusprechen (genügende Anzahl und Einbeziehung der Gruppen verschiedener gesellschaftlicher Zugehörigkeit). Die Anregung zu einer derartigen gemeinsamen Forschungsaufgabe müßte zweckmäßigerweise von einer mit so-

zialen und medizinischen Aufgaben betrauten internationalen Organisation ausgehen, die auch die Durchführung betreuen müßte.

Im zeitlichen Ablauf nimmt infolge der durch die abgesunkene Sterblichkeit hervorgerufenen Lebensverlängerung die Zahl der Personen zu, die die Schwelle des Alters überschreiten und damit vielfach aus Teilen des wirtschaftlichen Prozesses ausscheiden. Sie begeben sich ihrer Eigenschaft als Produktionsfaktor in der Volkswirtschaft, bleiben jedoch Konsumenten im wirtschaftlichen Bereich. Diese Erscheinung, die allen europäischen Völkern gemeinsam ist, hat das Schlagwort von der „Vergreisung“ der Bevölkerung auftreten lassen. In einigen Veröffentlichungen wird die Ansicht ausgesprochen, der Tatbestand der höheren Lebenserwartung infolge des Sterblichkeitsrückganges führe zwangsläufig zur Vergreisung in einer Bevölkerungsmasse. So einfach liegen die Dinge jedoch nicht; der Rückgang der Sterblichkeit wirkt sich auf alle Altersgruppen aus, wobei vor allem die jüngsten und jüngeren Gruppen begünstigt werden. Die Vergreisung einer Bevölkerung kann nur dann entstehen, wenn aus der vorhandenen Struktur und einer abnehmenden Geburtenziffer die Gruppe der „Alten“ so umfangreich wird, daß ein Mißverhältnis zur „aktiven“ Bevölkerung und zur Nachwuchsgeneration auftritt. Man hat in verschiedenen Untersuchungen die Bevölkerung nach junger Generation (unter 15 Jahren), aktiver Bevölkerung (15 bis unter 65 Jahre) und alten Leuten (über 65 Jahre) eingeteilt. Auch andere Abgrenzungen wurden vorgenommen; einige Autoren lassen beispielsweise die obere Gruppe bereits bei 60 Jahren beginnen. Der Sinn einer solchen Bewertung wird darin gesehen, festzustellen, welches Verhältnis zwischen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und den nichterwerbstätigen Jugendlichen und Alten besteht. Die Gruppe der Alten wirft dabei hinsichtlich ihres Umfanges Probleme demographischer (sie ist nicht mehr am Regenerationsprozeß eines Volkes beteiligt) und sozialer Natur auf (sie bezieht ihr Einkommen vielfach nicht mehr aus gegenwärtiger, sondern vorweggenommener Arbeit). Ohne daß hier auf Einzelheiten eingegangen werden soll, muß an Hand der heutigen Altersstruktur europäischer Völker die Frage gestellt werden, ob wirklich der Anteil der „alten Leute“ so hoch ist, daß von einer Vergreisung gesprochen werden kann. Der Prozentsatz der über 65 Jahre alten Menschen ist seit 1930 in allen europäischen Ländern gestiegen. Die gegenwärtigen Anteile bewegen sich zwischen 7 vH (Portugal) und 12 vH (Frankreich)¹⁴. Mit einer weiteren Zunahme bis gegen Ende unseres Jahrhunderts ist zu rechnen. Diese Quoten berechti-

gen aber noch keineswegs, von einer Vergreisung zu sprechen, zumal auch noch kein Mißverhältnis zur Gruppe der unter 15 Jahren alten vorliegt (Anteile zwischen 21 in Belgien und 30 in den Niederlanden).

Auch in den modernen überseeischen Ländern sind die Altersanteile kaum geringer als in Europa (9 vH in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, 8 vH in Kanada und Australien¹⁵).

Folgerungen und Ausblick

Eine Bewertung der Daten der natürlichen Bevölkerungsbewegung für eine Gruppe von Völkern muß zwangsweise oberflächlicher Art sein. Die Erscheinungen können lediglich aufgezeigt und in großen Zügen verglichen werden. Bei einer solchen Globalbetrachtung entzieht sich dem Beobachter vor allem das vielseitige Bild innerhalb einer Bevölkerungsmasse, bei der häufig entgegengesetzte Tendenzen in den verschiedenen Gruppen und regionalen Wohnbezirken auftreten. Die Durchschnittsangaben der internationalen Statistik lassen auch nicht ohne weiteres die Veränderungen im Geschehen erkennen, die sich laufend, mehr oder minder ausgeprägt, in einem Volksorganismus vollziehen. Es darf weiter nicht übersehen werden, daß der Tatbestand der natürlichen Bevölkerungsbewegung nur eine Seite (wenn auch vielleicht die wichtigste) im Komplex der demographischen Forschung herausstellt. Innerhalb der dynamischen Vorgänge in einer Bevölkerung muß auch die räumliche Bevölkerungsbewegung berücksichtigt werden. Diese, welche die Wanderungsgewinne oder -verluste im Zeitablauf aufzeigt, wird ebenfalls zur Ursache zahlenmäßiger und struktureller Veränderungen in einer Bevölkerungsmasse. Der räumlichen Bevölkerungsbewegung kommt für ein Volk jeweils eine spezifische Bedeutung zu. Wir kennen ausgesprochene Immigrationsländer, wo sogar die Ziffern der natürlichen Bevölkerungsbewegung stark durch den Wandervorgang beeinflußt werden. Ihnen gegenüber stehen die Auswanderungsländer, in denen eine zeitliche Spannung zwischen Menschenzahl und volkswirtschaftlichem Arbeitskräftebedarf nur durch Emigrationen gelöst werden kann. Andere Länder wiederum werden in ihrer Bevölkerung kaum durch räumliche Wanderungen berührt; Abwanderungen und Zuwanderungen halten sich hier das Gleichgewicht. Das westliche Europa als Gesamtheit und wirtschaftliche Einheit, wie es von den verschiedenen Integrationsprogrammen angestrebt wird, ist nach dem heutigen Stande der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung ein Gebiet, das weder durch Menschenmangel noch durch Menschenüberschuß gekennzeichnet wird. Regionale Unordnungen (Arbeitskräftebedarf — Arbeitskräftemangel) lassen sich ohne weiteres durch eine europäische Zusammenarbeit ausgleichen. Brauchbare und in die Zukunft weisende Ansätze sind bereits vorhanden.

Die gegenwärtige natürliche Bevölkerungsbewegung in den europäischen Ländern — und das sollte trotz aller pessimistischen Stimmen unterstrichen werden — bietet keinen Anlaß zu Besorgnissen. Das europäische Bevölkerungswachstum ist im großen und ganzen abgeschlossen. Die stürmische Entwicklung der Vergangenheit hat einem stabilen Zustand Platz gemacht¹⁶. Bis gegen Ende unseres Jahrhunderts wird sich die Menschenzahl Westeuropas noch um vielleicht 10 vH vermehren. Diese Quote kann nach den in den einzelnen Ländern unterschiedlichen Verhältnissen von Geburt und Tod als Anhaltsgröße angesehen werden; Abweichungen geringfügigen Ausmaßes sind durchaus denkbar. Das Hineinwachsen der europäischen Völker in der Gesamtheit in eine Periode der demographischen Stagnation darf jedoch nicht mißverstanden werden. Wir stehen in Europa weder vor der Erscheinung des „Volkstodes“ noch der „Vergreisung“ der Bevölkerungen. Und schließlich hat die technische Entwicklung mit dem Zeitalter der Nutzbarmachung der Atomenergie und der Automatisierung der Produktion ganz neue Perspektiven geschaffen. Wir wissen noch nicht, welche Auswirkungen aus dieser Entwicklung zu erwarten sind. Wenn jedoch, was durchaus anzunehmen ist, der Einsatz der menschlichen Arbeitskraft an Bedeutung verlieren wird, dann sind alle Hypothesen, die von der Demographie für „morgen“ aufgestellt wurden, in ihren „bevölkerungspolitischen“ Aussichten hinfällig geworden.

Die Darstellung der Bevölkerungsbewegung hat auch immer wieder dazu geführt, daß Befürchtungen laut wurden, nach denen mit einer Zurückdrängung der heutigen weißen Bevölkerung der Erde in Zukunft gerechnet wird. Diese Möglichkeit besteht zweifellos. Aber man sollte doch den Blick aus den heutigen demographischen Zuständen heraus nicht in eine allzuweite Ferne richten. Die Demographie befindet sich kaum in der Lage, die Ursachen der derzeitigen Entwicklungen befriedigend erklären zu können. Wie sollte sie dann dazu befähigt sein, den Blick über die Jahrhunderte hinweg in die Zukunft zu richten? Ihre Arbeit endet, wo die Vermutung beginnt und der menschlichen Phantasie sich wahllos die Aussichten öffnen.

Anmerkungen

¹⁾ Die allgemeinen Zusammenhänge werden aufgezeigt in: „The Determinants and Consequences of Population Trends“, Vereinte Nationen, New York 1953.

²⁾ Einige Hinweise bei F. Below, „Die zeitlichen Veränderungen im Bilde von Eheschließung, Geburt und Tod bei modernen Völkern“, *Schmollers Jahrbuch*, 73. Jahrgang, Heft 4.

3) Sterblichkeit

(Sterbefälle auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr)

	um 1920*	um 1930*	um 1950*
Belgien	14	13	12
Dänemark	11	11	9
Deutschland**	14	11	10
Frankreich	17	16	12
Großbritannien	13	12	12
Irland	15	14	12
Italien	17	14	10
Niederlande	11	9	7
Norwegen	12	10	8
Oesterreich	17	14	12
Portugal	21	17	12
Schweden	12	12	10
Schweiz	13	12	10
Spanien	21	17	10
USA	12	11	9
Kanada	12	10	9
Australien	10	9	9
Japan	23	18	9

* zugrundegelegt: 1920/24 — 1930/34 — 1950/54.

** um 1920 und 1930 Deutsches Reich — um 1950 Bundesrepublik.

Quelle: Nach Veröffentlichungen der Vereinten Nationen und Angaben nationaler Statistischer Ämter.

⁴⁾ Von je 100 000 Einwohnern starben 1907 bzw. 1908 an den folgenden Krankheiten, die heute in Europa nur noch im beschränkten Umfang zum tödlichen Ausgang führen, in:

	Deutsches Reich	Schweiz	England u. Wales	Belgien	Niederlande
Diphtherie (einschl. Krupp)	22,9	15,0	16,7	15,7	8,2
Typhus	4,9	5,0	7,5	12,0	6,4
Masern u. Röteln	18,5	17,4	22,7	27,6	27,4
Scharlach	18,1	4,0	8,0	12,7	5,3
Keuchhusten	20,9	12,3	27,9	32,3	23,1
Lungentuberkulose	159,2	172,1	111,7	101,3	120,7
Lungenentzündung	145,2	—	118,2	161,2	84,6
Influenza	17,0	—	28,6	18,9	16,5
Brechdurchfall, Magen- und Darmkatarrh	184,8	85,0	82,9	127,4	130,6

Quelle: Internationale Uebersichten im „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“ von 1910.

5) Säuglingssterblichkeit

(Vor Vollendung des ersten Lebensjahres Gestorbene auf 1000 im gleichen Zeitraum Lebendgeborene, auf 1 Kalenderjahr berechnet)

	um 1920*	um 1930*	um 1950*
Belgien	108	92	48
Dänemark	82	73	28
Deutschland**	127	78	49
Frankreich	97	80	45
Großbritannien	79	65	29
Irland	72	67	42
Italien	129	106	61
Niederlande	74	47	23
Norwegen	53	45	24
Oesterreich	142	100	55
Portugal	153	145	92
Schweden	61	52	20
Schweiz	70	49	29
Spanien	148	118	62
USA	74	60	28
Kanada	104	79	37
Australien	61	43	24
Japan	165	124	51

* zugrundegelegt: 1920/24 — 1930/34 — 1950/54

** um 1920 und 1930 Deutsches Reich — um 1950 Bundesrepublik.

Quelle: Nach Veröffentlichungen der Vereinten Nationen.

⁶⁾ Einige aufschlußreiche Hinweise zum Problem der Kindersterblichkeit finden sich u. a. in folgenden neueren Arbeiten:

O. W. Anderson, „Infant Mortality and Patterns of Living“ in: *The Child*, April 1953;

A. J. Mayer und R. V. Marks, „Differential in Infant Mortality by Race, Economic Level and Cause of Death, for Detroit: 1940 and 1950“ in: *Human Biology*, Mai 1954;

P. de Wolff und J. Meerdink, „La mortalité infantile à Amsterdam selon les groupes sociaux“ in: *Population*, April/Juni 1954;

M. Febvay und M. Croze, „Nouvelles données sur la mortalité infantile—influence de la région et du milieu social“ in: *Population*, Juli/Sept. 1954;

„Die Säuglingssterblichkeit in Stadt und Land“ in: *Wirtschaft und Statistik*, Februar 1955.

⁷⁾ Für die Bundesrepublik versucht beispielsweise die folgende Arbeit einzelne Relationen nachzuweisen:

K. Freudenberg, „Methodik und Ergebnisse der Fruchtbarkeitsstatistik“ in: *Schmollers Jahrbuch*, 75. Jahrgang, Heft 6. Der Autor stellt vier Reihen statistischer Merkmale mit vermuteter kausaler Wirkung heraus, von denen sich eine auf die konfessionale Struktur der Bevölkerung, zwei auf die berufsmäßige Struktur und eine auf die Siedlungsweise beziehen.

8) Geburtenhäufigkeit

(Geborene auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr)

	um 1920°	um 1930°	um 1950°
Belgien	21	18	17
Dänemark	23	18	18
Deutschland**	23	16	16
Frankreich	20	17	19
Großbritannien	22	16	16
Irland	21	20	21
Italien	30	24	18
Niederlande	27	22	22
Norwegen	24	16	19
Oesterreich	23	15	15
Portugal	33	29	24
Schweden	20	14	15
Schweiz	20	17	17
Spanien	30	27	20
USA	23	18	24
Kanada	28	22	28
Australien	24	18	23
Japan	35	32	23

°) zugrundegelegt: 1920/24 — 1930/34 — 1950/54.

**) um 1920 und 1930 Deutsches Reich — um 1950 Bundesrepublik.

Quelle: Nach Veröffentlichungen der Vereinten Nationen und Angaben nationaler Statistischer Ämter.

°) Die Erscheinung wird beispielsweise ausführlich behandelt bei:

R. von Ungern-Sternberg und H. Schubnell, „Grundriß der Bevölkerungswissenschaft“, Stuttgart 1950. Die Autoren untersuchen folgende Gesichtspunkte: Biologische Erscheinungen — pathologische Ursachen — Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung — Ehehäufigkeit und Heiratsalter — Abnahme der allgemeinen Sterblichkeit und der Säuglingssterblichkeit — die Verstärkungstheorie — die Präventivmitteltheorie — Frauenemanzipation und weibliche Berufstätigkeit — die Religions- und Entkirchlichungstheorie — die Raum- und Anpassungstheorie — die wirtschaftliche Notstandstheorie — Geburtenrückgang als Folgeerscheinung der „modernen“ Weltanschauung.

10) Anm. 10 nebenstehend.

11) Vorausschätzungen für die Entwicklung der Bevölkerungszahl in einigen europäischen Ländern (in Millionen)

	1950	1960	1965	1970	1975	1980
Belgien	8,6	8,9	8,9	8,9	8,9	8,9
Bundesrepublik Deutschland	47,7	49,7	50,4	50,9	51,0	50,9
Frankreich	41,8	43,8	44,1	44,2	44,6	45,1
Großbritannien (England u. Wales)	44,0	44,8	44,7	44,4	44,3	44,0
Italien	46,4	49,4	50,5	51,4	52,0	52,4
Niederlande	10,1	11,5	12,1	12,8	13,5	14,2
Spanien	28,1	29,9	30,6	31,0	31,2	31,2

Quelle: Institut National d'Etudes Démographiques: *Population*, No. 1/1953.

10) Reproduktionsziffern

		Bruttowerte	Nettowerte
Belgien	1950:	1,142	1,041
	1951:	1,110	1,013
	1952:	1,128	1,029
Dänemark	1950:	1,257	1,140
	1951:	1,208	1,098
	1952:	1,229	1,119
Deutschland (Bundesrepublik)	1950:	1,012	0,933
	1951:	0,998	0,920
	1952:	1,005	0,927
Frankreich	1950:	1,425	1,323
	1951:	1,350	1,256
	1952:	1,330	1,249
Großbritannien (England und Wales)	1950:	1,062	1,017
	1951:	1,045	1,001
	1952:	1,052	1,009
Irland	1950/52:	1,600	1,381
Niederlande	1950:	1,497	1,417
	1951:	1,533	1,405
	1952:	1,500	1,421
Norwegen	1950:	1,210	1,107
	1951:	1,181	1,081
	1952:	1,240	1,174
Portugal	1950:	1,483	1,082
	1951:	1,488	1,086
Schweden	1950:	1,105	1,058
	1951:	1,067	1,021
Schweiz	1950:	1,250	1,145
	1951:	1,214	1,112
	1952:	1,250	1,145
USA	1950:	1,505	1,435
	1951:	1,591	1,519
Kanada	1950:	1,669	—
	1951:	1,669	—
	1952:	1,765	—
Australien	1950:	1,491	1,415
	1951:	1,485	1,409
	1952:	1,547	1,468
Japan	1950:	1,765	1,516
	1951:	1,582	1,382
	1952:	1,444	1,292

Quelle: Demographic Yearbook 1954 der Vereinten Nationen.

12) Die beiden Arbeiten von A. Sauvy und J. Bourgeois-Pichat, die im Rahmen des Institut National d'Etudes Démographiques in Paris über die europäischen Bevölkerungsprobleme mit ihren Gegenwarts- und Zukunftsaspekten vorgelegt wurden (Sauvy, „Un plan d'études“ — Bourgeois-Pichat, „Perspectives sur les populations“, zusammen veröffentlicht in *Population*, Nr. 1/1953), dürften dabei als eine der wesentlichen Grundlagen für die weiterführende Erforschung der zukünftigen demographischen Entwicklung in Europa anzusehen sein.

13) Heiratsziffern
(Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr)

	um 1920*	um 1930*	um 1950*
Belgien	11	8	8
Dänemark	8	8	8
Deutschland**	11	9	10
Frankreich	11	8	7
Großbritannien	8	8	8
Irland	5	5	5
Italien	9	7	7
Niederlande	9	7	8
Norwegen	6	6	8
Oesterreich	11	7	8
Portugal	8	7	8
Schweden	6	7	7
Schweiz	8	8	8
Spanien	8	7	8
USA	11	9	10
Kanada	8	6	9
Australien	8	7	9
Japan	9	8	8

*) zugrundegelegt: 1920/24 — 1930/34 — 1950/54.

**) um 1920 und 1930 Deutsches Reich — um 1950 Bundesrepublik.

Quelle: Nach Veröffentlichungen der Vereinten Nationen und Angaben nationaler Statistischer Ämter.

¹⁴⁾ Der prozentuale Anteil der über 65 Jahre alten Bevölkerung beträgt gegenwärtig (zugrundegelegt sind Angaben nach den Censurdurchführungen um 1950) für

Belgien 11 vH	Norwegen 10 vH
Dänemark 9 vH	Portugal 7 vH
B. R. Deutschland 10 vH	Schweden 10 vH
Frankreich 12 vH	Schweiz 9 vH
Großbritannien	USA 9 vH
(England und Wales) 11 vH	Kanada 8 vH
Italien 8 vH	Australien 8 vH
Niederlande 8 vH	Japan 5 vH

Die Daten sind den Internationalen Uebersichten im „Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland“ von 1954 entnommen.

¹⁵⁾ U. a. befassen sich folgende neueren Arbeiten mit dem Problem der „Alten“ unter verschiedenen Gesichtspunkten:

G. Bancroft, „Older Persons in the Labor Force“ in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Januar 1952.

„Beschäftigung im Alter“ in: *Schweizerische Zeitschrift für Gemeinnützigkeit*, Januar/Februar 1953.

„Le vieillissement de la population belge et le péril de la dénatalité“ in: *Famille*, April 1953;

„Die alten Leute“, nach Ergebnissen der Volks- und Berufszählung vom 13. September 1950; *Wirtschaft und Statistik*, April 1953;

A. Sawvy, „Le vieillissement des populations et l'allongement de la vie“ in: *Population*, Oktober/Dezember 1954;

„Problems of an Aging Population“ in: *Population Bulletin* (USA), März 1955.

16) Europäische Bevölkerung (Mitgliedsländer des Europarats)
(1800, 1850, 1900, 1950, in Tausend)

Länder	1800	1850	1900	1950	Prozentuale Zunahme		
					1800/1850	1850/1900	1900/1950
Belgien	3 000	4 483	6 694	8 639	49	49	29
Dänemark	929	1 439	2 450	4 271	55	70	74
Frankreich	28 250	36 472	40 681	41 934	29	12	3
Bundesrepublik Deutschland	12 400	17 850	28 400	47 607	44	59	68
Griechenland	—	—	2 600	7 960	—	—	206
Island	47	64	78	143	36	22	83
Irland	—	5 111	3 220	3 006	—	—37	—7
Italien	18 124	23 900	32 475	46 272	32	36	42
Luxemburg	160	191	237	297	19	24	25
Niederlande	2 150	3 096	5 179	10 114	44	67	95
Norwegen	883	1 400	2 243	3 265	59	60	46
Saargebiet	155	244	512	943	57	110	84
Schweden	2 347	3 483	5 136	7 017	48	47	37
Türkei	—	—	11 000	20 935	—	—	90
Großbritannien	16 420 ¹	22 260	38 236	50 616	36	72	32
Summe	95 000 ²	130 000 ²	179 141	253 019	37 ²	38 ²	41

¹⁾ Großbritannien und Irland. ²⁾ Schätzung.

Quelle: zusammengestellt vom Europarat, veröffentlicht in „A few Aspects of Population and Economy“, Straßburg, 1952.

Die Besuche Bulganins und Chruschtschows in Indien, Burma und Afghanistan

Der Ministerpräsident der Sowjetunion, Nikolai A. Bulganin, und der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Nikita S. Chruschtschow, bereisten im November und Dezember 1955 diejenigen Länder Südasiens, die nicht den Verteidigungssystemen der SEATO und des Bagdad-Paktes angehören. Vom 18. November bis zum 1. Dezember und wieder vom 7. bis zum 14. Dezember hielt sich die sowjetische Delegation in Indien auf, vom 1. bis zum 7. Dezember in Burma und vom 15. bis zum 19. Dezember 1955 in Afghanistan. In allen drei Ländern wurden gemeinsame Erklärungen¹ unterzeichnet, in denen die Regierung des jeweiligen Gastlandes gemeinsam mit der Sowjetregierung zu internationalen Fragen sowie zu ihren Beziehungen mit der Sowjetunion Stellung nahm.

In diesen Erklärungen, die nur im Wortlaut, nicht aber in den wesentlichen Punkten des Inhaltes voneinander abweichen, wurden die freundschaftlichen Beziehungen betont, welche die drei Staaten mit der Sowjetunion verbinden, und es wurde dem Wunsche nach einer Vertiefung insbesondere der wirtschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit bei der wirtschaftlichen Entwicklung der drei südasiatischen Staaten Ausdruck gegeben. Die zu diesem Zwecke herausgegebenen besonderen Wirtschafts-Kommunikés zwischen der Sowjetunion und Indien bzw. Afghanistan folgen unten im Wortlaut. Ueber die sowjetisch-burmesische Wirtschaftszusammenarbeit veröffentlichte die „Prawda“ am 8. Dezember eine Bekanntmachung, wonach ein Programm für die Entwicklung der Landwirtschaft und den Bau von Industriebetrieben in Burma ausgearbeitet worden ist. Als Gegenleistung für die dafür zur Verfügung gestellten sowjetischen Mittel wird Burma der Sowjetunion Reis liefern.

Der politische Teil der drei Erklärungen enthält übereinstimmend folgendes:

Sowjetisch-indisches Kommuniké über die Wirtschaftsbeziehungen

In der Gemeinsamen Erklärung des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, N. A. Bulganin, des Mitglieds des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR N. S. Chruschtschow und des Ministerpräsidenten Indiens, Jawaharlal Nehru, wird auf den Wunsch beider Länder hingewiesen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu entwickeln und die Handelsbeziehungen zu erweitern. In diesem Zusammenhang hatten Vertreter der Regierung der UdSSR und der Regierung Indiens Vorbesprechungen und gelangten zu der Auffassung, daß es für beide Länder vorteilhaft sein wird, den Handel miteinander maximal zu erweitern. Als erster Schritt in dieser Richtung wurde folgendes vereinbart:

1. A. Die UdSSR liefert und Indien kauft binnen drei Jahren, von 1956 an, 1 Million Tonnen Walzeisen, davon 300 000 Tonnen im ersten Jahr und je 350 000 Tonnen in

Die drei südasiatischen Staaten bekennen sich gemeinsam mit der Sowjetunion zu den „fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“: gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, Nichtangriff, Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen, Gleichberechtigung und gegenseitige Begünstigung, friedliche Koexistenz. Zum Beweis für die Realisierbarkeit dieser Prinzipien wird in allen drei Erklärungen auf die Konferenz von Bandung verwiesen.

Alle drei Staaten schließen sich in den Erklärungen den Forderungen der Sowjetunion nach Abrüstung, dem bedingungslosen Verbot der Atomwaffen und der Einführung einer internationalen Kontrolle an.

In der sowjetisch-indischen und der sowjetisch-burmesischen Erklärung wird die Politik der Bildung regionaler Militärblocks scharf verurteilt. In der sowjetisch-afghanischen Erklärung fehlt diese Äußerung; sie enthält dafür den Hinweis auf die Neutralität Afghanistans.

Die drei Staaten fordern gemeinsam mit der Sowjetunion eine Lösung der fernöstlichen Probleme im Einklang mit den Interessen des Friedens und denen der beteiligten Völker sowie die Zulassung der Volksrepublik China zu den Vereinten Nationen. Dabei werden — wiederum mit Ausnahme der sowjetisch-afghanischen Erklärung — im einzelnen die Uebergabe Formosas an die Volksrepublik China, die Wiedervereinigung Koreas und die Durchführung der Beschlüsse der Genfer Konferenz über Indochina gefordert. Demgegenüber enthält die sowjetisch-afghanische Erklärung als einzige die Forderung auf Selbstbestimmung derjenigen Völker, die noch keine nationale Souveränität genießen.

In Afghanistan erreichten die sowjetischen Staatsmänner außerdem eine Verlängerung des sowjetisch-afghanischen Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrags von 1931. (Vgl. unten den Wortlaut des Verlängerungsprotokolls und des Vertrages.)

den beiden nächsten Jahren. Die betreffenden Lieferungs-terminen und -bedingungen sind bei weiteren Verhandlungen zu vereinbaren.

B. Binnen drei Jahren verkauft die UdSSR Indien noch genauer zu vereinbarende Ausrüstungen für die Erdölförderung, den Bergbau sowie andere Ausrüstungen und Waren. Die Lieferungstermine sowie die Verkaufs- und Bezugsbedingungen für diese Waren und Ausrüstungen sind bei weiteren Verhandlungen zu vereinbaren.

C. Die UdSSR wird in Indien bedeutend mehr Rohstoffe und Industrieerzeugnisse zu Bedingungen und Terminen ankaufen, die durch Verhandlungen zwischen Verkäufern und Käufern zu vereinbaren sind. Es wird der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß der Gesamtwert dieser Ankäufe einschließlich der Summen, die für den Unterhalt offizieller sowjetischer Organisationen in Indien erforderlich sein können, dem Gesamtwert der Waren gleichen wird, die Indien von der UdSSR kauft.

D. Wie im sowjetisch-indischen Handelsabkommen vorgesehen, werden beide Regierungen der Ein- und Aus-

¹) Sowjetisch-burmesische Erklärung vom 6. Dezember und sowjetisch-indische Erklärung vom 13. Dezember, beider Wortlaut in *Neue Zeit*, Nr. 51 vom 15. Dezember (Beilage); sowjetisch-afghanische Erklärung vom 18. Dezember, Wortlaut in *Neue Zeit*, Nr. 1 vom 1. Januar (Beilage).

fuhr der erwähnten Waren die nach ihren jeweiligen Gesetzen, Bestimmungen und Verordnungen höchstmögliche Begünstigung und Förderung angedeihen lassen.

2. Angesichts der vorgesehenen Vergrößerung des Handelsvolumens und zwecks Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für den Seetransport der Waren halten es beide Regierungen für notwendig, regelmäßige Schifffahrtslinien zwischen Häfen der UdSSR und Indiens unter Verwendung sowjetischer und indischer Schiffe einzurichten.

3. Die Vertreter beider Regierungen sind ferner übereingekommen, sobald wie möglich Delegationen aus der UdSSR nach Indien oder aus Indien nach der UdSSR zu entsenden. Aufgabe der Delegationen ist es, die Bedingungen zu erörtern und die Abkommen zu schließen, deren es zur Ausführung der oben dargelegten Uebereinkunft bedarf.

Neu-Delhi, den 13. Dezember 1955.

Quelle: Beilage zu *Neue Zeit*, Nr. 51 vom 15. Dezember 1955.

Sowjetisch-afghanisches Kommuniqué über die Wirtschaftsbeziehungen

Während des Aufenthalts des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, N. A. Bulganin, und des Mitglieds des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR N. S. Chruschtschow in Kabul wurden Fragen der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und Afghanistan geprüft.

Die Regierungen beider Länder stellten mit Genugtuung fest, daß sich die auf der Grundlage beiderseitigen Vorteils fußenden Handels- und Wirtschaftsverbindungen zwischen der UdSSR und Afghanistan ständig erweitern.

Zugleich sind sie einmütig der Ansicht, daß es im Interesse beider Länder weiterer Förderung und Entwicklung dieser Beziehungen bedarf.

Zu diesem Zweck haben es die Regierungen der UdSSR und Afghanistans für notwendig befunden, ihre kompetenten Vertreter nach entsprechender Vorbereitung zusammenzutreten zu lassen, damit diese weitere beiderseits vorteilhafte Formen der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit prüfen und entsprechende Abkommen schließen.

Es wurde festgesetzt, daß die erwähnten Vertreter namentlich Fragen prüfen werden, die die Zusammen-

arbeit bei der Entwicklung der Landwirtschaft, dem Bau eines Wasserkraftwerks, ferner von Bewässerungsanlagen und Autoreparaturwerkstätten in Afghanistan wie auch bei der Rekonstruktion des Kabuler Flugplatzes betreffen.

Die Regierung der UdSSR hat sich grundsätzlich einverstanden erklärt, Afghanistan im Rahmen eines zu vereinbarenden Programms für die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans auf den genannten Gebieten technische wie auch finanzielle Hilfe in Form eines Kredits zu leisten.

Der Umfang des Kredits, den die Sowjetunion in diesem Zusammenhang gewährt, beläuft sich auf 100 Millionen USA-Dollar; es wird ein langfristiger Kredit sein.

Die Kreditbedingungen werden in weiteren Verhandlungen zwischen beiden Seiten vereinbart.

Die Regierung Afghanistans hat der Regierung der UdSSR ihren tiefen Dank für die Hilfe ausgesprochen, die die Sowjetregierung Afghanistan zugesagt hat.

Kabul, den 18. Dezember 1955.

Quelle: Beilage zu *Neue Zeit*, Nr. 1 vom 1. Januar 1956.

Protokoll vom 18. Dezember 1955 über die Verlängerung des Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrags zwischen der UdSSR und Afghanistan

Das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Seine Majestät der König von Afghanistan

HABEN

in dem Wunsch nach weiterer Entwicklung und Festigung der bestehenden freundschaftlichen und gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den Völkern der Sowjetunion und Afghanistans,

in dem Streben nach Zusammenarbeit, Festigung des Friedens und Herstellung von Vertrauen zwischen den Staaten entsprechend den Zielen und Prinzipien der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen,

in der Feststellung, daß der am 24. Juni 1931 in Kabul von der UdSSR und Afghanistan unterzeichnete Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrag den Lebensinteressen beider Länder entspricht und zur erfolgreichen Lösung der obenerwähnten Aufgaben beiträgt,

BESCHLOSSEN, vorliegendes Protokoll über die Verlängerung des Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrags vom 24. Juni 1931 zu unterzeichnen, und haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken: den Ersten Stellver-

treter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR A. A. Gromyko,

Seine Majestät der König von Afghanistan: den Minister für Auswärtige Angelegenheiten Afghanistans, Seine Hoheit Mohammed Naim,

welche nach Austausch ihrer Vollmachten, die in gebührender Form und in voller Ordnung befunden wurden, die nachstehende Vereinbarung getroffen haben:

Artikel I

In Abänderung der Bestimmungen von Artikel 8 des am 24. Juni 1931 von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und dem Königreich Afghanistan in Kabul geschlossenen Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrags und von Artikel I des Sowjetisch-Afghanischen Protokolls vom 29. März 1936 über die Gültigkeitsdauer des Vertrags von 1931 und das Verfahren zu seiner Kündigung haben die Hohen Vertragsschließenden Seiten vereinbart, daß dieser Vertrag vom Augenblick des Inkrafttretens vorliegenden Protokolls weitere 10 Jahre in Kraft bleibt.

Nach Ablauf dieser Zeit wird der obenerwähnte Vertrag automatisch alljährlich verlängert, wobei jede der Hohen Vertragsschließenden Seiten berechtigt ist, ihn zu kündigen, wenn sie dies 6 Monate zuvor mitteilt.

Artikel II

Vorliegendes Protokoll unterliegt der Ratifizierung und tritt mit dem Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft, der in möglichst kurzer Zeit in Moskau vorgenommen werden wird.

Zur Bestätigung dessen haben die Bevollmächtigten vorliegendes Protokoll unterzeichnet und mit ihrem Siegel versehen.

Aufgesetzt in Kabul am 18. Dezember 1955 in zwei

Exemplaren, jedes in russischer und persischer Sprache, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit haben.

In Vollmacht des Präsidiums des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken: *A. Gromyko*

In Vollmacht seiner Majestät des Königs von Afghanistan: *Mohammed Naim*

Quelle: Beilage zu *Neue Zeit*, Nr. 1 vom 1. Januar 1956.

Anhang

Vertrag zwischen der Sowjetunion und Afghanistan über Neutralität und Nichtangriff vom 24. Juni 1931

Am 24. Juni 1931

HABEN das Zentralexekutivkomitee der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Seine Majestät der König von Afghanistan zwecks Konsolidierung der auf Grund des am 28. Februar 1921 in Moskau unterzeichneten Vertrags zwischen beiden Ländern glücklich bestehenden freundschaftlichen und gutnachbarlichen Beziehungen und in der Ueberzeugung, daß sich diese Beziehungen auch künftighin unablässig entwickeln und den hohen Zielen des allgemeinen Friedens dienen werden,

BESCHLOSSEN, vorliegenden Vertrag zu schließen, dem dieselben Prinzipien zugrunde liegen wie dem am 31. August 1926 in Paghman geschlossenen Vertrag.

Artikel 1

Im Falle eines Krieges oder von Kriegshandlungen zwischen einer der vertragschließenden Seiten und einer oder mehreren dritten Mächten verpflichtet sich die andere vertragschließende Seite, der ersten gegenüber Neutralität zu wahren.

Artikel 2

Jede der vertragschließenden Seiten übernimmt die Verpflichtung, sich jeglichen Ueberfalls auf die andere Seite und auf die in deren Besitz befindlichen Gebiete zu enthalten, keinerlei Schritte zu unternehmen und von seiten keines anderen Handlungen zu dulden, die der anderen vertragschließenden Seite politischen oder militärischen Schaden zufügen könnten. Ebenso verpflichtet sich jede vertragschließende Seite, sich weder an Bündnissen oder Abkommen militärischen oder politischen Charakters mit einer oder mehreren Mächten zu beteiligen, die gegen die andere vertragschließende Seite gerichtet wären, noch an einem finanziellen oder wirtschaftlichen Boykott oder einer Blockade, die sich gegen die andere vertragschließende Seite richten würden. Sollte ferner der Kurs einer dritten Macht oder dritter Mächte in bezug auf eine der vertragschließenden Seiten einen feindseligen Charakter tragen, so verpflichtet sich die andere vertragschließende Seite, einen derartigen Kurs nicht nur nicht zu unterstützen, sondern ihm und den sich aus ihm ergebenden feindseligen Handlungen und Vorhaben auf ihrem eigenen Territorium entgegenzuwirken.

Artikel 3

Ausgehend von der gegenseitigen Anerkennung der staatlichen Souveränität, verpflichten sich die Hohen Vertragschließenden Seiten, sich jeglicher bewaffneten oder nichtbewaffneten Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen vertragschließenden Seite zu enthal-

ten; sie werden jede Förderung irgendeiner Intervention seitens einer oder mehrerer dritter Mächte, welche Schritte gegen die andere vertragschließende Seite zu unternehmen gedächten, sowie die Teilnahme an einer solchen Intervention kategorisch ablehnen. Die vertragschließenden Seiten werden auf ihrem Territorium die Organisation und Betätigung von Gruppierungen sowie die Betätigung einzelner Personen nicht zulassen und verhindern, die der anderen vertragschließenden Seite zu schaden oder den Sturz der Staatsordnung der anderen vertragschließenden Seite vorzubereiten oder einen Anschlag auf die Integrität ihres Territoriums zu verüben bzw. eine Mobilisierung oder Anwerbung von Streitkräften gegen die andere vertragschließende Seite vorzunehmen gedächten. Ebenso werden beide Seiten den Durchmarsch von Streitkräften bzw. die Beförderung von Waffen, Munition, Heeresgut oder sonstigen militärischen Materialien, die zum Einsatz gegen die andere vertragschließende Seite bestimmt sind, durch ihr Staatsgebiet nicht gestatten, sondern verhindern.

Artikel 4

In Uebereinstimmung mit dem obenstehend im vorliegenden Vertrag Dargelegten erklärt jede der Hohen Vertragschließenden Seiten, daß sie weder einem noch mehreren Staaten gegenüber irgendwelche geheime oder offene Verpflichtungen hatte noch hat, die dem vorliegenden Vertrag zuwiderlaufen, und daß sie während der ganzen Gültigkeitsdauer dieses Vertrags keinen Verträgen und Abkommen beitreten wird, die dem vorliegenden Vertrag widersprechen.

Artikel 5

Ebenso erklärt jede der vertragschließenden Seiten, daß zwischen ihr und anderen Staaten in ihrer unmittelbaren Land- oder Seenachbarschaft keinerlei Verpflichtungen bestehen außer solchen, die bereits verlaublich sind.

Artikel 6

Außerhalb des Rahmens der Verpflichtungen, deren Bedingungen in vorliegendem Vertrag festgesetzt sind, bleibt jeder der vertragschließenden Seiten die volle Handlungsfreiheit gewahrt, Schritte zur Anbahnung wie immer gearteter Beziehungen und Bündnisse mit dritten Mächten zu unternehmen.

Artikel 7

Die vertragschließenden Seiten anerkennen, daß zur Beilegung sämtlicher Streitigkeiten oder Konflikte, die

sich — welchen Charakters und Ursprungs auch immer — zwischen ihnen ergeben könnten, nur friedliche Mittel ausfindig gemacht werden sollen. In Ausführung dieses Artikels können zwischen den vertragschließenden Seiten die entsprechenden Abkommen geschlossen werden.

Artikel 8

Vorliegender Vertrag wird auf fünf Jahre geschlossen und tritt vom Augenblick seiner Ratifizierung in Kraft, die spätestens zwei Monate nach seiner Unterzeichnung zu erfolgen hat. Die Ratifikationsurkunden werden in Kabul binnen eines Monats nach Ratifizierung des Vertrags ausgetauscht.

Nach Ablauf der fünf Jahre wird vorliegender Vertrag automatisch alljährlich verlängert, wobei jede der vertrag-

schließenden Seiten das Recht hat, ihn zu kündigen, worüber sie sechs Monate zuvor Mitteilung zu machen hat. Im Falle der im vorliegenden Artikel vorgesehenen Mitteilung über die Kündigung des Vertrags werden die vertragschließenden Seiten gleichzeitig in Verhandlungen über die Form der Erneuerung vorliegenden Vertrags treten.

Artikel 9

Vorliegender Vertrag ist in russischer und persischer Sprache abgefaßt. Bei der Auslegung des Vertrags gelten seine beiden Texte als authentisch.

Aufgesetzt in Kabul am 24. Juni 1931.

Quelle: Beilage zu *Neue Zeit*, Nr. 1 vom 1. Januar 1956.

Die Besuche des Ministerpräsidenten Grotewohl in den Volksrepubliken China, Nordkorea und Mongolei

Zur gleichen Zeit, in der Bulganin und Chruschtschow Südasien bereisten, besuchte eine Delegation der DDR unter Führung von Ministerpräsident Otto Grotewohl die kommunistischen Staaten Ostasiens: die Volksrepublik China, die Koreanische Volksdemokratische Republik (Nordkorea) und die Mongolische Volksrepublik (China vom 8. bis zum 18. und wieder vom 22. bis zum 26. Dezember, Nordkorea vom 19. bis zum 21. Dezember und die Mongolei am 27. und 28. Dezember 1955). Wie bei der Reise Bulganins, wurden auch hier in allen drei Staaten gemeinsame Erklärungen¹ unterzeichnet; in Peking wurde außerdem ein Freundschaftsvertrag abgeschlossen. Der Wortlaut dieses Vertrages und der gemeinsamen Erklärung mit China folgt unten.

Die Erklärungen mit Nordkorea und der Mongolei haben in den wesentlichen Punkten den gleichen Inhalt

wie die mit China. In der Erklärung mit der Mongolei wird zusätzlich ein gemeinsamer Protest gegen die Verweigerung der Aufnahme der Mongolischen Volksrepublik in die Vereinten Nationen erhoben. Die Erklärung mit Nordkorea verweist eingehend auf die ähnliche Lage Deutschlands und Koreas. Im einzelnen werden dazu folgende gemeinsamen Forderungen erhoben: Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland und Korea, Annäherung und Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen Nord- und Südkorea, Durchführung einer internationalen Konferenz über die Wiedervereinigung Koreas, Bildung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa, „Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands“ und „Beseitigung der Vorherrschaft der Monopolherren und Junker in Westdeutschland“.

Gemeinsame Erklärung der Volksrepublik China und der DDR

Nach einem einführenden Absatz, der den Verlauf des Besuchs schildert und die Versicherung der „unverbrüchlichen Freundschaft und brüderlichen Solidarität“ beider Staaten enthält, hat die Erklärung folgenden Wortlaut:

Im Laufe der Verhandlungen berieten beide Seiten über die weitere Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen und führten einen Meinungsaustausch über die internationale Lage. Beide Seiten stellten mit Befriedigung fest, daß sie den gemeinsamen Wunsch haben, die bereits zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China bestehenden guten freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit weiter zu entwickeln, und daß ihre Auffassungen über die internationale Lage völlig übereinstimmen. Die Verhandlungen verliefen in einer aufrichtigen und freundschaftlichen Atmosphäre.

Im Ergebnis der Verhandlungen wurde ein Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China abgeschlossen. Ferner wurde ein Abkommen

über die kulturelle Zusammenarbeit sowie ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Pflanzenquarantäne und des Schutzes der Kulturpflanzen von Schädlingen und Krankheiten unterzeichnet.

Beide Seiten gaben ihrer festen Ueberzeugung Ausdruck, daß der Abschluß des Vertrages und der Abkommen die zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China bestehenden allseitigen engen und freundschaftlichen Beziehungen und ihre Zusammenarbeit weiter festigen und entwickeln. Insbesondere werden sich die beiden Staaten jede mögliche Hilfe erweisen.

Bei der Erörterung der internationalen Lage fand ein ausführlicher Meinungsaustausch über die Ergebnisse der Genfer Konferenz der Außenminister der vier Mächte im Oktober/November 1955 und im Zusammenhang damit über die deutsche Frage statt. Beide Seiten stimmten in der Auffassung überein, daß die Haltung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Genfer Außenministerkonferenz und die von ihr vorgelegten Vorschläge der realen Lage in Europa und in Deutschland Rechnung tragen und daß die von der Sowjetunion auf der Genfer Außenministerkonferenz vertretenen Ansichten und Vorschläge den Interessen des Weltfriedens

¹) Erklärung DDR/Nordkorea vom 21. Dezember, Wortlaut in *Neues Deutschland*, Nr. 299 vom 22. Dezember; Erklärung DDR/Volksrepublik China vom 25. Dezember, Wortlaut unten; Erklärung DDR/Mongolei vom 27. Dezember, Wortlaut in *Neues Deutschland*, Nr. 304 vom 29. Dezember.

sowie den nationalen Interessen des deutschen Volkes entsprechen.

Entgegen dem Willen aller Völker der Welt nach einer Entspannung der internationalen Beziehungen, wie sie sich auf der Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte und der Konferenz von Bandung durchsetzte, versuchen aggressive Kreise der Vereinigten Staaten von Amerika und ihre Anhänger, ihre bankrotte „Politik der Stärke“ weiterzubetreiben. Ein Ausdruck dafür ist ihre besonders feindselige Haltung gegenüber der friedliebenden Volksrepublik China und der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik. Diese Politik, die mit den Interessen aller friedliebenden Staaten und Völker sowie mit den Interessen ihrer eigenen Völker im Widerspruch steht, ist nach wie vor zum Scheitern verurteilt.

Beide Seiten brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, auch weiterhin alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um zur Erhaltung des Friedens in der Welt und zum Fortschritt der Menschheit beizutragen. Sie betonten, daß beide Staaten an allen internationalen Handlungen teilnehmen werden, die der Festigung des Weltfriedens und der Gewährleistung der kollektiven Sicherheit dienen. Sie werden sich über alle Fragen beraten, die gemeinsame Interessen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China berühren, um ihre Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit ihrer Staaten und zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens wirksam zu koordinieren.

Während der Verhandlungen wurden Fragen der Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der Deutschen Bundesrepublik berührt. Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik erklärte, daß sie eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der Deutschen Bundesrepublik im Interesse des Friedens und der Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat begrüßen würde.

Beide Seiten sind der Auffassung, daß die internationalen Spannungen, die die fortdauernde völkerrechtswidrige Besetzung des chinesischen Territoriums Taiwan durch die amerikanischen Aggressoren in diesem Raum hervorruft, schnellstens beseitigt werden müssen. Es ist ein ernster Verstoß gegen die Satzung und das Ansehen der Vereinten Nationen, daß der Volksrepublik China ihr rechtmäßiger Platz in den Vereinten Nationen und im Sicherheitsrat vorenthalten wird. Die Volksrepublik China muß den ihr zustehenden Platz in den Vereinten Nationen wieder einnehmen.

Zur Förderung des internationalen Friedens und der internationalen Zusammenarbeit muß die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen universell sein. Alle Staaten, die den von der Satzung der Vereinten Nationen festgelegten Bedingungen entsprechen, müssen als Mitgliedstaaten aufgenommen werden. Beide Seiten verurteilen es, daß die Vereinigten Staaten von Amerika und ihre Marionette, die Tschiang-Kai-schek-Clique, den von der Vollversammlung der Vereinten Nationen angenommenen Vorschlag auf gleichzeitige Aufnahme von 18 Staaten zu Fall bringen konnten. Sie begrüßen gleichzeitig die auf Initiative der Sowjetunion von der überwältigenden Mehrheit der Mitgliedstaaten beschlossene Aufnahme von 16 Staaten in die Vereinten Nationen.

Beide Seiten sind der Auffassung, daß das Genfer

Abkommen über die Wiederherstellung des Friedens in Indochina in jeder Weise eingehalten werden muß. Beide Seiten erachten es für notwendig, daß zur friedlichen Regelung der Koreafrage in Uebereinstimmung mit den Interessen des koreanischen Volkes und den Interessen des Friedens sobald als nur möglich eine internationale Konferenz unter Teilnahme aller Staaten, die an diesen Fragen interessiert sind, einberufen wird.

Beide Seiten begrüßen mit Freude, daß sich die nationalen demokratischen Kräfte in den asiatisch-afrikanischen Gebieten schnell entwickeln und der Kolonialismus schwere Niederlagen erleidet. Die bedeutsamen Anstrengungen vieler Staaten in diesem Raum zur Erreichung und Erhaltung ihrer nationalen Unabhängigkeit tragen zur Erhaltung des Weltfriedens bei.

Beide Seiten erklären ihre entschlossene Ablehnung jeder Form des Kolonialismus. Sie unterstützen alle Staaten und Völker im Kampf für die nationale Unabhängigkeit und für die Verteidigung der staatlichen Souveränität und der territorialen Integrität. Sie unterstützen die gerechten Forderungen Indiens auf Rückgabe Goas und die Indonesiens auf Rückgabe West-Irians, den Kampf der nordafrikanischen Völker für ihre nationale Selbstbestimmung, die gerechten Ansprüche der arabischen Völker sowie deren Widerstand gegen die Einbeziehung in aggressive Militärblocks. Die Freundschaftsbesuche des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Bulganin, und des Mitglieds des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Chruschtschow, in der Republik Indien, der Union von Burma und dem Königreich Afghanistan sowie die gemeinsamen Erklärungen der Sowjetunion und Indiens, der Sowjetunion und Afghanistans sind internationale Ereignisse von großer Bedeutung. Sie sind wertvolle Beiträge zur Entwicklung der aufrichtigen Freundschaft und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern und zur friedlichen Koexistenz zwischen Ländern mit verschiedenen Gesellschaftssystemen und damit zur Festigung des Friedens in Asien und in der Welt.

Beide Seiten wenden sich mit aller Schärfe gegen aggressive Militärblocks und sind der Ansicht, daß die NATO, die Westeuropäische Union, die SEATO, der Manila-Pakt und der Bagdad-Pakt die Sicherheit der Länder in Europa, Asien und Afrika gefährden. Die Verletzung des Territoriums anderer Länder und die Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten durch solche Militärblocks stehen im krassen Widerspruch zur Satzung der Vereinten Nationen und stellen eine offene Verletzung des Völkerrechts und eine Bedrohung des Weltfriedens dar. Der Frieden in Asien und Europa ist unteilbar. Beide Seiten sind der Meinung, daß internationale Streitfragen nicht mit Drohung und Gewalt, sondern durch friedliche Verhandlungen aller interessierten Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, zu lösen sind. Sie müssen gemeinsam nach Ueberwindung der Militärblocks, nach Herstellung der allgemeinen Sicherheit, nach Verwirklichung der Abrüstung und nach dem Verbot der Herstellung, der Erprobung und der Anwendung von Atom- und Wasserstoffwaffen streben.

Beide Seiten drücken ihre Zufriedenheit darüber aus, daß die auf Antrag der Republik Indien und der Volksrepublik China von der Asiatisch-Afrikanischen Konfe-

renz bestätigten fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz von immer mehr Staaten anerkannt werden. Diese Prinzipien sind die Grundlage für die Schaffung friedlicher Beziehungen zwischen den Staaten und gegenseitigen Vertrauens, für die Beseitigung der internationalen Spannungen und für die Entwicklung der Freundschaft und der internationalen Zusammenarbeit.

Beide Seiten werden sich weiter bemühen, ihre Beziehungen zu anderen Staaten nach den Grundsätzen der

gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität, des Nichtangriffs, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Vorteils und der friedlichen Koexistenz zu entwickeln. Sie sind überzeugt, daß das den Interessen der Völker und der Erhaltung des Weltfriedens entspricht.

Quelle: *Neues Deutschland*, Nr. 303 vom 28. Dezember 1955.

Vertrag über Freundschaft und gegenseitige Zusammenarbeit zwischen der DDR und der Volksrepublik China vom 25. Dezember 1955

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik und der Vorsitzende der Volksrepublik China haben,

von dem Wunsch beseelt, die engen und freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens weiterzuentwickeln und zu stärken, in der Entschlossenheit, in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Satzung der Vereinten Nationen, den Weltfrieden zu erhalten und zu festigen und jeden möglichen Beitrag zur Gewährleistung der Sicherheit der Völker in Europa und in Asien zu leisten,

überzeugt davon, daß die Festigung und die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China den Lebensinteressen des deutschen und des chinesischen Volkes und gleichzeitig den Interessen aller Völker der Welt entsprechen,

beschlossen, zu diesem Zweck den vorliegenden Vertrag zu schließen, und zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik — den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl;

der Vorsitzende der Volksrepublik China — den Ministerpräsidenten des Staatsrats, Tschu En-lai.

Die Bevollmächtigten kamen nach dem Austausch ihrer in gehöriger Form und in Ordnung befundenen Vollmachten über folgendes überein:

Artikel 1

Die vertragschließenden Seiten bestätigen feierlich, daß beide Staaten im Geiste aufrichtiger Zusammenarbeit an allen internationalen Handlungen teilnehmen, deren Ziel die Gewährleistung des Weltfriedens und der Sicherheit der Völker in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Satzung der Vereinten Nationen ist.

Artikel 2

Die vertragschließenden Seiten werden sich im Geiste brüderlicher Verbundenheit über alle wichtigen internationalen Fragen beraten, die die Interessen beider Staaten berühren. Hierbei werden sie der Notwendigkeit, die Unverletzbarkeit ihres Hoheitsgebietes und die Sicherheit ihrer Staaten zu gewährleisten und den Weltfrieden zu festigen, besondere Aufmerksamkeit widmen.

Artikel 3

Die vertragschließenden Seiten verpflichten sich in Übereinstimmung mit den Interessen ihrer Staaten, die

freundschaftlichen Beziehungen auf allen Gebieten auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens zu verstärken und zu erweitern.

Artikel 4

Die vertragschließenden Seiten werden sich im Interesse des friedlichen Aufbaus in beiden Staaten jede mögliche wirtschaftliche Hilfe erweisen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Staaten weiterentwickeln.

Artikel 5

Die vertragschließenden Seiten werden als Beitrag zur Entwicklung der Wissenschaft und zur Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts die erforderliche wissenschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit verwirklichen.

Artikel 6

Die vertragschließenden Seiten werden in der Ueberzeugung, daß die kulturellen Beziehungen zwischen beiden Staaten und ihrer Bevölkerung zur Stärkung der Freundschaft beitragen und für die Entwicklung der eigenen nationalen Kultur von Nutzen sind, Maßnahmen zur Förderung und allseitigen Erweiterung der kulturellen Beziehungen ergreifen.

Artikel 7

Der Vertrag wird bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat oder bis die vertragschließenden Seiten zu einem Übereinkommen über die Aenderung oder Außerkraftsetzung dieses Vertrages gelangen, Gültigkeit haben.

Artikel 8

Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung und tritt in Kraft am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in nächster Zeit in Berlin erfolgt.

Ausgefertigt in Peking am 25. Dezember 1955 in zwei Exemplaren je in deutscher und chinesischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

In Vollmacht des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik

gez. Otto Grotewohl

In Vollmacht des Vorsitzenden der Volksrepublik China

gez. Tschu En-lai

Quelle: *Vorwärts* (Montagausgabe von *Neues Deutschland*), Nr. 52 vom 27. Dezember 1955.

Informationen und Berichte

Die X. GATT-Tagung. Wichtigste Ergebnisse und Vorschau auf die Zollkonferenz 1956.

Im Gegensatz zu der IX. GATT-Tagung¹, der im Zusammenhang mit der Revision des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) eine besondere Bedeutung zukam, stand die am 3. Dezember 1955 nach sieben-einhalbwöchiger Verhandlungsdauer beendete X. GATT-Tagung vorwiegend unter dem Zeichen der Erledigung laufender Geschäfte. Dazu gehörten u. a. Konsultationen über Einfuhrbeschränkungen aus Zahlungsbilanzgründen, Berichte und Konsultationen auf Grund von Ausnahme-genehmigungen, Zollverfahrensfragen sowie Berichtigungen und Aenderungen der Zollzugeständnislisten. Darüber hinaus hatten sich jedoch die Vertragsparteien auch mit einigen Problemen von grundsätzlicher Bedeutung zu befassen. So war im Zusammenhang mit dem Beitritt Japans zum GATT eine ungewöhnliche Lage entstanden, weil insgesamt 14 Vertragsparteien sich außerstande sahen, Japan alle Vorteile und Vergünstigungen aus dem GATT zuteil werden zu lassen. Als besonders schwierig erwies sich die Behandlung der Anträge Belgiens und Luxemburgs auf Erteilung einer Ausnahme-genehmigung für die Beibehaltung von Einfuhrbeschränkungen auf dem Agrarsektor. Der anlässlich der Revisionskonferenz beschlossenen Behandlung der Grundstoffprobleme im GATT kam ebenfalls eine große Bedeutung zu. Schließlich haben die Vertragsparteien die Vorbereitungen für die am 18. Januar 1956 in Genf beginnende „4. Zollrunde“ abgeschlossen und die Verfahrensregeln für diese Zollkonferenz festgelegt.

Die wichtigsten Ergebnisse der X. GATT-Tagung, in deren Verlauf in insgesamt 22 Plenar- und zahlreichen Arbeitsausschuß-Sitzungen sehr intensive, jedoch nicht immer zum Ziele führende Arbeit geleistet wurde, können wie folgt zusammengefaßt werden:

Beitritt Japans zum GATT

Japan war am 10. September 1955 einstimmig als 35. Vertragspartei in das GATT aufgenommen worden. 14 Vertragsparteien, darunter so wichtige Welthandels-länder wie das Vereinigte Königreich, Frankreich und die Beneluxstaaten, haben jedoch Japan unter Anrufung von Artikel XXXV die Meistbegünstigung und sonstige Vorteile aus dem GATT vorenthalten. Dieser Schritt hat auf japanischer Seite tiefe Bestürzung und große Besorgnis ausgelöst, entfallen doch mehr als 40 vH des japanischen Handels mit den GATT-Staaten auf die 14 Vertragsparteien, die Artikel XXXV angerufen haben. (Nach dieser Bestimmung findet das GATT zwischen zwei Vertragsparteien keine Anwendung, wenn diese nicht miteinander in Zollverhandlungen eingetreten sind und wenn ein entsprechender Vorbehalt gemacht wird.)

Aber nicht nur für Japan selbst, sondern auch für die übrigen Vertragsparteien, die den Artikel XXXV nicht angerufen haben, ergab sich eine schwierige und unbefriedigende Lage, sehen sich doch diese Länder zunächst

allein dem Druck der japanischen Konkurrenz ausgesetzt. Die Delegierten dieser Länder haben daher nicht ver-säumt, auf die große Bedeutung einer solchen Verschiebung des Gleichgewichts zwischen Rechten und Pflichten unter den Mitgliedstaaten des GATT hinzuweisen. Obwohl sich alle Vertragsparteien des Ernstes und der Tragweite der durch den Beitritt Japans hervorgerufenen Lage bewußt waren, ist es bei dieser Tagung leider nicht gelungen, eine befriedigende Lösung dieses Problems zu finden. Japan wird einstweilen die mit den interessierten Vertragsparteien begonnenen bilateralen Gespräche fortsetzen. Auf der nächsten GATT-Tagung soll dann die Situation erneut geprüft und einer Lösung zugeführt werden. Diese hofft man in der Vereinbarung gewisser Sicherheitsklauseln zu finden, welche die Vertragsparteien vor einer Ueberschwemmung ihrer Märkte mit japanischen Erzeugnissen bewahren sollen.

Ausnahmegenehmigungen für Belgien und Luxemburg

Nach Artikel XI des GATT ist die Anwendung mengenmäßiger Beschränkungen aus protektionistischen Gründen untersagt. Es wird jedoch anerkannt, daß zum Schutze der Zahlungsbilanz Einfuhrbeschränkungen angewandt werden dürfen; diese sind jedoch mit der fortschreitenden Besserung der Zahlungsbilanz allmählich abzubauen und schließlich völlig zu beseitigen.

Belgien und Luxemburg hatten bereits im Sommer 1955 die Beibehaltung von Einfuhrbeschränkungen zum Schutze der Landwirtschaft, die durch Zahlungsbilanz-schwierigkeiten nicht gerechtfertigt sind, beantragt. Es waren dies die ersten Anträge, seitdem die Vertragsparteien anlässlich der Revisionskonferenz in der sogenannten „hard-core-decision“² anerkannt hatten, daß eine plötzliche Beseitigung der Einfuhrbeschränkungen in bestimmten Wirtschaftszweigen zu großen Schwierigkeiten führen würde und daß der Abbau in diesen Fällen innerhalb einer Uebergangszeit von fünf Jahren erfolgen solle.

Der belgische Antrag war insbesondere deswegen stark umstritten, weil Belgien seine Agrarrestriktionen im Zusammenhang mit den Harmonisierungsbestrebungen in der Benelux-Zollunion für eine Uebergangszeit von sieben Jahren aufrechterhalten will. Nach langwierigen Verhandlungen wurde eine Lösung in der Richtung gefunden, daß sich Belgien für eine Zeit von fünf Jahren den Bestimmungen der „hard-core-decision“ unterwirft. Für die dann noch bestehenden Restriktionen wurde eine Aufnahmegenehmigung nach Artikel XXV des GATT für weitere zwei Jahre erteilt. Bis zum 31. Dezember 1962 müssen jedoch alle Einfuhrbeschränkungen abgebaut sein. Man hofft, daß die belgische Landwirtschaft bis dahin so reorganisiert sein wird, daß sie der freien Konkurrenz gewachsen ist. Dem belgischen Antrag kam insoweit eine prinzipielle Bedeutung zu, als verschiedene GATT-Staaten, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, in naher Zukunft in einer ähnlichen Lage sein werden. Vertragsparteien, die auch bei Fortfall der

¹) Vgl. den Beitrag des Verfassers über die IX. GATT-Tagung in EA 21/1955, S. 8337—8344.

²) Vgl. a. a. O., insbes. S. 8339.

Zahlungsbilanzgründe die Einfuhr weiterhin beschränken wollen, müssen nämlich spätestens bis zum 31. Dezember 1957 einen entsprechenden Antrag beim GATT eingereicht haben.

Auch von Luxemburg lag ein ähnlicher Antrag vor. Mit Rücksicht darauf, daß im wesentlichen nur die belgische und niederländische Landwirtschaft von den Beschränkungen der luxemburgischen Agrareinfuhr betroffen werden, wurde bei Genehmigung des luxemburgischen Antrages von einer zeitlichen Befristung abgesehen. Erstmalig 1960 soll jedoch eine Ueberprüfung der dann noch bestehenden Restriktionen vorgenommen werden.

Behandlung der Grundstoffprobleme im GATT

Auf Drängen der unterentwickelten Länder, deren Stellung im GATT immer stärkeres politisches Gewicht erhält, befassen sich die Vertragsparteien seit über einem Jahr mit der Behandlung der Grundstoffprobleme. Anlässlich der IX. GATT-Tagung wurde eine besondere Arbeitsgruppe damit beauftragt, Vorschläge für regierungsseitige Maßnahmen zur Lösung der internationalen Grundstoffprobleme auszuarbeiten. Diese Arbeitsgruppe hat seither zweimal getagt und den Vertragsparteien den Entwurf einer Rahmenvereinbarung für den Abschluß von Grundstoffabkommen vorgelegt. Diese Vereinbarung, die außerhalb des GATT getroffen werden soll, zielt auf eine Art „Marktordnung“ für Grundstoffe ab und schafft insbesondere die organisatorische Grundlage für den Abschluß einzelner Grundstoffabkommen. Bei der Behandlung dieses Entwurfes in der Vollversammlung der Vertragsparteien stellte sich jedoch heraus, daß über einige grundsätzliche Fragen, so u. a. über die von den Mitgliedstaaten der EGKS gewünschte Sonderstellung, noch keine Einigung zu erzielen war. Man wird versuchen, die noch bestehenden Gegensätze anlässlich der nächsten Tagung des Intersessionalen Ausschusses auszugleichen, damit den Vertragsparteien bei ihrer XI. Tagung ein endgültiger Abkommensentwurf vorgelegt werden kann.

Einfuhrbeschränkungen

Zu den Routinegeschäften der jährlichen GATT-Tagungen gehört die Ausarbeitung eines Jahresberichts über die diskriminierende Handhabung von Einfuhrbeschränkungen aus Gründen der Zahlungsbilanz. Unter Beteiligung des Internationalen Währungsfonds wurden mit einigen Mitgliedstaaten Konsultationen über die von ihnen gehandhabte Einfuhrpolitik geführt. Dabei wurden die Maßnahmen dieser Länder im Lichte der entsprechenden GATT-Bestimmungen geprüft. Es konnte festgestellt werden, daß die überwiegende Mehrheit der insgesamt 23 Vertragsparteien, die gegenwärtig noch mengenmäßige Beschränkungen zum Schutze ihrer Zahlungsbilanz anwenden, weitere Fortschritte beim Abbau der Handelsrestriktionen und insbesondere der diskriminierenden Maßnahmen erzielt haben.

Vorbereitung der Zollkonferenz 1956

Zu den wichtigsten Ergebnissen der X. GATT-Tagung gehört die Festlegung des Verfahrens und die Aufstellung der Verhandlungsregeln für die am 18. Januar 1956 in Genf beginnende Zollkonferenz. Vorangegangen waren bisher die Zollrunden von Genf (1947), Annecy (1949)

und Torquay (1950/51)³. Die in diesen Verhandlungen erzielten Zollzugeständnisse und die darauf beruhende Stabilität des Zollniveaus zählen zu den Hauptverdiensten, die sich das GATT bisher um die Förderung des internationalen Warenaustausches erworben hat.

Neue Möglichkeiten für Zollsenkungen im GATT sind dadurch eröffnet worden, daß der Präsident der Vereinigten Staaten eine auf drei Jahre befristete Ermächtigung erhalten hat, auf dem Verhandlungswege die Zollsätze in drei aufeinanderfolgenden Jahren um je 5 vH zu senken, Zölle, die 50 vH des Wertes übersteigen, auf 50 vH zu ermäßigen.

Hauptziel der neuen Zollrunde ist die Senkung des allgemeinen Zollniveaus und insbesondere die Beseitigung der prohibitiven Zölle. Hierbei wird man im wesentlichen nach der bisher angewandten bilateralen Verhandlungsmethode vorgehen, da die auf eine automatische Senkung ausgerichtete Methode des von französischer Seite vorgeschlagenen Zollsenkungsplanes nicht die Zustimmung aller Vertragsparteien gefunden hat. Die Verwerfung dieses multilateralen Vorgehens war der Grund, daß Frankreich seine Bereitschaft zu Zollverhandlungen auf die Vereinigten Staaten beschränkte. Neun Mitgliedstaaten zeigten sich uninteressiert, so daß von den 35 Vertragsparteien nur insgesamt 26 an den Verhandlungen teilnehmen werden. An den Ausgang dieser Konferenz dürfen schon allein im Hinblick auf die der US-Delegation an die Hand gegebenen relativ geringen Verhandlungsmargen keine allzu großen Erwartungen geknüpft werden. Hinzu kommt, daß die in der hergebrachten Methode des bilateralen Aushandelns enthaltenen Konzessionsmöglichkeiten in den ersten drei Zollrunden bereits weitgehend ausgeschöpft worden sind. Man braucht daher kein Prophet zu sein, um schon heute sagen zu können, daß sich das Ergebnis der voraussichtlich bis Anfang Mai andauernden 4. Zollrunde gegenüber den in Genf, Annecy und Torquay auf dem Wege der Zollsenkung erzielten Fortschritte bescheiden ausnehmen wird.

Zusammenfassung

Als Charakteristikum für den Geist der Verständigung und der Zusammenarbeit kann gewertet werden, daß die auf der X. GATT-Tagung vorgebrachten Beschwerden über Verstöße gegen die Spielregeln des GATT durchweg in bilateralen Gesprächen behandelt und beigelegt werden konnten, ohne daß sich der Beschwerdeausschuß damit zu befassen brauchte. Damit hat das GATT einmal mehr seine Daseinsberechtigung auch als Schlichtungsorgan für Streitigkeiten im internationalen Handel bewiesen.

Um so bedauerlicher muß es erscheinen, daß sich die an die Revision des GATT geknüpften Hoffnungen auf eine baldige Inkraftsetzung der Organisation für Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Handels (OTC) als zu optimistisch gezeigt haben. Von dem gegenwärtig noch ungewissen Ausgang der Behandlung des Organisationsstatus im US-Kongreß wird es abhängen, ob die geplante Welthandelsorganisation konkrete Gestalt an-

³) Vgl. Eugen von Mikkwitz, „Der Ausbau des Genfer Abkommens über Zölle und Handel“ in EA 4/1950, S. 2843, und 5/1950, S. 2879, sowie „Von Annecy nach Torquay“ in EA 20/1951, S. 4439.

nehmen wird⁴. Sollte der US-Kongreß diesem Organisationsstatut seine Zustimmung versagen, so könnte dies, wie der GATT-Präsident *Wilgress* in seiner Schlußansprache ausführte, „den Rest der Welt in allgemeine Verwirrung stürzen“. Es bleibt daher zu hoffen, daß der von Präsident Eisenhower in seiner Botschaft an den US-Kongreß enthaltene dringende Appell, die Vereinigten Staaten sollten in ihrem eigenen Interesse den Beitritt zur OTC vollziehen, seine Wirkung nicht verfehlen wird.

Gerhard Schiffler

Führungswechsel bei der Labour Party

Im Jahre 1955 ist es sowohl bei den britischen Konservativen als auch bei ihren sozialistischen Gegenspielern zu einem Wechsel in der Person des leitenden Exponenten der Parteipolitik gekommen, der übrigens in beiden Fällen mit dem Vorsitzenden der Parteiorganisation nicht identisch ist. Sowohl bei den Konservativen als auch bei der Labour Party haben die bisherigen Führer — beide ehemalige Premierminister und beide ehemalige Führer der Opposition — altershalber ihre Funktion an jüngere Parteigänger abgegeben. Damit endet aber auch schon die Parallele. Bei den Konservativen hat dieses Amt Sir Anthony *Eden* übernommen, der in den letzten 15 Jahren immer unbestritten als *Churchills* Amtsnachfolger galt. Bei der Arbeiterpartei ist die Nachfolge *Attlees* nach einer Kampfabstimmung *Hugh Gaitskell* zugefallen, der vor 15 Jahren noch nicht Parlamentsmitglied war und dessen rascher Aufstieg in einer Partei, in der die „Dienstjahre“ genau gezählt werden, einmalig ist. Ein bemerkenswerter Gegensatz ergab sich auch bei der Regelung der Zukunft der bisherigen Parteiführer. *Churchill*, der Enkel des Herzogs von Marlborough, hätte auf Grund seiner eigenen Leistung Anspruch auf jeden Adelstitel gehabt, den die britische Krone zu vergeben hat. Er hat sie alle ausgeschlagen, um als „Back bencher“ im Unterhaus bleiben zu können, doch hat er als einfacher Abgeordneter bisher noch nicht im Parlament das Wort ergriffen (außerhalb des Unterhauses auch nur ausnahmsweise). *Clement Attlee* hat von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen, daß er nach seinem Ausscheiden aus der Parteiführung auch sein Unterhausmandat niederzulegen gedenkt, um seinem Amtsnachfolger in keiner Weise im Wege zu stehen. Er hat aber den ihm angebotenen Adelstitel eines Earl (Graf) und damit einen Sitz im Oberhaus angenommen, dessen bloße Existenz von seiner Partei keineswegs mit freundlichen Augen betrachtet wird. Hierbei mag der Wunsch des trotz seiner 73 Jahre körperlich und geistig höchst aktiven *Clement Attlee* nach einem Forum für weitere politische Tätigkeit sowie das Bedürfnis nach einer Verstärkung der zahlenmäßig schwachen Vertretung Labours in der zweiten Kammer mitgespielt haben. Entscheidend dürfte aber für *Attlee* die Erwägung gewesen sein, sein Lebenswerk der Eingliederung der Labourbewegung als gleichberechtigte Komponente des britischen politischen Lebens durch einen symbolischen Akt zu krönen, nämlich durch Annahme des Adelstitels, auf den ein ehemaliger Premierminister traditionsmäßig Anspruch hat. (Die letzten, die als Grafen

ins Oberhaus einzogen, waren *Baldwin* und *Lloyd George*. *Neville Chamberlain* ist kurz nach seiner Amtsniederlegung 1940 gestorben.)

Attlees lange ins Auge gefaßter Rücktritt hatte sich dadurch verzögert, daß er in den Jahren, da die Labour Party von inneren Konflikten erschüttert war, dank seiner Autorität die einzige Kraft darstellte, die sie äußerlich zusammenzuhalten vermochte. Ob das *Herbert Morrison*, dem langjährigen Stellvertreter *Attlees* in der Führung der Parlamentsfraktion, gelungen wäre, wenn er, was ihm auf Grund seiner jahrzehntelangen Arbeit zweifellos gebührte, die Spitzenfunktion hätte übernehmen können, ist fraglich. Er war es seinem Prestige schuldig, daß er sich zur Wahl stellte, aber er unterlag vor allem deswegen, weil er jetzt 68 Jahre alt ist und es gegen alle Tradition wäre, wenn ein Siebzigjähriger, der noch nicht Regierungschef war, seine Partei in einem Wahlgang führt, aus dem er als Regierungschef hervorgehen soll. Gegen ein kurzes Interregnum *Morrison*, das von einigen Abgeordneten vorgeschlagen wurde, — eine Art „Ehrenjahr“ — sprach die Erwägung, daß das Führungsproblem nach einer definitiven Lösung verlangt.

Diese „definitive“ Lösung — d. h. eine Lösung, der man die Dauer von mindestens einem Jahrzehnt, wenn nicht mehr, voraussagen kann — ist durch die Wahl von *Hugh Todd Naylor Gaitskell*, der im April 1956 50 Jahre alt wird, fraglos vorgenommen worden. *Gaitskell*, Nationalökonom von Beruf (er hat auch ein Jahr an der Wiener Universität studiert), gehört zwar der Arbeiterpartei seit 1926 an, ist aber in der breiteren Öffentlichkeit erst nach seiner Wahl ins Unterhaus im Jahre 1945 bekanntgeworden. Mit 40 Jahren war er einer der jüngsten Mitglieder des Labourkabinetts, mit 44 Jahren der jüngste Schatzkanzler der neueren britischen Geschichte. 1954 erkämpfte er sich das Amt des Schatzmeisters der Partei und damit einen Sitz im Parteivorstand, der einem ungeschriebenen Gesetz zufolge eine Anwartschaft für die Parteiführung in sich trägt. Im November 1955 nahm er in Bonn an einer von der Sozialistischen Internationale einberufenen Tagung von Wirtschaftsfachleuten über Probleme der Wirtschaftsplanung teil. Auch *Gaitskells* Widersacher innerhalb der Labourbewegung — und sein Name stand in den letzten Jahren im Vordergrund der internen Auseinandersetzungen — stellen nicht in Abrede, daß er ungewöhnliche Kenntnisse und Fähigkeiten besitzt. Er hatte aber das traditionelle Mißtrauen der Arbeiterbewegung gegen Intellektuelle zu überwinden, und er mag noch lange gegen diese irrationale Voreingenommenheit zu kämpfen haben. Das Eis wurde aber doch gebrochen, als *Gaitskell*, der im Vergleich zu den anderen Kandidaten um die Führung, *Morrison* und *Bevan*, ein „Neuling“ ist, am Parteitag von Margate (Oktober 1955) ein leidenschaftliches Bekenntnis zum Sozialismus ablegte, das mit einer für englische Verhältnisse ungewöhnlich herzlichen Ovation beantwortet wurde. Ideologisch vertritt *Gaitskell* ungefähr die gleichen Auffassungen wie *Attlee* vor ihm; er erfüllt gleich *Attlee* die andere Vorbedingung für einen „Führer der Opposition Ihrer Majestät“ und Anwärter auf die Regierungsführung: auch der nicht parteigebundenen Öffentlichkeit annehmbar zu sein. *Aneurin Bevan*s Hoffnungen, Parteiführer zu werden — *Bevan* wird in diesem Jahre 59 —, mögen durch *Gaitskells* ent-

⁴) Vgl. *Raymond Vernon*, „Die Vereinigten Staaten und die OTC“ in EA 2/1956, S. 8541—8548.

scheidenden Erfolg zerstört worden sein, aber eine bedeutende Rolle ist ihm auch weiterhin sicher, insbesondere bei den bevorstehenden Auseinandersetzungen um ein neues Aktionsprogramm der Partei, für dessen Ausarbeitung man sich eine Frist bis 1958 gesetzt hat.

J. W. Brügel

Privatwirtschaftliche Initiative zur Förderung der europäischen Zusammenarbeit

Die Gründung der CEREF

In Paris wurde am 29. September 1955 die „Compagnie Européenne de Réalisations Economiques et Financières“ (CEREF) gegründet. Diese Gesellschaft hat sich die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit westeuropäischer Länder, insbesondere Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland, zur Aufgabe gesetzt. Sie ist eine internationale Aktiengesellschaft mit einem Stammkapital von 50 Millionen Francs. Auf französischer Seite sind an der CEREF u. a. die Banken Union d'Escompte, Union des Mines und A. Louis Hirsch & Co., auf deutscher Seite die Frankfurter Bank, die Westfalenbank in Bochum und die Vereinsbank Hamburg beteiligt. Die Gesellschaft hat die Möglichkeit, Banken oder Industriefirmen anderer europäischer Länder zum Beitritt einzuladen.

Die Gründung der CEREF geht zurück auf die Initiative von R. J. Trupit, Präsident der Union d'Escompte. Ihre Leitung liegt in den Händen eines aus deutschen und französischen Mitgliedern zusammengesetzten Verwaltungsrates. Vorsitzender ist Henri Bonin, Hauptgeschäftsführer René Dejardin.

Zur Gründung der CEREF hat die Ueberlegung geführt, daß es — neben den Großunternehmen, die über straff aufgebaute kaufmännische und technische Abteilungen zur Pflege der Auslandsbeziehungen verfügen — in den Ländern Westeuropas zahlreiche Unternehmen mittlerer Größenordnung gibt, die noch nicht oder nur in ungenügender Weise über die für die wirtschaftliche Zusammenarbeit erforderlichen Beziehungen zu entsprechenden Wirtschaftszweigen und Institutionen anderer Länder verfügen. Zwischen diesen Firmen Kontakte herzustellen und so einen Austausch zu fördern, der sich zum Nutzen sowohl der interessierten Industriezweige als auch der gesamten Volkswirtschaft der betreffenden Länder auswirken würde, hat sich die CEREF zur Aufgabe gestellt. Damit soll durch privatwirtschaftliche Vermittlungs- und Hilfstätigkeit eine Lücke in der westeuropäischen Zusammenarbeit geschlossen werden.

Zu Beginn ihrer Tätigkeit will sich die Gesellschaft im wesentlichen mit der Vermittlung von Patenten, Lizenzen, ausgereiften Arbeitsverfahren und Fabrikationsmethoden befassen und dabei die notwendige Hilfestellung auf juristischem, verwaltungs- und finanztechnischem Gebiet leisten. Soweit hierfür finanzielle Mittel beschafft werden müssen, wird die Gesellschaft Beistand leisten.

Die CEREF kann weiterhin zur Gründung von Firmen beitragen, welche die Ausnutzung ausländischer Patente und Lizenzen übernehmen wollen, indem sie sich um die Beschaffung des notwendigen Kapitals bemüht. Eine Betätigung auf den internationalen Kapitalmärkten wird jedoch in dem angestrebten Umfange erst im Zuge einer größeren Freizügigkeit im internationalen Kapitalverkehr möglich sein.

Der in den letzten Monaten geführte Gedankenaustausch zwischen Vertretern der deutschen und der französischen Industrie hat gezeigt, daß beiderseits ein Interesse an den Vorhaben der CEREF gegeben ist. Man erwartet von dem Austausch von Patenten und Fabrikationsmethoden in vielen Fällen eine Senkung der Gestehungskosten und ist zu einer solchen Zusammenarbeit bereit, soweit sie beiden Partnern als nutzbringend erscheint. Ähnliche Fühlungen sind augenblicklich mit Wirtschaftsvertretern verschiedener anderer Länder im Gange.

Die Aufbringung des Stammkapitals der CEREF erfolgte von seiten der Banken, da diese vor allem in der Lage sind, ihren Kundenkreis über die Ziele, Aufgaben und Möglichkeiten zu unterrichten, welche die neue Gesellschaft zu bieten vermag. Die CEREF ist jedoch selbst keine Bank und hat auch nicht die Absicht, die Aufgaben einer Bank zu übernehmen. Sie soll vielmehr als eine Art „brain-trust“ tätig werden, d. h. den einzelnen Industriellen Rat und Unterstützung zuteil werden lassen und ihnen die Anknüpfung von Verbindungen erleichtern.

Juristischer Sitz der Gesellschaft ist Paris. Sie unterhält je ein Verbindungsbüro in Frankreich (Paris) und Deutschland (Frankfurt a. M.). Das Frankfurter Verbindungsbüro befindet sich im Hause der Frankfurter Bank und steht unter der Leitung von Dr. Friedrich Frowein.

Jahrestagung des Binnenverkehrs-Ausschusses der ECE

Vom 12. bis zum 16. Dezember fand in Genf die Jahresvollversammlung des Binnenverkehrs-Ausschusses der ECE statt. An der Tagung nahmen 37 Delegierte von 15 westeuropäischen und diesen nahestehenden Ländern sowie 35 Delegierte von 7 Ländern des Ostblocks teil.

Der Ausschuß befaßte sich mit zahlreichen aktuellen Verkehrsproblemen und nahm mehrere Resolutionen an, die unter anderem folgende Fragen betrafen:

- Erleichterung in der Besteuerung von Privatkraftfahrzeugen im internationalen Verkehr;
- Kraftfahrzeugführerscheine im internationalen Verkehr;
- Vereinheitlichung der automatischen Signale an unbeschränkten Uebergängen;
- technische Bedingungen für Behälter zur Beförderung unter Zollverschluß;
- Beförderung überschwerer und sperriger Güter unter Zollverschluß.

Für die Ausarbeitung eines Abkommens über den Beförderungsvertrag in der Binnenschifffahrt wurde eine Arbeitsgruppe gebildet. Weitere Beratungen galten den Problemen internationaler Eisenbahntarife und der Harmonisierung der nationalen Tarifsysteme. Im Hinblick auf den Fortschritt der technischen Entwicklung ist eine Ueberprüfung der mit den Maßen und Gewichten von Kraftfahrzeugen zusammenhängenden Probleme vorgesehen. Zur Erörterung von Fragen der Verkehrskoordination ist eine Sondersitzung des Ausschusses in Aussicht genommen.

Am 15. Dezember 1955 hat der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) die Zulassung der Bundesrepublik Deutschland zur ECE beschlossen. Der Beitritt der Bundesrepublik wird jedoch erst wirksam, wenn eine vom Bundeskanzler vollzogene Erklärung über den Beitrittswunsch der Bundesrepublik beim ECOSOC vorliegt.

Zeittafel vom 1. bis zum 15. Januar 1955

Die Ereignisse in Europa*

Dänemark

12. In Kopenhagen, Oslo und Stockholm werden Vorschläge für die Bildung eines gemeinsamen nordischen Marktes veröffentlicht, die von einem gemeinsamen Sachverständigenausschuß ausgearbeitet und auf einer Anfang Januar in Kopenhagen abgehaltenen Sitzung des Präsidiums des Nordischen Rates gebilligt worden sind. Diese Vorschläge sehen vor, daß der gemeinsame Markt zunächst 45 vH des internordischen Handels umfassen soll; Besprechungen über eine Erhöhung auf den vom GATT für die Anerkennung einer Freihandelszone geforderten Prozentsatz von 65 vH sind im Gange.

Deutschland

2. Mit der Einberufung der ersten 1000 Freiwilligen beginnt der Aufbau der deutschen Streitkräfte. Zur Teilnahme an den Feiern des 80. Geburtstages von Staatspräsident Wilhelm Pieck treffen Delegationen aus den Ostblockstaaten in der DDR ein. An der Spitze der sowjetischen Delegation steht der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets, Marschall K. J. Woroschilow, und an der Spitze der chinesischen Delegation der Stellvertreter des Präsidenten, Marschall Tschuh Teh. Woroschilow und Tschuh Teh unternehmen im Anschluß an die Feiern Besuchsreisen durch die DDR.
Der am 18. Dezember 1955 gewählte Landtag des Saarlandes tritt zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen und wählt den Vorsitzenden der Demokratischen Partei, Heinrich Schneider, zu seinem Präsidenten. Vizepräsidenten werden Wilhelm Kratz (CDU-Saar) und Nikolaus Schreiner (SPD).
In einem Offenen Brief wendet sich der Präsident der Paneuropa-Union, Graf Coudenhove-Kalergi, gegen den vom Berliner Kongreß der Europa-Union Deutschland angenommenen Plan zur Wiedervereinigung Deutschlands (vgl. EA 1 1956, S. 8532): dieser Plan müsse zwangsläufig zunächst zur Neutralisierung Deutschlands und dann zu dessen Bolschewisierung führen. Der Präsident der Europa-Union, Ernst Friedländer, weist diesen Angriff zurück mit dem Bemerkens, daß dann auch alle bisher vom Westen vorgeschlagenen Pläne unter dem Vorzeichen des Neutralismus stehen würden.
3. Zwischen dem Vorsitzenden der CDU, Bundeskanzler Adenauer, und vier Mitgliedern des Vorstandes der FDP findet eine Aussprache über das Wahlsystem für die Bundestagswahlen von 1957 statt. Wie nachher in Kreisen der FDP erklärt wird, bringt die Aussprache keine Annäherung der Standpunkte, da die FDP das von der CDU vorgeschlagene sogenannte „Grabensystem“ nach wie vor ablehnt.
9. Der Vorsitzende des Landesverbandes Saar der SPD, Kurt Conrad, empfiehlt in Bonn eine Vertretung des

- Saarlandes im Bundestag durch Abgeordnete mit beratender Stimme sowie die Entsendung eines Bevollmächtigten der Saarregierung in den Bundesrat.
10. Der Landtag des Saarlandes wählt den Vorsitzenden der CDU-Saar, Hubert Ney, zum Ministerpräsidenten. Die neue Regierung setzt sich folgendermaßen zusammen: Innenminister: Fritz Schuster (DPS); Wirtschaftsminister: Norbert Brinkmann (CDU-Saar); Finanzminister: Adolf Blind (parteilos); Justiz- und Kultusminister: Egon Reinert (CDU-Saar); Arbeitsminister Kurt Conrad (SPD); Staatskommissar für Wiederaufbau (mit Kabinettsrang): Erich Schwerdtner (DPS). In seiner Regierungserklärung betont Ministerpräsident Ney, daß der Regierung durch den Volksentscheid vom 23. Oktober 1955 eindeutig der Weg gewiesen sei, dessen nächstes Ziel die Wiedervereinigung mit Deutschland sei; dabei sei sich die Regierung der Tatsache bewußt, daß dieses Ziel nur im Wege einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich erreicht werden kann. Dr. Ney meldet den Anspruch der Regierung an, bei den deutsch-französischen Verhandlungen und Entscheidungen über das Saargebiet maßgeblich beteiligt zu werden. Zur Frage der saarländischen Verfassung sagt er, diese habe in einem wesentlichen Teil, der Loslösung von Deutschland und dem wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich, durch die Volksabstimmung materiell ihre Gültigkeit verloren; es sei demnach Aufgabe der Regierung, die wirtschaftliche Eingliederung der Saar in die Bundesrepublik zu vollziehen. Dr. Ney gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Bundesrepublik Mittel für die Entwicklung der saarländischen Industrie zur Verfügung stellen werde.

Die Bundestagsfraktion der FDP wählt den Parteivorsitzenden, Thomas Dehler, mit 27 gegen 22 Stimmen erneut zum Vorsitzenden der Fraktion.

11. Die Kommission der Westeuropäischen Union an der Saar, deren Mandat mit der Bildung der neuen Regierung abgelaufen ist, verläßt Saarbrücken.
12. Bundeskanzler Adenauer lehnt den am 11. Juli 1955 angebotenen Rücktritt der aus der Fraktion des GB/BHE ausgetretenen Minister Waldemar Kraft und Theodor Oberländer endgültig ab. In seinen Schreiben an die beiden Minister verweist der Bundeskanzler darauf, daß er nach dem Grundgesetz in der Auswahl seiner Mitarbeiter frei sei; darum seien die Minister nicht von dem Vertrauen ihrer Fraktion abhängig.
13. In einem Bericht über die politische Lage erklärt Bundeskanzler Adenauer vor dem Parteivorstand der CDU, man müsse der wachsenden Bedrohung durch den Kommunismus mit einer Belebung des europäischen Gedankens, mit dem beschleunigten Aufbau der deutschen Streitkräfte und mit einer Verstärkung der persönlichen Kontakte zwischen den Deutschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges begegnen. Zur Innenpolitik erklärt der Parteivorstand,

*) Vgl. hierzu auch die in der nächsten Folge des Europa-Archivs erscheinenden Mitteilungen des Europarats für Januar.

daß die Vorarbeiten für eine Sozialreform so bald wie möglich abgeschlossen werden müßten.

- 14.—15. In Köln hält die SPD einen Kongreß unter dem Motto „Die Neuordnung Deutschlands“ ab. Der Parteivorsitzende, Erich *Ollenhauer*, bezeichnet es als die Aufgabe dieses Kongresses, die konkreten Vorstellungen der SPD für die Innenpolitik der Bundesrepublik in den nächsten Monaten darzustellen und damit zugleich die innerpolitischen Voraussetzungen und Aufgaben einer Wiedervereinigung Deutschlands zu entwickeln. Das wiedervereinigte Deutschland werde weder volksdemokratisch sein noch durch eine einfache Gleichschaltung der sowjetischen Zone entstehen, sondern es müsse ein Deutschland des Neubaues der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ordnung werden. Auf dem Kongreß werden 14 Referate zur Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik gehalten. Prof. Ernst *Schellenberg* fordert die beschleunigte Durchführung der Sozialreform, und innerhalb dieser insbesondere einer Reform der Altersversorgung. Ueber die wirtschaftlichen Grundsätze der SPD spricht Heinrich *Deist*, der als den zentralen Punkt der sozialistischen Wirtschaftspolitik den Kampf um eine krisenfreie Wirtschaft mit hohem Beschäftigungsstand, gleichen Lebenschancen für alle und steigendem Wohlstand bezeichnet. Ueber das Thema der Freiheit des Geistes spricht Adolf *Arndt*. Er warnt vor einer Politik, die den Geist zwar nicht niederknüpfe, ihn aber „wie mit Watteflocken bis zum Erstickungstod einschneien“ lasse. Scharf wendet sich *Arndt* gegen den Wahlrechtsvorschlag der CDU, den er als Anschlag auf die Wahlfreiheit bezeichnet. In einem am Vorabend des Kongresses veröffentlichten Kommuniqué hatte der Parteivorstand erklärt, daß die SPD alle Möglichkeiten unterstützen werde, ein auf dem sogenannten Grabensystem aufgebautes Wahlgesetz zu Fall zu bringen.
15. Der Landesausschuß der Bayernpartei beschließt auf einer außerordentlichen Sitzung in Augsburg, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik abzulehnen.

Frankreich

2. Die Wahlen zur Nationalversammlung haben folgendes Ergebnis:

	Stimmen	vH ¹
Kommunisten	5 426 803	25,6 (26,5)
Sozialisten	3 171 985	15,0 (14,4)
Sonstige Linksguppen	354 778	1,6 (0,2)
Linksrepublikaner (Radikal-sozialisten und Demokratische Widerstandsunion)	2 819 412	13,6 (10,9)
Volksrepublikaner	2 261 676	10,6 (12,2)
Gemäßigte Rechte	3 008 487	14,1 (12,3)
Sozialrepublikaner	893 811	4,2 (21,2)
Nationale Sammlung	335 486	1,8 (0,3)
Poujadisten	2 576 133	12,1 (—)

¹) In Klammern die bei den Wahlen von 1951 erreichten Prozentzahlen.

Unter Einfluß der überseeischen Abgeordneten¹ ergibt sich folgende endgültige Stärke der Fraktionen:

Kommunisten	150	(98) ²
Sozialisten	94	(103)
Radikalsozialisten (Mendès-France)	57	(76) ³
Demokratische Widerstandsunion	19	(23)

Sammlung der Republikanischen Lin-

ken (Faure)	14	(—)
Unabhängige aus Uebersee	10	(16)
Volksrepublikaner	73	(87)
Gemäßigte Rechte	95	(135)
Sozialrepublikaner	21	(68)
Poujadisten	52	(—)
Unabhängige	8	(16)

¹) ohne die algerischen Abgeordneten; dort wurden die Wahlen auf unbestimmte Zeit verschoben.

²) In Klammern die Fraktionsstärken bei der Auflösung der bisherigen Nationalversammlung.

³) Die Zahl gibt die Gesamtstärke der Fraktion (Anhänger von Mendès-France und Faure) vor der Auflösung der Nationalversammlung an.

4. Ministerpräsident Edgar *Faure* tritt vor der Auslandspresse in einer Stellungnahme zum Wahlergebnis für die Bildung einer Koalition aller demokratischen Parteien ein. Demgegenüber erklären die Führer der in der Republikanischen Front zusammengeschlossenen Sozialisten und Radikalsozialisten, Guy *Mollet* und Pierre *Mendès-France*, am 5. Januar nach einer Besprechung, daß die Republikanische Front die Regierungsbildung beanspruche und zu Verhandlungen mit der bisherigen Regierungsmehrheit nicht bereit sei. Am 6. Januar richtet die Kommunistische Partei einen Aufruf an die Sozialisten und „andere linke Gruppierungen“, gemeinsam mit ihr eine Volksfront zu bilden und eine „neue Politik, die den Interessen des Volkes und der Nation entspricht“ einzuschlagen. Ministerpräsident *Faure* sagt am 13. Januar in einer Pressekonferenz einer Minderheitsregierung der Republikanischen Front eine kurze Lebensdauer voraus und erklärt erneut, eine stabile Regierung könne nur durch eine Einigung aller Parteien rechts von den Kommunisten und links von den Poujadisten zustande kommen.
6. Der neue britische Schatzkanzler, Harold *Macmillan*, wird an Stelle seines Amtsvorgängers, Richard A. *Butler*, zum Präsidenten des Rates der OEEC gewählt.
- 13.—14. Der neugewählte Präsident von Brasilien, Juscelino *Kubitschek*, stattet auf seiner Informationsreise der französischen Regierung einen Besuch ab.
- 14.—15. Auf einem außerordentlichen Parteitag in Puteaux spricht sich die Sozialistische Partei in einer einstimmig gebilligten Entschließung für die Bildung einer Minderheitsregierung der Republikanischen Front aus. Jedes Paktieren mit den Kommunisten oder mit den Rechtsparteien wird in der Entschließung ausdrücklich abgelehnt.

Griechenland

5. Die seinerzeit von Marshall *Papagos* gegründete Griechische Sammlungsbewegung löst sich durch die Bildung von Einzelparteien auf. Ministerpräsident Konstantin *Karamanlis* gründet eine „Nationale Radikale Union“ und der frühere Außenminister *Stephanos Stephanopoulos* eine „Volkssozialistische Partei“.
10. König *Paul* unterzeichnet ein Dekret über die vorzeitige Auflösung des Parlaments.

Großbritannien

- 11.—12. Der neugewählte Präsident von Brasilien, Juscelino *Kubitschek*, stattet auf seiner Informationsreise der britischen Regierung einen Besuch ab.

12. Der Premierminister von Malaya, *Abdul Rahman*, trifft zu Verhandlungen mit der britischen Regierung in London ein. Er erklärt auf dem Flugplatz, er könne das ganze Land gegen die kommunistischen Terroristen mobilisieren, wenn ihm bis zum Herbst 1957 die Unabhängigkeit gegeben werde; die Bevölkerung müsse wissen, daß sie für ihr eigenes Land kämpfe und nicht für irgend jemand anderen. Er werde in seinen Verhandlungen vier Forderungen stellen: Kontrolle der inneren Sicherheit, Finanzkontrolle, Besetzung der Verwaltungsstellen mit Malaien, Bildung einer Kommission zur Ausarbeitung einer Verfassung.

Jugoslawien

12. Präsident *Tito* sagt in einer Rede bei seiner Rückkehr aus Ägypten (vgl. dieses), er habe sich an Ort und Stelle davon überzeugt, daß der Bagdad-Pakt ein Element der Uneinigkeit unter den Ländern des Nahen Ostens und den arabischen Völkern darstelle. Man könne die Sympathie dieser Völker nur durch uneigennützig wirtschaftliche Hilfe gewinnen und nicht, indem man ihnen unerwünschte Bündnisse aufdränge. *Tito* verteidigt auch die Waffenkäufe Ägyptens in den Ostblockstaaten.

Norwegen

12. Die neue Session des Storting wird mit einer Thronrede eröffnet, in deren außenpolitischem Teil die nordische Zusammenarbeit an die Spitze gestellt ist. Auch die politische, militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit im Atlantikpakt soll unverändert fortgesetzt werden. Als Ziele der Wirtschaftspolitik werden u. a. genannt: Sicherstellung der Vollbeschäftigung, Verminderung des Defizits der Zah-

lungsbilanz, Steuererleichterungen, Ausbau der elektrischen Energieerzeugung. Zur Landesverteidigung heißt es, man müsse sich künftig auf deren qualitativen Ausbau konzentrieren.

Schweiz

7. Die niederländisch-indonesische Ministerkonferenz in Genf (vgl. EA 1/1956, Niederlande) wird unterbrochen, um den beiden Delegationen Gelegenheit zur Rücksprache mit ihren Regierungen zu geben.

Sowjetunion

8. Die Regierung übermitteln der deutschen Bundesregierung das Agrément für den ersten Botschafter der Bundesrepublik in Moskau, *Wilhelm Haas*.
15. Das ZK der KPdSU veröffentlicht den Entwurf der Richtlinien für den 6. Fünfjahrplan (1956—1960). Darin wird das Ziel aufgestellt, in kürzester Frist die am weitesten entwickelten kapitalistischen Länder in der Produktion pro Kopf der Bevölkerung einzuholen und zu überholen. Die Entwicklung der Wirtschaft im 6. Fünfjahrplan soll auf der Basis der vorrangigen Entwicklung der Schwerindustrie, des ständigen technischen Fortschritts und der Steigerung der Produktivität stattfinden. Im einzelnen sieht der Plan u. a. vor: eine Steigerung der industriellen Produktion um 65 vH, den Bau von Atomkraftwerken mit einer Gesamtkapazität von 2 bis 2,5 Millionen Kilowatt, eine Steigerung der Kapazität der sonstigen Kraftwerke auf das Zweieinhalbfache, eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge zwischen 35 vH und 150 vH, der Bau von 6500 km Eisenbahnlinien, eine Erhöhung der staatlichen Investitionen um 67 vH und die Hebung des Reallohnes um durchschnittlich 30 vH.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Ägypten

5. Mit der Veröffentlichung einer gemeinsamen Erklärung wird der am 28. Dezember 1955 begonnene Staatsbesuch des jugoslawischen Staatspräsidenten, *Marschall Tito*, abgeschlossen. (Den Wortlaut der Erklärung wird das Europa-Archiv in einer künftigen Folge abdrucken.)

Liberia

11. Zwischen einer sowjetischen Regierungsdelegation unter Leitung des Vorsitzenden des Unionssowjets des Obersten Sowjets, *A. P. Wolkow*, und der liberianischen Regierung finden Besprechungen statt, zu deren Abschluß ein Kommuniqué und ein Notenaustausch über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern veröffentlicht werden.

Marokko

9. Nach einer Unterredung zwischen dem spanischen Hochkommissar, *General Garcia Valino*, und dem Kalifen für die spanische Zone, *Moulay El Hassan Ben El Mehdi*, gibt der Hochkommissar in einem Kommuniqué bekannt, daß die von ihm vorgelegten politischen Pläne für die Zone gebilligt worden seien. In einer Verlautbarung des Kalifen heißt es darüber hinaus, er hoffe, daß Generalissimus *Franco* dem-

nächst die Unabhängigkeit und territoriale Einheit Marokkos sowie die Souveränität des Sultans anerkennen werde.

10. In Palafito in der spanischen Zone findet eine Aussprache zwischen dem spanischen Hochkommissar, *General Garcia Valino*, und dem französischen Generalresidenten, *André Dubois*, statt. In einem Kommuniqué heißt es, es seien die beide Zonen gemeinsam betreffenden Fragen geprüft worden, insbesondere die Lage im Rif-Gebiet. Der Hochkommissar habe dem Generalresidenten von der Absicht der spanischen Regierung Kenntnis gegeben, in der spanischen Zone politische Reformen einzuleiten, welche die Gewährleistung der Unabhängigkeit Marokkos unter Achtung der legitimen Interessen Frankreichs und Spaniens erlauben.

Sudan

1. In Khartum wird die Unabhängigkeit des Sudans feierlich proklamiert. Gleichzeitig nimmt das Abgeordnetenhaus die Anerkennung der Unabhängigkeit durch die bisherigen Kondominiumsmächte, Großbritannien und Ägypten, entgegen.

AMERIKA

Vereinigte Staaten

5. In einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Kongresses wird die Botschaft Präsident *Eisenhowers*

über die Lage der Nation (State of the Union Message) verlesen. Am 9. Januar übermittelt der Präsident dem Kongreß eine Botschaft über landwirtschaftliche Probleme, in der er Vorschläge für die Verwertung der landwirtschaftlichen Ueberschüsse und für eine Reduzierung der landwirtschaftlichen Produktion unterbreitet. (Ueber die Gesamtheit der Kongreßbotschaften des Präsidenten wird das Europa-Archiv in einer künftigen Folge berichten.)

- 5.—7. Der neugewählte Präsident von Brasilien, Juscelino Kubitschek, stattet auf seiner Informationsreise der amerikanischen Regierung einen Besuch ab. In Key West hat er auch eine Aussprache mit Präsident Eisenhower.
11. Außenminister Dulles verliest auf seiner Pressekonferenz eine Erklärung über die amerikanische Außenpolitik, in der festgestellt wird, daß die gegenwärtige Periode durch eine neue Phase des Kalten Krieges gekennzeichnet sei. Die Sowjetunion bediene sich der Mittel der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit, um militärische und politische Barrieren zu überspringen. Dulles erklärt, die Vereinigten Staaten sollten den Völkern, die erst kürzlich ihre Unabhängigkeit errungen haben, klarmachen, daß sie ihre Ansprüche unter den besten Bedingungen verwirklichen werden, wenn sie Mitglieder der Gemeinschaft der freien Nationen bleiben. Darum müßten die amerikanischen Initiativen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet verstärkt werden. Die Zeitschrift *Life* veröffentlicht einen auf einer Unterredung mit Außenminister Dulles aufgebauten Artikel. Darin heißt es, Dulles habe erklärt, daß die Vereinigten Staaten in den vergangenen Jahren in den Konflikten in Korea, Indochina und Formosa dreimal an den Rand des Krieges gegangen seien, um kommunistische Angriffe abzuschrecken. Der Artikel erregt in den Vereinigten Staaten und im Ausland großes Aufsehen und ruft heftige Angriffe gegen den Außenminister hervor.

ASIEN

Indien

- 3.—6. Nach kurzen Besuchen in Pakistan und Ceylon stattet der italienische Außenminister, Gaetano Martino, der indischen Regierung einen Besuch ab.
10. Der Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland, Franz Blücher, trifft zu einem Staatsbesuch in Indien ein. In einer Ansprache vor dem Indian Council of World Affairs erklärt Blücher am 12. Januar, die Bundesrepublik würde sich nicht an dem westlichen Sicherheitssystem beteiligen, wenn sie nicht von den rein defensiven Zielen dieses Systems überzeugt

wäre; sie mache damit lediglich von dem Recht auf kollektive Selbstverteidigung Gebrauch, das auch die asiatischen und afrikanischen Nationen für sich in Anspruch nehmen. Zur Frage einer Anerkennung der Regierung der DDR erklärt Blücher, eine solche würde die Spaltung Deutschlands vertiefen und damit die Spannung verschärfen. Die Verhinderung der Wiedervereinigung Deutschlands durch die Sowjetunion sei eine Verletzung des Prinzips der Nichteinmischung und damit eines der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, welche Indien vertrete. Am 13. Januar erklärt Blücher in einer Pressekonferenz, eine erzwungene Neutralisierung Deutschlands werde nur zu einer Verschärfung der Spannungen führen. Zur möglichen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR durch ein der Bundesrepublik befreundetes Land bemerkt Blücher, die Bundesregierung wäre darüber „nicht begeistert“; doch bestehe kein Grund zu der Annahme, daß eine solche Frage in nächster Zukunft auftauchen könnte.

Jordanien

4. Das Verfassungsgericht erklärt die Auflösung des Parlaments (vgl. Zeittafel in EA 2/1956) für ungesetzlich. Die Uebergangsregierung tritt daraufhin wieder zurück. Am 7. Januar brechen neue Unruhen aus.
9. Unter Ministerpräsident Samir el-Rifai wird eine neue Regierung gebildet. Der Ministerpräsident erklärt im Rundfunk, es werde die Politik seiner Regierung sein, keinen neuen Pakten beizutreten, die Zusammenarbeit mit den arabischen Ländern zu verstärken und die arabischen Rechte in Palästina zu verwirklichen.

Pakistan

8. Der Entwurf einer neuen Verfassung wird veröffentlicht. Er sieht die Lösung Pakistans von der britischen Krone und die Errichtung einer „Islamischen Republik Pakistan“ mit einem Staatspräsidenten an der Spitze vor. West- und Ostpakistan sollen gleichberechtigte Mitglieder eines Bundesstaates werden. Im Verbands des Commonwealth will Pakistan verbleiben (vgl. hierzu den Beschluß der Konferenz der Premierminister des Commonwealth vom 8. Februar 1955 in EA 6/1955, S. 7411).

Syrien

13. Nach einer Konferenz der Ministerpräsidenten und Verteidigungsminister Syriens und des Libanon in Damaskus wird bekanntgegeben, daß die beiden Länder den Abschluß eines zweiseitigen Verteidigungspaktes beschlossen haben.

Die Organisation der Vereinten Nationen

12. Der Sicherheitsrat setzt seine Beratungen über den syrisch-israelischen Konflikt fort (vgl. Zeittafel in EA 2/1956). Dem Rat liegen drei Resolutionsanträge vor, in denen Israel wegen des Angriffs auf syrisches Gebiet verurteilt wird. Während in dem Antrag der Westmächte nur eine Verletzung des Waffenstill-

standsabkommens durch Israel festgestellt und Israel zu dessen Einhaltung ermahnt wird, verlangen die Anträge der Sowjetunion und Persiens die Verurteilung Israels zur Zahlung einer Entschädigung und die Androhung von Sanktionen im Falle der Wiederholung eines solchen Angriffs.

Bücher und Broschüren

Administration of Justice in the Hungarian People's Republic. Published by the Hungarian Lawyers' Association. Special issue of „Review of Hungarian Legislation“. Budapest 1955. 31 S.

Bartz, Karl: Die Tragödie der deutschen Abwehr. Salzburg: Pilgram Verlag 1955. 275 S.

Belov, Fedor: The History of a Soviet Collective Farm. Published for the Research Program on the U.S.S.R. New York: Frederick A. Praeger 1955. 237 S. \$ 5,50.

Bodmer, Heinrich: Die Stellung der Staaten in den internationalen Organisationen unter besonderer Berücksichtigung der Kleinstaaten. Winterthur: Verlag P. G. Keller 1955. 136 S.

Brandt, Conrad, Benjamin Schwartz und John K. Fairbank: Der Kommunismus in China. Eine Dokumentar-Geschichte. Aus dem Amerikanischen übertragen von Margarete Montgelas. München: R. Oldenbourg Verlag 1955. 392 S. Ln. DM 28,—.

Dieses Werk umreißt die für die innen- und außenpolitische Position des chinesischen Reiches so entscheidend wichtigen drei Jahrzehnte zwischen 1921 und 1950. Bei sparsamer Kommentierung wurde dabei der Versuch unternommen, die für diese Zeitspanne maßgebenden Dokumente weitgehend für sich selbst sprechen zu lassen. Dabei wird unter anderem der Nachweis geführt, daß die Kommunistische Partei Chinas aus eigener Kraft, ohne direkte Unterstützung durch die Sowjetunion, und in vielen entscheidenden Augenblicken auch gegen den Ratschlag der Regierung der UdSSR handelnd, an die Macht gelangte. Ferner wird dargelegt, daß China im kommunistischen Staatenblock eine Sonderstellung einnimmt und die Beziehungen zwischen Peking und Moskau politischer und nicht administrativer Natur sind. Das Buch bietet einen bedeutsamen Einblick in die Hintergründe des auf Weisung Moskaus eingegangenen Bündnisses der Kommunistischen Partei und der Kuomintang, in die Ursachen ihrer Entzweiung, in das Entstehen des Nationalismus in China, zu dem in starkem Maße Japan beitrug, und in die Ursachen der Stärke des chinesischen Kommunismus, der mit Hilfe der Bauern und der Intellektuellen zur Macht gelangte. Robert Borchardt vertritt in seiner Einführung die These, daß das Verhältnis zwischen Moskau und Peking so lange harmonisch bleiben werde, wie keine der beiden Mächte Lebensinteressen der anderen aufs Spiel setzt. Die Bedeutung dieses Werkes, das durch eine Zeittafel und ein umfassendes Register vervollkommen wurde, für den Leser in Mitteleuropa ergibt sich zwingend aus den Worten Borchards: „Solange Peking in allen weltpolitisch entscheidenden Fragen auf der Seite Moskaus steht, gilt für uns Europäer kaum weniger als für die Amerikaner von der neu auf den Plan getretenen Großmacht: China vor den Toren!“ Dr. Erwin Weghorn

Célérier, Pierre: Géopolitique et Géostratégie. Paris: Presses Universitaires de France 1955. 127 S. („Que sais-je?“. Le point des connaissances actuelles, No. 693).

Deutschlands verlorene Montanwirtschaft. Die Eisen- und Stahlindustrie Oberschlesiens. Eine Sammelarbeit mit Beiträgen von Bergrat a. D. K. Seidl, Universitätsprofessor Dr. P. H. Seraphim und Ing. K. Tanzer. Hrsg. P. H. Seraphim. Stuttgart — Köln: W. Kohlhammer Verlag 1955. 88 S. (Verwaltung und Wirtschaft, Heft 14).

Dunn, Frederick S., Bernard Brodie u. a.: The absolute Weapon: Atomic Power and World Order. Edited by Bernard Brodie. New York: Harcourt, Brace and Company 1946. 214 S.

Europe. Nine Panel Studies by Experts from Central and Eastern Europe. An Examination of the Post Liberation Problem of the Position of Central and Eastern European Nations in a free European Community. New York: Free Europe Committee, Inc. 1954. 146 S.

EZU. Wie arbeitet die Europäische Zahlungsunion? Herausgegeben vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Monschau/Eifel: Weiß-Druck 1955. 43 S.

Hartmann, Heinz: Education for Business Leadership. The role of the German „Hochschulen“. Paris: OEEC 1955. 116 S. (EPA No. 346). ffrs. 300.

Jahrbuch des deutschen Bergbaus. Ein Führer durch die bergbaulichen Unternehmen der Bundesrepublik und die mit dem Bergbau verbundenen Behörden und Organisationen, ferner den Kohlenhandel, die Binnenschifffahrt, die Bergbauzulieferindustrie und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Hrsg. von Bergassessor a. D. Dr. Ing. Wilhelm de la Sauce †, Bergassessor a. D. Paul Schorn und Bergassessor a. D. Emil Schröter. 63. Erscheinungsjahr, 48. Jahrgang 1955. Essen: Verlag Glückauf GmbH. 1955. 33*, 1404 S. DM 20,—.

Die Tradition dieses Jahrbuches, das den Ruf genießt, das umfassendste Bergbaujahrbuch der Welt zu sein, wird auch mit dieser neuen Ausgabe erfolgreich fortgesetzt. Es wurde gegenüber den früheren Jahrgängen unter anderem durch die Neuaufnahme einer Liste der westdeutschen Hüttenkokerien erneut weiter vervollkommen. Im Leitaufsatz dieses Jahrganges befaßt sich Bergwerksdirektor Bergassessor a. D. Alfred Wimmelmann, der Vorsitzende des Vorstandes des Steinkohlenbergbauvereins und des Unternehmerverbandes Ruhrbergbau, mit der Bedeutung der Steinkohle für das deutsche Wirtschaftsleben. Er weist nach, daß im Gebiet der Bundesrepublik noch rund 48,5 Milliarden Tonnen Steinkohlen abbauwürdig sind. Damit wäre mindestens für weitere 370 Jahre eine Jahresförderung von rund 130 Millionen Tonnen Steinkohle gewährleistet. Wimmelmann vertritt die Ansicht, daß die deutschen Steinkohlenlager auch in Zukunft eine der bedeutendsten und sichersten Stützen der deutschen Energieversorgung bleiben werden. Angesichts der Tatsache, daß sich der Stromverbrauch erfahrungsgemäß alle zehn Jahre verdoppelt, werde auch die Atomenergie die Steinkohle nicht verdrängen, sondern neben ihr dazu beitragen, den steigenden Energiebedarf der deutschen Wirtschaft zu decken. Dr. Erwin Weghorn

Mantoux, Paul: Les Délibérations du Conseil des Quatre (24 mars — 28 juin 1919). Paris: Editions du Centre National de la Recherche Scientifique 1955. Bd. I, 521 S.; Bd. II, 579 S. Je Bd. ffrs. 1800; beide Bde. zusammen ffrs. 3200.

Die Publikation schließt die empfindlichste Lücke, die in der Erforschung der Pariser Friedensverhandlungen von 1919 noch bestand: Am 24. März 1919 traten auf Anregung des Präsidenten der Vereinigten Staaten zum ersten Male Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Orlando zum „Obersten Rat der Vier“ zusammen, der von da an bis zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages am 28. Juni

1919 täglich, oft zweimal täglich tagte und alle Entscheidungen von einiger Bedeutung im direkten Gespräch der eigentlich Verantwortlichen aushandelte. Je nach Bedarf wurden Makino, der Bevollmächtigte Japans, oder Finanzexperten zu den geheimen Beratungen der „Vier“ hinzugezogen, die das eigentliche „Herzstück“ der Friedensverhandlungen bildeten. Inhalt und Verlauf dieser Beratungen waren bisher aus den Memoiren der Beteiligten und den 1920 veröffentlichten Notizen des Sekretärs des „Rates der Vier“, Sir Maurice Hankey, nur sehr lückenhaft bekannt. Mantoux, der offizielle Dolmetscher, legt nunmehr das vollständige Protokoll aller dieser insgesamt 148 Konferenzen vor. Das „Herzstück“ der Pariser Friedensverhandlungen von 1919 ist damit der historischen Forschung erschlossen.
Dr. Walter Lipgens

Pénuries et excédents de personnel scientifique et technique hautement qualifié dans les pays de l'OECE. Rapport du Comité de la Main-d'Oeuvre. Paris: OECE 1955. 163 S. ffrs. 600.

Preiser, Erich: Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung. 2., neubearbeitete Auflage. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1955. 93 S. (Kleine Vandenhoeck-Reihe Nr. 19). DM 2,40.

Der Verfasser, ordentlicher Professor für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Heidelberg und Mitherausgeber der „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“ und der „Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft“, legt hier die 2., leicht gekürzte und in verschiedenen Teilen umgearbeitete Auflage seines zuerst 1949 erschienenen Bändchens über die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung vor. Das Büchlein will den Zugang zu den sozialen und wirtschaftlichen Problemen unseres Zeitalters erschließen, und es veranschaulicht die dringliche Aktualität dieser Probleme, insbesondere der sozialen. Es zeigt die geistige und gesellschaftliche Krise des 20. Jahrhunderts auf, die auch die sozialen Fehler der kapitalistischen Wirtschaft in der Form der Laissez-faire-Wirtschaft klar zutage hat treten lassen. Ein streng geschlossener Aufbau, eine Wettbewerbsordnung mit strenger Monopolkontrolle, mit einer sozialen Strukturpolitik, mit der Förderung neuer einzelwirtschaftlicher Organisationsformen und einer gesünderen räumlichen Anordnung der Wirtschaft sollte nach dem Verfasser die Grundlage unserer Wirtschaftspolitik sein, damit sie das Ziel der Herstellung gleicher Chancen für alle erreichen kann.

Dr. Erwin Weghorn

Quellen zur Allgemeinen Geschichte. Für höhere Schulen herausgegeben von Dr. Gottfried Guggenbühl. IV. Bd.: Quellen zur Geschichte der Neuesten Zeit. 3., erweiterte Auflage. Zürich: Schulthess & Co. AG. 1954. XIII, 447 S.

Redslob, Robert: Le Problème de la Paix. Basel: Verlag für Recht und Gesellschaft 1954. 71 S. (Zu beziehen über J. Heß Verlag, Stuttgart).

Die Schrift des verdienten langjährigen Dekans der

Juristischen Fakultät der Universität Straßburg behandelt in ihrem ersten Kapitel die psychologischen Kräfte (Religion, Moral, Naturrecht und Opportunismus) sowie die Institutionen (bes. des Völkerrechts), die allzeit Kriegen entgegengewirkt haben. Im zweiten, historischen Kapitel werden die Tendenzen beschrieben, die im Laufe der abendländischen Geschichte dauerhafte Friedenssicherungen erstrebten: der „Friede“ des römischen und des mittelalterlichen Imperiums, die Friedenspläne der Aufklärer von Sully über St. Pierre und Bentham bis Kant, die Versuche des Wiener Kongresses, der Konferenzen vom Haag, des Briand-Kellogg-Paktes und der UNO-Gründung, unter knapper Charakterisierung ihrer jeweiligen Motive. Das dritte Kapitel beschreibt unter der Überschrift „Der Friede ist ein Problem des Geistes“ die Kräfte, besonders des Vertrauens und der Religion, die gestärkt werden müssen, wenn ein dauerhafter Weltfriede, der durch die technische und politische Entwicklung der Gegenwart in den Bereich des Möglichen gerückt ist, gelingen soll.

Dr. Walter Lipgens

Ruby, Maurice: L'évolution de la Nationalité Allemande. Etude des problèmes de nationalité en Allemagne occidentale au cours des vingt dernières années et Recueil des 140 principaux textes sur la Nationalité Allemande promulgués de 1842 à 1953 (en allemand et en français). Baden-Baden: Wervereis GmbH. 1954. 913 S.

Schäfer, Hans: Der Bundesrat. Köln — Berlin: Carl Heymanns Verlag KG 1955. 137 S.

Soule, George: Die Ideen großer Nationalökonomien. (Orig. Titel: Ideas of the great Economists.) Uebersetzt von Erwin Schuhmacher. Frankfurt am Main: Nest-Verlag GmbH. 1955. 290 S.

United States Treaties and Other International Agreements. Compiled, edited, indexed, and published by authority of law under the direction of the Secretary of State. Volume 3, Part 3, 1952. Washington: US. Government Printing Office 1955. XXI, 1525 S. (2989 bis 4513).

Verdroß, Alfred: Völkerrecht. 3., neubearbeitete und erweiterte Auflage. Wien: Springer-Verlag 1955. XIX, 546 S. (Rechts- und Staatswissenschaften, Bd. 10).

Die großen zwischenstaatlichen Wirtschaftsorganisationen. Vorträge von Roger Auboin, Franz Etzel, Robert Marjolin, Paul Ramadier, Ivar Rooth, Hans Schaffner, Friedrich T. Wahlen und Eric W. White, gehalten an der Handels-Hochschule St. Gallen. Zürich — St. Gallen: Polygraphischer Verlag AG. 1955. X, 176 S. (Veröffentlichungen des Schweizerischen Institutes für Außenwirtschafts- und Marktforschung an der Handels-Hochschule St. Gallen, Nr. 17).

EUROPA - ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.
Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1956 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16–18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 11.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

Inkrafttreten der Konventionen und Abkommen des Europarats

In den Mitteilungen des Europarats vom 5. Mai 1953 wurden die Daten der ersten Ratifikationen der europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie der Zusatzprotokolle und der Vorbehalte bekanntgegeben. Damals hatten von 15 Signatarstaaten 8 die Konvention und 6 das Zusatzprotokoll ratifiziert. Diese Texte waren damals die einzigen Abkommen des Europarats außer dem Abkommen über die Privilegien und Immunitäten des Rates.

Am 11. Dezember 1953 wurden in Paris 8 neue Texte unterzeichnet, 2 weitere am 19. Dezember 1954 und noch 2 Texte am 13. Dezember 1955.

Im Januar 1954 veröffentlichten die Mitteilungen des Europarats in einer Anlage den Text der Rede des damaligen Vorsitzenden des Ministerkomitees, Herrn Paul van Zeeland, anlässlich der Unterzeichnung der Abkommen im Dezember 1953. Seither wurde regelmäßig alle 6 Monate über den Stand der Ratifikationen berichtet.

Es wurden rasche Fortschritte gemacht:

Datum	Zahl der hinterlegten Ratifikationen	In Kraft getretene Abkommen
31. Dezember 1953	19	1
30. Juni 1954	37	3
31. Dezember 1954	60	9
30. Juni 1955	82	11
31. Dezember 1955	98 ¹⁾	13

¹⁾ Eine der Ratifikationen wurde mit Vorbehalt vollzogen.

Mit Ausnahme der Europäischen Niederlassungsordnung sind heute sämtliche Konventionen, Abkommen und Zusatzprotokolle in Kraft. Die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten wurde zuerst am 8. März 1951 von Großbritannien ratifiziert und trat am 3. September 1953 in Kraft. Es steht lediglich die Ratifikation durch Frankreich aus.

Das Zusatzprotokoll zu dieser Konvention wurde am 3. November 1952 von Großbritannien als erstem Signatarstaat ratifiziert und trat am 18. Mai 1954 in Kraft. Es stehen aus die Ratifikationen Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland. Von den vier Mitgliedern des Europarats, die von der Bestimmung über die Ausdehnung des Geltungsbereiches der Konvention und des Zusatzprotokolls auf die überseeischen Gebiete betroffen sind, haben Großbritannien und die Niederlande diese Ausdehnung für gewisse Gebiete vollzogen.

Die Anerkennung des Rechtes der Individualbeschwerde von natürlichen oder juristischen Personen wurde von folgenden Ländern erklärt: Schweden, Irland, Dänemark, Island, Bundesrepublik Deutschland, Belgien und Norwegen.

Die Menschenrechtskommission ist für solche Beschwerden seit dem 5. Juli 1955 zuständig.

Die Unterwerfung unter die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes wurde zuerst im Februar 1953 von Irland anerkannt. Es folgten Dänemark, die Niederlande, die Bundesrepublik Deutschland und Belgien. Die Schaffung des Gerichtshofes kann erst

mit dem Vorliegen von 8 entsprechenden Erklärungen erfolgen.

Die Vorläufigen Abkommen über Soziale Sicherheit und die Konvention über soziale und medizinische Hilfe sowie die entsprechenden Zusatzprotokolle wurden am 31. März 1954 von Irland ratifiziert. Sechs andere Länder folgten, darunter Dänemark, das allerdings die Protokolle nicht unterschrieben hat.

Alle diese Texte sind am 1. Juli 1954 in Kraft getreten, die Zusatzprotokolle am 1. Oktober 1954.

Die Konvention über die Formalitäten bei Patentanträgen wurde am 21. Mai 1954 von Norwegen ratifiziert, 6 Ratifikationen liegen vor, und die Konvention trat am 1. Juni 1955 in Kraft. Die Konvention über die internationale Klassifizierung von Patenten, die am 11. März 1955 von Irland und Norwegen ratifiziert wurde, weist zur Zeit 6 Ratifikationen auf. Die Ratifikation Großbritanniens erfolgte unter dem Vorbehalt der Hinterlegung der niederländischen Ratifikationsurkunde. Diese Konvention, die von Island und Luxemburg nicht unterzeichnet wurde, ist seit dem 1. August 1955 in Kraft.

Die Konvention über die Gleichwertigkeit der zum Hochschulstudium berechtigenden Schulabgangszeugnisse wurde zuerst von Großbritannien ratifiziert, dem 9 andere Länder folgten. Sie ist seit dem 20. April 1954 in Kraft. Die Europäische Kulturkonvention, die zuerst von Irland ratifiziert wurde, ist heute von 5 weiteren Ländern ratifiziert und seit dem 5. Mai 1955 in Kraft. Am 13. Dezember 1955 haben die Außenminister der Mitgliedstaaten des Europarats zwei Texte unterzeichnet: die Europäische Niederlassungsordnung (Irland und Großbritannien haben nicht unterzeichnet), sowie das Europäische Abkommen über den Austausch von Kriegsversehrten zur Heilbehandlung (nicht unterzeichnet von Island, Norwegen und Schweden). Das letztere Abkommen ist am 1. Januar 1956 bereits in Kraft getreten, da Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland und Irland die Unterzeichnung ohne den Vorbehalt der Ratifikation vornahmen.

Die Mitteilungen des Europarats haben zweimal im Jahr die Übersichtstafel über den Stand der Ratifikationen veröffentlicht. Diese Tafel hat vielfache Verbreitung gefunden, ihre Bedeutung ist jedoch mit dem Inkrafttreten der Konventionen und Abkommen entfallen. Es ist heute von größerem Interesse, das Inkrafttreten der verschiedenen Texte in den einzelnen Ländern fortlaufend festzuhalten.

Im allgemeinen ist für das Inkrafttreten das Vorhandensein einer gewissen Anzahl von Ratifikationen erforderlich. Wenn diese Zahl erreicht ist, tritt die Konvention oder das Abkommen automatisch in denjenigen Ländern in Kraft, welche sie ratifiziert haben.

Auf der neuen Tafel ist daher das Datum des Inkrafttretens angegeben an Stelle der Ratifikationen. Das gleiche gilt für die Fakultativvorschriften der Menschenrechtskonvention, die zum Teil nur zeitlich begrenzt angenommen wurden.

Inkrafttreten der Konventionen

	Menschenrechte			Soziale Sicherheit			
	I			II		III	
	Konvention	Protokoll	Individualbeschwerde	Alter, Invalidität, Hinterbliebene		Sonstige	
				Vorläufiges Abkommen	Zusatzprotokoll	Vorläufiges Abkommen	Zusatzprotokoll
Datum und Ort der Unterzeichnung ..	Rom 4. 11. 1950	Paris 20. 3. 1952	Rom 4. 11. 1950	Paris 11. 12. 1953	Paris 11. 12. 1953	Paris 11. 12. 1953	Paris 11. 12. 1953
Belgien	14. 6. 1955	14. 6. 1955	5. 7. 1955 (29. 6. 1957)				
Dänemark	3. 9. 1953	18. 5. 1954	5. 7. 1955 (7. 4. 1957)	1. 7. 1954	nicht unterzeichnet	1. 7. 1954	nicht unterzeichnet
Frankreich							
Bundesrepublik Deutschland....	3. 9. 1953		5. 7. 1955 (5. 7. 1958)				
Griechenland....	3. 9. 1953	18. 5. 1954					
Island	3. 9. 1953	18. 5. 1954	5. 7. 1955 (25. 3. 1960)				
Irland	3. 9. 1953	18. 5. 1954	5. 7. 1955	1. 7. 1954	1. 10. 1954	1. 7. 1954	1. 10. 1954
Italien	26. 10. 1955	26. 10. 1955					
Luxemburg	3. 9. 1953	18. 5. 1954					
Niederlande	31. 8. 1954	31. 8. 1954		1. 4. 1955	1. 4. 1955	1. 4. 1955	1. 4. 1955
Norwegen	3. 9. 1953	18. 5. 1954	13. 12. 1955 (10. 12. 1957)	1. 10. 1954	1. 10. 1954	1. 10. 1954	1. 10. 1954
Saar	3. 9. 1953	18. 5. 1954		1. 10. 1954	1. 10. 1954	1. 10. 1954	1. 10. 1954
Schweden	3. 9. 1953	18. 5. 1954	5. 7. 1955	1. 10. 1955	1. 10. 1955	1. 10. 1955	1. 10. 1955
Türkei	18. 5. 1954	18. 5. 1954					
Großbritannien .	3. 9. 1953	18. 5. 1954		1. 10. 1954	1. 10. 1954	1. 10. 1954	1. 10. 1954

Bemerkungen: 1) Die Fakultativklausel (Art. 63), wonach Signatarstaaten den Geltungsbereich der Konvention zum Schutze der Menschenrechte auf überseeische Gebiete ausdehnen können, wurde von Großbritannien für 42 solcher Gebiete angenommen. Die Niederlande haben, unter Ausklammerung des Art. 6 Abs. 3c des Protokolls, für Surinam und die Niederländischen Antillen angenommen. 2) Die Fakultativklausel (Art. 46) über die Anerkennung des Europäischen Gerichtshofes ist grundsätzlich von

und Abkommen des Europarats

Fürsorge		Kriegs- versehrte	Patentfragen		Kulturelle Fragen		Nieder- lassung
IV		V	VI	VII	VIII	IX	X
Abkommen	Zusatz- protokoll	Austausch zur Heil- behandlung	Antrags- formalitäten	Klassi- fizierung	Schul- abgangs- zeugnisse	Kultur- konvention	Abkommen
Paris 11. 12. 1953	Paris 11. 12. 1953	Paris 13. 12. 1955	Paris 11. 12. 1953	Paris 19. 12. 1954	Paris 11. 12. 1953	Paris 19. 12. 1954	Paris 13. 12. 1955
				1. 8. 1955	14. 6. 1955	11. 5. 1955	
1. 7. 1954	1. 7. 1954				20. 4. 1954	7. 5. 1955	
		1. 1. 1956		1. 8. 1955	11. 3. 1955	5. 5. 1955	
		1. 1. 1956	1. 6. 1955	1. 12. 1955	3. 3. 1955	17. 11. 1955	
			15. 7. 1955		5. 12. 1955		
		nicht unter- zeichnet		nicht unter- zeichnet	5. 8. 1954		
1. 7. 1954	1. 7. 1954	1. 1. 1956	1. 7. 1955	1. 8. 1955	20. 4. 1954	5. 5. 1955	nicht unter- zeichnet
				nicht unter- zeichnet	12. 1. 1955		
1. 8. 1955	1. 8. 1955						
1. 10. 1954	1. 10. 1954	nicht unter- zeichnet	1. 6. 1955	1. 8. 1955	21. 5. 1954		
1. 10. 1954	1. 10. 1954		1. 6. 1955		8. 9. 1954		
1. 10. 1955	1. 10. 1955	nicht unter- zeichnet					
1. 10. 1954	1. 10. 1954		1. 6. 1955		20. 4. 1954	5. 5. 1955	nicht unter- zeichnet

Irland und befristet von Belgien, Dänemark, Deutschland und den Niederlanden angenommen worden. 3) Großbritannien hat die Ratifikationsurkunde für das Abkommen über die internationale Klassifizierung von Patenten am 28. 10. 1955 hinterlegt mit dem Vorbehalt, daß diese erst mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde durch die Niederlande wirksam werden soll.

Titel		Unter- zeichnung	Erste Ratifikation	Tritt in Kraft nach	in Kraft getreten
Menschenrechte und Grundfreiheiten	Konvention	Rom, 4.11.1950	Großbritannien, 8.3.1951	10 Ratifikationen	3. 9. 1953
	Protokoll	Paris, 20.3.1952	Großbritannien, 3.11.1952	10 Ratifikationen	18. 5. 1954
	Fakultativklausel: Überseeische Gebiete	Rom, 4.11.1950	Großbritannien, 23.10.1953		30 Tage nach Annahme
	Fakultativklausel: Individual- beschwerde	Rom, 4.11.1950	Schweden, 4.2.1952	6 Annahmen	5. 7. 1955
	Fakultativklausel: Gerichtshof	Rom, 4.11.1950	Irland, 25.2.1953	8 Annahmen	
Soziale Sicherheit	1. Vorläufiges Abkommen	Paris, 11.12.1953	Irland, 31.3.1954	2 Ratifikationen	1. 7. 1954
	Zusatzprotokoll (Flüchtlinge)	Paris, 11.12.1953	Irland, 31.3.1954	2 Ratifikationen	1. 10. 1954
	2. Vorläufiges Abkommen	Paris, 11.12.1953	Irland, 31.3.1954	2 Ratifikationen	1. 7. 1954
	Zusatzprotokoll (Flüchtlinge)	Paris, 11.12.1953	Irland, 31.3.1954	2 Ratifikationen	1. 10. 1954
Fürsorge	Abkommen	Paris, 11.12.1953	Irland, 31.3.1954	2 Ratifikationen	1. 7. 1954
	Zusatzprotokoll	Paris, 11.12.1953	Irland, 31.3.1954	2 Ratifikationen	1. 7. 1954
Kriegs- versehrte	Austausch zur Heilbehandlung	Paris, 13.12.1955	Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Irland, 13.12.1955	3 Ratifikationen	1. 1. 1956
Patente	Abkommen über Anträge	Paris, 11.12.1953	Norwegen, 21.5.1954	4 Ratifikationen	1. 6. 1955
	Abkommen über Klassifizierung	Paris, 19.12.1954	Norwegen, Irland, 11.3.1955	4 Ratifikationen	1. 8. 1955
Kulturelle Fragen	Abkommen über Zugang zu Hochschulen	Paris, 11.12.1953	Großbritannien, 22.3.1954	3 Ratifikationen	20. 4. 1954
	Kulturkonvention	Paris, 19.12.1954	Frankreich, 19.3.1955	3 Ratifikationen	5. 5. 1955
Niederlassung	Abkommen	Paris, 13.12.1955		5 Ratifikationen	

Die Entwicklung in Indochina seit den Genfer Abkommen vom Juli 1956

Von Professor Roger Lévy, Paris

Die drei Abkommen und die gemeinsame Schlußerklärung der Genfer Konferenz vom Juli 1954

Ein kleines Dorf inmitten einer von den Urwäldern Nord-Indochinas eingeschlossenen Talniederung, ein Kreuzpunkt der Wege, die zum Mekong und zum Meer und nach China führen, ein kleiner Feldflugplatz: das war Dien Bien Phu, bevor es im Frühjahr 1954 zum Symbol einer weltpolitischen Entscheidung wurde. Dien Bien Phu gegen den Ansturm der Vietminh-Divisionen zu halten, das hieß, die Unabhängigkeit eines seiner Bevölkerung und wirtschaftlichen Bedeutung nach kleinen, seiner Fläche nach jedoch sehr ausgedehnten Staates, des Laos, verteidigen, das hieß vor allem aber, daß Frankreich die heimliche Absicht verfolgte, andere Mächte für ein direktes Eingreifen und eine Teilnahme an einer völkerrechtlich gerechtfertigten Abwehraktion zu gewinnen, um so die bedrohlich gewordene militärische Lage zu seinen Gunsten zu wenden. Doch weder die amerikanischen Flugzeuge noch irgendeine andere erhoffte Unterstützung trafen ein. Dien Bien Phu fiel trotz der Tapferkeit seiner Verteidiger, und Frankreich stand vor der dringenden, tragischen Notwendigkeit, einen Waffenstillstand zu schließen.

So tragen die drei Verträge, die am 20. Juli 1954 in Genf abgeschlossen wurden, wesentlich den Charakter von Waffenstillstandsabkommen und beziehen sich in ihren Bestimmungen auf die Festsetzung der vorläufigen Demarkationslinie und einer entmilitarisierten Zone, auf die militärischen Stützpunkte, die Kriegsgefangenen und Zivilinternierten sowie auf die Einsetzung einer gemischten und einer internationalen Überwachungskommission.

Dem bevollmächtigten französischen General standen als Unterzeichner gegenüber: im ersten Abkom-

men (über Vietnam¹) der Oberkommandierende der vietnamesischen Volksarmee; im zweiten Abkommen (über Laos) der Befehlshaber der Streitkräfte des Pathet-Lao²; im dritten, Kambodscha betreffenden Abkommen die Befehlshaber der Khmer- (d. h. Kambodscha-) Widerstandsbewegung und der nationalen (d. h. royalistischen) Truppen.

Die vertragschließenden Parteien verpflichteten sich, niemand wegen seiner Tätigkeit während der Feindseligkeiten zu verfolgen oder zu benachteiligen und der Bevölkerung die demokratischen Freiheiten zu garantieren. Im Artikel 14 des Abkommens zwischen Frankreich und der Demokratischen Republik Vietnam heißt es: „Bis zur Durchführung von allgemeinen Wahlen, welche die Einheit Vietnams verwirklichen werden, wird in jeder der neugeschaffenen Zonen eine Zivilverwaltung eingesetzt . . .“ An dieser Formulierung ist bemerkenswert, daß die Vereinigung von Nord- und Süd-Vietnam als ein zu vollziehendes Gebot und nicht als eine unter bestimmten Bedingungen durchführbare Möglichkeit betrachtet wird.

Es bestanden jedoch zwischen den an der Genfer Konferenz beteiligten Mächten sehr starke und ganz offen hervortretende Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Auslegung der Abkommen. So enthielt die *gemeinsame Schlußerklärung* auch keinerlei Bindungen der Regierungen, sondern war nur dazu bestimmt, die Gegensätze nach außen hin zu überdecken. Sie wurde dann auch von vielen Seiten lediglich als eine *Willenserklärung* angesehen.

In der Erklärung heißt es, „daß die Regelung der politischen Probleme in Vietnam . . . es dem viet-

¹ Unter Vietnam versteht man die 3 annamitischen Länder: das Land des Nordens (von den Franzosen Tonking genannt); das Land der Mitte: Annam; das Land des Südens: Cochinchina.

„Vietminh“ ist die Abkürzung für den Zusammenschluß mehrerer annamitischer Parteien und Gruppen, die *Liga für die Unabhängigkeit Vietnams*, und bezeichnet im Sprachgebrauch die Anhänger der revolutionären Bewegung (auch

kurz „Viets“ genannt). Im folgenden werden die Ausdrücke „Viet“, „Vietminh“, „Demokratische Republik Vietnam“ gebraucht zur Kennzeichnung der bei Dien Bien Phu siegreichen Bewegung, die jetzt den Norden Vietnams mit der Hauptstadt Hanoi beherrscht. Unter „Süd-Vietnam“ verstehen die Vietnamesen Cochinchina mit der Hauptstadt Saigon.

² Eine Splittergruppe der aufständischen Bewegung in Laos, die unter Kontrolle der Vietminh steht.

namesischen Volk gestatten soll, sich des Genusses der Grundfreiheiten zu erfreuen, die durch demokratische, auf Grund allgemeiner, freier und geheimer Wahlen gebildete Institutionen garantiert werden. Sobald die Wiederherstellung des Friedens genügend Fortschritte gemacht hat . . . werden die allgemeinen Wahlen im Juli 1956 stattfinden, und zwar unter der Kontrolle einer internationalen Kommission . . .“ Dieser Kommission sollten die Vertreter Kanadas, Indiens und Polens unter dem Vorsitz des indischen Vertreters angehören; „Beratungen über diese Frage werden vom 20. Juli 1955 an zwischen den zuständigen Behörden der beiden Zonen geführt werden.“

Dieser gemeinsamen Erklärung folgten insgesamt 19 Einzelerklärungen der an der Konferenz beteiligten Regierungen³, sie waren als Erläuterung der von den einzelnen Ländern eingenommenen Haltung und ihrer zukünftigen Politik gedacht, in der Mehrzahl jedoch so generell und unverbindlich gehalten, daß sie einem Ausweichen vor einer echten Stellungnahme gleichkamen. Es ist verständlich, daß die Vereinigten Staaten nicht wünschen konnten, ihrer zukünftigen Politik in Indochina durch die Garantie der Abkommen die Hände zu binden. Der Delegierte von Süd-Vietnam, *Tran Van Do*, protestierte „feierlich gegen den hastigen Abschluß des Waffenstillstandsabkommens ausschließlich durch die französischen und vietminhischen Oberkommandos; das französische Oberkommando befiehlt die vietnamesischen Truppen einzig und allein durch die *Abtretung von Vollmachten* seitens des vietnamesischen Staatschefs“.

Der Delegierte von Nord-Vietnam, *Pham Van Dong*, und der französische Ministerpräsident, *Mendès-*

France, erklärten in einem Briefwechsel am 21. Juli, daß keine Personen am Verlassen einer Umgruppierungszone gehindert, daß die dort befindlichen Handels- und Industrieunternehmen ungehindert ihre Tätigkeit fortsetzen und daß im Falle von Beschlagnahme, Enteignung und Konzessionsentzug die berechtigten Interessen der französischen Staatsbürger berücksichtigt würden⁴.

Hinter der Fülle der Bestimmungen, Erklärungen, Versprechen und Willenskundgebungen der Genfer Ostasienkonferenz stehen, wenn man die Wirklichkeit und nicht die Texte betrachtet, zwei neue, entscheidende Tatsachen: Die Feindseligkeiten werden eingestellt, und eine Waffenstillstandslinie wird festgesetzt.

Die Waffenstillstandslinie folgt ungefähr dem 17. Breitengrad, etwa 20 km nördlich der Nationalstraße Nr. 9, die Hué und Quang Tri an der Küste mit Savannakhet in Laos verbindet.

Das Ergebnis dieser als „vorläufig“ betrachteten Grenzziehung ist, daß ungefähr 12,7 Millionen Menschen dem Herrschaftsbereich des Vietnam zufallen, während ungefähr 9,3 Millionen Süd-Vietnam angehören.

Es wird im folgenden zu untersuchen sein, welche Wege die Entwicklung in den vier neuen, aus dem ehemaligen Französisch-Indochina entstandenen Staateengebilden — Süd-Vietnam, Nord-Vietnam, Kambodscha und Laos — gegangen ist und welche Rolle die hier von außen und innen einwirkenden Faktoren spielen: die Anwesenheit und die Interessen Amerikas und Frankreichs sowie die chinesischen und russischen Einflüsse.

Süd-Vietnam

Als „Staatschef“ eines der Französischen Union angehörenden Vietnam hatte die französische Regierung 1948, nachdem die Versuche, sich mit der jungen nationalistischen Bewegung *Ho Tschu Minhs* zu einigen, gescheitert waren, den Ex-Kaiser von Annam, *Bao Dai*, eingesetzt. Dieser hielt sich jedoch nur wenig in seinem Lande auf und verbrachte die meiste Zeit in Frankreich. So erstaunlich das auch erscheinen mag: in den entscheidenden Tagen von Dien Bien Phu befand er sich nicht inmitten seines Volkes, über dessen zukünftiges Schicksal es in der Kesselschlacht ging. Einige Wochen vor dem Abschluß des Waffen-

stillstandes ernannte er — von der Côte d'Azur aus — *Ngo Dinh Diem* zum Ministerpräsidenten. Der langen Reihe von Kabinettskrisen und Regierungswechseln in Saigon wurde damit ein Ende gesetzt. Der in einer aussichtslosen Lage berufene Diem, einer der schärfsten Gegner Bao Dais, schickte sich an, nicht dessen Vertreter, sondern dessen Nachfolger zu werden. Einer alt-adligen, streng-katholischen Familie entstammend, war er in der Zeit nach 1945 in der ehemaligen kaiserlichen Residenz Hué geblieben und hatte sich vom politischen Leben in der neuen Kapitale Saigon zurückgehalten.

³) Zum Verlauf der Genfer Ostasienkonferenz vgl. *Europa-Archiv* 11/1954, S. 6621; 12/1954, S. 6653; 13/1954, S. 6723; 14/1954, S. 6759; 15/1954, S. 6797 und 16/1954, S. 6827.

Im Anschluß an die Schlußakte der Konferenz wurden von den Delegierten des Laos, Kambodschas und Frankreichs je zwei Zusatzerklärungen zu Einzelartikeln der Schlußakte abgegeben. (Wortlaut in *Europa-Archiv* 16/1954, S. 6822 ff.) Dreizehn weitere Deklarationen wurden von der Konferenz auf ihrer letzten Sitzung zur Kenntnis genommen, aber nicht

in die Konferenzdokumente aufgenommen; je eine Erklärung der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, der Sowjetunion, der Demokratischen Republik Vietnam (Vietminh), der Volksrepublik China und des Laos, je zwei Erklärungen Frankreichs, Kambodschas, Vietnams (Süd-Vietnam). (Wortlaut oder Inhaltsangabe dieser Erklärungen in *Europa-Archiv* 16/1954, S. 6824 und 6827.)

⁴) Wortlaut der beiden Schreiben vom 21. Juli 1954 in *Europa-Archiv* 16/1954, S. 6826.

Seinem Wesen nach kühl und abweisend, anderen Meinungen wenig zugänglich, ein Mann, der stets sich selber hören will und es nicht liebt, zuzuhören, galt er mit vollem Recht als eine außergewöhnlich integre Persönlichkeit, als ein Muster an Ehrenhaftigkeit. Seine strenge, fast ärmliche Lebensführung stand deshalb um so mehr im Gegensatz zu dem lockeren Lebenswandel des Staatschefs und auch zu dem Eigennutz, mit dem sich eine große Zahl von Bürgern und dunklen Geschäftsleuten aus allen Kreisen Annehmlichkeiten und Vorteile zu verschaffen wußten.

Nach dem Waffenstillstand sah sich Diem der Aufgabe gegenüber, auf dem politischen und moralischen Flugsand Saigons eine feste Machtposition aufzubauen. In dem völligen Durcheinander dieser Wochen hatte er die Regierungsgewalt übernommen, um sich der nun mit großer Schnelligkeit hereinbrechenden Entwicklung entgegenstemmen zu können. Er forderte zwar die Einheit des Vietnam und ließ dieses Ziel auch auf den Spruchbändern proklamieren, die sich nun durch die Straßen Saigons zogen, sein Groll schien aber vor allem gegen die Franzosen gerichtet zu sein, die er für den Verlust des Krieges und so auch für die Zerreißung des Landes durch den 17. Breitengrad als Ergebnis des Waffenstillstandes verantwortlich machte.

Im Laufe des Jahres 1955 zeichnete sich immer deutlicher Diems Umschwung in der Frage der Wiedervereinigung ab; er weigerte sich, mit dem kommunistischen Norden über die Vorbereitung der allgemeinen Wahlen für 1956 zu verhandeln, und je stärker man in Paris diese Wahlen und die Verwirklichung der Einheit Vietnams wünschte, desto heftiger widersetzte sich Diem.

Die erste innenpolitische Krise brach in Saigon im September 1954 aus, als sich der Generalstabschef der nun unabhängig gewordenen Armee weigerte, den von Diem erteilten Befehl, sich für sechs Monate beurlauben zu lassen, auszuführen. Die folgenden Monate waren gekennzeichnet durch einen hinter und oft vor den Kulissen geführten Kampf um die entscheidenden Machtpositionen, der schließlich zugunsten Diems endete.

Diem ist oft mit Syngman Rhee verglichen worden, und dieser Vergleich trifft gewiß insofern zu, als er von Anfang an die Unterstützung und das Wohlwollen der Amerikaner zu gewinnen suchte. Der Wiederaufbau der kriegsverwüsteten Gebiete und die Modernisierung auf allen Gebieten verlangten Kapital, und es war nur natürlich, daß man sich an die Macht wandte, die als erste in der Lage war, die notwendigen Investitionen zu finanzieren: an die Vereinigten Staaten.

Zwar fehlt es nicht an Mitteln, um die Bevölkerung des Südens vor der Knappheit und den furchtbaren Hungersnöten zu bewahren, die von Zeit zu Zeit das

dichtbevölkerte Delta des Tonking heimsuchen. Doch beruht dieser Wohlstand auf der Schicht der Großgrundbesitzer und ihrem unserer mittelalterlichen Feudalstruktur ähnlichen Pachtsystem. Der Reichtum der großen Reisgebiete des Südens kontrastiert mit der sozialen und wirtschaftlichen Rückständigkeit des Nordens. Dieser Gegensatz ließ auch niemals ein Gefühl der Zusammengehörigkeit der beiden Landesteile aufkommen.

Das Flüchtlingsproblem

Im Juli 1954 setzte aus den dem Vietminh zufallenden Gebieten ein Flüchtlingsstrom meist katholischer Bauern ein, die ihren Grund und Boden, ihre Häuser verließen, um sich vor dem verhaßten Regime in Sicherheit zu bringen. Einige hunderttausend Flüchtlinge (man schätzt ihre Zahl auf 700 000 bis 1 Million Männer, Frauen und Kinder) müssen im Süden untergebracht, ernährt und mit Arbeitsstellen versorgt werden.

Die Sekten

In der innenpolitischen Entwicklung des Südens kommt der Haltung der verschiedenen religiösen Sekten eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Schon früher haben diese mystischen Gebräuchen huldigenden, militärisch in der Form von Milizen organisierten Gruppen in Vietnam einen großen politischen Einfluß ausgeübt. Wenn sie sich nicht gerade mit der Zentralgewalt verbündeten, bekämpften sie diese und wachten eifersüchtig über ihre völlige Unabhängigkeit, in der sie nur ihre eigenen Gesetze anerkannten und der staatlichen Autorität mit Erfolg widerstanden. Diem, gestützt auf die von den Franzosen geschaffene, seit 1954 aber auf 150 000 Mann verringerte Nationalarmee, nahm den Kampf gegen die größten Sekten auf: die Caodaisten, die Hoa-Hao und die Binh-Xuyen, mit deren Hilfe Bao Dai regiert hatte.

Die Caodaisten bilden die bekannteste und größte der politisch-religiösen Gruppen Süd-Vietnams. Um 1926 entstanden, vereinigt der Caodaismus die Elemente verschiedener Religionen in sich, er verehrt Buddha, Konfuzius, Lao Tse und Christus und predigt den Glauben an einen einzigen Gott. Er zählt ungefähr 1,5 Millionen Anhänger und ist vor allem südwestlich von Saigon verbreitet.

Politisch verfolgten die Caodaisten stets einen ausgesprochenen Opportunismus — sie zeigten sich, den Machtverhältnissen folgend, pro-japanisch und anti-französisch, bekämpften dann die Japaner und gingen mit den französischen Behörden zusammen gegen den Vietminh —, was sie zu wenig sicheren Bundesgenossen macht. Zu Beginn unterstützten sie die Regierung Diem, gerieten aber bald in scharfen Gegensatz zu ihm. Im Frühjahr 1955 kam es zu offenen Kämpfen zwischen den Truppen Diems und der caodaisti-

schen „Armee“. Es ist jedoch durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Caodaisten erneut die Front wechseln und sich morgen mit denen verbünden, die sie heute bekämpfen.

Die zweite große Sekte, nach dem Geburtsdorf ihres Propheten und Gründers (eines wohlhabenden, 1919 geborenen Bauern), *Hoa-Hao* genannt, beherrscht rund eine Million Menschen in dem Gebiet zwischen Saigon und der Grenze Kambodschas. Seinem religiösen Standpunkt nach ähnelt der *Hoa-Hao*-Glauben dem Buddhismus; politisch zeigten sie sich nicht weniger wendig als die Caodaisten. Franzosenfeindlich, arbeiteten sie 1942 mit den Japanern zusammen, unterstützten dann bei Kriegsende die Unabhängigkeitsbewegung des Vietminh, zu deren erbitterten Gegnern sie zwei Jahre später wurden, weil die „Viets“ 1947 ihren Führer Phu hinrichten ließen. Nachdem sich die *Hoa-Hao*-Milizen bis 1952 untereinander bekämpft hatten, schlossen sie sich wieder gegen die Staatsgewalt in Saigon zusammen und lehnten sich nach dem Waffenstillstand offen gegen diese auf. Diem hatte in das von ihnen beherrschte Gebiet, die Reiskammer Cochinchinas, reguläre, aus dem Norden abgezogene Regimenter der Nationalarmee gelegt, denen es dann schließlich gelang, den Widerstand der *Hoa-Hao* zu brechen.

Eine zahlenmäßig schwächere Sekte eigener Art stellen die *Binh-Xuyen* dar. Sie ähneln eher einem „gang“, einer Interessengemeinschaft, als einer religiösen Gemeinschaft und üben unter der Führung ihres „Generals“ *Le Van-Vien* in den von ihnen beherrschten Orten mehr die Funktionen von Polizisten als die von Soldaten aus. *Le Van-Vien* hatte lange Zeit den Staatsherrn *Bao Dai* unterstützt; er geriet sehr schnell in Konflikt mit *Diem*, und im April 1955 lieferten die *Binh-Xuyen* den Streitkräften der Nationalarmee in Saigon regelrechte Straßenschlachten. Im Augenblick halten sich die *Binh-Xuyen* im Hintergrund und scheinen eine günstige Gelegenheit zum Eingreifen in die politische Entwicklung abzuwarten. Ihr „General“, der aus dem ihm gehörenden, heute geschlossenen, berühmten und berüchtigten Spiel- und Vergnügungsetablisement „Grand Monde“ in Cholon eine Quelle unermeßlicher Einnahmen gemacht hatte, hält sich in Europa auf.

Die Ausrufung der Republik und die Vollendung der Unabhängigkeit Süd-Vietnams

Der „Staatsherr“ *Bao Dai*, der nach dem Waffenstillstand nicht in sein Land zurückkehrte, wurde am 1. Mai 1955 von einem in Saigon gebildeten Revolutionsrat für abgesetzt erklärt.

Um diesem Akt eine Legitimation durch das Volk und dem neuen Regime die Attribute einer Demokratie zu geben, wurde im Herbst 1955 ein Volksentscheid durchgeführt, der nach bewährtem Muster einen

überwältigenden Sieg für Diem als Präsidenten der neuen Republik erbrachte. Wie es um das Ansehen des Ex-Kaisers und Ex-Staatsherrn bestellt war, versinnbildlichte eine Strohfigur, die *Bao Dai* darstellte, und die, ein Kartenspiel, die Statuette einer Frau und das Dollarzeichen als Verkörperung seiner sträflichen Schwächen in den Händen, durch die Straßen Saigons getragen wurde, um dann öffentlich verbrannt zu werden.

Um der durch die Beendigung des Krieges in dem ehemaligen Indochina entstandenen neuen staatsrechtlichen Lage Rechnung zu tragen und die Lösung der drei Staaten Süd-Vietnam, Laos und Kambodscha aus der Wirtschafts-, Zoll- und Währungseinheit mit Frankreich zu vollziehen, trat im August 1954 eine Konferenz der Delegierten dieser vier Länder zusammen. Das von ihnen durch die Abkommen von Pau 1950 beschlossene Viermächte-Statut, das bis dahin das Verhältnis der Partner untereinander im Rahmen der Französischen Union geregelt hatte, wurde am 29. Dezember 1954 durch dreizehn Einzelabkommen zwischen den vier Staaten ersetzt. Technische Fragen wie die Flußschifffahrt auf dem Mekong, der Zugang zum Hafen von Saigon und Zollvereinbarungen bildeten den Inhalt von sechs weiteren Konventionen, die Süd-Vietnam mit Kambodscha und Laos abschloß.

Bei der Neuordnung der bis dahin nach dem französischen Franc ausgerichteten Währung ergaben sich sofort zahllose Schwierigkeiten. Eine Ministerdelegation Süd-Vietnams begab sich nach Paris, um der französischen Regierung ihre Wünsche und Pläne für die zukünftige Gestaltung der wirtschaftlichen, kulturellen, militärischen und politischen Zusammenarbeit zu unterbreiten. Diem wünschte offensichtlich im Rahmen einer Art neu aufgelegter „Französischer Union“ zu verbleiben und zu festen Abkommen zu gelangen; er behauptete sogar, das Schicksal seiner Regierung von der Aufrechterhaltung der Bindungen an Frankreich abhängig gemacht zu haben. Er trat auch für die Weiterführung der kulturellen Tätigkeit Frankreichs im Lande ein, die lebenswichtig sei, um dem Anwachsen des chinesischen Einflusses Einhalt zu gebieten; man beachte zu wenig die Tatsache, daß die französischen Schulen im Süden dem Ansturm der Schüler (2000 in Saigon gegen nur 600 in Hanoi) nicht gewachsen seien.

Auf wirtschaftlichem Gebiet, vor allem bei der Festsetzung von Vorzugszöllen und Einfuhrquoten, traten Meinungsverschiedenheiten auf. In der Tat entsprach beispielsweise die bisher geübte hohe Einfuhr von Automobilen keineswegs dem wahren Bedarf im Lande, und viele Vietnamesen sind vernünftig genug, um die Importe von Luxusartikeln gegenüber der Einfuhr lebenswichtiger Waren zurückzustellen.

Nord-Vietnam

Das Gebiet nördlich der Waffenstillstandslinie wird beherrscht von der Regierung der „Demokratischen Republik Vietnam“. Wenn diese ausschließlich von den Anhängern und Mitgliedern der siegreichen Vietminh-Partei gebildete Regierung auch die tatsächliche Gewalt ausübt, so ist die völkerrechtliche Stellung des neuen Staates völlig unklar und ist auch von seiten des Vietminh bisher nicht erläutert worden. Beim Präsidenten dieser Republik, dem Führer der Vietminh-Partei, *Ho Tschì Minh*, ist ein Generalbevollmächtigter der Französischen Republik akkreditiert. Dieser schwierige und heikle Posten wurde Monsieur *Sainteny* anvertraut, der sich 1945 als äußerst geschickter und energischer Verhandlungspartner erwiesen und von Ho Tschì Minh dessen Zustimmung zu den Abkommen vom März 1946 erreicht hatte. Weil Sainteny als einer der ersten die nach dem Bruch dieser Verträge einsetzende Entwicklung vorausgesehen und vor der Unterschätzung der Vietminh-Bewegung gewarnt hatte, kehrte er nun als Vertreter der Besiegten nach Hanoi zurück, um das Gespräch mit seinem alten Verhandlungspartner wiederaufzunehmen.

Ein Wirtschaftsabkommen, das am 11. Dezember 1954 geschlossen wurde, setzt den zukünftigen Status der französischen Handels- und Industrie-Unternehmen im Lande fest. Während ein Teil dieser Niederlassungen im Privatbesitz bleibt, soll der andere Teil in „gemischte Gesellschaften“ mit Beteiligung von vietnamesischem privatem oder öffentlichem Kapital überführt werden. Ohne hier auf die Einzelheiten eingehen zu wollen, muß aber erwähnt werden, daß die Besitzer der zu nationalisierenden (d. h. in Staatsbesitz zu überführenden) Unternehmen eine angemessene Entschädigung erhalten sollen.

Auf französischer Seite sind hier aber starke Befürchtungen laut geworden, und die bisher von den Vietminh geübte Entschädigungspraxis ist kaum geeignet, diese Bedenken zum Verstummen zu bringen. So hat die nord-vietnamesische Regierung zum Beispiel das größte französische Unternehmen, die Kohlengruben von Tonking, „gekauft“. Aber was ist schon eine Entschädigung durch Warenlieferungen innerhalb von fünfzehn Jahren?

Die französischen Industriellen und Geschäfts-

leute zögern unter diesen Umständen, die großen Risiken einzugehen, die eine Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit dem Norden mit sich bringt. In den von den französischen Truppen geräumten Gebieten haben sie ihre Fabriken und Werkstätten stillgelegt, ihre Besitzungen verlassen und so praktisch den Vietminh ausgeliefert.

Auf kulturellem Gebiet sieht die Situation nach dem Abzug der letzten französischen Truppen, am 15. Mai 1955, weniger dramatisch aus. Die paar hundert Franzosen, die noch in Hanoi geblieben sind, tragen dafür Sorge, daß das französische Gymnasium, die französische Hochschule für den Fernen Osten, das Pasteur-Institut und das Institut für Krebsforschung ihre Tätigkeiten fortsetzen.

Die Regierung Ho Tschì Minhs wirft jedoch den Franzosen vor, daß sie eine der Mission Saintenys in Hanoi entsprechende Vertretung des Vietminh in Paris bisher nicht zugelassen hätten. Sainteny, der sich seit Monaten in Paris aufhält, glaubt unter diesen Umständen nicht, durch seine Rückkehr nach Hanoi viel erreichen zu können. Die Zurückhaltung der französischen Regierung, ihr Zögern, dem von Nord-Vietnam anscheinend verfolgten Bestreben einer Annäherung an Frankreich entgegenzukommen, hat jedoch durchaus verständliche Gründe. Eine solche Annäherung würde eine Verstimmung Amerikas und möglicherweise politische und finanzielle Maßnahmen der Vereinigten Staaten zur Folge haben, die sich auf anderen außenpolitischen Gebieten zu Ungunsten Frankreichs fühlbar machen würden. Es stellte sich außerdem das Problem, wie eine wirtschaftliche, technische und kulturelle Unterstützung Nord-Vietnams mit der Wahrung der französischen Interessen in Süd-Vietnam vereinbart werden soll.

Indem man eine Zusammenarbeit mit dem Norden als gleichbedeutend mit einem „Verrat“ am Süden ansah, hat man geglaubt, die französische Politik vor die Alternative stellen zu müssen. Die Vernunft scheint jedoch Frankreich zu gebieten, im Norden wie im Süden so viel wie möglich an wirtschaftlichem und kulturellem Einfluß zu wahren, auch wenn eine solche Politik nicht frei ist von der Gefahr, sich, wie es sprichwörtlich heißt, „zwischen zwei Stühle zu setzen“.

Kambodscha

Auf der Genfer Ostasienkonferenz konnte der durch seinen Außenminister vertretene weitaus kleinere Staat Kambodscha⁵ einen diplomatischen Erfolg davontragen, der Vietnam versagt blieb. Während zwei vietnamesische Regierungen den Anspruch erhoben, für das ganze Land zu sprechen, und Laos dem

Pathet-Lao — auf den noch später einzugehen sein wird — gewisse „Umgruppierungszonen“ einräumen mußte, erkannten alle an der Konferenz beteiligten Mächte, selbst das kommunistische China und der

⁵) Anmerkung 5 vgl. folgende Seite.

Vietminh, die Regierung des Königreiches Kambodscha offiziell an.

Die Befriedung des Landes wurde, nachdem am 7. August die Waffenruhe eingetreten war, sehr schnell erreicht und die innere Einheit des Landes bis Ende Oktober im wesentlichen wiederhergestellt. Die Vietminh-Truppen räumten das Land bis zum 19. Oktober 1954; die Aufständischen, deren Zahl alle vorherigen Schätzungen übertraf, unterwarfen sich zum großen Teil dem König, wie *Son Ngoc Yanh* und 66 seiner Offiziere. Am 1. Mai 1955 verließen auch die letzten französischen Streitkräfte Kambodscha.

Die Regierung des Landes, die bereits in Genf die Unterstützung der amerikanischen Diplomatie erhalten hatte, bat jetzt die Vereinigten Staaten um militärische und wirtschaftliche Hilfeleistungen. Wenn Washington auch den Anschluß Kambodschas an die in Manila im September 1954 geschaffene Südostasiatische Verteidigungsorganisation (SEATO) gleichzeitig mit dem anderer indochinesischer Staaten durchsetzte, so gewährte diese dem Lande doch nicht den effektiven und automatischen, für die Vollmitglieder vorgesehenen Schutz. Die Aufstellung von Streitkräften wurde von Amerika gleichfalls nicht zugesichert.

Das Land, das über keinen Hafen verfügte und bisher über Saigon versorgt worden war, bat nun die Vereinigten Staaten und Frankreich, einen Hafen am Golf von Siam zu bauen, um so verkehrstechnisch von Süd-Vietnam, das auf alle Ein- und Ausfuhren Transitgebühren erhob, unabhängig zu werden. Die Grenze ist am 2. Februar 1956 in der Tat von der süd-vietnamesischen Regierung für alle Einfuhren aus Kambodscha geschlossen worden, infolge der Weigerung der Khmer-Regierung, Vertreter zwischen den beiden Ländern auszutauschen. Kambodscha hat daraufhin die Schließung seiner Grenze für Einfuhren aus Vietnam ebenfalls erwogen. Auch aus strategischen Erwägungen heraus ergab sich die Notwendigkeit, direkte Verbindungen zu den Vereinigten Staaten und ihrem Verbündeten Thailand zu schaffen und die Verkehrswege im Innern des Landes auszubauen. Frankreich stellte für 1955 und 1956 insgesamt 10 Milliarden Francs zum Bau von Docks in der neuen Hafenstadt Kompong Soum zur Verfügung; die Vereinigten Staaten versprachen, diesen Hafen durch eine Straße mit der Hauptstadt Phnompenh zu verbinden, und die kambodschanische Regierung nahm die letzte Teilstrecke der Eisenbahnlinie Phnompenh—Bangkok (Thailand) in Angriff. Es ist

weiter geplant, Laos, diesen „Staat in der Sackgasse“, durch eine 300 km lange Straße an das neu entstehende Verkehrsnetz Kambodschas anzuschließen.

Auf der Konferenz der SEATO-Mächte in Bangkok im Februar 1955 boten die Vereinigten Staaten mit dem Einverständnis Frankreichs den Regierungen von Kambodscha und von Laos eine Militärhilfe an; der Aufbau einer modernen Armee sollte von Amerika finanziert und der Anteil der Vereinigten Staaten bei der Verteidigung des Landes erhöht werden. Einem am 16. Mai 1955 in Phnompenh mit dem amerikanischen Botschafter, Robert *McClintock*, geschlossenen Abkommen zufolge sollen 30 amerikanische Offiziere den Bedarf der Armee festsetzen; die Ausbildung der Truppen soll aber weiterhin in den Händen des kambodschanischen Oberkommandos und französischer Offiziere liegen.

Die Entwicklung der letzten anderthalb Jahre zeigt jedoch, daß sich auch Kambodscha, trotz seiner Abneigung gegenüber den kommunistischen Mächten, dem Bann des asiatischen Nationalismus nicht entziehen kann. Die Politik *Nehrus*, der auf seiner Rückreise von Peking der Hauptstadt Phnompenh einen Besuch abstattete, übte ihre Anziehungskraft auch hier aus: die diplomatischen Beziehungen zu Neu-Delhi wurden aufgenommen. Indien ernannte für Phnompenh einen politischen Vertreter im Gesandtenrang. Der Ministerpräsident, *Penn Nouth*, erklärte, die Politik Kambodschas sei gekennzeichnet durch die „Neutralität gegenüber den beiden großen Machtgruppen“.

Der ehemalige König *Norodom Sihanouk*, der am 2. März 1955 zugunsten seines Vaters abgedankt hatte und jetzt zum Ministerpräsidenten ernannt worden ist, bemühte sich um die Unterstützung Indiens, er stimmte den von Indien und China proklamierten „Fünf Prinzipien der Koexistenz“ zu und unterzeichnete die gegen den Kolonialismus gerichtete Erklärung der arabisch-asiatischen Mächte.

Obwohl sich die neutralistischen Zeitungen Kambodschas als antikommunistisch ausgeben, wiederholen sie — wenn auch sehr „sanft“ — alle Angriffe der Kommunisten gegen die Politik Amerikas und Frankreichs. Auf die Frage eines Journalisten, ob er sich für Nehru oder die SEATO entscheiden würde, antwortete *Norodom Sihanouk*: „für Kambodscha!“

Prinz *Norodom*, Führer der Sozialistischen Volksbewegung, die seit den Wahlen vom 11. September 1955 über die Mehrheit der Parlamentssitze verfügt und so seine Politik durchsetzen kann, tritt auch weiterhin für den Neutralismus Kambodschas ein.

Das Land ist zwar vertraglich mit Amerika verbunden, führt aber eine „Schaukelpolitik“ und zeigt zwei Gesichter, von denen es, jeweils der Situation entsprechend, eines den Vereinigten Staaten, das andere den neutralen Mächten Asiens zuwendet.

⁵⁾ Vor 1946 wurde die Bevölkerung Französisch-Indochinas auf 23 Millionen Einwohner geschätzt, davon entfielen auf die beiden Vietnam 16,7 Millionen, d. h. 72 vH der Gesamtbevölkerung, während in Kambodscha 2,9 Millionen, d. h. 12 vH lebten. Eine andere bedeutende Sprachgruppe sind die Thai (1,3 Millionen = 6 vH), die zu gleichen Teilen auf Tonking und Laos entfallen.

Die Viermächte-Konferenz von Paris (27. August bis 30. Dezember 1954) hatte, wie bereits erwähnt, zur Aufhebung der wirtschaftlichen Einheit des ehemaligen Indochina geführt. Wie auch die anderen „Nachfolgestaaten“, erhielt die Regierung von Kambodscha ihre eigene Notenbank und das Recht der Devisenbewirtschaftung. Nachdem die Sozialistische Bewegung des Ex-Königs Norodom in den Wahlen vom 11. November 1955 einen überwältigenden Sieg über die konservative Partei des bereits erwähnten Son Ngoc Yanh davongetragen hatte, lehnte die neue Regierung es ab, die bisher bestehende enge wirtschaftliche Verbindung mit Frankreich weiter-

bestehen zu lassen. Kambodscha scheint nicht gewillt zu sein, dem französischen Kapital einen beherrschenden Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung einzuräumen; sollten die französischen Finanzkreise ihre Beteiligungen zurückziehen, werden wohl die entstehenden Lücken durch amerikanische Investitionen geschlossen werden. Eine Lockerung der Beziehungen zu Frankreich auf wirtschaftlichem und auch militärischem Gebiet — auch hier werden die Amerikaner die Franzosen ablösen — wird so in absehbarer Zeit erfolgen. Wenn Süd-Vietnam in die Hände der Vietminh fallen sollte, wird das von der Außenwelt isolierte Kambodscha sehr anfällig gegen kommunistische Infiltrationsversuche werden.

Der Staat Laos

Der laotische Prinz *Souphampuvong* gründete in der Volksrepublik China 1950 die „Widerstandsbewegung des Pathet-Lao“ (d. h. in der Landessprache „das Land Laos“⁶⁾) und erhob sich, mit *Ho Tshi Minh* verbündet, gegen die königliche Gewalt. Im Gefolge der Vietminh-Truppen, die im Herbst desselben Jahres in Laos einfielen, kehrte er in das Land zurück. Bei Einstellung der Feindseligkeiten am 6. August 1954 wurden seine Anhänger auf 1500 geschätzt, doch stieg diese Zahl auf 5000 an, als die Vietminh-Truppen bei der Räumung des Landes eine große Anzahl von Partisanen in dem bergigen Norden zurückließen und dort eine eigene Regierung des Pathet-Lao errichteten.

Der Vietminh setzte bei den Waffenstillstandsverhandlungen durch, daß dem Pathet-Lao wenigstens vorläufig die beiden nördlichen Provinzen (Sam Noua

und Phong Saly) als eigene Zone zugesprochen wurden. Die Regierung des Königreiches Laos, die über eine Armee von 35 000 Mann verfügt, erkennt diese Regelung jedoch nicht an und hat die Bildung von Selbstschutzgruppen durch die dort wohnenden Meo-Stämme gefördert.

Infolge der äußerst wichtigen strategischen Lage des Laos würde, falls es dem Pathet-Lao gelingen sollte, seine Herrschaft auf das ganze Land auszudehnen und es so dem kommunistischen Machtbereich einzuverleiben, ganz Südostasien bedroht sein. Die Beherrschung dieser Position würde die Kommunisten in die unmittelbare Nachbarschaft Süd-Vietnams, Kambodschas, Thailands und Burmas und gleichzeitig in den Besitz der Landwege nach Singapur bringen.

Die amerikanische Indochina-Politik, der Abschluß des Paktes von Manila und die Konferenz von Bandung

Von einer festen politischen Haltung der amerikanischen Regierung auf der Genfer Indochinakonferenz kann wohl kaum gesprochen werden. Es standen sich hier mehrere Tendenzen gegenüber, die im Laufe der Verhandlungen abwechselnd die Oberhand gewinnen sollten und durch die beiden Formeln „ehrenhafter Friede“ und „Koexistenz ohne Beschwichtigung“ (d. h. eine Einigung, die kein Zurückweichen des Westens bedeuten würde) gekennzeichnet wurden. Präsident *Eisenhower* erläuterte dieses letztere Schlagwort der „coexistence without appeasement“

dahingehend, daß „Amerika keinen Vertrag unterzeichnen wird, der die Versklavung eines anderen bedeutet“. Die Vereinigten Staaten weigerten sich, das Genfer Waffenstillstandsabkommen zu unterzeichnen, und erklärten sich nur bereit, dessen Bestimmungen zu achten. Sie wahrten so eine völlige Handlungsfreiheit, die es ihnen erlaubt, in Indochina von den Wünschen und Interessen Frankreichs unabhängig, ja sogar diesen widersprechende politische und wirtschaftliche Ziele zu verfolgen.

Es war unvermeidlich, daß die Waffenstillstandsbedingungen für Vietnam den Vietminh im Norden einen durchschlagenden Erfolg und ihren chinesischen und russischen Verbündeten große Genugtuung brachten. Die Amerikaner gaben sich hier keiner Selbsttäuschung hin, sie erkannten sehr wohl, daß der große, wesentlich moralische Triumph der kommunistischen Mächte Wirkungen auch auf die anderen

⁶⁾ Die geographische Grenze des Laos ist nach Osten hin unbestimmt, nach Westen hin wird sie zwar staatsrechtlich, nicht aber ethnographisch von dem Mekong gebildet: die Bewohner des Laos gehören dem Volke Thai an, Anhängern der südlichen Form des Buddhismus, zu dem auch die Bewohner Thailands gehören. Das staatsrechtliche Gebilde Laos umfaßt 231 000 qkm und hat eine mittlere Bevölkerungsdichte von 4,3 Einwohnern auf den Quadratkilometer.

südostasiatischen Länder haben mußte, und bemühten sich sofort, getreu der klassischen Tradition des „Gleichgewichtes der Kräfte“, Gegengewichte zu schaffen und die drei anderen indochinesischen Staaten in ihr Lager herüberzuziehen.

Das Ergebnis dieser diplomatischen Offensive Amerikas war der am 8. September 1954 in Manila geschlossene Vertrag über die Südostasiatische Verteidigungsorganisation (SEATO). Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich sowie fünf an der Genfer Indochina-Konferenz nicht beteiligte Staaten (Australien, Neuseeland, Pakistan, die Philippinen und Thailand) gaben hier die einseitige Erklärung ab, Süd-Vietnam, Kambodscha und Laos im Falle einer bewaffneten Aggression zu Hilfe zu kommen. Die Tragweite dieser Garantie wurde jedoch dadurch eingeschränkt, daß eine Aktion der Manila-pakt-Mächte der Aufforderung und Zustimmung der beteiligten Regierungen bedarf, ein kommunistischer Angriff also nicht automatisch ein militärisches Eingreifen auslöst.

Die „SEATO-Zone“ umfaßt das gesamte Gebiet Südostasiens, d. h. sowohl den kontinentalen Teil wie die Inselgruppen und die Pazifik-Region südlich der Linie 21 Grad 30 Minuten nördlicher Breite (während die Demarkationslinie zwischen Nord- und Süd-Vietnam wie bereits erwähnt durch den 17. Breitengrad bestimmt ist.) Dieser Südostasienpakt schafft den diplomatischen Rahmen, in dem sich im Falle einer bewaffneten Aggression in dieser Zone ein amerikanisches Eingreifen vollziehen kann. Der Pakt verpflichtet die Teilnehmerstaaten, entsprechend ihren verfassungsmäßigen Bestimmungen zu handeln; bei einer nichtmilitärischen Bedrohung — Propagandafeldzügen oder Zersetzungskampagnen — ist eine gegenseitige Konsultierung über die zu ergreifenden Gegenmaßnahmen vorgesehen. Wie man sieht, sind die Maschen dieses Vertragswerkes sehr weit und gestatten den Mitgliedern ein Ausweichen. Es ist durchaus möglich, daß die SEATO dem Willen ihrer Schöpfer nach nicht mehr als die Funktion einer „Vogelscheuche“ auf dem südostasiatischen Felde ausüben soll. Die Verschwommenheit oder sogar das Fehlen von Vertragsbestimmungen hat jedoch die Vereinigten Staaten vor einigen Jahren nicht daran gehindert, in einen weltpolitischen Kampf um einen anderen Breitengrad einzugreifen. Der Pakt von Manila läßt so einen weiten Spielraum offen, innerhalb dessen eine Skala von Anwendungsmöglichkeiten von

der platonischen Absicht über die Abschreckung bis zu massiven Vergeltungsmaßnahmen gegeben ist.

Das andere Lager hat mit dem Gegenschlag nicht lange warten lassen: im indonesischen Bandung beriefen die Regierungen von Burma, Ceylon, Indien, Pakistan und Indonesien im April 1955 eine Konferenz kommunistischer, neutraler und anderer zwischen den Weltfronten stehender Staaten ein. Man stand hier vor der Schwierigkeit, diesen verschiedenartigsten Staaten wenigstens einen „gemeinsamen Nenner“ zu geben, fand aber den Ausweg in der kategorischen Verurteilung „jeder Form des Kolonialismus“ — eine Formel, die jede Delegation auf ihre Weise auslegen konnte. Auf dem Gebiet der abstrakten Forderungen ließ sich eine Uebereinstimmung herstellen, die sich in gemeinsamen Erklärungen über den Kolonialismus, die Menschenrechte, die Förderung des Weltfriedens und die Verurteilung der Benachteiligung aus rassistischen Gründen niederschlug. Wenn die sich in Asien stellenden brennenden und ganz konkreten Probleme auch in Bandung nicht behandelt wurden, so stellte doch die Tatsache, daß sich hier zum ersten Male die Vertreter der afrikanischen und asiatischen Völker trafen und zu einem „afro-asiatischen Block“ zusammenschlossen, für Nord-Vietnam — obgleich auch Süd-Vietnam an der Konferenz teilnahm — eine unschätzbare Hilfe dar, und mußte für dessen Regierung eine unerhörte Ermutigung sein.

Mit dem ausdrücklichen Ziel, „ein festgefügtes und starkes Staatswesen zu schaffen und zu erhalten, das in der Lage sein würde, allen zersetzenden Tätigkeiten oder einer Aggression zu widerstehen“, sicherte Präsident *Eisenhower* der Regierung *Diem* am 25. Oktober 1954 die Unterstützung der Vereinigten Staaten zu, gab aber auch seinem Wunsche Ausdruck, daß in Süd-Vietnam die „unerläßlichen Reformen“ durchgeführt werden sollten.

Dieser Beistand und das unentwegte Wohlwollen, mit dem die Vereinigten Staaten die Regierung *Diem* bedachten, trug die ersten Früchte im Mai 1955. *Diem* hatte seine Stellung im Lande festigen und seiner inneren Widersacher Herr werden können. Die amerikanische Diplomatie bemühte sich nun, die Franzosen von der Notwendigkeit zu überzeugen, *Diem* gleichfalls zu stützen und so wenigstens in Süd-Vietnam einige ihrer dortigen großen Sachwerte, die in der „Roten Erde“ angelegten Pflanzungen, Reiskammern und auch Handelsinteressen, zu retten, da ihre Sache im Nord-Vietnam unwiederbringlich verloren sei.

Ausblick auf die zukünftige Entwicklung

Die Frage, die im Mittelpunkt der weiteren Entwicklung Indochinas steht und von deren Lösung das politische Schicksal aller Nachfolgestaaten abhängt, ist die der Wiedervereinigung von Vietnam. Eine erste Teilung des Landes erfolgte bereits mit dem Ende

des Zweiten Weltkrieges im September 1945, als entsprechend dem Potsdamer Abkommen ein chinesisch-britisches Militärabkommen das Land in zwei Besatzungszonen teilte. Die damalige Demarkationslinie verlief am 16. Breitengrad; nördlich und südlich

davon hatte das Land chinesische und britische Besatzung mit dem ausdrücklichen und zeitlich begrenzten Ziel, die noch in Vietnam stehenden japanischen Truppen zu entwaffnen. Frankreich, das im Gefolge der siegreichen Armeen nach Indochina zurückgekehrt war, sah sich nun aber sofort vor den Konflikt mit der Vietminh-Bewegung gestellt, der dann zu dem neunjährigen Kriege führen sollte. Die Wiedervereinigung des Landes zählte schon damals zu einem der von den Vietminh verkündeten Hauptziele; sie wurde nach dem Abschluß der Genfer Abkommen von 1954 erneut in den Mittelpunkt ihrer Propaganda gestellt, mit der sie die willkürliche Ziehung der Demarkationslinie am 17. Breitengrad verdammten. Die Tatsache, daß innerhalb von 9 Jahren die Teilung des Landes gerade durch diese geographischen Breiten symbolisiert wurde, kommt jedoch nicht von ungefähr: auf halbem Wege zwischen dem 16. und dem 17. Grad finden sich die Ueberreste einer Art „kleinen Chinesischen Mauer“, der Mauer von Dong-hoi. Hier, wo die annamitische Bergkette am engsten an das Meer heranrückt und das Land zusammenschnürt, lag stets die „politische Wasserscheide“, an der sich im 17. und 18. Jahrhundert erbitterte Bruderkämpfe zwischen den nördlichen und südlichen Feudalstaaten abspielten.

Neun Jahre Krieg haben es nicht vermocht, den Norden und den Süden des Landes zusammenzuführen, so wenig wie der zweijährige Krieg in Korea zur Wiedererlangung der Einheit führte. Unabhängig von dem Willen der betroffenen Bevölkerung werden heute auf manchen Landkarten der Welt mit dem Lineal Trennungslinien zwischen Völkern gezogen, die allen dortigen Gegebenheiten Hohn sprechen, nur den strategischen Ueberlegungen der sich befehdenden beiden großen Machtgruppen entspringen — und gerade deshalb zu dauern versprechen.

Welch gegensätzliche Entwicklung sich seit dem Waffenstillstand im Norden und Süden des 17. Breitengrades bereits vollzogen hat, das beschrieb Robert Guillain, einer der besten französischen Indochina-Kenner, im Dezember 1954 („Notizen vor dem Abflug von Saigon“)⁷:

„Das Regime von Hanoi gleicht dem von Saigon, wie ein eiserner Topf einem Tontopf gleicht... Angesichts der mit eiserner Gewalt zusammengefügten Herrschaft des Vietminh, einem Block ohne Risse, ist Süd-Vietnam unfähig, eine „Gegen-Vietminh“-Bewegung ins Leben zu rufen. Der Antikommunismus des Südens hat weder Vertrauen in seine eigene Aufgabe, noch hat er Ideen und Männer, die Ideen in die Tat umsetzen könnten. Süd-Vietnam ist ein neues China *Tschiang Kai-scheks* aus den

Tagen vor der Flucht nach Formosa, mit dem gleichen unüberbrückbaren Abgrund zwischen dem Volk und seinen Führern, einem Volk, das mit Fatalismus dem Hereinbrechen des Vietminh entgegensieht, von dessen Unvermeidlichkeit es überzeugt ist. Es ist das gleiche ewige Wechselspiel von Zusammenschluß und Verrat der „Clans“ untereinander, der Sekten, der Armees, der gerade die Fäden der Macht ziehenden Clique und der schon zu ihrem Sturz bereitstehenden Nachfolger, in welches das Kuomintang-Regime ausgeartet war. Ein Mann wie *Bao Dai* war unfähig zu regieren, doch unübertroffen in der Kunst, durch feingesponnene Machenschaften den einen gegen den anderen auszuspielen, um dann noch den Schiedsrichter spielen zu können.“

Doch *Bao Dai* ist von der politischen Nebenbühne, auf der er sein privates Intrigenspiel zu führen suchte, verschwunden, ausgeschaltet durch die entschlossene, von den Amerikanern gedeckte Politik *Diems*.

„Von Norden“, so berichtet Guillain weiter, „haben sich die Agenten des Vietminh inzwischen zu Hunderten mit dem Strom der Hunderttausende aus dem Tonking eingeschmuggelt, wobei sie sich noch die Kosten der Fahrt... von Frankreich bezahlen ließen. Andere Vietminh-Anhänger, Partisanen und ehemalige Soldaten, sind im Süden in Zivilkleidung untergetaucht. In der Tat ist es einfach genug, die jungen Leute, die der Vietminh zur Ausbildung nach Süden schickt, als im Norden entlassene Soldaten auszugeben und die ausgebildeten Mannschaften in *Diems* Bereich zu lassen und sie zu Agitatoren und „Kadem“ zu schulen.“

Mit der Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen sind zwar die überall im Süden von den Vietminh aufgebauten militärischen Einheiten und Stützpunkte offiziell verschwunden, dafür aber hat die politische Organisation sich weiter entwickelt und überall ihre Fangnetze ausgelegt unter dem Deckmantel der verschiedensten Jugend- und Frauengruppen, der Vereinigungen alter Leute, der Bauernbünde, zahlreicher Friedenskomitees und Gesellschaften zur Vorbereitung der zukünftigen Wahlen usw. Mit der Erfassung der Landbevölkerung wurde gleichfalls begonnen, und der Name *Ho Tschü Minhs* wird in jedem Ort laut verkündet. Bereits jetzt sind in vielen Hunderten von Dörfern die Kommunisten die einzigen, die eine wirklich funktionierende — wenn auch im Untergrund arbeitende — Verwaltung aufgebaut haben und so praktisch die Gewalt in den Händen halten.“

Im Zeitraum des einen Jahres, das vergangen ist, seitdem dieser Augenzeugenbericht geschrieben wurde, haben die Bemühungen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Nord-Vietnam wiederaufzunehmen, wenig ermutigende Ergebnisse gezeigt. Vielleicht hatten die Machthaber in Hanoi erwartet, Frankreich würde mit dem Regime in Saigon brechen. Die Regierung der starken Hand *Diems* hatte jedoch, indem sie die auffässigen Sekten niederwarf und die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten immer enger gestaltete, „an Gesicht gewonnen“. Es ist allerdings schwer zu sagen, wie weit die Gewalt reicht, die *Diem* im Lande ausübt, wie lange sie dauern wird und welche Landesteile sie wirklich

⁷ Veröffentlicht in der Artikelserie über Vietnam: „Dans le Vietnam du Sud tout conspire au succès du Vietminh“; „Il est grand temps de rouvrir le «Dossier» Indochinois“; „L'Occident est encore à la recherche d'une politique indochinoise et asiatique“, in *Le Monde* vom 2., 3. und 4. Dezember 1954.

umfaßt. Der Süden ist ganz zweifellos der Bedrohung durch den Norden ausgesetzt, eine Entscheidung hängt aber nicht von dem Kräfteverhältnis zwischen Hanoi und Saigon allein ab, sondern letzten Endes von der Entwicklung der internationalen Lage im Fernen Osten und von der Fähigkeit der Vereinigten Staaten, Süd-Vietnam wirksam zu schützen⁸.

Der zweite entscheidende Faktor ist gegeben durch die Haltung Sowjetrußlands. Die große Unbekannte im Spiel, die bis heute nicht aufzulösen war, liegt in der Ueberlegung, ob es den Russen wünschenswert erscheinen kann, daß ein in steter Entwicklung begriffenes China Nord-Vietnam unterwirft und seinen Einfluß auch noch auf Süd-Vietnam ausdehnt.

Als Ergebnis des Indochina-Krieges bleibt, so wie die Dinge im Augenblick liegen, die Tatsache, daß im Widerspruch zu der allgemeinen Entwicklung in

der Welt, die auf immer größere, der modernen Technik und Wirtschaft angemessene räumliche Zusammenschlüsse in kontinentalem Rahmen abzielt, vier kleine, gerade zur Unabhängigkeit gelangte asiatische Staaten sich weigern, ein gemeinsames Zoll- und Währungsgebiet zu bilden — während in Europa die Schaffung einer europäischen Bank angestrebt wird! Das ehemalige Französisch-Indochina ist nicht nur als politischer Herrschaftsbereich, sondern auch als wirtschaftliche Einheit auseinandergefallen und in viele Teile zersplittert!

Diese Absonderung, ja gegenseitige Abschließung kann nur als ein gefährlicher Rückfall in ein politisches Kindheitsalter angesehen werden. Man muß sich fragen, ob diese vier kleinen Länder, der Staat Vietnam, die Demokratische Republik Vietnam, das Königreich Kambodscha und Laos, die in sich zerrissen, schwach und allein sind, in dem Glauben verharren werden, ihrer Bevölkerung eine bessere und würdigere Zukunft sichern zu können in einem Augenblick, da ihre Unabhängigkeit bereits durch die Fangarme großer Reiche bedroht ist.

⁸) Die Vereinigten Staaten haben keine regulären Truppeneinheiten in Süd-Vietnam stehen; der größte Teil des französischen Expeditionskorps ist nach Frankreich repatriiert worden, lediglich 30 000 Mann sind auf Wunsch der Regierung Diem und der Vereinigten Staaten in der Gegend von Kap St. Jacques verblieben.

Die Ergebnisse der Besprechungen zwischen Präsident Eisenhower und Premierminister Sir Anthony Eden in Washington vom 30. Januar bis zum 1. Februar 1956

Kommuniqué über die Besprechungen

Nach dreitägigen, freundschaftlichen und fruchtbaren Besprechungen haben der Präsident und der Premierminister das folgende Kommuniqué herausgegeben:

Im Bewußtsein der gemeinsamen Ziele unserer beiden Länder haben wir in einer besonderen gemeinsamen Erklärung unsere Ansichten über die Herausforderung dargelegt, der sich die freie Welt gegenübersteht, sowie die Prinzipien genannt, die, wie uns scheint, befolgt werden müssen, um ihr zu begegnen. In unseren Gesprächen haben wir auch andere, unsere beiden Regierungen in verschiedenen Teilen der Welt berührende Probleme erörtert.

Europa

Wir bestätigen, daß der Nordatlantikpakt von wesentlicher Bedeutung für unsere gemeinsame Sicherheit ist. Wir sehen in dieser Gemeinschaft weit mehr als nur eine militärische Allianz. Wir begrüßen es, daß die Konsultation im Nordatlantikpakt bei politischen und anderen Problemen immer mehr erweitert wird.

Auf wirtschaftlichem Gebiet erkennen wir den Beitrag an, den die OEEC zur Stabilität in Europa leistet. Im Rahmen der Atlantischen Gemeinschaft und unter Berücksichtigung ihrer größeren Interessen treten wir für weitere Fortschritte in Richtung auf eine engere sowohl politische als auch wirtschaftliche Gemeinschaft Europas ein.

Was Deutschland angeht, so stimmen wir darin überein, daß es, solange es gespalten bleibt, keinen echten und stabilen Frieden geben kann. Wir werden unsere Bemühungen fortsetzen, die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit herbeizuführen. Wir betrachten die Regierung der Bundesrepublik Deutschland als die einzige freie und legitim konstituierte, deutsche Regierung, die daher allein berechtigt ist, das deutsche Volk in internationalen Angelegenheiten zu vertreten.

Wir bestätigen unser bleibendes Interesse an der Sicherheit und dem Wohlergehen Berlins. Wir werden auch weiter, wie schon in der Vergangenheit festgestellt, jeden Angriff auf Berlin, von wem er auch ausgeht, als einen Angriff auf unsere Streitkräfte und uns selbst ansehen.

Naher Osten

Wir haben die Spannungen besprochen, die die Stabilität dieses Gebiets bedrohen und eine potentielle Gefährdung des Weltfriedens bedeuten. Es wurde Einigung darüber erzielt, daß alle Anstrengungen unternommen werden sollen, um die Ursachen von Mißverständnissen zwischen den Ländern dieses Gebiets und der westlichen Welt zu vermindern. Wir sind in jeder Weise bereit, wo immer möglich zur Ueberwindung von Schwierigkeiten

zwischen den Staaten dieses Gebietes beizutragen. Wir wollen den Völkern in diesem Teil der Welt dabei helfen, ihre legitimen Bestrebungen zu verwirklichen.

Eine Regelung zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn ist die dringendste Notwendigkeit. Sie wird nur möglich sein, wenn beide Seiten gewillt sind, ihre Standpunkte einander anzugleichen. Unsere beiden Regierungen erklären ihre Bereitschaft, zu einer solchen Regelung beizutragen, indem sie bezüglich des Flüchtlingsproblems finanzielle Hilfe leisten und die einmal vereinbarten Grenzen garantieren.

Wir sind über die herrschende Spannung in diesem Gebiet besorgt und haben erwogen, welche Schritte unternommen werden könnten, um sie zu vermindern. Die Dreimächteerklärung vom 25. Mai 1950 sieht Maßnahmen vor, die sowohl innerhalb als auch außerhalb der Vereinten Nationen getroffen werden können, falls Gewalt angewendet oder mit ihrer Anwendung gedroht wird oder Vorbereitungen zur Verletzung der Grenzen oder der Demarkationslinie getroffen werden. Wir sind gezwungen, anzuerkennen, daß sich die Gefahren vergrößert haben. In Uebereinstimmung damit haben wir Vorbereitungen für gemeinsame Beratungen über die Art der Maßnahmen getroffen, die wir im Falle eines solchen Ereignisses anwenden würden. Die französische Regierung ist aufgefordert worden, an diesen Beratungen teilzunehmen.

Wir glauben, daß die Sicherheit der Staaten in diesem Gebiet nicht allein auf der Rüstung beruht, sondern eher auf der Anwendung des Rechts und der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen unter den Nachbarn. Die Handlungsweise des Sowjetblocks mit seinen Waffenlieferungen an die Länder des Nahen Ostens hat die Spannungen in diesem Gebiet verstärkt und die Gefahr eines Krieges erhöht. Unser Ziel ist es, diese Gefahr zu vermindern.

Wir unterstützen voll die Bemühungen von General Burns, des Leiters der Waffenstillstandsüberwachungskommission der Vereinten Nationen, den Frieden an den Grenzen zu erhalten. Wir würden gleichfalls jede Empfehlung zur Erweiterung der Tätigkeit seiner Organisation und zur Stärkung ihrer Kompetenz wohlwollend erwägen.

Wir besprachen die Arbeit des Bagdadpaktes und stimmten in unserer Meinung über seine Wichtigkeit für die Sicherheit des Nahen und Mittleren Ostens überein. Wir sind uns klar, daß diese Gemeinschaft, von ihren militärischen Aspekten abgesehen, eine wichtige Rolle bei der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Mitgliedstaaten zu spielen hat. Wir glauben, daß der Pakt im Interesse dieses ganzen Gebietes liegt und keinen

Anlaß zu einer Beeinträchtigung der guten Beziehungen bietet, die wir zu Nichtmitgliedstaaten unterhalten möchten.

Die Regierung der Vereinigten Staaten wird fortfahren, die Zwecke und Ziele des Paktes nachhaltig zu unterstützen, und ihre Beobachter werden bei der Arbeit seiner Komitees eine konstruktive Rolle spielen.

Wir besprachen die Lage in Arabien und im Gebiet des Persischen Golfs unter besonderer Berücksichtigung der gegenwärtig in diesem Gebiet vorhandenen Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten. Wir glauben, daß diese Differenzen durch freundschaftliche Verhandlungen beigelegt werden können.

Süd- und Südostasien

Wir bekräftigen unsere Ansicht, daß die Südostasien-pakt-Organisation einen stabilisierenden Einfluß hat. Wir werden fortfahren, sie in vollem Maße zu unterstützen und mit jenen Ländern zusammenzuarbeiten, die mit uns als Verbündete in dieser Organisation zusammengeschlossen sind. Wir begrüßen unsere und unserer Verbündeten Zusammenarbeit mit anderen freien Nationen in diesem wichtigen Gebiet durch Organisationen, wie den Colombo-plan, bei der Erschließung der Hilfsquellen und der Förderung des Wohlergehens der teilnehmenden Länder.

Ferner Osten

Wir besprachen die Situation im Fernen Osten. Wir stehen fest zusammen in unserem Willen, durch Abschreckung eine aggressive Expansion durch Gewalt oder

Umsturz zu verhüten und den freien Nationen dieses Gebiets bei ihrer Selbstverteidigung und bei der Erhaltung von Stabilität und Wohlergehen im Inneren zu helfen. Wir stimmen darin überein, daß unsere Politik darauf gerichtet sein muß, diese Ziele zu erreichen. Nach offener Aussprache verbleiben noch einige Unterschiede in unserer Beurteilung der wirksamsten Mittel zur Erreichung dieser Ziele.

Wir stimmen darin überein, daß die Handelskontrollen bestehenbleiben müssen und jetzt sowie in regelmäßigen Abständen je nach den Verhältnissen überprüft werden sollen, um zu gewährleisten, daß sie den Interessen der freien Welt dienen.

Fragen der Atomenergie

Wir nahmen mit großer Befriedigung zur Kenntnis, daß die Informationen über die Atomforschung, die nun als Ergebnis der zwischen unseren Regierungen im letzten Juni abgeschlossenen Abkommen ausgetauscht werden, einen Gewinn für die gemeinsame Sicherheit bedeuten. Wir besprachen die Erweiterung unserer engen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Wir bekräftigten unsere Entschlossenheit, die Gründung einer internationalen Behörde mit angemessenen Sicherungen, die der Förderung der friedlichen Verwendung der Atomenergie dient, voranzutreiben.

Quelle: *The Times*, Nr. 53 444 vom 2. Februar 1956. Deutscher Text: *Englische Rundschau*, Nr. 5 vom 3. Februar 1956.

Gemeinsame Erklärung

Wir sind uns dessen bewußt, daß im Jahr 1956 immer noch der uralte Streit tobt zwischen denen, die da glauben, daß der Mensch seinen Ursprung und seine Bestimmung in Gott habe, und denen, die den Menschen behandeln, als sei er nur dazu geschaffen, einem Staatsapparat zu dienen. Daher halten wir es für nützlich, erneut gewisse Wahrheiten und Ziele zu proklamieren, zu denen wir uns gemeinsam bekennen und die, wie wir wissen, von allen freien Nationen angestrebt werden:

1. Weil wir glauben, daß der Staat für den einzelnen und nicht der einzelne für den Staat da ist, treten wir für das Grundrecht der Völker auf Regierungen ihrer eigenen Wahl ein.
2. Dieser unser Glaube ist weit mehr als eine Theorie oder Doktrin. Er findet seinen Niederschlag in der tatsächlichen Führung unserer Politik, sowohl der inneren als auch der auswärtigen. Wir sind Unterzeichner der Atlantik-Charta, der Charta der Vereinten Nationen, der Potomac-Charta und der Pazifik-Charta. In ihnen haben wir uns gemeinsam mit unseren Freunden zum Ziel der Selbstregierung und Unabhängigkeit aller Länder bekannt, deren Völker eine unabhängige Existenz wünschen und fähig sind, eine solche zu führen.

Während der letzten zehn und mehr Jahre haben 600 Millionen Menschen in fast 20 Ländern mit unserer Hilfe und Unterstützung den Status unabhängiger Nationen erreicht. Vielen weiteren Millionen wird möglichst ständig auf dem Wege zur Selbstregierung weitergeholfen. Somit ist die Realität und Wirksamkeit dessen, was wir getan haben, der Beweis unserer Aufrichtigkeit.

3. Weiter wissen wir, daß die politische Unabhängigkeit allein den Menschen und Nationen nicht die Möglichkeit sichern kann, nach Glück zu streben und ihre höchste Bestimmung zu erfüllen. Neben ihr ist wirtschaftliches Gedeihen und Wachsen notwendig. Wir haben geholfen, daß auch dies zustande kommt. Wir streben danach, gemeinsam mit anderen einen umfangreichen Handel zu gegenseitigem Nutzen zu entwickeln. Ebenso streben wir danach, durch technische Hilfe, den Colombo-plan und andere Programme, die wir unterstützen, den wirtschaftlichen Fortschritt in den weniger entwickelten Ländern zu fördern und den Lebensstandard ihrer Völker zu heben. Mit diesen Programmen streben wir weder eine Ausweitung wirtschaftlicher noch politischer Macht an. Der Zweck ist nicht, diese Völker zu schwächen, sondern ihren Wohlstand zu heben und ihre Freiheit zu sichern.

4. Während dieses Zeitraumes bemerkenswerter Fortschritte in der Zusammenarbeit der freien Welt sind die, die an die Vorherrschaft des Staates glauben und die Geburtsrechte des Menschen verleugnen, gleichfalls tätig gewesen. Millionen von Menschen verschiedener Rasse, Religion und Tradition sind gewaltsam der Sowjetunion einverleibt und viele weitere Millionen faktisch, wenn auch nicht immer der Form nach, vom sowjetischen kommunistischen Block absorbiert worden. Allein in Europa sind etwa 100 Millionen Menschen, die einst in zehn unabhängigen Staaten lebten, dazu gezwungen, gegen ihren Willen für den Ruhm und die Macht des sowjetischen kommunistischen Staates zu arbeiten.

Die kommunistischen Herrscher haben in zahlreichen Dokumenten und Manifesten ihren Willen proklamiert, den Kommunismus durch alle nur möglichen Mittel auszubreiten, bis er die ganze Welt umfaßt. Zu diesem Zweck haben sie in der Vergangenheit militärische und politische Gewalt benutzt. Sie streben weiterhin dieselben Ziele an, und sie haben jetzt wirtschaftliche Lockmittel ihren anderen Methoden der Durchdringung hinzugefügt.

Es wäre illusorisch, zu hoffen, daß die sowjetischen Machthaber in ihrem politischen und wirtschaftlichen Verhalten nach außen für die Rechte anderer Völker ein Interesse zeigen könnten, das sie gegenüber jenen Männern und Frauen, die sie schon beherrschen, nicht an den Tag legen. Jede freie Nation, die sich durch Drohungen, Versprechungen oder Verlockungen verleiten läßt, den Kommunismus anzunehmen, wird ihre Unabhängigkeit verlieren, und ihr Volk wird seine Rechte und Freiheiten verlieren. Diese zueinander im Gegensatz stehenden Geschehnisse der letzten Jahre zeigen das Wesen des Kampfes zwischen den freien Ländern und den kommunistischen Herrschern.

5. Angesichts der kommunistischen Herausforderung haben sich fast 50 Nationen, die die Freiheit wertschätzen, in freiwilligen Gemeinschaften zu ihrer kollektiven Sicherung zusammengeschlossen. Diese Gemeinschaften sichern allen ihren Mitgliedern das Recht der unabhängigen Existenz, das Recht der freien Meinungsäußerung und das Recht, anderer Ansicht zu sein. Der Zweck ihres Zusammenschlusses ist es, diese nationalen Rechte zu wahren, wie sich auch innerhalb eines Staates Menschen zusammenschließen, um ihre individuellen Rechte zu schützen.

6. Wir weisen jeden Gedanken zurück, die von uns beschriebene Kluft durch Gewalt zu schließen. Wir werden niemals als erste zur Gewalt greifen. Darüber hinaus werden wir unseren ganzen Einfluß darauf verwenden, um sicherzustellen, daß die sowjetischen Versuche, alte Antagonismen wieder zu beleben, nicht zu einem Friedensbruch führen. Die Vereinten Nationen bieten eine geeignete Handhabe, um Ländern zu helfen, die bestrebt sind, ihre Meinungsverschiedenheiten friedlich zu überbrücken und Streitigkeiten beizulegen.

Viele Nationen der freien Welt bieten stets gern ihre guten Dienste an, um das gleiche Ziel zu erreichen. Unsere beiden Länder sind ständig bereit, bei Verhandlungen und Schlichtungsverfahren mit anderen direkt Beteiligten zu helfen, um so gerechtere Regelungen der konkreten Probleme zu erreichen, die gegenwärtig der Welt Schwierigkeiten bereiten.

7. Wir werden uns weiterhin bemühen, einen gerechten und dauerhaften Frieden sowie eine allgemeine und wirksam kontrollierte Abrüstung zu erreichen, die die Menschheit von der Last und den Schrecken der modernen Waffen befreit.

Inzwischen muß die Familie der freien Nationen die notwendige Macht bewahren, um vor jeder Aggression abzuschrecken. Wir erkennen an, daß eine solche Macht nie als ein Mittel dazu dienen darf, den eigenen Staat zu vergrößern, sondern nur als der notwendige Schild für alle Mitglieder der Gemeinschaft der Nationen.

Wir sind entschlossen, die Beherrschung des Atoms zu einem Weg zum friedlichen Fortschritt und nicht zur Straße des Verderbens zu machen.

8. Wir werden uns von der Politik und den Zielen, die wir hier dargelegt haben, nicht abbringen lassen, im Gegenteil, wir werden sie beibehalten und, wo notwendig, festigen und erweitern. Damit werden wir uns und anderen zu Frieden, Freiheit und sozialem Fortschritt verhelfen, die Menschenrechte erhalten, wo sie gesichert sind, sie verteidigen, wo sie in Gefahr schweben, und sie friedlich wieder zur Geltung bringen, wo sie zeitweilig verlorengegangen.

Indem wir entschlossen diese Ziele anstreben, die das Ergebnis unseres Glaubens an Gott und an die Völker der Erde sind, werden wir mit Begierde jede echte Gelegenheit wahrnehmen, die Menschheit von der Wolke der Furcht und Unsicherheit zu befreien, die gegenwärtig verbirgt, was eine glorreiche Zukunft sein kann und sein sollte.

Dwight D. Eisenhower
Anthony Eden

Quelle: *The Times*, Nr. 53 444 vom 2. Februar 1956.
Deutscher Text: *Englische Rundschau*, Nr. 5 vom 3. Februar 1956.

Die militärische Einbeziehung der DDR in den Warschauer Vertrag

Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR vom 18. Januar 1956

Der Schutz der Arbeiter-und-Bauern-Macht, der Erwerbschaften der Werktätigen und die Sicherung ihrer friedlichen Arbeit sind elementare Pflicht unseres demokratischen, souveränen und friedliebenden Staates. Die Wiedererrichtung des aggressiven Militarismus in Westdeutschland und die Schaffung der westdeutschen Söldnerarmee sind eine ständige Bedrohung des deutschen Volkes und aller Völker Europas.

Zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit und der Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik beschließt die Volkskammer auf der Grundlage der Artikel 5

und 112 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik das folgende Gesetz:

§ 1

(1) Es wird eine „Nationale Volksarmee“ geschaffen.

(2) Die „Nationale Volksarmee“ besteht aus Land-, Luft- und Seestreitkräften, die für die Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik notwendig sind. Die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte wird begrenzt entsprechend den Aufgaben zum Schutze des Territoriums der Deutschen Demokratischen Republik, der Verteidigung ihrer Grenzen und der Luftverteidigung.

§ 2

(1) Es wird ein „Ministerium für Nationale Verteidigung“ gebildet.

(2) Das „Ministerium für Nationale Verteidigung“ organisiert und leitet die „Nationale Volksarmee“ (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) auf der Grundlage und in Durchführung der Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse der Volkskammer und des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik.

(3) Die Aufgaben des „Ministeriums für Nationale Verteidigung“ werden vom Ministerrat festgelegt.

§ 3

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.
Berlin, den 18. Januar 1956.

Quelle: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 8/1956 vom 24. Januar 1956°.

Kommuniqué der Sitzungen des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Prag am 27. und 28. Januar 1956

Am 27. und 28. Januar 1956 fanden in Prag die Sitzungen des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, der in Warschau am 14. Mai 1955 abgeschlossen wurde, statt.

Auf Vorschlag des Oberkommandierenden der vereinigten Streitkräfte, Marschall der Sowjetunion I. S. Konjew, wurden das Statut über das vereinigte Oberkommando erörtert und bestätigt sowie organisatorische Fragen entschieden, die mit der Tätigkeit der vereinigten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages verbunden sind.

Es wurde der Vorschlag der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik angenommen, daß nach der Schaffung der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik ihre bewaffneten Kontingente in die vereinigten Streitkräfte einbezogen werden. Es wurde ebenfalls beschlossen, daß der Minister für nationale Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik entsprechend der festgelegten Ordnung ein Stellvertreter des Oberkommandierenden der vereinigten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sein wird.

Entsprechend dem Warschauer Vertrag, der die Durchführung von Beratungen zwischen den Teilnehmerstaaten des Vertrages über internationale Fragen vorsieht, die ihre

gemeinsamen Interessen berühren, erörterte der Politische Beratende Ausschuss die internationale Lage und kam zu Schlußfolgerungen, die in der Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages dargelegt sind, die von den Vertretern dieser Staaten unterzeichnet wurde. Der Text der Deklaration wird gesondert veröffentlicht.

Es wurden einige organisatorische Fragen erörtert, die mit der Arbeit des Politischen Beratenden Ausschusses verbunden sind.

Es wurden Beschlüsse darüber gefaßt, daß der Politische Beratende Ausschuss je nach Notwendigkeit zusammenzutreten wird, jedoch nicht weniger als zweimal im Jahr, um die in Verbindung mit der Verwirklichung des Warschauer Vertrages entstehenden Fragen zu erörtern.

Den Vorsitz werden auf den Sitzungen für je ein Kalenderjahr der Reihe nach die Vertreter eines jeden Staates führen, der im Ausschuss vertreten ist.

Beim Politischen Beratenden Ausschuss werden Hilfsorgane mit dem Sitz in Moskau gebildet:

- a) eine ständige Kommission zur Ausarbeitung von Empfehlungen für außenpolitische Fragen;
- b) ein vereinigttes Sekretariat, dem die Vertreter aller Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages angehören.

Quelle: *Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie*, Organ des Kominform, Nr. 5 vom 3. Februar 1956.

Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages

Die Vertreter der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 14. Mai 1955 — der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Republik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik, der Rumänischen Volksrepublik, der Volksrepublik Bulgarien und der Volksrepublik Albanien —, die in Prag zur Sitzung des Politischen Beratenden Ausschusses zusammengekommen sind, der in Übereinstimmung mit dem Warschauer Vertrag geschaffen wurde, führten einen Meinungsaustausch über Fragen der internationalen Lage und der Sicherheit in Europa durch. Im Ergebnis dieser Beratung geben sie ihrer völligen Einmütigkeit bezüglich der Einschätzung der internationalen Lage als Ganzes sowie der in Europa entstandenen Lage Ausdruck. Sie sind sich auch über diejenigen Maßnahmen einig, die zur weiteren Minderung der internationalen Spannungen, zur Regelung der ungelösten internationalen Probleme und zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa erforderlich sind.

Das mächtige Streben der Völker zum Frieden führte bereits zu wesentlichen Veränderungen in der internationalen Situation, zu einer bestimmten Minderung der Spannungen in den Beziehungen zwischen den Staaten. Es zeigten sich neue, bisher noch ungenützte Möglichkeiten für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten und für die Festigung der internationalen Zusammenarbeit, unabhängig von den Unterschieden der gesellschaftlichen Ordnung in den einzelnen Staaten. Die Methode, Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten zwischen den Staaten auf dem Wege von Verhandlungen, unter Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen der Partner, und nicht durch Gewaltanwendung oder Drohungen mit Gewalt zu lösen, hat sich bewährt. Gerade deshalb hatten die in der letzten Zeit stattgefundenen Zusammenkünfte führender Staatsmänner, besonders die

*) An gleicher Stelle ist der Beschluß des Ministerrats der DDR über die Einführung der Uniformen, Dienstgradbezeichnungen und Dienstgradabzeichen für die Nationale Volksarmee veröffentlicht.

Genfer Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte, große positive Bedeutung für die Gesundung der gesamten internationalen Situation und für die Verringerung der Gefahr eines neuen Krieges.

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Staaten in den letzten Jahren zeigt, daß die Politik des Zusammenzimmerns aggressiver Militärblocks wie Nordatlantikkblock, Bagdadbblock, Militärblock in Südostasien (SEATO), die gegen friedliebende Staaten gerichtet sind, nicht zur Regelung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Staaten beiträgt, sondern diese Meinungsverschiedenheiten vertieft und die Beziehungen zwischen den Ländern verschärft. Das Ergebnis einer solchen Politik ist ein Wettrüsten von noch nicht dagewesenem Ausmaß, insbesondere auf dem Gebiet der Massenvernichtungswaffen — der Atom-, Wasserstoff-, Raketenwaffen usw. Diese Politik hat bereits dazu geführt, daß die Staaten für die Herstellung von Wasserstoff- und Atomwaffen, von Raketenwaffen, Flugzeugen, Kriegsschiffen, Panzern, Artillerie und anderen Waffen gewaltige, immer umfangreichere materielle Mittel aufwenden. Dies alles erhöht zweifellos die Gefahr eines neuen Krieges, der der Menschheit unerhörte Opfer und Leiden bringen würde.

Gleichzeitig damit bedeutet die Beteiligung an den genannten Militärblocks für viele Staaten, die unter dem Druck von außen mit erlaubten und unerlaubten Mitteln in diese Militärblocks einbezogen werden, eine unmittelbare Bedrohung ihrer nationalen Unabhängigkeit, die Gefahr, in Konflikte für fremde Interessen hineingezerrt zu werden, sowie die Gefahr einer erneuten kolonialen Versklavung derjenigen Völker, die in erbitterten Kämpfen das koloniale Joch abgeschüttelt und die Möglichkeit einer unabhängigen Entwicklung erhalten haben.

Es ist kein Zufall, daß immer mehr Staaten die Politik der Schaffung aggressiver Militärblocks und der Verstärkung des Wettrüstens verurteilen. Immer breitere Anerkennung findet das Streben nach gemeinsamen Bemühungen der Staaten im Kampf um den Frieden, nach internationaler Zusammenarbeit auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, des Nichtangriffs, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils sowie der friedlichen Koexistenz. Diesem Ziel entspricht auch das Bestreben einer Reihe von Staaten, sich aus aggressiven Militärblocks herauszuhalten und eine Politik der Neutralität zu betreiben.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages begrüßen solche Bestrebungen und sind davon überzeugt, daß eine Unterstützung dieser Bestrebungen die Kräfte des Friedens stärkt und die Kräfte des Krieges schwächt.

Sie bringen ihre Sympathie für die Völker der Länder Asiens und Afrikas zum Ausdruck, die ihr gesetzmäßiges Recht auf eine unabhängige nationale Entwicklung verteidigen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages erklären, daß sie die Beschlüsse der Bandungskonferenz der Länder Asiens und Afrikas voll und ganz unterstützen. Die Teilnehmer der Bandungskonferenz haben ihre Entschlossenheit bekundet, die Sache des Friedens und des Fortschritts zu verteidigen. Sie haben das Kolonialsystem verurteilt, dem durch den Sieg des großen chinesischen Volkes und die Bildung der Chinesischen Volksrepublik,

die heute eines der mächtigsten Bollwerke des Friedens in der ganzen Welt ist, ein neuer vernichtender Schlag versetzt wurde. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages betonen gleichzeitig die hervorragende Rolle, die bei dieser Konferenz solche Staaten wie Indien, Indonesien, Burma, Ägypten und andere gespielt haben. Sie erklären ihre Bereitschaft, zur Verwirklichung der Beschlüsse der Bandungskonferenz beizutragen, dabei auch auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit, die auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils erfolgt, ohne daß dem Partner irgendwelche politischen, militärischen oder andere Bedingungen aufzuerlegen werden.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages messen selbstverständlich der Lage in Europa und den Maßnahmen besondere Bedeutung zu, die zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit erforderlich sind. In der gegenwärtigen Situation, in der Europa in gegeneinander gerichtete militärische Gruppierungen gespalten ist, in der das Wettrüsten der Teilnehmerstaaten des Nordatlantikkblocks immer größere Ausmaße annimmt, in der Westdeutschland, das in diesen Block einbezogen ist, aktiv remilitarisiert wird, sind die europäischen Völker verständlicherweise um das Schicksal des Friedens in Europa besorgt. Sie erkennen die ganze Gefahr der Vergrößerung der Streitkräfte — der Armeen, der Luftwaffe und der Vorräte an Atom- und Wasserstoffwaffen. Sie sind sich auch darüber im klaren, daß durch das Fortbestehen einer solchen Lage in Europa die Lasten der Kriegsausgaben, die die Völker im Zusammenhang mit dem Wettrüsten zu tragen haben, immer größer werden.

Gerade durch die Erkenntnis der Gefahr, die die Politik der Schaffung aggressiver Militärblocks und des Wettrüstens in sich birgt, ist die Tatsache zu erklären, daß das französische Volk bei den kürzlich durchgeführten Parlamentswahlen diejenigen Kräfte unterstützte, die für die internationale Zusammenarbeit, für die Regelung der noch ungelösten Probleme mit friedlichen Mitteln und für die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt eintreten.

Die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, die Deutsche Demokratische Republik, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien erklären ihre Bereitschaft, mit allen anderen Staaten bei der Durchführung von Maßnahmen zusammenzuarbeiten, die auf die Festigung der europäischen Sicherheit und auf die Beseitigung der Gefahr eines neuen Krieges in Europa gerichtet sind. Sie sind fest entschlossen, auch in Zukunft eine Politik des Friedens und der friedlichen allseitigen Zusammenarbeit zwischen allen Staaten — den großen und den kleinen — zu betreiben. Dieses ihr Bestreben beruht auf der tiefen Erkenntnis, daß ein neuer Krieg die Völker ungeheure Opfer kosten und das Territorium vor allem der Staaten verwüsten würde, die zum Schlachtfeld werden. Es entspringt ferner den Erfordernissen der inneren Entwicklung und der Natur dieser Staaten, deren Völker beschäftigt sind mit der Erfüllung grandioser Pläne der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung, der Hebung des Wohlstands der Menschen und der allseitigen Entwicklung der Wirtschaft und Kultur, die es ermöglicht, die neuesten Errungenschaften der Wissenschaft und Technik in den Dienst der Menschheit zu stellen.

Im Gegensatz zu diesem Streben der friedliebenden Staaten nach Festigung der Sicherheit in Europa fürchten

bestimmte Kreise der Westmächte eine Minderung der internationalen Spannungen und die Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten. Sie sind offensichtlich bestrebt, die Kriegspsychose zu erhalten und den Kalten Krieg fortzusetzen, da sie der Ansicht sind, daß sie nur auf diesem Wege die von ihnen geschaffenen militärischen Gruppierungen in Europa — und nicht nur in Europa — vor dem Zerfall bewahren, das Wettrüsten fortsetzen und damit das Anwachsen der schon ohnedies hohen Profite der kapitalistischen Monopole sichern können.

Mit ihren marktschreierischen militärischen Programmen und brandstifterischen Erklärungen versuchen die aggressiven Kreise dieser Staaten, gleichzeitig die friedliebenden Staaten einzuschüchtern und zu außerordentlich hohen militärischen Ausgaben sowie zur Einschränkung des friedlichen wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus zu zwingen. Die aggressiven Kreise fürchten die Festigung der Kräfte des Friedens, sie fürchten das Anwachsen des Wohlstands der Völker der friedliebenden Staaten.

Dies alles erklärt die Tatsache, daß die Westmächte ein Hindernis nach dem anderen auf dem Wege zur Herbeiführung von Abkommen über die gesamteuropäische Sicherheit errichten und sich weigern, das Problem der Abrüstung und des Verbots der Atomwaffe sowie der Einstellung des Wettrüstens zu lösen.

Die Völker unserer Länder, die von ihrer Kraft überzeugt und von den großen Siegen beim Aufbau des Sozialismus begeistert sind, lassen sich nicht einschüchtern oder betrügen. Sie stützen sich auf das unüberwindliche Streben der Völker nach Frieden, auf die eigene vereinigte und wachsende Macht. Sie werden auch in Zukunft ihre friedliche schöpferische Politik fortsetzen und aktiv zur Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker beitragen.

Friedliche Bedingungen der Entwicklung können für die europäischen Völker am besten durch Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, das die in Europa bestehenden militärischen Gruppierungen ablösen würde, gewährleistet werden. In dem Bestreben, die Möglichkeit der Schaffung eines wirksamen Systems der europäischen Sicherheit zu erleichtern, bringen die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages gleichzeitig ihre Bereitschaft zum Ausdruck, gemeinsam mit anderen interessierten Staaten Vorschläge zu erörtern, die dieser Aufgabe entsprechen würden.

Diesem Ziel könnten der Abschluß eines entsprechenden Abkommens zunächst zwischen einem Teil der europäischen Staaten einschließlich der UdSSR, Großbritanniens, Frankreichs und der USA sowie die Schaffung einer Zone in Europa dienen, für die durch ein besonderes Abkommen zwischen den interessierten Staaten Stärke und Stationierung von Streitkräften festgelegt würden. In Verbindung damit könnten auch die entsprechenden Vorschläge erörtert werden, die die Regierung Großbritanniens auf der Genfer Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte unterbreitete.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Frage der Schaffung der erwähnten besonderen Zone der Beschränkung und Kontrolle der Rüstungen in Europa, die beide Teile Deutschlands einschließt, sowie die Herbeiführung einer entsprechenden Vereinbarung zwischen den Staaten. Diese Vereinbarung könnte den Abzug bzw. die Begrenzung der Stärke ausländischer Truppen in beiden Teilen

Deutschlands sowie die Begrenzung der bewaffneten Kontingente der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik unter Festlegung der erforderlichen Kontrolle über die Einhaltung eines entsprechenden Abkommens vorsehen. Ein solches Abkommen wäre ein wichtiger Schritt zur weiteren Entspannung in Europa. Es würde günstigere Voraussetzungen auch für die Lösung des Deutschlandproblems in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Gewährleistung der europäischen Sicherheit schaffen.

Im Zusammenhang mit ihrem Wettrüsten sprachen sich die Teilnehmerstaaten des Nordatlantikblocks im Dezember vergangenen Jahres für die Ausrüstung ihrer Armeen mit der Atomwaffe und für die Erhöhung der Luftstreitkräfte dieser Gruppierung in Europa um ein Drittel aus. Es darf nicht übersehen werden, daß ein solcher Schritt auf die Zuspitzung der Lage in Europa, auf das weitere Wettrüsten und auf eine noch größere Aufblähung der Militärbudgets gerichtet ist. Dies alles geschieht ungeachtet der Tatsache, daß die friedliebenden europäischen Staaten bereits eine Reihe von Maßnahmen zur Einschränkung ihrer Streitkräfte und der Militärbudgets unternommen haben.

Da sich der genannte Beschluß des Nordatlantikblocks im Widerspruch zu den Forderungen der Völker befindet, dem Wettrüsten ein Ende zu bereiten und die Gefahr eines Atomkrieges zu beseitigen, verurteilen die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages entschieden diesen Schritt als unvereinbar mit den Interessen der europäischen Sicherheit. Sie schlagen vor, daß bis zur Herbeiführung eines Abkommens über das Verbot der Atomwaffe zwischen den interessierten Staaten eine Übereinkunft dahingehend getroffen wird, daß die auf dem Territorium Deutschlands stationierten Streitkräfte, darunter auch die bewaffneten Kräfte der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik, nicht mit Atomwaffen ausgerüstet werden. Ein solches Abkommen würde ein Schritt vorwärts auf dem Wege zur Minderung der Spannungen in Europa sein und auch den Interessen des deutschen Volkes entsprechen.

Der im Juli und Oktober vergangenen Jahres in Genf stattgefundene Meinungsaustausch zwischen den führenden Staatsmännern der vier Mächte zeigte das Bestreben der Seiten, die zwischen ihnen bestehenden Meinungsverschiedenheiten mit friedlichen Mitteln, auf dem Wege von Verhandlungen zu lösen. Im Zusammenhang damit wäre es von großer Bedeutung, wenn einerseits die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und andererseits die Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes die Verpflichtung übernehmen würden, die zwischen ihnen entstehenden Streitigkeiten und Unstimmigkeiten nur mit friedlichen Mitteln zu klären.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind der Meinung, daß die Herstellung guter Beziehungen und die Regelung strittiger Fragen zwischen den einzelnen Ländern, unabhängig von ihrer eventuellen gegenwärtigen Zugehörigkeit zu diesen oder jenen militärischen Gruppierungen, eine große Bedeutung für die Festigung des Friedens haben werden. Dies bezieht sich insbesondere auf die Nachbarstaaten. Im Zusammenhang damit würde die Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen, insbesondere zwischen der Sowjetunion, der Türkei, Bulgarien, Griechenland, Albanien, Italien, der Tschechoslowakei und der Deutschen Bundesrepublik, eine große

Bedeutung haben. Von großer Bedeutung wäre auch die Herstellung normaler Beziehungen zwischen den Staaten, die solche Beziehungen bisher nicht unterhalten.

Bis zur Herbeiführung eines Abkommens über die Schaffung eines wirksamen Sicherheitssystems in Europa wäre der Abschluß von Nichtangriffspakten zwischen den entsprechenden Ländern mit der Verpflichtung, strittige Fragen nur mit friedlichen Mitteln zu lösen, ein ernsthafter Beitrag zur Festigung einer solchen Sicherheit und zur Schaffung des notwendigen Vertrauens zwischen den europäischen Staaten.

Die Regierungen der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei, der Deutschen Demokratischen Republik, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens und Albaniens erklären ihre Entschlossenheit, ihre Kräfte der edlen Sache der Festigung des Friedens zwischen den Völkern zu wid-

men. Sie bringen ihre Bereitschaft zum Ausdruck, gemeinsam mit anderen interessierten Staaten die unauf-schiebbaren Probleme der europäischen Sicherheit sowie andere ungelöste internationale Probleme zu erörtern, darunter auch die Frage von Maßnahmen zur Einstellung des Wettrüstens und zur Befreiung der Menschheit von der Gefahr eines Atomkrieges. Gleichzeitig werden sie auch weiterhin die erforderliche Sorge um die Gewährleistung ihrer Sicherheit an den Tag legen. Sie sind von der Entschlossenheit erfüllt, alles Notwendige zu tun, um die friedliche Arbeit ihrer Bürger zu schützen und die Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung und für das Aufblühen ihrer Völker zu gewährleisten.

Prag, den 28. Januar 1956.

Quelle: *Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie*, Organ des Kominform, Nr. 5 vom 3. Februar 1956.

Deutsch-indisches Kommuniqué vom 19. Januar 1956 über den Staatsbesuch von Vizekanzler Franz Blücher in Indien

Auf Einladung der indischen Regierung hat Dr. Franz Blücher, der Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland, Indien einen Staatsbesuch abgestattet. Er wurde vom Präsidenten Dr. Rajendra Prasad und vom Vizepräsidenten Dr. S. Radhakrishnan empfangen. Er hatte mehrere Gespräche mit dem Premierminister und Kabinettsmitgliedern der indischen Regierung. Diese Gespräche verliefen in freundschaftlichem Geiste und behandelten die Außen- und Innenpolitik der beiden Länder.

Der Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland informierte den Premierminister Indiens insbesondere über die in den Nachkriegsjahren von der Bundesrepublik verfolgte Wirtschaftspolitik. Ferner unterrichtete Dr. Blücher den Premierminister darüber, daß die Bundesrepublik Deutschland das gleiche grundsätzliche Ziel verfolgt wie Indien, nämlich die Erhaltung und Stärkung des Weltfriedens. Beide Staatsmänner stimmten darin überein, daß die Beziehungen zwischen Staaten auf dem Prinzip der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten basieren sollten. Der Premierminister Indiens gab der Hoffnung Ausdruck, daß es bald zu einem Ueberein-

kommen der Beteiligten über die friedliche Vereinigung der beiden Teile Deutschlands im Einklang mit den Wünschen des deutschen Volkes kommen werde.

Die beiden Staatsmänner erörterten die Möglichkeiten einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern. Der Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland versicherte dem Premierminister Indiens den festen Willen seiner Regierung, an der Verwirklichung der Ziele des zweiten indischen Fünfjahrplans mitzuarbeiten. Die Staatsmänner besprachen ferner die Möglichkeiten für engere kulturelle Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

Vizekanzler Dr. Blücher übermittelte dem Premierminister Indiens eine Einladung seiner Regierung zu einem Besuch der Bundesrepublik. Der Premierminister hat die Einladung gern angenommen. Der genaue Zeitpunkt des Besuches des Premierministers wird später bekanntgegeben werden.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 15 vom 21. Januar 1956.

Gemeinsame jugoslawisch-ägyptische Erklärung vom 6. Januar 1956 zum Abschluß des Besuches von Präsident Tito in Ägypten

Der Präsident der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, Josip Broz Tito, stattete auf Einladung des Präsidenten Nasser der Republik Ägypten vom 28. Dezember 1955 bis zum 6. Januar 1956 einen Staatsbesuch ab. Während des Aufenthaltes in Ägypten führten Präsident Tito und Präsident Nasser zusammen mit ihren Mitarbeitern freundschaftliche Gespräche und führten als Fortsetzung der Gespräche, die sie am 5. Februar 1955 hatten, einen Meinungsaustausch über die Entwicklung der internationalen Lage einschließlich der Probleme Südeuropas und des Nahen Ostens sowie über die weitere Entwicklung und Festigung der Beziehungen und der

Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern durch. Diese Gespräche verliefen in einer Atmosphäre der Herzlichkeit und des gegenseitigen Verständnisses, die die Beziehungen zwischen den beiden Ländern kennzeichnen.

I

Präsident Tito und Präsident Nasser haben mit Genugtuung die Identität ihrer Auffassungen zu den Grundfragen der heutigen internationalen Lage festgestellt. Die beiden Präsidenten sind der Ansicht, daß sich die allgemeine Kriegsgefahr in den letzten Jahren als Ergebnis der Bestrebungen und Bemühungen der Völker um den

Frieden entfernt hat und daß eine Besserung der allgemeinen Lage zum Ausdruck gekommen ist. Die Beibehaltung der Methoden aus der Vergangenheit und aus der Zeit des akuten Kalten Krieges führt jedoch zu einer vorübergehenden Verschärfung auf einzelnen Gebieten, was zwangsläufig die allgemeine Tendenz zu einem Nachlassen der Spannung hemmt. Die beiden Staatschefs sind der Ansicht, daß man auf eine neue konstruktive Weise an die Lösung der Weltprobleme herangehen müsse. Unter ihnen steht an erster Stelle das Problem, den Erstarkungsprozeß der Unabhängigkeit der Länder zu beschleunigen, die in jüngster Zeit ihre Selbständigkeit errungen haben, sowie auch den Verselbständigungsprozeß der noch abhängigen Völker und den wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß der unterentwickelten Länder zu beschleunigen.

Die Staatschefs sind der Ansicht, daß der allgemeine Fortschritt der Menschheit und die Entwicklung der Produktivkräfte es ermöglichen und fordern, daß diese Probleme in Uebereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder gelöst werden. Jede dahin gerichtete Bemühung würde zu einem Nachlassen der Spannung in der Welt führen und zugleich die Basis für Verhandlung und Verständigung als einzige Methoden zur Lösung der bestehenden Konflikte erweitern. In diesem Sinne wird die Politik, sich keinen Blocks anzuschließen, der beide Länder konsequent verbunden bleiben, noch bedeutsamer. Die Präsidenten halten es für notwendig, erneut zu unterstreichen, daß die Politik, die sie aufgenommen haben und die ihre Länder befolgen, keine Passivität bedeutet, sondern eine positive, aktive und konstruktive Politik ist, die das Ziel hat, eine allgemeine kollektive Sicherheit zu schaffen und das Gebiet des Friedens in der Welt wesentlich zu erweitern. Sie sind sich ebenfalls einig, daß die Forcierung der militärischen Block- und Paktpolitik zwangsläufig einen selbstmörderischen Rüstungswettlauf nach sich zieht, das Nichtverstehen unter den Völkern hervorruft und die Spannung in der Welt vergrößert. Sie sprechen ihre Ueberzeugung aus, daß der Friede durch Zusammenarbeit auf allen Gebieten auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Völker gefestigt werden kann.

Die Präsidenten sind darin einig, daß die auf der asiatisch-afrikanischen Konferenz in Bandung in Indonesien im April 1955 gefaßten Beschlüsse die Prinzipien aussprechen und auf die Ziele gerichtet sind, an die Ägypten und Jugoslawien glauben und für die sie in Uebereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen unbeirrt arbeiten.

II

Präsident Tito und Präsident Nasser stellen mit besonderer Genugtuung fest, daß ihre Länder im Rahmen der Vereinten Nationen eine fruchtbare Zusammenarbeit entfalten, die sich auf die Identität ihrer Ansichten über die internationalen Hauptprobleme und die Ähnlichkeit der Form gründet, in der sie an eine Lösung dieser Probleme herangehen. Sie begrüßen den Beschluß der Vereinten Nationen, 16 Länder als Mitglieder aufzunehmen, wofür sich die beiden Länder eingesetzt haben, und sie sind der Ansicht, daß die Vereinten Nationen an Stärke

und Autorität gewinnen werden, wenn sie alle Länder, die einen Anspruch darauf haben, als Mitglieder aufnehmen.

Sie begrüßen ebenfalls die Bemühungen der Vereinten Nationen, ein Abkommen über die Abrüstung zu erzielen, wofür die Verantwortung vor allem bei den Großmächten liegt, und sie sind der Ansicht, daß als Anfang auch begrenzte Abkommen in dieser Hinsicht viel zu einer Stärkung des internationalen Vertrauens und zur Konsolidierung des Friedens beitragen würden.

Mit Genugtuung wird auch der Fortschritt festgestellt, der in der Tätigkeit der Vereinten Nationen für eine organisierte Ausnutzung der Kernenergie für Friedenszwecke und für das Wohlergehen aller Völker zu verzeichnen ist.

Volle Aufmerksamkeit schenken die Präsidenten den bestehenden Beziehungen zwischen Jugoslawien und Ägypten sowie den Aussichten für die weitere Entwicklung dieser Beziehungen und die Stärkung der gegenseitigen Zusammenarbeit. Mit Genugtuung wurde festgestellt, daß diese Beziehungen in den letzten Jahren immer enger und fester geworden sind und daß sie erfüllt sind vom Geiste der aufrichtigen Freundschaft, die während Präsident Titos Besuch und durch den herzlichen Empfang, den man ihm während seines ganzen Aufenthaltes in Ägypten bereitet, bestätigt ist.

Die Grundelemente für die Schaffung dieser engen Bande der Freundschaft und des gegenseitigen Verstehens ergeben sich in der Hauptsache aus der Tatsache, daß die Völker beider Länder fest entschlossen sind, ihre schwer erworbene Freiheit und Unabhängigkeit zu verteidigen, daß sie im Hinblick auf ihre innere Entwicklung und den inneren Fortschritt vor ähnlichen Problemen stehen und daß sie zu den Grundfragen der Außenpolitik und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit identische Auffassungen haben.

Die Präsidenten haben den festen Beschluß gefaßt, die Beziehungen zwischen ihren beiden Ländern auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem und anderen Gebieten, die sich auf gegenseitige Achtung, gemeinsames Interesse und ständige gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten gründen, weiter auszubauen. Es wurde festgestellt, daß umfassende Möglichkeiten für den Ausbau einer für beide Seiten nützlichen Zusammenarbeit bestehen. Es wurde beschlossen, weitere Anstrengungen für den Ausbau des Warenaustausches und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu machen. Für die Stärkung der Beziehungen auf kulturellem Gebiet wurde Uebereinstimmung erzielt. Besonders wurde die Nützlichkeit betont, den gegenseitigen Meinungsaustausch fortzusetzen und zu erweitern, um gemeinsame Probleme zu behandeln und die Beziehungen sowohl in unmittelbaren Kontakten als auch im Rahmen der Vereinten Nationen zu stärken.

Präsident Tito und Präsident Nasser sprechen ihre Ueberzeugung aus, daß die freundschaftlichen und brüderlichen Bande, die zwischen den Völkern ihrer beiden Länder bestehen, nicht nur eine feste Grundlage für die Entwicklung einer gegenseitigen fruchtbaren Zusammenarbeit, sondern auch ein bedeutender Beitrag zum Frieden, zur Sicherheit und zum Wohlstand in der Welt seien.

Quelle: Presse- und Kulturabteilung der jugoslawischen Botschaft in Bonn.

Die Gründung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa in Paris am 18. Januar 1956

Die Entschließung des Aktionskomitees

1. Unsere Organisationen, Parteien und Gewerkschaften — zum ersten Male ohne Rücksicht auf das vereint, was sie auf nationaler Ebene trennt — sind einstimmig der Auffassung, daß die Hoffnung unserer Völker auf Verbesserung der Lebensbedingungen, auf Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden sich nicht verwirklichen wird, wenn die nationalen Bemühungen voneinander getrennt unterommen werden. Unsere Länder müssen ihre Hilfsquellen und ihre Bemühungen vereinen. Aus diesem Grunde haben wir die Initiative zur Bildung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa unterommen. Das Komitee wird dafür Sorge tragen, daß die Aktion seiner Mitgliedsorganisationen einheitlich erfolgt, um durch konkrete, aufeinander folgende Realisationen schließlich zu den Vereinigten Staaten von Europa zu gelangen.

Das Komitee legt Wert auf den Hinweis, daß es ähnlichen Organisationen der anderen europäischen Länder offensteht, falls diese sich mit seinen Grundsätzen und seinen Zielen einverstanden erklären. Es weigert sich, die gegenwärtige Lage als endgültig anzuerkennen, in der zur Zeit nur die Organisationen sechs europäischer Länder ihre Zustimmung geben können, und wiederholt einstimmig seinen Wunsch, daß andere europäische Nationen ohne Vorbehalt ihren Platz in der Organisation Europas einnehmen oder sich wenigstens eng mit ihr assoziieren mögen.

2. Die Aktion des Komitees wird zunächst darin bestehen, durch Intervention — und durch Intervention der in ihm zusammengeschlossenen Organisationen — gegenüber den Regierungen, den Parlamenten und gegenüber der öffentlichen Meinung seinen festen Willen kundzutun, daß aus der am 2. Juni 1955 in Messina gefaßten Resolution der Außenminister Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande eine wahrhafte Etappe auf dem Wege zu den Vereinigten Staaten von Europa gemacht werde.

Wie die sechs Außenminister in ihrer Resolution von Messina am 1. und 2. Juni 1955 erklärten, sind auch unsere Organisationen „der Auffassung, daß man die Schaffung eines vereinigten Europas durch die Entwicklung gemeinsamer Organe, die fortschreitende Verschmelzung der Nationalwirtschaften, die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes und die schrittweise Harmonisierung ihrer Sozialpolitik verfolgen muß“. Die Sachverständigen des von der Messinakonferenz eingesetzten Regierungsausschusses haben in Brüssel die technischen Probleme untersucht, die sich aus dieser Entschließung ergeben. Sie haben ihre Berichte abgeschlossen. Die Regierungen werden in naher Zukunft sich über die notwendigen Entscheidungen äußern müssen, um von den Schlußfolgerun-

gen der Sachverständigen zur Verwirklichung überzugehen.

Unter all diesen Realisationen, die unser Ausschuß verwirklicht sehen möchte, kann und muß diejenige am schnellsten verwirklicht werden, die die Atomenergie betrifft.

3. Die Entwicklung der Atomenergie für friedliche Zwecke öffnet die Aussicht auf eine neue industrielle Revolution und die Möglichkeit einer tiefgreifenden Verwandlung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Vereint sind unsere Länder in der Lage, selbständig eine Atomindustrie zu entwickeln. Sie stellen das einzige Gebiet der Welt dar, das das Niveau der großen Weltmächte erreichen kann. Getrennt werden sie ihre Rückständigkeit, die eine Folge der europäischen Uneinigkeit ist, nicht wieder aufholen können. Will Europa diese Chance nicht vorbeigehen lassen, ist eine sofortige Aktion notwendig.

4. Die energieerzeugende Atomindustrie wird unvermeidlich in der Lage sein, auch Bomben herzustellen. Aus diesem Grunde sind die politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Atomenergie nicht zu trennen. Die Europäische Gemeinschaft soll die Atomenergie ausschließlich für friedliche Zwecke entwickeln. Dieser Entschluß bringt logischerweise eine lückenlose Kontrolle mit sich. Er öffnet den Weg für eine allgemeine Kontrolle in weltumspannendem Ausmaß. Er braucht die Ausführung bestehender internationaler Verpflichtungen nicht zu berühren.

5. Um diese Ziele zu erreichen, würde eine bloße Zusammenarbeit zwischen den Regierungen nicht ausreichen. Es ist unerlässlich, daß die Staaten europäischen Einrichtungen die notwendige eigene Autorität und den notwendigen gemeinsamen Auftrag geben.

6. Damit die notwendigen Maßnahmen schnell getroffen werden können, sind wir übereingekommen, die beigefügte Erklärung den Parlamenten Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande zu unterbreiten und unsere Regierungen aufzufordern, ohne Verzug einen Vertrag zu schließen, der den hier aufgeführten Richtlinien entspricht.

7. Schließlich hat sich das Komitee entschlossen, am 5. April 1956 die folgenden Punkte zu behandeln: Die Zustimmung der Parlamente zur beigefügten gemeinsamen Erklärung über die Atomenergie; notwendige Entscheidungen, um die Aktion der Regierungen zur Durchführung der Resolution von Messina und insbesondere über die schrittweise Realisierung eines Gemeinsamen Marktes zu unterstützen.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 19 vom 27. Januar 1956.

Gemeinsame Erklärung

1. Es ist unerlässlich, daß unsere Länder einer Europäischen Atomenergie-Kommission die notwendige eigene Autorität und ein gemeinsames Mandat übertragen,

um eine ausschließlich friedliche Entwicklung der Atomenergie als auch die Sicherheit der Belegschaften und der Bevölkerung sicherzustellen;

um die Anstrengungen und den Erfolg der interessierten Industrien zu erleichtern, und zwar

durch eine ausreichende Versorgung mit Kernbrennstoffen,

durch finanzielle und technische Hilfe,

durch die Schaffung notwendiger Dienste und gemeinsamer Einrichtungen,

durch die Errichtung eines gemeinsamen Marktes für Rohstoffe und Spezialeinrichtungen, wie sie von der Kommission definiert werden,

schließlich durch die Zusammenlegung der Kenntnisse.

2. Um den ausschließlich friedlichen Charakter der Tätigkeit auf dem Gebiet der Atomindustrie als auch die Sicherheit der Belegschaften und der Bevölkerung zu garantieren, wird die Kommission ein Kontrollsystem schaffen müssen. Es ist unerlässlich

a) einerseits, daß — ausschließlich für diese Zwecke — alle Kernbrennstoffe, die in Gebieten unter der Jurisdiktion unserer Länder hergestellt oder importiert werden, durch die Europäische Atomenergie-Kommission erworben werden.

Diese Regel wird nicht die Durchführung augenblicklich in Kraft befindlicher internationaler Verpflichtungen beeinträchtigen. Die Kommission soll das ausschließliche Eigentumsrecht an den Kernbrennstoffen während ihrer Umwandlung behalten. Sie soll sie gerecht und ohne Diskriminierung den Verbrauchern zur Verfügung stellen.

b) andererseits, daß die Errichtung und Ausbeutung von Einrichtungen für die Verwertung der Atomenergie (wörtlich: installations nucléaires) von einer vorherigen Autorisation seitens der Kommission abhängig gemacht wird, die von der Kommission ausgegeben wird, sobald die Bedingungen erfüllt sind, die sie in die Lage versetzen, die Umwandlung und die Benutzung der Kernbrennstoffe zu verfolgen und über die Sicherheit der Belegschaften und der Bevölkerung zu wachen.

Sicherheitsvorschriften für den Transport und die Handhabung der Kernbrennstoffe, Konstruktionen und Arbeitsweise der Einrichtungen sowie über die Beseitigung von Rückständen werden von der Kommission in Verbindung mit den internationalen Organisationen und insbesondere den Vereinten Nationen aufgestellt werden. Die Anwendung der Vorschriften soll durch die Kommission gewähr-

leistet werden. Die parlamentarische Kontrolle über die Kommission wird von der Gemeinsamen Versammlung, die juristische Kontrolle durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ausgeübt werden. Die Zahl der Mitglieder der Gemeinsamen Versammlung wird erhöht werden müssen, um den neuen Aufgaben gerecht werden zu können. Der Besondere Ministerrat wird die Tätigkeit der Kommission und der für die allgemeine Wirtschaftspolitik ihrer Länder verantwortlich bleibenden Regierungen aufeinander abstimmen. Ein Beratender Ausschuß, zusammengesetzt aus Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Verbrauchern, wird bei der Kommission eingesetzt.

Die Möglichkeit einer Teilnahme an der Gemeinschaft muß den übrigen europäischen Ländern voll und ganz offengehalten werden.

a) Diese europäischen Länder müssen sich in vollem Umfange beteiligen können, wenn sie die eben aufgeführten Bestimmungen annehmen. Je zahlreicher diese Länder sind, desto nutzbringender wird die gemeinsame Bemühung für jeden einzelnen sein.

b) Insbesondere muß alles unternommen werden, um eine uneingeschränkte Teilnahme Großbritanniens zu erreichen. Akzeptiert Großbritannien nicht eine uneingeschränkte Beteiligung, so müssen auf alle Fälle die notwendigen Maßnahmen für eine enge Assoziierung getroffen werden.

c) Schließlich muß die Möglichkeit zur Inanspruchnahme gemeinsamer Dienste und Einrichtungen oder die Beteiligung an ihrer Errichtung durch später abzuschließende Sonderabkommen europäischen Nichtmitgliederländern offengehalten werden.

Allein die Kommission soll befugt sein, alle zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Abkommen mit dritten Ländern abzuschließen, insbesondere insoweit es sich um die Versorgung mit Kernmaterial handelt. Rechte und Pflichten von Mitgliedstaaten, die sich aus in Kraft befindlichen Verträgen über die friedliche Verwendung von Atomenergie ergeben, müssen der Kommission vorbehaltlich der Zustimmung jener Staaten, mit denen die Verträge geschlossen wurden, übertragen werden.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 19 vom 27. Januar 1956.

Informationen und Berichte

Die Gründung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa

Am 17. und 18. Januar 1956 trat das „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa“ in Paris zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Zu den 34 Teilnehmern, die unter dem Vorsitz von Jean Monnet tagten, gehörten u. a. Guy Mollet, Maurice Faure, Robert Lecourt, René Pleven, Amintore Fanfani, Ugo La Malfa und André Renard. Von deutscher Seite nahmen teil die Bundestagsabgeordneten Professor Furler (für Kurt-Georg Kiesinger), Erich Ollenhauer, Herbert Wehner, Martin Blank und Alexander Elbrächter sowie Walter Freitag, Heinrich Imig und Heinrich Straeter vom DGB.

Vorgeschichte

Die Gründung des Komitees geht auf eine Initiative von Jean Monnet zurück. Nachdem er im Juni 1955 sein Amt als Präsident der Hohen Behörde an seinen Nachfolger übergeben hatte, bat er in einem Brief die Vertreter der demokratischen Parteien und der freien Gewerkschaften innerhalb des Bereichs der Montanunion, an der Bildung eines Aktionskomitees teilzunehmen. In dem Schreiben hieß es, die beteiligten Persönlichkeiten sollten ihre Organisationen auffordern, dem Komitee beizutreten, das die Einheit der Aktion unter den beteiligten Organisationen gewährleisten solle. Zunächst müsse, erklärte Monnet weiter, gegenüber den Regierungen, den Parlamenten und der öffentlichen Meinung zum Ausdruck gebracht werden, daß bei der Verwirklichung der Ziele, die von den Außenministern der EGKS in Messina aufgestellt wurden (vgl. EA 13/1955, S. 7973), Scheinlösungen ausgeschaltet werden. Bloße Zusammenarbeit zwischen den Regierungen genüge nicht. Es sei unerlässlich, daß die Staaten gewisse ihrer Befugnisse auf europäische föderale Institutionen übertragen, die Beauftragte aller Mitgliedstaaten sind. Auch müsse für eine enge Assoziation Großbritanniens gesorgt werden. Schließlich werde sich das Komitee darum bemühen, daß die EGKS die notwendigen Befugnisse erhält, um ihre Tätigkeit auf sozialem Gebiet weiterentwickeln zu können.

Die am 13. Oktober 1955 bekanntgegebene Liste der Gründungsmitglieder zeigte, daß es Monnet gelungen war, die angesprochenen politischen Parteien und Gewerkschaften zu gewinnen. Die verschiedenartige politische Herkunft der Teilnehmer, schrieb die *Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung* am 19. Oktober 1955, eröffne neue und weite Perspektiven. Große Beachtung fand die Tatsache, daß sich die SPD zur Mitarbeit bereit erklärt hatte. Es war Monnet wichtig, seine Aktion von einer breiten Grundlage aus zu führen, um den zögernden Re-

gierungen den Rücken zu stärken und die Entscheidungen zu erleichtern. Parlamentsmehrheiten, um die sie wie im Falle der EVG in den nationalen Parlamenten kämpfen müßten, sollten bereits vorher gesichert werden¹. Als sachlichen Ansatzpunkt bezeichnete Monnet das Gebiet der Atomenergie. Während der Versuch, Europa auf militärischem Gebiet zu einer übernationalen Gemeinschaft zusammenzuschließen, die Europäer zerspalten habe, müsse der Versuch auf dem Gebiet der Atomenergie sie vereinen. Auch der jetzige französische Ministerpräsident, Guy Mollet, äußerte am 15. Oktober 1955 die Ansicht, daß die Ausnutzung der Atomenergie gemeinsam vorgenommen werden sollte. In kürzester Frist eine Europäische Gemeinschaft für Atomenergie zu schaffen, bezeichnete er in einem Interview als erstes Ziel, das sich das Komitee stellen müsse.

Die Pariser Tagung

Im Mittelpunkt der ersten Tagung des Aktionskomitees stand daher die Frage, welche gemeinsamen Schritte unternommen werden sollten, um die Regierungen bei der Verwirklichung des Euratom-Plans² zu unterstützen. In seiner Eröffnungsansprache sagte Monnet, es müßten einige wesentliche Fragen geklärt werden, bevor die Außenminister über die geeigneten Wege zur Verwirklichung des Planes entscheiden. Es sei notwendig, Einverständnis darüber zu erzielen, ob die Atomenergie ausschließlich für friedliche Zwecke weiterentwickelt werden solle und ob von den Teilnehmerstaaten gewisse Vollmachten an eine europäische Institution abgetreten werden sollen. Auch dürfe zwischen den Vorschlägen des Aktionskomitees und den im Dezember 1955 von einer Arbeitsgruppe der OEEC veröffentlichten Vorschlägen³ kein Konkurrenzkampf entstehen.

Während der Debatte über die von Monnet vorbereiteten Resolutionsentwürfe⁴ spielte die Frage eine Rolle, ob sich die geplante Europäische Atomenergie-Kommission ausschließlich mit der Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke befassen solle. Auch die Frage des Eigentumsvorbehaltes an allem spaltbaren Material und des Besitzrechtes über die Atomwerke war umstritten. Die sozialistischen Vertreter rückten jedoch von den Bestrebungen ab, die Atomindustrie zu verstaatlichen. Man wolle den Atompool nicht als Arena für die Durchsetzung wirtschaftspolitischer Konzeptionen benutzen, erklärte Guy Mollet für die sozialistische Gruppe. Er kam damit vor allem den Liberalen entgegen, die zwar eine öffentliche Kontrolle der Atomenergie-Erzeugung befürworteten, aber der privaten Initiative einen größeren Spielraum lassen möchten. In diesem Zusammenhang warnten die liberalen Politiker vor einem schädlichen Wirtschafts-

¹) Ueber diesen und den folgenden Gedankengang berichtet die *Süddeutsche Zeitung* am 14. Oktober 1955 unter der Überschrift „Monnet wird wieder aktiv“.

²) Dieser Plan ist von dem Brüsseler Sachverständigenausschuß, den die Außenministerkonferenz in Messina eingesetzt hatte, inzwischen ausgearbeitet, aber bisher noch nicht veröffentlicht worden. Bei ihren Beratungen in Brüssel am 11. und 12. Februar 1956 einigten sich die Außenminister über die

grundlegenden Prinzipien einer europäischen Atomenergiegemeinschaft und beauftragten die Sachverständigen, bis zum 15. März einen abschließenden Bericht vorzulegen.

³) „Possibilities of Action in the Field of Nuclear Energy“; OEEC Information Division, Press Release 75877, Ta. 40383, 20. Dezember 1955.

⁴) Vgl. den Wortlaut der angenommenen Texte auf S. 8627 dieser Folge.

dirigismus und legten Wert darauf, daß sich das Komitee auch mit der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes befasse. Der Gedanke, die Gründung einer Atomgemeinschaft von der Errichtung des gemeinsamen Marktes abhängig zu machen, wurde verworfen. Mit der Annahme des übernationalen Prinzips konnten die Gegensätze jedoch im wesentlichen überbrückt werden. Wie Erich Ollenhauer hervorhob, sind die Vertreter der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften übereinstimmend der Meinung, daß auf dem Gebiete der Atomenergie das supranationale Prinzip angewandt werden müsse, um zu vermeiden, daß die Erzeugung der Atomenergie vollständig in die Hände der Privatwirtschaft gelange, der man nicht die alleinige Verantwortung überlassen könne. Vor Pressevertretern erklärte Ollenhauer außerdem, daß eine Abstimmung im Deutschen Bundestag über das Euratom-Projekt mit keinerlei innenpolitischen Fragestellungen belastet werden würde.

Zum Abschluß der Tagung billigte das Komitee einstimmig eine EntschlieÙung sowie eine Gemeinsame Erklärung, die den nationalen Parlamenten von den Teilnehmern unterbreitet werden soll. Aus der Gemeinsamen Erklärung geht hervor, daß sich das Komitee bei der vorgesehenen Europäischen Atomenergie-Kommission weitgehend an das Vorbild der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der in den Vereinigten Staaten bestehenden Kommission für Atomenergie gehalten hat. Weiterhin läßt das Komitee die Möglichkeit offen, eine Verbindung zwischen der Europäischen Kommission und den Bestrebungen im Rahmen der OEEC herzustellen. In einem Interview nach der Tagung betonte Monnet nochmals, daß die Gemeinschaft der Sechs allen offenstehe, die ihre Grundsätze beobachten, und daß eine Assoziierung Großbritanniens möglich sei. Bis zu der nächsten Sitzung am 5. April soll dem Komitee eine juristische Form gegeben werden. Auch die Frage der Mitgliedschaft der beteiligten Organisationen, die an die Stelle der persönlichen Mitgliedschaft der Delegierten treten soll, ist in einigen Fällen noch nicht geklärt.

Das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa tritt neben die bereits bestehenden europäischen Verbände. Nach einem Beschluß der Europäischen Bewegung vom 12. November 1955 wird ihr Präsident, Robert Schuman, mit Monnet über die Zusammenarbeit verhandeln. In einer EntschlieÙung des Hauptausschusses vom 21. Januar 1956 erklärte die Europa-Union Deutschland, daß sie die Bestrebungen des Aktionskomitees und die Arbeiten der Regierungen in jeder ihr möglichen Weise sachlich und propagandistisch unterstützen wird.

Hans Walder

Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft „Christliche Verantwortung für Europäische Zusammenarbeit“ zu aktuellen politischen Fragen

Anläßlich ihrer Tagung am 7. und 8. Januar 1956 in Paris hat die Arbeitsgemeinschaft „Christliche Verantwortung für Europäische Zusammenarbeit“ eine Erklärung „Europa im Jahr nach den Genfer Konferenzen“ herausgegeben (vgl. Informationsbrief „Europäische Entscheidungsfragen“, Nr. 7, Januar 1956).

Die Arbeitsgemeinschaft, die seit 1950 besteht, ist ein inoffizielles Gremium europäischer christlicher Laien. Ihr gehören Persönlichkeiten aus westeuropäischen Ländern

an, die als Sozialisten, Liberale und Konservative einen Querschnitt durch die politischen und sozialen Meinungen darstellen und als Glieder mehrerer Länder und Konfessionen die Auffassungen der verschiedenen Kirchen zum Ausdruck bringen. Zu den Mitgliedern zählen u. a. André Philip, Max Kohnstamm, Ole Bjoern Kraft, Denis de Rougemont, R. von Thadden-Trieglaff. Um die verschiedenen Aspekte der europäischen Lage zu erörtern, tritt die Arbeitsgemeinschaft etwa zweimal im Jahr zusammen. Durch ihre Erklärungen und Berichte will sie die Christen zu einer Auseinandersetzung mit europäischen Problemen anregen.

In der oben genannten Erklärung wird einleitend festgestellt, daß an die Stelle der Hoffnungen, die durch die Sommerkonferenz in Genf erweckt worden waren, nach Abschluß der zweiten Konferenz weithin Gefühle der Ernüchterung und der Enttäuschung getreten seien: „Die enthusiastischen Hoffnungen, die wir mit der ersten Genfer Konferenz verbunden, waren zu einem großen Teil aus einem Wunschdenken heraus gehegt und mehr aus politischer Gleichgültigkeit geboren als aus einem echten Verständnis für politische Verantwortung abgeleitet.“ Die politische Lage nach den Konferenzen wird dann wie folgt analysiert:

„Im vergangenen Jahr haben sich die Beziehungen zwischen den Ländern des Westens und der Sowjetunion wohl geklärt, aber nicht verbessert. Das Treffen der Regierungschefs im Juli 1955 in Genf hat die Tatsache bestätigt, daß das Atomzeitalter die Chancen eines totalen Krieges zwischen den Großmächten weitgehend verringert hat. Einige Wissenschaftler sind sogar der Ueberzeugung, daß ein totaler Krieg in einen globalen Selbstmord auslaufen würde und, da er somit seine eigenen Ziele zunichte machen würde, hochgradig unwahrscheinlich geworden ist. Nichtsdestoweniger fahren beide Seiten mit der Aufrüstung fort, und die atomare Selbstgefährdung hat bis jetzt die Aussichten gegenseitiger Kontrolle und Abrüstung nicht gesteigert. Die zweite Genfer Konferenz der Außenminister im November verfehlte es, irgendwelche Resultate im Hinblick auf die Wiedervereinigung Deutschlands zu erzielen.“

Nach einem Hinweis auf die jüngsten Spannungen im Mittleren Osten, der bisher an dem Ost-West-Konflikt nicht beteiligt war, und auf die propagandistischen Angriffe der höchsten Sowjetführer gegen die westliche Welt heißt es in der Erklärung weiter:

„Für die europäischen Länder schafft die fortwährende Spaltung Deutschlands eine unerträgliche Lage. Hat man wirklich alles versucht, ein Uebereinkommen über die Wiedervereinigung zu erzielen? Welcher Preis muß für Rußlands Mitarbeit in dieser Sache gezahlt werden? Es kann keinen Zweifel daran geben, daß die Wiedervereinigung nicht auf Kosten fundamentaler Menschenrechte erkauft werden darf. Auch nicht auf Kosten politischer Konzessionen, die die Freiheit Gesamtdeutschlands und die Stabilität Europas in Gefahr bringen könnten. Was kann man in der Zwischenzeit tun, um den Deutschen und den anderen Nationen in Osteuropa zu helfen, die man am Genuß ihrer politischen Freiheit hindert?“

Es ist vielleicht notwendig zu betonen, daß die Sowjetunion die Wiedervereinigung Deutschlands nicht allein aus Sicherheitsgründen verweigert. Es besteht wenig Bereitschaft auf ihrer Seite, die Konzeption der friedlichen Koexistenz in einem Uebereinkommen mit der westlichen Welt auf Kosten irgendeines echten Opfers zu erhärten. Im Zeichen atomaren Gleichgewichts gibt es weniger Gründe, einen totalen Krieg zu fürchten. Gleich-

zeitig gibt es frische Hinweise darauf, daß die Sowjetführer noch ehrlich davon überzeugt sind, daß die Geschichte für sie arbeitet, daß die freie Gesellschaft zum Untergang bestimmt ist und daß die Macht der westlichen Welt zerbröckeln muß. Die Geschichte Westeuropas in den letzten Jahrzehnten hat wenig dazu beigetragen, ihre dogmatischen Überzeugungen in diesem Punkt in Frage zu stellen. Ihr Glaube an den letzten automatischen Sieg des Kommunismus ist unerschütterlich. Solange dieser marxistisch-leninistische Fundamentalismus im Sowjetdenken vorherrscht, kann man von ihm keinen Stellungswechsel im Hinblick auf die strittigen Grundfragen erwarten. Die vorgefaßten Meinungen werden allein im Licht der Wirklichkeit dahinschwinden. Die einzige Antwort auf die gegenwärtig mangelnde Bereitschaft der Sowjets, den Kalten Krieg zu beenden, wird deshalb der Beweis sein, daß ihre Theorien falsch sind. Der einzige Weg für Europa und Amerika zu einer ideologischen Abrüstung besteht darin, den Russen zu zeigen, daß die westliche Welt, weit von einem Niedergang entfernt, durchaus in der Lage ist, einen steigenden Lebensstandard durch einen expansiven gemeinsamen Markt unter freien Institutionen zu erzielen. Eine solche Realität wird die beste Antwort auf die sowjetische Politik sein und wahrscheinlich der einzige Weg zu einer endgültigen Regelung im Hinblick auf Deutschland und die osteuropäischen Staaten. Auch ein Waffenstillstand auf dem Rüstungsgebiet wird nur so zu erreichen sein. Aus diesem Grund ist die politische und wirtschaftliche Integration der westeuropäischen Staaten von ungeheurer Wichtigkeit für die Freiheit der zur Zeit unterdrückten Völker und für den Frieden in unserem Teil der Welt, der immer noch nicht gesichert ist.“

Anschließend nimmt die Arbeitsgemeinschaft zu den Problemen der Organisation Europas Stellung und geht besonders auf die geplante friedliche Entwicklung der Atomenergie und die Ausdehnung des gemeinsamen Marktes ein. Diese beiden Schritte sollten die Unterstützung der Christen finden, weil sie zur Entwicklung einer verantwortlichen Gesellschaft in Europa notwendig sind. Zu der Form, in der die Atomenergie in Europa entwickelt werden sollte, erklärt die Arbeitsgemeinschaft, sie sei überzeugt, „daß die der zwischenstaatlichen Form innewohnenden Begrenzungen es notwendig machen, eine überstaatliche Organisation mit genügender Macht und Unabhängigkeit zu errichten, um die schnelle Entwicklung dieser neuen Energieform zu garantieren“. Weiterhin spricht sie sich für „die Sicherung durch eine überstaatliche Kontrolle des friedlichen Gebrauchs der Atomenergie“ aus. Die europäischen Länder hätten in ihrer Geschichte einen Begriff von nationaler Souveränität entwickelt, der für zwei Weltkriege verantwortlich wurde. Jetzt biete sich eine echte Möglichkeit, ein besseres Beispiel zu geben als in der Vergangenheit.

Zu den gegenwärtigen Bemühungen, einen gemeinsamen europäischen Markt zu schaffen, erklärt die Arbeitsgemeinschaft, dabei müsse stufenweise vorgegangen werden. Man solle das Programm einer allmählichen Entwicklung ausarbeiten, indem man die sozialen Lasten in Einklang bringe und eine Koordination der Wirtschafts- und Geldpolitik betreibe. Eine von den nationalen Regierungen unabhängige Behörde könne die verschiedenen Stufen der Ausführung festlegen und überwachen. Wenn auch die Integration eines Europa der Sechs besonders wichtig sei, stellt die Arbeitsgemeinschaft weiter fest, so dürfe doch die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit anderen europäischen Ländern nicht unter-

schätzt werden. Als Beispiel wird die Westeuropäische Union genannt, die eines der Mittel sei, die Begrenzung der Rüstungen und die friedliche Organisation Europas in der Welt durchzusetzen.

In ihren Schlußfolgerungen kommt die Arbeitsgemeinschaft zu dem Ergebnis, „daß für unsere Kirchen die Zeit gekommen ist, diese Probleme zusammen, durch die Bildung eines gemeinsamen Organs, zu studieren und nicht nur durch eine inoffizielle Gruppe wie die unsrige. Wir halten es für unumgänglich, daß die Kirchen sich der Wichtigkeit dieser Probleme bewußt werden und ihrer Entwicklung größte Aufmerksamkeit schenken.“

Mitgliedschaft und Zusammensetzung der Organe der Vereinten Nationen für 1956

Die folgende Uebersicht wurde auf Grund der Beschlüsse der 10. Vollversammlung der Vereinten Nationen zusammengestellt. Ein Bericht über den Verlauf und die Ergebnisse der 10. Vollversammlung folgt in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs.

Mitglieder

Aegypten	Libanon
Aethiopien	Liberia
Afghanistan	Libyen
Albanien	Luxemburg
Argentinien	Mexiko
Australischer Bund	Nepal
Belgien	Neuseeland
Bolivien	Nicaragua
Brasilien	Niederlande
Bulgarien	Norwegen
Burma	Oesterreich
Ceylon	Pakistan
Chile	Panama
China	Paraguay
Costa Rica	Persien
Dänemark	Peru
Dominikanische Republik	Philippinen
Ecuador	Polen
El Salvador	Portugal
Finnland	Rumänien
Frankreich	Saudi-Arabien
Griechenland	Schweden
Guatemala	Sowjetunion
Haiti	Spanien
Honduras	Südafrikanische Union
Indien	Syrien
Indonesien	Thailand
Irak	Tschechoslowakei
Irland	Türkei
Island	Ukraine
Israel	Ungarn
Italien	Uruguay
Jemen	Venezuela
Jordanien	Vereinigte Staaten von Amerika
Jugoslawien	Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland
Kambodscha	Weißrußland
Kanada	
Kolumbien	
Kuba	
Laos	

Vollversammlung

Präsident: José Maza (Chile).

Vizepräsidenten: die Chefdelegierten Äthiopiens, Chinas, Frankreichs, Luxemburgs, der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs.

Kommissionen:

Politik und Sicherheit: Sir Leslie Munro (Neuseeland)

Politische Sonderkommission: Prinz Wan Waithayakon (Thailand)

Wirtschaft und Finanzen: Ernest G. Chauvet (Haiti)

Soziale, humanitäre und kulturelle Fragen: Omar Lufti (Ägypten)

Treuhandtschaft: Luciano Joubanc Rivas (Mexiko)

Verwaltungs- und Budgetfragen: Hans Engen (Norwegen)

Rechtsfragen: Manfred Lachs (Polen)

Lenkungsausschuß: der Präsident und die Vizepräsidenten sowie die genannten Präsidenten der Kommissionen.

*Sicherheitsrat**

Australischer Bund (1957)	Peru (1956)
Belgien (1956)	Sowjetunion
China	Vereinigte Staaten von Amerika
Frankreich	
Jugoslawien (1957)	Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland
Kuba (1957)	
Persien (1956)	

Abrüstungskommission: die Mitglieder des Sicherheitsrates und Kanada.

*Wirtschafts- und Sozialrat**

Ägypten (1957)	Kanada (1958)
Argentinien (1957)	Niederlande (1957)
Brasilien (1958)	Norwegen (1956)
China (1957)	Pakistan (1956)
Dominikanische Republik (1957)	Sowjetunion (1956)
Ecuador (1956)	Tschechoslowakei (1956)
Frankreich (1957)	Vereinigte Staaten von Amerika (1958)
Griechenland (1958)	Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland (1956)
Indonesien (1958)	
Jugoslawien (1958)	

*Treuhandschaftratsrat**

Australischer Bund	Neuseeland
Belgien	Sowjetunion
Burma (1958)	Syrien (1958)
China	Vereinigte Staaten von Amerika
Frankreich	
Guatemala (1958)	Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland
Haiti (1956)	
Indien (1956)	
Italien	

*Internationaler Gerichtshof***

Präsident: Green H. Hackworth (Vereinigte Staaten) (1961)

Mitglieder:

Abdel Hamid Badawi (Ägypten), Vizepräsident	(1958)
Enrique C. Armand Ugon (Uruguay)	(1961)

*) Die Zahlen in Klammern geben das Jahr an, mit dessen Ablauf das Mandat beendet ist; wo die Zahlenangabe fehlt, handelt es sich um einen ständigen Sitz.

**) Die Amtszeit der Richter endet jeweils am 5. Februar des in Klammern angegebenen Jahres.

Jules Basdevant (Frankreich)	(1964)
Roberto Cordova (Mexiko)	(1964)
José Gustavo Guerrero (El Salvador)	(1964)
Hsu Mo (China)	(1958)
Helge Klaestad (Norwegen)	(1961)
Fjodor I. Koschewnikow (Sowjetunion)	(1961)
Hersch Lauterpacht (Vereinigtes Königreich)	(1964)
Lucio M. Moreno Quintana (Argentinien)	(1964)
John E. Read (Kanada)	(1958)
Bogdan Winiarski (Polen)	(1958)
Mohammed Zafrullah Khan (Pakistan)	(1961)
Milovan Zoricic (Jugoslawien)	(1958)

Sekretariat

Generalsekretär: Dag Hammarskjöld.

Die Errichtung eines Instituts für wirtschaftliche Entwicklung bei der Weltbank

Die Weltbank, die seit Jahren erhebliche Beiträge zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten in den unterentwickelten Ländern leistet, wird sich in Zukunft auch an der Schulung und Anleitung des mit der Durchführung solcher Projekte beschäftigten Verwaltungspersonals dieser Länder beteiligen. Diesem Zwecke dient das Economic Development Institute, das die Weltbank in Washington eingerichtet hat und das am 9. Januar 1956 eröffnet wurde.

Aufgabe dieses Instituts wird sein, „dem Bedarf der unterentwickelten Länder an einer Verbesserung der Wirtschaftsverwaltung zu entsprechen, indem es die Zahl der in der Behandlung wirtschaftspolitischer Probleme und in der Planung und Lenkung von Entwicklungsprogrammen geschulten Funktionäre vergrößert“. An den Lehrgängen des Instituts werden höhere Beamte von unterentwickelten Ländern beziehungsweise von Kolonialverwaltungen unselbständiger Gebiete teilnehmen. Der erste sechsmonatige Lehrgang, der am 9. Januar begonnen hat, umfaßt 14 Teilnehmer, die aus Ägypten, Belgien (für das Kongo-Gebiet), Ceylon, Haiti, Indien, Japan, Jugoslawien, Kolumbien, Mexiko, Nigeria, Pakistan, den Philippinen, Thailand und Uganda kommen. Später soll die Teilnehmerzahl auf 25 erhöht werden.

Zum Direktor des Instituts wurde der Professor für angewandte Wirtschaftswissenschaften der Universität Glasgow, A. K. Cairncross, berufen. Zwei Mitglieder des Stabes der Weltbank werden als reguläre Lehrkräfte am Institut tätig sein, eine Anzahl weiterer Weltbank-Funktionäre wird sich zeitweilig an der Arbeit des Instituts beteiligen. Seminare werden von Professor Ragnar Nurkse von der Columbia University und von P. S. Narayan Prasad, einem der Exekutivdirektoren des Internationalen Währungsfonds, abgehalten. Bekannte Fachleute aus allen Ländern sollen zu Gastvorlesungen eingeladen werden.

Die Finanzierung des Instituts erfolgt durch die Weltbank und durch Zuwendungen der Rockefeller- und der Ford-Stiftung, die beide je 85 000 Dollar für die beiden ersten Jahre zur Verfügung gestellt haben. Für jeden Lehrgangsteilnehmer wird das ihn entsendende Land eine Studiengebühr von 1500 Dollar entrichten.

Zeittafel vom 16. bis zum 31. Januar 1956

Die Ereignisse in Europa*

Belgien

23. Das Aktionskomitee der Europäischen Bewegung hält in Brüssel eine Sitzung ab, auf der u. a. der belgische Außenminister, Paul Henri Spaak, spricht. In einem Kommuniqué wird erklärt, das Komitee werde eine Volkskampagne einleiten, um die gleichzeitige Verwirklichung eines gemeinsamen europäischen Marktes und einer europäischen Atom-Gemeinschaft zu unterstützen.

Deutschland

16. Der gewählte Präsident von Brasilien, Juscelino Kubitschek, stattet auf seiner Informationsreise der Bundesregierung einen Besuch ab. Kubitschek gibt dabei der Hoffnung Ausdruck, daß Brasilien bei seinem wirtschaftlichen Aufbau in Zukunft noch stärker auf die deutsche Mitarbeit werde rechnen können. Die Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden löst ihre Bezirksleitung Nordrhein sowie ihre Verwaltungsstellen in neun rheinischen Städten auf und entläßt 15 hauptamtliche Funktionäre wegen kommunistischer Fraktionsarbeit innerhalb der Gewerkschaft. Der Beschluß der IG Bau, Steine, Erden wird am 27. Januar vom Bundesvorstand und Bundesauschuß des DGB gutgeheißen.
17. Der saarländische Landtag faßt eine Entschliebung, in der die Wiederherstellung der früheren Eigentums- und Besitzverhältnisse in den Röchling-Werken gefordert wird.
18. Die Volkskammer der DDR beschließt ein Gesetz über die Aufstellung einer „Nationalen Volksarmee“ und die Einrichtung eines Verteidigungsministeriums (vgl. den Wortlaut auf S. 8621 dieser Folge). In der Rede zur Begründung des Gesetzes erklärt der stellvertretende Ministerpräsident Willi Stoph, die DDR werde nunmehr ihre militärischen Verpflichtungen aus dem Warschauer Vertrag erfüllen. Ministerpräsident Otto Grotewohl, der der Volkskammer einen Bericht über seine Ostasien-Reise gibt (vgl. EA 3/1956, S. 8592), schlägt in seiner Rede vor, die Bundesrepublik und die DDR sollten sich in einem Abkommen verpflichten, keine Gewalt gegeneinander anzuwenden und die Wiedervereinigung Deutschlands nur mit friedlichen Mitteln zu erwirken.
20. Der stellvertretende Ministerpräsident der DDR Willi Stoph wird zum Minister für Nationale Verteidigung ernannt.
21. Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, bezeichnet in einer Rundfunkansprache den Vorschlag Grotewohls für einen Nichtangriffspakt zwischen den beiden Teilen Deutschlands als absurd, da jedermann in Deutschland sich klar darüber sei, daß ein neuer Krieg nichts anderes als Vernichtung bedeuten würde. Zur Aufstellung der Volksarmee der DDR weist Kaiser darauf hin, daß die Aufrüstung der sowjetischen Zone schon seit 1948 betrieben werde.

24. Bundesaußenminister von Brentano erklärt in einer Pressekonferenz in Bonn, die Bemühungen der Bundesrepublik um die Wiedervereinigung Deutschlands würden nicht zum Stillstand kommen. Dieses Anliegen entspringe durchaus nicht deutscher Egoisterei, denn es könne unübersehbare Folgen haben, wenn man versuche, die Spannung zu vermindern, ohne ihre Ursachen zu beseitigen. Am gleichen Tage berichtet Vizekanzler Blücher über seinen Besuch in Indien, wobei er mitteilt, daß die Frage der Neutralisierung Deutschlands zwischen ihm und Premierminister Nehru nicht besprochen worden sei; sie werde allerdings in Kreisen der indischen Hauptstadt lebhaft erörtert. Der vorgesehene Besuch Nehrus in der Bundesrepublik werde vielleicht Möglichkeiten für einen indischen Vermittlungsschritt in der deutschen Frage eröffnen.
25. Die Bundesregierung beschließt die Errichtung einer „Dienststelle des Bevollmächtigten der Bundesregierung in Saarbrücken“.
26. In Bonn tritt die Deutsche Atom-Kommission zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Zu ihrem Vorsitzenden wird der Bundesminister für Atomfragen, Franz Josef Strauß, bestimmt.
27. Das Oberste Gericht der DDR verhängt gegen zwei Angeklagte wegen angeblicher „Abwerbung“ von Fachkräften aus der DDR in die Bundesrepublik die Todesstrafe.
31. Der saarländische Landtag billigt mit den Stimmen sämtlicher Fraktionen außer den Kommunisten eine Grundsatzerklärung, in der er die politische Vereinigung des Saargebiets mit der Bundesrepublik fordert, der eine stufenweise Eingliederung der saarländischen Wirtschaft in die Wirtschaft der Bundesrepublik folgen müsse. Diese solle jedoch möglichst ohne die Errichtung neuer Zollschränken erfolgen; die bisherigen saarländisch-französischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sollten durch deutsch-französische Verträge erhalten und weiterentwickelt werden.

Finnland

16. In einer allgemeinen Wahl werden 300 Elektoren für die Wahl des Staatspräsidenten gewählt. Die Elektoren verteilen sich auf die wichtigsten Präsidentschaftskandidaten folgendermaßen: Urho Kekkonen (Agrarunion) 89, Karl August Fagerholm (Sozialdemokrat) 74, Eino Hilpi (Kommunist) 57 und Sakari Tuomioja (Konservativer) 52.
26. In Anwesenheit einer sowjetischen Regierungsdelegation unter Führung von M. G. Perwuchin wird das von der Sowjetunion auf Grund des Moskauer Abkommens vom 19. September 1955 (vgl. EA 20/1955, S. 8322) freigegebene Gebiet des Stützpunktes Porkkala an Finnland übergeben.
27. Ministerpräsident Urho Kekkonen erklärt den Rücktritt der Regierung, nachdem die sechs sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts aus Protest gegen Preiserhöhungen zurückgetreten sind.

*) Vgl. hierzu auch die Mitteilungen des Europarats für Januar auf S. 8637 bis 8640 dieser Folge.

Frankreich

16. Der Exekutivausschuß der Radikalsozialistischen Partei tritt in einer in Paris gefaßten Entschließung für die Bildung einer Regierung der Republikanischen Front (Sozialisten und Radikalsozialisten) ein.
- 17.—18. In Paris findet die konstituierende Sitzung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa statt. (Vgl. den Bericht auf S. 8629 und die Dokumente auf S. 8627 dieser Folge.)
18. Außenminister Antoine *Pinay* tritt in einer namens der Unabhängigen Rechten abgegebenen Presseerklärung für die Bildung einer Regierung der nationalen Einigung ein und warnt vor dem Experiment einer Minderheitsregierung, die auf die Unterstützung der Kommunisten angewiesen wäre.
20. In Paris findet eine Konferenz der Postminister der Staaten der EGKS statt, an der auch Großbritannien durch einen Beobachter vertreten ist. (Vgl. hierzu „Mitteilungen des Europarats“ auf S. 8639 dieser Folge.)
22. Der Landesausschuß der Volksrepublikanischen Bewegung erklärt in einer in Paris gefaßten Entschließung zur Frage der Regierungsbildung, die Wahlen hätten keiner politischen Gruppe ein Mandat zur alleinigen Bildung der Regierung erteilt; die Meinungsverschiedenheiten zwischen den republikanischen Parteien seien aber nicht so groß, daß sie nicht überbrückt werden könnten. Scharf wendet sich der Ausschuß gegen eine Volksfront-Regierung.
24. Die Nationalversammlung wählt den Sozialisten *André Le Troquer* im dritten Wahlgang mit 280 Stimmen zu ihrem neuen Präsidenten. Ministerpräsident *Faure* erklärt den Rücktritt der Regierung.
25. Der Rat der OEEC beschließt, die drei Benelux-Staaten auf handelspolitischem Gebiet künftig als wirtschaftliche Einheit zu betrachten.
26. Der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, *Guy Mollet*, wird mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt.
27. Die Regierung legt in einem Memorandum an die Vereinigten Staaten und Großbritannien ihre Ansichten über die Lage im Mittleren Osten dar. Sie warnt vor einer weiteren Ausdehnung des Bagdad-Paktes, da es erwiesen sei, daß dieser in der Mehrzahl der arabischen Länder ablehnende Reaktionen hervorrufe; sie schlägt statt dessen die Ausarbeitung eines Programms wirtschaftlicher Hilfe für den Mittleren Osten vor. Zum arabisch-israelischen Konflikt erklärt die französische Regierung, daß sie sich allen Initiativen zur Sicherung eines dauerhaften Friedens anschließen werde.
31. Die von Ministerpräsident *Guy Mollet* gebildete Regierung wird von der Nationalversammlung mit 420 gegen 71 Stimmen bei 83 Stimmenthaltungen bestätigt. Gegen die Regierung stimmen nur die Poujadisten und 20 Abgeordnete der Unabhängigen Rechten. Das neue Kabinett setzt sich in den wichtigsten Posten folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident: *Guy Mollet* (Soz.); Staatsminister ohne Geschäftsbereich: *Pierre Mendès-France* (Rad. Soz.); Außenminister: *Christian Pineau* (Soz.); Verteidigungsminister: *Maurice Bourgès-Maunoury* (Rad.

Soz.); Innenminister: *Gilbert Jules* (Rad. Soz.); Justizminister: *François Mitterand* (UDSR); Wirtschaftsminister: *Robert Lacoste* (Soz.); Minister für die überseeischen Gebiete: *Gaston Defferre* (Soz.); Minister und Generalresident für Algerien: General *Georges Catroux* (parteilos). (Den Wortlaut der Regierungserklärung wird das Europa-Archiv in einer künftigen Folge veröffentlichen.)

Großbritannien

17. In London werden die vor Weihnachten unterbrochenen sowjetisch-japanischen Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern wieder aufgenommen (vgl. auch Japan).

Italien

- 17.—20. Der gewählte Präsident Brasiliens, *Juscelino Kubitschek*, stattet auf seiner Informationsreise der italienischen Regierung einen Besuch ab.
24. Der neugebildete Verfassungsgerichtshof der Republik tritt in Rom zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Jugoslawien

28. In Belgrad wird ein sowjetisch-jugoslawisches Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der friedlichen Ausnutzung der Atomenergie unterzeichnet.

Norwegen

16. Die Regierung legt dem Storting das Budget für 1956 vor, das mit Einnahmen und Ausgaben von 4,975 Milliarden Kronen ausgeglichen ist. Die Verteidigungsausgaben werden um 118 Millionen Kronen gegenüber dem Vorjahr gekürzt.

Portugal

20. Ministerpräsident *António de Oliveira Salazar* kritisiert in einer Rede auf einer Parteiversammlung die Tendenzen der europäischen Einigungsbewegung; es habe den Anschein, als seien einige Länder ihrer Existenz als unabhängige Nationen müde. *Salazar* erklärt, die Verschiedenheit der Verfassung und der politischen Einrichtungen der europäischen Staaten und die Bedeutung ihrer außereuropäischen Interessen seien Charakteristika, die erhalten bleiben müßten. Portugal werde in dieser Hinsicht eine abwartende Haltung einnehmen.
- 22.—23. Der gewählte Präsident Brasiliens, *Juscelino Kubitschek*, stattet auf seiner Informationsreise der portugiesischen Regierung einen Besuch ab.

Schweden

20. In einer Verteidigungsdebatte des Reichstags erklärt Verteidigungsminister *Torsten Nilsson*, eine Produktion von Atomwaffen in Schweden sei mit großen Schwierigkeiten verbunden, während der Bezug von Atomwaffen aus dem Ausland gegenwärtig unmöglich sei. Dennoch führe die Entwicklung aber dahin, daß die Beschaffung leichter Atomwaffen mit der Zeit auch für Schweden unvermeidlich werde.

Schweiz

16. Die indonesische Delegation bei der am 7. Januar unterbrochenen niederländisch-indonesischen Ministerkonferenz in Genf wird von der indonesischen Regierung abberufen. Einige Tage später wird die

Abberufung jedoch widerrufen. Die niederländische Regierung ersucht die indonesische Regierung am 26. Januar in einer Note um Klarstellung ihrer Haltung. (Vgl. auch Indonesien.)

19. Zu den in Genf stattfindenden Botschafter-Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China (vgl. Zeittafel in EA 19/1955) veröffentlicht ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums eine Erklärung, in der die chinesische Auffassung über den bisherigen Konferenzverlauf wiedergegeben wird; darin werden die Vereinigten Staaten beschuldigt, für den schleppenden Verlauf der Verhandlungen verantwortlich zu sein. Das amerikanische Außenministerium antwortet darauf am 21. Januar mit der Veröffentlichung eines Weißbuchs über die Verhandlungen, worauf das chinesische Außenministerium am 24. Januar wiederum eine Gegenerklärung abgibt. Aus diesen Dokumenten ergeben sich die beiderseitigen Standpunkte folgendermaßen: Die amerikanische Regierung fordert vor der Aufnahme der von chinesischer Seite gewünschten Verhandlungen über eine Lockerung des Handelsembargos und die Einberufung einer Außenministerkonferenz die Abgabe einer gemeinsamen Erklärung, in der beide Seiten sich zum Verzicht auf die Anwendung von Gewalt verpflichten und das Recht auf Selbstverteidigung anerkennen sollen; diese Erklärung soll sich insbesondere auf Formosa beziehen. Demgegenüber ist die chinesische Seite nur zu einer allgemeinen Gewaltverzichtserklärung bereit; sie bezeichnet die Formosa-Frage als innere Angelegenheit Chinas und ist nicht bereit, Formosa ein Recht auf Selbstverteidigung zuzugestehen.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten

16. Präsident *Nasser* proklamiert in einer Volksversammlung den Entwurf einer neuen Verfassung, die am 23. Juni einer Volksabstimmung unterworfen werden soll. Die Verfassung sieht vor, daß die Exekutivgewalt in der Hand eines vom Volke gewählten Präsidenten liegen soll. Das Parlament soll aus einer Kammer bestehen, die auf Grund einer Einheitsliste gewählt wird.

Marokko

16. Sultan *Mohammed ben Jussef* fordert in einem Interview die Herstellung der Unabhängigkeit Marokkos in seinen historischen Grenzen; seine Regierung werde die Wiedervereinigung der einzelnen Zonen auf dem Verhandlungswege erstreben. Er erklärt weiter, daß auch ein unabhängiges Marokko seinen natürlichen Verbündeten treu bleiben werde.

Sudan

19. Der Sudan vollzieht seinen Beitritt zur Arabischen Liga.

AMERIKA

Brasilien

31. Präsident *Juscelino Kubitschek* tritt sein Amt an. In der von ihm berufenen Regierung wird *José Carlos Macedo Soares* Außenminister, der bisherige amtie-

Sowjetunion

16. Die *Prawda* veröffentlicht den Wortlaut eines Interviews, das Ministerpräsident *Bulganin* der spanischsprachigen amerikanischen Zeitschrift *Vision* gegeben hat. Darin erklärt *Bulganin* die Bereitschaft der Sowjetunion, diplomatische Beziehungen mit den lateinamerikanischen Staaten aufzunehmen, soweit sie noch nicht bestehen.
25. Ministerpräsident *Bulganin* richtet eine Botschaft an Präsident *Eisenhower*, in der er den Abschluß eines sowjetisch-amerikanischen Freundschafts- und Nichtangriffspaktes vorschlägt. (Den gesamten Briefwechsel zwischen *Bulganin* und *Eisenhower* wird das Europa-Archiv in einer künftigen Folge veröffentlichen.)
29. Der Erste Sekretär der KPdSU, *Nikita S. Chruschtschow*, erklärt in einem Interview mit der britischen Zeitung *News of the World*, die Sowjetunion verfolge nicht das Ziel, mittels Infiltration zur Welt-herrschaft zu gelangen. Sie wolle sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen und lehne jede Verantwortung für die Tätigkeit der kommunistischen Parteien in anderen Ländern ab.

Spanien

- 20.—21. Der gewählte Präsident Brasiliens, *Juscelino Kubitschek*, stattet auf seiner Informationsreise der spanischen Regierung einen Besuch ab.

Tschechoslowakei

- 27.—28. In Prag findet eine Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages statt. (Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués und der Deklaration auf S. 8622 dieser Folge.)

rende Präsident *Nereu Ramos* Justizminister. Kriegsminister wird General *Henrique Teixeira Lott*, der im November einen Staatsstreich gegen den Amtsantritt *Kubitscheks* verhindert hatte (vgl. Zeittafel in EA 23—24/1955).

Vereinigte Staaten

16. Präsident *Eisenhower* legt dem Kongreß den Budgetvoranschlag für 1956/57 vor, der Gesamtausgaben von 65,9 Milliarden Dollar vorsieht, davon 42,4 Milliarden für Verteidigung und Auslandhilfe.
17. Außenminister *Dulles* nimmt auf seiner Pressekonferenz zu dem umstrittenen Artikel in der Zeitschrift *Life* Stellung (vgl. Zeittafel in EA 3/1956) und erklärt, der Artikel habe die Probleme vereinfachend wiedergegeben. Die Vereinigten Staaten seien bestrebt, nicht in einen Krieg verwickelt zu werden, doch müßten sie einem möglichen Gegner unmißverständlich klarmachen, daß sie gewisse fundamentale Werte und lebenswichtige Interessen unter allen Umständen verteidigen werden. Am 19. Januar verteidigt Präsident *Eisenhower* in seiner Pressekonferenz den Außenminister, den er als den besten amerikanischen Außenminister ansehe, den er je gekannt habe. Er sagt, ein wirkliches Friedensbemühen müsse auf den Grundsätzen von Anstand, Gerechtigkeit und Recht basieren, und man dürfe nicht bei jeder Gelegenheit, wo die Dinge gefährlich aussehen, einer

- „Politik von München“ schuldig werden.
24. Präsident *Eisenhower* übermittelt dem Kongreß seine jährliche Botschaft über den Stand der Wirtschaft. (Ueber die Gesamtheit der Kongreßbotschaften des Präsidenten wird das Europa-Archiv in einer der nächsten Folgen berichten.)
28. In seiner Antwort auf die Botschaft Ministerpräsident *Bulganins* vom 25. Januar empfiehlt Präsident *Eisenhower*, zunächst konkrete Schritte zur Entspannung, vor allem in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands und in der Abrüstungsfrage, zu unternehmen. (Den gesamten Briefwechsel zwischen *Bulganin* und *Eisenhower* wird das Europa-Archiv in einer künftigen Folge veröffentlichen.)

ASIEN

Volksrepublik China

30. Ministerpräsident *Tschu En-lai* erklärt vor der Politischen Konsultativkonferenz der Volksrepublik, China unterstütze den sowjetischen Vorschlag für einen sowjetisch-amerikanischen Freundschaftspakt. Für die Lösung der ostasiatischen Probleme schlägt *Tschu En-lai* die Einberufung von Konferenzen für die Lösung der Korea-Frage und für die Durchführung der Genfer Abkommen über Indochina vor.

Indien

20. Der Staatsbesuch des Vizekanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Franz *Blücher*, wird beendet. Am 19. Januar wurde ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht (Wortlaut auf S. 8625 dieser Folge). *Blücher* erklärt in einem Interview mit der *Times of India*, die Bundesregierung werde es nicht als eine

Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten betrachten, wenn Indien seine guten Dienste für die Wiedervereinigung Deutschlands anbieten würde. (Vgl. auch Zeittafel in EA 3/1956.)

Indonesien

20. Im Zusammenhang mit der indonesisch-niederländischen Konferenz in Genf (vgl. Schweiz) kommt es zu Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungskoalition, in deren Verlauf vier Minister ihren Rücktritt erklären.

Japan

26. Ministerpräsident *Hatoyama* erklärt zur Wiederaufnahme der sowjetisch-japanischen Verhandlungen (vgl. Großbritannien), es komme darauf an, zunächst einmal den Kriegszustand zu beenden und die japanischen Gefangenen in der Sowjetunion freizulassen. Japan sei bereit, seine Ansprüche auf Gebiete, die für die Sowjetunion von strategischer Wichtigkeit sind, bis zu späteren Verhandlungen zurückzustellen.

Jordanien

18. Außenminister *Fakri Khalidi* gibt auf einer Pressekonferenz bekannt, daß die jordanische Regierung das Angebot Ägyptens, Saudi-Arabiens und Syriens über die Gewährung einer gemeinsamen Wirtschaftshilfe an Jordanien (vgl. Zeittafel in EA 2/1956, Ägypten) angenommen hat.

Syrien

18. Die Paraphierung des geplanten syrisch-libanesischen Verteidigungspaktes (vgl. Zeittafel in EA 3/1956) wird auf unbestimmte Zeit verschoben.

Die Organisation der Vereinten Nationen

18. In Genf beginnt die vierte Zollverhandlungsrunde der Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT).
19. In einer einstimmig gefaßten Entschließung verurteilt der Sicherheitsrat den Angriff israelischer Truppen auf syrisches Gebiet vom 11. Dezember 1955 (vgl. Zeittafel in EA 1/1956, Israel) als „flagrante Verletzung des Waffenstillstands und der Verpflichtungen Israels unter der Charta der Vereinten Nationen“. Für den Fall einer Wiederholung solcher Verletzungen werden „weitere in der Charta vorgesehene Maßnahmen“ angedroht.
21. Generalsekretär *Dag Hammarskjöld* trifft zu einer Informationsreise durch den Mittleren Osten in

Kairo ein. Nach Abschluß dieser Reise veröffentlicht er in Karatschi am 30. Januar eine Erklärung, in der er betont, daß die verantwortlichen Politiker der Länder des Mittleren Ostens ihn ihres Respekts vor den Verpflichtungen der Charta der Vereinten Nationen und ihres Willens zur Regelung der Konflikte mit friedlichen Mitteln versichert hätten.

23. In einer Sitzung der Abrüstungskommission übt der sowjetische Vertreter, *Ardakij A. Sobolew*, scharfe Kritik an der Abrüstungsresolution der 10. Vollversammlung (vgl. Zeittafel in EA 2/1956) und an dem Inspektionsplan Präsident *Eisenhowers*. Die Kommission beschließt, ihren Unterausschuß mit der Weiterführung der Verhandlungen zu beauftragen.

EUROPA - ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.
Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: *Walter Bödigher*, Frankfurt; *Dr. J. W. Brügel*, London; *Prof. Dr. Walther Hofer*, Berlin; *Dr. Walther Karbe*, Frankfurt; *Dr. Boris Meissner*, Hamburg; *Dr. Dietrich Mende*, Frankfurt; *Prof. Dr. Georg von Rauch*, Marburg; *Joachim Willmann*, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1956 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2.50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10.50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 11.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

Februar 1956

6. Jahrgang — Nr. 2

Die Tätigkeit des Europarats im Januar 1956

PROGRAMM DER 8. SITZUNGSPERIODE DER BERATENDEN VERSAMMLUNG (1. TEIL)

Der Ständige Ausschuß der Beratenden Versammlung tagte am 26. Januar unter dem Vorsitz von Lord Layton (Engländer) in Paris, um das Arbeitsprogramm der Versammlung festzulegen.

Die 8. Sitzungsperiode wird danach wie folgt ablaufen:

- Montag, 16. April: Wahl des Präsidiums;
Berichte des Ministerausschusses, des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses;
Wiedereingliederung junger Flüchtlinge;
Verfahrensfragen (Zusammensetzung und Aufgabe der Ausschüsse).
- Dienstag, 17. April: Wiederbelebung der europäischen Integration.
- Mittwoch, 18. April: Fragen des europäischen Informationswesens;
Allgemeine Politik des Europarats.
- Donnerstag, 19. April: Bericht des Europäischen Wirtschaftsrats in Paris (OEEC);
Europäische Konferenz der Verkehrsminister;
Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens;
Wirtschaftliche Entwicklung Südeuropas.
- Freitag, 20. April: Beziehungen der jungen Europäer untereinander;
Europäische Sozialordnung.
- Samstag, 21. April: Verwaltungsfragen;
Wahl des Direktors der Versammlung;
Schlußdebatten und Abstimmung.

I. TAGUNGEN DES RATES

Stellvertreter der Minister

Unter dem Vorsitz von Herrn Brendan O'Riordan (Irland) hielten die Stellvertreter der Minister vom 17. bis zum 19. Januar in Straßburg ihre 37. Sitzung ab.

Es wurden in erster Linie die Empfehlungen und Entschlüsse der 7. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung geprüft.

Gemischter Ausschuß

Am 27. Januar tagte in Paris unter dem Vorsitz von Herrn Margue (Luxemburger), Vizepräsident der Beratenden Versammlung, der Gemischte Ausschuß zur Abwicklung laufender Angelegenheiten.

Präsidium und Ständiger Ausschuß

Am 26. Januar tagte das Präsidium der Beratenden Versammlung in Paris unter dem Vorsitz von Herrn Guy Mollet (Franzose), Präsident der Versammlung.

Infolge der politischen Ereignisse in Paris bat Herr Guy Mollet den Vizepräsidenten der Versammlung, Lord Layton (Engländer), ihn zu vertreten. Das Präsidium hatte insbesondere das vorläufige Arbeitsprogramm und die Tagesordnung für die 8. Sitzungsperiode der Versammlung festzulegen, welche anschließend dem Ständigen Ausschuß unterbreitet wurden.

Der Ständige Ausschuß beschloß, die 8. Sitzungsperiode am 16. April zu eröffnen, das Arbeitsprogramm ist vorstehend aufgeführt.

Zwei Sitzungstage sind den politischen Fragen gewidmet, während eine Generaldebatte über den derzeitigen Stand der wirtschaftlichen Integration Europas einen weiteren Sitzungstag beanspruchen wird. Der Entwurf für die Europäische Sozialordnung steht wiederum auf der Tagesordnung.

II. WIRTSCHAFTSFRAGEN

Unter dem Vorsitz von Herrn Per Federspiel (Däne) tagte am 24. und 25. Januar der Wirtschaftsausschuß der Versammlung in Paris. In erster Linie befaßte sich der Ausschuß mit dem Problem einer europäischen Atom-Organisation. Weiterhin wurde die Möglichkeit der Bestellung von europäischen Kommissaren für die Bearbeitung bestimmter Wirtschaftsprobleme erwogen. Diese Kommissare sollen mit Zustimmung der Beratenden Versammlung ernannt werden.

Die Arbeitsgruppe für die Entwicklung Südeuropas prüfte die Frage der Schaffung eines Europäischen Fonds für wirtschaftliche Entwicklung, der für die Unterstützung Griechenlands, Süditaliens und der Türkei bestimmt wäre. Die Gewährung von Erleichterungen für die Ausfuhr von Erzeugnissen dieser Länder wurde ebenfalls geprüft.

Der Ausschuß schlug einige Abänderungen zu dem Entwurf einer Europäischen Sozialordnung vor und beschloß insbesondere eine Empfehlung, wonach Vertreter der nationalen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbände regelmäßige Konferenzen im Rahmen des Europarats abhalten sollten.

III. RECHTSFRAGEN

Konvention über die Internationale Klassifizierung von Patenten

Am 12. Januar hinterlegte Herr van Rijckevorsel, der Ständige Vertreter der Niederlande beim Europarat, in Straßburg die Ratifikationsurkunde seines Landes für die am 1. August 1955 in Kraft getretene Konvention über die Internationale Klassifizierung von Patenten. Nach den Bestimmungen dieser Konvention tritt sie in den Niederlanden zu Beginn des der Hinterlegung folgenden Monats, also am 1. Februar 1956, in Kraft.

Mit dieser Ratifikation, die zugleich die hundertste Ratifikation beim Europarat darstellt, ist auch die Ratifikation Großbritanniens, die unter dem Vorbehalt der

Ratifikation der Niederlande und Deutschlands erfolgt war, in Kraft getreten.

IV. SOZIALE FRAGEN

Unter dem Vorsitz von Herrn Henri Heyman (Belgier) tagte am 23. und 24. Januar in Paris der Ausschuß für Soziale Fragen, um die Aussprache über den Entwurf der Europäischen Sozialcharta fortzusetzen. Hierzu gehörte auch ein Meinungsaustausch mit der entsprechenden Arbeitsgruppe des Ausschusses für Wirtschaftsfragen.

Der Ausschuß verabschiedete den Entwurf einer Erwidern auf den ersten Bericht des Rates der Westeuropäischen Union.

V. KULTURELLE FRAGEN

Der Ausschuß für kulturelle und wissenschaftliche Fragen tagte am 25. Januar in Paris unter dem Vorsitz von Herrn Smitt-Ingbreten (Norwegen). Folgende Punkte wurden vom Ausschuß behandelt:

Kulturarbeit der WEU

Nach einer Prüfung des 1. Berichtes des Rates der WEU stellte der Ausschuß eindringlich fest, daß eine europäische Kulturpolitik im Rahmen des Europarats getrieben werden müsse, wie es auch in der Kulturkonvention vorgesehen ist.

Europäische Universitäten

Der Ausschuß beauftragte die Herren Fritz Erler (Deutscher), Morgan Thomson (Engländer) und William van Remoortel (Belgier) mit der Ausarbeitung eines Berichtes über die Möglichkeiten des Europarats zur Förderung eines allgemeinen Programms zur Entwicklung der Rolle der Universitäten bei der Einigung Europas.

Zu diesem Zweck wird eine besondere Sitzung stattfinden, an der außer den Mitgliedern dieses Unterausschusses die Vertreter der folgenden Organisationen teilnehmen sollen:

- Ständiges Büro der im November 1955 im Rahmen der WEU geschaffenen Rektorenkonferenz,
- Vereinigung der Institute für Europäische Studien (Beratender Status A beim Europarat),
- Vereinigung der europäischen Universitätslehrer,
- Internationale Vereinigung des akademischen Lehrpersonals.

Auf dieser Sitzung sollen die folgenden Fragen besprochen werden:

1. Analyse und Zusammenfassung der erforderlichen Maßnahmen zur Verstärkung des europäischen Charakters der Universitäten in den Mitgliedsländern, auf der Grundlage der Berichte von Saarbrücken, Cambridge und Triest sowie der von den Teilnehmern an der Sitzung vorzulegenden Memoranden;
2. Rolle des Europarats, insbesondere der Beratenden Versammlung, bei der Förderung einer gemeinsamen Aktion; Prüfung der Maßnahmen, die den Regierungen vorgeschlagen werden;
3. Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der Einsetzung eines europäischen Kommissars für das Universitätswesen (Entschließung Nr. 88/1955);
4. Möglichkeit einer Verwendung des „Kulturfonds des Europarats“, dessen Schaffung die Versammlung angeregt hat (Empfehlung Nr. 74/1955).

Esperanto

Der Ausschuß beauftragte Frau Luise Rehling (Deutsche) mit der Berichterstattung über die Vorschläge einer Empfehlung betreffend den Unterricht des Esperanto (Dok. 433).

Unterausschuß für Informationswesen

Dieser Unterausschuß tagte am 25. Januar in Paris unter dem Vorsitz von Herrn Nigel Nicolson (Engländer), der zugleich Berichterstatter ist. Der Unterausschuß prüfte den Entwurf eines vorläufigen Berichtes über die Maßnahmen zur Förderung der europäischen Idee in den Mitgliedsländern. Dieser Bericht wird dem Ausschuß für kulturelle und wissenschaftliche Fragen auf seiner nächsten Sitzung vorgelegt werden.

Sitzung UNESCO/Europarat

Eine Abordnung des Generalsekretariats des Europarats unter Herrn Robert Crivon traf sich am 26. und 27. Januar in Paris mit einer Abordnung des Generalsekretariats der UNESCO, um eine Reihe von Fragen gemeinsamen Interesses zu besprechen, darunter die Frage der Übersetzung von Werken der Literatur und die Teilnahme der UNESCO an verschiedenen Tagungen des Rates.

Kulturkonvention

Am 24. Januar hinterlegte Norwegen die Ratifikationsurkunde für die Kulturkonvention des Europarats.

Die Konvention ist am 5. Mai 1955 in Kraft getreten und ist bisher von Irland, Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Belgien, der Bundesrepublik Deutschland und Norwegen ratifiziert worden.

VI. REORGANISATION DES SEKRETARIATS

Der Generalsekretär des Europarats hat eine Reorganisation vorgenommen, die nach der Entschließung des Ministerkomitees vom November 1955, welche die folgende Strukturänderung des Sekretariats vorsah, erforderlich wurde:

- Büro des Generalsekretärs und des Stellvertretenden Generalsekretärs;
- Direktion der Versammlung;
- Politische Abteilung;
- Studienabteilung;
- Referat für Rechtsfragen;
- Referat für Auswärtige Beziehungen;
- Abteilung für Menschenrechte;
- Presse- und Informationsabteilung;
- Verwaltungsabteilung;
- Technische Dienste.

Aus diesem Anlaß sind eine Reihe von Personalveränderungen eingetreten. Die Herren Farace, von Schmieden und Levy verbleiben in ihren Stellungen als Politischer Direktor, Studiendirektor und Direktor der Presse- und Informationsabteilung. Herr von Haefen wurde zum Leiter des Rechtsreferates ernannt Herr Cavalletti zum Leiter des Referats für Auswärtige Beziehungen. Herr Modinos wurde zum Direktor der Menschenrechtsabteilung ernannt, Herr Daussin zum Verwaltungsdirektor. Herr Cunin wurde Leiter der Technischen Dienste. Herr Cavalletti ist außerdem mit der Leitung des Büros des Generalsekretärs und des Stellvertretenden Generalsekretärs beauftragt.

Herr Rat Crivon wird Ständiger Vertreter des Studiendirektors. Die Herren *Leleu*, *Borch-Jakobsen* und *André Loth* wurden zu Räten befördert.

Die Studienabteilung besteht in Zukunft aus den Referaten: Wirtschaft, Soziale Fragen, Flüchtlinge und Überbevölkerung, Kultur, Sprachendienst und Archiv.

Die Dienststelle Paris ist an das Referat für Auswärtige Beziehungen angeschlossen.

Die Verwaltungsabteilung besteht aus den Referaten: Finanzen, Personal, Drucksachen, Materialverwaltung, Fahrbereitschaft, Hausverwaltung.

Die Technischen Dienste bestehen aus: Konferenzdienst, Hausdruckerei, Drucksachenstelle, Absende-stelle, Schreibzimmer.

Das Organisationsschema des Generalsekretariats sieht nunmehr wie folgt aus:

Herr *Léon Marchal*, Generalsekretär;

Herr *Dunstan Curtis*, Stellvertretender Generalsekretär, z. Zt. mit der Führung der Geschäfte des Direktors der Versammlung beauftragt.

1. Büro des Generalsekretärs und Stellvertretenden Generalsekretärs:

Herr *Cavalletti*, Leiter des Büros;

Herr *Priestman*, Sekretär;

Herr *Rollet-Andriane*, Sekretär.

2. Referat für Auswärtige Beziehungen:

Herr *Cavalletti*, Referatsleiter;

Herr *Borch-Jakobsen*, Rat;

Herr *Brault*, Sekretär, Leiter der Dienststelle Paris.

3. Direktion der Versammlung:

Herr, Direktor;

Herr *Huntzbuchler*, Rat, Stellv. Direktor;

Herr *Robertson*, Rat.

4. Politische Abteilung:

Herr *Farace*, Direktor;

Herr *Squartini*, Rat;

Herr *Leleu*, Rat.

5. Studienabteilung:

Herr *von Schmieden*, Direktor;

Herr *Crivon*, Rat, stellv. Direktor;

a) Kulturreferat: Herr *Crivon*, Rat;

b) Wirtschaft: Herr *Nelson*, Rat;

c) Soziale Fragen: Herr *Tennfjord*, Rat;

d) Flüchtlinge und Überbevölkerung: Herr *Xenakis*, Rat;

e) Sprachendienst: Herr *Bodington*, Rat, Leiter der Übersetzungs-Abteilung;
Herr *Kaminker*, Angestellter mit dem Range eines Rates, Leiter der Dolmetscher-Abteilung;

f) Archiv: Herr *Below*, Sekretär.

6. Referat für Rechtsfragen:

Herr *von Haeften*, Rat, Referatsleiter.

7. Abteilung für Menschenrechte:

Herr *Modinos*, Direktor.

8. Presse- und Informationsabteilung:

Herr *Levy*, Direktor;

Herr *Russell*, Rat;

Herr *Solf*, Rat.

9. Verwaltungsabteilung:

Herr *Daussin*, Direktor;

a) Finanzen: Herr *Loth*, Rat;

b) Personal: Herr *Messer*, Sekretär;

c) Drucksachen: Herr *Horstall-Carter*, Sekretär;

d) Materialverwaltung und Fahrbereitschaft: Herr *Clamer*, Sekretär;

e) Hausverwaltung: Herr *Schweitz*, Sekretär.

10. Technische Dienste:

Herr *Cunin*, Rat;

a) Konferenzdienst: Herr *Papaleo*, Sekretär;

b) Vervielfältigung und Verteilung: Frau *Fleurquin*, Sekretär;

c) Poststelle;

d) Schreibzimmer.

VII. VERSCHIEDENES

Europäische Konferenz der Postminister

Die Postminister der sechs Länder der EGKS tagten am 20. Januar in Paris, um die Pläne zu einer Vereinheitlichung des europäischen Post- und Fernmeldewesens zu prüfen. Es wurde beschlossen, drei ständige Arbeitsgruppen einzusetzen, welche das Fernmeldewesen und die Vereinfachung des Briefverkehrs sowie des Postscheckverkehrs bearbeiten sollen. Die Minister haben außerdem beschlossen, daß im September 1956 eine Briefmarke über die europäische Idee herausgegeben werden soll. Dieses Postwertzeichen wird in der gleichen Ausführung in allen beteiligten Ländern, jedoch mit nationaler Wertangabe, erscheinen. Die Beratende Versammlung hat sich bekanntlich seit vielen Jahren für dieses Problem besonders interessiert.

Triptyk für einmalige Reisen

Die Zollsachverständigen des Ausschusses für Inlandverkehr der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa haben im Januar 1956 in Genf beschlossen, daß ab 24. März 1956 ein neues Dokument für die vorübergehende Einfuhr von Kraftfahrzeugen angewendet werden soll.

Dieses neue Triptyk ist gültig für eine Reise innerhalb eines der beteiligten Länder, es wird eine Gültigkeit von drei Monaten haben und mit geringem administrativem Aufwand erhältlich sein. Die Gebühr wird etwa DM 3.— betragen.

Europäische Kulturgemeinschaft

Auf die Initiative des belgischen Senators Baron *Nothomb* trat am 13. und 14. Januar eine internationale Konferenz in Brüssel zusammen, um die Bildung einer europäischen Kulturgemeinschaft vorzubereiten. Eine Reihe von politischen Persönlichkeiten aus verschiedenen europäischen Ländern sowie Beobachter der UNESCO und der WEU nahmen an der Tagung teil. Der Kulturausschuß der Beratenden Versammlung des Europarats war durch den Vizepräsidenten Herrn *Nicolas Margue* (Luxemburger) und Frau *Luise Rehling* (Deutsche) vertreten.

Rat der Europäischen Gemeinden

In Metz tagten am 22. Januar 35 Vertreter europäischer Gemeinden aus neun Ländern, um über gemeinsame Probleme zu beraten. Auf der Tagesordnung standen Fragen des Städtebaues, der bürgerlichen

Freiheiten, der Gemeindefinanzen und die technischen Probleme der Verbreitung der europäischen Idee. Die Delegierten wurden vom Bürgermeister von Metz in dem mit der neuen Fahne des Europarats geschmückten Rathaus empfangen.

ANDERE ORGANISATIONEN

Westeuropäische Union

Die Saarkommission der WEU beendete am 10. Januar ihren Auftrag in Saarbrücken.

Der belgische Senator Herr Fernand Dehousse hielt am 19. Januar in Lüttich einen Vortrag über die Arbeiten der Kommission im Rahmen einer Veranstaltung, an der die Botschafter Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland teilnahmen. Der Generalsekretär des Europarats war durch Herrn Paul M. G. Levy, Direktor der Presse- u. Informationsabteilung, vertreten.

Nordischer Rat

Mit der erstmaligen Beteiligung Finnlands eröffnete der Nordische Rat am 27. Januar in Kopenhagen seine vierte Sitzungsperiode unter dem Vorsitz von Herrn Erik Eriksen, ehemaligem dänischen Ministerpräsidenten.

Auf der Tagesordnung stand insbesondere der Entwurf einer Zollunion zwischen Dänemark, Schweden und Norwegen sowie ein Plan zur Schaffung eines Nordischen Instituts für Atomenergie für friedliche Zwecke. Der Rat tagte bis zum 3. Februar.

BERICHTIGUNG

In Abschnitt IV, Unterabschnitt „Patente“ der „Mitteilungen des Europarats“ vom November 1955 ist der Wortlaut der Entschließung des Sachverständigenausschusses für Patentfragen, der vom 3. bis zum 7. Oktober 1955 in Straßburg tagte, folgendermaßen zu berichtigen:

„Der Ausschuß ist der Auffassung, daß eine der Voraussetzungen für die Schaffung eines europäischen Patents, das entweder von einem europäischen Patentamt oder von den nationalen Patentämtern zu erteilen wäre, die Vereinheitlichung einiger Punkte des materiellen Patentrechts ist.“

In ihrem ersten Abschnitt müßte die Vereinheitlichung sich jedenfalls auf folgende Punkte erstrecken:

- 1. die allgemeinen Voraussetzungen der Patentfähigkeit (gewerbliche Verwertbarkeit, Neuheit, technischer Fortschritt, Erfindungshöhe, Einfluß älterer Patentrechte und Patentanmeldungen);*
- 2. die jeweilige Bedeutung der Beschreibung und des Patentanspruchs.*

Der Ausschuß beauftragt sein um den belgischen und den schwedischen Sachverständigen verstärktes Büro, dem Sachverständigenausschuß zu seiner nächsten Sitzung hinsichtlich dieser Punkte Vereinheitlichungsvorschläge vorzulegen. Die Beobachter Spaniens und der Schweiz werden eingeladen, sich an diesen Arbeiten des Büros zu beteiligen.“

VORLAUFIGER TERMINKALENDER FÜR KOMMENDE TAGUNGEN

- | | |
|-------------------|------------------------------------------------------------------|
| 2. Februar: | Internationaler Ausschuß des Europatags der Schulen (Straßburg). |
| 8. u. 9. Februar: | Unterausschuß der Kultursachverständigen (Verbreitung des |

- | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| europäischen Gedankens und des europäischen Kulturgutes in anderen Kontinenten) (Paris). |
| Sachverständigenausschuß für Gesundheitsfragen (Straßburg). |
| Gemischter Ausschuß für kulturelle Fragen (Paris). |
| Arbeitsgruppe des Sonderausschusses für Landwirtschaft (Paris). |
| Verbindungsausschüsse Europarat/OEEC unter Beteiligung der Mitglieder des Sonderausschusses für Landwirtschaft (Paris). |
| Sachverständigenausschuß für Auslieferungsfragen (Straßburg). |
| Ausschuß hoher Beamter für Flüchtlingsfragen und Überbevölkerung (Straßburg). |
| Tagung zur Vorbereitung der vierten Konferenz für die Vereinheitlichung der Geschichtsbücher (Paris). |
| Stellvertreter der Minister (Straßburg). |
| Präsidium der Kultursachverständigen (Straßburg). |
| Ausschuß für soziale Fragen (Paris). |
| Verbindungsausschüsse Europarat/OEEC und Ausschuß für soziale Fragen (Paris). |
| Verbindungsausschüsse Europarat/OEEC und Ausschuß für Wirtschaftsfragen (Paris). |
| Sonderausschuß für die im Europarat nicht vertretenen europäischen Nationen (Palermo). |
| Arbeitsgruppe des Wirtschaftsausschusses für die wirtschaftliche Entwicklung der südeuropäischen Länder (Rom). |
| Studiengruppe des „Runden Tisches Europas“ (Straßburg). |
| Allgemeiner Ausschuß (Brüssel). |
| Ausschuß für Geschäftsordnung und Immunität (Brüssel). |
| Unterausschuß Nr. 5 des Ausschusses für Rechtsfragen (Zwangsversicherung für Kraftfahrzeuge). |
| Arbeitsgruppe der Menschenrechtskommission (Straßburg). |
| Erster Teil der 8. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung (Straßburg). |
| Ausschuß für soziale Fragen (Straßburg). |

Rückblick auf die Wahlen in Frankreich

Von Prof. Alfred Grosser, Paris

Die Auflösung des Parlaments und der Kampf um das Wahlgesetz

Die französischen Neuwahlen vom 2. Januar 1956 hätten normalerweise erst im späteren Frühjahr oder im Frühsommer 1956 stattfinden sollen, denn die letzten Parlamentswahlen waren am 17. Juni 1951. Aber im Oktober 1955 kündigte Ministerpräsident Edgar Faure seine Absicht an, so bald wie möglich Neuwahlen zu veranstalten und eine neue Nationalversammlung an die Verantwortung zu bringen. Seine Gründe waren folgende:

1. In den letzten Monaten einer Wahlperiode arbeitet erfahrungsgemäß ein Parlament schlecht, da die Wahldemagogie die politische Vernunft überspielt.

2. Es sind lebenswichtige Entscheidungen zu treffen (Nordafrika, Saar, Finanzpolitik usw.). Daher schien es besser, sie nicht einem Parlament zu überlassen, das vor dem Ende seiner Legislaturperiode steht, sondern die Wählerschaft schon jetzt neu zu befragen. (Allerdings muß hier bemerkt werden, daß Faure dann für keines der wichtigen Probleme den Wählern eine klare Fragestellung vorgebracht, geschweige denn eine Lösung präsentiert hat.)

3. Die Kammer war „ingouvernable“ — denn es war keine stabile Mehrheit mehr möglich, weil Sozialisten und Mendesisten grundsätzlich in Opposition verharren und weil die Gaullisten die Regierungskoalition wegen Faures Marokko-Politik verlassen hatten. Faure hoffte, daß Neuwahlen eine solide Mehrheit herbeiführen könnten, besonders — und dies ist der vierte, aber unausgesprochene Grund — weil beschleunigte Wahlen *Mendès-France* nicht mehr genug Zeit lassen würden, seine „Erneuerungspropaganda“ zu entfalten. Mit einem „guten“ Wahlgesetz glaubte man hoffen zu können, eine stabile Mehrheit zu bekommen, zusammengesetzt aus den tragenden Kräften der damaligen Regierung: den Volksrepublikanern (MRP), *Pinays* Unabhängigen und Faures Sammlung der Linkrepublikaner (RGR)¹.

Der Kampf um das Wahlgesetz tobte wochenlang. Das MRP war für die Verhältniswahl, während Sozialisten und *Mendès-France* für die Rückkehr zum System der Dritten Republik plädierten, für das „scrutin d'arrondissement“ (kleine Wahlkreise mit einem einzigen Abgeordneten, der als gewählt gilt, wenn er im ersten Wahlgang 50 vH der gültigen Stimmen auf sich vereint oder im zweiten Wahlgang die relative Mehrheit erreicht). *Mendès'* Ziel war, einmal die starre Parteistruktur aufzulockern und zum zweiten eine Allianz mit den Sozialisten einzugehen, um eine Art Dreikampf zu erzwingen: zwischen Kommunisten — Sozialisten plus Radikalsozialisten — MRP plus Unabhängigen. Im zweiten Wahlgang (der fast überall nötig werden würde) hätte bei den beiden letzteren Gruppen der Schlechtergestellte zugunsten des Bessergestellten aufgeben müssen. Dann hätten die Wähler für die zweite Entscheidung nur noch drei wichtige Kandidaten vor sich gehabt: den Kommunisten, den Mann von der „Linken“ und den Mann von der „Rechten“. Viele kommunistische Stimmen des ersten Wahlgangs, so kalkulierte *Mendès-France*, würden beim zweiten Wahlgang auf den Kandidaten der „Linken“ übergehen, um einen Sieg des Mannes der „Rechten“ zu vereiteln. Ob diese Spekulation der Wirklichkeit entsprechen würde, konnte natürlich nicht gesagt werden. Klar war jedenfalls, daß dieses System für das MRP unannehmbar war. Denn einmal hätte die Partei völlig nach rechts gedrängt, und zum zweiten hätte sie fast überall (außer in der Bretagne und im Elsaß) im zweiten Wahlgang dem voraussichtlich erfolgreicher „Unabhängigen“ weichen müssen.

Die Kammer verwarf schließlich ein Wahlsystem nach dem andern, denn keines bekam eine Mehrheit, insbesondere da die Kommunisten begreiflicherweise für die Verhältniswahl waren. Gegen Schluß dieser aussichtslosen Kampagne um ein neues Wahlsystem mußte Faure noch einmal die Vertrauensfrage stellen, über die am 29. November abgestimmt wurde. 318 Stimmen sprachen sich gegen Edgar Faure aus, 218 für ihn. 318 — das waren fünf Stimmen mehr als die

¹) Einzelheiten über die Parteien vgl. weiter unten.

absolute Mehrheit, und die Verfassung läßt zu, daß die Regierung die Kammer auflösen darf, wenn innerhalb einer Periode von 18 Monaten die Kammer zwei Regierungen mit absoluter Mehrheit ihr Mißtrauen ausgesprochen hat. Am 4. Februar 1955 war Mendès-France mit 319 Stimmen gestürzt worden. Nach der Verfassung war also die Auflösung möglich. Edgar Faure entschloß sich dazu, obwohl seit Marshall *Mac Mahon* die Auflösung des Parlaments in Frankreich einen üblen diktatorischen Geruch bekommen hat. Doch Faure war der Meinung, wenn man jetzt nicht auflöse, wo man es einmal kann, dann werde in Zukunft niemand mehr die Auflösung wagen, und das würde die Exekutive im französischen System weiterhin schwächen. Und er war auch froh, zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können: frühere Wahlen und Beibehalten des Wahlgesetzes von 1951.

Das Wahlgesetz

Das „Verschwägerungsgesetz“ (*Loi des apparentements*) oder Listenverbindungs-gesetz war so unpopulär, daß niemand offiziell dafür war. Die Regierungsguppen hofften aber, daß es verlängert würde, denn sie versprachen sich davon eine stabile Mehrheit in der neuen Kammer. Das Gesetz funktioniert folgendermaßen: in der Pariser Gegend (Wahlkreis Seine und Wahlkreis Seine-et-Oise) reine Verhältnis- und Listenwahl²; in allen anderen Wahlkreisen³ erhält jede Liste oder Listenverbindung, sofern sie 50 vH der gültigen Stimmen erreicht, sämtliche Sitze. Erreicht keine Liste die absolute Mehrheit, dann geschieht die Verteilung nach dem Verhältnissystem, wobei die verbundenen Listen als eine einzige gelten. Dazu ein theoretisches Beispiel: angenommen, ein Wahlkreis, in dem drei Sitze zu vergeben sind, wählt⁴

Partei A: 25 vH

„ B: 24 vH

„ C: 18 vH

„ D: 17 vH

„ E: 16 vH

} 51 vH

Sind C, D und E miteinander „verbunden“, so erhalten sie die drei Sitze und verteilen sie unter sich. Das ergäbe dann: A und B keinen Sitz, C, D und E je einen Sitz. Wären hingegen die Zahlen beispielsweise folgende gewesen: A 25, B 24, C 22, D 19, E 10 bei gleicher Verbindung C/D/E, so hätte C zwei Sitze, D einen und E keinen bekommen: die Wähler von E hätten dann lediglich die Listen von C und D zum Siege geführt.

² Nach dem Verteilungssystem des „stärksten Restes“. Sonst wird überall das Verteilungssystem des „stärksten Durchschnitts“ angewandt. Der „stärkste Rest“ benachteiligt die großen Parteien, das bedeutet für die Pariser Gegend die Kommunisten.

³ Im allgemeinen entspricht jedes Departement einem Wahlkreis, mit Ausnahme der stark bevölkerten, die in zwei oder

Angenommen, es wäre als Resultat folgendes herausgekommen:

A 30, B 21, C 20, D 15, E 14,

dann würde die Verteilung nach dem Verhältnissystem errechnet, wobei die Listenverbindung C/D/E als eine Partei (49) betrachtet würde. C/D/E würde also zwei Sitze erhalten und A einen. Endergebnis: A einen, C einen, D einen Sitz, B und E keinen Sitz. Hingegen hätten ohne „Verbindung“ A, B und C je einen, D und E aber keinen Sitz erhalten⁵.

Die Grundüberlegung, die die „Väter“ dieses Wahlgesetzes von 1951 angestellt hatten, entsprang der Angst vor einer ähnlichen Entwicklung wie im Deutschland der „Weimarer“ Zeit: durch die Verbindung der Listen der Mittelparteien sollte verhindert werden, daß die neue Kammer eine aus Kommunisten und Gaullisten zusammengesetzte „negative Mehrheit“ bekäme. Die erhoffte Wirkung war damals nicht ausgeblieben, denn die Kommunistische Partei und die gaullistische Sammlungsbewegung (RPF) erhielten bei der Wahl von 1951 viel weniger Sitze, als ihnen bei einem normalen Proporzsystem zugefallen wären. Im Januar 1956 aber war die Lage eine gänzlich andere. Erstens gab es keine gaullistische antiparlamentarische Gefahr mehr, und zweitens haben der Zerfall der Mitte und das Aufkommen der Poujadisten, wie noch zu zeigen sein wird, fast überall eine absolute Mehrheit verhindert.

Der Wahlkampf

In seiner Thematik ist der Wahlkampf für den 2. Januar 1956 ziemlich verworren gewesen, in der Frontenbildung hingegen einigermaßen klar. Mendès-France, der seit dem 4. Mai die Leitung der Radikalsozialistischen Partei erobert hatte, wollte dieser einen klaren Kurs, und zwar einen Linkskurs, geben. Er erreichte den Ausschluß von Edgar Faure und bildete mit den Sozialisten unter der Führung von Guy Mollet, mit der Demokratisch-Sozialistischen Widerstandsunion (UDSR), deren Präsident, François Mitterand, in Mendès' Kabinett Innenminister gewesen war, und mit den Sozialrepublikanern, deren Vorsitzender Jacques Chaban-Delmas, Bürgermeister von Bordeaux, gleichfalls dem Kabinett Mendès-France angehört hatte, die „Republikanische Front“ (*Front Républicain*). Allerdings standen von der UDSR manche Edgar Faure und dem MRP näher (beispielsweise René Plevén), und bei den Sozialrepublikanern war es sogar die Mehrheit, die mehr zu Pinay neigte

mehrere Wahlkreise aufgeteilt sind (Nord, Pas-de-Calais, Seine, Seine-et-Oise, Gironde, Rhône und Bouches-du-Rhône).

⁴ Die Anzahl der Sitze hängt von der Bevölkerungszahl ab, ohne in einem direkten Verhältnis zu ihr zu stehen, so daß die geringer bevölkerten Departements außerordentlich bevorzugt sind.

⁵ Dieses Beispiel ist wichtig für die Wahl von 14 der 52 Poujadisten, wie später noch zu zeigen sein wird.

als zu Mendès⁶. Die drei anderen Gruppierungen neben der Republikanischen Front waren: die Kommunisten; die „Regierungsparteien“ (MRP, Unabhängige, das heißt gemäßigte Rechte, und dazu Edgar Faures RGR⁷); sowie die Poujadisten, die man nicht sehr ernst nahm.

Nicht alle Themen des Wahlkampfes können hier behandelt werden. Dies aber waren die wichtigsten:

Nordafrika und Überseegebiete: Mendès-France, so argumentierte die Republikanische Front, hatte den Indochinakrieg beendet und durch seine Reise nach Tunis eine liberale und konstruktive Politik in Nordafrika eingeleitet, indes das MRP und die Rechte den Indochinakrieg bis zur Niederlage, ja beinahe bis zu einem neuen Weltkrieg geführt und in Nordafrika bis 1954 eine katastrophale „Politik der Stärke“ getrieben haben (Tunisbrief Robert Schumans vom Dezember 1951, Bidaults Duldung des Staatsstreiks in Marokko im August 1953). Die Regierungsparteien gaben darauf die doppelte Antwort: 1. Mendès-France ist der Mann der Kapitulation, der Liquidierung des „Empire“; 2. die Regierung Faure hat die Tunis-Verhandlungen zu Ende gebracht und den verbannten Sultan von Marokko wieder zurückgeholt. (Die Wirklichkeit sah so aus, daß seit Pinays Bekehrung in Aix-les-Bains im August 1955 fast alle für eine liberale Politik in Nordafrika plädierten, indes niemand eine Patentlösung für das schwierigste und dringendste aller Probleme kannte: für Algerien.

Wirtschaftlich-soziale Probleme: Die Republikanische Front betonte die Notwendigkeit struktureller Veränderungen, größerer Gerechtigkeit in der Verteilung der Güter und der Bekämpfung des Kommunismus durch sozialen Fortschritt. Pinay seinerseits galt als der Mann, der die Stabilisierung der Währung und die liberale Wirtschaftsentwicklung verkörperte. Das MRP fühlte sich eigentlich beiden nahe: es nannte sich ebenso „sozial“ wie Mendès, was es in dessen Regierungszeit bewiesen habe.

Schulfrage: Die „koloniale“ und die „wirtschaftlich-soziale“ Trennung zwischen Links und Rechts sind nicht die einzigen. Älter ist der Gegensatz in der Frage der Laizität. Die ganze Kammerperiode 1951/55 hat unter dem Zeichen der „Loi Barangé“ gestanden. Dieses Gesetz, das den Privatschulen eine kleine staatliche Unterstützung gewährte, war von MRP, Unabhängigen und Gaullisten angenommen worden. Im Wahlkampf stellten nun die Kommunisten dieses Problem stark heraus, weil die Sozialisten und die

Radikalen hier natürlicherweise eine ganz ähnliche Stellung beziehen mußten wie sie — und KP plus Sozialisten plus Radikale, das war ja doch die „Volksfrontmehrheit“ von 1936. Hinzu kam der Wählerappell von Lehrerverbänden, nur für solche Kandidaten zu stimmen, die für ein „programme minimum“ des Laizismus eintreten würden. Auf der anderen Seite gab es Empfehlungen, nur demjenigen Kandidaten die Stimme zu geben, der für die „freie (lies: katholische) Schule“ sei. Ein harter Kampf begann um die Katholiken. Der katholische Schriftsteller François Mauriac, Leitartikler in der dem Expremier Mendès-France nahestehenden Tageszeitung „L'Express“, suchte zu beweisen, daß der Platz der gläubigen aktiven Christen auf der Seite der Republikanischen Front, das heißt des Liberalismus und des sozialen Fortschritts, sei. Worauf die katholische Zeitung *La Croix* Mauriac einen Sophisten nannte, der die gleiche Vermengung von Politik und Religion betreibe, die er anderen zum Vorwurf mache. Dieser Streit klärte sich erheblich durch eine Reihe von Kundmachungen des französischen Episkopats: die Schulfrage sei ein wichtiges Problem — aber nur eines von vielen. Der katholische Wähler müsse sein Gewissen befragen, wie er seine Entscheidung zu treffen habe, falls keiner der Kandidaten allen moralischen Anforderungen eines Christen entspreche (soziale Gerechtigkeit; Gerechtigkeit für die Überseegebiete; Schulwesen). Für einen großen Teil der christlichen Gewerkschaften und der christlichen Intellektuellen war damit die Entscheidung klar: die Schulfrage bekam eine völlig untergeordnete Bedeutung, und es wurde möglich, nicht mehr für das gänzlich nach rechts geschwenkte MRP zu stimmen.

Europa: Es hat im Wahlkampf eine ganz untergeordnete Rolle gespielt. Das MRP warf Mendès den Tod der EVG und das Aufkommen einer selbstständig betriebenen deutschen Wiederbewaffnung vor. Aber dieser Vorwurf war insofern irreführend, als die Trennungslinie hinsichtlich der EVG quer durch die beiden Hauptfronten der französischen Politik gegangen war. Und in einem gewichtigen Artikel in *Le Monde* erklärte Guy Mollet, Mendès-France und er seien sich über die Zukunft, insbesondere über „Euratom“, völlig einig, und was die Vergangenheit angehe, so sei es zwecklos, Verantwortlichkeiten aufzuzählen, da man sonst beispielsweise auch die Verantwortung von Georges Bidault für das Scheitern des Europa-Aufbaus als eine sehr schwere bewerten müsse.

Die Unzufriedenheit und der Antiparlamentarismus: Erstere war so auffallend, daß sämtliche Gruppen versucht haben, sie auszunutzen oder sie zu beschwichtigen; letzterer besorgte für Poujade Massenversammlungen unter dem einfachen Schlagwort „Sortez les Sortants“ — Raus mit den (aus der alten Kammer) Rauskommenden!

⁶) Als Fraktion zählten die Sozialrepublikaner bis zu den Neuwahlen noch 68 Abgeordnete von den 107 Gaullisten aus dem Jahre 1951; die übrigen hatten sich bereits 1952 abgespalten, um Pinay zu unterstützen.

⁷) Rassemblement des Gauches Républicains. An sich ein 1946 zustande gekommener Koordinationsausschuß zwischen verschiedenen Parteien, darunter vor allem die Radikalen und die UDSR. Faure hat nach seinem Ausschuß aus seiner Partei diesen Koordinationsausschuß in eine eigene politische Gruppe verwandelt.

Mendès gegen Faure: Manchmal schien es so, als spiele sich der Kampf nur zwischen diesen beiden Männern ab. Dieser Eindruck ist falsch und richtig zugleich. Falsch, weil Faure und Mendès sehr viel Gemeinsames haben; Faure ist Mendès' Finanz- und Wirtschaftsminister gewesen und hat dessen Nordafrika-Politik weitergeführt. Richtig, weil jeder von ihnen nicht nur eine andere Gruppe um sich versammelt (Faure die gemäßigte Rechte, Mendès die Sozialisten), sondern weil sie auch zwei völlig verschiedene politische „Stile“ repräsentieren. Mendès hat als Losung „Gouverner c'est choisir“ (Regieren heißt Entscheidungen treffen); er will hart und genau handeln. Faure will glauben machen, daß vieles zugleich möglich sei, und will es mit niemandem verderben. Hier sei ein ganz persönliches Urteil abgegeben: die Tragik dieser Wahlen war, daß Frankreich einen Mann wie Mendès-France braucht, daß Edgar Faure jedoch dem politischen Temperament des französischen Bürgertums mehr entspricht.

Die Ergebnisse⁸

Eingetragene Wahlberechtigte: 26 353 278 (Zuwachs von 2 719 133 gegen 1951)

Abgegebene Stimmen: 21 138 359 (Zuwachs von 2 287 743 gegen 1951)

Wahlbeteiligung am 2. 1. 56: 82,8 vH
(1951: 80,2 vH)

	Stimmen in Mil- lionen	Verände- rung gegen 1951	Prozent- satz	Verände- rung gegen 1951
Kommunisten . . .	5,4	+ 0,4	25,6	— 0,3
Sozialisten . . .	3,2	+ 0,5	15,5	+ 0,6
Radikalsozialisten, UDSR und RGR ⁹	2,9	+ 0,8	13,6	+ 2,7
Volksrepublikaner .	2,3	— 0,06	10,6	— 1,6
Gemäßigte Rechte .	3,0	+ 0,7	14,1	+ 1,8
Sozialrepublikaner	0,9	— 3,0	4,2	— 16,9
Poujadisten . . .	2,5	+ 2,5	12,1	+ 12,1

Das Bild der Kammer nach den Fraktionsbildungen¹⁰

Kommunisten und Progressisten	150
Sozialisten	94
Radikalsozialisten (Mendès-France)	57
UDSR und RDA ¹¹	19
RGR (Faure)	14
Unabhängige aus Uebersee ¹²	10
MRP	73
Sozialrepublikaner	21
Gemäßigte Rechte (Pinay)	95
Poujadisten	52

⁸) Die Zahlen können nur annähernd genannt werden, da das Innenministerium die endgültigen Ergebnisse noch nicht veröffentlicht hat und somit nur die am Tage nach der Wahl bekanntgegebenen vorläufigen Zahlen verfügbar sind. Außerdem ist die Qualifizierung mancher Kandidaten recht schwierig. Splittergruppen blieben in der Tabelle unberücksichtigt.

⁹) Es ist natürlich nicht sinnvoll, die Anhänger von Mendès-France und Faure zusammen anzuführen. Aber es erleichtert

Bei diesen Ziffern ist zu berücksichtigen, daß in Algerien, das juristisch ein Teil Frankreichs ist und 30 Abgeordnete stellt, die Wahlen auf unbestimmte Zeit verschoben werden mußten.

Ferner steht noch aus, ob die Poujadisten eine Reihe ihrer Sitze an die Sozialisten, die Radikalen und das MRP abgeben müssen. Die Kammer hat einige „Wahlverbindungen“ der Poujadisten als dem Wahlgesetz zuwiderlaufend nicht anerkannt. Poujade hat in vielen Departements mehrere Listen aufgestellt, die er „spezialisiert“ (eine für Kaufleute, eine andere für Bauern usw.) und untereinander verbunden hat. Das Wahlgesetz verbietet aber Verbindungen von Listen, die derselben Partei entspringen.

Die Wählerschaft

Es kann nicht genug betont werden, daß das hauptsächlichste Charakteristikum des französischen Wahlkörpers seine Stabilität ist — obwohl die Verteilung der Mandate zunächst das Gegenteil zu beweisen scheint. Man darf nicht vergessen, daß der Zuwachs der kommunistischen Mandate durch die Spielregeln des Wahlgesetzes zu erklären ist (1956 haben nur 12 „Verbindungen“ die absolute Mehrheit erreichen können gegen 39 bei den Wahlen von 1951) und ferner, daß es stets eine schwankende Masse antiparlamentarisch eingestellter Wähler in Frankreich gegeben hat.

Eine kurze Untersuchung der Wahlergebnisse ergibt für die einzelnen Parteien das Folgende:

Kommunisten:

26 vH der Stimmen im Oktober 1945 — 26,2 vH im Juni und 28,6 vH im November 1946 — 25,9 vH im Juni 1951 — 25,6 vH im Januar 1956 — es scheint, als wähle rund ein Viertel der französischen Wählerschaft ein für allemal kommunistisch, sei es nun aus marxistischer Ueberzeugung oder aus reinem Protest. In den ländlichen Gegenden ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen, während in den Städten eine Zunahme festgestellt werden kann, die aber nicht auf Kosten der Sozialisten geht, sondern auf einen allgemeinen, leichten, aber doch deutlich spürbaren „Linksruck“ zurückzuführen ist.

Sozialisten:

Ihre Gewinne erklären sich aus einer vierjährigen Opposition und aus ihrem Bündnis mit Mendès-France. Für die Sozialisten haben insbesondere christliche Gewerkschaftler gestimmt, die nicht mehr MRP wählen wollten (so beispielsweise in Nantes,

den Vergleich mit 1951, und überdies war am Tage nach der Wahl nicht immer klar, zu welcher Gruppe die einzelnen Abgeordneten gehörten.

¹⁰) Quelle: *Le Monde*, Nr. 3423 vom 25. Januar 1956.

¹¹) Rassemblement Démocratique Africain: parlamentarisch der UDSR angegliedert.

¹²) Indépendants d'Outre-Mer: parlamentarisch mit dem MRP verbunden.

wo im letzten Sommer große Streiks stattgefunden haben und wo die Sozialisten, zum großen Teil auf Kosten des MRP, die Kommunisten überflügeln konnten). Viele „mendésistische“ Wähler haben sozialistisch, also für die SFIO (Section Française de l'Internationale Ouvrière) gestimmt und nicht für Mendès' Partei, weil ihnen diese noch nicht genügend „verjüngt“ aussah.

Radikalsozialisten:

Mendès-France hat große Erfolge in manchen Großstädten (Marseille) und vor allem in Paris und Umgebung erzielt, z. T. durch die Stimmen ehemaliger Gaullisten, die weiterhin nach einer „Reform des Systems“ und nach einer Regierung der starken Hand rufen. In vielen Gegenden erhielten seine Kandidaten weit mehr Stimmen, als die Partei 1951 erhalten hatte. Doch war der Stimmenzuwachs nicht groß genug, um die Mandate zu erobern. Im großen ganzen erlebte Mendès-France eine ziemlich bittere Enttäuschung. In diesem einen Punkt hat sich Faures Kalkulation bei der Auflösung der Kammer als richtig erwiesen. Aber wirklich nur in diesem einen Punkt, denn seine Mehrheitshoffnungen sind völlig enttäuscht worden.

MRP:

Im ganzen hat das MRP besser abgeschnitten, als es selbst es erwartet hatte. Doch eine seiner Befürchtungen ist eingetroffen: die „Regionalisierung“ der Volksrepublikaner, die im Elsaß, in Lothringen und im Westen hervorragende Ergebnisse verzeichnet haben, aber in den anderen Teilen des Landes beinahe völlig zertrümmert worden sind.

Sozialrepublikaner:

Die Gaullisten haben erfahren müssen, daß sie ohne den General *de Gaulle* nicht mehr viel zu bestellen haben. Übriggeblieben sind Vertreter verschiedenster Tendenzen innerhalb der Bewegung, so beispielsweise der fortschrittliche *Chaban-Delmas* und der „kolonialistische“ General *Koenig*, der allerdings nur dank einer Verbindung mit dem im Elsaß sehr populären MRP-Minister *Pierrel* seinen Sitz mit 24 000 Stimmen rettete (eine Verbindung, die gewiß nicht im Zeichen Europas geschlossen worden ist!). Der Mendès-Kandidat ging in diesem Wahlkreis mit 51 000 Stimmen leer aus; *Pierrel*'s Liste erhielt 148 000 Stimmen und 7 Sitze.

Gemäßigte Rechte:

Sie hat gehofft, den größten Teil des gaullistischen Erbes antreten zu können, hat aber nicht mit dem Erfolg der Poujadisten gerechnet. Im ganzen darf sie mit dem Wahlergebnis nicht allzu unzufrieden sein — vor allem, weil etwas geschehen ist, was für die französische Politik neu ist: die gemäßigte Rechte ist dabei, zu einer wirklichen Partei zu werden und nicht mehr nur ein Haufen von Splittergruppen und individualistischen Persönlichkeiten zu sein. Das ver-

dankt sie nicht zuletzt der Tatsache, daß sie einen Mann als Führer anerkennt, der neben Mendès-France der einzige ist, der eine wirkliche Popularität genießt: *Antoine Pinay*, die Verkörperung des besonnenen, nüchternen „kleinen Franzosen“, der überzeugt ist, daß es keiner Strukturveränderung bedarf, um das Land vor der Verkalkung zu retten.

Poujade:

Es bedürfte eines ganzen Artikels, um die Poujade-Bewegung zu charakterisieren. Doch sie ist noch zu jung, um sie schon genauer beurteilen zu können. Revolte des wirtschaftlich rückständigen französischen „Mezzogiornos“, Auflehnung der kleinen Geschäftsleute gegen die Steuern, Empörung über das miserable Funktionieren des Parlamentarismus — die Gründe für den überraschenden Erfolg sind verschieden und zahlreich. Faschistische Züge sind vorhanden, aber der Vergleich wäre besser mit dem Rexismus in Belgien zu ziehen oder mit dem „Qualunquismus“ der ersten Nachkriegsjahre in Italien.

Politisch-parlamentarische Konsequenzen

Das parlamentarische Ergebnis der Wahlen vom 2. Januar ist schlechthin katastrophal. Niemand hat eine Mehrheit. Die Kommunisten nicht. Die Republikanische Front nicht, nämlich Sozialisten plus Radikale plus UDSR/RDA plus einige Sozialrepublikaner. Die Ex-Regierungsgruppe nicht, nämlich RGR plus MRP plus Unabhängige. Welches sind nun die theoretischen Lösungen?

1. *Volksfront*. Die Kommunisten werden alles tun, sie eines Tages doch noch zu erreichen. Das äußerlich Gemeinsame ist die Laizität. Die tieferen Gründe: die Sozial- und Wirtschaftspolitik. Das Hindernis: daß die KP eben die KP ist.

2. *Union Nationale*. Eine Mehrheit, die alle umschließen könnte, außer Kommunisten und Poujadisten. Die Vorteile: zahlreiche gemeinsame Punkte, sowohl innen- wie außenpolitisch. Aber letzten Endes besteht doch die Gefahr des „Immobilismus“, des Stehenbleibens, mit der automatischen Wirkung, den Antiparlamentarismus zu stärken, da es dann keine eigentliche demokratische Opposition mehr gäbe. Außerdem bestünde für die Sozialisten die Gefahr eines Selbstmordes, wenn sie mit *Pinay* eine Regierung bildeten: ihr mühsam errungener Zuwachs seit 1952 würde alsbald wieder zerrinnen — zugunsten der Kommunisten.

3. „*Rechts*“ gegen „*Links*“. Von Faure bis Poujade gegen Kommunisten, gegen Sozialisten und gegen jene Radikalen, die Mendès-France trotz der Versuchung, einen Ministerposten zu erhalten, treu bleiben würden. Vorteile: eine „Zähmung“ der Poujadisten wäre nicht ausgeschlossen. Aber in Nordafrika würde es wahrscheinlich böse aussehen. Und vor allem würde eine solche Frontbildung die Sozia-

listen und die Mendesisten in die Arme der Volksfront treiben.

Guy Mollet als Führer der stärksten Gruppe, der „Republikanischen Front“ (die — obwohl nur sehr bedingt — als Sieger gelten mag) ist vom Präsidenten der Republik beauftragt worden, eine Regierung zu bilden. Diese Regierung hat am 31. Januar die imposante Mehrheit von 420 gegen 71 Stimmen, bei 83 Stimmenthaltungen, bekommen. Aber diese Mehrheit ist eine trügerische. Denn unter den 420 Stimmen befinden sich einerseits 147 Kommunisten, welche die Volksfront wollen (und sogar so weit gegangen sind, Mollet nach einer Regierungserklärung zuzustimmen, die hundertprozentig „atlantisch“ war); ferner 12 Stimmen der Männer um Faure und 74 Stimmen von MRP/IOM, die alle Mollet wählten, weil sie Mendès nicht ans Ruder lassen wollten, nicht nur nicht als Ministerpräsidenten, sondern auch nicht als Außenminister. Daher machte das MRP für seine Unterstützung auch zur Bedingung, daß ein „Europäer“ den Quai d'Orsay erhalte. So ist das Kabinett Mollet ein sozialistisches mit einer etwas zögernden mendesistischen Beteiligung.

Regierung und Kammer haben beide einen schlechten Start gehabt. Die Regierung: weil Guy Mollet am 6. Februar gezwungen wurde, unter dem Druck einer Massenkundgebung in Algier, seinen Algerienminister, den General Catroux zu entlassen. Die Kammer: weil sie damit angefangen hat, sich endlos um die Prüfung der Gültigkeit von Mandaten einiger Poujade-Abgeordneten zu kümmern, anstatt

mit der Reform ihrer eigenen Arbeitsmethoden zu beginnen. Es droht vielleicht noch Schlimmeres: ein neuer Streit um die Schulfrage, indes eine Unmenge von gewichtigeren Problemen einer Lösung harren: Algerien, Wirtschaftsstruktur, „Euratom“, Saar.

Doch sollte man aus dieser komplizierten Situation keine irrigen Folgerungen ziehen.

Denn erstens ist die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs trotz der Strukturfehler erstaunlich;

zweitens ist die nordafrikanische Krise in Tunesien und in Marokko vorderhand beschwichtigt. Bei Algerien ist zu bedenken, daß es eine vollkommene Lösung einfach nicht geben kann (eine Lösung, die zugleich die 9 Millionen Araber und die 1,2 Millionen Europäer zufriedenstellen könnte). Es bleibt für Frankreich eine lebenswichtige Frage, einen Kompromiß zu finden. Der beste Beweis, den die deutsche Öffentlichkeit heute für ihre europäische Gesinnung bringen könnte, bestünde darin, gegenüber der algerischen Frage Verständnis und Zurückhaltung zu zeigen;

drittens mögen zwar Europa-Probleme augenblicklich in den Hintergrund getreten sein, aber „Euratom“ ist populär;

viertens: die Undurchsichtigkeit des französischen politischen Lebens ist freilich wenig erfreulich. Französische Beobachter aber fragen sich, ob sie auf lange Sicht so viel schlimmer ist als die Gefahr einer Sklerose, die sie in der Bundesrepublik Deutschland zu erkennen glauben.

Dokumentarischer Anhang

Die Regierungserklärung von Ministerpräsident Guy Mollet vor der Nationalversammlung am 31. Januar 1956

In dem Wunsche, die hauptsächlichen Probleme, die sich dem Lande stellen, nacheinander aufzuführen, erwähnte Guy Mollet zunächst „diejenigen, die mehr Initiative vom Parlament verlangen als von der Regierung“, deren Lösung jedoch eine Vorbedingung jeder dauerhaften Festigung der Lage in Frankreich sei.

Verfassungsänderung und Wahlrechtsreform

„Besonders da gerade vom Recht der Auflösung des Parlaments ein zumindest umstrittener Gebrauch gemacht worden ist, dürfen wir nicht darauf verzichten, in diesem Punkte Veränderungen an der Verfassung vorzunehmen, die es erlauben werden, die Stabilität der Exekutivgewalt zu festigen und so die Autorität des Staates zu stärken.“

Ich wünsche, daß die Versammlung sich ohne Verzug mit den Vorschlägen befaßt, die mehrere unserer Kollegen bereits unterbreitet haben. Ich muß darauf hinweisen, daß, wie sehr auch die Regierung bestrebt sein mag, die gesamte Souveränität des Parlaments zu achten, sie es doch als ihre Pflicht ansieht, zu intervenieren, wenn

die Versammlung nicht schnell zu einer Entscheidung kommt.

Das zweite Problem, vor dem die Versammlung steht, ist die Wahlrechtsreform. Das Land wünscht ein klares, einfaches System. Was dies betrifft, so freue ich mich sehr über die Initiative, welche die Gruppe, der anzugehören ich die Ehre habe, ergriffen hat, und ich hoffe, daß die Nationalversammlung sie unverzüglich prüfen wird.

Arbeitsmethoden der Nationalversammlung

Das dritte Problem ist das der parlamentarischen Methoden, genauer gesagt des Reglements der Versammlung. Wenn ich auch ungerechte Angriffe seitens gewisser Leute gegen das Regime oder gegen die Parlamentarier nur auf das heftigste mißbilligen kann, so muß ich zugeben, daß die Arbeitsmethoden der Versammlung oft schlecht sind, daß sie die Menschen lähmen und aufreizen.

Schulfrage

Schließlich ist ein letztes Problem Ihrer Initiative gestellt — ein Problem, von dem die Klugen und Weisen denken werden, daß ich besser darüber schweigen würde:

das der Weltlichkeit des Staates, oder genauer gesagt der Schulfrage.

Die Regierung wird selbstverständlich die Anwendung des Gesetzes gewährleisten: Ebenso wie die Gewissensfreiheit wird sie die völlige Unabhängigkeit des Staates gegenüber den Kirchen achten und dafür sorgen, daß sie geachtet wird.

Es sind aber Vorschläge auf den Tisch der Versammlung gelegt worden. Sie zielen darauf ab, gewisse, im Laufe der vorigen Legislatur beschlossene Maßnahmen außer Kraft zu setzen. Die Regierung als solche wird in dieser Debatte nicht Stellung nehmen. Die Herren, die daran teilnehmen, werden in ihrer Haltung frei sein und den Verpflichtungen, die sie vor ihren Wählern übernommen haben, in ihrem eigenen Namen nachkommen.

Ich persönlich bin mir bewußt, niemals ein gegebenes Wort nicht eingelöst zu haben, Meiner Partei gereicht es zur Ehre, ihre Versprechen unfehlbar zu halten. Niemand kann also erwarten, daß wir eines politischen Vorteils wegen auf Ihre und unsere Achtung verzichten könnten.“

Guy Mollet kommt nun zur Politik der Regierung in bezug auf die schwerwiegenden Probleme, die Frankreich augenblicklich gestellt sind:

Algerien

„Das dringendste und schmerzlichste dieser Probleme ist Algerien. Ihm muß die Regierung unbedingt den ersten Platz einräumen. Es überragt alle Probleme, die Frankreich zu lösen hat. Ihm wird der Ministerpräsident seine ersten Anstrengungen widmen und sich persönlich damit befassen.

Die Entsendung eines Ministerresidenten nach Algerien, eine Aufgabe, die einer hervorragenden Persönlichkeit anvertraut worden ist, deren Selbstlosigkeit ich hervorheben möchte, und die Tatsache, daß ihm zwei Staatssekretäre zur Seite gegeben werden, zeugen vom Willen der Regierung, prompt zu handeln und ihren Beschlüssen unerbittlich Achtung zu verschaffen.

Im Laufe der vergangenen Wochen und besonders dieser letzten Tage habe ich eine genaue Untersuchung angestellt. Sie hat mich zunächst dazu geführt, zu denken, daß wir jeden Streit über die Worte Assimilation, Integration, Assoziation, Föderation usw. aus der Debatte verbannen sollten.

Man wird übrigens bemerken, daß, wie auch immer die theoretische Bezeichnung ausfallen mag, die Maßnahmen lange Zeit dieselben sein und darauf abzielen werden, mehr Freiheit und Gleichheit zu schaffen.

Heute kommt es nicht darauf an, Theorien zu widersprechen, sondern Willen zu zeigen, Ziele und Absichten und womöglich eine Methode festzulegen.

Es ist vor allem Frankreichs Ziel und der Wille der Regierung, den Frieden wiederherzustellen, die einen wie die anderen von Angst zu befreien und zu erreichen, daß Terrorismus und blinde Bedrückung aufhören. Wir wollen sodann die demokratische Fortentwicklung der Institutionen betreiben, die Koexistenz der beiden Bevölkerungselemente organisieren, welche die Geschichte miteinander verbunden hat und die getrennt zu sehen wir nicht erlauben werden, und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes gewährleisten. Unser Ziel ist es also, die unauflösliche Einheit zwischen Algerien und dem französischen Mutterlande zu erhalten und zu befestigen.

Ist es notwendig zu fragen, was aus Frankreich ohne Algerien würde und was aus Algerien ohne Frankreich? Die Geschichte, die menschlichen Berührungspunkte und der wirtschaftliche Austausch haben zwischen den beiden unauflösliche Bande geknüpft, die dem einen wie dem anderen zugute kommen.

Wir wollen gleichzeitig die algerische Eigenart anerkennen und achten und die völlige politische Gleichheit aller Einwohner Algeriens verwirklichen.

An wen wenden wir uns? Zwei Hauptgruppen bilden Algerien. Es gibt zunächst eine wichtige Minderheit europäischen Ursprungs, die selbst gespalten ist: Neben einigen Männern, deren kurzsichtiger Egoismus zu einem großen Teil für die Situation verantwortlich ist, setzt sie sich aus Personen bescheidenen Ursprungs zusammen, gewissenhaften Arbeitern, die ihrem Lande ergeben sind: durch sie und in ihnen ist Frankreich in Algerien gegenwärtig. Auf der anderen Seite gibt es eine eingeborene Bevölkerung, die täglich zahlreicher wird. Wenn sie auch leider eine Minderheit von Rasenden und Verbrechern enthält, so hofft ihre ungeheure Mehrheit nur auf die Erhaltung der Bande zu Frankreich. Man muß diesen Mohammedanern, deren Gleichheit der Pflichten nie jemand bestritten hat, auch eine totale Gleichheit der Rechte zusichern. Versuchen wir nun, da die Gegebenheiten bekannt und die Ziele gesteckt sind, die Methoden zu definieren. Es muß feierlich von der Nationalversammlung versichert werden, daß das endgültige Schicksal Algeriens keinesfalls einseitig bestimmt werden wird.

Schließlich sei unzweideutig versichert — das ergibt sich aus unserem ersten Prinzip —, daß wir weder gestatten werden, daß eine Gewaltlösung auferlegt wird, noch daß ein Element der Bevölkerung danach strebt, dem anderen seine Auffassungen zu diktieren.

Die Regierung beabsichtigt, möglichst unverzüglich durch freie Wahlen in einem einheitlichen Wahlkollegium zu einer wirklichen Volksbefragung zu schreiten; das macht eine Wahlreform notwendig.

Ich will mich heute nicht über die zeitliche Reihenfolge aussprechen, in der sich die vorzusehenden Wahlen abwickeln sollen: Vertretung im französischen Parlament, in der algerischen Versammlung, die aufgelöst werden muß, und in den lokalen Versammlungen.

Die Regierung wird der Versammlung kurzfristig die Texte unterbreiten, die ihr die notwendigen Vollmachten geben werden, gewisse unerläßliche Reformen durchzuführen, vor allem die Reform der Gemeindeorganisation und die des öffentlichen Dienstes und der Verwaltung in Algerien.

Die grundsätzlichen Beschlüsse, die ich soeben aufgezählt habe, werden eine Veränderung des politischen Klimas herbeiführen.

Das militärische Potential der in Algerien eingesetzten Streitkräfte kann in unmittelbarer Zukunft noch nicht herabgesetzt werden, jedoch soll ihre Wirksamkeit durch einfache Reformen ihrer Struktur und ihres Einsatzes erhöht werden, die sie den Bedingungen ihrer lokalen Verwendung besser anpassen sollen. Die Bedürfnisse der Truppen werden befriedigt und ihre Ablösung gesichert werden.

Zugleich mit der Sicherung der Menschen und Güter beabsichtigt die Regierung, den Willen Frankreichs offen-

bar werden zu lassen, die notwendige Befriedung der Geister zu bewirken.

Neben den unerläßlichen Reformen in der Verwaltung und im öffentlichen Dienst, die ich bereits erwähnt habe, wird die Regierung zur sofortigen Befreiung der politischen Gefangenen schreiten, ohne diese jedoch mit denjenigen zu verwechseln, die Gegenstand regulärer Strafverfahren waren.

Gleichmaßen wird sie eine Reihe dringender und unerläßlicher Maßnahmen wirtschaftlicher und sozialer Art ergreifen, besonders um das Programm der öffentlichen Bauvorhaben weiterzuführen und zu entwickeln und das Elend durch Verteilung von Lebensmitteln und Textilien zu bekämpfen. Die Regierung mißt auch der Verwirklichung der Agrarreform größte Bedeutung bei.

In diesem algerischen Drama, wo das Schicksal Frankreichs auf dem Spiele steht, hat die Regierung die Pflicht, dem Lande die Wahrheit zu sagen und zu handeln, sonst könnten die Ereignisse einen Lauf nehmen, der nicht wieder gutzumachen wäre; dies können und müssen die Initiative und der Wille Frankreichs verhindern.

Frankreich hat sich in der Präambel der Verfassung dazu verpflichtet, „die Völker, für die es die Verantwortung übernommen hat, zur Freiheit der Selbstverwaltung und der demokratischen Gestaltung ihrer eigenen Angelegenheiten zu führen“. Es muß Wort halten.

Was die Verfassung vorschreibt, gebietet auch die geschichtliche Entwicklung. „Die überseeischen Gebiete zur demokratischen Gestaltung ihrer Angelegenheiten führen“, d. h. die demokratische Arbeitsweise ihrer Institutionen gewährleisten; das ist unser Programm.

Was heißt das? Das einheitliche Wahlkollegium auf alle Territorien ausdehnen und die Rechtmäßigkeit der Wahlen gewährleisten; die Zahl der Stadtverwaltungen mit vollen Befugnissen vermehren; die Befugnisse der Territorialversammlungen erweitern; Exekutivorgane einsetzen; die Dezentralisation und Dekonzentration der Verwaltung verwirklichen.

Ich fordere die Versammlung auf, mit mir das Rassenurteil in allen seinen Erscheinungsformen zu verdammen, woher es auch kommen mag, von denjenigen, die einer Herrenrasse anzugehören glauben, wie von denen, die darunter gelitten haben, als minderwertige Rasse behandelt worden zu sein; denn es ist die Verleugnung der demokratischen Prinzipien und des französischen Geistes.

Wir werden diesen befreundeten Völkern zeigen, daß Frankreich seiner Sendung als Befreierin treu bleiben und sie zur Freiheit führen wird.

Marokko

Die Regierung wird sofort die Verhandlungen mit der Regierung S. M. des Sultans von Marokko einleiten müssen, die, gegründet auf die anerkannte Unabhängigkeit des scherifischen Reiches, zur neuen Definition der Bande führen werden, welche die beiden Länder vereinigen. Die zu treffenden Abkommen werden die gegenseitige Abhängigkeit zwischen Marokko und Frankreich bestätigen und organisieren. Sie werden die erworbenen Rechte garantieren, sie werden die Zukunft der Hunderttausende von Franzosen sichern, welche die Pioniere des modernen Marokko gewesen sind.

Die französische Regierung wird sich glücklich schätzen, S. M. Sidi Mohammed Ben Jussef in Paris zu empfangen

und ihm bei dieser Gelegenheit zu sagen, wie sehr sie seinen Wunsch begrüßt, seinem Lande eine moderne, konstitutionelle Verfassung zu geben. Ich habe die feste Hoffnung, daß die marokkanische Einigungsregierung unter dem Vorsitz des ruhmreichen Soldaten Si Bekkai ihre ganze moralische Autorität aufbieten wird, um den Aufstand im Rifgebiet, den keine national-marokkanische Notwendigkeit rechtfertigt, zu beenden.

In der Verhandlung, die binnen kürzester Frist in Paris eröffnet werden wird, wird Frankreich selbstverständlich darüber wachen, daß die Marokko betreffenden internationalen Verpflichtungen geachtet werden.

Tunesien

In Tunesien werden unsere politischen Grundsätze die gleichen sein. Das Grundgesetz unserer Beziehungen sind die Konventionen vom 3. Juni 1955, welche die innere Autonomie Tunesiens verkündeten, die aber nicht ausschließen, daß es seine Unabhängigkeit innerhalb einer organisierten gegenseitigen Abhängigkeit genießt.

So kann das Gebäude der französisch-tunesischen Gemeinschaft vollendet werden, besonders durch Ausdehnung der Organe für Zusammenarbeit und die Verwirklichung des Prinzips der Wechselseitigkeit der bürgerlichen Rechte. Im Sinne der historischen Initiative von Pierre Mendès-France werden die Konventionen vom Juni 1955 es erlauben, die Bestrebungen des jungen tunesischen Staates mit den Geboten der französisch-tunesischen Solidarität in Einklang zu bringen.

Im Schoße von gemeinsamen Institutionen mit Frankreich, die frei bestimmt und vereinbart werden, können Marokko und Tunesien die volle Entfaltung ihrer Unabhängigkeit sicherstellen. Dieses Prinzip der gegenseitigen Abhängigkeit ist aufgestellt, es muß nun ins Konkrete übertragen werden, um die Solidarität, welche Geographie, Geschichte, Interessen und Gleichheit der Bestrebungen geschaffen haben, aufrechtzuerhalten und zu entwickeln.

Außenpolitik

Nichts wird in der internationalen Politik auf irgendeinem Gebiet von Wert sein, wenn nicht Frankreich zuerst seinen Beitrag zur Festigung des Friedens leistet.

Dieses Ziel erklärt und rechtfertigt drei seiner wesentlichsten Bestrebungen: Solidarität der freien Nationen, allgemeine und kontrollierte Abrüstung, Aufbau Europas.

Solidarität der freien Nationen: Die Organisation des Nordatlantikpakt ist die Garantie für die Erhaltung des Friedens und der Freiheit gewesen und wird es bleiben.

Die Befestigung unseres Verteidigungssystems der vereinten Front der verbündeten Länder wird mit einem anhaltenden, unermüdlichen Willen zu Verhandlungen mit der Sowjetunion unter allen Umständen und über alle Probleme Hand in Hand gehen.

Die Regierung wird, im Einvernehmen mit unseren Verbündeten, einen neuen Weg suchen. Wenn wir die Lehre aus Genf ziehen, glauben wir, daß das dringendste Anliegen heute die Verhandlungen im Hinblick auf eine allgemeine, gleichzeitige und unerbittlich kontrollierte Abrüstung sein müssen.

Die Regierung wird alle Initiativen ergreifen, um die Arbeiten des Unterausschusses der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen zu fördern, wo der Vertreter

Frankreichs bereits eine Rolle ersten Ranges gespielt hat, die der friedlichen Tradition unseres Landes würdig ist.

Niemand wird mich verdächtigen, die wesentliche Bedeutung der Wiedervereinigung Deutschlands und der europäischen Sicherheit zu ignorieren. Der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands führt über die allgemeine und kontrollierte Abrüstung.

Europäische Integration

Drittes Ziel: Der Aufbau Europas. Die Regierung wird den Arbeiten, die vom Brüsseler Ausschuß der Regierungsvertreter und Sachverständigen unternommen wurden, um die Resolution der Konferenz von Messina in die Tat umzusetzen, ihre volle Unterstützung zuteil werden lassen. Zwei Pläne beherrschen die Studien des Ausschusses: sie betreffen die Atomenergie und den gemeinsamen Markt.

Die Errichtung des gemeinsamen Marktes in Europa ist ein langwieriges Werk. Die Regierung ist entschlossen, es unter Bedingungen zu Ende zu führen, welche die Uebergänge und notwendigen Angleichungen gewährleisten und vermeiden, daß der Wettbewerb durch Ungleichheit der Steuergesetzgebung und der sozialen Sicherheit verfälscht wird. Wohl gemerkt: es müssen Maßnahmen getroffen werden, welche die Arbeiter vor allen Risiken schützen, die aus der Oeffnung der Grenzen entstehen würden.

Was die Atomenergie betrifft, so kann und muß schneller gehandelt werden. Die Regierung beabsichtigt, noch vor dem Sommer den Abschluß eines Vertrages zur Errichtung der Euratom-Gemeinschaft zu erreichen.

Eine Vorentscheidung muß getroffen werden: Muß eine europäische Atomindustrie geschaffen werden, um die Herstellung von Atombomben zu gestatten — was auf nationaler Grundlage praktisch undurchführbar wäre? Meine Antwort ist klar: nein.

Was wir wollen — und das ist schon ein beachtliches Unternehmen — ist, Europa ein Potential an Atomenergie zu geben, das dem der großen Weltmächte gleichkommt, und das zu ausschließlich friedlichen Zwecken.

Niemand ist an der Erweiterung der europäischen Organe mehr gelegen als mir. Eine solche Sorge wird Sie nicht verwundern, da sie ja vom Präsidenten der Beratenden Versammlung des Europarats kommt. Ganz besonders wünsche ich die Gegenwart Großbritanniens, dessen Beitrag von außerordentlicher Bedeutung wäre.

Ich möchte jetzt Verdächtigungen richtigstellen, die allzustark im Umlauf sind: Man behauptet, für gewisse Leute bedeute die Atomorganisation nur den Versuch, Projekte wieder aufzunehmen, die von der vorigen Versammlung zurückgewiesen wurden, oder besser noch eine Gelegenheit zur Rache für diejenigen, die dabei unterlegen sind. Man behauptet, mein Kabinett sei europäisch, eine unentschuld bare Sünde, wie jeder weiß. Was soll das heißen?

Will man heute alte Streitigkeiten wieder aufwärmen? Das ist ein ernster Mahnruf, den ich zu Beginn dieser Legislaturperiode erheben möchte, in aller Aufrichtigkeit, mit der ganzen Ueberzeugungskraft, deren ich fähig bin.

Manche Leute haben der EVG zugestimmt, ohne daß Europa ihr Hauptanliegen gewesen wäre. Andere haben dagegen gestimmt, weil sie aufrichtig überzeugt waren, daß sie dem Aufbau Europas schaden würde. Sollen wir nun, die einen wie die anderen, so tun, als ob die inter-

nationale Aktion Frankreichs an jenem Tage aufgehört hätte? Sind wir denn unfähig, die vergangenen Differenzen zu überwinden, um uns der Zukunft zu widmen? Ich beschwöre die Versammlung feierlich, aus der europäischen Idee nicht mehr ein Streitobjekt, sondern im Gegenteil ein Element der Versöhnung zu machen.“

Innen- und Wirtschaftspolitik

Guy Mollet wendet sich dann der Innenpolitik zu und gibt einige Hinweise zur Wirtschafts- und Finanzpolitik:

„Das politische, wirtschaftliche und soziale Handeln der Regierung wird einerseits Inflation und Abwertung, andererseits soziale Ungerechtigkeit ausschließen.

Inflation ist ein Betrug an den Lohnempfängern und wirtschaftlich Schwachen; sie zerstört das Ersparte und kommt nur den Spekulanten zugute.

Wirtschaftliche Expansion, gepaart mit einer zielbewußten Finanzpolitik, ist der einzige Weg, die Währung zu retten; er muß hartnäckig verfolgt werden.

In der Landwirtschaft wird die Marktorganisation gestatten, zu starken Druck auf die Nahrungsmittelpreise zu vermeiden und zugleich den Absatz unserer Landwirtschaft im In- und Ausland anwachsen zu lassen.

Die Senkung der Produktionskosten für die Unternehmen wird gefördert werden durch ein Programm der industriellen Ausrüstung, das sich insbesondere auf die kleinen und mittleren Betriebe erstrecken wird, die bisher vernachlässigt wurden; durch eine umsichtig durchgeführte Umstellung eines Teils der französischen Landwirtschaft; durch die Entwicklung der landwirtschaftlichen Ausbildung und die Verbreitung agronomischer Kenntnisse; durch die Vollbeschäftigung, die auch in der Industrie nicht weniger notwendig ist.

Unabhängig von den Anstrengungen, die seit Beginn dieses Jahres unternommen werden, wird die Regierung einen dritten Modernisierungs- und Ausrüstungsplan ausarbeiten. Dieser Plan wird sich auf die Entwicklung sowohl der Schwerindustrie als auch der verarbeitenden Industrie und des Bauwesens erstrecken.

In diesem letzten Punkt wird es sich nicht mehr nur darum handeln, mit Zahlen um sich zu werfen, sondern technische Mittel für die Unternehmer vorzusehen, welche die von der Regierung festgelegten Programme durchzuführen haben.

Die kleinen und mittelgroßen Betriebe müssen ebenfalls aus der notwendigen Modernisierung und Umstellung Nutzen ziehen.

Die vorige Versammlung hat soziale Verpflichtungen übernommen, besonders den Beamten und ehemaligen Soldaten gegenüber. Die Regierung wird diesen Verpflichtungen selbstverständlich nachkommen.

Eine der dringendsten Maßnahmen ist die schrittweise, in möglichst kurzen Etappen zu vollziehende Aufhebung der Abzüge in den einzelnen Lohnstufen. Gleichzeitig soll die Umstellung der kleinen lokalen Unternehmen erfolgen.

Man muß feststellen, daß die in die Rückkehr zum System der Kollektivverträge gesetzten Hoffnungen sich nicht erfüllt haben. Es sind zweifellos viele Verträge unterzeichnet worden, aber fast ausschließlich in Branchen, in denen der technische Fortschritt am stärksten und die Gewerkschaften am mächtigsten sind. Die Regierung beabsichtigt, sich einzuschalten, damit die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen ihre Standpunkte einander

gegenüberstellen können und zu vernünftigen Vereinbarungen kommen, die auf der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Branchen und der verschiedenen Gebiete unseres Landes beruhen.

Schon jetzt haben einige Unternehmern die Dauer des bezahlten Urlaubs auf drei Wochen ausgedehnt. Die Regierung beabsichtigt, diese Maßnahme zu verallgemeinern, die den Arbeitern eine jährliche Entspannung gewähren wird, derer sie bedürfen.

Für eine soziale Schicht muß sofort etwas getan werden: für die Alten. Ihre heutige Situation mit ihren Unzulänglichkeiten und Ungleichheiten ist tragisch.

Ein regelrechter nationaler Altersfonds, dessen wesentliches Ziel es sein muß, allen Franzosen eine gleiche, anständige Mindestrente zu gewährleisten, wird es ermöglichen, ab sofort die härtesten Fälle zu bessern.

Die Regierung beabsichtigt, keine neuen Ausgaben zu veranlassen, ohne der Versammlung gleichzeitig die notwendigen Mittel zur Finanzierung vorzuschlagen, die aus den größtmöglichen Ersparnissen an denjenigen Posten des Etats herauszuziehen sind, die nichts mit Ausrüstung und Arbeit zu tun haben. Es wird jedoch nicht genügen, den Ausgleich der neuen Ausgaben zu gewährleisten; wir müssen geduldig versuchen, das Budgetdefizit zu vermindern, dessen Gewicht eines Tages auf unsere finanzielle Situation drücken könnte.

Zweifelsohne müssen wir das Kapital, das zur Zeit reichlich auf dem Markte vorhanden ist, möglichst ausgiebig für sorgfältig gewählte Zwecke verwenden. Das Ersparnis muß der Produktion, nicht dem Verbrauch dienen. Auch müssen die regulären Staatsausgaben durch reguläre Einnahmen gedeckt sein. Die Regierung wird der Versammlung eine Finanzreform vorschlagen, über die in der vorigen Versammlung schon gesprochen wurde, eine Reform, die auf Vereinfachung, Wirksamkeit und Gerechtigkeit gegründet sein soll. Sie wird insbesondere

die völlige Abschaffung der Rolle des Steuereintreibers, die bisher den kleinen Kaufleuten und Handwerkern zugemutet worden ist — wer die Dinge kennt, dürfte wissen, daß dies ein altes Projekt ist —, und eine tiefgreifende Umformung der Verwaltung der Lokalfinanzen mit sich bringen.

Die Regierung wird entscheiden, in welchem Maße es notwendig sein wird, auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete gewisse Vollmachten vom Parlament zu verlangen. Sie wird sich bemühen, sie zu beschränken und so weit wie möglich auf das Verfahren der Rahmengesetze zurückzugreifen, das schon einige Male vor der Nationalversammlung dargelegt wurde.

*

Wir haben unseren Weg gewählt. Wir haben es mit einer Mäßigung getan, einem Sinn für Maßhalten, über den zu spotten manche sich in diesen letzten Tagen gefielen. Sie mögen sich nicht täuschen: wir wollen wenig, aber das wollen wir richtig.

Wenn Sie diese Regierung einsetzen, so wird Ihre Stimme sie binden, da sie die Verpflichtung übernimmt, ihr Programm zu verwirklichen. Wer auch sonst immer für sie stimmt, wird diesem Programm verpflichtet sein. Wir werden einen Vertrag schließen, dessen Bedingungen Sie jetzt kennen.

Unter normalen Umständen könnte ich jetzt schließen. Wir leben aber in einer ernsten Stunde — die Ereignisse dieser letzten drei Tage und das, was ich gehört habe, erlauben mir, sie sogar dramatisch zu nennen —, in der das Schicksal Algeriens und damit Frankreichs auf dem Spiele steht. Daher ist es meine Pflicht, darauf noch einmal hinzuweisen. Die Meinung der Welt erwartet von uns, von unserem Mut, unserer Großzügigkeit, daß Frankreich Gerechtigkeit, Fortschritt und Frieden verwirklicht.

Quelle: *Le Monde*, Nr. 3430 vom 2. Februar 1956. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Die Zusammensetzung des französischen Kabinetts

(nach dem Stande vom 1. März 1956)

Im Kabinetts sind folgende Parteien vertreten: Sozialistische Partei (SFIO), Radikalsozialistische Partei (Rad.), Demokratische Widerstandsunion (UDSR), Afrikanische Demokratische Sammlung (RDA), Sozialrepublikanische Partei (Soz.-Rep.).

Ministerpräsident: Guy Mollet (SFIO);

Minister:

Staatsminister ohne Geschäftsbereich: Pierre Mendès-

France (Rad.) und Jacques Chaban-Delmas (Soz.-Rep.),

Justizminister: François Mitterand (UDSR),

Außenminister: Christian Pineau (SFIO),

Innenminister: Jean Gilbert-Jules (Rad.),

Minister für Verteidigung und Streitkräfte:

Maurice Bourgès-Maunoury (Rad.),

Wirtschafts- und Finanzminister: Paul Ramadier (SFIO),

Minister für Erziehung, Jugend und Sport: René Billères

(Rad.),

Minister für die überseeischen Gebiete: Gaston Defferre

(SFIO),

Sozialminister: Albert Gazier (SFIO),

Minister für Angelegenheiten der Kriegsteilnehmer und

Kriegsopfer: François Tanguy-Prigent (SFIO),

Minister-Resident in Algerien: Robert Lacoste (SFIO),

Minister bei der Ministerpräsidentenschaft:

Félix Houphouët-Boigny (RDA);

Staatssekretäre:

Wissenschaftliche Forschung und Atomenergie: Georges

Guille (SFIO),

Informationswesen: Gérard Jacquet (SFIO),

Oeffentlicher Dienst: Pierre Métayer (SFIO),

Auswärtige Angelegenheiten: Maurice Faure (Rad.),

marokkanische und tunesische Angelegenheiten: Marcel

Champeix (SFIO),

Inneres: Maurice Pic (SFIO),

Landstreitkräfte: Max Lejeune (SFIO),

Seestreitkräfte: Paul Anxionnaz (Rad.),

Luftstreitkräfte: Henry Laforest (Rad.),

Budget: Jean Filippi (Rad.),

Wirtschaft: Jean Masson (Rad.),

öffentliche Arbeiten, Verkehr und Tourismus: Auguste

Pinton (Rad.),

Landwirtschaft: André Dulin (Rad.),

Wiederaufbau und Wohnungswesen: Bernard Chodoy

(SFIO),

Industrie und Handel: Maurice Lemaire (Soz.-Rep.),

Post- und Fernmeldewesen: Eugène Thomas (SFIO),

Kunst und Literatur: Jacques Bordenewe (Rad.),

Arbeit und Soziale Sicherheit: Jean Minjot (SFIO),

öffentliches Gesundheitswesen und Bevölkerungsfragen:

André Maroselli (Rad.).

Die Überwindung der amerikanischen Gewerkschaftsspaltung

Von J. W. Brügel, London

Der im Dezember 1955 endlich erfolgte Zusammenschluß der beiden Gewerkschaftszentralen der Vereinigten Staaten AFL (*American Federation of Labor*) und CIO (*Congress of Industrial Organizations*) zu einem gewerkschaftlichen Koloß mit mehr als 15 Millionen Mitgliedern — der zahlenmäßig stärksten Gewerkschaftszentrale eines demokratischen Landes — wirft die Frage nach den eigentlichen Gründen der seinerzeitigen Spaltung auf, die erst nach fast zwanzigjähriger Dauer überwunden werden konnte. Diese Frage liegt um so näher, als sich mindestens seit 1949, da beide Zentralen gemeinsam bei der Gründung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften auftraten¹, kaum mehr Reibungen zwischen ihnen ergeben haben.

Roosevelts Politik des „New Deal“ und die von ihm durchgesetzte gewerkschaftsfreundliche Gesetzgebung in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre hatte den amerikanischen Gewerkschaften einen ungeahnten Aufschwung gegeben². Für die den einzelnen Verbänden zuströmenden Mitgliedermassen, denen meist jede gewerkschaftliche Tradition abging, reichten die überkommenen Organisationsformen des amerikanischen Gewerkschaftswesens nicht aus: die 1886 durch Umformung einer schon 1881 gegründeten Zentrale entstandene *American Federation of Labor* war vorwiegend, wenn auch nicht ausschließlich, eine Zusammenfassung von Verbänden von Facharbeitern, in

denen es kaum einen Platz oder zumindest kaum einen gleichberechtigten Platz für ungelernte Arbeiter gab. In den „Craft Unions“ (Berufsverbänden), die den wichtigsten Organisationstypus innerhalb der AFL bildeten, war mehr der Sinn für Berufsehre und eine berufliche statt einer gewerkschaftlichen Solidarität zu Hause; für ihr Festhalten an überlieferten Grundsätzen eines „Nur-Gewerkschaftlertums“ bezeichnend war beispielsweise ihr Widerstand gegen die Einführung von staatlichen Arbeitslosenunterstützungen noch im Jahre 1932, als die Weltwirtschaftskrise ihren Höhepunkt erreicht hatte. Gerade in die Industriezweige, die sich in den dreißiger Jahren stark entwickelten, wie Stahlerzeugung, Auto- und Elektroindustrie sowie chemische Industrie, hatten die Gewerkschaften des traditionellen Typus kaum eindringen können. Für die große Masse der neu in die Produktion kommenden Menschen, die keine berufliche Ausbildung hatten und denen daher auch der Berufsstolz abging, war die Industriegewerkschaft — so wie sie sich nach dem Krieg in Deutschland entwickelt hatte — die gegebene Organisationsform. Die Führung der AFL war aber nicht bereit, einem unregelmäßigen Zustrom unkontrollierbarer Massen die Pforten zu öffnen und ihnen die ihnen gemäße Organisationsform zuzugestehen, nicht zuletzt auch deshalb, weil man das Ganze nur für eine vorübergehende Erscheinung hielt.

Industrieverband gegen Berufsverband

Über dem Streit über die Organisationsform kam es zum Bruch, aber er wäre vielleicht vermieden worden, wenn nicht persönliche Ambitionen eine große Rolle gespielt hätten. Die AFL stand der Bildung neuer Industriegewerkschaften ablehnend gegenüber, machte aber keine Einwendung gegen jene, die in ihrer Mitte seit jeher bestanden hatten (Bergarbeiter, Bekleidungsarbeiter). Der Bergarbeiterführer John L. Lewis hingegen wußte, daß ihm der Vorsitz der AFL, nach dem er strebte, verschlossen bleiben mußte, solange ihn William Green innehatte, der auch aus dem Berg-

arbeiterverband kam (Green führte dieses Amt, bis ihn 1952 als 79jährigen der Tod ereilte). In einer neu zu gründenden Gewerkschaftszentrale hoffte er, die führende Rolle spielen zu können. Sein Verband gründete daher im November 1935 zusammen mit sieben anderen Mitgliedsverbänden der AFL und Vertretern in Organisation befindlicher Gruppen zunächst einen Ausschuß (*Committee for Industrial Organizations*, daher die Abkürzung CIO). Das wurde von der AFL als Verletzung der Satzungen empfunden, und die Verbände, die in diesem Ausschuß ver-

¹) Vgl. dazu den Beitrag des Verfassers „Die internationale Gewerkschaftsbewegung“ in Europa-Archiv 2/1952, S. 4663—4670.

²) Vgl. dazu den Beitrag von Dr. Gisela Augustin, „Die Gewerkschaftsbewegung in Europa und den Vereinigten Staaten“ in Europa-Archiv 13/1949, S. 2281—2286.

treten waren, wurden vom AFL-Kongreß im August 1936 ausgeschlossen. Sie gründeten dann 1938 eine neue Gewerkschaftszentrale *Congress of Industrial Organizations*, die die alten Initialen CIO beibehalten konnte. *Lewis* war übrigens nur kurze Zeit Präsident der neuen Zentrale; er überwarf sich dann mit seinem Nachfolger in diesem Amt, *Philip Murray*, dem Vertreter der Stahlarbeiter, und trat 1942 aus dem CIO wieder aus. Zwischen 1946 und 1947 gehörte der Bergarbeiterverband (mit 600 000 Mitgliedern) wieder für kurze Zeit der AFL an, ist aber seither Mitglied keiner der beiden Zentralen und macht auch keine Anstalten, sich der neugeschaffenen Organisation AFL-CIO anzuschließen. Er ist aber Mitglied des Internationalen Bergarbeiterverbandes, der als Berufsinternationale im Rahmen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften arbeitet, und überdies auch direktes Mitglied des IBFG.

Zur Zeit der Spaltung hatten die der AFL angeschlossenen Verbände 3,3 Millionen Mitglieder, die CIO-Organisationen etwa eine Million. Beide Zentralen haben inzwischen einen gewaltigen Aufschwung genommen — der Bericht zum Wiener Kongreß des IBFG (Mai 1955) gibt Mitgliederzahlen von 9,6 Millionen für die AFL und 6,3 Millionen für die CIO an. Obwohl sich zwischen 1936 und 1955 in beiden Zentralen die verschiedenartigsten Strömungen und Richtungen zur Geltung brachten, kann man doch sagen, daß die AFL im allgemeinen das konservativere Element im amerikanischen Gewerkschaftswesen darstellte, während der CIO viel stärker auf die wechselnden Stimmungen der amerikanischen öffentlichen Meinung reagierte. Er war zweifellos die wendigere, beweglichere und modernere Organisation, was den Nachteil hatte, daß er viel stärker als die AFL die Möglichkeit zu kommunistischen Infiltrationen bot. Wenn der CIO auch niemals den bedingungslosen Antikommunismus predigte, der die Haltung der AFL immer charakterisiert hat, hat er die Versuche der Kommunisten, sich in einzelnen Verbänden einzu-

nisten, immer mit großer Energie bekämpft und ist auch vor drastischen Aktionen gegen sie nicht zurückgeschreckt.

Die Entwicklung auf dem politischen Felde hat zunächst dazu geführt, daß der Streit zwischen den beiden Zentralen, der oft recht stürmische Formen annahm, nach und nach begraben wurde, was die Voraussetzungen zu einer allmählichen Annäherung schuf. Die AFL war traditionsgemäß politisch neutral — *Green* und viele ihrer leitenden Funktionäre waren Anhänger der Republikanischen Partei, andere neigten wieder zu den Demokraten, andere vertraten sozialistische Anschauungen. Aber über eine gewerkschaftliche Unterstützung arbeiterfreundlicher Kandidaten ohne Unterschied ihrer Parteirichtung ging man nicht hinaus. Der CIO stellte sich jedoch in den Präsidentschaftswahlen von 1940 und 1944 mit aller Entschiedenheit hinter *Roosevelt* und das innen- und außenpolitische Programm, das durch seinen Namen charakterisiert war, ja, trug sogar entscheidend zu seinem Erfolg bei, was *Roosevelt* wieder gewerkschaftlichen Zielsetzungen noch näher brachte. Die Entwicklung zwang später die AFL auf den gleichen Weg: in der Opposition gegen das sogenannte „Taft-Hartley-Gesetz“ vom Jahre 1947, das die gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit einschnürt und gegen das Präsident *Truman* sein verfassungsmäßiges Veto (das nur aufschiebende Wirkung hat) einlegte, fanden sich die beiden Gewerkschaftszentralen, die 1952 zum ersten Male beide, wenn auch vergeblich, mit aller Kraft für die Wahl des demokratischen Präsidentschaftskandidaten *Stevenson* eintraten. Das gleiche wiederholte sich mit größerem Erfolg bei den Kongreßwahlen des Jahres 1954. Inzwischen war es zu Vereinbarungen zwischen den beiden Zentralen über die Unterlassung des gegenseitigen Abjagens von Mitgliedern („No raiding“) und zur schiedsgerichtlichen Beilegung von Grenzstreitigkeiten gekommen. Man war deutlich auf dem Wege zur vollen Wiedervereinigung, mit der man nach der Begrabung der Streitaxt aber auf den geeigneten Augenblick wartete.

Die beiden Gewerkschaftszentralen im internationalen Kräftespiel

Wenn es auch seit Jahren zwischen AFL und CIO keinerlei Streit mehr gab, blieben gewisse Unterschiede in der Taktik auf dem internationalen Feld sowohl der Gewerkschaftsbewegung als auch der Politik unverkennbar. Die AFL war Mitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) der Vorkriegszeit, der statutengemäß nur je eine Zentrale aus einem Lande aufnehmen konnte. Infolgedessen blieb der CIO damals ohne Möglichkeit eines internationalen Anschlusses. Nichtsdestoweniger drohte die AFL immer wieder, im Falle der Aufnahme der sowjetischen Gewerkschaftsverbände in den IGB — darum wurde von 1937 bis 1939 ernstlich verhan-

delt — sich zurückzuziehen. Darüber kam es im Juli 1939 auf dem letzten Kongreß des IGB in Zürich zu ernststen Zerwürfnissen, als insbesondere die britischen Gewerkschaften eine Einladung der russischen Verbände verlangten. Man darf bei der Beurteilung dieser Episode nicht vergessen, daß um diese Zeit *Churchill* und die Labour-Opposition im Unterhaus die Regierung bestürmten, mit Moskau zu einer Einigung über die Aufrichtung einer britisch-französisch-sowjetischen Abwehrfront gegen die Angriffsdrohungen des Dritten Reiches zu gelangen. Gegen Kriegsende bestanden die gleichen Wünsche, deren Erfüllung man aber auf dem umgekehrten

Weg, nämlich durch Preisgabe des IGB, zu erreichen suchte. Die AFL war für die Weiterführung des IGB, in dem sie jetzt ein Hindernis für eine Einbeziehung der russischen Verbände sah. Aus dem gleichen Grunde drängte die britische Initiative auf eine Neugründung auf breiterer Basis und auf Liquidierung des IGB. So kam 1945 der Weltgewerkschaftsbund (WGB) zustande, dem bis 1948 sowohl demokratische als auch kommunistisch beherrschte Organisationen angehörten. Ihm ist die AFL von allem Anfang an ferngeblieben und hat sich ihre eigenen weltpolitischen Verbindungen aufgebaut. So hat sie als eine der von den Vereinten Nationen anerkannten Konsultativorganisationen durch den Mund ihrer Sprecherin Toni Sender im Wirtschafts- und Sozialrat seit 1947 Beschwerden über Zwangsarbeit und Verweigerung der Gewerkschaftsfreiheit in kommunistisch regierten Ländern vorgetragen; seit 1950 versieht Toni Sender diese Funktion im Namen des IBFG. Im Gegensatz zur AFL war der CIO eines der treibenden Elemente bei der Gründung des WGB; er hat ihn aber bei der ersten sich bietenden Gelegenheit gemeinsam mit den britischen Gewerkschaften wieder verlassen.

AFL und CIO haben, wie schon gesagt, 1949 in vollster Eintracht den IBFG mitaufgebaut. 1952 ist aber die AFL u. a. aus Verärgerung darüber, daß man dem Gedanken der Aufnahme der jugoslawi-

schen Gewerkschaftsverbände in den IBFG näherzutreten wollte, der Berliner Generalratstagung der Gewerkschaftsinternationale ferngeblieben, während sich der CIO an diesem Schritt nicht beteiligte. Dieser Streit hat sich inzwischen von selbst erledigt. (Ein anderer Beschwerdepunkt betraf die von der AFL behauptete einseitige Förderung der sozialistisch orientierten italienischen Gewerkschaftszentrale UIL durch den IBFG gegenüber der vorwiegend, aber nicht ausschließlich christlich-demokratisch orientierten CISL. Der im Rahmen des IBFG wirkende Internationale Bund der Bau- und Holzarbeiter hat den entsprechenden jugoslawischen Verband allen Protesten zum Trotz aufgenommen, was neuerdings zu einer Sezession der diesem angehörenden AFL-Organisation führte.)

Während AFL und CIO in den Fragen der Europapolitik immer ungefähr den gleichen Standpunkt eingenommen haben, gab es deutliche Verschiedenheiten zumindest der Betonung in der Beurteilung der asiatischen Probleme. Der AFL betrachtete die Peking-Regierung *Mao Tse-tungs* als ein von Moskau eingesetztes Marionettenregime und bekämpfte ihre diplomatische Anerkennung und ihre Zulassung zu den Vereinten Nationen. Der CIO hat zwar keinen entgegengesetzten Standpunkt eingenommen, aber eine Festlegung nach dieser Richtung vermieden.

Aufbau und Zielsetzungen der neuen Zentrale

Der Vereinigungskongreß vom Dezember 1955 brachte eigentlich nicht mehr als die Vereinigung der beiden Zentralen. Alle bisherigen AFL- und CIO-Verbände sollen der gemeinsamen Zentrale angeschlossen sein. Sie bleiben an sich selbständig, doch will man Zusammenschlußbestrebungen unterstützen. Die Vereinheitlichung der örtlichen Gewerkschaftskartelle sowie für die einzelnen Staaten bestehender Zentralen soll innerhalb von zwei Jahren erfolgen. Die bestehenden Uebereinkommen über die schiedliche Beilegung von Streitigkeiten werden in die neue Satzung aufgenommen, die ausdrücklich die Organisationsformen des Berufsverbandes und des Industrieverbandes als gleichberechtigt anerkennt. Kommunisten, Faschisten und Anhänger anderer totalitärer Anschauungen können nicht Funktionäre der neugebildeten Organisation sein. Unter den Zielen der Föderation, die die Satzung aufzählt, findet sich auch der folgende Programmpunkt: „alle Arbeiter ohne Unterschied der Rasse, des Glaubens, der Farbe und der nationalen Abstammung dazu zu ermutigen, vollen Anteil an den von der Organisation gebotenen Vorteilen zu nehmen“ — eine Bestimmung, die angesichts mancher Vorurteile, die „weiße“ Gewerkschaftsmitglieder auch heute noch manchmal an den Tag legen, keineswegs nur rein theoretische Bedeutung hat.

An der Spitze der AFL-CIO stehen der Präsident, der Sekretär-Schatzmeister und ein 27gliedriger Vollzugsausschuß, dessen Mitglieder den „Höflichkeitstitel“ von Vizepräsidenten haben. Den Präsidenten und den Sekretär-Schatzmeister stellte die bisherige AFL-Organisation in der Person von George Meany und William Schnitzler. Walter Reuther, der bisherige Präsident des CIO, begnügte sich mit einer der Vizepräsidentenstellen. 17 von ihnen sind der AFL, 10 dem CIO entnommen. Fünf der Vizepräsidenten sind in Europa geboren, zwei der Spitzenfunktionäre (Schnitzler und Reuther) sind Kinder deutscher Einwanderer. Zwei Vizepräsidenten sind Neger.

Neben der neuen Föderation wirken einige ihr nicht angeschlossene Gewerkschaftsorganisationen, wie die Bergarbeiter (600 000 Mitglieder) und die traditionell selbständigen zwei Eisenbahnverbände (*Brotherhood of Railroad Trainmen* und *Brotherhood of Locomotive Firemen and Enginemen*) mit zusammen 300 000 Mitgliedern, die aber der Internationalen Transportarbeiterföderation als der zuständigen Berufsinternationale angehören. Insgesamt kann man also von etwa 17 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern in den Vereinigten Staaten sprechen, in denen gegenwärtig etwa 50 Millionen Menschen berufstätig sind. Hier sind also noch sehr

weitgehende Entfaltungsmöglichkeiten sowohl in bezug auf die erfaßten Berufe als auch in regionaler Beziehung vorhanden — im Süden des Landes haben sich die Gewerkschaften noch lange nicht durchgesetzt.

Innerhalb der Föderation wurden Fachgruppen gebildet, die sich meist auf frühere AFL-Verbände stützen, sowie eine besondere Abteilung für Indu-

striegewerkschaften, zu deren Leitung Walter Reuther berufen wurde. Ihr haben sich bereits 66 Verbände (35 AFL, 31 CIO) mit einer Gesamtmitgliedschaft von 7 Millionen angeschlossen. Neu gegründet wurde auch eine eigene Organisationsabteilung, die sich vor allem mit der Gewinnung von Berufsgruppen beschäftigen soll, bei denen der gewerkschaftliche Gedanke noch nicht Fuß gefaßt hat.

Die politischen Ziele der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung

Die umfangreiche außenpolitische Deklaration, die der Einigungskongreß der beiden Gewerkschaftszentralen angenommen hat³, betont das Interesse der freien Gewerkschaften an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Förderung der Freiheit und protestiert gegen jede „Appeasement-Politik“ totalitären Mächten gegenüber. Sie nennt das chinesische kommunistische Regime nicht ausdrücklich, verlangt aber von der amerikanischen Regierung, der Zulassung keines Regierungssystems zu den Vereinten Nationen zuzustimmen, das einem Land durch eine auswärtige Macht aufgezwungen worden ist, der Bevölkerung die menschlichen Grundrechte vorenthält und der Aggression gegen die Vereinten Nationen für schuldig erklärt wurde. Der Europa betreffende Absatz der Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Angesichts der unversöhnlichen sowjetischen Opposition gegen die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und die Wiederherstellung der nationalen Unabhängigkeit der Satellitenländer, sollten baldige Schritte unternommen werden, um die Westeuropäische Union zu einem Brennpunkt der europäischen Integration zu machen. Wir sollten die europäische Einheit durch wirtschaftliche Hilfe und spezifische Projekte zugunsten der Integration des freien Europa zu fördern suchen, wie z. B. die Schaffung einer freien europäischen Behörde, die dazu dienen sollte, kontinentale Petroleumleitungen zu installieren und zu betreiben, den Eisenbahn-, Wasser- und Flugverkehr zu vereinheitlichen und atomare, elektrische sowie hydroelektrische Hilfsquellen nach dem Muster der Kohle- und Stahlgemeinschaft zu koordinieren. Die freien Gewerkschaften der daran teilnehmenden Länder sollten in den leitenden Organen solcher Projekte vertreten sein, um zu gewährleisten, daß die breite Masse des Volkes an dem sich daraus ergebenden Nutzen einen gerechten Anteil haben wird. Die Durchführung der Abkommen von London und Paris sollte mit einem Programm verbunden werden, das es

der NATO ermöglichen würde, nicht nur ihren Hauptzweck als militärische Verteidigungsorganisation zu erfüllen, sondern darüber hinaus als ein Organ zu wirken, das durch die Förderung wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit zur Sicherung des Friedens, der Menschenrechte und eines erhöhten Lebensstandards beitragen würde.“

Die naheliegende Frage, ob aus dem Schoße der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, so wie vor 50 Jahren in Großbritannien, eine eigene amerikanische Arbeiterpartei zur Verfolgung gewerkschaftlicher Zielsetzungen auf der politischen Ebene entstehen wird, kann natürlich nicht eindeutig beantwortet werden. Die Wahrscheinlichkeit spricht eher dagegen: die amerikanischen Gewerkschaften haben offenbar das Stadium, in dem in Großbritannien die Labour Party als ursprünglich rein gewerkschaftliche Gründung entstand, längst übersprungen. Auch in der Leitung des neuen Gewerkschaftsbundes gibt es einige Mitglieder, die als Anhänger der Republikanischen Partei bekannt sind, während andere, den Präsidenten *Meany* eingeschlossen, parteipolitisch „unbeschriebene Blätter“ sind. Vier der Vizepräsidenten, darunter *David Dubinsky* von den *Damen-schneidern* und *Walter Reuther*, waren früher in der sozialistischen Bewegung der Vereinigten Staaten tätig, doch sprechen keinerlei Anzeichen dafür, daß sie die Schaffung einer selbständigen amerikanischen Arbeiterpartei in einem Augenblick anregen oder fördern würden, in dem der demokratische Präsidentschaftskandidat und viele der demokratischen Parlamentskandidaten sich mit den Zielen der Gewerkschaftsbewegung weitgehend identifizieren. Viel wird hier vom Ausgang der Präsidentschaftswahlen des Jahres 1956 abhängen, bei der die organisierte amerikanische Arbeiterschaft zweifellos ihre ganze Aktivität zugunsten des demokratischen Kandidaten in die Waagschale werfen wird.

³) Voller Wortlaut in: *Internationale Freigewerkschaftliche Nachrichten*, Februar 1956.

Der sowjetisch-amerikanische Gedankenaustausch über die gegenseitigen Beziehungen und die internationale Lage

Botschaft Bulganins an Eisenhower vom 23. Januar 1956

(durch den sowjetischen Botschafter in Washington überreicht am 25. Januar)

Sehr geehrter Herr Präsident!

In der festen Ueberzeugung, daß Sie meine Sorge über den gegenwärtigen Zustand der Beziehungen zwischen unseren Ländern teilen, möchte ich Ihnen meine Gedanken über mögliche Wege zur Verbesserung dieser Beziehungen übermitteln.

Sie sind, dessen bin ich sicher, mit mir einer Meinung, daß die gegenwärtige internationale Situation von allen Staaten — besonders den Großmächten, die eine besondere Verantwortung für die Gewährleistung des Weltfriedens und der Sicherheit der Nationen tragen — verlangt, Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, internationale Spannungen zu verringern und Vertrauen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu stärken. Das würde den innigen Wunsch der Völker erfüllen, ihre materiellen Ressourcen und die Energie der schöpferischen Schaffensarbeit dem kulturellen Aufschwung und dem Aufblühen zu widmen.

Auf der Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte in Genf drückten wir alle unsere Bereitschaft aus, uns für die Minderung internationaler Spannung und für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten in Einklang mit den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einzusetzen.

Es ist ohne Zweifel, daß die Frage der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA von besonderer Bedeutung für die weitere Verminderung der Spannungen ist.

In diesem Zusammenhang entsteht die Frage der Notwendigkeit, Schritte zu unternehmen, die auf die wesentliche Verbesserung der Beziehungen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika gerichtet sind. Solch eine Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen wäre ein wichtiger Beitrag zur Gesundung der internationalen Lage in der ganzen Welt, zur Unterstützung und Festigung des Weltfriedens.

Die Geschichte der Beziehungen zwischen unseren Ländern beweist überzeugend, daß die freundschaftliche Zusammenarbeit, die auf dem Streben zur Verständigung, zur gegenseitigen Achtung der Souveränität und weiter auch auf dem gemeinsamen Kampf gegen die Aggressionskräfte beruht, den tiefsten Interessen der Völker beider Länder entspricht.

Man kann nicht als zufällig betrachten, daß mit Ausnahme der Periode der ausländischen Intervention gegen die junge Sowjetrepublik die Völker unserer Staaten niemals miteinander gekämpft haben, daß es zwischen ihnen keinerlei unversöhnliche Meinungsverschiedenheiten gab oder gibt sowie auch keine Grenzen oder Territorien, welche zum Gegenstand des Streites oder des Zwischenfalles werden könnten. Deswegen wurde von dem Sowjetvolk mit dem Gefühl des völligen Verständnisses Ihre

Erklärung auf der Konferenz der vier Mächte in Genf empfangen, in der Sie sagten: „Das amerikanische Volk möchte ein Freund des Sowjetvolkes sein. Es gibt keine Streitigkeiten zwischen dem amerikanischen und dem sowjetischen Volk, es gibt zwischen ihnen keine Konflikte, keine Feindseligkeit auf dem Gebiet des Handels. Historisch gesehen lebten unsere Völker immer in Frieden.“

Das Leben selbst hat bestätigt, daß der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den USA keine zufälligen oder vorübergehenden, sondern dauerhafte und radikale Interessen zu Grunde liegen. Das fand seinen anschaulichen Ausdruck vor allem darin, daß unsere Länder Verbündete in den zwei Weltkriegen waren.

Ihnen als einem der hervorragenden militärischen Führer der antihitlerischen Koalition ist besonders gut bekannt, daß die kampferprobte Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika in den Jahren des Zweiten Weltkrieges eine außerordentlich wichtige Rolle in der Zerschlagung des gemeinsamen Feindes — der faschistischen Aggressoren — gespielt hat.

Ihr mit dem Blut der besten Söhne der Völker beider Länder besiegeltes Kampfbündnis, an dem auch Großbritannien, Frankreich, China, Polen, Jugoslawien, die Tschechoslowakei, Norwegen, Griechenland und andere Länder der Koalition der friedliebenden Völker teilnahmen, hat mit Ehre alle Schwierigkeiten des Krieges bestanden, die unseren Völkern von den aggressiven Kräften sowohl im Westen als auch im Osten aufgezwungen waren. Dabei ist es allen bekannt, daß die neuesten Kriegsmittel, wie Atom- und Wasserstoffbomben, verschiedene Instrumente der modernen Düsen- und Raketen-technik sowie andere Arten von Massenvernichtungsmitteln, die Völker aller Länder in eine gleichmaßen gefährliche Lage bringen, wenn der internationale Friede gestört ist, indem sie ihre Territorien und vor allem die dicht besiedelten Gebiete der hochentwickelten Länder der verheerenden Wirkung des Atomkrieges aussetzen drohen.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt ist es mehr denn je die Pflicht jedes Staates, um die Aufrechterhaltung und Stärkung des Friedens und die Lösung internationaler Streitfälle mit friedlichen Mitteln bemüht zu sein, ganz im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen.

Es kann keinen Zweifel daran geben, daß die Völker der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika in gleicher Weise daran interessiert sind, dem Wettrüsten ein Ende zu bereiten, das sie zwingt, ihre Kräfte und ihre Hilfsquellen für unproduktive Zwecke zu verschwenden. Das existierende Wettrüsten legt auf die Schultern der Völker nicht nur eine schwere Last der Militärausgaben und schafft damit Hindernisse zur Er-

höhung ihres materiellen Wohlstandes, sondern verstärkt auch in vielem die Gefahr eines neuen Krieges. Eine Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen würde die Aufgabe der Einstellung des Wettrüstens erleichtern und die Verwendung der ökonomischen Ressourcen der Staaten für friedliche Zwecke fördern. Es ist zu bedauern, daß in der Nachkriegszeit die Beziehungen der Freundschaft zwischen der UdSSR und den USA verletzt wurden. Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika steht — welche Gründe sie auch haben mag — im Gegensatz zu den Interessen des sowjetischen und des amerikanischen Volkes und hat einen negativen Einfluß auf die ganze internationale Situation.

Ich bin sicher, daß Sie wie auch ich davon überzeugt sind, daß die Unterschiede in der Gesellschaftsordnung die USA und die UdSSR nicht hindern sollen, politische, ökonomische und kulturelle Beziehungen zu unterstützen, an denen unsere Völker interessiert sind. In den dem Zweiten Weltkrieg vorangehenden Jahren nahmen die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen eine bedeutende Entwicklung, besonders auf dem ökonomischen Gebiet. In den Kriegsjahren nahmen die Beziehungen zwischen unseren Ländern eine neue Entwicklung, die auf der breiten Unterstützung der Völker unserer Länder beruhte und die gegenseitigen Sympathien zwischen ihnen stärkte. Das trug zur schnelleren Beendigung des Krieges und zur Verminderung der Opfer bei.

Es ist natürlich unmöglich, die Tatsache zu übersehen, daß in der Periode des „Kalten Krieges“ zwischen der UdSSR und den USA ernsthafte Meinungsverschiedenheiten in bezug auf verschiedene internationale Probleme entstanden sind, die mit der Abrüstung, der Gewährleistung der Sicherheit in Europa, der deutschen Frage sowie mit gewissen Problemen im Fernen Osten zusammenhängen, und die Bedeutung der obengenannten Probleme ist verständlich. Wie die letzte Außenministerkonferenz der vier Mächte in Genf zeigte, wurden selbst bei der Annäherung der Standpunkte der Seiten in einzelnen Fragen wesentliche Meinungsverschiedenheiten deutlich, und es wird weiterer Bemühungen um das notwendige Uebereinkommen zu einer Lösung der obigen Probleme bedürfen.

Das Andauern des bestehenden Zustandes der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen kann jedoch die Beilegung ungelöster internationaler Probleme nicht fördern. Gleichzeitig könnte eine Besserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, die den Wunsch unserer Völker nach einer Ausgestaltung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern erfüllen würde, eine neue internationale Atmosphäre, die der Lösung strittiger Fragen durch Verhandlungen von einer für beide Seiten annehmbaren Grundlage, schaffen.

Man kann nicht unhin zu sehen, daß die praktische Lösung der Aufgabe der weiteren Verminderung der internationalen Spannungen und der Festigung des Vertrauens zwischen den Staaten, darunter auch der Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, sowohl den Interessen des sowjetischen als auch des amerikanischen Volkes und den Interessen aller anderen Völker entspricht.

Herr Präsident, gestehen Sie zu, daß unter den bestehenden Bedingungen die internationale Spannung mit

der Möglichkeit des Friedensbruches erfüllt ist, wobei die Nationen all die gefährlichen Konsequenzen davon zu tragen haben? Im Interesse des Friedens und der Festigung der internationalen Zusammenarbeit könnten in diesem Falle die Mittel, die für unproduktive Militärausgaben verwendet werden, für Zwecke der Hebung des materiellen Wohlstandes der Völker verwendet werden — für die Herabsetzung der Steuern, die Erhöhung des realen Arbeitslohnes, den Wohnungsbau und Bau von öffentlichen Gebäuden, die Unterstützung der unterentwickelten Länder.

All das würde beträchtlich zur Ausdehnung des heimischen Marktes und zur Förderung des Welthandels beitragen und dabei eine entsprechende Steigerung in Produktion und Beschäftigung der Bevölkerung auf der Grundlage des Aufschwunges der Friedenswirtschaft sicherstellen. Man muß anerkennen, daß in der letzten Zeit Ereignisse stattgefunden haben, deren positive Bedeutung einen Einfluß auf die internationale Lage in der ganzen Welt ausübte. Das vergangene Jahr war ein Jahr, in dem kein Krieg in irgendeinem Erdteil zu verzeichnen war. Im Laufe der letzten Periode wurden einige komplizierte internationale Probleme geregelt, die nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges ungelöst blieben.

Zum ersten Male nach dem Kriege fand in Genf das Zusammentreffen der Regierungschefs der vier Mächte statt, und die von uns während dieses Zusammentreffens erreichten Ergebnisse wurden aufrichtig und aufs wärmste von den Völkern der ganzen Welt begrüßt als Ergebnisse, die ihren Hoffnungen und Bestrebungen entsprechen.

In der letzten Zeit verbesserten sich bemerkenswert die Kontakte zwischen den Ländern sowohl im Osten als auch im Westen und darunter auch zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika, obwohl man sie noch nicht für breit genug halten kann. Was die UdSSR und die USA anbetrifft, so zeigten diese vergrößerten Kontakte, wie stark die Bestrebungen der Völker unserer Länder nach der Entwicklung dieser Kontakte und der freundschaftlichen Zusammenarbeit sind.

Bei allen diesen wichtigen internationalen Ereignissen, in denen die Sowjetunion die Interessen der Festigung des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern verteidigte, wurden die erreichten Resultate in bedeutendem Maße dank der Zusammenarbeit gesichert, die zwischen unseren Ländern bestand. Ich bin aufrichtig davon überzeugt, daß die Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen akut und notwendig ist.

Meiner Ansicht nach könnte diesem Ziel durch den Abschluß eines Vertrages der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern gedient werden.

Ein solcher Vertrag würde vorsehen, daß die Parteien in einem Geiste enger Zusammenarbeit und gegenseitigen Verstehens die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern der UdSSR und den USA auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der staatlichen Souveränität und der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten entwickeln und stärken und alle ihre internationalen Streitigkeiten im Einklang mit den Bestimmungen der UN-Charta nur mit friedlichen Mitteln beilegen.

Der Vertrag könnte auch ein Abkommen der Parteien

vorsehen, wonach sie, gestützt auf den Grundsatz des beiderseitigen Nutzens und der Gleichberechtigung, bei der Entwicklung und Stärkung der wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den USA zusammenarbeiten sollten. Ich und meine Kollegen glauben fest, daß der Abschluß solch eines Vertrages zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und damit eine Aktion von großer internationaler Bedeutung wäre.

Ich glaube fest, daß der Vorschlag zum Abschluß eines Vertrages der Freundschaft und der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den USA zur Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen im Interesse der Stärkung des Friedens und zur weiteren Entspannung von Ihnen günstig aufgenommen und beim sowjetischen und amerikanischen Volk sowie bei den Völkern anderer Länder einen positiven Widerhall finden wird.

Ich bin der Ansicht, daß der Grundgedanke des Vertrages, den ich vorschlage, in dem beigefügten Entwurf niedergelegt ist.

Ich hoffe, bald einen Ausdruck der Gedanken über dieses Thema von Ihnen zu erhalten.

Entwurf des Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika.

Das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika haben, geleitet von dem Wunsche nach einer weiteren Minderung der internationalen Spannung und nach der Herstellung von Vertrauen zwischen den Staaten, und im Interesse der Wahrung des Weltfriedens und der Sicherheit handelnd, in dem Wunsche, die Freundschaft zwischen den Völkern der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika zu stärken, überzeugt, daß eine Stärkung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der staatlichen Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen den Lebensinteressen beider Länder entspricht, unter Betonung ihres Glaubens an die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und ihres Wunsches, zusammenzuarbeiten und mit allen Völkern

und Regierungen in Frieden zu leben, beschlossen, diesen Vertrag der Freundschaft und Zusammenarbeit zu schließen, und haben ihre bevollmächtigten Vertreter,

für das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken . . .

für den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika . . .

ernannt, die nach Austausch ihrer Vollmachten, die für gut und in Ordnung befunden wurden, wie folgt beschlossen haben:

Artikel I: Die vertragschließenden Parteien werden im Geiste ernster Zusammenarbeit und gegenseitigen Verständnisses freundschaftliche Beziehungen zwischen den Völkern der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der staatlichen Souveränität und der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten entwickeln und stärken.

Artikel II: Die vertragschließenden Parteien sind in Einklang mit den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen übereingekommen, alle ihre internationalen Streitfragen nur durch friedliche Mittel zu lösen.

Artikel III: Die vertragschließenden Parteien werden zur Entwicklung und Stärkung der wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten auf der Grundlage des Prinzips des beiderseitigen Nutzens und der Gleichberechtigung beitragen.

Zur Ausführung dieses Artikels können die vertragschließenden Parteien entsprechende Abkommen abschließen.

Artikel IV: Der vorliegende Vertrag soll der Ratifizierung bedürfen. Er soll am Tage des Austausches der Ratifizierungsurkunden in Kraft treten, der in der Stadt . . . in möglichst kurzer Zeit erfolgen soll.

Der Vertrag soll für 20 Jahre vom Tage seines Inkrafttretens an Gültigkeit haben. Bei Ablauf der genannten Frist soll jede der vertragschließenden Parteien das Recht haben, ihn zu kündigen. Eine solche Kündigung soll ein Jahr nach dem Tage wirksam werden, an dem sie ausgesprochen wurde.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und gesiegelt.

Am . . . 1956, in zwei Exemplaren in russischer und englischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen verbindlich sind.

Quelle: *Nachrichten aus der Sowjetunion*, herausgegeben von der sowjetischen Botschaft in Bonn, vom 31. Januar 1956.

Antwortschreiben Eisenhowers an Bulganin vom 28. Januar 1956

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Ich möchte Ihnen für Ihr Schreiben vom 23. Januar danken, das mir von Botschafter Zarubin übermittelt worden ist. Ich habe es einer sorgfältigen Prüfung unterzogen.

Lassen Sie mich gleich zu Beginn sagen: Ich bin in der Tat der Ansicht, daß die gegenwärtige internationale Lage es allen Staaten, besonders den Großmächten, auferlegt, nach Mitteln und Wegen für eine Verminderung der internationalen Spannungen und eine Stärkung des

internationalen Vertrauens und der Zusammenarbeit zu suchen.

Da die Gewalt der Zerstörung wächst, ist es dringendes Gebot, nicht nur nach Mitteln zur Kontrolle und Begrenzung dieser Gewalt zu streben, sondern auch die Gegensätze zu beseitigen, die Menschen zu einer Anwendung dieser Gewalt verleiten könnten. Diese Meinung, dessen kann ich Sie versichern, wird von dem amerikanischen Volk und von seinen politischen Führern ohne jede Ausnahme vertreten.

Ich bin davon überzeugt, daß diese Ansicht auch von allen Völkern der Welt geteilt wird und daß die, denen politische Vollmachten übertragen worden sind, die hohe Pflicht haben, der allgemeinen Sehnsucht der Völker nach Frieden Rechnung zu tragen.

Wie Sie sich wohl erinnern werden, habe ich mehr als einmal von dem außerordentlich wertvollen Aktivposten gesprochen, den wir in der historischen Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern besitzen. Ich bin fest davon überzeugt, daß sich von dieser Grundlage aus bessere politische Beziehungen herstellen lassen könnten. Ich darf Ihnen versichern, Herr Vorsitzender, daß es in der ganzen Welt kein Volk gibt, das sich aufrichtiger dem Werk der Errichtung des Friedens verschrieben hat als das amerikanische Volk. Unsere gesamte Nation sehnt sich nach einer Beendigung der Spannungen und Gefahren, die in der gegenwärtigen internationalen Lage gegeben sind. Es gibt in der Tat keine ehrenhafte Sache, die wir nicht tun würden, wenn wir davon überzeugt wären, daß sie einem gerechten Frieden in der Welt förderlich sein könnte.

Von diesem Standpunkt aus habe ich Ihre neue Anregung geprüft, daß der Abschluß eines Vertrages über freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern auf zwanzig Jahre der Sache des Friedens dienlich wäre.

Ich darf zunächst einmal bemerken, daß unsere beiden Länder bereits durch einen in feierlicher Form geschlossenen Vertrag, die Charta der Vereinten Nationen, miteinander verbunden sind. Der von Ihnen nunmehr vorgeschlagene Vertrag würde im wesentlichen aus drei Artikeln bestehen. Ich darf darauf verweisen, daß jeder dieser drei Artikel bereits in klarer Form in den Bestimmungen des zwischen unseren beiden Ländern abgeschlossenen UN-Vertrages enthalten ist.

Der erste Artikel Ihres Vertragsentwurfes würde unsere beiden Länder verpflichten, freundschaftliche Beziehungen zwischen unseren Völkern auf der Grundlage gleicher Rechte, gegenseitiger Achtung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zu entwickeln. Als Mitglieder der Vereinten Nationen sind wir bereits durch diese Organisation verpflichtet, „freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln, die auf der Achtung des Grundsatzes der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker gegründet sind“.

Der zweite Artikel des von Ihnen vorgeschlagenen Vertrages würde uns verpflichten, unsere internationalen Streitigkeiten nur durch friedliche Mittel beizulegen. An diese Verpflichtung sind unsere beiden Länder bereits durch die Bestimmungen des Artikels 2 Absatz 3 der Charta der Vereinten Nationen gebunden, der im einzelnen bestimmt, daß „alle Mitglieder ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel beilegen sollen“.

Der dritte Artikel würde uns stärkere Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet auferlegen. Abschnitt IX der Charta der Vereinten Nationen, der die „internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet“ behandelt, macht es uns zur Pflicht, für die „Lösung internationaler Probleme auf wirtschaftlichen, sozialen und verwandten Gebieten sowie im Gesundheitswesen“ zu arbeiten und „die internationale Zusammenarbeit auf dem kulturellen Sektor und im Erziehungswesen“ zu fördern.

Die Charta der Vereinten Nationen stellt einen feierlichen Vertrag nicht nur zwischen Ihrem und unserem Lande dar — sie ist ein Vertrag zwischen vielen Ländern, die sämtlich sowohl uns gegenüber als auch untereinander Verpflichtungen eingegangen sind und die alle den Weltfrieden zu ihrem Anliegen gemacht haben. Das amerikanische Volk wünscht aufrichtig, das Seine zur Verwirklichung dieser Ziele der Charta beizutragen.

Der gegenwärtige Zustand internationaler Spannungen wurde durch die Worte der Charta nicht verhindert. Wie können wir dann hoffen, daß die derzeitige Lage gebessert werden könnte, lediglich indem wir diese Worte in bilateraler Form wiederholen?

Ich frage mich, ob die erneute Ingangsetzung des ganzen für den Abschluß eines Vertrages notwendigen Verfahrens, und diesmal lediglich auf bilateraler Basis, nicht vielmehr der Sache des Friedens entgegenarbeiten könnte, indem man die Illusion erzeugt, daß durch einen einzigen Federstrich ein Ergebnis erzielt worden sei, das in Wirklichkeit nur durch einen Gesinnungswandel erreicht werden kann.

Freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Staaten hängt nicht nur von vertraglichen Versprechungen, sondern von dem Geist ab, von dem die Regierungen der betreffenden Staaten beseelt sind, sowie von ihrem tatsächlichen Verhalten.

In der Hoffnung, einen solchen Geist und ein solches Verhalten zu fördern, ging ich im Juli vergangenen Jahres nach Genf; ich unternahm damit eine Reise, wie sie in der amerikanischen Geschichte bis dahin in Friedenszeiten noch nie unternommen worden war. Trotz der Zweifel vieler, ob diese Mission überhaupt von Nutzen sein könnte, hatte ich das Gefühl, daß die bestehende Situation so ernst sei, daß keine Möglichkeit zu einer Besserung, und mochte sie auch noch so gering sein, außer acht gelassen werden dürfte. Sie selbst haben in Genf ähnlichen Ansichten und Bestrebungen Ausdruck gegeben.

Ich hatte ernstlich gehofft, daß aus dem Zusammenreffen mit Ihnen und den Chefs der Regierungen Frankreichs und des Vereinigten Königreichs sich eine Verbesserung der internationalen Beziehungen entwickeln werde, speziell zwischen den vier dort vertretenen Mächten und hinsichtlich der besonderen Probleme, bei denen unseren vier Nationen eine besondere Verantwortung obliegt.

Leider mußte das amerikanische Volk die schmerzliche Schlußfolgerung ziehen, daß die unserem Zusammenreffen folgenden Ereignisse seine Hoffnungen enttäuschten.

Erlauben Sie mir, daß ich Ihnen einen kurzen Abriss der jüngsten Ereignisse gebe.

In Genf wiesen wir unsere Außenminister an, wirksame Mittel und Wege für die Lösung von drei besonderen Problemen zu erarbeiten.

Das erste dieser Probleme war die Sicherheit Europas und die Deutschlandfrage. Wir kamen ausdrücklich überein, daß die Lösung der Deutschlandfrage und die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen in Übereinstimmung mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit durchgeführt werden sollte. Ihre Regierung war jedoch der Auffassung, daß sie trotz der von den drei Westmächten unterbreiteten konstruktiven Vorschläge für die deutsche Wiedervereinigung und die europäische Sicherheit zu dem damaligen Zeitpunkt Pläne bezüglich

der Wiedervereinigung Deutschlands im Wege freier Wahlen nicht erwägen könne.

Das zweite Problem galt der Abrüstung. Während unserer in Genf über dieses Problem geführten Gespräche machte ich meinen Vorschlag „der offenen Himmel“ in der Hoffnung, daß wir irgend etwas Konkretes unternehmen könnten, um die Welt zu überzeugen, daß wir gegeneinander keinerlei aggressive Absichten hegten. Diesen Vorschlag aber lehnte Ihre Regierung während der Konferenz der Außenminister ab.

Das dritte Problem betraf die Entwicklung von Kontakten zwischen Ost und West. Die Minister der westlichen Länder haben zahlreiche konkrete Maßnahmen zur Herbeiführung engerer Beziehungen und eines besseren Verständnisses vorgeschlagen, von denen keine von Ihrer Regierung angenommen wurde. Trotz dieser Tatsache ist, wie Sie ausführen, seit kurzem eine gewisse Verbesserung in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika eingetreten.

Eine weitere Beeinträchtigung hat stattgefunden, weil wir den Eindruck gewannen, daß Ihre Regierung in verschiedenen Gebieten der Welt einen politischen Kurs eingeschlagen hat, der die Spannungen erhöht durch Verstärkung des Hasses und der Feindschaft, die den historischen internationalen Streitigkeiten immanent sind. Ich teile Ihre Ueberzeugung, daß eine Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen dringend notwendig ist. Offen gesagt, fällt es dem amerikanischen Volk schwer, das, was uns das Ziel Ihrer Regierung in diesen Gebieten zu sein scheint, mit Ihren jetzigen Worten in Einklang zu bringen — Worten, die mit Recht die besondere Verantwortung unserer Regierungen betonen, die internationalen Spannungen zu vermindern und das Vertrauen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu stärken.

Ich gehe auf die Ereignisse des vergangenen Jahres nur darum näher ein, um uns die Möglichkeit zu geben, unsere Zukunft mit besseren Aussichten auf Erfolg planen zu können. Das amerikanische Volk reicht seine freund-

schaftliche Hand allen jenen Völkern, die bereit sind, sie in aufrichtiger Freundschaft zu ergreifen. Ich habe schon oft erklärt, und ich wiederhole es hiermit erneut, daß es nichts gibt, was ich nicht zur Förderung eines gerechten Friedens in der Welt tun würde. Doch wissen wir nur allzu gut, daß nur die Taten, nicht die Worte allein zählen.

Bedenken Sie bitte, Herr Vorsitzender, was für eine ungeheure Veränderung eintreten würde, nicht nur in unseren Beziehungen zueinander, sondern in der ganzen Welt, wenn unverzüglich Maßnahmen ergriffen würden, um Deutschland frei in einem Rahmen der Sicherheit wiederzuevereinigen; wenn unser im Kriege gegebenes Versprechen verwirklicht würde, das Recht der Völker zu respektieren, sich ihre eigene Regierungsform, unter der sie leben wollen, selbst zu wählen; wenn wir Vereinbarungen treffen würden, um unsere Länder einer beiderseitigen Inspektion zu öffnen, welche die Möglichkeit eines Ueberraschungsangriffes ausschließt, und wenn die Abrüstung verwirklicht würde, so daß die dadurch frei werdenden produktiven Kräfte zur Verbesserung des Loses der Menschen eingesetzt werden können. Bedenken Sie bitte weiter, welch ein Berg an Mißtrauen und Mißverständnissen verschwinden würde, wenn zwischen unseren Völkern ein ungehinderter Nachrichten-, Informations- und Gedankenaustausch und ein freier Reiseverkehr bestünden.

Es sind dies alles Fragen, die Sie und ich gemeinsam in Genf besprochen haben. Sie beinhalten die Ziele, denen mein Volk sich nach wie vor verpflichtet fühlt und die anzustreben wir jederzeit im Geiste der Versöhnung bereit sind. Darf ich aus Ihrem Briefe die Hoffnung schöpfen, daß auch Sie sich diese großen Aufgaben zum Ziel gesetzt haben?

Einer weiteren Darlegung Ihrer Ansichten sehe ich mit Interesse entgegen.

Quelle: *The New York Times*, International Edition, Nr. 35 799 vom 29. Januar 1956. Deutscher Text: Amerika-Dienst.

Zur Weiterführung der europäischen Integration

Kommuniqué der Brüsseler Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der EGKS
am 11. und 12. Februar 1956

1. Die Außenminister der sechs Mitgliedstaaten der Montan-Gemeinschaft sind am 11. und 12. Februar 1956 unter dem Vorsitz von Herrn Paul-Henri Spaak in Brüssel zusammengetreten. An der Konferenz nahmen teil: für Deutschland Herr von Brentano, für Frankreich Herr Pineau, für Italien Herr Martino, für Luxemburg Herr Bech und für die Niederlande Herr Beyen.

2. In seiner Eigenschaft als Präsident des Regierungsausschusses, der von der Messina-Konferenz eingesetzt wurde, hat Herr Spaak seinen Kollegen mündlich über die Arbeitsergebnisse dieses Ausschusses Bericht erstattet. Er hat die Lösungen dargelegt, die als Grundlage für die Abfassung des Schlußberichts über den gemeinsamen Markt und die europäische Organisation für die Anwendung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken dienen könnten, im Hinblick auf die Abfassung der in der Entschließung von Messina vorgesehenen Verträge.

3. Hinsichtlich der Errichtung des gemeinsamen Marktes haben die Minister mit Genugtuung von dem Stand der Arbeiten Kenntnis genommen. Diese beschränken sich nicht nur darauf, die Etappen und Verfahren zu umreißen, vermittels derer die Behinderungen des Handelsverkehrs im Hinblick auf die Gründung einer Zollunion unter den erforderlichen Vorsichtsmaßregeln beseitigt werden, sondern sie sehen die Methoden für die Harmonisierung und Koordinierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie für einen gegenseitigen Beistand der Regierungen vor. Ihr Ziel ist schließlich, auf Betreiben der geeigneten Organe die volle Nutzung der europäischen Hilfsquellen durch die Schaffung eines Anpassungsfonds, eines Investitionsfonds und die schrittweise Liberalisierung des Verkehrs der Arbeitskräfte zu fördern.

4. Die Arbeiten des Regierungsausschusses haben die

Notwendigkeit und die Dringlichkeit bestätigt, eine gemeinsame europäische Organisation auf dem Atomsektor zu schaffen. Die Sachverständigen schlagen vor, dieser Organisation folgende Funktionen zu übertragen: die Forschung und den Informationsaustausch zu fördern, die erforderlichen gemeinsamen Anlagen zu schaffen, die Versorgung der Industrie mit Atomerzen und -brennstoffen sicherzustellen, eine wirksame Kontrolle des Kernmaterials einzuführen, den freien Austausch der Erzeugnisse und Ausrüstungen der Atomindustrie sowie den freien Verkehr der Spezialisten herbeizuführen.

5. Die Ausrichtung der Arbeiten sowohl auf dem Gebiet des gemeinsamen Marktes als auch auf dem Gebiet der Atomenergie fand allgemeine Zustimmung. Die Minister haben dem Regierungsausschuß die erforderlichen Richtlinien für die Fertigstellung seines Schlußberichts in möglichst kurzer Frist erteilt.

Deutsch-italienisches Kommuniqué vom 9. Februar 1956 über den Staatsbesuch des italienischen Ministerpräsidenten in Bonn

Auf Einladung der Bundesregierung weilten der italienische Ministerpräsident Segni und Außenminister Martino vom 6. bis 9. Februar 1956 in der Bundesrepublik. Die italienischen Gäste wurden von dem Bundespräsidenten empfangen und hatten eingehende Aussprachen mit dem Bundeskanzler, dem Bundesminister des Auswärtigen und dem Bundesminister für Wirtschaft unter Beteiligung leitender Beamter der beiden Regierungen. Die Besprechungen, die in einer Atmosphäre des Vertrauens und großer Herzlichkeit geführt wurden, betrafen die allgemeine politische Lage, wie sie sich auf Grund der jüngsten Entwicklung darstellt, die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der europäischen Einigung und der Sicherheit sowie die Gesamtheit der deutsch-italienischen Beziehungen.

Bei der Erörterung der allgemeinen politischen Lage ergab sich volle Übereinstimmung der Auffassungen beider Regierungen. Im Gedenken an das geistige und politische Wirken Alcide de Gasperis stimmten die beiden Regierungschefs und die beiden Außenminister darin überein, daß es angesichts einer Lage, die nach wie vor eine Gefahr bilden könnte, notwendig ist, Europa wirksam zu verteidigen und das Werk der europäischen Einigung fortzusetzen.

Sie gaben ferner dem Wunsche Ausdruck, daß die gemeinsame Zusammenarbeit in den Organisationen des Nordatlantikpaktes, der Westeuropäischen Union und in anderen dem Frieden dienenden Organisationen weiter verstärkt wird. Dabei wurde die Notwendigkeit einer wirksameren Anwendung des Artikels 2 des Atlantikpaktes unterstrichen, der ein gemeinsames Handeln für die Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen der verbündeten Völker vorsieht.

Die italienische Regierung und die Bundesregierung als die einzige, freigewählte und legitime Vertreterin des ganzen deutschen Volkes stimmen überein, daß die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen eine unerläßliche Voraussetzung für eine dauernde Entspannung und für einen wahren Frieden in Europa und in der Welt bildet.

6. Die Minister haben erneut bekräftigt, daß ihre Politik nicht die Aufstellung eines autarken Systems, sondern eine möglichst enge Zusammenarbeit mit allen Staaten anstrebt, die bereit sind, sich ihnen im Hinblick auf die Verfolgung der gleichen Ziele anzuschließen. In diesem Geiste haben die Minister die Einstellung ihrer Regierungen zu den Arbeiten der OEEC geprüft. Sie haben betont, daß die Entschlossenheit der Sechsz, untereinander engere Formen der Zusammenarbeit zu schaffen, als sie die OEEC verwendet, durchaus mit den Bemühungen vereinbar ist, die in dem umfassenderen Rahmen dieser Organisation verfolgt werden.

7. Die Minister haben beschlossen, ihre nächste Tagung sofort nach der Vorlage des Schlußberichts, die für den 15. März vorgesehen ist, abzuhalten.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 31 vom 15. Februar 1956.

Auch die Besprechungen über die beide Länder unmittelbar berührenden Fragen führten zu einem befriedigenden Ergebnis.

Zur Vertiefung der kulturellen Beziehungen haben die beiden Außenminister ein Abkommen unterzeichnet, das die Grundlage für die künftige Zusammenarbeit auf allen Gebieten des kulturellen Lebens bilden wird, insbesondere für die Vervollkommnung und den Ausbau des Sprachunterrichts.

Hinsichtlich des kürzlich in Rom unterzeichneten Abkommens über die Beschäftigung von italienischen Arbeitern in Deutschland wurde mit Befriedigung festgestellt, daß mit der deutscherseits erfolgten Anforderung einer ersten Gruppe von 13 000 italienischen Landarbeitern, der weitere folgen werden, die Durchführung dieses Abkommens bereits in günstiger Weise begonnen hat.

Der Bundesminister des Auswärtigen hat in Anwesenheit des Bundesministers für Wirtschaft dem italienischen Minister des Auswärtigen den Entwurf eines deutsch-italienischen Freundschafts-, Handels- und Schiffsverkehrsvertrages überreicht. Beide Seiten haben gemeinsam die Zweckmäßigkeit festgestellt, die Zusammenarbeit zwischen Italien und der Bundesrepublik auf wirtschaftlichem Gebiet weiter zu vertiefen und insbesondere den Warenaustausch zu fördern.

Weiter haben sie die Maßnahmen erörtert, die im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit geeignet erscheinen, die Verwirklichung des italienischen Aufbauprogramms zu fördern.

Durch den Besuch der italienischen Staatsmänner hat die deutsch-italienische Freundschaft eine weitere wertvolle Festigung erfahren, die der Wohlfahrt der beiden Völker und dem Frieden der Welt dienen wird.

Der italienische Ministerpräsident und der italienische Außenminister haben den Bundeskanzler und den Bundesminister des Auswärtigen eingeladen, sich in naher Zukunft nach Rom zu begeben. Der Bundeskanzler und der Bundesminister des Auswärtigen haben diese Einladung angenommen.

Quelle: *Presse- und Informationsamt der Bundesregierung*, Mitteilung an die Presse Nr. 166/56 vom 9. Februar 1956.

Informationen und Berichte

Die 10. Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen

Alljährlich wird die Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen als ein Spiegelbild der internationalen Lage und insbesondere der Beziehungen zwischen den Mächtegruppen in Ost und West gewertet. Jahrelang hatten diese Tagungen im Zeichen des „Kalten Krieges“ gestanden, hatten Redner des Westens und des Sowjetblocks die Weltorganisation als Forum für die öffentliche Austragung ihrer Gegensätze benutzt und dabei mit heftigen gegenseitigen Angriffen nicht gespart. Erst im Jahre 1954 hatten die Anzeichen für eine internationale Entspannung sich auch in diesem Gremium in einer konzilianteren Atmosphäre niedergeschlagen, die es der Versammlung ermöglichte, den internationalen Verhandlungen auf den Gebieten der Abrüstung und der friedlichen Ausnutzung der Atomenergie neuen Auftrieb zu geben¹. Inzwischen sind weitere Schritte der Annäherung zwischen Ost und West erfolgt, die ihren vorläufigen Höhepunkt in der Genfer Konferenz der Regierungschefs im Juli 1955 fanden. Der „Geist von Genf“ — oft zitiert und angerufen in dieser 10. Tagung — war dementsprechend auch das beherrschende Element der Reden, als die Versammlung am 20. September 1955 zusammentrat und mit ihrer Generaldebatte begann. Uebereinstimmend begrüßten die Vertreter der vier Großmächte das bessere Verhandlungsklima, das seit der Einigung über den österreichischen Staatsvertrag und seit der Genfer Konferenz in den internationalen Beziehungen herrschte. Uebereinstimmend wiesen sie allerdings auch darauf hin, daß der „neue Geist“ vorerst nur eine Hoffnung darstelle und daß konkrete Ergebnisse nur durch geduldige Bemühungen in der kommenden Verhandlungsphase zu erreichen seien, die mit der im Oktober beginnenden Genfer Außenministerkonferenz ihren Anfang nehmen sollte².

Während die Versammlung nach Beendigung der Generaldebatte schon mit der Erledigung ihrer Tagesordnung beschäftigt war, fand in Genf die Außenministerkonferenz statt und erbrachte mit ihrem negativen Ausgang den Beweis, daß der „Geist von Genf“ allein keine Annäherung der Standpunkte der Großmächte in den konkreten internationalen Problemen herbeizuführen vermochte. Eine deutliche Rückwirkung des Genfer Mißerfolgs auf die Atmosphäre der Versammlung blieb jedoch überraschenderweise aus. Wenn auch in den wichtigsten internationalen Problemen, wie beispielsweise bei der Abrüstung, kein entscheidender Fortschritt erzielt werden konnte, so kann die 10. Tagung doch für sich in Anspruch nehmen, sachliche Arbeit geleistet und für einige seit Jahren anhängigen Probleme wenigstens Kompromißlösungen gefunden zu haben.

Die Abrüstungsfrage

Zur Abrüstungsfrage, über die der Unterausschuß der Abrüstungskommission (Mitglieder des Ausschusses: Frankreich, Großbritannien, Kanada, die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten) im Frühling und Sommer 1955 auf Weisung der 9. Tagung der Vollversammlung verhandelt hatte, waren von den Regierungschefs der vier Mächte auf der Genfer Juli-Konferenz neue Vorschläge unterbreitet worden³. Unter Berücksichtigung dieser Vorschläge verhandelte der Unterausschuß erneut vom 29. August bis zum 7. Oktober, ohne jedoch zu einem greifbaren Ergebnis zu kommen. Der Bericht, den er der Vollversammlung übermittelte, offenbarte dementsprechend die fortdauernden Meinungsverschiedenheiten über die wichtigsten Aspekte des Problems.

In dieser Situation konnten die Diskussionen der Versammlung keinen Fortschritt bringen. Die Versammlung faßte am 16. Dezember mit 56 gegen 7 Stimmen folgende Resolution:

„Die Vollversammlung

In Erinnerung an ihre Resolution 808 (IX)⁴ vom 4. November 1954, in der zusammenfassend erklärt wurde, daß weitere Bemühungen unternommen werden sollten, um eine Einigung zu erzielen über umfassende und koordinierte Vorschläge, die in den Entwurf einer internationalen Abrüstungskonvention aufgenommen werden sollen; dieser Konventionsentwurf soll folgende Maßnahmen vorsehen:

- (a) die Regulierung, Begrenzung und wesentliche Verminderung aller Streitkräfte und aller herkömmlichen Rüstungen;
- (b) das völlige Verbot der Anwendung und Herstellung von Atomwaffen und jeder Art von Massenvernichtungswaffen sowie die Umwandlung vorhandener Bestände an Atomwaffen zum Gebrauch für friedliche Zwecke;
- (c) die Schaffung einer wirksamen internationalen Kontrolle durch ein mit angemessenen Rechten, Befugnissen und Funktionen ausgestattetes Kontrollorgan, um die tatsächliche Einhaltung der vereinbarten Verminderungen aller Rüstungen und Streitkräfte und des Verbots von Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen sowie den Gebrauch von Atomenergie für lediglich friedliche Zwecke zu garantieren;

und ferner

„wobei das ganze Programm so zu gestalten ist, daß kein Staat Grund zu der Befürchtung zu haben braucht, daß seine Sicherheit gefährdet sei“;

Mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Bemühungen um ein Nachlassen der internationalen Spannungen, um die Förderung gegenseitigen Vertrauens und um die Entwicklung internationaler Zusammenarbeit, so

¹) Vgl. den Bericht über die 9. Tagung der Vollversammlung in EA 3/1955, S. 7279.

²) Eine kurze Zusammenfassung des Inhalts der Reden, welche die Außenminister der vier Großmächte in der General-

debatte hielten, ist in der Zeittafel in EA 21/1955, S. 8369, enthalten.

³) Vgl. die Dokumentation zur Genfer Konferenz in EA 16/1955, S. 8098—8120, insbes. S. 8111 ff.

⁴) Vgl. den vollen Wortlaut in EA 3/1955, S. 7279.

wie sie die Genfer Konferenz der Regierungschefs, die Bandung-Konferenz und die Sitzung in San Francisco anlässlich der Zehn-Jahres-Feier der Vereinten Nationen darstellen, wirklich zur Förderung des Weltfriedens beitragen werden;

In dem Wunsche, zu einer Minderung der internationalen Spannungen, zur Stärkung des Vertrauens zwischen den Staaten, zur Ausschaltung der Kriegsgefahr sowie zur Verminderung der Rüstungslasten beizutragen; und deshalb

Überzeugt von der Notwendigkeit, weiterhin nach einer Einigung über ein umfassendes Abrüstungsprogramm zu suchen, durch das internationaler Friede und internationale Sicherheit gefördert und die menschlichen und wirtschaftlichen Hilfsquellen der Welt in möglichst geringem Maße durch Rüstungen belastet werden;

Erfreut über die Fortschritte auf dem Wege zu einer Einigung über diese Ziele, die in den Sitzungen des Unterausschusses der Abrüstungskommission im Jahre 1955 erzielt wurden;

In Kenntnis der Tatsache, daß bisher weder über die Rechte, Befugnisse und Funktionen eines Kontrollsystems, das die Grundlage jedes Abrüstungsabkommens ist, noch über andere wesentliche, in Resolution 808 enthaltene Fragen eine Einigung erzielt werden konnte;

Ferner in Kenntnis der Tatsache, daß in bezug auf die Auffindung und Kontrolle von Atomwaffenmaterial besondere technische Schwierigkeiten bestehen; sowie In dem Bewußtsein, daß Inspektion und Kontrolle der Abrüstung am besten in einer von Furcht und Mißtrauen freien Atmosphäre durchgeführt werden können,

1. Fordert die interessierten Staaten und insbesondere diejenigen, die im Unterausschuß der Abrüstungskommission vertreten sind, dringend auf:

- a) ihre Bemühungen um Einigung über einen umfassenden Abrüstungsplan im Einklang mit den in Resolution 808 (IX) der Vollversammlung vom 4. November 1955 niedergelegten Zielen fortzusetzen;
- b) als einleitenden Schritt sich an erster Stelle um eine baldige Einigung über folgende Maßnahmen und um deren Durchführung zu bemühen:
 - i) solche zur Stärkung des Vertrauens geeigneten Maßnahmen wie den von Präsident Eisenhower vorgelegten Plan eines Austausches von militärischen Informationen und einer gegenseitigen Luftüberwachung und den Plan Marshall Bulgans für die Errichtung von Kontrollposten an strategisch wichtigen Punkten;
 - ii) alle augenblicklich durchführbaren und mit angemessenen Sicherungen verbundenen Abrüstungsmaßnahmen;

2. Schlägt vor, auch folgende Vorschläge mit zu berücksichtigen: den vom Ministerpräsidenten Frankreichs eingebrachten Vorschlag eines Austausches und der Veröffentlichung von Informationen über Militär Ausgaben und Haushaltspläne, den Vorschlag des Premierministers des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland, sich um praktische Erfahrungen auf dem Gebiet der Inspektion und Kontrolle zu bemühen, sowie den Vorschlag der indischen Regierung, die Explosionen von Atomwaffen zu Versuchszwecken einzustellen und einen „Rüstungsstillstand“ zu vereinbaren;

3. Ersucht die interessierten Staaten, insbesondere diejenigen, die im Unterausschuß der Abrüstungskommission vertreten sind, den vom französischen Ministerpräsidenten eingebrachten Vorschlag zu prüfen, der die Verwendung der durch die Abrüstung frei werdenden Mittel für die Verbesserung des Lebensstandards in

allen Teilen der Welt, insbesondere in den weniger entwickelten Ländern, vorsieht;

4. Empfiehlt ferner, daß bei angemessener gemeinsamer Beratung der Regierungen jeder Staat seine wissenschaftlichen Forschungsarbeiten fortsetzt, um Methoden zu entwickeln, welche die vollständige Inspektion und Kontrolle von Atomwaffenmaterial ermöglichen und damit zur Lösung des Problems einer umfassenden Abrüstung beitragen sollen;

5. Schlägt vor, daß die Abrüstungskommission ihren Unterausschuß wieder einberuft und daß beide sich weiterhin um die Erreichung der oben dargelegten Ziele bemühen;

6. Beschließt, der Abrüstungskommission zu ihrer Information die Unterlagen der Sitzungen des Ersten Ausschusses zu übergeben, in denen das Abrüstungsproblem diskutiert wurde, und ersucht die Abrüstungskommission und den Unterausschuß, die in diesen Dokumenten zum Ausdruck gebrachten Meinungen bald und sorgfältig zu studieren.“

In der Debatte vertrat die Sowjetunion die Auffassung, daß diese Resolution einen Rückschritt in die Situation von 1946 bedeute, und stimmte mit den übrigen Staaten des Ostblocks dagegen. Es wurde aber auch von anderer Seite, so beispielsweise von Indien, Kritik an der Resolution geübt: sie drohe durch die Einbeziehung der weitgehenden Vorschläge der Regierungschefs die Verhandlungen über die grundlegenden Probleme zu stören. Ein Vorschlag, Indien und Polen in den Unterausschuß der Abrüstungskommission aufzunehmen, wurde abgelehnt.

Friedliche Ausnutzung der Atomenergie

Im Gegensatz zur Abrüstungsfrage verliefen die Debatten über die friedliche Ausnutzung der Atomenergie erfolgreicher. Die auf Grund der Resolution 810 (IX)⁵ der 9. Tagung im August 1955 in Genf abgehaltene internationale wissenschaftliche Konferenz hatte eine allseits lebhaft begrüßte, sachliche Arbeit geleistet, die von politischen Meinungsverschiedenheiten unbeeinträchtigt blieb. Die in diesem Ausmaß kaum erwarteten positiven Ergebnisse dieser Konferenz haben den Gedanken der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomenergie beträchtlich gefördert. Eine unmittelbare Auswirkung davon mag die Tatsache sein, daß die beiden Resolutionen, welche die Vollversammlung zu diesem Thema faßte, einstimmig angenommen wurden. Drei Problemkreise waren es, mit denen die 10. Tagung sich zu befassen hatte: die Einberufung einer weiteren internationalen Atomkonferenz, die Bildung einer internationalen Atomenergie-Behörde und die Untersuchung der Auswirkungen radioaktiver Strahlung.

Völlige Einmütigkeit herrschte über die erste dieser Fragen. Die Erfolge der Genfer Atomkonferenz wurden von allen Delegierten gelobt, und ohne Widerspruch wurde beschlossen, eine weitere Konferenz innerhalb von zwei bis drei Jahren einzuberufen. Der Generalsekretär wurde beauftragt, in Verbindung mit dem durch Resolution 810 (IX) errichteten Beratenden Ausschuß die vorbereitenden Arbeiten für diese Konferenz zu leisten. (Teil A der Resolution über die friedliche Ausnutzung der Atomenergie, angenommen am 3. Dezember.)

Über die Bildung einer internationalen Atomenergie-Behörde, auf die sich Teil B der genannten Resolution

⁵) Vgl. den Wortlaut in EA 3/1955, S. 7280.

bezieht, gab es dagegen ernste Meinungsverschiedenheiten. Der Plan zur Gründung dieser Behörde, der auf die Rede Präsident *Eisenhowers* vor der Vollversammlung am 8. Dezember 1953⁶ zurückgeht, hat inzwischen in Form eines von den Vereinigten Staaten und einigen ihnen befreundeten Staaten ausgearbeiteten Entwurfs des Statuts dieser Behörde Gestalt angenommen. Dieser Entwurf, der den Mitgliedstaaten der UN und der Sonderorganisationen zur Begutachtung zugeleitet wurde, sieht für die Behörde im wesentlichen vier Funktionen vor: Unterstützung der Zusammenarbeit bei der Erforschung und Entwicklung der Atomenergie, Versorgung mit spaltbarem Material und Kernbrennstoffen, Austausch von wissenschaftlichen Informationen, Kontrolle der ausschließlich friedlichen Verwendung dieser Materialien und Informationen. Während sich gegen diese Zielsetzungen kaum Widerspruch erhob, richteten sich die Einwände, insbesondere von seiten der lateinamerikanischen und asiatisch-afrikanischen Staaten, vor allem gegen die geplante Zusammensetzung des Exekutivrates der Behörde. Der Entwurf sieht nämlich vor, daß diesem Rat die fünf führenden Atom-Mächte, die fünf führenden Uran-Produktionsländer und nur sechs andere Länder angehören sollen. Dagegen wurde eingewendet, daß diese Zusammensetzung den im Besitze der Atomenergie befindlichen Mächten ein starkes Übergewicht in der Behörde geben würde. Im Zusammenhang damit wurde auch die Frage einer Unterstellung dieser Behörde unter die Vereinten Nationen aufgeworfen, wodurch eine Majorisierung der Nicht-Atom-Mächte verhindert werden könnte. Diesen Einwänden versuchten die Vereinigten Staaten entgegenzukommen, indem sie sich bereit erklärten, zu der Staatengruppe, die über das Statut verhandelt, weitere Staaten (Brasilien, Indien, die Sowjetunion und die Tschechoslowakei) hinzuzuziehen und zur Formulierung des endgültigen Wortlauts eine Konferenz der 84 Mitgliedstaaten der UN und der Sonderorganisationen einzuberufen. Die Versammlung hat in ihrer Resolution diese Vereinbarungen zur Kenntnis genommen und begrüßt und außerdem den Generalsekretär beauftragt, wiederum in Zusammenarbeit mit dem Beratenden Ausschuß für Atomfragen das Problem der Beziehungen zwischen der internationalen Atomenergie-Behörde und den Vereinten Nationen zu prüfen und darüber den an den Verhandlungen über das Statut beteiligten Regierungen einen Bericht zuzuleiten.

Der dritte Problemkreis, die Auswirkung der radioaktiven Strahlung, war auf Veranlassung sowohl der Vereinigten Staaten als auch Indiens auf die Tagesordnung gesetzt worden. Dabei hatte sich der indische Antrag auf die Untersuchung der Auswirkungen der Versuche mit Atombomben erstreckt, während der amerikanische Vorschlag allgemeiner gefaßt war und die Auswirkungen radioaktiver Strahlung jeder Art umfaßte. In einer gesonderten, ebenfalls am 3. Dezember angenommenen Resolution errichtete die Vollversammlung einen wissenschaftlichen Ausschuß, in den Ägypten, Argentinien, Australien, Belgien, Brasilien, Frankreich, Großbritannien, Indien, Japan, Kanada, Mexiko, Schweden, die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und die Vereinigten Staaten je einen Wissenschaftler entsenden werden. Dieser Ausschuß erhielt die Aufgabe, zuverlässiges wissen-

schaftliches Material über die Auswirkung radioaktiver Strahlung zu sammeln, über die Ergebnisse dieser Arbeit jährlich zu berichten und bis spätestens 1. Juli 1958 einen zusammenfassenden Bericht zu veröffentlichen. Die Versammlung appellierte an „alle, die es angeht“, dem Ausschuß Berichte und Studien über diesen Fragenkomplex zur Verfügung zu stellen. Ein sowjetischer Zusatzantrag, einen Appell für das Verbot der Atomwaffen und für die Einstellung der Versuche mit Atombomben in die Resolution aufzunehmen, wurde abgelehnt; trotzdem stimmte der sowjetische Vertreter der Resolution zu.

Korea und Palästina

Niemand hatte von der 10. Tagung erwartet, daß sie das koreanische oder gar das palästinensische Problem lösen würde. Die Debatten zur Korea-Frage zeigten denn auch klar, daß eine Lösung nur im Rahmen einer allgemeinen Regelung der Probleme des Fernen Ostens möglich ist, zu der wiederum eine Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China die Voraussetzung wäre. In ihrer am 29. November mit 44 gegen 0 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen angenommenen Resolution, mit der sie den Bericht der Kommission für die Wiedervereinigung und den Wiederaufbau Koreas zur Kenntnis nahm, begnügte sich die Vollversammlung damit, die Erhaltung des status quo in Korea zu bekräftigen, indem sie die Unantastbarkeit des Waffenstillstandsabkommens unterstrich und damit indirekt vor einer Verletzung des Waffenstillstands warnte. Die Versicherung, daß die Versammlung die Suche nach einer „baldigen Lösung“ fortsetzen werde, dürfte daneben nur deklamatorischen Wert haben.

Die Arbeiten der Versammlung zur Palästina-Frage umgingen vollends alle politischen Fragen und beschränkten sich auf das Problem der Flüchtlinge. Sie befaßte sich mit dem Bericht der Hilfsorganisation für die Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) und stellte in einer am 3. Dezember mit 38 gegen 0 Stimmen bei 17 Stimmenthaltungen gefaßten Resolution fest, daß das in früheren Resolutionen (194 [III] und 513 [VI]) festgelegte Programm der Repatriierung oder Entschädigung der Flüchtlinge bzw. ihrer Seßhaftmachung nicht ausgeführt worden ist, so daß die Lage der Flüchtlinge nach wie vor zu ernster Sorge Anlaß gibt. Die Vollversammlung forderte die beteiligten Staaten im Mittleren Osten zur Zusammenarbeit mit der UNRWA auf und appellierte an alle Staaten und an private Organisationen, die erforderlichen Mittel für die Ausführung der Hilfsprogramme zur Verfügung zu stellen.

Das Kolonialproblem

Wenn der Ost-West-Konflikt auf dieser Tagung nicht so drückend lastete wie auf den früheren, so gab dafür das Kolonialproblem Anlaß zu ersten Spannungen, die zu einer schweren Krise führten. Die Versammlung war kaum zusammengetreten, als in den Debatten über die Tagesordnung sich bereits ein Eklat ereignete, der an die verfassungsmäßigen Grundlagen der Weltorganisation rührte. Zunächst hatte sich die Versammlung mit dem Antrag Griechenlands auf Aufnahme der Cypem-Frage in die Tagesordnung zu befassen: sie wurde am 23. September mit 28 gegen 22 Stimmen abgelehnt, was zu einer erneuten Belastung der ohnehin gespannten Beziehungen zwischen Griechenland und seinen NATO-Partnern

⁶) Vgl. den Wortlaut in EA 1/1954, S. 6275.

führte. Dann aber stand das Problem Algerien zur Debatte. Entgegen dem Vorschlag des Lenkungsausschusses gab die Vollversammlung am 30. September mit 28 gegen 27 Stimmen dem Antrag einiger Staaten der asiatisch-afrikanischen Gruppe statt, diese Frage auf die Tagesordnung zu setzen. Der französische Außenminister, *Pinay*, protestierte gegen diese Entscheidung, die er als eine schwere Verletzung der Charta bezeichnete, da Algerien ein Teil Frankreichs und die Frage somit eine innerfranzösische Angelegenheit sei. Zwei Tage danach zog Frankreich seine Delegation zurück und stellte seine Mitarbeit in den Organen der Vereinten Nationen — mit Ausnahme des Sicherheitsrats und der Abrüstungskommission — ein. Es bedurfte wochenlanger Anstrengungen einiger um einen Ausgleich berühmter Delegationschefs — insbesondere des Inders *Krishna Menon* —, bis die Versammlung am 25. November einstimmig beschloß, die Frage von der Tagesordnung wieder abzusetzen. Daraufhin kehrte die französische Delegation am 29. November wieder zurück.

Weniger dramatisch verliefen die beiden anderen kolonialen Streitfragen, die auf der Tagesordnung standen: Marokko und West-Neuguinea. In beiden Fällen beschloß die Versammlung, zunächst die Ergebnisse der zwischen Frankreich und Marokko sowie zwischen den Niederlanden und Indonesien eingeleiteten Verhandlungen abzuwarten und demgemäß die Erörterung der Fragen zu vertagen. (Resolution über Marokko vom 3. Dezember, angenommen mit 51 gegen 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen, Resolution über West-Neuguinea vom 16. Dezember, einstimmig angenommen.)

Einen weiteren Exodus gab es aber bei der Frage der Rassenpolitik der Südafrikanischen Union. Als der Politische Ausschuß am 9. November einen Resolutionsentwurf billigte, der die Aufrechterhaltung der Studienkommission der UN für den südafrikanischen Rassenkonflikt beinhaltete und die Südafrikanische Union zur Zusammenarbeit mit der Kommission aufforderte, zog die südafrikanische Regierung, ebenfalls unter Hinweis auf Artikel 2 Absatz 7 der Charta (Nichteinmischung in innere Angelegenheiten), ihre Delegation zurück. Bei der Abstimmung der Vollversammlung über diese Resolution am 6. Dezember erhielt der auf die Kommission bezügliche Absatz jedoch nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Die mit 41 gegen 6 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommene Resolution rügt lediglich die Fortsetzung der „apartheid“-Politik durch die südafrikanische Regierung und ruft ihr die Verpflichtungen nach Artikel 56 der Charta in Erinnerung.

Noch zweimal hatte sich die Versammlung mit Fragen zu befassen, welche die Südafrikanische Union betreffen. Zur Frage der Behandlung der Inder in der Südafrikanischen Union faßte sie am 14. Dezember mit 46 gegen 0 Stimmen bei 8 Enthaltungen eine Resolution, in der die beteiligten Parteien aufgefordert werden, die von der 9. Tagung (Resolution 816 [IX]) empfohlenen Verhandlungen aufzunehmen und zu einer Lösung zu führen. Auch der alte Streit um den Mandats-Status Südwestafrikas, der schon seit der 1. Tagung der Vollversammlung anhängig ist, beschäftigte die Versammlung wiederum. Unter einer Reihe von nicht weniger als zehn Resolutionen, die am 3. September zu dieser Frage gefaßt wurden und sich vorwiegend mit Petitions-Angelegenheiten befaßten, waren zwei, welche die grundsätzliche

Seite der Angelegenheit berührten: in der einen (43 gegen 2 Stimmen bei 9 Enthaltungen) erneuerte die Vollversammlung den Anspruch der Vereinten Nationen auf die Unterstellung Südwestafrikas unter das Treuhandschaftssystem; in der anderen (45 gegen 1 Stimme bei 10 Enthaltungen) forderte sie die Südafrikanische Union auf, mit der Südwestafrika-Kommission der UN zusammenzuarbeiten und deren Empfehlungen Beachtung zu schenken. (Die Südafrikanische Union lehnt eine Zusammenarbeit mit dieser Kommission ab und betrachtet Südwestafrika als einen Teil der Union.)

Einige Kolonialfragen konnten aber auch ohne Kontroversen erledigt werden. Das Treuhandgebiet von Togo war im Laufe des Jahres 1955 von einer Mission der Vereinten Nationen besucht worden, die auf Beschluß der 9. Tagung (Resolution 860 [IX]) die Wünsche der Bevölkerung für die politische Zukunft dieses Gebietes erkunden sollte. Den Empfehlungen dieser Mission folgend, faßte die Versammlung am 15. Dezember mit 42 gegen 7 Stimmen bei 10 Enthaltungen eine Resolution, in der sie für den britisch verwalteten Teil Togos eine Volksabstimmung unter Aufsicht der Vereinten Nationen empfahl, wobei zur Entscheidung stehen soll, ob dieses Gebiet zusammen mit der Goldküste (mit der es gegenwärtig gemeinsam verwaltet wird) die Selbständigkeit erlangen will oder ob es separat als Treuhandgebiet weiter verwaltet werden will. Auch für den französisch verwalteten Teil Togos wurde eine Volksabstimmung über die politische Zukunft des Gebiets empfohlen, doch sollen vorher die von der verwaltenden Macht geplanten politischen Reformen verwirklicht werden, die erst die Voraussetzungen für die Durchführung einer solchen Abstimmung schaffen sollen.

Schließlich wurde einem Antrag der Niederlande auf Einstellung der Berichte nach Artikel 73e der UN-Charta für Surinam und die Niederländischen Antillen stattgegeben (Resolution vom 15. Dezember, angenommen mit 21 gegen 10 Stimmen bei 33 Enthaltungen). Die Versammlung erkannte damit an, daß diese Gebiete einen Standard verfassungsmäßiger Selbstregierung erlangt haben, der es ermöglicht, auf die Uebermittlung der in Artikel 73e vorgeschriebenen Informationen über nichtselbständige Gebiete zu verzichten.

Die Aufnahme neuer Mitglieder

Der herausragende — wenn auch nicht überall mit gleichem Beifall aufgenommene — Erfolg der 10. Tagung ist zweifellos die Lösung des seit Jahren bestehenden Streites um die Aufnahme der Staaten, die sich um die Mitgliedschaft in der Organisation beworben haben. Seit der Aufnahme von Indonesien im Jahre 1950 hatte der Ost-West-Gegensatz jeden weiteren Beitritt blockiert, da einerseits eine um die Vereinigten Staaten gruppierte prowestliche Mehrheit die kommunistischen Applikanten (beispielsweise Bulgarien, Rumänien, Ungarn) als für die Mitgliedschaft unqualifiziert ansah, während andererseits die Sowjetunion die Aufnahme eines jeden nichtkommunistischen Staates durch ihr Veto verhinderte, solange die kommunistischen Staaten nicht auch aufgenommen wurden. Erst die internationale Entspannung seit der Genfer Konferenz hatte ein Verhandlungsklima geschaffen, das einen Kompromiß ermöglichte. Grundlage dieses Kompromisses war der Gedanke, daß die Universalität der Weltorganisation erstrebenswert genug ist, um auch

die Aufnahme einiger Staaten, deren Qualifikation umstritten ist, tragbar erscheinen zu lassen. Es war in erster Linie der Chefdelegierte Kanadas, Paul Martin, der während dieser Tagung darum bemüht war, eine Einigung auf dieser Grundlage zustande zu bringen. Sein Vorschlag, der schließlich die Unterstützung von 28 Staaten fand, ging dahin, alle um die Mitgliedschaft kandidierenden Staaten gleichzeitig aufzunehmen, wobei allerdings die Länder, deren internationaler Status noch ungeklärt ist (Südkorea, Vietnam) ausgelassen wurden. Als Ergebnis dieser Verhandlungen empfahl die Vollversammlung am 8. Dezember mit 52 gegen 2 Stimmen bei 5 Enthaltungen dem Sicherheitsrat die Aufnahme von 18 Staaten: Albanien, Bulgarien, Ceylon, Finnland, Irland, Italien, Japan, Jordanien, Kambodscha, Laos, Libyen, Mongolische Volksrepublik, Nepal, Oesterreich, Portugal, Rumänien, Spanien und Ungarn.

Als der Sicherheitsrat am 13. Dezember zur entscheidenden Abstimmung zusammentrat, legte jedoch der Vertreter Nationalchinas gegen die Aufnahme der Mongolischen Volksrepublik sein Veto ein. Der sowjetische Vertreter beantwortete diesen Schritt damit, daß er gegen die Aufnahme aller nichtkommunistischen Staaten von seinem Vetorecht Gebrauch machte. Daraufhin wurde die Gesamtheit der Resolution — es hatten nur die vier kommunistischen Staaten Albanien, Bulgarien, Rumänien und Ungarn die erforderliche Mehrheit erreicht — vom Rat abgelehnt. Nun trat der sowjetische Vertreter mit einem Kompromißvorschlag hervor: er erklärte sich bereit, den Ausschluß der Mongolischen Volksrepublik hinzunehmen, wenn gleichzeitig auch die Aufnahme Japans zurückgestellt würde. Trotz des Unbehagens, das ein solcher Handel allenthalben auslöste, stimmte der Sicherheitsrat dieser Regelung zu, so daß die Vollversammlung am 14. Dezember die Aufnahme der 16 verbliebenen Staaten endgültig beschließen konnte⁷. Ein Versuch des amerikanischen Vertreters, schon jetzt die Zustimmung des Sicherheitsrates zur Aufnahme Japans während der 11. Sitzungsperiode der Vollversammlung zu erreichen, scheiterte am 15. Dezember am Veto der Sowjetunion.

Erwähnt sei noch, daß, wie in den vergangenen Jahren, auch auf dieser Tagung die Frage der Mitgliedschaft Chinas von der Sowjetunion aufgeworfen wurde. Der wie alljährlich zu Beginn der Tagung gestellte sowjetische Antrag, den Vertreter Nationalchinas auszuschließen und der Volksrepublik China den Sitz Chinas in den Vereinten Nationen zuzusprechen, hatte jedoch keine Aussicht auf Annahme: mit 42 gegen 12 Stimmen bei 6 Enthaltungen wurde er von der Versammlung gleich am ersten Sitzungstage abgelehnt.

Die Neuwahlen in den Sicherheitsrat, den Wirtschafts- und Sozialrat und den Treuhandschaftsrat

Die alljährlich fällige Neubesetzung der auslaufenden Mandate in den Hauptorganen der Vereinten Nationen⁸ ging auf der 10. Tagung mit einer Ausnahme reibungslos vonstatten. Diese Ausnahme jedoch sollte die Versammlung buchstäblich bis zum letzten Sitzungstage in Atem halten.

Die sechs freiwerdenden Sitze im Wirtschafts- und Sozialrat wurden am 19. und 20. Oktober neu besetzt. Brasilien, Griechenland, Indonesien und Kanada nahmen die Sitze ein, die bisher Venezuela, die Türkei, Indien und Australien innehatten; die Vereinigten Staaten und Jugoslawien wurden für eine weitere dreijährige Periode wiedergewählt. Daß die Kandidaturen nicht unbestritten waren, geht aus der Tatsache hervor, daß Brasilien erst im siebten und Griechenland im neunten Wahlgang die erforderliche Stimmenzahl erhielten.

Für die zwei freiwerdenden nichtständigen Sitze im Treuhandschaftsrat wurden am 20. Oktober Guatemala und Syrien gewählt; dabei handelte es sich im Falle Syrien ebenfalls um eine Wiederwahl, während Guatemala den Sitz von El Salvador einnimmt. Eine weitere Wahl zum Treuhandschaftsrat wurde am 16. Dezember notwendig, da Italien nach seiner Aufnahme in die UN automatisch einen ständigen Sitz als ein Treuhandschaftsgebiet verwaltendes Land erhielt. Um die satzungsgemäß vorgeschriebene Parität zwischen verwaltenden und nicht verwaltenden Ländern aufrechtzuerhalten, mußte der Rat auch um einen nichtständigen Sitz erweitert werden; diesen Sitz erhielt Burma zugesprochen.

Zwei der drei freiwerdenden nichtständigen Sitze im Sicherheitsrat wurden am 14. Oktober ohne Schwierigkeiten besetzt: den bisher von Brasilien eingenommenen Sitz erhielt Kuba, den von Neuseeland eingenommenen Australien. Der Kampf um den dritten Sitz, der durch Erlöschen des Mandats der Türkei frei wurde, währte dagegen bis zum letzten Sitzungstage. Für diesen Sitz hatte die Sowjetunion die Kandidatur Polens vorgeschlagen, während die Vereinigten Staaten — unter Durchbrechung des bisher von allen Seiten stillschweigend anerkannten Prinzips der „geographischen Verteilung“ — die Kandidatur der Philippinen betrieben. Nachdem in drei Wahlgängen keiner der Kandidaten die erforderliche Mehrheit erhielt, vereinigten vom vierten Wahlgang an die Staaten, die bis dahin Polen unterstützt hatten (einschließlich der Sowjetunion), ihre Stimmen auf Jugoslawien. Dieses konnte, obwohl es nun von nahezu allen europäischen Staaten unterstützt wurde, zwar mehr Stimmen als Polen, jedoch ebenfalls nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit erreichen. So verliefen insgesamt 35 Wahlgänge ergebnislos, die sich über die gesamte Sitzungsperiode hinzogen. Erst in den letzten Sitzungstagen gelang es dem Präsidenten der Versammlung, dem Chilenen José Maza, ein „gentlemen's agreement“ zustande zu bringen, wonach Jugoslawien den Sitz zugesprochen erhielt, sich aber bereit erklärte, ihn nach Ablauf eines Jahres zugunsten der Philippinen zur Verfügung zu stellen. Daraufhin wurde Jugoslawien am letzten Sitzungstage, dem 20. Dezember, im 36. Wahlgang mit 43 Stimmen gewählt. Dieses Ereignis ist in zweifacher Hinsicht einmalig in der Geschichte der Vereinten Nationen: noch niemals beanspruchte der Streit um einen Sitz im Sicherheitsrat die volle Dauer einer Sitzungsperiode, und noch nie geschah es, daß die Halbierung des zweijährigen Mandats der einzige Ausweg war.

⁷) Vgl. die neue, vollständige Liste der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen in EA 4/1956, S. 8631.

⁸) Vgl. die neue Zusammensetzung der Organe in EA 4/1956, S. 8632.

Die Revision der Charta

Die laut Artikel 109 Absatz 3 der Charta während der 10. Tagung fällige Erörterung einer Charta-Revision verlief reibungsloser, als noch kurze Zeit vor dem Zusammentreten der Versammlung angenommen werden mußte. Von der Sowjetunion war bekannt, daß sie eine Revision der Charta im gegenwärtigen Zeitpunkt grundsätzlich ablehnte; sie hat auch während der Debatte diesen Standpunkt beibehalten und schließlich gegen die Resolution gestimmt. Die Vereinten Staaten jedoch, die noch in der Generaldebatte durch ihren Außenminister, *Dulles*, entschieden für die baldige Einberufung einer Revisionskonferenz eingetreten waren — übrigens als einzige der vier Großmächte —, sahen sich einer allgemeinen Abneigung gegen eine Forcierung dieser Angelegenheit gegenüber. Immerhin erreichten sie, daß ein Komitee für die Vorbereitung der Revisionskonferenz gebildet wurde, dessen auf zwei Jahre bemessener Auftrag jedoch zeigt, daß die Vollversammlung es mit der Revision nicht eilig hat. Der entscheidende Passus der am 21. November mit 43 gegen 6 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommenen Resolution lautet:

„Die Vollversammlung... Beschließt, daß eine allgemeine Konferenz über die Revision der Charta zu gegebener Zeit abgehalten werden soll; Beschließt ferner, ein Komitee zu ernennen, das aus allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen bestehen und in Beratung mit dem Generalsekretär die Frage eines Zeitpunkts und Ortes für die Konferenz sowie ihre Organisation und ihr Verfahren erörtern soll; Ersucht das Komitee, einen Bericht mit seinen Empfehlungen der Vollversammlung zu ihrer 12. Tagung vorzulegen...“

Die Sowjetunion und die übrigen Ostblockstaaten haben inzwischen erklärt, daß sie an den Arbeiten des Komitees nicht teilnehmen werden.

Wirtschafts- und Sozialfragen

Das deutliche Uebergewicht, das die politischen Fragen auf dieser 10. Tagung hatten, führte dazu, daß in den wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten nur wenige bedeutendere Beschlüsse gefaßt wurden. Daneben wurde allerdings eine ganze Reihe von Routine-Angelegenheiten auf finanziellem und administrativem Gebiet erledigt.

Die wichtigsten Beschlüsse auf wirtschaftlichem Gebiet waren:

die Fortführung des Erweiterten Programms der Technischen Hilfe für die unterentwickelten Gebiete, verbunden mit dem Ersuchen an alle Regierungen, dem Programm ihre volle Unterstützung angedeihen zu lassen und auf der kommenden 6. Konferenz über Technische Hilfe die Höhe ihrer Beiträge für das Jahr 1956 bekanntzugeben (Resolution vom 25. Oktober, einstimmig angenommen);

die befriedigte Kenntnisaufnahme von der Ausarbeitung des Statuts der Internationalen Finanzierungsgesellschaft (International Finance Corporation), mit der die Weltbank durch Resolution 823 (IX)⁹ beauftragt worden war, verbunden mit der Hoffnung, daß die Gesellschaft bald errichtet werde (Resolution vom 3. November, angenommen mit 52 gegen 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen);

eine Resolution über den geplanten Sonderfonds für wirtschaftliche Entwicklung (SUNFED)¹⁰. In dieser am 9. Dezember einstimmig angenommenen Resolution ersuchte die Vollversammlung den Generalsekretär, bis zum 31. März 1956 mittels eines Fragebogens die Stellungnahme der Regierungen zur Frage der Errichtung dieses Fonds einzuholen. Sie bildete einen ad hoc-Ausschuß von 16 Mitgliedstaaten, der die Antworten der Regierungen prüfen und darüber der 22. Sitzung des Wirtschafts- und Sozialrates sowie der 11. Tagung der Vollversammlung einen Bericht übermitteln soll. Schließlich sprach sie die Hoffnung aus, daß ein allgemeines Abrüstungsübereinkommen Einsparungen von finanziellen Mitteln erbringen möge, die für die wirtschaftliche Entwicklung zur Verfügung gestellt werden und einem solchen Fonds zugute kommen könnten.

Auf sozialem und humanitärem Gebiet wurden u. a. folgende Beschlüsse gefaßt:

In einer Resolution vom 25. Oktober (43 gegen 0 Stimmen bei 15 Enthaltungen), mit welcher der Bericht des Hohen Kommissars für das Flüchtlingswesen zur Kenntnis genommen wurde, appellierte die Vollversammlung an alle Staaten, dem Flüchtlingsfonds der Vereinten Nationen weiterhin Beiträge zur Verfügung zu stellen, damit die gesteckten Ziele der Ansiedlungs- und Integrationsprogramme für die Flüchtlinge für 1955 und 1956 erreicht werden können.

Mit einer am 14. Dezember mit 51 gegen 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommenen Resolution gründete die Vollversammlung ein Programm der „Beratungsdienste auf dem Gebiet der Menschenrechte“. Dieses Programm sieht die Vermittlung von Experten, die Gewährung von Studienstipendien und die Durchführung von Seminaren auf dem Gebiet der Menschenrechte vor. Es soll in erster Linie den unterentwickelten Gebieten zugute kommen und wird vom Generalsekretär in Verbindung mit den zuständigen Sonderorganisationen verwaltet werden.

In einer ebenfalls am 14. Dezember angenommenen Resolution (33 gegen 0 Stimmen bei 23 Enthaltungen) beauftragte die Versammlung den Generalsekretär, alle Staaten, die zwar nicht Mitglieder der Vereinten Nationen, aber Mitglieder ihrer Sonderorganisationen sind, zum Beitritt zu der am 28. September 1954 aufgelegten Konvention über den Status der Staatenlosen einzuladen. Gleichzeitig sprach sie die Hoffnung aus, daß alle Staaten die Konvention so bald wie möglich ratifizieren.

Weitere Resolutionen auf sozialem und humanitärem Gebiet betrafen die Sicherheit der Luftfahrt in der Nähe von Staatsgrenzen, die Entwürfe der Konventionen der Menschenrechte, das Selbstbestimmungsrecht der Völker (diese Frage wurde auf die Tagesordnung für die 11. Tagung gesetzt) und den Entwurf einer Konvention über die Nationalität verheirateter Frauen.

Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die ICAO

Die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO), um welche die Bundesrepublik nach der Wiederherstellung ihrer Lufthoheit nachgesucht hatte, wurde von der Vollversammlung am 25. Oktober einstimmig gebilligt.

Walter Bödiger

⁹) Vgl. EA 3/1955, S. 7281.

¹⁰) Vgl. ebenda.

Zeittafel vom 1. bis zum 15. Februar 1956

Die Ereignisse in Europa*

Belgien

- 11.—12. Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der EGKS in Brüssel (vgl. den Wortlaut des Communiqués auf S. 8659 dieser Folge). Im Rahmen der Konferenz findet ein erster Meinungsaustausch zwischen dem französischen Außenminister, Christian Pineau, und Bundesaußenminister Heinrich von Brentano über die bevorstehenden deutsch-französischen Saar-Verhandlungen statt.

Deutschland

1. Die Bundesregierung beschließt den Beitritt der Bundesrepublik zur Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE). Der Ministerrat der DDR stimmt nach einem Bericht des stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht über die Prager Konferenz der Staaten des Warschauer Vertrags (vgl. die Dokumente in EA 4/1956, S. 8622) den dort gefaßten Beschlüssen zu und beauftragt das Präsidium des Ministerrats mit der Durchführung der zur Verwirklichung dieser Beschlüsse notwendigen Maßnahmen.
2. Der Deutsche Bundestag protestiert in einer von Bundestagspräsident Gerstenmaier vor dem Plenum abgegebenen Erklärung gegen die vom Obersten Gericht der DDR ausgesprochenen Todesurteile wegen angeblicher „Abwerbung“ (vgl. Zeittafel in EA 4/1956). Am 10. Februar werden die beiden Todesurteile vom Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, in lebenslängliche Zuchthausstrafen umgewandelt. Nach mehrwöchigen Verhandlungen (vgl. auch Zeittafel in EA 3/1956) kommt zwischen den Fraktionen der CDU/CSU und der FDP eine Einigung über das Wahlsystem für die Bundestagswahl von 1957 zustande. Die CDU/CSU verzichtet auf das von ihr vorgeschlagene „Grabensystem“ und stimmt einem System zu, welches das Wahlgesetz von 1953 unter Hinzufügung einer Bundesliste übernimmt.
- 3.—6. Der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Herbert Hoover jr., stattet der Bundesrepublik und Berlin einen Besuch ab, in dessen Verlauf er in Berlin anlässlich der Zehnjahresfeier des RIAS eine Rede hält. In dieser Rede versichert Hoover, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nach wie vor ein wesentliches Ziel der amerikanischen Außenpolitik sei. In einer Besprechung mit Bundesaußenminister von Brentano in Bonn übermittelt Hoover der Bundesregierung ein Hilfeangebot der amerikanischen Regierung für die Sowjetzonen-Flüchtlinge.
4. Bundesvorstand und Bundesausschuß der FDP billigen in einer Sitzung in Stuttgart den Wahlrechtskompromiß mit der CDU/CSU und geben der Hoffnung Ausdruck, daß das Wahlgesetz bald vom Bundestag verabschiedet werde. Zur Frage der Koalitionen in den Ländern kommt kein Beschluß zustande, da die nordrhein-westfälischen Delegierten auf ihrer Handlungsfreiheit bestehen.
- Landesvorstand und Landtagsfraktion der Christlichen Volkspartei des Saargebiets verlangen in einer Entschliebung, daß dem Saargebiet bei einer Rückgliederung an Deutschland ein größtmögliches Maß von Eigenständigkeit zugestanden werde. Zur wirtschaftlichen Rückgliederung an die Bundesrepublik fordert die CVP: 1) keine Errichtung einer neuen Zollgrenze zwischen der Saar und Frankreich, 2) keine wirtschaftliche Benachteiligung der schaffenden Menschen an der Saar, 3) Ablösung der saarländisch-französischen Wirtschaftsverträge durch deutsch-französische, 4) Unterstützung aller Bemühungen um die Bildung eines gemeinsamen europäischen Marktes, 5) Vermeidung der Auferlegung von Reparationslasten auf das Saargebiet: für diese Lasten sei Gesamtdeutschland verantwortlich.
5. Die saarländische Einheitsgewerkschaft beschließt auf einem außerordentlichen Kongreß ihre Auflösung und ihr Aufgehen im DGB-Saar.
6. Bundesaußenminister von Brentano erklärt in einem Interview mit der amerikanischen Zeitschrift *US News and World Report*, er halte es für wahrscheinlich, daß der sowjetische Botschafter in Bonn die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands anschnitten werde. Die Bundesregierung werde solchen Gesprächen nicht ausweichen, doch werde sie keinen Zweifel darüber lassen, daß sie keine zweiseitigen Verhandlungen unter Ausschluß der Westmächte zu führen beabsichtige. Ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums bestätigt, daß die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in einer Note die Bundesregierung ersucht haben, die Zahlung von Stationierungskosten für die alliierten Truppen auch nach dem 5. Mai 1956 fortzusetzen. Der Sprecher erklärt dazu, der Bundesfinanzminister halte ein solches Verlangen für unbegründet, da Barleistungen in dem zum Bonner Vertragswerk gehörigen Finanzvertrag nach dem 5. Mai 1956 nicht mehr vorgesehen seien.
- 6.—9. Der italienische Ministerpräsident, Antonio Segni, und Außenminister Gaetano Martino statten der Bundesregierung einen Besuch ab. (Vgl. den Wortlaut des gemeinsamen Communiqués auf S. 8660 dieser Folge.)
7. Der Landtag des Saarlandes beschließt einstimmig die Einsetzung eines Ausschusses, der den Entwurf einer neuen Verfassung ausarbeiten wird. Ebenfalls einstimmig wird ein Gesetz über die Gleichstellung der deutschen Staatsangehörigen im Saargebiet beschlossen; ein Gesetz über die Aufhebung des Paßzwanges zwischen der Bundesrepublik und dem Saargebiet wird gegen die Stimmen der CVP verabschiedet.
8. Die Landtagsfraktion der FDP in Nordrhein-Westfalen spricht sich für eine Aufkündigung der Koalition mit der CDU und die Bildung einer neuen Lan-

*) Vgl. hierzu auch die in der nächsten Folge des Europa-Archivs erscheinenden Mitteilungen des Europarats für Februar.

desregierung mit der SPD aus. Am 13. Februar gibt die FDP Nordrhein-Westfalens in einer Elf-Punkte-Erklärung ihren Entschluß bekannt, die Koalition mit der CDU in der Landesregierung zu lösen. In der Erklärung wird der CDU vorgeworfen, sie habe versucht, auf der Bundesebene ihre Koalitionspartner gleichzuschalten. Die FDP Nordrhein-Westfalens sei entschlossen, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten und der drohenden Gefahr einer Einparteien-Herrschaft mit allen Mitteln zu begegnen. Die vier der FDP angehörenden Bundesminister veröffentlichten am 15. Februar eine gemeinsame Erklärung, in der sie den Entschluß der FDP Nordrhein-Westfalens mißbilligen und feststellen, daß dieser Schritt nicht geeignet sei, das Vertrauen der Welt in die Beständigkeit der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik zu festigen.

Der Finanzminister der DDR, Willi Rumpf, legt der Volkskammer den Haushaltsplan für 1956 vor, der Gesamtausgaben in Höhe von 37,136 Milliarden DM vorsieht. Für den Aufbau der Nationalen Volksarmee sind 975 Millionen DM vorgesehen. In der gleichen Sitzung schließt sich der Präsident der Volkskammer, Johannes Dieckmann, den Protesten der Sowjetunion und anderer Ostblockstaaten gegen die amerikanische Ballonaktion an (vgl. dazu Sowjetunion). Dieckmann kündigt an, daß die Regierung der DDR das Leben ihrer Bürger mit allen Mitteln schützen werde; er verweist darauf, daß nicht nur der Weg der amerikanischen Ballons, sondern auch derjenige des Flugverkehrs nach Berlin über das Hoheitsgebiet der DDR führe.

10. Die Botschafter der drei Westmächte in Deutschland protestieren in einem Schreiben an den sowjetischen Botschafter in der DDR gegen die paramilitärische Tätigkeit der bewaffneten Betriebskampfgruppen in Ost-Berlin. Sie verweisen darauf, daß durch die in Berlin noch gültigen Viermächte-Gesetze Zivilpersonen das Tragen von Waffen verboten ist.

Finnland

9. Staatspräsident *Paasikivi* lehnt das Rücktrittsangebot der Regierung vom 27. Januar ab (vgl. Zeittafel in EA 4/1956).
15. Das am 16. Januar gewählte Wahlmännerkollegium (vgl. Zeittafel in EA 4/1956) wählt mit 151 Stimmen Ministerpräsident *Urho Kekkonen* zum neuen Staatspräsidenten. Für seinen Gegenkandidaten, Reichspräsident *Karl August Fagerholm*, werden 149 Stimmen abgegeben.

Frankreich

1. Das Außenministerium veröffentlicht eine Verlautbarung zu der Erklärung des saarländischen Landtags vom 31. Januar (vgl. Zeittafel in EA 4/1956, Deutschland). Darin erklärt das Außenministerium, die Erklärung des Landtags habe weder rechtliche noch praktische Bedeutung. Die französische Regierung werde alle Maßnahmen zur Sicherung ihrer Interessen treffen. Am folgenden Tage erklärt Außenminister *Pineau*, die Erklärung des Landtages könne nur als Ausdruck eines Wunsches betrachtet werden; in Wirklichkeit könne die gegenwärtige

Lage nur mit formeller Zustimmung der französischen Regierung geändert werden.

Der Rat der OEEC bildet einen Ausschuß für Gas, der neben die Ausschüsse für Kohle, Elektrizität und Erdöl treten wird.

9. Der saarländische Ministerpräsident, Hubert Ney, stattet Außenminister *Pineau* einen Besuch ab, der einem Communiqué zufolge einer Fühlungnahme zwischen den beiden Regierungen nach der Übernahme ihrer Amtsgeschäfte diente. Nach der Unterredung erklärt Dr. Ney vor der Presse, er habe den Eindruck gewonnen, daß eine Lösung der Saarfrage möglich sei, die zugleich den französischen, deutschen und saarländischen Interessen diene und dem europäischen Geiste entspreche.
14. Zum Nachfolger des zum Algerienminister ernannten bisherigen Wirtschaftsministers *Lacoste* (vgl. Algerien) wird der Sozialist *Paul Ramadier* ernannt. Die Regierung übermittelt der deutschen Bundesregierung ein Memorandum, in dem sie ihre Ansichten und Forderungen für die bevorstehenden deutsch-französischen Verhandlungen über die Saar mitteilt.
15. In Paris werden Verhandlungen zwischen der französischen und der marokkanischen Regierung über die zukünftigen Beziehungen zwischen beiden Ländern von Staatspräsident *Coty* und Sultan *Mohammed ben Jussef* eröffnet.

Großbritannien

2. Zum stellvertretenden Vorsitzenden der Labour Party (vgl. den Rücktritt *Morrison*s, Zeittafel in EA 1/1956) wird mit 141 Stimmen *James Griffiths* gewählt. Sein Gegenkandidat, *Aneurin Bevan*, erhält 111 Stimmen.
9. Nach dreiwöchigen Verhandlungen zwischen dem Premierminister von Malaya, *Abdul Rahman*, und Kolonialminister *Alan Lennox-Boyd* wird in einem Communiqué bekanntgegeben, daß die Malayische Föderation bis zum August 1957 die volle Selbständigkeit erhalten wird.
14. In einer amtlichen Stellungnahme zu der sowjetischen Mittelost-Erklärung vom Vortage (vgl. Sowjetunion) erklärt das Außenministerium, die Westmächte hätten nicht die Absicht, Streitkräfte in Ländern des Mittleren Ostens ohne die Zustimmung dieser Länder zu entsenden.

Luxemburg

15. Die Hohe Behörde der EGKS genehmigt die Neuorganisation des Ruhrkohle-Verkaufs. An die Stelle der aufzulösenden Verkaufsorganisation GEORG treten drei selbständige Verkaufsgesellschaften: Geitling, Mausegatt und Präsident. Die Regelung tritt am 1. April 1956 in Kraft und ist für drei Jahre gültig.

Malta

12. In einer Volksabstimmung werden bei 60 vH Wahlbeteiligung 67 607 Stimmen für die „Integration“ Maltas mit Großbritannien und 20 177 Stimmen dagegen abgegeben. Das Projekt, das jetzt der britischen Regierung zur Entscheidung vorliegt, sieht die Aufhebung des kolonialen Status Maltas und seine politische Eingliederung in das Mutterland vor.

Oesterreich

4. Das Innenministerium verfügt die Auflösung des in Oesterreich als Verein eingetragenen Weltgewerkschaftsbundes und die Schließung seines Sekretariats. Innenminister Oskar Helmer gibt dazu eine Erklärung ab, in der er den WGB beschuldigt, die Verpflichtungen, die sich aus der österreichischen Neutralität ergeben, nicht beachtet zu haben. Das Sekretariat des WGB protestiert in einer Erklärung gegen diese Maßnahme und gibt bekannt, daß es seinen Sitz nach Rom verlegen werde.

Schweden

3. In Stockholm wird eine am 28. Januar begonnene Tagung des Nordischen Rates beendet, an der erstmals auch Vertreter Finnlands teilnahmen.

Schweiz

- 1.—2. Der Exekutivrat der Europäischen Kulturstiftung tagt in Genf unter dem Vorsitz von Prinz Bernhard der Niederlande. Er beschließt die Gewährung von Subventionen zur Förderung junger Komponisten, zur Finanzierung eines europäischen Wirtschafts-, Kunst- und Kulturatlanten und für ein europäisches Lehrprogramm, das gleichzeitig in zehn europäischen Ländern durchgeführt werden soll.
2. Der Chef des Eidgenössischen Militärdepartements, Bundesrat Chaudet, gibt auf einer Pressekonferenz eine Erklärung über Fragen der Landesverteidigung ab. Darin heißt es, die Armee müsse den Erfordernissen des modernen Krieges im Hinblick auf den möglichen Einsatz von taktischen Atomwaffen angepaßt werden. Das Militärdepartement sei beauftragt worden, die Möglichkeiten einer Steigerung der Beweglichkeit und Feuerkraft der Armee sowie des Baus von Geländeverstärkungen zu untersuchen.
11. Die am 7. Januar unterbrochene niederländisch-indonesische Konferenz in Genf (vgl. Zeittafel in EA 4/1956) wird nach einigen weiteren ergebnislosen Verhandlungen endgültig abgebrochen. (Vgl. auch Indonesien.)

Sowjetunion

1. Die Ablösung des Innenministers Sergej N. Kruglow durch Nikolaj P. Dudorow wird bekanntgegeben.
2. In einer zweiten Botschaft an Präsident Eisenhower (vgl. den Wortlaut des bisherigen Briefwechsels auf S. 8655 dieser Folge) wiederholt Ministerpräsident Bulganin sein Angebot eines sowjetisch-amerikanischen Nichtangriffs- und Freundschaftspaktes und erklärt die Bereitschaft der Sowjetunion, ähnliche Verträge auch mit anderen westlichen Ländern abzuschließen.
4. In einer dritten Note an Persien (vgl. den bisherigen Notenwechsel, Zeittafeln in EA 21, 22 und 23—24/1955 sowie 1/1956) protestiert die Sowjetregierung erneut gegen den Beitritt Persiens zum Bagdad-Pakt. In dieser Note wird erklärt, daß die Sowjetunion die notwendigen Konsequenzen aus der Bedrohung ihrer Grenzen ziehen werde, die durch den Beitritt Persiens zum Bagdad-Pakt eingetreten sei.
5. Die Sowjetregierung protestiert in einer Note an die Vereinigten Staaten gegen das Ueberfliegen sowjetischen Luftraums durch amerikanische Ballons, die

teils selbsttätige Kameras und Rundfunkgeräte, teils antisowjetisches Propagandamaterial an Bord hätten. In der Note wird die unverzügliche Einstellung der Ballonaktion gefordert, die eine Verletzung der territorialen Integrität der Sowjetunion sowie eine Gefährdung des Luftverkehrs darstelle. Ähnliche Noten werden am 5. bzw. 6. Februar der türkischen Regierung und der deutschen Bundesregierung übermittelt, die beschuldigt werden, den Start solcher Ballons von ihrem Territorium aus zu dulden. Der sowjetischen Protestaktion schließen sich in den folgenden Tagen auch die Volksrepublik China (mit einer Erklärung), Albanien, Bulgarien und die Tschechoslowakei (mit Noten an die Vereinten Nationen) sowie Rumänien und Ungarn (mit Noten an die Vereinigten Staaten) an. (Vgl. auch Deutschland: Erklärung Dieckmanns vor der Volkskammer der DDR am 8. Februar.) In der am 8. Februar übermittelten Antwortnote erklärt die amerikanische Regierung, es handle sich bei der Ballonaktion um ein vorher angekündigtes meteorologisches Forschungsprogramm, sie sichert jedoch zu, weitere Ballons, welche sowjetischen Luftraum berühren könnten, vorläufig nicht mehr abzulassen. Zur Frage der Propagandaballons erklärt die amerikanische Regierung, daß sie an derartigen Projekten nicht beteiligt sei.

7. Ministerpräsident Bulganin erklärt in einem Interview mit der pakistanischen Nachrichtenagentur *United Press of Pakistan*, die Sowjetunion wünsche freundschaftliche Beziehungen zu Pakistan auf der Grundlage der „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“, sie könne aber nicht gleichgültig gegenüber der Mitgliedschaft einiger ihrer Nachbarstaaten im Bagdad-Pakt und in der SEATO bleiben. Bulganin erklärt auch die Bereitschaft der Sowjetunion, Pakistan wirtschaftliche und technische Hilfe, die an keine Bedingungen gebunden sei, sowie Unterstützung bei der friedlichen Ausnutzung der Atomenergie zu leisten.
13. Das Außenministerium veröffentlicht eine Erklärung, in der es auf die Ergebnisse der Besprechungen Sir Anthony Edens in Washington (vgl. die Dokumente in EA 4/1956, S. 8619) Bezug nimmt und feststellt, daß die für den Mittleren Osten angekündigten Maßnahmen der Westmächte eine Bedrohung des Friedens und der Unabhängigkeit der Länder des Mittleren Ostens darstellten.
14. Mit einem sechsstündigen Rechenschaftsbericht des Ersten Sekretärs, Nikita S. Chruschtschow, wird in Moskau der XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion eröffnet.

Spanien

9. In Madrid kommt es zu schweren Zusammenstößen zwischen falangistischen und nichtfalangistischen Studenten. Die Regierung setzt daraufhin am 11. Februar zwei Artikel der Verfassung, welche die Freiheit des Wohnsitzes und den Schutz vor willkürlicher Verhaftung garantieren, vorübergehend außer Kraft. Am 15. Februar wird die Amtsenthebung des Erziehungsministers Joaquín Ruiz Jiménez und des Falange-Ministers Raimundo Fernandez-Cuesta bekanntgegeben.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Algerien

6. Der französische Ministerpräsident, *Guy Mollet*, trifft zu einem Informationsbesuch in Algier ein. Anlässlich seiner Ankunft finden Demonstrationen der französischen Bevölkerungsteile gegen die von ihm angekündigte Algerien-Politik und gegen die Ernennung von General *Catroux* zum Minister-Residenten statt. Mollet sieht sich gezwungen, den Rücktritt des Generals *Catroux*, der ihm bereits einige Tage vorher angeboten worden war, nunmehr anzunehmen. Zum neuen Minister-Residenten für Algerien wird am 9. Februar der bisherige Wirtschaftsminister, *Robert Lacoste*, ernannt, der am 10. Februar in Algier eintrifft. Am 9. Februar richtet die Vertretung des extremistischen Teils der französischen Bevölkerung, das „Komitee des öffentlichen Heils“, unter Androhung des Generalstreiks ein Ultimatum an Ministerpräsident Mollet, in dem es den entschlossenen Einsatz der französischen Armee gegen die aufständischen Nationalisten sowie gegen deren Unterstützung aus dem Ausland, den Verzicht auf die in der Regierungserklärung angekündigte Politik und die Beibehaltung der getrennten Wahlkollegien für Franzosen und Algerier fordert. Der Ministerpräsident hält während seines Aufenthaltes zahlreiche Besprechungen mit Vertretern beider Bevölkerungselemente ab und tritt am 11. Februar die Rückreise nach Frankreich an. In einer Botschaft an die Bevölkerung erklärt er vor seiner Abreise, die französische Regierung werde die von der Nationalversammlung gebilligte Algerien-Politik durchführen.

AMERIKA

Kanada

- 6.—8. Nach ihrem Besuch in den Vereinigten Staaten statten der britische Premierminister, *Sir Anthony Eden*, und Außenminister *Selwyn Lloyd* der kanadischen Regierung einen Besuch ab. In den Besprechungen werden britisch-kanadische und internationale Fragen, insbesondere die Lage im Mittleren Osten und die Frage der Verstärkung der Waffenstillstandskommission in Palästina, erörtert.

Vereinigte Staaten

2. Ein viertägiger Besuch des britischen Premierministers, *Sir Anthony Eden*, und des Außenministers, *Selwyn Lloyd*, wird beendet. (Vgl. den Wortlaut des am 1. Februar veröffentlichten Kommuniqués und der gemeinsamen Erklärung in EA 4/1956, S. 8619.)
- 5.—9. Der Präsident der Hohen Behörde der EGKS, *René Mayer*, stattet der amerikanischen Regierung

einen Besuch ab, bei dem er u. a. Fragen der geplanten europäischen Atomenergie-Behörde und der amerikanischen Kohlelieferungen nach Europa erörtert. In einem Kommuniqué wird erklärt, Präsident *Eisenhower* habe dem Präsidenten der Hohen Behörde versichert, daß die Vereinigten Staaten die fortschreitende Integration Europas als einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit und zum Wohlstand betrachten.

8. In Washington beginnen die in dem Kommuniqué vom 1. Februar (vgl. EA 4/1956, S. 8619) angekündigten Besprechungen amerikanischer, britischer und französischer Regierungsvertreter über die Lage im Mittleren Osten.
13. In Washington wird ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der friedlichen Ausnutzung der Atomenergie zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet.

ASIEN

Indien

10. Die Vollversammlung der Kongreßpartei billigt den Entwurf des zweiten Fünfjahrplanes für die wirtschaftliche Entwicklung. Der Plan hat die Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zum Ziele und sieht im einzelnen u. a. die Erhöhung des Nationaleinkommens um 25 vH, die Schaffung von 10 Millionen neuen Arbeitsplätzen und eine gerechtere Verteilung von Besitz und Wirtschaftskraft vor.

Indonesien

13. Die Regierung beschließt die Kündigung des indonesisch-niederländischen Unionsabkommens von 1950. Am 15. Februar wird dieser Beschluß der niederländischen Regierung offiziell mitgeteilt.

Jemen

7. Eine Gruppe sowjetischer Berater, die bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes tätig sein wird, trifft im Jemen ein. Die Delegation überreicht König *Achmed* eine Botschaft von Ministerpräsident *Bulganin*.

Jordanien

5. Ministerpräsident *Samir el-Rifai* tritt eine Reise nach dem Irak, Ägypten und Saudi-Arabien an, während der er Besprechungen über eine gemeinsame arabische Politik gegenüber Israel führt. In Ägypten und Saudi-Arabien wird außerdem die Frage der Einberufung einer arabischen Wirtschaftskonferenz erörtert.

Die Organisation der Vereinten Nationen

2. In Genf wird eine vierzehntägige Sitzung des Exekutivausschusses der Welt-Gesundheitsorganisation (WHO) beendet. Neben der Annahme des Programms und des Haushalts der WHO für 1957 befaßte sich der Ausschuß u. a. mit einem Programm für den Schutz der Gesundheit gegen radioaktive Strahlung.

- 2.—15. In Bangalore (Indien) findet eine Sitzung der Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten (ECAFE) statt, bei der der indische Premierminister, *Jawaharlal Nehru*, und der Generalsekretär der UN, *Dag Hammarskjöld*, Ansprachen halten.
6. Der Sicherheitsrat billigt einstimmig die Aufnahme des Sudans in die Vereinten Nationen.

NEUEINGÄNGE IN UNSEREM ARCHIV

11. JAHR

5. MÄRZ 1956

5. FOLGE

Bücher und Broschüren

American Agencies interested in International Affairs. Compiled by Ruth Savord und Donald Wasson, New York: Council on Foreign Relations, Inc. 1955. VII, 289 S.

Britain in Western Europe. WEU and the Atlantic Alliance. A Report by a Chatham House Study Group. London—New York: Royal Institute of International Affairs 1956. XIII, 121 S. £—/7/6.

Combe, Paul: Niveau de Vie et Progrès Technique en France (1860—1939). Contribution à l'étude de l'économie française contemporaine Postface (1939—1949). Paris: Presses Universitaires de France 1956. 618, XLI S. ffrs. 1995.

In diesem Werk werden die Beziehungen und Rückwirkungen zwischen dem Lebensstandard und dem technischen Fortschritt am Beispiel Frankreichs zwischen 1860 und 1939 wissenschaftlich untersucht, während ein relativ kurzer Anhang die Entwicklung zwischen 1939 und 1949 beleuchtet. Die Arbeit ist sehr umfassend und enthält umfangreiches statistisches Material sowie zahlreiche graphische Darstellungen. Neben die technischen werden die völkischen Ursachen der französischen Wirtschaftsentwicklung gestellt, und es wird nachgewiesen, wie stark Geburtenrückgang, Wandlung der Lebensauffassung und Forderung nach erhöhtem Lebensstandard die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung beeinflussten. Im Abschnitt über die Kriegs- und Nachkriegsentwicklung wird schließlich dargestellt, welche Schwierigkeiten Frankreich zu überwinden hatte, um den Anschluß an das technische Niveau und den Lebensstandard der anderen westlichen Staaten nicht zu verlieren. Dr. Erwin Weghorn

European Payments Union. Fifth Annual Report of the Managing Board. Financial Year 1954—55. Paris: OEEC, Januar 1956. 97 S. (No. 783). ffrs. 300.

de Gaulle, Charles: Memoiren. Der Ruf — 1940—1942. Deutsche Uebersetzung: Hector G. Preconi und Otto F. Best. Berlin—Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag 1955. 278 S. DM 16,50.

Die Memoiren des Generals de Gaulle, deren erster Band hier in vorzüglicher deutscher Uebersetzung vorliegt, versprechen eine wichtige historische Quelle zu werden. Die ersten 30 Seiten, auf denen de Gaulle seine Jugend und seine militärische Laufbahn bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges beschreibt, sowie die weiteren autobiographischen Teile ergeben ein klares, manchmal unfreiwillig klares Bild vom Charakter und Wollen, von den Eigenschaften und Grenzen des befähigten, später von der Geschichte überforderten Offiziers. Als dann werden der Zusammenbruch Frankreichs 1940, der Entschluß de Gaulles, sich von der verfassungsmäßigen Regierung in Vichy zu trennen, der mühsame Aufbau des „Freien Frankreich“ im Ringen um die führenden Männer in den verschiedenen französischen Kolonien bis zur endlichen Anerkennung durch die Alliierten im Jahre 1942 eindringlich so geschildert, wie de Gaulle diese Ereignisse erlebte und gestaltete. Zahlreiche Besprechungen in den Hauptstädten und Generalstäben der Alliierten, zahlreiche politische und militärische Pläne und Aktionen werden erstmalig der historischen Forschung bekannt. De Gaulle bekennt sich zu einem strikten Nationalismus als Triebkraft seines Handelns: „Was in mir an Gemütskräften lebendig ist, sieht Frankreich wie die Prinzessin des Märchens oder die Madonna an der Kirchenwand... Auch sagt mir mein Verstand, daß Frankreich nicht Frankreich ist, wenn es nicht an erster Stelle steht“ (S. 7). So ist das Werk eine aufschlußreiche Autobiographie, eine wichtige, von der späteren Historie kritisch zu prüfende Quelle, aber ein in keinem Sinne geistig „wegweisendes“ Buch. Dr. Walter Lippens

Hellwig, Fritz: Saar zwischen Ost und West. Die wirtschaftliche Verflechtung des Saarindustriebezirks mit seinen Nachbargebieten. Bonn: Ludwig Röhrscheid Verlag 1954. 219 S. DM 12,50.

Klebes, Heinrich: Die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien in England. Heidelberg 1955. IX, 204 Bl. (Hektographiert.) (Dissertation.)

35 Jahre Kommunistische Partei Deutschlands. 6. Auflage Berlin: Dietz-Verlag 1955. 112 S. DM 0,70.

Lange, M. G.: Wissenschaft im totalitären Staat. Die Wissenschaft der sowjetischen Besatzungszone auf dem Weg zum „Stalinismus“. Stuttgart—Düsseldorf: Ring-Verlag 1955. XVIII, 295 S. (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 5).

Laurat, Lucien: Bilan de vingt-cinq ans de Plans quinquennaux (1929—1955). Paris: Les Iles d'Or 1955. 263 S.

Politische Oekonomie. Lehrbuch. Herausgeber Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Institut für Oekonomie. 4. Auflage. Berlin: Dietz-Verlag 1955. 720 S.

Pearson, Lester B.: Democracy in World Politics. Princeton, New Jersey: Princeton University Press 1955. IX, 123 S. \$ 2,75.

Aus diesem Buch des kanadischen Außenministers sprechen die Erfahrungen, die er in den Nachkriegsjahren bei zahllosen internationalen Konferenzen, in seiner Eigenschaft als Präsident der Vollversammlung der Vereinten Nationen und als Botschafter seines Landes in den USA, sammeln konnte. Ausgehend von der Erkenntnis, daß die Diplomatie von heute die alten Probleme mit neuen Mitteln bewältigen müsse, gelangt er am Ende seiner Betrachtungen über die militärische Verteidigungspolitik und die Reform der Streitkräfte im Atomzeitalter zu der Folgerung, daß militärpolitische Erwägungen und Entschlüsse allein nicht ausreichen können, um den Frieden zu konsolidieren. Er macht vielmehr das zeitweilige Primat des Militärischen in der Zusammenarbeit des Westens mitverantwortlich für die unbefriedigende Entwicklung des Friedens. Weiter untersucht Pearson Vor- und Nachteile der offenen Diplomatie, beurteilt kritisch die Tätigkeit der Weltorganisation der Vereinten Nationen und stellt schließlich die internationalen und nationalen Kräfte heraus, die die Politik des Westens beeinflussen. Er ist davon überzeugt, daß sich die Kräfte der Demokratie jeder Bedrohung gegenüber behaupten werden und daß es gelingen werde, die Menschheit in den Genuß der positiven Aspekte des Atomzeitalters zu bringen. Dr. Erwin Weghorn

Peck, Joachim: Was wird aus Europa? Teil I: Amerikanische Europa-Pläne. Berlin: Verlag der Nation 1955. 154 S.

Perroux, François: L'Europe sans Rivages. Paris: Presses Universitaires de France 1954. VII, 664 S. ffrs. 1800.

Das mit präzisestem wissenschaftlichem Rüstzeug in farbig-poetischer Sprache geschriebene Buch des bekannten Erneuerers der französischen Wirtschaftswissenschaften bietet eine scharfe Absage an die kleineuropäische Integration. Nach einer Einleitung, in der Perroux Amerika wie Rußland als zum erweiterten Europa gehörig beschreibt, analysiert er im I. Teil die wirtschaftlichen Kräfte des atlantischen Raums, des Sowjet-Bereichs und Europas; er kommt zu der Schlußfolgerung, daß die Wirtschaftskraft des „Europa der Sechs“ nicht ausreicht für eine Schiedsrichterrolle zwischen den beiden Blöcken, jede Option für eine Seite aber die Kriegsgefahr erhöhe. Im II. Teil wird zunächst die Unsicherheit der These, das Zeitalter der Nationalstaaten sei vorbei, herausgearbeitet, aber dann bewiesen, daß die modernen wirtschaftlichen Probleme nur auf inter-

nationaler Ebene gelöst werden könnten; indessen sei es anachronistisch, von regionalen Blockbildungen Lösungen zu erwarten, die nurmehr durch eine einheitliche Weltwirtschaft und Weltregierung gefunden werden könnten. Daher verurteilt der III. Teil jede Integration Europas, die „gleichsam eine neue große Nation konstruieren wolle“, als verblödet nicht nur für die Nationen, sondern für Europa selbst; er verwirft jede rein europäische Fusion, weil sie die Gefahr eines Krieges erhöhen, aber keines der im Frieden gestellten wirtschaftlichen Probleme lösen würde. Das Buch ist in vielen seiner Beweisführungen keineswegs logisch, aber es bietet Gegnern wie Anhängern der europäischen Integration ungewöhnlich reiches Material und geistvolle Anregungen zu der weltpolitisch entscheidenden Frage: ob die regionalen Blockbildungen der Gegenwart wirklich nur kurzfristige Stadien auf dem Wege zur Weltregierung sind. *Dr. Walter Lipgens*

Schärf, Adolf: Oesterreichs Erneuerung, 1945—1955. Das erste Jahrzehnt der Zweiten Republik. 6. unveränderte Auflage. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1955. 420 S.

Schütz, Wilhelm Wolfgang: Bewährung im Widerstand. Gedanken zum deutschen Schicksal. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1956. 122 S.

Lord Strang: The Foreign Office. London: George Allen & Unwin Ltd.; New York: Oxford University Press Inc., 1955. 226 S. (The New Whitehall Series). 15 s.

Hier wird, von maßgeblicher Seite bearbeitet und mit großer Sachkenntnis geschrieben, das erste Buch vorgelegt, das Aufbau, Aufgabenstellung und Arbeitsweise des auswärtigen Dienstes Großbritanniens wirklich umfassend darstellt. Neben einer kurzen Geschichte der britischen Diplomatie seit dem Wiener Kongreß stehen ausführliche Betrachtungen über die Reform des Foreign Office, die im Jahre 1943 von Anthony Eden angeregt und nach Kriegsende unter Ernest Bevin in die Tat umgesetzt wurde. Dieses Buch ist daher auch Eden und dem verstorbenen Bevin gewidmet. In übersichtlicher Gliederung wird dargelegt, warum die Funktionen des Foreign Office immer umfassender wurden, welcher Art sie sind, wie das Amt organisiert ist und welche Geldmittel dazu benötigt werden, wie die tägliche Arbeit sowohl im Londoner Ministerium als auch in den diplomatischen Außenstellen bewältigt wird, was die gegenwärtige von der vergangenen diplomatischen Praxis unterscheidet und welche Qualifikationen die britischen Diplomaten besitzen müssen. Den gegenwärtigen und möglicherweise künftigen Problemen des britischen Außenministeriums ist ein besonderes Kapitel gewidmet. In Anhängen wird außerdem die Struktur des Foreign Office dargelegt, wird ein Einblick in die innerministerielle Arbeitsgliederung gegeben und werden schließlich im Detail die Reformvorschläge von 1943 erläutert, die eine tiefgreifende Aenderung in der Auswahl der britischen Diplomaten zur Folge hatten. Im ganzen ein Buch von grundlegender Bedeutung für die Kenntnis der britischen Außenpolitik, das man sich in dieser Art auch von anderen international bedeutsamen Staaten wünschen möchte. *Dr. Erwin Weghorn*

The Temper of Peace. Select Documents 1954—55. Edited by S. L. Poplai. New Delhi: Indian Council of World Affairs 1955. V, 96 S. Rs. 4/—.

Dieses Bändchen enthält eine Serie ausgewählter Dokumente, die beweisen sollen, daß in den beiden letzten Jahren sowohl in Asien als auch im Westen die Friedensbereitschaft zugenommen hat. Unter den asiatischen Dokumenten befinden sich Nehrus Indochinaplan, Auszüge aus dem Kommuniqué der Colombo-Konferenz und mehrere gemeinsame Erklärungen der Regierungschefs Indiens, Chinas, Indonesiens, der Sowjetunion und anderer Länder. Der westliche Dokumententeil konzentriert sich weitgehend auf die Genfer Konferenz der Regierungschefs der „Großen Vier“.

Ulbricht, Walter: Die Warschauer Konferenz und die neuen Aufgaben in Deutschland. Referat auf der 24. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 1. Juni 1955. 2. Auflage. Berlin: Dietz-Verlag 1955. 104 S. DM 0,60.

Die gewerblichen Vertriebenen- und Flüchtlingsbetriebe. Erfolge und ungelöste Aufgaben der Eingliederung. Herausgegeben von der Lastenausgleichsbank (Bank für Vertriebene und Geschädigte). Bad Godesberg (1955). 44 S.

Wabnitz, Wolfdieter: Der zwischenstaatliche Zahlungsverkehr auf der Grundlage internationaler Zahlungsabkommen. Göttingen: Verlag Otto Schwartz & Co. 1955. VIII, 159 S. (Göttinger Rechtswissenschaftliche Studien, Bd. 18). DM 16,80.

Mit dieser Studie wird erstmalig der als gelungen zu bezeichnende Versuch unternommen, das für die deutsche Bundesrepublik geltende und maßgebende Recht des Zahlungsverkehrs auf der Grundlage der Zahlungsabkommen, das sich aus Bestandteilen völkerrechtlicher, besatzungsrechtlicher und innerdeutscher Provenienz zusammensetzt, in einer Gesamtdarstellung seiner Grundzüge zu erfassen. Ausgehend vom Wesen und den Formen internationaler Zahlungsabkommen werden das Zahlungsverkehrssystem der EZU und die anderen Formen des multilateralen Zahlungsverkehrs im Nicht-Dollar-Raum kritisch analysiert. Daran schließt sich eine Betrachtung der Rechtsnatur internationaler Zahlungsabkommen an, wobei Wabnitz neben den Zahlungsabkommen als völkerrechtliche Verträge getrennte Abschnitte den Zahlungsvereinbarungen zuweist, die die Bundesregierung, die Besatzungsbehörden und die BdL zum Abschlußorgan gehabt haben. Die aus dem Abschluß der Zahlungsabkommen resultierenden Rechtsverhältnisse und Relationen, wie zum Beispiel zwischen der BdL und der Bundesregierung, dem Ausland bzw. der EZU, die Verbindung zwischen den völkerrechtlichen Zahlungsabkommen und den innerstaatlichen Rechtsvorschriften, die Transformierung der Zahlungsabkommen in innerstaatliches Recht sowie die innerstaatliche Regelung des zwischenstaatlichen Zahlungsverkehrs werden erschöpfend und mit umfangreichen Quellenhinweisen versehen dargestellt. *Dr. Erwin Weghorn*

EUROPA - ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft. Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigher, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 30 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1956 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 11.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

Die Aera Perón

Eine Phase der nationalen Entwicklung Argentiniens

Von George Pendle, London*

Vorspruch

In den letzten zehn Jahren haben die nordamerikanischen Zeitungen und die britische Massenpresse (die sich für ihre Nachrichten aus Lateinamerika zum großen Teil auf amerikanische Agenturen stützt) ihre Leser davon überzeugt, daß Juan D. Perón nur ein faschistisch-nazistischer Gangster war, der in Argentinien gewaltsam die Macht ergriff, die Demokratie abschaffte, skrupellos anglo-amerikanische Geldanlagen (wie beispielsweise die britischen Eisenbahnen) konfiszierte, die Arbeiter täuschte, die Landbesitzer ruinierte und die Wirtschaft des Landes zerstörte.

Ganz so einfach ist es nicht. Freilich war Perón ein Bewunderer von *Mussolini* (er war von 1939 bis 1941 Attaché in Italien) und glaubte, daß *Hitler* den Krieg gewinnen würde (die argentinische Armee war hauptsächlich von Deutschen ausgebildet). Viele Fehler beging er, weil er versuchte, zu vieles zu schnell zu tun. Und während er eine soziale und wirtschaftliche Revolution durchführte, tat er — wie Revolutionäre es für gewöhnlich tun — denjenigen, über deren Ideale und erworbene Interessen er sich hinwegsetzte, großes Unrecht. Perón und Peronismus waren aber nicht einfach ein gewaltsamer und tragischer Einzelfall: Die argentinische Geschichte ist ein fortlaufender Prozeß, und die Aera Perón war eine Folge sowohl dessen, was vorausgegangen war, als auch gegenwärtiger Umstände und Nöte.

Man tut gut daran, sich zu erinnern, daß Perón nicht gewaltsam die Macht an sich riß, sondern zweimal zum Präsidenten der Republik gewählt wurde. Beim ersten Male (1946) erklärten die Führer der Opposition, daß Argentinien nie zuvor so saubere Wahlen erlebt habe. Perón wurde 1951 in korrekter Weise mit 4,6 Millionen Stimmen gegen die 2,3 Millionen seiner Gegner von der Radikalen Partei für eine zweite Amtsperiode wiedergewählt. Sein wirtschaftlicher Nationalismus war keine neue Erfindung,

sondern eine von den Radikalen und anderen, die viele Jahre lang die übermäßige Abhängigkeit Argentiniens von Großbritannien beklagt hatten, übernommene Politik. Freilich hatte Perón es von Anfang an auf die Stimmen der Arbeiterschaft abgesehen, aber er und seine Frau sicherten den Arbeitern wirklich einen höheren Lebensstandard und längst überfällige soziale Verbesserungen. Eine Zeitlang zwang Perón die Viehzüchter und Farmer, indirekt die industrielle Entwicklung zu subventionieren; Industrialisierung wird aber von allen Parteien als dringend notwendig anerkannt, außer von den Konservativen, die es vorziehen würden, wenn Argentinien ein sogenannter „Kolonialstaat“ bliebe, der Fleisch und Getreide ausführt und die notwendigen Fertigwaren einführt. Die meisten der wirtschaftlichen Probleme, welche die Bewegung, die Perón stürzte, jetzt erbt, bestehen in unterschiedlichem Grade auch in Nachbarländern, wie Brasilien. Manche dieser Probleme — wie Inflation und Exportrückgang — sind auch in weiterem Umkreise nicht unbekannt.

Man sollte deshalb die Aera Perón nicht so sehr als unglückliches Zwischenspiel in der argentinischen Geschichte betrachten, sondern vielmehr als Phase — vielleicht eine unvermeidliche Phase — in der nationalen Entwicklung.

Die Ursprünge des Peronismus

Argentinien ist nie eine Demokratie im nordamerikanischen oder europäischen Sinne dieses Wortes gewesen. Die Gründer der „liberalen“ Verfassung von 1853 nahmen sich die Vereinigten Staaten zum Vorbild. Dem argentinischen Präsidenten wurde aber von Anfang an beträchtlich mehr Macht gegeben als dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, denn es geht gegen die lokale Tradition — und gegen die lokale Vorliebe für einen stürmischen Gaucho-Führer — daß eine Exekutive der Legislative untergeordnet sein soll. So war es dem argentinischen Präsidenten erlaubt, seine Gesetzentwürfe selbst abzufassen und im Kongreß einzubringen; er war ermächtigt, die Minister seines Kabinetts und viele andere Beamte zu ernennen und zu entlassen, ohne dazu der Billigung des Senats zu bedürfen; wann immer er es für notwendig hielt, konnte er Kommissare (interventores)

*) Der Verfasser hat während der vergangenen 25 Jahre lange Zeit in Argentinien gelebt. Während des Aufstandes gegen das Perón-Regime im Oktober 1955 war er als Sonderkorrespondent der BBC in Buenos Aires. Er ist der Autor einer vom Royal Institute of International Affairs in London herausgegebenen Trilogie über die La Plata-Staaten: „Uruguay: South America's First Welfare State“ (1952), „Paraguay: a Riverside Nation“ (1954) und „Argentina“ (1955).

seiner eigenen Wahl in die Provinzen schicken; und unter gewissen Umständen konnte er Verfassungsgarantien aufheben, indem er den „Belagerungszustand“ (eine Abart von Kriegsrecht) erklärte. Die Machthaber Argentiniens haben von dieser ausgedehnten Machtbefugnis immer reichlich Gebrauch gemacht und Mißbrauch damit getrieben, darunter auch der der Radikalen Partei angehörende Präsident *Irigoyen*, dessen zweite Amtsperiode so korrupt und unfähig war, daß sie in der Revolution von 1930 endete, welche die konservativen Landbesitzer wieder an die Regierung brachte.

Die Landbesitzer von 1930 waren aber von anderem Kaliber als ihre Vorfahren der konservativen Schicht, die würdige und weitblickende Staatsmänner hervorgebracht hatte. Als Klasse waren sie jetzt durch Jahrzehnte leicht erworbenen Reichtums verdorben, und ihre Söhne waren oft „*niños bien*“, *jeunesse dorée*, in deren Augen jeder Arbeiter ein Bolschewik war — oder wenigstens die städtische Arbeiterbevölkerung, denn die *Peones* auf den *Estancias* hatten noch keine Ahnung von Gewerkschaften und lebten weit entfernt von den „Ansteckungsherden“. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges war diese sogenannte „Oligarchie“ noch sicher an der Macht, und ihre Glieder weigerten sich anzuerkennen, daß die Bedingungen im Lande sich geändert hatten.

Von den hundert Leuten, die 1941 die höchste Einkommensteuer zahlten, waren nur zehn Großgrundbesitzer. Die anderen waren Textil-, Taschen- und Schuhfabrikanten, Bierbrauer, Finanzleute und Importeure, Bergwerksunternehmer, Besitzer von Kasinos, Kinos und Rundfunksendern. Es waren jetzt mehr Menschen in der Industrie beschäftigt als in Ackerbau und Viehzucht. Neue Ideen über den „korporativen Staat“ waren unter den jüngeren Offizieren der Armee modern. Die Arbeiter in der Stadt waren unzufrieden und hielten nach einem Führer Ausschau.

Unter diesen Umständen konspirierte eine Gruppe von Offizieren — der „*Grupo de Oficiales Unidos*“ oder „*GOU*“ — mit dem Ziele, Argentinien eine wirklich zeitgemäße Regierung zu geben. Der kraftvollste dieser Planer war Oberst Perón, dessen Einfluß aus einem Dokument, das im Mai 1943 in Umlauf gebracht wurde, hervorgeht:

„Kameraden!

Der Krieg hat eindeutig gezeigt, daß die Nationen jetzt nicht fähig sind, sich alleine zu verteidigen. Daher das unsichere Spiel der Allianzen, die das große Uebel verringern, jedoch nicht verbessern. Die Ära der Nation wird langsam durch die Ära des Kontinents ersetzt. Gestern schlossen sich die Feudalherren zusammen, um die Nation zu bilden. Heute verbinden sich die Nationen, um den Kontinent zu bilden. Das wird das Ergebnis dieses Krieges sein.

Deutschland unternimmt gigantische Anstrengungen, den europäischen Kontinent zu einigen. Die stärkste und

bestausgerüstete Nation sollte die Geschicke des Kontinents in seiner neuen Ordnung kontrollieren. In Europa wird das Deutschland sein.

In Amerika wird die Vormacht im Norden eine Zeitlang die Vereinigten Staaten von Nordamerika sein. Im Süden aber ist keine Nation stark genug, um diese Führung unbestritten zu übernehmen. Nur zwei Nationen wären dazu fähig: Argentinien und Brasilien.

Unser Ziel ist es, unsere Führerstellung zugleich möglich und unbestreitbar zu machen.

Das ist eine schwere und opfervolle Arbeit. Aber wir können unser Land nicht groß machen, ohne alles zu opfern. Die großen Männer, denen wir unsere Unabhängigkeit verdanken, opferten Reichtum und Leben. In unserer Zeit hat Deutschland dem Leben eine heroische Bedeutung gegeben. All dies sollte uns ein Beispiel sein.

Der erste Schritt, der uns zu einem starken und mächtigen Argentinien führen soll, ist, die Zügel der Regierung in unsere Hände zu bekommen. Ein Zivilist wird die Größe unseres Ideals nie verstehen. Wir werden sie deshalb aus der Regierung eliminieren müssen und ihnen die einzige Rolle geben, die ihnen zukommt: Arbeit und Gehorsam.

Einmal zur Macht gelangt, wird unser Ziel sein, stark zu werden: stärker als alle anderen Nationen zusammen. Wir werden rüsten müssen und weiter rüsten, kämpfen und Schwierigkeiten überwinden, innere wie äußere. Hitlers Kampf in Frieden und Krieg soll unser Leitstern sein. Als erstes wollen wir Allianzen schließen. Paraguay geht schon mit uns, und Bolivien und Chile werden sich anschließen. Mit Argentinien, Paraguay, Bolivien und Chile werden wir keine Schwierigkeit haben, Brasilien dazuzugewinnen, dank seiner Regierungsform und dem bedeutenden deutschen Element. Haben wir Brasilien auf unserer Seite, so wird der südamerikanische Kontinent unser sein. Unsere Führerschaft wird eine Tatsache sein, eine glorreiche Tatsache ohne Präzedenzfall, durch das politische Genie und das Heldentum der argentinischen Armee verwirklicht.

Luftschlösser! Ideale! werden Sie sagen. Laßt uns nichtsdestoweniger noch einmal auf Deutschland schauen. 1919 geschlagen, war es gezwungen, den Versailler Vertrag zu unterzeichnen, der es als zweitklassigen Staat mindestens fünfzig Jahre lang unter alliierter Herrschaft halten sollte. In weniger als zwanzig Jahren hat es eine phantastische Entwicklung durchlaufen. Im Jahre 1939 war es gerüstet wie keine andere Nation, und im Frieden annektierte es Oesterreich und die Tschechoslowakei. Dann zwang es im Kriege dem ganzen europäischen Kontinent seinen Willen auf. Das wurde aber nicht ohne harten Kampf vollbracht. Es bedurfte einer starken Diktatur, um dem Volke begreiflich zu machen, daß zur Erfüllung dieses großen Programms Opfer notwendig waren. So wird es auch in Argentinien sein.

Unsere Regierung wird eine strenge Diktatur sein, wenn sie auch zu Anfang die notwendigen Konzessionen machen wird, bis sie sicher dasteht. Wir werden die Volksmassen begeistern, aber das Volk wird letzten Endes arbeiten, opfern und gehorchen müssen. Mehr arbeiten und opfern als in irgendeinem anderen Lande. Nur so wird es möglich sein, das Rüstungsprogramm durchzuführen, das zur Beherrschung des Kontinents unerlässlich ist. Mit Deutschlands Beispiel wird dem Volk der rich-

tige Geist durch Radio, kontrollierte Presse, Literatur, Kirche und Erziehung eingegeben werden, und so wird es sich auf den heroischen Weg wagen, den es gehen muß. Nur auf diese Weise wird es auf das bequeme Leben, das es jetzt genießt, verzichten. Unsere Generation wird eine auf dem Altar eines hohen Ideals geopfert Generation sein. Argentinische Vaterlandsliebe wird zum Wohle des Kontinents und der ganzen Menschheit wie ein glänzender Stern leuchten.

Es lebe das Vaterland!¹

Am 4. Juni 1943 marschierten Truppen aus der Vorortgarnison von Campo de Mayo in Buenos Aires ein und umzingelten das Regierungsgebäude, die Casa Rosada; der konservative Präsident, Dr. Ramón Castillo, war aber bereits geflohen. Und so begann der Kampf um die Führung unter den Offizieren selbst. Noch bevor zwei Jahre vergangen waren, war Oberst Perón daraus als unbestrittenes Haupt der Revolution hervorgegangen.

Die Persönlichkeit Peróns

Juan D. Perón hatte alle Eigenschaften, welche die Argentinier von einem Caudillo erwarteten: Er sah gut aus, war männlich, herzlich und rücksichtslos. Den Zeiten angemessen, war er einfachen Ursprungs — der Sohn eines kleinen italienischen Bauern. Er war ein tüchtiger Skiläufer und war Fechtmeister der argentinischen Armee gewesen, hatte aber auch Fähigkeiten auf anderem Gebiet. Er hatte an der Armee-Kriegsakademie unterrichtet, hatte eine Zeitlang den Lehrstuhl für kombinierte Operationen an der Marine-Kriegsakademie innegehabt und war der Autor mehrerer Bücher über Militärgeschichte und Strategie. Er scheint in der Tat früh Geschmack daran gefunden zu haben, seine eigene Geschichtsauslegung darzustellen und die Menschen anzuweisen, wie sie ihr Leben einzurichten hätten (und diese Vorliebe vergrößerte sich mit der Zeit). Lange bevor er in die Politik ging, war dieser ehrgeizige Offizier schon ein hartnäckiger Theoretiker und Dozent, und 1944 hatten seine öffentlichen Erklärungen mehr als rein militärische Bedeutung erlangt. In jenem Jahre sagte er bei der Einweihung des Lehrstuhls für Nationale Verteidigung an der Universität von La Plata:

„Die Worte ‚Nationale Verteidigung‘ lassen manche von Ihnen denken, dies sei ein Problem, dessen Darstellung und Lösung nur für die Streitkräfte der Nation von Interesse seien. Die Wahrheit sieht sehr anders aus: Zu seiner Lösung gehört der Einsatz aller Einwohner, all ihrer Energien, all ihres Reichtums, all ihrer Industrien und Erzeugnisse, all ihrer Transport- und Verbindungsmittel, und die Streitkräfte sind nur... das kämpfende Instrument des großen Ganzen, der ‚Nation in Waffen‘.“

Darauf folgende Vorlesungen behandelten solch umfangreiche Themen wie die gesamte Geschichte der Philosophie.

Perón erkannte, daß, sollte es der militärischen Bewegung von 1943 gelingen, ein „Neues Argentinien“ zu schaffen, sie irgendwie Unterstützung im Volke finden müßte. Deshalb wählte er für sich das Amt des Ministers für Arbeit und Sozialwesen und bekleidete später — gleichzeitig — auch die Posten des Kriegsministers und des Vizepräsidenten der Republik. Als Minister für Arbeit und Sozialwesen führte er viele längst überfällige soziale Reformen durch und erzielte andere Vorteile für die Arbeiter, die ihm zum Dank als ihrem Helden zujubelten. Eine Liste einiger der durch Oberst Perón während seiner entscheidenden Periode eingeführten Maßnahmen wird zeigen, wie gründlich er den Boden für sich bereitete.

Die Arbeiterschaft als Peróns „Hausmacht“

In den Jahren 1944–45 baute er ein Nationales Institut für Soziale Sicherheit auf und machte dadurch Argentinien auf dem Gebiete der Sozialversicherung aus einem der rückständigsten Länder Südamerikas zu einem der fortgeschrittensten. Er brachte zuwege, daß sein Ministerium mehr und mehr dazu benutzt wurde, den Abschluß von Kollektivverträgen zu überwachen, daß bei diesen Verhandlungen die Arbeiter für gewöhnlich wesentliche Zugeständnisse erhielten und daß für die so geschlossenen Tarifverträge möglichst viel Propaganda gemacht wurde. Gleichzeitig wurde mit Arbeitern, die zum Streik griffen, statt von den durch das Ministerium gebotenen Möglichkeiten Gebrauch zu machen, in strenger Weise verfahren. In den Fleischkonservenfabriken und in anderen Industriezweigen, in denen die Unternehmer die Arbeiter bislang an der Bildung von Gewerkschaften gehindert hatten, verschaffte Perón den Arbeitern diese Möglichkeit. Er führte aber eine Regelung ein, die vorsah, daß Kollektivverträge nur dann Gültigkeit hätten, wenn die unterzeichnenden Gewerkschaften durch das Ministerium offiziell anerkannt waren; damit behielt er die Kontrolle über die Gewerkschaften. Er unterstützte ihm wohlgesinnte Gewerkschaftsführer, gab ihnen Posten im Ministerium und verweigerte gegnerischen Gewerkschaften die offizielle Anerkennung, während er die Bildung von Konkurrenz-Gewerkschaften in den betreffenden Industrien förderte. Als nach und nach die Anzahl ihm freundlich gesinnter Gewerkschaften zunahm, sammelte Perón sie in dem neu gegründeten, von treuen Perón-Anhängern beherrschten Allgemeinen Gewerkschaftsbund (CGT). Er veranlaßte die Bewilligung einer großen Summe für den Bau billiger Wohnhäuser. Im Jahre 1945 wurde ein Erlaß über den obligatorischen, jährlichen, bezahlten Urlaub für alle Lohnempfänger herausgegeben. Es war nicht überraschend, daß die Mehrzahl der Arbeiter Oberst Perón bald als einen bedeutenderen Mann ansah als ihre alten Führer. Und, wie demagogisch seine Methoden auch sein mochten, er hatte in zwei Jahren

¹) George I. Blanksten, „Perón's Argentina“, University of Chicago, 1953, S. 47–49.

mehr für sie erreicht als die Sozialistische Partei in Jahrzehnten geduldiger und ständig hintertriebener legaler Anstrengungen. Deshalb brauchte er, als im Oktober 1945 eine Gruppe auf seine Macht eifersüchtiger Offiziere ihn gefangennahm und internierte, nur an die Arbeiter zu appellieren, und schon forderten sie seine Freilassung. Unter der fieberhaften Mithilfe von Eva Duarte, einer sechszwanzigjährigen Rundfunksängerin, die eng mit Perón befreundet und wie er von einfacher Herkunft war, organisierten die Gewerkschaftsführer groß angelegte Demonstrationen. Männer in Hemdsärmeln — von nun an als *descamisados* (wörtlich „Hemdlose“) bekannt — strömten aus den Arbeitervororten nach Buenos Aires. Bald hatten diese *descamisados* praktisch die Kontrolle der Hauptstadt. Dann wurde Perón, um die ständig seinen Namen rufende Menge zu besänftigen, freigelassen, und am Abend des 17. Oktober erschien er auf dem Balkon des Regierungsgebäudes, um eine stürmische Begrüßung durch die Menge entgegenzunehmen. Wenige Tage später heiratete er Eva Duarte.

Perón wird Präsident der Republik

Nach dem Triumph vom 17. Oktober brachte Perón seine Freunde in Schlüsselstellungen in der Regierung unter, übernahm aber selbst kein Amt. Statt dessen widmete er seine Energie der Vorbereitung von Wahlen, die im Februar 1946 abgehalten werden sollten. Seine Anhänger bildeten eine neue Partei, den Partido Laborista (später in Partido Peronista umbenannt), die ihn als ihren Präsidentschaftskandidaten aufstellte. Die Partei verpflichtete sich, für die Verstaatlichung der Eisenbahnen und anderer öffentlicher Dienste (ein altes, populäres Anliegen in Argentinien), für den Bau von Krankenhäusern und Heimen für Arbeiter, Alte und Kranke sowie für die Verteidigung der sozialen Fortschritte, die unter Perón als Arbeitsminister erzielt worden waren, einzutreten. Perón behauptete, es sei sein Ziel, die durch Präsident Irigoyen begonnenen Reformen weiterzuführen, und brachte es auf diese Weise fertig, sich der Mitarbeit dissidenter Gruppen der Radikalen und Sozialisten zu versichern. Seine Kandidatur wurde in erheblichem Maße von der römisch-katholischen Kirche begünstigt, deren Führer die traditionell antiklerikalen Radikalen fürchteten und durch das Versprechen, daß Perón für Ordnung sorgen würde, für ihn eingenommen wurden. Die Peronisten warnten die Wähler, daß im Falle ihrer Niederlage die Großgrundbesitzer-Oligarchie sich wieder des Landes bemächtigen würde. Zwei Wochen vor Weihnachten 1945 befahl die Regierung — die bekanntermaßen unter Peróns Leitung arbeitete — allen Arbeitgebern, ihren Arbeitern eine Weihnachtsgratifikation von einem Monatsgehalt auszuzahlen. Schließlich wurde Peróns Stellung gestärkt und seine Popularität vergrößert durch

das übel vermerkte Verhalten des amerikanischen Botschafters, Spruille Braden, der sich offen in den Wahlkampf einmischte und erklärte, daß Perón und seine Parteigänger Feinde der freien Welt seien. Diese Intervention seitens des „Kolosses im Norden“ wurde zwei Wochen vor den Wahlen noch verschärft, als das State Department in Washington ein Blaubuch veröffentlichte, das darlegte, wie Mitglieder der argentinischen revolutionären Bewegung von 1943 den Nazis und Faschisten während des Zweiten Weltkrieges Unterstützung gewährt hatten. Washingtons Fehlgriff ermöglichte es Perón, zu behaupten, daß er in Verteidigung der Unabhängigkeit seines Landes gegen die Vereinigten Staaten aufstünde. Bei den Februarwahlen gewann Perón die Präsidentschaft, während seine Partei sich beinahe zwei Drittel der Sitze in der Abgeordnetenversammlung und alle Sitze bis auf zwei im Senat sicherte. Am 4. Juni 1946 wurde er in sein Amt als Präsident von Argentinien eingesetzt, mit dem Range eines Brigadegenerals.

Es ist unmöglich, hier einen vollständigen Bericht über Peróns lange und tatenreiche Herrschaft zu geben. Gewisse Gesichtspunkte seiner Regierung — wie der Gebrauch kurzfristiger Inhaftierung als Einschüchterung seiner Feinde, seine Unterdrückung der freien Presse und die Beeinflussung von Schulkindern im Sinne des Peronismus — sind Zeitungslesern auf der ganzen Welt bereits bekannt und brauchen hier nicht beschrieben zu werden. Auch wird seine Regierungszeit nicht nur nach diesen undemokratischen Praktiken letztlich beurteilt werden. Das endgültige Urteil wird in der Antwort auf zwei Fragen liegen:

- 1) Hat Perón sein erklärtes Ziel, Argentinien zu „wirtschaftlicher Unabhängigkeit“ zu führen, erreicht (das heißt, zur Freiheit, seine wirtschaftliche Entwicklung selbst zu planen)?
- 2) Hat er sein anderes Hauptziel, „soziale Gerechtigkeit“ für die Arbeiterklasse, erreicht?

Diese beiden Fragen können noch nicht abschließend beantwortet werden — obwohl es natürlich offensichtlich ist, daß Perón zur Zeit seines Sturzes seine Mission noch in keiner Hinsicht vollendet hatte —; aber es kann wenigstens die Art geprüft werden, auf die er an seine zweifache Aufgabe herangegangen ist. Bei dieser begrenzten Analyse wird sich jedoch eine Vereinfachung nicht vermeiden lassen; in dem zur Verfügung stehenden Raum werden nur einige hervorstechende Züge seiner Politik zur Prüfung herausgegriffen werden können.

Die peronistische Wirtschaftspolitik

Wie verdächtig auch Peróns Motive sein mögen: man muß ihm glauben, daß er Argentinien in einen mächtigen und sich selbst versorgenden modernen Staat verwandeln wollte. Deshalb war seine Revolution notwendigerweise — besonders in ihrer ersten Phase — von stark nationalistischem Charakter und

gleichermaßen gegen ausländisches Eigentum an wesentlichen Industrien und Diensten wie gegen die übermäßige Abhängigkeit der Republik von ausländischen Märkten und ausländischen Zufuhren wichtiger Erzeugnisse gerichtet. Die im Kriege erfolgte Anhäufung ausländischer Währungen (vor allem Sterling) wurde größtenteils von Perón dazu benutzt, Argentinens Auslandsschulden zu bezahlen und das Eigentum an den Eisenbahnen, dem Fernmeldewesen und derartigen öffentlichen Diensten zu erwerben. Die Überwachung der Volkswirtschaft wurde durch die Gründung einer Anzahl offizieller Institutionen gefördert.

Das wichtigste dieser Regierungsorgane war das als IAPI bekannte Instituto Argentino de Promoción del Intercambio (Argentinisches Institut zur Förderung des Handels), das durch einen Erlaß vom Mai 1946 geschaffen wurde. IAPI wurde berechtigt, praktisch die gesamte argentinische Agrarproduktion aufzukaufen und sie zu verkaufen, wo immer der beste Preis erzielt werden konnte. Auf diese Weise übte das Institut einen anti-inflationären Einfluß aus und erzielte gleichzeitig wesentliche Gewinne, indem es in den ersten Jahren einheimischen Erzeugern niedrige Preise zahlte und von ausländischen Käufern hohe Preise erreichte. Die Einkäufe des IAPI an ausländischer Währung wurden hauptsächlich zur Einfuhr von Schiffen, Fahrzeugen, Maschinen und Ausrüstung für Industrialisierungsprojekte verwandt. Im Jahre 1950 wurde es klar, daß die niedrigen Preise, die den Farmern und Viehzüchtern gezahlt wurden, eine abträgliche Wirkung auf die Erzeugung von Getreide und Fleisch hatten, und deshalb wurden den Erzeugern in den folgenden Jahren bessere Preise gewährt. IAPI hatte auch sonst einen sehr ausgedehnten Wirkungsbereich. Im Jahre 1953 beispielsweise war das Institut für 63 vH von Argentinens gesamtem Export und für 20 vH seines Imports verantwortlich. 1953 jedoch waren die internationalen Grundstoffpreise gefallen und labil geworden, und in diesem Jahre erlitt IAPI einen Handelsverlust von 2,184 Milliarden Pesos. So schützte das Institut zu jener Zeit die nationale Wirtschaftsstruktur gegen die Auswirkungen fallender Weltmarktpreise für die Hauptausfuhrartikel des Landes, die in der Vergangenheit so oft katastrophale Folgen hatten. Die Regierung war durch das Gesetz ermächtigt, IAPI die Summe der Verluste zu vergüten, die es beim Handel mit Agrarprodukten, die zu von der Exekutive festgesetzten Preisen von den Erzeugern gekauft wurden, auf Binnen- oder Außenmärkten erleiden könnte.

Ein weiteres Regierungsorgan, der Nationale Wirtschaftsrat, wurde im Juli 1947 geschaffen, um die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Regimes einschließlich der Tätigkeit des IAPI zu koordinieren. Der erste Vorsitzende dieses Rates war Miguel Miranda, ein wohlhabender Industrieller und „Self-

mademan“, welcher der oberste argentinische Unterhändler beim Kauf der britischen Eisenbahnen und anderer in ausländischem Besitz befindlicher öffentlicher Unternehmen und Präsident Peróns erster wirtschaftlicher Ratgeber während der Anfangsphase seiner Regierung war. Miranda glaubte, daß die Besserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse — deren Interessen für den Präsidenten und Eva Perón ein so großes persönliches Anliegen und von so großer politischer Bedeutung waren — am besten durch Industrialisierung erreicht werden könne. Er verachtete die altmodischen „kolonialen“ Beschäftigungen des Ackerbaus und der Viehzucht, und es kümmerte ihn nicht, daß die ländliche Produktion an Unterbezahlung leiden mußte, damit die Industrie in den Städten finanziert und ausgerüstet werde. Er war überzeugt, daß schnell und großzügig Geld für die Industrialisierung ausgegeben werden müsse, um die peronistische Revolution zu konsolidieren; und erst als die Reserven an ausländischer Währung erschöpft waren, als die zunehmend rapide Entwertung des Peso fühlbar wurde und das Ansteigen der Lebenshaltungskosten Unzufriedenheit im ganzen Lande verursachte, fiel dieser „Finanzzauberer“ — im Januar 1949 — in Ungnade.

Der erste Fünfjahrplan (1947—1951)

Eine der Hauptfunktionen von Mirandas Nationalem Wirtschaftsrat war die Ueberwachung des Fünfjahrplans, den Perón im Oktober 1946 dem Kongreß vorlegte. Der Plan bestand aus einem Katalog aller Reformen, welche die Regierung während seiner Amtsperiode durchzuführen hoffte. Er enthielt Punkte wie die Einführung des Frauenwahlrechts (eine von der Frau des Präsidenten angeregte Bestimmung) und Maßnahmen, die dazu bestimmt waren, einerseits den ärmeren Klassen Universitätsbesuch zu ermöglichen und andererseits die Universitäten noch enger unter peronistische Kontrolle zu bringen. Er erstreckte sich auf das öffentliche Gesundheitswesen und die Einwanderung. Das Hauptziel des Planes war aber, den Kampf um Argentinens „wirtschaftliche Unabhängigkeit“ zu fördern.

Die Regierung beteiligte sich an der Durchführung von Peróns großem Wirtschaftsprogramm auf verschiedene Art, und zwar besonders durch direkte Investitionen (durch amtliche Stellen), die Bildung von staatseigenen oder gemischten Gesellschaften, Zollvergünstigungen für Firmen, die neue Industrien aufbauten, und Darlehen für vom Staat gebilligte Unternehmungen.

Während des Jahres 1952 litt die argentinische Wirtschaft unter einer schlimmen Trockenheit (der zweiten innerhalb von drei Jahren); in den Läden und auf den Märkten entstand Knappheit an manchen Nahrungsmitteln — insbesondere Fleisch — und ausländischen Fertigwaren; die Spekulation nahm zu,

und die Preise stiegen. Die Handelsbilanz von 1952 wies ein Defizit von 3,969 Milliarden Pesos aus, und die Lebenshaltungskosten stiegen weiter, bis der Index im Februar 1953 die Zahl 615 erreichte (1943 = 100). In dieser kritischen Situation stellte Perón seine Politik in zwei wichtigen Punkten um. Da er, ziemlich spät, erkannte, daß die industrielle Expansion — die so sehr von der Einfuhr von Maschinen, Treibstoff und Rohmaterial und deshalb von der Verfügbarkeit ausländischer Währung abhing — bis zu einer Wiederbelebung der landwirtschaftlichen Ausfuhr verlangsamt werden mußte, unterbrach der Präsident die Kreditgewährung in Industrie und Handel, erlaubte aber den Banken, den Farmern weiterhin Kredit zu gewähren. Eine Depression in Industrie und Handel wurde sogar vorsätzlich durch die Regierung gefördert in der Hoffnung, daß Arbeitslosigkeit die Arbeiter aufs Land zurücktreiben würde, woher sie vor wenigen Jahren in die schnell wachsenden Städte gelockt worden waren. Zweitens gab der Präsident seine Gewohnheit auf, die Forderungen der Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber fast uneingeschränkt zu unterstützen. Nicht nur die Preise wurden nun „eingefroren“, sondern auch (und das noch wirkungsvoller) die Löhne — diese auf zwei Jahre. Um der Macht der Handarbeiter im Allgemeinen Gewerkschaftsbund zu einem gewissen Grade ein Gegengewicht zu schaffen, wurde ein gesonderter Bund für „Büroarbeiter“ geschaffen; und die Gründung einer Reihe von Arbeitgeber-Verbänden, die in der Confederación General Económica zusammengefaßt wurden, wurde offiziell veranlaßt. Perón fuhr fort, seiner Sorge um das Wohl der *descamisados* — und besonders der „Unterdrückten“, *los sumergidos* — Ausdruck zu geben, aber seine Reden über Wirtschaftsfragen wurden merklich nüchterner und orthodoxer.

Der zweite Fünfjahrplan (1953—1957)

Ein zweiter Fünfjahrplan, der im Dezember 1952 vom Kongreß verabschiedet wurde, war sogar noch ehrgeiziger und vielfältiger als der vorhergehende: Sein Wortlaut enthielt den Ausdruck von Zielen und Grundsätzen, die bestimmt waren, das Volk und seine Regenten in kommenden Generationen zu leiten. Wichtiger noch als der 500 Seiten lange Plan selbst war jedoch die Interpretation seiner Klauseln durch die Exekutive in den Jahren unmittelbar nach seiner Veröffentlichung; während dieser Zeit wurde ein Prioritätssystem aufgestellt, das dem oben erwähnten Kurswechsel in Präsident Peróns allgemeiner Politik entsprach.

Jeder Abschnitt des zweiten Planes war in drei Teile eingeteilt: erstens die Ausarbeitung eines „grundsätzlichen Zieles“ (beispielsweise sollte das Endziel der Erziehung sein, die „moralische, intellektuelle und körperliche Bildung des Volkes auf der Grundlage der nationalen peronistischen Doktrin“ zu

verwirklichen), zweitens eine Darlegung der zur Erreichung des „grundsätzlichen Zieles“ erforderlichen allgemeinen Mittel und Wege und drittens eine Liste der praktischen Maßnahmen, die bis zum 31. Dezember 1957 durchgeführt sein sollten. Diese praktischen Maßnahmen sahen eine Ausgabe in Höhe von 33,5 Milliarden Pesos während der fünf Jahre vor. In der Praxis zeigte sich, daß die wichtigsten Klauseln diejenigen waren, die zur Erhöhung der Produktion von Erdöl, elektrischer Energie, landwirtschaftlichen Gütern, Traktoren und anderen landwirtschaftlichen Maschinen sowie zur Entwicklung von Verkehrswegen und Nachrichtenverbindungen bestimmt waren.

Soziale Reformen

Eine umfangreiche Sozialgesetzgebung wurde unter Peróns Leitung durchgeführt. Einige Beispiele müssen hier erwähnt werden. Bezahlter Urlaub und Vierzig-Stunden-Woche wurden für die Arbeiter in den Städten befohlen. Mindestlöhne wurden nicht nur in den Städten, sondern auch in den ländlichen Bezirken festgelegt. Eine Skala von Entschädigungen für entlassene Angestellte und während der Arbeit Verletzte wurde aufgestellt. Gesetze zum Schutze werdender und stillender Mütter und zur Beschränkung von Kinderarbeit wurden erlassen. Besonders bedeutend war die — allerdings bis 1954 nur für die Arbeiter in den Städten gültige — Gesetzgebung, die ein System von Rentenfonds schuf, denen die Arbeitnehmer 10 vH des Lohnes und die Arbeitgeber 15 vH beizusteuern hatten; diese Fonds wurden unter der Jurisdiktion eines Nationalen Wohlfahrtsinstituts (Instituto Nacional de Previsión Social) zusammengefaßt. Allgemein wurde das Pensionsalter auf 55 Jahre festgesetzt; aber ein Rentenreformgesetz vom Jahre 1954 bot denjenigen, die bis zum Alter von 60 Jahren arbeiteten, eine Belohnung. Die Pensionen wurden zu den Lebenshaltungskosten in Bezug gesetzt, das heißt, sie sollten sich auf die laufenden Löhne beziehen und nicht auf diejenigen, welche der Rentner bezog, als er noch in Arbeit stand. In der Praxis waren die vom Nationalen Wohlfahrtsinstitut eingetribenen Beiträge immer viel höher als die jährlich zur Zahlung von Renten und Verwaltungsausgaben benötigten Beträge. Im Jahre 1954 beispielsweise betrug die Summe der Einkünfte 9,645 Milliarden Pesos, während nur 3,236 Milliarden ausgegeben wurden. Der Ueberschuß des Instituts wurde regelmäßig dem Staat gegen Sozialversicherungs-Schuldverschreibungen geliehen (Bonos de Previsión Social, die sich bis Juli 1954 mit 4 vH und danach mit 5 vH verzinsten). Auf diese Weise wurden große Summen für die Regierung zur Finanzierung ihrer öffentlichen Arbeitsprogramme und zum Ersatz für Verluste der staatseigenen Unternehmen freigemacht. Im Jahre 1954 wurde ein Pensionsplan für Unternehmer und freiberuflich Tätige eingeführt, der es allen Personen

über 18 Jahren zur Pflicht machte, 10 vH ihres Einkommens beizutragen. In demselben Jahre wurde das nationale Rentensystem auf die Landarbeiter ausgedehnt, wobei der Beitrag des Arbeitgebers auf 7 vH, der des Arbeitnehmers auf 5 vH festgesetzt wurde. Deshalb war vom Beginn des Jahres 1955 an praktisch der ganzen argentinischen Bevölkerung — damals etwa 18,7 Millionen — finanzielle Hilfe im Alter zugesichert. Die Bedeutung des Rentensystems lag natürlich nicht nur in dem Nutzen, den es den Alten brachte, sondern auch in der Tatsache, daß es — durch die Entwicklungspläne der Regierung — einen wesentlichen Teil des Volkseinkommens absorbierte und neu verteilte. Diese Sozialgesetzgebung wurde im allgemeinen für wünschenswert gehalten, obwohl sie in Einzelheiten und wegen der Art ihrer Anwendung kritisiert wurde.

Peróns Stellung im Jahre 1954

Während des Jahres 1954 schien Peróns Stellung gesichert. Er hatte immer noch die Unterstützung der Arbeitermassen, und der Kurs seiner Wirtschaftspolitik hatte die Geschäftsleute ermutigt. Selbst die konservative Bolsa de Comercio de Buenos Aires (die Börse) zeigte in ihrem Jahresbericht für 1954 ihre Billigung von Peróns allgemeiner Wirtschaftspolitik. Die Verfasser dieses Berichtes waren der Ansicht, daß Argentinien „in einer stärkeren Position als viele (rohstoff-erzeugende) Länder ist, da hier, dank der Tätigkeit des IAPI, der Rohstoffherzeuger gegen die in der internationalen Preisentwicklung für seine Güter immanen Rückschläge geschützt wird, während die vorausschauende Industrialisierungspolitik der Regierung in den letzten zehn Jahren in der Befreiung Argentiniens von seiner früheren Abhängigkeit von eingeführten Verbrauchsgütern weit fortgeschritten ist“.

In Wirklichkeit aber war Peróns Lage nicht so sicher, wie sie zu sein schien. Mehr als zehn Jahre lang war es seine Politik gewesen, „den Feind zu teilen“; jedoch verminderte er dadurch, daß er sie teilte und gegeneinander ausspielte, die Anzahl seiner Gegner nicht; und so waren sie in der letzten Periode seiner Regierung in beinahe jedem Zweig der Gesellschaft zu finden. Selbst in der Umgebung Peróns gab es eine Menge potentieller Revolutionäre, die, obwohl sie in vieler Hinsicht uneinig waren, wenigstens darin übereinstimmten, daß dieser Caudillo des zwanzigsten Jahrhunderts gestürzt werden müsse.

Die entscheidenden Fehler

In den letzten zwölf Monaten seiner Regierung unterliefen Perón zwei große Fehlkalkulationen: erstens überwarf er sich mit der römisch-katholischen Kirche, deren Widerstandskraft sich als größer erwies, als er erwartet hatte; und zweitens unterschätzte er die Opposition, die sein Vorschlag, ausländisches Kapital und ausländische Techniker in

den südlichen Oelfeldern einzusetzen, in der Armee und in der peronistischen Partei selbst hervorrufen würde.

Diese zweite Fehlkalkulation war wahrscheinlich ein beinahe ebenso wichtiger Faktor bei seinem Sturz (obwohl viel weniger augenfällig) als der Streit mit der Kirche. Im Jahre 1955 erzeugte Argentinien auf seinen eigenen Oelfeldern immer noch nicht mehr als die Hälfte seines Erdölbedarfs, und Treibstoffeinfuhren verursachten übermäßige Ausgaben von den nun ernstlich verringerten Einkünften des Landes an ausländischer Währung. Deshalb entwarf Perón nach längeren Verhandlungen einen Vertrag mit der Standard Oil Company of California, in dem vorgesehen war, daß die Company umfangreiche Oelvorkommen im Süden erforschen und ausbeuten sollte. Es wurde festgesetzt, daß alles von der Company erzeugte Oel an die Yacimientos Petroliferos Fiscales (die staatliche argentinische Erdölorganisation) zur Weiterverteilung verkauft werden müsse, so daß argentinische Nationalisten sich nicht beklagen konnten, daß die Nation den Besitz ihres Oels verloren hätte. Eine Klausel im Vertrag berechnete aber die amerikanische Gesellschaft, im Konzessionsgebiet Flugplätze zu bauen, was angesichts der riesigen Entfernungen eine recht vernünftige Regelung war. In der Armee jedoch wurde gemunkelt, daß diese Flugplätze zu nordamerikanischen Militärstützpunkten werden würden, während hartnäckige Peronisten das Abkommen als einen Verrat an den „Koloß im Norden“ ansahen. Deshalb verursachte die Oelfrage unter Peróns Anhängern gerade in dem Augenblick große Uneinigkeit, in dem er ihre Loyalität wegen seines Konflikts mit der Kirche am dringendsten brauchte.

Peróns Kraftprobe mit der katholischen Kirche begann im November 1954. Fast bis zu diesem Datum hatte die Mehrheit der katholischen Hierarchie das Regime, das ihr gewisse Vorteile gewährt hatte (wie beispielsweise die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts in staatlichen Schulen), unterstützt; und sie war durch Peróns Fähigkeit, im Lande Ordnung zu halten, für ihn eingenommen worden. Die peronistische Bewegung enthielt jedoch viele linksgerichtete Mitglieder, die „fortschrittliche“ Gesetzgebung einzuführen wünschten (wie beispielsweise die Erlaubnis der Scheidung), und diese Absichten verursachten Besorgnis in klerikalen Kreisen. Außerdem beobachtete der Klerus, daß die Schulkinder eher zu guten Peronisten als zu guten Katholiken erzogen wurden. Deshalb begann die Kirche, ihr Recht in größerer Unabhängigkeit zu suchen. Katholiken suchten Einfluß in den Gewerkschaften zu gewinnen, und es wurden Pläne zur Gründung einer katholischen politischen Partei gefaßt. Perón wurde auf diese Weise herausgefordert, eine aggressive antikatholische Kampagne zu entfesseln.

Peróns Sturz und das Erbe seiner Herrschaft

Die einzelnen Stadien dieses Streites brauchen hier nicht beschrieben zu werden. Katholische Demonstrationen in den Straßen wurden mit Gewalt unterdrückt. Am 16. Juni 1955 versuchte eine Gruppe von Marineoffizieren (ein traditionell liberaler Stand), welche die Atmosphäre der Unruhe als günstig für ein solches Unternehmen ansah, Perón durch ein Luftbombardement zu „liquidieren“; das Unternehmen scheiterte. Danach nahm die Unordnung zu, und Ende August ermächtigte Perón seine descamisado-Anhänger, das Recht selbst in die Hand zu nehmen. Die Aussicht, daß die Gewerkschaften im Begriffe standen, faktisch eine peronistische Miliz zu werden, rief die Armee auf den Plan, und am 16. September führte General Eduardo Lonardi die Garnison der alten katholischen Stadt Córdoba zum Aufstand; andere Provinzgarnisonen schlossen sich der Bewegung bald an; und Admiral Isaac Rojas drohte, daß die Marine die Hauptstadt beschießen würde, wenn Perón sich nicht ergäbe. Derart in seiner Feste Buenos Aires eingeschlossen, dankte Perón am 19. September ab; dann suchte er Asyl auf einem paraguayischen Kanonenboot, das im Hafen von Buenos Aires lag; und schließlich wurde ihm gestattet, ins Exil zu gehen.

Von den Katholiken wurde sein Sturz als ein Sieg sowohl für die Kirche als auch für die Demokratie angesehen. General Lonardi — ein frommer Katholik — war das anerkannte Haupt der revolutionären Kräfte, und am 23. September zog er im Triumph in die Hauptstadt ein, um sein Amt als vorläufiger Präsident anzutreten. In Buenos Aires flatterte nun die päpstliche Flagge Seite an Seite mit der argentinischen; und das über dem Regierungsgebäude paradiierende Luftgeschwader flog in der Formation eines Kreuzes, gefolgt von dem Buchstaben V. Lonardis Leitspruch war „Christus vincit“. In seiner ersten Rede als Präsident versprach er, ein Kon-

kordat mit dem Vatikan abzuschließen. Die Mehrzahl der Minister, die er ernannte, waren katholische Nationalisten, und seine persönliche Umgebung bestand großenteils aus katholischen Laien aus Córdoba, Offizieren und Priestern. Nach Meinung der Liberalen und Demokraten legte Präsident Lonardi zu große Betonung auf den katholischen Aspekt der Revolution und war seine Regierung zu reaktionär. Radikale und Sozialisten erinnerten daran, daß sie selbst während der Dauer des Regimes standhaft den Peronismus bekämpft hatten — und die Folgen davon während der zehn Jahre, die es dauerte, ertrugen —, während die Kirche im Gegenteil mit Perón kollaboriert hatte, bis er im November 1954 seine antikatholische Kampagne begann. Ihrer Meinung nach war es ungerecht, daß die Katholiken nun versuchten, die Revolution an sich zu reißen, der sie sich erst in elfter Stunde angeschlossen hatten. Außerdem hatten die Katholiken, nach Ansicht der Radikalen und Sozialisten, keine wirkliche Begeisterung für die Demokratie, während es immer das Hauptziel der Anti-Perón-Bewegung war, echt demokratische Regierungsmethoden in Argentinien einzuführen. Am 13. November 1955 wurde General Lonardi durch eine Gruppe liberal gesinnter Offiziere abgesetzt. Katholiken in verschiedenen Teilen des Landes, die gegen diesen letzten Staatsstreich protestierten, wurden verhaftet.

Wenn auch alles, was Perón während seiner Herrschaft getan hatte, von seinen Nachfolgern verurteilt wurde, scheinen die von den neuen Machthabern eingeführten wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen den seinen mehr und mehr ähnlich zu werden. In Wahrheit ist es natürlich so, daß die „Entperonisierung“ Argentinien keines der grundsätzlichen Probleme des Landes lösen kann, weil diese nicht von Perón geschaffen wurden, sondern dem Ort und den Zeitläuften eigen sind.

Bibliographische Hinweise

Allgemeine Werke über Argentinien

- Amadeo, Santos P. Argentine Constitutional Law: the judicial function in the maintenance of the federal system and the preservation of individual rights. New York, Columbia University Press, 1943. (Columbia Legal Series, No. IV.)
- Bunge, Alejandro E. La Economía Argentina. Buenos Aires, Agencia General de Librerías y Publicaciones, 1928—30. 4 Bde.
- Una Nueva Argentina. Buenos Aires, Kraft, 1940.
- Bunkley, Allison Williams. The Life of Sarmiento. Princeton University Press, 1952.
- Burgin, Miron. The Economic Aspects of Argentine Federalism, 1820—1852. Cambridge, Mass., Harvard University Press, 1946.

- García-Mata, Rafael, und Llorens, Emilio. Argentina Económica 1939. Buenos Aires, Compañía Impresora Argentina, 1939.
- Graham, R. B. Cunningham. The Conquest of the River Plate. London, Heinemann, 1924.
- The Horses of the Conquest. London, Heinemann, 1930.
- Hanson, Simon G. Argentine Meat and the British Market: Chapters in the History of the Argentine Meat Industry. Stanford University Press, 1938.
- Haring, C. H. Argentina and the United States. Boston, World Peace Foundation, 1941.
- Ingenieros, José. La Evolución de las Ideas Argentinas, hrsg. v. Aníbal Ponce. Buenos Aires, Editorial Problemas, 1946. 4 Bde.
- Sociología Argentina. Buenos Aires, J. L. Rosso, 1915.

- Jefferson, Mark. *Peopling the Argentine Pampa*. Zweite Auflage. New York, American Geog. Soc., 1930. (Research Series No. 16.)
- Kirkpatrick, F. A. *A History of the Argentine Republic*. Cambridge University Press, 1931.
- Kühn, Franz. *Geografía de la Argentina*. 2. Aufl. Barcelona, Editorial Labor, 1941. (Colección Labor, Sección VII, Geografía, No. 271.)
- Legón, Faustino J., und Medrano, Samuel W. *Las Constituciones de la República Argentina*. Madrid, Ediciones Cultura Hispánica, 1953.
- Levene, Ricardo. *A History of Argentina*, hrsg. v. W. S. Robertson. Chapel Hill, University of North Carolina Press, 1937.
- Macdonald, Austin F. *Government of the Argentine Republic*. New York, Thomas Y. Crowell, 1942.
- Ortiz, Ricardo M. *El Ferrocarril en la Economía Argentina*. Buenos Aires, Editorial Problemas, 1946.
- Pendle, George. *Argentina*. London — New York, Royal Institute of International Affairs, 1955.
- Peters, H. E. *The Foreign Debt of the Argentine Republic*. Baltimore, Johns Hopkins Press, 1934.
- Phelps, Vernon Lovell. *The International Economic Position of Argentina*. Philadelphia, University of Pennsylvania Press, 1938.
- Quien es Quien en la Argentina: *Biografías Contemporáneas*. 5. Aufl. Buenos Aires, Kraft, 1950.
- Rennie, Ysabel F. *The Argentine Republic*. New York, Macmillan, 1945.
- Scalabrini Ortiz, Raúl. *Historia de los Ferrocarriles Argentinos*. Buenos Aires, 1940.
- *Política Británica en el Río de la Plata*. Buenos Aires, 1940.
- Smith, O. Edmund. *Yankee Diplomacy: U.S. Intervention in Argentina*. Dallas, Southern Methodist University Press, 1953. (Arnold Foundation Studies, vol. 3, new series.)
- Taylor, Carl C. *Rural Life in Argentina*. Baton Rouge, Louisiana State University Press, 1948.
- U.S. Tariff Commission. *Agricultural, Pastoral and Forest Industries in Argentina*. Washington, 1947.
- *Economic Controls and Commercial Policy in Argentina*. Washington, 1945.
- *Mining and Manufacturing Industries in Argentina*. Washington, 1945.
- Weil, Felix J. *Argentine Riddle*. New York, Day, 1944.
- Whitaker, Arthur P. *The United States and Argentina*. Harvard University Press, 1954.
- White, John W. *Argentina; the Life Story of a Nation*. New York, Viking Press, 1942.
- *Expresiones de una Política Continental: Discursos de los Presidentes Chaves y Perón*. Buenos Aires, 1953.
- *Mensaje a los Pueblos de América de los Presidentes Perón e Ibáñez: Afirmación de un Destino Común*. Buenos Aires, 1953.
- *Unión Económica Argentina Ecuatoriana: Afirmación de un Destino Común*. Buenos Aires, 1953.
- *Presidencia, Subsecretaría de Informaciones. Plan Quinquenal de Gobierno del Presidente Perón, 1947—1951*. Buenos Aires, 1947.
- *Segundo Plan Quinquenal*. Buenos Aires, 1953.
- *The Constitution of the Argentine Nation, approved by the National Constituent Assembly, March 11th, 1949*. Buenos Aires, 1949.
- Blanksten, George I. *Perón's Argentina*. University of Chicago Press, 1953.
- Bruce, James. *Those Perplexing Argentines*. London, Eire & Spottiswoode, 1954.
- Cowles, Fleur. *Bloody Precedent: the Perón Story*. London, Muller, 1952.
- Gómez Morales, Alfredo. *El Estado Económico del País y la Ejecución del Segundo Plan Quinquenal: Conferencia Pronunciada ... en la Escuela Nacional de Guerra*. Buenos Aires, Presidencia de la Nación, Ministerio de Asuntos Económicos, 1953.
- Greenup, Ruth and Leonard. *Revolution before Breakfast: Argentina, 1941—1946*. Chapel Hill, University of North Carolina Press, 1947.
- Josephs, Ray. *Argentine Diary*. New York, Random House, 1944.
- *Latin America: Continent in Crisis*. New York, Random House, 1948.
- Kelly, Sir David. *The Ruling Few*. London, Hollis & Carter, 1952.
- MacKenzie, Norman. *Argentina*. London, Gollancz, 1947.
- Magnet, Alejandro. *Nuestros Vecinos Justicialistas*. Santiago de Chile, Editorial del Pacífico, 1953.
- Mende, Raúl A. *El Justicialismo: Doctrina y Realidad Peronista*. Buenos Aires, ALEA, 1950.
- Perón, Eva. *La Razón de mi Vida*. Buenos Aires, Peuser, 1951.
- Perón, Juan D. *Conferencia pronunciada en el Acto de Clausura del Primer Congreso Nacional de Filosofía, Mendoza, 9 de Abril de 1949*. Buenos Aires, Presidencia, Subsecretaría de Informaciones, 1949.
- [Perón, Juan D.] *Los Mensajes de Perón*. Buenos Aires, Ediciones Mundo Peronista, 1952. (Präsident Peróns Jahresbotschaften an den Kongreß, 1946—1952.)
- Richmond, Leonardo T. *La Tercera Posición Argentina, y otros sistemas comparados*. Buenos Aires, Acme Agency, 1950.
- U.S. Dept. of State. *Consultation among the American Republics with Respect to the Argentine Situation*. Washington, 1946.

Zur Aera Perón

- Alexander, Robert J. *The Perón Era*. London, Gollancz, 1952.
- Argentina, Ministerio de Relaciones Exteriores y Culto. *Expresiones de una Política Continental: Argentina y Nicaragua Bajo el Signo de América*. Buenos Aires, 1953.

Das amerikanische Regionalsystem

Von Prof. Miguel Jorrin,

Director, School of Inter-American Affairs, University of New Mexico, Albuquerque

Vorbemerkung

Während des Zweiten Weltkrieges und vor allem in der Nachkriegszeit ist die Literatur über internationale Angelegenheiten durch zahlreiche Studien, die um den Gedanken von der „Einen Welt“ oder einer weltweiten Gemeinschaft angestellt worden sind, bereichert worden. Es ist jedoch den Funktionen regionaler Systeme von Nationen, wie der Organisation der Amerikanischen Staaten, nicht genug Beachtung geschenkt worden. Auf der anderen Seite weisen neue Entwicklungen in der Weltpolitik auf eine Tendenz zur Bildung regionaler Blocks, die innerhalb oder außerhalb der Struktur der Vereinten Nationen arbeiten.

Diese Erscheinung ist durch Professor F. S. C. Northrop in seinem Buch „The Taming of the Nations“¹ korrekt beschrieben worden: er zeigt darin auf, wie schwierig es ist, Nationen mit verschiedenartigen kulturellen Traditionen und „lebendigen Rechtsgewohnheiten“ unter einem Gesetz zusammenzubringen. Nach Dr. Northrop gibt es sieben hauptsächliche kulturpolitische Einheiten in der gegenwärtigen Welt; eine davon ist Lateinamerika.

Neben dem Universalismus der Vereinten Nationen steht die vorherrschende Nachkriegserscheinung des Regionalismus. Die Professoren Haas und Whiting sagen darüber in einem neuerschienenen Buch: „Quantitativ zeigt sich die Bedeutung der

regionalen Organisationen in der Tatsache, daß von über 80 souveränen Staaten zur Zeit nur 10 nicht an ein Regionalsystem angeschlossen sind: zwei afrikanische, sieben asiatische und ein europäischer. Der größte Teil von Europa, der Mittlere Osten, ganz Australien und Ozeanien und die beiden Amerika sind regional gebunden. Das Commonwealth, der Nordatlantikpakt (NATO), die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS), der Pazifische Sicherheitspakt (ANZUS), der Südostasienpakt (SEATO), der Balkan-Pakt, der Bagdad-Pakt, die Französische Union, die Arabische Liga, das sowjetische osteuropäische System (Warschauer Vertrag), der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC), der Europarat, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) sind die internationalen Bindungen, die überall die Politik und die Erwartungen der Gruppen maßgebend beeinflussen“.²

Eine politische Gemeinschaft, einschließlich der übernationalen, mag definiert werden als eine Gemeinschaft gesellschaftlicher Wechselwirkung, die durch Sanktion und freiwillige Unterordnung ergänzt wird. Auf Grund des weitverbreiteten Auftretens des Regionalismus mag es von Interesse sein, den Ursprung, die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand des ältesten dieser Blocks, des Interamerikanischen Systems, zu betrachten.

Die Ursprünge des amerikanischen Regionalismus

Zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts traten in der neuen Welt einander völlig entgegengesetzte politische Erscheinungen auf. In Nordamerika vergrößerten die dreizehn unabhängig gewordenen britischen Kolonien nach und nach ihr ursprüngliches Gebiet, breiteten sich nach Süden und Westen aus und bildeten die Vereinigten Staaten von Amerika. Im Süden gewannen die spanischen Kolonien ihre Unabhängigkeit und zerfielen in zahlreiche Nationen. Darum gab es im Norden Integration und Vereinigung, im Süden dagegen Desintegration und Teilung. Kaum war die Befreiung von Spanien erreicht, da

drohte schon eine spanische Wiedereroberung. Mit der Niederlage Napoleons und der Bildung der Heiligen Allianz triumphierten in Europa die absoluten Monarchien. Es bestand die Möglichkeit eines europäischen Angriffs, der die Errungenschaften der Unabhängigkeit hinwegzufegen drohte. Die lateinamerikanischen Republiken waren klein und arm und fühlten sich der übrigen Welt gegenüber unsicher. Irgendeine Art der Einheit mußte wenigstens nach außen hin geschaffen werden, um die Unabhängigkeit zu sichern.

Viele lateinamerikanischen Staatsmänner erkannten die durch die Teilung des alten spanischen Reiches in so viele unabhängige Nationen verursachte Schwäche. Zu Anfang des Jahrhunderts sprach der Chilene Juan Egaña von der Notwendigkeit, eine Union der spanischen Länder in der Neuen Welt zu schaffen³.

¹ New York, The Macmillan Co. 1952.

² Ernst B. Haas und Allen S. Whiting, „Dynamics of International Relations“, New York, McGraw-Hill 1956, S. 491.

³ Vgl. die Einführung zu dem „Projekt einer Erklärung der Rechte des chilenischen Volkes“ auf S. 8689.

Im Jahre 1815 schrieb der Befreier *Simón Bolívar* in seinem wohlbekannten „Brief aus Jamaica“⁴ über dasselbe Thema. Diese und andere Ideen gipfelten in einer Reihe von Konferenzen, auf denen sich Vertreter einiger lateinamerikanischer Republiken trafen; sie bildeten den Vorläufer des jetzigen Interamerikanischen Systems.

Früher wurde die Geschichte der Panamerikanischen Bewegung in zwei Zeitabschnitte eingeteilt. Der eine dauerte vom Kongreß von Panama (1826) bis zur ersten Internationalen Konferenz in Washington (1888—89). Der zweite umfaßte die Zeit von diesem Datum bis zur Gegenwart. Die Zäsur war die

Beteiligung der Vereinigten Staaten nach der Washingtoner Konferenz. Mit der Gründung der Vereinten Nationen, und besonders mit der Konferenz in Bogotá im Jahre 1948, sollte man noch einen weiteren Abschnitt hinzufügen. In Bogotá wurde die Organisation der Amerikanischen Staaten geschaffen, um als Regionalsystem innerhalb der Struktur der Vereinten Nationen zu arbeiten. Deshalb sollte heute die geschichtliche Entwicklung der Panamerikanischen Bewegung in drei Abschnitten gesehen werden: 1. die Lateinamerikanischen Konferenzen (1826—1889), 2. die Internationalen Konferenzen der Amerikanischen Staaten (1889—1948) und 3. das Interamerikanische Regionalsystem (1948 bis heute).

Die Lateinamerikanischen Konferenzen (1826-1889)

Die erste dieser Konferenzen wurde im Sommer 1826 in Panama abgehalten⁵. Die vertretenen Länder waren Kolumbien (zu dem damals Venezuela und Ecuador gehörten), Mexiko, Peru und Zentralamerika (dessen Staaten alle in einer Nation vereinigt waren). England und die Niederlande schickten Beobachter, und die Vereinigten Staaten waren auch eingeladen, aber einer ihrer Abgeordneten starb unterwegs, und der andere kam erst, als die Sitzungen vorüber waren. Die lateinamerikanischen Länder unterzeichneten einen Unionsvertrag für ihre gemeinsame Verteidigung, die Erhaltung ihrer Territorien, die Abschaffung der Sklaverei und andere, geringfügigere Angelegenheiten. Dieser Vertrag wurde nur von Kolumbien ratifiziert und hatte keine Bedeutung. Nichtsdestoweniger offenbarte das Treffen die Bewegung zu einem lateinamerikanischen System, das sich zur ersten internationalen Organisation der Neuzeit entwickeln sollte.

Das nächste Treffen war der Amerikanische Kongreß von Lima, der zwischen Dezember 1847 und März 1848 stattfand. Auf der Konferenz waren Bolivien, Chile, Ecuador, Neu-Granada (Kolumbien) und Peru vertreten. Ein zweiter Unions- und Konföderationsvertrag wurde unterzeichnet, und mehrere Entschlüsse über Handel und Schifffahrt wurden gebilligt. Im September 1856 wurde dann der „Kontinentale Kongreß der Lateinamerikanischen Republiken“ in Santiago de Chile abgehalten. Es kamen nur drei Länder zu dem Treffen: Ecuador, Peru und Chile. Sie unterzeichneten einen Schifffahrtsvertrag, der nie in Kraft getreten ist.

Wichtiger war die in Lima im Winter 1864—65

abgehaltene Konferenz. Delegierte von Bolivien, Chile, Kolumbien, Ecuador, Guatemala, Peru und Venezuela nahmen an den Sitzungen teil. Ein Unions- und Bündnisvertrag wurde unterzeichnet. Die alte Idee einer Konföderation der Republiken wurde durch das Prinzip ersetzt, daß die Länder der Neuen Welt eine „Familie von Nationen“ bilden sollten, die nach außen zusammen auftreten, aber in inneren Angelegenheiten völlige Souveränität behalten sollten.

Bei dieser ersten Reihe von Konferenzen war der Hauptzweck, die Unabhängigkeit der neuen Republiken zu bewahren. Lateinamerika sah mit Mißtrauen auf die europäischen Mächte und die Vereinigten Staaten, und viele dieser Befürchtungen waren nicht unbegründet: während dieser Epoche intervenierten die europäischen Mächte in der Gegend des La Plata-Flusses (1842—1850); die Vereinigten Staaten eroberten einen großen Teil von Mexiko (1847); Spanien besetzte die Dominikanische Republik (1860—65); und Frankreich errichtete das Maximilianische Reich in Mexiko (1863—1867). In diesen Konferenzen begann man, einige der Grundsätze der zukünftigen Panamerikanischen Bewegung zu erörtern, ebenso die ersten Formulierungen des Prinzips der Nichteinmischung, der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten, der Schiedsgerichtsbarkeit und der Kollektivmaßnahmen. Zwischen 1864 und 1888 wurden keine politischen Konferenzen mehr abgehalten. Es fanden aber eine Reihe von Juristentreffen statt, in denen bedeutende Fortschritte auf dem Gebiete des öffentlichen und privaten internationalen Rechts gemacht wurden.

Internationale Konferenzen der Amerikanischen Staaten (1889-1948)

Im Jahre 1888 luden die Vereinigten Staaten die lateinamerikanischen Republiken zu einer internationalen Konferenz ein, die im Herbst des folgenden

Jahres in Washington abgehalten werden sollte. Das Treffen dauerte bis April 1890, und 17 Republiken waren vertreten. Im April 1890 wurde durch eine

⁴) Vgl. den Auszug aus dem Wortlaut des Briefes auf S. 8690.

⁵) Vgl. den Auszug aus dem Einladungsschreiben Simón Bolívars auf S. 8692.

Entschließung eine Union der Amerikanischen Republiken mit dem Sitz in der nordamerikanischen Hauptstadt errichtet. Eine zweite Entschließung gründete das Handelsbureau der Amerikanischen Republiken mit dem Zweck, Handelsinformationen auszutauschen und ein monatliches Bulletin herauszugeben. Dieses Bureau war der Ursprung der gegenwärtigen Panamerikanischen Union, und die Gemeinschaft der Republiken war die Vorläuferin der jetzigen Organisation der Amerikanischen Staaten.

Die Zweite Internationale Konferenz der Amerikanischen Staaten fand in Mexiko City zwischen Oktober 1901 und Januar 1902 mit vollständiger Vertretung aller Republiken statt. Sie billigte Entschließungen über Schiedsgerichtsbarkeit, Regelung finanzieller Ansprüche, Patente und Warenzeichen, Auslieferung und kulturellen Austausch. Die Konferenz bestätigte die Prinzipien der Haager Friedenskonferenz von 1899, und das Handelsbureau wurde in das Internationale Bureau der Amerikanischen Republiken umgewandelt.

Das folgende Treffen wurde in Rio de Janeiro im Sommer 1906 abgehalten und von allen Ländern mit Ausnahme Haitis und Venezuelas besucht. Zwei neue unabhängige Republiken schlossen sich der Bewegung an: Kuba und Panama; die eine war 1902 unabhängig geworden, die andere 1903. Viele der lateinamerikanischen Delegierten unterstützten eine Entschließung, welche die Ausübung diplomatischen Drucks zur Eintreibung internationaler Schulden verbieten sollte; dies war das Prinzip, das durch den argentinischen Juristen Luis Drago vertreten wurde. Doch unternahm die Konferenz nichts in dieser Sache und leitete sie an die Haager Friedenskonferenz von 1909 weiter, wo die Doktrin angenommen wurde. Die Konferenz von Rio billigte neue Entschließungen über die Kodifizierung des Völkerrechts sowie über Patente und Warenzeichen.

An der in den Monaten Juli und August 1910 in Buenos Aires abgehaltenen Konferenz nahmen alle Länder mit Ausnahme Boliviens teil. Der wichtigste Beschluß war die Empfehlung, die Union der Amerikanischen Republiken in eine permanente Institution umzuwandeln und als ihre Exekutive die Panamerikanische Union mit dem Sitz in Washington einzurichten.

Die nächste Konferenz war auf Dezember 1914 angesetzt, aber der Erste Weltkrieg verhinderte sie. Sie fand erst 1923 in Santiago de Chile statt. Alle Republiken außer Bolivien, Mexiko und Peru waren vertreten. Eine wichtige Entscheidung war der sogenannte Gondra-Vertrag, der die Verhinderung des Krieges in der Hemisphäre zum Ziele hatte. Dieser Vertrag ist der Vorläufer des jetzigen Interamerikanischen Verteidigungs- und Solidaritätssystems. Er schuf einen Untersuchungsausschuß, der über jeden Friedensbruch berichten sollte, und ermächtigte die

Panamerikanische Union, angemessene Maßnahmen für die Verhinderung des Krieges zu empfehlen. Außerdem verkündete die Konferenz öffentlich die Rechtsgleichheit der Frau.

In den Monaten Januar und Februar 1928 wurde die Sechste Internationale Konferenz der Amerikanischen Staaten in Havanna abgehalten. Mit diesem Treffen begann die Panamerikanische Bewegung stärkeren politischen Charakter anzunehmen. Das politische Klima war für die Vereinigten Staaten ungünstig infolge ihrer häufigen Interventionen in einigen lateinamerikanischen Republiken. Die Lateinamerikaner wünschten eine Entschließung einzubringen, durch die jede Einmischung verurteilt werden sollte. Vor der Konferenz war in Rio de Janeiro eine Juristenkommission zusammengetreten und hatte die Annahme des Prinzips der Nichteinmischung empfohlen. Es gelang aber der Delegation der Vereinigten Staaten, trotz der Opposition vieler der Republiken die Aufnahme des Antrags in die Tagesordnung zu verhindern. Die Konferenz von Havanna faßte zahlreiche Entschließungen in bezug auf Neutralität, Asylrecht und Angelegenheiten des internationalen Privatrechts. Das Treffen war wichtig, weil die Sache der Nichteinmischung die Delegierten — wenn auch nicht offiziell — stark beschäftigte.

In den Jahren nach dem Treffen von Havanna begannen die Vereinigten Staaten, ihre Politik gegenüber Lateinamerika zu revidieren. Im Jahre 1929 kündigte Präsident Hoover an, daß in Zukunft die Nordamerikaner nicht mehr intervenieren würden, um die Interessen von Privatpersonen zu schützen. Im nächsten Jahre arbeitete der Unterstaatssekretär J. Reuben Clark ein Memorandum über die Monroe-Doktrin aus⁶, in dem er zu dem Schluß kam, daß dieses Prinzip die Vereinigten Staaten nicht berechtige, sich in die inneren Angelegenheiten der lateinamerikanischen Republiken einzumischen. Im März 1933 verkündete dann Präsident Roosevelt seine berühmte „Good Neighbor Policy“.⁷ Alle diese Veränderungen trugen zu einem günstigeren Klima für die nächste Interamerikanische Konferenz bei.

Diese fand im Dezember 1933 in Montevideo statt, und nur Costa Rica war abwesend. Wenige Monate vorher hatte Argentinien beschlossen, eine entschlossene Führerrolle zugunsten der Nichteinmischung zu übernehmen. Es gelang ihm, einige wichtige Länder zur Unterzeichnung eines Antikriegspaktes zu bewegen, worin eine jede Einmischung verurteilende Klausel enthalten war. Während der Sitzungen des Treffens bestätigte die Delegation der Vereinigten Staaten den Anti-Kriegs-Pakt und nahm die allgemeine Nichteinmischungs-Erklärung an. Jedoch machte Außenminister Cordell Hull vor Schluß der Konferenz gewisse Vorbehalte zum Prinzip der Nichteinmischung.

⁶) Vgl. den Wortlaut auf S. 8693.

⁷) Vgl. den Auszug aus der Botschaft auf S. 8694.

Er betonte, daß die Vereinigten Staaten an den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts festhalten würden, das bekanntlich die Intervention in einigen besonderen Fällen gestattet. Dieser Vorbehalt schwächte die Position der übrigen Länder. Die Delegierten kamen überein, das nächste Treffen 1938 in Lima zu veranstalten.

Der in Europa drohende Krieg veranlaßte jedoch Präsident Roosevelt, die Länder der Hemisphäre schon im Dezember 1936 zu einem Sondertreffen in Buenos Aires einzuladen. Bei diesem Treffen nahmen die Vereinigten Staaten das Prinzip der Nichteinmischung nunmehr ohne Vorbehalt an⁸. Die Delegierten unterzeichneten einen bedeutsamen Vertrag zur Erhaltung, Bewahrung und Wiederherstellung des Friedens auf dem Kontinent. In diesem Vertrag kam man überein, daß ein System gegenseitiger Beratung der Außenminister einzurichten sei, um den Frieden in Amerika zu bewahren, und daß im Falle eines Friedensbruches auf dem Kontinent die Staaten nach gegenseitiger Konsultation gemeinsam handeln sollten.

In den beiden Jahren zwischen dem Treffen von Buenos Aires und der Konferenz von Lima im Jahre 1938 wurde die internationale Lage immer schlimmer. Der spanische Bürgerkrieg, der japanische Einfall in China, die Besetzung von Oesterreich durch Hitler und der italienische Krieg in Aethiopien ließen die Drohung des Krieges deutlicher werden. Alle Republiken nahmen an der Konferenz von Lima teil und unterzeichneten die bedeutsame „Deklaration von Lima“, welche die Solidarität der Hemisphäre im Falle des Angriffs durch eine fremde Macht unterstrich. Das Prinzip der Nichteinmischung wurde auf dieser Konferenz auch endgültig angenommen, ebenso das System der gegenseitigen Konsultation.

Nach dem Angriff auf Polen und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs wurden die Prinzipien der inter-

amerikanischen Solidarität sofort in die Praxis umgesetzt. Ein Treffen der Außenminister wurde in Panama im September 1939 abgehalten; hier erklärten die amerikanischen Republiken ihre Neutralität und ergriffen Maßnahmen, sie im Falle einer möglichen Verletzung zu wahren.

Mit der Niederlage Frankreichs im Jahre 1940 rückte der europäische Krieg Amerika näher. Es wurde befürchtet, daß Deutschland versuchen könnte, einige der französischen oder niederländischen Besitzungen in der westlichen Hemisphäre zu besetzen. Darum wurde ein zweites Treffen der Außenminister im Sommer 1940 in Havanna abgehalten, und die Delegierten unterschrieben die sogenannte „Deklaration von Havanna“,⁹ die von manchen Historikern als die „Panamerikanisierung der Monroe-Doktrin“ bezeichnet wird. In dieser Deklaration hieß es, daß jeder Angriff eines nichtamerikanischen Staates gegen eine Republik der Hemisphäre als Angriffshandlung gegen alle Länder betrachtet werde. Es wurde auch vereinbart, daß im Falle einer Bedrohung der europäischen Kolonien in der Hemisphäre diese durch die Streitkräfte der amerikanischen Staaten zu ihrem Schutze besetzt werden sollten.

Nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor fand im Januar 1942 in Rio de Janeiro eine weitere Außenministerkonferenz statt. Die meisten Delegierten befürworteten eine Erklärung über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland, Italien und Japan, aber Chile und Argentinien zogen vor, neutral zu bleiben. Schließlich kamen die Delegierten überein, ihren Regierungen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den Achsenmächten nach den in ihren jeweiligen Verfassungen vorgeschriebenen Verfahren zu empfehlen. Das Treffen schuf auch eine Kommission für die politische Verteidigung der Hemisphäre, mit dem Sitz in Montevideo.

Das Interamerikanische Regionalsystem (1948-1956)

Das jetzige Interamerikanische System ist das Ergebnis der Nachkriegspolitik, die auf die Schaffung einer internationalen Organisation zur Bewahrung des Friedens abzielte. Im Jahre 1944 trafen sich die Vertreter der Großmächte, die mit Deutschland, Italien und Japan im Kriege waren, in Dumbarton Oaks, um die Grundlage der zukünftigen Vereinten Nationen zu diskutieren. Die lateinamerikanischen Länder waren zu diesem Treffen nicht eingeladen, und viele von ihnen nahmen ihren Ausschluß übel. Zu Beginn des Jahres 1945 luden die Vereinigten Staaten die lateinamerikanischen Republiken zu einem Treffen in Mexiko City ein, der sogenannten

„Interamerikanischen Konferenz über Probleme von Krieg und Frieden“. Bei diesem Treffen befaßte man sich mit einigen Fehlern der früheren Panamerikanischen Bewegung, die vor allem in einem Ueberfluß an Verträgen und Entschließungen und dem Fehlen wirksamer Koordination für schnelles, gemeinsames Handeln lagen. Eine der in Mexiko gebilligten Entschließungen war die Empfehlung zur Schaffung einer internationalen Regionalorganisation. Zu Ende des Treffens wurde Argentinien, das nicht am Kriege gegen die Achsenmächte teilnahm, eingeladen, sich der Panamerikanischen Bewegung anzuschließen.

Alle lateinamerikanischen Länder waren 1945 bei der Konferenz von San Francisco zugegen und unterzeichneten die Charta der Vereinten Nationen.

⁸) Vgl. den Wortlaut des Protokolls über Nichteinmischung auf S. 8694.

⁹) Vgl. den Wortlaut auf S. 8695.

Die Artikel 52 und 53 der Charta enthalten Bestimmungen, welche die Tätigkeit regionaler Organisationen wie des Interamerikanischen Systems gestatten. Bei einer 1947 in Rio de Janeiro abgehaltenen Zusammenkunft unterzeichneten dann die lateinamerikanischen Länder zusammen mit den Vereinigten Staaten einen Pakt über die gemeinsame Verteidigung der Hemisphäre¹⁰, das erste regionale Abkommen, das unter der Aegide der genannten Artikel der Charta geschlossen wurde.

Die Neunte Internationale Konferenz der Amerikanischen Staaten fand im Frühjahr 1948 in Bogotá statt, wobei alle Republiken vertreten waren. Bei dieser Zusammenkunft wurde die jetzige Organisation der Amerikanischen Staaten als regionale Gruppe von Nationen unter einer grundlegenden Charta gegründet¹¹. Die innere Struktur dieser Organisation ist weiter unten beschrieben. Eine andere in Bogotá unterzeichnete bedeutende Entscheidung ist der Vertrag, der die Signatarstaaten zur friedlichen Lösung ihrer internationalen Streitigkeiten verpflichtet. Eine weitere EntschlieÙung verurteilte den internationalen Kommunismus und alle anderen Formen des Totalitarismus¹². Ebenso wurde beschlossen, daß die Kontinuität diplomatischer Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten wünschenswert sei; darum sollte die Anerkennung einer Regierung nicht gleichbedeutend mit der Billigung oder Mißbilligung ihrer Innenpolitik sein¹³.

Nach der Konferenz von Bogotá und während der Zeit des „Kalten Krieges“ spiegelten sich die Spannungen in der Welt auch in den auswärtigen Angelegenheiten der lateinamerikanischen Republiken wider. Unter dem Eindruck des Korea-Krieges wurde

im Frühling des Jahres 1951 in Washington eine dringende Beratung der Außenminister abgehalten, bei der alle Länder zugegen waren. Bei dieser Zusammenkunft boten die lateinamerikanischen Republiken den Vereinten Nationen ihre Mithilfe im Kriege an, jedoch nur wenige stellten Truppen für den Feldzug. Die Zusammenkunft billigte die sogenannte Erklärung von Washington, in der der internationale Kommunismus erneut verurteilt wurde.

Die Zehnte Internationale Konferenz der Amerikanischen Staaten fand im März 1954 in Caracas statt, und alle Republiken mit Ausnahme Costa Ricas entsandten Delegierte. Zahlreiche Sitzungen wurden einer weiteren antikommunistischen Erklärung gewidmet, die vom Außenminister der Vereinigten Staaten gefordert worden war. Die Vereinigten Staaten wünschten, daß die Mitgliedstaaten wirksame Maßnahmen zur Kontrolle des Kommunismus im Innern treffen sollten. Viele der lateinamerikanischen Republiken meinten jedoch, daß dies eine innere Angelegenheit sei und nicht in einer internationalen Konferenz besprochen werden sollte. Die Republik von Guatemala widersetzte sich dem Antrag offen, er wurde jedoch schließlich mit großer Mehrheit angenommen. Ein weiteres bedeutendes Thema war das Problem der europäischen Kolonien auf dem Kontinent. Die Vereinigten Staaten waren gegen jedes Eingreifen in dieser Angelegenheit mit der Begründung, daß diese Frage unter die Jurisdiktion der Vereinten Nationen gehöre, zumal die betroffenen europäischen Länder auf der Zusammenkunft nicht vertreten waren. Eine EntschlieÙung, die das Ende des Kolonialismus in der westlichen Hemisphäre forderte, wurde schließlich gegen die Stimmen der Vereinigten Staaten gebilligt.

Die Organisation der Amerikanischen Staaten

Die gegenwärtige Organisation der Amerikanischen Staaten ist das internationale System der Republiken der westlichen Hemisphäre, mit Ausnahme Kanadas sowie der britischen, französischen und niederländischen Kolonien in Südamerika und dem Karibischen Meer. In einer kürzlich veröffentlichten Studie dieser Organisation zeigt Margaret Kaiser die Bedeutung des gewählten Namens: „*Organisation*: freiwillige Verbindung, gegründet auf einer Charta oder Verfassung; *der Amerikanischen*: angewandt auf beide Kontinente der westlichen Hemisphäre, den nördlichen und den südlichen; *Staaten*: ein politischer Begriff, angewandt auf unabhängige, sich selbst regierende Nationen¹⁴.“

Die Prinzipien, die der Charta der OAS zugrunde liegen, können wie folgt zusammengefaßt werden: a) die Beziehungen zwischen ihren Mitgliedern sollen

auf dem internationalen Recht beruhen; b) eine Angriffshandlung gegen ein Mitglied soll als Angriff gegen alle anderen amerikanischen Staaten betrachtet werden; c) Streitigkeiten unter den Mitgliedern sollen mit friedlichen Mitteln beigelegt werden; d) Frieden und Wohlstand der Bevölkerung Amerikas sind auf politische Demokratie gegründet. Das amerikanische Regionalsystem versucht, seinen Zweck durch sechs verschiedene Arten von Organen zu erfüllen. Drei davon sind Versammlungen oder repräsentative Körperschaften, die periodisch zusammentreten; die anderen sind ständige Institutionen oder Behörden.

Die Versammlungen sind die Interamerikanische Konferenz, die Konsultativkonferenz der Außenminister und die Spezialkonferenzen. Die ständigen Institutionen sind der Rat, die Panamerikanische Union und die Spezialorganisationen.

¹⁰) Vgl. den Wortlaut in EA, Januar 1948, S. 1110 ff.

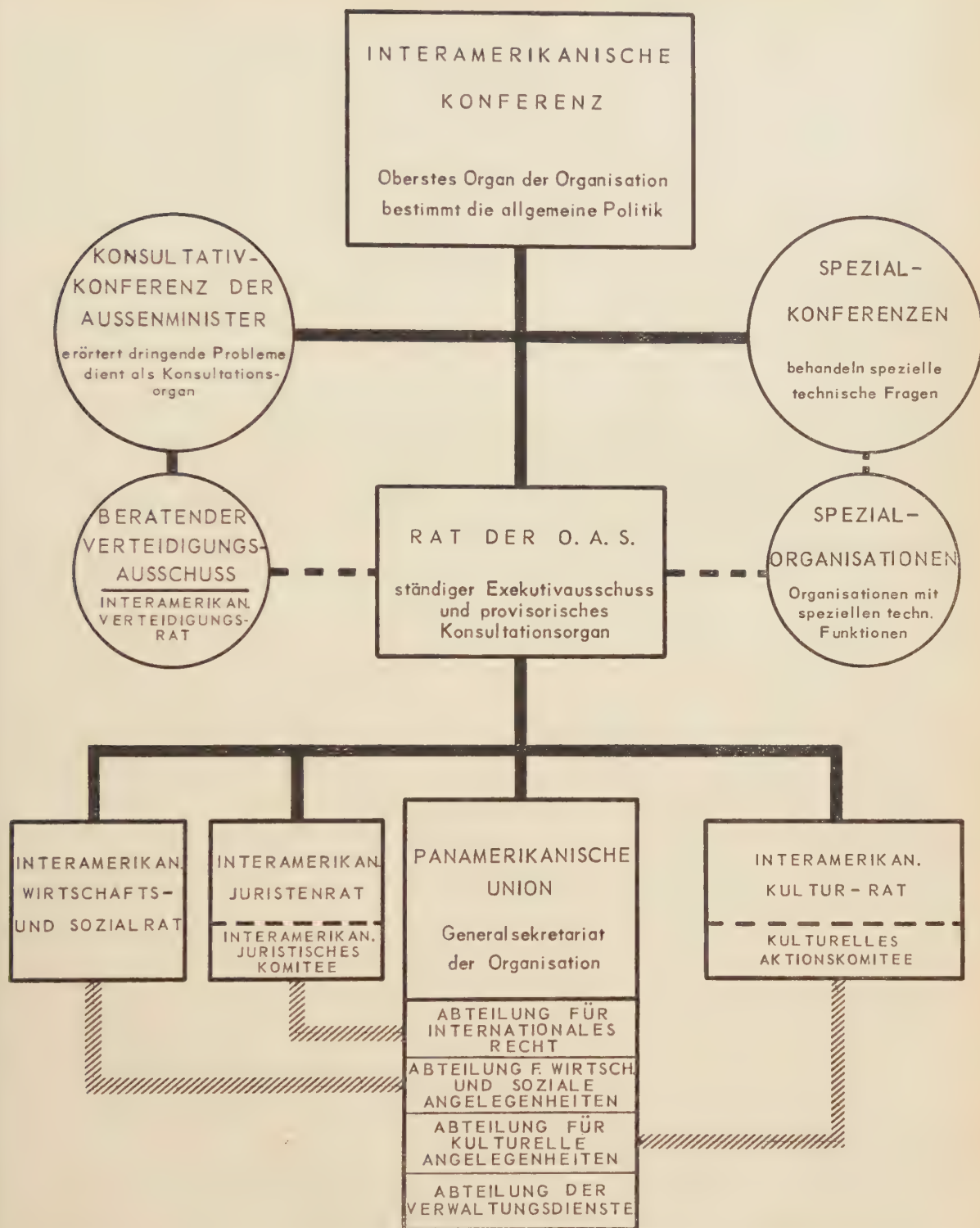
¹¹) Vgl. den Wortlaut der Charta auf S. 8696 ff.

¹²) Vgl. den Wortlaut auf S. 8695.

¹³) Vgl. den Wortlaut auf S. 8695.

¹⁴) Margaret Kaiser, „*Organization of American States*“, Washington D.C., 1955, S. 7.

Organisationsschema der OAS*



*) Mitgliedstaaten der OAS sind: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, die Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Kolumbien, Kuba, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Uruguay, Venezuela und die Vereinigten Staaten von Amerika.

Oberstes Organ ist die Interamerikanische Konferenz, die alle fünf Jahre zusammentritt. Dieses Organ bestimmt die allgemeine Politik und überwacht die Funktionen der anderen Organe. Die Konferenz der Außenminister behandelt außerordentliche Angelegenheiten; jede Nation kann ihre Einberufung verlangen. Die Spezialkonferenzen behandeln technische, wissenschaftliche und andere spezielle Probleme. Die Entscheidungen, diese Konferenzen abzuhalten, werden von der Interamerikanischen Konferenz, den Konsultativkonferenzen oder dem Rat der Organisation getroffen.

Der Rat ist das ständige Exekutivorgan der OAS und hat seinen Sitz in Washington. Jedes Land hat dort einen ständigen Vertreter mit dem Rang eines Botschafters. Der Rat tritt regelmäßig zweimal im Monat zusammen; Sondersitzungen können jederzeit einberufen werden. Die Panamerikanische Union ist das zentrale, ständige Organ und allgemeine Sekretariat der Organisation. Sie arbeitet unter der Leitung des Generalsekretärs und ist für die Verwaltung und Tätigkeit des ganzen Systems verantwortlich.

Sechs Interamerikanische Spezialorganisationen arbeiten innerhalb des amerikanischen Regionalsystems. Ihre Namen genügen, um ihre Ziele und Aufgaben erkennen zu lassen: Institut für Geographie und Geschichte; Landwirtschaftliches Institut; Institut zum Schutze der Kinder; Panamerikanische Organisation für Hygiene; Frauenausschuß; Indisches Institut.

Zusätzlich zu den genannten Organen hat die OAS Maßnahmen ergriffen, um Organe für den Frieden und die Verteidigung der Hemisphäre zu schaffen. Das Interamerikanische Friedenskomitee, das sich aus Vertretern Mexikos, der Vereinigten Staaten, Argentiniens, Brasiliens und Kubas zusammensetzt, wurde 1948 ins Leben gerufen und hat zur Beilegung von Streitigkeiten unter Mitgliedstaaten beigetragen. Der aus Vertretern eines jeden Landes zusammengesetzte Interamerikanische Verteidigungsausschuß in Washington plant die militärische Verteidigung der Hemisphäre. Außerdem arbeitet der Rat der OAS auf Grund des Vertrags von Rio (1947) auch als Friedenskomitee. Zweimal hat er erfolgreich Zusammenstöße zwischen Nicaragua und Costa Rica verhindert, und er hat auch zur Lösung des Karibischen Konflikts beigetragen, in den Haiti, die Dominikanische Republik, Kuba und Guatemala verwickelt waren. Während des Bürgerkrieges in Guatemala im Jahre 1954 appellierte die Regierung dieses Landes direkt an die Vereinten Nationen, doch diese leiteten den Fall an die OAS weiter. Das amerikanische System funktionierte nicht schnell genug — obwohl eine Konsultativkonferenz der Außenminister einberufen wurde —, und der Bürgerkrieg endete mit der Niederlage der Regierung, bevor etwas unternommen wurde.

Ein verdienter Ex-Präsident von Kolumbien, Eduardo Santos, hat vor kurzem daran erinnert, daß bis vor 40 Jahren Lateinamerika kein Kontinent, sondern ein Archipel war. So paradox das klingen mag: es ist wahr! Die Länder waren durch weite Entfernungen und natürliche Grenzen getrennt, und erst das Zeitalter des Automobils und des Flugzeugs brachte sie zusammen. Vorher war allein das Interamerikanische System der hauptsächlich Berührungspunkt zwischen den Republiken der Hemisphäre.

Es ist falsch, von Lateinamerika als einem Ganzen zu sprechen. Die 20 Länder sind einander in manchen Gesichtspunkten ähnlich, in anderen sind sie sehr verschieden. Das amerikanische Regionalsystem ist auf die Ähnlichkeiten gegründet, nicht auf die Verschiedenheiten. In den meisten Ländern finden sich Ähnlichkeiten in der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Situation und vor allem in den Hoffnungen und Wünschen. Es sind gerade diese Hoffnungen und Wünsche, in denen die OAS ihre Stärke findet.

In auswärtigen Angelegenheiten hat die OAS mit verhältnismäßig viel Erfolg und Wirksamkeit gearbeitet. Trotzdem hat das Regionalsystem mit zwei schwerwiegenden Hemmnissen zu rechnen. Das eine ist das ungleiche Machtverhältnis, das sich aus der großen Stärke der Vereinigten Staaten ergibt und das unweigerlich das äußere Verhalten der übrigen Länder beeinflussen muß. Das andere Hemmnis rührt von den innenpolitischen Verhältnissen her: von der politischen Instabilität der meisten Regierungen. Nur wenige Regierungen sind an der Macht als Ergebnis eines demokratischen Prozesses, und es ist wahrscheinlich, daß weitere Regierungswechsel stattfinden werden, bevor noch dieser Beitrag gedruckt ist. Die einzelnen Muster der Diktatur sind verschieden. Manche sind typisch für den traditionellen militaristischen und Caudillo-Stil. Manche sind durch pseudodemokratische Prozesse „legalisiert“. Manche haben demagogische Führer, die nicht nur durch die bewaffneten Streitkräfte, sondern auch durch große Bevölkerungsgruppen, einschließlich der organisierten Arbeiterschaft, gestützt werden.

In Lateinamerika tragen die Regierungsapparate eher den Charakter idealer Postulate als den positivrechtlicher, mit Sanktionsmitteln ausgestatteter Institutionen. Strukturell gesehen, haben die Regierungen drei Hauptfehler: die Stärke der Exekutive, die Schwäche der Legislative und die Machtlosigkeit und politische Gebundenheit der Justiz. Uruguay mit seiner pluralistischen Exekutive ist die einzige Ausnahme. Politik ist in Lateinamerika ein ernster Kampf, an dem viele gesellschaftliche Kräfte aktiv teilnehmen. Die durch Familie, Erziehung und Religion geformte autoritäre Grundhaltung macht diese Kämpfe bitter. Die Armeen, die organisierte Arbeiter-

schaft und die katholische Kirche wechseln oft ihre politischen Bündnisse und komplizieren die Probleme damit noch mehr.

Wenn das amerikanische Regionalsystem wirksam als politische Gemeinschaft integriert werden soll, müssen seine Mitglieder wirkliche Sicherheitsgemeinschaften sein. Eine Nation ist aber nur dann eine Sicherheitsgemeinschaft, wenn Bürgerkriege weder

drohen noch überhaupt denkbar sind. Länder, die unter Diktatur stehen oder sich am Vorabend eines möglichen Bürgerkrieges oder einer Revolution befinden, sind keine solchen Gemeinschaften. Wenn dieses Kriterium auf die meisten Staaten Lateinamerikas bezogen wird, so muß man feststellen, daß die ernsteste Schwäche der OAS nicht in der Institution selbst, sondern in ihren Mitgliedstaaten liegt.

Dokumente zur Geschichte des amerikanischen Regionalsystems

Dokumente zur Entstehungsgeschichte (1811-1824)

Projekt einer Erklärung der Rechte des chilenischen Volkes

Entworfen von Juan de Egana; auf Grund der Erörterungen in Regierung und Kongreß abgeänderte Fassung von 1811

Kein Staatsmann oder Gesetzgeber würde unter den gegenwärtigen Umständen, wenn er eine Erklärung über die Vertretung sowie über die natürlichen und sozialen Rechte irgendeines amerikanischen Staates abgibt, folgende Punkte vergessen:

Erstens, da es das Hauptziel eines jeden nach Selbstregierung strebenden Volkes ist, seine Freiheit so zu gestalten, daß der innere wie der äußere Friede gesichert ist, daß sich die amerikanischen Staaten zu ihrer äußeren Sicherheit gegen die Ziele Europas vereinigen und gegenseitige Kriege vermeiden müssen, die diese neugeborenen Staaten vernichten würden; dennoch sollte jeder Staat seine eigene innere Wirtschaftspolitik führen.

Zweitens, daß es angesichts der ständigen Gefahren für jede Nation sehr schwierig ist, von sich aus eine isolierte Souveränität zu behaupten, woran kein großes Interesse bestehen mag, sofern die innere Zufriedenheit oder der innere Wohlstand gesichert sind.

Drittens, da sich augenblicklich Europa in einem Zustand größerer Unruhe befindet als die Staaten von Amerika, zwischen beiden Weltteilen aber große Interessen bestehen, daß es für Amerika nahezu unmöglich ist, sein System vollkommen zu konsolidieren, ohne mit Europa oder einem wesentlichen Teil dieses Kontinents zu einem Uebereinkommen zu gelangen. Deshalb muß sich Amerika, da seine Hauptziele zweifacher Natur sind, nämlich (1) sein Glück und (2) die Beständigkeit seines Glücks, unter allen Umständen und bei jedem Risiko entscheiden, entweder zugrunde zu gehen oder in der Festigung seines inneren Regierungssystems sein Glück zu finden; es ist jedoch für die Stärke und Konsolidierung dieser Regierungen notwendig, daß sie sich nicht nur mit den Staaten ihres Kontinents, sondern auch in mancher Hinsicht mit denen Europas in Uebereinstimmung befinden. Diesem Grundsatz gemäß sollten Art und Natur ihrer Gewalten nicht festgelegt sein, bevor darüber gegenseitige Uebereinstimmung zwischen den Staaten erzielt ist.

Viertens, daß an dem Tage, an dem Amerika zu einem Kongreß entweder der Nation oder seiner zwei Kontinente oder des Südens allein zusammentritt und zur übrigen Welt spricht, seine Stimme Achtung verlangen und den Entschließungen dieses Kongresses nur schwer zu widersprechen sein wird.

Doch obwohl jedermann diese Tatsachen als wahr anerkennt, glauben manche, daß die Gründung eines solchen Kongresses eine schwierige Aufgabe sei. Und warum? Die Berechtigung und Notwendigkeit eines solchen Kongresses werden wohl anerkannt, und so findet dieses Vorhaben die Billigung und entspricht auch dem Wunsch aller Staaten von Amerika, und fremde Staaten dürfen sich ihm nicht widersetzen. Wir sind durch die Bande des Blutes, der Sprache, der Verwandtschaft, der Gesetze, Sitten und Religion verbunden; vor allem aber ist ein solches Vorhaben dringend notwendig für uns, und diese Notwendigkeit wird uns unwiderstehlich zu seiner Verwirklichung führen. Das einzige, was unserer Meinung nach fehlt, ist eine durch allgemeinen Beschluß der Bevölkerung irgendeines amerikanischen Staates autorisierte Stimme, welche die übrigen in feierlicher und würdiger Weise einladen kann. Und wer will die Gründung dieses Kongresses verhindern? Es besteht kein ersichtlicher Grund, der fremde Nationen berechtigen würde, ihm zu widersprechen, sondern es gibt für sie im Gegenteil nur rechtmäßige Gründe, ihn zu unterstützen, und außerdem viele Vernunftgründe. Wäre Spanien dagegen? Abgesehen von der Tatsache, daß es sich damit die Amerikaner nur zu unversöhnlichen Feinden machen würde und somit alles verlöre, würde es sich natürlich nach dem übereinstimmenden Beschluß der anderen Mächte richten. Die gegenwärtige Lage der Dinge weist, ohne große Prophezeiungen machen zu wollen, darauf hin, daß entweder — wenn Napoleons Glück wiederkehrt — Spanien französisch werden wird; und dann werden alle freien Nationen auf Amerikas Unabhängigkeit bestehen; oder — wenn die Alliierten die Oberhand gewinnen — Spanien einen König oder eine Regierung aufgezwungen bekommt, um die Macht eines der regierenden Häuser zu vermehren; und in diesem Falle werden nur wenige dafür sein, daß die beiden amerikanischen Kontinente der Macht dieses Hauses gewaltige Ausmaße verleihen. Es ist schwierig, und es besteht auch kein Präzedenzfall dafür, zu glauben, daß sie angesichts der Ambitionen Europas und seiner erlittenen Verluste sowie des geschwächten Zustandes, in welchem ein isoliertes Spanien sich befinden würde, den spanischen Staaten großzügig wieder die freie Wahl von Regierung und Regenten ge-

statten würden, die unfähig wären, sich zu behaupten; und es ist noch schwieriger, zu glauben, daß in diesem Falle irgendeine Nation großzügig die Wiedereroberung Amerikas unternehmen und alle anderen Nationen ihr dies erlauben würden. Spanien könnte es nie von sich aus tun.

Könnten aber die Vizekönige von Lima und Mexiko die Gründung dieses Kongresses verhindern? Wir wollen die Art der Macht betrachten, die diese Männer innehaben, und die Prinzipien, die sie vertreten. Ihre Macht ist unsicher, mißbräuchlich und ohne legale Autorität; jede neue Belastung, welche die spanische Regierung befällt, muß den Einfluß der Vizekönige und die spanische Position in Amerika schwächen. Diejenigen, welche die spanische Sache unterstützen, sind, nachdem sie sich der Mühe unterzogen haben, für ein Mutterland zu kämpfen, ohne zu wissen, in wessen Hände es fallen mag, und dessen Herrscher nur eine fragwürdige Autorität besitzen, die weder bleiben kann noch darf, noch stärker erschöpft und ausgeblutet als die Revolutionäre; hinzu kommt, daß der Augenblick nicht fern ist, wo sie es leid sein werden, so schwere und erfolglose Kriege zu führen, nur um sich selbst ihrer Rechte zu berauben und Sklaven eines unbekannten Herrn zu werden. Deshalb ist es sehr schwer zu glauben, daß an dem Tage, an dem ein Kongreß gefordert wird, auf dem alles in Ordnung gebracht werden kann und wo sie sich ihre Rechte wirklich verschaffen können, daß an diesem Tage die Vizekönige so unklug sein würden, die Bildung des Kongresses zu verweigern, und es ist fast unmöglich, daß das amerikanische Volk eine solche Bosheit dulden würde. Zumindest sieht es so aus, daß Natur und Politik darauf hindeuten, daß jetzt der Augenblick gekommen ist, die Ketten zu sprengen. Schließlich müssen wir, da es offensichtlich ist, daß die amerikanische Revolution nur mit Hilfe eines Kongresses richtig organisiert werden kann, seine Bildung mit der Zuversicht fördern, daß unsere Not es uns leicht machen wird.

Und was wäre verloren, wenn das nicht gelänge? Ein Volk, das seine innere Unabhängigkeit als Prinzip aufstellt und das seine äußeren Angelegenheiten nur einem Kongreß delegiert und, wenn dieser nicht zustande kommt, sie wieder in eigene Machtvollkommenheit zurücknimmt, geht kein Risiko ein; es sichert, was immer die gegenwärtigen Umstände erlauben, und läßt den Weg zu weiterer Konsolidierung in der Zukunft frei.

(Es folgt eine in hochtrabenden Worten gehaltene Erklärung, in welcher der Versuch gemacht wird, die Unabhängigkeit zu rechtfertigen; sie schließt mit der Formulierung der folgenden Grundlagen für eine Verfassung, deren Artikel Nr. 3 im Jahre 1813, zur Zeit der

Reaktion gegen die Uebertreibungen des revolutionären Geistes, hinzugefügt wurde.)

Artikel 1. Wie auch immer der Stand, die Wechselfälle oder Schicksale des spanischen Volkes entweder in Europa oder Amerika sein mögen, wird das Volk von Chile seine innere Regierung dauernd im Rahmen einer gerechten, liberalen und ständigen Verfassung bilden und führen.

Artikel 2. Das Volk von Chile behält sich das Recht auf alle seine Außenbeziehungen und deren Pflege so lange vor, bis durch die Gründung eines allgemeinen Kongresses der Nation oder ihres größeren Teils oder wenigstens Südamerikas (wenn die Gründung eines Kongresses der Nation nicht möglich ist) das allgemeine System der Union und gegenseitigen Sicherheit geschaffen ist, in welchem Falle alle in diesem Artikel vorbehaltenen Rechte auf den Kongreß übertragen werden.

Artikel 3. Ferdinand VII. oder diejenige natürliche oder juristische Person, die der Kongreß bestimmen mag, soll in Chile als das verfassungsgemäße Staatsoberhaupt anerkannt werden. Die Rechte, Privilegien und Prärogativen dieses Staatsoberhauptes sollen durch den Kongreß festgelegt werden, dessen allgemeinem Willen sich Chile von nun an auf Grund der in Artikel 1 aufgeführten Bestimmungen unterwirft.

Artikel 4. Chile bildet mit den spanischen Staaten, die sich dem allgemeinen, auf der Grundlage von Freiheit und Gleichheit geschaffenen Kongreß anschließen oder feierlich ihren Wunsch danach aussprechen können, eine Nation.

Artikel 5. Die Regierung von Chile wird alle Regierungen der Nation sofort von den obigen Erklärungen verständigen, so daß sie (falls sie dies wollen) durch ihre jeweiligen Kommissare über Ort, Art und Datum und alle anderen die Versammlung des allgemeinen Kongresses vorbereitenden Maßnahmen sowie über ihre Freiheit und Unabhängigkeit und absolute Gleichheit der Vertretung in Uebereinstimmung mit der freien Bevölkerung eines jeden Staates beschließen können.

Artikel 6. Die Religion Chiles ist die römisch-katholische.

Artikel 7. Jeder Mensch, der in einem der Herrschaftsgebiete der spanischen Monarchie geboren ist und den Verfassungseid leistet, muß als chilenischer Bürger anerkannt werden und ist bei Befolgung aller in der Verfassung niedergelegten Bürgerpflichten berechtigt, jedes Regierungsamt zu bekleiden, das keine anderen Qualifikationen erfordert.

Quelle: Alejandro Alvarez, „Juan de Egaña“ in „The Monroe Doctrine“, New York 1924, S. 113—116. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Antwort eines Südamerikaners an einen Herrn von dieser Insel

Der „Brief aus Jamaica“ von Simón Bolívar

Kingston, Jamaica,
6. September 1815.

Sehr geehrter Herr:

.....
Aus dem Vorangehenden können wir folgende Schlüsse ziehen: Die amerikanischen Provinzen kämpfen um ihre Freiheit und werden letztlich siegen. Natürlich werden

einige Provinzen Bundesrepubliken und andere einheitliche Republiken bilden; die größeren Gebiete werden unweigerlich Monarchien errichten, von denen manche so schlecht fahren werden, daß sie in gegenwärtigen oder zukünftigen Revolutionen auseinanderfallen. Eine große Monarchie zu konsolidieren ist keine leichte Aufgabe; es wird aber gänzlich unmöglich sein, eine große Republik zu konsolidieren.

Der Gedanke an eine Konsolidierung der Neuen Welt in eine einzige Nation, die durch Verträge zu einer Einheit verbunden ist, hat etwas Großartiges. Es wird argumentiert, daß diese Teile, da sie gemeinsamen Ursprung, Sprache, Sitten und Religion haben, eine einzige Regierung haben sollten, die den neu gebildeten Staaten erlauben würde, sich in einer Konföderation zusammenzuschließen. Das ist aber nicht möglich. Amerika ist durch klimatische Unterschiede, geographische Verschiedenheit, widerstreitende Interessen und verschiedenartige Eigenschaften getrennt. Wie schön wäre es, wenn die Landenge von Panama für uns das sein könnte, was für die Griechen die Landenge von Korinth war! Wollte Gott, daß wir eines Tages das Glück haben mögen, dort eine erhabene Versammlung von Vertretern von Republiken, Königreichen und Kaiserreichen zusammenzurufen, um mit den Nationen der übrigen drei Viertel der Welt über die hohen Interessen von Frieden und Krieg zu beraten. Eine derartige Organisation mag in einer glücklicheren Periode unserer Erneuerung gelingen. Aber jeder andere Plan, etwa so wie der des Abbé St. Pierre, der in lobenswerthem Idealismus den Gedanken faßte, einen Europäischen Kongreß einzuberufen, der über das Schicksal und die Interessen jener Nationen beschließen sollte, wäre bedeutungslos.

Unter den populären und repräsentativen Systemen bin ich nicht für das föderative. Es ist perfektionistisch und verlangt politische Tugenden und Talente, die den unseren weit überlegen sind. Aus dem gleichen Grunde lehne ich eine Monarchie ab, die halb Aristokratie und halb Demokratie ist, obwohl England mit einer solchen Regierung zu sehr viel Glück und Glanz gelangt ist. Wenn es uns nicht möglich ist, die vollkommenste und vollständigste Regierungsform zu wählen, so sollen wir doch vermeiden, in demagogische Anarchie oder monokratische Tyrannei zu verfallen. Diese beiden Extreme würden uns nur an gleichartigen Riffen des Unglücks und der Unehre Schiffbruch leiden lassen; wir müssen also ein Mittelding zwischen ihnen finden. Ich schlage vor: Ergreift nicht das beste Regierungssystem, sondern dasjenige, welches die größte Aussicht auf Erfolg hat.

Ich nehme an, daß die Mexikaner nach der Art ihrer geographischen Lage, ihres Reichtums, ihrer Bevölkerung und ihres Charakters zunächst beabsichtigen, eine repräsentative Republik zu bilden, in welcher die Exekutive große Macht haben wird. Diese wird in einer Person konzentriert sein, die, wenn sie ihre Pflichten in Weisheit und Gerechtigkeit erfüllt, beinahe mit Sicherheit ihre Autorität auf Lebenszeit behaupten dürfte. Sollte diese Person durch Unfähigkeit oder Gewalt eine Revolte hervorrufen und sollte diese gelingen, so würde dieselbe Exekutivgewalt vielleicht auf die Mitglieder einer Versammlung verteilt werden. Wenn die herrschende Partei militaristisch oder aristokratisch ist, so wird sie wahrscheinlich eine Monarchie fordern, die anfangs eingeschränkt und konstitutionell wäre, später aber unweigerlich zu einer absoluten Monarchie entarten würde; denn man muß zugeben, daß in der politischen Welt nichts schwieriger ist als die Aufrechterhaltung einer eingeschränkten Monarchie. Darüber hinaus muß ebenfalls festgestellt werden, daß nur ein so patriotisches Volk wie das englische fähig ist, die Autorität eines Königs

zu kontrollieren und den Geist der Freiheit unter der Herrschaft von Zepter und Krone zu erhalten.

Die Staaten der Landenge von Panama, bis nach Guatemala, werden vielleicht einen Bund bilden. Dank ihrer großartigen Lage zwischen zwei gewaltigen Ozeanen können sie einmal zur Tribüne der Welt werden. Ihre Kanäle werden die Entfernungen über die ganze Welt hin verkürzen, die kommerziellen Bande zwischen Europa, Amerika und Asien stärken und diesem glücklichen Gebiet Einkünfte aus allen Teilen des Erdballs einbringen. Dort mag eines Tages vielleicht die Hauptstadt der Welt liegen, die Erinnerung an die Behauptung Kaiser Konstantins weckend, daß Byzanz die Hauptstadt der Alten Welt sei.

Neu-Granada wird sich mit Venezuela vereinigen, falls sie sich über die Errichtung einer einheitlichen Republik einigen können. Ihre Hauptstadt könnte Maracaibo sein oder eine neue Stadt, die Las Casas genannt (zu Ehren jenes menschlichen Helden) und an den Grenzen der beiden Länder, in der ausgezeichneten Hafengegend von Bahia-Honda, gebaut werden könnte. Diese Stelle ist, obwohl wenig bekannt, in jeder Hinsicht die günstigste. Sie ist leicht zugänglich und strategisch so begünstigt, daß sie uneinnehmbar gemacht werden kann. Sie hat ein gutes, gesundes Klima, einen sowohl für Ackerbau als auch Viehzucht geeigneten Boden und Ueberfluß an gutem Bauholz. Die dort lebenden Indianer können zivilisiert werden, und unsere territorialen Besitzungen könnten mit dem Erwerb der Halbinsel Goajira vergrößert werden. Dieser Staat sollte, mit verdientem Dank an den Entdecker unserer Hemisphäre, Kolumbien genannt werden. Seine Regierung könnte dem englischen Muster folgen, außer, daß an Stelle eines Königs eine Exekutive stehen sollte, welche höchstens auf Lebenszeit gewählt wird, deren Amt jedoch, wenn eine Republik gewünscht ist, nie erblich sein soll. Es wird eine erbliche Kammer oder einen Senat geben. Dieses Organ kann sich in Zeiten politischer Unruhe zwischen die heftigen Forderungen des Volkes und die große Macht der Regierung stellen. Das zweite Repräsentativorgan wird eine Legislative mit keinen größeren Beschränkungen als denen des englischen Unterhauses sein. Die Verfassung wird Elemente aus allen Regierungssystemen enthalten, ich will aber nicht, daß sie an allen ihren Untugenden teilhat. Da Kolumbien mein Vaterland ist, habe ich ein unbestreitbares Recht, ihm diejenige Regierungsform zu wünschen, die meiner Meinung nach die beste ist. Es ist sehr gut möglich, daß Neu-Granada nur ungern eine Zentralregierung anerkennen wird, denn es hängt sehr am Föderalismus; in diesem Falle wird es einen getrennten Staat bilden, der, wenn er bestehen bleibt, dank seiner großen und verschiedenartigen Hilfsquellen gedeihen könnte.

„Große und segensreiche Wandlungen“, so sagen Sie, „können oft durch die Anstrengungen von Einzelpersonen bewirkt werden.“ Die Südamerikaner haben in dieser Beziehung eine Tradition. Als Quetzalcoatl, der Hermes oder Buddha von Südamerika, sein Amt aufgab und sein Volk verließ, versprach er ihm, zu einer bestimmten Zeit zurückzukehren, um seine Herrschaft wieder aufzurichten und den Wohlstand des Volkes neu zu beleben. Nährt nicht diese Tradition die Ueberzeugung, daß er schon in Kürze wieder erscheinen kann? Können Sie sich vorstellen, was geschehen würde, wenn unter diesem Volke ein Wesen

erschiene, welches die Züge Quetzalcoatl's, ihres Buddha der Wälder, trüge oder jene Merkurs, von dem andere Nationen gesprochen haben? Glauben Sie, daß dies alle Gebiete Amerikas beeinflussen würde? Ist nicht Einigkeit das einzige, was sie befähigen kann, die Spanier, deren Truppen und die Anhänger des korrupten Spaniens zu vertreiben und in diesen Gegenden ein mächtiges Reich mit freier Regierung und wohlthätigen Gesetzen zu errichten?

Ich glaube wie Sie, daß die spezifischen Handlungen von Einzelpersonen allgemeine Ergebnisse haben können, vor allem in Revolutionen. Aber ist jener Held, jener große Prophet oder Gott von Anáhuac, Quetzalcoatl, fähig, die gewaltigen Veränderungen, die Sie vorschlagen, zu bewirken? Diese Sagengestalt ist, wenn überhaupt, im mexikanischen Volk nicht sehr bekannt: das ist das Schicksal der Besiegten, selbst wenn sie Götter sind. Es ist richtig, daß Historiker und Schriftsteller eine sorgfältige Untersuchung seiner Herkunft, der Wahrheit oder Falschheit seiner Lehre und seiner Prophezeiungen sowie des Berichts über seinen Weggang von Mexiko angestellt haben. Es wird offen debattiert, ob er ein Apostel Christi oder ein Heide war. Manche möchten seinen Namen mit dem Heiligen Thomas verbinden; andere mit der Federschlange; und wieder andere sagen, er sei der berühmte Prophet von Yucatán, Chilan-Cambal. Mit einem Wort, es haben die meisten mexikanischen Autoren, Polemiker und weltlichen Historiker die Frage des wahren Charakters von Quetzalcoatl mehr oder weniger ausführlich behandelt. Nach der Meinung des Historikers Pater Acosta hat er tatsächlich eine Religion gegründet, die in ihren Riten, Dogmen und Mysterien eine bemerkenswerte Ähnlichkeit mit der Religion Jesu aufwies, dem Glauben, dem sie wahrscheinlich am nächsten kommt. Viele katholische Schriftsteller haben jedoch versucht, den Gedanken, daß er ein echter Prophet war, abzulehnen, und sie weigern sich, ihn mit dem Heiligen Thomas zu verknüpfen, wie andere namhafte Schriftsteller es taten. Die allgemeine Meinung ist, daß Quetzalcoatl ein göttlicher Gesetzgeber unter den heidnischen Völkern von Anáhuac und daß ihr großer Montezuma sein Jünger war, der seine Macht von dessen Göttlichkeit herleitete. Daraus kann man schließen, daß unsere Mexikaner dem heidnischen Quetzalcoatl nicht folgen würden, in welcher anziehender Gestalt er auch erscheinen möge, denn sie bekennen sich zur intolerantesten und exklusivsten aller Religionen.

Glücklicherweise haben die Führer der mexikanischen Unabhängigkeitsbewegung sich diesen Fanatismus zu einem hervorragenden Zwecke zunutze gemacht, indem sie die berühmte Jungfrau von Guadalupe zur Königin der Patrioten erhoben, ihren Namen in allen schwierigen Situationen anriefen und ihr Bildnis auf ihre Banner hefteten. Dadurch wurden politische Begeisterung und Religion miteinander verquickt, was eine eifrige Hingabe

an die heilige Sache der Freiheit zur Folge hatte. Die Verehrung dieses Bildnisses ist in Mexiko größer als die Verzückung, die der scharfsinnigste Prophet eingeben könnte.

Einigkeit ist gewiß das, was wir brauchen, um unser Werk der Erneuerung zu vervollständigen. Jedoch ist die Spaltung unter uns nichts Außergewöhnliches, denn in Bürgerkriegen werden meistens zwei Parteien gebildet, Konservative und Reformen. Erstere sind gemeinhin in der Ueberzahl, denn die Macht der Gewohnheit führt zum Gehorsam gegen die einmal begründete Macht; letztere sind immer geringer an Zahl, jedoch beredter und gelehrter. So hält die moralische Kraft der einen der physischen Masse der anderen das Gleichgewicht; der Wettstreit dauert an, und die Ergebnisse sind unsicher. Glücklicherweise ist in unserem Falle die Masse den Gebildeten gefolgt.

Ich will Ihnen sagen, womit wir uns wappnen müssen, um die Spanier zu vertreiben und eine freie Regierung zu bilden: offensichtlich mit Einigkeit; eine solche Union wird aber eher durch vernünftiges Planen und umsichtig geleitete Aktion erreicht werden als durch göttliche Wunder. Amerika hält zusammen, weil es von allen anderen Nationen verlassen ist. Es ist im Zentrum der Welt isoliert. Es unterhält weder diplomatische Beziehungen, noch empfängt es irgendwelche militärische Hilfe; statt dessen wird Amerika von Spanien, das größere militärische Mittel zur Verfügung hat als wir uns je heimlich aneignen können, angegriffen.

Alle Menschen zögern, wenn der Erfolg nicht sicher und der Staat schwach ist und wenn die Ergebnisse nur in der Ferne sichtbar werden; die Meinungen sind geteilt, die Leidenschaften wüten und der Feind stachelt diese Leidenschaften an, um durch sie einen leichten Sieg zu erringen. Sobald wir stark sind und unter der Führung eines liberalen Staates stehen, der uns seinen Schutz gewähren wird, werden wir zur Einigkeit in der Pflege der Tugenden und Talente gelangen, die zum Ruhme führen. Dann werden wir majestätisch dem großartigen Wohlstand entgegenschreiten, für den Südamerika bestimmt ist. Dann werden jene Wissenschaften und Künste des Ostens, die Europa erleuchtet haben, ihren Weg in ein freies Kolumbien finden, das sie herzlich willkommen heißen wird.

Dies, mein Herr, sind die Gedanken und Beobachtungen, die ich die Ehre habe, Ihnen vorzulegen, so daß Sie sie, je nach ihrem Wert, annehmen oder ablehnen können. Ich bitte Sie, zu verstehen, daß ich sie ausgeführt habe, weil ich nicht ungehörig erscheinen möchte, und nicht, weil ich mich für fähig halte, Sie in diesen Dingen zu belehren.

Ich bin, mein Herr, etc., etc.

Quelle: Vicente Lecuna, „Selected Writings of Bolívar“, New York 1951, Vol. I, S. 118—122. Uebersetzung des Europa-Archivs.

General Bolívars Einladung zum Kongreß von Panama

Lima, 7. Dezember 1824

Großer und guter Freund:

Nach fünfzehnjährigen Opfern für die Freiheit Amerikas und zur Sicherung eines Garantiesystems, das in Frieden und Krieg der Schild unseres neuen Schicksals sein soll, ist es Zeit, daß die Interessen und Beziehungen,

welche die amerikanischen Republiken, die früher spanische Kolonien waren, verbinden, eine Basis bekommen, die geeignet ist, den Fortbestand jener Staaten zu sichern.

Zur Schaffung dieses Systems und zur Konzentrierung der Macht dieses großen politischen Organs gehört das Ausüben einer höchsten Autorität, die fähig ist, die Politik

unserer Regierungen zu leiten, deren Einfluß die Einheit der Prinzipien aufrechterhalten und deren Name allein schon all unseren Streitigkeiten ein Ende setzen sollte.

Eine solche geachtete Autorität kann nur in einer Versammlung von Bevollmächtigten bestehen, die durch jede unserer Republiken ernannt und im Zeichen des Sieges, den unsere Waffen über die spanische Macht errungen haben, zusammengerufen wurden...

Wenn in einigen Jahrhunderten die Nachwelt nach dem Ursprung unseres öffentlichen Rechts suchen und der Verträge, die ihr Schicksal bestimmten, gedenken

wird, wird sie respektvoll die auf der Landenge geschlossenen Protokolle in Händen halten. Darin wird sie den Plan der ersten Bündnisse finden, die den Markstein unserer Beziehungen zur gesamten Welt bezeichnen. Was ist dann noch die Landenge von Korinth verglichen mit der von Panama?

Euer großer und guter Freund,

Simón Bolívar

Quelle: „International American Conference, Reports of Committees and Discussions Thereon“, Vol. IV (Historical Appendix: The Congress of 1826 at Panama), S. 150—165. Übersetzung des Europa-Archivs.

Dokumente aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen (Nichteinmischung und Verteidigung)

Auszug aus dem Reuben Clark-Memorandum

Von Unterstaatssekretär J. Reuben Clark dem Außenminister Frank B. Kellogg vorgelegt am 17. Dezember 1928

Der sogenannte „Roosevelt-Zusatz“ besagte nach allgemeiner Auffassung, daß im Falle finanzieller oder anderer Schwierigkeiten in schwachen lateinamerikanischen Ländern die Vereinigten Staaten versuchen sollten, diese zu beheben, damit keine europäischen Regierungen eingreifen und dabei Gebiete besetzen — eine Handlung, die den Prinzipien der Monroe-Doktrin entgegenstehe. Diese Ansicht scheint ihren Ausgangspunkt in einigen Bemerkungen Präsident Buchanans gehabt zu haben, die er in seiner Botschaft an den Kongreß am 3. Dezember 1860 geäußert hat; sie wurde durch Lord Salisbury in seinem Brief an Mr. Olney vom 6. November 1895 über den venezuelischen Grenzstreit ein wenig erweitert.

Wie oben schon angedeutet, wird nicht angenommen, daß dieser Zusatz in den Bestimmungen der Monroe-Doktrin seine Berechtigung findet, jedoch mag er zum großen Teil durch die Anwendung des Selbsterhaltungs-Grundsatzes gerechtfertigt sein.

Diese verschiedenen Aussprüche und Feststellungen, wie sie in Verbindung mit den Situationen, die sie hervorriefen, gemacht wurden, ziehen nicht wenig von dem Geltungsanspruch ab, welcher der Monroe-Doktrin gemeinhin beigemessen wird, und sie befreien diese Doktrin von mancher gegen sie gerichteten Kritik.

Schließlich sollte nicht übersehen werden, daß die Vereinigten Staaten die Vorschläge Großbritanniens vom Jahre 1823, eine gemeinsame Erklärung über die Grundsätze der Monroe-Doktrin herauszugeben oder ein diesbezügliches Abkommen zu treffen, ablehnten. Statt dessen beschloß diese Regierung, auf eigene Verantwortung und in ihrem eigenen Namen diese Erklärung der hohen nationalen Politik herauszugeben. Die Doktrin ist also nur einseitig. Die Vereinigten Staaten bestimmen, wann und ob die Grundsätze der Doktrin verletzt sind und wann und ob eine Verletzung droht. Nur wir bestimmen, welche Maßnahmen, wenn überhaupt, getroffen werden sollen, um die Grundsätze der Doktrin zu verteidigen, und notwendigerweise bestimmen wir auch, wann die Prinzipien verteidigt sind. Keine andere Macht der Welt hat eine Stimme bei der Durchführung der in der Doktrin enthaltenen Prinzipien, oder irgendeine Beziehung dazu. Es ist unsere Doktrin, die durch uns angerufen und aufrechterhalten, zurückgestellt oder aufge-

geben wird, je nachdem was uns, und nur uns allein, für unsere internationale Politik oder unsere nationalen Interessen erforderlich erscheint. Abschließend mag wiederholt werden: Die Doktrin beschäftigt sich nicht mit rein inter-amerikanischen Beziehungen; sie hat nichts zu tun mit den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den anderen amerikanischen Nationen, außer wo andere amerikanische Nationen mit europäischen Regierungen in Abmachungen verwickelt werden, welche die Sicherheit der Vereinigten Staaten gefährden, und selbst in solchen Fällen würden die Vereinigten Staaten unter der Doktrin vor allem mit dem europäischen Lande und nicht mit der betroffenen amerikanischen Nation verhandeln, denn die Doktrin richtet sich gegen das europäische Land, nicht gegen die amerikanische Nation. Die Doktrin setzt den Fall Vereinigte Staaten gegen Europa, nicht aber Vereinigte Staaten gegen Lateinamerika. Weiterhin sollte die Tatsache nie vergessen werden, daß unsere Regierung diese Doktrin in den hundert Jahren, seit sie verkündet wurde, immer und immer wieder als einen Schild zwischen Europa und die amerikanischen Kontinente schob, um Lateinamerika vor den politischen und territorialen Ansprüchen Europas zu schützen; und das geschah zu einer Zeit, als die amerikanischen Nationen schwach waren und um die Einsetzung fester, dauerhafter Regierungen kämpften; als die politische Moral Europas die gewaltsame Erwerbung von Gebieten sanktionierte, ja sogar unterstützte; und als viele europäische Großmächte mit gierigen, begehrlichen Augen auf die reichen, unentwickelten Gebiete der amerikanischen Hemisphäre blickten. Auch ein weiterer, ebenso wichtiger Faktor sollte nicht außer acht gelassen werden: die Vereinigten Staaten sind nur deshalb in der Lage gewesen, diesen Schutz gegen ränkevolle europäische Mächte zu leisten, weil sie bereit und entschlossen waren, wann und wo immer es notwendig war, ihren Reichtum einzusetzen und amerikanisches Leben zu opfern, um die Prinzipien der Doktrin aufrechtzuerhalten. Was Lateinamerika betrifft, so ist die Doktrin kein Instrument der Gewalt und Unterdrückung, und ist es nie gewesen, sondern eine ungekaufte, frei geschenkte und gänzlich wirksame Garantie seiner Freiheit, Unabhängigkeit und territorialen Unverletzlichkeit gegen die imperialistischen Absichten Europas.

Quelle: State Department Publication Nr. 37, Washington, D.C., 1930. Übersetzung des Europa-Archivs.

Auszug aus der Antrittsbotschaft des Präsidenten Franklin D. Roosevelt vom 4. März 1933

Verkündung der Good Neighbor Policy

... Auf dem Gebiete der Weltpolitik möchte ich diese Nation der Politik des Guten Nachbarn weihen — des Nachbarn, der entschlossen sich selbst achtet und deshalb die Rechte anderer achtet — des Nachbarn, der seine Verpflichtungen und die Heiligkeit seiner Abkommen in und mit einer Welt von Nachbarn achtet. Wir erkennen

nun wie nie zuvor unsere gegenseitige Abhängigkeit voneinander; und daß wir nicht nur nehmen können, sondern ebenso auch geben müssen...

Quelle: James W. Gantenbein, „The Evolution of Our Latin American Policy“, New York 1950, S. 159. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Zusatzprotokoll über Nichteinmischung

Angenommen durch die Inter-Amerikanische Konferenz zur Erhaltung des Friedens in Buenos Aires, 1.-23. Dezember 1936

Die auf der Inter-Amerikanischen Konferenz zur Erhaltung des Friedens vertretenen Regierungen

In dem Wunsche, die Segnungen des Friedens in ihren gegenseitigen Beziehungen und in ihren Beziehungen zu allen Nationen der Erde zu sichern und die Praktik der Intervention abzuschaffen; und

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die auf der Siebenten Internationalen Konferenz der Amerikanischen Staaten am 26. Dezember 1933 unterzeichnete Konvention über Rechte und Pflichten der Staaten feierlich das grundlegende Prinzip bestätigte, daß „kein Staat das Recht hat, sich in die inneren oder äußeren Angelegenheiten eines anderen einzumischen“,

haben beschlossen, dieses Prinzip durch das folgende Zusatzprotokoll erneut zu bestätigen, und zu diesem Zwecke haben sie die nachstehend aufgezählten Bevollmächtigten ernannt:

(Es folgen die Namen der Bevollmächtigten)

Die, nachdem sie ihre Vollmachten vorgelegt haben, die für gültig befunden wurden, wie folgt übereingekommen sind:

Artikel 1

Die Hohen Vertragsschließenden Parteien erklären die direkte oder indirekte Intervention irgendeiner von ihnen in die inneren oder äußeren Angelegenheiten irgendeiner anderen Partei, aus welchem Grunde sie auch geschehen mag, für unzulässig.

Die Verletzung der Bestimmungen dieses Artikels soll zu gegenseitiger Beratung Anlaß geben mit dem Ziele, Ansichten auszutauschen und Methoden zur friedlichen Beilegung zu finden.

Artikel 2

Es besteht Uebereinstimmung, daß jede die Auslegung des vorliegenden Zusatzprotokolls betreffende Frage, die auf diplomatischem Wege nicht geregelt werden kann,

dem in den augenblicklich gültigen Abkommen vorgesehenen Schlichtungsverfahren oder einer Schiedsgerichtsbarkeit oder gerichtlicher Regelung unterworfen werden soll.

Artikel 3

Das vorliegende Zusatzprotokoll soll durch die Hohen Vertragsschließenden Parteien ihren jeweiligen konstitutionellen Verfahren gemäß ratifiziert werden. Die Originalurkunde und die Ratifikationsurkunden sollen im Außenministerium der Argentinischen Republik hinterlegt werden, welches den übrigen Unterzeichnern die Ratifizierungen mitteilen soll. Das Zusatzprotokoll soll zwischen den Hohen Vertragsschließenden Parteien mit der Hinterlegung ihrer Ratifizierung in Kraft treten.

Artikel 4

Das vorliegende Zusatzprotokoll soll unbegrenzt in Kraft bleiben, kann aber mit Jahresfrist gekündigt werden, nach Ablauf welcher Zeit das Protokoll für die kündigende Partei außer Kraft sein, für die übrigen Signatarstaaten jedoch in Kraft bleiben soll. Kündigungen sollen an die Regierung der Argentinischen Republik gerichtet werden, welche die anderen vertragsschließenden Staaten davon verständigen soll.

ZU URKUND DESSEN unterzeichnen die oben aufgezählten Bevollmächtigten das vorliegende Zusatzprotokoll auf Englisch, Spanisch, Portugiesisch und Französisch und heften ihre jeweiligen Siegel daran, in der Stadt Buenos Aires, der Hauptstadt der Argentinischen Republik, am dreiundzwanzigsten Tage des Monats Dezember Neunzehnhundertsechunddreißig.

(Es folgen die Unterschriften der Bevollmächtigten aller amerikanischen Republiken.)

Quelle: „The International Conferences of American States“, First Supplement, 1933—1940; Carnegie Endowment for International Peace, Washington 1940, S. 191—192. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Deklaration über gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit zur Verteidigung der Nationen Amerikas

Beschlossen von der Zweiten Konferenz der Außenminister der Amerikanischen Republiken in Havanna vom 21. bis zum 30. Juli 1940

Die Zweite Konferenz der Außenminister der Amerikanischen Republiken

Erklärt:

Daß jeder Angriff eines nichtamerikanischen Staates gegen die Integrität oder Unverletzlichkeit des Territoriums, der Souveränität oder der politischen Unabhängigkeit eines amerikanischen Staates als Angriffshand-

lung gegen die Staaten, welche diese Erklärung unterzeichnen, betrachtet wird.

Im Falle, daß Angriffshandlungen gegen die Integrität oder Unverletzlichkeit des Territoriums, der Souveränität oder der politischen Unabhängigkeit einer amerikanischen Nation von einem nichtamerikanischen Staat begangen werden, oder falls Grund zu der Annahme besteht, daß

eine solche geplant ist, werden die Signatarstaaten der vorliegenden Erklärung untereinander beraten, um über zweckdienliche Maßnahmen übereinzukommen.

Alle unterzeichnenden Nationen oder je nach den Umständen zwei oder mehrere von ihnen sollen über die notwendigen ergänzenden Abkommen verhandeln, um

die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Verteidigung und die Hilfe, die sie einander im Falle von Angriffen, wie sie in dieser Erklärung erwähnt wurden, erweisen wollen, zu organisieren.

Quelle: James W. Gantenbein, a. a. O., S. 799. Übersetzung des Europa-Archivs.

Dokumente des Interamerikanischen Regionalsystems seit 1945

Interamerikanischer Beistandspakt von Rio de Janeiro vom 2. September 1947

Abgedruckt in Europa-Archiv, Januar 1948, S. 1110 ff.

Erklärung und Entschließung über die Erhaltung und Verteidigung der Demokratie in Amerika

Beschlossen auf der IX. Internationalen Konferenz der Amerikanischen Staaten in Bogotá, 30. März bis 2. Mai 1948

Da die gegenwärtige Weltlage gebietet, daß zur Sicherung des Friedens und zur Erhaltung der gegenseitigen Achtung unter den Staaten dringende Maßnahmen ergriffen werden, um die mit der Tradition der Länder Amerikas unvereinbaren Taktiken totalitärer Herrschaft zu ächten, und Agenten im Dienste des internationalen Kommunismus oder irgendeiner totalitären Doktrin daran zu hindern, den wahren und freien Willen der Völker dieses Kontinents zu verzerren;

Erklären die auf der Neunten Internationalen Konferenz der Amerikanischen Staaten vertretenen Republiken, daß die politische Tätigkeit des internationalen Kommunismus oder irgendeiner totalitären Doktrin wegen ihrer antidemokratischen Natur und ihrer Tendenz zur Einmischung mit der Auffassung von amerikanischer Freiheit unvereinbar ist, die auf zwei unverzichtbaren Forderungen beruht: der Würde des Menschen als Individuum und der Souveränität der Nation als Staat;

Bekräftigen sie das Vertrauen, das die Völker der Neuen Welt in das Ideal und die Realität der Demokratie gesetzt haben, unter deren Schutz sie soziale Gerechtigkeit erreichen werden, indem sie allen Menschen immer breitere Gelegenheiten bieten, die geistigen und materiellen Güter zu genießen, welche der Garant der Zivilisation und das Erbe der Menschheit sind;

Verdammen sie im Namen des Völkerrechts die Einmischung in das öffentliche Leben der Nationen des amerikanischen Kontinents durch irgendeine fremde Macht oder durch eine den Interessen einer fremden Macht dienende politische Organisation;

Und beschließen sie,

1. ihre Entscheidung von neuem zu bestätigen, daß sie eine wirksame Sozial- und Wirtschaftspolitik zum Zweck der Erhöhung des Lebensstandards ihrer Völker beibehalten und ausdehnen werden; dasselbe gilt für ihre Ueberzeugung, daß es nur unter einem auf eine Garantie der wesentlichen Freiheiten und Rechte des Individuums gegründeten System möglich ist, dieses Ziel zu erreichen;

2. die Methoden jeden Systems, das dazu neigt, die politischen und bürgerlichen Rechte und Freiheiten zu unterdrücken, und vor allem die Aktion des internationalen Kommunismus oder jeglicher totalitärer Doktrin zu verurteilen;

3. innerhalb ihrer jeweiligen Gebiete und in Uebereinstimmung mit den konstitutionellen Bestimmungen jedes Staates diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die zur Ausmerzung und Verhinderung von Handlungen notwendig sind, welche von fremden Regierungen, Organisationen oder Personen geleitet, unterstützt oder angestiftet werden und darauf abzielen, ihre Institutionen gewaltsam zu stürzen, Unordnung in ihr innenpolitisches Leben zu bringen oder durch Druck, Umsturzpropaganda, Drohungen oder sonstige Mittel das freie und souveräne Recht ihrer Völker, sich selbst in Uebereinstimmung mit ihren demokratischen Zielen zu regieren, zu beeinträchtigen;

4. untereinander Informationen über jede der oben erwähnten Maßnahmen, die innerhalb ihrer jeweiligen Jurisdiktion getroffen werden, auszutauschen.

Quelle: James W. Gantenbein, a. a. O., S. 838—839. Übersetzung des Europa-Archivs.

Deklaration über die Ausübung des Rechts auf Kontinuität diplomatischer Beziehungen (Estrada-Doktrin)

Beschlossen auf der IX. Internationalen Konferenz der Amerikanischen Staaten in Bogotá, 30. März bis 2. Mai 1948

Da die amerikanischen Staaten zahllose praktische Maßnahmen ergriffen haben, ihre Zusammenarbeit in wirtschaftlichen, sozialen, politischen, kulturellen, rechtlichen und militärischen Angelegenheiten zu stärken;

Da die Charta der Organisation der amerikanischen Staaten die aus der interamerikanischen Solidarität erwachsenden gegenseitigen Vorteile anerkennt und der Organisation Dauerhaftigkeit und Kontinuität verleiht;

Da die Entwicklung der Tätigkeiten und der volle Nutzen interamerikanischer Zusammenarbeit wirksamer realisiert werden können, wenn beständige und freund-

schaftliche Beziehungen zwischen den Staaten gepflegt werden;

Erklärt die Neunte Internationale Konferenz der Amerikanischen Staaten:

1. daß die Kontinuität der diplomatischen Beziehungen zwischen den amerikanischen Staaten wünschenswert ist;

2. daß das Recht, diplomatische Beziehungen zu einer anderen Regierung zu unterhalten, abzubrechen oder zu erneuern, nicht dazu benützt werden darf, nach dem Völkerrecht ungerechtfertigte Einzelvorteile zu erwerben;

3. daß die Aufnahme oder Unterhaltung diplomatischer Beziehungen zu einer Regierung keine Meinungsäußerung über die Innenpolitik dieser Regierung impliziert.

Quelle: James W. Gantenbein, a. a. O., S. 841. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Satzung der Organisation der Amerikanischen Staaten

Unterzeichnet auf der Neunten Internationalen Konferenz der Amerikanischen Staaten, Bogotá, 30. März - 2. Mai 1948

Im Namen ihrer Völker;

In der Ueberzeugung, daß es die historische Mission Amerikas ist, für den Menschen ein Land der Freiheit zu sein und ihm eine für die Entwicklung seiner Persönlichkeit und die Verwirklichung seiner gerechtfertigten Ziele günstige Stätte zu bieten;

Im Bewußtsein, daß diese Mission bereits zahlreiche Abkommen beseelt hat, deren wesentlicher Wert darin besteht, daß die Amerikanischen Völker ihrem Wunsche Ausdruck geben, in Frieden zusammenzuleben und, durch ihr gegenseitiges Verständnis und ihre gegenseitige Achtung vor der Souveränität eines jeden, für die größere Wohlfahrt aller in Unabhängigkeit, Gleichheit und Gesetzmäßigkeit Sorge zu tragen;

Im Vertrauen darauf, daß die wahre Bedeutung Amerikanischer Solidarität und guter Nachbarschaft nur in der Konsolidierung eines Systems individueller Freiheit und sozialer Gerechtigkeit auf der Grundlage der Achtung vor den wesentlichen Menschenrechten innerhalb des Rahmens demokratischer Einrichtungen liegen kann;

Davon durchdrungen, daß ihre Wohlfahrt und ihr Beitrag zum Fortschritt und zur Zivilisation der Welt ein erhöhtes Maß enger kontinentaler Zusammenarbeit erfordern;

Entschlossen, an dem hochherzigen Unternehmen, das die Menschheit der Organisation der Vereinten Nationen — deren Grundsätze und Ziele sie feierlichst bestätigen — anvertraut hat, weiter mitzuarbeiten;

In der Ueberzeugung, daß eine rechtliche Organisation eine notwendige Bedingung für die Sicherheit und einen auf moralischer Ordnung und auf Gerechtigkeit beruhenden Frieden darstellt; und

In Uebereinstimmung mit der IX. Resolution der Inter-amerikanischen Konferenz zu Mexiko über Probleme des Krieges und des Friedens,

Haben sich die auf der Neunten Internationalen Konferenz der Amerikanischen Staaten vertretenen Staaten auf folgende Satzung geeinigt:

ERSTER TEIL

Kapitel I

Wesen und Ziele

Artikel 1

Die Amerikanischen Staaten rufen durch diese Satzung die Organisation ins Leben, die sie entwickelt haben, um zu einer Ordnung des Friedens und der Gerechtigkeit zu gelangen, ihre Solidarität zu fördern, ihre Zusammenarbeit zu verstärken und ihre Souveränität, ihre territoriale Unverletzlichkeit und ihre Unabhängigkeit zu verteidigen. Innerhalb der Vereinten Nationen ist die Organisation der Amerikanischen Staaten eine regionale Organisation.

Artikel 2

Alle Amerikanischen Staaten, die die vorliegende Satzung ratifizieren, sind Mitglieder der Organisation.

Artikel 3

Jede neue politische Einheit, die aus der Verbindung mehrerer Mitgliedstaaten hervorgeht und die als solche die vorliegende Satzung ratifiziert, soll Mitglied der Organisation werden. Der Eintritt der neuen politischen Einheit in die Organisation soll den Verlust der Mitgliedschaft eines jeden der sie bildenden Staaten zur Folge haben.

Artikel 4

Die Organisation der Amerikanischen Staaten proklamiert die folgenden wesentlichen Ziele, um die Grundsätze, auf denen sie beruht, in die Tat umzusetzen und ihren regionalen Verpflichtungen gemäß der Satzung der Vereinten Nationen nachzukommen:

- a) den Frieden und die Sicherheit des Kontinents zu stärken;
- b) mögliche Ursachen für Zwistigkeiten zu vermeiden und die friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten zu sichern;
- c) eine gemeinsame Aktion dieser Staaten im Falle eines Angriffs zu organisieren;
- d) für die zwischen ihnen auftauchenden politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Probleme eine Lösung zu finden; und
- e) durch gemeinsames Vorgehen ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu fördern.

Kapitel II

Grundsätze

Artikel 5

Die Amerikanischen Staaten bestätigen die folgenden Grundsätze:

- a) Das Völkerrecht ist die Grundlage für das Verhalten der Staaten in ihren gegenseitigen Beziehungen;
- b) Die internationale Ordnung beruht ganz wesentlich auf der Achtung vor der Persönlichkeit, Souveränität und Unabhängigkeit der Staaten sowie der aufrichtigen Erfüllung der Verpflichtungen, die sich aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts ergeben;
- c) Die Beziehungen zwischen den Staaten sollen auf Treu und Glauben beruhen;
- d) Die Solidarität der Amerikanischen Staaten und die hohen Ziele, die sie erstreben, setzen eine politische Organisation dieser Staaten auf der Grundlage des wirklichen Funktionierens einer repräsentativen Demokratie voraus;
- e) Die Amerikanischen Staaten verurteilen den Angriffskrieg: der Sieg gibt keine Rechte;
- f) Eine Angriffshandlung gegen einen Amerikanischen Staat stellt eine Angriffshandlung gegen alle anderen Amerikanischen Staaten dar;

g) Streitigkeiten internationalen Charakters, die zwischen zwei oder mehreren Amerikanischen Staaten entstehen, sollen durch friedliche Mittel beigelegt werden;

h) Soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit sind die Grundpfeiler eines dauernden Friedens;

i) Wirtschaftliche Zusammenarbeit ist für das Gemeinwohl und das Gedeihen der Völker des Kontinents unentbehrlich;

j) Die Amerikanischen Staaten proklamieren die Grundrechte des Individuums ohne Unterschied der Rasse, der Staatsangehörigkeit, des Glaubens oder des Geschlechts;

k) Die geistige Einheit des Kontinents beruht auf der Achtung vor den kulturellen Werten der Amerikanischen Länder und erfordert deren enge Zusammenarbeit für die hohen Ziele der Zivilisation;

l) Die Erziehung der Völker soll auf Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden gerichtet sein.

Kapitel III

Grundrechte und Grundpflichten der Staaten

Artikel 6

Die Staaten sind rechtlich gleich, besitzen gleiche Rechte sowie gleiche Fähigkeit ihrer Ausübung und haben die gleichen Pflichten. Die Rechte eines jeden Staates hängen nicht ab von seiner Macht, sie auszuüben, sondern von der einfachen Tatsache seiner Existenz als Rechtssubjekt des Völkerrechts.

Artikel 7

Jeder Amerikanische Staat hat die Pflicht, die einem anderen Staate vom Völkerrecht gewährleisteten Rechte zu achten.

Artikel 8

Die Grundrechte der Staaten dürfen auf keinerlei Weise beeinträchtigt werden.

Artikel 9

Die politische Existenz eines Staates ist unabhängig von der Anerkennung durch andere Staaten. Selbst vor seiner Anerkennung hat der Staat das Recht, seine Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit zu verteidigen, für seine Erhaltung und seinen Wohlstand zu sorgen sowie sich entsprechend seinem eigenen Wunsch zu organisieren, seine Gesetzgebung nach seinem Interesse zu regeln, seine Verwaltung aufzubauen und die Rechtsprechung und die Zuständigkeit seiner Gerichte zu bestimmen. Die Ausübung dieser Rechte wird nur durch die Ausübung der Rechte anderer Staaten im Rahmen des Völkerrechts begrenzt.

Artikel 10

Die Anerkennung schließt ein, daß der sie gewährende Staat die Persönlichkeit des neuen Staates mit allen Rechten und Pflichten, die das Völkerrecht für den einen wie den anderen vorsieht, anerkennt.

Artikel 11

Das Recht jedes Staates, auf seinen Schutz bedacht zu sein und sein eigenes Leben zu führen, ermächtigt ihn nicht, ungerechte Handlungen gegen andere Staaten zu begehen.

Artikel 12

Die Zuständigkeit der Staaten erstreckt sich innerhalb der Grenzen ihres nationalen Gebietes in gleicher Weise

auf alle Bewohner, seien es Staatsangehörige oder Fremde.

Artikel 13

Jeder Staat hat das Recht auf freie und natürliche Entwicklung seines kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Lebens. Er soll dabei die Rechte des Individuums und die Grundlagen allgemeiner Moral achten.

Artikel 14

Die Achtung und treue Befolgung der Verträge ist eine Grundregel für die Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen den Staaten. Internationale Verträge und Uebereinkommen sollen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Artikel 15

Kein Staat und keine Staatengruppe hat das Recht, sich direkt oder indirekt, aus welchem Grunde es auch sei, in die inneren und äußeren Angelegenheiten eines anderen Staates einzumischen. Dieser Grundsatz verbietet nicht nur die Anwendung bewaffneter Macht, sondern auch jede andere Form von Einmischung oder von Bedrohung der Persönlichkeit des Staates oder seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Grundlagen.

Artikel 16

Kein Staat darf Zwangsmaßnahmen wirtschaftlichen oder politischen Charakters ergreifen, um den souveränen Willen eines anderen Staates durch Gewalt zu beeinflussen und Vorteile irgendwelcher Art von ihm zu erlangen. Auch darf er die Anwendung solcher Zwangsmaßnahmen nicht unterstützen.

Artikel 17

Das Gebiet eines Staates ist unverletzlich; es darf nicht, auch nicht zeitweilig, zum Gegenstand militärischer Besetzung oder anderer Gewaltmaßnahmen gemacht werden, die ein anderer Staat, direkt oder indirekt, aus irgendwelchen Gründen unternimmt. Territoriale Eroberungen oder besondere Vorteile, die durch Gewalt oder sonstige Zwangsmittel erlangt werden, sollen nicht anerkannt werden.

Artikel 18

Die Amerikanischen Staaten verpflichten sich, in ihren internationalen Beziehungen keine Gewalt anzuwenden, außer im Falle der Selbstverteidigung in Uebereinstimmung mit bestehenden Verträgen oder in Ausführung dieser Verträge.

Artikel 19

Maßnahmen, die zum Zwecke der Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in Uebereinstimmung mit bestehenden Verträgen ergriffen werden, stellen keine Verletzung der in den Artikeln 15 und 17 enthaltenen Grundsätze dar.

Kapitel IV

Friedliche Erledigung von Streitigkeiten

Artikel 20

Alle internationalen Streitigkeiten zwischen Amerikanischen Staaten sollen den in dieser Satzung vorgesehenen Methoden friedlicher Regelung unterworfen werden, bevor der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen damit befaßt wird.

Artikel 21

Die friedlichen Streitverfahren sind: direkte Verhandlung, gute Dienste, Vermittlung, Untersuchungs- und Vergleichsverfahren, gerichtliche und schiedsgerichtliche Erledigung sowie solche, auf die sich die Streitteile jederzeit durch besonderes Uebereinkommen einigen.

Artikel 22

Falls zwischen zwei oder mehreren Amerikanischen Staaten ein Streitfall entsteht, der nach Ansicht eines von ihnen nicht auf dem üblichen diplomatischen Wege geregelt werden kann, so sollen die Parteien sich auf irgendein anderes Verfahren einigen, das ihnen ermöglicht, zu einer Lösung zu gelangen.

Artikel 23

Ein besonderer Vertrag soll geeignete Methoden für die friedliche Erledigung von Streitigkeiten und entsprechende Verfahren für deren Anwendung festlegen, damit jeder Streitfall zwischen Amerikanischen Staaten in einem angemessenen Zeitraum endgültig beigelegt wird.

Kapitel V **Kollektive Sicherheit**

Artikel 24

Jede Angriffshandlung eines Staates gegen die territoriale Unversehrtheit oder Unverletzlichkeit oder gegen die Souveränität oder politische Unabhängigkeit eines Amerikanischen Staates soll als eine Angriffshandlung gegen die anderen Amerikanischen Staaten angesehen werden.

Artikel 25

Wenn die Unverletzlichkeit oder Unversehrtheit des Territoriums oder die Souveränität oder politische Unabhängigkeit eines Amerikanischen Staates durch bewaffneten Angriff oder eine Angriffshandlung, die kein bewaffneter Angriff ist, oder durch einen außerkontinentalen Konflikt oder durch einen Konflikt zwischen zwei oder mehreren Amerikanischen Staaten oder durch irgendeine andere Tatsache oder Situation, die den Frieden Amerikas gefährden könnte, bedroht wird, so sollen die Amerikanischen Staaten im Einklang mit den Grundsätzen kontinentaler Solidarität oder kollektiver Selbstverteidigung die Maßnahmen und Verfahren anwenden, die für diesen Fall in besonderen Verträgen festgelegt sind.

Kapitel VI **Wirtschaftliche Richtlinien**

Artikel 26

Die Mitgliedstaaten kommen überein, nach Maßgabe ihrer Mittel und im Rahmen ihrer Gesetze, miteinander im besten Geiste guter Nachbarschaft zusammenzuarbeiten, um ihre wirtschaftliche Struktur zu stärken, ihre Landwirtschaft und ihren Bergbau zu entwickeln, ihre Industrie zu fördern und ihren Handel zu vergrößern.

Artikel 27

Wenn die Wirtschaft eines Amerikanischen Staates sich vor schwierige Probleme gestellt sieht, die er mit eigenen Mitteln in zufriedenstellender Weise nicht lösen kann, so hat dieser Staat das Recht, seine wirtschaftlichen Probleme dem Interamerikanischen Rat für wirtschaft-

liche und soziale Fragen zu unterbreiten, um im Einklang mit ihm die angemessenste Lösung zu suchen.

Kapitel VII **Soziale Richtlinien**

Artikel 28

Die Mitgliedstaaten kommen überein, zusammenzuarbeiten, um für ihre Bevölkerungen gerechte und humane Lebensbedingungen zu schaffen.

Artikel 29

Die Mitgliedstaaten sind sich über die Notwendigkeit einig, ihre soziale Gesetzgebung auf folgenden Grundsätzen aufzubauen:

a) Alle Menschen, ohne Unterschied der Rasse, der Staatsangehörigkeit, des Geschlechts, des Glaubens oder der sozialen Stellung, haben das Recht auf materiellen Wohlstand und geistige Entwicklung in Freiheit, Würde, Gleichberechtigung und wirtschaftlicher Sicherheit;

b) Arbeit ist ein Recht und eine soziale Pflicht; sie soll nicht als ein Handelsartikel betrachtet werden; sie verlangt Achtung der Versammlungsfreiheit und der Würde des Arbeiters; sie soll ferner unter Bedingungen geleistet werden, die dem Menschen Leben, Gesundheit und einen anständigen Lebensstandard sichern, und zwar sowohl während der Jahre der Arbeit als auch im Alter und im Falle der Arbeitsunfähigkeit.

Kapitel VIII **Kulturelle Richtlinien**

Artikel 30

Die Mitgliedstaaten kommen überein, im Einklang mit ihren verfassungsmäßigen Bestimmungen und ihren materiellen Mitteln, die Ausübung des Rechts auf Erziehung nach folgenden Grundsätzen zu fördern:

a) die Volksschulerausbildung soll obligatorisch und, falls vom Staate erstellt, kostenfrei sein.

b) Die höhere Erziehung soll allen, ohne Unterschied der Rasse, der Staatsangehörigkeit, des Geschlechts, der Sprache, des Glaubens oder der sozialen Stellung, zugänglich sein.

Artikel 31

Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, unter gebührender Berücksichtigung des nationalen Charakters jedes Staates, den freien kulturellen Austausch durch jede Ausdrucksmöglichkeit zu erleichtern.

ZWEITER TEIL

Kapitel IX **Die Organe**

Artikel 32

Die Organisation der Amerikanischen Staaten sucht ihre Ziele zu verwirklichen vermittels:

- a) der Interamerikanischen Konferenz;
- b) der konsultativen Versammlung der Außenminister;
- c) des Rates;
- d) der Panamerikanischen Union;
- e) der Spezialkonferenzen; und
- f) der Spezialorganisationen.

Kapitel X

Die Interamerikanische Konferenz

Artikel 33

Die Interamerikanische Konferenz ist das höchste Organ der Organisation der Amerikanischen Staaten. Sie entscheidet über die allgemeine Marschrichtung und die Politik der Organisation und bestimmt die Struktur und die Funktionen ihrer Organe; sie hat die Befugnis, jede Angelegenheit, die sich auf die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Amerikanischen Staaten bezieht, zu prüfen. Diese Funktionen sollen in Übereinstimmung mit den Vorschriften der vorliegenden Satzung und der anderen interamerikanischen Verträge ausgeübt werden.

Artikel 34

Alle Mitgliedstaaten haben das Recht, auf der Interamerikanischen Konferenz vertreten zu sein. Jeder Staat hat das Recht auf eine Stimme.

Artikel 35

Die Konferenz soll alle fünf Jahre in dem vom Rat der Organisation festgesetzten Zeitpunkt zusammentreten, und zwar nach einem Meinungsaustausch mit der Regierung des Landes, in dem die Konferenz abgehalten werden soll.

Artikel 36

Unter besonderen Umständen und mit Zustimmung von zwei Drittel der Amerikanischen Regierungen, kann eine besondere Interamerikanische Konferenz abgehalten oder das Datum der nächsten ordentlichen Konferenz abgeändert werden.

Artikel 37

Jede Interamerikanische Konferenz soll den Tagungs-ort für die nächste Konferenz festsetzen. Falls aus einem unvorhergesehenen Grunde die Konferenz nicht an dem betreffenden Ort abgehalten werden kann, soll der Rat der Organisation einen anderen Ort bestimmen.

Artikel 38

Das Programm und die Geschäftsordnung der Interamerikanischen Konferenz werden vom Rat der Organisation vorbereitet und den Mitgliedstaaten zur Prüfung unterbreitet.

Kapitel XI

Die konsultative Versammlung der Außenminister

Artikel 39

Die konsultative Versammlung der Außenminister soll dem Zwecke dienen, dringende Probleme, die von allgemeinem Interesse für die Amerikanischen Staaten sind, zu behandeln. Sie soll als Organ der Konsultation tätig sein.

Artikel 40

Jeder Mitgliedstaat kann die Einberufung der konsultativen Versammlung beantragen. Der Antrag ist an den Rat der Organisation zu richten, der mit absoluter Mehrheit zu entscheiden hat, ob die Versammlung stattfinden soll.

Artikel 41

Das Programm und die Geschäftsordnung der konsultativen Versammlung werden vom Rat der Organisation

vorbereitet und den Mitgliedstaaten zur Prüfung unterbreitet.

Artikel 42

Falls aus außergewöhnlichen Gründen ein Außenminister nicht in der Lage ist, an der Versammlung teilzunehmen, so soll er sich durch einen Sonderdelegierten vertreten lassen.

Artikel 43

Im Falle eines bewaffneten Angriffs innerhalb des Gebiets eines Amerikanischen Staates oder innerhalb der durch die geltenden Verträge festgelegten Sicherheitszone, soll unverzüglich eine konsultative Versammlung abgehalten werden. Diese ist sofort vom Vorsitzenden des Rates der Organisation einzuberufen, der zu gleicher Zeit eine Versammlung des Rates selbst einberufen soll.

Artikel 44

Ein konsultatives Verteidigungskomitee soll ins Leben gerufen werden, um das konsultative Organ in den Fragen militärischer Zusammenarbeit, die bei Anwendung der Spezialverträge über kollektive Sicherheit auftauchen können, zu beraten.

Artikel 45

Das konsultative Verteidigungskomitee soll aus den höchsten militärischen Autoritäten der an der konsultativen Versammlung teilnehmenden Amerikanischen Staaten zusammengesetzt sein. Im Falle außergewöhnlicher Umstände können die Regierungen Vertreter bestimmen. Jeder Staat soll das Recht auf eine Stimme haben.

Artikel 46

Das konsultative Verteidigungskomitee soll in gleicher Weise wie das konsultative Organ einberufen werden, wenn das letztere sich mit Angelegenheiten der Verteidigung gegen einen Angriff zu befassen hat.

Artikel 47

Das Komitee soll sich auch versammeln, wenn ihm die Konferenz oder die konsultative Versammlung oder die Regierungen, durch eine Zweidrittel-Mehrheit der Mitgliedstaaten, technische Studien oder Berichte über besondere Angelegenheiten übertragen,

Kapitel XII

Der Rat

Artikel 48

Der Rat der Organisation der Amerikanischen Staaten besteht aus einem Vertreter eines jeden Mitgliedstaates der Organisation; dieser wird von seiner Regierung besonders ernannt und hat den Rang eines Botschafters. Es kann auch der bei der Regierung des Landes, in dem der Rat seinen Sitz hat, akkreditierte diplomatische Vertreter ernannt werden. Während der Abwesenheit des Vertreters kann die Regierung einen Interimsvertreter bestimmen.

Artikel 49

Der Rat wählt einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden; ihre Amtsdauer soll ein Jahr betragen; sie dürfen zu keiner dieser beiden Funktionen für die unmittelbar darauf folgende Amtsperiode wiedergewählt werden.

Artikel 50

Im Rahmen der vorliegenden Satzung und der interamerikanischen Verträge und Abkommen nimmt der Rat von jeder Angelegenheit Kenntnis, die ihm von der Interamerikanischen Konferenz oder der konsultativen Versammlung der Außenminister vorgelegt wird.

Artikel 51

Der Rat ist für die genaue Erfüllung der der Panamerikanischen Union übertragenen Pflichten verantwortlich.

Artikel 52

Der Rat soll vorläufig als konsultatives Organ in Tätigkeit treten, wenn die in Artikel 43 dieser Satzung vorgesehenen Umstände eintreten.

Artikel 53

Es ist gleichfalls Pflicht des Rates:

a) Vorschläge zur Schaffung von neuen Spezialorganisationen, oder zur Zusammenlegung, Anpassung oder Auflösung bestehender Spezialorganisationen, einschließlich der auf ihre Finanzierung und Unterstützung bezüglichen Angelegenheiten, auszuarbeiten und den Regierungen und der Interamerikanischen Konferenz vorzulegen;

b) für die Regierungen, die Interamerikanische Konferenz, die Spezialkonferenzen oder die Spezialorganisationen — nach Beratung mit ihnen — Empfehlungen über die Koordination der Tätigkeit und Programme dieser Organisationen auszuarbeiten;

c) mit den interamerikanischen Spezialorganisationen Abkommen über die Regelung des Verhältnisses zwischen jeder einzelnen von ihnen und der Organisation abzuschließen;

d) Abkommen oder besondere Vereinbarungen über die Zusammenarbeit mit anderen amerikanischen Organisationen von international anerkannter Autorität abzuschließen;

e) die Zusammenarbeit sowohl zwischen der Organisation der Amerikanischen Staaten und den Vereinten Nationen, als auch zwischen interamerikanischen Spezialorganisationen und ähnlichen internationalen Organisationen zu fördern und zu erleichtern;

f) Beschlüsse zu fassen, die es dem Generalsekretär ermöglichen, die in Artikel 84 vorgesehenen Pflichten zu erfüllen;

g) die übrigen ihm durch die vorliegende Satzung zugewiesenen Pflichten zu erfüllen.

Artikel 54

Der Rat stellt die Grundsätze für die Bestimmung des Anteils auf, den jede Regierung zu den Kosten der Panamerikanischen Union beizutragen hat, indem er die Zahlungsfähigkeit der einzelnen Länder und ihre Bereitschaft, einen gerechten Anteil der Kosten zu übernehmen, berücksichtigt. Nach Zustimmung des Rates soll das Budget mindestens sechs Monate vor dem ersten Tage des Fiskaljahres, mit einer Erklärung über den jährlichen Anteil jedes Landes, den Regierungen übersandt werden. Beschlüsse über Budgetfragen bedürfen der Zustimmung von zwei Drittel der Ratsmitglieder.

Artikel 55

Der Rat stellt seine Geschäftsordnung selbst auf.

Artikel 56

Der Rat hat seinen Sitz in der Panamerikanischen Union.

Artikel 57

Die Organe des Rates der Organisation der Amerikanischen Staaten sind:

- a) der Interamerikanische Rat für wirtschaftliche und soziale Fragen;
- b) der Interamerikanische Rat der Juristen; und
- c) der Interamerikanische Rat für kulturelle Fragen.

Artikel 58

Die im vorhergehenden Artikel genannten Organe sollen im Rahmen dieser Satzung in technischen Fragen autonom sein; ihre Entscheidungen dürfen jedoch nicht in den Tätigkeitsbereich des Rates der Organisation eingreifen.

Artikel 59

Die Organe des Rates der Organisation setzen sich aus Vertretern aller Mitgliedstaaten der Organisation zusammen.

Artikel 60

Die Organe des Rates der Organisation sollen, soweit wie möglich, den Regierungen die von ihnen erbetenen Dienste leisten; auch sollen sie den Rat der Organisation im Rahmen ihrer Zuständigkeit unterstützen.

Artikel 61

Die Organe des Rates der Organisation sollen im Einvernehmen mit ihm die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Organen der Vereinten Nationen und mit den nationalen oder internationalen Organisationen, die auf den gleichen Gebieten tätig sind, herstellen.

Artikel 62

Der Rat der Organisation soll, nach Anhörung der betreffenden Organe und nach Rücksprache mit den Regierungen, die Satzungen seiner Organe in Übereinstimmung mit der vorliegenden Satzung ausarbeiten. Die Organe sollen ihre Geschäftsordnungen selbst aufstellen.

- A) Der Interamerikanische Rat
für wirtschaftliche und soziale Fragen

Artikel 63

Die Hauptaufgabe des Interamerikanischen Rates für wirtschaftliche und soziale Fragen besteht in der Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Wohlfahrt der Amerikanischen Nationen durch wirksame Zusammenarbeit für die bessere Nutzung ihrer natürlichen Hilfsquellen, für die Entwicklung ihrer Landwirtschaft und Industrie und für die Förderung des Lebensstandards ihrer Völker.

Artikel 64

Um dieses Ziel zu erreichen, soll der Rat:

a) die Mittel vorschlagen, durch die sich die Amerikanischen Nationen gegenseitig den erforderlichen technischen Beistand leisten bei den Untersuchungen und bei der Ausarbeitung und Ausführung der Pläne zwecks Erfüllung der in Artikel 26 erwähnten Aufgaben und zwecks Entwicklung und Verbesserung ihrer sozialen Einrichtungen;

b) als koordinierendes Organ für alle offizielle interamerikanische Betätigung wirtschaftlicher oder sozialer Natur dienen;

c) aus eigener Initiative oder auf Verlangen eines Mitgliedstaates Untersuchungen anstellen;

d) Berichte über wirtschaftliche oder soziale Angelegenheiten zum Gebrauch der Mitgliedstaaten zusammenstellen und vorbereiten;

e) den Rat der Organisation über die Zweckmäßigkeit der Abhaltung von Spezialkonferenzen über wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten unterrichten;

f) die Aufgaben ausführen, die ihm von der Interamerikanischen Konferenz, der konsultativen Versammlung der Außenminister oder dem Rat der Organisation zugewiesen werden.

Artikel 65

Der Interamerikanische Rat für wirtschaftliche und soziale Fragen, der sich aus technischen, von jedem Mitgliedstaat ernannten Delegierten zusammensetzt, soll, wenn er es für nützlich hält oder auf Initiative des Rates der Organisation, zusammentreten.

Artikel 66

Der Interamerikanische Rat für wirtschaftliche und soziale Fragen soll seine Tätigkeit am Sitz der Panamerikanischen Union ausüben; er kann seine Sitzungen aber auch, auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses der Mitgliedstaaten, in irgendeiner amerikanischen Stadt abhalten.

B) Der Interamerikanische Rat der Juristen

Artikel 67

Der Zweck des Interamerikanischen Rates der Juristen besteht darin, als beratende Körperschaft in Rechtsfragen zu dienen, die Entwicklung und Kodifikation des Völkerrechts und des internationalen Privatrechts zu fördern und die Möglichkeit der Vereinheitlichung der Gesetzgebungen der verschiedenen Amerikanischen Länder — soweit dies wünschenswert erscheint — zu studieren.

Artikel 68

Das Interamerikanische Juristenkomitee von Rio de Janeiro soll das ständige Komitee des Internationalen Rates der Juristen sein.

Artikel 69

Das Juristenkomitee soll sich aus Juristen von neun Ländern zusammensetzen, die von der Interamerikanischen Konferenz gewählt werden. Die Auswahl der Juristen soll vom Interamerikanischen Rat der Juristen aus einer Liste erfolgen, die von jedem von der Konferenz gewählten Land vorgelegt wird. Die Mitglieder des Juristenkomitees vertreten alle Mitgliedstaaten der Organisation. Der Rat der Organisation hat Vollmacht, die vakant werdenden Stellen auszufüllen, die sich in der Zeit zwischen den Interamerikanischen Konferenzen und zwischen den Versammlungen des Interamerikanischen Rates der Juristen ergeben.

Artikel 70

Das Juristenkomitee soll die Studien und vorbereitenden Arbeiten in Angriff nehmen, die ihm von dem Interamerikanischen Rat der Juristen, von der Interamerikanischen Konferenz, der konsultativen Versammlung der Außenminister oder vom Rat der Organisation anvertraut werden. Es kann sich auch solchen Studien und Arbeiten widmen, welche es aus eigener Initiative für nützlich hält.

Artikel 71

Der Interamerikanische Rat der Juristen und das Juristenkomitee sollen auf die Zusammenarbeit der nationalen Komitees für die Kodifikation des Völkerrechts, der Institute für internationales und vergleichendes Recht und anderer Spezialorgane bedacht sein.

Artikel 72

Der Interamerikanische Rat der Juristen soll, auf Einberufung durch den Rat der Organisation, an dem vom Rat der Juristen auf der vorhergehenden Versammlung vereinbarten Ort zusammentreten.

C) Der Interamerikanische Rat für kulturelle Fragen

Artikel 73

Der Zweck des Interamerikanischen Rates für kulturelle Fragen besteht darin, freundschaftliche Beziehungen und gegenseitiges Verständnis unter den Amerikanischen Völkern zu fördern, um die auf Frieden gerichteten Bestrebungen, die die ganze Entwicklung Amerikas charakterisieren, durch die Förderung von erzieherischem, wissenschaftlichem und kulturellem Austausch zu stärken.

Artikel 74

Deshalb sollen die Hauptfunktionen des Rates darin bestehen:

a) die interamerikanische Betätigung auf kulturellem Gebiete zu fördern;

b) Informationen über kulturelle Betätigung zu sammeln und bereitzustellen, die in und zwischen den Amerikanischen Staaten von Seiten privater und offizieller Organe nationalen und internationalen Charakters erfolgt;

c) die Annahme von grundsätzlichen Erziehungsprogrammen, die den Bedürfnissen aller Bevölkerungsgruppen in den Amerikanischen Ländern angepaßt sind, zu fördern;

d) darüber hinaus die Annahme von Spezialprogrammen für Ausbildung, Erziehung und Kultur der Eingeborenengruppen der Amerikanischen Länder zu fördern;

e) zum Schutze, zur Erhaltung und zur Vermehrung des kulturellen Erbes des Kontinents zusammenzuarbeiten;

f) die Zusammenarbeit zwischen den Amerikanischen Nationen auf den Gebieten der Erziehung, Wissenschaft und Kultur zu fördern, und zwar durch Austausch von Forschungs- und Studienmaterial, sowie durch Austausch von Lehrern, Studenten, Spezialisten und, im allgemeinen, solchen anderen Personen und solchen Materialien, die zur Verwirklichung dieser Ziele nützlich sind;

g) die Erziehung der Völker zu einem gemeinsamen internationalen Leben zu fördern;

h) sich sonstigen Aufgaben zu widmen, die ihm von der Interamerikanischen Konferenz, der konsultativen Versammlung der Außenminister oder dem Rat der Organisation anvertraut werden.

Artikel 75

Der Interamerikanische Rat für kulturelle Fragen soll den Ort seiner nächsten Tagung festsetzen und vom Rat der Organisation einberufen werden; letzterer bestimmt den Zeitpunkt des Zusammentritts im Einverständnis

mit der Regierung des Landes, das als Tagungsort vorgesehen ist.

Artikel 76

Es soll ein Komitee für kulturelle Arbeit ins Leben gerufen werden; seine Mitglieder sollen fünf auf jeder Interamerikanischen Konferenz zu wählende Staaten sein. Die Personen, aus denen sich das Komitee für kulturelle Arbeit zusammensetzt, werden vom Interamerikanischen Rat für kulturelle Fragen aus einer Liste gewählt, die jedes von der Konferenz gewählte Land vorzulegen hat; sie sollen Fachleute in Fragen der Erziehung und Kultur sein. Wenn der Interamerikanische Rat für kulturelle Fragen und die Interamerikanische Konferenz nicht tagen, so kann der Rat der Organisation etwa sich ergebende Vakanzen ausfüllen und die Länder ersetzen, die es für nötig erachten, ihre Mitarbeit einzustellen.

Artikel 77

Das Komitee für kulturelle Arbeit soll als ständiges Komitee des Interamerikanischen Rates für kulturelle Fragen tätig sein, um die Studien vorzubereiten, die dieser ihm zuweist. Betreffs dieser Studien soll die letzte Entscheidung in den Händen des Rates liegen.

Kapitel XIII

Die Panamerikanische Union

Artikel 78

Die Panamerikanische Union ist das ständige Zentralorgan der Organisation der Amerikanischen Staaten und gleichzeitig das Generalsekretariat der Organisation. Sie soll die ihr in dieser Satzung zugewiesenen Pflichten sowie diejenigen, die ihr in anderen interamerikanischen Verträgen und Uebereinkommen zugewiesen sind, ausüben.

Artikel 79

Ein Generalsekretär der Organisation soll vom Rat für eine Amtszeit von zehn Jahren gewählt werden; er ist nicht wiederwählbar und darf auch keine Person gleicher Staatsangehörigkeit zum Nachfolger haben. Im Falle einer Vakanz im Amte des Generalsekretärs soll der Rat innerhalb der folgenden neunzig Tage einen Nachfolger für den Rest der Amtszeit wählen; dieser kann wieder gewählt werden, wenn die Stelle in der zweiten Hälfte der Amtszeit frei geworden ist.

Artikel 80

Der Generalsekretär soll die Panamerikanische Union leiten und ihr gesetzlicher Vertreter sein.

Artikel 81

Der Generalsekretär soll beratend, aber ohne Stimmrecht, an den Verhandlungen der Interamerikanischen Konferenz, der konsultativen Versammlung der Außenminister, der Spezialkonferenzen sowie des Rates und seiner Organe teilnehmen.

Artikel 82

Die Panamerikanische Union soll mit Hilfe ihrer technischen und informatorischen Dienste, unter Leitung des Rates, die wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen und kulturellen Beziehungen zwischen allen Mitgliedstaaten fördern.

Artikel 83

Die Panamerikanische Union hat ferner folgende Aufgaben:

a) ex officio den Mitgliedstaaten die Einberufung zur Interamerikanischen Konferenz, zur konsultativen Versammlung der Außenminister und zu den Spezialkonferenzen zu übermitteln;

b) den Rat und seine Organe bei der Vorbereitung der Programme und der Geschäftsordnungen der Interamerikanischen Konferenz, der konsultativen Versammlung der Außenminister und der Spezialkonferenzen zu beraten;

c) der Regierung des Landes, in dem eine Konferenz stattfindet, nach besten Kräften technische Hilfe und das Personal, die von der betreffenden Regierung angefordert werden, zur Verfügung zu stellen;

d) die Dokumente und Archive der Interamerikanischen Konferenz, der konsultativen Versammlung der Außenminister und, soweit möglich, der Spezialkonferenzen in Obhut zu nehmen;

e) als Aufbewahrungsort für die Ratifizierungsurkunden der interamerikanischen Abkommen zu dienen;

f) die Aufgaben, die ihr von der Interamerikanischen Konferenz und der konsultativen Versammlung der Außenminister übertragen worden sind, zu erfüllen;

g) dem Rat einen Jahresbericht über die Tätigkeit der Organisation vorzulegen;

h) der Interamerikanischen Konferenz einen Bericht über die Tätigkeit der Organe der Organisation seit der vorangegangenen Konferenz vorzulegen.

Artikel 84

Der Generalsekretär hat die Pflicht:

a) mit Zustimmung des Rates die technischen und Verwaltungs-Aemter der Panamerikanischen Union, die diese zur Erfüllung ihrer Aufgaben nötig hat, ins Leben zu rufen;

b) die Zahl der Abteilungschefs, Beamten und Angestellten der Panamerikanischen Union zu bestimmen; sie in Uebereinstimmung mit den vom Rat festgesetzten allgemeinen Richtlinien anzustellen, ihre Befugnisse und Pflichten zu regeln und ihre Gehälter festzusetzen.

Artikel 85

Ein stellvertretender Generalsekretär soll vom Rat für zehn Jahre gewählt werden. Er ist wiederwählbar. Im Falle einer Vakanz im Amte des stellvertretenden Generalsekretärs soll der Rat innerhalb der folgenden neunzig Tage einen Nachfolger wählen, um die Stelle für den Rest der Amtsdauer zu besetzen.

Artikel 86

Der stellvertretende Generalsekretär soll der Sekretär des Rates sein. Er soll die Funktionen des Generalsekretärs während dessen zeitweiliger Abwesenheit oder Verhinderung oder während der in Artikel 79 in bezug genommenen neunzig-tägigen Vakanz ausüben. Er soll dem Generalsekretär auch als Berater dienen und befugt sein, in allen Angelegenheiten, die der Generalsekretär ihm überträgt, als dessen Vertreter zu handeln.

Artikel 87

Der Rat kann den Generalsekretär oder den stellvertretenden Generalsekretär, durch einen mit Zweidrittel-Mehrheit seiner Mitglieder zu fassenden Beschluß, von

ihren Posten entfernen, wenn das richtige Funktionieren der Organisation dies erfordert.

Artikel 88

Die vom Generalsekretär ernannten Abteilungschefs der Panamerikanischen Union sollen die Exekutivsekretäre des Interamerikanischen Rates für wirtschaftliche und soziale Fragen, des Rates der Juristen und des Rates für kulturelle Fragen sein.

Artikel 89

In der Ausübung seiner Aufgaben soll das Personal von keiner Regierung oder sonstigen Autorität außerhalb der Panamerikanischen Union Instruktionen einholen oder entgegennehmen. Die Beamten sollen sich jeder Handlung enthalten, die ihre Stellung als internationale Beamte, die allein der Union gegenüber verantwortlich sind, beeinflussen könnte.

Artikel 90

Jedes Mitglied der Organisation der Amerikanischen Staaten verpflichtet sich, den ausschließlich internationalen Charakter der Verantwortlichkeiten des Generalsekretärs und seines Personals zu achten und nicht zu versuchen, sie bei der Ausübung ihrer Pflichten zu beeinflussen.

Artikel 91

Bei der Auswahl ihres Personals soll die Panamerikanische Union in erster Linie auf Leistung, Sachkenntnis und Zuverlässigkeit sehen; zugleich soll die Notwendigkeit im Auge behalten werden, das Personal auf möglichst breiter geographischer Grundlage auszuwählen.

Artikel 92

Sitz der Panamerikanischen Union ist die Stadt Washington.

Kapitel XIV

Die Spezialkonferenzen

Artikel 93

Die Spezialkonferenzen sollen zusammentreten, um sich mit besonderen technischen Angelegenheiten zu befassen oder um besondere Gesichtspunkte interamerikanischer Zusammenarbeit zu prüfen, wenn dies von der Interamerikanischen Konferenz oder der konsultativen Versammlung der Außenminister beschlossen wird, wenn es die interamerikanischen Abkommen vorsehen oder wenn es der Rat der Organisation, aus eigener Initiative oder auf Verlangen eines seiner Organe oder einer seiner Spezialorganisationen, für notwendig erachtet.

Artikel 94

Das Programm und die Geschäftsordnungen der Spezialkonferenzen sollen vom Rat der Organisation oder von den betreffenden Spezialorganisationen vorbereitet werden; sie sollen den Regierungen der Mitglieder zur Prüfung vorgelegt und dem Rat zur Kenntnisnahme übersandt werden.

Kapitel XV

Die Spezialorganisationen

Artikel 95

Für die Zwecke der vorliegenden Satzung gelten als interamerikanische Spezialorganisationen die durch multilaterale Abkommen zwischen den Regierungen errichteten Organisationen, denen im gemeinsamen Interesse der

Amerikanischen Staaten besondere Aufgaben in technischen Angelegenheiten übertragen sind.

Artikel 96

Der Rat soll für die in Artikel 53 angeführten Zwecke ein Verzeichnis derjenigen Organisationen anlegen, die die im vorhergehenden Artikel vorgesehenen Bedingungen erfüllen.

Artikel 97

Die Spezialorganisationen genießen vollste Autonomie in technischen Angelegenheiten. Sie haben den Empfehlungen des Rates, in Uebereinstimmung mit den Vorschriften der vorliegenden Satzung, nachzukommen.

Artikel 98

Die Spezialorganisationen sollen dem Rat periodische Berichte über den Fortschritt ihrer Arbeit sowie ihre jährlichen Budgets und Ausgaben vorlegen.

Artikel 99

Abkommen zwischen dem Rat und den Spezialorganisationen, wie sie unter Ziffer c) in Artikel 53 vorgesehen sind, können Bestimmungen enthalten, wonach diese Organisationen ihre Budgets dem Rat zur Genehmigung vorzulegen haben. Es dürfen auch Vorkehrungen getroffen werden, nach denen die Panamerikanische Union die Beitragszahlungen der in Betracht kommenden Länder entgegennimmt und sie in Uebereinstimmung mit den erwähnten Abkommen verteilt.

Artikel 100

Die Spezialorganisationen sollen mit Weltorganisationen gleichen Charakters in Verbindung treten und zusammenarbeiten, um ihre Tätigkeit zu koordinieren. Bei Abkommen mit internationalen Organisationen weltweiten Charakters sollen die interamerikanischen Spezialorganisationen ihre Eigenart und ihre Stellung als integrierende Bestandteile der Organisation der Amerikanischen Staaten bewahren, selbst wenn sie regionale Aufgaben internationaler Organisationen zu erfüllen haben.

Artikel 101

Bei der Wahl des Sitzes der Spezialorganisationen soll den Interessen aller Amerikanischen Staaten Rechnung getragen werden.

DRITTER TEIL

Kapitel XVI

Vereinte Nationen

Artikel 102

Keine Bestimmung dieser Satzung soll so ausgelegt werden, daß sie die Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten, wie sie in der Satzung der Vereinten Nationen vorgesehen sind, beeinträchtigt.

Kapitel XVII

Verschiedene Bestimmungen

Artikel 103

Die Organisation der Amerikanischen Staaten soll auf dem Gebiet eines jeden Mitgliedes Rechtsfähigkeit, Vorrechte und Immunitäten genießen, wie dies für die Erfüllung ihrer Aufgaben und die Verwirklichung ihrer Ziele notwendig ist.

Artikel 104

Die Vertreter der Regierungen beim Rat der Organisation, die Vertreter bei den Organen des Rates, das Personal ihrer Delegationen, sowie der Generalsekretär und der stellvertretende Generalsekretär der Organisation genießen die für die unabhängige Ausübung ihrer Aufgaben erforderlichen Vorrechte und Immunitäten.

Artikel 105

Die rechtliche Stellung der interamerikanischen Spezialorganisationen und die Vorrechte und Immunitäten, die ihnen und ihrem Personal sowie den Beamten der Panamerikanischen Union zustehen, sollen in jedem Fall durch Abkommen zwischen den betreffenden Organisationen und Regierungen geregelt werden.

Artikel 106

Die Korrespondenz der Organisation der Amerikanischen Staaten, einschließlich der Drucksachen und Pakete, die mit dem Stempel der Portofreiheit versehen ist, soll von den Postämtern der Mitgliedstaaten gebührenfrei befördert werden.

Artikel 107

Die Organisation der Amerikanischen Staaten kennt keine Beschränkungen betr. die Wählbarkeit von Männern und Frauen zur Teilnahme an der Tätigkeit der verschiedenen Organe und zur Bekleidung der bei ihnen vorhandenen Stellen.

Kapitel XVIII**Ratifikation und Inkrafttreten***Artikel 108*

Die vorliegende Satzung steht den Amerikanischen Staaten zur Unterzeichnung offen. Ihre Ratifikation soll in Uebereinstimmung mit den Verfassungsvorschriften der betreffenden Länder erfolgen. Die Originalsatzung, deren spanischer, englischer, portugiesischer und französischer Text in gleicher Weise maßgebend sind, soll bei der Panamerikanischen Union hinterlegt werden; diese soll den Regierungen beglaubigte Abschriften zum Zwecke der Ratifikation übersenden. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Panamerikanischen Union hinterlegt; diese soll die Signatarstaaten von der Hinterlegung benachrichtigen.

Artikel 109

Die vorliegende Satzung soll zwischen den Staaten, die sie ratifiziert haben, in Kraft treten, sobald zwei Drittel der Signatarstaaten ihre Ratifikationen hinterlegt haben. Hinsichtlich der übrigen Staaten soll sie in der Reihenfolge der Hinterlegung ihrer Ratifikationen in Kraft treten.

Artikel 110

Die vorliegende Satzung soll von der Panamerikanischen Union beim Sekretariat der Vereinten Nationen registriert werden.

Artikel 111

Abänderungen der vorliegenden Satzung können nur auf einer zu diesem Zweck einberufenen Interamerikanischen Konferenz beschlossen werden. Sie treten in Uebereinstimmung mit den in Artikel 109 vorgesehenen Vorschriften und dem dort geregelten Verfahren in Kraft.

Artikel 112

Die vorliegende Satzung soll für unbeschränkte Zeit in Kraft bleiben; sie kann jedoch von jedem Mitgliedstaat durch schriftliche Benachrichtigung an die Panamerikanische Union gekündigt werden; diese hat von jeder Kündigung den anderen Staaten Mitteilung zu machen. Nach zwei Jahren, gerechnet von dem Tage, an dem die Panamerikanische Union die Kündigung erhalten hat, soll die vorliegende Satzung für den kündigenden Staat außer Kraft treten; dieser Staat soll nicht mehr der Organisation angehören, nachdem er die sich aus der vorliegenden Satzung ergebenden Verpflichtungen erfüllt hat.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten bevollmächtigten Vertreter, deren Vollmachten in guter und gehöriger Form befunden wurden, die vorliegende Satzung in der Stadt Bogota, Kolumbien, an dem neben ihrer Unterschrift erwähnten Zeitpunkt unterzeichnet.

Quelle: Diese Uebersetzung ist mit freundlicher Genehmigung der Redaktion der Zeitschrift *Die Friedens-Warte* (hrsg. v. Prof. Hans Wehberg, Genf) der Folge 1—2/1949 dieser Zeitschrift entnommen. Uebersetzer: O. J. Solf. Englischer Originaltext: „Charter of The Organization of American States“, Pan American Union, Washington 1951.

Veränderungen der internationalen Kapitalposition Großbritanniens

Ursachen für den Übergang von der Gläubiger- zur Schuldnerstellung

Von Dr. Karl Peters

Die Gründe für die zunehmende Anspannung der britischen Waren- und Dienstleistungsbilanz seit etwa Mitte 1954, d. h. in einer Zeit, in der allenthalben in der Welt eine ausgesprochen gute Konjunktur herrschte, liegen in erster Linie in den wirtschaftlichen Ereignissen in Großbritannien selbst. Die auch in vielen anderen Ländern festzustellende Ueberrückung der Binnenkonjunktur — verbunden mit Uebervollbeschäftigung und merklichen inflationistischen Tendenzen — war in Großbritannien außerordentlich intensiv und hat sich damit auch besonders ungünstig auf die Zahlungsbilanz ausgewirkt. Angesichts der weitgehenden Abhängigkeit der Wirtschaft Großbritanniens vom Außenhandel wie auch der Stellung Londons als Finanzzentrum nicht nur des Sterlingblocks, sondern auch eines großen Teils der übrigen Welt, kommt ja der britischen Zahlungsbilanz eine stärkere Bedeutung zu als in den meisten anderen Ländern.

Ein wichtiger Faktor, der jedoch bei der Beurteilung der Entwicklung der britischen Zahlungsbilanz nicht außer acht gelassen werden darf, ist die beträchtliche Verschlechterung der internationalen Kapitalposition Großbritanniens, die jedoch nicht erst in jüngster Zeit, sondern schon vor dem Zweiten Weltkrieg begonnen hat. Durch diese Verschlechterung hat sich für Großbritannien ein wichtiger Aktivposten in der Zahlungsbilanz, nämlich die Einnahmen aus Geschäftsgewinnen, Dividenden und Zinsen, wesentlich vermindert. Dieser Posten belief sich 1938 noch auf netto 175 Millionen £. 1953 betrug er nur noch 82 Millionen und 1954 nur noch 70 Millionen (immer jeweilige £). Interessant ist hierbei nicht nur die Entwicklung der Einnahme-, sondern auch der Ausgabeseite. Während die Einnahmen von 205 Millionen £ 1938 auf 280 Millionen £ 1953 und 299 Millionen £ 1954 stiegen, erhöhten sich die Ausgaben von 30 Millionen £ 1938 auf 198 Millionen £ 1953 und 229 Millionen £ 1954. Es ist dadurch auf der Einnahmeseite der Zahlungsbilanz im Vergleich zur Vorkriegszeit ein Minus von etwa 100 Millionen £ entstanden. Welches Gewicht diesem Betrag im Rahmen der Zahlungsbilanz zukommt, ist daraus zu ersehen, daß die Waren- und Dienstleistungsbilanz im Jahre 1955 ein Defizit von mindestens 100 Millionen £ aufweisen dürfte. Die bisher veröffentlichten und allgemein zugänglichen Angaben über die Entwicklung der internationalen Kapitalposition Großbritanniens waren wenig aufschlußreich und unvoll-

ständig, so daß es kaum möglich war, sich ein einigermaßen genaues Bild zu machen. Diese Lücke ist nunmehr weitgehend ausgefüllt worden durch eine vom Economic Department der Midland Bank, London, durchgeführte Untersuchung über diesen Fragenkomplex, auf die sich die nachstehenden Ausführungen stützen¹.

Wenn das Pfund Sterling trotz aller in den letzten zehn Jahren auf dem Gebiet des Abbaus der Devisenzwangswirtschaft erzielten Erfolge heute noch immer nicht so frei verwendbar ist wie vor dem Kriege, so ist dies zu einem wesentlichen Teil auf die Verschlechterung der internationalen Kapitalposition Großbritanniens zurückzuführen. Auf der einen Seite erhöhten sich im letzten Kriege die Sterling-Verbindlichkeiten sehr stark infolge auf Kredit bezogener Kriegslieferungen, zum großen Teil aus den Commonwealthländern. Auf der anderen Seite mußte zum Zwecke der Kriegsfinanzierung ein großer Teil der Auslandsanlagen veräußert werden. Seit Kriegsende haben die Sterling-Verbindlichkeiten noch etwas zugenommen, während weitere Sterling-Beträge internationalen Organisationen, wie dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, zur Verfügung gestellt worden sind. Die britischen Auslandsanlagen sind seit Kriegsende weiter zurückgegangen. Ferner hat die britische Regierung gegen Kriegsende große Anleihen in den Vereinigten Staaten und Kanada aufgenommen, um akute Zahlungsschwierigkeiten zu überbrücken. Zwei Weltkriege haben den größten Gläubiger der Welt, der Großbritannien früher war, in den größten Schuldner der Welt verwandelt.

Passiva und Aktiva

Die Größenordnungen der in der internationalen Kapitalposition Großbritanniens eingetretenen Veränderungen sind aus der nachstehenden Tabelle zu ersehen. Allerdings kann diese nur ein ungefähres Bild geben, da die Angaben — worauf besonders hingewiesen sei — nicht ganz vollständig sind. Dies bezieht sich in der Hauptsache auf die Auslandsanlagen, die statistisch erfahrungsgemäß immer sehr schwer zu erfassen sind. Insbesondere sind in den Zahlen nicht die Zweigniederlassungen britischer Firmen im Ausland enthalten. Trotz dieser Mängel dürfte jedoch der Entwicklungszug deutlich zum Ausdruck kommen. Bei einer Saldierung der Aktiva und Passiva würde sich für Juni 1955 ein Passivsaldo der internationalen Kapitalposition in Höhe von

¹) *Midland Bank Review*, London, Februar 1956.

3,0 Milliarden £ ergeben gegenüber einem Aktivsaldo in Höhe von 3,6 Milliarden £ Ende 1938. Bei den Zahlen der Tabelle darf allerdings nicht übersehen werden, daß das Preisniveau seit der Vorkriegszeit ganz erheblich gestiegen ist und somit die Pfundbeträge an den drei Terminen kaufkraftmäßig ganz verschiedene Werte darstellen. So stand beispielsweise der britische Großhandels-Preisindex (1938 = 100) 1945 auf 167 und 1955 auf 335.

*Die internationale Kapitalposition Großbritanniens
in Millionen £*

Passiva	Dez. 1938	Dez. 1945	Juni 1955
Sterling-Verbindlichkeiten gegenüber:			
anderen Ländern	598	3694	3860
internationalen Institutionen	—	—	479
Schuldsaldo gegenüber der EZU	—	—	96
Auslandsverschuldung des Staates (haupts. gegenüber USA u. Kanada)*	—	369	2130
Insgesamt	598	4063	6565
Aktiva			
Gold- und Dollarreserven	615	610	957
Auslandsanlagen (Nominalwerte) . .	3545	2417	2013**
Beteiligung am Internationalen Währungs- fonds und an der Weltbank	—	—	557
Insgesamt	4160	3027	3527

*) Jeweils 31. März. **) Ende 1953.

Als erstes ist festzustellen, daß die britischen Sterling-Verbindlichkeiten gegenüber anderen Ländern vom Dezember 1938 bis zum Juni 1955 auf das Sechseinhalbfache gestiegen sind. Die Sterling-Verbindlichkeiten setzen sich aus einer ganzen Reihe von Forderungen zusammen. Den Hauptposten stellen die bei britischen Banken unterhaltenen Sterling-Guthaben überseeischer Konteninhaber dar, einschließlich der Sterling-Reserven der britischen Kolonien und der selbständigen Sterling-Länder. Ein weiterer beträchtlicher Posten sind die im Besitz des Auslands befindlichen britischen Wertpapiere, die allerdings nicht restlos erfaßt sind. Nicht darin enthalten sind die im Besitz des Auslands befindlichen britischen Banknoten, da hier eine Erfassung technisch nicht möglich ist. Die Sterling-Verbindlichkeiten gegenüber internationalen Institutionen werden gebildet aus den Sterling-Guthaben des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Dieser Betrag wird jedoch auf der Aktivseite mehr als ausgeglichen durch die britischen Beteiligungen an diesen beiden Institutionen, wovon ein Teil in Gold eingezahlt worden ist. Der größte Teil der in Pfund Sterling eingezahlten Beteiligungen wird der britischen Regierung leihweise zinsfrei wieder zur Verfügung gestellt, solange er für die finanziellen Operationen der beiden Institutionen nicht benötigt wird. Dieser Betrag erscheint dann in der Bilanz in der Form der vorher erwähnten Sterling-Verbindlichkeiten gegenüber internationalen Institutionen. Einen „aktiven“ Charakter im Vergleich hierzu hat der britische

Schuldsaldo gegenüber der EZU, dessen Abbau im Rahmen der monatlichen EZU-Abrechnungen erfolgen muß, sofern in dem betreffenden Monat ein Aktivsaldo erzielt worden ist. Der zweite große Posten auf der Passivseite sind die von der britischen Regierung kontrahierten Auslandsanleihen. Im Gegensatz zu dem in der Hauptsache kurzfristigen Charakter der Sterling-Verbindlichkeiten handelt es sich hier um fundierte Schulden mit einer Laufzeit bis zu 50 Jahren. Ein Teil der Sterling-Verbindlichkeiten besteht aus den sogenannten „Blocked Sterling Accounts“. Sie sind, wie erwähnt, aus den auf Kredit erfolgten Lieferungen hauptsächlich der Commonwealthländer an Großbritannien während des letzten Krieges entstanden und werden jetzt im Rahmen besonderer Vereinbarungen schrittweise aufgelöst. Ueber den größten Anteil an den „Blocked Sterling Accounts“ verfügt Indien.

Das meiste öffentliche Interesse auf der Aktivseite finden die Gold- und Dollarreserven, deren Stand monatlich bekanntgegeben wird. Sie bestehen in der Hauptsache aus dem Goldbestand, einem geringeren Betrag an US-Dollars sowie einem kleinen Betrag an Kanadischen Dollars. Sie stellen die gesamten offiziellen Währungsreserven dar. Nicht darin enthalten sind die „working balances“ der britischen Banken sowie großer britischer Handelsgesellschaften, die für die laufenden Operationen benötigt werden. Die Gold- und Dollarreserven können jedoch nicht als ein Aktivum Großbritanniens allein angesehen werden. In Wirklichkeit werden sie für Rechnung des gesamten Sterlingblocks gehalten. Auf Grund langfristiger Vereinbarungen mit Großbritannien unterhalten die meisten Mitgliedsländer des Sterlingblocks, abgesehen von geringen Ausnahmen, keine eigenen Gold- und Devisenreserven. Hauptsächlich auf Grund der engen Handelsbeziehungen zwischen Großbritannien und anderen Sterling-Ländern ist es für die letzteren schon seit langem üblich geworden, ihre Währungsreserven in Form von Sterling-Guthaben zu halten. Entsprechend entwickelte sich die Praxis, wonach alle von den einzelnen Sterling-Ländern verdienten Devisen an das „Exchange Equalisation Account“ gegen Gutschrift in Pfund Sterling verkauft und umgekehrt die benötigten Devisen bei Bedarf vom „Exchange Equalisation Account“ gegen Belastung in Pfund Sterling gekauft wurden. Dieses seit 1939 ununterbrochen bestehende sogenannte „Dollar Pool“-System hat in der Praxis bisher immer gut funktioniert.

Auf diese Weise besteht ein enger Zusammenhang zwischen den Veränderungen der Gold- und Dollarreserven und denen der britischen Sterling-Verbindlichkeiten gegenüber den Sterling-Ländern. Die Abwertung des Pfundes Sterling führte zu einer entsprechenden Wertminderung der Sterling-Guthaben, in Gold oder US-Dollars gerechnet. Einige Sterling-

Konten-Inhaber in Nicht-Sterling-Ländern hatten allerdings Goldgarantieklauseln vereinbart, so daß ihre Sterling-Guthaben entsprechend aufgewertet werden mußten. Stellt man die Gold- und Dollarreserven den Sterling-Verbindlichkeiten gegenüber, so zeigt sich, daß beide 1938 etwa gleich hoch waren, während heute die Sterling-Verbindlichkeiten mehr als fünfmal so hoch sind wie die Gold- und Dollarreserven. Uebrigens waren die Gold- und Dollarreserven 1938 ausreichend, um die britischen Ausgaben für sichtbare und unsichtbare Einfuhren für etwa sechs Monate zu decken; heute sind nur noch die Ausgaben für etwa drei Monate gedeckt. Im Verhältnis zu den laufenden Ausgaben des gesamten Sterlingblocks war der Rückgang entsprechend. Gerade auf die Verschlechterung dieses Verhältnisses war es zum wesentlichen Teil zurückzuführen, daß heute immer noch weitgehende Kontrollen für die Verwendung des Pfundes Sterling erforderlich sind.

Den größten Posten auf der Aktivseite stellen die britischen Auslandsanlagen dar. Fast alle diese Anlagen stammen aus privatem Kapital, und der größte Teil von ihnen befindet sich auch zur Zeit noch in privater Hand. Ein bestimmter Teil davon liegt allerdings beim britischen Schatzamt. Er wurde während des letzten Krieges beschlagnahmt und als Sicherheit für in den Vereinigten Staaten aufgelegte britische Kriegsanleihen, die jedoch inzwischen zurückgezahlt worden sind, verwendet. Der Rückverkauf der betreffenden Wertpapiere an private Investoren hat inzwischen begonnen.

Britische Auslandsanlagen (Nominalwerte)

in Millionen £

	Dez. 1938	Dez. 1945	Dez. 1948	Dez. 1953
Staats- und Kommunalanleihen . .	1521	904	795	798
Ausländische Gesellschaften				
Aktien	473	313	311	387
Anleihen	368	179	158	168
Britische Gesellschaften, die ausschl. od. fast ausschl. im Ausland tätig sind				
Aktien	817	756	583	568
Anleihen	367	266	120	93
Alle Wertpapiere	3545	2417	1967	2013
davon:				
in Commonwealth-Ländern . .	1962	1211	1111	1146
in anderen Ländern	1584	1206	855	867

Wie aus der Tabelle zu ersehen ist, erreichten die Auslandsanlagen ihren tiefsten Stand Ende 1948. Seitdem sind Anleihefälligkeiten und Verkäufe etwas überkompensiert worden durch Neuinvestierungen, so daß sich der Gesamtbetrag leicht erhöht hat. Diese Feststellung ist nicht leicht in Einklang zu bringen mit dem allgemein bekannten ständigen Kapitalabfluß in Form von Neuinvestierungen seit 1948, wie er in der Zahlungsbilanzstatistik zum Ausdruck kommt. Diese Diskrepanz kann wohl nicht anders als mit der Unvollständigkeit der oben genannten Zah-

len erklärt werden. Von offizieller Seite ist festgestellt worden, daß in den letzten Jahren die britischen langfristigen Investitionen in Uebersee sich brutto auf etwas über 200 Millionen £ und netto auf etwa 180 Millionen £ jährlich beliefen.

Die Unvollständigkeit der vorliegenden Zahlen, die Unterbewertung der Auslandsanlagen und verschiedene andere Faktoren machen es unmöglich, den Stand der internationalen Kapitalposition Großbritanniens zu irgendeinem Zeitpunkt genau festzustellen, wenn auch der Uebergang von der Gläubiger- zur Schuldnerposition eindeutig feststeht. Wenn Großbritannien trotz seiner Schuldnerposition im Jahre 1954 — wie eingangs erwähnt — an Geschäftsgewinnen, Dividenden und Zinsen aus dem Ausland noch 70 Millionen £ eingenommen hat, so erklärt sich dies aus der verschiedenartigen Zusammensetzung der Aktiva und Passiva. Die Aktiva, außer den Gold- und Devisenreserven, setzen sich zum großen Teil aus hochverzinslichen langfristigen Forderungen und Investitionen zusammen, wogegen der größere Teil der Passiva aus liquiden Forderungen besteht, deren Zinssatz bisher relativ niedrig war. Dieser Tatbestand wirkt sich für die Zahlungsbilanz zweifellos günstig aus. Andererseits ist jedoch gerade die kurzfristige Fälligkeit eines großen Teils der Sterling-Verbindlichkeiten ein Faktor, der die Aufgabe der Wiederherstellung der vollen Konvertibilität des Pfundes Sterling so sehr kompliziert. Glücklicherweise ist jedoch ein erheblicher Fortschritt in der Richtung erzielt worden, in bezug auf die Sterling-Verbindlichkeiten wieder bessere Relationen zu erreichen. 1938 beliefen sich die gesamten Einnahmen Großbritanniens aus sichtbaren und unsichtbaren Ausfuhren auf 938 Millionen £, und — wie aus der ersten Tabelle ersehen werden kann — die Sterling-Verbindlichkeiten gegenüber anderen Ländern reichten aus, um die britischen Ausfuhren von acht Monaten zu finanzieren. 1946 reichten sie für die Finanzierung von Ausfuhren nach dem damaligen Stand auf die Dauer von zwei Jahren aus. 1954 konnte diese Zeitdauer nach dem Stand der damaligen britischen Ausfuhren wieder auf ein Jahr reduziert werden. Diese Verminderung war einmal zurückzuführen auf die mengenmäßige Steigerung des britischen Exports — 1954 war die Ausfuhr mengenmäßig um zwei Drittel größer als 1938 —, zum anderen auf die weltweite Inflation, wodurch sich der Geldwert der britischen Ausfuhr erhöhte, ohne daß die Sterling-Verbindlichkeiten in gleichem Maße stiegen.

Die Besitzer der Sterling-Guthaben²

Wenn sich auch der Gesamtbetrag der Sterling-Guthaben seit Kriegsende nur wenig verändert hat, so sind doch beträchtliche Veränderungen in ihrer

²) Hierzu werden nicht nur die in Form von Bankguthaben, sondern auch die in Form von britischen Staatspapieren gehaltenen Pfunde Sterling gerechnet.

Zusammensetzung nach Gläubigerländern eingetreten, wie aus der nachstehenden, dem „United Kingdom Balance of Payments White Paper 1946—1955“ entnommenen Tabelle zu ersehen ist.

*Zusammensetzung der Sterling-Guthaben
in Millionen £*

	Ende Dez. 1945	Ende Dez. 1951	Ende Dez. 1952	Ende Dez. 1954	Ende Juni 1955
Nicht-Sterling-Länder					
Dollar-Raum	34	38	34	97	86
OEEC-Raum	412	409	320	324	320
Andere Länder	786	571	400	435	425
Gesamt	1232	1018	754	856	831
Sterling-Länder					
Britische Kolonien	454	928	1032	1223	1294
Selbständige Sterling-Länder	2008	1863	1647	1823	1735
Gesamt	2462	2791	2679	3046	3029
Alle Länder	3694	3809	3433	3902	3860
Internationale Institutionen	—	566	567	476	479
Insgesamt	3694	4375	4000	4378	4339

Am meisten fällt die stetige Zunahme der Sterling-Guthaben der britischen Kolonien auf. Dagegen weisen die Guthaben der übrigen Sterling-Länder von Jahr zu Jahr starke Schwankungen auf. Der Anteil der Guthaben sämtlicher Sterling-Länder, das heißt Kolonien und selbständige Sterling-Länder zusammen, am Gesamtbetrag der Guthaben hat sich von etwa zwei Drittel 1945 auf über drei Viertel 1955 erhöht.

Die Sterling-Guthaben der britischen Kolonien

Wie aus der nachstehenden Tabelle zu ersehen ist, werden bei den Sterling-Guthaben der britischen Kolonien vier Gruppen unterschieden: 1) Guthaben der einzelnen Kolonialregierungen, die in London bei den „Crown Agents for Overseas Government and Administration“ unterhalten werden; 2) Guthaben kolonialer Währungsbehörden („Currency Boards“ oder „Currency Commissioners“); 3) Guthaben der „Marketing Boards“ (diese Boards haben Reserven angesammelt für Preisstabilisierung, Entwicklung und Forschung, und wenn auch ein Teil dieser Fonds an die lokalen Regierungen ausgeliehen wird, so wird doch der größere Teil in Pfund Sterling gehalten); 4) Guthaben kolonialer Privatbanken.

*Zusammensetzung der Sterling-Guthaben der Kolonien
in Millionen £*

	Ende Dez. 1951	Ende Dez. 1952	Ende Dez. 1954	Ende Juni 1955
Kolonialregierungen	342	420	554	582
Koloniale Währungsbehörden	337	363	395	390
Marketing Boards	137	145	139	146
Koloniale Privatbanken	225	240	301	339
Insgesamt	1041	1168	1389	1457
davon:				
in lokalen Wertpapieren angelegt	113	136	166	163
in Pfund Sterling angelegt	928	1032	1223	1294

Die Schwankungen in der Höhe der gesamten Sterling-Guthaben der Kolonien ergeben sich einmal aus der Entwicklung der laufenden Zahlungsbilanzen der einzelnen Kolonien, zum anderen aus den Kapitalbewegungen. Hierbei handelt es sich nicht nur um Transaktionen der Kolonien mit Großbritannien und anderen Sterling-Ländern, sondern gleichfalls um solche mit Nicht-Sterling-Ländern; denn alle seitens der Kolonien im Handels- und Kapitalverkehr empfangenen Nicht-Sterling-Devisen werden in der Regel sofort an das britische „Exchange Equalisation Account“ gegen Gutschrift in Pfund Sterling verkauft und bei Bedarf gegen Belastung in Pfund Sterling wieder zurückgekauft. Insgesamt gesehen, speisen die Kolonien in starkem Maße den Dollar-Pool des Sterlingblocks auf Grund des Absatzes ihrer Erzeugnisse, wie Kautschuk, Zinn, Kakao, Sisalhanf sowie auch Gold, im Dollarraum. In den letzten zwei bis drei Jahren haben sie im Handelsverkehr mit dem Dollarraum einen Überschuß von über 100 Millionen Pfund Sterling jährlich erzielt.

Die sich hieraus ergebenden Sterling-Einnahmen werden in der Regel voll benötigt, um das laufende Zahlungsdefizit der Kolonien im Verkehr mit anderen Sterling-Ländern, insbesondere mit Großbritannien, zu decken. Seit Kriegsende haben die Kolonien insgesamt nur 1950 und Anfang 1951 einen großen Überschuß in ihrer laufenden Zahlungsbilanz erzielt; in den übrigen Jahren war ihre Zahlungsbilanz nur knapp ausgeglichen. Ein sehr beträchtlicher Teil der Zunahme der Sterling-Guthaben der Kolonien seit Kriegsende ist ein Niederschlag der seitens des Auslands erfolgten Investitionen in den Kolonien, stammt also nicht aus laufenden Zahlungsbilanzüberschüssen.

Kapitalbewegungen innerhalb des Sterlingblocks sind im wesentlichen der Devisenkontrolle nicht unterworfen. Der Hauptteil der Kapitaleinfuhr nach den Kolonien stammt aus Großbritannien. Die Kapitaleinfuhr erfolgt in Form von am Londoner Kapitalmarkt aufgelegten Anleihen der Kolonialregierungen. Ein großer Teil dieses Kapitals ist verwendet worden zur Finanzierung von Entwicklungsprogrammen, die von den Kolonialregierungen selbst, von der „Colonial Development Corporation“ oder von privaten Unternehmen durchgeführt werden. Während ein großer Teil der am Londoner Kapitalmarkt aufgenommenen Gelder zur Bezahlung von aus Großbritannien bezogenen Investitionsgütern verwendet wird, werden die restlichen Beträge vielfach in London gehalten, entweder als Deckung der kolonialen Währungen oder als normale Bankdepósitos.

Die Sterling-Guthaben der Kolonien stellen keine blockierten Guthaben dar. Ihre Konversion in andere Währungen zwecks Verausgabung außerhalb des Sterlingblocks ist jedoch beschränkt durch Devisen- und Handelskontrollen, wie dies auch bei den Sterling-Guthaben anderer Sterling-Länder ein-

schließlich Großbritanniens selbst der Fall ist. Hierauf beruht es zum großen Teil auch, daß ein großer Teil der Pfunde Sterling der Kolonialregierungen, der kolonialen Währungsbehörden und Marketing Boards in britischen Staatspapieren angelegt sind. Ende 1952 wurden von den im Besitz der drei genannten Kategorien befindlichen 900 Millionen £ weniger als 100 Millionen in liquider Form gehalten. Etwa 300 Millionen waren in britischen Staatspapieren mit Fälligkeiten bis zu fünf Jahren, die restlichen 500 Millionen in solchen mit Fälligkeiten über fünf Jahre angelegt. Über die Pfunde Sterling der kolonialen Banken liegen entsprechende Angaben nicht vor, doch ist anzunehmen, daß sie zum größten Teil in liquider Form angelegt sind, da sie in der Hauptsache als „working balance“ dienen.

Die Sterling-Guthaben der selbständigen Sterling-Länder

Die Sterling-Guthaben der selbständigen Sterling-Länder haben sich, insgesamt betrachtet, ziemlich stabil gehalten. Bei ihren einzelnen Bestandteilen sind jedoch erhebliche Veränderungen eingetreten. Ganz besonders starken Schwankungen haben von jeher die australischen Sterling-Guthaben unterlegen. Dies beruhte auf den schon immer erheblichen Veränderungen der Zahlungsbilanzposition Australiens, wozu in erster Linie die Schwankungen der Wollpreise auf den Weltmärkten wesentlich beigetragen haben. Ebenso wie bei den Kolonien sind Pfunde Sterling die Form, in der die selbständigen Sterling-Länder (mit Ausnahme Südafrikas) den größten Teil ihrer Währungsreserven halten, obwohl einige von ihnen seit kurzem, in Übereinstimmung mit Großbritannien, begonnen haben, eigene kleine Goldreserven aufzubauen. Im Gegensatz zu den Kolonien werden bei den selbständigen Sterling-Ländern die Pfunde Sterling zum größten Teil von den Zentralbanken der einzelnen Länder gehalten. Diese Pfunde dienen einem doppelten Zweck: einmal stellen sie die Devisenreserve für den Handels- und Zahlungsverkehr mit dem Ausland dar; zum anderen sind sie Währungsreserve. Angaben darüber, wie die Pfunde Sterling der selbständigen Sterling-Länder im einzelnen angelegt sind, liegen nicht vor, doch ist anzunehmen, daß sie in stärkerem Maße liquide sind als die der Kolonien. In der Hauptsache dürften sie sich aus Guthaben bei der Bank of England, bei anderen britischen Banken und aus Beständen an britischen Treasury Bills zusammensetzen.

Bei den selbständigen Sterling-Ländern können in bezug auf die Verfügungsfreiheit über ihre Sterling-Guthaben zwei Gruppen unterschieden werden. Die Guthaben Indiens, Pakistans und Ceylons, die hauptsächlich während des Zweiten Weltkrieges entstanden waren, sind zum Teil blockiert. Dieser blockierte Teil steht auf „No. 2 Accounts“, von denen im Rahmen besonderer Abkommen jährlich Freigaben durch

Uebertrag auf frei verfügbare „No. 1 Accounts“ erfolgen. Zum Teil sind die jährlichen Freigaben in das Finanzierungsprogramm für den Colombo-Plan zur wirtschaftlichen Entwicklung Südostasiens eingeplant. Ein wesentlicher Teil dieser blockierten Sterling-Guthaben wird jedoch wohl auf unbeschränkte Zeit von den betreffenden Ländern als Devisenreserve und als Deckung für die heimische Währung benötigt werden. Die übrigen Sterling-Länder sind in der Hauptsache die älteren britischen Dominien, deren Sterling-Guthaben irgendwelchen formalen Beschränkungen nicht unterliegen. Diese Länder arbeiten jedoch in der Form so eng mit Großbritannien zusammen, daß sie im wesentlichen die gleichen Devisenkontrollbestimmungen wie dieses zur Anwendung bringen. Darüber hinaus ist auch eine gemeinsame Sterlingblock-Politik im Hinblick auf handels- und finanzpolitische Beziehungen zu den Nicht-Sterling-Ländern durch eine Reihe von Koordinationsmaßnahmen entwickelt worden. Südafrika als der größte Goldproduzent der Welt nimmt innerhalb dieser Gruppe eine Sonderstellung ein. Zur Zeit verkauft es den größten Teil seines neuproduzierten Goldes auf dem Londoner Goldmarkt gegen Pfunde Sterling.

Die Faktoren, welche die Entwicklung der Sterling-Guthaben sämtlicher Sterling-Länder und -Gebiete außerhalb Großbritanniens (d. h. selbständige Sterling-Länder und britische Kolonien) bestimmen, können aus der nachstehenden, auf Grund der „United Kingdom Balance of Payments White Papers“ zusammengestellten Tabelle ersehen werden.

Bestimmungsfaktoren für die Veränderungen der Sterling-Guthaben sämtlicher Sterling-Länder und -Gebiete

in Millionen £

	1952	1953	1954	1. Hj. 1955
Laufendes Zahlungsbilanz-Defizit aller Sterling-Länder und -Gebiete mit Großbritannien	— 369	— 159	— 261	— 119
Zahlungsbilanzüberschuß (+) bzw. -defizit (—) aller Sterling-Länder und -Gebiete mit Nicht-Sterling-Ländern	+ 88	+ 205	+ 6	— 11
Verkäufe von neu produziertem Gold in London	+ 72	+ 79	+ 139	+ 82
Nettokapitalbewegungen von Großbritannien nach den übrigen Sterling-Ländern und -Gebieten	+ 97	+ 127	+ 231	+ 31
Nettozunahme (+) bzw. Abnahme (—) der Sterling-Guthaben	— 112	+ 252	+ 115	— 17

Die Sterling-Guthaben der Nicht-Sterling-Länder

Die Sterling-Guthaben der Nicht-Sterling-Länder sind in den letzten Jahren nicht zurückgegangen, obwohl die Devisenkontrollbestimmungen bezüglich ihrer Verwendung wesentlich aufgelockert worden sind. Die von Angehörigen der „Dollar Account Countries“ unterhaltenen Guthaben sind völlig frei verfügbar. Die von Angehörigen der übrigen Länder, der sogenannten „Transferable Account Countries“,

unterhaltenen Guthaben können für alle Zwecke, mit Ausnahme von Zahlungen nach den „Dollar Account Countries“, verwendet werden. Transferable Pfunde Sterling (TAA-£) können an einer Reihe ausländischer Devisenbörsen, mit einem kleinen Disagio, auch gegen US-Dollars verkauft werden. Seit Februar 1955 betreibt das „Exchange Equalisation Account“ an den ausländischen Devisenmärkten Kursstützungspolitik für das TAA-£. Seitdem beträgt das Disagio des TAA-£-Kurses gegenüber dem offiziellen Kassakurs nur noch etwa 1 vH. Das einzige Nicht-Sterling-Land, das heute noch blockierte Sterling-Guthaben hat, ist Ägypten, das früher Mitglied des Sterlingblocks war. Die blockierten Guthaben belaufen sich zur Zeit noch auf 110 Millionen Pfund Sterling und werden durch jährliche Freigaben schrittweise abgebaut. Sie stammen gleichfalls aus Kriegslieferungen Ägyptens an Großbritannien.

Man kann sagen, daß der größte Teil der Sterling-Guthaben der Nicht-Sterling-Länder freiwillig unterhalten wird, teils als „working balances“, teils als Devisenreserve. Die Guthaben werden zum größten Teil in liquider Form gehalten, das heißt in Form von Bankguthaben oder in Form von britischen Treasury Bills. Obwohl der Gesamtbetrag der Sterling-Guthaben der Nicht-Sterling-Länder recht bedeutend erscheint, haben doch verschiedene Länder in den letzten Jahren unter Sterling-Knappheit ge-

litten, wie beispielsweise Brasilien, die Türkei und Japan. Ebenso wie bei den Sterling-Ländern sind auch bei den „Transferable Account Countries“ die Faktoren zusammengestellt worden, welche die Entwicklung ihrer Sterling-Guthaben bestimmen.

*Bestimmungsfaktoren für die Veränderungen
der Sterling-Guthaben
der „Transferable Account Countries“
in Millionen £*

	1952	1953	1954	1. Hj. 1955
Überschuß (+) bzw. Defizit (—) der laufend. Zahlungsbilanz der Transferable Account Countries mit Großbritannien	— 61	— 48	— 27	+ 20
Zahlungsbilanzüberschuß (+) bzw. Defizit (—) der Transferable Account Countries mit den übrigen Sterling-Ländern und -Gebieten	— 50	— 117	+ 24	+ 14
Netto-Transfers von Gold u. Dollars nach Großbritannien (+) oder von Großbritannien (—)	— 141	+ 68	— 14	— 51
Zunahme (+) oder Abnahme (—) in d. britischen Beständen an Währungen der Transferable Account Countries einschl. Veränderungen der britischen EZU-Position	— 27	— 9	+ 81	+ 29
Sterling-Käufe der Transferable Account Countries vom IMF	—	+ 56	—	—
Netto-Kapitalbewegungen von (+) oder nach (—) Großbritannien	+ 19	+ 40	— 15	— 26
Nettozunahme (+) od. -abnahme (—) der Sterling-Guthaben	— 260	— 10	+ 49	— 14

*Die jährlichen Veränderungen der Kapitalposition
in Millionen £*

	1950	1951	1952	1953	1954	1. Hj. 1955
Überschuß (+) bzw. Defizit (—) der laufenden britischen Zahlungsbilanz einschl. amerikanische Auslandshilfe	+ 440	— 357	+ 251	+ 180	+ 186	+ 17
Zunahme (—) bzw. Abnahme (+) der Sterling-Verbindlichkeiten	— 329	— 55	+ 375	— 214	— 164	+ 39
Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) der britischen Bestände an anderen Währungen, einschl. Veränderungen in der britischen EZU-Position	+ 108	— 283	— 27	— 9	+ 81	+ 29
Netto-Kapitalausfuhr aus (+) bzw. Netto-Kapitaleinfuhr nach Großbritannien (—) :	+ 86	+ 325	+ 78	+ 163	+ 182	— 22
Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) der britischen Gold- u. Dollarreserven	+ 575	— 344	— 175	+ 240	+ 87	— 29
Netto-Verbesserung (+) bzw. Netto-Verschlechterung (—) der britischen Kapitalposition	+ 440	— 357	+ 251	+ 180	+ 186	+ 17

Wie in vorstehender Tabelle zu ersehen ist, hat in den ganzen Jahren von 1950 bis 1954, ganz gleich, ob die laufende britische Zahlungsbilanz (= Waren- und Dienstleistungsbilanz) einen Überschuß oder ein Defizit aufwies, eine beträchtliche Netto-Kapitalausfuhr aus Großbritannien stattgefunden. In der Hauptsache handelt es sich hierbei um private Kapitalausfuhr nach den Sterling-Ländern. Allerdings müssen diese Zahlen mit einem gewissen Vorbehalt aufgenommen werden, da sie nicht direkt statistisch erfaßt sind, sondern

nur einen Restposten darstellen und daher die bei den anderen Positionen erfolgten Irrtümer und Auslassungen zum größten Teil mitenthalten. In den fünf-einhalb Jahren von 1950 bis Mitte 1955 war die Netto-Kapitalausfuhr etwas größer als der Überschuß der laufenden Zahlungsbilanz im gleichen Zeitraum. Die Veränderungen der britischen Sterling-Verbindlichkeiten sind im großen und ganzen ausgeglichen worden durch die Veränderungen der Gold- und Devisenreserven.

Dokumente zur Frage der Sicherheit im Mittleren Osten

Ägyptisch-syrischer Verteidigungspakt vom 20. Oktober 1955*

Artikel 1

Die beiden Vertragschließenden Länder bestätigen ihr starkes Verlangen nach dauerhafter Sicherheit und Frieden und ihre Entschlossenheit, alle ihre internationalen Streitigkeiten auf friedlichem Wege beizulegen.

Artikel 2

Die beiden Vertragschließenden Länder betrachten jeden bewaffneten Angriff auf das Territorium oder die Streitkräfte eines von ihnen als einen Angriff auf sie beide. Folglich verpflichten sie sich, in Ausübung des Rechtes der individuellen und kollektiven Selbstverteidigung dem angegriffenen Lande sofort zu Hilfe zu kommen und unverzüglich alle Maßnahmen zu ergreifen und alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zu benützen, einschließlich bewaffneter Streitkräfte, um den Angriff abzuwehren und Sicherheit und Frieden wiederherzustellen.

In Übereinstimmung mit Artikel 6 des Vertrags über die Arabische Liga und Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen werden der Rat der Liga und der Sicherheitsrat sofort von dem Angriff und den getroffenen Gegenmaßnahmen verständigt werden.

Die beiden Vertragschließenden Länder versichern, daß keines von ihnen ohne Zustimmung des anderen Landes eine einseitige Friedensregelung oder irgendeine Vereinbarung mit dem Angreifer treffen wird.

Artikel 3

Die beiden Vertragschließenden Länder werden auf Antrag eines von ihnen miteinander beraten, wenn in den internationalen Beziehungen ernste Spannungen entstehen, welche die Sicherheit des arabischen Gebietes im Mittleren Osten oder die territoriale Unverletzlichkeit, die Unabhängigkeit oder die Sicherheit eines von ihnen in Mitleidenschaft ziehen. Im Falle unmittelbar bevorstehender Kriegsdrohung oder eines plötzlichen internationalen Notstandes bedrohlicher Natur werden die beiden Vertragschließenden Länder sofort die durch die Situation erforderlichen Präventiv- und Abwehrmaßnahmen ergreifen.

Artikel 4

Im Falle eines plötzlichen Angriffs auf die Grenzen oder Streitkräfte eines der Vertragschließenden Länder werden sie sofort die Maßnahmen beschließen, die über die zur Abwehr eines solchen Angriffs ergriffenen militärischen Maßnahmen hinaus notwendig sind, um die Bestimmungen dieses Abkommens zu verwirklichen.

Artikel 5

Die beiden Vertragschließenden Länder kommen überein, zur Erfüllung der Ziele dieses Abkommens den folgenden organisatorischen Apparat zu errichten: einen Obersten Rat — einen Kriegsrat — ein gemeinsames Oberkommando.

Artikel 6

a) Der Oberste Rat wird sich aus den Außenministern und Kriegsministern der beiden Vertragschließenden Länder zusammensetzen.

b) Er wird die offizielle Autorität sein, von welcher der gemeinsame Oberbefehlshaber alle Richtlinien in bezug auf die Militärpolitik erhalten soll. Er wird die Befugnis haben, den Oberbefehlshaber zu ernennen oder zu entlassen.

c) Auf Vorschlag des Kriegsrats wird er das gemeinsame Oberkommando organisieren, seine Aufgaben und Pflichten definieren und auf Empfehlung des Kriegsrats jegliche Abänderung daran vornehmen. Der Oberste Rat wird das Recht haben, Ausschüsse sowie untergeordnete oder provisorische Gremien einzusetzen, wann immer dies für notwendig erachtet wird.

d) Der Rat wird ermächtigt sein, die Vorschläge und Beschlüsse des Kriegsrats in Angelegenheiten, die außerhalb der Kompetenz der Stabschefs liegen, zu prüfen.

e) Der Rat wird für seine Zusammenkünfte und für die Funktionen des Kriegsrats Verfahrensregeln erlassen.

Artikel 7

a) Der Kriegsrat wird sich aus den Stabschefs der beiden Vertragschließenden Länder zusammensetzen.

b) Er wird dem Obersten Rat als beratendes Organ dienen. Er wird in Verbindung mit der militärischen Planung und allen dem gemeinsamen Kommando zugeteilten Pflichten Empfehlungen und Richtlinien vorlegen.

*) Am 27. Oktober 1955 wurde ein Verteidigungspakt zwischen Ägypten und Saudi-Arabien unterzeichnet, der mit diesem Vertrag in den wesentlichen Bestimmungen identisch ist. In folgenden Artikeln bestehen Abweichungen:

Artikel 3, Satz 1: Es fehlt die Bezugnahme auf „die Sicherheit des arabischen Gebiets im Mittleren Osten“.

Artikel 7: Absatz (d) fehlt im Vertrag mit Saudi-Arabien.

Artikel 9 lautet: „Die beiden Vertragschließenden Parteien werden in Frieden und Krieg diejenigen Streitkräfte, die vom Kriegsrat im Einvernehmen mit dem gemeinsamen

Oberbefehlshaber als notwendig erachtet werden, dem gemeinsamen Oberkommando unterstellen. Dies bedarf der Billigung des Obersten Rates.“

Artikel 10: Absatz (a) fehlt im Vertrag mit Saudi-Arabien, Absatz (b) entspricht mit geringfügigen Abweichungen in der Terminologie dem Artikel 10 des Vertrags mit Saudi-Arabien.

Artikel 12: Die erste Gültigkeitsperiode des Vertrags mit Saudi-Arabien beträgt nur 5 Jahre.

Artikel 13 fehlt im Vertrag mit Saudi-Arabien.

c) Der Kriegsrat wird Empfehlungen über Kriegsindustrien und zu militärischen Zwecken erforderliche Verbindungswege unterbreiten, einschließlich ihrer Koordinierung zum Nutzen der bewaffneten Streitkräfte in den beiden Vertragschließenden Ländern.

d) Er wird statistische und andere Daten vorbereiten über die militärischen, natürlichen, industriellen, landwirtschaftlichen und anderen Hilfsquellen und Potentiale der beiden Vertragschließenden Länder und über alles, was sich auf ihre gemeinsame Kriegsanstrengung bezieht. Er wird dem Obersten Rat Vorschläge zur Auswertung dieser Hilfsquellen und Potentiale zum Nutzen der Kriegführung unterbreiten.

e) Der Kriegsrat wird die vom gemeinsamen Oberkommando zur Ausbildung, Organisation, Bewaffnung und Ausrüstung der ihm unterstehenden Streitkräfte aufgestellten Pläne prüfen. Ebenso wird er die Möglichkeiten ihrer Anwendung auf die Armeen der beiden Vertragschließenden Länder prüfen und die notwendigen Schritte unternehmen, sie auszuführen. Er wird seine Arbeitsergebnisse dem Obersten Rat zur Bestätigung vorlegen.

f) Dieser Rat wird ein ständiges militärisches Organ haben, das alle vorbereitenden Studien zu ihm vorliegenden Fragen vornimmt. Der Rat wird die Funktionen dieses Organs durch die Aufstellung von Verfahrensregeln bestimmen. Ebenso wird er das Budget aufstellen.

Artikel 8

a) Das gemeinsame Oberkommando soll bestehen aus:

- 1) dem Oberbefehlshaber,
- 2) dem Generalstab,
- 3) den für die Sicherheit des gemeinsamen Oberkommandos und zur Ausführung seiner Obliegenheiten abkommandierten Einheiten.

Dieses Oberkommando wird auf Dauer bestehen und in Friedens- und Kriegszeiten arbeiten.

b) Der Oberbefehlshaber wird die ihm unterstellten Streitkräfte befehligen. Er wird dem Obersten Rat verantwortlich sein. Seine Pflichten sind folgende:

- 1) die Ausbildungs-, Organisations-, Bewaffnungs- und Ausrüstungsprogramme für die ihm unterstellten Streitkräfte aufzustellen und durchzuführen, so daß diese eine zuverlässige, einheitliche Streitmacht werden, und diese Programme dem Kriegsrat zur Ueberprüfung oder dem Obersten Rat zur Bestätigung vorzulegen;
- 2) gemeinsame Verteidigungspläne vorzubereiten und auszuführen, um allen aus einem möglichen bewaffneten Angriff auf eines der beiden Länder oder ihre Streitkräfte entstehenden Gefahren zu begegnen; für die Vorbereitung dieser Pläne soll er sich auf die Entscheidungen und Richtlinien des Obersten Rates stützen;
- 3) die ihm von den beiden Vertragschließenden Ländern unterstellten Streitkräfte in Frieden und Krieg in Uebereinstimmung mit den gemeinsamen Verteidigungsplänen einzusetzen;
- 4) das Budget des gemeinsamen Oberkommandos aufzustellen und es dem Kriegsrat zur Ueberprüfung vor der endgültigen Bestätigung durch den Obersten Rat vorzulegen.

c) Die Ernennung oder Entlassung der Ersten Generalstabsoffiziere des Oberbefehlshabers soll durch den Kriegsrat im Einvernehmen mit dem Oberbefehlshaber geschehen. Ernennungen und Entlassungen des übrigen

Stabspersonals werden durch den Oberbefehlshaber im Einvernehmen mit dem Stabschef der betreffenden Armee vorgenommen werden.

Artikel 9

a) Die beiden Vertragschließenden Parteien werden in Frieden und Krieg alle Kampfverbände einschließlich der an den Grenzen von Palästina konzentrierten Truppen dem gemeinsamen Oberkommando unterstellen. Der Kriegsrat wird in Verbindung mit dem Oberbefehlshaber die Anzahl der Truppen, die mit jeder der beiden Aufgaben betraut werden sollen, festsetzen, wobei die Empfehlungen des Rates sofort nach Billigung durch den Obersten Rat als endgültig zu betrachten sind.

b) Der Kriegsrat wird auf Empfehlung des Oberbefehlshabers eine genaue Liste der zur Ausführung der Pläne notwendigen Einrichtungen und Stützpunkte aufstellen und über Prioritäten entscheiden.

Artikel 10

a) Es wird ein gemeinsamer Fonds der beiden Vertragschließenden Länder für die Verwirklichung der folgenden Ziele eingerichtet werden:

- 1) Alle durch das gemeinsame Oberkommando anfallenden Kosten werden zu gleichen Teilen von den beiden Vertragschließenden Parteien getragen werden.
- 2) Die Ausgaben zur Erhaltung der in Artikel 9 Absatz (b) erwähnten militärischen Einrichtungen werden zu 65 vH von der Aegyptischen Republik und zu 35 vH von der Syrischen Republik getragen werden.

b) Jeder der beiden Vertragschließenden Staaten wird alle Gehälter und Entschädigungen für militärisches und ziviles Personal, das er zum Dienst bei dem gemeinsamen Oberkommando, dem Kriegsrat und anderen Ausschüssen abgestellt hat, gemäß seinen eigenen finanziellen Regelungen bezahlen.

Artikel 11

Keine Bestimmung dieses Vertrages soll in irgendeiner Weise die Rechte und Pflichten berühren, die aus den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen hervorgehen oder sich gemäß dieser oder auf Grund der Verantwortung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen für die Erhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit ergeben könnten; sie soll auch nicht so ausgelegt werden, daß sie diese berühre.

Artikel 12

Dieser Vertrag wird für eine Periode von 10 Jahren gelten; er wird automatisch für jeweils weitere 5 Jahre verlängert. Jede der beiden Vertragschließenden Parteien kann den Vertrag beenden, indem sie dies der anderen Partei mindestens 1 Jahr vor Ablauf einer der oben erwähnten Perioden ankündigt.

Artikel 13

Dieser Vertrag soll den in jedem der beiden Länder geltenden konstitutionellen Bestimmungen gemäß ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen beim syrischen Außenministerium in Damaskus innerhalb einer Zeit von nicht mehr als 30 Tagen nach dem Datum der Unterzeichnung des Paktes ausgetauscht werden; der Vertrag wird unmittelbar nach dem Austausch der Dokumente in Kraft treten.

Quelle: *The Middle East Journal*, Winter 1956, S. 77—79. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Erklärung des sowjetischen Außenministeriums vom 15. Februar 1956 zu den britisch-amerikanischen Maßnahmen im Nahen und Mittleren Osten

Die am 1. Februar d. J. veröffentlichte gemeinsame Erklärung des Präsidenten der USA, Eisenhower, und des englischen Premierministers, Eden, über die Ergebnisse der englisch-amerikanischen Verhandlungen in Washington sieht einige gemeinsame Maßnahmen vor, deren Charakter jedoch in dieser Erklärung nicht zur Genüge präzisiert wird. Dennoch ist es schon jetzt erwiesen, daß diese außerhalb der Vereinten Nationen und unter Ausschluß der Länder des Nahen und Mittleren Ostens geplanten Sondermaßnahmen nur eine Gefahr für den Frieden und für die Sicherheit im Nahen und Mittleren Osten schaffen können. Sie können nur die Unabhängigkeit und Souveränität der Länder dieses Gebietes verletzen, was den Prinzipien und Zielen der Organisation der Vereinten Nationen zuwiderläuft.

In diesem Zusammenhang erachtet es das Außenministerium der UdSSR für notwendig, folgendes zu erklären:

Die Teilnehmerstaaten der Washingtoner Konferenz vertreten die Ansicht, daß die von ihnen in bezug auf die Länder des Nahen und Mittleren Ostens geplanten Maßnahmen von der „Spannung in den Beziehungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn“ bedingt sind. Sie versuchen, die Dinge so darzustellen, als ob die Dreierklärung der USA, Englands und Frankreichs vom 25. Mai 1950 ihnen das Recht geben würde, eigenmächtige Aktionen außerhalb der Organisation der Vereinten Nationen zu unternehmen.

Es ist nicht schwer zu begreifen, daß der Hinweis auf die Dreierklärung unter anderem deshalb notwendig war, um auch Frankreich zu den besagten Maßnahmen heranzuziehen.

Es ist nicht das erste Mal, daß Versuche unternommen werden, den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens den Willen gewisser ausländischer Kreise aufzuzwingen, deren Interessen den nationalen Bestrebungen der Völker des Nahen und Mittleren Ostens fremd sind. Die Völker dieser Länder bringen diese Aktionen der Westmächte nicht ohne Grund mit den Versuchen der Erdölmonopole in Zusammenhang, die Erdölquellen dieses Gebietes zu ihrer eigenen Bereicherung und ohne den Interessen der Völker dieser Staaten Rechnung zu tragen auszubeuten.

Hier muß daran erinnert werden, daß die Dreierklärung der USA, Englands und Frankreichs seinerzeit von den arabischen Ländern mit Recht als ein Versuch, das Gebiet des Nahen und Mittleren Ostens in Einflußsphären verschiedener Mächte aufzuteilen, und als ein Anschlag auf die Unabhängigkeit und Souveränität der arabischen Länder bezeichnet wurde.

Gerade dadurch erklärt es sich, daß Ägypten, Syrien, der Libanon, Saudi-Arabien, Jemen, der Irak und Jordanien in ihrer gemeinsamen Antwort auf die besagte Deklaration der drei Mächte am 21. Juni 1950 erklärt haben, daß „sie keine Aktion zulassen werden, die ihre Souveränität oder Unabhängigkeit schmälert“.

Schon in ihrer Note vom 28. Januar 1952 an die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Türkei hat die Sowjetregierung in bezug auf die Dreierklärung ihren Standpunkt gegenüber dieser Aktion der drei Mächte, die die Länder des Nahen und Mittleren Ostens in erster Reihe als ein Werkzeug für die

Durchführung ihrer militärischen Pläne erachten, zum Ausdruck gebracht.

Die späteren Ereignisse haben bewiesen, daß die gegen die Länder des Nahen und Mittleren Ostens gerichteten Aktionen der Westmächte weder mit den nationalen Interessen der Länder dieses Raumes noch mit den Interessen des Friedens überhaupt etwas gemein haben. Noch mehr, diese Ereignisse haben gezeigt, daß solche Aktionen in offensichtlichem Widerspruch zu den Interessen des Friedens sowie zu den lebenswichtigen Interessen der Völker dieses Raumes stehen, die mit den Interessen aller friedliebenden Völker unlöslich verbunden sind, die eine Milderung der internationalen Spannung, die Einstellung des Wettrüstens, die Entwicklung des in den zwischenstaatlichen Beziehungen notwendigen Vertrauens, die friedliche Koexistenz aller großen und kleinen Staaten unabhängig von ihrer Staats- und Gesellschaftsordnung anstreben.

Eben zum Zwecke der Durchführung der hier genannten militärischen Pläne wurde der berüchtigte Bagdad-Pakt abgeschlossen, der mit Fug und Recht von den Arabern ein Völkergefängnis genannt wird. Bekanntlich werden gegenwärtig Versuche zur Erweiterung dieses neuen Aggressionsblocks unternommen, dessen Bildung zur Verschärfung der Spannung in diesem Raum führt und eine unmittelbare Bedrohung der Sicherheit und nationalen Unabhängigkeit der Staaten des Nahen und Mittleren Ostens darstellt. Wie ferner bekannt ist, leistet die überwiegende Mehrheit der Staaten dieses Raumes einen entschlossenen Widerstand gegen die Versuche, sie in diese militärische Gruppierung einzubeziehen, ihnen durch militärische und andere knechtende Verpflichtungen, die ihre Souveränität und Unabhängigkeit unterminieren, Hände und Füße zu binden. Um die Aktionen zu rechtfertigen, die in der Schaffung eines neuen militärischen Blocks ihren Ausdruck fanden, versucht man, die Dinge so darzustellen, als hätten nicht diese Aktionen, sondern die Aktionen des „Sowjetblocks“ die Spannung in diesem Raume verschärft und die Kriegsgefahr erhöht. Immer geringer wird jedoch die Zahl derer, die derartig absurden, in deutlichem Widerspruch zu den wohlbekannten Tatsachen stehenden Behauptungen Glauben zu schenken bereit sind.

In der Washingtoner Erklärung wird u. a. darauf hingewiesen, daß die Konferenzteilnehmer angeblich „die Schlichtung des Streitfalls zwischen Israel und den arabischen Nachbarn“ wünschen. Es wäre gut, wenn es sich so verhielte. Warum aber werden dann diese Maßnahmen unter Ausschluß der interessierten Länder hinter ihrem Rücken getroffen? Die Tatsachen beweisen doch, daß zwischen solchen Erklärungen und bestimmten Aktionen der Westmächte gegenüber den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens ein deutlicher Mißklang besteht.

Darüber hinaus sind in letzter Zeit in der Presse Meldungen erschienen, in denen es heißt, daß gewisse Mächte Truppen in den genannten Raum zu schaffen beabsichtigen. Diese Meldungen wurden nicht dementiert. Es ist anzunehmen, daß im Zusammenhang mit dieser Frage die notwendigen Erläuterungen und Erklä-

rungen abgegeben werden, die die natürliche Besorgnis der Länder des Nahen und Mittleren Ostens — und nicht nur dieser Länder — über die genannten Meldungen zerstreuen.

Die Heranschaffung von Truppen auf das Territorium der Länder des Nahen und Mittleren Ostens wäre eine in krassem Gegensatz zu den Interessen der Festigung des Friedens stehende Aktion, die einen Herd gefährlicher Reibungen und Spannungen in jenem Raum schaffen würde. Dies würde die Möglichkeit der Schlichtung von Streitfällen zwischen Ländern dieses Raumes nur noch mehr erschweren.

In der Erklärung des Außenministeriums der UdSSR vom 16. April 1955 über die Sicherheit im Nahen und Mittleren Osten wurde gesagt, daß die Sowjetunion der im Nahen und Mittleren Osten entstehenden Lage nicht gleichgültig gegenüberstehen kann, weil sie in direktem Zusammenhang mit der Sicherheit der Sowjetunion steht, die zum Unterschied von bestimmten anderen Mächten in unmittelbarer Nähe dieses Raums gelegen ist. Das Außenministerium der UdSSR erachtet es für notwendig, erneut zu erklären, daß jedwede Maßnahme, die zu Komplikationen im Nahen und Mittleren Osten und zur Verschärfung der Spannung in diesem Raum führt, nur den Anlaß zu berechtigter Besorgnis der Sowjetregierung bilden kann.

Eine solche Aktion, wie die Heranschaffung fremder Truppen auf das Territorium der Länder des Nahen und

Mittleren Ostens ohne Einwilligung der interessierten Staaten und ohne Billigung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, der die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens trägt, wäre eine grobe Verletzung der Satzung der Vereinten Nationen und der staatlichen Souveränität einer ganzen Reihe von Ländern.

Die Sowjetregierung hofft, daß ihre Haltung das Verständnis und die volle Unterstützung aller friedliebenden Staaten finden wird, die an der Aufrechterhaltung des Friedens, der Sicherheit und der Unantastbarkeit des Territoriums der Länder des Nahen und Mittleren Ostens interessiert sind.

Was die Sowjetregierung betrifft, so wird sie getreu den Prinzipien ihrer Außenpolitik des Friedens auch künftighin die Sache des Friedens, die Freiheit, Unabhängigkeit und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder des Nahen und Mittleren Ostens verteidigen und gemeinsam mit den anderen interessierten Staaten zur Festigung der Sicherheit in diesem Raum beitragen.

Die Organisation der Vereinten Nationen darf diese Aktionen, die gegen die Länder des Nahen und Mittleren Ostens gerichtet sind, ihre nationale Unabhängigkeit beeinträchtigen könnten und den Frieden in diesem Raum gefährden würden, nicht übersehen.

Quelle: *Neuer Weg*, Bukarest, Nr. 2125 vom 15. Februar 1956.

Die Fortsetzung des sowjetisch-amerikanischen Gedankenaustauschs*

Die zweite Botschaft Bulganins an Eisenhower, vom 1. Februar 1956

Geehrter Herr Präsident!

Ihr Schreiben vom 27. Januar, das in einem so freundschaftlichen Ton abgefaßt ist, hat in mir Erinnerungen an die offenen und aufrichtigen Gespräche wachgerufen, die wir und unsere Kollegen vor einem halben Jahr in Genf führten. Man kann auf verschiedenen Standpunkten stehen, man kann verschiedene Ansichten vertreten, wenn sich jedoch dabei guter Wille und das Bestreben zeigt, einander zu verstehen, so tragen solche Erörterungen zur Festigung des Vertrauens, zum Entstehen freundschaftlicher Beziehungen bei.

Ich war erfreut, daß Sie damit einverstanden sind, daß die gegenwärtige internationale Lage von allen Staaten, und in erster Linie von den Großmächten, die eine besondere Verantwortung für die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit tragen, Maßnahmen erfordert, die zur weiteren Minderung der internationalen Spannung, zur Festigung des Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten beitragen können.

Ihr Einverständnis, daß die historische Freundschaft zwischen unseren Völkern uns eine Grundlage gibt, auf der bessere politische Beziehungen zwischen unseren Ländern hergestellt werden können, hat mich sehr befriedigt.

Gerade deshalb, weil eine solche Grundlage vorhanden ist, beschlossen ich und meine Kollegen, kurz nach-

dem unsere Völker den Beginn des neuen Jahres gefeiert hatten, uns an Sie mit dem Vorschlag zu wenden, gemeinsam über konkrete Schritte nachzudenken, die es ermöglichen würden, die Beziehungen zwischen unseren Ländern wesentlich zu verbessern. Wir gingen dabei von der Erkenntnis aus, daß das Schicksal des Weltfriedens weitgehend davon abhängt, wie sich unsere Beziehungen gestalten werden.

Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß es an der Zeit ist, einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern abzuschließen. Das wäre ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und würde gleichzeitig zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Ihren und unseren Freunden auf dem Schauplatz des internationalen Geschehens beitragen. Wir können nur bedauern, daß Sie zu unserem Vorschlag keine positive Einstellung gefunden haben.

Soweit ich Sie verstanden habe, verwundert es Sie, daß der von uns vorgeschlagene Vertragsentwurf in gewissem Maße einige Bestimmungen aus der UN-Charta wiedergibt, die von unseren Ländern unterzeichnet ist. Aber dieser Umstand behindert unserer Meinung nach den Abschluß eines Vertrages in keiner Weise, sondern im Gegenteil, er begünstigt ihn. Das Vorhandensein der UN-Charta schließt keineswegs die Möglichkeit aus, daß zwischen Mitgliedern dieser Organisation zweiseitige Übereinkommen geschlossen werden, die auf den Prin-

* Vgl. den ersten Teil des Briefwechsels in Europa-Archiv 5/1956, S. 8655—8659.

zipien dieser Charta beruhen. In der UN-Charta wird direkt gesagt, daß die Mitglieder der Organisation der Vereinten Nationen „Bedingungen schaffen“ müssen, „unter denen die Gerechtigkeit und die Achtung gegenüber den Verpflichtungen, die sich aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts ergeben, gewahrt werden können“.

Wie auch viele andere Staaten beteiligen sich die USA nach der Schaffung der UN an einer großen Anzahl sowohl zweiseitiger als auch mehrseitiger internationaler Verträge und Abkommen. Dabei wurde das unbestrittene Recht souveräner Staaten, im Interesse des Friedens beliebige Verträge und Abkommen abzuschließen, die ihre Beziehungen zu anderen Staaten regeln, niemals angezweifelt und kann auch nicht angezweifelt werden.

Es darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß die UN-Charta nicht genügend wirksam sein kann, wenn die zwei größten Mächte der Welt — die UdSSR und die USA — ihre Beziehungen nicht regeln. Die Charta kann dann wirksamer werden, wenn unsere beiden Länder zusammenarbeiten, um die Ziele zu erreichen, die der Organisation der Vereinten Nationen gestellt sind. Ich glaube, daß Sie mit mir darin übereinstimmen.

Soweit ich Sie verstanden habe, hegen Sie einige Zweifel, weil wir Ihnen vorschlagen, einen „zweiseitigen“ Vertrag abzuschließen, während die UN-Charta ein „Vertrag zwischen vielen Staaten“ ist. Aber Sie werden doch zugeben, daß der Abschluß eines Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den beiden stärksten Mächten der Welt die internationale Lage weitestgehend verbessern würde. Wir sind andererseits bereit, die gleichen Verträge auch mit anderen Staaten abzuschließen, darunter auch mit Großbritannien und Frankreich. Schließlich bleibt auch der Vorschlag über den Abschluß eines Vertrages zwischen den beiden Staatengruppen — den Teilnehmern der NATO und den Teilnehmern des Warschauer Vertrages — bestehen.

Sie stellen in Ihrem Schreiben ganz richtig fest, daß für den Frieden der Welt Taten und nicht Worte entscheidend sind. Der Abschluß des Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den USA wäre eine der wichtigsten konkreten Taten auf diesem Gebiet, da unsere Länder durch die Übernahme der wichtigsten im Vertrag vorgesehenen Verpflichtungen das Vertrauen festigen und die Beruhigung der ganzen internationalen Lage herbeiführen würden. Das würde bedeuten, daß unsere Länder sich nicht darauf beschränken, ihren Wunsch, Freundschaft miteinander zu halten, nur mündlich zu versichern, sondern darangehen, die übernommenen Verpflichtungen praktisch zu verwirklichen.

Zugleich kann man feststellen, daß nach der Genfer Konferenz in dieser Richtung bereits wichtige Schritte unternommen worden sind, die zur Minderung der internationalen Spannung beitragen. Deswegen kann man kaum der Behauptung zustimmen, die Periode nach Genf habe die Hoffnungen der Völker enttäuscht.

Die Sowjetregierung hat ihrerseits schon eine Reihe Maßnahmen verwirklicht, die das Ziel verfolgen, die internationale Spannung zu mindern und das Vertrauen zwischen den Staaten zu festigen. In diesem Zusammenhang möchte ich an die Verringerung der Streitkräfte der Sowjetunion im Jahre 1955 um 640 000 Mann

erinnern, an die Verringerung der Mittel für militärische Zwecke der UdSSR im Jahre 1956 um 9,6 Milliarden Rubel im Vergleich zu 1955, an den Verzicht der Sowjetunion auf ihren letzten militärischen Stützpunkt auf dem Territorium anderer Staaten, und zwar den Militärstützpunkt Porkkala-Udd in Finnland, sowie an die Initiative der Sowjetunion beim Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich, der zum Abzug aller ausländischen Truppen vom Territorium Österreichs sowie dazu führte, daß Österreich die Verpflichtung übernahm, eine Politik der ständigen Neutralität durchzuführen. Auch andere Schritte der Sowjetunion zur Minderung der internationalen Spannung und zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten sind bekannt.

In der Sowjetunion ist man der Ansicht, daß auch andere Staaten ihre Erklärungen durch entsprechende Taten bekräftigen könnten. Um aufrichtig zu sein, Herr Präsident, muß man indessen sagen, daß einige große Mächte keine analogen Schritte unternahmen, sie taten im Gegenteil nicht wenig, um die internationale Spannung zu verschärfen.

Trotz der positiven Ergebnisse unseres Genfer Treffens werden die militärischen Ausgaben einiger Westmächte, darunter auch der USA, nicht verringert, sondern noch erhöht. Auch wird die Anzahl der militärischen Stützpunkte auf fremden Territorien vergrößert, wobei diese hauptsächlich in Gebieten angelegt werden, die an die Sowjetunion grenzen. Sie werden wohl zugeben, daß das beim Sowjetvolk hinsichtlich der Absichten der USA nur Befürchtungen hervorrufen muß, die völlig begreiflich sind.

Man muß auch darauf verweisen, daß einige führende Persönlichkeiten der USA trotz unserer gegenseitigen friedlichen Versicherungen auf der Genfer Konferenz, Herr Präsident, nach wie vor solche Erklärungen abgeben, die man durchaus nicht als dem „Geist von Genf“ entsprechend bezeichnen kann. Zum Beispiel ist bekannt, daß in den USA kürzlich eine Erklärung für eine solche Politik abgegeben worden ist, die das Land „am Rande des Krieges“ halten würde. Man muß auch auf die kriegerischen Reden einiger militärischer Führer der NATO verweisen, die offen zur Fortsetzung des Wettrüstens und zur Anhäufung von Vorräten an Atomwaffen innerhalb der NATO-Streitkräfte aufrufen und sich nicht scheuen, mit deren Anwendung zu drohen.

Wenn wir vorschlagen, einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern abzuschließen, so gehen wir davon aus, daß der Abschluß eines solchen Vertrages und die Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern es leichter möglich machen würden, eine wesentliche Einschränkung der Rüstungen und der Streitkräfte zu erreichen. Zum Beispiel könnte man die Streitkräfte der fünf Mächte auf den Stand reduzieren, mit dem seinerzeit sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Sowjetunion einverstanden waren. Dazu würde auch ein Übereinkommen in der Frage der Atomwaffen beitragen, deren Verbot die Völker fordern. Auch wäre es dann leichter, die Frage der Errichtung einer entsprechenden internationalen Kontrolle zu lösen.

In Ihrer Botschaft verweisen Sie erneut auf Ihren Vorschlag hinsichtlich des „offenen Himmels“, der vorsieht, daß amerikanische beziehungsweise sowjetische

Flugzeuge die Territorien der Sowjetunion und der USA gegenseitig überfliegen und Luftaufnahmen machen; der Vorschlag sieht auch den Austausch militärischer Informationen vor. Ich und meine Kollegen hatten bereits die Gelegenheit, unsere Meinung zu diesem Vorschlag zu äußern. Uns scheint, daß in der gegenwärtigen internationalen Lage und unter den Bedingungen eines völlig unbegrenzten Wettrüstens solche Flüge die Völker nicht von der Furcht vor einem neuen Kriege befreien, sondern im Gegenteil diese Furcht und den gegenseitigen Argwohn noch verstärken würden. Urteilen Sie selbst, Herr Präsident: Was würden die militärischen Führer Ihres Landes tun, wenn man ihnen meldete, die Flugaufnahmen hätten gezeigt, daß der Nachbar mehr Flugplätze besitzt? Wahrscheinlich würden sie befehlen, die Zahl ihrer Flugplätze unverzüglich zu vergrößern. Es ist natürlich, daß auch unsere militärischen Führer in einem ähnlichen Falle ebenso handeln würden. Es ist nicht schwer zu verstehen, daß das Ergebnis eine weitere Verstärkung des Wettrüstens wäre.

Eine andere Sache ist es, wenn wir über die Einschränkung der Rüstungen und der Streitkräfte ein Übereinkommen treffen würden. Dann würde die Durchführung einer entsprechenden Kontrolle, über deren Methoden man sich einigen könnte, berechtigt und erforderlich sein.

Man muß auch sehen, daß die Verpflichtung der UdSSR und der USA, alle strittigen Fragen nur mit friedlichen Mitteln zu lösen, in ihren gegenseitigen Beziehungen auf die Anwendung von Gewalt oder die Drohung mit Gewalt — einschließlich mit der Atom- und Wasserstoffwaffe — zu verzichten, die internationale Atmosphäre tatsächlich beruhigen und günstigere Voraussetzungen für ein Abkommen über andere ungeregelte internationale Probleme schaffen würde.

Somit würde der Abschluß eines Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bedeuten, daß wir wirklich etwas tun können, „um“, wie Sie in Ihrer Botschaft sagen, „die Welt zu überzeugen, daß wir keine aggressiven Ziele gegeneinander verfolgen“.

Was die konkreten internationalen Probleme betrifft, die in Ihrem Schreiben erwähnt werden, so bin ich nach wie vor davon überzeugt, daß neben dem Abrüstungsproblem das Problem der Gewährleistung der europäischen Sicherheit das wichtigste ist. Auf der Genfer Konferenz der Außenminister im Herbst 1955 unterbreitete die Regierung der Sowjetunion eine Anzahl konkreter Vorschläge zur Lösung dieses Problems. Die Sowjetregierung ist ebenso wie früher der Ansicht, daß die Aufgabe einer wirksamen Gewährleistung der Sicherheit in Europa am besten durch die Schaffung eines einheitlichen gesamteuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit gelöst werden kann.

In unseren Vorschlägen sind wir gleichzeitig den Wünschen der drei Westmächte in vielen Fragen entgegengekommen und haben auch die konkreten Anregungen auf diesem Gebiet berücksichtigt, die von den Vertretern der Westmächte während unseres Treffens in Genf gegeben wurden. Die Vorschläge der Sowjetregierung über die Gewährleistung der europäischen Sicherheit berücksichtigen auch voll und ganz die wichtige Rolle, die die Vereinigten Staaten von Amerika bei der Regelung der europäischen Angelegenheiten spielen.

Die Regierungen der drei Mächte waren jedoch mit unseren Vorschlägen nicht einverstanden und haben ihnen einen solchen Plan entgegengesetzt, der zur Wiedererrichtung des Militarismus in ganz Deutschland führt und außerdem noch die Einbeziehung des vereinigten Deutschland in einen von den Westmächten geschaffenen, geschlossenen Militärblock vorsieht. Ein solcher Plan kann natürlich keine Grundlage bilden für die Lösung der Frage der Gewährleistung einer wirklichen Sicherheit in Europa und für die Regelung der Deutschlandfrage.

Da in der Nachkriegszeit in Europa zwei deutsche Staaten entstanden sind und sich konsolidiert haben, Staaten mit unterschiedlicher sozialer und ökonomischer Struktur, die sich in verschiedener Richtung entwickeln, kann die Frage der Schaffung eines einheitlichen Deutschland als friedliebender und demokratischer Staat selbstverständlich nicht gelöst werden, ohne daß ein entsprechendes Übereinkommen zwischen den Deutschen selbst — zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik — erzielt wird.

Zugleich bin ich überzeugt, daß die Normalisierung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und insbesondere ein solcher Schritt wie der Abschluß eines Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den USA auch für die Schaffung notwendiger Voraussetzungen zur Lösung der Deutschlandfrage von großer positiver Bedeutung wären.

Was Ihre Bemerkung über das Recht der Völker, die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen, betrifft, so muß gesagt werden, daß die Sowjetunion nach wie vor an dem Prinzip festhält, daß die innere Ordnung in jedem Staat eine Angelegenheit seines Volkes ist. Wir erwarten, daß auch die anderen Mächte sich in ihren internationalen Beziehungen davon leiten lassen werden.

In Ihrem Schreiben berühren Sie ein so wichtiges Problem wie die Entwicklung von Kontakten zwischen Ost und West. Hinsichtlich der Bedeutung dieser Kontakte stimmen wir mit Ihnen völlig überein. Die Sowjetunion hat eben deshalb auf der Konferenz der Außenminister im Herbst vergangenen Jahres vorgeschlagen, die Schranken zu beseitigen, die die Entwicklung normaler Handels- und Wirtschaftsbeziehungen behindern, und die Kontakte auf dem Gebiet der Kultur, der Wissenschaft, der Kunst, des Sportes, des Reiseverkehrs und anderes mehr zu erweitern. Wir haben alle mit Befriedigung festgestellt, daß sich auf der Konferenz in dieser Frage ein gewisses Übereinkommen abzeichnete. Im letzten Moment wurden jedoch von den Delegationen der USA und der anderen Westmächte Forderungen erhoben, die jenen Direktiven widersprachen, die Sie und ich, Herr Eden und Herr Faure unseren Außenministern erteilt hatten. Diese neuen Forderungen konnte die Sowjetunion nicht annehmen, da sie eine direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten bezweckten.

Leider stellt die amerikanische Seite auch den praktischen Maßnahmen der Sowjetregierung zur Entwicklung von Kontakten zwischen unseren Ländern, insbesondere was den Austausch von Delegationen betrifft, ernste Hindernisse in den Weg.

Ich glaube, daß es uns mit vereinten Kräften gelingen wird, den sogenannten „eisernen Vorhang“ zu beseitigen und die Voraussetzungen für eine breite Entwicklung persönlicher Kontakte zwischen unseren Ländern zu

schaffen. Ich gestatte mir, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß auch Sie diese Meinung teilen.

Auch in dieser Frage wäre der Abschluß eines Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern zweifellos von großer positiver Bedeutung.

Das sind einige Gedanken, die ich Ihnen, geehrter Herr Präsident, im Zusammenhang mit den Bemerkungen unterbreiten wollte, die Sie in Ihrer Botschaft gemacht

haben. Ich möchte gern, daß sie helfen, die Bedeutung klarzulegen, die ich und meine Kollegen dem Abschluß eines Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den USA beimessen.

Unsererseits sind wir bereit, alle Ihre Bemerkungen zu diesen oder jenen Bestimmungen des Vertragsentwurfs, die zu machen Sie für erforderlich halten, auf das aufmerksamste zu prüfen. Ich erwarte Ihre weiteren Gedanken zu dieser Frage.

Quelle: *Neues Deutschland*, Nr. 30 vom 4. Februar 1956.

Botschaft Eisenhowers an Bulganin vom 1. März 1956 *

durch den amerikanischen Botschafter in Moskau überreicht am 5. März

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Entsprechend meiner an Sie gerichteten Botschaft vom 11. Oktober habe ich nunmehr Ihr Schreiben vom 19. September hinsichtlich des Zieles eines akzeptablen Abrüstungssystems, das wir in Genf erörterten, eingehend geprüft.

Ich habe mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß Sie Ihre Zustimmung bekundet haben, wie wichtig es sei, gegenseitige Sicherheitsgarantien zur Abwehr eines Ueberraschungsangriffs zu schaffen, und daß Sie gleichfalls zum Ausdruck gebracht haben, wie erwünscht eine gegenseitige Rüstungsbeschränkung sei. Sie haben anerkannt, daß ich den aufrichtigen Wunsch habe, einen Weg zur Lösung des wichtigen Problems der internationalen Kontrolle und Inspektion zu finden.

Es hat jedoch den Anschein, daß Sie in bezug auf meinen Genfer Vorschlag die folgenden Fragen ansprechen: Sie fragen, ob die Annahme meines Vorschlags zu einer Reduzierung der Rüstungen führen würde, und Sie äußern Zweifel. Sie meinen, es sei notwendig, die Inspektion auf andere Länder auszudehnen. Sie werfen andere Probleme hinsichtlich der nuklearen Waffen auf.

Ich bin davon überzeugt, daß die Annahme meines Genfer Vorschlags zusammen mit den von Ihnen vorgeschlagenen Bodeninspektionsgruppen, wodurch die Gefahr eines Ueberraschungsangriffs verringert würde, tatsächlich eine Reduzierung der Rüstungen, die Verminderung der Spannungen und bessere Aussichten auf einen dauerhaften Frieden zur Folge haben wird. Selbstverständlich sind die USA fest entschlossen, diese Zielsetzungen zu verwirklichen. Mein Vertreter im Unterausschuß der UN-Abrüstungskommission wird bereit sein, an der Ausarbeitung eines Programms zur Verwirklichung dieses Entschlusses durch entsprechende Maßnahmen unserer Regierung beizutragen.

Meiner Meinung nach müssen unsere Anstrengungen besonders darauf gerichtet sein, die atomare Bedrohung unter Kontrolle zu bringen. Als einen wichtigen Schritt in dieser Richtung und unter der Annahme, daß unser Luft- und Bodeninspektionssystem zufriedenstellend arbeitet, würden sich die USA bereit erklären, gemeinsam mit anderen Nationen geeignete und sichere Vereinbarungen auszuarbeiten, so daß die künftige Produktion von spaltbarem Material in aller Welt nicht länger mehr dazu verwendet wird, die Vorräte an Explosivstoffen zu

vergrößern. Hiermit könnte mein Vorschlag vom 8. Dezember 1953 kombiniert werden, „nun damit zu beginnen und dann damit fortzufahren, gemeinsame Zuwendungen aus den vorhandenen Beständen an normalem Uran und spaltbarem Material an eine internationale Atombehörde zu machen“. Diese Maßnahmen würden, wenn sie entsprechend verwirklicht werden, die gegenwärtig die Welt beherrschende Tendenz umkehren, eine Tendenz, die auf eine ständige Vermehrung der nuklearen Kampfmittel gerichtet ist. Meine letzte endgültige Hoffnung besteht darin, daß die gesamte Produktion an spaltbarem Material in der gesamten Welt ausschließlich für friedliche Zwecke verwendet wird.

Ich bin mir der Schwierigkeiten in dieser Hinsicht bewußt, die in den Vorschlägen Ihrer Regierung vom 10. Mai 1955 herausgearbeitet worden sind und die sich aus der Möglichkeit ergeben, daß man sich einer internationalen Kontrolle entziehen und die heimliche Fertigung von atomaren und thermonuklearen Waffen organisieren kann. Die Risiken, die einem Scheitern der Bemühungen zur Erreichung einer Kontrolle innewohnen, machen es jedoch erforderlich, die aufgeführten Schwierigkeiten zu beseitigen und ein wirksames Garantiesystem zu entwerfen sowie in die Tat umzusetzen. Ich bin davon überzeugt, daß wir, wenn sich beide Seiten ehrlich bemühen, hierbei Erfolg haben werden. Im allgemeinen geht meine Auffassung dahin, daß die Abrüstung in erster Linie, wenn auch nicht ausschließlich, mehr durch eine Begrenzung der Rüstungen als durch eine Reduzierung der Truppenstärken angestrebt werden sollte. Die erste kann leichter überwacht, reguliert und kontrolliert werden als die letztere. Angesichts der gegenwärtigen internationalen Lage und besonders im Hinblick auf das Fehlen eines echten Friedens im Fernen Osten sehe ich voraus, daß es vielleicht schwierig sein könnte, eine Uebereinstimmung über eine allgemeine Reduzierung der bewaffneten Streitkräfte zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu erzielen. Es sollte aber heute möglich sein, sich über Maßnahmen einig zu werden, die eine stabilisierende Wirkung haben und die im Rahmen geeigneter Sicherheitsgarantien die Kontrolle und Begrenzung der wichtigsten Rüstungsarten behandeln. Diese Maßnahmen werden einen wesentlichen Teil des umfassenden Systems bilden, das für die Sicherheit der teilnehmenden Staaten erforderlich ist.

Wenn die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sowie die mit uns in dem Unterausschuß arbeitenden Länder — Großbritannien, Frankreich und Kanada — ein grundlegendes Uebereinkommen erzielen können, so

* Diese Botschaft ist die Antwort auf das Schreiben Bulganins vom 19. September 1955 (vgl. Zeittafel in Europa-Archiv 20/1955). Bulganins Botschaft vom 1. Februar 1956 ist nur im Schlußabschnitt kurz erwähnt.

bin ich zuversichtlich, daß sich die übrigen Länder dem anschließen wünschen, was sie als günstige Entwicklung in Richtung auf den Weltfrieden betrachten würden. Vorausgesetzt, daß die übrigen betroffenen Nationen zustimmen, würden die Vereinigten Staaten erwarten, daß das vereinbarte Ueberwachungssystem in geeigneter und wirkungsvoller Weise auf die Streitkräfte und Einrichtungen Anwendung findet, die wir beide außerhalb unserer Grenzen unterhalten.

Während der ersten Phasen eines derartigen Programms würden beide, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten, über eine sehr große militärische Stärke einschließlich Vorräten von nuklearen Waffen verfügen. Was die Vereinigten Staaten anbetrifft, wünsche ich klarzustellen, daß wir in dieser Uebergangsperiode weiterhin eine solche Stärke unterhalten würden — weder für eine Aggression noch für enge nationale Zwecke, sondern als einen Beitrag zur Stabilität der Welt.

Ich würde ein Anzeichen begrüßen, daß Sie dieser Frage stärkere Aufmerksamkeit schenken, die so außer-

ordentliche Bedeutung für die Völker unserer beiden Länder sowie die übrigen Nationen der Welt hat. Darf ich Ihnen und der Bevölkerung Ihres Landes versichern, daß das Ziel der Vereinigten Staaten auch weiterhin die Erreichung eines gerechten und dauerhaften Friedens ist. Ich hoffe, daß es der bevorstehenden Konferenz des Abrüstungs-Unterausschusses gelingen wird, einen wirklichen Fortschritt auf dem Wege zu diesem Ziele zu erreichen.

Ich möchte ferner diese Gelegenheit dazu benutzen, den Eingang Ihres Schreibens vom 1. Februar zu bestätigen, das mein Schreiben vom 28. Januar beantwortete. Meine Ansicht bleibt auch weiterhin im allgemeinen die, die ich in diesem Schreiben zum Ausdruck gebracht habe. Aber ich werde das Problem weiter im Hinblick darauf prüfen, ob es scheint, daß irgendwelche nützlichen neuen Schritte zwischen uns erfolgen können. Ich werde mich mit Ihnen vielleicht später in dieser Angelegenheit erneut in Verbindung setzen.

Quelle: *The New York Times*, Nr. 35 837 vom 7. März 1956. Deutscher Text: *Amerika-Dienst* vom 7. März 1956.

Das Kommuniqué über die britisch-französischen Besprechungen in Chequers vom 10. bis zum 12. März 1956

Der Premierminister Großbritanniens hat während des Wochenendes den französischen Ministerpräsidenten, Herrn Guy Mollet, auf seinem Landsitz in Chequers empfangen.

Im Verlauf langer, in herzlicher und vertrauensvoller Weise geführter Unterhaltungen haben die beiden Regierungschefs ihre Ansichten über die großen internationalen Probleme ausgetauscht, die gegenwärtig die Regierung Ihrer Majestät und die Regierung der Französischen Republik beschäftigen.

Sie haben insbesondere die Fragen geprüft, die sich auf die Beziehungen zwischen der freien Welt und dem Sowjetblock, auf die Abrüstung, auf Afrika und auf den Mittleren Osten beziehen. Die Prüfung dieser Probleme gestattete Sir Anthony Eden und Herrn Guy Mollet, die weitestgehende Übereinstimmung zwischen ihnen festzustellen und ihre gemeinsame Politik zu bekräftigen.

Sie haben erneut ihre Treue zum Atlantikpakt bestätigt und ihren Willen zum Ausdruck gebracht, die geeinte Front der freien Nationen auf allen Gebieten zu erhalten und zu festigen.

Sie haben ihre gemeinsame Absicht bekundet, auf dem Wege einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung vorwärts zu gehen, und sie haben auf die Bedeutung hingewiesen, die sie der kommenden Sitzung des Unterausschusses der Vereinten Nationen beimessen.

Sie haben anerkannt, daß ihre beiden Länder weltweite Verantwortungen tragen und sich bemühen, ihnen

im Interesse der betroffenen Völker gerecht zu werden. In diesem Geiste begrüßten der Premierminister und der Ministerpräsident die Weiterführung der Verhandlungen über Marokko und Tunesien. Herr Guy Mollet dankte Sir Anthony Eden für die Erklärung, mit welcher der Botschafter Englands in Paris der französischen Regierung vor kurzem die Unterstützung und Ermutigung der britischen Regierung in der algerischen Frage zugesichert hat.

Hinsichtlich des Mittleren Ostens befaßten sie sich mit den in Washington im Gange befindlichen Gesprächen über das in Anwendung der Dreimächte-Erklärung einzuschlagende Vorgehen. Sie haben erneut ihrem Wunsche Ausdruck gegeben, daß der arabisch-israelische Konflikt beendet und ein dauerhafter Friede herbeigeführt werde und daß die Länder dieses Teiles der Welt in eine Periode des Fortschritts und des Wohlstands eintreten mögen.

Sir Anthony Eden und Herr Guy Mollet betonten die Notwendigkeit, der Wirtschaftshilfe im Fernen und Mittleren Osten sowie in Afrika verstärkte Bedeutung zu verleihen, insbesondere im Rahmen der Regionalorganisationen, denen jedes der beiden Länder angehört.

Sie stimmen darin überein, daß enge und regelmäßige Konsultationen für die weitere Durchführung ihrer gemeinsamen Politik unerläßlich sind.

Quelle: *La Documentation Française*, Textes du Jour, Nr. 331 vom 13. März 1956. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Informationen und Berichte

Wirtschaftliche Expansion und ihre Probleme

Der 7. Jahresbericht des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC)

Das europäische Wirtschaftsgeschehen wird gegenwärtig von drei internationalen Institutionen registriert, analysiert und in einem Jahresbericht kommentiert, nämlich vom Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC), von der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) und von der Bank für Internationalen Zahlungsverkehr (BIZ).

Für das Jahr 1955 hat der Europäische Wirtschaftsrat Ende Februar als erste der genannten Institutionen seinen Jahresbericht (7th report of the OEEC. Economic Expansion and its Problems. Paris, February 1956.) veröffentlicht. Die Jahresberichte der OEEC unterscheiden sich von denen der ECE und BIZ grundsätzlich dadurch, daß sie unter verantwortlicher Mitarbeit der Mitgliedsregierungen entstehen und zu ihrer Veröffentlichung der Genehmigung des Ministerrats bedürfen. Das Generalsekretariat der OEEC ist infolgedessen nicht in eigener Verantwortung, sondern nur als Exekutivorgan des Rates mit der Vorbereitung der Jahresberichte befaßt und arbeitet nach Anweisungen eines Komitees, das sich aus Vertretern aller Mitgliedstaaten sowie der Vereinigten Staaten und Kanadas zusammensetzt. Demgegenüber trägt das Generalsekretariat der ECE die ausschließliche Verantwortung für die jeweiligen Jahresberichte, die in ihrem Vorwort den Hinweis enthalten, daß die im Bericht geäußerten Ansichten weder der Wirtschaftskommission noch den Mitgliedsregierungen zugeschrieben werden können. Auch der Jahresüberblick der BIZ ist ein völlig unabhängiger Bericht, der weder für die angeschlossenen Zentralbanken noch für die Regierungen bindend ist.

Die auf diese Weise begründete Sonderstellung des OEEC-Berichtes bedeutet für eine Analyse des europäischen Wirtschaftsablaufs gleichzeitig einen Vorteil und eine gewisse Schwäche. Es ist offensichtlich, daß die wirtschaftspolitischen Erkenntnisse, Urteile und Empfehlungen mit aller gebotenen Sorgfalt und Rücksicht formuliert werden. Die OEEC-Berichte erscheinen dadurch weniger markant und großzügig in der Linienführung als die der ECE und BIZ. Andererseits zeichnen sie sich durch eine außerordentlich exakte und gründliche Erfassung der wirtschaftlichen Tatbestände, insbesondere der quantitativen Daten aus, die durch die Mitarbeit der zuständigen Regierungsstellen und statistischen Zentralämter der einzelnen Mitgliedstaaten wesentlich gefördert wird. Länderberichte und Fragebogen, die nach einheitlichen Richtlinien abgefaßt, jährlich von jedem Mitgliedstaat vorzulegen sind, bilden das Basismaterial für den Jahresbericht. Darüber hinaus hat die OEEC in den sogenannten Länderexamen, die der Schlußredaktion des Jahresberichtes vorangehen, Gelegenheit, ihre Darstellung der wirtschaftlichen Vorgänge im westeuropäischen Raum zu überprüfen und zu ergänzen.

Die Jahresberichte der OEEC können deshalb als zuverlässige Bestandsaufnahme des europäischen Wirtschaftsablaufs im Untersuchungszeitraum gelten und sind gleichzeitig eine Art Wirtschaftsbarometer, an dem der

Stand der konjunkturellen Großwetterlage abgelesen werden kann. Schon die Titel der Jahresberichte zwischen 1949, dem Erscheinungsjahr des ersten Bandes, und 1955 vermitteln ein anschauliches Bild von den wechselnden Barometerständen dieser Periode. Sie spannen den Bogen vom europäischen Wiederaufbauprogramm (1949/51) über Europas wirtschaftlichen Aufstieg (1952) und die Wende vom Wiederaufbau zur wirtschaftlichen Expansion (1953/54) bis zu den gegenwärtigen Problemen der wirtschaftlichen Expansion.

Die wirtschaftliche Lage des OEEC-Raumes im Jahre 1955

Die fortschreitende Expansion, welche die wirtschaftliche Entwicklung Westeuropas im Jahre 1955 kennzeichnete, erfaßte in mehr oder weniger ausgeprägter Form alle nationalen Volkswirtschaften und alle Bereiche des Wirtschaftslebens. Das Bruttosozialprodukt des OEEC-Wirtschaftsraumes dürfte nach vorläufigen Schätzungen von 1954 auf 1955 um etwa 6 vH gestiegen sein. Dieser Wert nähert sich den hohen jährlichen Zuwachsraten der Wiederaufbauperiode vor Ausbruch des Korea-Konfliktes, der eine vorübergehende Wachstumsstörung im Gefolge hatte. Während aber die Entwicklung der ersten Nachkriegsjahre im wesentlichen von den Erfordernissen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues und des Nachholbedarfs getragen wurde, haben die dynamischen Kräfte der seit 1953 stetig fortschreitenden wirtschaftlichen Expansion ihren Ursprung in den normalen Bedürfnissen einer im Wachstum befindlichen Wirtschaft. Der Bevölkerungszuwachs Westeuropas von über zwei Millionen jährlich und die durch technischen Fortschritt und steigende Produktivität ermöglichte Erhöhung des Lebensstandards erweckten zusätzliche Nachfrage, die sich auf der Ausgabenseite des Sozialprodukts niederschlug.

Im Jahre 1955 trat die Mehrnachfrage vor allem beim Privatverbrauch und bei den industriellen Investitionen in Erscheinung. Der Pro-Kopf-Konsum der westeuropäischen Bevölkerung stieg im letzten Jahre um mehr als 5 vH und liegt heute etwa 18 vH über den vergleichbaren Vorkriegswerten. Die kontinuierlich steigenden Einkommen und die allgemeine Erhöhung des Lebensstandards haben sich hauptsächlich auf die Nachfrage nach Gütern des gehobenen Bedarfs ausgewirkt. Der Privatverbrauch an dauerhaften Konsumgütern wie Kraftwagen, Rundfunkgeräten, Haushaltsmaschinen usw. ist seit 1952 um nahezu 50 vH gestiegen. Die Kapitalbildung unter Ausschluß der Lagerhaltung hatte 1955 mit 9 vH die gleiche Zuwachsrate zu verzeichnen wie in den Jahren 1953/54. Dabei verlagerte sich aber das Schwergewicht der Investitionen vom privaten Wohnungsbau auf den industriellen Sektor. Industriebauten und die Nachfrage nach Investitionsgütern, vor allem im Transportwesen, nahmen 1955 einen bemerkenswerten Aufschwung. Die übrigen Verwendungskategorien des Sozialproduktes hatten an der Expansion des Jahres 1955 einen geringeren Anteil. Die seit Ende 1953 beobachtete Zurückhaltung in der Lageraufstockung scheint im vergangenen Jahr nachgelassen zu haben. Dagegen hielt sich die Zunahme des öffentlichen Verbrauchs infolge leicht absinkender

der Beträge für Verteidigungsausgaben in bescheidenen Grenzen. Auch die seit 1953 anhaltende schnelle Ausweitung des westeuropäischen Exportvolumens erfuhr in der zweiten Hälfte des Jahres eine geringfügige Abschwächung.

In den meisten Mitgliedsländern der OEEC hat die wirtschaftliche Expansion der vergangenen Jahre dazu geführt, daß im Jahre 1955 alle verfügbaren Arbeitsreserven ausgeschöpft wurden. Eine allgemeine Verknappung der Arbeitskräfte trat vor allem in der Bauindustrie auf. Demgegenüber waren die Textil- und die Lederindustrie die einzigen Branchen, in denen noch kein Arbeitermangel zu verzeichnen war. Die größte Zunahme an Beschäftigten hatte die Bundesrepublik Deutschland mit einer Million Arbeitskräften Mitte 1955 im Vergleich zu Mitte 1954 zu verzeichnen.

Der starke Anstieg der Beschäftigtenzahlen hat jedoch das Problem der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in Südeuropa nur geringfügig verändern können. Nur wenige Länder entschlossen sich bisher, die bei ihnen beschäftigten Kontingente ausländischer Arbeitskräfte zu vermehren. Die meisten Länder begnügten sich zunächst mit einer Ausschöpfung der einheimischen Arbeitskraftreserven vor allem durch eine Erhöhung der Arbeitszeit (beispielsweise Bundesrepublik Deutschland 49 Wochenstunden, Niederlande 49 Wochenstunden, Großbritannien 46,3 Wochenstunden) sowie durch eine Erhöhung des Arbeitsalters und eine Ausdehnung der Frauenarbeit.

Die Gesamtproduktion im Gebiet der OEEC ist — gemessen am Bruttosozialprodukt — im Jahre 1955 um 6 vH gestiegen. (Den höchsten Produktionsanstieg hatte die Bundesrepublik Deutschland mit 9 vH jährlich in der Zeit von 1952 bis 1955 zu verzeichnen.) An dieser Expansion hatten nicht alle Wirtschaftszweige einen gleichmäßigen Anteil. Den stärksten Produktionsanstieg verzeichneten die eisenschaffenden (Rohstahlerzeugung 1955: + 16,0 vH), die mechanischen und metallverarbeitenden Industrien. Eine Produktionserhöhung erfolgte ebenfalls bei der Papierindustrie und der chemischen Industrie, wobei die OEEC jedoch darauf hinweist, daß die Auftriebstendenzen bei der chemischen Industrie bereits wieder eine leichte Abschwächung erfahren haben.

Weniger günstig entwickelte sich die Produktion kurzlebiger Konsumgüter, insbesondere auf dem Textilsektor. Die Kohleproduktion der Mitgliedstaaten der OEEC hat sich während des Berichtszeitraumes als unelastisch erwiesen. Die Ursache hierfür dürfte in erster Linie in dem in allen Kohleproduktionsländern spürbaren Arbeitermangel zu suchen sein. Als Folge der stagnierenden Kohleproduktion mußten die Importe aus den Vereinigten Staaten erhöht werden.

Auf dem Agrarsektor war im Jahre 1955 eine gute Getreideernte sowie ein starker Anstieg der Fleischerzeugung zu verzeichnen.

Die seit 1953 beobachtete Verbesserung der Zahlungsbilanzpositionen Westeuropas hielt auch während des Berichtszeitraumes an. Allerdings hat sich beinahe für alle europäischen Länder das Defizit in laufender Rechnung im Verkehr mit dem Dollarraum (unter Ausschluß der außerordentlichen Dollareinnahmen) infolge erhöhter Dollarimporte vergrößert. Gleichzeitig sind jedoch auch die außerordentlichen Dollareinnahmen durch verstärkte Militärausgaben der Vereinigten Staaten in Europa — wenn auch etwas langsamer als bisher — angestiegen.

Sie haben nicht nur den Passivsaldo der kommerziellen Zahlungsbilanzen ausgeglichen, sondern darüber hinaus zu einem Anwachsen der europäischen Gold- und Dollarreserven beigetragen. Die außerordentlichen Dollareinnahmen der europäischen Länder erreichten in den Jahren 1953—1955 die Höhe von etwas über 2,5 Milliarden jährlich.

Die Zukunftsaussichten für die westeuropäische Zahlungsbilanz mit dem Dollarraum werden von der OEEC auf lange Sicht weniger günstig beurteilt, da mit einer Fortsetzung der hohen Importe aus dem Dollarraum gerechnet werden muß. Die Nachfrage nach Gütern aus dem Dollargebiet ist im Zuge der wirtschaftlichen Expansion gestiegen, und die Einfuhr dieser Güter wurde durch eine Verminderung der Diskriminierungsvorschriften und quantitativen Restriktionen erleichtert.

Demgegenüber ist die Entwicklung des europäischen Exports in den Dollarraum nach wie vor enttäuschend. Hinzu kommt noch, daß mit einer Reduzierung der außerordentlichen Dollareinnahmen von der zweiten Hälfte des Jahres 1956 an gerechnet werden muß.

Der intereuropäische Handel hat eine wesentlich stärkere Ausdehnung erfahren als der Handel mit außereuropäischen Räumen. Die Zuwachsrate betrug hier im ersten Halbjahr 1955 im Vergleich zum ersten Halbjahr 1954: + 15 vH. Diese erfreuliche Entwicklung dürfte auf die verstärkte Fortsetzung der Liberalisierungspolitik der OEEC zurückzuführen sein. Seit 1954 ist in keinem Land eine Herabsetzung der Liberalisierungsquote erfolgt. Die OEEC kann neben der starken Zunahme des innereuropäischen Güter- und Dienstleistungsaustausches auch auf eine günstige Entwicklung der laufenden EZU-Positionen ihrer Mitgliedstaaten während des Jahres 1955 verweisen, die eine fortschreitende Tendenz zur Ausgeglichenheit zeigen.

Der Jahresbericht enthält eine Reihe von wirtschaftspolitischen Empfehlungen, deren Verwirklichung geeignet erscheint, die Hochkonjunktur der europäischen Wirtschaft aufrechtzuerhalten und gleichzeitig inflationistische Entwicklungen zu vermeiden. An der Spitze der Empfehlungen steht die Liberalisierung des Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs zur Herstellung einer möglichst freien zwischeneuropäischen und internationalen Konkurrenz. Als Ausgleich für die steigenden Devisenanforderungen für die Einfuhr von Rohstoffen setzt sich die OEEC erneut für eine Erhöhung der Ausfuhren nach dem Dollarraum ein. Im Interesse einer rationelleren Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskräfte wird eine Begünstigung der Arbeiterwanderung durch erleichterte Einwanderungsbedingungen empfohlen. Weitere Vorschläge der OEEC zur Vervollkommnung der innereuropäischen Wirtschaftsstruktur beziehen sich auf eine Erhöhung der Produktivität, Steigerung der Kohleförderung, wirkungsvollere Ausnutzung der vorhandenen Energiequellen unter gleichzeitiger Entwicklung der Atomenergie, die Beibehaltung des gegenwärtigen Expansionstempos in der Stahlerzeugung und bei der Rohstoffproduktion. Ferner sollen eine Hebung der Produktivität bei der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte und ein erhöhter Güteraustausch auf dem Agrarsektor angestrebt werden. Schließlich fordert die OEEC ihre Mitgliedstaaten zu einer engeren Zusammenarbeit bei

der Erschließung der unterentwickelten Gebiete in Europa und den überseeischen abhängigen Gebieten auf.

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik

Der zweite Teil des OEEC-Berichtes besteht aus den Länderberichten, die nach einer Darstellung der wirtschaftlichen Lage jeweils die Schlußfolgerungen der OEEC auch für die künftige Entwicklung der Wirtschaft dieser Länder enthält. Für die Bundesrepublik Deutschland lautet das Urteil allgemein positiv. Die Produktion, so heißt es in den Schlußfolgerungen, werde künftig voraussichtlich nicht dieselbe Wachstumsrate aufweisen, da die Reserven an Arbeitskräften nun praktisch erschöpft seien und eine Produktionssteigerung in Zukunft vor allem von einer Steigerung der Produktivität abhängen werde. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Möglichkeit einer verstärkten Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik hingewiesen.

Abschließend stellt der OEEC-Bericht bei seiner Beurteilung der Wirtschaftslage der Bundesrepublik fest:

„Eine stetige Wachstumsrate der Produktion kann für Deutschland weiterhin erwartet werden. Wenn auch die Nachfrage bemerkenswert steigen wird, so ist es doch unwahrscheinlich, daß sie das vorhandene Angebot übersteigen wird. Während des kommenden Jahres sollte eine erhebliche Steigerung der Produktivität, der Einfuhren und der Arbeitskräfte ausreichen, um die Wirtschaft auch weiterhin in die Lage zu versetzen, eine hohe Investitionsrate beizubehalten, den Lebens- und Wohnungsstandard zu verbessern und den ersten Anforderungen, die aus dem deutschen Verteidigungsprogramm erwachsen, ohne ernste Schwierigkeiten zu begegnen.“

G. u. J. W.

Die wirtschaftliche Lage in West- und Osteuropa im Jahre 1955

Der 9. Jahresbericht der ECE

In ihrem soeben veröffentlichten, erneut mit großer Sorgfalt und wissenschaftlicher Genauigkeit gearbeiteten neunten Jahresbericht* gelangt die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) zu der Feststellung, daß im Jahre 1955 sowohl in West- als auch in Osteuropa einschließlich der Sowjetunion eine beträchtliche wirtschaftliche Expansion stattgefunden bzw. sich weiter fortgesetzt habe. Die langfristige Wirtschaftsentwicklung Europas wird von der Forschungs- und Planungsabteilung der ECE, die für den Bericht verantwortlich zeichnet, mit vorsichtigem Optimismus beurteilt.

Zehnprozentige Produktionssteigerung in Westeuropa

In Westeuropa ermittelte die ECE eine rund zehnprozentige Steigerung der Industrieproduktion zwischen 1954 und 1955, was praktisch auf eine Fortdauer der gleichmäßigen Expansion hindeutet, wie sie schon im

Vorjahre festgestellt worden war. Diese Entwicklung, mit der auch eine weitere Zunahme der Investitionen Hand in Hand ging, sei ohne wesentliche Änderungen im Preis- und Lebenshaltungskostengefüge möglich gewesen. Der Handel Westeuropas habe ebenfalls ein hohes Niveau beibehalten. Die sich in Produktion und Einfuhren vollziehenden Änderungen machen jedoch nach Ansicht der ECE eine Reorientierung der westeuropäischen Handelspolitik erforderlich, die künftig auf eine Steigerung der Einnahmen aus den überseeischen Nicht-Dollargebieten abzielen müsse, um den Absatz der westeuropäischen Erzeugnisse nicht nur im gegenwärtigen Ausmaße sichern, sondern ihn darüber hinaus noch steigern zu können.

Die im intereuropäischen Handel erzielte weitgehende Liberalisierung hat es nach Ansicht der ECE den westeuropäischen Ländern ermöglicht, die Preise relativ stabil zu erhalten und die Uebersee-Einfuhren auf ein Minimum zu beschränken. In den meisten westeuropäischen Ländern ist der Umfang der Einfuhren viel stärker angestiegen als die Industrieproduktion, in mehreren Fällen sogar zwei- bis dreimal so stark. Gleichzeitig erhöhten sich jedoch auch die Ausfuhren in einem größeren Ausmaße als die Produktion. Nur in Großbritannien, Oesterreich, Griechenland und Jugoslawien war die Import-Zuwachsrate mehr als doppelt so groß wie diejenige der Exporte.

Großbritannien und Oesterreich waren die einzigen westeuropäischen Staaten, deren Reserven an ausländischen Zahlungsmitteln im Jahre 1955 eine fühlbare Schwächung erlitten. Daneben zeigte es sich, daß nahezu die Hälfte der nach Westeuropa fließenden Dollarbeträge aus amerikanischen Militärausgaben in Europa sowie aus Mitteln der amerikanischen Auslandshilfe resultierten, wobei der größte Teil der außerordentlichen Dollareinnahmen an Frankreich und Italien ging. Dabei hielt die Tendenz zu verstärkten Einfuhren aus dem Dollarraum unvermindert an. In den ersten neun Monaten des Jahres 1955 wies der cif-Wert der gesamten Einfuhren aus dem Dollarraum (gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres) eine Zunahme von nahezu 40 vH auf, während zur gleichen Zeit die Einfuhren aus anderen überseeischen Gebieten nur um 4 vH zunahmen.

Mit großem Nachdruck wendet sich die ECE gegen eine Politik der Geldhortung durch diejenigen Staaten, die bereits über eine günstige Zahlungsbilanz verfügen. Diese Länder sollten vielmehr eine Verstärkung der Einfuhren dadurch begünstigen, daß sie eine aktive Kreditpolitik betreiben. Die ECE ist davon überzeugt, daß sich dadurch die Gesamtstruktur des westeuropäischen Handels fühlbar verbessern ließe. Dies sei vor allem für die langfristige Entwicklung des westeuropäischen Außenhandels von großer Wichtigkeit. Angesichts der gegenwärtigen Entwicklung, die durch eine Knappheit an Arbeitskräften und von der Gefahr einer Lohn-Inflation gekennzeichnet ist, wird eine Revision der traditionellen Importpolitik der westeuropäischen Staaten als dringende Notwendigkeit bezeichnet. Einer der Wege zur Ueberbrückung des Mangels an Arbeitskräften und der Lohn-Inflation sei die Transferierung der hoch bezahlten europäischen Arbeitskräfte in die kapitalintensive Produktion mit hoher Arbeitsproduktivität bei gleichzeitiger Begünstigung „billiger“ Einfuhren durch den Abbau der unzeitgemäßen Importschranken. Damit sollen den über-

* „Economic Survey of Europe in 1955, including Studies of Investment Problems and Policies of European Countries and Labour Market Problems in Western Europe“. Prepared by the Research and Planning Division, Economic Commission for Europe, Genf 1956, 247 Seiten mit 128 Tabellen und einem Anhang über die Investierungspolitik Jugoslawiens sowie 37 weiteren Tabellen über die europäische Wirtschaft. (Zu beziehen über A. Horn, Wiesbaden, Spiegelgasse 9.) DM 10,50.

seischen Ländern die westeuropäischen Absatzmärkte für Erzeugnisse wie Lebensmittel geöffnet und ihnen gleichzeitig die Mittel in die Hände gegeben werden, die sie zum Kauf von Kapitalgütern in Westeuropa benötigen. Die ECE ist fest davon überzeugt, daß nur auf diesem Wege die Forderung der europäischen Arbeiterschaft nach einem sich ständig verbessernden Lebensstandard erfüllt werden kann, ohne daß es dabei protektionistischer Maßnahmen bedarf, die auf lange Sicht das Realeinkommen der westeuropäischen Wirtschaft in ihrer Gesamtheit schmälern müßten.

Zwölfprozentige Produktionssteigerung in der Sowjetunion

Die Industrieproduktion der Sowjetunion hat nach den Erhebungen der ECE im Jahre 1955 eine zwölfprozentige Steigerung erfahren, wobei zwei Drittel dieser Steigerung auf eine verbesserte Produktivität und das dritte Drittel auf eine weitere Vergrößerung der Zahl der in den Produktionsprozeß eingeschalteten Personen zurückgeführt werden. Dabei vollzog sich insofern eine Umschichtung im Produktionsprozeß, als zum ersten Male seit 1950 die Produktionssteigerung auf dem Sektor der Produktionsgüter wieder größer war als auf dem Gebiet der Konsumgüter. Gleichzeitig wurde aber von der ECE festgestellt, daß die Erhöhung der Reallöhne beträchtlich hinter der Produktivitätssteigerung zurückblieb. Im Jahre 1953 war es umgekehrt, und 1954 stieg die Produktivität nicht sehr viel mehr als die Reallöhne. 1955 nahmen auch die sogenannten „Verteidigungsgüter“ ein ungewöhnlich großes Ausmaß unter der Gesamtproduktion ein.

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft weist die Sowjetunion im Jahre 1955 eine Erhöhung der Getreide-Ernten um 22 vH aus, wobei gegenüber dem Vorjahre die Anbauflächen um 13 vH größer waren. Diesen neu erschlossenen Anbaugebieten verdankt die Sowjetunion etwa ein Drittel der erzielten Ertragssteigerung.

„Sehr gutes Jahr“ für die Wirtschaft Osteuropas

Für die Industrie Osteuropas war 1955 nach der Ueberzeugung der ECE ein „sehr gutes Jahr“. Mit Ausnahme der Sowjetzone Deutschlands sei in den osteuropäischen Staaten die Industrieproduktion stärker gestiegen, als dies in den Wirtschaftsplänen vorgesehen war. Dank guter Ernten und verbesserter Zahlungsbilanzen habe sich auch der Lebensstandard der Bevölkerung etwas gebessert. Abgesehen von der Tschechoslowakei und Ungarn seien auch steigende Investitionen vorgenommen worden.

Der Prozentsatz der erzielten Erhöhung der Industrieproduktion reicht von 8 vH in der Sowjetzone Deutschlands bis zu 13 und 14 vH in Albanien und Rumänien. Das Geheimnis dieser Erfolge liegt nach Ansicht der ECE darin, daß es den osteuropäischen Regierungen zum Teil gelungen sei, die Schwierigkeiten in der Energieversorgung zu überwinden.

Den Tabellen des ECE-Berichtes zufolge waren die Ernten des Jahres 1955 in allen osteuropäischen Staaten gut. Mit Ausnahme der Tschechoslowakei und der deutschen Sowjetzone erreichten die Getreide-Ernten Nachkriegs-Rekorde und überschritten dabei die durchschnittlichen Ernte-Ergebnisse der Jahre 1934/38 erheblich. In Ungarn, Polen und Rumänien war dies 1955 zum ersten Male seit Kriegsende der Fall.

Andererseits blieb beispielsweise die Kartoffelernte der deutschen Sowjetzone um mehr als 20 vH unter dem Stand von 1954. Sie war auch in Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei etwas niedriger als 1954.

Als einen Beweis für die Verbesserung des Lebensstandards in Osteuropa führt die ECE an, daß sich 1955 eine Wandlung in der Nachfrage nach Konsumgütern vollzogen habe. In allen diesen Ländern seien beispielsweise unmoderne und qualitativ minderwertige Textilien nicht mehr abzusetzen gewesen und hätten zu Schleuderpreisen angeboten werden müssen. Die Nachfrage nach dauerhaften Haushaltsgütern konnte jedoch auch 1955 keineswegs befriedigt werden, und der Wohnungsbau blieb allgemein weit hinter dem Bedarf zurück.

Wandlungen im Außenhandel des Ostens

Im Außenhandel der Sowjetunion und der osteuropäischen Staaten vollzog sich eine grundlegende Wandlung, die bereits im Jahre 1954 einsetzte, als der Handel mit dem Westen — um 20 vH im Falle der Tschechoslowakei; bis zu 30 und 35 vH im Falle der deutschen Sowjetzone und der Sowjetunion — erheblich ausgeweitet wurde. Während der Handel der osteuropäischen Länder untereinander relativ gleich blieb, stieg er zwischen diesen Ländern und der Sowjetunion zwar weiter an, aber nicht mehr im bisherigen Ausmaß (11 vH gegenüber 17 vH im Jahre 1953). Nach den noch lückenhaften Informationen über das Jahr 1955 ist eine weiter andauernde relative und absolute Zunahme des Handels des Ostens mit dem Westen feststellbar. So ging beispielsweise der Außenhandel Polens mit den Staaten des Ostblocks 1955 um rund 8 vH zurück, während er sich mit den anderen Ländern um rund ein Drittel erhöhte. Die Sowjetzone Deutschlands erhöhte ihren Außenhandel mit dem Westen um 50 vH, während er mit dem östlichen Markt auf dem Niveau des Jahres 1954 stehen blieb.

Die ECE rechnet damit, daß der Ost-West-Handel weiter zunehmen und an Bedeutung gewinnen wird.

Die Investitionsprobleme Europas

Insgesamt sechs Kapitel des ECE-Berichtes sind den Investitionsproblemen West- und Osteuropas, einschließlich der Sowjetunion und Jugoslawiens, gewidmet. Aus ihnen spricht die Sorge der ECE, daß die in einer Reihe von westeuropäischen Staaten vorhandenen Beschränkungen von Investitionen ein ernstes Hindernis für eine befriedigende Entwicklung der langfristigen Wirtschaftsexpansion darstellen. Nach eingehenden Untersuchungen der bisherigen Investitionspolitik in den verschiedenen Ländern gelangt die ECE zu der Erkenntnis, daß die europäischen Regierungen zur Sicherstellung ausreichender Investitionen und der erforderlichen Wirtschaftsexpansion darum bemüht sein müßten, eine bessere und vertrauensvollere Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern, eine annehmbare Verteilung des Volkseinkommens und eine vernünftige Preisstabilisierung erreichen müßten. Gleichzeitig bedürfe es einer weitgehenden internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Investitionen.

Auch in der Sowjetunion sowie in den osteuropäischen Ländern einschließlich Jugoslawiens habe sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer weiteren Steigerung der Kapitalinvestitionen mit dem Ziel der Sicher-

stellung der angestrebten Produktions- und Produktivitätssteigerungen durchgesetzt. Dabei konnte die ECE feststellen, daß in diesen Ländern die Tendenz besteht, bis zu 25 vH des Volkseinkommens der Wirtschaft in Form von Investitionen zufließen zu lassen. In der deutschen Sowjetzone habe man zwischen 1951 und 1955 rund 12 vH des Volkseinkommens in Form von Investitionen der Wirtschaft direkt wieder zugeführt.

Westeuropas Arbeitsmarktprobleme

Ein besonderes Kapitel widmete die ECE schließlich noch den Arbeitsmarktproblemen Westeuropas. Nach einer eingehenden Analyse der Entwicklung der letzten 15 Jahre erachtet die ECE es angesichts der Vollbeschäftigung auf dem industriellen Sektor als möglich und notwendig, sich ernsthaft mit der Rationalisierung auf solchen Wirtschaftszweigen zu befassen, die bisher durch eine niedrige Produktivität gekennzeichnet sind (in erster Linie Landwirtschaft, Bauwesen und Einzelhandel). Die Freizügigkeit der Arbeitskräfte über die nationalen Grenzen hinweg sei ebenso ein Gebot der Notwendigkeit wie die Zuführung aller nur erreichbaren Arbeitskräfte in lohn- und produktionsintensive Wirtschaftszweige.

Die Bedeutung der ECE-Empfehlungen

Man kann nur wünschen, daß die wohlabgewogenen Empfehlungen der wissenschaftlichen Mitarbeiter der ECE, die dieser neunte ECE-Jahresbericht in großer Fülle enthält, von den maßgebenden Wirtschaftspolitikern in ganz Europa sorgfältig studiert und erwogen werden. Diese Empfehlungen, die hier nur angedeutet werden konnten, basieren auf der Auswertung eines umfangreichen Materials, das den ECE-Bericht zu einer schier unausschöpflichen Fundgrube werden läßt, deren Wert nicht wenig dadurch bereichert wurde, daß den ECE-Mitarbeitern erstmalig genaues Zahlenmaterial praktisch aller osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion zur Verfügung stand, das bisher nirgendwo sonst veröffentlicht wurde. Schon deshalb empfiehlt sich eine eingehende Beschäftigung mit diesem Bericht, den man wohl ohne Uebertreibung als den besten wirtschaftlichen Jahresbericht für Europa ansprechen kann, der bisher seit Kriegsende veröffentlicht wurde.

Dr. Erwin Weghorn

Die zwölfte Tagung der ECAFE

In Bangalore in Indien fand vom 2. bis zum 14. Februar die zwölfte Tagung der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Asien und den Fernen Osten (ECAFE) statt. Vorausgegangen war dieser Tagung eine Sitzung des Industrie- und Handelsausschusses der ECAFE, der vom 24. bis zum 31. Januar in der gleichen Stadt getagt hatte.

Die Erörterung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation in Asien durch die ECAFE, der neben einer Reihe von Berichten der einzelnen Delegationen auch der jährliche „Economic Survey of Asia and the Far East“ zugrunde lag, trug das Zeichen eines allgemeinen, wenn auch nüchternen Optimismus. Es herrschte die Meinung vor, daß Asien nach einer langen Periode wirtschaftlicher Stagnation jetzt an der Schwelle einer wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung stehe. Wie die Berichte zeigten, war das Jahr 1955 für Asien bereits ein Jahr allgemeinen, wenn auch nicht überall gleichmäßigen wirt-

schaftlichen Aufschwungs. In den meisten Ländern konnten die wirtschaftlichen Entwicklungsprogramme beschleunigt werden, die landwirtschaftliche und Nahrungsmittel-Produktion erreichte einen Nachkriegshöchststand, die industrielle Produktion stieg weiter an — allerdings nicht im gleichen Maße wie in den vorangegangenen Jahren —, und es konnte eine den Umständen angemessene finanzielle Stabilität gewahrt werden. Warnend wurde jedoch andererseits festgestellt, daß diese Erfolge keinen Anlaß zu übertriebenem Optimismus geben dürfen, denn noch immer ist das Wachstum der Produktion kaum größer als das Wachstum der Bevölkerung, so daß die Verbrauchsrate pro Kopf der Bevölkerung nur unwesentlich ansteigen konnte. Auch hat die Agrarproduktion trotz ihres Nachkriegshöchststandes das Vorkriegsniveau noch nicht wieder erreicht; es fehlen daran noch immer 14 vH. Der Nahrungsmittelverbrauch der asiatischen Bevölkerung liegt noch immer bei höchstens zwei Dritteln der normalen Bedürfnisse, die Reallöhne liegen unter dem Vorkriegsniveau. Das Volumen des interasiatischen Handels hat sich zwar vergrößert, doch ging der Anteil Asiens am Welthandel im Berichtsjahr geringfügig zurück. Diese Entwicklung deutet darauf hin, daß die Industrieländer des Westens in ihrer Expansion nach wie vor schnellere Fortschritte machen als die unterentwickelten Länder Asiens und daß das wirtschaftliche Gefälle zwischen beiden Regionen sich vergrößert, statt sich auszugleichen. Hinzu kommt eine recht unterschiedliche Entwicklung innerhalb der asiatischen Länder. So wurde beispielsweise festgestellt, daß das Durchschnittseinkommen je Kopf der Bevölkerung in einigen Ländern stagnierte, während es in anderen um bis zu 3 vH innerhalb eines Jahres anwuchs.

Insbesondere mit diesem Problem befaßte sich auch der indische Premierminister, Jawaharlal *Nehru*, der zur Eröffnung der Tagung eine Ansprache an die Kommission richtete. Er stellte fest, daß die Diskrepanzen im wirtschaftlichen Fortschritt zwischen den einzelnen asiatischen Ländern sich in den letzten zehn Jahren vergrößert hätten. Solche Schwierigkeiten müßten von den asiatischen Ländern selbst überwunden werden; sie könnten von den höher entwickelten Ländern zwar wissenschaftliche und technische Kenntnisse erwerben, ihrer wirtschaftlichen Probleme müßten sie jedoch selbst Herr werden. Nicht ohne Vorwurf an die Adresse der Westmächte forderte *Nehru*, daß man bei der Lösung asiatischer Probleme weniger von politischen als von sozialen Erwägungen ausgehen solle; in der Vergangenheit sei vielfach der Fehler gemacht worden, asiatische Probleme ohne Rücksicht auf asiatisches Denken und Fühlen anderwärts zu lösen. Es gebe aber heute keine größeren internationalen Probleme als diejenigen der Völker Asiens. Im ganzen trugen jedoch auch *Nehrus* Ausführungen eine optimistische Note; insbesondere erwähnte er lobend die Beschlüsse der Bandung-Konferenz, auf der die Umriss einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Asien sichtbar geworden seien. Ähnlich äußerte sich auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammar-skjöld*, der nach dem Abschluß seiner Mittelost-Reise der Eröffnungssitzung beiwohnte. Er sagte u. a., es gehe jetzt in Asien nicht mehr darum, wie man vorwärtskommen solle, sondern darum, wie man schneller als bisher vorwärtskommen könne.

In den Einzelerörterungen nahmen die Problemkreise der wirtschaftlichen Entwicklung und der ausländischen Hilfe breiten Raum ein. Die Notwendigkeit fortschreitender Industrialisierung, insbesondere des Ausbaus der Schwerindustrie, wurde allgemein anerkannt, doch wurde andererseits darauf hingewiesen, daß in den vorwiegend agrarischen asiatischen Ländern eine Industrialisierung nur auf der Grundlage einer intensivierten und modernisierten Landwirtschaft möglich sei. Besonderer Wert wurde von verschiedenen Delegationen auf die Koordination der einzelnen Entwicklungsprogramme und auf die Förderung des Warenaustauschs zwischen den Ländern der Region gelegt. Doch gehen in diesen Punkten die Meinungen noch ziemlich auseinander. Besonders in der Frage des multilateralen Handels und der Aufhebung von Handelsschranken, die sowohl vom Plenum als auch in der vorangegangenen Sitzung des Industrie- und Handelsausschusses eingehend diskutiert wurde, konnte keine einheitliche Stellungnahme erzielt werden, weil eine Reihe von Ländern nach wie vor einen bilateralen Handelsverkehr bevorzugt. Allgemeine Übereinstimmung bestand jedoch in dem Wunsche, die Atomenergie der wirtschaftlichen Entwicklung dienstbar zu machen. Man erblickt darin eine Möglichkeit, den Rückstand gegenüber dem Westen schneller aufzuholen.

Eine stark politische Note erhielten die Diskussionen über die ausländische Wirtschaftshilfe. Hier waren es in erster Linie die Vertreter der Großmächte, die einen polemischen Ton in die Debatten hineinbrachten, indem sie sich gegenseitig vorwarfen, bei ihren Wirtschaftshilfeprogrammen egoistische Ziele zu verfolgen. So griff der sowjetische Vertreter die amerikanische Wirtschaftshilfe an, die an politische Bedingungen geknüpft sei und mit der Bildung von Militärblocks und dem Handelsembargo gegen China einhergehe. Demgegenüber wies der amerikanische Vertreter auf die langjährige umfangreiche Hilfeleistung der Vereinigten Staaten hin, die für sich selbst spreche, „lauter als die sowjetischen Worte“. Den Asiaten selbst scheint es darauf anzukommen, in dieser Auseinandersetzung einen neutralen Standpunkt zu wahren. Sie brachten deutlich ihre Vorliebe für das Technische Hilfsprogramm der Vereinten Nationen zum Ausdruck und appellierten an die fortgeschrittenen Länder, durch eine Erhöhung ihrer Zuwendungen an dieses Programm die kollektive Hilfeleistung durch die Vereinten Nationen zu fördern. Diesen Appell gab der amerikanische Vertreter prompt an die Sowjetunion weiter, indem er sie aufforderte, ihren bisher recht geringfügigen Beitrag zur Technischen Hilfe zu vergrößern und damit die Selbstlosigkeit ihrer Hilfeversprechen glaubhafter zu machen.

Wie bei allen UN-Tagungen, bei denen asiatische Länder vertreten sind, tauchte auch in Bangalore wieder das Problem der Mitgliedschaft der kommunistischen Länder auf: ein sowjetischer Antrag, Nationalchina auszuschließen und dafür die Volksrepublik China aufzunehmen, wurde mit 15 gegen 6 Stimmen von der Tagesordnung abgesetzt, und der sowjetische Vorschlag, die Mongolische Volksrepublik in die ECAFE aufzunehmen, wurde nach ergebnisloser Debatte ohne Stellungnahme an den Wirtschafts- und Sozialrat weitergeleitet.

Von den sonstigen auf der Tagung behandelten Fragen verdient noch das Problem der Übervölkerung Asiens

Erwähnung: verschiedene Delegationen traten für die Einführung und Propagierung von Maßnahmen zur Geburtenbeschränkung ein, um den Druck der Bevölkerungszunahme auf die vorhandenen wirtschaftlichen Hilfsquellen und Entwicklungsmöglichkeiten zu vermindern.

Gemeinsam mit der Verwaltung für Technische Hilfe der Vereinten Nationen hat die ECAFE auch für 1956 wieder eine Reihe von Studienreisen organisiert; unter anderem sollen Gruppen von Eisen- und Stahlfachleuten aus den asiatischen Ländern Europa und Nordamerika besuchen.

Der bisherige Exekutivsekretär der ECAFE, P. S. Lokanathan, kündigte auf der Sitzung seine Absicht an, von seinem Posten zurückzutreten. Die Kommission nahm davon mit großem Bedauern Kenntnis und gab der Hoffnung Ausdruck, daß er ihr auch weiterhin mit Rat und Tat zur Seite stehen werde.

Eine Untersuchung des IPI über behördliche Einschränkungen der Pressefreiheit

Am Schicksal von Hunderten von Zeitungen in aller Welt hat das „Internationale Presse-Institut“ (IPI) in einer am 16. Januar 1956 veröffentlichten Studie* nachgewiesen, welcher Methoden die Regierungen sich bedienen, um die Freiheit der Presse einzuschränken. Dabei gelangte das IPI zu der Feststellung, daß nur die Regierungen von vier Staaten — Belgien, Dänemark, Großbritannien und Schweden — in den Jahren 1951 bis einschließlich 1954 auf jede Einschränkung der Pressefreiheit verzichtet haben.

Die Studie erstreckt sich auf insgesamt 46 Staaten:

Aegypten, Argentinien, Australien, Belgien, Bolivien, Brasilien, Burma, Ceylon, Chile, Dänemark, Deutschland, Dominikanische Republik, Ecuador, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Japan, Indien, Indonesien, Irak, Irland, Israel, Italien, Kanada, Kolumbien, Kuba, Libanon, Mexiko, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Pakistan, Persien, Peru, Philippinen, Schweden, Schweiz, Spanien, Südafrikanische Union, Syrien, Thailand, Türkei und Vereinigte Staaten von Amerika.

Die Studie kann als weltumfassend bezeichnet werden, da die von ihr unberücksichtigt gebliebenen Länder entweder zur Kategorie der totalitären Staaten gehören, von denen allgemein bekannt ist, daß sie keine Freiheit der Presse kennen, oder unselbständig sind bzw. nur eine völlig unbedeutende Presse besitzen (wie beispielsweise Afghanistan, Saudi-Arabien oder Äthiopien). Auch diejenigen Staaten, bei denen auf Grund des Bestehens des Kriegsrechtes jede Analyse verfälscht würde (wie Korea, Vietnam, Formosa), blieben außer Betracht.

In einigen der in die Detailuntersuchung einbezogenen Staaten (Argentinien, Kolumbien, arabische Länder) existierte während des Untersuchungszeitraumes die Pressefreiheit zwar auf dem Papier, in Wirklichkeit gab es sie aber kaum. Sie wurden dennoch berücksichtigt, weil man gerade in diesen Ländern die raffiniertesten Methoden

*) „Les pressions du pouvoir sur la presse“, Zürich 1956, 130 Seiten, DM 6,—, Veröffentlicht vom Internationalen Presse-Institut in Zürich. (Die Studie liegt auch in einer englischen Übersetzung vor, die den Titel „Government Pressures on the Press“ führt.)

zur Unterdrückung der Presse vorfand. Gleichzeitig ließ das IPI sich von der Erwägung leiten, daß in diesen Ländern der Kampf um die Freiheit der Presse während der Untersuchungsperiode Schwankungen unterworfen und vielfach noch nicht endgültig entschieden war. Daß dabei auch Wendungen zum Besseren möglich sind, zeigt das Geschehen der letzten Monate des Jahres 1955 in Argentinien, das die IPI-Studie nicht mehr berücksichtigen konnte.

Mit großem Nachdruck stellt das IPI fest, daß die Verteidiger der Freiheit der Presse und die Kritiker der gegen die Presse gerichteten Einschränkungen keineswegs eine *schrankenlose* Freiheit fordern. Vielmehr ließ sich das IPI von folgenden Grundsätzen leiten:

1. Die Presse steht nicht außerhalb des Gesetzes. Es ist nicht beabsichtigt, den Regierungen zuzumuten, der Presse eine totale Freiheit zuzubilligen, die so weit ginge, daß der Staat selbst bei Gefährdung seiner Existenz alle Angriffe der Presse duldsam hinzunehmen habe.

2. Aus dem gleichen Grunde, aus dem das IPI davon Abstand nahm, die Zustände in den totalitär regierten Staaten zu untersuchen, ließ es auch diejenigen Maßnahmen unberücksichtigt, die in freien Ländern aus echten Sicherheitsgründen gegen Publikationen getroffen wurden, die den *gewaltsamen* Umsturz propagieren. Nur wenn derartige Maßnahmen ihrer Natur nach die Pressefreiheit im allgemeinen beeinträchtigen können, sind sie nach der Ansicht des IPI zu mißbilligen.

3. Wenn auch das Ideal der völligen Pressefreiheit stets angestrebt werden sollte, erklärt das IPI, sei es in der Praxis doch notwendig, gewisse Nuancen zu unterscheiden. In einem Staat mit langer demokratischer Tradition sei eine Verletzung des Prinzips der Pressefreiheit schwerwiegender als in einem Land, das den Weg zur demokratischen Ordnung gerade erst beschritten hat. So müsse man zum Beispiel den Regierungen von asiatischen Staaten, die erst nach dem Kriege unabhängig wurden, und von Ländern, die lange Zeit diktatorisch regiert wurden, mit einer gewissen Nachsicht gegenüberstehen.

Die Einzeluntersuchungen des IPI beweisen, daß die Regierungen eine Vielzahl von Möglichkeiten zur Einschränkung der Pressefreiheit gefunden und erfunden haben, wobei es jedoch überrascht, feststellen zu müssen, daß trotz der großen Verschiedenartigkeiten von Land zu Land Regierungen verwandter Gesinnungsart meist auch auf einander sehr ähnliche Druckmittel gegen die Presse verfallen sind.

Die wichtigsten der angewandten Druckmittel sind:

1. *Verfassungsrechtliche Bestimmungen*, die zwar im Prinzip die Freiheit der Presse anerkennen, jedoch die Einführung restriktiver Gesetze ermöglichen (beispielsweise in Indien). In diesem Zusammenhang gelangte das IPI zu der Ueberzeugung, daß die kürzesten Formulierungen in den Verfassungen, die mehr oder minder nur das Prinzip der Pressefreiheit umreißen, sich auf die Praxis am zufriedenstellendsten ausgewirkt haben (Artikel 55 der Schweizer Verfassung oder 1. Amendment der Verfassung der Vereinigten Staaten).

2. *Die Aufhebung der verfassungsmäßig garantierten Grundrechte* und ihre Ersetzung durch Notstands- oder Kriegsrecht, was zumeist auch die Einführung der Zensur zur Folge hat, die recht vielfältige Formen annehmen kann und oft auch beibehalten wird, wenn der eigent-

liche Anlaß, der zur Verkündung des Notstandsrechtes führte, längst überwunden ist (beispielsweise in Ägypten und Kolumbien).

3. Sogenannte *Staatssicherheitsgesetze*, die zumeist in Kraft gesetzt werden, ohne daß ihnen die Aufhebung der verfassungsrechtlichen Garantien vorausgeht. Sie gestatten in vielen Fällen eine straffe Pressekontrolle (beispielsweise in Pakistan, Burma, Südafrika, Argentinien, Brasilien und Kuba).

4. *Gesetze „zur Verteidigung der Demokratie“*, die zumeist Kinder des „Kalten Krieges“ sind und das Ziel verfolgen, Regierung und Staat auch ohne Proklamierung des Notstandes gegen revolutionäre Bedrohungen zu schützen. Sie richten sich zumeist gegen die Links-Opposition und ermöglichen in vielen Fällen erhebliche Pressebeschränkungen (beispielsweise in Japan, Südafrika, Chile und den Vereinigten Staaten).

5. *Pressegesetze*, welche die Herausgabe von Zeitungen und Zeitschriften in einer Weise regeln, daß sie bestimmte Gruppen diskriminieren. (Derartige Gesetze existieren in praktisch allen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens und Südasiens sowie in vielen lateinamerikanischen Staaten.)

6. *Gesetze gegen unmoralische Veröffentlichungen*. Im Prinzip billigt das IPI derartige Gesetze, soweit sie dem Schutze der Jugendlichen vor unanständigen und unmoralischen Publikationen dienen. Eine Reihe dieser Gesetze und deren Anwendung beeinträchtigten aber die Freiheit der Meinungsäußerung in einem erheblichen Maße (beispielsweise in der deutschen Bundesrepublik, in Irland und Australien).

7. Die „normale“ *Strafgesetzgebung*, soweit sie direkt oder indirekt die Freiheit der Meinungsäußerung bedroht oder gar verschärfte Strafbestimmungen für sogenannte „Pressedelikte“ enthält (wie beispielsweise in Griechenland, Frankreich, den Philippinen, Ceylon, Peru, Argentinien, Mexiko, der Türkei, Indien und Pakistan). Das IPI bezeichnet in diesem Zusammenhang auch die Verschärfung des § 187 StGB in der Bundesrepublik durch die Schaffung des § 187 a, auf Grund dessen Verleumdungen von im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten mit höheren Strafen bedroht werden, als zu weitgehend.

8. *Zwang zur Preisgabe der Informationsquellen*, der als eine für die Presse äußerst gefährliche rechtliche Maßnahme angesprochen wird. Auch das IPI macht sich die Forderung zu eigen, Journalisten als Zeugen das gleiche Zeugnisverweigerungsrecht zuzubilligen wie Geistlichen, Anwälten und Aerzten. Wegen Zeugnisverweigerung wurden beispielsweise Journalisten verhaftet und abgeurteilt in den Niederlanden, in Norwegen, Kanada, Japan, auf den Philippinen, in Indonesien und Australien.

9. *Gesetzliches Beschlagnahmerecht*, das — wie beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland — sich insofern als pressegefährdend auswirken kann, als Zeitungen oder Zeitschriften als Beweisstücke für ein Gerichtsverfahren beschlagnahmt werden und dieses Beschlagnahmerecht so weit geht, daß es sich nicht auf einige Exemplare, sondern auf die ganze Auflage erstreckt. Das IPI äußert hier die Befürchtung, daß derartige Verfahrensvorschriften mißbraucht und politischen Zielen dienstbar gemacht werden könnten.

10. Die *Militärgesetzgebung*, falls sie, wie in Italien, so weit geht, daß Journalisten, selbst wenn sie nicht im aktiven Dienst stehen, vor Militärgerichten angeklagt werden können, und zwar einzig und allein deshalb, weil sie im Ernstfalle als Reservisten zu den Fahnen gerufen werden können. So wurden unter anderem italienische Journalisten wegen „Wehrkraftzersetzung“ angeklagt, weil sie Berichte veröffentlichten, mit denen sie an der italienischen Armee Kritik übten.

11. *Sondergesetze über die Geheimhaltung*, die sich in immer größerem Maße der Beliebtheit aller Regierungen erfreuen, die der Öffentlichkeit wichtige Informationen vorenthalten wollen, und die sich leicht zu einem Instrument der Nachrichtenunterdrückung entwickeln (beispielsweise in den Vereinigten Staaten, in Finnland, Japan und der Dominikanischen Republik).

12. *Wahlgesetze*, die in den Zeiten des Wahlkampfes die Berichterstattung erschweren (beispielsweise in Japan, Südafrika und Australien).

13. *Staatliche Subventionen und andere finanzielle Begünstigungen*. Sie stellen eine besonders krasse Form der wirtschaftlichen Druckmittel gegen die Presse dar, wenn sie in erster Linie denjenigen Zeitungen gewährt werden, die sich in allen Dingen regierungsfreundlich verhalten. Auf diese Weise erringen sie wirtschaftliche, steuerliche oder Zoll-Vorrechte, denen gegenüber die Oppositionspresse vielfach hoffnungslos ins Hintertreffen und damit in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerät. Derartige Maßnahmen wurden vor allem festgestellt in Ägypten, Brasilien, Griechenland, Italien, Pakistan und Indonesien.

14. *Ungleichmäßige Papierzuteilung*, die in Ländern festgestellt wurde, die aus devisenrechtlichen Gründen an einer Zeitungspapierrationierung festhalten mußten. In Chile, Ecuador, Indonesien, Pakistan, Ägypten und Griechenland wurden Papierzuteilungen, Devisenfreigaben oder Zolleinfuhrerleichterungen mehr oder weniger willkürlich getroffen. Ähnliche Maßnahmen betrafen auch andere Ausgangsmaterialien, wie Druckfarben und technische Verlageinrichtungen.

15. *Amtliche Inseratenaufträge*, die in vielen Fällen als eine Beeinflussungsmöglichkeit der Presse ausgenutzt werden, wobei regierungstreue Blätter auf Kosten der übrigen Presse begünstigt werden (beispielsweise in Frankreich, Oesterreich, der Türkei, Pakistan, Indien und Mexiko).

16. *Gewerkschaftlicher Druck* in denjenigen Ländern, in denen die Gewerkschaften von der Regierung kontrolliert werden. Dies traf vor allem auf Lateinamerika (ganz besonders Argentinien, Bolivien und Brasilien) zu, wobei sich die Regierungen der Drucker- oder der Zeitungsverkäufergewerkschaften bedienten, um mißliebigen Zeitungen Schwierigkeiten zu bereiten und sie in einigen Fällen sogar zum Schweigen zu bringen.

17. *Beschränkungen des Herausgaberechtes* durch Lizenzbestimmungen, die nicht immer frei sind von Diskriminierungen (wie beispielsweise in Frankreich, Syrien und Pakistan).

18. *Beschränkungen der Erscheinungsweise* durch Gesetze, die u. a. Auflagenbestimmungen, Umfangsbeschränkungen, Bestimmungen über eine Mindestzahl zu beschäftigender Redakteure usw. enthalten (beispielsweise in Syrien, im Libanon und im Irak).

19. *Beschränkungen des Verbreitungsgebietes*, die von Griechenland, Indonesien und Persien bekanntgeworden sind.

20. *Verpflichtung zur Veröffentlichung amtlicher Texte*, die in einigen totalitären Staaten (beispielsweise in Spanien) in der Weise gehandhabt wird, daß die Zeitungen von der Regierung stammende Texte in einer Weise veröffentlichen müssen, als seien sie in der Redaktion verfaßt worden. Weniger scharfe, aber dennoch kaum weniger schwerwiegende Bestimmungen dieser Art gelten unter anderem in Argentinien, Ecuador und im Libanon.

21. *„Empfehlungen“* an die Presse, gewisse Berichte nicht zu veröffentlichen oder über gewisse Ereignisse Stillschweigen zu bewahren, gibt es in zahlreichen Ländern in vielen Abstufungen, wobei sie oft den Charakter von Anordnungen haben, mit Drohungen verbunden sind und bis zu einem erzwungenen Stillschweigen reichen. Eine entsprechende Praxis üben in verschiedenen starken Graden beispielsweise die Regierungen der Schweiz, der Niederlande, Finnlands, Australiens, Perus, Burmas, Ägyptens und Kolumbiens.

22. *Diskriminierungen im Zugang zu amtlichen Informationsquellen* hat das IPI u. a. in verschiedenen starken Ausmaßen in Norwegen, Frankreich, Australien, Südafrika, Pakistan, Indien, Oesterreich, Israel und in der deutschen Bundesrepublik festgestellt.

23. *Indirekte Druckmittel*, die in den verschiedenen Staaten jeweils aus bestimmten politischen Entwicklungen resultierten, wurden registriert in den Vereinigten Staaten (McCarthy und angebliche „amerikafeindliche Umtriebe“), Griechenland, Indien und Südafrika.

Damit erschöpfen sich die behördlichen Druckmittel gegen die Presse keineswegs. Was darüber hinausgeht, erreicht jedoch den Charakter der direkten und absoluten Willkür, wozu unter anderem *willkürliche Verhaftungen* von Verlegern und Journalisten (beispielsweise in Brasilien, Indonesien, Persien und Ägypten) sowie *behördlich gelenkte oder doch wenigstens geduldete Ausschreitungen* gegen Journalisten, Verleger und Verlagsgebäude gehören (wie sie sich beispielsweise in Argentinien, Kolumbien, Ecuador und Brasilien ereigneten).

Die Studie beweist eindeutig, daß die Pressefreiheit seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in vielen Ländern Einbußen erlitten hat und daß der Druck der Behörden auf die Presse der freien Länder im Zunehmen begriffen ist. Das IPI bezeichnet die Tendenz zur Zensur und zur Presseunterdrückung als eine „ansteckende Krankheit“: die Informationskontrolle der autoritären Staaten übe in manchen Fällen auch auf die benachbarten Demokratien einen gewissen besorgniserregenden Einfluß aus. Als besonders schwerwiegend sei dabei die Tatsache zu werten, daß in Ländern, die seit langem parlamentarisch regiert werden, sich neuartige Formen behördlicher Druckmittel herausgebildet haben.

Als die bestmögliche Sicherung der Freiheit der Presse nennt das IPI die echte Solidarität der freien Presse in aller Welt. Die Weltöffentlichkeit müsse erkennen, daß die Freiheit der Presse der Eckpfeiler jeder Freiheit ist. Jeder einzelne Staatsbürger gewinne aus der freien Presse die beste Garantie gegen die Allmacht des Staates. Die Verteidigung der Pressefreiheit liege daher nicht nur im Eigeninteresse der Presse, sondern im Interesse der gesamten Weltöffentlichkeit.

Dr. Erwin Weghorn

Zeittafel vom 16. bis zum 29. Februar 1956

Die Ereignisse in Europa*

Deutschland

16. Die Fraktionen der FDP und SPD im Landtag von Nordrhein/Westfalen bringen einen Mißtrauensantrag gegen Ministerpräsident Karl Arnold ein (vgl. auch Zeittafel in EA 5/1956). In der Debatte betonen die Sprecher beider Parteien, der Mißtrauensantrag richte sich weniger gegen Ministerpräsident Arnold persönlich als gegen die Politik der CDU im Bunde, die immer mehr einer Alleinherrschaft zustrebe. Ministerpräsident Arnold erwidert, nur landespolitische Gesichtspunkte könnten Veranlassung zu einem Mißtrauensvotum geben, wenn Artikel 61 der Landesverfassung, der die Abberufung der Regierung durch das Landesparlament regelt, einen echten politischen Sinn haben solle; wenn das Verhalten der Fraktionen der FDP und SPD von bundespolitischen Vorgängen bestimmt sei, dann müsse ein Mißtrauensantrag folgerichtig im Bundesparlament eingebracht werden. Am 20. Februar billigt der Landtag das Mißtrauensvotum gegen Ministerpräsident Arnold mit 102 gegen 96 Stimmen bei einer Stimmenthaltung. Damit wird gleichzeitig der Fraktionsvorsitzende der SPD, Fritz Steinhoff, zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Am 29. Februar stellt Ministerpräsident Steinhoff dem Landtag sein Kabinett vor, dem folgende Minister angehören: Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident: Willi Weyer (FDP); Innenminister: Hubert Biernat (SPD); Arbeits- und Sozialminister: August Hemsath (SPD); Wiederaufbauminister: Fritz Kaßmann (SPD); Minister für Bundesangelegenheiten: Karl Friedrich Siemsen (SPD); Wirtschafts- und Verkehrsminister: Hermann Albert Kohlhasse (FDP); Kultusminister: Paul Luchtenberg (FDP); Justizminister: Rudolf Amelunxen (Zentrum); Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Josef Effertz (FDP). In seiner Regierungserklärung betont Ministerpräsident Steinhoff, die neue Koalition sei entschlossen, „alle geeigneten verfassungsmäßigen Maßnahmen zu ergreifen, um den im Bunde erkennbaren Kräften entgegenzuwirken, die das deutsche Volk in eine gefährliche Gleichförmigkeit des politischen Denkens zu zwingen suchen“.
17. Der DGB wendet sich in einer Stellungnahme zur Frage der Moselkanalisierung gegen die Tendenz, „das Moselkanal-Projekt zum Kompensationsobjekt mit irgendwelchen bisher unbekannten politischen Zugeständnissen an der Saar zu machen“. Ebenso wenig dürfe diese Frage als Prüfstein für die Bereitschaft zur europäischen Zusammenarbeit hingestellt werden, vielmehr müßten allein wirtschaftliche Gesichtspunkte bei der Beurteilung der Bauwürdigkeit des Projektes entscheiden. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Nützlichkeit äußert der DGB schwerwiegende Bedenken.
18. In Bonn findet eine Besprechung zwischen Außen-

minister von Brentano und dem saarländischen Ministerpräsidenten, Hubert Ney, sowie weiteren saarländischen Ministern zu den bevorstehenden deutsch-französischen Saarverhandlungen statt. In einem Communiqué wird erklärt, die bewährte Zusammenarbeit zwischen der Bundes- und der Saar-Regierung werde während der Verhandlungen fortgesetzt werden.

21. Nach einer Mitteilung des Auswärtigen Amtes ist die Bundesrepublik Deutschland Mitglied der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen (ECE) in Genf geworden.
23. Eine Gruppe von 16 Abgeordneten der FDP, darunter die Bundesminister Blücher, Schäfer, Neumayer und Preusker sowie der hessische Landesvorsitzende, August Martin Euler, treten aus Protest gegen die Haltung ihrer Partei bei der Regierungs-umbildung in Nordrhein/Westfalen aus der FDP-Bundestagsfraktion aus. Euler legt am 25. Februar den hessischen Landesvorsitz nieder und tritt aus der FDP aus, nachdem sich Vorstand und Hauptausschuß der hessischen FDP auf einer Sitzung in Bad Nauheim gegen das Vorgehen Eulers ausgesprochen hatten.
24. Der Deutsche Bundestag billigt einstimmig die in dem von der Bundesregierung am 10. Februar vorgelegten Bericht zur Lage der Landwirtschaft („Grüner Bericht“) vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage und zur Unterstützung der Landwirtschaft.
Der Bundesvorstand der CDU beschließt auf einer Sitzung in Bonn, die Regierungskoalition nur noch mit den loyalen, die Düsseldorfer Vorgänge verurteilenden Abgeordneten der FDP fortzusetzen. Der Bundesvorstand der FDP stellt am 25. Februar auf einer Sitzung in Stuttgart fest, daß die Regierungskoalition zerbrochen sei; doch würden die Freien Demokraten sich auch künftig eindeutig von den Gegnern der Pariser Verträge und der freien Marktwirtschaft unterscheiden.
25. In einem Antwortschreiben des sowjetischen Botschafters in der DDR, G. M. Puschkin, auf den Protest der Botschafter der drei Westmächte in der Bundesrepublik gegen das Auftreten bewaffneter ziviler Betriebskampfgruppen in Ost-Berlin vom 10. Februar (vgl. Zeittafel in EA 5/1956) wird erklärt, die erwähnten Kampfgruppen seien geschaffen worden, um das Volkseigentum und die friedliche Arbeit der Bürger vor Angriffen seitens westlicher Diversions- und Spionagegruppen zu schützen.

Frankreich

16. Ministerpräsident Guy Mollet berichtet der Nationalversammlung über seine Algerienreise (vgl. Zeittafel in EA 5/1956, Algerien). Er erklärt, die französischen Gegenmaßnahmen gegen die Aufstandsbewegung dürften sich nicht auf das Militärische beschränken; die wahre Lösung des Problems sei auf

*) Vgl. hierzu auch die Mitteilungen des Europarats für Februar auf S. 8739 bis 8740 dieser Folge.

wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ebene herbeizuführen, Mollet nennt folgende Programmpunkte: sofortige Lieferung der wichtigsten Existenzmittel, Arbeitsbeschaffung, Begrenzung der Einwanderung, Mobilisierung der natürlichen Hilfsquellen des Landes, Industrialisierung, Besserung der Lage der Landbevölkerung (insbesondere Agrarreform und Erhöhung der Landarbeiter-Löhne). Auf politischem Gebiet kündigt er an, daß in kürzester Frist freie Wahlen sowohl zur französischen Nationalversammlung als auch zur Algerischen Versammlung stattfinden würden. Mollet betont die Unauflöslichkeit der Union zwischen dem Mutterland und Algerien, erklärt aber, daß Frankreich die „personnalité algérienne“ anerkenne. Am 28. Februar appelliert Mollet in einer Rundfunksprache an die algerische Bevölkerung, die Gewaltakte einzustellen: nach der Befriedung des Landes würden innerhalb von drei Monaten freie Wahlen stattfinden. Die europäische Bevölkerung fordert er auf, die Politik der Regierung zu unterstützen: nur so könne ihre Sicherheit garantiert werden.

17. In Paris werden die Arbeiten einer deutsch-französischen Kommission zur Frage der Moselkanalisierung, die am 5. September 1955 begonnen hatten, abgeschlossen. Der Bericht der Kommission wird den beiden Regierungen zugeleitet.

- 20.—21. In Paris beginnen mit einer ersten Zusammenkunft die Verhandlungen zwischen dem französischen Außenminister, Christian Pineau, und dem deutschen Bundesaußenminister, Heinrich von Brentano, über die Saarfrage und andere deutsch-französische Probleme. In dem Communiqué über die Besprechungen wird u. a. erklärt:

„Die Minister hatten einen freimütigen und herzlichen Meinungsaustausch über die Gesamtheit der deutsch-französischen Fragen und kamen überein, ihre Gespräche am 3. März 1956 in Bonn wieder aufzunehmen. Die Minister haben den beiden Staatssekretären die Aufgabe übertragen, die Sachverständigen anzuweisen, gewisse Punkte zu klären und die Wiederaufnahme der Gespräche vorzubereiten. Die Arbeiten der beiden Delegationen werden unter Konsultierung saarländischer Sachverständiger in Paris fortgesetzt werden. Hinsichtlich des Projektes der Moselkanalisierung wird die Bundesregierung unterdessen den Bericht prüfen, den die deutsch-französische Kommission vorgelegt hat.“

23. Außenminister Christian Pineau erklärt auf einer Pressekonferenz, die Äußerung in der Regierungserklärung vom 31. Januar (vgl. den Wortlaut in EA 5/1956, S. 8646), wonach die Wiedervereinigung Deutschlands nach einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung erfolgen solle, bedeute nicht, daß Frankreich der Wiedervereinigung Deutschlands nur eine zweitrangige Stellung einräume. Das Gespräch zwischen Ost und West sei aber bisher immer deshalb abgebrochen worden, weil man auf westlicher Seite dem Problem der Wiedervereinigung den Vorrang vor der Frage der Sicherheit einräume, während auf sowjetischer Seite der Sicherheitsfrage der Vorrang gegeben werde. Falls auf dem Gebiet der Abrüstung ein bedeutendes Abkommen zustande komme, würde die dadurch geschaffene internationale Atmosphäre eine Wiederaufnahme des

Gesprächs über die Wiedervereinigung gestatten. Zum Saarproblem führte Außenminister Pineau aus, das Problem der politischen Rückkehr des Saarlandes nach Deutschland könne nicht von den wirtschaftlichen Garantien getrennt werden, auf die Frankreich im Saarland ein Recht habe. Zwischen der Antwort, die von der deutschen Bundesregierung am 3. März in Bonn in der Frage der Moselkanalisierung erwartet werde, und den Direktiven, die den deutschen und französischen Sachverständigen in der Saarfrage gegeben werden sollen, bestehe nach Ansicht des französischen Außenministeriums eine sehr enge Verbindung.

25. Die Informationsabteilung der NATO gibt bekannt, daß Baron Adolph Bentinck, zur Zeit niederländischer Gesandter in Bern, als Nachfolger des Botschafters Henri van Vredenburg zum Stellvertretenden Generalsekretär der NATO ernannt wurde.

27. Auf einer Sitzung in Paris faßt das „Aktionskomitee der Europäischen Bewegung für eine supranationale Europäische Gemeinschaft“ eine Entschließung, in der es sich dagegen ausspricht, daß die beiden Pläne für den Gemeinsamen Markt und für Euratom durch Feilschen zwischen Sonderinteressen entstellt werden. Es fordert, daß diese Verträge den Parlamenten gleichzeitig unterbreitet werden und daß die Regierungen sich verpflichten, für ihre Ratifizierung einzutreten.

28. Bei der Abstimmung der Nationalversammlung über einen von der Regierung eingebrachten Gesetzesentwurf über die Verlängerung des bezahlten Urlaubs, zu dem Ministerpräsident Guy Mollet viermal die Vertrauensfrage gestellt hatte, erhält die Regierung Mehrheiten zwischen 499 gegen 0 und 372 gegen 108 Stimmen.

- 28.—29. Tagung des Ministerrates der OEEC in Paris unter dem Vorsitz des britischen Schatzkanzlers, Harold Macmillan. Der Rat billigt eine Entschließung über die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und Assoziierten Mitgliedern der OEEC auf dem Gebiete der Atomenergie sowie eine Entschließung mit Richtlinien für die künftige Tätigkeit der OEEC, in der es heißt, es sei die Politik der Organisation, eine gesunde Expansion der europäischen Wirtschaft im Rahmen einer größtmöglichen Handelsfreiheit sicherzustellen.

29. In Paris beginnen Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und einer tunesischen Delegation unter Führung von Ministerpräsident Tahar ben Ammar über die künftige Regelung der französisch-tunesischen Beziehungen.

Der Chef des Generalstabs der Streitkräfte, General Augustin Guillaume, erklärt auf Grund von Meinungsverschiedenheiten über die militärischen Maßnahmen in Algerien seinen Rücktritt. Zu seinem Nachfolger wird General Paul Ely ernannt, der dieses Amt bereits innehatte, bevor er 1954 Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte in Indochina wurde.

Griechenland

19. Die Nationale Radikale Union des Ministerpräsidenten Konstantin Karamanlis erringt bei den Parlamentswahlen einen knappen Sieg über die oppo-

sitionelle Demokratische Union. Am 29. Februar wird die neue Regierung, wieder unter Führung von Karamanlis, vereidigt. Das Außenministerium wird wie bisher von Spyros Theotokis geleitet.

Großbritannien

16. Das alljährliche, vom Verteidigungsminister dem Parlament unterbreitete Weißbuch über die Verteidigung wird veröffentlicht. Darin heißt es, die Entwicklung der Wasserstoffbombe sei ein kriegshindernder Faktor. Die Möglichkeit eines globalen Krieges sei demzufolge geringer geworden. Die hauptsächlichliche Gefahr für Freiheit und Sicherheit werde aus einer Intensivierung des Kalten Krieges in den Gebieten erwachsen, die für den Kommunismus anfällig seien. Darum müßten die britischen Streitkräfte für den möglichen Ausbruch begrenzter Kriege gerüstet sein, und der Stand der britischen Verteidigungsanstrengungen müsse aufrechterhalten werden. Die Streitkräfte würden so aufgestellt und organisiert, daß sie wechselnden Bedrohungen begegnen könnten.
- 19.—24. Der deutsche Bundeswirtschaftsminister, Ludwig Erhard, stattet der britischen Regierung einen Besuch ab. Wie er am 27. Februar auf einer Pressekonferenz in Bonn bekanntgibt, fand dabei u. a. ein Meinungsaustausch über die beiderseitigen Konjunkturprobleme statt. Zur Frage der wirtschaftlichen Integration Europas wurde das Verhältnis zwischen den OEEC-Ländern und den Mitgliedstaaten der EGKS erörtert. Ein weiteres Gesprächsthema war die gemeinsame Abwehr einer sowjetischen Handels-offensive in den unterentwickelten Ländern.
21. Ein von der Labour-Opposition eingebrachter Mißtrauensantrag gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung wird vom Unterhaus mit 325 gegen 259 Stimmen abgelehnt.
23. Die Konferenz für einen westindischen Staatenbund, die seit 7. Februar im Lancaster House tagte, wird mit der Unterzeichnung eines Abkommens über die baldige Bildung einer Karibischen Föderation abgeschlossen. Der Bund soll im Frühjahr 1958 durch Wahlen geschaffen werden.
25. Schatzkanzler Harold Macmillan erklärt in einer Rundfunkansprache, daß eine Abwertung des Pfundes Sterling als möglicher Ausweg aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Großbritanniens nicht in Frage komme. Ein solcher Schritt würde das Vertrauen der gesamten Welt in das Pfund Sterling erschüttern.

Italien

19. Nach dem Tode des Budgetministers, Ezio Vanoni, der auch das durch den Rücktritt des Ministers Gava verwaiste Schatzministerium verwaltet hatte, werden Senator Adone Zoli zum Budgetminister und Senator Guiseppe Medici zum Schatzminister ernannt.

Luxemburg

24. Der Beratende Ausschuß bei der Hohen Behörde der EGKS spricht sich mit 26 gegen 10 Stimmen für die Freigabe der Kohlepreise im Wirtschaftsjahr 1956/57 aus.

Oesterreich

21. Der Ministerrat stimmt einem Vortrag des Außenministers zu, wonach die Bundesregierung den Zeit-

punkt für gekommen hält, dem Europarat beizutreten. Nach Auffassung der Bundesregierung hindert das Neutralitätsstatut Oesterreich nicht, einer nicht-militärischen internationalen Staatenorganisation beizutreten.

28. Die Vertreter der beiden Regierungsparteien, der Oesterreichischen Volkspartei (ÖVP) und der Sozialistischen Partei Oesterreichs (SPÖ), beschließen nach einer gemeinsamen Beratung, im Nationalrat zusammen einen Antrag auf Neuwahlen einzubringen.

Sowjetunion

18. Dem amerikanischen Botschafter in Moskau wird eine neue Note der Sowjetregierung zur Frage der amerikanischen Ballonaktionen überreicht. In der Note wird erneut darauf hingewiesen, daß die Entsendung amerikanischer Ballons in den sowjetischen Luftraum eine grobe Verletzung der territorialen Integrität der UdSSR sei und gegen die allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts verstoße. (Vgl. Zeittafel in EA 5/1956.) Am 24. Februar richtet auch die tschechoslowakische Regierung eine Protestnote an die Vereinigten Staaten, in der sie behauptet, das Flugzeugunglück in der Slowakei am 18. Januar sei durch einen Zusammenstoß mit einem amerikanischen Ballon herbeigeführt worden.
20. Der XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beschließt nach Erörterung des Rechenschaftsberichts des 1. Sekretärs des Zentralkomitees, N. S. Chruschtschow, „die politische Linie und die praktische Tätigkeit des Zentralkomitees der KPdSU voll und ganz zu billigen“. Ebenso beschließt der Parteitag am 20. Februar einstimmig, den Bericht der Zentralen Revisionskommission zu billigen. In der Diskussion über beide Berichte hatten u. a. M. A. Suslow, A. I. Mikojan, G. M. Malenkow, W. M. Molotow, G. K. Skukow, L. M. Kaganowitsch und K. J. Woroschilow gesprochen. Am 21. Februar erstattet der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, N. A. Bulganin, den Bericht zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Richtlinien des XX. Parteitages der KPdSU für den sechsten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1956 bis 1960“. In der Diskussion über den Bericht Bulganins sprechen u. a. M. G. Perwuchin, N. M. Schwernik, M. S. Saburow, A. N. Kossygin, W. A. Kutscherenko und W. W. Mazkewitsch. Am 24. Februar faßt der Parteitag einstimmig einen Beschluß über Teilabänderungen am Statut der KPdSU. Am 25. Februar nimmt der Parteitag einstimmig die abgeänderten und ergänzten Richtlinien für den sechsten Fünfjahrplan an und billigt einen von Chruschtschow unterbreiteten Entwurf für einen Beschluß über die Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms. Der Parteitag endet am gleichen Tage mit der Wahl von 133 Mitgliedern und 122 Kandidaten des Zentralkomitees.
27. Das Zentralkomitee der KPdSU wählt auf einer Plenartagung zu Mitgliedern des Präsidiums des ZK: N. A. Bulganin, N. S. Chruschtschow, L. M. Kaganowitsch, A. I. Kiritschenko, G. M. Malenkow, M. G. Perwuchin, M. S. Saburow, M. A. Suslow, K. J. Woroschilow; zu Kandidaten des Präsidiums: G. K. Shukow, L. I. Breshnew, J. A. Furzewa, N. A.

Muchitdinow, D. T. Schepilow, N. M. Schwernik; zu Sekretären des ZK: *N. S. Chruschtschow* (Erster Sekretär), *A. B. Aristow, N. I. Beljajew, L. I. Breshnew, J. A. Furzewa, P. N. Pospelow, M. A. Suslow, D. T. Schepilow.*

29. Die *Prawda* veröffentlicht eine Mitteilung, daß das ZK der KPdSU ein besonderes Büro für die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik gebildet habe, zu dessen Vorsitzenden der 1. Sekretär des ZK der KPdSU, *N. S. Chruschtschow*, ernannt wurde.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AMERIKA

Vereinigte Staaten

22. Präsident *Eisenhower* gibt die Freigabe von 40 Tonnen Uran 235 zum Zwecke der Erforschung und Erzeugung von Atomenergie zu friedlichen Zwecken bekannt. 20 Tonnen davon sollen ausländischen Produktionsstätten zur Verfügung gestellt werden.
24. Außenminister John Foster *Dulles* erklärt vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Senats, die Tatsache, daß die sowjetische Regierung nunmehr die amerikanische Wirtschaftshilfe kopiere, sei ein Beweis dafür, daß die bisherige sowjetische Außenpolitik versagt habe. Die Richtigkeit dieser Interpretation wird von einigen Mitgliedern des Ausschusses nachdrücklich bestritten. Am 26. Februar erklärt *Dulles* in einer Rede in Philadelphia, die von der Sowjetunion in letzter Zeit dem Ausland angebotene Wirtschaftshilfe sei Teil einer Umstellung der sowjetischen Politik infolge der Standhaftigkeit des Westens. Die Sowjets beabsichtigten mit dieser Wirtschaftskampagne, die angesprochenen Nationen zu unterwandern und zu bolschewisieren. Für die politischen Führer dieser Länder werde es schwierig sein, sich dem durch die sowjetische Propaganda hervorgerufenen Druck seitens der Öffentlichkeit zu widersetzen, solange sich nicht eine andere Möglichkeit eröffne. Die Industrie-Nationen des Westens mit ihren vollentwickelten und lebensstarken Volkswirtschaften und ihrem Wohlstand könnten und müßten eine solche Alternative bieten.
27. In Washington beginnt eine Konferenz über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiete der friedlichen Ausnutzung der Atomenergie. An der Konferenz, die sich u. a. mit der von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen internationalen Atomenergie-Behörde befassen wird, nehmen Australien, Belgien, Brasilien, Frankreich, Großbritannien, Indien, Kanada, Portugal, die Südafrikanische Union, die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und die Vereinigten Staaten teil. (Vgl. hierzu EA 5/1956, S. 8662f.)
Der italienische Staatspräsident, *Giovanni Gronchi*, trifft zu einem Staatsbesuch in Washington ein. Am 29. Februar tritt er in einer Rede vor dem Kongreß für eine Intensivierung der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit der westlichen Welt ein. Der Atlantikpakt dürfe nicht mehr nur als ein militärisches Instrument betrachtet und müsse mit den Gegebenheiten der Gegenwart in Einklang gebracht werden. *Gronchi*, der die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der militärischen Zusammenarbeit betont, warnt davor, sich für die Wahrung des Friedens nur auf militärische Stärke und politische Gruppierungen zu verlassen.
29. Präsident *Eisenhower* gibt auf einer Pressekonferenz bekannt, daß er ein zweites Mal für die Präsidenten-

schaft kandidieren werde. In einer Rundfunkansprache an das amerikanische Volk begründet er seinen Entschluß am gleichen Tage damit, daß er es als seine Pflicht ansehe, sein vor vier Jahren angekündigtes Regierungsprogramm, das noch nicht habe vollendet werden können, zu verwirklichen.

ASIEN

Volksrepublik China

18. Die Ministerpräsidenten der Volksrepublik China und des Königreiches Kambodscha, *Tschu-En-lai* und Prinz Norodom *Sihanuk*, versichern in einem zum Abschluß ihrer Besprechungen in Peking unterzeichneten Communiqué, daß sich die Beziehungen zwischen beiden Staaten künftig auf die „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ gründen werden.

Cypern

29. Dreitägige Verhandlungen zwischen dem britischen Kolonialminister, *Alan Lennox-Boyd*, und dem Führer der griechischen Unabhängigkeitsbewegung auf Cypern, Erzbischof *Makarios*, werden ergebnislos abgebrochen. Von britischer Seite wird dazu erklärt, der Erzbischof habe gefordert, daß eine gewählte Legislativversammlung über die Vereinigung Cyperns mit Griechenland beschließen solle, daß einer solchen Versammlung die Kontrolle der öffentlichen Sicherheit unterstellt werde und daß eine allgemeine Amnestie für politische Vergehen erlassen werde; diesen Forderungen habe die britische Seite nicht entsprechen können.

Jordanien

16. Ministerpräsident *Samir el-Rifai* erklärt nach seiner Rückkehr von einer Reise durch die anderen arabischen Staaten in einem Interview mit der *Londoner Times*, er betrachte es als sein Anliegen, den Riß zu heilen, der zwischen Ägypten und dem Irak durch den Bagdad-Pakt entstanden sei. Der Irak halte am Bagdad-Pakt fest, dagegen sei es unwahrscheinlich, daß ein anderer arabischer Staat ihm beitreten werde. Dabei solle man es bewenden lassen und sich bemühen, einen Sicherheitspakt zwischen allen arabischen Staaten zustande zu bringen.

Pakistan

29. Die Verfassungsgebende Versammlung billigt die neue, republikanische Verfassung Pakistans (vgl. Zeittafel in EA 3/1956).

Vietnam (Nord)

22. Das Außenministerium veröffentlicht ein Schreiben, das Ministerpräsident *Pham Van Dong* am 14. Februar an die Regierungen der Sowjetunion und Großbritanniens gerichtet und in dem er die Einberufung einer neuen Konferenz über Indochina vorgeschlagen hatte.

Zeittafel vom 1. bis zum 15. März 1956

Die Ereignisse in Europa*

Belgien

13. In Brüssel beginnt eine außerordentliche Sitzungsperiode der Gemeinsamen Versammlung der EGKS. (Ueber die Tagung wird das Europa-Archiv in einer kommenden Folge berichten.)

Deutschland

1. Bundeskanzler *Adenauer* äußert sich vor Pressevertretern besorgt über die außenpolitische Situation, die labiler sei denn je. Er befürwortet eine engere politische und wirtschaftliche Koordination des Westens im Rahmen der NATO, die daneben auch als militärisches Abwehrinstrument erhalten werden müsse.
2. Zu der von der TASS veröffentlichten Deutschland-Erklärung vom Vortage (vgl. Sowjetunion) erklärt ein Sprecher der Bundesregierung, der darin zum Ausdruck gebrachte Standpunkt, daß Deutschland nur durch Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR wiedervereinigt werden könne, werde von der Bundesregierung nach wie vor zurückgewiesen.
3. In Bonn werden die deutsch-französischen Verhandlungen über die Saar mit einer weiteren Besprechung zwischen Bundesaußenminister *von Brentano* und dem französischen Außenminister, *Christian Pineau*, fortgesetzt. Wie in dem Kommuniké bekanntgegeben wird, stattete *Pineau* auch Bundeskanzler *Adenauer* einen Besuch ab, bei dem in einem freundschaftlichen Meinungs Austausch festgestellt wurde, daß beide Völker die Entwicklung einer europäischen Gemeinschaft zu fördern und die zwischen Deutschland und Frankreich noch schwebenden Probleme zu lösen wünschten. Zur Saarfrage heißt es in dem Kommuniké:

„Die Besprechungen der Minister haben zu einer weiteren Annäherung der beiderseitigen Standpunkte geführt. Im einzelnen wurden folgende Fragen erörtert:

1. die Ausnutzung der Kohlevorkommen im Warndt;
2. die Sicherung der französischen Kohlebezüge aus dem Saargebiet;
3. die wirtschaftliche Uebergangsperiode;
4. die definitive wirtschaftliche Regelung;
5. das Projekt der Moselkanalisierung.

Die Minister kamen überein, die Verhandlungen unter Leitung der Staatssekretäre am 17. März in Paris fortzuführen und den Delegationen gewisse weitere Arbeiten anzuvertrauen, für die gemeinsame Direktiven erteilt worden sind. Der Ministerpräsident der Saarregierung, *Dr. Ney*, wurde im Anschluß an die Verhandlungen sowohl von dem französischen Außenminister als auch von dem Bundesminister des Auswärtigen empfangen.“

Der ägyptische Produktionsminister, *Hassan Ibrahim*, der an der Spitze einer ägyptischen Regierungsdelegation anläßlich der Leipziger Messe in der DDR

weilt, erklärt auf einem Empfang in Berlin, sein Besuch habe einen großen Einfluß auf die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Staaten; er erhoffe eine fruchtbare Zusammenarbeit auf den Gebieten des Handels und der Wirtschaft. Volkskammerpräsident *Dieckmann* erwidert, die DDR sei bereit, Ägypten bei der Durchführung seiner wirtschaftlichen Aufgaben zu helfen und mit ihm „allseitige Beziehungen“ aufzunehmen. Vom 9. bis zum 15. März stattet Minister *Ibrahim* der Bundesrepublik einen Besuch ab, bei dem er u. a. Besprechungen mit Bundeswirtschaftsminister *Erhard* führt. In einer Erklärung spricht er auch hier die Hoffnung aus, daß der Besuch zu einer Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen und der Zusammenarbeit auf technischem und wirtschaftlichem Gebiet führen werde.

4. Bundeswirtschaftsminister *Erhard* ruft in einer Rede zur Eröffnung der Frankfurter Messe die Marktpartner zu einem verantwortungsbewußten und disziplinierten Verhalten auf, das allein die Wirtschaft vor einem Konjunkturzyklus bewahren könne. Das „geradezu fade Spiel des gegenseitigen Hochtreibens der Preise“ müsse in seiner Unfruchtbarkeit und Stumpfsinnigkeit erkannt werden. Prof. *Erhard* kündigt an, daß er nicht zögern werde, durch eine Erweiterung der Liberalisierung der Einfuhren den Wettbewerb zu intensivieren, falls sich dies als notwendig erweisen sollte.

Der saarländische Arbeitsminister, *Kurt Conrad*, kritisiert vor Pressevertretern in Bonn die Verknüpfung der Frage der Moselkanalisierung mit der Saarfrage. Er fordert die Bundesregierung auf, bei den künftigen Verhandlungen keine Zugeständnisse in den Lebensfragen des Saargebietes zu machen.

Die Landtagswahlen in Baden/Württemberg haben folgendes Ergebnis:

	Stimmen	vH	Sitze ¹
CDU	1 392 326	42,6	56 (50)
SPD	942 557	28,9	36 (38)
FDP	541 233	16,6	21 (23)
GB/BHE	204 280	6,2	7 (6)
KPD	104 612	3,2	— (4)
Gesamtdeutsche Volkspartei	50 613	1,5	— (—)
Bund der Deutschen . .	18 072	0,6	— (—)
Deutsche Gemeinschaft . .	11 743	0,4	— (—)

¹⁾ In Klammern die Zahl der Sitze bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung am 9. März 1952.

Der Erste Sekretär der SED, *Walter Ulbricht*, berichtet in einem längeren Artikel in der Zeitung *Neues Deutschland* über den XX. Parteitag der KP der Sowjetunion. Er unterstreicht die Rückkehr der KPdSU zum Leninismus: die Ablehnung der These *Stalins* von der Stagnation des Kapitalismus, die Bekräftigung des Leninschen Prinzips der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen, das Bekenntnis zur Möglichkeit der

* Vgl. hierzu auch die in der nächsten Folge des Europa-Archivs erscheinenden Mitteilungen des Europarats für März.

Verwirklichung des Sozialismus auf friedlichem Wege, die Abkehr vom „Persönlichkeitskult“ Stalins und die Rückkehr zum Leninschen Prinzip der kollektiven Führung. Im Zusammenhang damit erklärt Ulbricht, daß der Partei und dem Sowjetstaat aus Stalins Persönlichkeitskult bedeutende Schäden entstanden seien.

6. Der Deutsche Bundestag verabschiedet mit 390 gegen 20 Stimmen die für den Aufbau der Streitkräfte notwendigen Grundgesetzänderungen, die im wesentlichen folgende Bestimmungen enthalten:

In Artikel 12 wird die verfassungsmäßige Möglichkeit der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht eingefügt.

Durch einen neuen Artikel 17a wird die gesetzliche Einschränkung gewisser Grundrechte für die Angehörigen der Streitkräfte ermöglicht.

Neue Artikel 45a und b regeln die Berufung eines Verteidigungsausschusses und eines Wehrbeauftragten des Bundestages.

Ein neuer Artikel 59a regelt die Proklamierung des Verteidigungsfalles.

Durch eine Aenderung des Artikels 60 erhält der Bundespräsident die Befugnis zur Ernennung von Offizieren und Unteroffizieren.

Durch einen neuen Artikel 65a wird der Oberbefehl über die Streitkräfte dem Bundesverteidigungsminister und im Verteidigungsfalle dem Bundeskanzler übertragen.

Neue Artikel 87a und b regeln die Stärke der Streitkräfte und die Bundeswehrverwaltung.

Ein neuer Artikel 96a regelt die Errichtung von Wehrstrafrichtern.

Ferner beschließt der Bundestag gegen die Stimmen der SPD das Soldatengesetz, in dem der Name der Streitkräfte mit „Bundeswehr“ festgelegt wird. Das Gesetz schreibt für Berufssoldaten einen Dienst- eid, für der Wehrpflicht genügende Soldaten ein feierliches Gelöbnis vor.

7. Der Zentralbankrat der Bank deutscher Länder beschließt eine Erhöhung des Diskontsatzes von 3,5 auf 4,5 vH. Nachdem diese Maßnahme Kritik von verschiedenen Seiten hervorgerufen hat, findet am 14. März eine Besprechung zwischen dem Bundeskabinett und Vertretern der BdL statt. Im Anschluß daran gibt ein Regierungssprecher bekannt, es bestehe Uebereinstimmung zwischen der Bundesregierung und der BdL darüber, daß Zurückhaltung und Mäßigung auf den Gebieten der Ausgaben, der Investitionen sowie der Löhne und Preise das Gebot der Stunde seien.
10. Nach langwierigen Verhandlungen wird in Bonn ein Abkommen über die Regelung finanzieller Fragen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien paraphiert. Das Abkommen sieht die Zahlung von 300 Millionen DM an Jugoslawien vor, wovon 60 Millionen für die Abgeltung deutscher Vorkriegsschulden und 240 Millionen als 99jähriger Kredit für den Ankauf deutscher Waren zum Zwecke des Ausbaus der jugoslawischen Wirtschaft gegeben werden. Ferner wird eine Verlängerung der Tilgungsfrist für die jugoslawischen kommerziellen Nachkriegsschulden vereinbart. In einem Kommuniqué des Auswärtigen

Amtes wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß damit eine Reihe von Schwierigkeiten zwischen beiden Ländern beseitigt wurde.

- 10.—11. In Bonn findet eine Tagung der Führungsgremien der CDU statt, bei der Bundeskanzler *Adenauer* eine Förderung aller Bemühungen um die Abrüstung durch die Bundesregierung befürwortet; die Abrüstung könne die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands schaffen helfen. Die Führungsgremien der SPD halten in Bergneustadt eine Tagung ab, bei der sie in einer Entschlie- ßung die Ablehnung der Wehrgesetze und der all- gemeinen Wehrpflicht bekräftigen. Die Aufstellung von zwei deutschen Armeen in einander feindlich gegenüberstehenden Militärblöcken, heißt es in der Entschlie- ßung, sei ein Unglück für das deutsche Volk. In einer weiteren Entschlie- ßung appelliert die SPD an die Weltöffentlichkeit, sich für die Freilassung der politischen Häftlinge in der Sowjetzone einzusetzen. Der Parteivorsitzende, *Ollen- hauer*, wirft in seiner Rede der Bundesregierung außenpolitische Passivität vor. Auch er tritt für eine Verbindung der Wiedervereinigung mit der Abrüstung ein.
13. Die Botschafter der drei Westmächte in der Bundes- republik erheben bei der Bundesregierung Einwände gegen eine direkte Wahl der Berliner Abgeordneten zum Bundestag; sie weisen darauf hin, daß dadurch der Viermächtestatus Berlins gefährdet werden könne.
14. Die aus der Bundestagsfraktion der FDP ausgetre- tene Sechzehner-Gruppe (vgl. S. 8727) fordert die Bundestagsfraktion in ultimativer Form auf, als Be- dingung für einen Wiedereintritt der Gruppe in die Fraktion folgenden Forderungen zuzustimmen: Wie- dereintritt in die Regierungskoalition, Ablösung Dr. *Dehlers* als Fraktionsvorsitzender. Die Fraktion lehnt am 14. März diese Forderungen ab, erklärt sich jedoch bereit, Einzelanträge von ausgetretenen Ab- geordneten auf Wiederaufnahme in die Fraktion zu erwägen. Am 15. März bestätigt der Bundestag mit knapper Mehrheit die Konstituierung der Gruppe der Sechzehn als selbständige Fraktion unter dem Namen „Demokratische Arbeitsgemeinschaft“. Zum Vorsitzenden dieser Fraktion wurde der Abgeord- nete Ludwig *Schneider* gewählt. In Bonn beginnen Verhandlungen zwischen deut- schen und alliierten Sachverständigen über die alliierte Forderung nach Weiterzahlung von Stationierungskosten für die alliierten Truppen in der Bundesrepublik (vgl. Zeittafel in EA 5/1956). Der sowjetische Energieminister, Georgij M. *Malen- kow*, stattet auf der Reise nach Großbritannien der Regierung der DDR einen Besuch ab.
15. In einer Botschaft an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der Vereinigten Staa- ten ersucht Bundeskanzler *Adenauer* um eine lau- fende Unterrichtung der Bundesregierung über den Verlauf der am 19. März in London beginnenden Sitzung des Unterausschusses der Abrüstungskommis- sion der Vereinten Nationen. Der Bundeskanzler unterstreicht in der Botschaft die Tatsache, daß die Abrüstungsverhandlungen wesentliche Fragen des Schicksals Deutschlands und der Sicherheit der Bun- desrepublik berührten.

Der Deutsche Bundestag verabschiedet mit großer Mehrheit das Wahlgesetz für die Bundestagswahlen von 1957. Das Gesetz übernimmt im wesentlichen die Bestimmungen des Wahlgesetzes von 1953 einschließlich der Sperrklausel, nach der nur diejenigen Parteien Mandate erhalten, die im ganzen Bundesgebiet mindestens 5 vH der Stimmen oder drei Direktmandate erringen. Listenverbindungen sind zulässig. Ein Antrag der SPD auf unmittelbare Wahl und Stimmrecht für die Berliner Abgeordneten wird abgelehnt.

In Saarbrücken konstituiert sich der Internationale Gerichtshof für das Saarland. Zu seinem Präsidenten wird E. F. W. *Besly* (Großbritannien) gewählt. Anlässlich eines Besuchs des Leiters einer indischen Wirtschaftsdelegation, Unterstaatssekretär K. M. *Panikkar*, betonen Staatspräsident Wilhelm *Pieck* und Ministerpräsident Otto *Grotewohl* das Interesse der DDR an einer Entwicklung und Festigung der Beziehungen zwischen der DDR und Indien.

Finnland

1. Staatspräsident *Urho Kekkonen* wird in sein Amt eingeführt.
Nach der Ablehnung einer Forderung der Gewerkschaften, die im letzten Vierteljahr eingetretenen Preissteigerungen rückgängig zu machen oder durch Lohnerhöhungen zu kompensieren, wird der Generalstreik ausgerufen.
3. Karl August *Fagerholm* (Sozialdemokrat) bildet eine Regierung aus Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei, der Agrarunion, der Schwedischen Volkspartei und der Finnischen Volkspartei. Das Außenministerium übernimmt Ralf *Törngren* (Schwedische Volkspartei).

Frankreich

2. Außenminister Christian *Pineau* übt in einer Ansprache vor dem Anglo-amerikanischen Presseklub in Paris Kritik an der bisherigen Politik des Westens: Er habe bei seinem Amtsantritt feststellen müssen, daß es keine gemeinsame französisch-britisch-amerikanische Politik gebe. Als Beispiele mangelhafter Zusammenarbeit nennt *Pineau* Nordafrika, den Mittleren Osten und Indochina. Der Westen habe den enormen Fehler begangen, die Probleme der Sicherheit als die einzigen internationalen Probleme zu betrachten. Die öffentliche Meinung, sagt *Pineau*, werde auf die Dauer von einer Friedenspropaganda — auch wenn sie unaufrichtig sei — stärker angezogen als von einer Propaganda, die nur von militärischen Lösungen spricht. Die westliche Welt müsse jetzt über eine rein statische Konzeption der Koexistenz hinausgehen. Diese Rede löst in anderen westlichen Ländern Erstaunen aus. *Pineau* versichert jedoch am 3. März auf einer Pressekonferenz in Bonn, er habe die atlantische Zusammenarbeit nicht in Frage stellen wollen, nur in der Methode müßten neue Wege gefunden werden. In ähnlichem Sinne äußert sich Ministerpräsident Guy *Mollet* am gleichen Tage in einem Interview mit einer amerikanischen Rundfunkgesellschaft, in dem er ausdrücklich betont, daß Frankreich eine Zerstörung der westlichen Verteidigungsorganisation nicht zulassen werde.

In Paris werden die französisch-marokkanischen Verhandlungen mit einem Abkommen über den künftigen Status Marokkos beendet. Durch eine gemeinsame Erklärung wird die Unabhängigkeit und Souveränität Marokkos anerkannt, der Protektoratsvertrag vom 30. März 1912 wird außer Kraft gesetzt, und die künftigen französisch-marokkanischen Beziehungen werden zum Gegenstand weiterer Verhandlungen gemacht. Für die Uebergangszeit bis zum Inkrafttreten solcher Vereinbarungen wird durch ein Zusatzprotokoll bestimmt, daß Marokko über eigene legislative Gewalt und über eigene Streitkräfte verfügen wird. Die Rechte der französischen Bevölkerung in Marokko werden garantiert. Der Vertreter Frankreichs in Marokko wird künftig den Titel eines Hohen Kommissars führen. Durch einen Briefwechsel wird u. a. vereinbart, daß Frankreich bis zum Inkrafttreten neuer Regelungen die auswärtigen Angelegenheiten Marokkos weiterführen wird.

6. Der britische Botschafter in Paris, Sir Gladwyn *Jebb*, sichert in einer Rede vor Pressevertretern Frankreich die Unterstützung Großbritanniens in der algerischen Frage zu.
8. Die Nationalversammlung beginnt mit der Debatte über Algerien. Sowohl der Ministerresident in Algerien, Robert *Lacoste*, als auch Ministerpräsident *Mollet* betonen in ihren Reden, daß man auf den Aufstand in Algerien keine ausschließlich militärische Antwort geben dürfe; vielmehr müßten wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen eingeleitet und durch politische Reformen der mohamedanischen Bevölkerung die Gleichberechtigung gewährt werden. *Mollet* erklärt, Algerien könne wegen seiner gemischten Bevölkerung weder als französische Provinz noch als selbständige Nation betrachtet werden, darum müsse eine künftige Lösung in der Aufrechterhaltung der Bindung an Frankreich unter Achtung der algerischen Eigenständigkeit bestehen. Die Nationalversammlung billigt am 12. März mit 455 gegen 76 Stimmen die von der Regierung beantragten Sondervollmachten für die Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit sowie für die Durchführung der wirtschaftlichen und administrativen Reorganisation in Algerien. Mit der Abstimmung war die Vertrauensfrage verbunden.

Griechenland

7. In einer Erklärung zur Cypem-Frage fordert die Regierung die Errichtung einer demokratischen Regierung auf Cypem nach dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung; sie erklärt, Griechenland sei bereit, jede Garantie für die Wahrung der strategischen Interessen der freien Welt zu geben.
9. Aus Protest gegen die Deportation des Erzbischofs *Makarios* (vgl. Cypem) wird der griechische Botschafter aus London abberufen. In Griechenland finden ausgedehnte englandfeindliche Demonstrationen statt. Am 10. März richtet die Regierung eine scharfe Protestnote an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, in der sie die Deportation *Makarios'* als eine Provokation und eine Bedrohung des Friedens bezeichnet. Sie beantragt die Aufnahme der Cypem-Frage in die Tagesordnung der 11. Tagung der Vollversammlung. Am 12. März unternimmt der

griechische Botschafter in Washington eine Demarche, in der er die Vereinigten Staaten um ein Eingreifen ersucht, Ministerpräsident Konstantin *Karamanlis* erklärt dazu, Griechenland könnte sich veranlaßt sehen, in eine Isolierung zu gehen, falls die Vereinigten Staaten nicht den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Freiheit in der freien Welt Achtung verschaffen.

Großbritannien

2. In einer Verlautbarung zu der Entlassung des Befehlshabers der Arabischen Legion, General *Glubb Pascha*, (vgl. Jordanien) spricht das Außenministerium von einem „schweren Schock“; es äußert Besorgnis über die künftige Entwicklung der britisch-jordanischen Beziehungen, Premierminister Sir *Anthony Eden* gibt am 5. März im Unterhaus bekannt, daß die Regierung weitere 15 britische Offiziere aus der Arabischen Legion abberufen habe. General Sir *John Bagot Glubb* erklärt am 9. März, die Entlassung sei auf Druck von Ägypten und Saudi-Arabien erfolgt, es wäre jedoch ein schwerer Fehler, deswegen gegenüber Jordanien hart aufzutreten. Am 7. März findet im Unterhaus eine Debatte über Jordanien statt, in welcher der Oppositionsführer, *Hugh Gaitskell*, scharfe Kritik an der britischen Mittelost-Politik, am Bagdad-Pakt und an der mangelnden britisch-amerikanischen Koordination übt. Er fordert eine grundlegende Neuorientierung der britischen Politik im Mittleren Osten. Premierminister *Eden* erwidert, die Regierung sei noch nicht in der Lage, eine Linie für die künftige Politik gegenüber Jordanien bekanntzugeben. *Gaitskell* bezeichnet *Eden*s Erklärung als „völlig unbefriedigend“ und verlangt eine Abstimmung, die jedoch eine Mehrheit für die Regierung ergibt.
- 10.—12. In Chequers finden Besprechungen zwischen Premierminister Sir *Anthony Eden* und dem französischen Ministerpräsidenten, *Guy Mollet*, statt. (Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués auf S. 8718 dieser Folge.)
10. Nachdem schon am 5. März anlässlich des Berichts von Kolonialminister *Alan Lennox-Boyd* über seine ergebnislosen Verhandlungen mit Erzbischof *Makarios* (vgl. Seite 8730, Cypern) im Unterhaus Kritik an der Cypern-Politik der Regierung geübt worden war, löst die Deportation *Makarios'* (vgl. Cypern) eine scharfe Kontroverse aus. Sowohl der Oppositionsführer, *Hugh Gaitskell*, als auch der Führer der Liberalen Partei, *Clement Davies*, bezeichnen die Deportation als einen „Akt des Wahnsinns“. Am 14. März findet eine Unterhaus-Debatte über Cypern statt, in der als Sprecher der Opposition *Aneurin Bevan* die Führung der Verhandlungen über Cypern scharf kritisiert: diese Verhandlungen seien von vornherein unehrlich und mit trügerischen Vorschlägen geführt worden. *Bevan* erklärt, Großbritannien habe sich durch seine Methoden auf Cypern in der freien Welt nahezu isoliert. Premierminister Sir *Anthony Eden* weist in seiner Erwiderung auf die große strategische Bedeutung der Insel für die westliche Verteidigung im Mittleren Osten hin, welche die Cypern-Frage kompliziere. Die Deportation *Makarios'* begründet *Eden* damit, daß er die Terrorakte

der Aufständischen stillschweigend geduldet habe. Die britische Politik in Cypern werde zunächst darin bestehen, Ordnung und Sicherheit wiederherzustellen. Einen Tadelantrag der Opposition lehnt das Unterhaus mit den Stimmen der Konservativen bei Stimmenthaltung der Liberalen ab.

Italien

14. In Verbindung mit der Abstimmung über ein neues Wahlgesetz spricht die Abgeordnetenkommer der Regierung mit 280 gegen 47 Stimmen das Vertrauen aus.

Jugoslawien

13. Auf einer Tagung des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten übt Präsident *Tito* Kritik an gewissen Entwicklungen in der Partei seit dem Parteitag von 1952. Er sagt, die Bestrebungen zur Demokratisierung des inneren Lebens seien von manchen Kommunisten dahingehend mißverstanden worden, daß sie glaubten, sich nicht mehr den Beschlüssen der übergeordneten Organe fügen zu müssen; sie hätten auch der ideologischen Ausbildung zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. *Tito* fordert eine Aktivierung der Parteiarbeit, eine Verstärkung der ideologischen Wachsamkeit und eine Intensivierung der sozialistischen Erziehung der Jugend, die vor gewissen destruktiven Einflüssen des Westens bewahrt werden müsse.

Luxemburg

12. Zwischen Ministerpräsident *Joseph Bech* und dem französischen Staatssekretär für Äußeres, *Maurice Faure*, findet eine Aussprache über die Frage der Moselkanalisierung statt. Dem Kommuniqué zufolge hat *Faure* zugesichert, daß bei den französisch-deutschen Verhandlungen über diese Frage die Rechte Luxemburgs nicht in Frage gestellt würden. *Bech* sagte zu, daß Luxemburg das Problem ohne Vorurteil prüfen werde.

Niederlande

5. In einer Note an Indonesien protestiert die Regierung gegen die einseitige Aufkündigung der niederländisch-indonesischen Union durch Indonesien (vgl. Zeittafel in EA 5/1956).
- 8.—9. Der deutsche Bundesaußenminister, *Heinrich von Brentano*, stattet der niederländischen Regierung einen Besuch ab. In dem Kommuniqué heißt es u. a.: „Die Minister erörterten die in der Welt bestehenden Spannungen und stimmten darin überein, daß beide Länder ihrer Wohlfahrt am besten dienen, indem sie die weitere Entwicklung der Einigung Europas und der atlantischen Gemeinschaft nach Kräften fördern. Die Minister stellten mit Genugtuung fest, daß die Verhandlungen über den Abschluß eines niederländisch-deutschen Kulturabkommens inzwischen begonnen haben und daß die Verhandlungen über ein Luftfahrtabkommen binnen kurzem beginnen werden. ... Die Minister waren der Meinung, daß dieser umfassende Gedankenaustausch den Ausgangspunkt für weitere deutsch-niederländische Beratungen in naher Zukunft bilden sollte, die notwendig sind, um zu einer für beide Parteien befriedigenden Lösung der schwebenden Probleme zu gelangen und die Bande zwischen den beiden Ländern zu festigen.“

Oesterreich

1. Der Nationalrat beschließt den Beitritt Oesterreichs zum Europarat. Am gleichen Tage beschließt der Nationalrat einstimmig seine Auflösung. Neuwahlen werden für den 13. Mai angesetzt.

Polen

12. Der 1. Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Boleslaw Bierut, stirbt in Moskau.

Schweiz

- 2.—4. In einer Tagung in Zürich befaßt sich der Generalrat der Sozialistischen Internationale mit der Abrüstungsfrage, mit der Lage im Mittleren Osten und mit den Beziehungen zu den kommunistischen Parteien. (Ein Bericht wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs erscheinen.)

Sowjetunion

1. Die amtliche Nachrichtenagentur TASS veröffentlicht eine Erklärung zur deutschen Frage, in der sie betont, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nach sowjetischer Ansicht nur über direkte Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR zustande kommen könne; die Sowjetregierung sei bereit, an der Herbeiführung eines Uebereinkommens zwischen den beiden deutschen Teilstaaten mitzuwirken. Gleichzeitig wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion günstig entwickeln.
2. In Paris wird bekanntgegeben, daß die Sowjetregierung den französischen Ministerpräsidenten, Guy Mollet, zu einem Besuch eingeladen hat; die Einladung ist von Mollet angenommen worden.
- 2.—11. Der dänische Ministerpräsident, Hans C. Hansen, stattet der Sowjetunion einen Besuch ab, während

dessen er vom 3. bis zum 6. März Besprechungen mit der Sowjetregierung führt. (Den Wortlaut des am 6. März veröffentlichten Communiqués wird das Europa-Archiv in einer der nächsten Folgen bringen.)

5. TASS veröffentlicht den Wortlaut einer sowjetischen Note an Großbritannien vom 18. Februar, in der die Sowjetunion die Einberufung einer neuen Konferenz über Indochina vorgeschlagen hatte. Der Note zufolge sollte diese Konferenz Maßnahmen zur Durchführung der Genfer Abkommen über Vietnam vom Juli 1954 erörtern.
9. In einer Protestnote an die Bundesrepublik Deutschland wird die Bundesregierung beschuldigt, sowjetischen Bürgern, die angeblich unter schlechten materiellen Bedingungen in der Bundesrepublik leben, die Rückkehr in die Sowjetunion zu erschweren.
12. Der erste Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Sowjetunion, Wilhelm Haas, überreicht dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, K. J. Woroschilow, sein Beglaubigungsschreiben.

Tschechoslowakei

13. Das Sekretariat des Weltgewerkschaftsbundes nimmt das Angebot der tschechoslowakischen Gewerkschaften an, den Sitz des Sekretariats des WGB nach Prag zu verlegen. (Vgl. dazu Zeittafel in EA 5/1956, Oesterreich.)

Türkei

- 11.—12. Besuch des britischen Außenministers, Selwyn Lloyd. In einer gemeinsamen Erklärung bekräftigen Großbritannien und die Türkei ihren Willen, die NATO und den Bagdad-Pakt weiterhin zu unterstützen. Zum Cypem-Konflikt erklärt Lloyd vor der Presse, die britische und die türkische Regierung stünden in einem ständigen Meinungsaustausch über dieses Problem.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten

- 1.—2. Der britische Außenminister, Selwyn Lloyd, führt mit Ministerpräsident Gamal Abdel Nasser Besprechungen über die Lage im Mittleren Osten und insbesondere den Palästina-Konflikt sowie über die britisch-ägyptischen Beziehungen. Lloyd erklärt bei seiner Abreise, dabei sei auch über den Bagdad-Pakt gesprochen worden. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß alle Staaten des Mittleren Ostens sich der Anwendung militärischer Gewalt enthalten, da andernfalls ein Eingreifen der Vereinten Nationen unvermeidlich würde.
- 6.—12. In Kairo findet eine Konferenz zwischen den Staatsoberhäuptern Aegyptens, Syriens und Saudi-Arabiens, Ministerpräsident Gamal Abdel Nasser, Staatspräsident Schukri el Kuwatly und König Saud, statt. In einer gemeinsamen Elf-Punkte-Erklärung wird bekanntgegeben, daß die Konferenz sich u. a. mit folgendem befaßt habe: Gewährleistung der Sicherheit der arabischen Staaten und Koordinierung ihrer Verteidigungspläne; Gegenmaßnahmen gegen die durch den Bagdad-Pakt unternommenen Versuche, die arabischen Staaten unter Druck zu setzen;

Unterstützung Jordaniens bei seinem Bestreben, sich ausländischem Druck zu entziehen; Wege zur Verwirklichung der Einheit der arabischen Länder; die Probleme der Oase Buraimi und des Emirats von Oman; Verurteilung der französischen Politik in Nordafrika.

14. Der französische Außenminister, Christian Pineau, führt Besprechungen mit Ministerpräsident Nasser über die Lage in Nordafrika und die französisch-ägyptischen Beziehungen. In einem Communiqué wird bekanntgegeben, daß darüber ein freimütiger Meinungsaustausch stattgefunden habe und daß daneben auch internationale Probleme erörtert worden seien.

AMERIKA

Kanada

- 3.—5. Staatsbesuch des italienischen Staatspräsidenten, Giovanni Gronchi. Dabei werden u. a. Fragen einer Intensivierung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit der NATO-Staaten erörtert.

Vereinigte Staaten

1. Der Staatsbesuch des italienischen Staatspräsidenten, Giovanni Gronchi, (vgl. S. 8730) wird mit der Ver-

öffentlichung einer gemeinsamen Erklärung Grönchis und Präsident *Eisenhowers* beendet. In der Erklärung treten die beiden Präsidenten für eine Verstärkung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb der NATO unter Aufrechterhaltung der Verteidigungsanstrengungen ein.

Botschafts-Präsident *Eisenhowers* an den sowjetischen Ministerpräsidenten, *Bulganin*, über die Abrüstungsfrage (vgl. den Wortlaut auf S. 8717 dieser Folge).

In einer Antwort auf die sowjetische Note vom 18. Februar (vgl. S. 8729, Sowjetunion) stellt die Regierung fest, daß sowjetische Ballons in letzter Zeit über amerikanischem Gebiet in Alaska und über dem Gebiet anderer westlicher Staaten geflogen seien; die Sowjetunion könne also nicht eine Vorschrift für sich aufstellen, die sie anderen Staaten gegenüber nicht achte.

13. Ein Sprecher des Außenministeriums gibt bekannt, daß die Vereinigten Staaten Großbritannien um eine baldige Wiederaufnahme von Verhandlungen mit den Vertretern der Bevölkerung Cyperns gebeten hätten.

ASIEN

Cypern

9. Der Führer der griechischen Unabhängigkeitsbewegung auf Cypern, Erzbischof *Makarios*, wird verhaftet und auf die Seychellen-Inseln deportiert. Die Deportation wird damit begründet, daß der Erzbischof sich geweigert habe, die Gewaltakte der Aufständischen öffentlich zu verurteilen.

Indien

- 3.—5. Vor der Konferenz des Rates der SEATO in Karatschi weilt der britische Außenminister, Selwyn *Lloyd*, in Neu Delhi und erörtert mit Premierminister *Nehru* internationale Probleme, insbesondere die Lage im Mittleren Osten.
- 9.—10. Der amerikanische Außenminister, John Foster *Dulles*, führt in Neu Delhi Besprechungen mit Premierminister *Nehru* über internationale Fragen, darunter die Lage im Mittleren Osten und Südostasien, die Regionalpakte und die sowjetische Politik. In einer Pressekonferenz erklärt *Dulles*, die Gespräche hätten dazu geführt, daß man sich jetzt besser verstehe. Er gibt die Zusicherung ab, daß die amerikanischen Waffenlieferungen an Pakistan nicht zu einem Angriff auf Indien verwendet werden dürfen; in einem solchen Falle würden die Vereinigten Staaten Indien zu Hilfe kommen.
- 11.—12. Der französische Außenminister, Christian *Pineau*, führt in Neu Delhi Besprechungen mit Premierminister *Nehru* über die internationale Lage. In einer Pressekonferenz betont er, daß Frankreich nicht daran denke, einen neutralistischen Standpunkt einzunehmen; es werde seine Bündnisse aufrechterhalten. Die Tatsache, daß Frankreich innerhalb der SEATO die wirtschaftliche Aktivität gesteigert wissen möchte, bedeute keine Opposition gegen den Pakt selbst.

Indonesien

12. Der amerikanische Außenminister, John Foster *Dulles*, führt auf seiner Asienreise Besprechungen mit Staatspräsident *Soekarno* und Mitgliedern der Re-

gierung. Auf einer Pressekonferenz betont er, daß die amerikanische Wirtschaftshilfe an asiatische Länder nicht von dem Beitritt dieser Länder zu einem militärischen Sicherheitspakt abhängig gemacht werde. Er erklärt, die Vereinigten Staaten könnten verstehen, daß Indonesien sich keinem militärischen Paktsystem anschließen wolle, und würden auch keinen Druck in dieser Richtung ausüben.

Jordanien

2. König *Hussein* verfügt die Entlassung des Befehlshabers der Arabischen Legion, des britischen Generals *Glubb Pascha*. Zu seinem Nachfolger wird der jordanische General *Radi Innab* ernannt. Am folgenden Tage gibt die Regierung in einem Kommuniqué den Wunsch bekannt, weiterhin gute Beziehungen zu Großbritannien zu unterhalten und den britisch-jordanischen Vertrag von 1948 einzuhalten. Eine Einladung zu der am 6. März in Kairo beginnenden Konferenz arabischer Staatsoberhäupter (vgl. Ägypten) lehnt König *Hussein* ab. Dagegen findet am 14. März an der irakisch-jordanischen Grenze eine Zusammenkunft König *Husseins* mit König *Faisal* vom Irak statt, auf der die Lage in den arabischen Staaten, einschließlich der Beschlüsse der Konferenz von Kairo, erörtert werden.

Pakistan

6. Der bisherige Generalgouverneur, Iskander *Mirza*, wird von der Verfassungsgebenden Versammlung zum geschäftsführenden Präsidenten der Republik gewählt.
- 6.—8. In Karatschi findet die zweite Tagung des Rates der Südostasienpakt-Organisation (SEATO) statt. In dem Kommuniqué werden neben den militärischen Angelegenheiten die Dringlichkeit und Bedeutung einer Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts und der Bekämpfung subversiver Aktionen in den Mitgliedstaaten betont. Der Rat gewährt Pakistan eine Garantie der pakistanisch-afghanischen Grenze und erklärt in bezug auf Kaschmir, daß er die Entscheidungen der Vereinten Nationen nach wie vor als gültig betrachte und eine baldige Regelung der Frage durch die Vereinten Nationen oder durch direkte Verhandlungen wünsche. (Den Wortlaut des Kommuniqués wird das Europa-Archiv in einer der nächsten Folgen veröffentlichen.) Im Anschluß an die Konferenz unternehmen die Außenminister der drei Westmächte Reisen durch verschiedene Länder Asiens und des Mittleren Ostens. Der amerikanische Außenminister besucht Indien (vgl. dieses), Ceylon, Indonesien (vgl. dieses), Thailand, Süd-Vietnam, die Philippinen, Formosa, Südkorea und Japan; der britische Außenminister den Irak, Persien, die Türkei (vgl. diese) und Israel; der französische Außenminister Indien (vgl. dieses) und Ägypten (vgl. dieses).

Philippinen

15. Der amerikanische Außenminister, John Foster *Dulles*, führt in Manila Besprechungen mit Präsident *Ramón Magsaysay*. In einer Pressekonferenz teilt *Dulles* mit, daß das Forschungszentrum für Atomenergie, das die Vereinigten Staaten den Ländern des Colombo-Plans zur Verfügung stellen werden, auf den Philippinen errichtet wird.

NEUEINGÄNGE IN UNSEREM ARCHIV

11. JAHR

20. MÄRZ / 5. APRIL 1956

6./7. FOLGE

Bücher und Broschüren

Andreas, Theodor: Zur Widerlegung des dialektischen und historischen Materialismus. Pfaffenhofen/Ilm: Ilm-gau-Verlag 1954. 114 S. DM 3,45.

Castellan, Georges: D.D.R. Allemagne de l'Est. Paris: Editions du Seuil 1955. 412 S.

The Communist International 1919—1943. Documents. Vol. I: 1919—1922. Selected and edited by Jane Degras. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London — New York — Toronto: Oxford University Press 1956. XVI, 463 S. £ 2/15/—.

Elsholz, Konrad: Die Sozialreform als gesellschaftspolitisches und volkswirtschaftliches Problem. Bonn: Stoll-fuß Verlag 1955. 64 S.

Flechtheim, Ossip K.: Die deutschen Parteien seit 1945. Quellen und Auszüge. Berlin—Köln: Carl Heymanns Verlag KG 1955. VIII, 158 S. DM 5,70.

In sorgfältiger Auswahl wurden in diesem Buch Quellenmaterialien über die (west-)deutschen Parteien seit 1945 zusammengetragen, wobei der Verfasser auch nicht versäumte, Betrachtungen von grundsätzlicher Bedeutung in der Tagespresse zu suchen und sie in seine Zusammenstellung einzufügen. Ausgehend von der Geschichte und Programmatik der Parteien werden in einzelnen Abschnitten die Rechtsstellung der Parteien, ihre Statuten, ihre soziale Zusammensetzung, ihre Finanzierung, die Beziehungen der Parteien zu den Fraktionen, die Problematik der Parteien und schließlich das Parteiensystem im allgemeinen kritisch beleuchtet. Unter den Verfassern der verwendeten grundsätzlichen Betrachtungen sind Ludwig Bergsträßer, Wilhelm Grewe, Dolf Sternberger, Fritz Sänger, Max Weber, Walter Dirks und Theodor Eschenburg.

Florinsky, Michael T.: Integrated Europe? New York: The Macmillan Company 1955. 182 S.

Friedrich, Carl J.: Der Verfassungsstaat der Neuzeit. Berlin — Göttingen — Heidelberg: Springer Verlag 1953. XV, 819 S. (Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft). DM 49,60.

Dies in der Abteilung Staatswissenschaft der Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft erscheinende Werk entspricht im wesentlichen der letzten Auflage (1951) des Buches, das unter dem Titel „Constitutional Government and Democracy“ in den Vereinigten Staaten erschienen ist und dort als eines der Standardwerke der politischen Wissenschaft benutzt wird. Der Verfasser, der die deutsche Uebersetzung überprüft hat, knüpft bewußt an die fast vergessene Tradition der politischen Staatswissenschaft in Deutschland an. Gegenstand des Werkes ist der „Staat“, und zwar der moderne Rechtsstaat in seinen machtpolitischen Erscheinungsformen, insbesondere auch solcher Erscheinungsformen, die in keiner geschriebenen Verfassung erfaßt werden, die Bürokratie als Kernstück des modernen Staates, Propaganda- und Nachrichtenkontrolle, Interessengruppen und Wirtschaftsräte, politische Parteien (mit einer vergleichenden Darstellung ihrer Entwicklung in Europa) und schließlich die militärischen Kräfte. Neben diesem Stoff bildet den Hauptinhalt dieses Werkes eine Darstellung der „klassischen“ Gewalten des Staates: Gesetzgebung, Rechtsprechung und Exekutive, mit einer ausführlichen Abhandlung über die Probleme des Parlamentarismus und einer Darstellung der Wahlsysteme in Theorie und Praxis. Dieser Hauptteil wird durch ein Kapitel „Die Schaffung einer Verfassung als politischer Prozeß“ eingeleitet, in der in sehr präziser Form auch die historische Entwicklung des Verfassungsbegriffs abgehandelt wird. Im Nachgang findet sich ein Kapitel über „Bereich und Methode der Wissenschaft

von der Politik“, das aus einer früheren Auflage (1941) für die deutsche Ausgabe wieder eingeführt wurde. Eine sehr umfangreiche Bibliographie unter besonderer Berücksichtigung der ausländischen Literatur beschließt dieses Handbuch.
Ernst Wallrapp

Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Dokumenten. Freiburg: Verlag Herder, und Freiburg—München: Verlag Karl Alber. Band I: Der Weg zum Kriege 1938 bis 1939. 1953: XII, 474 S. DM 28,—; Band II: An der Schwelle des Krieges 1939. 1955: XVI, 503 S. DM 29,50. (Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten, herausgegeben von Prof. Dr. Michael Freund.)

Dieses Dokumentenwerk hat sich ein weitgespanntes Ziel gesetzt: es will zunächst die Vorgeschichte und die Geschichte des Zweiten Weltkrieges, anschließend das weltpolitische Geschehen der Nachkriegszeit durch kommentierten Druck aller wichtigen Dokumente erschließen; später sollen Jahresbände mit allen wesentlichen Dokumenten des fortlaufenden Zeitgeschehens folgen. Mit den ersten beiden Bänden liegt die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges vor: Band I umfaßt die „tschechoslowakische Krise“ vom Frühjahr 1938 bis zur Bildung des Protektorats Böhmen und Mähren im Frühjahr 1939 und hat seinen Höhepunkt in der Münchener Konferenz; Band II umfaßt die Bildung der Kriegsfrenten vom März bis zum August 1939 mit dem Höhepunkt des Ringens um die Parteinahme Moskaus. Jeder Band bringt mehr als 200 Dokumente im Wortlaut, ausgewählt zumeist aus den in England, Amerika und Frankreich veröffentlichten Akten des deutschen Auswärtigen Amtes und aus den Documents on British Foreign Policy, geschickt ergänzt aus den verschiedenen Farbbüchern und Memoiren. Dieser Auswahl ist es durch ein hohes Maß von Objektivität gelungen, alle wesentlichen Dokumente zu berücksichtigen und ein zusammenhängendes Bild des komplexen Geschehens zu geben. Diskutabel ist es hingegen, daß der Herausgeber die Dokumente jeweils durch ausführliche Kommentare verbindet, in denen er eine Fülle nicht zum Abdruck gelangender Texte (ohne Quellenangabe) auswertet und die abgedruckten sogleich mit einer oft recht eigenwilligen Beurteilung versieht. So stellt das Werk zugleich eine neue Methode zeitgeschichtlicher Aktenpublikation zur Diskussion.
Dr. Walter Lipgens

Gross, Hermann: Wirtschaftswichtige Forschung und Wissenschaftsfinanzierung in Deutschland und den USA. Gemeinschaftsveröffentlichung des Instituts für Weltwirtschaft a. d. Universität Kiel und des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft. Essen 1955. 55 S. (Wirtschaft und Wissenschaft, Sonderdruck A 55).

Grotewohl, Otto: Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1945—1953. 3 Bände. Berlin: Dietz Verlag 1954. Band I: 1945—1949, 568 S.; Band II: 1950 und 1951, 682 S.; Band III: 1952 und 1953, 646 S.

Hoskins, Halford L.: The Middle East. Problem Area in World Politics. New York: The Macmillan Company 1955. VI, 311 S. \$ 4,75.

Kahmann, Hannedore, und Lutz Köllner: Japan — Wirtschaft und Wettbewerb. Eine Untersuchung über die Stellung der japanischen Textilindustrie an internationalen Märkten. Herausgegeben von der Forschungsstelle für allgemeine und textile Marktwirtschaft an der Universität Münster. Münster: Fahle-Druck 1955. 62 S.

Klenner, Hermann: Der Marxismus-Leninismus über das Wesen des Rechts. 2., überarb. Auflage. Berlin: VEB

- Deutscher Zentralverlag 1955. 104 S. (Große Schriftenreihe des Deutschen Instituts für Rechtswissenschaft, Bd. VI).
- Kordt, Erich, Paul Gaudemet und Ernst Kern: Der europäische Beamte. Berichte über die Auswahl und Ausbildung sowie über die Rechtsstellung von Bediensteten bei europäischen Organisationen, erstattet für die Gesellschaft für Rechtsvergleichung. München—Berlin: C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung 1955. 100 S. DM 8,50.
- von Kruse, Joachim: Kleiner Katechismus der Weltrevolution. Kommunistische Zitate von Lenin bis Ulbricht. Pfaffenhofen/Ilm: Ilmgau-Verlag 1955. 119 S. DM 3,45.
- van der Lely, E. H. F.: Over de architectuur van de vrede in het Atoomtijdperk. Een sociologische Verkenning. Wassenaar: Studiebureau voor Vredesvraagstukken 1955. 16 S.
- Linke, Lilo: Ecuador. Country of Contrasts. Second Edition. London—New York: Royal Institute of International Affairs 1955. IX, 174 S. 15 s.
- Metzler, Léon: Le Plan Schuman dans la Perspective Luxembourgeoise. Luxemburg: Joseph Beffort 1951. 98 S.
- Obst und Gemüse in Westeuropa. Erzeugung und Markverflechtung. Herausgegeben von Prof. Dr. Fritz Baade. Hiltrup bei Münster: Landwirtschaftsverlag GmbH. 1955. 209 S. DM 21,60.
- Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953. Mit Beiträgen von Max Gustav Lange, Gerhard Schulz, Klaus Schütz u. a. Stuttgart—Düsseldorf: Ring-Verlag 1955. XXXII, 558 S. (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 6).
- Partis Politiques et Classes Sociales en France. Sous la direction de Maurice Duverger. Paris: Librairie Armand Colin 1955. 332 S. (Cahiers de la Fondation Nationale des Sciences Politiques. Partis et Elections Bd. 74).
- Pendle, George: Argentina. London—New York: Royal Institute of International Affairs 1955. X, 159 S. 12s 6 d.
- Philip, André: La Démocratie Industrielle. Paris: Presses Universitaires de France 1955. VIII, 308 S. ffrs. 980.
- Plaskitt, Harold, und Percy Jordan: Government of Britain. The Commonwealth Countries and the Dependencies. 3. Auflage London: University Tutorial Press Ltd. 1954. VII, 326 S. £ —/9/6.
- In einer auch für den Laien verständlichen Art wird der Leser in den schwierigen Stoff der englischen Verfassung, in das Verhältnis von Krone und Parlament, in das englische Wahlsystem und in die Struktur und Organisation englischer Parteien eingeführt. In einem Kapitel „Rights and Duties“ werden die Grundrechte der (ungeschriebenen) englischen Verfassung erklärt. Ferner schließt sich eine Darstellung der Staatsverwaltung (Exekutive), der kommunalen Selbstverwaltung und ein für den des englischen Rechts meist unkundigen kontinentalen Leser sehr instruktiver Ueberblick über die englische Gerichtsverfassung an. Schließlich wird in drei Kapiteln — Wohlfahrt, Erziehung und Wirtschaftsintervention (staatliche Wirtschaftspläne, Verstaatlichung) — die moderne Verfassungsentwicklung in Großbritannien behandelt. Eine knappe Darstellung der Verhältnisse im Commonwealth und in den Kolonien beschließt diesen handlichen, sehr übersichtlich und gefällig geschriebenen Band, den man als Grundriß des englischen Staatsrechtes bezeichnen könnte. Die vorliegende Auflage wurde nach dem neueren Stand der Entwicklung überarbeitet, wobei dem Kapitel „Wirtschaftsintervention“ besondere Aufmerksamkeit gewidmet wurde. *Ernst Wallrapp*
- Rechtsfragen der internationalen Organisation. Festschrift für Hans Wehberg zu seinem 70. Geburtstag. Herausgegeben von Walter Schätzel und Hans-Jürgen Schlochauer. Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann 1956. 408 S. DM 34,50.
- Les Relations entre l'Est et l'Ouest. Une Politique Commune pour l'Europe. Herausgegeben von der Beratenden Versammlung des Europarats. Straßburg: Januar 1956. 251 S.
- Wandel, Paul: Wie es zur Oder-Neiße-Grenze kam. 3. Auflage. Berlin: Dietz-Verlag 1955. 92 S. DM 1,—.
- Weltmacht Atom. Die atomaren Kräfte und ihre Auswirkungen auf das geistige, wirtschaftliche, militärische und politische Leben. Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker. Frankfurt am Main: Nest-Verlag 1955. 145 S. Lw. DM 6,80, kart. DM 4,80.

Neue Zeitschriften

- The Fifteen Nations. Dedicated to the Economic and Defence Objectives of the North Atlantic Treaty Organization. A Publication under the Auspices of the Royal Netherlands Association „Our Army“. Erscheint vierteljährlich (1. Heft: Februar 1956), Amsterdam.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft. Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigher, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Uebersetzungen: Die beiden Beiträge „Die Aera Perón“ und „Das amerikanische Regionalsystem“ wurden aus dem Englischen übersetzt von Maria von Handel, Frankfurt.

Schaubild: Ilse Hauke, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1956 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 11,—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONSABTEILUNG DES EUROPARATS

März 1956

6. Jahrgang — Nr. 3

Die Tätigkeit des Europarats im Februar 1956

I. TAGUNG DES RATES

Stellvertreter der Minister

In Straßburg wurde am 28. Februar die 38. Sitzung der Stellvertreter der Außenminister unter dem Vorsitz von Herrn B. O'Riordan (Irland) abgehalten.

Sie unternahmen eine erste Erörterung der Tagesordnung für die kommende Sitzung des Ministerkomitees die gleichzeitig mit der Frühjahrssitzung der Beratenden Versammlung, also am 16. April in Straßburg, stattfinden wird.

Den Vorsitz im Ministerkomitee wird turnusgemäß der italienische Außenminister, Herr Gaetano Martino, führen.

Ferner behandelten die Stellvertreter die Frage der Zusammensetzung des Gemischten Ausschusses und schlugen vor, daß dieser ebenfalls am 16. April zusammentreten soll.

Schließlich wurde die Prüfung der Empfehlungen und Entschließungen der Versammlung vom vergangenen Oktober fortgesetzt.

II. WIRTSCHAFTSFRAGEN

Landwirtschaft

Der Sonderausschuß für Landwirtschaft tagte am 15. Februar in Paris unter dem Vorsitz von Herrn Heinrich Gerns (Deutscher). Der Ausschuß prüfte in großen Zügen die durch die Kälteperiode geschaffene Situation in der europäischen Landwirtschaft und behandelte Fragen der landwirtschaftlichen Organisation im europäischen Rahmen.

Auf Grund eines Vorschlages seines Unterausschusses erklärte sich der Ausschuß grundsätzlich einverstanden mit der Einberufung einer begrenzten Konferenz von Vertretern der privaten landwirtschaftlichen Organisationen in den Mitgliedsländern, um die Möglichkeiten einer Beteiligung dieser Organisationen an seinen Arbeiten zu untersuchen.

Anschließend nahm der Sonderausschuß an einer Sitzung der Verbindungsausschüsse Europarat/OEEC teil.

III. RECHTSFRAGEN

Friedliche Beilegung von Streitigkeiten

Der für diese Fragen eingesetzte Sachverständigenausschuß tagte vom 8. bis zum 11. Februar in Straßburg unter dem Vorsitz von Herrn Philippe Monod (Frankreich).

Die Sachverständigen prüften den Entwurf der Konvention über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten, insbesondere soweit Abänderungsanträge vorlagen. Im übrigen wurde an der Redaktion des Textes gearbeitet.

Auslieferung

Die Sachverständigen für Fragen der Auslieferung tagten vom 15. bis zum 25. Februar in Straßburg unter dem Vorsitz von Herrn Mamopoulos (Griechenland) und prüften den Entwurf eines zweiseitigen Modellabkommens über Auslieferung sowie den Entwurf einer europäischen mehrseitigen Konvention über Auslieferung.

Europäische Niederlassungsordnung

Herr Gerald Meade, der Ständige Vertreter der britischen Regierung beim Europarat, unterzeichnete am 24. Februar in Straßburg die Europäische Niederlassungsordnung im Namen seiner Regierung. Bekanntlich hatten die Vertreter der britischen und irischen Regierung anlässlich der Unterzeichnung dieser Konvention am 13. Dezember 1955 in Paris erklärt, daß sie aus technischen Gründen ihre Unterschrift hinausschieben müßten.

Der hauptsächliche Zweck dieser Konvention über deren Inhalt in den Mitteilungen des Europarats, 6. Jahrg., Nr. 1, III, berichtet worden ist, besteht darin, die Staatsangehörigen der Signatarmächte in rechtlicher Hinsicht gleichzustellen, wenn sie sich im Gebiet eines anderen Signatarstaates aufhalten. Diese Gleichstellung bezieht sich sowohl auf den Genuß der bürgerlichen Rechte als auch auf die Berufsausübung.

Gemäß Art. 26 der Konvention können die Signatarmächte Vorbehalte spezieller Art formulieren (grundsätzliche Vorbehalte sind nicht zulässig). In diesem Sinne hat Großbritannien einen Vorbehalt über die Bestimmungen der Sozialversicherung, der zivilen Dienstleistungen und der Befreiung oder Herabsetzung von Steuern (Art. 21) angemeldet. Im übrigen behält sich Großbritannien vor, die Berufsausübung für Ärzte und Zahnärzte zu beschränken.

IV. SOZIALE FRAGEN

Öffentliches Gesundheitswesen

Die Sachverständigen für Fragen des öffentlichen Gesundheitswesens hielten vom 8. bis zum 10. Februar in Straßburg ihre vierte Sitzung ab. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde Professor Canaperia (Italien), zum stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Tottie (Schweden) gewählt. Beobachter aus Österreich, der Schweiz, von der Weltgesundheitsorganisation und der Westeuropäischen Union waren anwesend.

Der Ausschuß prüfte eine Anzahl von Fragen, darunter die Herstellung von direkten Beziehungen zwischen den nationalen Gesundheitsbehörden. Die Herstellung dieser Beziehungen wurde von allen Ländern gutgeheißen, auch die österreichischen und Schweizer Vertreter drückten den Wunsch aus, sich an diesen Beziehungen zu beteiligen.

Die Sachverständigen empfahlen die Ausdehnung dieser Beziehungen auf andere europäische Nichtmitgliedsländer für den regelmäßigen Austausch von Erfahrungen und Unterlagen. Außerdem waren die Sachverständigen sich darüber einig, daß eine Zusammenarbeit für den Blutaustausch in dringenden oder Katastrophefällen wünschenswert sei.

Ferner wurden empfohlen, die Bereitstellung von Klimastationen, Heilstätten und Sonderbehandlungen sowie die Ausdehnung der im Rahmen des Brüsseler Vertrages geschaffenen Freizonen auf alle Mitglieder des Europarats.

V. KULTURELLE FRAGEN

Gemischter Kulturausschuß

Dieser Ausschuß, der aus Mitgliedern des Ausschusses der Kultursachverständigen und des Ausschusses für kulturelle und wissenschaftliche Fragen der Versammlung besteht, hielt seine erste Sitzung am 10. und 11. Februar in Paris ab. Herr *Reinink* (Holland) wurde zum Vorsitzenden gewählt. Nach der Festlegung einer Geschäftsordnung prüfte der Ausschuß den Vorschlag einer Sondersitzung über die Frage der europäischen Universitäten, deren Einberufung der Ausschuß für kulturelle und wissenschaftliche Fragen im Januar gebilligt hatte. Dieses Gremium soll aus je drei Mitgliedern der beiden kulturellen Organe des Rates bestehen sowie aus Vertretern der verschiedenen internationalen Organisationen, die sich mit derartigen Problemen befassen. Als Termin wurde der kommende Juni, als Tagungsort Paris vorgesehen. Die Tagesordnung soll folgende Punkte enthalten: Prüfung der geeigneten Maßnahmen zur Verstärkung des europäischen Charakters der Universitäten in den Mitgliedsländern, die Rolle des Europarats bei der Förderung einer gemeinsamen Aktion, die Frage der Einsetzung eines europäischen Universitätskommissars, die Verwendung des Kulturfonds, dessen Schaffung die Versammlung in der Empfehlung Nr. 74 angeregt hat.

Weiterhin wurde von dem Ausschuß der Entwurf einer Antwort der Versammlung auf den kulturellen Teil des ersten Berichts des Rates der Westeuropäischen Union ausgearbeitet.

Unter den sonstigen Punkten der Tagesordnung wurden behandelt: die Verbindungen zwischen dem Kulturfonds des Europarats und der Europäischen Kulturstiftung in Genf, die Zusammenarbeit mit den privaten Organisationen, die Ratifizierung von Kulturkonventionen und die Verbreitung der Arbeiten der Stipendiaten des Europarats und der Europäischen Gemeinschaft Kohle und Stahl.

Die nächste Sitzung soll am 4. Mai während der Tagung der Kultursachverständigen stattfinden.

Darstellung der europäischen Idee in anderen Kontinenten

Eine Arbeitsgruppe der Kultursachverständigen tagte am 8. und 9. Februar in Paris, um diese Frage zu untersuchen, insbesondere den Plan einer europäischen Ausstellung in den Vereinigten Staaten.

Die Arbeitsgruppe war sich über die Zweckmäßigkeit einer Verbreitung der europäischen Idee in außer-europäischen Ländern einig, sowie darüber, daß es Aufgabe des Europarats sei, hier die Initiative zu ergreifen.

Es erscheint indessen zweckmäßig, mit leicht realisierbaren Projekten zu beginnen; etwa auf der Basis der Gegenseitigkeit Vorträge, Studienaufenthalte, Ausstellungen, Universitätswochen und Vorführungen von Filmen, Theater- und Musikstücken zu organisieren. Ehrgeizigere Pläne, wie die Gründung eines europäischen Instituts, müssen als entferntere Ziele betrachtet werden.

Hinsichtlich der Organisation einer Ausstellung in den Vereinigten Staaten war die Arbeitsgruppe der Ansicht, daß eine Gruppe von Spezialisten Empfehlungen für die Kultursachverständigen über die technischen, finanziellen und sonstigen Probleme dieses Vorhabens ausarbeiten sollen. Die Organisation der Ausstellung soll gemeinsam von den Mitgliedstaaten des Europarats und den Vereinigten Staaten unternommen werden.

Revision der Geschichtslehrbücher

Am 17. und 18. Februar fand in Paris unter dem Vorsitz von Herrn *Bruley* (Frankreich) eine Sitzung zur Vorbereitung der Vierten Konferenz über die Revision der Geschichtslehrbücher statt. Diese Konferenz wird von der französischen Regierung im September in Royaumont ausgerichtet werden.

VI. BEVÖLKERUNG UND FLÜCHTLINGE

Das Ministerkomitee hatte im Dezember 1955 (vgl. Mitteilungen des Europarats, 6. Jahrg. Nr. 1) beschlossen, daß ein Ausschuß von Ministerialbeamten mit verschiedenen Bevölkerungs- und Flüchtlingsproblemen befaßt werden solle. Dieser Ausschuß ist nun zum ersten Male am 16. und 17. Februar in Paris unter dem Vorsitz von Herrn *Pierre Schnitzer*, dem Sonderbeauftragten des Europarats für die nationalen Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse, zusammengetreten. Der Ausschuß hat einen Entschließungsentwurf ausgearbeitet, in dem die Aufgaben des Sonderbeauftragten und die Formen seiner Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Organisationen festgelegt werden sollen. Außerdem hat der Ausschuß einen Entwurf für die Satzung des geplanten Wiederansiedlungs-Fonds verfaßt. Dieser Fonds soll als Teilabkommen des Europarats geschaffen werden, an dem lediglich die Mitglieder, die an einer Beteiligung interessiert sind und an den Kosten mittragen, beteiligt sein werden. Diese beiden Ausarbeitungen des Ausschusses sollen vor dem 1. April 1956 vorgelegt werden.

VORLÄUFIGER TERMINKALENDER

- 4.—7. April: Arbeitsgruppe der Europäischen Menschenrechtskommission (Straßburg)
- 9.—11. April: Stellvertreter der Minister (Straßburg)
- 10.—13. April: Sachverständigenausschuß für soziale Sicherheit (Straßburg)
- 16. April: Ministerkomitee (Straßburg)
- 16.—21. April: Erster Teil der 8. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung (Straßburg)
- 24.—28. April: Ausschuß für Soziale Fragen (Straßburg)
- 2.—9. Mai: 12. Sitzungsperiode des Kultursachverständigen-Ausschusses (Straßburg)

Die Wiederherstellung der vollen Unabhängigkeit Österreichs durch den Staatsvertrag vom 15. Mai 1955

Mit der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages am 15. Mai 1955 in Wien wurde endlich das Versprechen eingelöst, das die „Großen Drei“ in ihrer Moskauer Erklärung vom 1. November 1943 gegeben hatten. Es war ein langer und beschwerlicher Weg, der zum Abschluß dieses Vertrages führte.

Wenngleich der jetzt abgeschlossene Vertrag für Oesterreich günstiger aussieht als der Vertragsentwurf des Jahres 1949, so ergeben sich für Oesterreich doch, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, nicht unerhebliche Belastungen. Das Vertragswerk, das für Oesterreich von grundlegender Bedeutung ist, hat auch weltweite politische Konsequenzen. Es bleibt abzuwarten, welches die Ergebnisse des Vertrages für die Weltpolitik sein werden. Mit Interesse wird man beobachten, wie Oesterreich sich als neues Mitglied der Vereinten Nationen und des Europarats in bezug auf den Status seiner immerwährenden Neutralität verhalten wird. Es kann aber kaum bezweifelt werden, daß Oesterreich nicht nur die aus dem Vertrag erwachsenden wirtschaftlichen Probleme lösen, sondern auch die immerwährende Neutralität zum Wohle des Landes und im Interesse des Weltfriedens durchführen wird.

Der nachfolgende Beitrag gibt die von der österreichischen Regierung zum Staatsvertrag eingenommene Haltung wieder, wie sie in der Regierungsvorlage vom 21. Mai 1955 (Drucksache 517 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, VII. Gesetzgebungsperiode*) vertreten wird. Die in den „Erläuternden Bemerkungen“ zum Ausdruck gebrachte Auslegung scheint für das Verständnis des österreichischen Staatsvertrages, der nachstehend im Wortlaut wiedergegeben ist, unerlässlich. Der von der österreichischen Regierung den vier mitunterzeichneten Großmächten zur Kenntnis gebrachten Rechtsauffassung hat keine der vier Mächte widersprochen oder auch nur Rechtsverwahrung dagegen eingelegt. Die Auslegung des österreichischen Staatsvertrages ist Sache aller fünf unterzeichneten Staaten einschließlich der vier Großmächte.

Im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag sei noch auf die sogenannten „Wiener Memoranden“ und das „Moskauer Memorandum“ verwiesen, die als eine Ergänzung des Vertragswerkes zu betrachten sind. Diese Dokumente hat das Europa-Archiv, ebenso wie die wichtigsten Texte zu den langjährigen Verhandlungen über den Abschluß des Staatsvertrages, bereits in früheren Folgen veröffentlicht**.

H. V.

Die Verhandlungen über den Abschluß eines Staatsvertrages, 1945—1955

Die österreichische Regierung hat es seit 1945 als ihre erste und wichtigste außenpolitische Aufgabe angesehen, die Stellung Österreichs als freier und unabhängiger Staat zu sichern.

Wenn auch von Anfang an kein Zweifel darüber bestand, daß diese Stellung Österreich von Rechts wegen zukomme, und auch zahlreiche Erklärungen und konkludente Handlungen der Alliierten von den Tagen der Besetzung Österreichs im Jahre 1938 an bis zu den Tagen der Befreiung im Jahre 1945, vor allem

aber die Moskauer Deklaration vom 30. Oktober 1943, erwarten ließen, daß auch die Siegermächte gewillt seien, diese Rechtslage anzuerkennen, war es andererseits klar, daß die Freiheit sowie die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit Österreichs im Zuge der Regelung der Nachkriegsprobleme eine eigene vertragliche Sicherung erhalten mußten.

Die österreichische Regierung trachtete daher schon damals, in möglichst intensiver und häufiger Fühlungnahme mit den zuständigen alliierten Stellen den

*) Nach der österreichischen Auffassung von der Rechtskontinuität des österreichischen Staates seit 1918 werden die Gesetzgebungsperioden seit dem Inkrafttreten der heutigen österreichischen Verfassung (1920) fortlaufend durchgezählt.

**) Moskauer Deklaration über Oesterreich vom 1. November 1943: Folge 8—9/1954, S. 6523, Anm. 2.
Abschnitt II des Kommuniqués der Pariser Außenministerkonferenz (23. Mai bis 20. Juni 1949): Folge 14/1949, S. 2328.

Note der Westmächte vom 13. März 1952 mit Entwurf eines „Kurzvertrags“: Folge 8—9/1952, S. 4867.

Note der Westmächte vom 9. Mai 1952: Folge 11/1952, S. 4938.

Note der Sowjetunion vom 14. August 1952: Folge 17/1952, S. 5144.

Note der Westmächte vom 5. September 1952: Folge 19/1952, S. 5208.
(Fortsetzung vgl. folgende Seite)

österreichischen Standpunkt darzulegen und durchzusetzen.

Am 30. Oktober 1946 erstattete die Bundesregierung dem Nationalrat über ihre bisherige Tätigkeit auf diesem Gebiet einen ausführlichen Bericht. Nach eingehender Befassung mit dem Gegenstand nahm der Nationalrat einstimmig eine Resolution an, worin die Erwartung ausgesprochen wurde, daß die Bundesregierung weiterhin eine Außenpolitik führe, die unter Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen mit den Vier Mächten die volle Souveränität Österreichs wiederherstelle.

Der Nationalrat forderte schon damals, die Bundesregierung solle bei ihren Bemühungen eine Reihe von Zielen im Auge behalten, und zwar vor allem die Wiederherstellung der Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs im Sinne der Moskauer Deklaration unter Aufrechterhaltung der unverbrüchlichen Einheit des Staates, die eheste Beendigung der militärischen Besetzung, den Schutz der Demokratie, die Sicherung der österreichischen wirtschaftlichen Hilfsmittel und Kräfte für das eigene Land und die Aufnahme Österreichs in die Vereinten Nationen.

In der Zwischenzeit hatte sich auch der Rat der Außenminister der Vier Mächte mit der österreichischen Frage befaßt. Bei der New Yorker Tagung der Außenminister im Dezember 1946 wurde eine Kommission eingesetzt, die den Entwurf eines Staatsvertrages mit Österreich ausarbeiten sollte.

Diese Kommission, die als Konferenz der Stellvertreter der Außenminister bezeichnet wird, hat neunmal getagt: vom 16. Jänner bis 25. Feber 1947 in London; vom 10. März bis 4. April 1947 in Moskau; vom 25. November bis 17. Dezember 1947, vom 20. Feber bis 6. Mai 1948, sodann vom 19. Feber bis 10. Mai 1949 und vom 1. Juli bis 2. September 1949 in Lon-

don; vom 23. September bis 14. Dezember 1949 in New York und vom 9. Jänner bis 15. Dezember 1950 und schließlich am 6. und 9. Feber 1953 in London. Sie hat insgesamt 260 Sitzungen abgehalten.

Überdies fanden 85 Sitzungen einer Kommission statt, die vom Rate der Außenminister in Moskau zur Prüfung und Bereinigung der bei den bisherigen Verhandlungen aufgetretenen Schwierigkeiten unter besonderer Bedachtnahme auf die Fragen des ehemaligen deutschen Eigentums in Österreich eingesetzt worden und unter Zuziehung eines Expertenkomitees in der Zeit vom 12. Mai bis 11. Oktober 1947 in Wien tätig war.

Der Rat der Außenminister selbst hat sich mehr als ein dutzendmal mit dem österreichischen Staatsvertrag beschäftigt und wiederholt meritorisch in den Gang der Verhandlungen eingegriffen. Er hat auf seiner Moskauer Tagung (März bis April 1947) und auf seiner Londoner Tagung (November bis Dezember 1947) die Berichte der Konferenz der Stellvertreter der Außenminister geprüft, eine Reihe von Artikeln angenommen und strittig gebliebene Fragen erörtert. Auf der Pariser Tagung (Mai bis Juni 1949) hat der Rat der Außenminister über einige noch strittige Hauptpunkte des Vertrages entschieden und den Stellvertretern die Einigung über den Vertrag bis 1. September 1949 aufgetragen; am 6. Oktober 1949 hat er in New York die Fortführung der inzwischen abgebrochenen Verhandlungen angeordnet. Auf der Pariser Tagung im Mai 1951 wurde schließlich die Vertagung der Staatsvertragsverhandlungen auf unbestimmte Zeit verfügt.

In Mißachtung der völkerrechtlichen Stellung Österreichs war die Bundesregierung zunächst nicht vollberechtigtes Mitglied der Konferenz und hat an den Beratungen nur gelegentlich teilgenommen. So war

Note der Sowjetunion vom 27. September 1952: Folge 20/1952, S. 5254.

Note der Westmächte vom 11. Juni 1953: Folge 16/1953, S. 5915.

Memorandum Österreichs an die Sowjetunion vom 30. Juni 1953: Folge 17/1953, S. 5955 (Anmerkung).

Note der Sowjetunion an Österreich vom 29. Juli 1953: Folge 16/1953, S. 5915.

Note der Sowjetunion an die Westmächte vom 30. Juli 1953: Folge 16/1953, S. 5916.

Note der Westmächte vom 17. August 1953: Folge 17/1953, S. 5954.

Note Österreichs an die Sowjetunion vom 19. August 1953: Folge 17/1953, S. 5955.

Noten der Sowjetunion an die Westmächte und an Österreich vom 29. August 1953: Folge 18/1953, S. 5976.

Note Österreichs an die Sowjetunion vom 23. September 1953: Folge 21/1953, S. 6066.

Note der Westmächte vom 25. November 1953: Folge 24/1953, S. 6228.

Note der Sowjetunion an Österreich vom 12. August 1954: Folge 18/1954, S. 6913.

Note Österreichs an die Sowjetunion vom 12. Oktober 1954 (Auszug): Folge 21/1954, S. 7025.

Sowjetische Verlautbarung vom 11. März 1955: Folge 8/1955, S. 7483.

Österreichische Erklärung vom 14. März 1955: Folge 8/1955, S. 7484.

Note der Sowjetunion an Österreich vom 24. März 1955: Folge 8/1955, S. 7485.

Österreichische Verlautbarung vom 29. März 1955: Folge 8/1955, S. 7485.

Erklärung der Westmächte vom 5. April 1955 (mit österreichischer Stellungnahme): Folge 9/1955, S. 7531.

Sowjetische Erklärung vom 9. April 1955: Folge 9/1955, S. 7531.

Kommuniqué über die sowjetisch-österreichischen Verhandlungen in Moskau vom 12. bis zum 15. April 1955: Folge 9/1955, S. 7532.

Abschließender Notenwechsel zwischen der Sowjetunion und den Westmächten zur Einberufung der Staatsvertragskonferenz in Wien (19.—26. April 1955): Folge 10/1955, S. 7561.

„Moskauer Memorandum“ vom 15. April 1955: Folge 13/1955, S. 7975.

„Wiener Memorandum“ vom 10. Mai 1955 (nebst erläuternder Bekanntmachung der österreichischen Bundesregierung vom 1. Dezember 1955): Folge 2/1956, S. 8556.

Verfassungsgesetz über die immerwährende Neutralität Österreichs: Folge 22/1955, S. 8401.

Ferner sei verwiesen auf den Bericht „Die Oesterreichverhandlungen auf der Berliner Konferenz von 1954“ in Folge 8—9/1954, S. 6514 ff., und den Beitrag von Nationalrat Dr. Lujo Tončić-Sorinj „Die Entwicklung der österreichischen Außenpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg“ in Folge 17/1954, S. 6847 ff.

bei der ersten Konferenzsitzung am 16. Jänner 1947 beschlossen worden, die Bundesregierung einzuladen, ihre Auffassung zum Vertrag bekanntzugeben. Eine österreichische Delegation, bestehend aus Bundeskanzler Dr. Ing. Figl, Vizekanzler Dr. Schärff, Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Gruber und den Mitgliedern des Nationalrates Fischer, Dr. Koref und Dr. Ing. Schumy, nahm an den Sitzungen am 30. Jänner, 31. Jänner, 5. Feber und 14. Feber 1947 teil. Diese Gelegenheit wurde benützt, um in Reden des Bundeskanzlers Dr. Ing. Figl und des Außenministers sowie durch Überreichung eines ausführlichen Memorandums zum allgemeinen Charakter des Vertrages und zu einzelnen Artikeln, soweit damals Entwürfe vorlagen, Stellung zu nehmen.

Bei den Sitzungen der Konferenz am 18., 28. und 29. April 1947 und am 28. Feber, 1. und 10. März 1949 vertrat der Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten, Dr. Gruber, sodann neuerlich den österreichischen Standpunkt gegenüber Ansprüchen Jugoslawiens.

Aber auch ohne offizielle Zuziehung zu den Konferenzberatungen war es der Bundesregierung möglich, durch ihre Vertreter und durch die jeweils zu den Tagungen entsandten Beobachter über alle bei der Konferenz behandelten Fragen unterrichtet zu werden. Sie konnte in steigendem Ausmaß, sei es durch mündliche Rücksprachen außerhalb des offiziellen Rahmens, sei es durch Noten an die vier Stellvertreter oder an einzelne derselben, sei es endlich durch diplomatische Schritte bei den Regierungen der Vier Mächte, auf den Gang der Verhandlungen einwirken.

Die österreichische Bundesregierung hat in einer formellen Note vom 10. September 1953 an die Vier Mächte neuerlich den Wunsch ausgesprochen, bei den weiteren Staatsvertragsverhandlungen als gleichberechtigter Partner beteiligt zu sein. Diesem Wunsch haben die Vier Mächte anlässlich der Einberufung der Berliner Außenministerkonferenz im Jänner 1954 endlich entsprochen.

Die österreichische Delegation unter Führung des Bundesministers für die Auswärtigen Angelegenheiten, Dr. Ing. Figl, und des Staatssekretärs Dr. Kreisky hat auf dieser Konferenz den raschesten Abschluß des Staatsvertrags nachhaltig gefordert und darauf hingewiesen, daß über die wenigen noch offenen Artikel des damaligen Vertragsentwurfes bei ernstem Willen aller Beteiligten sofort Übereinstimmung erzielt werden könnte. Obwohl von österreichischer Seite alles getan wurde, um schon damals den Abschluß des Vertrages zu erreichen, und obwohl Österreich trotz der in dem damaligen Vertragsentwurf enthaltenen großen Belastungen, besonders wirtschaftlicher Natur, bereit gewesen wäre, den Vertragstext anzunehmen, konnte auf der Berliner Konferenz vor allem in der Frage der Festlegung eines zeitlich bestimmten Termines

für den gänzlichen Abzug der Besatzungstruppen keine Einigung erzielt werden.

Die Bundesregierung hat schon im Sommer 1953 in Erfahrung zu bringen versucht, ob eine vom österreichischen Parlament allenfalls zu erklärende Neutralität Österreichs den Abschluß des Staatsvertrages fördern könnte. Trotz des negativen Ergebnisses dieser Sondierung gab die österreichische Delegation auf der Berliner Konferenz nunmehr offiziell die Erklärung ab, daß Österreich keinem militärischen Pakt beitreten und die Errichtung fremder militärischer Basen in Österreich nicht zulassen würde. Aber auch diese Erklärung vermochte auf der Berliner Konferenz noch nicht den von der Bundesregierung angestrebten Erfolg herbeizuführen.

Es schien vielmehr, daß die Verbindung des österreichischen Problems mit anderen Problemen, auf deren Lösung Österreich keinen Einfluß nehmen konnte, die Fertigstellung und Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages und damit die Einlösung des in der Moskauer Deklaration vom Jahre 1943 feierlich gegebenen Versprechens der Vier Mächte neuerlich verhindern sollte. Nach der Erklärung des sowjetischen Außenministers, Molotow, über Österreich vom 8. Feber 1955 kam es zu einem österreichisch-sowjetischen Meinungsaustausch, der erkennen ließ, daß die von Österreich schon früher erwogene Neutralitätspolitik den Abschluß des Staatsvertrages nunmehr wesentlich fördern würde. So kam es zum Besuch einer österreichischen Regierungsdelegation in Moskau vom 11. bis 15. April 1955, der Bundeskanzler Ing. Raab, Vizekanzler Dr. Schärff, Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Ing. Figl und Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Kreisky angehörten. Die Bundesregierung hat den Nationalrat am 27. April 1955 über das Ergebnis dieser Besprechungen, das in dem sogenannten „Moskauer Memorandum“ vom 15. April 1955¹⁾ niedergelegt ist, eingehend informiert, weshalb nur auf die wichtigsten Punkte dieser Besprechungen, sofern sie auf den Staatsvertrag direkt Bezug haben, eingegangen wird.

Die Sowjetregierung hat sich in diesen Besprechungen bereit erklärt, den österreichischen Staatsvertrag sofort zu unterzeichnen und alle Besatzungstruppen nach Inkrafttreten des Staatsvertrages, jedoch nicht später als am 31. Dezember 1955, abzuziehen. Sie hat sich außerdem bereit erklärt, gewisse Artikel des Staatsvertragsentwurfes, die überholt oder überflüssig geworden waren, fallen zu lassen und überdies die österreichische Regierung in ihren Bemühungen um mögliche Änderungen des Vertragsentwurfes zu unterstützen und solchen Änderungen des Vertragsentwurfes zuzustimmen. Ferner erklärte sich die Sowjetregierung bereit, im Sinne der von ihr bereits auf der Konferenz von Berlin im Jahre 1954 gemachten Zusage den

¹⁾ Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 13/1955, S. 7975.

Gegenwert der in dem früheren Artikel 35 (jetzt Artikel 22) des Staatsvertrages angeführten Pauschalsumme von 150 Millionen Dollar zur Gänze in österreichischen Warenlieferungen entgegenzunehmen. Die Sowjetunion hat sich weiters verpflichtet, die von ihr in Österreich innegehabten Ölfelder und Ölraffinerien an Österreich zu übertragen, und zwar gegen Lieferung von Rohöl im Ausmaße von einer Million Tonnen jährlich innerhalb von zehn Jahren, also von insgesamt zehn Millionen Tonnen, durch Österreich. Weiters erklärte sich die Sowjetregierung bereit, an Österreich alle Vermögenswerte der DDSG, die sich im östlichen Österreich befinden, einschließlich der Schiffswerft in Korneuburg, der Schiffe und Hafenanlagen, gegen Bezahlung eines Betrages von zwei Millionen Dollar an Österreich zu übertragen. Jedoch sollten die so übertragenen, ehemaligen deutschen Vermögenswerte von Österreich nicht in das Eigentum ausländischer Staatsangehöriger, einschließlich juristischer Personen, überführt werden.

Im Anschluß an die in Moskau geführten Besprechungen wurde in Noten zwischen den Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs und der Sowjetunion sowie mit österreichischer Zustimmung eine Konferenz der Botschafter der Vier Mächte in Wien unter Beteiligung österreichischer Vertreter vereinbart, deren Aufgabe es sein sollte, den Text des Staatsvertrages endgültig fertigzustellen und den Außenministern der Vier Mächte zur Prüfung und Unterzeichnung vorzulegen.

Diese Konferenz trat am 2. Mai 1955 in Wien zusammen und hat in zehn Sitzungen in teilweise sehr schwierigen Verhandlungen ihre Aufgabe voll erfüllen können. Eine Reihe von überholten bzw. überflüssigen Artikeln wurde gestrichen, und andere Artikel wurden geändert. Somit ist der Staatsvertrag, dessen ursprünglicher Entwurf auf das Jahr 1946 zurückgeht, in seinem endgültigen Text den gegenwärtigen Verhältnissen mehr angepaßt und in seiner Interpretation und Durchführung wesentlich vereinfacht.

Im Laufe der Botschafterkonferenz konnten insbesondere folgende Bestimmungen des Vertrages beseitigt werden:

die ziffernmäßige Beschränkung der österreichischen Streitkräfte einschließlich der österreichischen Luftwaffe und des erforderlichen Kriegsmaterials sowie das Verbot militärischer Ausbildung (früher Artikel 17, 19, 25 und Annex I);

die Verpflichtung Österreichs zur Mitwirkung an der Repatriierung versetzter Personen und Flüchtlinge (früher Artikel 16);

das Verbot der Einbürgerung und des Aufenthaltes von Deutschen in Österreich und die Verpflichtung des Abtransports von Reichs- und Volksdeutschen aus Österreich (früher Artikel 6 und 16 bis);

die über das österreichische Recht hinausgehende Pflicht zur Auslieferung von als Kriegsverbrecher bezeichneten Personen (früher Artikel 11);

das Recht der Vier Mächte und jedes dem Vertrage beitretenden Staates, auf Grund einseitiger Erklärungen ihrerseits Verträge wieder anzuwenden, die sie vor dem 13. März 1938 mit Österreich abgeschlossen hatten (früher Artikel 14); durch die Streichung dieser Bestimmung ist nunmehr die völkerrechtliche Berechtigung auch Österreichs anerkannt, der Wiederanwendung einzelner vor 1938 abgeschlossener Verträge die Einrede der geänderten Verhältnisse (*clausula rebus sic stantibus*) entgegenzusetzen;

die Anerkennung aller Regelungen, welche zur Liquidierung des Völkerbundes und des Ständigen Internationalen Gerichtshofes vereinbart wurden (früher Artikel 13);

die Bestimmungen über die Wiederherstellung der Archive (früher Artikel 15);

die vertragsmäßige Verpflichtung Österreichs zur Rückstellung der gegenwärtig noch in Österreich befindlichen Vermögensschaften von Angehörigen der Vereinten Nationen, welche durch Gewalt oder unter Zwang aus dem Gebiet einer der Vereinten Nationen verbracht wurden (früher Artikel 36);

die Bestimmungen über die Nachkriegsschulden Österreichs gegenüber den Vier Mächten (früher Artikel 48 bis);

die besonderen Bestimmungen, betreffend bestimmte Arten von Vermögen, wie gewerbliches, literarisches und künstlerisches Eigentum, Versicherungen (früher Annex VIII), die besonderen Bestimmungen, betreffend Verträge, Verjährung und Handelspapiere (früher Annex IX) sowie die besonderen Bestimmungen betreffend Urteile (früher Annex X).

Darüber hinaus wurden insbesondere folgende Änderungen vorgenommen:

Durch die Streichung des letzten Absatzes des Paragraph 4 des früheren Artikels 18 wurde der nunmehrige Artikel 12 in einer Weise geändert, daß für die Anwendung dieser Vertragsbestimmung nunmehr nach den Vorschriften des österreichischen Rechtes zu beurteilen sein wird, wer als ehemaliges Mitglied der NSDAP anzusehen ist.

Die Paragraphen 1 bis 12 samt Listen und Karten in Artikel 22 blieben zwar textlich nahezu unverändert; durch die Anfügung des Paragraph 14 im Zusammenhang mit einem neu aufgenommenen Annex (nunmehr Annex II) wurden wesentliche Ergebnisse der Moskauer Besprechungen im Staatsvertrag verankert.

Die Formulierung des Artikels 23 (früher Artikel 38) wurde nicht unwesentlich verbessert.

Durch eine Änderung des nunmehrigen Artikels 38 (früher Artikel 59) wurde der Text in deutscher Sprache neben den Texten in russischer, englischer und französischer ebenfalls als authentisch erklärt, so daß er

nunmehr in gleichem Ausmaß wie die drei übrigen Vertragstexte zur Auslegung des Vertrages heranzuziehen sein wird.

In Artikel 20 (früher Artikel 33) wird den Vier Mächten im Interesse einer Beschleunigung des Abzuges ihrer Truppen eine Räumung wenn irgend möglich spätestens bis zum 31. Dezember 1955 nahegelegt.

Die im Anschluß an die Botschafterkonferenz am 14. Mai 1955 in Wien tagende Konferenz der Außen-

minister hat hierauf auf österreichischen Antrag noch eine Änderung der Präambel des Staatsvertrages beschlossen, durch die ein Absatz der Präambel über eine gewisse Verantwortung Österreichs wegen Teilnahme am Kriege gestrichen wurde. Auf dieser Außenministerkonferenz wurde sodann der Text des Staatsvertrages von den Außenministern genehmigt, so daß die Vertreter der Vier Mächte und Österreichs den Vertrag am 15. Mai 1955 in Wien unterzeichnen konnten.

Der Wortlaut des Staatsvertrages

Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich

PRÄAMBEL

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, die Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich, in der Folge die Alliierten und Assoziierten Mächte genannt, einerseits und Oesterreich andererseits;

Im Hinblick darauf, daß Hitler-Deutschland am 13. März 1938 Oesterreich mit Gewalt annektierte und sein Gebiet dem Deutschen Reich einverleibte;

Im Hinblick darauf, daß in der Moskauer Erklärung, verlautbart am 1. November 1943, die Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika erklärten, daß sie die Annexion Oesterreichs durch Deutschland am 13. März 1938 als null und nichtig betrachten, und ihrem Wunsche Ausdruck gaben, Oesterreich als einen freien und unabhängigen Staat wiederhergestellt zu sehen, und daß das Französische Komitee der Nationalen Befreiung am 16. November 1943 eine ähnliche Erklärung abgab;

Im Hinblick darauf, daß als ein Ergebnis des alliierten Sieges Oesterreich von der Gewaltherrschaft Hitler-Deutschlands befreit wurde;

Im Hinblick darauf, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte und Oesterreich unter Berücksichtigung der Bedeutung der Anstrengungen, die das österreichische Volk zur Wiederherstellung und zum demokratischen Wiederaufbau seines Landes selbst machte und weiter zu machen haben wird, den Wunsch hegen, einen Vertrag abzuschließen, der Oesterreich als einen freien, unabhängigen und demokratischen Staat wiederherstellt, wodurch sie zur Wiederaufrichtung des Friedens in Europa beitragen;

Im Hinblick darauf, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte den Wunsch haben, durch den vorliegenden Vertrag in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit alle Fragen zu regeln, die im Zusammenhange mit den obenerwähnten Ereignissen einschließlich der Annexion Oesterreichs durch Hitler-Deutschland und seiner Teilnahme am Kriege als integrierender Teil Deutschlands noch offenstehen; und

Im Hinblick darauf, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte und Oesterreich zu diesem Zwecke den Wunsch hegen, den vorliegenden Vertrag abzuschließen, um als

Grundlage freundschaftlicher Beziehungen zwischen ihnen zu dienen und um damit die Alliierten und Assoziierten Mächte in die Lage zu versetzen, die Bewerbung Oesterreichs um Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen zu unterstützen;

Haben daher die unterfertigten Bevollmächtigten ernannt, welche nach Vorweisung ihrer Vollmachten, die in guter und gehöriger Form befunden wurden, über die nachstehenden Bestimmungen übereingekommen sind:

TEIL I

Politische und territoriale Bestimmungen

Artikel 1

Wiederherstellung Oesterreichs als freier und unabhängiger Staat

Die Alliierten und Assoziierten Mächte anerkennen, daß Oesterreich als ein souveräner, unabhängiger und demokratischer Staat wiederhergestellt ist.

Artikel 2

Wahrung der Unabhängigkeit Oesterreichs

Die Alliierten und Assoziierten Mächte erklären, daß sie die Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit Oesterreichs, wie sie gemäß dem vorliegenden Vertrag festgelegt sind, achten werden.

Artikel 3

Anerkennung der Unabhängigkeit Oesterreichs durch Deutschland

Die Alliierten und Assoziierten Mächte werden in den deutschen Friedensvertrag Bestimmungen aufnehmen, welche die Anerkennung der Souveränität und Unabhängigkeit Oesterreichs durch Deutschland und den Verzicht Deutschlands auf alle territorialen und politischen Ansprüche in bezug auf Oesterreich und österreichisches Staatsgebiet sichern.

Artikel 4

Verbot des Anschlusses

1. Die Alliierten und Assoziierten Mächte erklären, daß eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung zwischen Oesterreich und Deutschland verboten ist. Oesterreich anerkennt voll und ganz seine Verantwortlichkeiten auf

diesem Gebiete und wird keine wie immer geartete politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland eingehen.

2. Um einer solchen Vereinigung vorzubeugen, wird Oesterreich keinerlei Vereinbarung mit Deutschland treffen oder irgendeine Handlung setzen oder irgendwelche Maßnahmen treffen, die geeignet wären, unmittelbar oder mittelbar eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland zu fördern oder seine territoriale Unversehrtheit oder politische oder wirtschaftliche Unabhängigkeit zu beeinträchtigen. Oesterreich verpflichtet sich ferner, innerhalb seines Gebietes jede Handlung zu verhindern, die geeignet wäre, eine solche Vereinigung mittelbar oder unmittelbar zu fördern, und wird den Bestand, das Wiederaufleben und die Tätigkeit jeglicher Organisationen, welche die politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland zum Ziele haben, sowie großdeutsche Propaganda zugunsten der Vereinigung mit Deutschland verhindern.

Artikel 5

Grenzen Oesterreichs

Die Grenzen Oesterreichs sind jene, die am 1. Jänner 1938 bestanden haben.

Artikel 6

Menschenrechte

1. Oesterreich wird alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um allen unter österreichischer Staatshoheit lebenden Personen ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion den Genuß der Menschenrechte und der Grundfreiheiten einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung, der Presse und Veröffentlichung, der Religionsausübung, der politischen Meinung und der öffentlichen Versammlung zu sichern.

2. Oesterreich verpflichtet sich weiters dazu, daß die in Oesterreich geltenden Gesetze weder in ihrem Inhalt noch in ihrer Anwendung zwischen Personen österreichischer Staatsangehörigkeit auf Grund ihrer Rasse, ihres Geschlechtes, ihrer Sprache oder ihrer Religion, sei es in bezug auf ihre Person, ihre Vermögenswerte, ihre geschäftlichen, beruflichen oder finanziellen Interessen, ihre Rechtsstellung, ihre politischen oder bürgerlichen Rechte, sei es auf irgendeinem anderen Gebiete, diskriminieren oder Diskriminierungen zur Folge haben werden.

Artikel 7

Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten

1. Oesterreichische Staatsangehörige der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Kärnten, Burgenland und Steiermark genießen dieselben Rechte auf Grund gleicher Bedingungen wie alle anderen österreichischen Staatsangehörigen einschließlich des Rechtes auf ihre eigenen Organisationen, Versammlungen und Presse in ihrer eigenen Sprache.

2. Sie haben Anspruch auf Elementarunterricht in slowenischer oder kroatischer Sprache und auf eine verhältnismäßige Anzahl eigener Mittelschulen; in diesem Zusammenhang werden Schullehrpläne überprüft und eine Abteilung der Schulaufsichtsbehörde wird für slowenische und kroatische Schulen errichtet werden.

3. In den Verwaltungs- und Gerichtsbezirken Kärntens, des Burgenlandes und der Steiermark mit slowenischer, kroatischer oder gemischter Bevölkerung wird die slo-

wenische oder kroatische Sprache zusätzlich zum Deutschen als Amtssprache zugelassen. In solchen Bezirken werden die Bezeichnungen und Aufschriften topographischer Natur sowohl in slowenischer oder kroatischer Sprache wie in Deutsch verfaßt.

4. Oesterreichische Staatsangehörige der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Kärnten, Burgenland und Steiermark nehmen an den kulturellen, Verwaltungs- und Gerichtseinrichtungen in diesen Gebieten auf Grund gleicher Bedingungen wie andere österreichische Staatsangehörige teil.

5. Die Tätigkeit von Organisationen, die darauf abzielen, der kroatischen oder slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und ihre Rechte als Minderheit zu nehmen, ist zu verbieten.

Artikel 8

Demokratische Einrichtungen

Oesterreich wird eine demokratische, auf geheime Wahlen gegründete Regierung haben und verbürgt allen Staatsbürgern ein freies, gleiches und allgemeines Wahlrecht sowie das Recht, ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache, Religion oder politische Meinung zu einem öffentlichen Amte gewählt zu werden.

Artikel 9

Auflösung nazistischer Organisationen

1. Oesterreich wird die bereits durch die Erlassung entsprechender und von der Alliierten Kommission für Oesterreich genehmigter Gesetze begonnenen Maßnahmen zur Auflösung der nationalsozialistischen Partei und der ihr angegliederten und von ihr kontrollierten Organisationen einschließlich der politischen, militärischen und paramilitärischen auf österreichischem Gebiet vollenden. Oesterreich wird auch die Bemühungen fortsetzen, aus dem österreichischen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben alle Spuren des Nazismus zu entfernen, um zu gewährleisten, daß die obgenannten Organisationen nicht in irgendeiner Form wieder ins Leben gerufen werden, und um alle nazistische oder militaristische Tätigkeit und Propaganda in Oesterreich zu verhindern.

2. Oesterreich verpflichtet sich, alle Organisationen faschistischen Charakters aufzulösen, die auf seinem Gebiete bestehen, und zwar sowohl politische, militärische und paramilitärische, als auch alle anderen Organisationen, welche eine irgendeiner der Vereinten Nationen feindliche Tätigkeit entfalten oder welche die Bevölkerung ihrer demokratischen Rechte zu berauben bestrebt sind.

3. Oesterreich verpflichtet sich, unter der Androhung von Strafsanktionen, die umgehend in Uebereinstimmung mit den österreichischen Rechtsvorschriften festzulegen sind, das Bestehen und die Tätigkeit der obgenannten Organisationen auf österreichischem Gebiete zu untersagen.

Artikel 10

Besondere Bestimmungen über die Gesetzgebung

1. Oesterreich verpflichtet sich, die Grundsätze, die in den von der österreichischen Regierung und vom österreichischen Parlament seit dem 1. Mai 1945 angenommenen und von der Alliierten Kommission für Oesterreich genehmigten, auf die Liquidierung der Ueberreste des Naziregimes und auf die Wiederherstellung des demo-

kratischen Systems abzielenden Gesetzen und Verordnungen enthalten sind, aufrechtzuerhalten und ihre Durchführung fortzusetzen, die seit dem 1. Mai 1945 bereits getroffenen oder eingeleiteten gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen zu vollenden und die in den Artikeln 6, 8 und 9 des vorliegenden Vertrages festgelegten Grundsätze zu kodifizieren und in Kraft zu setzen und, soweit dies nicht schon geschehen ist, alle gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen, die zwischen dem 5. März 1933 und dem 30. April 1945 getroffen wurden und die in Widerspruch mit den in den Artikeln 6, 8 und 9 festgelegten Grundsätzen stehen, aufzuheben oder abzuändern.

2. Oesterreich verpflichtet sich ferner, das Gesetz vom 3. April 1919, betreffend das Haus Habsburg-Lothringen, aufrechtzuerhalten.

Artikel 11

Anerkennung der Friedensverträge

Oesterreich verpflichtet sich, die volle Geltung der Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland und anderer Abkommen oder Regelungen anzuerkennen, die von den Alliierten und Assoziierten Mächten bezüglich Deutschlands und Japans zur Wiederherstellung des Friedens herbeigeführt worden sind oder künftig herbeigeführt werden.

TEIL II

Militärische und Luftfahrt-Bestimmungen

Artikel 12

Verbot der Dienstleistung in den österreichischen Streitkräften für ehemalige Mitglieder nazistischer Organisationen und Angehörige bestimmter anderer Personenkreise

Folgenden Personen ist es in keinem Falle erlaubt, in den österreichischen Streitkräften zu dienen:

1. Personen, die nicht die österreichische Staatsangehörigkeit besitzen.
2. Oesterreichische Staatsangehörige, die zu irgendeiner Zeit vor dem 13. März 1938 deutsche Staatsangehörige waren.
3. Oesterreichische Staatsangehörige, die in der Zeit vom 13. März 1938 bis zum 8. Mai 1945 in der deutschen Wehrmacht im Range eines Obersten oder in einem höheren Range gedient haben.
4. Oesterreichische Staatsangehörige, die in eine der folgenden Kategorien fallen, mit Ausnahme solcher Personen, die von den zuständigen Stellen gemäß dem österreichischen Recht entlastet worden sind:
 - a) Personen, die zu irgendeiner Zeit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), oder den SS-, SA- oder SD-Organisationen, der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) oder dem nationalsozialistischen Soldatenring oder der nationalsozialistischen Offiziersvereinigung angehört haben;
 - b) Führer im nationalsozialistischen Fliegerkorps (NSFK) oder in dem nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK) in einem Range nicht geringer als der eines Untersturmführers oder Gleichgestellten;
 - c) Funktionäre in einer der von der NSDAP kontrollierten oder ihr angegliederten Organisation in keinem niedrigeren Range als dem entsprechend einem Ortsgruppenleiter;

- d) Verfasser von Druckwerken oder von Drehbüchern, die wegen ihres nazistischen Charakters von den von der österreichischen Regierung bestellten zuständigen Kommissionen in die Kategorie verbotener Werke eingereiht wurden;
- e) Leiter industrieller, kommerzieller und finanzieller Unternehmungen, die auf Grund von offiziellen und authentischen Berichten von bestehenden industriellen, kommerziellen und finanziellen Vereinigungen, Gewerkschaften und Parteiorganisationen von den zuständigen Kommissionen als schuldig befunden wurden, an der Durchführung der Ziele der NSDAP oder einer der ihr angeschlossenen Organisationen aktiv mitgearbeitet, die Prinzipien des Nationalsozialismus unterstützt, nationalsozialistische Organisationen oder ihre Tätigkeit finanziert oder für sie Propaganda getrieben und damit den Interessen eines unabhängigen und demokratischen Oesterreich geschadet zu haben.

Artikel 13

Verbot von Spezialwaffen

1. Oesterreich soll weder besitzen noch herstellen noch zu Versuchen verwenden:
 - a) irgendeine Atomwaffe,
 - b) irgendeine andere schwere Waffe, die jetzt oder in der Zukunft als Mittel für Massenvernichtung verwendbar gemacht werden kann und als solche durch das zuständige Organ der Vereinten Nationen bezeichnet worden ist,
 - c) irgendeine Art von selbstgetriebenen oder gelenkten Geschossen, Torpedos sowie Apparaten, die für deren Abschuß und Kontrolle dienen,
 - d) Seeminen,
 - e) Torpedos, die bemannt werden können,
 - f) Unterseeboote oder andere Unterwasserfahrzeuge,
 - g) Motor-Torpedoboote,
 - h) spezialisierte Typen von Angriffs-Fahrzeugen,
 - i) Geschütze mit einer Reichweite von mehr als 30 km,
 - j) erstickende, ätzende oder giftige Stoffe oder biologische Substanzen in größeren Mengen oder anderen Typen als solchen, die für erlaubte zivile Zwecke benötigt werden, oder irgendwelche Apparate, die geeignet sind, solche Stoffe oder Substanzen für kriegsrische Zwecke herzustellen, zu schleudern oder zu verbreiten.
2. Die Alliierten und Assoziierten Mächte behalten sich das Recht vor, zu diesem Artikel Verbote von irgendwelchen Waffen hinzuzufügen, die als Ergebnis wissenschaftlichen Fortschritts entwickelt werden könnten.

Artikel 14

Verfügung über Kriegsmaterial alliierter und deutschen Ursprungs

1. Alles Kriegsmaterial alliierter Ursprungs in Oesterreich wird der betreffenden Alliierten oder Assoziierten Macht gemäß den von dieser Macht gegebenen Weisungen zur Verfügung gestellt werden. Oesterreich verzichtet auf alle Rechte an dem obenerwähnten Kriegsmaterial.
2. Innerhalb eines Jahres vom Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages soll Oesterreich für Militärzwecke unbrauchbar machen oder vernichten:
 - alles überschüssige Kriegsmaterial deutschen oder nicht-alliierten Ursprungs;

insoweit als sie sich auf modernes Kriegsmaterial beziehen, alle deutschen und japanischen Zeichnungen einschließlich vorhandener Werkszeichnungen, Muster und Experimentiermodelle und Pläne; alles Kriegsmaterial, das durch Artikel 13 des vorliegenden Vertrages verboten ist; alle spezialisierten Einrichtungen einschließlich Forschungs- und Produktionsausrüstung, die durch Artikel 13 verboten sind und nicht für eine erlaubte Forschung, Entwicklung oder Konstruktion umgeändert werden können.

3. Oesterreich wird innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages den Regierungen der Sowjetunion, des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreichs eine Liste von Kriegsmaterial und Einrichtungen übermitteln, die in Paragraph 2 aufgezählt sind.

4. Oesterreich soll kein Kriegsmaterial deutschen Entwurfes herstellen.

Oesterreich soll kein Kriegsmaterial deutscher Erzeugung oder deutschen Ursprungs oder Entwurfes öffentlich oder privat oder durch irgendwelche andere Mittel erwerben oder besitzen, mit der Ausnahme, daß die österreichische Regierung zur Aufstellung der österreichischen Streitkräfte beschränkte Mengen von Kriegsmaterial deutscher Erzeugung, deutschen Ursprungs oder Entwurfes, das nach dem Zweiten Weltkrieg in Oesterreich verblieben ist, verwenden kann.

5. Eine Definition und Liste des Kriegsmaterials für die Zwecke des vorliegenden Vertrages sind in Annex I enthalten.

Artikel 15

Verhinderung der deutschen Wiederaufrüstung

1. Oesterreich arbeitet mit den Alliierten und Assoziierten Mächten voll zusammen, um zu gewährleisten, daß Deutschland nicht in der Lage ist, außerhalb des deutschen Territoriums Schritte für eine Wiederaufrüstung zu unternehmen.

2. Oesterreich soll in der militärischen oder zivilen Luftfahrt oder bei Experimenten, Entwürfen, bei der Produktion oder Instandhaltung von Kriegsmaterial weder verwenden noch ausbilden:

Personen, die deutsche Staatsangehörige sind oder zu irgendeiner Zeit vor dem 13. März 1938 deutsche Staatsangehörige waren;

oder österreichische Staatsangehörige, die von der Dienstleistung in den Streitkräften gemäß Artikel 12 ausgeschlossen sind;

oder Personen, die nicht österreichische Staatsangehörige sind.

Artikel 16

Verbot betreffend Zivilflugzeuge deutscher und japanischer Bauart

Oesterreich soll zivile Luftfahrzeuge deutscher oder japanischer Bauart oder solche Luftfahrzeuge, die eine größere Zahl von Teilen deutscher oder japanischer Herstellung oder Bauart enthalten, weder erwerben noch erzeugen.

Artikel 17

Dauer der Beschränkungen

Jede der militärischen und Luftfahrtsbestimmungen des vorliegenden Vertrages bleibt in Kraft, bis sie zur Gänze

oder zum Teil durch ein Abkommen zwischen den Alliierten und Assoziierten Mächten und Oesterreich oder, nachdem Oesterreich Mitglied der Vereinten Nationen geworden ist, durch ein Abkommen zwischen dem Sicherheitsrat und Oesterreich abgeändert wird.

Artikel 18

Kriegsgefangene

1. Oesterreicher, die derzeit Kriegsgefangene sind, sollen sobald als möglich gemäß Regelungen, die zwischen den einzelnen Mächten, die solche Kriegsgefangene festhalten, und Oesterreich zu vereinbaren sind, heimbefördert werden.

2. Alle Kosten einschließlich der Unterhaltskosten, die sich aus dem Transport von Oesterreichern, die derzeit Kriegsgefangene sind, aus den in Betracht kommenden Sammelstellen, wie sie von der Regierung der betreffenden Alliierten oder Assoziierten Macht ausgewählt worden sind, bis zum Punkte ihres Eintrittes auf österreichisches Gebiet ergeben, werden von der österreichischen Regierung getragen werden.

Artikel 19

Kriegsgräber und Denkmäler

1. Oesterreich verpflichtet sich, die auf österreichischem Gebiet befindlichen Gräber von Soldaten, Kriegsgefangenen und zwangsweise nach Oesterreich gebrachten Staatsangehörigen der Alliierten Mächte und jener der anderen Vereinten Nationen, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befanden, zu achten, zu schützen und zu erhalten; desgleichen die Gedenksteine und Embleme dieser Gräber sowie Denkmäler, die dem militärischen Ruhm der Armeen gewidmet sind, die auf österreichischem Staatsgebiet gegen Hitler-Deutschland gekämpft haben.

2. Die österreichische Regierung wird jede Kommission, Delegation oder andere Organisation anerkennen, die von dem betreffenden Land ermächtigt ist, die in Paragraph 1 angeführten Gräber und Bauten zu identifizieren, zu registrieren, zu erhalten und zu regulieren; sie wird die Arbeit solcher Organisationen erleichtern, sie wird hinsichtlich der obenerwähnten Gräber und Bauten die für nötig befundenen Abkommen mit dem betreffenden Land oder mit jeder von ihm bevollmächtigten Kommission oder Delegation oder mit irgendeiner anderen Organisation abschließen. Sie erklärt desgleichen ihr Einverständnis, in Uebereinstimmung mit angemessenen sanitären Vorsichtsmaßnahmen jede Erleichterung für die Exhumierung und Ueberführung der in den erwähnten Gräbern bestatteten Ueberreste in deren Heimatland zu gewähren, sei es auf Ansuchen der offiziellen Organisationen des betreffenden Staates oder auf Ansuchen der Angehörigen der beerdigten Personen.

TEIL III

Artikel 20

Zurückziehung der Alliierten Streitkräfte

1. Das Uebereinkommen über den Kontrollapparat in Oesterreich vom 28. Juni 1946 verliert mit dem Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages seine Wirksamkeit.

2. Mit dem Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages hört die gemäß Paragraph 4 des Abkommens über Besatzungszonen in Oesterreich und die Verwaltung der

Stadt Wien vom 9. Juli 1945 errichtete interalliierte Kommandantur auf, irgendwelche Funktionen hinsichtlich der Verwaltung der Stadt Wien auszuüben. Das Uebereinkommen über die Besatzungszonen in Oesterreich tritt mit der Beendigung der Räumung Oesterreichs durch die Streitkräfte der Alliierten und Assoziierten Mächte gemäß Paragraph 3 dieses Artikels außer Kraft.

3. Die Streitkräfte der Alliierten und Assoziierten Mächte und die Mitglieder der Alliierten Kommission für Oesterreich werden innerhalb von neunzig Tagen, angefangen vom Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages, soweit irgend möglich, spätestens bis zum 31. Dezember 1955, aus Oesterreich zurückgezogen.

4. Die österreichische Regierung wird den Streitkräften der Alliierten und Assoziierten Mächte und den Mitgliedern der Alliierten Kommission für Oesterreich bis zu ihrer Zurückziehung aus Oesterreich alle Rechte, Immunitäten und Begünstigungen gewähren, die ihnen unmittelbar vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages zustanden.

5. Die Alliierten und Assoziierten Mächte verpflichten sich, der österreichischen Regierung nach Inkrafttreten dieses Vertrages und innerhalb der in Paragraph 3 dieses Artikels vorgesehenen Frist zurückzustellen:

- a) alles Geld, das den Alliierten und Assoziierten Mächten für Okkupationszwecke kostenlos zur Verfügung gestellt worden und im Zeitpunkt der Beendigung der Zurückziehung der alliierten Streitkräfte unverausgabt geblieben ist;
- b) alles österreichische Eigentum, das von alliierten Streitkräften oder von der Alliierten Kommission requiriert wurde und sich noch in deren Besitz befindet. Die sich aus diesem Absatz ergebenden Verpflichtungen sind vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 22 dieses Vertrages zu erfüllen.

TEIL IV

Aus dem Krieg herrührende Ansprüche

Artikel 21

Reparationen

Von Oesterreich werden keine Reparationen verlangt, die sich aus dem Bestehen eines Kriegszustandes in Europa nach dem 1. September 1939 ergeben.

Artikel 22

Deutsche Vermögenswerte in Oesterreich

Die Sowjetunion, das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich haben das Recht, über alle ehemaligen deutschen Vermögenswerte in Oesterreich gemäß dem Protokoll der Berliner Konferenz vom 2. August 1945 zu verfügen.

1. Die Sowjetunion erhält für eine Geltungsdauer von dreißig Jahren Konzessionen auf Oelfelder, die 60 Prozent der Oelförderung in Oesterreich im Jahre 1947 entsprechen, sowie Eigentumsrechte an allen Gebäuden, Konstruktionen, Ausrüstung und anderen Vermögensschaften, die gemäß Liste Nr. 1 und Karte Nr. 1°, die dem Vertrag angeschlossen ist, zu diesen Oelfeldern gehören.

2. Die Sowjetunion erhält Konzession auf 60 Prozent aller im östlichen Oesterreich gelegenen Schurfgebiete, die deutsche Vermögensschaften sind, auf welche die So-

wjetunion gemäß dem Potsdamer Abkommen Anspruch hat und welche derzeit in ihrem Besitz sind, gemäß der Liste Nr. 2 und der Karte Nr. 2°, die dem Vertrag angeschlossen ist.

Die Sowjetunion hat das Recht, in den in diesem Paragraph erwähnten Schurfgebieten acht Jahre hindurch Schurfarbeiten durchzuführen und anschließend durch einen Zeitraum von 25 Jahren, beginnend mit dem Zeitpunkt des Fündigwerdens, Oel zu gewinnen.

3. Die Sowjetunion erhält Oelraffinerien mit einer jährlichen Gesamtproduktion von 420 000 Tonnen Rohöl gemäß Liste Nr. 3°.

4. Die Sowjetunion erhält jene mit der Verteilung von Oelprodukten befaßten Unternehmungen, die sie zur Verfügung hat, gemäß der Liste Nr. 4°.

5. Die Sowjetunion erhält die in Ungarn, Rumänien und Bulgarien gelegenen Vermögenswerte der DDSG; desgleichen gemäß der Liste Nr. 5° 100 Prozent der im östlichen Oesterreich gelegenen Vermögenswerte der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

6. Die Sowjetunion überträgt an Oesterreich Vermögensschaften, Rechte und Interessen, die sie als deutsche Vermögenswerte mit der vorhandenen Ausstattung innehat oder beansprucht, und überträgt auch Kriegsindustrie-Unternehmungen zusammen mit vorhandenen Ausstattungen, Häusern und ähnlichem Immobilienvermögen einschließlich von in Oesterreich gelegenen Grundstücken, die sie als Kriegsbeute innehat oder beansprucht, mit Ausnahme der in den Paragraphen 1, 2, 3, 4 und 5 dieses Artikels erwähnten Vermögenswerte. Oesterreich verpflichtet sich seinerseits, der Sowjetunion 150 000 000 USA-Dollar in frei konvertierbarer Währung innerhalb eines Zeitraumes von sechs Jahren zu zahlen.

Die angeführte Summe wird der Sowjetunion von Oesterreich in gleichen dreimonatlichen Raten von 6 250 000 Dollar in frei konvertierbarer Währung gezahlt werden. Die erste Zahlung wird am ersten Tag des zweiten Monats geleistet werden, der auf den Monat folgt, in dem der vorliegende Vertrag in Kraft tritt. Die folgenden dreimonatlichen Zahlungen werden am ersten Tag des entsprechenden Monats geleistet werden. Die letzte dreimonatliche Zahlung wird am letzten Tag des Zeitraumes von sechs Jahren nach dem Inkrafttreten des Vertrages geleistet.

Die Grundlage für die in diesem Artikel vorgesehenen Zahlungen ist der USA-Dollar zu seiner Goldparität am 1. September 1949, das sind 35 Dollar für eine Unze Gold.

Als Sicherstellung für die pünktliche Zahlung der oben erwähnten der Sowjetunion zustehenden Summen wird die Oesterreichische Nationalbank der Staatsbank der UdSSR innerhalb von zwei Wochen nach Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages Wechsel über die Gesamtsumme von 150 000 000 USA-Dollar ausstellen, die zu den im vorliegenden Artikel vorgesehenen Zeitpunkten fällig zu stellen sind.

Die von Oesterreich auszustellenden Wechsel sind unverzinslich. Die Staatsbank der UdSSR beabsichtigt nicht, diese Wechsel weiterzugeben, sofern die österreichische Regierung und die Oesterreichische Nationalbank ihre Verpflichtungen pünktlich und genau erfüllen.

*) Anmerkung der Redaktion: Die erwähnten Listen und Karten sind auf S. 8757 bis 8763 wiedergegeben.

7. Rechtbestimmungen betreffend die Vermögenswerte:

- a) Alle ehemaligen deutschen Vermögenswerte, die gemäß Paragraph 1, 2, 3, 4 und 5 dieses Artikels Eigentum der Sowjetunion geworden sind, bleiben grundsätzlich unter österreichischer Staatshoheit, und dementsprechend finden die österreichischen Gesetze auf sie Anwendung.
- b) Hinsichtlich Gebühren und Abgaben, Vorschriften für Handel, Gewerbe und Industrie und der Einhebung von Steuern, unterliegen diese Vermögenswerte nicht weniger günstigen Bestimmungen als jenen, die auf Unternehmungen Anwendung finden oder Anwendung finden werden, die Oesterreich oder seinen Staatsangehörigen und auch anderen Staaten und Personen gehören, denen Meistbegünstigungsbehandlung gewährt wird.
- c) Alle ehemaligen deutschen Vermögenswerte, die Eigentum der Sowjetunion geworden sind, sollen nicht ohne Zustimmung der Sowjetunion enteignet werden.
- d) Oesterreich wird hinsichtlich der Ausfuhr von Gewinnen und anderen Einkommen (das sind Miet- oder Pachtzinse) in Form von Produkten oder irgendeiner erhaltenen frei konvertierbaren Währung keine Schwierigkeiten bereiten.
- e) Die der Sowjetunion übertragenen Rechte, Vermögensschaften und Interessen sowie die Rechte, Vermögensschaften und Interessen, welche die Sowjetunion Oesterreich überträgt, werden ohne Lasten oder Ansprüche seitens der Sowjetunion oder seitens Oesterreichs übertragen. Unter den Ausdrücken „Lasten und Ansprüche“ sind nicht nur Gläubiger-Ansprüche zu verstehen, die sich aus der Ausübung der Alliierten Kontrolle über diese Vermögensschaften, Rechte und Interessen nach dem 8. Mai 1945 ergeben, sondern auch alle anderen Ansprüche einschließlich Ansprüchen hinsichtlich Steuern. Der gegenseitige Verzicht der Sowjetunion und Oesterreichs auf Lasten und Ansprüche bezieht sich auf alle Lasten und Ansprüche, die im Zeitpunkt bestehen, in dem Oesterreich die Rechte der Sowjetunion auf die ihr übertragenen deutschen Vermögenswerte formell einträgt, und die im Zeitpunkt der tatsächlichen Uebertragung der von der Sowjetunion überlassenen Vermögenswerte an Oesterreich bestehen.

8. Die Uebertragung aller in Paragraph 6 des vorliegenden Artikels vorgesehenen Vermögensschaften, Rechte und Interessen auf Oesterreich sowie die formelle Eintragung der Rechte der Sowjetunion auf die zu übertragenden deutschen Vermögenswerte wird innerhalb von zwei Monaten vom Tag des Inkrafttretens dieses Vertrages durchgeführt.

9. Die Sowjetunion erhält desgleichen das Eigentum an den Vermögensschaften, Rechten und Interessen hinsichtlich aller Vermögenswerte, die zum Betrieb der in den nachstehenden Listen 1, 2, 3, 4 und 5 aufgezählten Vermögensschaften von sowjetischen Organisationen seit dem 8. Mai 1945 geschaffen oder käuflich erworben wurden, wo immer sie im östlichen Österreich gelegen sein mögen.

Die in den Absätzen a, b, c und d des Paragraph 7 dieses Artikels angeführten Bestimmungen finden auf diese Vermögenswerte entsprechend Anwendung.

10. Meinungsverschiedenheiten, die sich hinsichtlich der Anwendung der Bestimmungen des vorliegenden Artikels ergeben, sind im Wege von zweiseitigen Verhandlungen zwischen den beteiligten Parteien beizulegen.

Im Falle, daß eine Einigung im Wege von zweiseitigen Verhandlungen zwischen den Regierungen der Sowjetunion und Oesterreichs innerhalb von drei Monaten nicht erreicht wird, werden Meinungsverschiedenheiten zwecks Beilegung einer Schiedskommission überwiesen, die aus einem Vertreter der Sowjetunion, einem Vertreter Oesterreichs und zusätzlich einem dritten Mitglied besteht, das Staatsangehöriger eines dritten Landes ist und auf Grund einer Einigung zwischen den beiden Regierungen ausgewählt wird.

11. Das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich übertragen hiemit Oesterreich alle Vermögensschaften, Rechte und Interessen, die von ihnen oder in ihrem Namen in Oesterreich als ehemalige deutsche Vermögenswerte oder Kriegsbeute innegehabt oder beansprucht werden.

Die Oesterreich gemäß diesem Paragraphen übertragenen Vermögensschaften, Rechte und Interessen gehen seitens des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten von Amerika oder Frankreichs frei von allen Lasten oder Ansprüchen, die sich aus der Ausübung ihrer Kontrolle dieser Vermögensschaften, Rechte oder Interessen nach dem 8. Mai 1945 ergeben, auf Oesterreich über.

12. Nach Erfüllung aller Verpflichtungen, die in den Bestimmungen des vorliegenden Artikels festgesetzt oder aus solchen Bestimmungen abgeleitet werden, durch Oesterreich sind die Ansprüche der Alliierten und Assoziierten Mächte hinsichtlich ehemaliger deutscher Vermögenswerte in Oesterreich, die sich auf die Beschlüsse der Berliner Konferenz vom 2. August 1945 gründen, als voll befriedigt anzusehen.

13. Oesterreich verpflichtet sich, mit Ausnahme der erzieherischen, kulturellen, caritativen und religiösen Zwecken dienenden Vermögensschaften keine der ihm als ehemalige deutsche Vermögenswerte übertragenen Vermögensschaften, Rechte und Interessen in das Eigentum deutscher juristischer Personen oder — sofern der Wert der Vermögensschaften, Rechte oder Interessen 260 000 Schillinge übersteigt — in das Eigentum deutscher physischer Personen zu übertragen. Oesterreich verpflichtet sich ferner, diejenigen in den Listen 1 und 2 dieses Artikels erwähnten Rechte und Vermögensschaften, welche von der Sowjetunion gemäß dem österreichisch-sowjetischen Memorandum vom 15. April 1955 in Oesterreich übertragen werden, nicht in ausländisches Eigentum zu übertragen.

14. Die Vorschriften dieses Artikels unterliegen den Bestimmungen des Annexes II dieses Vertrages.

Artikel 23

Oesterreichisches Vermögen in Deutschland und Verzicht Oesterreichs auf Forderungen gegenüber Deutschland

1. Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Vertrages ist das in Deutschland befindliche Vermögen der österreichischen Regierung oder österreichischer Staatsangehöriger einschließlich von Vermögen, das nach dem 12. März 1938 gewaltsam aus dem österreichischen Staatsgebiet nach Deutschland verbracht worden ist, seinen

Eigentümern wieder zurückzugeben. Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf das Eigentum von Kriegsverbrechern oder Personen, die den Strafbestimmungen der Entnazifizierungsmaßnahmen unterliegen; solches Vermögen wird der österreichischen Regierung zur Verfügung gestellt, sofern es nicht gemäß den in Deutschland nach dem 8. Mai 1945 in Kraft stehenden Gesetzen oder Verordnungen blockiert oder konfisziert wurde.

2. Die Wiederherstellung österreichischer Vermögensrechte in Deutschland ist im Einklang mit Maßnahmen durchzuführen, die durch die Besatzungsmächte in Deutschland in ihren Besatzungszonen festgelegt werden.

3. Unbeschadet dieser und aller anderen zugunsten Oesterreichs und österreichischer Staatsangehöriger getroffenen Verfügungen der Besatzungsmächte in Deutschland verzichtet Oesterreich, unbeschadet der Gültigkeit bereits getroffener Regelungen, im eigenen Namen und im Namen der österreichischen Staatsangehörigen auf alle am 8. Mai 1945 noch offenen Forderungen gegen Deutschland und deutsche Staatsangehörige, mit Ausnahme jener, die aus Verträgen und anderen Verpflichtungen stammen, die vor dem 13. März 1938 eingegangen wurden, sowie der vor dem 13. März 1938 erworbenen Rechte. Dieser Verzicht umfaßt alle Forderungen hinsichtlich der während der Zeit der Annexion Oesterreichs durch Deutschland durchgeführten Transaktionen und alle Forderungen hinsichtlich der während dieses Zeitraumes erlittenen Verluste oder Schäden, insbesondere hinsichtlich der im Besitz der österreichischen Regierung oder österreichischer Staatsangehöriger befindlichen öffentlichen deutschen Schulden und der Zahlungsmittel, die zur Zeit der Geldkonversion eingezogen wurden. Solche Zahlungsmittel sind bei Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages zu vernichten.

Artikel 24

Verzicht Oesterreichs auf Ansprüche gegen die Alliierten

1. Oesterreich verzichtet im Namen der österreichischen Regierung oder österreichischer Staatsangehöriger auf alle Ansprüche irgendwelcher Art gegen die Alliierten und Assoziierten Mächte, soweit sich solche Ansprüche unmittelbar aus dem Krieg in Europa nach dem 1. September 1939 oder aus Maßnahmen, die infolge des Kriegszustandes in Europa nach diesem Datum ergriffen wurden, ergeben, gleichgültig, ob sich die Alliierte oder Assoziierte Macht zu jenem Zeitpunkt mit Deutschland im Krieg befand oder nicht. Dieser Verzicht umfaßt folgende Ansprüche:

- a) Ansprüche für Verluste oder Schäden, die infolge von Handlungen der Streitkräfte oder Behörden Alliierten oder Assoziierter Mächte erlitten wurden;
- b) Ansprüche, die sich aus der Anwesenheit, aus Operationen oder Handlungen von Streitkräften oder Behörden Alliierten oder Assoziierter Mächte auf österreichischem Staatsgebiet ergeben;
- c) Ansprüche hinsichtlich der Entscheidungen oder Anordnungen von Prisengerichten der Alliierten oder Assoziierten Mächte, wobei Oesterreich damit einverstanden ist, alle Entscheidungen und Anordnungen solcher Prisengerichte, die vom 1. September 1939 an ergangen sind und sich auf österreichischen Staatsbürgern gehörige Schiffe oder Güter oder auf die Bezahlung von Kosten beziehen, als gültig und bindend anzuerkennen;

- d) Ansprüche, die sich aus der Ausübung oder vermeintlichen Ausübung von Rechten der Kriegsführenden ergeben.

2. Die Bestimmungen dieses Artikels schließen vollständig und endgültig alle Ansprüche der hierin angeführten Natur aus, die von nun an erloschen sein sollen, welche Vertragsteile auch immer ein Interesse daran haben mögen. Die österreichische Regierung stimmt zu, eine billige Entschädigung in Schillingen den Personen zu leisten, die den Streitkräften der Alliierten oder Assoziierten Mächte im österreichischen Staatsgebiet auf Grund von Requisition Güter geliefert oder Dienste geleistet haben, und ebenso eine Entschädigung zur Befriedigung von Ansprüchen aus Nichtkampfschäden gegen die Streitkräfte der Alliierten oder Assoziierten Mächte, die auf österreichischem Staatsgebiet entstanden sind.

3. Desgleichen verzichtet Oesterreich im Namen der österreichischen Regierung oder österreichischer Staatsangehöriger auf alle Ansprüche der in Paragraph 1 dieses Artikels bezeichneten Art gegen jede Vereinte Nation, deren diplomatische Beziehungen mit Deutschland zwischen dem 1. September 1939 und dem 1. Jänner 1945 abgebrochen waren und die mit den Alliierten oder Assoziierten Mächten aktiv zusammengearbeitet hat.

4. Die österreichische Regierung wird für alliiertes Militärgeld im Nennwert von fünf Schilling und darunter, das in Oesterreich von alliierten Militärbehörden ausgegeben wurde, einschließlich jenes Geldes, das sich beim Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages im Umlauf befindet, die volle Einlösepflicht übernehmen. Von den alliierten Militärbehörden ausgegebene Noten im Nennwert von mehr als fünf Schilling werden vernichtet, und Ansprüche in diesem Zusammenhang können gegen keine der Alliierten und Assoziierten Mächte erhoben werden.

5. Der Verzicht auf Ansprüche durch Oesterreich nach Paragraph 1 dieses Artikels umfaßt alle Ansprüche, die sich aus Maßnahmen ergeben, die von irgendeiner Alliierten oder Assoziierten Macht hinsichtlich solcher Schiffe ergriffen wurden, die österreichischen Staatsangehörigen im Zeitraum zwischen dem 1. September 1939 und dem Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages gehörten, und ebenso alle Ansprüche und Schulden, die sich aus jetzt in Kraft befindlichen Abkommen über Kriegsgefangene ergeben.

TEIL V

Eigentum, Rechte und Interessen

Artikel 25

Vermögen der Vereinten Nationen in Oesterreich

1. Soweit Oesterreich dies nicht schon durchgeführt hat, wird es alle den Vereinten Nationen und ihren Staatsangehörigen gehörenden gesetzlichen Rechte und Interessen in Oesterreich wiederherstellen, wie sie an dem Tag bestanden, an dem die Feindseligkeiten zwischen Deutschland und der betreffenden Vereinten Nation begannen, und wird alles Vermögen der Vereinten Nationen und ihrer Staatsangehörigen in Oesterreich zurückgeben, wie es jetzt vorhanden ist.

2. Die österreichische Regierung verpflichtet sich, alle unter diesen Artikel fallenden Vermögensschaften, Rechte

und Interessen frei von allen Belastungen und Kosten jeder Art wiederherzustellen, denen sie als Folge des Krieges mit Deutschland unterworfen sein mögen, und ohne Auferlegung irgendwelcher Kosten durch die österreichische Regierung aus Anlaß ihrer Rückgabe. Die österreichische Regierung wird alle Maßnahmen der Beschlagnahme, Sequestrierung oder Kontrolle für nichtig erklären, die gegen Vermögen von Vereinten Nationen in Oesterreich in der Zeit zwischen dem Tag des Beginns der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und der betreffenden Vereinten Nation und dem Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages ergriffen wurden. In Fällen, in denen das Eigentum nicht innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages zurückgegeben worden ist, ist die Anmeldung zwecks Rückgabe des Eigentums bei den österreichischen Behörden spätestens innerhalb von zwölf Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages vorzunehmen, ausgenommen in Fällen, in denen der Anspruchsteller beweisen kann, daß er innerhalb dieser Zeit seine Anmeldung nicht vornehmen konnte.

3. Die österreichische Regierung wird Uebertragungen in bezug auf Staatsangehörigen der Vereinten Nationen gehörende Vermögensschaften, Rechte und Interessen jeder Art für ungültig erklären, sofern solche Uebertragungen durch von Regierungen der Achsenmächte oder deren Dienststellen in der Zeit zwischen dem Beginn der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und der betreffenden Vereinten Nation und dem 8. Mai 1945 ausgeübten Zwang zustande gekommen sind.

4. a) In Fällen, in denen die österreichische Regierung eine Entschädigung für Verluste leistet, die auf Grund einer während der deutschen Besetzung Oesterreichs oder während des Krieges erlittenen Verletzung oder einer Schädigung an Vermögen in Oesterreich entstanden sind, soll den Staatsangehörigen der Vereinten Nationen keine weniger vorteilhafte Behandlung eingeräumt werden, als österreichischen Staatsangehörigen gewährt wird; und in solchen Fällen sollen Staatsangehörige der Vereinten Nationen, die unmittelbar oder mittelbar Eigentumsinteressen an Gesellschaften oder Vereinigungen besitzen, die nicht Staatsangehörige der Vereinten Nationen im Sinne des Paragraphen 8 a dieses Artikels sind, eine Entschädigung erhalten, die unter Zugrundelegung des gesamten Verlustes oder Schadens, den diese Gesellschaften oder Vereinigungen erlitten haben, berechnet ist, und in jenem Verhältnis zu diesem Verlust oder Schaden steht, das der kapitalmäßigen Beteiligung eines solchen Staatsangehörigen an der Gesellschaft oder Vereinigung entspricht.

b) Die österreichische Regierung wird den Vereinten Nationen und deren Staatsangehörigen in der Zuteilung von Material für die Reparatur oder den Wiederaufbau ihres Eigentums in Oesterreich und in der Zuteilung von Devisen für die Einfuhr von solchem Material die gleiche Behandlung wie den österreichischen Staatsangehörigen gewähren.

5. Alle angemessenen Ausgaben, die in Oesterreich im Zusammenhang mit der Geltendmachung von Ansprüchen, einschließlich der Kosten für die Festsetzung des Verlustes oder Schadens, erwachsen, werden von der österreichischen Regierung getragen.

6. Staatsangehörige der Vereinten Nationen und deren Vermögen sind von allen außerordentlichen Steuern, Ab-

gaben und Auflagen befreit, mit denen ihre Kapitalwerte in Oesterreich durch die österreichische Regierung oder irgendeine österreichische Behörde zwischen dem Zeitpunkt der Uebergabe der deutschen Streitkräfte und dem Inkrafttreten dieses Vertrages zu dem besonderen Zwecke belastet worden sind, Ausgaben, die sich aus dem Kriege ergeben, oder die Kosten der Besatzungstruppen damit zu decken. Beträge, die aus diesem Titel bezahlt wurden, sind zurückzuerstatten.

7. An Stelle der Bestimmungen dieses Artikels können der Eigentümer des betreffenden Vermögens und die österreichische Regierung eine Vereinbarung treffen.

8. Die in diesem Artikel gebrauchten Ausdrücke:

a) „Staatsangehörige der Vereinten Nationen“ bedeuten physische Personen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrages Staatsangehörige irgendeiner der Vereinten Nationen sind, oder Gesellschaften oder Vereinigungen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrages gemäß dem Recht irgendeiner der Vereinten Nationen errichtet worden sind, vorausgesetzt, daß diese physischen Personen, Gesellschaften oder Vereinigungen diesen Status auch am 8. Mai 1945 besessen haben.

Der Ausdruck „Staatsangehörige der Vereinten Nationen“ schließt auch alle physischen Personen, Gesellschaften und Vereinigungen ein, die gemäß den während des Krieges in Oesterreich geltenden Gesetzen als Feinde behandelt worden sind.

b) „Eigentümer“ bedeutet eine der Vereinten Nationen oder einen Staatsangehörigen einer der Vereinten Nationen im Sinne der Definition des oben angeführten Absatzes a), der einen Rechtsanspruch auf das in Frage stehende Vermögen hat, und umfaßt auch den Rechtsnachfolger des Eigentümers, vorausgesetzt, daß der Rechtsnachfolger gleichfalls eine Vereinte Nation oder ein Staatsangehöriger einer Vereinten Nation im Sinne der Definition des Absatzes a) ist. Wenn der Rechtsnachfolger das Vermögen in einem beschädigten Zustand erworben hat, behält der Uebertragende seine Rechte auf Entschädigung gemäß diesem Artikel; Verpflichtungen nach Landesrecht zwischen dem Uebertragenden und dem Erwerber werden hiedurch nicht berührt.

c) „Vermögen“ bedeutet alles bewegliche oder unbewegliche, materielle oder immaterielle Vermögen einschließlich gewerblichen, literarischen und künstlerischen Eigentums sowie alle Eigentumsrechte und -interessen jeder Art.

9. Die Bestimmungen dieses Artikels finden keine Anwendung auf die Uebertragung von Vermögen, Rechten oder Interessen von Vereinten Nationen oder von Staatsangehörigen Vereinter Nationen in Oesterreich, die in Uebereinstimmung mit Gesetzen und Verordnungen erfolgte, die als österreichisches Recht am 28. Juni 1946 in Kraft waren.

10. Die österreichische Regierung anerkennt, daß das Abkommen von Brioni vom 10. August 1942 null und nichtig ist. Sie verpflichtet sich, mit den anderen Signataren des Abkommens von Rom vom 21. März 1923 an Verhandlungen teilzunehmen, die den Zweck verfolgen, in die Bestimmungen des Abkommens die nötigen Modifikationen einzufügen, um eine billige Regelung der darin vorgesehenen Annuitäten sicherzustellen.

Artikel 26

Vermögenschaften, Rechte und Interessen von Minderheitsgruppen in Oesterreich

1. Soweit solche Maßnahmen noch nicht getroffen worden sind, verpflichtet sich Oesterreich in allen Fällen, in denen Vermögenschaften, gesetzliche Rechte oder Interessen in Oesterreich seit dem 13. März 1938 wegen der rassistischen Abstammung oder der Religion des Eigentümers Gegenstand gewaltsamer Uebertragung oder von Maßnahmen der Sequestrierung, Konfiskation oder Kontrolle gewesen sind, das angeführte Vermögen zurückzugeben und diese gesetzlichen Rechte und Interessen mit allem Zubehör wiederherzustellen. Wo eine Rückgabe oder Wiederherstellung nicht möglich ist, wird für auf Grund solcher Maßnahmen erlittene Verluste eine Entschädigung in einem Ausmaß gewährt, wie sie bei Kriegsschäden österreichischen Staatsangehörigen jetzt oder späterhin generell gegeben wird.

2. Oesterreich stimmt zu, alle Vermögenschaften, gesetzlichen Rechte und Interessen in Oesterreich, die Personen, Organisationen oder Gemeinschaften gehören, die einzeln oder als Mitglieder von Gruppen rassistischen, religiösen oder anderen Naziverfolgungsmaßnahmen unterworfen worden sind, unter seine Kontrolle zu nehmen, wenn, falls es sich um Personen handelt, diese Vermögenschaften, Rechte und Interessen ohne Erben bleiben oder durch sechs Monate nach Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages nicht beansprucht werden oder wenn, falls es sich um Organisationen und Gemeinschaften handelt, diese Organisationen und Gemeinschaften aufgehört haben zu bestehen. Oesterreich soll diese Vermögenschaften, Rechte und Interessen geeigneten, von den vier Missionschefs in Wien im Wege von Vereinbarungen mit der österreichischen Regierung zu bestimmenden Dienststellen oder Organisationen übertragen, damit sie für Hilfe und Unterstützung von Opfern der Verfolgung durch die Achsenmächte und für Wiedergutmachung an solche verwendet werden; diese Bestimmungen sind dahin zu verstehen, daß sie von Oesterreich keine Zahlungen in fremder Währung oder andere Ueberweisungen an fremde Länder erfordern, die eine Belastung der österreichischen Wirtschaft darstellen würden. Diese Uebertragung wird innerhalb von achtzehn Monaten nach Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages durchgeführt werden und Vermögenschaften, Rechte und Interessen, deren Wiederherstellung in Paragraph 1 dieses Artikels verlangt wird, einschließen.

Artikel 27

Oesterreichisches Vermögen im Gebiete der Alliierten und Assoziierten Mächte

1. Die Alliierten und Assoziierten Mächte erklären ihre Absicht, österreichische Vermögenschaften, Rechte und Interessen, so wie sie sich derzeit in ihren Gebieten vorfinden, zurückzustellen oder, soweit solche Vermögenschaften, Rechte und Interessen einer Liquidierungs-, Verwendungs- oder sonstigen Verwertungsmaßnahme unterzogen worden sind, den Erlös, der sich aus der Liquidierung, Verwendung oder Verwertung solcher Vermögenschaften, Rechte und Interessen ergeben hat, abzüglich der aufgelaufenen Gebühren, Verwaltungsausgaben, Gläubigerforderungen und anderen ähnlichen Lasten auszufolgen. Die Alliierten und Assoziierten

Mächte sind bereit, zu diesem Behufe Vereinbarungen mit der österreichischen Regierung abzuschließen.

2. Unbeschadet der vorstehenden Bestimmungen wird der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien das Recht eingeräumt, österreichische Vermögenschaften, Rechte und Interessen, die sich im Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Vertrages auf jugoslawischem Gebiet befinden, zu beschlagnahmen, zurückzubehalten oder zu liquidieren. Die österreichische Regierung verpflichtet sich, österreichische Staatsangehörige, deren Vermögen auf Grund dieses Paragraphen herangezogen wird, zu entschädigen.

Artikel 28

Schulden

1. Die Alliierten und Assoziierten Mächte anerkennen, daß Zinsenzahlungen und ähnliche Auflagen, die österreichische Staatspapiere belasten und nach dem 12. März 1938 und vor dem 8. Mai 1945 fällig wurden, einen Anspruch gegen Deutschland und nicht gegen Oesterreich darstellen.

2. Die Alliierten und Assoziierten Mächte erklären ihre Absicht, von den Bestimmungen von Anleiheabkommen, die von der österreichischen Regierung vor dem 13. März 1938 abgeschlossen wurden, keinen Gebrauch zu machen, insoweit diese Bestimmungen den Gläubigern ein Kontrollrecht über die österreichischen Staatsfinanzen einräumen.

3. Das Bestehen des Kriegszustandes zwischen den Alliierten und Assoziierten Mächten und Deutschland berührt an sich nicht die Verpflichtung zur Bezahlung von Geldschulden, die entweder aus vor Bestehen des Kriegszustandes stammenden Verpflichtungen und Verträgen herrühren oder aus Rechten hervorgehen, die vor Bestehen des Kriegszustandes erworben wurden, soweit diese Schulden vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages fällig geworden sind und die der Regierung oder den Staatsangehörigen einer der Alliierten und Assoziierten Mächte gegen die Regierung oder Staatsangehörige Oesterreichs zustehen, oder die der Regierung oder Staatsangehörigen Oesterreichs gegen die Regierung oder Staatsangehörige einer der Alliierten und Assoziierten Mächte zustehen.

4. Soweit nicht in dem vorliegenden Vertrag ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, ist darin nichts dahin auszulegen, daß dadurch das Schuldner-Gläubigerverhältnis beeinträchtigt wird, das sich aus Verträgen ergibt, die zu irgendeinem Zeitpunkt vor dem 1. September 1939 entweder von der österreichischen Regierung oder von Personen, die am 12. März 1938 österreichische Staatsangehörige waren, abgeschlossen worden sind.

TEIL VI

Allgemeine Wirtschaftsbeziehungen

Artikel 29

1. Bis zum Abschluß von Handelsverträgen oder -abkommen zwischen einzelnen der Vereinten Nationen und Oesterreich gewährt die österreichische Regierung während eines Zeitraumes von achtzehn Monaten vom Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages jeder der Vereinten Nationen, die Oesterreich tatsächlich in reziproker Weise eine gleichartige Behandlung in analogen Angelegenheiten einräumt, folgende Behandlung:

- a) In allem, was Abgaben und Lasten auf die Ein- oder Ausfuhr, die innerstaatliche Besteuerung eingeführter Waren und sämtliche einschlägigen Regelungen betrifft, wird den Vereinten Nationen die bedingungslose Meistbegünstigung gewährt.
- b) In jeder anderen Hinsicht wird Oesterreich Güter, die aus dem Gebiet einer der Vereinten Nationen stammen oder für deren Gebiet bestimmt sind, im Verhältnis zu den gleichen Gütern, die aus dem Gebiet einer anderen der Vereinten Nationen oder irgendeinem anderen fremden Lande stammen oder dorthin bestimmt sind, nicht willkürlich diskriminierend behandeln.
- c) Staatsangehörigen der Vereinten Nationen, einschließlich juristischen Personen, wird in allen Angelegenheiten, die Handel, Industrie, Schifffahrt und andere Formen der Geschäftstätigkeit innerhalb Oesterreichs betreffen, die gleiche Behandlung wie den Inländern und der meistbegünstigten Nation gewährt. Diese Bestimmungen finden auf die Handelsluftfahrt keine Anwendung.
- d) Oesterreich gewährt keinem Land für den Betrieb von Handelflugzeugen im internationalen Verkehr ausschließlich oder präferenzielle Rechte, es bietet allen Vereinten Nationen gleiche Möglichkeiten, internationale Handelsluftfahrtsrechte auf österreichischem Staatsgebiet zu erwerben, einschließlich des Rechtes der Landung zur Brennstoffaufnahme und Reparatur und gewährt hinsichtlich des Betriebes von Handelflugzeugen im internationalen Verkehr allen Vereinten Nationen auf Grundlage der Gegenseitigkeit und nicht diskriminierender Behandlung das Recht, über österreichisches Gebiet zu fliegen ohne zu landen. Diese Bestimmungen dürfen die Interessen der österreichischen Landesverteidigung nicht beeinträchtigen.

2. Es besteht Einverständnis darüber, daß die obigen Verpflichtungen Oesterreichs den Ausnahmen unterworfen sind, die üblicherweise in den vor dem 13. März 1938 von Oesterreich abgeschlossenen Handelsverträgen enthalten waren; die Bestimmungen bezüglich der von jeder der Vereinten Nationen gewährten Gegenseitigkeit sind gleichfalls mit jenen Ausnahmen zu verstehen, die üblicherweise in den von diesem Staat geschlossenen Handelsverträgen enthalten sind.

TEIL VII

Regelung von Streitfällen

Artikel 30

1. Alle Streitfälle, die bei Ausführung des Artikels über das Eigentum der Vereinten Nationen in Oesterreich dieses Vertrages entstehen könnten, werden einer auf paritätischer Grundlage gebildeten Vergleichskommission, die aus einem Vertreter der Regierung der in Betracht kommenden Vereinten Nation und einem Vertreter der österreichischen Regierung besteht, überwiesen werden. Wenn innerhalb von drei Monaten, nachdem der Streitfall der Vergleichskommission überwiesen wurde, keine Einigung erzielt worden ist, kann jede der Regierungen die Zuziehung eines dritten Mitgliedes zur Kommission beantragen, das von den beiden Regierungen einvernehmlich aus den Angehörigen eines dritten Landes ausgewählt wird. Sollten die beiden Regierungen innerhalb

von zwei Monaten zu keinem Einverständnis über die Wahl eines dritten Mitgliedes der Kommission gelangen, kann jede der beiden Regierungen die Chefs der diplomatischen Missionen der Sowjetunion, des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreichs in Wien ersuchen, die Bestellung vorzunehmen. Wenn sich die Missionschefs innerhalb eines Zeitraumes von einem Monat nicht über die Bestellung dieses dritten Mitgliedes einigen können, kann der Generalsekretär der Vereinten Nationen von jeder der beiden Parteien ersucht werden, die Bestellung vorzunehmen.

2. Wenn eine Vergleichskommission nach Paragraph 1 dieses Artikels bestellt ist, hat sie die Jurisdiktion über alle Streitfälle, die in Hinkunft zwischen der in Betracht kommenden Vereinten Nation und Oesterreich bezüglich der Anwendung oder der Auslegung des in Paragraph 1 dieses Artikels genannten Artikels entstehen könnten, und übt die ihr durch diese Bestimmungen zugewiesenen Funktionen aus.

3. Jede Vergleichskommission bestimmt ihr Verfahren selbst, wobei eine der Gerechtigkeit und Billigkeit entsprechende Geschäftsordnung anzunehmen ist.

4. Jede Regierung bezahlt das Honorar des von ihr bestellten Mitgliedes der Vergleichskommission und jedes Bevollmächtigten, den sie zu ihrer Vertretung vor der Kommission bestimmt. Das Honorar des dritten Mitgliedes wird durch besondere Vereinbarung zwischen den in Betracht kommenden Regierungen festgesetzt und zusammen mit den gemeinsamen Auslagen jeder Kommission zu gleichen Teilen durch die beiden Regierungen bezahlt.

5. Die Parteien verpflichten sich, daß ihre Behörden der Vergleichskommission direkt jeden in ihrer Macht stehenden Beistand leisten werden.

6. Die Entscheidung der Mehrzahl der Mitglieder der Kommission stellt die Entscheidung der Kommission dar und ist von den Parteien als endgültig und bindend anzunehmen.

TEIL VIII

Verschiedene wirtschaftliche Bestimmungen

Artikel 31

Bestimmungen betreffend die Donau

Die Schifffahrt auf der Donau ist für die Angehörigen, die Handelsschiffe und die Waren aller Staaten auf Grundlage der Gleichstellung bezüglich der Hafen- und Schiffsgebühren und der Bedingungen für die Handelsschifffahrt frei und offen. Vorstehendes findet keine Anwendung auf den Verkehr zwischen Häfen desselben Staates.

Artikel 32

Transiterleichterungen

1. Oesterreich wird soweit wie möglich den Eisenbahn-Transitverkehr durch sein Staatsgebiet zu angemessenen Tarifen erleichtern und ist bereit, mit den Nachbarstaaten zu diesem Zwecke notwendige Gegenseitigkeitsabkommen abzuschließen.

2. Die Alliierten und Assoziierten Mächte verpflichten sich, die Aufnahme von Bestimmungen zwecks Erleichterung des Transits und der Verbindungen ohne Zölle und sonstige Lasten zwischen Salzburg und Lofer (Salzburg)

über den Reichenhall-Steinpaß und zwischen Scharnitz (Tirol) und Ehrwald (Tirol) über Garmisch-Partenkirchen in die Regelung hinsichtlich Deutschlands zu unterstützen.

Artikel 33

Anwendungsbereich

Die mit „Vermögen der Vereinten Nationen in Oesterreich“ und „Allgemeine Wirtschaftsbeziehungen“ überschriebenen Artikel dieses Vertrages sind auf die Alliierten und Assoziierten Mächte und diejenigen der Vereinten Nationen anzuwenden, die diesen Status am 8. Mai 1945 hatten und deren diplomatische Beziehungen mit Deutschland im Zeitraum zwischen dem 1. September 1939 und 1. Jänner 1945 abgebrochen worden sind.

TEIL IX

Schlußbestimmungen

Artikel 34

Missionschefs

1. Für einen Zeitraum, der achtzehn Monate vom Inkrafttreten dieses Vertrages an gerechnet nicht zu überschreiten hat, werden die Chefs der diplomatischen Missionen der Sowjetunion, des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreichs in Wien im einvernehmlichen Vorgehen die Alliierten und Assoziierten Mächte in allen die Durchführung und Auslegung des vorliegenden Vertrages betreffenden Fragen der österreichischen Regierung gegenüber vertreten.

2. Die vier Missionschefs werden der österreichischen Regierung Anleitung, technischen Rat und Aufklärung geben, die etwa erforderlich sein sollten, um die rasche und wirksame Durchführung des vorliegenden Vertrages sowohl dem Wortlaut als dem Sinne nach zu gewährleisten.

3. Die österreichische Regierung wird den genannten vier Missionschefs jede notwendige Information erteilen und jeden Beistand leisten, den sie zur Erfüllung der ihnen aus diesem Verträge erwachsenen Aufgaben benötigten sollten.

Artikel 35

Auslegung des Vertrages

1. Soweit kein anderes Verfahren in irgendeinem Artikel des vorliegenden Vertrages besonders vorgesehen ist, wird jede Meinungsverschiedenheit über die Auslegung oder die Durchführung des Vertrages, die nicht durch unmittelbare diplomatische Verhandlungen beigelegt wird, den vier Missionschefs überwiesen, die gemäß Artikel 34 vorgehen, jedoch mit der Maßgabe, daß die Missionschefs in diesem Fall nicht durch die in diesem Artikel vorgesehene Frist beschränkt sind. Jede Meinungsverschiedenheit dieser Art, die von ihnen nicht innerhalb eines Zeitraumes von zwei Monaten beigelegt worden ist, wird, falls sich die streitenden Parteien nicht über andere Mittel der Beilegung einigen, auf Ersuchen einer der beiden Parteien einer Kommission überwiesen, die aus einem Vertreter jeder Partei und einem dritten Mitglied besteht, das von den beiden Parteien einvernehmlich aus Angehörigen eines dritten Staates ausgewählt wird. Sollten sich die beiden Parteien innerhalb eines Monats nicht über die Bestellung des dritten Mitgliedes einigen können, kann der Generalsekretär der

Vereinten Nationen von jeder der beiden Parteien ersucht werden, die Bestellung vorzunehmen.

2. Die Entscheidung der Mehrzahl der Mitglieder der Kommission stellt die Entscheidung der Kommission dar und ist von den Parteien als endgültig und bindend anzunehmen.

Artikel 36

Geltung der Annexe

Die Bestimmungen der Annexe haben als integrierende Bestandteile dieses Vertrages Geltung und Wirksamkeit.

Artikel 37

Beitritt zum Verträge

1. Jedes Mitglied der Vereinten Nationen, das am 8. Mai 1945 sich mit Deutschland im Kriegszustand befunden und den Status einer Vereinten Nation besessen hat und nicht Signatur des vorliegenden Vertrages ist, kann dem Vertrag beitreten und ist nach Beitritt für die Zwecke des Vertrages als Assoziierte Macht anzusehen.

2. Die Beitrittsurkunden sollen bei der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hinterlegt werden und treten mit der Hinterlegung in Kraft.

Artikel 38

Ratifikation des Vertrages

1. Der vorliegende Vertrag, dessen russischer, englischer, französischer und deutscher Text authentisch ist, soll ratifiziert werden. Er tritt unmittelbar nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, durch das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, durch die Vereinigten Staaten von Amerika und durch Frankreich einerseits und durch Oesterreich andererseits in Kraft. Die Ratifikationsurkunden sollen in möglichst kurzer Zeit bei der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hinterlegt werden.

2. Der Vertrag soll bezüglich jeder Alliierten oder Assoziierten Macht, deren Ratifikationsurkunde hienach hinterlegt wird, am Tag der Hinterlegung in Kraft treten. Der vorliegende Vertrag soll in den Archiven der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hinterlegt werden, die jedem der Signatarstaaten und beitretenden Staaten beglaubigte Abschriften übermitteln wird.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten den vorliegenden Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen in der Stadt Wien in russischer, englischer, französischer und deutscher Sprache am 15. Mai 1955.

gez.: W. Molotow, J. Iljitschow

Harold Macmillan, Geoffrey Wallinger

John Foster Dulles, Llewellyn E. Thompson

Ant. Pinay, R. Lalouette

Leopold Figl

ANNEX I

Definition und Liste von Kriegsmaterial

Der Ausdruck „Kriegsmaterial“, wie er im vorliegenden Vertrag gebraucht wird, umfaßt alle Waffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände, die für den Gebrauch im Kriege speziell entworfen oder adaptiert wurden, soweit sie nachstehend aufgezählt sind.

Die Alliierten und Assoziierten Mächte behalten sich das Recht vor, die Liste periodisch durch Aenderung oder Hinzufügung im Hinblick auf die künftige wissenschaftliche Entwicklung zu ergänzen.

Kategorie I

1. Militärgewehre, Karabiner, Revolver und Pistolen; Läufe für diese Waffen und andere Ersatzteile, die nicht ohne weiteres für zivilen Gebrauch umgeändert werden können.

2. Maschinengewehre, automatische und selbstladende Militärgewehre und Maschinenpistolen; Läufe für diese Waffen und andere Ersatzteile, die nicht ohne weiteres für zivilen Gebrauch umgeändert werden können; Maschinengewehrgestelle.

3. Kanonen, Haubitzen, Mörser, Minenwerfer, Spezialkanonen für Flugzeuge, verschußlose oder rückstoßfreie Geschütze und Flammenwerfer; Läufe für diese Waffen und Ersatzteile, die nicht ohne weiteres für zivilen Gebrauch umgeändert werden können; Lafetten und Gestelle für die vorgenannten.

4. Abschußvorrichtungen für Raketen; Abschuß- und Kontrollmechanismen für selbstgetriebene und gelenkte Geschosse und Projektile; Montierungen für diese.

5. Selbstgetriebene und gelenkte Geschosse, Projektile, Raketen, scharfe Munition und Kartuschen, sei es gefüllt oder ungefüllt, für die Waffen, die in den oben angeführten Punkten 1 bis 4 aufgezählt sind, und Zündvorrichtungen, Zündladungen oder Auslöser, um dieselben zur Explosion zu bringen oder zu betätigen. Zündvorrichtungen für zivile Zwecke sind nicht eingeschlossen.

6. Granaten, Bomben, Torpedos, Minen, Wasserbomben und Brandsätze und Ladungen, sei es gefüllt oder ungefüllt, alle Mittel, um sie zur Explosion zu bringen oder zu betätigen. Zündvorrichtungen für zivilen Gebrauch sind nicht eingeschlossen.

7. Bajonette.

Kategorie II

1. Gepanzerte Kampfwagen; Panzerzüge, die technisch nicht für zivilen Gebrauch umzuändern sind.

2. Mechanische und selbstgetriebene Fahrzeuge für alle in Kategorie I angeführten Waffen; Chassis und Karosserien speziell militärischen Typs, außer den in Punkt 1 angeführten.

3. Panzerplatten mit mehr als drei Zoll Dicke, die für Schutzzwecke im Kriege verwendet werden.

Kategorie III

1. Ziel- und Einstellungsvorrichtungen zur Vorbereitung und Kontrolle des Feuers einschließlich Zielmeßgeräte und Flächenmeßgeräte für Feuerkontrolle; Feuerlenkungsgeräte, Kanonen- und Bombenzielvorrichtungen, Einstellungsvorrichtungen für Zündladungen, Ausrüstungen für die Kalibrierung von Geschützen und Feuerkontrollinstrumente.

2. Sturmbrücken, Angriffs- und Sturmboote.

3. Objekte für Täuschung im Felde; Blend- und Lockvorrichtungen.

4. Persönliche Kriegsausrüstung spezialisierter Natur, die nicht ohne weiteres für zivilen Gebrauch zu adaptieren ist.

Kategorie IV

1. Kriegsschiffe aller Art einschließlich umgebaute Schiffe und Fahrzeuge, die für deren Unterstützung und

Versorgung konstruiert und bestimmt sind, die technisch nicht wieder für zivilen Gebrauch abgeändert werden können, als auch Waffen, Panzerung, Munition, Flugzeuge und alle andere Ausrüstung, Material, Maschinen und Vorrichtungen, die in Friedenszeiten nicht auf anderen Schiffen als auf Kriegsschiffen verwendet werden.

2. Landungsboote und amphibische Fahrzeuge oder Ausrüstung jeder Art; Sturmboote oder Vorrichtungen aller Art sowie Katapulte oder andere Apparate zum Starten oder Abschleudern von Flugzeugen, Raketen, angetriebene Waffen oder andere Geschosse, Instrumente oder Vorrichtungen, sei es bemannt oder unbemannt, sei es gesteuert oder ungesteuert.

3. Tauchfähige oder halbtauchfähige Schiffe, Fahrzeuge, Waffen, Vorrichtungen oder Apparate jeder Art einschließlich speziell entworfene Ausleger zur Hafenverteidigung, ausgenommen solche, die für Bergung, Rettung oder andere zivile Zwecke benötigt werden, ferner alle Ausrüstung, Zubehör, Ersatzteile, experimentelle oder Ausbildungshilfen, Instrumente oder Vorrichtungen, die besonders für ihre Konstruktion, Erprobung, Unterhaltung oder Unterbringung derselben entworfen wurden.

Kategorie V

1. Zusammengestellte oder nicht zusammengestellte Luftfahrzeuge, schwerer oder leichter als Luft, die für den Luftkampf durch den Gebrauch von Maschinengewehren, Raketen- oder Geschützen oder für Mitführen und Abwurf von Bomben entworfen oder adaptiert sind, ferner solche, die für Geräte der in Absatz 2 angeführten Art eingerichtet oder nach ihrem Entwurf oder ihrer Konstruktion dafür bestimmt sind.

2. Bordgeschützstände und Montierungen, Bombenhalter, Torpedojäger und Auslösevorrichtungen für Bomben oder Torpedos, Geschütztürme und Deckungen.

3. Speziell für Luftlandetruppen bestimmte und nur von ihnen benützte Ausrüstung.

4. Katapulte und Abschußapparate für Flugzeuge auf Mutterschiffen, Land- und Seeflugzeuge, Apparate für den Abschuß von fliegenden Geschossen.

5. Sperrballons.

Kategorie VI

Erstickende, blasenerzeugende, tödliche, giftige oder lähmende Stoffe, die für Kriegszwecke bestimmt oder über die zivilen Bedürfnisse hinaus hergestellt werden.

Kategorie VII

Antriebsstoffe, Explosivstoffe, pyrotechnische Stoffe oder verflüssigte Gase, die für Antrieb, Explosion, Laden oder Füllen von oder für den Gebrauch in Verbindung mit Kriegsmaterial im Sinn dieser Kategorien bestimmt und für zivile Zwecke nicht verwendbar sind oder über die Zivilbedürfnisse hinaus hergestellt werden.

Kategorie VIII

Fabrik- und Werkzeugausrüstungen, die speziell für die Herstellung und Instandhaltung des oben angeführten Materials bestimmt sind und technisch nicht für zivilen Gebrauch umgewandelt werden können.

ANNEX II

In Anbetracht der zwischen der Sowjetunion und Oesterreich getroffenen und in dem in Moskau am

15. April 1955 unterzeichneten Memorandum niedergelegten Vereinbarungen gilt Artikel 22 dieses Vertrages nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Auf Grund der einschlägigen wirtschaftlichen Bestimmungen der Vereinbarungen zwischen der Sowjetunion und Oesterreich vom 15. April 1955 überträgt die Sowjetunion an Oesterreich innerhalb von zwei Monaten vom Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages alle Vermögenswerte, Rechte und Interessen, die sie gemäß Artikel 22 behalten oder erhalten hat, ausgenommen die

Vermögenswerte der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft (DDSG) in Ungarn, Rumänien und Bulgarien.

2. Es besteht Uebereinstimmung, daß die Rechte Oesterreichs hinsichtlich aller Vermögensschaften, Rechte und Interessen, die an Oesterreich gemäß diesem Annex übertragen werden, nur in der im Paragraph 13 des Artikels 22 dargelegten Weise beschränkt werden.

Quelle: Nr. 517 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des österreichischen Nationalrates, VII. GP. 21. Mai 1955.

Listen und Karten zu Artikel 22

Liste Nr. 1

Oelfelder im östlichen Oesterreich, an denen der Sowjetunion Konzessionen eingeräumt werden sollen

Laufende Nr.	Name des Oelfeldes	Name der Gesellschaft
1	Mühlberg	ITAG
2	St. Ulrich — D. E. A.	D. E. A.
3	St. Ulrich — Niederdonau	Niederdonau
4	Gösting — Kreutzfeld — Pionier 50% der Produktion	E. P. G.

Bemerkung: A. Die gesamten Vermögensschaften der oben aufgezählten Oelfelder werden der Sowjetunion übertragen einschließlich aller ergiebigen wie auch unergiebigen Bohrlöcher mit ihrer gesamten Obertags- und Untertagsausrüstung, dem Oelsammelsystem, Einrichtungen und Ausrüstung für Bohrungen, Kompressor- und Pumpstationen, mechanischen Werkstätten, Benzinanlagen, Dampfkesselanlagen, Elektrizitätswerke und Unterstationen mit Leitungssystem, den Bohrleitungen, Wasserversorgungsanlagen und Wasserleitungs-Hauptrohren,

elektrischem Leitungssystem, Dampfleitungen, CASHauptleitungen, Werkstraßen in den Oelfeldern, Zufahrtsstraßen, Telephonleitungen, Feuerlöschschrüstung, den Motorfahrzeugen und Traktorenparcs, die zu den Oelfeldern gehörenden Dienst- und Wohnräume und andere Vermögensschaften, die mit der Ausbeutung der oben aufgezählten Oelfelder im Zusammenhang stehen.

B. Das Eigentumsrecht und Pachtrechte an den gesamten Vermögensschaften der oben erwähnten Produktionsfelder werden der Sowjetunion in dem Ausmaße übertragen, in dem eine natürliche oder juristische Person, welche Eigentümer dieser Felder war, sie ausbeutete oder an ihrer Ausbeutung teilnahm, Rechte, Titel oder Interessen an den besagten Vermögensschaften besaß.

In Fällen, in denen eine der Vermögensschaften gepachtet war, wird die in den Pachtverträgen vorgesehene Pachtdauer vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Vertrags an berechnet, und die Pachtverträge können nicht ohne die Zustimmung der Sowjetunion beendet werden.

Liste Nr. 2

Konzessionen auf Oelschurfgebiete im östlichen Oesterreich, die der Sowjetunion übertragen werden sollen

Lfd. Nr.	Name der Konzession	Name der Gesellschaft	Flächenausmaß des der UdSSR zu überlassenden Gebietes in Hektar
1	Neusiedlersee	Elverat	122 480
2	Leithagebirge	Kohle Oel Union	52 700
3	Groß-Enzersdorf (einschließlich des Aderklaa-Feldes)	Niederdonau	175 000
4	Hauskirchen (einschließlich des Altlichtenwarth-Feldes)	ITAG	4 800
5	St. Ulrich	D. E. A.	740
6	Schrattenberg	Kohle Oel Union	3 940
7	Großkrut	Wintershall	8 000
8	Mistelbach	Preussag	6 400
9	Paasdorf (50% des Gebiets)	E. P. G.	3 650
10	Steinberg	Steinberg Naphta	100

Lfd. Nr.	Name der Konzession	Name der Gesellschaft	Flächenausmaß des der UdSSR zu über- lassenden Gebietes in Hektar
11	Hausbrunn	D. E. A.	350
12	Drasenhofen (Gebiet auf österr. Staatsgebiet)	Kohle Oel Union	8 060
13	Ameis	Preussag	7 080
14	Siebenhirten	Elverat	5 000
15	Leis	ITAG	14 800
16	Korneuburg	Ritz	30 000
17	Klosterneuburg (50% des Gebiets)	E. P. G.	7 900
18	Oberlaa	Preussag	51 400
19	Enzersdorf	Deutag	25 800
20	Oedenburger Pforte	Kohle Oel Union	55 410
21	Tulln	Donau Oel	38 070
22	Kilb (50% des Gebiets)	E. P. G.	18 220
23	Pullendorf	Kohle Oel Union	60 700
24	Nordsteiermark (50% des Gebiets in der Sowjetzone)	E. P. G.	55 650
25	Mittelsteiermark (Gebiet in der Sowjetzone)	Wintershall	9 840
26	Gösting (50% des Gebiets)	E. P. G.	250
Totalsumme . . .		26 Konzessionen	766 340

Bemerkung zu Liste Nr. 2

- A. Die gesamten Vermögensschaften der oben angeführten Oelschurfgebiete werden der Sowjetunion übertragen.
- B. Das Eigentumsrecht und Pachtrechte an den gesamten Vermögensschaften der oben angeführten Oelschurfgebiete werden der Sowjetunion in dem Ausmaß übertragen, in dem jede natürliche oder juristische Person, welche Eigentümerin dieser Oelschurfgebiete

war oder sie ausgebeutet hat oder an ihrer Ausbeutung beteiligt war, an den besagten Vermögensschaften Rechte, Titel oder Interessen hatte.

In Fällen, in denen irgendein Eigentum gepachtet war, werden die Pachtfristen, wie sie in den Pachtverträgen vorgesehen sind, vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Vertrages an gerechnet, und die Pachtverträge können nicht ohne Zustimmung der Sowjetunion beendet werden.

Liste Nr. 3

Oelraffinerien im östlichen Oesterreich, deren Eigentumsrechte der Sowjetunion übertragen werden sollen

Lfd. Nr.	Name der Raffinerie	Jahresproduktionskapazität in 1000 Tonnen Rohöl im Jahre 1947
1	Lobau	240,0
2	Nova	120,0
3	Korneuburg	60,0
4	Okeros (Wiederveredelung)	—
5	Oelraffinerie „Moosbierbaum“ ausschließlich der Ausrüstung, welche Frankreich gehört und der Rückstellung unterliegt	—
Totalsumme . . .		420,0

Bemerkung zu Liste Nr. 3

- A. Die Raffinerien werden mit ihren Vermögensschaften übertragen einschließlich technologischer Anlagen,

Elektrizitätswerke, Dampfkesselanlagen, mechanischer Werkstätten, Ausrüstung für die Oeldepots und Lageranlagen, Laderampen und Flußanlegeplätzen, Rohrleitungen einschließlich der Rohrleitung Lobau—Zistersdorf, Straßen, Zufahrtsstraßen, Dienst- und Wohnräumen, Feuerlöschschrüstung usw.

- B. Das Eigentumsrecht und Pachtrechte an den gesamten Vermögensschaften der oben angeführten Oelraffinerien werden der Sowjetunion in dem Ausmaß übertragen, in dem jede natürliche oder juristische Person, welche Eigentümerin dieser Oelraffinerien war oder sie ausgebeutet hat oder an ihrer Ausbeutung beteiligt war, an den besagten Vermögensschaften Rechte, Titel oder Interessen hatte.

In Fällen, in denen irgendein Eigentum gepachtet war, werden die Pachtfristen, wie sie in den Pachtverträgen vorgesehen sind, vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Vertrages an gerechnet, und die Pachtverträge können nicht ohne Zustimmung der Sowjetunion beendet werden.

Liste Nr. 4

Unternehmungen im östlichen Oesterreich, die mit der Verteilung von Oelprodukten befaßt sind und die in das Eigentum der Sowjetunion übertragen werden sollen

Lfd. Nr.	Name des Unternehmens
1	Deutsche Gasolin A. G., Verteilungsstelle in Oesterreich, G. m. b. H.
2	„A. G. der Kohlenwerkstoffverbände Bochum; Gruppe Benzin-Benzol-Verband“ — Zweigstelle in Oesterreich, einschließlich des ihr gehörenden Oellagers am Praterspitz
3	„Nova“ Mineral Oel Vertrieb Gesellschaft m. b. H.
4	„Donau-Oel G. m. b. H.“
5	„Nitag“ mit Oellager am Praterspitz
6	Die mit der Gasverteilung beschäftigten Firmen „Erdgas G. m. b. H.“, „Fern Gas A. G.“, „Zaya Gas G. m. b. H.“, „Reintal Gas G. m. b. H.“ und „B. V. Methan G. m. b. H.“
7	Oellager „Praterspitz Winter Hafen“ und „Mauthausen“
8	„Wirtschaftliche Forschungsgesellschaft m. b. H.“ (W. I. F. O.), Oellager in der Lobau und Grundstücke
9	Rohrleitung Lobau (Oesterreich)-Raudnitz (Tschechoslowakei) auf dem Abschnitt von der Lobau bis zur tschechoslowakischen Grenze

Bemerkung zu Liste Nr. 4

- A. Die Unternehmungen werden der Sowjetunion vollständig mit ihren gesamten im östlichen Oesterreich gelegenen Vermögensschaften übertragen, einschließlich von Oellagern, Rohrleitungen, Verteilungspumpen, Lade- und Entladerampen, Flußanlageplätzen, Straßen, Zufahrtsstraßen usw. Außerdem werden der Sowjetunion die Eigentumsrechte über den gesamten Park der sich jetzt im Besitz sowjetischer Organisationen befindlichen Eisenbahnkesselwagen übertragen.
- B. Das Eigentumsrecht und Pachtrechte an den gesamten Vermögensschaften der oben angeführten, im östlichen Oesterreich gelegenen Unternehmungen, die mit der

Verteilung von Oelprodukten befaßt sind, werden der Sowjetunion in dem Ausmaß übertragen, in dem jede natürliche oder juristische Person, welche Eigentümerin dieser Unternehmungen war oder sie ausgebeutet hat oder an ihrer Ausbeutung beteiligt war, an den besagten Vermögensschaften Rechte, Titel oder Interessen hatte.

In Fällen, in denen irgendein Eigentum gepachtet war, werden die Pachtfristen, wie sie in den Pachtverträgen vorgesehen sind, vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Vertrages an gerechnet, und die Pachtverträge können nicht ohne Zustimmung der Sowjetunion beendet werden.

Liste Nr. 5

Vermögenswerte der DDSG im östlichen Oesterreich, die der Sowjetunion übertragen werden sollen

I. Schiffswerft in der Stadt Korneuburg

Die Eigentumsrechte an der Schiffswerft in der Stadt Korneuburg, die auf dem linken Ufer der Donau bei Kilometer 1943 gelegen ist und auf beiden Seiten des alten Donaubettes Grundstücke umfaßt, mit einer Gesamtfläche von 220 770 Quadratmetern, werden der Sowjetunion übertragen. Die Kaianlage beträgt 61 300 Quadratmeter und die Ankerplatzanlage 177 Meter.

Weiters werden der Sowjetunion Pachtrechte auf Schiffswerftgebiet von 2946 Quadratmetern übertragen.

Die Eigentumsrechte und andere Rechte auf die gesamten Vermögensschaften der Schiffswerft bis zu dem Ausmaß, in dem die DDSG an den erwähnten Vermögensschaften Rechte, Titel oder Interessen hatte, einschließlich aller Grundstücke, Gebäude, Werften und Hellinge, schwimmender Geräte, Werkstätten, Gebäude und Räume, Kraftstationen und Transformatorunterstationen, Eisenbahnnebengeleise, Transportausrüstung, technologischer und Betriebsausrüstung, Werkzeuge und Lagerbestände, Verkehrsanlagen und aller gemeinnützigen Anlagen, Wohngebäude und Baracken sowie

alles übrige Eigentum, das zur Schiffswerft gehört, werden der Sowjetunion übertragen.

II. Gebiete des Hafens der Stadt Wien

a) Erstes Gebiet (Nordbahnbrücke)

1. Das Hafengebiet von Kilometerpunkt 1931, 347,35 entlang des Laufes der Donau bis Kilometerpunkt 1931, 211,65 einschließlich des „Donausandwerkplatz“-Gebietes, und von Kilometerpunkt 1931, 176,90 bis Kilometerpunkt 1930, 439,35 entlang des Laufes der Donau, einschließlich der Gebiete „Nordbahnbrücke“ und „Zwischenbrücke“, die sich entlang der Kaiseite auf eine Gesamtdistanz von 873,2 Meter und mit einer durchschnittlichen Breite von etwa 70 Meter erstrecken.

b) Zweites Gebiet (Nordbahngelände)

2. Das Hafengebiet von Kilometerpunkt 1929, 803,00 bis Kilometerpunkt 1929, 618,00 entlang des Laufes der Donau, das sich entlang der Kaiseite auf eine Distanz von 185,00 Meter und mit einer durchschnittlichen Breite von etwa 15 Meter erstreckt, mit den beiden anliegenden Eisenbahnen und auch dem Stück des „Kommunalbäder“-Gebietes.

c) Drittes Gebiet (Praterkai)

Das Hafengebiet von Kilometerpunkt 1928, 858,90 bis Kilometerpunkt 1927, 695,30 entlang des Laufes der Donau auf eine Distanz von 1163,60 Meter und einer durchschnittlichen Breite von etwa 70 Meter.

d) Viertes Gebiet

Das an Kilometerpunkt 1925, 664,7 der Donau auf dem Gebiet des von der Ungarischen Dampfschiffahrtsgesellschaft benützten Hafengebietes angrenzende Hafengebiet bis Kilometerpunkt 1925, 529,30 auf dem von der Eisenbahn (Kaibahnhof) verwendeten Gebiet, welches sich entlang der Kaiseite auf eine Gesamtdistanz von 135,4 Meter und mit einer durchschnittlichen Breite von etwa 70 Meter erstreckt.

Die vier aufgezählten Gebiete des Hafens werden mit den gesamten wasserbaulichen Konstruktionen, Lagerhäusern, Magazinen, Schuppen, der Schiffsstation, dem technischen Dienst und den Wohnhäusern, Hilfsgebäuden und Hilfsanlagen, der mechanischen Lade- und Entladeausrüstung und den mechanischen Einrichtungen, den Reparaturwerkstätten mit Ausrüstung, Transformatorunterstationen und der elektrischen Ausrüstung, den Verkehrsanlagen und gemeinnützigen Anlagen, den gesamten Straßen- und Transportanlagen und ebenso mit den gesamten Vermögensschaften und dem gesamten Lagerbestand übertragen.

*III. Vermögensschaften und Anlagen der Agentien,
der Flußstationen und Lagerhäuser*

Lfd. Nr.	Name
1	Niederranna Agentie- und Lagerhaus-Gebäude
2	Obermühl Agentie- und Lagerhaus-Gebäude
3	Grundstück von 536 Quadratmetern
4	Neuhaus Warteraum
5	Mauthausen Agentie-Gebäude
6	Wallsee Agentie-Gebäude
7	Lagerhaus
8	Grein Agentie- und Lagerhaus-Gebäude
9	Sarmingstein Agentie-Gebäude
10	Ybbs Agentie-Gebäude
11	Pöchlarn Wohnräume
12	Agentie-Gebäude
13	Grundstück von 1598 Quadratmetern
14	Melk Lagerhaus (in der Stadt)
15	Warteraum und Büro
16	Lagerhaus
17	Schönbühel Warteraum
18	Aggsbach Dorf Agentie-Gebäude
19	Lagerhaus

Lfd. Nr.	Name
20	Spitz Agentie-Gebäude
21	Lagerhaus
22	Grundstück von 1355 Quadratmetern
23	Weißkirchen Büro und Warteraum
24	Lagerhaus
25	Grundstück von 516 Quadratmetern
26	Dürnstein Agentie-Gebäude
27	Stein Wohnstätten
28	Warteraum und Lagerhausgebäude
29	Grundstück entlang dem Haus
30	Krems Agentie-Gebäude
31	Hollenburg Warteraum
32	Tulln Agentie-Gebäude
33	Greifenstein Schuppen
34	Korneuburg Warteraum und Fahrkartenschalter-Gebäude
35	Hainburg Wohnräume
36	Agentie-Gebäude
37	Lagerhaus
38	Grundstück von 754 Quadratmetern
39	Arnsdorf Agentie-Gebäude
40	Landungsstellen Melkstrom
41	Isperdorf
42	Marbach
43	Weitenegg
44	Deutsch-Altenburg
45	Zwentendorf
46	Kritzendorf

Die in Abschnitt III aufgezählten Vermögensschaften werden mit der gesamten Ausrüstung und dem gesamten Lagerbestand übertragen.

IV. Eigentum in der Stadt Wien

1. Wohnhaus Erzherzog-Karl-Platz 11 (früher Hausnummer 6), 2. Bezirk, das auf seinem eigenen Grund steht.

2. Eigentum an Grund und Gebäude, Handelskai 204, 2. Bezirk.

3. Eigentum an Baugrundstücken in der Wehlstraße, 2. Bezirk, Katastralregister Nr. 1660, 1661, 1662.

4. Das gepachtete Grundstück Handelskai Nr. 286, 2. Bezirk.

Die erwähnten in Abschnitt IV aufgezählten Vermögensschaften werden mit der gesamten Ausrüstung und dem gesamten Inventar übertragen.

Bemerkung zu den Abschnitten II, III und IV

Der Grund, der von dem in Abschnitt II der vorliegenden Liste erwähnten Hafengebiet und ebenso von den in Abschnitt III und IV der vorliegenden Liste aufgezählten Agentiegebäuden, Stromstationen, Lagerhäusern

sern und anderen Gebäuden eingenommen wird, und alle in den Abschnitten II, III und IV angeführten Vermögensschaften sind der Sowjetunion unter denselben gesetzlichen Bedingungen zu übertragen, unter denen die DDSG diesen Grund und die anderen Vermögensschaften innegehabt hat, mit der Maßgabe, daß am 8. Mai 1945 im Eigentum der DDSG gestandener Grund in das Eigentum der UdSSR übergeht.

In Fällen, in denen Vereinbarungen, die die gesetzliche Grundlage für die Uebertragung von Gründen an die DDSG herstellten, nicht die Uebertragung der Eigentumsrechte an diesen Gründen an die DDSG vorsahen, wird die österreichische Regierung verpflichtet, die Uebertragung der von der DDSG durch solche Verein-

barungen erworbenen Rechte an die UdSSR zu verbüchern und die Gültigkeit dieser Vereinbarungen für eine unbestimmte Zeitdauer unter dem Vorbehalt zu verlängern, daß in der Zukunft die Gültigkeit solcher Vereinbarungen nicht ohne die Zustimmung der Regierung der UdSSR widerrufen wird.

Das Ausmaß der Verpflichtungen der Sowjetunion hinsichtlich dieser Vereinbarungen ist durch ein Abkommen zwischen der Regierung der UdSSR und der österreichischen Regierung festzusetzen. Diese Verpflichtungen sollen nicht die Verpflichtungen überschreiten, die von der DDSG in Uebereinstimmung mit den vor dem 8. Mai 1945 abgeschlossenen Vereinbarungen eingegangen worden waren.

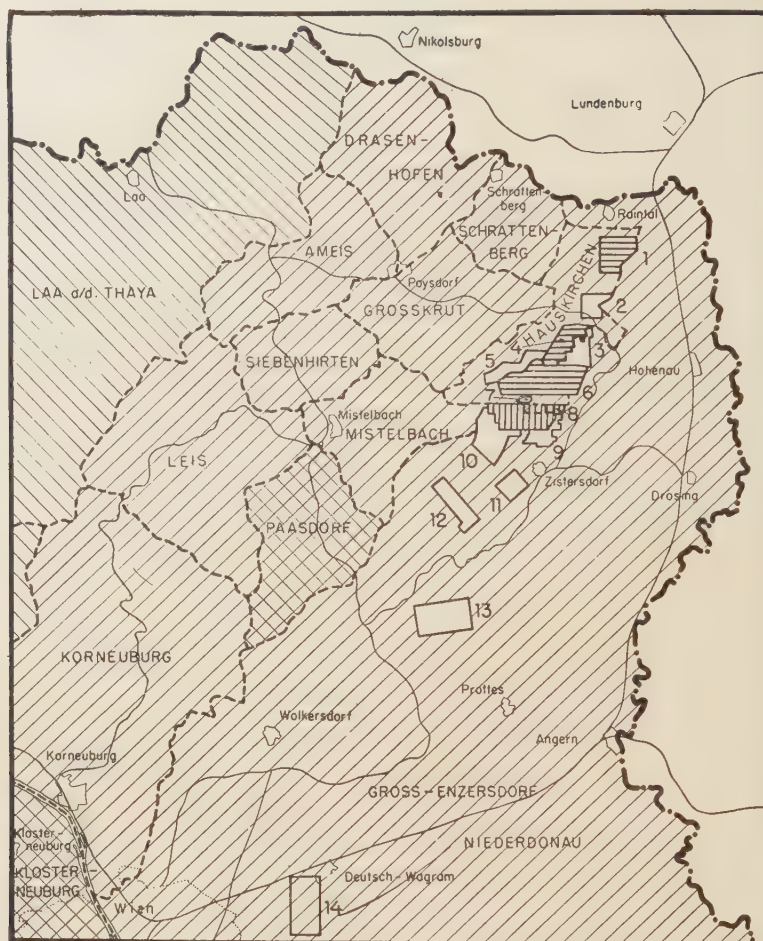
V. Im östlichen Oesterreich gelegene und der DDSG gehörige Schiffe, die der UdSSR zu übertragen sind




Nr.	Schiffstype	Gegenwärtiger Name	Früherer Name	Leistung in PS	Ladefähigkeit
1	Schlepper	„Vladivostok“	„Persenbeug“	1000	—
2	Schlepper	„Cronstadt“	„Bremen“	800	—
3	Passagierdampfer	„Caucasus“	„Helios“	1100	—
4	Tankkahn	104	„DDSG-09714“	—	967
5	Tankkahn	144	„DDSG-09756“	—	974
6	Tankkahn	161	„DDSG-05602“	—	548
7	Tankkahn	09765	„DDSG-09765“	—	952
8	Tankkahn	29	„DDSG-XXIX“	—	1030
9	Schleppkahn	22	(wird nach Vollendung übernommen)	—	972
10	Schleppkahn	23	(wird nach Vollendung übernommen)	—	972
11	Schleppkahn	EL-72	„DDSG-EL-72“	—	180
12	Schleppkahn	654	„DDSG-67277“	—	669
13	Schleppkahn	689	„DDSG-6566“	—	657
14	Schleppkahn	1058	„DDSG-1058“	—	950
15	Schleppkahn	5016	„DDSG-5016“	—	520
16	Schleppkahn	5713	„DDSG-5713“	—	576
17	Schleppkahn	5728	„DDSG-5728“	—	602
18	Schleppkahn	6746	„DDSG-6746“	—	670
19	Schleppkahn	65204	„DDSG-65204“	—	650
20	Schleppkahn	67173	„DDSG-67173“	—	670
21	Schleppkahn	10031	„DDSG-10031“	—	942
22	Schleppkahn	5015	„DDSG-5015“	—	511
23	Schleppkahn	6525	„DDSG-6525“	—	682
24	Schleppkahn	67266	„DDSG-67266“	—	680
25	Leichter	304	„Johanna“	—	30
26	Leichter	411	„V-238“	—	40
27	Rohrponton	„RP-IV“	„RP-IV“	—	—
28	Rohrponton	„RP-VI“	„DDSG-RP-VI“	—	—
29	Rohrponton	„RP-XX“	„DDSG-RP-XX“	—	—
30	Landungsbrücke	„EP-97“	„DDSG-EP-9721“	—	—
31	Ponton	„EP-120“	„DDSG-EP-120“	—	—
32	Leichter ohne Deck	„Trauner“	„Trauner“	—	—
33	Schwimmkran	P-1	(namenlos)	—	—
34	Schwimmkran	P-2	„DDSG-21“	—	—
35	Ponton	Pt-7	—	—	—
36	Ponton	Pt-8	—	—	—




Quelle: Nr. 517 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des österreichischen Nationalrates, VII. GP. 21. Mai 1955.

Karte 1

Konzessionen auf Oelfelder im östlichen Oesterreich



-  Oelfelder, an denen der Sowjetunion Konzessionen eingeräumt werden
-  Oelfelder, an denen der Sowjetunion Konzessionen eingeräumt werden (50% der Produktion)
-  Oelfelder, die Oesterreich verbleiben
- Grenzen der Oelfelder
- - - Grenzen der Oelschurfgebiete

-  Konzessionen auf Oelschurfgebiete, die der Sowjetunion übertragen werden
-  Konzessionen auf Oelschurfgebiete, die der Sowjetunion übertragen werden (50% des Gebiets)
-  Oelschurfgebiete, die Oesterreich verbleiben
- Staatsgrenzen
- Eisenbahnlinien

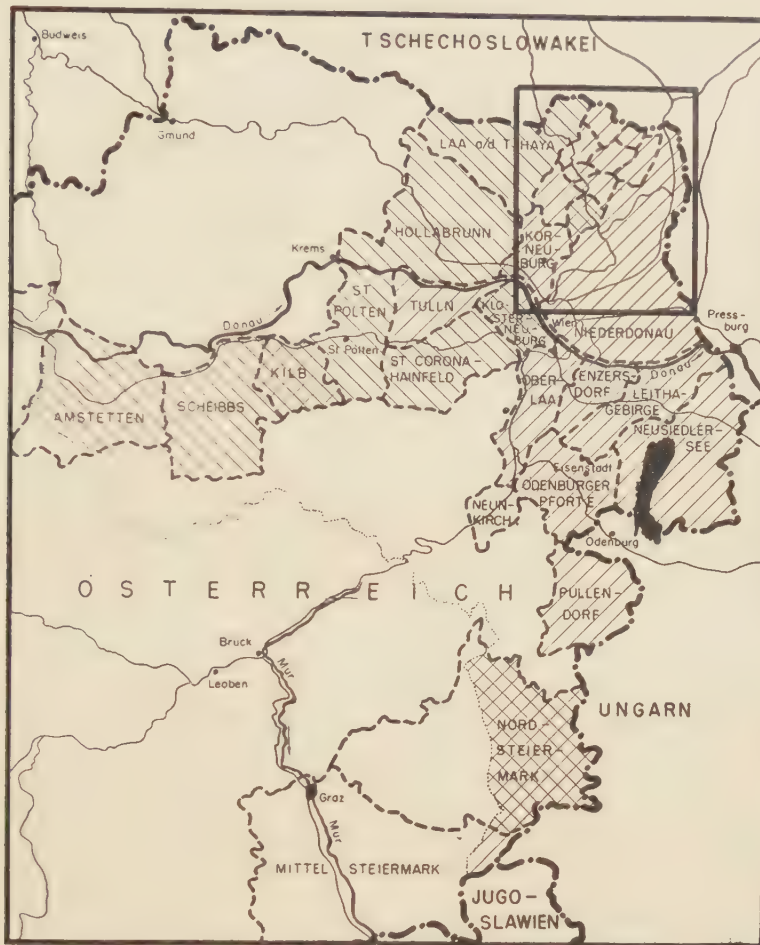
Oelfelder









- | | |
|----------------------------|-----------------------------|
| 1 Mühlberg | 8 Gösting—Kreuzfeld—Pionier |
| 2 Alt-Lichtenwarth | 9 R. A. G. |
| 3 Van Sickle Plattwald | 10 Maustrenk |
| 4 Sankt Ulrich—Niederdonau | 11 Gaiselberg |
| 5 Hauskirchen | 12 Scharfenek |
| 6 Sankt Ulrich—D. E. A. | 13 Hohenruppersdorf |
| 7 Steinberg—Naphta | 14 Aderklaa |

Quelle: Gezeichnet nach der Kartenbeilage zu Nr. 517 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des österreichischen Nationalrates, VII. GP., 21. Mai 1955.

Karte 2

Konzessionen auf Oelschurfgebiete im östlichen Oesterreich



- | | | | |
|------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------|
|  | Konzessionen auf Oelschurfgebiete, die der Sowjetunion übertragen werden |  | Grenzen der Oelschurfgebiete |
|  | Konzessionen auf Oelschurfgebiete, die der Sowjetunion übertragen werden (50% des Gebiets) |  | Staatsgrenzen |
|  | Oelschurfgebiete, die Oesterreich verbleiben |  | Eisenbahnlinien |
|  | Grenze der ehem. sowjetischen Besatzungszone |  | Ausschnitt der Karte 1 |

Quelle: Gezeichnet nach der Kartenbeilage zu Nr. 517 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des österreichischen Nationalrates, VII. GP., 21. Mai 1955.

Erläuterungen zum Wortlaut des Vertrages

Zur Präambel:

In diesem Vorspruch des Staatsvertrages werden die Vertragsschließenden Teile (erster Absatz) und die Bevollmächtigung der Unterhändler (achter Absatz) angeführt. Bei wichtigen Verträgen werden die geschichtliche Entwicklung, die zu dem betreffenden Vertrag geführt hat, und die Motive des Vertragsabschlusses kurz angegeben. Dies ist auch bei dem vorliegenden Vertrag der Fall.

Hinsichtlich der geschichtlichen Entwicklung beginnt der zweite Absatz der Präambel etwas unvermittelt mit der Erwähnung des Anschlusses 1938, der als eine gewaltsame Annexion Oesterreichs durch Hitler-Deutschland qualifiziert wird. Nicht erwähnt wird in der Präambel, daß das Völkerbundmitglied Oesterreich — wie bald nachher das Völkerbundmitglied Tschechoslowakei — vom Völkerbund und den anderen Völkerbundmitgliedern vorläufig preisgegeben werden mußte, da sich selbst die Großmächte dem aggressiven Hitler-Deutschland gegenüber in der Defensive befanden.

Der dritte Absatz der Präambel wiederholt die feierliche Moskauer Deklaration vom 30. Oktober 1943, in welcher die Vier Mächte, die nun mit Oesterreich den vorliegenden Staatsvertrag unterzeichnen, die gewaltsame Annexion Oesterreichs durch Deutschland am 13. März 1938 als null und nichtig erklären — mit allen nach dem Völkerrecht sich daraus ergebenden rechtlichen Folgen. Die Vier Mächte gaben auch ihrem Wunsch Ausdruck, Oesterreich als einen freien und unabhängigen Staat wiederhergestellt zu sehen, weil ohne ein selbständiges Oesterreich eine Friedensordnung in Europa nicht verwirklicht werden kann. Der letzte Satz der Moskauer Deklaration, der als ein Mittel der psychologischen Kriegführung die Oesterreicher zu erhöhtem Widerstand gegen die Herrschaft des nationalsozialistischen Deutschland aufrief, ist als überholt in die Präambel des Staatsvertrages nicht aufgenommen worden.

Die Vier Mächte rufen im vierten Absatz der Präambel in Erinnerung, daß als ein Ergebnis des alliierten Sieges Oesterreich von der Gewaltherrschaft Hitler-Deutschlands befreit wurde, wessen das österreichische Volk stets in gebührender Dankbarkeit eingedenk sein wird.

Im fünften Absatz anerkennen die Vier Mächte die Bedeutung der Anstrengungen, die das österreichische Volk zur Wiederherstellung und zum Wiederaufbau seines Landes selbst gemacht hat und — angesichts der großen Schäden aus der Zeit der deutschen Besetzung und des Krieges — noch weiter zu machen haben wird. In der Tat beruht der Wiederaufstieg Oesterreichs zur vollen Freiheit vor allem auf dem unbeugsamen Selbstbehauptungswillen, der unbeirrbaren Unerschrockenheit und dem unermüdlchen Fleiß des gesamten österreichischen Volkes. Jedoch sei auch hier der in der Präambel nicht erwähnten großzügigen Wirtschaftshilfe der Vier Mächte, vor allem der Vereinigten Staaten von Amerika, an Oesterreich in Dankbarkeit gedacht. Der in diesem Absatz schon 1947 formulierte Wunsch der Vier Großmächte, Oesterreichs Freiheit und Unabhängigkeit durch den Abschluß des Staatsvertrages völlig wiederherzustellen, wird infolge der weltpolitischen Lage erst

jetzt in Erfüllung gehen. Zweifellos haben die Vier Mächte sowohl durch die Befreiung Oesterreichs als auch durch die Wiederherstellung seiner vollen Freiheit zur Wiederaufrichtung des Friedens in Europa wesentlich beigetragen.

Der sechste Absatz spricht irrigerweise von einer „Teilnahme Oesterreichs am Kriege“: Der Staat Oesterreich war aber durch die völlige Hemmung seiner völkerrechtlichen Handlungsfähigkeit infolge der deutschen Herrschaft von 1938 bis 1945 nicht in der Lage, völkerrechtliche Handlungen zu setzen, und hat sich daher mit keinem Staat im Kriegszustand befunden. Das Volk Oesterreichs wurde aber durch seine vorläufige Preisgabe durch die anderen Völkerbundmitglieder, wie die österreichische Proklamation vom 27. April 1945 richtig ausführte, in einen „sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg“ hineingezwungen, „den kein Oesterreicher jemals gewollt hat, jemals vorauszusehen oder gutzuheißen in stand gesetzt war, zur Bekriegung von Völkern, gegen die kein wahrer Oesterreicher jemals Gefühle der Feindschaft oder des Hasses gehegt hat“.

Die aus der gewaltsamen Annexion Oesterreichs und die aus dem Krieg stammenden noch offenen Fragen sollen im vorliegenden Vertrag nach dem Wunsch der Vier Mächte „in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit“ geregelt werden. Gerechtigkeit ist ein Wert, dessen Verwirklichung auf Erden nur annähernd erreicht werden kann. So enthält auch der vorliegende Vertrag noch manche Bestimmung, die das österreichische Volk nicht durchwegs als gerecht empfinden wird. Immerhin wurden gegenüber dem noch der Berliner Konferenz 1954 vorliegenden Entwurf große Verbesserungen erzielt, so daß das österreichische Volk diesem Vertrag als einer Rechtsgrundlage für die weitere Zukunft seine Zustimmung wird geben können.

In diesem Sinne kann das österreichische Volk den im siebenten Absatz der Präambel ausgedrückten Wunsch der Vier Mächte teilen, der Staatsvertrag möge als Grundlage freundschaftlicher Beziehungen zwischen Oesterreich und den Alliierten und Assoziierten Mächten, darüber hinaus aber mit allen Staaten einschließlich aller seiner Nachbarn dienen. Gerne wird das österreichische Volk die hier in der Präambel enthaltene Zusage der Vier Mächte zur Kenntnis nehmen, die Bewerbung Oesterreichs um Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen zu unterstützen, um die Oesterreich bereits 1947 angesucht hat, Oesterreich ist bereit, seinen ihm gebührenden Platz in der Staatengemeinschaft sowie in der Organisation der Vereinten Nationen einzunehmen.

Durch eine mehr als tausendjährige Geschichte unverbrüchlich zum europäischen Abendland gehörig, kann und will das österreichische Volk durch seine selbstbewußte Existenz in seinem selbständigen Staat die soziale Gerechtigkeit im Innern voll verwirklichen, mit allen seinen Nachbarn in freundschaftlichen, wenn möglich freundschaftlichen Beziehungen leben und in voller Freiheit seinen besonderen, österreichischen Beitrag zur europäischen Friedensordnung erbringen.

Zu Artikel 1 (Wiederherstellung Oesterreichs als freier und unabhängiger Staat):

Die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Oesterreichs ist bereits durch die österreichische Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945 entsprechend der Moskauer Erklärung vom 30. Oktober 1943 festgestellt worden. Bald darnach konnte Oesterreich seine seit dem 13. März 1938 unterbrochenen diplomatischen Beziehungen mit fast allen Staaten wieder aufnehmen.

Artikel 1 spricht daher bloß deklarativ aus, daß Oesterreich als souveräner, unabhängiger und demokratischer Staat wiederhergestellt ist.

Zu Artikel 2 (Wahrung der Unabhängigkeit Oesterreichs):

Im Artikel 2 verpflichten sich die Vier Mächte und die dem Vertrag beitretenden Staaten, einerseits die Unabhängigkeit Oesterreichs zu wahren und andererseits die Unversehrtheit seines gesamten Staatsgebietes (Artikel 5) einschließlich des österreichischen Luftraumes zu achten. Hiermit anerkennen die Alliierten und Assoziierten Mächte die politische und rechtliche Notwendigkeit des Bestandes eines selbständigen und unabhängigen Oesterreichs in seiner Bedeutung für die europäische Friedensordnung.

Zu Artikel 3 (Anerkennung der Unabhängigkeit Oesterreichs durch Deutschland):

In diesem Artikel verpflichten sich die Vier Mächte, durch Aufnahme entsprechender Bestimmungen in den künftigen deutschen Friedensvertrag eine zusätzliche Sicherung der Souveränität und Unabhängigkeit Oesterreichs zu schaffen.

Zu Artikel 4 (Verbot des Anschlusses):

Während Artikel 3 Maßnahmen zugunsten der Sicherung der Unabhängigkeit und Souveränität Oesterreichs dritten Staaten gegenüber festlegt, verpflichtet Artikel 4 Oesterreich, keine wie immer geartete politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland einzugehen. Diese Vertragsbestimmung deckt sich mit dem Willen des österreichischen Volkes zu voller Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Die Bestimmungen dieses Artikels haben verfassungsgesetzlichen Charakter.

Zu Artikel 5 (Grenzen Oesterreichs):

Durch Artikel 5 wird das Staatsgebiet Oesterreichs unter die Garantie des Staatsvertrages gestellt. Die Grenzen des österreichischen Staates gegenüber dem Ausland sind in den Artikeln 27, 29, 49 und 50 des Staatsvertrages von Saint-Germain festgelegt worden; hierzu haben dann noch die Bestimmungen der Venediger Protokolle (BGBl. Nr. 138/1922) ergänzend die Grenzziehung gegenüber Ungarn festgelegt. Die vorliegende Bestimmung des Staatsvertrages ändert an dem bisherigen Rechtszustand nichts; sie hat somit bloß deklarativen Charakter.

Zu Artikel 6 (Menschenrechte):

Die Regelung über die Menschenrechte lehnt sich eng an das Gedankengut der Erklärung der Vereinten Nationen über die Menschenrechte vom 12. Dezember 1948 an. Der normative Inhalt dieser Vorschriften ist nichts anderes als eine neuerliche Anführung der in Oesterreich schon längst geltenden Vorschriften über die Grund- und Freiheitsrechte; diese sind einerseits durch Artikel 7 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929, andererseits durch das einen Bestandteil des

Bundes-Verfassungsgesetzes bildende Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867, RGBl. Nr. 142, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger und durch die Artikel 63 ff. des Staatsvertrages von Saint-Germain unter verfassungsgesetzlichen Schutz gestellt. Die diesbezüglichen Staatsvertragsbestimmungen ändern den derzeitigen Rechtszustand nicht. Diese Bestimmung wird als Richtschnur bei Handhabung und Auslegung aller Bestimmungen dieses Vertrages sowie der künftigen Gesetzgebung zu dienen haben. Die hier verankerten Menschenrechte stellen nach wie vor eines der Grundelemente der österreichischen Verfassung dar.

Zu Artikel 7 (Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten):

Vorschriften verfassungsgesetzlichen Charakters über den Minderheitenschutz enthält das österreichische Verfassungsrecht einerseits in Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, RGBl. Nr. 142, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, andererseits in den als Verfassungsbestimmungen geltenden Vorschriften des Abschnittes V des III. Teiles des Staatsvertrages von Saint-Germain (Artikel 66 bis 69).

Die Bestimmungen des Artikels 7 stellen, soweit sie eine Gleichstellung der Minderheiten in allen Belangen aussprechen, nur eine Wiederholung der bereits bestehenden allgemeinen Staatsbürgerrechte dar.

Die Vorschrift des Paragraph 2 geht allerdings über die bisherigen verfassungsgesetzlichen Regelungen hinaus. Während nach bisherigem Recht (Artikel 68 des Staatsvertrages von Saint-Germain) für die Minderheiten nur angemessene Erleichterungen für den Unterricht an den Volksschulen gefordert waren, besteht nunmehr ein Anspruch auf Elementarunterricht in slowenischer oder kroatischer Sprache und auf eine verhältnismäßige Anzahl eigener Mittelschulen. Ferner ist eine eigene Abteilung der Schulaufsichtsbehörde für slowenische und kroatische Schulen einzurichten. Die österreichische Gesetzgebung wird diese vertraglichen Bestimmungen, die zunächst programmatische Bedeutung haben, unter Berücksichtigung des in Paragraph 1 festgelegten Grundsatzes auszuführen haben.

Paragraph 3 dieses Artikels geht über die bisherigen Regelungen des Artikels 66 des Staatsvertrages von Saint-Germain hinaus, der den nicht deutschsprachigen österreichischen Staatsangehörigen angemessene Erleichterungen beim Gebrauch ihrer Sprache vor Gericht in Wort oder Schrift garantiert. Nun wird die kroatische und slowenische Sprache in den Verwaltungs- und Gerichtsbezirken Kärntens, des Burgenlandes und der Steiermark mit slowenischer, kroatischer oder gemischter Bevölkerung zusätzlich zur deutschen Amtssprache als Amtssprache zugelassen. Diese Bestimmung bedarf keiner näheren Ausführungsgesetzgebung mehr; sie ist unmittelbar anwendbar. Hinsichtlich der Bezeichnung der Ortsnamen und Ortsaufschriften wird eine entsprechende gesetzgeberische Maßnahme des Bundes, beziehungsweise der Länder erforderlich sein.

Paragraph 4 dieses Artikels gewährleistet österreichischen Staatsangehörigen slowenischer oder kroatischer Minderheiten in Kärnten, Burgenland und Steiermark die Teilnahme an kulturellen, Verwaltungs- und Gerichtseinrichtungen in diesen Gebieten auf Grund gleicher Bedingungen wie andere österreichische Staats-

angehörige. Auch diese Bestimmung geht über die bisherigen Vorschriften hinaus.

Die Bestimmung des Paragraphen 5 ist schon durch das bisherige Recht gewährleistet.

Die Paragraphen 2, 3, 4 des Artikels 7 haben somit verfassungsgesetzlichen Charakter.

Zu Artikel 8 (Demokratische Einrichtungen):

Artikel 8 enthält ein Bekenntnis zur Demokratie, einer Staatsform, die Artikel 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 seit der erstmaligen Erlassung des Bundes-Verfassungsgesetzes zur Staatsform der Republik Oesterreich erklärt hat. Wenn Artikel 8 allen Staatsbürgern das freie, gleiche und allgemeine Wahlrecht verbürgt, so bedeutet dies bloß eine Wiederholung der im besonderen in den Artikeln 26, 95 und 119 des Bundes-Verfassungsgesetzes und in Bestimmungen aller sonstigen Wahlordnungen zu anderen Vertretungskörpern seit langem innerstaatlich verankerten Grundsätze.

Auch das Recht, ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Religion oder politischer Meinung zu einem öffentlichen Amt gewählt zu werden, ist längst ein Grundsatz des österreichischen Verfassungsrechtes. Die Bestimmungen haben verfassungsgesetzlichen Charakter.

Zu Artikel 9 (Auflösung nazistischer Organisationen):

Oesterreich hat die in Artikel 9 enthaltenen Verpflichtungen durch Maßnahmen der Bundesgesetzgebung und Verwaltung zum überwiegenden Teil bereits erfüllt. Durch das Verbotsgesetz 1945 sind alle mit der NSDAP in Verbindung gestandenen Organisationen ex lege aufgelöst und ausreichende Sicherheiten gegen ihr Wiederaufleben geschaffen worden. Organisationen der oben erwähnten Art in Vereinsform wurden durch vereinsbehördliche Verfügungen aufgelöst.

Das Verbot von Organisationen, deren Tätigkeit sich gegen eine der Vereinten Nationen richtet, entspricht dem traditionellen Wunsch Oesterreichs, mit allen Staaten in freundschaftlichen Beziehungen zu leben. § 24 des Vereinsgesetzes 1951 bietet im Zusammenhalt mit der vorliegenden Vertragsbestimmung die gesetzliche Grundlage, gegen derartige Organisationen vorzugehen.

Schließlich enthalten die Vorschriften der §§ 3 bis 3 g des Verbotsgesetzes 1947 und des Staatsschutzgesetzes, BGBl. Nr. 223/1936, ausreichende Strafsanktionen gegen jeden Versuch einer nationalsozialistischen oder gegen die demokratische Staatsform gerichteten Tätigkeit.

Dem Artikel kommt wegen seines in die Grundrechte der Gleichheit vor dem Gesetz und der Vereinsfreiheit eingreifenden Inhaltes verfassungsändernder Charakter zu.

Zu Artikel 10 (Besondere Bestimmungen über die Gesetzgebung):

Die vertraglichen Bestimmungen über die Aufrechterhaltung der österreichischen Vorschriften über die Liquidierung der Ueberreste des Regimes des deutschen Nationalsozialismus und über die Wiederherstellung der österreichischen demokratischen Ordnung beziehen sich auf die in den diesbezüglichen österreichischen Gesetzen enthaltenen Grundsätze.

Der Verpflichtung, die mit Grundsätzen des Staatsvertrages im Widerspruch stehenden, nicht auf demokratischem Wege zustande gekommenen Gesetze aufzu-

heben oder abzuändern, hat Oesterreich durch das Verfassungs-Ueberleitungsgesetz vom 1. Mai 1945, StGBI. Nr. 4, das in seinem Artikel 2 alle nach dem 5. März 1933 erlassenen Bundesverfassungsgesetze und sonstigen verfassungsrechtlichen Bestimmungen sowie alle in Oesterreich eingeführten deutschen Vorschriften verfassungsrechtlichen Inhaltes aufgehoben hat, und durch das Rechts-Ueberleitungsgesetz vom gleichen Tage, StGBI. Nr. 6, durch das alle Rechtsvorschriften, die mit den Grundsätzen einer echten Demokratie unvereinbar sind oder nationalsozialistisches Gedankengut enthalten, aufgehoben worden sind, bereits entsprochen.

In Paragraph 2 wird Oesterreich verpflichtet, das Gesetz vom 3. April 1919, StGBI. Nr. 209, betreffend die Landesverweisung und die Uebernahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen, aufrechtzuerhalten.

Der vorliegende Artikel 10 hat zur Gänze verfassungsändernden Charakter, da er verfassungsgesetzliche Normen enthält.

Zu Artikel 11 (Anerkennung der Friedensverträge):

Die in Artikel 11 angeführten Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland wurden am 10. Feber 1947 in Paris unterzeichnet und sind inzwischen in Kraft getreten.

Der Friedensvertrag mit Italien legt im Artikel 10 Italien die Pflicht auf, mit Oesterreich Vereinbarungen zu treffen, um einen freien Personen- und Frachtverkehr zwischen Nord- und Osttirol zu gewährleisten, und enthält im Annex IV das am 6. September 1946 der Pariser Konferenz übermittelte österreichisch-italienische Abkommen über Südtirol vom 5. September 1946.

Die Ungültigerklärung des Abkommens von Brioni vom 10. August 1942 (italienischer Friedensvertrag Annex XIV, Ziffer 15, und ungarischer Friedensvertrag Artikel 26) berührt auch Oesterreich (vergleiche hiezu Erläuterungen zu Artikel 25, Paragraph 10).

Vorbemerkung zu den militärischen und Luftfahrtbestimmungen

Die militärischen und Luftfahrtbestimmungen des Teiles II beschränken die Wehrhoheit Oesterreichs, die das Attribut jedes souveränen Staates sind, nur in unwesentlicher Weise. Auch diese Beschränkungen sind jedoch zeitlich begrenzt (vergleiche Erläuterungen zu Artikel 17). Oesterreich wird seine Wehrverfassung (allgemeine Wehrpflicht, Miliz oder Söldnerheer) völlig frei bestimmen können. Das Fehlen wesentlicher Beschränkungen seiner Wehrhoheit ermöglicht Oesterreich nunmehr die Beobachtung einer auch militärisch gesicherten Neutralität.

Zu Artikel 12 (Verbot der Dienstleistung in den österreichischen Streitkräften für ehemalige Mitglieder nazistischer Organisationen und Angehörige bestimmter anderer Personenkreise):

Artikel 12 enthält in Ausführung der Bestimmungen des Artikels 4 ein Verbot der Dienstleistung in den österreichischen Streitkräften für ehemalige Mitglieder nationalsozialistischer Organisationen, soweit sie nicht nach österreichischem Recht entlastet worden sind, und für Angehörige bestimmter anderer Personenkreise. Der Artikel 12 hat verfassungsgesetzlichen Charakter.

Zu Artikel 13 (Verbot von Spezialwaffen):

Die Bestimmungen dieses Artikels stellen wohl eine Beeinträchtigung militärischer Vorsorgen dar, fallen aber nicht so sehr ins Gewicht, da die österreichischen Streitkräfte nur rein defensiven Aufgaben zu dienen haben.

Zu Artikel 14 (Verfügung über Kriegsmaterial alliierter und deutschen Ursprungs):

Die Bestimmungen der Paragraphen 1 und 2 sind zum Großteil durch die in den vergangenen Jahren von den Vier Mächten durchgeführten Maßnahmen bedeutungslos geworden.

Die Bestimmung des Paragraphen 4 behindert angesichts der Entwicklung der internationalen Industrie und einer in Zukunft möglichen Ausnützung der österreichischen Produktionsmöglichkeiten die Ausrüstung der österreichischen Streitkräfte nicht.

Die Bestimmungen des in diesem Artikel bezogenen Annex I haben für sich allein keinen normativen Charakter.

Zu Artikel 15 (Verhinderung der deutschen Wiederausrüstung):

Die Bestimmungen des Paragraphen 2 stehen im inneren Zusammenhang mit Artikel 4. Soweit sie österreichische Staatsangehörige betreffen, haben sie verfassungsgesetzlichen Charakter.

Zu Artikel 16 (Verbot, betreffend Zivilflugzeuge deutscher und japanischer Bauart):

Angesichts der Entwicklung der internationalen Luftfahrtindustrie behindern die Bestimmungen dieses Artikels die Entwicklung der österreichischen Zivilluftfahrt in keiner Weise.

Zu Artikel 17 (Dauer der Beschränkungen):

Artikel 17 eröffnet Österreich die Möglichkeit, die in den Artikeln 12 und 16 enthaltenen Beschränkungen zur Gänze oder zum Teil durch Abkommen mit den Alliierten oder Assoziierten Mächten oder, sobald Österreich Mitglied der Vereinten Nationen geworden sein wird, mit dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen abzuändern oder aufzuheben.

Zu Artikel 18 (Kriegsgefangene):

Oesterreichische Staatsangehörige wurden ebenso wie die Angehörigen anderer vom nationalsozialistischen Deutschland besetzt gehaltener Staaten zum Dienst in der deutschen Wehrmacht herangezogen. Die Rückführung der hiebei in Kriegsgefangenschaft geratenen österreichischen Staatsangehörigen wird spätestens mit Inkrafttreten des Staatsvertrages abgeschlossen sein.

Zu Artikel 19 (Kriegsgräber und Denkmale):

Den Bestimmungen dieses Artikels hat Österreich bereits in den Bundesgesetzen vom 7. Juli 1948 über die Fürsorge für Kriegsgräber aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg (BGBl. Nr. 175) und über die Fürsorge und den Schutz der Kriegsgräber und Kriegsdenkmäler aus dem Zweiten Weltkrieg für Angehörige der Alliierten, Vereinten Nationen und für Opfer des Kampfes um ein freies demokratisches Österreich und Opfer politischer Verfolgung (BGBl. Nr. 176) entsprochen.

Die Verpflichtung Österreichs, die Tätigkeit alliierter, der Kriegsgräberfürsorge dienender Organisationen zu unterstützen und die Exhumierung und Ueberführung

der in Oesterreich bestatteten Leichen in ihr Heimatland zu erleichtern, entspricht einem Gebot der Pietät, dem von allen zivilisierten Staaten regelmäßig entsprochen wird.

Zu Artikel 20 (Zurückziehung der alliierten Streitkräfte):

Oesterreich hat das ohne seine Mitwirkung abgeschlossene Abkommen der Vier Mächte vom 28. Juni 1946 über den Kontrollapparat in Oesterreich niemals formell anerkannt. Es wurde in der österreichischen Rechtsordnung grundsätzlich als Tatsache einer höheren Gewalt gewertet. Oesterreich hat wiederholt und in sehr eindringlicher Weise gegen die Fortdauer der Besetzung, die jeder völkerrechtlichen Grundlage entbehrt, protestiert. Mit den Bestimmungen der Paragraphen 1 und 2 verlieren dieses Kontrollabkommen und die einschlägigen weiteren Abkommen auch zwischen den Vier Mächten ihre Wirksamkeit.

Paragraph 3 stellt sicher, daß nicht nur die Streitkräfte der Alliierten und Assoziierten Mächte, sondern auch die Mitglieder der Alliierten Kommission für Österreich innerhalb von 90 Tagen, angefangen vom Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages, soweit irgend möglich, spätestens bis zum 31. Dezember 1955, aus Österreich zurückgezogen werden.

Oesterreich wird vom Inkrafttreten des Staatsvertrages an nun kraft eigener Entschließung gemäß Paragraph 4 den Streitkräften der Alliierten und Assoziierten Mächte und den Mitgliedern der Alliierten Kommission für Österreich gewisse Rechte, Immunitäten und Begünstigungen gewähren.

Zu Paragraph 5 Abs. a: Den Vier Mächten wurden im Laufe der Besetzung folgende Geldmittel für Besatzungszwecke zur Verfügung gestellt: Der Sowjetunion 2628 Millionen Schilling, dem Vereinigten Königreich 1657 Millionen Schilling, den Vereinigten Staaten von Amerika 408 Millionen Schilling und Frankreich 1357 Millionen Schilling. Somit insgesamt 5750 Millionen Schilling.

In dem bei der Sowjetunion angegebenen Betrag von 2628 Millionen Schilling sind auch die der Sowjetunion aus Anlaß der Reichsmarkkonversion zur Verfügung gestellten Mittel von 1282 Millionen Schilling enthalten. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben aus Anlaß des Claims Settlements Agreements rund 320 Millionen Schilling zurückgezahlt. Andere Rückzahlungen haben bisher nicht stattgefunden. Soviel bekannt ist, sind die oben angeführten Gelder von den Vier Mächten zur Gänze verbraucht worden.

Nach Paragraph 5, Abs. b, dieses Artikels haben die Vier Mächte anläßlich der Zurückziehung der Streitkräfte die requirierten Objekte einschließlich des darin befindlichen österreichischen Eigentums zurückzugeben. Die Verpflichtung, auch sämtliches ehemalige deutsche Eigentum in den requirierten oder sonst von der Besetzung benützten Objekten Österreich zu übertragen, ergibt sich aus Artikel 22.

Zu Artikel 21 (Reparationen):

Die in Artikel 21 aufgenommene Bestimmung, daß von Österreich im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg keine Reparationen verlangt werden können, hat lediglich deklarative Bedeutung. Schon in der Moskauer Erklärung vom 30. Oktober 1943 hatten die Großmächte einhellig festgestellt, daß Österreich „das erste

freie Land war, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer gefallen ist und von deutscher Herrschaft befreit werden soll". Schon diese dem allgemeinen Völkerrecht entsprechende Feststellung der Moskauer Deklaration schließt jegliche Verpflichtung Oesterreichs zu irgendwelchen Reparationen aus.

Zu Artikel 22 (Deutsche Vermögenswerte in Oesterreich):

Die Alliierten Mächte haben nach allgemeinem Völkerrecht Entschädigungsansprüche gegen das Deutsche Reich sowie dessen Verbündete wegen der im Zweiten Weltkrieg von den Achsenmächten ihnen verursachten Schäden. Diese Reparationsforderungen der Alliierten Mächte sollten gemäß den Beschlüssen der Berliner Konferenz vom 2. August 1945 durch Ausfolgung von auf dem Gebiete des Deutschen Reiches befindlichen Vermögenswerten (insbesondere von Industrieanlagen) sowie aller im Ausland gelegener Vermögenswerte deutscher Staatsangehöriger befriedigt werden. Die Heranziehung des privaten Auslandsvermögens zu Reparationszwecken ist in den Friedensverträgen von Versailles, Trianon, Neuilly sowie auch im Staatsvertrag von Saint-Germain, ferner in den Friedensverträgen vom 10. Feber 1947 mit Italien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien rechtlich verankert. In allen diesen Fällen hat der betreffende reparationspflichtige Vertragspartner sich zur Entschädigung seiner Staatsangehörigen beziehungsweise der durch Reparationsmaßnahmen sonst betroffenen Personen verpflichtet.

In Durchführung der sogenannten Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945 haben die Vier Mächte auch das sogenannte „deutsche Vermögen“ in Oesterreich in Anspruch genommen und die Kontrolle über diese Vermögenswerte in ihren Besatzungszonen ausgeübt. Im ursprünglichen Staatsvertragsentwurf war dementsprechend die Uebernahme des „deutschen Vermögens“ in Oesterreich durch die Vier Mächte vorgesehen.

Der Uebergang der „deutschen Vermögenswerte“ auf die Vier Mächte wäre jedoch mehr einer österreichischen als einer deutschen Reparationsleistung gleichgekommen, da mit dem „deutschen Vermögen“ auch bedeutende österreichische Vermögenswerte, insbesondere das gesamte, vom Deutschen Reich infolge der völkerrechtswidrigen Besetzung in Anspruch genommene Vermögen der öffentlichen Hand in Oesterreich auf die Vier Mächte übergegangen waren. Die Bundesregierung hat daher schon in der Sitzung des Nationalrates vom 10. Juli 1946 folgende von ihr vertretenen Grundsätze für die Klärung der Frage, was „deutsches Vermögen“ in Oesterreich sei, vertreten:

„1. Alle erst während der deutschen Besetzung unter dem Druck der politischen und wirtschaftlichen Durchdringung Oesterreichs durch das Deutsche Reich erfolgten Vermögensübertragungen sind null und nichtig, weshalb solche Vermögen nicht als deutsches Eigentum im Sinne der Potsdamer Beschlüsse anerkannt werden können.

2. Von denjenigen Vermögenswerten, die schon vor dem 13. März 1938 im deutschen Eigentum, das heißt im Eigentum von juristischen oder natürlichen Personen mit dem ordentlichen Wohnsitz in Deutschland, gestanden sind, müssen im Sinne der Moskauer Deklaration Oesterreich so viele Vermögenswerte überlassen bleiben, als es zur Wiederaufrichtung und Führung seiner Friedenswirtschaft benötigt.

3. Aber auch bei den während der Besatzungszeit Oesterreichs neu entstandenen sogenannten deutschen

Vermögenswerten muß berücksichtigt werden, daß diese zum überwiegenden Teile mit aus Oesterreich aufgebrachten Steuermitteln, mit österreichischen Rohstoffen und österreichischen Arbeitskräften geschaffen wurden. Außerdem muß auch ein Teil dieser Vermögensschaften Oesterreich als Ersatz für zerstörte Objekte erhalten bleiben, um in gewissen Produktionszweigen eine Deckung des Friedensbedarfes in Oesterreich zu ermöglichen.

4. Nach den Potsdamer Beschlüssen kann als deutsches Eigentum nur angesehen werden, was sich physisch in den einzelnen Zonen befindet.

5. Aus demselben Grunde können Kredit- und Versicherungsgesellschaften nicht als deutsches Eigentum im Sinne der Potsdamer Beschlüsse angesehen werden, da ja das Recht zur Beschlagnahme von der physischen Lage der der Beschlagnahme unterworfenen Vermögenswerte abhängt und eine solche Lokalisierung sich bei den genannten Instituten von selbst verbietet. Ueberdies gehören, wirtschaftlich gesehen, Kreditinstitute viel weniger den deutschen Aktionären als den österreichischen Einlegern und Versicherten.“

Diese Erklärung der Bundesregierung wurde vom Nationalrat mit allen gegen vier Stimmen gebilligt (vergleiche Stenographische Protokolle über die 27. Sitzung des Nationalrates der Republik Oesterreich — V. GP vom 10. Juli 1946, Seite 55 ff.).

Nun stehen aber Oesterreich aus dem Titel der gewaltsamen, von den Vier Mächten für null und nichtig erklärten Annexion durch Deutschland wohlbegründete Entschädigungsansprüche gegenüber Deutschland zu. Diese Entschädigungsansprüche Oesterreichs sind durch Artikel 23, Paragraph 3, anerkannt, wenn auch Oesterreich in diesem Artikel auf seine Schadenersatzansprüche verzichtet. Dieser Verzicht wurde in einer Zeit in den Vertragsentwurf aufgenommen, in welcher das in vier Besatzungszonen geteilte Deutschland wirtschaftlich nicht in der Lage gewesen wäre, Schadenersatz für die großen Schäden und Verluste, die Oesterreich erlitten hat, zu leisten (vergleiche hiezu auch Erläuterungen zu Artikel 23, Paragraph 3).

Um Oesterreich für seinen Verzicht auf diese Schadenersatzansprüche wenigstens in einem gewissen Ausmaß zu entschädigen, haben das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich die ihnen als Reparationsleistungen Deutschlands übertragenen deutschen Auslandsvermögenswerte in Oesterreich für eine Verwendung zugunsten Oesterreichs bestimmt. Sie haben schon seit 1946 diese ihnen gehörigen ehemaligen deutschen Auslandsvermögenswerte in die Kontrolle der österreichischen Verwaltung übergeben. Im Jahre 1949 haben diese Mächte erklärt, die ehemaligen deutschen Vermögenswerte im westlichen Oesterreich mit dem Inkrafttreten des österreichischen Staatsvertrages ohne Bezahlung oder eine andere Leistung durch Oesterreich an Oesterreich zu übertragen. Die Sowjetunion konnte sich angesichts der ungeheuren wirtschaftlichen Verluste, die sie im Zweiten Weltkrieg erlitten hatte, nicht zu einer solchen Maßnahme entschließen. Sie sollte vielmehr bedeutende, im Artikel 22, Paragraphen 1 bis 5, angeführte und in den Listen und Karten verzeichnete ehemalige deutsche Vermögenswerte behalten und nur den Rest gegen eine Ablösesumme von 150 Millionen Dollar an Oesterreich übereignen. Erst in den Moskauer Besprechungen zwischen Oesterreich und der Sowjetunion (April 1955) wurde erreicht, daß die Sowjetunion

auch die oben erwähnten Vermögenswerte im östlichen Oesterreich gegen die im wirtschaftlichen Teil des Moskauer Memorandums angeführten Gegenleistungen an die Republik Oesterreich überträgt (vergleiche Annex II, Paragraph 1 und Anhang).

Das Verfügungsrecht der Vier Mächte über das deutsche Auslandsvermögen einschließlich des deutschen Vermögens in Oesterreich ist somit, wie bereits dargelegt, grundsätzlich durch die Potsdamer Beschlüsse geregelt. Im besonderen hat die Bundesrepublik Deutschland in dem zum Pariser Vertragswerk gehörenden Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Vereinigten Königreich und Frankreich (Deutsches Bundesgesetzblatt II, 1955, S. 219 ff., und Deutsches Bundesgesetzblatt II, 1954, S. 57 ff.) die deutsche Zustimmung zu den Verfügungen der Vier Mächte über das deutsche Auslandsvermögen in Oesterreich ausdrücklich gegeben¹ und gleichzeitig die Verpflichtung zur Entschädigung der früheren Eigentümer übernommen². Aus dem Pariser Vertragswerk ergibt sich auch, daß frühere Eigentümer von deutschem Auslandsvermögen ausschließlich gegen die Bundesrepublik Deutschland Ansprüche erheben können³.

Dem eingangs dargelegten Prinzip, wonach die Vier Mächte die deutschen Vermögenswerte in Oesterreich als Reparationen Deutschlands an sie übernommen und mit dem Staatsvertrag an Oesterreich weiterübertragen haben, wird durch den Wortlaut des Artikels 22 Rechnung getragen (vergleiche „überträgt“ in Paragraph 6, „übertragen“ in Paragraph 11, „ehemalige deutsche Vermögenswerte“ in den Paragraphen 11 und 12 und „Eigentum übertragen“ in Paragraph 13). Die im Artikel 22 getroffene Regelung über die ehemaligen deutschen Vermögenswerte in Oesterreich ist daher sowohl durch allgemeines Völkerrecht als auch durch die hier in Betracht kommenden internationalen Regelungen und Verträge als auch durch die Grundsätze der Billigkeit gerechtfertigt. Im übrigen muß hiezu auch hier festgestellt werden, daß die durch die Vier Mächte schließlich an Oesterreich übertragenen ehemaligen deutschen Vermögenswerte nur einen Bruchteil des Schadens ausmachen, den Oesterreich infolge der gewaltsamen Annexion durch Deutschland erlitten hat. Vermögenswerte in Oesterreich, die mit Inkrafttreten des Staatsvertrages an Oesterreich übertragen werden, sind gemäß Artikel 22, Paragraphen 6 und 11, jene Vermögensschaften, Rechte und Interessen, die von einer Besatzungsmacht als ehemalige deutsche Vermögenswerte innegehabt oder beansprucht werden. Darunter fallen sowohl Sachvermögen als auch Forderungen und sonstige Vermögensrechte jeder Art. Nicht nur die durch spezielle Beschlagnahmen betroffenen Vermögenswerte gehen auf die Republik Oesterreich über, sondern

auch jene, die durch generelle Vorschriften unter alliierte Kontrolle gestellt wurden.

Für die Durchführung, insbesondere die Ersichtlichmachung des Eigentumsüberganges, werden bundesgesetzliche Vorschriften unter Bedachtnahme auf die österreichische Rechtsordnung eindeutige Regeln aufstellen, in denen für Grundbuchsgerichte, Registergerichte sowie für alle Dienststellen und Personen, die mit der rechtlichen Behandlung der von den Vier Mächten in Anspruch genommenen Vermögenswerte befaßt sind, der Umfang der durch Artikel 22 betroffenen Vermögenswerte klar abgegrenzt wird.

Die in den Paragraphen 1 bis 5 vorgesehenen Uebertragungen von ehemaligen deutschen Vermögenswerten in Oesterreich an die Sowjetunion stammen noch aus der Fassung des Staatsvertragsentwurfes, wie er der Berliner Konferenz 1954 vorlag, wurden aber durch das Moskauer Memorandum vom 15. April 1955 praktisch gegenstandslos. Rechtlich ist dies im Vertragswerk dadurch festgelegt, daß durch Paragraph 14 des Artikels 22 im Zusammenhalt mit Annex II, Paragraph 1, die in den Paragraphen 1 bis 5 des Artikels 22 aufgezählten Vermögenswerte in Oesterreich durch die Sowjetunion an Oesterreich übertragen werden. Dies wird besonders durch die Einleitung des Annex II zum Ausdruck gebracht, der bestimmt, daß Artikel 22 dieses Vertrages nach Maßgabe folgender Bestimmungen gilt:

„1. Auf Grund der einschlägigen wirtschaftlichen Bestimmungen der Vereinbarungen zwischen der Sowjetunion und Oesterreich vom 15. April 1955 überträgt die Sowjetunion an Oesterreich innerhalb von zwei Monaten vom Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages alle Vermögenswerte, Rechte und Interessen, die sie gemäß Artikel 22 behalten oder erhalten hat, ausgenommen die Vermögenswerte der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft (DDSG) in Ungarn, Rumänien und Bulgarien.“

Gemäß Paragraph 6 ist die erste Vierteljahresrate der von Oesterreich zu leistenden Zahlung von 150 Millionen US-Dollar im Betrage von 6 250 000 US-Dollar, das sind 162 500 000 Schilling beziehungsweise die entsprechende Warenlieferung, am ersten Tag des zweiten Monats fällig, der auf den Monat des Inkrafttretens des Staatsvertrages folgt. Wenn also der Staatsvertrag etwa im Monat Juli 1955 in Kraft tritt, würde die erste Leistung am 1. September 1955 zu erbringen sein.

Die Bestimmungen der Paragraphen 7 und 9 sind im wesentlichen durch Annex II, Paragraph 1, gegenstandslos geworden; Paragraph 7, Abs. e, der im Verhältnis zwischen Oesterreich und der Sowjetunion bestimmt, daß die gegenseitig übertragenen Vermögenswerte frei von Lasten und Ansprüchen übergehen, ist auch weiterhin anwendbar.

In Paragraph 13 wird Oesterreich von den Vier Mächten hinsichtlich der von ihnen übertragenen ehemaligen deut-

¹ Artikel 3, Absatz 2, des die Reparationen regelnden Sechsten Teils des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (Zusatzvertrag zum oben genannten Vertrag) lautet: „Die Bundesrepublik wird die Bestimmungen über die Behandlung des deutschen Auslandsvermögens in Oesterreich hinnehmen, die in einem Abkommen enthalten sind, bei dem die gegenwärtigen Besatzungsmächte Oesterreichs Parteien sind, oder die in dem zukünftigen Staatsvertrage mit Oesterreich getroffen werden.“

² Artikel 5 des in Anmerkung 1 zitierten Vertrages lautet: „Die Bundesrepublik wird Vorsorge treffen, daß die früheren

Eigentümer der Werte, die auf Grund der in Artikel 2 und 3 dieses Teiles bezeichneten Maßnahmen beschlagnahmt worden sind, entschädigt werden.“

³ Artikel 3, Absatz 3, des in Anmerkung 1 zitierten Vertrages lautet: „Ansprüche und Klagen gegen Personen, die auf Grund der in Absatz 1 und 2 dieses Artikels bezeichneten Maßnahmen Eigentum erworben oder übertragen haben, sowie Ansprüche und Klagen gegen internationale Organisationen, ausländische Regierungen oder Personen, die auf Anweisung dieser Organisation oder Regierung gehandelt haben, werden nicht zugelassen.“

schen Vermögenswerte ein Uebertragungsverbot sowohl an Deutsche als auch an andere Ausländer auferlegt. Das Uebertragungsverbot, bei dem sich die Vier Mächte offenbar von dem Grundsatz der Sicherung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Oesterreichs von Deutschland leiten ließen, bezieht sich auf ehemalige deutsche Vermögenswerte in allen vier Zonen; von diesem Uebertragungsverbot sind generell ausgenommen Vermögenswerte, die erzieherischen, kulturellen, karitativen oder religiösen Zwecken dienen. Ausgenommen sind ferner Uebertragungen an deutsche physische Personen, sofern der Wert der Vermögensschaften, Rechte oder Interessen 260 000 Schilling nicht übersteigt. Es ist Oesterreich anheimgestellt, ob und inwieweit Regelungen über gewisse ehemalige deutsche Vermögenswerte im Rahmen der im Paragraph 13 festgelegten Grenzen getroffen werden.

Das Uebertragungsverbot an Ausländer schlechthin bezieht sich ausschließlich auf die in Listen Nr. 1 und Nr. 2 aufgezählten Oelfelder und Oelschurfgebiete im östlichen Oesterreich. Diese dürfen von Oesterreich weder in das Eigentum von Deutschen noch von sonstigen Ausländern übertragen werden.

Im Hinblick auf die in den Artikeln 25 und 26 verankerte Pflicht zur Rückstellung entzogener Vermögensschaften werden berechnete Rückstellungsansprüche durch keine der Bestimmungen des Artikels 22 berührt.

Zu Artikel 23 (Oesterreichisches Vermögen in Deutschland und Verzicht Oesterreichs auf Forderungen gegenüber Deutschland):

In Paragraph 1 wird der Grundsatz der Unverletzlichkeit des österreichischen Vermögens in Deutschland ausgesprochen.

Paragraph 2 im Zusammenhang mit den einschlägigen Bestimmungen des Pariser Vertragswerkes (vergleiche Erläuterungen zu Artikel 22) schafft die Grundlage zur Wiederherstellung österreichischer Vermögensrechte in Deutschland.

In Paragraph 3 wird Oesterreich ein Verzicht im eigenen Namen und im Namen der österreichischen Staatsangehörigen auf alle am 8. Mai 1945 noch offenen Forderungen gegen Deutschland und deutsche Staatsangehörige auferlegt. Dieser Verzicht umfaßt die enormen Forderungen der Republik Oesterreich, die aus der null und nichtig erklärten Annexion Oesterreichs durch Deutschland entstanden sind, einschließlich der durch den Krieg erlittenen Verluste und Schäden und einschließlich der in österreichischem Besitz befindlichen öffentlichen deutschen Schulden und Zahlungsmittel. Oesterreich muß daher insbesondere auf die Geltendmachung des Verlustes des seinerzeitigen Gold-, Valuten- und Devisenschatzes gegenüber Deutschland verzichten, ebenso auf seine Schadenersatzforderungen aus der übersteigerten Ausbeutung seiner Boden- und Naturschätze, aus der Schleifung der österreichischen Grenzeinrichtungen, aus den Verlusten des Bundesheeres, der Sozialversicherungsträger, der Oesterreichischen Postsparkasse und der übrigen österreichischen Kreditinstitute, aus den Verlusten von Kunst- und Kulturschätzen, aus unberichtigt aushaftenden Forderungen aus Warenlieferungen und aus den zahlreichen durch Besetzung und Krieg verursachten Schäden, wie zum Beispiel auf den Ersatz von mit nationalsozialistischer Verfolgung und dem Krieg zusammenhängenden Rentenlasten.

Die Verluste österreichischer Staatsangehöriger aus dem auferlegten Verzicht auf die am 8. Mai 1945 noch offenen Forderungen gegen Deutschland und deutsche Staatsangehörige lassen sich in ihrem Ausmaß derzeit noch nicht voll übersehen. Diese Bestimmung mußte hingenommen werden, um den raschen Abschluß des Staatsvertrages zu ermöglichen.

Nach der ausdrücklichen Vorschrift des Artikels 23, Paragraph 3, werden durch den Verzicht jene Forderungen nicht berührt, die aus Verträgen stammen, welche vor dem 13. März 1938 eingegangen wurden. Ferner bleibt die Gültigkeit aller Regelungen unberührt, die vor dem Inkrafttreten des Staatsvertrages zwischen österreichischen Gläubigern und deutschen Schuldern über solche Forderungen getroffen worden sind, die an sich durch den Verzicht erfaßt wären.

Erst nach Klarstellung der durch den Verzicht betroffenen Forderungskategorien und der finanziellen Auswirkung der dadurch eintretenden Verluste wird sich beurteilen lassen, inwieweit österreichische Staatsangehörige zu entschädigen sein werden.

Daß alle diese Verzichte Oesterreichs und österreichischer Staatsangehöriger durch die Uebereignung des ehemaligen deutschen Vermögens in Oesterreich einschließlich der ehemaligen deutschen Forderungen nicht annähernd aufgewogen werden, wurde auch von alliierter Seite ausdrücklich anerkannt.

Zu Artikel 24 (Verzicht Oesterreichs auf Ansprüche gegen die Alliierten):

Artikel 24 enthält den seit jeher im Staatsvertragsentwurf vorgesehenen Verzicht der Republik Oesterreich auf aus Krieg und Besetzung herrührende Ansprüche gegen die Vier Mächte und andere Vereinte Nationen. Hiezu ist allerdings zu bemerken, daß ein wesentlicher Teil der aus der Besetzung herrührenden Ansprüche inzwischen teils durch Erklärungen der Besatzungsmächte, teils durch Regelungen zwischen der Bundesfinanzverwaltung und der betreffenden Besatzungsmacht geordnet wurden.

Nach Artikel 24, Ziffer 2, soll Oesterreich eine billige Entschädigung den Personen leisten, die den Streitkräften der Alliierten oder Assoziierten Mächte im österreichischen Staatsgebiet auf Grund von Requisition Güter geliefert oder Dienste geleistet haben, und ebenso eine Entschädigung zur Befriedigung von Ansprüchen aus Nichtkampfschäden gegen die Streitkräfte der Alliierten oder Assoziierten Mächte, die auf österreichischem Staatsgebiet entstanden sind. Diese Bestimmung ist zum großen Teil bereits erfüllt.

Inwieweit für noch offene Forderungen aus Nichtkampfschäden Ersatz zu leisten sein wird, wird durch ein in Vorbereitung befindliches Besatzungsschädengesetz bestimmt werden.

Zu Artikel 25 (Vermögen der Vereinten Nationen in Oesterreich):

Durch Artikel 25 sollte Oesterreich in Durchführung der Londoner Deklaration vom 5. Jänner 1943 zur Rückgabe von Vermögenswerten der Vereinten Nationen und ihrer Staatsangehörigen, die deutschen Sequestermaßnahmen (Paragraphen 1 und 2) unterworfen waren, und zur Rückgängigmachung der während des Krieges durch Deutschland vorgenommenen Zwangsübertragungen (Paragraph 3) solcher Vermögen-

schaften verpflichtet werden. Seit der ursprünglichen Formulierung dieses Artikels hat die österreichische Gesetzgebung alle deutschen Gesetze beseitigt, durch die Vermögen der Vereinten Nationen und ihrer Staatsangehörigen gesperrt wurde; die deutschen Zwangsübertragungen wurden durch die Erlassung der österreichischen Rückstellungsgesetze rückgängig gemacht. Da somit die Durchführung des Artikels 25 von Oesterreich schon vorweggenommen wurde, wurde schon in früheren Verhandlungen über den Staatsvertrag der Text dieser Bestimmung durch den einleitenden Satz „Soweit Oesterreich dies nicht schon durchgeführt hat“ ergänzt.

Die Bestimmung des Paragraphen 4, Abs. a, käme Staatsangehörigen der Vereinten Nationen nur dann und insoweit zugute, als etwa österreichischen Staatsangehörigen für Kriegsverluste am Vermögen Entschädigung gewährt werden würde. Die Bestimmung des Paragraphen 4, Abs. b, ist durch Maßnahmen auf dem Bau- und Devisensektor bereits erfüllt.

Für die Anwendung des Paragraphen 6 kämen nur die Besatzungskostenbeiträge von Vermögen in Betracht, die aber seit 1. Jänner 1955 aufgehoben worden sind. Für die Vergangenheit wurde der Bestimmung des Paragraphen 6 bereits dadurch Rechnung getragen, daß von den Angehörigen der Vereinten Nationen Besatzungskostenbeiträge von Vermögen tatsächlich nicht eingehoben wurden.

Aus Paragraph 9 ergibt sich, daß u. a. Maßnahmen auf Grund des Bitumengesetzes, das am 28. Juni 1946 als österreichisches Recht in Kraft stand, keinen Entziehungstatbestand im Sinne des Artikels 25 darstellen.

Die im Paragraph 10 erwähnten Abkommen betreffen die Donau-Save-Adria-Eisenbahn (vormals Südbahn).

In welcher Weise mittelbare Eigentumsinteressen von Staatsangehörigen der Vereinten Nationen an Gesellschaften oder Vereinigungen in Oesterreich wiederherzustellen sind, ist weder durch Artikel 25 noch sonst im Staatsvertrag geregelt.

Zu Artikel 26 (Vermögensschaften, Rechte und Interessen von Minderheitsgruppen in Oesterreich):

Während Artikel 25 sich nur auf das in Oesterreich befindliche Vermögen der Vereinten Nationen und ihrer Staatsangehörigen bezieht, verpflichtet Artikel 26 (in Uebereinstimmung mit dem Grundsatz des Artikels 25, Paragraph 3) Oesterreich, Vermögensschaften, die wegen der rassischen Abstammung oder der Religion des Eigentümers durch deutsche Zwangsmaßnahmen betroffen wurden, den Eigentümern ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit zurückzugeben. Diese Bestimmung wurde angesichts der in der österreichischen Rückstellungsgesetzgebung bereits vorweggenommenen Durchführung ebenfalls durch den einleitenden Satz „Soweit solche Maßnahmen noch nicht getroffen worden sind“ ergänzt.

Der in Paragraph 2 enthaltenen Verpflichtung Oesterreichs, unbeansprucht gebliebenes, entzogenes Vermögen bei Auffangorganisationen zu sammeln, wird durch die dem Nationalrat bereits unterbreitete Regierungsvorlage des 5. Rückstellungsanspruchsgesetzes Rechnung getragen.

Zu Artikel 27 (Oesterreichisches Vermögen im Gebiete der Alliierten und Assoziierten Mächte):

Artikel 27, Paragraph 1, enthält ein Versprechen der Alliierten und Assoziierten Mächte, österreichisches Ver-

mögen, das sich in ihrem Staatsgebiet befindet, oder die bei einer Liquidierung hierfür erzielten Erlöse den österreichischen Eigentümern freizugeben. Die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und Frankreich haben das österreichische Vermögen schon seit Jahren freigegeben. Auch eine große Anzahl anderer Staaten hat, ohne eine staatsvertragliche Regelung abzuwarten, die aus dem Krieg herrührenden Blockierungsbestimmungen über das österreichische Vermögen aufgehoben. Eine Anzahl anderer Staaten hat sich dagegen bisher geweigert, vor Inkrafttreten des Staatsvertrages in Verhandlungen über die österreichischen vermögensrechtlichen Ansprüche einzutreten.

Artikel 27, Paragraph 2, enthält eine für Oesterreich sehr harte Bestimmung, die hingenommen werden mußte, um das Zustandekommen des Staatsvertrages nicht zu verzögern. Hiezu wird auch auf die Erläuternden Bemerkungen zu Artikel 21 verwiesen.

Zu Artikel 28 (Schulden):

In Paragraph 1 des Artikels 28 wird die Verantwortlichkeit der Bundesrepublik Deutschland für den Dienst der österreichischen staatlichen Anleihen in bezug auf die Fälligkeiten zwischen dem 12. März 1938 und vor dem 8. Mai 1945 festgestellt. Diesem Grundsatz ist bei den mittlerweile erfolgten Schuldenregelungen bereits Rechnung getragen worden. Die im Paragraph 2 abgegebene Erklärung, wonach die Alliierten und Assoziierten Mächte von Kontrollrechten, die in vor dem 13. März 1938 abgeschlossenen Anleiheabkommen enthalten sind, keinen Gebrauch zu machen beabsichtigen, ist in der Praxis ebenfalls bereits verwirklicht worden.

Zu Artikel 29 (Allgemeine Wirtschaftsbeziehungen):

Der Artikel 29 enthält eine allgemeine österreichische Meistbegünstigungsverpflichtung gegenüber allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, begrenzt auf 18 Monate nach Inkrafttreten des Staatsvertrages, solange die einzelnen, unter diese Meistbegünstigungsverpflichtung fallenden Gebiete (Absätze a bis d) nicht durch mit einzelnen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen getroffene bilaterale Abmachungen geregelt sind. In den seit der Formulierung dieses Artikels vergangenen acht Jahren hat Oesterreich mit den meisten Vereinten Nationen seine Wirtschaftsbeziehungen vertraglich geregelt. Ueberdies gelten die Bestimmungen nur auf der Basis der Reziprozität.

Zu Artikel 30, 34 und 35 (Regelung von Streitfällen und Auslegung des Vertrages):

Die Artikel 30, 34 und 35 regeln die Auslegung des Vertrages und das Verfahren, welches bei Meinungsverschiedenheiten oder Streitfällen, die sich aus dem Vertrage ergeben, anzuwenden ist.

Im Artikel 34 wird den Missionschefs der Vier Mächte das Recht eingeräumt, durch 18 Monate ab Inkrafttreten des Vertrages in einem vernünftigen Vorgehen die Vier Mächte und jeden Staat, welcher dem Vertrag gemäß Artikel 37 beitrifft, gegenüber der österreichischen Regierung in allen die Durchführung und Auslegung des Vertrages betreffenden Fragen zu vertreten. Auch das in Artikel 34, Paragraph 2, den Missionschefs eingeräumte Recht, der österreichischen Regierung Anleitung, technischen Rat und Aufklärung zur wirksamen Durchführung des vorliegenden Vertrages zu geben, stellt eine solche

Vertretung der Alliierten und Assoziierten Mächte gegenüber Oesterreich dar und kann daher ebenfalls lediglich in einvernehmlichem Vorgehen ausgeübt werden.

Entstehen in der Auslegung des Vertrages, die sowohl dem Wortlaut als auch dem Sinn nach zu erfolgen hat, Meinungsverschiedenheiten, so ist deren Bereinigung vorerst im diplomatischen Wege zu versuchen. Führen die diplomatischen Verhandlungen zu keinem Erfolg, so können die vier Missionschefs in einvernehmlichem Vorgehen die Auffassung der Alliierten und Assoziierten Mächte oder der vertretenen Alliierten oder Assoziierten Macht gegenüber Oesterreich darlegen. Bleiben auch ihre Bemühungen zwei Monate ergebnislos, ernennen die Bundesregierung einerseits und die Alliierte oder Assoziierte Macht oder die Alliierten oder Assoziierten Mächte andererseits je einen Vertreter und die beiden Streitteile gemeinsam ein drittes Mitglied einer Kommission, welche den Streitfall endgültig und bindend entscheidet. Einigen sich die österreichische Regierung und die Gegenseite einen Monat lang nicht über das dritte Mitglied der Kommission, so kann jeder Streitteil den Generalsekretär der Vereinten Nationen um Bestellung ersuchen.

Lediglich für die Streitfälle aus den Bestimmungen des Artikels 25 über das Eigentum der Vereinten Nationen entfällt das vorherige Einschreiten der vier Missionschefs. Solche Meinungsverschiedenheiten werden einer Vergleichskommission überwiesen, welche aus einem Vertreter der Bundesregierung und einem Vertreter der betreffenden Vereinten Nation besteht. Einigen sich diese beiden Vertreter nicht binnen drei Monaten, so ernennen die beteiligten Regierungen ein drittes Mitglied aus einem am Streite nicht beteiligten Staate. Wird über die Wahl dieses Mitglieds durch zwei Monate keine Einigung erzielt, werden die vier Missionschefs um Bestellung des dritten Mitglieds ersucht. Einigen sich auch diese innerhalb eines Monats nicht über das dritte Mitglied der Kommission, so kann von jedem Streitteil der Generalsekretär der Vereinten Nationen um Bestellung des dritten Mitgliedes ersucht werden. Die auf diese Weise gebildete Vergleichskommission entscheidet sodann nicht nur über die ihre Bestellung auslösende Meinungsverschiedenheit, sondern über alle Artikel 25 betreffenden Streitfälle, welche in Hinkunft zwischen der betreffenden Vereinten Nation und Oesterreich entstehen.

Zu Artikel 31 (Bestimmungen betreffend die Donau):

Die Bestimmungen dieses Artikels sind bereits in den österreichischen innerstaatlichen Vorschriften und den zwischenstaatlichen Verträgen verankert.

Zu Artikel 32 (Transiterleichterungen):

Oesterreich hat sich bereits in dem Verkehrsabkommen von Barcelona vom 20. April 1921 zwischenstaatlich bereit erklärt, den Eisenbahntransitverkehr zu erleichtern und hierfür Tarife festzulegen, die der Billigkeit entsprechen. Die im Paragraph 1 Oesterreich auferlegte Verpflichtung ist daher im wesentlichen bereits erfüllt.

Die gemäß Paragraph 2 zur Erleichterung des Transits über deutsches Gebiet erforderlichen Abkommen wurden

mit der Bundesrepublik Deutschland bereits paraphiert, aber noch nicht unterzeichnet.

Zu Artikel 33 (Anwendungsbereich):

In den Artikeln 25 (Vermögen der Vereinten Nationen in Oesterreich) und 29 (Allgemeine Wirtschaftsbeziehungen) haben die Vier Mächte nicht nur für sich, sondern auch für die später beitretenden Staaten (Artikel 37) und für diejenigen der Vereinten Nationen Vorteile ausbedungen, die bereits am 8. Mai 1945 Mitglieder der Vereinten Nationen waren und deren diplomatische Beziehungen mit Deutschland im Zeitraum zwischen dem 1. September 1939 und dem 1. Jänner 1945 abgebrochen waren.

Zu Artikel 36 (Geltung der Annexe):

Dadurch, daß die Annexe zu integrierenden Bestandteilen des Vertrages erklärt werden, haben sie die gleiche rechtliche Bedeutung und Geltung wie der Vertrag selbst.

Zu Artikel 37 (Beitritt zum Vertrage):

Der Beitritt zum Vertrag steht jedem Mitglied der Vereinten Nationen, das sich am 8. Mai 1945 mit Deutschland im Kriegszustand befunden hat, offen; der Beitritt wird mit dem Tag der Hinterlegung der Beitrittsurkunden bei der Regierung der UdSSR wirksam.

Der Beitritt gibt den beitretenden Staaten jene Rechte, welche im Vertrag den Assoziierten Mächten eingeräumt werden, legt ihnen dann aber auch die aus dem Vertrag erwachsenden Pflichten auf.

Zu Artikel 38 (Ratifikation des Vertrages):

Der vorliegende Vertrag ist ein multilaterales (mehrsseitiges) Abkommen. Bei einem solchen Abkommen findet nicht ein Austausch der Ratifikationsurkunden statt, sondern es werden der Vertrag in seiner einzigen Ausfertigung sowie die Ratifikations- und Beitrittsurkunden bei einem der Vertragsteile (der sogenannten Präsidialmacht) hinterlegt. Schon im ursprünglichen Entwurf war als Präsidialmacht für den österreichischen Staatsvertrag die Sowjetunion vorgesehen.

Der Vertrag ist in einem einzigen Exemplar, jedoch in vier Sprachen ausgefertigt. Der russische, englische, französische und deutsche Text gelten gleichermaßen als authentisch und sind daher in gleicher Weise für die Auslegung heranzuziehen.

Die Präsidialmacht wird auch die Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Beitrittsurkunde den anderen Vertragsstaaten mitteilen.

Der Vertrag wird in Kraft treten, sobald die Ratifikationsurkunden Oesterreichs und der Vier Mächte in Moskau hinterlegt sein werden.

Zu Annex I:

Vergleiche die Erläuterungen zu Artikel 14.

Zu Annex II:

Vergleiche die Erläuterungen zu Artikel 22.

Eine Erklärung der TASS zur deutschen Frage vom 1. März 1956

In den letzten Tagen hat der Außenminister der Deutschen Bundesrepublik, Dr. von Brentano, eine Reihe von Erklärungen abgegeben, in denen er Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands und der Beziehungen der Deutschen Bundesrepublik zur Sowjetunion berührte. Er stellte die Dinge so hin, als könnte Deutschland ohne eine Einigung zwischen den beiden deutschen Staaten vereinigt werden. Es sei im Zusammenhang mit dem Austausch von Botschaftern zwischen der UdSSR und der Deutschen Bundesrepublik zu erwarten, daß die Sowjetregierung Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands aufnehmen werde. Im Zusammenhang mit diesen Äußerungen Herrn von Brentanos würde in maßgeblichen sowjetischen Kreisen folgendes erklärt:

Die erwähnten Erklärungen Herrn von Brentanos können lediglich Illusionen über die Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands erwecken und tragen keineswegs zu einem Fortschritt in dieser Frage bei. Die Sowjetregierung hat sowohl bei den Genfer Verhandlungen der vier Mächte als auch bei den Moskauer Verhandlungen mit den Regierungen der Deutschen Bundesrepublik sowie der Deutschen Demokratischen Republik mit aller Bestimmtheit erklärt, durch die Tatsache, daß sich in Deutschland zwei souveräne Staaten herausgebildet haben, die internationale Anerkennung fanden, seien direkte Verhandlungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik der einzige Weg zur Vereinigung.

Unter Berücksichtigung der realen Lage in Deutschland muß man verstehen, daß es keinen anderen Weg für die Lösung dieser Frage gibt. Die Sowjetunion, die die Souveränität und Unabhängigkeit der Deutschen Demokratischen Republik offiziell anerkannt hat, kann selbstverständlich nicht über irgendwelche Fragen der Deut-

schen Demokratischen Republik entscheiden und kann nicht für sie Verhandlungen führen. Zugleich ist die Sowjetregierung, die für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat ist, und die diplomatische Beziehungen sowohl zur Deutschen Demokratischen Republik als auch zur Deutschen Bundesrepublik unterhält, ihrerseits bereit, an der Herbeiführung des notwendigen Uebereinkommens zwischen ihnen mitzuwirken. Dabei ist die Regierung der UdSSR nach wie vor der Auffassung, daß derjenige, der wirklich an der Wiedervereinigung Deutschlands interessiert ist, die Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten und die Herstellung der erforderlichen Zusammenarbeit anstreben muß.

Das würde auch den Bestrebungen des deutschen Volkes entsprechen, das wirksame Maßnahmen in dieser Richtung erwartet. Was die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Deutschen Bundesrepublik betrifft, so ist die Sowjetregierung der Auffassung, daß alle Voraussetzungen für die Herstellung guter und freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik gegeben sind. Wenn dabei die Bundesrepublik Handelsbeziehungen zur Sowjetunion wünscht und sie zu entwickeln imstande ist, so würde die sowjetische Seite dies begrüßen. Sie ist der Ansicht, daß weitgehende Möglichkeiten dafür bestehen.

Die Sowjetregierung hofft, daß sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik einschließlich ausgedehnter Handels- und kultureller Beziehungen trotz der aus bestimmten Gründen vorhandenen Hindernisse günstig entwickeln, denn das liegt im Interesse der beiden Länder und im Interesse der Festigung des Friedens in Europa.

Quelle: *Neues Deutschland*, Nr. 53 vom 2. März 1956.

Kommuniqué vom 6. März 1956 über den Besuch des dänischen Ministerpräsidenten Hans C. Hansen in der Sowjetunion

Auf Einladung der Regierung der Sowjetunion weilte der Ministerpräsident und Außenminister Dänemarks, H. C. Hansen, vom 2. bis 6. März 1956 in Moskau zu Besuch.

Ministerpräsident H. C. Hansen sowie Unterrichtsminister Julius Bomholt, der den Ministerpräsidenten auf seiner Reise begleitet, hatten in Moskau Besprechungen mit dem Vorsitzenden des Ministerrats der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, N. A. Bulganin, dem Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und Ersten Sekretär des ZK der KPdSU, N. S. Chruschtschow, dem Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und Außenminister der UdSSR, W. M. Mo-

lotow, dem Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats, A. I. Mikojan, sowie mit anderen Führern der Sowjetunion. An diesen Besprechungen nahmen von dänischer Seite ferner teil: der Generalsekretär des Außenministeriums, Nils Svenningsen, der Botschafter Dänemarks in Moskau, Alex Moerchi, der Gesandte Dänemarks in Belgrad, Rolf Kjaer, der Leiter der Pressedienststelle des Außenministeriums, Sigwald Kristensen, der Rat der Botschaft in Moskau, Gregers Larsen, der höhere Beamte des Außenministeriums H. E. Thrane, der höhere Beamte des Außenministeriums Hans S. Möller, der Sekretär des Außenministeriums Born Olsen.

Von seiten der Sowjetunion nahmen an den Besprechungen ferner teil: der Außenhandelsminister der UdSSR, I. G. Kabanow, der Minister für Kultur der UdSSR, N. A. Michailow, der Stellvertretende Außenminister der UdSSR, W. S. Semjonow, der Botschafter der UdSSR in Dänemark, N. W. Slawin, der Leiter der Abteilung für die Skandinavischen Länder im Außenministerium der UdSSR, M. G. Gribanow, und der Rat der Botschaft der UdSSR in Dänemark, A. S. Kaplin.

Im Verlauf dieser Besprechungen, die in einer Atmosphäre gegenseitigen Verständnisses und der Freundschaft verliefen, fand ein aufrichtiger Meinungsaustausch in den Fragen statt, die für die Beziehungen zwischen Dänemark und der Sowjetunion von Interesse sind.

Beide Seiten betonten, daß zwischen den beiden Ländern keine Probleme bestehen, die die Freundschaftsbeziehungen beeinträchtigen würden, und verliehen dem Wunsch Ausdruck, die Entwicklung der zwischen beiden Ländern bestehenden guten Beziehungen fortzusetzen.

Eingehend wurde die Frage der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern geprüft. Beide Seiten kamen überein, daß der Handel eines der Hauptmittel zur Entwicklung des gegenseitigen Einvernehmens zwischen den Völkern ist.

Die Verhandlungspartner kamen überein, daß in aller nächster Zukunft in Kopenhagen Wirtschaftsverhandlungen über den Abschluß eines Protokolls über gegenseitige, innerhalb von zwei Jahren durchzuführende Warenlieferungen stattfinden. Die dänische Seite erklärte sich bereit, der Sowjetunion auf Grund des abzuschließenden Protokolls einen Erdöltanker und, falls dieser nicht geliefert werden könnte, zwei Frachtdampfer von je 10 000 Tonnen und einer Stundengeschwindigkeit von 17-18 Meilen zu liefern. Die endgültige Antwort in dieser Frage wird ehestens nach der Rückkehr des dänischen Ministerpräsidenten nach Kopenhagen erfolgen.

Während des Moskauer Besuches von Ministerpräsident und Außenminister H. C. Hansen wurde zwischen Dänemark und der Sowjetunion ein Abkommen über die Rettung aus Seenot in der Ostsee unterzeichnet. Dieses Abkommen, das von dänischer Seite von Ministerpräsident und Außenminister H. C. Hansen und von seiten der Sowjetunion vom Vorsitzenden des Ministerrats, N. A. Bulganin, unterzeichnet wurde, bezweckt die Gewährleistung rascher Hilfeleistung im Falle von Schiffbruch in der Ostsee sowie die Gewährleistung gegenseitiger Unterstützung bei der Suche nach Schiffen und Flugzeugen, die ohne Hinterlassung von Spuren verschwunden sind; oder solcher, hinsichtlich derer die Befürchtung besteht, daß sie sich in Not befinden.

Im Verlauf der Verhandlungen wurde die günstige Entwicklung hervorgehoben, die die kulturellen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Dänemark in letzter Zeit verzeichneten.

Es wurde das Einverständnis über die Notwendigkeit einer umfassenden kulturellen Zusammenarbeit in der Wissenschaft, der Kunst und dem Unterrichtswesen als Mittel zur Festigung des Einvernehmens zwischen beiden Ländern erzielt. In den Verhandlungen zwischen dem Minister für Kultur der UdSSR, N. A. Michailow, und dem Unterrichtsminister Dänemarks, J. Bomholt, wurde in einer Reihe von Fragen eine befriedigende Lösung

erreicht. So kam man überein, zwischen Dänemark und der Sowjetunion einen Austausch von Studenten, die ihren Studien obliegen werden, vorzunehmen; jede der beiden Seiten wird Universitätsprofessoren und -dozenten der anderen Seite zu wissenschaftlicher Tätigkeit oder zur Abhaltung von Vorlesungen einladen. Auf wissenschaftlichem Gebiet wird eine weitgehendere Zusammenarbeit vorgesehen.

Beide Seiten kamen überein, zur Entwicklung des Fremdenverkehrs zwischen beiden Ländern beizutragen.

Es wurde ein Einvernehmen darüber erzielt, daß in allernächster Zeit in Kopenhagen dänisch-sowjetische Verhandlungen zur Regelung einer Reihe gegenseitiger Ansprüche stattfinden sollen, die im Zusammenhang mit dem Eintritt der Baltischen Republiken in die Sowjetunion stehen.

Der dänische Ministerpräsident unterbreitete die Frage hinsichtlich der Ermächtigung der in der Sowjetunion seit dem Kriege verbliebenen dänischen Staatsbürger, aus der Sowjetunion nach Dänemark auszureisen. Die sowjetische Seite erklärte ihre Bereitschaft, allen diesen Personen Ausreisebewilligungen zu erteilen, sofern sie den Wunsch erklären, die Sowjetunion zu verlassen.

Im Laufe des Meinungsaustausches wurde in allgemeinen Linien die Frage erörtert, in welchen Bereichen künftighin ein engerer Kontakt zwischen beiden Ländern erzielt werden könnte. Bei dieser Gelegenheit wurde einmütig die Bedeutung anerkannt, die der Entwicklung der persönlichen Kontakte durch gegenseitige Besuche zukommt.

Beide Seiten waren sich darin einig, daß der Austausch von Parlamentsdelegationen zwischen beiden Ländern ein wertvolles Bindeglied in den Bemühungen zur Vertiefung des Einvernehmens zwischen Dänemark und der Sowjetunion darstellt.

Im Laufe der Besprechungen wurde ein Einvernehmen darüber erzielt, daß der Ausbau der Beziehungen zwischen allen Ländern einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Verständigung zwischen den Ländern, die die Voraussetzung eines dauerhaften Friedens ist, bedeuten wird.

Die Verhandlungspartner stimmten darin vollkommen überein, daß die Beziehungen zwischen den Staaten gemäß den grundlegenden Prinzipien der Organisation der Vereinten Nationen auf der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, auf der Achtung der Souveränität der Staaten, dem Nichtangriff und der friedlichen Koexistenz beruhen müssen.

Beide Seiten verliehen dem Wunsch Ausdruck, Bemühungen zu entfalten, um die Wege zur Regelung schwebender internationaler Fragen zu suchen, wie der Gewährleistung einer wirksamen Sicherheit für alle Völker, der Einstellung des Wettrüstens und der Herstellung des in den zwischenstaatlichen Beziehungen notwendigen Vertrauens.

Der Meinungsaustausch, der über die allgemeinen politischen Probleme stattfand, führte trotz der verschiedenen Anschauungen zu einem tieferen Verständnis jeder Seite für die Auffassung der anderen Seite und wird zweifellos zur Entwicklung der guten Beziehungen zwischen Dänemark und der Sowjetunion beitragen. In diesem Zusammenhang gaben beide Länder dem Wunsch

Ausdruck, nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten zur weiteren Entspannung der internationalen Lage durch friedliche internationale Zusammenarbeit beizutragen.

Nach dem Besuch in Moskau werden Ministerpräsident und Außenminister H. C. Hansen, dessen Gattin, Unterrichtsminister Julius Bombholt, dessen Gattin, und die sie

begleitenden Personen eine mehrtägige Reise durch die Sowjetunion unternehmen und unter anderem Kiew, Tiflis, Stalingrad und Leningrad besuchen. Die Rückkehr nach Dänemark ist für den 14. März 1956 vorgesehen.

Quelle: *Neuer Weg*, Bukarest, Nr. 2144 vom 8. März 1956.

Kommuniqué der Konferenz der Staatsoberhäupter Ägyptens, Syriens und Saudi-Arabiens in Kairo vom 6. bis zum 11. März 1956

Unter den ernsten Umständen, welche die arabischen Länder derzeit umgeben und ihre Sicherheit bedrohen, haben wir es für zweckmäßig befunden, uns zusammenzufinden, um alle Aspekte der Lage zu untersuchen und die Beratungen zu vollenden, die vorher zwischen unseren Regierungen im Gange waren, sowie um sie mit Entschlüssen zum Abschluß zu bringen, die wir für nötig erachten. Unsere Sitzungen fanden deshalb in der Zeit vom Dienstag, dem 6. März, bis zum Sonntag, dem 11. März, statt.

Unsere Ansichten hinsichtlich aller zur Diskussion stehenden Probleme waren identisch. Es war uns daher möglich, unseren Willen auf die Durchführung eines umfassenden Planes zu vereinigen, der unseren Schild gegen alle Eventualitäten oder unliebsamen Ueberraschungen darstellen wird.

Unsere Besprechungen fanden in einer Atmosphäre wahrer Freundschaft statt, die durch unser gegenseitiges Verständnis gestützt und bestärkt und durch unseren vereinten, unerschütterlichen Glauben an das Arabertum und durch unser unumschränktes Vertrauen in eine glückliche Zukunft der arabischen Nationen gefestigt wurde.

Unser Wille wurde bestärkt und unser Geist erhielt Auftrieb durch das von uns mit Genugtuung festgestellte verstärkte Nationalbewußtsein der arabischen Nationen. Wir sehen mit Vertrauen und Bewunderung auf die bedeutende Rolle, welche die arabische öffentliche Meinung mit aufgeklärtem Bewußtsein und unbeugsamem Mut zu spielen sich angeschiedt hat.

Wir haben die Lage im Mittleren Osten in allen ihren Aspekten untersucht. Wir stimmen alle darin überein, daß wir für den Frieden arbeiten. Seine Verwirklichung und Aufrechterhaltung kann nur auf wahre Zusammenarbeit zwischen den Nationen gegründet werden, eine Zusammenarbeit, die auf der Achtung vor der Unabhängigkeit eines jeden Landes, den Menschenrechten, der Charta der Vereinten Nationen und den ihr zugrunde liegenden Grundsätzen sowie auf der absoluten Gleichheit der Nationen fußt.

Wir glauben fest, daß der wirkliche Friede, den unsere Länder gemeinsam mit allen anderen Nationen der Welt ersehnen, nur dann Bestand haben wird, wenn bei der Formulierung der Politik anderen Nationen gegenüber jede Handlung auf diesen Grundsätzen aufbaut. Auf diese Weise werden sich die Spannungen, die sich aus der Einmischung einiger Nationen in die inneren Angelegenheiten anderer sowie aus der Ausübung von Druck auf verschiedene Art und Weise ergeben, erheblich vermindern.

Wir erklären hiermit unsere Entschlossenheit, die arabische Welt gegen die Uebel des Kalten Krieges dadurch zu schützen, daß wir sie aus seinen verschiedenen Strömungen heraushalten, und weiter durch die Annahme einer unvoreingenommenen Politik ihm gegenüber. Wir werden auf diese Weise ihre wahren Interessen bewahren.

Wir erklären gleichfalls, daß die Verteidigung der arabischen Welt im Einklang mit den Erfordernissen ihrer eigenen Sicherheit unmittelbar aus der Mitte der arabischen Nationen erwachsen sollte, außerhalb aller fremden Pakte, die bemüht sind, Verteidigungsorganisationen im Dienste der eigenen Interessen irgendwelcher der großen Mächte auszunützen, wobei arabische Interessen und Bestrebungen geopfert und die Einheit unserer Nationen beseitigt werden sollen.

Wir wünschen bei dieser Gelegenheit, unser festes Einstehen für die Grundsätze erneut zu bekräftigen, die auf der Afrikanisch-Asiatischen Konferenz von Bandung verkündet wurden, denn wir betrachten diese Grundsätze als den Markstein, der unsere Politik auf internationaler Ebene leitet.

*

In der Zeit vom 6. bis zum 11. März trafen in Kairo zusammen: Seine Majestät König Sa'ud ben Abdel Azis, Seine Exzellenz Sayed Schukry al-Kuwatly und Premierminister Gamel Abdel Nasser.

Die Staatsoberhäupter hielten mehrere Sitzungen ab, in denen sie die Lage im Mittleren Osten im Lichte der in ihrer Erklärung enthaltenen Prinzipien und Grundlagen untersuchten. Sie sind zu fest umrissenen Entschlüssen hinsichtlich der Probleme gelangt, die ihnen vorgelegt wurden. Die folgenden stellen einige davon dar:

1. Es wurde ein umfassender Plan aufgestellt für die Wahrung der arabischen Sicherheit, die Erhaltung der festen Struktur der arabischen Nation und für ihre Verteidigung gegen die Gefahren zionistischer Aggression und ausländischer Vorherrschaft, die verhindern, daß in dem Gebiet ein Zustand des Friedens und der Stabilität herrscht und die somit einen Zustand der Spannung schaffen und eine Bedrohung darstellen.
2. Ein umfassender Plan für die Koordinierung der arabischen Verteidigungspläne wurde gefaßt, um jeglicher Gewalttat zu begegnen, auf die Israel — das nicht aufhört, eine aggressive Politik unter Mißachtung von Recht und Gerechtigkeit zu verfolgen und Entschlüssen der Vereinten Nationen zu ignorieren — verfallen könnte.

3. Ebenfalls wurde ein umfassender Plan im Hinblick auf die Lage aufgestellt, die sich aus der Haltung ergibt, welche gewisse Staaten eingenommen haben, indem sie die Anwerbung ihrer Untertanen in die israelischen Streitkräfte zulassen.

4. Eine Uebereinkunft wurde in bezug auf die Haltung getroffen, welche die Sicherheit der arabischen Nationen hinsichtlich der Belieferung Israels mit Waffen erfordert, die es ihm erlauben, in seiner Politik der Aggression fortzufahren.

5. Ein umfassender Plan wurde gefaßt, um Versuchen entgegenzuwirken, die mittels des Bagdad-Paktes gemacht werden, um auf arabische Länder einen Druck auszuüben, wodurch die arabische Sicherheit gefährdet und die gemeinsame arabische Front in einer Zeit gespalten wird, in der die arabischen Länder spüren, daß sie der Einheit in ihren Bemühungen und ihrer Politik bitter bedürfen.

6. Es wurde die Uebereinkunft getroffen, daß Jordanien alle nur mögliche Unterstützung gegeben und daß ihm im Falle ausländischen Druckes oder zionistischer Aggression jede Hilfe geleistet werden sollte, um dem mutigen jordanischen Volk dadurch die Verwirklichung seiner Bestrebungen zu sichern.

Die Konferenzteilnehmer nehmen mit Seiner Majestät König Hussein des Haschemitischen Königreiches Jordanien Verbindung auf, um ihm dies mitzuteilen und die zu früherer Zeit geäußerte Bereitschaft, Jordanien zu unterstützen und an seiner Seite zu stehen, zu bekräftigen.

7. Von den Konferenzteilnehmern wurde ein umfassender Plan aufgestellt, um die Bande zu festigen, welche die arabische Welt verbinden, und die Zusammenarbeit zwischen den arabischen Ländern im größtmöglichen Maßstab zu fördern, zur Verwirklichung rein arabischer Ziele. Die Konferenzteilnehmer untersuchten gleichfalls Wege und Mittel, um die arabische Einheit zu verwirklichen,

die in der festen Ueberzeugung der drei Staatsoberhäupter den stärksten Schutz darstellt, um die Unabhängigkeit der arabischen Länder zu garantieren und ein Mittel für die Vollendung ihres Fortschrittes zu sichern.

8. Die Konferenzteilnehmer stellten einen weiteren umfassenden Plan für die Koordinierung der saudisch-syrisch-ägyptischen Politik auf politischem, militärischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet auf; mit einer derart gründlichen Koordinierung streben sie die Mobilisierung aller Kräfte und ihre Ausrichtung auf die Verwirklichung des Allgemeinwohles der arabischen Nation an.

9. Die Konferenzteilnehmer formulierten auch einen Plan, um dem Problem zu begegnen, das sich aus der britischen Besetzung der Oase Buraimi und des Emirates von Oman ergibt, und bestimmten die Mittel, die zur Beendigung des Streitfalles in einer Weise führen, daß der arabische Charakter dieser Gebiete gewahrt und ein Bruch ihrer Souveränität verhindert wird.

10. Die Konferenzteilnehmer sind nach einer ausgedehnten Prüfung der gegenwärtigen Lage in Nordafrika zu der Feststellung gelangt, daß die französische Politik, die fortwährend die Rechte der nordafrikanischen Völker verletzt, den Frieden jenes Gebietes ernstlich bedroht. Frankreich muß das Recht der nordafrikanischen Völker auf Unabhängigkeit in Uebereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen sowie dem Grundsatz, daß alle Völker das Recht auf nationale Selbstbestimmung haben, anerkennen.

11. Nach der Untersuchung aller arabischen Fragen beschlossen die Konferenzteilnehmer, alle gangbaren Mittel zur Herbeiführung einer gerechten Lösung dieser Probleme anzuwenden, die mit der arabischen Souveränität und den arabischen Rechten vereinbar ist.

Quelle: *The New York Times*, Nr. 35 843 vom 13. März 1956. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Kommuniqué der zweiten Tagung des Rates der Südostasienpakt-Organisation (SEATO) in Karatschi vom 6. bis zum 8. März 1956

Der Rat der Südostasienpakt-Organisation beendete heute seine zweite Sitzung, die in Karatschi vom 6. bis zum 8. März unter dem Vorsitz von Hamidul Huq Chudhury, Außenminister von Pakistan, abgehalten wurde. An der Sitzung nahmen die Außenminister von Australien, Frankreich, Neuseeland, Pakistan, den Philippinen, Thailand, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten teil.

Die Mitglieder des Rates bekräftigten erneut die Unterstützung der Vereinten Nationen durch ihre Regierungen und ihre Absicht, ihre Politik weiterhin in Uebereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen durchzuführen.

Der Rat bekräftigte ebenfalls erneut den Willen der Regierungen der Mitgliedstaaten, sich den Zielsetzungen des Vertrages und der Pazifik-Charta voll zu widmen: die Struktur des Friedens und der Freiheit zu festigen; die Bemühungen um kollektive Verteidigung für die Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit zu

koordinieren; den Grundsatz der gleichen Rechte und der Selbstbestimmung der Völker im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen aufrechtzuerhalten; die Selbstregierung zu fördern und die Unabhängigkeit aller Länder sicherzustellen, deren Völker sie wünschen und in der Lage sind, die damit verbundene Verantwortung zu übernehmen; einen höheren Lebensstandard, wirtschaftlichen Fortschritt und sozialen Wohlstand zu fördern; und Versuche einer Untergrabung der Freiheit oder einer Zerstörung der Souveränität oder territorialen Integrität zu verhindern oder abzuwehren.

Der Rat prüfte den Fortschritt, der in der Befolgung dieser Zielsetzungen in den achtzehn Monaten seit der Unterzeichnung des Vertrages, und besonders in dem Jahre, seitdem der Rat seine erste Sitzung in Bangkok abhielt, erzielt wurde.

Der Rat stellte übereinstimmend fest, daß der Vertrag und der Fortschritt in der Organisation des Vertrages einen nennenswerten Beitrag zur Aufrechterhaltung des

Friedens in Südostasien und dem südwestlichen Pazifik geleistet und zur Abschreckung bewaffneter Angriffe im Vertragsgebiet verholfen haben.

Der Rat äußerte die Hoffnung, daß die Anwendung von Gewalt bei der Regelung internationaler Streitfälle weiterhin vermieden werde und daß besondere Streitfälle im Einvernehmen gelöst würden, wenn der Frieden erhalten bliebe. Er erkannte jedoch die Notwendigkeit an, kräftige Abschreckungsmittel gegen eine Aggression zu schaffen und zu erhalten, damit potentielle Angreifer nicht in den Glauben verfallen, daß einer Aggression nicht wirksam und ohne Verzug Widerstand geleistet würde.

Die Mitglieder des Rates versicherten einzeln, daß ihre Länder niemals einen Angriff begehen werden und daß ihre Zusammenarbeit unter diesem Verträge die gemeinsame Verteidigung und die Aufrechterhaltung des Friedens zum Ziele hat.

Mitglieder des Rates stellten mit Befriedigung gesunde politische Entwicklungen des vergangenen Jahres innerhalb des Vertragsgebietes fest. Sie nahmen zur Kenntnis, daß Besprechungen mit Delegationen aus Singapur im April in London stattfinden sollen, und gaben ihrem weitgehenden Interesse an dem Ausgang dieser für den SEATO-Raum so bedeutenden Aussprachen Ausdruck. Sie begrüßten Berichte über die zur Errichtung einer vollen Selbstregierung und Unabhängigkeit von Malaya innerhalb des britischen Commonwealth unternommenen Schritte. Sie stellten einen weiteren Fortschritt freier politischer Institutionen in dem Gebiet fest, und insbesondere die weitere Entwicklung repräsentativer Regierungsformen in den Ländern, die im Protokoll des Paktes Erwähnung finden — Kambodscha, Laos und die Republik Vietnam.

Der Rat stellte übereinstimmend fest, daß ein stetiger wirtschaftlicher Fortschritt in den Mitgliedstaaten und in Kambodscha, Laos und der Republik Vietnam verzeichnet wurde. Es wurde bemerkt, daß die seitens der Mitglieder geleistete Hilfe merklich zu dieser erwünschten Entwicklung beigetragen hat.

Der Rat stellte übereinstimmend fest, daß in der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der Mitgliedsländer bei der gegenseitigen Unterstützung zur Abwehr umstürzlerischer Tätigkeit ein nützlicher Fortschritt erzielt wurde. Er vermerkte, daß sich die kommunistische Taktik in steigendem Maße auf Methoden der politischen und wirtschaftlichen Unterwanderung verläßt. Er stellte jedoch fest, daß diese Aenderung der Taktik nicht von überzeugenden Anzeichen der Absicht begleitet ist, Bemühungen aufzugeben, die darauf gerichtet sind, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme zu unterhöhlen, zu schwächen und zu stürzen, welche sich die Länder des Gebietes frei gewählt haben. Der Rat schrieb diese vermutliche Aenderung der Taktik, das Abgehen von der Gewalt in einigen Teilen der Welt, den kollektiven Sicherheitsmaßnahmen der freien Nationen zu.

Er bedauerte besonders die Erklärungen und Interventionen sowjetischer Führer während der vergangenen Monate, die darauf abzielen, die Spannung zu erhöhen und Spaltungen in den Gemeinschaften Asiens und unter anderen Nationen der freien Welt zu fördern.

Soweit diese Erklärungen Puschtunistan betrafen, erklärten die Mitglieder der Staaten des Rates allgemein,

daß ihre Regierungen anerkannten, daß sich die Staatsgewalt Pakistans bis zur Durand-Linie, der internationalen Grenze zwischen Pakistan und Afghanistan, erstreckt; und es wurde infolgedessen bekräftigt, daß das Vertragsgebiet, auf das in den Artikeln 4 und 8 des Vertrages Bezug genommen wird, das Gebiet bis zu dieser Linie umfaßt.

Soweit diese Erklärungen Kaschmir betrafen, stellten die Mitglieder des Rates fest, daß die Entschlüsse der Vereinten Nationen in Kraft bleiben, und bekräftigten die Notwendigkeit einer baldigen Beilegung der Kaschmir-Frage durch die Vereinten Nationen oder durch direkte Verhandlungen.

Gestützt auf Berichte von den Vertretern des Rates in Bangkok, von verschiedenen Ausschüssen unter den Vertretern des Rates und von militärischen Beratern, prüfte der Rat im einzelnen die von den Regierungen der Mitgliedstaaten einzeln oder gemeinsam unternommenen Schritte für die Erfüllung der Artikel des Vertrages.

Der Rat prüfte die von den Regierungen der Mitgliedstaaten unter Artikel 2 unternommenen Schritte, um „ihre individuelle und kollektive Fähigkeit zum Widerstand gegen bewaffneten Angriff und zur Verhinderung und Abwehr umstürzlerischer, von außen gelenkter Tätigkeit gegen ihre territoriale Integrität und politische Stabilität aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln“.

Er stellte fest, daß die Verteidigungskräfte der Mitgliedsnationen in Asien seit der Unterzeichnung des Vertrages merklich verbessert wurden und besser ausgerüstet und verteilt sind, um bei einem Notstand in Aktion zu treten. Die Regierungen der Mitgliedstaaten haben sich bei der Ausbildung und Ausrüstung dieser Streitkräfte in steigendem Maße gegenseitig Hilfe geleistet. Durch ihre militärischen Berater hat die SEATO einen guten Anfang mit der Planung eines koordinierten Einsatzes der Streitkräfte zur kollektiven Selbstverteidigung gemacht. Während des Jahres wurden durch einige der SEATO-Mächte eine Anzahl militärischer Übungen durchgeführt, einschließlich der kombinierten Land-, See- und Luftübungen „firm link“, die vom 15. bis zum 18. Februar in und um Bangkok abgehalten wurden. Diese Übungen wiesen den Weg zu weiteren Bemühungen in der Zusammenarbeit für die gemeinsame Verteidigung.

Der Rat begrüßte den Fortschritt, der im vergangenen Jahre in der Verminderung der Gefahren verzeichnet wurde, die der territorialen Integrität und politischen Stabilität des Gebietes durch umstürzlerische, von außen gelenkte Tätigkeit entgegenstehen. Bei der Erörterung der fortdauernden Bedrohung stellte der Rat fest, daß die betroffenen Mitglieder die Qualität ihrer Sicherheitskräfte wesentlich verbessert haben und mit anderen Maßnahmen zur Verminderung der Bedrohung der demokratischen Regierungsform und des sozialen Fortschritts weiter vorangeschritten sind. Die Regierungen der SEATO-Staaten haben eine Anzahl von Programmen für die gegenseitige Unterstützung auf diesem Gebiet in die Wege geleitet, und der Ausschuß der Sicherheitsexperten der Organisation bot ein an Nutzen gewinnendes Forum für die Zusammenarbeit in der Verteidigung gegen derartige umstürzlerische Tätigkeit.

Der Rat prüfte die unter Artikel 3 unternommenen Schritte zur Zusammenarbeit „in der weiteren Entwick-

lung wirtschaftlicher Maßnahmen, um den wirtschaftlichen Fortschritt und den sozialen Wohlstand zu fördern“. Er betrachtete dies als eine äußerst wichtige Zielsetzung des Vertrages und erkannte an, daß wirtschaftlicher und sozialer Wohlstand für ein gesundes politisches Leben von wesentlicher Bedeutung sind.

Er war erfreut, den stetigen Fortschritt feststellen zu können, der bereits in der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Vertragsgebietes gemacht wurde, und betonte die Dringlichkeit dieses Problems. Er nahm Maßnahmen für die Unterstützung von Ländern des Gebietes zur Kenntnis, die durch Regierungen von Mitgliedstaaten neben den sehr erheblichen Ausgaben im Rahmen von Hilfsprogrammen zur Steigerung der Verteidigungsfähigkeit des Gebietes zusätzlich unternommen wurden. Er begrüßte besonders die Tatsache, daß die von den Vereinigten Staaten für die wirtschaftliche Unterstützung asiatischer Mitglieder der SEATO bereitgestellten Mittel in den zwei Jahren seit der Unterzeichnung des Vertrages fast um das Vierfache angestiegen sind.

Von der Notwendigkeit angemessener Verteidigungsprogramme und der Zusammenarbeit zur Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit und der kulturellen Traditionen ihrer Länder überzeugt, sind die Mitglieder des Rates gleichermaßen entschlossen, nationale und internationale Pläne voranzutreiben, um den Lebensstandard im Vertragsgebiet, den sie als grundlegend für die nationale Sicherheit betrachten, zu heben.

Der Rat billigte Maßnahmen zur Festigung der Organisation und zur Bewerkstelligung des Arbeitsplanes der Vertreter des Rates für das kommende Jahr.

Er billigte die Pläne des unter Leitung der Vertreter des Rates arbeitenden Ausschusses der Wirtschaftsexperten für die Fortführung ihrer Untersuchungen der durch die Verpflichtungen des Vertrages berührten wirtschaftlichen Probleme und für die Aufnahme neuer Untersuchungen.

Er forderte die Vertreter des Rates auf, die Untersuchung der konkreten Probleme weiterzuverfolgen, die sich aus den Anstrengungen der Mitgliedstaaten für ihre Verteidigung ergeben, sowie diejenigen, die in Gebieten bestehen, welche umstürzlerischer Tätigkeit besonders ausgesetzt sind.

Der Rat vermerkte und billigte die Absicht der Vertreter des Rates, innerhalb der Bestimmungen ihrer derzeitigen Direktiven während des kommenden Jahres der regionalen Zusammenarbeit und — wo dies angebracht ist — dem gemeinsamen Vorgehen der Regierungen der Mitgliedstaaten auf dem Gebiete der Abwehr umstürzlerischer Tätigkeit den Vorrang zu geben.

Der Rat erörterte die Arbeit der militärischen Berater, die zur Weiterentwicklung der Wirksamkeit des für die Zusammenarbeit in der Verteidigung benötigten Apparates führen wird. Die Mitglieder erörterten die Schlußfolgerungen der militärischen Berater hinsichtlich des Umfanges der Verteidigungskräfte, die nötig wären, um einer Aggression zu begegnen; sie stimmten darin überein, daß es wünschenswert ist, bestimmte Teile ihrer Streitkräfte auf einem Niveau der Beweglichkeit und der Schlagkraft zu erhalten, das ein wirksames Abschreckungsmittel gegen eine Aggression darstellt.

Die folgenden die Organisation betreffenden Beschlüsse wurden gefaßt:

a) Um die Vertreter des Rates zu unterstützen und eine stärkere zentrale SEATO-Organisation in Bangkok zu schaffen, erteilte der Rat die Ermächtigung für die Errichtung einer ständigen Arbeitsgruppe, die aus einem Beamten des Arbeitsstabes jedes nationalen Vertreters bestehen soll, und für die Errichtung eines hauptamtlichen Exekutiv-Sekretariates an Stelle des provisorischen Sekretariates, das bisher in großzügiger Weise durch die Regierung Thailands bereitgestellt wurde.

b) Ein Forschungszentrum wird in Bangkok unter der Aufsicht der Vertreter des Rates errichtet werden, um zum Vorteil von Mitgliedsregierungen und von im Rahmen der SEATO errichteten Körperschaften Berichte über die laufende Entwicklung der kommunistischen Tätigkeit auszuarbeiten.

c) Das Informationsbüro in Bangkok wird erweitert, und ein Büro für kulturelle Beziehungen wird errichtet werden, um die neuen Programme auf diesen Gebieten durchzuführen.

d) Es wird ein Beamter für Wirtschaftsfragen ernannt werden, um die wichtige Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet zu erleichtern. Er wird in enger Fühlungnahme mit den Vertretern des Rates und unter ihrer Leitung arbeiten.

e) Die Organisationskosten werden aus einem gemeinsamen Etat bestritten werden.

Der Rat war überzeugt, daß die auf dieser Sitzung geleistete Arbeit der Förderung der Sicherheit und Wohlfahrt für das Vertragsgebiet einen neuen und starken Impuls geben wird. Alle Außenminister gaben der festen Entschlossenheit ihrer Regierungen Ausdruck, ihre individuellen und kollektiven Bemühungen zur Sicherung des Friedens und des Wohlstandes des gesamten Gebietes weiter voranzutreiben.

Quelle: *The New York Times*, Nr. 35 839 v. 9. März 1956. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Informationen und Berichte

Die Brüsseler Tagung der Gemeinsamen Versammlung der EGKS

Die Gemeinsame Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist am 13. März 1956 in Brüssel zu ihrer zweiten Außerordentlichen Tagung im Haushaltsjahr 1955/56 zusammengetreten. Sie hatte auf ihrer ersten Außerordentlichen Tagung im November 1955 in Straßburg beschlossen, die weiteren außerordentlichen Tagungen nach Möglichkeit in den Hauptstädten der Mitgliedstaaten abzuhalten und sich nur für die jährliche Ordentliche Tagung auf Straßburg zu beschränken; für die Tagung in Brüssel hatte der belgische Senat seine Räume zur Verfügung gestellt. Der Tagungsort Brüssel erschien für diese Tagung auch deshalb besonders angezeigt, weil sie fast ausschließlich der Entwicklung der wirtschaftlichen Integration Europas gewidmet war, zu deren Gunsten die Gemeinsame Versammlung bereits in einer Entschliebung vom 2. Dezember 1954¹ Stellung genommen hatte. Auf Grund dieser Entschliebung war dann im Mai 1955 eine besondere Arbeitsgruppe gebildet worden, der unter anderem die Aufgabe übertragen wurde, der Versammlung über die Möglichkeit einer Erweiterung der sachlichen Zuständigkeit der Gemeinschaft und, ganz allgemein, einer Erweiterung des gemeinsamen Marktes sowie über das für die Prüfung der zweckmäßigsten und wirksamsten Lösungen einzuschlagende Verfahren zu berichten². Der Außerordentlichen Tagung in Brüssel lag als Vorbericht dieser Arbeitsgruppe der zweite Teil des von ihrem Berichterstatte, dem Holländer *van der Goes van Naters*, ausgearbeiteten Berichts über die Entwicklung der wirtschaftlichen Integration Europas³ sowie ein ebenfalls im Auftrag der Arbeitsgruppe von dem Belgier *Wigny* erstatteter einführender Bericht über das europäische Energieproblem⁴ vor. Brüssel ist zugleich der Sitz des von der Außenministerkonferenz in Messina am 2. Juni 1955 eingesetzten Regierungsausschusses, der die Durchführung ihrer Beschlüsse über die weitere wirtschaftliche Integration Europas unter dem Vorsitz des belgischen Außenministers, Paul Henri *Spaak*, nach der technischen Seite hin zu untersuchen hatte. Dadurch, daß *Spaak* die Möglichkeit gegeben wurde, die Arbeitsergebnisse des Brüsseler Ausschusses nach dem Abschluß ihrer ersten Etappe und unmittelbar vor der Erstattung

des Schlußberichtes an die Regierungen der sechs Mitgliedstaaten vorzutragen, gewann diese Außerordentliche Tagung der Gemeinsamen Versammlung eine besondere Bedeutung als erste Gegenüberstellung der bei den Parlamentariern der sechs Länder vorherrschenden Gedankengänge und der nach den allgemeinen Richtlinien der Regierungen ausgearbeiteten Vorschläge.

Der Bericht Spaaks

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des von der Messina-Konferenz eingesetzten Regierungsausschusses nahm der belgische Außenminister, *Spaak*, als erster Redner das Wort⁵. Er leitete seine Ausführungen vor der Gemeinsamen Versammlung am Nachmittag des 13. März mit der Feststellung ein, daß mit der Entschliebung der Gemeinsamen Versammlung vom Dezember 1954 „am Tage nach dem Scheitern der EVG der Weg nach Europa wieder freigelegt wurde“. Damit habe die „relance“, das Wiederaufleben des Europa-Gedankens, den Anfang genommen. Er wies anschließend auf die besondere Rolle der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und vor allem der Hohen Behörde hin, ohne deren materielle Unterstützung und geistige Mitarbeit die Arbeiten des Brüsseler Ausschusses nicht zum Ziele geführt hätten. *Spaak* wies darauf hin, daß seitens der EGKS die Sekretariatsgeschäfte des Brüsseler Ausschusses geführt worden sind⁶. Er hob die Mitwirkung des Vertreters der Hohen Behörde, ihres Mitgliedes *Spierenburg*, hervor und bezeichnete als wichtigstes Arbeitsdokument den von der Hohen Behörde eingereichten Bericht über die Erfahrungen des gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl⁷. Die Hohe Behörde hat ferner mit einer Reihe leitender Beamter an den Arbeiten des Brüsseler Ausschusses entscheidenden Anteil gehabt.

Außenminister *Spaak* gab sodann eine Darstellung des weiteren Zeitplans und des Inhalts der sachlichen Vorschläge des Brüsseler Ausschusses, die damit zum ersten Male der Öffentlichkeit mitgeteilt wurden. *Spaak* betonte, daß er sich zu der ausführlichen Darstellung vor den Abgeordneten nicht nur deshalb entschlossen habe, weil sie es durch ihre Initiative vom Dezember 1954 verdient hätten, sondern weil er vor allem vermeiden wolle, daß die Gemeinsame Versammlung mit ihrer Ar-

¹) Veröffentlicht im Protokoll der Sitzung vom 2. Dezember 1954, *Amtsblatt der EGKS*, 3. Jahrg., Nr. 22 vom 11. 12. 1954, S. 532; vgl. Ausführlicher Sitzungsbericht (Anlage zum Amtsblatt), Nr. 7, Januar 1955, S. 124—171.

²) Entschliebung über die Bildung der Arbeitsgruppe, veröffentlicht im Protokoll der Sitzung vom 9. Mai 1955, *Amtsblatt der EGKS*, 4. Jahrg., Nr. 13 vom 10. 6. 1955, S. 769; Ernennung von 28 Mitgliedern der Arbeitsgruppe, Protokoll der Sitzung vom 13. Mai 1955, a. a. O. S. 784; Neubesetzung mit 26 Mitgliedern, Protokoll der Sitzung vom 23. November 1955, *Amtsblatt der EGKS*, 4. Jahrg., Nr. 22 vom 6. 12. 1955, S. 920.

³) Gemeinsame Versammlung 1955/56, Dokument Nr. 7: Vorbericht über die Entwicklung der wirtschaftlichen Integration Europas, 2. Teil „Die Hindernisse und ihre Beseitigung“. Der 1. Teil des Berichts „Analyse der Unterlagen“ ist

bereits im Juli 1955 erschienen und neben einem Heft „Anlagen“ vom Sekretariat der Gemeinsamen Versammlung als besondere Broschüre herausgegeben worden. — Zitiert als *Naters-Bericht*.

⁴) Gemeinsame Versammlung 1955/56, Dokument Nr. 6. — Zitiert als *Wigny-Bericht*.

⁵) Ausführlicher Sitzungsbericht, vorläufige Ausgabe, Nr. 6 vom 14. 3. 1956, S. 174—189 (französischer Wortlaut; die deutsche Ausgabe liegt noch nicht vor).

⁶) Der Generalsekretär des Ministerrats der EGKS leitete das Sekretariat des Brüsseler Ausschusses, unterstützt von den Beamten und dem technischen Personal des Ministerrats.

⁷) Dokument Nr. 65 des Brüsseler Ausschusses, verfaßt von P. *Uri*, Direktor der Wirtschaftsabteilung der Hohen Behörde; bisher nicht veröffentlicht.

beitsgruppe einen anderen als den in Brüssel vorbereiteten Weg beschreite. Er bat deshalb, Einzelheiten erst in der am 8. Mai beginnenden Ordentlichen Tagung zu diskutieren, wenn der Brüsseler Bericht im vollen Wortlaut vorliegen wird.

Der Brüsseler Ausschuß hat, nachdem der erste Arbeitsabschnitt mit der Erörterung im Plenum der Delegationen unter Teilnahme von Vertretern Großbritanniens, der OEEC, des Europarats und der Europäischen Verkehrsministerkonferenz bereits im Herbst abgeschlossen war, jetzt den zweiten Abschnitt fast beendet, welcher der Ausarbeitung des Schlußberichtes gewidmet ist; damit ist eine kleine Gruppe von Sachverständigen betraut⁸. Der Bericht wird am 18. April noch einmal dem engeren Ausschuß, dem die Leiter der sechs Delegationen angehören, vorgelegt und eine Woche später, um den 25. April, in der endgültig genehmigten Fassung den Außenministern übermittelt; zu diesem Zeitpunkt soll der Bericht auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Erst Ende Mai werden dann die sechs Regierungen zu einer neuen Konferenz zusammentreten, in der darüber zu beschließen wäre, ob zur Ausarbeitung von Verträgen über Euratom und den gemeinsamen Markt geschritten werden soll⁹.

Den sachlichen Inhalt der Brüsseler Vorschläge skizzierte Spaak anhand der vorliegenden Teilberichte¹⁰, gliedert in die zwei großen Abschnitte: gemeinsamer Markt und Euratom.

Der gemeinsame Markt in seiner erweiterten Form (*marché commun général*) ist definiert als vollständige Zollunion der sechs Mitgliedstaaten der EGKS, nicht als bloße Freihandelszone. Zu dieser Definition sind die Sachverständigen nicht zuletzt durch die Erwägung geführt worden, daß die Zollunion eine Sonderstellung im Rahmen des GATT einnehmen kann, ohne eine Ausnahme („waiver“) von den hier international vereinbarten handelspolitischen Grundsätzen beantragen zu müssen. Ein zweiter Punkt, über den der Brüsseler Ausschuß Einstimmigkeit erzielt hat, ist die Notwendigkeit *unwiderflicher Festlegung* auf die einmal eingeschlagene Politik der Verwirklichung eines allgemeinen gemeinsamen Marktes auf der Grundlage der Zollunion. Eine wirtschaftliche Revolution, wie sie damit eingeleitet wird, läßt sich nicht von einem Tag auf den andern durchführen. Daher ist eine Uebergangszeit von 12 Jahren vorgesehen, die in drei Abschnitten von je vier Jahren zur vollständigen Verwirklichung des gemeinsamen Marktes ohne Zölle und Beschränkungen führen soll, eine Verlängerung auf höchstens 15 Jahre soll unter bestimmten Voraussetzungen möglich sein. Bereits für den ersten Vierjahresabschnitt sollen die Grundsätze, Regeln und notwendigen Einrichtungen festgelegt werden. Die Bestimmungen des Vertrages sollen andererseits elastisch genug gehalten wer-

den, um im zweiten und dritten Abschnitt die Erfahrungen des ersten Abschnitts berücksichtigen zu können. Auf keinen Fall sollen die nationalen Parlamente, d. h. die Gesetzgebung der Mitgliedstaaten, beim Uebergang von einem Abschnitt zum andern eingeschaltet werden.

Der *Abbau der Binnenzölle*, d. h. die Beseitigung der Zollschranken innerhalb der Gemeinschaft, die das erste technische Problem der Errichtung eines umfassenden gemeinsamen Marktes bildet, erscheint nur möglich, wenn Zollverhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten vermieden werden. Eine Konferenz der Zollsachverständigen der sechs Länder, in der alle Positionen ausgehandelt werden müßten, würde große Schwierigkeiten aufwerfen, vor allem aber unabsehbar langwierig sein. Andererseits hält man einen einfach schrittweisen linearen Zollabbau, etwa um jährlich 10 vH, auch nicht für möglich. Die Brüsseler Sachverständigen schlagen daher einen automatischen Abbau mit elastischem Vorgehen vor, mit so viel einzelnen Stufen wie möglich. Er soll mit einer linearen Zollsenkung — 10 vH für alle Positionen — beginnen und dann innerhalb der Warengruppen der einzelnen nationalen Zollsysteme je nach der absoluten Höhe der Zollsätze differenziert fortgesetzt werden, so daß am Ende des ersten Vierjahresabschnittes der Uebergangszeit eine allgemeine Zollsenkung um 30 vH und nach dem zweiten Vierjahresabschnitt um weitere 30 vH erreicht ist und dann für den Abbau der restlichen 40 vH, falls die Uebergangszeit nicht auf 15 Jahre verlängert wird, auf jeden Fall noch einmal vier Jahre zur Verfügung stehen. Bei der notwendig werdenden *Festsetzung gemeinsamer Außenzölle* gegenüber dritten Ländern wird darauf hingewiesen, daß die gemeinsame Verhandlung für einen Wirtschaftsbereich von 150 Millionen Einwohnern eine ganz andere Größenordnung zugrunde legt als bisher die Einzelverhandlungen der sechs Staaten. Die klassische Alternative Freihandel — Schutzzoll, so betonte Spaak, stellt sich nicht, da eine Autarkiepolitik der Sechs-Länder-Gemeinschaft auf keinen Fall beabsichtigt ist. Nach den Bestimmungen des GATT kann sowieso ein gemeinsamer Zolltarif der Union im ganzen keinen höheren Zollschutz schaffen, als er vorher in den einzelnen Ländern bestanden hat. Die Einzelheiten des vorgeschlagenen Zollsystems werden in einem besonderen Anhang zum Bericht aufgeführt. Hinsichtlich der Einfuhrbeschränkungen durch Kontingente und staatliche Handelsorganisationen sollen die vom Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) erzielten Ergebnisse zumindest im ersten Vierjahresabschnitt zugrunde gelegt werden. An Stelle der Aufhebung der Kontingente für einzelne Waren und Warengruppen soll dann eine jährliche Erhöhung der Kontingente für alle Waren vorgenommen werden, so daß spätestens ein Jahr vor der vollständigen Beseitigung der Binnenzölle alle mengenmäßigen Beschränkun-

⁸) Nach Pressemeldungen gehören ihr an: der deutsche Ministerialdirigent von der Groeben, Leiter der Schumanplan-Abteilung im BMW; der Franzose P. Uri, Direktor der Wirtschaftsabteilung der Hohen Behörde; der Italiener Guazzugli, Abteilungsleiter im Sekretariat des Ministerrats der EGKS; der Belgier Hupperts.

⁹) Die Ratifizierung dieser Verträge würde in einem weiteren Stadium dann — wie seinerzeit der Gründungsvertrag der EGKS — der Zustimmung der nationalen Parlamente unterliegen; dann erst käme also die Stunde der Parlamentarier. So ist wohl Spaaks Äußerung zu verstehen, daß die

Gemeinsame Versammlung jetzt „zwischen zwei Stühlen sitzt“, ebenso seine Mahnung, den Ablauf der Entwicklung — d. h. die jetzt fälligen Beratungen der Regierungen — nicht durch übereilte, womöglich abweichende Stellungnahme zu Einzelheiten zu stören.

¹⁰) Berichte 1—10 über den erweiterten gemeinsamen Markt und seine Teilprobleme, ein 11. Bericht über die friedliche Anwendung der Atomenergie (Euratom). — Auf die Nummerierung der Teilberichte zum gemeinsamen Markt wird in unserer Darstellung verzichtet, weil sie aus den Ausführungen Spaaks nicht genau zu entnehmen ist.

gen des Warenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten weggefallen sind. Zu diesem Zweck würde es genügen, die Kontingente jährlich um 20 vH gegenüber dem Vorjahr zu erhöhen. Ueber die besonderen Marktprobleme der *Landwirtschaft* äußerte sich Spaak sehr optimistisch; hier seien allerdings besonders sorgfältige Schutzmaßnahmen und Uebergangsbestimmungen notwendig.

Der nur in großen Zügen behandelte Teilbericht über die „volle Ausnutzung der europäischen Hilfsquellen“ umfaßt die Probleme der Anpassung und Freizügigkeit der Arbeitnehmer im gemeinsamen Markt sowie die Förderung der Investitionen. Aus einem *Anpassungsfonds*, der aus Beiträgen der Mitgliedstaaten aufzubringen ist, soll die Hälfte der besonderen Aufwendungen geleistet werden, die im Falle einer durch den gemeinsamen Markt verursachten Arbeitslosigkeit oder Umsetzung von Arbeitskräften entstehen, die andere Hälfte wäre (wie jetzt in der EGKS) von den einzelnen Staaten aufzubringen. Die Mittel für den Investitionsfonds sollen auf dem Kapitalmarkt beschafft werden; es wird mit einem Grundkapital in der Größenordnung von einer Milliarde EZU-Einheiten (Dollar) und jährlichen Zuflüssen von 300 Millionen Dollar gerechnet.

Die Probleme des Transportwesens sollen den bestehenden internationalen Organisationen überlassen bleiben. Die Gründung besonderer Organe dafür erscheint nicht notwendig.

Ausführlich behandelt wird das umstrittene Problem der *Harmonisierung* und der sogenannten „Verzerrungen“ (Distorsionen). Dazu nahm Spaak vor der Gemeinsamen Versammlung unter starker Betonung seiner persönlichen Ansichten und der Benelux-Erfahrungen Stellung. Er wandte sich entschieden gegen die Auffassung, daß die Harmonisierung der Sozialgesetzgebung, der Löhne und Kosten, eine Vorbedingung der Errichtung des gemeinsamen Marktes sei oder daß dieser zwangsläufig zur Gleichmachung (*égalité*) der Lebensbedingungen in der ganzen Gemeinschaft führe. Nach den Vorschlägen des Brüsseler Ausschusses wird die „Europäische Kommission“ gemeinsam mit den Regierungen und den Industrien selbst alle Fälle angeblicher Verzerrung prüfen und, wenn die Regierungen ihre Vorschläge zur Abhilfe nicht annehmen, den benachteiligten Industrien für die Dauer der Uebergangszeit Schutzklauseln zubilligen können.

Der letzte Teilbericht über den gemeinsamen Markt ist dem Problem der *Energiewirtschaft* gewidmet. Die Zuständigkeit für die gesamte Energiewirtschaft der Sechs-Länder-Gemeinschaft soll der *EGKS übertragen* werden. Dieser Bereich soll aus dem Vertrag über den erweiterten gemeinsamen Markt ausgeklammert und bis zum Ablauf einer besonderen Uebergangszeit — die nichts mit den drei Vierjahresabschnitten der Zollunion zu tun hat — den Organen der Kohle- und Stahlgemeinschaft übertragen werden, und zwar bis zu einem Zeitpunkt, an dem, wie Spaak sich ausdrückte, „Ordnung in alle europäischen Einrichtungen gebracht wird“.

Die Vorschläge für die *Institutionen* des allgemeinen gemeinsamen Marktes sind sehr vorsichtig gehalten. Spaak betonte, daß man dabei von rein objektiven Gesichtspunkten ausgegangen sei und jede Festlegung auf Prinzipien sorgfältig vermieden habe. Man werde es den Juristen überlassen, nachher festzustellen, ob die Institutionen supranational seien oder nicht. Die Vollmachten

der Institutionen des gemeinsamen Marktes müßten andererseits ausreichend groß sein, wenn man den Vertrag elastisch halten wolle. — An erster Stelle wird der *Ministerrat* genannt, der grundsätzlich in allen Fragen, welche die allgemeine Politik der Regierungen berühren, einstimmig zu beschließen hat, während für die Fragen, die mit dem gemeinsamen Markt zusammenhängen, Mehrheitsbeschlüsse möglich sein sollen. Zweites Organ ist die *Europäische Kommission*, deren Mitglieder durch übereinstimmenden Beschluß der Regierungen ernannt und vom Parlament bestätigt werden sollen. Der Präsident der Kommission soll vom Parlament bestimmt werden. Die Europäische Kommission soll den Vertrag durchführen und die Einhaltung der von den Staaten übernommenen Verpflichtungen überwachen. Sie soll ferner darüber wachen, daß die Unternehmen die aufgestellten Regeln befolgen, Entscheidungen über die Beseitigung der Subventionen und sonstige organisatorische Maßnahmen treffen, schließlich über die Anwendung von Schutzklauseln und Ausnahmebestimmungen entscheiden. Die Europäische Kommission kann dem Ministerrat allgemeine wirtschaftspolitische Vorschläge unterbreiten, insofern also dem Ministerrat gegenüber eine beratende Stellung einnehmen. Sie soll außerdem den Anpassungsfonds verwalten und die Investitionsprogramme prüfen. Die *Parlamentarische Versammlung* soll durch Erweiterung der Gemeinsamen Versammlung der EGKS gebildet werden, aber wesentlich stärkere Kontrollbefugnisse haben, u. a. ein echtes Budgetrecht und auch gewisse gesetzgebende Befugnisse in Zusammenarbeit mit dem Ministerrat. Der *Gerichtshof* soll derjenige der EGKS sein, ergänzt durch sachverständige Beisitzer.

Der zweite Teil des Brüsseler Berichts, den Spaak vortrug, behandelt die *friedliche Verwendung der Atomenergie*, für deren gemeinsame Organisation bereits die Bezeichnung „Euratom“ geprägt worden ist.

Um den großen Rückstand der Länder der EGKS gegenüber den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, aber auch gegenüber Großbritannien, möglichst schnell auszugleichen, sind große finanzielle Mittel erforderlich, die nur gemeinsam aufgebracht werden können. Die beiden großen Aufgaben, die gemeinsam in Angriff genommen werden müssen, sind Forschung und Ausbildung einerseits und die Errichtung der notwendigen Anlagen, insbesondere eines Isotopenwerkes, andererseits. Die Frage des Eigentums an den Rohstoffen soll durch ein vorläufiges Kompromiß so geregelt werden, daß Euratom ein Vorkaufsrecht erhält. Kein endgültiger Vorschlag besteht für die Weitergabe an die Verbraucher in Kauf oder Miete. Einmütigkeit besteht dagegen über die Sicherheits- und Kontrollvorschriften. Offen ist die Frage der militärischen Verwendung.

Die Antwort des Parlaments

In einer dreitägigen Aussprache, am 14., 15. und 16. März, hat die Gemeinsame Versammlung die Fragen der wirtschaftlichen Integration gründlich erörtert. Dieser Aussprache, an der sich 25 Abgeordnete beteiligten, lagen formell die Berichte der Abgeordneten *van Naters* und *Wigny* zugrunde. Sie war de facto jedoch die Antwort der Parlamentarier der sechs Länder auf die Vorschläge des Brüsseler Ausschusses. Die Stellungnahme zum Naters-Bericht, die in einer einstimmigen Entscheidung, und zum Wigny-Bericht, die in getrennten

Erklärungen der Fraktionen niedergelegt wurde, entsprach jedenfalls nicht dem von *Spaak* so dringend geäußerten Wunsch, die Brüsseler Vorschläge, so wie sie sind, zu unterstützen und „dem, was in Brüssel begonnen worden ist, den Erfolg zu sichern“¹¹. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, der belgische Senator *Motz*, leitete die Aussprache mit der Erklärung ein, daß die Versammlung unbestreitbar das Recht habe, „ihre Ansicht über bestimmte Probleme der Integration zu äußern, ohne Rücksicht auf die Fortschritte oder Verzögerungen der Arbeit in anderen Sphären in der gleichen Sache“. Er betonte im übrigen, daß die Berichte der Abgeordneten van Naters und Wigny nicht die Meinung der Arbeitsgruppe wiedergeben, sondern nur die persönlichen Ansichten der Verfasser¹².

Der holländische Abgeordnete *Nederhorst* wandte sich in der Aussprache über den Naters-Bericht gegen die einengende Definition der wirtschaftlichen Integration als nur eines freien Marktes. Das sei zwar eine Voraussetzung, der „integrierte Markt“ umfasse aber sehr viel mehr: die Harmonisierung der Wirtschafts-, Sozial-, Währungs- und Steuerpolitik, die gemeinsame Verantwortung für die sozialen Folgen und die Schaffung eines neuen „Zentrums“ mit echten Befugnissen¹³. Diese, von anderen Rednern aufgenommene Forderung hat ihren Niederschlag in der Entschließung gefunden. Der deutsche Abgeordnete *Furler* verteidigte die Brüsseler Lösung; das Bessere könne hier der Feind des Guten sein.

Eine große Rolle spielte die Haltung Frankreichs gegenüber der Schaffung eines umfassenden gemeinsamen Marktes. Der belgische Abgeordnete *Dehousse* verlangte eine taktvolle Behandlung dieser Frage unter Hinweis auf die durch die Ereignisse in Nordafrika ausgelöste Krise. „Wir können Europa nicht ohne Frankreich errichten. Wir können es uns zur Not, was ich bedaure, ohne England vorstellen. Aber ein Europa ohne Frankreich ist schlechthin undenkbar“¹⁴. Der holländische Abgeordnete *Vixseboxse* ging so weit, als Ersatzleistung für den gemeinsamen Markt der Sechs, wenn er an Frankreich scheitere, eine Erweiterung der Benelux-Union ohne Frankreich vorzuschlagen¹⁵.

In der Diskussion des Wigny-Berichtes zeichnete sich von vornherein ein Auseinandergehen der Ansichten über wichtige Teilfragen der Atomgemeinschaft ab, das zur Abgabe formulierter Erklärungen seitens der sozialistischen Fraktion und der christlich-demokratischen Fraktion, der sich die Liberalen anschlossen, führte. Die sozialistische Erklärung, verlesen vom Abgeordneten *Dehousse*¹⁶, fordert die Beschränkung auf ausschließlich friedliche Zwecke, unbeschadet der Verpflichtungen aus den Pariser Verträgen, der Westeuropäischen Union und der NATO, sowie die Uebertragung des Eigentums an den Kernbrennstoffen auf die Gemeinschaft unter wirksamer parlamentarischer Kontrolle. Die Erklärung der christlich-demokratischen Fraktion, verlesen vom Abge-

ordneten *Sassen*¹⁷, fordert Bewegungsfreiheit für die private Initiative, wirksame Kontrolle, aber auch die Möglichkeit der Herstellung von Atombomben auf Grund einstimmigen Beschlusses der Mitgliedstaaten. Die Atomgemeinschaft soll allen Mitgliedstaaten der OEEC offenstehen.

Nach Schluß der Debatte nahm der Präsident der Hohen Behörde, René *Mayer*, das Wort zu einer Erklärung, in der er, einer etwaigen Kritik vorbeugend, zunächst feststellte, daß die Hohe Behörde sich auf Einladung der Regierungen an den Arbeiten des Brüsseler Ausschusses beteiligt habe, weil der Vertrag eine Erweiterung des gemeinsamen Marktes ausdrücklich vorsehe und weil sie ferner laut Vertrag dem Ministerrat für derartige Aufgaben zur Verfügung stehe. Präsident *Mayer* wies auf die Erfahrungen des gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl hin und unterstrich die Unwiderflichkeit einmal getroffener Maßnahmen als unerläßliche Vorbedingung. Die Hohe Behörde sei bereit, die Verantwortung für die gesamte Energiewirtschaft zu übernehmen. Im ganzen rückte er den Bericht *Spaaks* stark in den Vordergrund und bezeichnete den politischen Entschluß zur Durchführung als nunmehr allein entscheidend¹⁸.

Die Entschließung, die am Ende der Tagung auf gemeinsamen Antrag der drei Fraktionen von der Gemeinsamen Versammlung einstimmig angenommen wurde, stellt als wichtigste Punkte eines von den Regierungen abzuschließenden Vertrages über den allgemeinen gemeinsamen Markt die folgenden auf: über eine bloße Liberalisierung hinaus die Koordinierung der allgemeinen Wirtschaftspolitik, Angleichung der sozialen Lasten und Errichtung einer Behörde mit ausreichenden Befugnissen und demokratischer Kontrolle. Der Beitritt zu diesem Verträge soll allen Mitgliedern der OEEC offenstehen¹⁹.

Der Arbeitsplan für die am 8. Mai beginnende Ordentliche Tagung der Gemeinsamen Versammlung sieht vor, daß vor der üblichen Vertagung auf Mitte Juni die Aussprache über die weitere Integration, gestützt auf den Bericht des Brüsseler Ausschusses, wieder aufgenommen wird.

Georg Streiter

Die künftigen Aufgaben des Europäischen Wirtschaftsrates

Eine Woche nach der Veröffentlichung des 7. Jahresberichtes des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC), der in erster Linie den Problemen der wirtschaftlichen Expansion gewidmet war (vgl. hierzu den Bericht in EA 6—7/1956, S. 8719—8721), trat der Ministerrat dieser Organisation am 28. und 29. Februar 1956 zu einer Sitzung in Paris zusammen. Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte:

1. Erörterung des Berichtes, der von einem Sachverständigenausschuß der OEEC im Dezember 1955 zu den

¹¹) Vgl. den VWD-Kommentar vom 20. März 1956: „Schwerste Hürden für die europäische Integration bleiben die nationalen Parlamente“.

¹²) Ausführlicher Sitzungsbericht, vorläufige Ausgabe, Nr. 7 vom 15. 3. 1956, S. 195.

¹³) Ebenda S. 208 ff.

¹⁴) Ebenda S. 245.

¹⁵) Ebenda S. 256.

¹⁶) Ebenda S. 300 f.

¹⁷) Ebenda S. 303.

¹⁸) Ebenda S. 316 ff.

¹⁹) Gemeinsame Versammlung 1955/56, Dokument Nr. 9.

Fragen der friedlichen Verwendung der Atomenergie erarbeitet worden war¹;

2. Erörterung eines Memorandums des Generalsekretärs über die künftigen Aufgaben der OEEC;
3. Durchführung des Vanoni-Planes (vgl. hierzu den Bericht von Horst Männel in EA 10/1955, S. 7553—7558).

Die Tagung des Rates stand unter dem Vorsitz des britischen Schatzkanzlers, Harold Macmillan. Die Mitgliedstaaten waren vornehmlich durch ihre Außen- bzw. Wirtschaftsminister vertreten; für die Bundesrepublik nahmen der Bundesminister für Atomfragen, Franz Josef Strauß, und der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Prof. Walter Hallstein, teil.

In seiner einleitenden Ansprache hob Macmillan die Verdienste hervor, die sich die OEEC um die Wiederaufrichtung der westeuropäischen Wirtschaft erworben habe. Die OEEC dürfe in ihren Bemühungen jedoch nicht nachlassen; sie müsse vielmehr in die Zukunft blicken und sich neue Aufgaben stellen. Europa sehe sich heute dem besonderen Problem gegenüber, eine Expansion ohne Inflation zu erreichen. Ein großes und neues Arbeitsgebiet stelle sich der OEEC in der friedlichen Verwendung der Atomenergie. Macmillan erklärte:

„Hier bietet sich vor allem eine Gelegenheit, bei der ganz Europa gemeinsam handeln kann. Auf unserer heutigen Konferenz haben wir die Möglichkeit, Entscheidungen zu treffen, die von allen europäischen Völkern als ein Schritt vorwärts angesehen werden und durch die wir praktische und positive Ergebnisse erreichen können. Ich betone die Frage der Atomenergie, weil ich glaube, daß gerade sie uns eine Gelegenheit gibt, die ebenso einmalig und drastisch ist wie die, die von unseren Vorgängern vor sieben Jahren in einem wichtigen Augenblick der Weltgeschichte ergriffen wurde.“

Im Namen der sechs Mitgliedstaaten der Montanunion gab der belgische Außenminister, Paul Henri Spaak, eine Erklärung ab, in der er hervorhob, die Regierungen dieser Länder hätten mit dem größten Interesse von dem Sachverständigenbericht der OEEC über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Atomenergie Kenntnis genommen, jedoch gehe ihnen dieser Plan nicht weit genug. Die Konzeption der OEEC sei zu liberal und schaffe nicht die europäische Solidarität. Das wesentliche Problem der Rohstoffe werde nur ungenügend berücksichtigt.

Der französische Außenminister, Christian Pineau, unterstützte die Ausführungen Spaaks. Zwischen dem „Euratom“-Plan und dem Plan der OEEC gebe es keine Unvereinbarkeit.

Die Vertreter der übrigen Montanunionländer zeigten in ihren Erklärungen eine gewisse Zurückhaltung zu dieser Frage. Sie hoben ihre Bereitschaft zur Mitarbeit im Rahmen der OEEC an der friedlichen Verwendung der Atomenergie hervor.

Für Großbritannien gab der Präsident des Board of Trade, Peter Thorneycroft, eine allgemein gehaltene Erklärung ab, in der darauf hingewiesen wurde, daß Großbritannien geneigt wäre, den übrigen Mitgliedstaaten der OEEC seine technische Hilfe zur Verfügung zu stellen und die Möglichkeit zu prüfen, den Austausch von Erzeugnissen, die mit der Atomenergie zusammenhängen, zu fördern.

Für die Schweiz gab Bundesrat Max Petitpierre die Erklärung ab, daß sein Land zur Mitarbeit an der Erschließung der Atomenergie im Rahmen der OEEC bereit sei. Petitpierre wünschte, daß jede Doppelspurigkeit vermieden und eine engere Verbindung zwischen den Bestrebungen der sechs Montanunionländer und der Tätigkeit der OEEC hergestellt werde. Es komme vor allem darauf an, so bald wie möglich zu praktischen Ergebnissen zu gelangen.

Die Vertreter der Vereinigten Staaten und Kanadas, Dana Wilgress und Robert Murphy, hoben die Bereitschaft ihrer Länder hervor, mit Westeuropa auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Atomenergie zusammenzuarbeiten, wobei es nach ihrer Ansicht Sache der Westeuropäer sei, sich darüber schlüssig zu werden, welche organisatorischen Formen dem gemeinsamen Vorgehen der europäischen Länder gegeben werden sollten.

Zum Schluß seiner Beratungen über die Frage der friedlichen Verwendung der Atomenergie nahm der Ministerrat einstimmig eine EntschlieÙung an, durch die ein Sonderausschuß gebildet wird, der die weiteren praktischen Maßnahmen, insbesondere die Einsetzung eines Direktoriums für Kernenergie, vorbereiten soll. Die EntschlieÙung nimmt ausdrücklich Bezug auf das Angebot Präsident Eisenhowers vom 22. Februar 1956, in dem dieser die Bereitschaft der Vereinigten Staaten bekundete, 20 000 Kilogramm angereicherten Urans fremden Ländern zu friedlichen Zwecken verfügbar zu machen. Die Mitgliedstaaten werden in der EntschlieÙung aufgefordert, innerhalb von 14 Tagen ihre Vertreter im Sonderausschuß für Kernenergie zu ernennen. Die Vereinigten Staaten und Kanada werden an den Arbeiten des Ausschusses teilnehmen. (Der Ausschuß ist am 27. März zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Vgl. OEEC Press Release A[56]12 vom 23. März 1956.) Der Sonderausschuß wird beauftragt, dem Ministerrat spätestens in drei Monaten konkrete Vorschläge für die weitere Tätigkeit der Organisation auf diesem Gebiet zu unterbreiten. Außerdem soll er sofort Föhlung mit den zuständigen amerikanischen Stellen bezüglich des Angebots Präsident Eisenhowers vom 22. Februar aufnehmen.

Der Ausschuß wird sich den Weisungen des Ministerates zufolge vor allem mit drei Problemen zu befassen haben: mit der Errichtung einer Sicherheitskontrolle, mit der Gründung gemeinsamer Unternehmungen und mit handelspolitischen Maßnahmen auf dem Gebiete des Austausches der mittels Kernenergie verwendeten Erzeugnisse. Ferner wird der Ausschuß Vorschläge für die Einsetzung eines Direktoriums für Kernenergie auszuarbeiten haben. Schließlich wird er sich über die Mittel Rechenschaft ablegen, die Tätigkeit anderer Organisationen — gemeint ist vor allem das Euratom-Projekt — zu koordinieren. Er wird bei seinen Vorschlägen auch die Möglichkeiten zu berücksichtigen haben, die sich aus der Anwendung des Artikels 14 der Satzung (Abgehen von der Regel der Einstimmigkeit) bieten.

Mit der Annahme dieser EntschlieÙung (OEEC Press Release A[56]9 vom 29. Februar 1956) wurde für die weitere Behandlung des Problems der Kernenergie eine Lösung gefunden, die auf der einen Seite den sechs Staaten der Montanunion die Möglichkeit gibt, ihre Sonderbemühungen um die Zusammenlegung ihres Wirkens auf diesem Gebiete fortzuführen, auf der anderen

¹) „Possibilities of Action in the Field of Nuclear Energy“, Report to the Council by Working Party No. 10; OEEC, Paris, 15. Dezember 1955.

Seite jedoch die Mitarbeit dieser Länder an den im weiteren Kreise der OEEC eingeleiteten Bestrebungen sichert. Der Wettbewerb zwischen dem Euratom-Projekt der Montanunion-Staaten und dem Projekt der OEEC bleibt jedoch weiterhin bestehen.

Die Aufmerksamkeit der Minister war durch das Problem der Kernenergie so stark in Anspruch genommen, daß für die übrigen auf der Tagesordnung stehenden Punkte wesentlich weniger Zeit zur Verfügung stand.

Die im Anschluß an den Bericht des Generalsekretärs der OEEC, René *Sergent*, über die zukünftigen Aufgaben der europäischen Wirtschaftszusammenarbeit gebilligten Richtlinien (OEEC Press Release A[56]10 vom 29. Februar 1956) beschränken sich zunächst darauf, die im 7. Jahresbericht der OEEC enthaltenen Empfehlungen sowohl für die von den Mitgliedstaaten zu befolgende Politik zur Bekämpfung der Inflation als auch für die Tätigkeit der Organisation selbst in Erinnerung zu rufen. Auf dem Gebiet des Handels- und Zahlungsverkehrs wird die Notwendigkeit betont, das bereits im Januar 1955 aufgestellte Ziel — die Liberalisierung von 90 Prozent des europäischen Handels — auch tatsächlich zu erreichen. Dies soll bis zum 30. September 1956 der Fall sein. Der französische Wirtschaftsminister, Paul *Ramadier*, erklärte hierzu, daß Frankreich sich bemühen werde, sich dem Liberalisierungssatz von 90 Prozent zu nähern; es scheine ihm jedoch schwierig, wenn nicht gar unmöglich, über 90 Prozent hinauszugehen.

Im Zusammenhang mit den Maßnahmen für die Liberalisierung wird die OEEC den Richtlinien zufolge auch die übrigen Handelshemmnisse, wie hohe Zölle, Staatshandel und Exportbeihilfen, in ihr Arbeitsfeld einzubeziehen haben. Auch mit den konjunkturpolitischen Aspekten der von den einzelnen Mitgliedstaaten befolgten Politik wird sich die OEEC künftig befassen müssen, um somit die Harmonisierung der einzelstaatlichen Wirtschaften anzustreben. Die Organisation wird sich ferner folgenden Fragen zu widmen haben: Beseitigung der noch bestehenden Handelsbeschränkungen; Absatzförderung für landwirtschaftliche Erzeugnisse; Befreiung der Dienstleistungen und des Kapitalverkehrs; Liberalisierung der Einfuhr aus Dollarländern²; Abbau des Bilateralismus in Beziehungen zu Drittländern und Förderung eines multilateralen Verkehrs mit diesen Ländern; Erschließung der unterentwickelten Gebiete.

Als dritter und letzter Punkt der Tagesordnung wurde von den Ministern der Zehnjahrplan der italienischen Regierung zur wirtschaftlichen Entwicklung Italiens (Vanoni-Plan) behandelt. Den Ministern lag hierzu ein Bericht einer Arbeitsgruppe vor, in dem die im Jahre 1955 erreichten Fortschritte geschildert wurden (OEEC Press Release A[56]7 vom 29. Februar 1956). Der Ministerrat bezeichnete diese Fortschritte als ermutigend.

H. V.

Der VI. Kongreß der Union Europäischer Föderalisten

Vom 2. bis zum 4. März 1956 hielt die Union Europäischer Föderalisten in Luxemburg ihren VI. Kongreß ab, an dem über 200 Delegierte aus 14 europäischen Ländern teilnahmen. Nach einem allgemeinen politischen

² Vgl. hierzu den soeben erschienenen Bericht „Liberalisation of Europe's Dollar Trade“; OEEC, Paris, März 1956.

Bericht von Henri *Frenay* und einem Tätigkeitsbericht von Guglielmo *Usellini* standen im Mittelpunkt des Kongresses drei Resolutionsentwürfe über die künftige Politik der UEF sowie Vorschläge für eine Aenderung der Statuten. Diese Fragen waren in den letzten Monaten auf den nationalen Tagungen der Mitgliedsorganisationen der UEF eingehend diskutiert worden. Außerdem hatte in einer „Tribune libre“ seit Herbst 1955 eine Aussprache über Aktionsprobleme und Organisation der UEF stattgefunden.

Die Gegensätze innerhalb der UEF

Bereits während des V. Kongresses (vgl. EA 10/1955, S. 7570) waren die unterschiedlichen Meinungen über Wege und Methoden der künftigen Arbeit deutlich geworden. Die Auseinandersetzungen führten zu einer inneren Krise der UEF, wobei sich drei Richtungen herauskristallisierten. Diese verschiedenen Tendenzen wurden auf dem Kongreß durch Altiero *Spinelli* (Entwurf 1), André *Delmas* (Entwurf 2) und Hendrik *Brugmans* (Entwurf 3) vertreten.

Der Entschließungsentwurf 1 erinnert einleitend an die „Ohnmacht“ internationaler Einrichtungen, wie beispielsweise der OEEC oder des Europarats, und an die „Verwundbarkeit“ isolierter supranationaler Einrichtungen wie der Montanunion und weist auf die Unzulänglichkeit jeder Teilaktion hin. In dem Entwurf werden dann definiert: die politische, wirtschaftliche und soziale Zielsetzung, die strategische und taktische Aktionsmethode sowie die Organisationsprinzipien. In Punkt 4 heißt es: „Als europäische Bürger, denen die gesetzlichen Ausdrucksmittel durch das Ueberleben des alten Regimes der Nationalstaaten vorenthalten werden, ist es nicht nur unser Recht, sondern auch unsere Pflicht, jede andere Lösung zu verwerfen als diejenige, die unsere gemeinsame Zukunft verbürgen kann, d. h. die Schaffung einer europäischen Föderation.“ Um sie zu schaffen, so wird in Artikel 9 ausgeführt, sei es notwendig, daß sich eine starke politische Kraft bildet, die gleichzeitig Avantgarde und Ausdruck des „europäischen Volkes“ ist. Sie müsse sich von den herkömmlichen Verbänden unterscheiden und in sich alle gesunden Kräfte der Länder und Völker Europas zusammenfassen und nachbilden, ohne dabei die nationalen Werte zu verleugnen. Eine solche von den Föderalisten hervorgerufene Volksaktion soll „zur Schaffung des ständigen Kongresses des europäischen Volkes führen“. Die Delegierten des Kongresses sollen frei und unmittelbar von ihren Mitbürgern ernannt werden (Artikel 10). Aufgabe des Kongresses soll sein, den nationalen Regierungen gegenüber für eine aus freien Wahlen hervorgehende Konstituante einzutreten. Der von ihr ausgearbeitete Bundesverfassungsentwurf soll in jedem Lande der „Ratifizierung durch die Völker“ unterbreitet werden.

Im Gegensatz zu diesem von Spinelli entwickelten Aktionsprogramm wird in dem dritten Entschließungsentwurf grundsätzlich erklärt, daß der europäische Föderalismus „seine Taktik den konkreten Möglichkeiten des Augenblicks anpassen“ müsse. Es sei abzulehnen, alle Hoffnungen und Aktionen auf eine einzige Möglichkeit zu konzentrieren. In der föderalistischen internationalen Aktion müsse die Autonomie die Regel sein, da die sachlichen Möglichkeiten in den Ländern und Regionen verschieden sind. Dies schließe nicht aus, Kampagnen erfolg-

reich durchzuführen, die für alle Teilnehmer annehmbar sind. Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen wird gefolgert, daß eine europäische Kampagne zugunsten einer Verfassungsgebenden Versammlung zur Zeit nur einen schwachen Widerhall erwecken könne, weil sie außerhalb des föderalistischen Kreises keinem bereits wirklich empfundenen Anliegen entspreche. Der Kristallisationspunkt, um den sich heute die proeuropäischen Kräfte sammeln, sei nicht die Konstituante, sondern die wirtschaftliche Integration und die Schaffung eines Atomenergie-Pools. Diese Entwicklung müsse der europäische Föderalismus unterstützen und „namentlich unterstreichen, daß jede echte Integration übernationale politische Organismen und eine demokratische Kontrolle erfordert“. Es solle daher ein Aktionsprogramm für die kommenden zehn Jahre ausgearbeitet werden: „Dieses Programm wird einerseits eine Aufstellung der zu ergreifenden Maßnahmen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, andererseits eine Beschreibung der für die Erfüllung dieser Aufgaben notwendigen Einrichtungen sowie ihrer Befugnisse und Vollmachten beinhalten.“

Der zweite Entschließungsentwurf darf als ein Versuch einer Synthese zwischen diesen beiden Auffassungen gewertet werden. Seine Befürworter sehen sowohl in der Kampagne für eine europäische Konstituante als auch in einem „Kampf mit beschränkter Zielsetzung“ Anliegen der UEF. Jedoch solle sie ihre Aktion nicht von derjenigen der Regierungen abhängig machen.

Die Ergebnisse des Kongresses

Nach einer kurzen Debatte über die vorgelegten Entschließungen erfolgte eine Probeabstimmung, die folgendes Ergebnis hatte: rund 45 vH stimmten für die Resolution 1, 30 vH für die Resolution 3 und 25 vH für die Resolution 2. Da ein angestrebter Kompromiß zwischen den Vertretern der Resolutionen 2 und 3 nicht zustandekam, einigte man sich auf das folgende Protokoll, das mit 390 gegen 163 Stimmen angenommen wurde:

„Der VI. Kongreß der UEF, in Luxemburg am 2., 3. und 4. März 1956 versammelt:

- 1) Bekräftigt erneut das wesentliche Ziel des europäischen Föderalismus, das von allen anerkannt wird: die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa;
- 2) Stellt jedoch fest, daß sich im Innern der Bewegung zwei verschiedene politische Konzeptionen hinsichtlich der einzuschlagenden Strategie und Taktik behauptet haben.
- 3) Weit davon entfernt, die Meinungsverschiedenheiten verdecken zu wollen, nimmt er diese Konzeptionen zur Kenntnis, wie sie in den beiden angefügten Entschließungen niedergelegt sind;
- 4) Bekräftigt er seinen festen Willen, die Existenz der UEF aufrecht zu halten, indem jeder der beiden Tendenzen das Höchstmaß an Arbeitsmöglichkeiten eingeräumt wird, um die Aktion, die sie vorschlagen, wirksam durchführen zu können;
- 5) Versichert er, daß die europäischen Föderalisten angesichts der schwerwiegenden Lage unseres Kontinents und der ihnen zufallenden großen Aufgaben der öffentlichen Meinung nicht mehr das Schauspiel interner Auseinandersetzungen bieten dürfen;
- 6) Wünscht er abschließend, daß die beiden Tendenzen weiterhin innerhalb der UEF in gutem Einvernehmen und nicht nur im Geiste der gegenseitigen Duldung, sondern in einem Geiste des gegenseitigen Verständ-

nisses und darüber hinaus der Verständigung zusammenleben, damit in Zukunft ein Maximum an gemeinsamen Aktionen durchgeführt werden kann*.“

In der Frage der Abänderung der Statuten der UEF, die sich in erster Linie auf die Zusammensetzung des Zentralkomitees bezog, faßte der Kongreß einen einstimmigen Beschluß. Das Zentralkomitee wird demnach aus 31 Nationaldelegierten bestehen, zu denen 33 vom Kongreß direkt gewählte Mitglieder hinzutreten. Den drei vorhandenen Tendenzen folgend, ergab eine Listenwahl folgende proportionelle Verteilung der Sitze im Zentralkomitee: Liste 1 (Spinelli) 15 Sitze; Liste 3 (Brugmans) 10 Sitze; Liste 2 (Delmas/Frenay) 8 Sitze. Von sieben deutschen Vertretern gehören fünf der Liste 3 und zwei der Liste 1 an.

Ein Entschließungsantrag über Euratom wurde dem Zentralkomitee überwiesen, da eine ausführliche Behandlung wegen der Kürze der Zeit nicht mehr möglich war.

Zu dem Verlauf und zu den Ergebnissen des Luxemburger Kongresses erklärte der Präsident der Europa-Union Deutschland, Ernst Friedländer, der zu den Befürwortern der Tendenz Brugmans zählt, der Kongreß habe zu einem *modus vivendi* geführt. Jede der beiden Richtungen gestehe der anderen das Recht auf Existenz und Handlungsfreiheit zu und verzichte darauf, die andere majorisieren zu wollen. Er erklärte u. a.: „Es gab in Luxemburg... Föderalisten, die bis zum letzten für Einstimmigkeit auf der Grundlage eines gemeinsamen Textes kämpften. Aber es geht hier nicht um schöne Texte, sondern um echte politische Meinungsunterschiede, die nicht verwischt werden dürfen. Die Wahrheit ist immer besser als die Illusion. Deshalb ist eine zweistimmige UEF besser als eine trügerische einstimmige.“

Der Generalrat der Sozialistischen Internationale zu internationalen Fragen

Der Generalrat der Sozialistischen Internationale — das Organ, das zwischen den einzelnen Kongressen mindestens zweimal jährlich tagt und in dem alle der Internationale angehörnden Parteien vertreten sind — hielt vom 2. bis zum 4. März unter dem Vorsitz von Morgan Phillips (Großbritannien) in Zürich eine Tagung ab, die sich vorwiegend mit der weltpolitischen Situation befaßte. Jules Moch (Frankreich) eröffnete eine Aussprache über das Abrüstungsproblem, zu dem auch eine Stellungnahme des Ständigen Ausschusses der Internationale für Abrüstungsfragen vorlag, der kurz vorher in Bonn getagt hatte. Das Ergebnis der Aussprache wurde in einer Resolution niedergelegt, die das Abrüstungsproblem als das im Augenblick dringlichste bezeichnet und den Grundsatz aufstellt: „Keine Kontrolle ohne Abrüstung, keine Abrüstung ohne Kontrolle, aber fortschreitend jedes Maß von Abrüstung, das kontrollierbar ist.“ Die Entschließung stieß nur bei der holländischen Partei der Arbeit auf Widerstand, deren Sprecher Alfred Mozer sich gegen die Auffassung wandte, daß man das Abrüstungsproblem isoliert lösen könne, da nicht die Rüstung die Ursache

* Der Wortlaut der beiden Resolutionsentwürfe 1 und 3, in denen die beiden im Protokoll genannten Tendenzen zum Ausdruck kommen, ist im Informationsdienst des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, Nr. 302 vom 29. März 1956, veröffentlicht.

der internationalen Spannungen, sondern umgekehrt die Spannungen die Ursache der Rüstungen seien. Auch sei es nicht sinnvoll, die Forderung nach Abrüstung in einem Augenblick zu unterstreichen, in dem man gezwungen sei, nach Waffenhilfe für Israel zu rufen.

Dem Palästina-Problem und der Gefahr eines Krieges im Mittleren Osten hat die Sozialistische Internationale auf der Züricher Tagung zum erstenmal eingehende Aufmerksamkeit geschenkt. Die Konferenz war stark beeindruckt nicht nur von den Ausführungen der Leiterin der israelischen Delegation, Golda Meyerson — die das Amt des Arbeitsministers im israelischen Kabinett innehat —, sondern auch von dem Augenzeugenbericht, den Sam Watson (Großbritannien) über seine Eindrücke im Mittleren Osten erstattete. Die einstimmig angenommene Resolution stellt sich voll und eindeutig hinter Israel, das nach Ansicht der Internationale „eine neue demokratische Gesellschaftsordnung vertritt, die in der Hauptsache auf dem Grundsatz sozialer Gerechtigkeit beruht“, und dem die zur Selbstverteidigung nötigen Waffen nicht versagt werden dürften. Eine Hebung des Lebensniveaus im ganzen Mittleren Osten würde „den arabischen Völkern zugute kommen und eine nützliche Zusammenarbeit zwischen ihnen und dem israelischen Volk ermöglichen“.

Die Besprechung der weltpolitischen Lage stand vorwiegend unter dem Eindruck der wahren oder vorgetäuschten Aenderungen in der sowjetischen Taktik, die am Moskauer Parteitag zum Ausdruck gekommen waren. Ihrer Erörterung war der Hauptteil der einleitenden Referate von Oscar Pollak (Oesterreich) und Haakon Lie (Norwegen) gewidmet, der die Sonderfrage der Einladungen aus Moskau an die einzelnen sozialistischen Parteien zum Besuch der Sowjetunion behandelte. In der den beiden Berichten folgenden Aussprache legten Erich Ollenhauer und Herbert Wehner den Standpunkt der SPD dar. Die Debatte ergab natürlich viele divergierende Auffassungen, doch war es verhältnismäßig leicht, einen gemeinsamen Standpunkt zur Abwehr kommunistischer Anbiederungsversuche zu erarbeiten. Der Generalrat veröffentlichte folgende Erklärung:

„Der Generalrat der Sozialistischen Internationale stellt nach einer Diskussion der internationalen Lage und von Fragen der Beziehungen mit anderen politischen Kräften fest:

Die Aenderungen der kommunistischen Taktik, die sich bei dem kürzlichen Parteikongreß der KPdSU herausstellten, sind kein ausreichender Beweis für eine echte Wandlung in den Prinzipien oder der Politik der kommunistischen Diktatur und sind daher kein Grund für ein Abgehen von der bisherigen Haltung des demokratischen Sozialismus, die in der strikten Ablehnung jeder Einheitsfront oder überhaupt jeder Zusammenarbeit mit den Parteien der Diktatur besteht. Der Generalrat der Sozialistischen Internationale erachtet es als mindeste Vorbedingung auch nur für die Möglichkeit von Gesprächen auf internationaler Ebene, daß echte freie, demokratische Arbeiterbewegungen in allen jenen Ländern wiederhergestellt werden, in denen sie früher bestanden haben und durch die kommunistische Diktatur unterdrückt oder ausgetilgt wurden.“

Schwieriger erwies es sich schon, sich auf eine positive Formulierung der Möglichkeiten von Verhandlungen von Staat zu Staat zu einigen, auf welche die Delegation der Labour Party, unterstützt von den französischen und kanadischen Sozialisten, hingearbeitet hatte. Hier wurde schließlich beschlossen, diese Aufgabe einer für den 7. April nach London einberufenen Sondersitzung des Büros der Internationale zu überlassen, in dem elf Mitgliedsparteien Sitz und Stimme haben. Bezüglich des Verhaltens gegenüber Einladungen aus Moskau wurde kein Beschluß gefaßt; hier wird jede einzelne Partei von Fall zu Fall und unter Prüfung der jeweiligen Umstände zu entscheiden haben; das gleiche gilt gegenüber Jugoslawien.

Der bisherige Sekretär der Internationale, Julius Brauntal, tritt mit Erreichung der Altersgrenze von 65 Jahren am 1. Mai in den Ruhestand. Die Züricher Tagung wählte den 56jährigen norwegischen Publizisten Dr. Bjarne Braatoy zu seinem Nachfolger. Braatoy ist gegenwärtig als Berater der SPD in Bonn tätig. J. W. Brügel

Zeittafel vom 16. bis zum 31. März 1956

Die Ereignisse in Europa*

Belgien

16. In Brüssel wird eine außerordentliche Sitzungsperiode der Gemeinsamen Versammlung der EGKS, die am 13. März begonnen hatte, mit der einstimmigen Annahme einer Entschließung über einen gemeinsamen europäischen Markt abgeschlossen. Vgl. den Bericht auf S. 8779 dieser Folge.

Der Besondere Ministerrat der EGKS beschließt auf einer Sitzung in Brüssel, die in den Mitgliedstaaten gültigen durchgehenden Frachttarife künftig auch auf Transporte von und nach Nicht-Mitgliedstaaten anzuwenden.

Deutschland

16. Der Bundesrat billigt in einer Sitzung in Berlin die wehrpolitischen Grundgesetzänderungen (Inhalt vgl. Zeittafel in EA 6—7/1955, S. 8732) und das Soldatengesetz. Die beiden Gesetze werden am 19. März vom Bundespräsidenten unterzeichnet.

In einer Antwortnote auf die sowjetische Protestnote vom 6. Februar wegen der amerikanischen Ballonaktion (vgl. Zeittafel in EA 5/1956) verweist die Bundesregierung darauf, daß die amerikanische Regierung die Einstellung der Wetterballon-Aktion zugesagt habe. Zur Frage der Propagandaballons stellt die Bundesregierung fest, daß vom Gebiet der Bundesrepublik keine Ballons mit für die Sowjetunion bestimmtem Propagandamaterial aufgelassen worden seien.

Der saarländische Landtag hebt einstimmig die Bestimmung des Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1948 auf, nach der Saarländer nicht mehr als deutsche Staatsangehörige galten.

17. Der 1. Sekretär der SED, Walter Ulbricht, gibt vor der Bezirksdelegierten-Konferenz in Ost-Berlin weitere Erläuterungen zum XX. Parteitag der KPdSU. Er sagt, der Personenkult unter *Stalin* habe zu falschen Entscheidungen und zu Verletzungen der Gesetzlichkeit geführt. Diese Rede Ulbrichts und sein Artikel vom 4. März (vgl. Zeittafel in EA 6—7/1956, S. 8731) werden am 22. März vom Zentralkomitee der SED ausdrücklich gebilligt, das die völlige Uebereinstimmung der SED mit den Leninschen Weisungen über die kollektive Führung bestätigt.
- 17.—19. Der Bundesvorstand der FDP beschäftigt sich in einer Klausurtagung in Bad Wimpfen mit den geistigen Grundlagen und staatspolitischen Forderungen der Partei sowie mit der außenpolitischen Lage. In einer während der Tagung veröffentlichten Erklärung bestätigt der Parteivorstand die Lösung der Regierungskoalition mit der CDU.
18. Die Demokratische Partei Saar erhebt in einer Entschließung auf ihrem 1. Landesparteitag in Saarbrücken die Forderung nach der Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1937 zu ihrem wichtigsten Programmpunkt. Landtagspräsident Hein-

rich *Schneider* und der als Gast anwesende Ministerpräsident, Hubert *Ney*, sprechen sich für die Aufrechterhaltung des „Heimatbundes“ der drei deutschen Saarparteien aus.

Die Sozialdemokratische Partei Saar beschließt auf einem Parteitag in Sulzbach mit 228 gegen 21 Stimmen ihre Auflösung und ihr Aufgehen in dem Landesverband Saar der SPD.

Der DGB Saar hält in St. Ingbert seinen ersten Kongreß ab und wählt Ernst *Wenz* zu seinem 1. Vorsitzenden. Die Satzung des DGB Saar, in der die engste Verbundenheit mit den Gewerkschaften der Bundesrepublik erklärt wird, wird von dem Kongreß gebilligt.

19. In einem von der amerikanischen Nachrichtenagentur *United Press* veröffentlichten Interview ersucht Bundeskanzler *Adenauer* um Verständnis des Auslandes für die gesetzgeberischen und psychologischen Schwierigkeiten, die sich nach der völligen Demilitarisierung dem Aufbau der deutschen Streitkräfte entgegenstellen: eine Beschleunigung dieses Aufbaus sei unmöglich, ohne der Demokratie Schaden zuzufügen.

21. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU gibt bekannt, daß sie die Koalition mit der FDP als gelöst betrachte und die Demokratische Arbeitsgemeinschaft als ihren Koalitionspartner ansehe.

Auf Besprechungen zwischen Vertretern der CDU, der CDU Saar und der Christlichen Volkspartei im Saargebiet, die in Unkel am Rhein stattfinden, wird eine grundsätzliche Einigung über die Herstellung der Einheit der christlich-demokratischen Kräfte im Saargebiet erzielt.

22. Der Deutsche Bundestag hält eine Debatte über die europäische Integration ab, in der Bundeskanzler *Adenauer* eine Regierungserklärung abgibt und die Vertreter aller Fraktionen ihre Bereitschaft zur Weiterführung der europäischen Integration aussprechen. Am 23. März billigt der Bundestag eine Reihe von interfraktionellen Anträgen, durch die einer Reihe von Empfehlungen der Beratenden Versammlung des Europarats entsprochen wird. In einer Entschließung wird die Bundesregierung aufgefordert, die Bemühungen zur Bildung eines gemeinsamen europäischen Marktes und zur Errichtung einer Atomenergie-Gemeinschaft zu unterstützen.

22. In Bonn werden drei deutsch-schwedische Abkommen über vermögensrechtliche Fragen unterzeichnet, durch die u. a. die Beschlagnahme deutschen Vermögens in Schweden aufgehoben wird.

23. Der Bundesrat billigt das Wahlgesetz für 1957 (vgl. Zeittafel in EA 6—7/1956, S. 8733).

- 24.—30. In Ost-Berlin findet die 3. Parteikonferenz der SED statt, die mit einem Grundsatzreferat Walter Ulbrichts „Der zweite Fünfjahrplan und der Aufbau des Sozialismus in der DDR“ eingeleitet wird. Weitere Referate halten u. a.: Außenhandelsminister Heinrich *Rau*, Ministerpräsident Otto *Grotewohl*

*) Vgl. hierzu auch die Mitteilungen des Europarats für März auf S. 8793 bis 8796 dieser Folge.

(„Die Rolle der Arbeiter- und Bauern-Macht in der DDR“), Verteidigungsminister Willi Stoph und Staatssicherheitsminister Ernst Wollweber. Die Konferenz billigt einstimmig die Politik des Zentralkomitees, faßt einen „Beschuß über die Aufgaben für die weitere Festigung der Arbeiter- und Bauern-Macht“ und erläßt eine Direktive für den zweiten Fünfjahrplan.

25. Das Kuratorium „Unenteilbares Deutschland“ faßt auf einer Arbeitstagung in Bonn eine Entschlieûung, in der es eine Behandlung des Problems der deutschen Wiedervereinigung durch die politischen Gremien der Vereinten Nationen vorschlägt.
27. Die deutsch-französischen Verhandlungen über die Saarfrage (vgl. Frankreich) werden mit einem weiteren Gespräch zwischen den Staatssekretären Hallstein und Faure in Bonn fortgesetzt.

Finnland

20. Der seit dem 1. März währende Generalstreik wird beendet, nachdem ein Vermittlungsvorschlag der Regierung von beiden Sozialpartnern angenommen wurde.

Frankreich

17. Der Ministerrat beschließt die Entsendung weiterer Verstärkungen nach Algerien, darunter zwei in der Bundesrepublik stationierte, zu den NATO-Streitkräften in Europa gehörende Divisionen. In Paris treffen die Staatssekretäre Maurice Faure und Walter Hallstein zu einer weiteren Besprechung im Rahmen der deutsch-französischen Verhandlungen über die Saarfrage zusammen.
20. Als Ergebnis der am 27. Februar aufgenommenen Verhandlungen unterzeichnen Außenminister Christian Pineau und der tunesische Ministerpräsident, Tahar ben Ammar, ein Protokoll, durch das Frankreich die volle Unabhängigkeit Tunesiens anerkennt. Das Protokoll setzt den Protektorsvertrag von 1881 außer Kraft und überträgt Tunesien die Wahrnehmung seiner auswärtigen Angelegenheiten sowie seiner Sicherheit und Verteidigung. Der amerikanische Botschafter, Douglas Dillon, erklärt vor französischen Pressevertretern, Frankreich habe bei seinem Versuch, in Algerien liberalere Lösungen zu finden, die seine dauernde Anwesenheit in Nordafrika garantieren, die volle Unterstützung der Vereinigten Staaten.
22. Der Ministerrat der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister beschließt auf einer Sondersitzung in Paris ein neues Arbeitsprogramm.
27. Der Nordatlantikrat veröffentlicht ein Kommuniqué, in dem erklärt wird, daß die Verlegung von französischen NATO-Truppen nach Algerien im Einvernehmen mit dem Rat vor sich gehe. Der Rat betont sein Interesse an der Sicherheit Algeriens und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Frankreich so bald wie möglich seinen vollen Beitrag zur Verteidigung Europas wiederherstellen werde.
30. Außenminister Christian Pineau empfängt die Botschafter Syriens und des Libanon und übermittelt ihnen das Befremden der französischen Regierung über die Entschlieûung des Rates der Arabischen Liga zur Algerien-Frage (vgl. Ägypten).

Großbritannien

20. Die in London laufenden sowjetisch-japanischen Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen und den Abschluß eines Friedensvertrages werden auf unbestimmte Zeit vertagt.
23. In London hält der Assoziierungsrat zwischen Großbritannien und der EGKS seine zweite Sitzung ab. Der Rat prüft die Ergebnisse der bisherigen Arbeit seiner Unterausschüsse (für Kohle, für Stahl und für Handelsbeziehungen) und erteilt den Ausschüssen neue Arbeitsaufträge, darunter die Prüfung der Möglichkeiten für die Beseitigung weiterer Handelschranken zwischen Großbritannien und der EGKS.
28. Premierminister Sir Anthony Eden teilt dem Unterhaus mit, daß die Regierung mit der Integration Maltas in das britische Mutterland einverstanden sei; ein entsprechender Gesetzentwurf werde vorgelegt werden. (Vgl. hierzu Zeittafel in EA 5/1956.)

Island

28. Das Parlament faßt mit 31 gegen 21 Stimmen eine Entschlieûung, in der es eine Revision des amerikanisch-isländischen Stützpunkt-Abkommens von 1951 und die Räumung des amerikanischen Stützpunktes Keflavik fordert. Die Regierung erklärt daraufhin ihren Rücktritt.

Jugoslawien

26. Der Vizepräsident des Exekutivrates Svetozar Vukmanovic-Tempo unterbreitet der Bundesvolksversammlung das Budget und den Wirtschaftsplan für 1956. Die Staatsausgaben belaufen sich auf 212,5 Milliarden Dinar, davon 158,5 für Verteidigungszwecke (1955: 175,8 Milliarden). Der Wirtschaftsplan sieht eine Erhöhung der Investitionen in der Landwirtschaft um 19 vH vor, wogegen die Investitionen in der Schwerindustrie um 16,4 vH gegenüber dem Vorjahr herabgesetzt werden.

Luxemburg

21. Die Hohe Behörde der EGKS beschließt, auf die Verlängerung des Systems der Höchstpreise für Kohle über den 31. März hinaus zu verzichten; damit wird die Preisbildung für Ruhrkohle freigegeben.
28. Die Hohe Behörde beschließt ein neues Programm für den Bau von Arbeiterwohnungen für die Jahre 1957 und 1958.

Polen

20. Das Zentralkomitee der Vereinigten Arbeiterpartei wählt Edward Ochab als Nachfolger des verstorbenen Boleslaw Bierut zum Ersten Sekretär des ZK.
30. Der bisherige Staatssicherheitsminister, Wladyslaw Dworakowski, wird von seinen Amtspflichten entbunden, um sich seinen Parteiaufgaben stärker widmen zu können. Sein Nachfolger wird der bisherige Landwirtschaftsminister, Edmund Pszczolkowski.

Schweiz

- 20.—21. Der Zentralrat der Paneuropa-Union nimmt auf einer Tagung in Bern in mehreren Entschlieûungen zur internationalen Lage Stellung. Für die Wiedervereinigung Deutschlands wird eine Konferenz vorgeschlagen, an der die beiden deutschen Republiken, die Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien und die Sowjetunion teilnehmen sollten. Die Groß-

mächte werden aufgefordert, die Abrüstungsverhandlungen rasch zu Ende zu führen. Ferner fordert der Zentralrat eine politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Union der Atlantik-Staaten, welche die Verwirklichung eines geeinten Europa erleichtern würde.

27. In Genf wird die am 20. Januar begonnene Internationale Weizenkonferenz vertagt, nachdem man sich zwar auf den allgemeinen Entwurf eines neuen Abkommens, nicht aber über die Bestimmungen über Preise und Liefermengen sowie über die Vertragsdauer einigen konnte. Die Verhandlungen sollen am 16. April in London fortgesetzt werden.

Sowjetunion

16. Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets, K. J. Woroschilow, richtet an den türkischen Staatspräsidenten, Celal Bayar, eine Glückwunschsbotschaft zum 35. Jahrestag der Unterzeichnung des sowjetisch-türkischen Freundschaftspaktes von 1921, in der er an die frühere freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Türkei erinnert.
17. Von der sowjetischen Zensur werden Korrespondentenberichte über eine Rede freigegeben, die Parteisekretär N. S. Chruschtschow am 25. Februar in einer Geheimsitzung des XX. Parteitages der KPdSU gehalten hat. Nach diesen Berichten soll Chruschtschow Stalin des Massenmordes bezichtigt haben: während der politischen Säuberungen der dreißiger Jahre seien 5000 der besten Offiziere der Roten Armee ermordet worden. Außerdem soll Chruschtschow Stalin mangelnde Vorbereitung auf den Krieg und Dilettantismus in der Kriegführung vorgeworfen haben. In den letzten Lebensjahren Stalins habe eine Atmosphäre der Furcht und des Terrors geherrscht. Chruschtschow habe in seiner Rede hervorgehoben, daß man diese Wahrheiten dem sowjetischen Volke nicht auf einmal sagen dürfe: man müsse es allmählich tun. Nach Korrespondentenberichten, die von der sowjetischen Regierung nicht dementiert wurden, kommt es nach

dem Bekanntwerden der Vorwürfe gegen Stalin in Georgien zu Demonstrationen und Unruhen. Am 28. März veröffentlicht die *Prawda* einen Artikel, in dem es heißt, die großen Erfolge der Partei seien unrechtmäßig Stalin allein zugeschrieben worden, und Stalin habe diese Verherrlichung noch ermuntert; dadurch sei großer Schaden angerichtet worden.

24. In einer neuen Note an die Vereinigten Staaten wegen der „Ballon-Affäre“ (vgl. die amerikanische Note vom 1. März, Zeittafel in EA 6—7/1956, S. 8736), schlägt die Sowjetregierung vor, sowohl die in der Sowjetunion gefundenen amerikanischen Ballons als auch die auf amerikanischem Gebiet gefundenen sowjetischen Ballons in einer öffentlichen Ausstellung zu zeigen. Am gleichen Tage wird auch die Note der Bundesrepublik Deutschland vom 16. März (vgl. Deutschland) beantwortet; dabei wird die Feststellung der Bundesregierung, daß keine Propagandaballons ins Gebiet der Sowjetunion abgelassen wurden, zurückgewiesen.
26. Zum Abschluß einer einwöchigen Konferenz der kommunistischen Staaten (Sowjetunion, Volksrepublik China, Polen, Tschechoslowakei, DDR, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Mongolische Volksrepublik und Nordkorea) über Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Atomenergie wird in Moskau die Gründung eines gemeinsamen Instituts für Kernforschung beschlossen, das in der Sowjetunion errichtet und von dieser die notwendigen Materialien erhalten wird.

Ungarn

27. Der 1. Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Werktätigen, Mátyás Rákosi, gibt auf einer Parteikativ-Tagung die Rehabilitierung des im Jahre 1949 hingerichteten früheren Außenministers Laszlo Rajk und der mit ihm verurteilten Gruppe bekannt; der Prozeß gegen Rajk sei eine „feindliche Provokation“ gewesen. Rákosi erklärt, im Zuge von Maßnahmen zur Wiederherstellung der „sozialistischen Gesetzlichkeit“ sei auch eine Reihe anderer politischer Urteile revidiert worden.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten

28. Der Chef einer in Kairo weilenden sowjetischen Mission für technische Hilfe, M. N. Melnikow, überbringt der Regierung ein Angebot der Sowjetunion für die Errichtung von Atomkraftwerken in Aegypten und die Lieferung sowjetischen Urans.
29. Der Rat der Arabischen Liga nimmt in einer Entschliebung zur Algerien-Frage Stellung und erklärt, die Liga werde das algerische Volk in seinem Unabhängigkeitskampf mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen. In der Entschliebung werden die „französischen Grausamkeiten in Algerien“ und die Verwendung von NATO-Truppen bei der Bekämpfung der Unabhängigkeitsbewegung scharf angegriffen.

Algerien

18. Ministerresident Robert Lacoste kündigt bei seiner Rückkehr aus Paris außerordentliche Maßnahmen

zur Befriedung Algeriens an, die u. a. die Verstärkung der französischen Truppen, die Einführung der Zensur, ein Versammlungsverbot und die Verhinderung der Rückwanderung von Algeriern aus Frankreich umfassen.

Der Präsident der Algerischen Versammlung, Abd el Kader, erklärt seinen Rücktritt. Am 20. März faßt die mohammedanische Gruppe dieser Versammlung eine Entschliebung, in der sie gegen die „allgemeine Unterdrückung“ und die militärischen Operationen protestiert und die sofortige Auflösung der Versammlung fordert.

Marokko

21. Der Generalsekretär der Istiqlal-Partei, Si Allal el Fassi, erklärt in einem Interview mit der Zeitung *Petit Marocain*, er halte es für natürlich, daß Marokko der Arabischen Liga und den Vereinten Nationen beitrete. Marokko sei ein arabisches Land, wolle aber seine traditionelle Rolle als Bindeglied

zwischen dem Orient und dem Abendland weiter spielen.

Tunesien

20. Anerkennung der Unabhängigkeit Tunesiens durch Frankreich (vgl. Frankreich).
25. Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung erhält die von der Neo-Destour-Partei geführte Nationale Front 597 763 Stimmen und damit sämtliche Sitze.

AMERIKA

Vereinigte Staaten

19. Präsident *Eisenhower* unterbreitet dem Kongreß zwei Sonderbotschaften über die Auslandshilfe im Finanzjahr 1956/57. Darin ersucht er um die Bewilligung von 4,672 Milliarden Dollar. Der Präsident verlangt, im neuen Auslandhilfeprogramm die Möglichkeit für langfristige Projekte zu schaffen; außerdem solle der Regierung eine größere Beweglichkeit beim Einsatz der Mittel gewährt werden, damit sie sich den raschen Veränderungen der Weltlage anpassen könne.
22. Außenminister *Dulles* berichtet in einer Rundfunkrede über seine Reise durch zehn asiatische Länder. Er betont die Notwendigkeit, den asiatischen Ländern bei der Festigung ihrer Unabhängigkeit und der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu helfen; wenn die Vereinigten Staaten dies nicht täten, würden die Kräfte der Despotie in Asien die Kontrolle übernehmen. Die Vereinigten Staaten respektierten auch die Tatsache, daß einige asiatische Länder es vorziehen, keinen regionalen Sicherheitsabmachungen beizutreten. *Dulles* empfiehlt, die amerikanische Wirtschaftshilfe von keinerlei Bedingungen abhängig zu machen und die Vielschichtigkeit Asiens zu respektieren.
- 26.—27. Präsident *Eisenhower*, der kanadische Premierminister, *Louis St. Laurent*, und der mexikanische Staatspräsident, *Ruiz Cortinez*, treffen in White Sulphur Springs (Virginia) zu einem Meinungsaustausch über die internationale Lage und die weltpolitischen Probleme zusammen.

ASIEN

Indien

20. Premierminister *Jawaharlal Nehru* gibt vor dem Parlament bekannt, daß die Regierung bei den Mitgliedstaaten der SEATO Protest gegen die Stellungnahme des Rates der SEATO zur Kaschmir-Frage

erhoben habe (vgl. den Wortlaut des SEATO-Kommuniqués auf S. 8776 dieser Folge).

- 26.—29. Der sowjetische stellvertretende Ministerpräsident *Anastas I. Mikojan* stattet der indischen Regierung einen Besuch ab. Dabei werden Besprechungen über die Intensivierung des sowjetisch-indischen Wirtschaftsaustausches und über die technische Hilfe der Sowjetunion geführt.

Indonesien

19. In einer Note an die niederländische Regierung wird deren Protest gegen die Kündigung der niederländisch-indonesischen Union vom 5. März zurückgewiesen. In der Note heißt es, die Kündigung sei erfolgt, um die niederländisch-indonesischen Beziehungen auf eine normale Grundlage zu stellen.

Jordanien

19. König *Hussein* erklärt in einem Interview mit der Zeitung *Ad Difaa*, Jordanien werde weiterhin eine neutrale Politik verfolgen und habe nicht die Absicht, sich einem arabischen Staatenblock anzuschließen. Am 29. März wird in Amman die Antwort König Husseins an die Staatschefs Ägyptens, Syriens und Saudi-Arabiens auf deren Hilfeangebot bekanntgegeben. Darin wurde erklärt, Jordanien sei zur Annahme von wirtschaftlicher Hilfe seitens dieser Staaten bereit, es werde jedoch auch nicht auf die Hilfe Großbritanniens verzichten, auf die es ein vertragliches Anrecht habe.

Pakistan

23. In Karatschi wird die Islamische Republik Pakistan feierlich proklamiert. Präsident *Iskander Mirza* legt den Amtseid ab. Zu den Feierlichkeiten weilen neben einer großen Reihe anderer ausländischer Delegationen auch der türkische Ministerpräsident, *Adnan Menderes*, und der sowjetische stellvertretende Ministerpräsident *Anastas I. Mikojan* in Karatschi. In einem Kommuniqué über die Besprechungen mit *Menderes* wird das Festhalten beider Länder am Bagdad-Pakt betont. Nach den Besprechungen mit *Mikojan* erklärt Außenminister *Hamidul Huq Chaudhury*, Pakistan wolle mit der Sowjetunion freundschaftliche Beziehungen unterhalten; er habe dem sowjetischen Minister erklärt, daß der Bagdad-Pakt sich gegen kein bestimmtes Land richte.

Die Organisation der Vereinten Nationen

19. In London tritt der Unterausschuß der Abrüstungskommission zu einer weiteren Sitzungsperiode zusammen. Der britische und der französische Vertreter unterbreiten am ersten Sitzungstage einen neuen gemeinsamen Plan für die Einschränkung und Kontrolle der Rüstungen, der die Durchführung der Abrüstung in drei aufeinander folgenden Phasen vorsieht. Der amerikanische Vertreter legt am 26. März drei Vorschläge zu einzelnen Problemen der Abrüstungsfrage vor, welche die Ernennung besonderer technischer Missionen, eine probeweise Rüstungskontrolle auf gleich großen Gebietsteilen (20 000 bis 30 000 Quadratmeilen) der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sowie eine gleichzeitige Herab-

setzung der Streitkräfte dieser beiden Staaten auf je 2,5 Millionen Mann betreffen. Am 27. März unterbreitet der sowjetische Vertreter einen neuen Abrüstungsplan, der als neuen Gesichtspunkt die Trennung der Abrüstung in konventionellen Waffen von der Frage der Atomwaffen enthält.

29. In Genf wird die zehnte Sitzung der Kommission für den Status der Frau, die am 12. März begonnen hatte, mit der Annahme einer Anzahl von Resolutionen abgeschlossen. Diese beziehen sich u. a. auf den Zugang der Frauen zur Erziehung, die Gleichstellung hinsichtlich des Arbeitsentgelts, die privatrechtliche Stellung der Frau und die Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben.

Bücher und Broschüren

Agriculture in the World Economy. Rom: Food and Agriculture Organization of the United Nations 1955. VII, 76 S. § 1.—.

Bohnsack, Else: Flüchtlinge und Einheimische in Schleswig-Holstein. Ergebnisse einer Stichprobenerhebung 1953. Kiel: Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel 1956. V, 77 S. (Kieler Studien, Heft 38) DM 7,—.

Breyer, Richard: Das Deutsche Reich und Polen 1932 bis 1937. Außenpolitik und Volksgruppenfragen. Würzburg: Holzner-Verlag 1955. XII, 372 S. (Marburger Ostforschungen, Bd. 3) DM 14,70.

Calvocoressi, Peter: Survey of International Affairs 1953. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London — New York — Toronto: Oxford University Press 1956. VIII, 400 S. £ 2/8/—.

Casserley, J. V. Langmead: The Bent World. A Christian Examination of East-West Tensions. London — New York — Toronto: Oxford University Press 1955. IX, 238 S. 21 s.

Das Buch, dessen Titel einer Dichtung Hopkins' entnommen ist, versucht eine Gesamtanalyse der geistigen Kräfte im Ost-West-Konflikt. Der I. Teil bringt eine zusammenfassende Analyse der Lehre von Karl Marx, ihrer Umformungen im sowjetischen Bereich und ihrer ausgreifenden Wirksamkeit als geschlossene Ideologie auch in der westlichen Welt. Hingegen werden die anderen geistigen Kräfte, die unterdessen in der östlichen Welt den Marxismus durchsättigt haben, allenfalls nur gestreift. Der II. Teil untersucht die geistigen Kräfte der westlichen Welt, ohne indessen die Eindringlichkeit Lippmanns zu erreichen; es kommt dem Autor vor allem darauf an, zu erweisen, warum das säkularisierende westliche Denken, zudem von technischen und ökonomischen Fragestellungen „besessen“, sich als so schwach in der Antwort auf den marxistischen Anruf erweist. Das letzte Kapitel beschreibt die zentrale Rolle des christlichen Glaubens für die Erneuerung des westlichen Denkens.

Dr. Walter Lippens

Cheever, Daniel S., und H. Field Haviland, Jr.: Organizing for Peace. International Organization in World Affairs. Boston — New York — Chicago: Houghton Mifflin Company 1954. X, 917 S.

Conventions Européennes. Strasbourg: Direction de l'Information du Conseil de l'Europe 1956. 138 S. Ffrs. 200.

Documents on International Affairs 1953, Selected and edited by Denise Folliot. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London — New York — Toronto: Oxford University Press 1956. XIX, 515 S. £ 2/17/6.

Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conferences at Malta and Yalta 1945. Washington: Government Printing Office 1955. LXXVIII, 1032 S.

Grégoire, Roger: National Administration and International Organisations. The administrative problems arising in newly-independent countries as a result of their participation in the United Nations and the Specialised Agencies. Conclusion of an Enquiry made on behalf of UNESCO by the International Institute

of Administrative Sciences. Paris: UNESCO o. J. 84 S. (UNESCO publication No. 321) Ffrs. 300.

Leyes Políticas de España. Madrid. Instituto de Estudios Políticos 1956. 622 S. Ptas. 50.—.

Liberalisation of Europe's Dollar Trade. Paris: OEEC 1956. 135 S. (OEEC/C(56)22) Ffrs. 400.

Lippmann, Walter: The Public Philosophy. London: Hamish Hamilton 1955. 168 S. 12s 6d.

Der bekannte amerikanische Publizist gibt in diesem Buch als Summe seines ganzen bisherigen Werkes auf knappem Raum eine Gesamtanalyse der geistigen Lage der westlichen Welt, die zum Besten gehört, was seit Jahren geschrieben wurde. Im I. Teil untersucht er Krise und Niedergang des westlichen Denkens, Krankheiten und Probleme der westlichen Demokratie mit einer Schärfe, die Winfried Martini kritische Analyse noch übertrifft. Das Jahr 1917 wird als Durchbruchsjahr dieser Krise beschrieben, die Entfernung zwischen Wählern und Exekutive als Hauptproblem erkannt, Liberalismus und totalitäre Demokratie (vom Jakobinismus zum Leninismus) werden als komplementäre Gegner begriffen, deren Attacke indessen im wesentlichen überstanden sei. Anders als Martini, der sich mit solcher kritischen Analyse begnügt, unternimmt es Lippmann dann im II. Teil, alle Ansätze und Wege zu einer Erneuerung des Geistes, der politischen Ideen und politischen Institutionen der westlichen Welt zusammenzufassen. Dieser positive Teil zeichnet sich ebenso durch Genauigkeit und Tiefe des Gedankengangs aus, indem er die weltanschaulich-religiösen Glaubensüberzeugungen der Menschen als Basis jeder politischen Idee erfaßt. An den verschiedensten Bereichen des Politischen wird dargelegt, wie sie stets der Glaubensüberzeugungen der Menschen bedürfen; wie in der westlichen Welt derzeit eine Erneuerung dieser Glaubensüberzeugungen Platz greife; wie zufolge dessen die politischen Einrichtungen, wenn sie aus der Phase des Niedergangs in noch stärkerem Maße den Mut zu Reformen gewinnen, sich mit neuem Leben füllen.

Dr. Walter Lippens

Manuel des Organisations Européennes. Strasbourg: Secrétariat Général du Conseil de l'Europe 1956. VII, 188 S. Ffrs. 300.

Martini, Winfried: Das Ende aller Sicherheit. Eine Kritik des Westens. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1954. 369 S.

Nach einem Wort Jacob Burckhardts ist das Ende aller Sicherheit erreicht, sobald sich die Politik auf die „inneren Gärungen“ der Völker gründet. — Diese inneren Gärungen nicht unter Kontrolle zu halten, sondern sie im Gegenteil zu ihrer Grundlage zu machen (durch unaufhaltsame „Plebiszitisierung“ sowie durch die Emotionalisierung der Politik), ist der große Vorwurf, den Martini gegen die Demokratie schlechthin, insbesondere aber gegen die moderne Großdemokratie erhebt. Nach einer ausführlichen Darstellung des Wesens der Demokratie, das durch zwei einander widersprechende Ideen — die jakobinische der Volkssouveränität und die liberale der individuellen Freiheit — gekennzeichnet ist, gelangt der Verfasser zu der Ueberzeugung, daß die Demokratie in unserer krisenreichen Gegenwart kaum noch funktionieren kann. Sie ist als Staatsform den Aufgaben der Zeit nicht gewachsen und vermag ihren unbestritten höchsten Wert, die Freiheit, nicht mehr zu garantieren, um so weniger, als die Idee der Freiheit selbst gegenwärtig einer starken Krise ausgesetzt ist. Die Gründe für das Versagen der heutigen Demokratien sind vor allem darin zu suchen, daß ihre Träger, die permanent politisierten Wählersmassen, mit dem Auftrag zur politischen Entscheidung überfordert sind und daß man es unterläßt, die staatliche Organisation nebst ihrem hemmenden bürokratischen Apparat den weltpolitischen Gegebenheiten anzupassen.

Die „Kritik des Westens“ richtet sich gegen das weitverbreitete Fehlurteil, in der Demokratie eine absolute Staats-

form, einen Wert an sich, zu sehen, während sie nur ein organisatorisches Mittel zur Erreichung bestimmter politischer Ziele darstellt. Der Verfasser hält es aber für abwegig, etwa nach einem „Ersatz“ für die Demokratie zu suchen. Es geht nicht darum, eine andere, bessere Staatsform zu finden, sondern zunächst nur um das Erkennen der Gefahren, die uns aus der Praxis der Großdemokratien drohen. Manches ließe sich tun, um einen Wandel der Lage herbeizuführen: das allgemeine aktive Wahlrecht könnte auf Angelegenheiten beschränkt werden, die der Wähler wirklich zu beurteilen vermag; die „große Politik“ müsste ent-emotionalisiert werden; die „Herrschaft“ des Staates sollte Eigenständigkeit erlangen. Damit würde ein autoritärer (nicht totalitärer!) Staat, eine Art „Pseudodemokratie“, geschaffen werden, der die gefährlichen Schwächen der Demokratie von heute überwinden könnte.

Trotz gelegentlicher, vielleicht nur rhetorischer Zuschärfung in der Schau und Beurteilung der Dinge dürfte dieses Buch seinen Zweck erfüllen: die politische Aufmerksamkeit und Selbstkritik des demokratischen Westens zu wecken. Ein Kassandraruft, der nicht ungehört verhallen sollte!

Dr. Willy Schulz-Weidner

Moscow's European Satellites. A Handbook. U.S. Department of State. Washington: U.S. Government Printing Office 1955. 52 Bl. (Dept. of State Publication No. 5915; European and British Commonwealth Series No. 48).

Die Neuordnung Deutschlands. Sozialdemokratische Vorschläge und Forderungen zu innenpolitischen Gegenwartsaufgaben, vorgetragen auf dem SPD-Kongreß in Köln am 14./15. Januar 1956. Protokoll. Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn, Hannover: Hannoversche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH. 1956. 146 S.

Proceedings. First Session, Second Part. (Actes Officiels. Première Session, Deuxième partie.) Strasbourg: The Assembly of Western European Union, Oktober 1955. S. 53—215 (zweisprachig).

von Rauch, Georg: Geschichte des bolschewistischen Rußland. Wiesbaden: Rheinische Verlags-Anstalt 1955. 607 S. DM 21,80.

Die bisher erschienenen Werke zur Geschichte des Bolschewismus haben sich vornehmlich der Entwicklung der marxistischen Theorie über den Leninismus zum Stalinismus gewidmet. Die faktischen Zustände, Geschehnisse und Faktoren, die konkrete Geschichte des bolschewistischen Rußland, hatten hingegen noch keine zusammenfassende Darstellung gefunden. Eine schon kaum mehr übersehbare Fülle von monographischen oder biographischen Einzeldarstellungen und Spezialstudien war von der Ostforschung geschaffen, aber noch kein Gesamtüberblick über die Geschichte Rußlands seit 1917 geschrieben worden. Das vorliegende Buch des bekannten Marburger Historikers füllt diese Lücke. In vorbildlicher, bester geschichtswissenschaftlicher Tradition verpflichteter Weise faßt er alle bisherigen Monographien

und Spezialstudien sowie umfangreiche eigene Quellenstudien zu einer Gesamtgeschichte Rußlands 1917—1952 zusammen, die ebenso zuverlässig im Detail wie übersichtlich und lesbar im ganzen ist. Die Kapitel I bis IV geben die Geschichte der Revolution und des Bürgerkriegs, die innere Entwicklung Rußlands unter Lenin und Stalin bis 1932. Das V. Kapitel beschreibt die sowjetische Außenpolitik 1922 bis 1932; das VI. die innere Entwicklung 1933—1940; das VII. die Außenpolitik 1933—1940; das VIII. die Geschichte Rußlands im Zweiten Weltkrieg; das IX. die Sowjetunion 1945 bis zu Stalins Tod. Ein zuverlässiges Handbuch und ein Beispiel meisterhafter Zeit-Geschichtsschreibung.

Dr. Walter Lipgens

Schleiminger, Günther: Das Europäische Währungsabkommen von 1955 und einige neuere währungspolitische Entwicklungen. Kiel: Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel 1956. 22 S. (Kieler Vorträge, Neue Folge, Heft 9).

Schwarzenberger, Georg: Machtpolitik. Eine Studie über die internationale Gesellschaft. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1955. XI, 504 S.

Aus Vorlesungen des in London wirkenden Verfassers ist ein Werk entstanden, das im englischen Sprachraum als „Power Politics“ immer mehr zum führenden Handbuch der Weltpolitik wird. Die deutsche Ausgabe konzentriert den Stoff auf etwa die Hälfte des Umfangs, bringt ihn aber zugleich durch Neueinfügungen auf den neuesten Stand. Im I. Teil, „Grundlage internationaler Machtpolitik“, beschreibt der Verfasser die Elemente jeder Machtpolitik, indem er unter geschichtlichen, wirtschaftlichen, rechtlichen und soziologischen Gesichtspunkten das politische Verhalten der Staaten seit dem Altertum systematisch auswertet. Er untersucht die Merkmale nationaler und multinationaler Staaten, das Wesen der „Souveränität“, der internationalen Aristokratie, Oligarchie und anderer „Statisten auf der internationalen Bühne“: wirtschaftliche Interessengruppen, Kirchen, ideologische Bewegungen; ferner die Mittel (Diplomatie, Propaganda, Rüstungen) und Methoden (Isolationismus, Imperialismus, Universalismus, Bündnis- und Gleichgewichtspolitik) der auswärtigen Politik; endlich die Funktionen des Völkerrechts, der internationalen Moral und der internationalen Institutionen. Der bei weitem umfangreichste II. Teil, „Verschleierte Machtpolitik“, versucht eine systematisch angeordnete Gesamtdarstellung der Politik der Mächte zwischen den beiden Weltkriegen und während der Jahre 1945 bis 1954, wobei besonderes Gewicht auf die Darstellung der Organisation und Funktion der Vereinten Nationen gelegt wird. Der III. Teil, „Grundlagen einer internationalen Ordnung“, erörtert die Voraussetzungen, die erfüllt werden müßten, wenn aus der internationalen „Gesellschaft“ eine internationale „Gemeinschaft“ werden soll; welche Reform der Vereinten Nationen und welche Fortschritte der regionalen Integrationen zu föderativen Integrationen erzielt werden müßten, wenn eine wahre internationale Ordnung geschaffen werden soll. Zusammen mit einer umfassenden Bibliographie das beste Handbuch der internationalen Politik, das wir heute besitzen.

Dr. Walter Lipgens

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft. Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Böttgeheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Karten: Ilse Hauke, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1956 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 11.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

April 1956

6. Jahrgang — Nr. 4

Die Tätigkeit des Europarats im März 1956

MINISTERKOMITEE UND BERATENDE VERSAMMLUNG

Das Ministerkomitee des Europarats wird seine 18. Sitzung am 16. April in Straßburg abhalten. Den Vorsitz führt der italienische Außenminister, Herr Gaetano Martino.

Bei dieser Gelegenheit wird voraussichtlich die österreichische Regierung ihren Beitritt zum Europarat erklären. In diesem Falle wird der Außenminister der Republik Österreich an der Sitzung des Ministerkomitees teilnehmen. In der Beratenden Versammlung wird Österreich mit sechs Abgeordneten vertreten sein.

Der erste Teil der Achten Ordentlichen Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung wird ebenfalls am 16. April eröffnet werden. Nach der Wahl des Präsidenten und der sechs Vizepräsidenten wird die Versammlung in die Tagesordnung eintreten. Als erstes wird Herr Martino den Bericht des Ministerkomitees vortragen.

Die politische Debatte wird die Frage einer gemeinsamen Politik gegenüber dem Osten sowie die Entwicklung der internationalen Lage seit Oktober 1955 behandeln. Berichterstatter ist Herr Benvenuti. Eine wichtige Debatte wird sich auch mit der Wiederbelebung der europäischen Integration, insbesondere auf dem Gebiet der Atomenergie, befassen. (Berichterstatterin: Fräulein Klompé.)

Weiterhin befinden sich auf der Tagesordnung: der 7. Jahresbericht des Europäischen Wirtschaftsrats (OEEC), ein Bericht der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister, die Frage der Zusammenarbeit im Post- und Fernmeldewesen, die Europäische Sozialordnung, die Bildung eines Europäischen Wirtschafts- und Sozialrates sowie die geistige Wiedereingliederung junger Flüchtlinge.

Der erste Teil der Sitzungsperiode schließt am 21. April, der zweite Teil wird voraussichtlich am 15. Oktober beginnen.

I. POLITISCHE FRAGEN

Der Ausschuß für Allgemeine Fragen der Beratenden Versammlung tagte vom 17. bis zum 19. März 1956 unter dem Vorsitz von Herrn François de Menthon (Franzose) in Brüssel.

Der Ausschuß beschäftigte sich mit der Vorbereitung der allgemeinen politischen Debatte der Beratenden Versammlung in der Zeit vom 16. bis zum 21. April in Straßburg.

Diese Debatte wird sich mit der Frage einer gemeinsamen europäischen Politik gegenüber dem Osten und der Entwicklung der internationalen Lage seit Oktober 1955 befassen. Herr Lodovico Benvenuti (Italiener) wurde zum Berichterstatter bestellt.

Herr Spaak, der belgische Außenminister und Vorsitzende des von der Konferenz von Messina geschaffenen zwischenstaatlichen Ausschusses, hielt ein Referat über die Ergebnisse der Arbeiten dieses Ausschusses, insbesondere über den Euratom-Plan. Fräulein Klompé (Holländerin) wurde beauftragt, den Entwurf eines Einführungsberichtes über die europäische Organisation der Atomenergie auszuarbeiten.

Auf den Bericht von Herrn Fens (Holländer) beschloß der Ausschuß, die Versammlung der Westeuropäischen Union um die Vorlage eines Jahresberichtes zu ersuchen. Dieser Bericht soll es der Beratenden Versammlung ermöglichen sich gegebenenfalls mit den politischen Gesichtspunkten der europäischen Verteidigungsprobleme zu befassen. Der Ausschuß drückte ferner den Wunsch aus, daß Mitglieder der Beratenden Versammlung, deren Länder gleichzeitig der NATO angehören, jedoch nicht der Westeuropäischen Union, von deren Versammlung als Beobachter eingeladen werden.

Der Ausschuß beschloß schließlich, in seinen Bericht einen Absatz aufzunehmen, in dem die Hoffnung ausgedrückt wird, daß die Frage Cyperns so schnell wie möglich geregelt werden möge. Falls eine solche Regelung nicht zustandekomme, werde die Frage zum Gegenstand einer besonderen Untersuchung seitens der Beratenden Versammlung gemacht werden. Hierzu ist erforderlich, daß die Versammlung diese Frage geschäftsordnungsmäßig auf die Tagesordnung einer ihrer kommenden Sitzungen setzt.

Der Ausschuß für Allgemeine Fragen tritt am 13. April wieder in Straßburg zusammen.

II. WIRTSCHAFTSFRAGEN

Die Verbindungsausschüsse Europarat/Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC) hielten am 9. und 10. März in Paris unter dem Vorsitz von Herrn Hägglöf (Schweden) ihre 14. außerordentliche Sitzung ab. Die Ausschüsse beschäftigten sich in erster Linie mit dem 7. Jahresbericht der OEEC, der von Herrn Milton Gilbert, Direktor für Wirtschaftsfragen im Sekretariat der OEEC, vorgetragen wurde. Der Bericht geht auf die Empfehlung Nr. 77 über die wirtschaftliche Integration Westeuropas und die europäischen Energieprobleme ein.

Arbeitsgruppe Südeuropa

Diese Arbeitsgruppe des Ausschusses für Wirtschaftsfragen der Beratenden Versammlung tagte auf Einladung der italienischen Regierung am 12. und 13. März in Rom unter dem Vorsitz von Herrn *Feder-spiel* (Däne). Auf der Tagesordnung stand der Plan zur Schaffung eines europäischen Entwicklungsfonds.

Die Arbeitsgruppe traf außerdem mit Mitgliedern der italienischen Regierung zusammen, um über die Verwirklichung des Vanoni-Planes zu verhandeln und eine enge Zusammenarbeit zwischen den italienischen Behörden und dem Europarat sicherzustellen.

Die Arbeitsgruppe unternahm anschließend eine Studienreise nach Süditalien (Neapel, Foggia, Le Tavoliere, Matera, Metapontino, Tarent und Bari).

III. RECHTSFRAGEN**Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter**

Ein Unterausschuß des Ausschusses für Rechts- und Verwaltungsfragen tagte am 26. und 27. März unter dem Vorsitz von Herrn *Azara* (Italiener) in Rom, um den Bericht von Herrn von *Merkatz* (Deutscher) über die Einführung einer Pflichtversicherung der Kraftfahrzeughalter zu prüfen. Der Unterausschuß nahm den Konventionsentwurf des Berichtes an und beschloß, ihn dem Ausschuß vorzulegen.

Professor *Baldi* und Herr *Mateucci* vom Internationalen Institut für die Vereinheitlichung des Privatrechts nahmen an dieser Sitzung teil.

IV. SOZIALE FRAGEN**Übereinkommen****über den Austausch von Kriegsversehrten**

Der Ständige Vertreter Schwedens beim Europarat, Herr Ingemar *Hägglöff*, unterzeichnete am 3. März in Gegenwart von Herrn Léon *Marchal*, Generalsekretär, im Namen seiner Regierung das Übereinkommen für den Austausch von Kriegsversehrten zum Zwecke der Heilbehandlung zwischen den Mitgliedsländern des Europarats. Schweden hat die Unterzeichnung ohne Vorbehalt der Ratifikation vollzogen.

Dieses Übereinkommen wurde bekanntlich von der Mehrzahl der Mitgliedsregierungen des Rates am 13. Dezember 1955 anlässlich einer Sitzung des Ministerkomitees unterzeichnet. Es ist in diesem Abkommen nicht nur der Austausch der Kriegsversehrten zur Heilbehandlung vorgesehen, sondern auch der Austausch von Informationen medikotechnischer Art, die Lieferung von Apparaten zur Prothese und Orthopädie, sowie der Austausch von Heilpersonal zu Ausbildungszwecken.

Europäische Sozial-Charta

Der Ausschuß für Soziale Fragen der Versammlung tagte vom 9. bis zum 11. März in Paris unter dem Vorsitz von Herrn Henri *Heyman* (Belgier). Der Ausschuß befaßte sich mit einer Revision des Textes der Sozialcharta unter Berücksichtigung der vom Ausschuß für Wirtschaftsfragen vorgeschlagenen Abänderungen. Die Beratende Versammlung wird eine Debatte über die Sozialcharta durchführen. Außerdem nahm der Ausschuß an einer Sitzung der Verbindungsausschüsse

Europarat/Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC) teil, um einen Gedankenaustausch über die Arbeit der beiden Organisationen auf dem sozialen Gebiet durchzuführen.

V. KULTURELLE FRAGEN**Kultursachverständige**

Das Präsidium des Sachverständigenausschusses für kulturelle Fragen tagte am 1. und 2. März unter dem Vorsitz von Herrn *Winter* (Luxemburg) zur Vorbereitung der Vollsitzung des Ausschusses, die am 2. Mai in Straßburg stattfinden wird.

Ratifikation der Kulturkonvention

Der Ständige Vertreter Islands beim Europarat, Herr Haraldur *Kröyer*, hinterlegte am 1. März beim Generalsekretär des Europarats die Ratifikationsurkunde seines Landes über die Europäische Kulturkonvention.

Diese Konvention, die am 5. März 1955 in Kraft getreten ist, wurde ratifiziert von Irland, Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Norwegen und den Niederlanden.

Studienausschuß Runder Tisch

Eine Gruppe von Wissenschaftlern und Schriftstellern aus allen Ländern des Europarats und aus verschiedenen Fachrichtungen tagte vom 16. bis zum 23. März in Straßburg unter dem Vorsitz von Herrn Denis de *Rougemont* (Genf), um die Frage der kulturellen Einheit Europas unter allen Gesichtspunkten zu prüfen.

Diese Aussprache schließt sich an diejenige an, die in Rom im Jahre 1953 stattfand, und soll schließlich zur Veröffentlichung eines Werkes führen, dessen Herausgabe Professor Max *Beloff* von der Universität Oxford übertragen wurde.

Der Ausschuß gliederte sich in vier Gruppen: „Zivilisation“ (Philosophie, Kunst, Literatur), Berichterstatter Herr Sean O'Faolain (Dublin) — „Geschichte und politische Institutionen“, Berichterstatter Herr Franco *Valsecchi* (Pavia) — „wirtschaftliche und soziale Fragen“, Berichterstatter die Herren A. *Doucy* (Brüssel) und Peter *Wiles* (Oxford) — „Wissenschaften“, Berichterstatter Dr. Wilhelm *Groth* (Bonn).

Die übrigen Mitglieder des Studienausschusses waren:

die Herren	Ernst <i>Friedländer</i>	(Hamburg)
	Milton <i>Gilbert</i> (OEEC)	(Paris)
	Pierre <i>Havet</i> (UNESCO)	(Paris)
	Friedrich August von der <i>Heydte</i>	(Saarbrücken und Würzburg)
	Lew <i>Kowarski</i> (CERN)	(Genf)
	Gabriel <i>Marcel</i>	(Paris)
	Mogens <i>Pihl</i>	(Kopenhagen)
	Hans <i>Raupach</i>	(Wilhelmshaven)
	Léo <i>Schlichting</i>	(Nimwegen)
	E. F. <i>Söderlund</i>	(Stockholm)
	Alf <i>Sommertelt</i>	(Oslo)
	Ahmed <i>Yalman</i>	(Istanbul)

Das Werk mit dem Titel „Europa und die Europäer“ wird voraussichtlich im März 1957 in englischer und

französischer Sprache erscheinen. Übersetzungen in die anderen Sprachen der Mitgliedsländer des Europarats werden folgen.

Europapreis

Die Beratende Versammlung hatte während ihrer Sitzung im Juli 1955 ihre Zustimmung zur Beteiligung an der Verleihung des Europapreises in Höhe von 10 000 Schweizer Franken beschlossen. Dieser Preis geht von der Stiftung FVS aus, die von einer Hamburgischen Familie geschaffen wurde.

Auf Vorschlag des Präsidenten der Beratenden Versammlung, Herrn Guy Mollet, wurde der Rektor des Europakollegs in Brügge, Herr Henry Brugmans, gebeten, den Vorsitz des Auswahlausschusses für den Preis zu übernehmen.

Herr Brugmans hat den Vorsitz angenommen. Zur Zusammenstellung des Auswahlausschusses sollen die europäischen Abgeordneten nach den Statuten der Stiftung aufgefordert werden, anlässlich der nächsten Sitzung der Beratenden Versammlung Vorschläge zur Benennung weiterer Mitglieder zu machen. Als solche kommen überzeugte Europäer von Rang und Namen in Frage. Diese Vorschläge werden über den Generalsekretär des Europarats Herrn Brugmans zugeleitet, und der Auswahlausschuß wird nach seiner Konstituierung von den europäischen Parlamentariern Vorschläge für die Verleihung dieses Preises erbitten. Die Verleihung soll auf der Herbstsitzung der Versammlung vor sich gehen.

Die Statuten des Europapreises FVS können beim Sekretariat des Kulturausschusses der Beratenden Versammlung des Europarats in Straßburg angefordert werden.

VL NICHT VERTRETENE NATIONEN

Der Sonderausschuß der Versammlung zur Wahrung der Interessen der im Europarat nicht vertretenen europäischen Nationen tagte unter dem Vorsitz von Herrn Karl Wistrand (Schwede) in Palermo. Der Ausschuß nahm Referate von Vertretern der Flüchtlingsorganisationen über die Lage in Albanien, Litauen und Rumänien entgegen.

Der Ausschuß war der Auffassung, daß kein entscheidender Wandel in der russischen Politik eingetreten ist und daß man die Taten der Sowjetregierung abwarten muß. Der Ausschuß beschäftigte sich ferner mit den Schwierigkeiten, denen Ärzte und Zahnärzte als Flüchtlinge in den westlichen Ländern bei der Frage ihrer weiteren Berufsausübung begegnen, und nahm Kenntnis von den Sonderbestimmungen, die vor kurzem in Belgien und der Bundesrepublik Deutschland zu diesem Problem erlassen wurden. Der Ausschuß stellte ferner mit Bedauern fest, daß frühere Empfehlungen der Beratenden Versammlung über den Ost-West-Handel, über die Staatenlosigkeit und über Reiseerleichterungen für Flüchtlinge bisher ohne Folge geblieben sind, und sprach die Hoffnung aus, daß das Ministerkomitee hier Maßnahmen ergreifen wird.

Der Unterausschuß beschloß, eine Sitzung Ende Mai in Berlin abzuhalten, um sich über die Lage in Ostdeutschland zu unterrichten.

VII. GESCHAFTSORDNUNG

Der Ausschuß für Geschäftsordnung und Immunität trat am 23. März in Paris unter dem Vorsitz von Herrn van Cauwelaert (Belgier) zusammen, um die Frage einer Reorganisation der Ausschüsse der Beratenden Versammlung zu prüfen.

VIII. KOMMUNALE UND REGIONALE ANGELEGENHEITEN

Der Ausschuß für kommunale und regionale Angelegenheiten des Europarats tagte am 16. und 17. März unter dem Vorsitz von Herrn Chaban-Delmas (Franzose) in Coventry. Bekanntlich wurde der Europapreis der Gemeinden im letzten Jahre der Stadt Coventry für ihre bedeutsamen Bemühungen zur Förderung des Gedankens der europäischen Einheit verliehen. Der Ausschuß beschloß, ab sofort den Wettbewerb für die Verleihung des Europapreises der Gemeinden für das Jahr 1956 zu eröffnen. Bewerbungen müssen dem Europarat in Straßburg vor dem 1. Mai dieses Jahres zugehen.

Die Bewerbungen für den europäischen Preis der Gemeinden, die im Jahre 1955 vorgelegt wurden, behalten auch in diesem wie in den kommenden Jahren ihre Gültigkeit. Zusätzliche Unterlagen für diese Bewerbungen müssen ebenfalls vor dem 1. Mai in Straßburg sein. Alle Bewerbungen sollen von dem ersten Beamten der Stadt unterzeichnet sein und nicht mehr als drei Maschinenseiten Text umfassen.

Weiterhin beschäftigte sich der Ausschuß mit der Organisation der europäischen Gemeindekonferenz, deren Abhaltung, vorbehaltlich der Zustimmung des Ministerkomitees, für das Jahr 1957 vorgesehen ist.

VERSCHIEDENES

Neue Ständige Vertreter

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat Herrn Gerhard Feine mit dem Rang eines Gesandten zum Ständigen Vertreter beim Europarat mit dem Sitz in Straßburg ernannt.

Die griechische Regierung hat Herrn Nicolas Cambalouris zum Ständigen Vertreter beim Europarat ernannt.

Die britische Regierung hat Herrn Arnold Breene zum Assistenten ihres Ständigen Vertreters, Herrn Gerald Meade, ernannt.

Österreich

Der Beschluß der österreichischen Regierung, die Einladung zum Beitritt zum Europarat anzunehmen, wurde von beiden Häusern des österreichischen Parlaments genehmigt.

Weltausstellung in Brüssel 1958

Vertreter verschiedener internationaler Organisationen, die an der Weltausstellung in Brüssel teilnehmen wollen, tagten am 7. März in Brüssel, um sich über die grundsätzliche Form der Darstellung der internationalen Zusammenarbeit auszusprechen.

Herr Armand Daussin, Verwaltungsdirektor des Europarats, unterzeichnete das Abkommen über die Teilnahme des Europarats an der Ausstellung.

Europadebatte im Bundesparlament

Der Bundestag in Bonn hielt am 22. und 23. März eine Debatte über die europäischen Probleme, insbesondere über die Empfehlungen der Beratenden Versammlung des Europarats ab. Aus diesem Anlaß wurde die Europaflagge auf dem Bundeshaus gehißt.

Eine Regierungserklärung von Bundeskanzler *Adenauer* eröffnete die Debatte, nach deren Abschluß der Bundestag eine Reihe von Empfehlungen des Europarats annahm, die sich auf folgende Gebiete erstrecken:

- a) eine gemeinsame europäische Politik bei kommenden Ost-West-Konferenzen,
- b) eine europäische Organisation für Atomenergie und die Bildung eines gemeinsamen Marktes,
- c) die Errichtung einer europäischen Atomenergie-Kommission.

Außerdem nahm der Bundestag eine Reihe von Empfehlungen an, die sich auf die Erleichterung der Grenzformalitäten beziehen. Im ganzen fanden 30 Abstimmungen über Probleme statt, die von der Beratenden Versammlung in Empfehlungen behandelt worden sind.

Der Stellvertretende Generalsekretär des Europarates, Herr *Dunstan Curtis*, wohnte mit einigen seiner Mitarbeiter der Debatte bei.

Abschaffung des Paßzwanges zwischen Italien und Frankreich

Zwischen dem italienischen und dem französischen Außenministerium wurde am 19. März eine Konvention unterzeichnet, nach welcher Italiener und Franzosen ohne Paß in den beiden Ländern reisen dürfen. Diese Aufhebung des Paßzwanges gilt für einen Versuchszeitraum von drei Monaten.

Britische Abgeordnete

Das britische Unterhaus hat seine Delegation bei der Beratenden Versammlung für das Jahr 1956 ernannt.

Abgeordnete: Frl. *Florence Horsbrugh* (Kons.), die Herren *John Maclay* (Kons.), *Julian Amery* (Kons.), *Sir David Hutchinson* (Kons.), *Godfrey Nicholson* (Kons.), *H. D. Oakshott* (Kons.), *Lord Chesham* (Kons.), *Hugh Gaitskell* (Lab.), *John Edwards* (Lab.), *George Jeger* (Lab.), *Roy Jenkins* (Lab.), *David Jones* (Lab.), *Ernest Popplewell* (Lab.), *Willey* (Lab.), *R. T. Paget* (Lab.), *Lord Layton* (Liberaler).

Stellvertreter: die Herren *Cunningham* (Kons.), *Kirk* (Kons.), *Maydon* (Kons.), *Nigel Nicholson* (Kons.), *J. E. Ramsden* (Kons.), *Viscount Stonehaven* (Kons.), *Dr. Broughton* (Lab.), *Daines* (Lab.), *Lawson* (Lab.), *Frau Slater* (Lab.) und Herr *Holt* (Liberaler).

Wahlen in Griechenland

Zwei bisherige Abgeordnete der Beratenden Versammlung, die Herren *Léon Maccas* (Griechische

Einigungsbewegung) und *Stamatis Mercouris* (desgl.), wurden bei den griechischen Parlamentswahlen vom 19. Februar nicht wiedergewählt. Beide Abgeordnete haben jahrelang der Beratenden Versammlung angehört.

ANDERE ORGANISATIONEN

Westeuropäische Union

Das Präsidium der Versammlung der Westeuropäischen Union hat beschlossen, daß die Versammlung vom 23. bis 25. April in Straßburg zusammentreten soll, also unmittelbar anschließend an die Sitzung der Beratenden Versammlung des Europarats.

VORLAUFIGER TERMINKALENDER

- 4.—7. April: Arbeitsgruppe der Europäischen Menschenrechtskommission (Straßburg)
- 9.—11. April: 39. Tagung der Stellvertreter der Minister (Straßburg)
- 10.—13. April: Sachverständigen-Ausschuß für Fragen der Sozialversicherung (Straßburg)
13. April: Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten (Straßburg)
Gemischte Arbeitsgruppe zur Ernennung hoher Beamter
14. April: Präsidium der Beratenden Versammlung (Straßburg)
Ausschuß für Wirtschaftsfragen (Straßburg)
Ausschuß für Soziale Fragen (Straßburg)
Ständiger Ausschuß (Straßburg)
15. April: Ausschuß für kulturelle und wissenschaftliche Fragen (Straßburg)
16. April: 18. Sitzungsperiode des Ministerkomitees (Straßburg)
Gemischter Ausschuß (Straßburg)
- 16.—21. April: Erster Teil der 8. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung (Straßburg)
- 23.—25. April: Versammlung der Westeuropäischen Union (Straßburg)
- 24.—28. April: Ausschuß für Soziale Fragen (Straßburg)
- 27.—28. April: Internationaler Ausschuß für Personenstand (Straßburg)
- 2.—9. Mai: 12. Sitzungsperiode des Kultur-sachverständigen-Ausschusses (Straßburg)
- 8.—12. Mai: Erster Teil der Gemeinsamen Versammlung der EGKS (Straßburg)
18. Juni: Zweiter Teil der Gemeinsamen Versammlung der EGKS (Straßburg)

Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Nordamerika

Probleme und Aussichten

Von Philip E. Mosely*, New York

Stalins Nachfolger haben die schlechten Manieren der Sowjetpolitik ein wenig moduliert und ihr Arsenal diplomatischer und psychologischer Waffen aufpoliert. Ihre neue, erfindungsreiche Taktik hat bedeutende Gewinne gebracht und verspricht noch mehr für die Zukunft. *Stalins* Drohungen und Säbelrasseln — der Druck auf Griechenland und die Türkei, der Versuch, West-Berlin bis zur Unterwerfung auszuhebeln, der kommunistische Angriff auf Südkorea — zwangen die bedrohten Länder der freien Welt zu

Gegenmaßnahmen und neuen Verteidigungsvorkehrungen und machten die Vereinigten Staaten gegen ihren Willen zum ersten Bollwerk und zur treibenden Kraft des Widerstands gegen weitere sowjetische Ausdehnung. Die neue sowjetische Führungsgruppe hat, zunächst schüchtern, seit 1954 aber mit wachsendem Selbstbewußtsein, ihre Taktik verändert und abgewandelt. Hat sie ihre grundsätzliche Strategie geändert?

Die Machtstellung der sowjetischen Führung geschwächt?

Seit Stalins Tod sind zahlreiche, einander widersprechende Schätzungen der sowjetischen Machtposition angestellt worden. Manche Kommentatoren haben eine durch die Gefahr oder Realität gegenseitiger Vernichtung gesplante sowjetische Führungsgruppe dargestellt. Sie haben die Hinrichtung *Berias* oder die Absetzung *Malenkows* zu Vorboten des drohenden Falls des Sowjetsystems aufgebauscht und haben übersehen, wie beständig der von Stalin errichtete Apparat im Grunde ist; er herrscht durch massive und allumfassende Institutionen, die ihrerseits von der kommunistischen Partei reguliert und angetrieben werden. Sie haben oft den Machtkampf innerhalb des Systems — ein Kampf, der immer hart und innerhalb eines totalitären Regimes oft tödlich ist — mit einer Krise des Systems selbst verwechselt.

Stalins Nachfolger waren freimütiger als er im Eingestehen von Mängeln an sowjetischen Wirtschaftsplänen und -erfolgen und haben einige recht wesentliche Schritte unternommen, um die landwirtschaftliche Produktion zu steigern, das Wohnungswesen zu verbessern, wirtschaftliche Anreize zu vermehren und den Lebensstandard ein wenig zu erhöhen. Aus dieser Tatsache haben viele Auslandsberichterstatte einander widersprechende, aber meist beruhigende Schlüsse gezogen. Die neue Führungsgruppe hat, so sagen manche, ihre weltumfassenden Ambitionen aufgegeben und ist in erster Linie an der Förderung des Wohlstandes ihres eigenen Volkes interessiert. Andere dagegen versichern, die Führungsgruppe sei unfähig, mit ihren aufgelaufenen wirtschaftlichen Problemen fertig zu werden, und deshalb daran interessiert, eine

*) Philip E. Mosely, Ph. D., ist Studiendirektor des *Council on Foreign Relations* und Professor für Internationale Beziehungen am *Russian Institute der Columbia University* in New York. Vor dem Zweiten Weltkrieg lehrte er Geschichte in *Princeton, Union College*, und an der *Cornell University*. Während des Krieges war er Leiter der Abteilung für Gebietsstudien im amerikanischen Außenministerium und nahm an den Konferenzen in Moskau (1943) und Potsdam (1945) teil. Er war ferner als politischer Berater der *European Advisory Commission* (1944—45) und des Rates der Außenminister (1945—46) tätig.

Mosely ist Autor des 1934 veröffentlichten Buches „*Russian Diplomacy and the Opening of the Eastern Question in 1833 and 1839*“ und zahlreicher Studien und Aufsätze über die Geschichte Rußlands und des Balkans, über internationale Probleme und über die amerikanische Außenpolitik. Für den im

Mai 1949 erschienenen Band der Zeitschrift *The Annals*, der dem Thema „*The Soviet Union Since World War II*“ gewidmet war, und den im Januar 1956 erschienenen Band der gleichen Zeitschrift über das Thema „*Russia Since Stalin: Old Trends and New Problems*“ zeichnete Mosely als verantwortlicher Herausgeber. Seine in der Zeitschrift *Foreign Affairs* veröffentlichten Aufsätze „*Dismemberment of Germany*“ (April 1950; deutsch in Europa-Archiv 10/1950) und „*The Occupation of Germany: New Light on How the Zones were Drawn*“ (Juli 1950) haben auch in Deutschland stärkste Beachtung gefunden.

Der nachstehende Beitrag wurde zuerst in *The Annals* (Vol. 303, Januar 1956) veröffentlicht. Die hier wiedergegebene deutsche Fassung erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Herausgebers der Zeitschrift *The Annals*, Professor Thorsten Sellin, und des Verfassers, der auch die Übersetzung durchgesehen hat. Die Übersetzung besorgte Maria von Handel, Frankfurt.

echte Grundlage für Verständigung und Koexistenz mit der Außenwelt zu schaffen, selbst um den Preis größerer politischer und territorialer Konzessionen.

Im Rahmen des grundsätzlichen Bestrebens, Schwerindustrie und Militärmacht auszubauen, haben die neuen Führer wesentliche, aber immer noch geringe Konzessionen gemacht, um die nachhinkenden Bereiche der Ernährung, des Wohnungs- und des Lebensstandards zu stärken. Die tatsächlichen Aufwendungen für militärische Zwecke sind jedoch seit März 1953 weiter gestiegen, und die Schwerindustrie hat ihre bemerkenswerte Wachstumsquote beibehalten. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß die sowjetische Wirtschaft das Rennen fortsetzen wird, alle anderen Wirtschaften außer der der Vereinigten Staaten auszustechen. In zehn Jahren werden die amerikanische und die sowjetische Wirtschaft die Wirtschaften aller anderen Länder noch verhängnisvoller überschatten als heute. Die Wahrscheinlichkeit ist auch groß für

eine fortgesetzte Bipolarität sowohl der militärischen als auch der wirtschaftlichen Macht. Gewiß prophezeien manche Beobachter in wenigen Jahren die breite Entwicklung „billiger“ Atom- und Wasserstoffenergie und das Aufkommen der interkontinentalen Rakete als „Waffe des armen Mannes“. Wenn sich diese Prophezeiungen als wahr herausstellen, könnten der gegenwärtigen, auf den neuesten Formen der Macht beruhenden Bipolarität eine neue Kräfteverteilung unter den Ländern und ebenso neue Gefahren folgen. Solange diese Prophezeiungen jedoch nicht erwiesen sind, ist ein grundsätzlicher Faktor großer Bedeutung die Tendenz zu immer komplizierteren und kostspieligeren Systemen moderner Waffen. Nur drei größere Länder sind jetzt fähig, in diesem Rennen, das sowohl technologischer als auch wirtschaftlicher Art ist, Schritt zu halten. Sowohl technisch als auch hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Hilfsquellen entfaltet die Sowjetunion auch weiterhin große und wachsende militärische Stärke.

Moskaus politische Offensive

Stalins Politik hatte, so prahlte er, das kommunistische System auf ein Drittel der Weltbevölkerung ausgedehnt, sie hatte aber auch Haß und Furcht außerhalb seines Machtbereichs geweckt. Seine Nachfolger gingen daran, die politischen Verbindlichkeiten, die sie geerbt hatten, zu liquidieren und auf diese Weise wieder größere politische Handlungsfreiheit zu gewinnen. Im Jahre 1953 ließ Moskau Stalins hartnäckige Forderung nach Abtretung eines Viertels des türkischen Territoriums fallen. Im Jahre 1955 gab es den Finnen Porkkala zurück, einen im Zeitalter der Atomkriegführung veralteten Stützpunkt. Es löste seinen Griff von Ost-Oesterreich. Es überzeugte die jugoslawischen Führer, daß die Unabhängigkeit und das Bestehen ihres Landes nicht mehr durch sowjetische Feindschaft bedroht seien. Außer im Falle Oesterreichs war jede dieser „Konzessionen“ nur eine Anerkennung von Tatsachen, die nicht anders als unter dem Risiko eines Krieges geändert werden konnten. Keine davon schnitt in irgendeine sowjetische Machtstellung ein. Für viele Leute, die einen Krieg befürchten und sehnüchzig auf hoffnungsvollere Zeichen warten, bot die neue Tendenz den „Beweis“ für eine gänzlich neue sowjetische Politik, eine dauerhafte Politik des „Leben und Leben-Lassen“.

Die sowjetischen Führer haben in Deutschland, das sie als den Schlüssel zu Europa betrachten, keine Konzessionen gemacht. Die beiden Genfer Konferenzen von 1955 zeigten den hartnäckigen Glauben des Kreml, daß er den Wunsch des deutschen Volkes nach Wiedervereinigung ausnützen könne, um es aus seinem Bündnis mit dem Westen zu lösen. Die Furcht vor sowjetischer Bevormundung mag die Westdeut-

schen einige Jahre lang davon abhalten, sowjetische Bedingungen für die Wiedervereinigung anzunehmen. Wird sie auf die Dauer ihre Wirkung behalten?

Die sowjetischen Führer warten auf eine neue Depression in Amerika mit ihren Auswirkungen auf die ganze freie Welt, die Westdeutschland zwingen soll, seine Märkte innerhalb des Sowjetblocks zu suchen, sich vom Westen zu lösen und die sowjetischen Bedingungen für die nationale Wiedervereinigung anzunehmen. Inzwischen haben sie hinreichend klargemacht, daß sie nicht daran denken, Ostdeutschland, ihre wertvollste Kolonie, um irgendwelcher papiernen „Sicherheits“-Garantien willen zu opfern.

Sowjetisches Lächeln und berechnete Konzessionen haben Moskaus Vorschlägen zu einem europäischen Sicherheitspakt neuen Kredit verschafft. In den beiden Genfer Konferenzen hat der Kreml eine Reihe von Stadien vorgeschlagen, über die der westliche Nordatlantiktakt und der östliche Warschauer Pakt in ein gesamteuropäisches Sicherheitsabkommen verschmolzen werden sollen. Falls es zustande käme, würde dieses Ergebnis die Rolle des Nordatlantiktaktes als Rahmen der westlichen Verteidigung vollständig zunichte machen. Auf der anderen Seite würde, durch die Kontrolle der Partei, Geheimpolizei und Militärapparate in den Satellitenstaaten, die sowjetisch geführte Staatengruppe in Osteuropa, nun einschließlich Ostdeutschlands und Albaniens, weiter ein vollständig wirksames, jederzeit bereitbes Instrument sowjetischer Zielsetzungen bleiben.

Natürlich erwarteten die sowjetischen Vertreter nicht, daß die NATO-Regierungen den Köder schlucken würden; sie haben aber, ohne Schaden für ihre eigene Stärke oder ihre Pläne, ein größeres Sicher-

heitsgefühl im Westen gefördert und ein zunehmendes Widerstreben hervorgerufen, für die Stärke des westlichen Blocks Opfer zu bringen, und sie haben dazu beigetragen, den militärischen Aufbau der NATO zu verlangsamen. Wenn die NATO-Länder

ihre militärischen Anstrengungen um, sagen wir fünf oder zehn Milliarden Dollar im Jahr, verringern, wird der relative Gewinn für den Sowjetblock mit seinem ständig wachsenden militärischen Potential wohl eine kleine diplomatische Anstrengung wert sein.

Sowjetische Reise-Diplomatie

Als Symbol der neuen erfindungsreichen Taktik ist der Platz des fernen und geheimnisvollen *Stalin* durch die eifrigen und redseligen Reisenden *Bulgadin* und *Chruschtschow* eingenommen worden. Während ihr Auftreten in Belgrad verhältnismäßig wenig Eindruck auf die vorsichtigen und willensstarken Jugoslawen gemacht haben dürfte, deren Erinnerungen an russische Einmischungen und Drohungen noch frisch sind, ist es schwieriger, die Wirkung ihrer Besuche in Indien und Burma abzuschätzen. Dort haben die schmeichelhaften Aufmerksamkeiten der Führer einer Großmacht anscheinend das Gefühl verstärkt, daß die Sowjetunion eine ferne und wahrscheinlich wohlthätige Macht darstellt. Andere Besuche sind bereits angedeutet worden, und zwar in Großbritannien, Frankreich und Ägypten. Bei jeder dieser Missionen betonen die sowjetischen Vertreter auf grobe, jedoch nicht wirkungslose Weise jene Interessen und Gefühle, die andere Völker veranlassen könnten, gewisse sowjetische Ziele zu unterstützen, und vor allem jene Vorurteile und Ängste, die sie gegen die Vereinigten Staaten einnehmen könnten.

Unter Stalin konzentrierte die sowjetische Politik ihren Druck gegen ihre unmittelbaren Nachbarn längs ihrer Peripherie. Unter seinen Nachfolgern reicht die sowjetische Politik weiter. Den arabischen Ländern, die den sowjetischen Druck nicht so unmittelbar fühlen wie die Türkei und Persien, bietet sie politische Unterstützung gegen Israel und Versprechungen auf Wirtschaftshilfe und Waffenlieferungen, um sie in die Lage zu versetzen, einseitiger Abhängigkeit vom Westen zu entgehen. Indien, das mehr an seinem Streit mit Pakistan über Kaschmir interessiert ist als an irgendwelchen scheinbar fernliegenden sowjetischen Ambitionen, bietet sie politische Unterstützung für die Annexion der portugiesischen Enklaven und bemerkenswert günstige Bedingungen für den Bau

eines großen Stahlwerks. Burma, das die Nützlichkeit direkten sowjetischen Interesses als potentielleres Gegengewicht gegen möglichen chinesisch-kommunistischen Druck ansehen mag, bietet sie industrielle Ausrüstung und technische Hilfe im Austausch für seine lästigen Ueberschüsse an Reis.

Innerhalb der Vereinten Nationen hat die neue sowjetische Diplomatie auch eine ungewohnte Ziel-sicherheit und Elastizität gezeigt. Bei immer häufigeren Gelegenheiten sah sie ihre Positionen nicht nur durch den asiatisch-afrikanischen Block, sondern auch durch eine wesentliche Anzahl lateinamerikanischer Staaten unterstützt. Sie kann sich nicht mehr über die „mechanischen Mehrheiten“ beklagen, die zur Unterstützung von Vorschlägen der Vereinigten Staaten aufgeboten wurden. Statt starr auf ihren einseitigen Abrüstungsvorschlägen zu bestehen, hat sie elastisch den westlichen Vorschlag für allgemeine zahlenmäßige Begrenzungen der Streitkräfte angenommen und hat hartnäckig auf die Annahme baldiger Beschränkungen des Gebrauchs der Atom-bombe gedrängt, dabei allerdings dem Beharren des Westens auf der Notwendigkeit wirksamer Kontrollen Widerstand geleistet. Trotzdem hat die sowjetische Taktik in der Frage der Rüstungskontrolle in vielen Ländern den Verdacht gegenüber den Absichten Moskaus stark verringert.

Vielleicht ist das beständige Rühren der „antikolonialen Trommeln“ das wirksamste Instrument des Kreml gewesen. Der Westen wird leicht einem Schreckgespenst für gerade aus fremder Herrschaft emanzipierte Völker oder für solche, die noch nach Emanzipation streben, gleichgesetzt, und die Sowjetführer arbeiten seit 1917 daran, diese tiefverwurzelten Emotionen mit ihren eigenen Interessen in Einklang zu bringen.

Sowjetische Erwartungen und Ziele

Während die sowjetische Führung das rastlose Tempo in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beibehält und die Konsolidierung der Sowjetsphäre betreibt, hält sie hoffnungsvoll nach Zeichen wirtschaftlichen Verfalls und politischer Auflösung im nichtsowjetischen Lager Ausschau. Gewiß wird das sowjetische Bild vom amerikanischen und westlichen Wirtschaftsleben nicht mehr so grob vereinfacht wie in Stalins letzten Jahren. Delegationen von landwirt-

schaftlichen Fachleuten und Funktionären des Wohnungsbaues haben zugegeben, daß neue und wertvolle Ideen aus westlichen Neuerungen gesammelt werden können, und die *Prawda* hat Techniker getadelt, die behaupten, daß alles Sowjetische das Beste ist. Auf der anderen Seite sagen sowjetische Zeitschriften eine baldige wirtschaftliche Depression in den Vereinigten Staaten voraus, die, wie sie behaupten, nur durch den Rüstungswettlauf aufgehalten

worden ist. Sie weisen darauf hin, daß der Zusammenbruch von 1929 zehn Jahre nach dem Ersten Weltkrieg kam, und knüpfen daran ihre Hoffnung auf eine neue Depression, deren Beginn sie auf zehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ansetzen.

Selbst ohne die lange erwartete Wirtschaftskrise greift die sowjetische Presse eifrig jeden neuen Beweis für „imperialistische Rivalitäten“ innerhalb der nichtsowjetischen Welt auf. Wie Stalin in seinem Werk „Oekonomische Probleme des Sozialismus“ (Oktober 1952) erklärte, sollen diese Konflikte unweigerlich alle Anstrengungen zur Konsolidierung der freien Welt unterminieren und sogar zu neuen Kriegen innerhalb der freien Welt führen, die der Sowjetunion nur zum Vorteil gereichen könnten. Natürlich zielen alle wirtschaftlichen Hilfsprogramme der Vereinigten Staaten nach dieser Ansicht nur darauf ab, „Arbeitslosigkeit zu exportieren“, die ausländischen Konkurrenten zu schwächen und die „Kontrolle durch den Dollar“ über unterentwickelte Gebiete zu errichten. Wie zu Stalins Zeiten glauben sowjetische Kommentatoren noch, daß Deutschland und Japan besonders empfindlich gegen eine neue Depression und gegen amerikanische Konkurrenz sind und deshalb besonders anfällig für den Versuch, sie dem amerikanischen geführten Block der „Imperialisten“ abzuwerben.

Ohne auf eine größere Depression oder eine „allgemeine Krise des Kapitalismus“ zu warten, ist die sowjetische Führung sehr darum bemüht, jene Bande der Solidarität zu brechen, zu deren Entstehung in der nichtsowjetischen Welt die Politik Stalins so viel beigetragen hat. Sowohl durch direkte diplomatische und auch weniger diplomatische Avancen als auch durch indirekten Appell an Stolz, Furcht und Neid sind die sowjetische Politik und Propaganda bestrebt, die unvermeidlichen Zwiste und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der freien Welt auszubeuten. Gegen die amerikanische Politik appelliert die sowjetische Propaganda in Frankreich an die tiefver-

wurzelte Furcht vor einem wiederbewaffneten Deutschland, in Deutschland an den Verdacht, daß es Frankreich sei und nicht Rußland, das Deutschland geteilt zu halten sucht. Die sowjetische Politik und Propaganda haben ihr hauptsächliches Bestreben intensiviert, das darauf abzielt, die Vereinigten Staaten von ihren Verbündeten zu trennen und so den Rückzug der amerikanischen Macht nach Nordamerika zu erreichen.

Das Hauptziel der sowjetischen Führer ist, jetzt wie unter Stalin, das Stützpunktsystem auszuschalten, das im Falle eines Konfliktes den amerikanischen Druck gegen die Sowjetunion unterstützen könnte. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion haben sich hinsichtlich ihrer Fähigkeit, aneinander Vergeltung zu üben, der „atomaren Gleichheit“ genähert. Bald wird der hauptsächliche Vorteil, den die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten noch haben, der geographische sein, der es ihnen erlaubt, im Falle eines sowjetischen Angriffs konvergierende Vergeltungsschläge aus vielen Richtungen zu führen oder anzudrohen. Unter diesen Umständen würde es lange dauern, ehe die sowjetischen Führer in die Widerstandskraft ihres Regimes vertrauen würden, selbst wenn es ihnen gelänge, die wichtigsten amerikanischen Städte zu zerstören.

Die amerikanische und sowjetische strategische Macht können bald in ein Stadium eintreten, in dem jeder den anderen ohne die Benutzung zwischenliegender Stützpunkte zerstören kann. Wenn jedoch die amerikanische Politik in diesem Stadium ihre Bündnisse auflöst oder ihre Verbündeten mißachtet, weil sie nicht mehr auf Stützpunkte außerhalb Nordamerikas angewiesen ist, so wird das die Sowjetpolitik ermutigen, ihren Druck auf die dazwischenliegenden Länder zu verstärken. Wenn der Arm der strategischen Macht länger wird, dann werden die Vereinigten Staaten die Interessengemeinschaft mit der freien Welt nicht weniger aktiv, sondern noch aktiver als bisher ausbauen müssen.

Sowjetische Ziele in Asien

Seit dem Zweiten Weltkriege ist es der Sowjetpolitik in Europa nicht gelungen, ihren Kontrollbereich über die Grenze ihrer militärischen Durchdringung hinaus auszudehnen. In der Tat gelang es ihr nicht, sich die Kontrolle über Oesterreich und Finnland zu sichern, und 1948 trieb sie Jugoslawien zu einer verzweifelten Bekundung seines Unabhängigkeitswillens. Wie nach dem Ersten Weltkrieg, gelang es dem sowjetischen Kommunismus nicht, in Europa neue Länder durch freiwillige Konversion für seinen Glauben zu gewinnen.

In Asien bezeichnete der nach vielen Jahren politischen und militärischen Kampfes errungene Sieg

der chinesischen Kommunisten mehr den Anfang als das Ende eines verzweifelten und entscheidenden Ringens um die Zukunft Asiens. Das Remis der kommunistischen Kräfte im koreanischen Krieg und die zeitweilige Pause im militärischen Kampf um Südostasien bieten in sich keine Versicherung einer lang anhaltenden Stabilisierung miteinander wetteifernder Kräfte. Es ist einer der Hauptzwecke der nachstalinistischen Sowjetpolitik, günstige Bedingungen für die Erneuerung der kommunistischen Expansion in Asien vorzubereiten.

Die sowjetische Politik hofft, eine Wiederholung der gefährlichen Erfahrung, die sie durch Stalins

koreanisches Abenteuer gemacht hat, zu vermeiden, indem sie unter den westlichen Verbündeten Amerikas wieder ein Gefühl der Sicherheit und Entspannung kultiviert. Zur Zeit des koreanischen Krieges vereinigten sich viele unmittelbar durch sowjetische Drohungen bedrängte Länder, um die amerikanische Gegenaktion in Korea zu unterstützen, in dem Gefühl, daß dies wiederum ihre eigene zukünftige Sicherheit stärken würde. Die sowjetische Propaganda war außerhalb des Sowjetblocks weithin erfolglos, wenn sie den Koreakrieg als einen „spontanen Bürgerkrieg“ hinstellte, in den sich die Vereinigten Staaten und die Vereinten Nationen grundlos einmischten. Moskau hofft nun, sich selbst und das kommunistische China gegen ein erneutes Risiko dieser Art zu sichern, indem es eine Atmosphäre der Entspannung fördert. Jede verstärkte Forderung nach „Wahlen“ in Vietnam oder jede Wiederbelebung des Guerillakrieges in Südvietnam wird, so hofft Moskau, allgemein als eine rein lokale Angelegenheit betrachtet werden, die durch lokale Kräfte ohne Eingreifen auswärtiger

Mächte, insbesondere der Vereinigten Staaten, geregelt werden kann.

Wenn der Kreml eine neue Periode von Spannungen, Risiken und Entfaltungsmöglichkeiten zur Ausbreitung des Kommunismus in Südostasien erwartet, so ist es ganz logisch, daß er sehr darum bemüht ist, seine „friedliebende“ Stellung in der ganzen übrigen Welt zu stärken. Dabei kann der Kreml sogar den chinesischen Kommunisten und ihren lokalen Verbündeten in Südostasien den Steigbügel halten, während er sich versichert, daß keine stärkere Vergeltungsdrohung gegen die Sowjetunion gerichtet wird. Falls die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten dann darüber uneinig sein sollten, ob es wünschenswert oder notwendig ist, die weitere Ausbreitung des Kommunismus in Asien zu blockieren, könnte die sowjetische Führung ihr Ziel erreichen, die Vereinigten Staaten von ihren Verbündeten zu trennen und so das amerikanisch geführte Sicherheits- und Stützpunktsystem der freien Welt abzubauen.

Die Stellung der Vereinigten Staaten

Die amerikanische öffentliche Meinung hat gegenüber der subtileren Strategie und erfindungsreicheren Taktik, die von Stalins Nachfolgern angewandt werden, sehr unterschiedlich reagiert. Die anfängliche Annahme, daß das Sowjetregime dem Zusammenbrechen nahe sei, oder ersatzweise, daß es nun alle seine Energien dem Wohle seines Volkes widmen würde, bestärkt einen natürlichen Wunsch, militärische Ausgaben zu beschränken und die Wirtschaftshilfe an befreundete Nationen herabzusetzen. Gleichzeitig entging Präsident *Eisenhower* durch die Annahme der sowjetischen Herausforderung zu Verhandlungen nur mit Mühe der Situation. Amerikas friedliche Absichten „nachweisen“ zu müssen. Statt dessen bestätigte er auf dramatische Weise den amerikanischen Wunsch, den Krieg zu vermeiden, und die amerikanische Bereitschaft, eine drastische Form der Rüstungsinspektion für sich selbst und für andere anzunehmen, als ein Mittel, Vertrauen in die Aussichten auf eine Minderung der Kriegsgefahr zu schaffen.

Nachdem die engen Grenzen der sowjetischen „Konzessionen“ klargemacht worden waren, erkannte die amerikanische öffentliche Meinung, daß mehr die Art und Weise als die Substanz der sowjetischen Politik sich verändert hatte. Es blieb die Frage: würde in der etwas veränderten Atmosphäre die Zeit für die Ziele der Sowjets oder für die Amerikas und der freien Welt arbeiten?

Da viele Völker und Gruppen beginnen, sich weniger direkt durch sowjetischen Druck bedroht zu fühlen, wird die Aufgabe schwieriger, ein breites Ausmaß der Verständigung und Zusammenarbeit innerhalb der freien Welt aufrechtzuerhalten. Es wird

künftig nicht mehr genügen zu sagen, daß die Vereinigten Staaten bereit sind, anderen Völkern zu helfen, nur weil deren freundliche Haltung zur Sicherheit der Vereinigten Staaten beiträgt. Kein Volk hat gerne das Gefühl, daß sein Leben oder seine wirtschaftliche Entwicklung auf unabsehbare Zeit von der „Großzügigkeit“ eines mächtigeren Staates abhängen wird.

Auf die Dauer müssen Interessen auf Gegenseitigkeit beruhen, wenn sie stark sein sollen. Um ihre Bündnisse zu erhalten und zu stärken, müssen die Vereinigten Staaten das gegenseitige Interesse ihrer selbst und ihrer Verbündeten an der Erhaltung eines möglichst ausgedehnten Gebietes politischer Freiheit und wirtschaftlicher Möglichkeiten auf der Welt klar machen. Das Element der Gegenseitigkeit und gemeinsamen Entscheidung innerhalb des amerikanisch geführten Bündnissystems muß ständig und systematisch gestärkt werden. Statt den Vereinigten Staaten zu erlauben, allein vorzugehen, wird der baldige Anbruch des Zeitalters interkontinentalen Kampfes diesem gemeinsamen Interesse an vereinter Selbsterhaltung eine neue Dringlichkeit verleihen.

Die sowjetische Führung ist bestrebt, europäische und asiatische Angelegenheiten getrennt zu behandeln und so die schwachen Punkte der amerikanischen Politik zu sondieren. Es liegt im amerikanischen Interesse, dieses sowjetische Bestreben zu bekämpfen. Statt die Forderung des kommunistischen Blocks nach baldigen Wahlen in Vietnam als eine rein lokale Angelegenheit zu behandeln, würde die amerikanische Politik gut daran tun, sie mit der Forderung der freien Welt nach wahrhaft freien Wahlen in Korea

und Ostdeutschland zu verbinden. Das würde klarmachen, daß die Vereinigten Staaten aktiv daran arbeiten, die Teilung aller drei Nationen zu überwinden. In Formosa wären die Vereinigten Staaten gut beraten, wenn sie, statt für die Küsteninseln eine völlig separate Politik zu betreiben, eine klare und verteidigungsfähige Linie durch die Straße von Formosa zögen und damit eine möglichst weitgehende politische Unterstützung von seiten ihrer Alliierten zur Verteidigung von Formosa gewännen.

Die industrielle Entwicklung der Sowjetunion trägt sich heute weitgehend selbst, und das Rennen der militärischen Technik wird immer knapper. Der Wettkampf um umwälzende Neuerungen in der militärischen Technik kann nicht angehalten oder verlangsamt werden. Das bedeutet, daß das einzig wichtige — wenn auch grobe — Instrument, durch das sowjetische Entscheidungen beeinflußt werden können, die Aufrechterhaltung eines sehr großen Militärbudgets der Vereinigten Staaten ist.

Wenn die sowjetischen Politiker unsicher sind über die Fortschrittsquote in der amerikanischen Militärtechnik, könnte ihre Bereitschaft, ihre eigene sehr große Macht rücksichtslos zu gebrauchen, eingeschränkt werden. Darüber hinaus steht die sowjetische Wirtschaft, obwohl sie sehr groß und weiterhin im Anwachsen begriffen ist, unter gewaltigem Druck, um den konkurrierenden Forderungen nach verbesserten und teuren Rüstungen, nach Ausbreitung der Schwerindustrie und nach einer gewissen Hebung des sowjetischen Lebensstandards zu entsprechen, ganz zu schweigen von der Forderung des kommunistischen China nach sowjetischer Hilfe für seine Industrialisierung. Die amerikanische Politik kann nur wenig oder gar nichts tun, sowjetische Entscheidungen über das innere Wachstum oder die Hilfe für China zu beeinflussen, aber ihre Handlungen haben eine direkte Wirkung auf sowjetische Entscheidungen auf militärischem Gebiet. Ein fortdauernd großes amerikanisches Militärbudget ist beinahe das einzige Mittel, die sowjetischen Führer zu zwingen, die konkurrierenden Ansprüche auf ihre wirtschaftlichen

Hilfsquellen zu sehen und von Zeit zu Zeit von ihrem eigenen Standpunkt aus in Betracht zu ziehen, ob es praktisch durchführbar und wünschenswert ist, neue Risiken bei der Verfolgung ihrer weltumspannenden Ziele auf sich zu nehmen.

Gleichzeitig müssen die Vereinigten Staaten zeigen, daß die Hilfe der freien Welt zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum politischen und kulturellen Fortschritt, die zu freiheitlichen und würdigen Bedingungen angeboten wird, attraktiver und wirksamer ist als die sowjetischen Gegenangebote. Soweit als möglich muß solche Hilfe für Nationen, die ihre produktiven Kräfte zu entwickeln trachten, auf Dauer geboten und mit dem Ausbau weltumspannender Handelsmöglichkeiten koordiniert werden, und nicht nur als Notlösung gegen sowjetische Bestechung oder Lockungen. Statt sich auszuruhen und die Nöte und Hoffnungen unterentwickelter und ehrgeiziger Länder zu vergessen, sollten die Amerikaner jetzt an auf längere Sicht berechnete, beständige, gemeinsam mit ihren Alliierten durchgeführte Programme wirtschaftlicher Entwicklung denken.

Vor allem müssen die Amerikaner in der neuen Phase des sowjetischen Lächelns noch genauer erkennen, daß die Gefahren, die sie durchlaufen, keine kurzfristigen sind. Von keiner Politik, keiner Geldzuwendung und keiner Administration kann erwartet werden, daß sie ein für allemal mit ihnen fertig werden. Ob es den Amerikanern paßt oder nicht: was sie tun oder lassen, wird einer von zwei entscheidenden Faktoren für die Gestaltung der Welt von morgen sein. Wenn schon die Amerikaner sich die ernstesten Gedanken machen über die zu große Voraussagbarkeit der sowjetischen Ziele und Taktiken, so werden wahrscheinlich die Analytiker des Kreml sich beständig die Köpfe zerbrechen über die Unberechenbarkeit der amerikanischen Meinungen und Handlungen. Eine starke, stabile und berechenbare amerikanische Position in der Weltpolitik ist nun das wichtigste Element in einer zunehmend schwankenden Gleichung der Kräfte.

Die Ergebnisse des 20. Parteikongresses der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Von Dr. Boris Meißner

A. Das Vorspiel zum 20. Parteikongreß

Das Duumvirat *Malenkow-Chruschtschow*, das nach dem Sturz *Berijas* die Führung von Partei und Staat in der Sowjetunion übernahm, sollte nicht von langer Dauer sein¹. Malenkow sah sich sehr bald in die Defensive gedrängt, da Chruschtschow mit allen Mitteln bestrebt war, die hegemoniale Stellung der Partei innerhalb der autokratischen Herrschaftsordnung wiederherzustellen und seine eigene Machtstellung in Richtung auf eine Alleinherrschaft auszubauen. Dies ist ihm bis zum 20. Parteikongreß nur in einem begrenzten Umfange gelungen, da die Verdrängung Malenkows von der Macht und die Annahme eines weitgespannten innen- und außenpolitischen Aktionsprogramms ohne Rückhalt bei der Armee und maßgebenden Teilen der Wirtschaftsmanager nicht zu erreichen gewesen wäre. Infolge dieser Machtkonstellation ist nicht nur das dualistische Aufbauprinzip der obersten Sowjetführung², das von dem neuen Duumvirat *Bulganin-Chruschtschow* repräsentiert wird, erhalten geblieben, sondern auch der Erste Parteisekretär gezwungen worden, die Rechnungen, die ihm von seinen innenpolitischen Verbündeten präsentiert wurden, auf dem 20. Parteikongreß einzulösen. Nur so ist es zu verstehen, daß Chruschtschow, der sich in seiner Auseinandersetzung mit Malenkow der Autorität des verstorbenen Diktators und der Unterstützung der *Shdanow*-Anhänger bediente, sich auf einmal veranlaßt sah, den Führerkult in schärfster Form abzulehnen und die Rehabilitierung von Personen zu verlangen, deren Beseitigung von ihm einst gebilligt worden ist. Daß Chruschtschow anfänglich aus begreiflichen Gründen bestrebt war, im Rahmen einer begrenzten „Entstalinisierung“ die Autorität *Stalins* zu wahren, um sie für seine Zwecke nutzbar zu machen und einen Bruch in der Sukzession zu vermeiden, geht deutlich aus den Vorgängen hervor, die sich im Dezember 1954 und Januar 1955 abspielten, als die Auseinandersetzung mit Malenkow in ihre entscheidende Phase eintrat.

So wurden noch Ende 1954 aus Anlaß des Geburtstages *Stalins* am 21. Dezember in der sowjetischen

Presse und in zahlreichen Zeitschriften Gedenkartikel veröffentlicht³, in denen nicht nur das von Stalin verkörperte Führerprinzip, sondern auch die führende militärische Rolle verherrlicht wurde, welche die Politrukgruppe, bestehend aus Bulganin, Shdanow, Schtscherbakow und Chruschtschow, im Zweiten Weltkrieg gespielt hatte⁴. Das Staatskomitee für Verteidigung, das entscheidende Führungsgremium während des Zweiten Weltkrieges, wurde überhaupt nicht genannt, desgleichen wurde Malenkow als Mitarbeiter *Stalins* nicht erwähnt. In einem Artikel von A. *Sasanow* („J. W. Stalin — der große Fortsetzer der Sache Lenins“) in der Dezembernummer der *Woprossy Ekonomiki* hieß es:

„Mit Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung wurde an die Spitze der bewaffneten Streitkräfte des Sowjetstaates J. W. Stalin gestellt.

Das Zentralkomitee entsandte unmittelbar zur militärischen Arbeit N. A. Bulganin, A. A. Shdanow, A. S. Schtscherbakow, N. S. Chruschtschow und andere Mitglieder des Zentralkomitees der Partei.“

In der *Prawda* wurde der verstorbene Diktator als marxistischer Klassiker gefeiert, und seine Verdienste um den Aufbau der schwerindustriellen Basis der Sowjetwirtschaft und die Organisation der Landesverteidigung wurden besonders hervorgehoben⁵. Vom Parteiphilosophen *Mitin*, der ihn als „großen Stalin“ bezeichnete, wurde dabei die Bedeutung der „ökonomischen Probleme des Sozialismus“, welche die ideologische Richtschnur des 19. Parteikongresses gebildet hatten, besonders betont. Im Zuge dieser ideologischen „Restalinisierung“ tauchte auch der mit der Priorität der Schwerindustrie verbundene Begriff der „Generallinie“ wieder auf und wurde gegen die Malenkowsche These vom steilen Anstieg des Lebensstandards durch Ausbau der Konsumgüterindustrie ins Feld geführt.

Das Zentralkomitee der KPdSU sprach sich auf seiner Plenartagung, die vom 25. bis zum 31. Januar 1955 stattfand, für einen Abbau des „Neuen Kurses“ im ökonomischen Bereich aus und veranlaßte *Ma-*

lenkow, als Regierungschef zurückzutreten. *Chruschtschow* bezeichnete in einem Referat jede Verlangsamung des Entwicklungstempos „angesichts des Umstandes, daß die imperialistischen Staaten eine wütende Kriegsvorbereitung entfalten“ als „Selbstmord“ und als eine unzulässige „rechte Abweichung“ und erklärte⁶:

„Im Zusammenhang mit den in letzter Zeit getroffenen Maßnahmen zur Steigerung der Produktion von Massenbedarfsgütern richten einzelne Genossen eine Verwirrung in der Frage des Entwicklungstempos der Schwerindustrie und Leichtindustrie in unserem Lande an. Unter Hinweis auf das von ihnen falsch verstandene und auf vulgarisierende Weise ausgelegte ökonomische Grundgesetz des Sozialismus suchen diese, mit Verlaub zu sagen, Theoretiker, zu beweisen, in einer bestimmten Etappe des sozialistischen Aufbaus höre die Entwicklung der Schwerindustrie auf, die Hauptaufgabe zu sein, und die Leichtindustrie könne und müsse alle übrigen Industriezweige überflügeln. Das sind grundfalsche, dem Gesetz des Marxismus-Leninismus widersprechende Ueberlegungen. Das ist nichts anderes als eine Verleumdung der Partei. Das ist ein Rückfall in rechte Abweichungen, ein Rückfall in dem Leninismus feindlich gegenüberstehende Ansichten, die seinerzeit von Rykow, Bucharin und ihresgleichen gepredigt worden sind.“

Erstauulich war, daß Malenkow trotz dieser schwerwiegenden Bezeichnungen seinen bisherigen Status in der Parteiführung als Vollmitglied des ZK-Präsidiums nicht einbüßte. Er wurde nur im staatlichen Bereich degradiert. Dies mag wesentlich an dem Mißtrauen gelegen haben, mit dem die Mehrheit des „Führerkollektivs“ die Bemühungen Chruschtschows verfolgte, sich als Nachfolger Stalins aufzuspielen. So trugen sowohl das Religionsedikt vom 10. November 1954⁷ als auch die Anordnung über die Verlegung des Lenin-Gedenktages vom 10. Januar 1955⁸ seine alleinige Unterschrift. Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß das Zentralkomitee im Januar 1955 zu zwei Tagungen zusammengetreten ist. Der Beschluß „über den Lenin-Gedenktag“ dürfte somit von Chruschtschow aus eigener Machtvollkommenheit erlassen worden sein. Der Beschluß hatte folgenden Wortlaut:

„Nach dem Tode W. I. Lenins ist es Tradition geworden, das Andenken an W. I. Lenin, den großen Begründer und weisen Führer der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates am Tage seines Ablebens, dem 21. Januar zu begehen. In den ersten Jahren nach W. I. Lenins Tod war dieser Tag im Bewußtsein des Sowjetvolks und der Kommunistischen Partei unmittelbar mit dem traurigen Ableben des großen Führers W. I. Lenin verbunden, woraus sich ergab, daß die Veranstaltungen, mit denen das lichte Andenken W. I. Lenins gewürdigt wurde, im Zeichen feierlicher Trauer standen. In den vergangenen dreißig Jahren nach W. I. Lenins Tod haben sich in unserem Lande gigantische sozialistische Wandlungen vollzogen. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion, die sich leiten ließ von der unsterblichen Lehre des Marxismus-Leninismus, beseelte und organisierte das sowjetische Volk zur Verwirklichung des Leninschen Plans

des Aufbaus des Sozialismus in unserem Land. In kurzer historischer Frist verwandelte sich unsere Heimat aus einem rückständigen Agrarland in eine gewaltige industriell-kollektivwirtschaftliche Macht. Auf dem von Lenin gewiesenen Weg hat die Partei unter Führung des Zentralkomitees, mit J. W. Stalin an der Spitze, die Völker unseres Heimatlandes zum Siege des Sozialismus geführt. Heute wird die Aufgabe der weiteren machtvollen Entwicklung der Produktivkräfte der sozialistischen Gesellschaft, der Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Sowjetvolks gelöst, werden Maßnahmen zum allmählichen Uebergang vom Sozialismus zum Kommunismus durchgeführt. Der Leninismus ist die große lebensbejahende Lehre, die den Weg des Aufbaus des Kommunismus erleuchtet. Lenin lebt in den großen Werken der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, in den neuen Erfolgen unserer sowjetischen Heimat fort, die dem Kommunismus zuversichtlich entgegenschreitet. Die Ideen des Leninismus üben einen gewaltigen Einfluß auf den ganzen Lauf der Weltgeschichte aus. Die Ideen Lenins leben fort und siegen in den Taten der Werktätigen des Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, in der wachsenden und erstarkenden internationalen Bewegung für Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern, für Demokratie und Sozialismus.

Die Völker unseres Landes und die Werktätigen der ganzen Welt knüpfen in ihrem Bewußtsein an den Namen W. I. Lenin, an seine Lehre, die großen Siege der Sowjetmenschen im Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. Daher ist es heute zweckmäßiger, das Andenken an W. I. Lenin nicht an seinem Todestag, der den Feierlichkeiten den Stempel von Trauer und Leid aufdrückt, sondern am Geburtstag W. I. Lenins, dem 22. April, zu würdigen und diesem Tage die Bedeutung eines Festes zu geben, was dem ganzen Geist des Leninismus als einer ewig fortlebenden lebensbejahenden Lehre in größerem Maße entsprechen wird.

Das ZK der KPdSU ordnet an:

den Gedenktag für W. I. Lenin, den großen Führer der Werktätigen und Begründer des sozialistischen Sowjetstaats, an W. I. Lenins Geburtstag, dem 22. April, feierlich zu begehen,

an diesem Tage die Bedeutung der allbezwingenden Ideen des Marxismus-Leninismus und die errungenen Erfolge im Aufbau des Kommunismus eingehend zu würdigen, am Vorabend des Festtags feierliche Versammlungen der parteilichen, sowjetischen und gesellschaftlichen Organisationen durchzuführen sowie Referate und Aussprachen in Betrieben, Institutionen, Kolchozen und Sowchozen über das Leben und Wirken W. I. Lenins und über die Bedeutung der Ideen des Leninismus für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft abzuhalten.

Sekretär des ZK der KPdSU
gez. N. Chruschtschow“

Der Versuch Chruschtschows, eine neue Mythologie zur ideologischen Rechtfertigung seines Strebens nach Alleinherrschaft zu entwickeln, veranlaßte seine Gegner, ausgehend von den grundsätzlichen Entscheidungen des Juli-Plenums des Zentralkomitees aus dem Jahre 1953, auf die Konsequenzen des kollektiven Führungsprinzips hinzuweisen.

G. I. Petrowskij, der bis zum Uebergreifen der Großen Säuberung auf die Ukraine nominelles Staatsoberhaupt der Ukrainischen SSR war und als der erste der unter Stalin in Ugnade gefallenen alten Bolschewiken nach dessen Tode rehabilitiert wurde, erklärte in einem Erinnerungsartikel an Lenin in der *Prawda* vom 20. April 1955:

„Lenin lehrte uns die Kollektivität in der Arbeit, er erinnerte uns oft daran, daß alle Mitglieder des Politbüros gleichberechtigt sind und daß der Sekretär zwecks Durchführung der Beschlüsse des ZK der Partei gewählt wird.“

Die Parteiideologen Slepow und Schitarew stellten in der Lenin-Gedenknummer des *Kommunist* übereinstimmend fest⁹:

„Lenin betonte wiederholt die Bedeutung der Kollektivität in der Führung der Partei und des Landes. Um jedes Mißverständnis zu beseitigen, sagte Lenin im Rechenschaftsbericht des ZK auf dem IX. Parteitag, muß gleich zu Anfang unterstrichen werden, daß nur die kollektional zustandegewonnenen Beschlüsse des ZK nach ihrer Billigung durch das Orgbüro, das Politbüro oder das Plenum des ZK, daß ausschließlich nur sie vom Sekretär des ZK der Partei in die Tat umgesetzt wurden. Andernfalls kann die Arbeit des ZK nicht richtig laufen.“

Kurz vor der Genfer „Gipfelkonferenz“ fand vom 4. bis zum 12. Juli 1955 die Plenartagung des Zentralkomitees statt, auf der die Einberufung des 20. Parteikongresses der KPdSU auf den 14. Februar 1956 festgesetzt wurde. Als Referenten für den Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees und die Richtlinien für den neuen Fünfjahresplan wurden Chruschtschow und Bulganin vorgesehen. Gleichzeitig wurde beschlossen, die regionalen Parteikonferenzen im Dezember 1955 und im Januar 1956 abzuhalten.

Am Vorabend des ZK-Plenums erschien in der Sowjetpresse die Mitteilung¹⁰, daß ein öffentlicher Wettbewerb um den besten Entwurf für ein Pantheon ausgeschrieben worden sei, das der „Verewigung des Gedenkens an die großen Führer W. I. Lenin und J. W. Stalin“ sowie anderer an der Kremlmauer bestatteten Spitzenfunktionäre dienen solle.

Ueber die Tagung des Zentralkomitees wurde folgendes Kommuniqué veröffentlicht¹¹:

„Vom 4. bis zum 12. Juli dieses Jahres fand ein Plenum des ZK der KPdSU statt.

Das Plenum behandelte folgende Fragen:

1. Bericht des Genossen N. A. Bulganin über die Aufgaben zur weiteren Hebung der Industrie, zum technischen Fortschritt und zur Verbesserung der Organisation der Produktion.

2. Ueber die Ergebnisse der Frühlingsaussaats, die Saatenpflege, die Durchführung der Ernteeinbringung und über die Sicherung der Erfüllung des Plans zur Beschaffung landwirtschaftlicher Produkte im Jahre 1955. Zu dieser Frage nahm das Plenum die Berichte des Stellvertreters des Ministers für Landwirtschaft der UdSSR, Genossen W. W. Mazkewitsch, des Ministers für Sowchosen der UdSSR, Genossen I. A. Benediktow, des Ministers für

Beschaffungswesen der UdSSR, Genossen L. R. Kornijez, des Ministers für Landwirtschaft der RSFSR, Genossen P. I. Morosow, des Ministers für Sowchosen der RSFSR, Genossen T. A. Jurkin, und des Bevollmächtigten des Ministeriums für Beschaffungswesen in der RSFSR, Genossen W. D. Kalaschnikow, entgegen.

3. Bericht des Genossen N. S. Chruschtschow über die Ergebnisse der sowjetisch-jugoslawischen Verhandlungen.

4. Ueber die Einberufung des 20. Parteitages der KPdSU. Zu allen behandelten Fragen faßte das Plenum entsprechende Beschlüsse.

Das Plenum des ZK der KPdSU wählte zusätzlich die Genossen A. I. Kiritschenko und M. A. Susslow zu Mitgliedern des Präsidiums des ZK der KPdSU.

Das Plenum des ZK der KPdSU wählte zusätzlich die Genossen A. B. Aristow, N. I. Beljajew und D. T. Schepilow zu Sekretären des ZK der KPdSU.“

Die Neuaufnahmen, durch die der Bestand des ZK-Präsidiums auf elf und des ZK-Sekretariats auf fünf Mitglieder vergrößert wurde, sollten sich im allgemeinen als Stärkung der Position Chruschtschows erweisen und sich vor allem auf dem Gebiet der Personalpolitik und der Propaganda auswirken. Der für organisatorische Fragen und Personalangelegenheiten verantwortliche ZK-Sekretär, Schatalin, ein langjähriger Mitarbeiter Malenkows, war sofort nach dessen Verdrängung aus der Zentrale entfernt worden. Seinen Posten übernahm der Chruschtschow nahestehende neue ZK-Sekretär Aristow, dem sowohl die allgemeine ZK-Abteilung für Parteiorgane (für Grundsatzfragen und die nicht großrussischen Unionsrepubliken) als auch die neugegründete ZK-Abteilung für Parteiorgane der RSFSR unterstellt wurde. Auf Veranlassung von Aristow fanden zahlreiche Umbesetzungen sowohl in der Moskauer Zentrale als auch in der Provinz statt. Dabei wurden mehrere Schlüsselpositionen von Parteigängern Chruschtschows besetzt. Die allgemeine ZK-Abteilung für Landwirtschaft (Grundsatzfragen und nicht-großrussische Unionsrepubliken) wurde von Doroschenko, die neugegründete ZK-Abteilung für die Landwirtschaft der RSFSR von Mylarschtschikow übernommen. Beide Abteilungen wurden dem neuen ZK-Sekretär Beljajew unterstellt, der im Zuge der Neulandgewinnungsaktion von Chruschtschow gefördert worden war. Wichtiger waren noch die Veränderungen in dem Bereich, für den jetzt neben Susslow und dem ZK-Sekretär Pospelow auch der neue ZK-Sekretär Schepilow zuständig war, der Bulganin und Chruschtschow im Oktober 1954 nach Peking und im Mai 1955 nach Belgrad begleitet hatte. Als Chefredakteur der *Prawda* hatte er im Dezember gegen den „Neuen Kurs“ mit der *Iswestija* polemisiert und am Vorabend des Januar-Plenums Malenkow heftig attackiert¹².

Der Chefredakteur des *Kommunist*, Abalin, wurde durch den bisherigen Leiter der ZK-Abteilung für Wissenschaft und Kultur, Rumjanzew, ersetzt, dessen

bisheriger Posten von *Polikarpow* übernommen wurde. Neuer Leiter der ZK-Abteilung für Propaganda und Agitation wurde an Stelle von *Krushkow* der bisherige Leiter der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU, *Konstantinow*.

Rumjanzew ist ebenso wie Doroschenko aus der ukrainischen Parteiorganisation hervorgegangen, während von Abalin bekannt war, daß er Malenkow nahegestanden hatte. Konstantinow war nach dem Sturz Berijas als Theoretiker des kollektiven Führungsprinzips hervorgetreten.

Der Ausbau des Propaganda-Apparats machte sich in einer Intensivierung der ideologischen Schulung und einer Wiederbelebung der revolutionären Tradition bemerkbar. Dies kam in der Gedenkfeier anlässlich des 50. Jahrestages der Revolution von 1905 zum Ausdruck, auf der bezeichnenderweise der ZK-Sekretär *Pospelow* (in Gegenwart des alten Politbürokerns und Marschall *Shukows*, in Abwesenheit *Malenkows*) die Bedeutung der ersten Phase der Russischen Revolution würdigte und die Verdienste der alten Bolschewiki hervorhob¹³.

Die Gedenkfeier sollte ebenso wie die „Thesen“ vom Sommer 1953 das Erstgeburtsrecht der Kommunistischen Partei der Sowjetunion erneut herausstellen und durch die Anwesenheit von 300 alten revolutionären Kämpfern die Verbundenheit der Parteiführung mit der ursprünglichen revolutionären Bewegung besonders betonen.

Die „Gesellschaft der alten Bolschewiki“ war 1935 auf Veranlassung von *Stalin* aufgelöst worden. Die Ehrung der alten Bolschewiki bedeutete somit ebenso wie die Revision des „Leningrader Falles“ und die Rehabilitierung einiger während der Großen Säuberung liquidierte georgische Funktionäre eine Abkehr von *Stalin* und seinen Methoden.

An der Revision des „Leningrader Falles“, die im Zuge des *Abakumow*-Prozesses Ende Dezember 1954 erfolgte¹⁴, war die Sowjetwehrmacht ebenso stark interessiert wie die *Shdanow*-Anhänger, die durch die Säuberung der Leningrader Parteiorganisation, die nach Verschwinden des Politbüromitglieds *Wosnessenskij* erfolgte, besonders betroffen worden waren. Zunächst tauchte nur der Generaloberst I. W. *Schikin* wieder auf, der nach dem Tode *Schtscherbakows* die Politische Hauptverwaltung der Sowjetarmee geleitet hatte und während des Krieges die rechte Hand *Shdanows* bei der Verteidigung Leningrads gewesen war. Er wurde nach der Verkündung des Todesurteils gegen den ehemaligen Staatssicherheitsminister der UdSSR, Armeegeneral *Abakumow*, mit einem Orden ausgezeichnet. Viel größere Wirkungen mußte der Schauprozess gegen einige weitere Mitarbeiter *Berijas* haben, der im September 1955 in Tiflis stattfand. Den Angeklagten wurde vorgeworfen, gefälschtes Material gegen das Politbüro-

mitglied *Sergo Ordshonikidse* bereitgestellt und nach seinem 1937 erfolgten Tode gegen seine Familienangehörigen und nächsten Freunde, darunter den Sekretär des Transkaukasischen Parteikomitees und Mitglied des ZK der KPdSU, *Mamia Orechaschwili*, terroristische Handlungen vorgenommen zu haben¹⁵.

Beide Prozesse bedeuteten eine weitere Schwächung des Prestiges der sowjetischen Staatspolizei, die in immer stärkerem Maße der Kontrolle der Regierung und der Partei unterstellt wurde. Symbolischer Ausdruck für diese Entwicklung war die am 1. Februar 1956 bekanntgegebene Ablösung des Innenministers der UdSSR, Generaloberst *Kruglow*, durch *Dudorow*, der zunächst stellvertretender Oberbürgermeister von Moskau war, um nach dem Tode *Stalins* den Posten eines Leiters der ZK-Abteilung für Bauwesen zu übernehmen.

Obgleich diese Entwicklung im Zuge einer allmählichen Entstalinisierung lag, war sie mit keinem unmittelbaren Angriff gegen die Persönlichkeit *Stalins* verbunden. Im Gegenteil, der Geburtstag *Stalins* am 21. Dezember wurde vom Moskauer Rundfunk und der sowjetischen Presse fast stärker herausgestellt als im Jahre 1954. Dabei wurden *Stalins* militärische Verdienste besonders hervorgehoben. In einer Sendung des Moskauer Rundfunks (20. 12. 1955) hieß es:

„Die Sowjetmenschen ehren das lichte Andenken des großen Fortsetzers der unsterblichen Sache *Lenins*, des hervorragenden Theoretikers des Marxismus, dessen ganzes Leben und ganze Tätigkeit der Dienst am Volke war.“

Die Wendung von der Ablehnung des Führerkults zur offenen Kritik an der Persönlichkeit *Stalins* mußte auf dem 20. Parteikongreß um so überraschender kommen, als in der programmatischen Rede *Chruschtschows* vor dem Obersten Sowjet der UdSSR am 29. Dezember 1955 nicht die geringsten Anhaltspunkte dafür vorhanden waren und *Mikojan*, der sich als erster gegen den *Stalin*-Mythos wandte, noch Ende November 1955 anlässlich seines sechzigsten Geburtstages als „treuer Schüler *Lenins* und Kampfgefährte *Stalins*“ gefeiert worden war¹⁶.

Wenn man von den zunehmenden sozialen Spannungen, auf deren Gründe noch später einzugehen sein wird, absieht, können nur folgende Vorgänge registriert werden, die für den Verlauf des 20. Parteikongresses von Bedeutung gewesen sein können:

1. die Selbstkritik *Molotows*,
2. neue Angriffe gegen *Malenkow*,
3. kritische Äußerungen Marschall *Shukows*.

Im Septemberheft des *Kommunist* wurde ein offener Brief *Molotows* veröffentlicht, der folgenden Wortlaut hatte¹⁷:

„Ich bitte Sie, in der Zeitschrift ‚Kommunist‘ folgenden Brief zu veröffentlichen:

In meinem Bericht vom 8. Februar 1955 vor dem Obersten Sowjet ist mir hinsichtlich der Frage über den

Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in der UdSSR eine fehlerhafte Formulierung unterlaufen. In dem Bericht hieß es: „Neben der Sowjetunion, wo die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft schon errichtet sind, gibt es auch einige volksdemokratische Länder, die erst die ersten, aber überaus wichtigen Schritte in Richtung zum Sozialismus getan haben.“

Diese fehlerhafte Formulierung führt zu falschen Auffassungen, denen zufolge man in der UdSSR noch nicht die sozialistische Gesellschaft, sondern erst die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft, d. h. das Fundament der sozialistischen Gesellschaft erbaut habe. Dies entspricht nicht der Wirklichkeit und läuft den wiederholten Bewertungen der Ergebnisse des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR, die in den Parteidokumenten vorliegen, zuwider. So wurde bereits im Jahre 1932 in dem Beschluß der 17. Parteikonferenz darauf hingewiesen, daß der Aufbau des Fundaments des Sozialismus in der UdSSR vollendet und die von Lenin gestellte Frage Wer — wen? sowohl in der Stadt, als auch auf dem Dorf restlos und unwiderruflich gegen den Kapitalismus zugunsten des Sozialismus entschieden worden ist.

Auf der Grundlage der Erfolge, die im sozialistischen Aufbau später erzielt wurden, hat der XVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (B) festgestellt, daß die UdSSR in eine neue Phase ihrer Entwicklung, in die Phase der Vollendung des Aufbaus des Sozialismus sowie des allmählichen Uebergangs zur kommunistischen Gesellschaft eingetreten sei.

In der darauf folgenden Periode erzielte das Sowjetvolk unter der Leitung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ungeheure Erfolge in bezug auf die Vollendung des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft in der UdSSR. Die große materiell-technische Basis der sozialistischen Gesellschaft ist mächtig gewachsen und erstarkt. Sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft haben die sozialistischen Produktionsverhältnisse sich vollständig gefestigt und behauptet. Diese sind auf die unteilbare Herrschaft des gesellschaftlichen sozialistischen Eigentums und auf die Beziehungen kameradschaftlicher Zusammenarbeit gegründet, die jede Möglichkeit einer Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ausschließen.

Diese Erfolge im sozialistischen Aufbau der UdSSR spiegeln sich auch in dem Statut unserer Partei wider, das auf dem XIX. Parteitag der KPdSU angenommen wurde. In diesem Statut wird darauf hingewiesen, daß die Partei „den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft gesichert hat“ und daß „die Hauptaufgaben der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zur Stunde darin bestehen, durch den allmählichen Uebergang vom Sozialismus zum Kommunismus die kommunistische Gesellschaft aufzubauen“.

Entsprechend dieser Darstellung halte ich meine Formulierung hinsichtlich der Frage des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft in der UdSSR, die ich in der Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR am 8. Februar 1955 verwendet habe und aus der man den Schluß ziehen kann, daß in der Sowjetunion erst die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft geschaffen sind, für theoretisch falsch und politisch schädlich.

Die politische Schädlichkeit dieser Formulierung besteht darin, daß sie Verwirrung in die ideologischen Fragen hineinträgt, den Beschlüssen der Partei hinsicht-

lich der Fragen des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft in der UdSSR zuwiderläuft und in Zweifel zieht, daß im wesentlichen der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in unserem Lande bereits eine Tatsache ist.

16. September 1955

gez. W. Molotow“

Die Rede vom 8. Februar 1955, die von Molotow in seiner Eigenschaft als Außenminister nach dem Regierungswechsel gehalten wurde, ist offensichtlich nur ein Vorwand gewesen, um die sowjetische Öffentlichkeit über Meinungsverschiedenheiten zwischen Molotow und der vom Dummvirat Bulganin-Chruschtschow repräsentierten Präsidiumsmehrheit in Kenntnis zu setzen. Für diese Annahme spricht, daß in der umstrittenen Rede zahlreiche Formulierungen enthalten sind, die erkennen lassen, daß Molotow den „sozialistischen“ Charakter der Sowjetunion keineswegs in Frage gestellt hat.

In Verbindung mit der Molotowschen Selbstkritik wurde in einem programmatischen Leitartikel des *Kommunist*¹⁸ festgestellt, daß die Partei keine Nachsicht im Falle von Gleichgültigkeit oder Überheblichkeit von Funktionären üben würde. Sie könne es auch nicht dulden, daß diese den Kontakt mit den Massen verlieren, „die immer höhere Anforderungen an ihre Führer stellen“. Durch eine falsche Beurteilung der „gegenwärtigen Etappe des Kampfes um den Kommunismus“ würde die Entwicklungsperspektive verzeichnet, was die Unterschätzung der Kräfte und Möglichkeiten der sozialistischen Ordnung zur Folge hätte. Es heißt dann weiter:

„Indessen sind diese Kräfte und Möglichkeiten wahrhaft unerschöpflich. Die Partei arbeitet als Führungsinstanz des kommunistischen Aufbaus darauf hin, die materiellen und geistigen Kräfte der sozialistischen Gesellschaft möglichst total in den Dienst des allmählichen Uebergangs zum Kommunismus zu stellen.“

Mit einer deutlichen Anspielung auf Molotow wurde sodann ein starres, dogmatisches Herangehen an außenpolitische Fragen gerügt und betont, daß die Partei geschickt „Prinzipienfestigkeit und Geschmeidigkeit in der Außenpolitik“ zu verbinden verstehe.

Einer der Kernsätze des Leitartikels lautete:

„Ausgehend von der revolutionären Theorie, bestimmt die Partei Mittel und Wege, um die Schaffensaktivität der Glieder der sozialistischen Gesellschaft zu verstärken und ihre geistigen Kräfte weiter zu vermehren. Gestützt auf die marxistische Grundthese von der entscheidenden Rolle der Volksmassen in der Geschichte, enthüllte die Partei den antimarxistischen Kern und die politische Schädlichkeit des Persönlichkeitskults, der in unserer propagandistischen und praktischen Arbeit gehörigen Schaden anrichtete.“

Aus den Ausführungen des Leitartikels war zu ersehen, daß die Auseinandersetzung mit Molotow offensichtlich einen anderen Charakter besaß als diejenige mit Malenkow. Daß diese keineswegs beendet war, zeigte der Angriff von Kedrow und Gurgendise

gegen den Parteiphilosophen G. F. Alexandrow in der gleichen Nummer¹⁹, der bereits 1947 unter Sdhanow in Ungnade gefallen war und kurz nach der Verdrängung Malenkows seinen Posten als Kultusminister der UdSSR einbüßte.

In der Dezemberrummer des *Kommunist* wurde in einem Leitartikel ein unmittelbarer Angriff gegen die kulturpolitische Linie Malenkows geführt²⁰.

Dieser hatte auf dem 19. Parteikongreß erklärt:

„Typisch ist, was dem Wesen der gegebenen sozialen und historischen Erscheinung entspricht, und ist nicht einfach das am häufigsten Verbreitete, oft Wiederkehrende, Gewöhnliche. Bewußte Uebertreibung und Zuspitzung einer Gestalt schließt das Typische nicht aus, sondern offenbart und unterstreicht es vollständiger. Das Typische ist die Hauptsphäre für die Aeußerung der Parteilichkeit in der realistischen Kunst. Das Problem des Typischen ist stets ein politisches Problem.“

Demgegenüber stellte der *Kommunist* fest:

„In den letzten Jahren wurden einige scholastische und fehlerhafte Anschauungen über das Typische in der Kunst verbreitet. Weite Verbreitung fanden Formeln, nach denen das Typische dem Wesen der gegebenen sozialen und historischen Erscheinung entspricht und als Hauptsphäre für die Aeußerung der Parteilichkeit in der realistischen Kunst definiert wird. Man behauptet, daß das Problem des Typischen stets ein politisches Problem sei, und daß nur bewußte Uebertreibung einer künstlerischen Gestalt das für sie Typische vollständiger offenbart und unterstreicht. Diese scholastischen Formeln werden als marxistisch hingestellt und fälschlicherweise mit dem Standpunkt unserer Partei in Verbindung gebracht... Dies steht im Widerspruch zum Geist des Marxismus-Leninismus und zu den Weisungen unserer Partei... In der Geschichte der Nachkriegsentwicklung unserer Literatur taucht diese lügenhafte Theorie nicht zum ersten Male auf. Vor einigen Jahren propagierten einzelne Kritiker nach Kräften die Forderung der sogenannten Schönfärberei der Wirklichkeit.“

Die Kritik an Malenkow erfolgte nach der Rückkehr Bulganins und Chruschtschows von ihrer Südostasienreise und fiel mit der erneuten Wiederbelebung des Stalin-Kults zusammen.

Vorausgegangen waren folgende Vorfälle:

- 1) Hinweis der *Prawda* vom 4. November 1955 auf die Abberufbarkeit aller führenden Männer der Sowjetunion, an den sich ohne Namensnennung ein erneuter Angriff gegen *Molotow* anschloß.
- 2) Bezeichnung *Malenkows* als Erster Stellvertretender Ministerpräsident am 5. Dezember 1955 durch den Moskauer Rundfunk, was vom sowjetischen Außenministerium am 7. Dezember 1955 offiziell demontiert wurde. Gleichzeitig wurden in einem anderen Zusammenhang *Molotow* und *Mikojan* „versehentlich“ nur als gewöhnliche stellvertretende Ministerpräsidenten erwähnt.
- 3) Polemik zwischen der *Prawda* und der *Iswestija* über agrarpolitische Fragen, die an ähnliche Vorgänge im Dezember 1954 erinnerte. Die Kritik in

der *Prawda* vom 9. Dezember 1955 wurde vom Regierungsorgan als unzutreffend zurückgewiesen.

- 4) Lobende Erwähnung des Buches „Die Kriegswirtschaft der Sowjetunion in der Periode des Vaterländischen Krieges“ des 1949 verschwundenen Politbüromitgliedes N. A. *Wosnessenskij* im Dezemberheft der *Woprossy Istorii*²¹.

Zwischen der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR und dem 20. Parteikongreß haben folgende Ereignisse stattgefunden:

- 1) Die Rede Marschall *Shukows* auf der Parteikonferenz des Moskauer Wehrkreises (Wiedergegeben in der *Krassnaja Swesda* vom 25. Januar 1956).
- 2) Die Historiker-Tagung am 25., 27. und 28. Januar 1956.
- 3) Die am 1. Februar 1956 bekanntgegebene Absetzung des MWD-Ministers *Kruglow*.

Zwischen diesen drei Ereignissen dürfte ein gewisser innerer Zusammenhang bestehen, wobei es durchaus möglich ist, daß es noch andere bedeutsame Vorgänge gegeben hat, über die offiziell nichts bekannt geworden ist, die aber auf den Verlauf des 20. Parteikongresses einen wesentlichen Einfluß ausgeübt haben.

Ein Bericht über die Historikertagung erschien in der Februarnummer der *Woprossy Istorii*, die am 13. Februar 1956, das heißt am Vorabend des 20. Parteikongresses, für den Druck freigegeben wurde²². Auf die Ergebnisse der Tagung, die eine Revision der bisherigen sowjetischen Geschichtsschreibung und eine Rehabilitierung zahlreicher Personen vorsah, die unter Stalin liquidiert oder in Ungnade gefallen waren, wird im Zusammenhang mit der Verdammung des Stalin-Kults noch näher einzugehen sein. An dieser Stelle ist nur auf das wichtigste Ereignis vor der Eröffnung des 20. Parteikongresses einzugehen — die Rede, die der Verteidigungsminister der UdSSR, Marschall *Shukow*, in Gegenwart der Chruschtschow nahestehenden Marschälle *Konjew* und *Moskalenko* sowie des Leiters der Politischen Hauptverwaltung der Sowjetarmee, Generaloberst *Sheltow*, auf der Parteikonferenz des Moskauer Wehrkreises hielt, in der er die erzieherische Tätigkeit der von der Partei gelenkten politischen Organisation innerhalb der Sowjetwehrmacht scharf kritisierte. *Shukow* sagte:

„Im (Wehr-)Kreis wurden einzelne Versuche festgestellt, auf den (Partei-)Versammlungen die dienstliche Tätigkeit der Kommandeure einer Kritik zu unterziehen. Derartige Versuche verdienen es, verurteilt zu werden. Unsere Aufgabe ist es, die Autorität der Kommandeure ständig zu festigen und die Offiziere und Generale, die Anforderungen stellen, zu unterstützen. Die politische Erziehung der Soldaten soll einen aktiven Charakter tragen. Es ist notwendig, daß sie einer Verletzung der militärischen Ordnung vorbeugt. Eine wichtige Rolle fällt hierbei den Partei- und Komsomolorganisationen zu. Ihre Aufgabe ist es, erhöhte Anforderungen an die (Partei-)Kommunisten

und Komsomolzen zu stellen und ihr vorbildliches Verhalten beim Unterricht und in disziplinarer Hinsicht zu gewährleisten.“

Shukow wies weiter darauf hin, daß „das Niveau der politischen und militärischen Erziehung der Soldaten in erster Linie von den Offizierskadern abhängt“. In der letzten Zeit habe im Moskauer Wehr-

kreis eine größere Anzahl junger und fähiger Offiziere leitende Funktionen übernommen. Insbesondere habe die Rolle der Kompanie- und Batterieführer bei der Erziehung der Soldaten an Bedeutung gewonnen. Ihnen müßten die älteren Kommandeure und Politiker praktische Hilfe leisten und sie in ihrer Weiterentwicklung in jeder Weise fördern.

B. Der 20. Parteikongreß

I. Der Verlauf des 20. Parteikongresses

Dominierte auf dem 19. Parteikongreß im Oktober 1952 neben Stalin *Malenkov*²³, so war es beim 20. Parteikongreß im Februar 1956 *Chruschtschow*, der dem Bundesparteitag den Stempel seiner dynamischen Persönlichkeit aufdrückte²⁴. Er begnügte sich nicht mit dem siebenstündigen Vortrag des ZK-Berichts²⁵, sondern nahm auch die Eröffnung und die Beendigung des Parteitages als Hausherr für sich in Anspruch, eine Aufgabe, in die sich 1952 noch *Molotow* und *Woroschilow* geteilt hatten.

Er war es auch, der am Ausgang der Tagung den *Stalin-Kult*, in dessen Zeichen der 19. Parteikongreß gestanden hatte, zertrümmerte, nachdem *Mikojan* in seiner aufsehenerregenden Diskussionsrede am 16. Februar den ersten Schlag gegen den Stalin-Mythos geführt hatte. Dafür stand der 20. Parteikongreß im Zeichen des neubelebten *Lenin-Kults*. Es war aber ein Lenin stalinistischer Prägung, welcher die Vorstellungswelt des ersten Parteitages der KPdSU nach dem Tode Stalins bestimmte. *Chruschtschow* eröffnete programmgemäß am 14. Februar den Kongreß, wobei er Stalin bei der Totenehrung nur in einem Nebensatz erwähnte. Auch in dem großen Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees, den er anschließend vortrug, kam der Name Stalins nur ein einziges Mal vor.

Der *Chruschtschow-Bericht*, in dem die neue innen- und außenpolitische Generallinie der Partei dargelegt und kommentiert wurde, bestimmte den ersten Abschnitt der Tagung, der Bericht *Bulganins* über die „Richtlinien für den sechsten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR 1956/60“²⁶ den zweiten. Der Bericht *Bulganins* zögerte sich überraschend lange hinaus. Er wurde erst am 21. Februar gehalten. Offensichtlich ging es hinter den Kulissen um die Entscheidung, ob dem Stalin-Kult bereits auf diesem Parteitag ein Ende bereitet werden sollte oder nicht. Es war wiederum *Chruschtschow*, der auf einer Geheimsitzung diese schwere und risikoreiche Aufgabe übernahm und damit den Verlauf des dritten Abschnitts der Tagung bestimmte, der am 25. Februar mit der Neubesetzung der Parteiführung seinen Abschluß fand.

Der 20. Parteikongreß, den *Mikojan* in seiner Rede als den wichtigsten Parteitag seit Lenins Tod bezeichnete, hat eine Dauer von fast zwei Wochen gehabt. In seinem Mittelpunkt standen neben den Reden *Chruschtschows* die Diskussionsbeiträge der beiden Parteideologen *Susslow* und *Schepilow* sowie *Mikojans*²⁷. Hinter ihnen traten die Reden von *Malenkov*, *Molotow*, L. M. *Kaganowitsch*, *Woroschilow* und *Shukow*²⁸ an Bedeutung zurück, obgleich sie manche neuen Momente enthielten. Ihr prinzipieller Charakter wurde besonders unterstrichen durch den Umstand, daß sich der *Bulganin-Bericht*, der verhältnismäßig farblos war, und damit auch die anschließenden Diskussionsreden von *Perwuchin* und *Saburow*²⁹ hinauszögerten.

An wesentlichen weiteren Beiträgen sind im ersten Abschnitt die Reden der Historikerin *Pankratowa*, des Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, *Nesmejanow*, des Akademienmitglieds *Kurtschatow* und der beiden Schriftsteller *Surkow* und *Scholochow* zu nennen³⁰.

Im zweiten Abschnitt sind die Reden der Stellvertretenden Ministerpräsidenten *Tewossjan*, *Malyshew* und *Kutscherenko*, des neuen Ministerpräsidenten der RSFSR, *Jassnow*, des Vorsitzenden des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften, *Schwerinik*, sowie die Diskussionsbeiträge einiger Fachminister besonders zu erwähnen³¹. Der Teil II des *Chruschtschow-Berichts* und die Diskussionsreden *Schepilows*, *Mikojans*, *Malenkows*, *Nesmejanows*, *Kurtschatows*, die in den ersten Abschnitt fallen, sind für die Beurteilung der wirtschaftlichen Ergebnisse des 20. Parteikongresses, auf die in dieser Abhandlung nicht näher eingegangen werden soll, von besonderer Bedeutung. Das gleiche gilt für eine ganze Reihe von Beiträgen örtlicher Parteiführer³².

Die Teile I und III des *Chruschtschow-Berichts* und die Diskussionsreden *Susslows*, *Schepilows* und *Mikojans*, die, von der bisher unveröffentlichten Geheimrede *Chruschtschows* abgesehen, in politischer Hinsicht am wichtigsten sind, ergänzen einander und bilden insgesamt eine geschlossene Einheit ohne innere Widersprüche.

Den ersten Schlag gegen die bisher unbestrittene Autorität *Stalins* als sogenannter „Klassiker“ des Marxismus-Leninismus führte *Mikojan* und nicht Chruschtschow, der sich nur damit begnügte, die Schaffung eines auf historischen Tatsachen beruhenden Lehrbuchs der Parteigeschichte und eines Lehrbuchs der marxistischen Philosophie anzuregen. *Mikojan* ergänzte diese Vorschläge, indem er nach einer scharfen Kritik an dem „Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU“ und den „Ökonomischen Problemen des Sozialismus“³³, die oftmals als Vermächtnis *Stalins* bezeichnet worden sind, die Abfassung eines Lehrbuchs über die Oktoberrevolution forderte. Nähere Einzelheiten über die geplanten Geschichtsbücher waren aus dem Diskussionsbeitrag der *Pankratowa* zu entnehmen, die wieder einmal ihre erstaunliche Anpassungsfähigkeit unter Beweis stellte.

Molotow und *Malenkow* erkannten in ihren Reden zwar die Richtigkeit der von Chruschtschow verkündeten neuen Generallinie an, bemühten sich jedoch im übrigen, mit besonderem Nachdruck — ebenso wie auch *Susslow* und *Mikojan* — auf die Schädlichkeit des Personenkults hinzuweisen und die Bedeutung des kollektiven Führungsprinzips zu betonen. Dieses tat auch Frau Professor *Pankratowa*, wobei sie gleichzeitig durch ständige Elogen an die Adresse Chruschtschows eine Rückversicherung für die Zukunft einlegte.

In wehrpolitischer Hinsicht war der Diskussionsbeitrag Marschall *Shukows*, in dem er eine „atomare Vergeltungstheorie“ von sowjetischer Sicht her entwickelte und einen weitgehenden Ausbau der Luftwaffe und der Kriegsmarine ankündigte, besonders aufschlußreich. Die Vergeltungstheorie *Shukows* gipfelte in der Feststellung, daß die taktische Verwendung von Atomwaffen im Falle eines Krieges die Sowjets zu Gegenschlägen veranlassen werde, die sich auf den Einsatz taktischer Atomwaffen nicht beschränken würden.

Die kulturpolitischen Ergebnisse des 20. Parteitages, auf die in dieser Abhandlung ebenfalls nicht eingegangen werden soll, sind aus dem Teil II des Chruschtschow-Berichts, dem Teil IV des Bulganin-Berichts und einer Reihe von Diskussionsbeiträgen zu ersehen (*Susslow*, *Mikojan*, *Woroschilow*, *Nesmejanow*, *Kurtschatow*, *Pankratowa*, *Surkow*, *Scholochow*, *Kairow*, *Kowrigina*, *Schelepin*).

Als die wichtigste kulturpolitische Maßnahme dürfte die von Chruschtschow verkündete Schaffung eines besonderen Systems von Internatsschulen nach dem Vorbild ähnlicher Einrichtungen der zaristischen Zeit (Pagenkorps, Kadettenkorps, Institute für adlige Mädchen usw.) anzusehen sein. Damit sollen „Menschen mit hohen Empfindungen und großen Idealen“, das heißt eine neue Elite herangezogen werden, welche die Voraussetzungen mitbringt, um den Uebergang „von der niederen Phase des Kommunismus zu sei-

ner höheren zu vollziehen. Rechtspolitische Fragen wurden hauptsächlich in der Rede *Woroschilows* behandelt. Sie wurden aber auch von Chruschtschow und *Mikojan* kurz gestreift.

Von *Woroschilow* wurde eine baldige Strafrechtsreform in Aussicht gestellt. Von einer Abschaffung der bisher von der Staatspolizei ausgeübten Verwaltungs-Strafgerichtsbarkeit und der Zwangsarbeitslager war jedoch keine Rede.

Auf die Frage der Sowjetjugend, die der Parteiführung besondere Sorge bereitet, wurde in dem Chruschtschow-Bericht und in den Reden *Woroschilows* und des Komsomolsekretärs *Schelepin* eingegangen.

Auffallend war, daß der ZK-Sekretär *Pospelow*, der an der Abfassung der „Thesen zum 50. Jahrestag des Londoner Parteitages“³⁴ im Sommer 1953 wesentlichen Anteil hatte, auf dem Parteitag, obgleich er an der Spitze der Redaktionskommission stand, nicht stärker in Erscheinung trat. Der Bericht der Mandatskommission wurde vom ZK-Sekretär *Aristow*, der Bericht der Zentralen Revisionskommission von ihrem Vorsitzenden, *Moskatow*, erstattet³⁵. Auf ihren Inhalt wird noch näher einzugehen sein.

Am 24. Februar wurden vom Parteitag zusammen mit der Resolution zum Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU³⁶ zwei Beschlüsse gefaßt. Der eine Beschluß, betreffend den Bulganin-Bericht³⁷, sah eine Annahme des Entwurfs der Richtlinien des neuen Fünfjahrplans als Grundlage vor. Der Entwurf wurde zwecks Einarbeitung der Berichtigungen und Ergänzungen an eine Sonderkommission des Parteitages überwiesen. Der andere Beschluß „über Teilabänderungen am Statut der KPdSU“ betraf eine beschränkte Änderung der geltenden Parteisatzung von 1952 und hatte folgenden Wortlaut³⁸:

„Der XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beschließt, am Statut der KPdSU folgende Abänderungen vorzunehmen:

1. Es wird festgelegt, daß Plenartagungen der Gebietskomitees, der Regionalkomitees und der ZK der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken mindestens einmal in vier Monaten einberufen werden, Plenartagungen der Kreiskomitees, der Stadtkomitees und der Rayonkomitees der Partei mindestens einmal in drei Monaten.
2. Unter Berücksichtigung der Wünsche der örtlichen Parteiorganisationen wird festgelegt, daß Parteitage der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken und Parteikonferenzen der Regional-, Gebiets-, Kreis- und der Stadtorganisationen in Städten mit Stadtbezirksunterteilung einmal in zwei Jahren einberufen werden. Parteitage der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken mit Gebietsunterteilung (Ukraine, Weißrußland, Kasachstan, Usbekistan) können einmal in vier Jahren einberufen werden.
3. Punkt „c“ des Artikels 35 im Statut der KPdSU wird gestrichen.

4. Zur Erweiterung der Rechte der örtlichen Parteiorgane wird bestimmt, daß Parteikomitees in Großbetrieben und Institutionen mit mehr als 300 Parteimitgliedern auf Beschluß der Gebietskomitees, der Regionalkomitees und der ZK der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken geschaffen werden können.
5. Es wird als unzweckmäßig erkannt, im Parteistatut weiter den Hinweis auf die Zahl der Sekretäre der Parteikomitees beizubehalten, da sich ihre Zahl je nach den konkreten Arbeitsbedingungen ändern kann. Es wird festgelegt, daß die Zahl der Sekretäre in den Parteikomitees vom ZK der KPdSU bestimmt wird.
6. Ausgehend von der Aufgabe, den Einfluß der Parteiorganisationen in den Abteilungen, Brigaden und an den Abschnitten der Betriebe, Kolchosen, MTS und Sowchosen zu erweitern, wird festgelegt, daß auf Beschluß der Rayonkomitees, der Stadtkomitees oder der entsprechenden Politabteilungen in Grundorganisationen mit über 50 Parteimitgliedern Abteilungsparteiorganisationen geschaffen werden können.
7. Im Artikel 64 des Statuts der KPdSU ist der Hinweis auf die Politabteilungen im Transportwesen zu streichen.“

Die nähere Begründung der Satzungsänderung findet sich im Chruschtschow-Bericht und bei Susslow. Am 25. Februar wurde ein weiterer Beschluß „Über die Ausarbeitung eines neuen Programms der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ gefaßt, der folgendermaßen lautete³⁹:

„Der XX. Parteitag der KPdSU beauftragt das Zentralkomitee mit der Ausarbeitung des Entwurfs des Programms der Kommunistischen Partei der Sowjetunion unter Zugrundelegung der Hauptthesen der marxistisch-leninistischen Theorie, die schöpferisch auf der Grundlage der historischen Erfahrungen unserer Partei, der Erfahrungen der Bruderparteien der sozialistischen Länder, der Erfahrungen und Errungenschaften der gesamten internationalen kommunistischen und Arbeiter-Bewegung entwickelt wird, sowie unter Berücksichtigung des in Vorbereitung befindlichen Perspektivplans für den kommunistischen Aufbau, für die Entwicklung der Wirtschaft und Kultur der Sowjetunion. Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee, den Entwurf des Programms der Partei rechtzeitig vor dem XXI. Parteitag der KPdSU zu veröffentlichen, damit er eingehend diskutiert werden kann.“

Am 25. Februar wurden auch die „Richtlinien für den sechsten Fünfjahrplan zur Entwicklung der

Volkswirtschaft der UdSSR 1950/60“ verabschiedet⁴⁰. Sie vermitteln in Verbindung mit den entsprechenden Ausführungen von Bulganin, Malenkov, Perwuchin, Nesmejanow und Kortschatow eine Vorstellung von den Anstrengungen, welche die Sowjetunion zu unternehmen gedenkt, um auf dem Gebiete der Ausnutzung der Atomenergie und der Automatisierung mittels der Elektronentechnik mit den führenden Industrienächten der westlichen Welt Schritt zu halten.

Der neue Fünfjahrplan strebt eine Ausweitung der industriellen und agrarischen Produktion bei gleichzeitiger Veränderung des technischen Gesamtniveaus an. Diesem Zweck dient ein umfassendes Rationalisierungsprogramm in Verbindung mit einer komplexen großräumigen Wirtschaftsplanung, die von einer steilen Entwicklung und Modernisierung der Energiewirtschaft und einer weiteren Verschiebung des industriellen Schwergewichts nach Osten ausgeht.

Das Ziel der Perspektivplanung ist die Schaffung einer dritten industriellen Basis in Mittel- und Ostsibirien, im Raum zwischen Krassnojarsk und Bratsk an der Angara. Die Problematik des Fünfjahrplans ist vor allem in zwei Fragen begründet:

1. Ist im Rahmen der bestehenden Kolchosordnung eine beträchtliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, ohne die eine Verbesserung der Versorgung undenkbar ist, überhaupt möglich?
2. Wird der Arbeitselan der Sowjetbevölkerung, deren Arbeitspotential im Abnehmen begriffen ist, ausreichen, um eine so weitgespannte Zielsetzung zu bewältigen?

Die eine Frage sucht Chruschtschow, wie die Entwicklung nach dem 20. Parteikongreß gezeigt hat, dadurch zu beantworten, daß er einen erneuten Anlauf zur Kommunistisierung der landwirtschaftlichen Artele und zu ihrer Umwandlung in Kolchosstädte nimmt⁴¹.

Der Beantwortung der zweiten Frage dient die Zerstörung des Stalin-Mythos — in politischer Hinsicht das zentrale Ereignis des 20. Parteikongresses, hinter dem die strukturellen, personellen und ideologischen Veränderungen weitgehend an Bedeutung zurücktreten.

II. Die strukturellen Veränderungen⁴²

Ein genaues Bild über die Veränderungen im organisatorischen Aufbau und in der sozialen Struktur der Kommunistischen Partei der Sowjetunion seit dem 19. Parteikongreß und dem Tode Stalins konnte hauptsächlich aus dem dritten Teil des Chruschtschow-Berichts und dem Bericht der Mandatskommission gewonnen werden, der vom neuen Kaderchef der Partei, dem ZK-Sekretär Aristow, erstattet wurde. Chruschtschow wies in seinem Bericht vor allem auf die Notwendigkeit hin, den Parteiapparat zu rationa-

lisieren, um ihn in die Lage zu versetzen, die mit dem wirtschaftlichen Aufbau verbundenen komplizierten Führungsaufgaben zu erfüllen. Den wirtschaftlichen Aufbau bezeichnete Chruschtschow als die wichtigste Seite der Parteiarbeit. Er übte mittelbar nicht nur an Stalin, sondern auch an Shdanow und Malenkov Kritik, indem er sagte, daß die Parteikader „viele Jahre lang nicht genügend im Geiste einer hohen Verantwortlichkeit für die Lösung praktischer Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus erzogen wurden“. Die Par-

teikader müßten sich nunmehr in erster Linie der konkreten Anleitung des wirtschaftlichen Aufbaus zuwenden. Die theoretischen und praktischen Kenntnisse der Parteifunktionäre auf wirtschaftlichem Gebiet sollen demgemäß erweitert und die Parteiorganisation, insbesondere auf dem Lande, weiter ausgebaut werden. Die Besoldung der Parteikader soll sich in Zukunft danach richten, ob die Planziele erreicht werden oder nicht.

Der Anteil der Arbeiter und Bauern unter den Parteiangehörigen soll im Rahmen eines individuellen Ausleseverfahrens wesentlich vergrößert werden. Durch das Eingeständnis eines „ernsten Versäumnisses“ in der bisherigen Aufnahmepraxis gab er mittelbar zu, daß die KPdSU ihren proletarischen Charakter in der Stalin-Ära weitgehend eingebüßt hat. Der grundlegende Wandel, der sich seit der Vorkriegszeit in der sozialen Struktur der Partei vollzogen hat, ging besonders deutlich aus den statistischen Daten hervor, die von Aristow über die Zusammensetzung der KPdSU gegeben wurden.

1. Personalbestand der Partei

Zur Zeit des 19. Parteikongresses (Oktober 1952) wies die KPdSU 6 882 145 Parteiangehörige auf (6 013 259 Mitglieder, 868 886 Kandidaten), somit einen Personalbestand von fast sieben Millionen. Am 1. Januar 1956 betrug die Gesamtzahl der Parteiangehörigen 7 215 505 (6 795 896 Mitglieder, 419 609 Kandidaten). Der Personalbestand der Partei hat sich in der Zwischenzeit nur unwesentlich vergrößert. Einer Zunahme von 782 637 Parteimitgliedern steht eine Verringerung der Parteianwärter um 449 277 gegenüber, so daß sich ein Plussaldo von 333 360 ergibt. Im November ist noch von Chruschtschow in Indien und anschließend auch in einem Leitartikel des *Kommunist* die Zahl von acht Millionen Parteiangehörigen genannt worden. Da auf dem 20. Parteitag nur 7,2 Millionen Parteiangehörige durch 1355 Delegierte mit beschließender und 81 mit beratender Stimme vertreten waren, liegt die Annahme nahe, daß im Verlauf der regionalen und lokalen Parteikonferenzen, die im Dezember 1955 und Januar 1956 stattfanden, umfangreiche Säuberungen stattgefunden haben.

Noch größere Differenzen ergeben sich bei der kommunistischen Jugendorganisation. Der Mitgliederbestand des Komsomol hatte sich von 18 825 327 am 1. März 1954 auf 20 Millionen Anfang 1955 vergrößert. Chruschtschow nannte in Indien die Zahl von 18,5 Millionen Komsomolmitgliedern, die er kürzlich auf der Konferenz junger Bauarbeiter erneut bestätigte, nachdem er im ZK-Bericht nur 18 Millionen erwähnt hatte. Aus diesen Angaben geht hervor, daß im Laufe eines Jahres fast zwei Millionen Jugendliche aus dem Komsomol ausgeschieden sind, da sich gleich-

zeitig der übliche Zugang wohl kaum wesentlich verringert haben dürfte.

2. Räumliche Verteilung der Parteiangehörigen

Die Verteilung der Parteiangehörigen über das Staatsgebiet der UdSSR ist ungleichmäßig. Die Parteikommunisten finden sich meist in den Verwaltungs- und Industriezentren, während sie in den Provinzstädten und auf dem flachen Land dünn gesät sind. Der prozentuale Anteil der Parteikommunisten in Moskau und Leningrad (6,75 und 6,48 vH) ist fast doppelt so groß wie im Gesamtdurchschnitt der UdSSR (3,43 vH), drei- beziehungsweise viermal so groß wie der Durchschnitt der Ukraine (2,14 vH) und Weißrußlands (1,77 vH).

Im Gebiet Moskau (einschließlich Stadt Moskau) ist die Dichte der Parteikommunisten 45mal so groß wie im Gesamtdurchschnitt der UdSSR (Kopfzahl je qkm: 14,6 zu 0,32).

Beachtlich ist der hohe prozentuale Anteil der Parteikommunisten im Kaukasus (Durchschnitt: Georgien 5,28 vH, Armenien 5,00 vH, Aserbaidshan 3,94 vH).

3. Nationale Zusammensetzung der Parteiangehörigen

Über die nationale Zusammensetzung sowohl der Gesamtpartei als auch der Parteitagsdelegierten sind seit 1930 keine Angaben veröffentlicht worden. Der Umstand, daß in dieser Praxis keine Änderung eingetreten ist, deutet darauf hin, daß die KPdSU ihrem nationalen Charakter nach auch heute noch vorwiegend als eine großrussische Partei anzusehen ist.

4. Stellung der Frau in der Partei

Der Mitglieder- und Kandidatenbestand der Partei nach dem Geschlecht setzt sich wie folgt zusammen:

Männer	5 801 049	(80,5 vH)
Frauen	1 414 456	(19,5 vH)
	7 215 505	(100,0 vH)

Der prozentuale Anteil der Parteiangehörigen beträgt bei den erwachsenen Männern der UdSSR 10,7 vH (5,8 Millionen von 54 Millionen), bei den erwachsenen Frauen dagegen nur 1,97 vH (1,4 Millionen von 71 Millionen).

Die KPdSU hat ihren Charakter als überwiegende Männerorganisation auch nach dem Tode Stalins behalten, doch ist aus den Berichten von *Chruschtschow* und *Aristow* zu ersehen, daß die Parteiführung bestrebt ist, die Frauen in stärkerem Maße als bisher in die Parteiarbeit einzubeziehen. In der Gesamtpartei ist der Anteil der Frauen von 0,5 Millionen 1939 auf 1,4 Millionen 1956 angewachsen. Bei den Parteitagsdelegierten hat sich der entsprechende Anteil von 9,1 vH 1939 auf 12,3 vH 1952 und 14,2 vH 1956 erhöht.

5. Die soziale Zusammensetzung der Parteiangehörigen

Dem Berufsstand und dem Bildungsstand nach ist die KPdSU nicht als eine Arbeiterpartei, sondern als eine Interessenvertretung der sowjetischen Staatsbourgeoisie anzusehen.

Gemäß dem Mandatsbericht hat sich die Zahl der primären Parteioorganisationen, das heißt der Parteizellen, von 237 245 (1952) auf 350 000 (1956) vergrößert. Dies bedeutet, daß bei 7,2 Millionen Parteiangehörigen auf jede Parteizelle durchschnittlich 20,6 Parteigenossen entfallen. Die Zahl der Parteizellen hat sich seit 1952 in der Industrie um 3870, im Verkehrswesen um 1946, im Bauwesen um 1887 vergrößert. Auch in den Staatsgütern (Sowchosen) und den Kolchosen, insbesondere in den Neulandgebieten, hat die Zahl der Parteizellen zugenommen. Die Zahl der Parteiangehörigen hat sich seit Anfang 1954 auf den Sowchosen schätzungsweise von 129 000 auf 141 900 und in den Kolchosen von 930 000 auf 1 231 000 erhöht. Da es sich bei den Kolchosen um Großkolchosen handelt, die in den Jahren 1952/53 aus 250 000 kleineren Kollektivwirtschaften entstanden sind, die ihrerseits häufig mehrere Dörfer umfaßten, kann bei einem Stand von 80 000 Parteizellen davon ausgegangen werden, daß auch heute noch die überwiegende Mehrheit der Dörfer in der Sowjetunion keine Parteioorganisation besitzt.

Welche Veränderungen sich in den Motor-Traktorenstationen vollzogen haben, ist nicht bekannt. Unterstellt man, daß sich bei den MTS der Stand von Anfang 1954 (9000 Zellen, 240 000 Parteiangehörige) nicht verändert hat, so gelangt man im ländlichen Bereich (unter Ausklammerung der Bezirksverwaltungen und industriellen Betriebe auf dem Lande) zu einer Gesamtzahl von 94 500 Zellen und 1 612 900 Parteiangehörigen. Für den städtischen Bereich und die oben ausgeklammerten Sektoren verbleiben somit 185 500 Zellen und insgesamt 5 602 100 Parteiangehörige. Der Durchschnittsbestand, der im ländlichen Bereich variierte (MTS 26,7; Sowchose 25,8; Kolchose 15,4), beläuft sich hier auf 30,2 Personen.

Ausgehend von diesen statistischen Daten gelangt man zu der folgenden zusammenfassenden Übersicht⁴³:

Verwaltungs- und Wirtschafts- bereich	Zahl d. Partei- zellen	Zahl d. Partei- angehörigen je Zelle	Gesamt- zahl der Parteiange- hörigen
Kolchose . . .	80 000	15,4	1 231 000
Sowchose . . .	5 500	25,8	141 900
MTS	9 000	26,7	240 000
Landwirtschaft .	94 500	17,1	1 612 900
Verwaltung und sonstige Wirt- schaftszweige .	255 500	21,9	5 602 100
davon Industrie .	43 060	22,2	956 000
Insgesamt . . .	350 000	20,6	7 215 505

Aus dieser Übersicht ist zu ersehen, daß der größte Teil der Parteikommunisten auf die Verwaltung (Staats- und Parteiapparat, Wehrmacht, Kultur und Bildungswesen) und gehobene Wirtschaftszweige entfällt, da die Gesamtzahl der im Verkehrs- und Bauwesen tätigen Parteiangehörigen bestenfalls der Zahl der Parteikommunisten in der Industrie entsprechen dürfte. Da es sich bei den Parteiangehörigen in diesen Wirtschaftszweigen zum großen Teil ebenfalls um Angestellte und nicht Arbeiter handelt, ist damit der klare Beweis erbracht, daß die KPdSU keine Partei des „industriellen Proletariats“ ist und daß ihr Schwergewicht bei den Befehlenden und nicht den Gehorchenden, das heißt bei den Funktionären und nicht bei den Arbeitern liegt.

Daß die Partei keine „Avantgarde des Proletariats“ darstellt, sondern in erster Linie die Intelligenz- und Funktionsberufe vertritt, welche die neue soziale Führungsschicht in der Sowjetunion bilden, geht aus der nachfolgenden Übersicht hervor⁴⁴:

Verwaltungs- und Wirtschaftsbereich	Zahl der Be- schäftigten (in Millionen)	Zahl d. Partei- angehörigen (in Millionen)	Anteil d. Parteiange- hörigen (in Prozenten)
Landwirtschaft	56	1,61	2,8
Verwaltung und sonstige Wirt- schaftszweige	42	5,60	13,3
davon Industrie	17	0,96	5,6
Insgesamt	98	7,21	7,3

Am geringsten ist der Anteil der Parteikommunisten in der Landwirtschaft. 97,2 vH der in der Landwirtschaft tätigen Kolchosbauern, Landarbeiter und ländlichen Intelligenz gehören der Partei nicht an. Auch in der Industrie ist der Prozentsatz der Nichtkommunisten sehr hoch. Er beträgt 94,4 vH. Dagegen gehört ein Drittel der in der Verwaltung und in den gehobenen Wirtschaftszweigen tätigen Sowjetbürger der Partei an. Im Gesamtdurchschnitt aller Berufstätigen gibt es 7,3 vH Parteiangehörige und 92,7 vH Nichtkommunisten. Am höchsten ist der Prozentsatz der Parteikommunisten in der Wehrmacht und in der Polizei. *Molotow* machte in seiner Rede vom 8. Februar 1955 die Mitteilung, daß 77 vH der Wehrmachtsangehörigen der Partei oder dem Komsomol angehören.

Im Jahre 1934 betrug das Verhältnis der Partei- und Komsomolmitglieder in der Armee 1:1 (25,6 zu 23,9 vH). Der nach 1934 erfolgte Strukturwandel hat dieses Verhältnis zugunsten des Komsomol nur in einem begrenzten Umfange verschoben, da bei den Berufssoldaten, die über 10 vH des Gesamtbestandes ausmachen, die Parteikommunisten bei weitem überwiegen. Im Jahre 1934 betrug der Anteil der Parteimitglieder am Kommando- und Führungspersonal der Armee 67,8 vH, der Komsomolzen dagegen nur etwa 4 vH. Auch wenn man heute, ausgehend von einem

Verhältnis 1 : 1,5, den Prozentsatz der Parteiangehörigen im militärischen Bereich nur mit 50 vH ansetzen sollte, würde dies bei einem Gesamtbestand der Sowjetwehrmacht von etwa 4 Millionen (ohne MWD-Verfügungstruppen) eine Zahl von 1,6 Millionen Parteikommunisten bedeuten. Diese würde somit der Zahl der „Spezialisten“ unter den Parteikommunisten, die Aristow mit 1,9 Millionen angab, nahekommen und die Zahl der in der industriellen Produktion tätigen Parteigenossen (1 Million) übertreffen.

Aus diesen Daten ist deutlich erkennbar, welche Bedeutung der Kontrolle über die militärische Parteiorganisation im inneren Machtkampf zukommt. Interessant ist, daß unter den 620 000 demobilisierten Wehrmachtsangehörigen die Zahl der Parteikommunisten nur gering ist. Sie beträgt 145 000, das heißt 22,7 vH. Bemerkenswert ist auch, daß von Aristow in seinem Bericht nur die Parteiorganisation in der Sowjetarmee und der sowjetischen Kriegsmarine genannt wurde. Von den Grenzschutztruppen und den Truppen des Inneren Schutzes des MWD, die im Beschluß des Juliplenums des Zentralkomitees über die Einberufung des 20. Parteikongresses erwähnt wurden, war dagegen keine Rede. Es mag dahingestellt bleiben, ob daraus ohne weiteres auf eine erneute Unterstellung der MWD-Verfügungstruppen unter die Sowjetwehrmacht, wie sie nach dem Sturz Berijas zeitweilig bestanden hat, geschlossen werden kann.

Ueber den Bildungsgrad der Parteiangehörigen wurden von Aristow folgende Angaben gemacht:

Bildungsstufe	Zahl der Parteiangehörigen	Anteil in Prozenten
Abgeschlossene		
Hochschulbildung	801 384	11,1
Nicht abgeschlossene		
Hochschulbildung	256 856	3,6
Höhere Fachschulbildung	819 533	11,3
Oberschulbildung	773 972	10,8
Vollbildung	2 651 745	36,8
Nicht abgeschlossene		
Oberschulbildung	2 127 862	29,5
Grundschulbildung und ohne Schulbildung	2 435 898	33,7
Insgesamt	7 215 505	100,0

Soweit man unter der Sowjetintelligenz nicht nur Sowjetbürger mit Vollbildung, sondern führende Kader allgemein versteht, was mindestens eine Sieben-Klassen-Bildung voraussetzt, wird man von einem prozentualen Anteil von 66,3 vH ausgehen können. Am 1. Januar 1947 betrug dieser 53,3 vH; 1952 war er auf 60 vH angewachsen.

Den Kern dieser Kader und zugleich die tonangebende Schicht der Sowjetintelligenz bilden die sogenannten „Spezialisten“, die entweder Akademiker sind oder über eine höhere Fachschulbildung verfügen. Insgesamt gibt es in der Sowjetunion laut An-

gaben des 20. Parteitages 5,5 Millionen „Spezialisten“, davon sind 1,9 Millionen Parteiangehörige und 3,6 Millionen Nichtkommunisten. Ein Drittel der eigentlichen sozialen Oberschicht (34,6 vH) gehört somit der Partei an. Immerhin ist auch bei den „Spezialisten“ der Anteil der Nichtkommunisten verhältnismäßig hoch (65,4 vH), wenn auch niedriger als in der Sowjetwehrmacht, wo er schätzungsweise 70 vH beträgt.

Der Wandel in der sozialen Struktur der KPdSU wird besonders deutlich, wenn man den Bildungsgrad der Parteitagsdelegierten seit 1930 näher untersucht.

Anteil der neuen „Intelligenz“ an der Gesamtzahl der Parteitagsdelegierten 1930 bis 1956 (in Prozenten)

	1930	1934	1939	1952	1956
Hochschulbildung und höhere Fachschulbildung	7,2	10,0	31,5	66,5	64,5
Oberschulbildung	15,7	31,0	22,5	18,7	12,4
Vollbildung	22,9	41,0	54,0	85,2	76,9

Die Parteiführung ist offensichtlich bestrebt gewesen, den prozentualen Anteil der Vollgebildeten unter den Parteitagsdelegierten ein wenig zu vermindern, um die hegemoniale Stellung der Sowjetintelligenz nicht zu sehr in Erscheinung treten zu lassen. Daher auch der Hinweis Aristows, daß unter den Delegierten des 20. Parteikongresses 2,7mal mehr Arbeiter und doppelt so viel Kolchosbauern als auf dem 19. Parteikongreß vertreten sind.

Aus der nachfolgenden Uebersicht ist zu ersehen, daß die Hervorhebung des „proletarischen Elements“ viel zu geringfügig ist, um die allgemeine Entwicklungstendenz, welche den Aufstieg der Sowjetintelligenz begünstigte, wesentlich zu beeinflussen. Außerdem ist nach der Zusammensetzung des Zentralkomitees anzunehmen, daß Direktoren und Chefingenieure von Industrierwerken als „Arbeiter der Produktion“ und Kolchosvorsitzende, d. h. von der Partei eingesetzte Leiter riesiger genossenschaftlicher Latifundien, als Kolchosbauern geführt werden.

Soziale Zusammensetzung der Parteitagsdelegierten von 1930 bis 1956 (in Prozenten)

	1930	1934	1952	1956
Arbeiter	71,2	60,0	7,6	18,5
Bauern	6,7	8,0	7,8	13,8
Intelligenz	22,1	32,0	84,6	67,7
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Die Fragwürdigkeit des prozentualen Anteils von 32,3 vH des proletarischen Elements geht nicht zuletzt daraus hervor, daß dem Bildungsstand nach der Intelligenz 76,9 und nicht 67,7 vH angehören. Die Angaben für den 19. Parteikongreß waren bedeutend exakter. Der Intelligenz gehörten dem Bildungsstand nach 85,2 vH und der sozialen Zugehörigkeit nach 84,2 vH der Parteidelegierten an. Die Differenz war somit minimal. Daß die Angaben von Aristow hin-

sichtlich der „Arbeiter“ und „Bauern“ nicht stimmen können, geht auch daraus hervor, daß er 703, d. h. 51,9 vH, als Funktionäre bezeichnet. Es handelt sich dabei um 506 Parteifunktionäre, 177 Sowjetfunktionäre, 12 Gewerkschaftsfunktionäre und 8 Komsomolfunktionäre. Da diese Funktionäre unter den Begriff „Intelligenz“ fallen, würden auf die anderen Bereiche, insbesondere die Wehrmacht, die Polizei, die Justiz, die Kultur, das Gesundheitswesen, das Schul- und Bildungswesen, den Auswärtigen Dienst usw. nur 15,8 vH entfallen, was einer Zahl von 214 Delegierten entsprechen würde. Nach Abzug der militärischen Delegierten, die, nach der Aufnahme in der *Krassnaja Swesda* vom 24. Februar 1956 zu urteilen, mindestens 115 betragen haben, würden für die übrigen Bereiche nur 99 oder sogar noch weniger Delegierte verbleiben, was unwahrscheinlich erscheint, wenn man bedenkt, daß in das Zentralkomitee allein 16 Vertreter des Auswärtigen Dienstes aufgenommen worden sind. Entscheidend dürfte jedoch ins Gewicht fallen, daß Aristow nicht nur die in der Produktionsleitung tätigen Angehörigen der Intelligenz, sondern auch die Funktionäre der Wirtschaftsverwaltung (unabhängig von ihrem Bildungsstand) zu Arbeitern und Bauern deklariert hat.

6. Dauer der Parteizugehörigkeit

Ein weiterer Hinweis Aristows galt der Teilnahme einer größeren Anzahl alter Bolschewiki an dem Parteikongreß. Er hob dabei die Verbundenheit der Partei mit der alten „bolschewistischen Garde“ besonders hervor. Diese Bemerkung kann an der Tatsache nichts ändern, daß sich die KPdSU seit dem Kriege zu einer völlig neuen Partei entwickelt hat, deren Profil in der Phase des Spätstalinismus geprägt worden ist. Dies ist deutlich aus der Gliederung der Parteitagsdelegierten nach ihrem Mitgliedsalter seit 1934 zu ersehen.

Dauer der Parteizugehörigkeit der Delegierten zu den Parteikongressen 1934 bis 1956 (in Prozenten)

	1934	1939	1952	1956
Beitritt vor der Revolution (1903—1917)	22,6	2,4	1,2	1,6
Beitritt während des Bürgerkrieges (1917—1920)	57,4	17,0	6,2	4,5
Beitritt nach dem Bürgerkrieg (1920—1929)	17,4	37,6	36,4	24,9
Beitritt nach 1929/30	2,6	43,0	56,2	69,0
	100,0	100,0	100,0	100,0

Anteil der aus der Stalin-Aera stammenden Parteitagsdelegierten auf den Parteikongressen der Nachkriegszeit (in Prozenten)

	1952	1956
Beitritt 1931 bis 1940	36,0	34,0
Beitritt 1941 bis 1945	16,1	21,6
Beitritt nach 1946	4,1	13,4
	56,2	69,0

Aus diesen Daten ergibt sich, daß die überwiegende Mehrheit der Parteitagsdelegierten unter der Einmandiktatur Stalins Parteimitglieder geworden sind. Der Anteil der erst in der Kriegs- und Nachkriegszeit zur Partei gestoßenen Kommunisten hat sich auf dem letzten Parteikongreß wesentlich vergrößert (35 vH). Er umfaßt über ein Drittel der Parteitagsdelegierten, die meist den jüngeren Jahrgängen der mittleren Generation angehören.

7. Alterszusammensetzung der Parteiangehörigen

Während die Parteitagsdelegierten hauptsächlich der mittleren Generation angehören, überwiegt in der Partei selbst die junge Generation, der das Nachrücken in die höheren Ränge noch nicht geglückt ist.

Alterszusammensetzung der Parteitagsdelegierten 1924 bis 1956 (in Prozenten)

Altersstufe	1924	1927	1930	1939	1952	1956
20 bis 29	27,4	13,8	10,0	81,5	23,6	20,3
30 bis 39	55,2	62,0	60,0			
40 bis 50	15,4	20,0	25,0	15,5	61,1	55,7
über 50	2,0	4,2	5,0	3,0	15,3	24,0
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Als Lenin 1924 starb, war *Stalin* 45 Jahre alt. Zweimal benutzte er die junge Generation als Hebel, um die Entwicklung in revolutionärem Sinn sprunghaft voranzutreiben. Das erste Mal, als er den Kampf um die Macht aufnahm und die Generallinie durchsetzte, das zweite Mal, als er die Große Säuberung in der Mitte der dreißiger Jahre durchführte und seine Alleinherrschaft stabilisierte. Auf dem 14. Parteikongreß 1924, der der Entscheidung für den „Sozialismus in einem Lande“ und damit für eine Umwandlung Rußlands aus einem Agrar- in ein Industrieland voranging, betrug der Anteil der zwanzig- und dreißigjährigen Parteitagsdelegierten 82,6 vH, d. h. er machte über vier Fünftel aus. Unter ihnen befanden sich auch jene Männer, die heute im ZK-Präsidium eine führende Rolle spielen. *Chruschtschow* und *Malenkov* waren damals 30 und 22 Jahre alt. *Molotow*, der in den folgenden Jahren einer der nächsten Mitarbeiter Stalins werden sollte, erst 34 (!).

Die Große Säuberung hatte einen erneuten Generationssprung zur Folge. Auf dem 18. Parteikongreß 1939, der mit der Lehre vom „Kommunismus in einem Lande“ auch die persönliche Autokratie Stalins bestätigte, überwogen erneut die Zwanzig- und Dreißigjährigen mit einem Anteil von 81,5 vH. Sie machten wiederum über vier Fünftel der Parteitagsdelegierten aus. *Chruschtschow* und *Malenkov*, die inzwischen 45 und 37 Jahre alt geworden waren, wurden in den engeren Führungskreis aufgenommen, während der 49jährige *Molotow* seine zweite Stelle in der Rangliste beibehielt. In der Nachkriegszeit war aus der jungen Generation, die auf den Parteikongressen der Vorkriegsjahre überwog, der Generation *Chrusch-*

tschows und Malenkows, die mittlere geworden. Und bei der ehemals mittleren Generation, deren Repräsentant Molotow war, vollzog sich der Uebergang zur alten Generation. Auf dem 19. Parteikongreß überwogen demgemäß die vierzigjährigen Delegierten. Sie machten mit 61,1 vH über drei Fünftel aus. Der natürliche Repräsentant dieser jüngeren Jahrgänge der mittleren Generation war der nunmehr 50jährige *Malenkow*, den Stalin dem 58jährigen *Chruschtschow* und dem 62jährigen *Molotow* vorzog. Mit der „Aerzteverschwörung“ zeichnete sich eine neue Säuberungswelle und damit eine erneute künstliche Generationsverschiebung ab.

Die Entwicklung nach dem Tode Stalins hat diesem Verschleiß an Führungskräften ein Ende gesetzt. *Malenkow* (geb. 1902) konnte sich trotz seiner intellektuellen Gaben nicht durchsetzen, weil die Führungskraft der von *Chruschtschow* (geb. 1894), *Bulganin* (geb. 1895) und *Shukow* (geb. 1895) repräsentierten älteren Jahrgänge der mittleren Generation noch keineswegs ausgeschöpft war. Ein natürlicher Reflex auf diese Entwicklung war der Umstand, daß die Altersstufe über 50 auf dem 20. Parteikongreß mit 24 vH den bisher größten prozentualen Anteil aufwies. Da diese führende Altersgruppe immerhin nur ein Fünftel ausmacht, ist ihr Bestreben verständlich, durch Verdammung des von ihr selbst geschaffenen Stalin-Kults den Abstand zu den Vierzigjährigen, die mit 55,7 vH unter den Parteitagsdelegierten überwiegen, und der nach vorne drängenden jungen Generation zu verringern, um dem Generationsgegensatz die Schärfe zu nehmen und gleichzeitig die Schwungkraft der Jugend dem wirtschaftlichen Aufbau nutzbar zu machen. Es scheint, daß der mit dem Generationsgegensatz verbundene Druck maßgeblich den Entschluß der Parteiführung bestimmt hat, durch einen revolutionären Akt, wie ihn die Zertrümmerung des Stalin-Mythos darstellt, die Jugend mitzureißen und gleichzeitig die Unterstützung der mittleren Generation durch eine begrenzte Auflockerung des totalitären Regimes zu gewinnen. Die weitere Entwicklung wird zeigen, ob *Chruschtschow* über diese Motive hinaus sich mit dem Gedanken trägt, nach Stalinschem Vorbild, unter Ueberspringung der durch Kollaboration mit Stalin belasteten Jahrgänge, durch eine „Revolution von oben“ zur Alleinmacht vorzustoßen. Die gleiche Absicht dürfte bei *Bulganin* und *Shukow* kaum vermutet werden. Sie dürften einer evolutionären Entwicklung den Vorzug geben und werden schon aus diesem Grunde einen Generationswechsel in der Führungsspitze möglichst lange hinauszögern.

8. Personalbestand der Führungskader

Insgesamt 7,2 Millionen Parteikommunisten, die teils leitende, teils ausführende Funktionen ausüben, stehen in der Sowjetunion 118 Millionen erwachsene Männer und Frauen gegenüber, die der KPdSU nicht

angehören. Die Führung der Parteikader liegt in der Hand von etwa 220 000 Komiteemitgliedern⁴⁵ und einer nicht näher bekannten Zahl von hauptamtlichen Funktionären, die nur dem Verwaltungsapparat angehören. Das Verhältnis der hauptamtlichen Funktionäre der regionalen Ebene zu denen der lokalen, d. h. des Offizierkorps der Partei zu den Unteroffizieren, denen *Chruschtschow* in seinem Bericht eine besondere Aufmerksamkeit widmete, ist nach *Moskatow* 12,2 zu 87,8 vH. Die Zahl der Mitarbeiter der Moskauer Parteizentrale, d. h. der „Generalität“ und „Generalstäbler“, und ihre Relation zu den niedrigeren Rängen ist nicht bekannt⁴⁶. *Moskatow* teilte mit, daß der Personalbestand des Zentralapparates in der Berichtsperiode um 24,7 vH verringert worden ist. *Susslow* erklärte, daß an eine weitere Einschränkung gedacht sei und daß auch die regionalen und lokalen Führungskader wesentlich verringert werden sollen.

Auf dem 20. Parteikongreß gehörten von 506 Parteifunktionären, die 37,3 vH der Parteitagsdelegierten ausmachten, 19 (1,4 vH) der Parteizentrale, 225 (16,6 vH) der regionalen Parteiführung und nur 263 (19,3 vH) den lokalen Parteikomitees an.

Für diese Führungskader der Partei, die überwiegend der mittleren Generation angehören und die ständigen personellen Veränderungen unterworfen sind, gilt heute noch zu Recht, was der bekannte amerikanische Rußlandkenner Prof. *Fainsod* bereits Anfang 1953 geschrieben hat⁴⁷:

„Selbst die Mächtigsten können mit schwindelerregender Plötzlichkeit von höchster Höhe in die dunkelste Tiefe stürzen. Dennoch behält der Apparat seine Anziehungskraft... Während man die einzelnen Mitglieder des Apparats leichten Herzens fallen läßt und bei auftauchenden Schwierigkeiten als Sündenböcke opfert, ist der Apparat selbst in seiner Masse unentbehrlich geworden. Er liefert den organisatorischen Kitt, der die Partei zusammenhält. Die flüchtige Magie des persönlichen Despotismus wurde zu einer neuen Herrschaftstechnik umgeschmiedet. Die persönliche Diktatur des ‚Führers‘ wurde umgestaltet zur Parteidiktatur des Apparats. Wie das Roboter-Ungeheuer Frankenssteins hat der Apparat ein Eigenleben gewonnen, mit einem eigenen Lebensinteresse; er ist bestrebt, seinen Schöpfer zu überleben und sein Herrschaftssystem fortzuführen bis in eine ferne Zukunft, da die Kräfte, die ihn formten, längst vergessen sind.“

Angaben über den Bildungsstand der Führungskader wurden von *Aristow* nicht gemacht. Diese sind auch unerheblich, da die gesamte höhere Parteiführung der „Intelligenz“ als Führungsschicht zuzurechnen ist. Die Analyse der vom 19. Parteikongreß nominierten Exekutivorgane erlaubte es seiner Zeit dem Verfasser, von einem Bündnis zwischen der Partei- und Wirtschaftsbürokratie zu sprechen, wobei sich die Gemeinsamkeit der technischen Bildung als verbindender Faktor erwies. Dieses Bündnis ist verblieben,

doch ist es um das militärische Element erweitert worden. Eine bewußte Zurücksetzung der Berufs-offiziere ist jedenfalls nicht mehr feststellbar, wohl

aber eine anhaltende Benachteiligung der Staats-beamten (im engeren Sinn) und der kulturellen Intelligenz.

III. Die personellen Veränderungen

1. Zentralkomitee und Zentrale Revisionskommission

Durch den 20. Parteikongreß sind in dem bisherigen Aufbau der obersten Sowjetführung nur geringfügige Aenderungen bewirkt worden. Wer erwartet hat, daß dem Zentralkomitee im Zeichen der „kollektiven Führung“ und der angeblichen Rückbesinnung auf die „innerparteiliche Demokratie“ größeres politisches Gewicht zufallen würde, ist enttäuscht worden.

Die bisherige dekorative Funktion des Zentralkomitees, dessen Bestand sich von 236 (125 Mitglieder, 111 Kandidaten) auf 255 (133 Mitglieder, 122 Kandidaten) vergrößerte, ist beibehalten worden. Seine Bedeutung ist vor allem darin zu sehen, daß es ein Gremium der Spitzenfunktionäre aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens darstellt und damit eine Vorstellung von den zahlreichen personellen Veränderungen vermittelt, die sich seit dem 19. Parteikongreß auf den einzelnen Kommandohöhen vollzogen haben. Das gleiche gilt für die Zentrale Revisionskommission, deren Bestand sich von 37 auf 63 vergrößert hat.

Der Umfang dieser Veränderungen geht aus den nachfolgenden Tabellen hervor. Das Zentralkomitee weist einen Neuzugang von 55 Mitgliedern (41,3 vH) und 74 Kandidaten (60,8 vH), die Zentrale Revisionskommission von 49 Mitgliedern (77,8 vH) auf.

Veränderungen im Personalbestand der Exekutivorgane der KPdSU 1952 bis 1956

Mitglieder des Zentralkomitees

		in Prozenten
Alte Mitglieder des ZK	78	58,7
Bisherige Kandidaten des ZK	13	9,8
Bisherige Mitglieder der ZRK	2	1,5
Neue Mitglieder des ZK	40	30,0
Insgesamt	133	100,0

Kandidaten des Zentralkomitees

		in Prozenten
Alte Kandidaten des ZK	48	39,2
Bisherige Mitglieder des ZK	4	3,3
Bisherige Mitglieder der ZRK	7	5,7
Neue Kandidaten	63	51,8
Insgesamt	122	100,0

Mitglieder der Zentralen Revisionskommission

		in Prozenten
Alte Mitglieder der ZRK	14	22,2
Bisherige Mitglieder des ZK	3	4,7
Bisherige Kandidaten des ZK	7	11,1
Neue Mitglieder der ZRK	39	62,0
Insgesamt	63	100,0

Ausgeschieden sind beim Zentralkomitee 47 Mitglieder und 63 Kandidaten⁴⁸, wobei der tatsächliche Ausfall 92 (43+49) beträgt. Berücksichtigt man die Ueberführungen in die Zentrale Revisionskommission, so verringert sich diese Zahl auf 82 (40+42). Bei den Neuzugängen handelt es sich meist um Parteigänger *Chruschtschows*, die zu einem großen Teil aus der ukrainischen Parteiorganisation hervorgegangen sind und häufig auch ihrer Volkszugehörigkeit nach Ukrainer sind.

Die Aufschlüsselung der Angehörigen des Zentralkomitees (ZK) und der Zentralen Revisionskommission (ZRK) nach den einzelnen Funktionsbereichen ergibt sich aus der folgenden Uebersicht⁴⁹:

Funktionsbereich	Mitglieder des ZK	Kandidaten des ZK	Mitglieder der ZRK
Partei (einschl. „Führer-kollektiv“)	79	38	22
Staat und Wirtschaft	34	52	15
Gewerkschaften und Genossenschaften	1	4	2
Komsomol	1	2	—
Wehrmacht	6	12	5
Polizei	2	1	1
Justiz und Staatsanwaltschaft	—	1	—
Ideologie und Kultur	5	4	11
Auswärtiger Dienst	5	6	5
Sonstige	—	2	2
Insgesamt	133	122	63

Bei den *Parteifunktionären* handelt es sich überwiegend um die Angehörigen der Hierarchie der Ersten Sekretäre, an deren Spitze *Chruschtschow* als Erster Sekretär des ZK der KPdSU steht.

Aus ihrer Zusammensetzung ist zu ersehen, daß *Chruschtschow* wichtige Schlüsselpositionen, insbesondere in der großrussischen Unionsrepublik, mit seinen aus der Ukraine stammenden Parteigängern besetzt hat. So kontrollieren die ehemaligen Ersten Sekretäre der ukrainischen Gebiete Stalino, Tschernigow, Dnjepropetrowsk, Krim, Kiew, Poltawa (*Strujew*, *Markow*, *Kirilenko*, *Poljanskij*, *Stachurskij*) heute die großrussischen Gebiete Molotow, Orel, Swerdlowsk, Tschkalow und den wichtigen Gau Chabarovsk im Fernen Osten. Auch die neuen Leiter der Parteiorganisationen des Küsten-Gaues (Wladiwostok) und des Gebietes Gorkij, T. F. *Schtykow* und N. G. *Ignatow*, sind als Anhänger *Chruschtschows* anzusehen. *Schtykow* hat *Schatalin* verdrängt, einen nahen Mitarbeiter *Malenkows*, der nach dem Regierungswechsel im Februar 1955 als der für Personalfragen

zuständige Sekretär des Zentralkomitees abgesetzt worden war.

Aus den Ergebnissen der regionalen Parteikonferenzen, die dem Bundesparteitag vorausgingen, ist zu ersehen, daß der Parteiapparat auch in den nicht-großrussischen Unionsrepubliken einer starken Säuberung unterzogen worden ist. Dies gilt insbesondere für den kaukasischen und turkestanischen Raum. In Usbekistan hat *Chruschtschow* persönlich nach seiner Südostasien-Reise die Absetzung des Ersten Parteisekretärs *Nijasow* veranlaßt. Auch in Karelo-Finnland hat noch kürzlich ein Wechsel in der Parteiführung stattgefunden, wobei der Erste Parteisekretär *Jegorow* durch den bisherigen Ersten Sekretär des Gebietskomitees Minsk, *Lubennikow*, ersetzt worden ist. In diesem Zusammenhang erscheint erwähnenswert, daß auch die jetzigen Ersten Parteisekretäre Kasachstans, Georgiens und der Moldau, I. D. *Jakowlew*, *Mshawanadse* und *Serdjuk*, aus der ukrainischen Parteiorganisation hervorgegangen sind. Das gleiche gilt für *Breshnjow*, den Vorgänger *Serdjaks* und *Jakowlews*.

Die zahlreichen personellen Veränderungen im Parteiapparat, die in letzter Zeit stattgefunden haben, dürfen jedoch nicht alle als „Säuberungen“ angesehen werden. Die leitenden Kader der „Parteigeneralität“ und des „Parteigeneralstabes“ werden laufend ausgewechselt und abwechselnd in verschiedenen Verwaltungsbereichen verwandt. Dieses horizontal und vertikal wirksame „Kreislaufsystem“ trägt wesentlich dazu bei, eine beim autokratischen System zwangsläufige Erstarrung der Verwaltung zu verhindern, die Elastizität des Apparates zu erhalten und die Dynamik des Vollzugs zu sichern.

Bei den *Staats- und Wirtschaftsfunktionären*, von denen 53 Wirtschaftsminister oder hohe Planfunktionäre sind, ist im Verhältnis zu den Parteifunktionären eine weit größere Kontinuität feststellbar. Hier ist *Chruschtschow* bisher nur auf dem landwirtschaftlichen Sektor und im Bereich des Bauwesens ein Einbruch geglückt. Sowohl der neue Landwirtschaftsminister, *Mazkewitsch*, als auch der Minister für Beschaffungswesen, *Kornijez*, der stellv. Ministerpräsident und Leiter des Staatskomitees für Bauangelegenheiten, *Kutscherenko*, und der Minister für städtische und ländliche Bauten, *Kosjulja*, stammen aus der Ukraine. Das gilt übrigens auch für den neuen Leiter der ZK-Abteilung für Landwirtschaft, *Doroschenko*.

Unter den Kandidaten des ZK der KPdSU befinden sich auch die Direktoren großer Industrierwerke aus Tscheljabinsk und Magnitogorsk.

Die *Gewerkschaften*, *Genossenschaften* und der *Komsomol* sind im Zentralkomitee nur mit wenigen Spitzenfunktionären vertreten. Bedeutend zahlreicher ist die Vertretung der *Wehrmacht*. Diese ist in der Gesamtzahl — wenn man von den Parteimarschällen

Woroschilow und *Bulganin* absieht — von insgesamt 26 (4 Mitglieder, 22 Kandidaten) auf 18 (6 Mitglieder, 12 Kandidaten) zurückgegangen. Da 5 Militärs in die Zentrale Revisionskommission aufgenommen worden sind und damit die Gesamtzahl fast erhalten geblieben ist, kommt der Umbesetzung weniger eine quantitative als eine qualitative Bedeutung zu. Ein Vergleich mit dem Stande von 1952 läßt folgendes erkennen:

1. Außer Marschall *Shukow* sind zu neuen Vollmitgliedern des ZK zwei Militärs befördert worden, die in der Kriegszeit ebenso wie der Marschall *Konjew Chruschtschow* nahegestanden haben: die Marschälle *Malinowskij* und *Moskalenko*. Das gleiche gilt bei den neuen Kandidaten für die Marschälle *Birjusow* und *Jeremenko* sowie für den Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungsstreitkräfte in der SBZ, Marschall *Gretschko*, der in der Nachkriegszeit lange Jahre Mitglied des ukrainischen Politbüros war und bereits im Oktober 1952 zum Kandidaten des Zentralkomitees der KPdSU aufrückte.
2. Die bisherige Führung der sowjetischen Kriegsmarine mit Admiral N. G. *Kusnezow* an der Spitze ist ausgeschaltet und die Vertretung der sowjetischen Luftwaffe geschwächt worden. Dies ist um so bemerkenswerter, als diese beiden Wehrmachtteile immer besonders eng mit der Partei und insbesondere mit dem Komsomol verbunden gewesen sind. Der einzige Vertreter der Kriegsmarine in der Parteiführung ist der neue Oberbefehlshaber der sowjetischen Kriegsmarine, Admiral *Gorschkow*, der bisher nur Mitglied des ukrainischen ZK war.
3. Auch die Politische Hauptverwaltung ist auffallend zurückgesetzt worden. Der bisherige Leiter der Politischen Hauptverwaltung, Generaloberst *Sheltow*, der noch kürzlich an der Seite Marschall *Shukows* an der Parteikonferenz des Moskauer Wehrkreises teilnahm, ist in die Parteiführung nicht aufgenommen worden. Sein Stellvertreter für das Heer, Generaloberst F. F. *Kusnezow*, ist zum Mitglied der ZRK degradiert und sein Stellvertreter für die Kriegsmarine, Admiral S. E. *Sacharow*, ganz aus dem Zentralkomitee entfernt worden. Dafür tritt der frühere Leiter der Politischen Hauptverwaltung, Generaloberst *Schikin*, wenn auch nur als Mitglied der ZRK, wieder in Erscheinung. Desgleichen ist der neue Leiter der Politischen Verwaltung des Kiewer Wehrkreises, Generalmajor *Gromow*, in die ZRK aufgenommen worden.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das Heer seine Stellung in der Parteiführung nicht nur gehalten, sondern sogar verbessert hat. Die offensichtliche Benachteiligung der Kriegsmarine, der Luftwaffe und der unmittelbar mit der Partei verbundenen Politischen Hauptverwaltung deutet jedoch auf Konflikte

hin, die sich in den letzten Monaten abgespielt haben müssen und zu einem weitgehenden Revirement Anlaß gegeben haben.

Auffallend klein ist die Vertretung der *Polizei* ausgefallen. Ihr einziger Vertreter ist im Grunde genommen der KGB-Chef Armeegeneral *Sjerow*, da der neue Innenminister *Duderow* (Mitglied des ZK) und sein erster Stellvertreter *Lunjew* (Kandidat des ZK) aus dem Parteiapparat hervorgegangen sind. Zur Polizei ist auch der ehemalige Botschafter in den Vereinigten Staaten, *Panjuschkin*, zu rechnen, der nach der Ausschaltung der *Berija*-Gruppe allem Anschein nach zum Leiter der Auslandsabteilung des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes ernannt worden ist.

In seinem Bericht wandte sich *Chruschtschow* gegen eine Verunglimpfung der „Tscheka-Arbeiter“ und kündigte einen Ausbau der Staatssicherheitsorgane an.

Justiz und Staatsanwaltschaft weisen nur einen einzigen Vertreter auf. Weder der Justizminister *Gorschenin* (bisher Kandidat des ZK) noch der Vorsitzende des Obersten Gerichts der UdSSR, *Wolin*, sind in der neuen Parteiführung vertreten. Es findet sich nur der aus der Ukraine stammende und vom Nürnberger Prozeß her bekannte sowjetische Generalstaatsanwalt *Rudenko*.

Der von der *Ideologie* stark durchsetzte Bereich der *Kultur* hat 20 Repräsentanten aufzuweisen. Davon sind vier Minister, zehn Parteiideologen und Presseleute, während auf die Wissenschaft, Literatur und Kunst nur sechs Vertreter entfallen.

Man vermißt unter ihnen den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, *Nesmejanow*, und den Schriftsteller *Scholochow*, die beide auf dem 20. Parteikongreß als Diskussionsredner aufgetreten sind. Die sowjetische Wissenschaft wird durch den Nachfolger *Lysenkos*, *Lobanow*, die Historikerin *Pankratowa* und den Nationalökonom *Ostrowitjanow* repräsentiert, während die sowjetische Literatur in erster Linie durch *Surkow* und nicht *Fadejew* oder *Simonow* vertreten wird, die diesmal beide niedriger eingestuft worden sind als 1952.

Der *Auswärtige Dienst* weist die stattliche Vertretung von insgesamt 16 Mann auf: Ihre Zusammensetzung läßt erkennen, wie weit die enge Verflechtung zwischen dem Parteiapparat und dem Auswärtigen Dienst seit dem Tode *Stalins* fortgeschritten ist. Außer dem Ersten Stellvertretenden Außenminister der UdSSR, W. W. *Kusnezow*, sind sieben Botschafter, die in den Ostblockstaaten und Jugoslawien akkreditiert sind, in erster Linie als Parteifunktionäre anzusehen. Zu ihnen gehören außer dem bisherigen Kandidaten des ZK-Präsidiums *Ponomarenko* (Botschafter in Polen) mehrere Parteisekretäre, die früher in Moskau und in der Ukraine tätig waren. Die andere Hälfte stellen die „Karrierediplomaten“ mit

dem Ersten Stellvertretenden Außenminister der UdSSR, *Gromyko*, an der Spitze, die teilweise ebenfalls über sehr enge Beziehungen zur Partei verfügen.

Unter die *Sonstigen* haben sich als Repräsentanten des „proletarischen Elements“ zwei Schnelldreher aus Moskau und Leningrad verirrt.

2. Die Vollzugsorgane des Zentralkomitees der KPdSU

Aus der Zusammensetzung der am 27. Februar 1956 nominierten Vollzugsorgane des Zentralkomitees der KPdSU ist zu ersehen, daß es *Chruschtschow* auch auf dieser höheren Ebene geglückt ist, seine persönliche Machtbasis zu erweitern. Andererseits ist es ihm nicht gelungen, eine wesentliche Aenderung in den bestehenden inneren Machtverhältnissen herbeizuführen. Dieser Umstand ist nicht nur in der starken Position seiner Gegner im „Führerkollektiv“, sondern auch in der wachsenden politischen Bedeutung der Armee begründet, die in der selbstbewußten Rede Marschall *Shukows* am Vorabend des 20. Parteikongresses sichtbaren Ausdruck gefunden hat.

Man kann es bei dieser Machtkonstellation verstehen, daß eine unsichtbare Regie dafür sorgt, daß im Mittelfeld der Bildergalerie der neugewählten Mitglieder und Kandidaten des Parteipräsidiums, die am 28. Februar 1956 in der „Prawda“ erschien, *Shukow* an die Seite von *Chruschtschow* gerückt wurde, allerdings gefolgt durch *Breshnjow* — den aussichtsreichsten Kandidaten für den Posten eines Leiters der Politischen Hauptverwaltung der Sowjetwehrmacht. Um den mit dieser Placierung verbundenen Effekt zu erreichen, wurde bei den Kandidaten des Parteipräsidiums die für das kollektive Führungsprinzip charakteristische alphabetische Reihenfolge einfach fallengelassen.

Welche Rücksicht die vom Duumvirat *Bulganin-Chruschtschow* repräsentierte Präsidiumsmehrheit auf Marschall *Shukow* nehmen muß, war optisch aus einer Aufnahme zu ersehen, die anläßlich des Jahrestages der Sowjetwehrmacht am 24. Februar in der *Krassnaja Swesda* veröffentlicht wurde. Sie zeigt die militärischen Delegierten des 20. Parteikongresses, insgesamt 115 an der Zahl, wobei *Shukow* zwischen *Bulganin* und *Chruschtschow* und inmitten der übrigen Mitglieder des ZK-Präsidiums einen Ehrenplatz einnimmt. Der Entschluß zur Liquidation des Stalin-Kults dürfte mit Wissen, wenn nicht gar unter maßgeblicher Beteiligung *Shukows* gefaßt worden sein, der die Demütigungen, die er in der Nachkriegszeit durch den „größten Feldherrn aller Zeiten“ erfahren hat, nicht vergessen haben wird.

Die führenden Militärs sind nicht zuletzt aus persönlichen Sicherheitsgründen an einer Rehabilitierung der Marschälle *Tuchatschewskij* und *Blücher* und ihrer Kampfgefährten brennend interessiert gewesen. Sie waren bereits vor einem Jahr nicht bereit, einen Teil ihres eigenen Kriegeruhmes an *Chruschtschow*

abzutreten⁵⁰ und haben sich seit dem Frühjahr 1955 für eine Revision der stalinistischen Kriegsgeschichtsschreibung eingesetzt. Ohne diese Rückendeckung durch die Armee hätte es die Parteiführung wohl kaum gewagt, die mit der Zertrümmerung des Stalin-Mythos verbundenen innen- und außenpolitischen Risiken auf sich zu nehmen.

a) *Das Präsidium des Zentralkomitees der KPdSU*

Wenn sich das Gremium der Vollmitglieder des ZK-Präsidiums, das als Träger der Souveränität im Staate anzusehen ist, in personeller Hinsicht trotz der vorausgegangenen Auseinandersetzungen nicht verändert hat, so dürfte dies nicht zuletzt an der zu fallenden risikoreichen Entscheidung und dem mäßigen Einfluß der Armee gelegen haben. Das „Führerkollektiv“ stimmt daher mit dem vom Juli-Plenum 1955 bestätigten Bestand überein. Ihm gehören in der Reihenfolge des kyrillischen Alphabets an:

Bulganin, Woroschilow, L. M. Kaganowitsch, Kirtschenko, Malenkow, Mikojan, Molotow, Perwuchin, Saburow, Susslow, Chruschtschow.

Völlig neu ist dagegen — von *Schwernik* abgesehen — die Besetzung des Gremiums der Kandidaten des ZK-Präsidiums, die aus den obengenannten Gründen nicht in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt werden. An der Spitze der Rangtabelle steht Marschall *Shukow*, an ihrem Ende der alte Bolschewik *Schwernik*, der dazu bestimmt scheint, der ewige Anwärter auf einen Sitz im Politbüro zu sein. Zwischen *Shukow* und *Schwernik* werden die übrigen Kandidaten in folgender Reihenfolge aufgeführt:

Breshnjow, Muchitdinow, Schepilow, Furzewa. Bei diesen vier Anwärtern handelt es sich durchweg um Parteigänger *Chruschtschows*. Dem ZK-Sekretariat gehören zwei Mitglieder (*Chruschtschow, Susslow*) und drei Kandidaten (*Breshnjow, Schepilow, Furzewa*) des ZK-Präsidiums an. Sieben Mitglieder des ZK-Präsidiums sind Angehörige des Präsidiums des Ministerrats der UdSSR. *Bulganin* ist Ministerpräsident; *Kaganowitsch, Mikojan, Molotow, Perwuchin, Saburow* sind Erste Stellvertretende Ministerpräsidenten; *Malenkow* ist gewöhnlicher Stellvertretender Ministerpräsident. Dem großen Ministerrat der UdSSR, der Sowjetregierung (i. w. S.), gehört auch *Shukow* als Verteidigungsminister der UdSSR an. Mit *Shukow* ist zum ersten Male in der bolschewistischen Parteigeschichte ein Berufsoffizier in die oberste Parteiführung aufgenommen worden. Marschall *Wassilewskij* hat nur vorübergehend als Stellvertretender Ministerpräsident der UdSSR dem „Kleinen Ministerrat“ angehört. Der Vorrang des ZK-Präsidiums gegenüber dem ZK-Sekretariat und dem MR-Präsidium, mit denen es in personeller Hinsicht eng verzahnt ist (siehe Schaubild), ist erhalten geblieben. Es ist damit in der Lage, zwischen diesen beiden Führungsgremien, die an der

Spitze der Partei und der Staatsexekutive stehen, eine verbindende, lenkende und ausgleichende Funktion auszuüben⁵¹.

b) *Das Sekretariat des Zentralkomitees der KPdSU*

Das ZK-Sekretariat hat sich im Verhältnis zum Stande vom Juli 1955 wesentlich vergrößert, wobei dahingestellt bleiben mag, ob *Susslow* in der Zwischenzeit trotz seiner Aufnahme in das ZK-Präsidium Parteisekretär geblieben ist oder nicht. Dem neuen ZK-Sekretariat gehören jetzt insgesamt acht und nicht fünf Mitglieder an, womit die 1952 festgesetzte Relation zum ZK-Präsidium wiederhergestellt worden ist (damals 11:25, jetzt 8:17). An der Spitze des ZK-Sekretariats steht *Chruschtschow* als Erster Sekretär, für die übrigen Sekretäre gilt die Reihenfolge des kyrillischen Alphabets. In Übereinstimmung mit dem kollektiven Führungsprinzip werden aufgezählt: *Aristow, Beljajew, Breshnjow, Pospelow, Susslow, Furzewa, Schepilow*. Von den neuen ZK-Sekretären, die zugleich Kandidaten des ZK-Präsidiums sind, dürfte *Breshnjow* für die militärischen Angelegenheiten, die *Furzewa* für die Parteiarbeit unter den Frauen und *Schepilow* für die auswärtigen Beziehungen der Partei und die Auslandspropaganda zuständig sein.

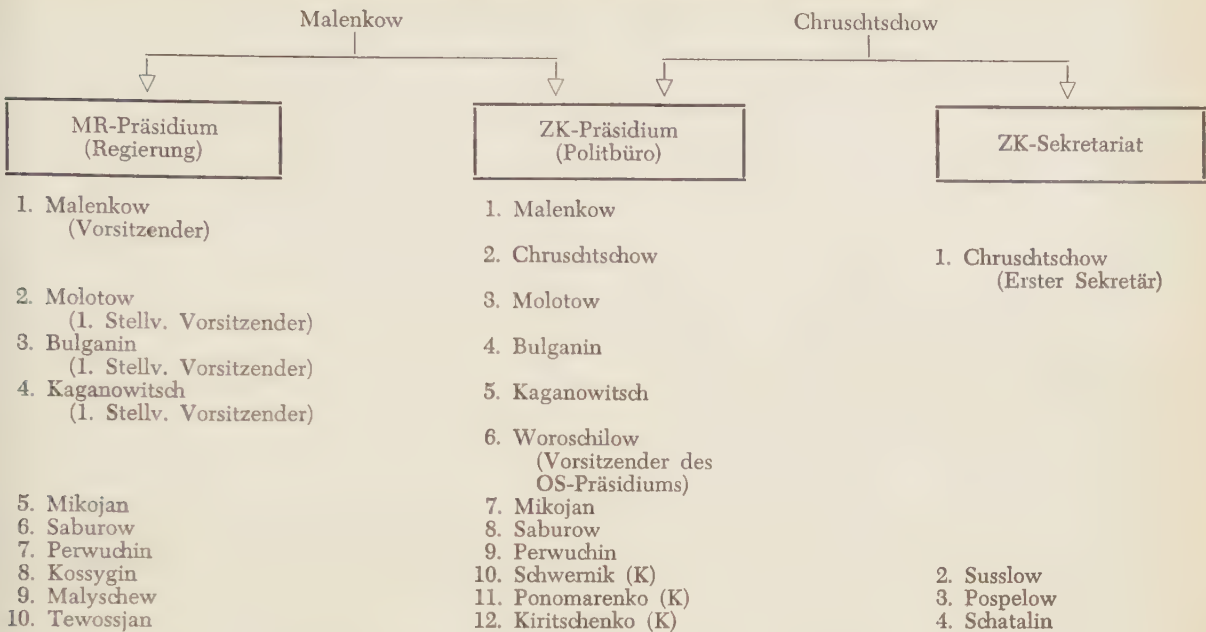
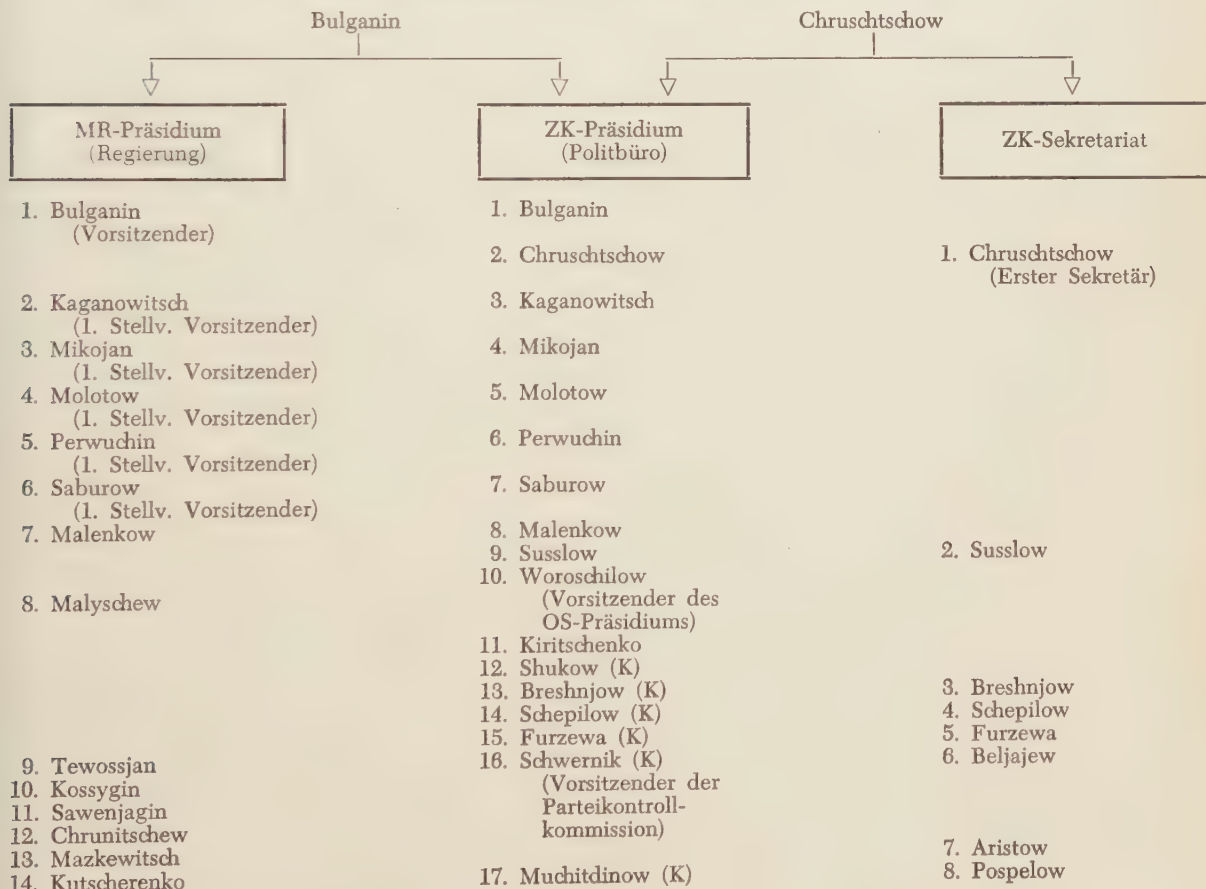
c) *Das Büro des Zentralkomitees der KPdSU für die RSFSR*

Im Zuge der von *Chruschtschow* begünstigten Zentralisierung ist unmittelbar nach der Nominierung der bisherigen Führungsgremien ein neues Vollzugsorgan in Gestalt eines ZK-Büros für die RSFSR geschaffen worden.

Der entsprechende Beschluß „über das Büro des ZK der KPdSU für die RSFSR“ hatte folgenden Wortlaut⁵²:

„Zwecks konkreter Leitung der Arbeit der Republikorganisationen sowie der Partei-, Verwaltungs- und Wirtschaftsorgane der Gebiete und Regionen und zwecks operativer Entscheidung von Fragen des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik schuf das Zentralkomitee der KPdSU beim ZK der KPdSU ein Büro für die RSFSR.

Als Vorsitzender des Büros des ZK der KPdSU für die RSFSR wurden der Erste Sekretär des ZK der KPdSU Genosse N. S. Chruschtschow und als Stellvertretender Vorsitzender des Büros der Sekretär des ZK der KPdSU Genosse N. I. Beljajew bestätigt. Als Mitglieder des Büros des ZK der KPdSU für die RSFSR wurden bestätigt die Genossen: M. A. Jasnaw, Vorsitzender des Ministerrats der RSFSR, I. W. Kapitonow, Erster Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU Moskau, F. R. Koslow, Erster Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU Leningrad, W. M. Tschurajew, Leiter der Abteilung für Parteiorgane des ZK der KPdSU für die RSFSR, W. P. Mylarschtschikow, Leiter der Landwirtschaftsabteilung des ZK der KPdSU für die RSFSR, A. M. Pusanow, Erster Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der RSFSR, N. G. Ignatow, Erster Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU Gorkij, A. P. Kirilenko, Erster Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU Swerdlowsk.“

Die sowjetische Staats- und Parteiführung (Sommer 1954)**Die sowjetische Staats- und Parteiführung (Frühjahr 1956)**

Bisher wies die Kommunistische Partei der Sowjetunion abweichend vom staatlichen Aufbau nur eine partielle föderalistische Struktur auf, da die RSFSR im Gegensatz zu den fünfzehn nicht großrussischen Unionsrepubliken über keine eigene Parteiorganisation verfügte. Nunmehr sind die ersten Schritte zum Aufbau einer solchen Organisation, die von *Chruschtschow* im Januar 1955 mit der Errichtung besonderer ZK-Abteilungen für die RSFSR unternommen wurden, vom neuen Zentralkomitee sanktioniert worden. Die Wendungen „schuf“ und „bestätigt“ statt „wählt“ und „beschließt“ lassen erkennen, daß die Neugründung in erster Linie ein Werk *Chruschtschows* ist. Dies geht auch aus der personellen Besetzung des Büros hervor, dem überwiegend bekannte Parteigänger *Chruschtschows* angehören. Als solche sind außer dem aus Sibirien stammenden ZK-Sekretär *Belajew* und den Leitern der beiden ZK-Abteilungen für die RSFSR vor allem die Ersten Gebietssekretäre anzusehen, welche die wichtigsten Verwaltungs- und Industriezentren im europäischen Teil der RSFSR repräsentieren, und zwar: Moskau, Leningrad, Gorkij (früher Nischnij Nowgorod) und Swerdlowsk. Nach dem 20. Parteikongreß wurde das ZK-Büro für die RSFSR zwecks Verbesserung der propagandistischen Parteiarbeit um die ZK-Sekretäre *Pospelow* und *Aristow* erweitert. Die Vergrößerung des ZK-Büros, das nunmehr zwölf Mitglieder umfaßt, wurde auf einer Konferenz der Ersten Sekretäre der Gau- und Gebietskomitees der RSFSR, die am 10. und 11. April 1956 in Moskau stattfand und die anscheinend als eine ständige Einrichtung gedacht ist, bekanntgegeben.

d) *Das Komitee für Parteikontrolle des Zentralkomitees der KPdSU*

Als gewisses Gegengewicht gegenüber diesen expansiven Bestrebungen des Ersten Parteisekretärs ist das Komitee für Parteikontrolle (KPK) anzusehen, zu dessen Vorsitzenden *Schwerinik* bestimmt worden ist. *Komarow*, der unter *Malenkow* zum Stellvertretenden Vorsitzenden des KPK ernannt worden war, wurde im Amt bestätigt. Die Namen der übrigen Mitglieder des Komitees für Parteikontrolle werden geheimgehalten, desgleichen ist nicht bekannt, wer an der Spitze der

sogenannten „Partkommissija“ (Parteikommission) auf der Bundesebene steht und wie die Zuständigkeitsabgrenzung zwischen diesen beiden Institutionen beschaffen ist. Für die Vermutung, daß die „Partkommissija“ von *Andrejew*, einem alten *Chruschtschow*-Gegner, geleitet wird, spricht, daß dieser in letzter Zeit des öfteren bei Wahlaufufen und in Ehrenpräsidien zusammen mit den übrigen Spitzenfunktionären der Partei aufgeführt worden ist, ohne im parteilichen und staatlichen Bereich eine erkennbare Schlüsselstellung innezuhaben. So ist *Andrejew* zum Beispiel auch in das Ehrenpräsidium des Parteitages gewählt worden. Die ursprüngliche Zentrale Kontroll-Kommission (ZKK), die 1934 in eine Kommission für Parteikontrolle umgewandelt wurde, hat sowohl kontrollierende als auch richterliche Funktionen ausgeübt. Die richterlichen Funktionen dürften in der Nachkriegszeit im Zuge der Reform der Parteiverwaltung im Jahre 1948 auf die sogenannten „Partkollegien“, das heißt Parteigerichte, übertragen worden sein, die bis zum 19. Parteikongreß bei den Parteikontrollkommissionen bestanden. Im Rahmen der neuen Parteisatzung wurden die Befugnisse der in Komitee für Parteikontrolle umbenannten Parteikontrollkommission erweitert, indem sie das Recht bekam, auf der regionalen Ebene von den örtlichen Parteiorganen unabhängige Bevollmächtigte zu unterhalten. Durch den Wegfall dieser bisher im Artikel 35 Punkt c des Parteistatuts verankerten Bestimmung sind nunmehr die Einflußmöglichkeiten des KPK wesentlich beschränkt worden.

Damit ist auch die unmittelbare Verbindung zu den inzwischen in „Partkommissionen“ umbenannten „Parteikollegien“ auf der regionalen Ebene gelöst worden. Auch wenn diese Verbindung auf der Bundesebene weiter bestehen sollte, so zeigt doch dieser Vorgang, daß von der Parteiführung in nächster Zeit an eine größere Säuberung nicht gedacht ist, vielleicht auch darum, weil es *Chruschtschow* bisher nicht gelungen ist, diese beiden wichtigen Herrschaftsinstrumente in seine Hand zu bekommen. Das gleiche gilt im staatlichen Bereich für das Ministerium für Staatskontrolle, das er in seinem Bericht einer besonders scharfen Kritik unterzogen hat. (Fortsetzung folgt.)

Anmerkungen

¹⁾ Zu der Entwicklung bis zur Verdrängung *Malenkows* vgl. *Meissner*, B.: „Die Kommunistische Partei der Sowjetunion vor und nach dem Tode Stalins“, Frankfurt a. M. 1954, S. 19 ff; (künftig zitiert „Die KPdSU“). — Dgl.: „Sowjetrußland zwischen Revolution und Restauration“, Köln 1956, S. 94 ff.

²⁾ Zum dualistischen Aufbauprinzip vgl. *Meissner*, B.: „Die Sowjetführung am Vorabend des XX. Parteikongresses“ in *Osteuropa*, 6. Jg., 1956, S. 23 ff.; Dgl.: „Sowjetrußland zwischen Revolution und Restauration“, a. a. O., S. 153 ff.

³⁾ Vgl. die Dezemberrummern von *Woprossy Ekonomiki*, *Woprossy Filosofii*, *Sowjetskije Profsojuzy*, *Slawjanje*, *Neue Zeit*, *Swesda*, *Nauka i Shisnj*, *Bloknot Agitatora*.

⁴⁾ Zur Rolle der Politruk-Gruppe und der Auseinandersetzung um den Kriegsruhm zwischen *Chruschtschow* und *Malenkow* vgl. *Meissner*, B.: „Das Duumvirat Malenkow-Chruschtschow“ in *Osteuropa*, 4. Jg., 1954, S. 444 ff.; Dgl.: „Sowjetrußland zwischen Revolution und Restauration“, a. a. O., S. 94 ff.

⁵⁾ Vgl. *Mittin*, M.: „I. W. Stalin — Hervorragendster Theoretiker des Marxismus“ in *Prawda* vom 19. Dezember 1954 und Leitartikel: „Der große Triumph der Ideen des Marxismus-Leninismus“ in *Prawda* vom 21. Dezember 1954.

⁶⁾ *Chruschtschow*, N. S.: „Ueber die Steigerung der Produktion von tierischen Erzeugnissen, Bericht auf dem ZK-Plenum

am 25. Januar 1955“ in *Prawda* vom 3. Februar 1955 (deutsche Uebersetzung in *Ost-Probleme*, 7. Jg., 1955, S. 296—298).

7) Wortlaut: *Prawda* vom 11. November 1954.

8) Wortlaut: *Prawda* vom 11. Januar 1955.

9) Slepow, L., Schitarew, G.: „Leninskije normy partijnoj shisni i principy partijnogo rukowodstwa“ (Die Leninschen Normen des Parteilebens und die Grundsätze der Parteiführung) in *Kommunist*, 1955, Nr. 6, S. 58—73 (deutsche Uebersetzung in *Ost-Probleme*, 7. Jg., 1955, S. 830—832).

10) TASS-Meldung vom 4. Juli 1955.

11) *Prawda* vom 12. Juli 1955.

12) Schepilow, D. T.: „Die Generallinie der Partei und die Vulgarisatoren des Marxismus“ in *Prawda* vom 24. Januar 1955.

13) Pospelow, P. N.: „Der bewaffnete Dezemberaufstand 1905 — der Höhepunkt der Ersten Russischen Revolution“ in *Prawda* vom 21. Dezember 1955.

14) Vgl. *Osteuropa*, 5. Jg., 1955, S. 134—135.

15) Vgl. Zorza, V.: „New light on old purges, Georgian trials linked with executions in thirties“ in *Manchester Guardian* vom 28. November 1955.

16) Vgl. *Prawda* vom 24. November 1955.

17) Molotow, W. M.: „W redakziju shurnala Kommunist“ (An die Redaktion des „Kommunist“) in *Kommunist*, 1955, Nr. 14, S. 127—128 (deutsche Uebersetzung in *Ost-Probleme*, 7. Jg., 1955, S. 1700). Die Nummer wurde am 30. September 1955 zum Druck freigegeben.

18) „Swjas teorii s praktikoj i partijnaja propaganda“ in *Kommunist*, 1955, Nr. 14, S. 3—12 (deutsche Uebersetzung in *Ost-Probleme*, 7. Jg., 1955, S. 1702—1709).

19) Kedrow, B., Gurgendse, G.: „Sa glubokuju rasrabotku leninskowo filosofskowo nasledstwo“ (Für eine tiefgehende Ausarbeitung des Leninschen philosophischen Erbes) in *Kommunist*, 1955, Nr. 14, S. 45—56. In diesem Zusammenhang ist auf die Philosophen-Tagung im Januar 1955 hinzuweisen, die eine mittelbare Kritik an Stalins vier Grundzügen der Dialektik enthielt.

20) „K woprossu o tipitscheskom w literature i isskustwe“ (Zur Frage des Typischen in der Literatur und Kunst) in *Kommunist*, 1955, Nr. 18, S. 12—23. Die Nummer wurde am 22. Dezember 1955 zum Druck freigegeben.

21) *Woprossy Istarii*, 1955, Nr. 12, a. a. O., S. 142. Die Nummer wurde am 10. Dezember 1955 zum Druck freigegeben.

22) Siehe den Tagungsbericht in *Woprossy Istarii*, 1956, Nr. 2, S. 199—213. Die Februarnummer (a. a. O., S. 21, 127) enthält die Namen der folgenden in der Großen Säuberung (1934—38) umgekommenen Spitzenfunktionäre: Rudzutak, Kossior, Tschubarj, Postyschew, Kossarew, Gamarnik. Ferner wurden Lunatscharskij und Pokrowskij genannt, die erst nach ihrem Tode bei Stalin in Ungnade gefallen waren.

23) Zum Verlauf und den Ergebnissen des 19. Parteikongresses vgl. „Die KPdSU“, a. a. O., S. 7 ff.

24) Vgl. den Bericht von Klaus Mehnert über die Eröffnung des Parteitages in *Die Welt* vom 18. Februar 1956. Die Tagungschronik sowie die Reden und Beschlüsse finden sich in der *Prawda* vom 15. bis 26. Februar 1956.

25) Wortlaut in deutscher Uebersetzung: Beilage zur *Neuen Zeit* vom 16. Februar 1950, Nr. 8. Die Teile I (Die internationale Lage der Sowjetunion) und II (Die Partei) werden im Dokumententeil des demnächst erscheinenden Bandes 13 der Reihe *Dokumente und Berichte des Europa-Archivs* „Das Ende des Stalin-Mythos“ ungekürzt wiedergegeben.

26) Wortlaut in deutscher Uebersetzung: Beilage zur *Neuen Zeit* vom 23. Februar 1956, Nr. 9.

27) Der vollständige Wortlaut der drei Reden wird im Dokumententeil des Bandes 13 der Reihe *Dokumente und Berichte des Europa-Archivs* veröffentlicht.

28) Wortlaut (in deutscher Uebersetzung) in *Neues Deutschland* vom 21. und 22. Februar 1956.

29) Wortlaut (in deutscher Uebersetzung) in *Neues Deutschland* vom 25. und 26. Februar 1956.

30) Wortlaut (in deutscher Uebersetzung) in *Neues Deutschland* vom 21., 22. und 24. Februar 1956.

31) Die Diskussionsbeiträge der folgenden Fachminister erscheinen wesentlich: Bajbakow (GOSSPLAN), Scheremetjew (Eisenmetallindustrie), Lomako (Buntmetallindustrie), Sade-midko (Kohlenindustrie), Jewsejenko (Erdölindustrie), Beschtschew (Verkehrswesen), Mazkewitsch (Landwirtschaft), Benediktow (Sowchose). Agrarpolitisch bedeutsam waren auch die Beiträge des ZK-Sekretärs Belajew und des Leiters der ZK-Abteilung für Landwirtschaft der RSFSR Mylarschtschikow. Auf die kommunalwirtschaftliche Planung Moskaus wurde in den Reden der Furzewa (1. Sekretär des Stadtkomitees Moskaus) und des Moskauer Oberbürgermeisters Bobrownikow eingegangen.

32) Zu nennen wären außer der Furzewa noch Kapitonow (1. Sekretär des Gebietskomitees Moskau), Koslow (1. Sekretär des Gebietskomitees Leningrad), Bojzow (1. Sekretär des Gaukomitees Stawropol), Ignatjew (1. Sekretär des Gebietskomitees Baschkirien), Organow (1. Sekretär des Gaukomitees Krasnojarsk), Breshnjow (1. Sekretär der KP Kasachstans).

33) Wortlaut (in deutscher Uebersetzung): „Die KPdSU“, a. a. O., S. 65 ff.

34) Wortlaut (in deutscher Uebersetzung): „Die KPdSU“, a. a. O., S. 76 ff.

35) Wortlaut (in deutscher Uebersetzung): *Vorwärts* vom 20. Februar 1956 und *Neues Deutschland* vom 21. Februar 1956.

36) Der vollständige Wortlaut wird im Dokumententeil des Bandes 13 der Reihe *Dokumente und Berichte des Europa-Archivs* wiedergegeben.

37) Wortlaut (in deutscher Uebersetzung) in *Für Dauerhaften Frieden, Für Volksdemokratie!* vom 2. März 1956, S. 3.

38) Wortlaut (in deutscher Uebersetzung) in *Für Dauerhaften Frieden, Für Volksdemokratie!* vom 2. März 1956, S. 3.

39) Wortlaut (in deutscher Uebersetzung) in *Für Dauerhaften Frieden, Für Volksdemokratie!* vom 2. März 1956, S. 3.

40) Wortlaut (in deutscher Uebersetzung) in Beilage zur *Neuen Zeit* vom 1. März 1956, Nr. 10.

41) Vgl. „Kurs auf die Agrarkommune“ in *Ost-Probleme*, 8. Jg., 1956, S. 448—452. Die Empfehlungen des Zentralkomitees der KPdSU und des Ministerrats der UdSSR zur Neufassung des Kolchos-Musterstatuts von 1935 (*Prawda* vom 10. März 1956) stellen eine einschneidende Maßnahme gegen die Bauern dar. Sie bedeuten, daß der Kolchos-Bauer bei einer Verkleinerung seines sowieso äußerst geringen individuellen Besitzes an Land (bisher im allgemeinen $\frac{1}{4}$ ha) und Vieh (eine Kuh) mehr und angestrengter arbeiten und weniger je Leistungseinheit verdienen soll als bisher. Zugrunde liegt diesem ersten Schritt in Richtung einer dritten Agrarrevolution die Initiative des Geburtsortes Chruschtschows, des Dorfes Kalinowka im Kursker Gebiet. Vgl. *Prawda* vom 4. November 1955.

42) Die Veränderungen in der organisatorischen und sozialen Struktur der Kommunistischen Partei der Sowjetunion bis zum 20. Parteikongreß sind aus den folgenden Abhandlungen des Verfassers zu ersehen: „Der Wandel im sozialen Gefüge der Sowjetunion“ in *Europa-Archiv*, 5. Jg., 1950, S. 2989—3004; „Rußland im Umbruch. Der Wandel in der Herrschaftsordnung und in der sozialen Struktur der Sowjetunion“, Frankfurt a. M. 1951; Umschau-Bericht „Partei“ im Sonderheft „Der 19. Parteitag der KPdSU, Osteuropa“, 2. Jg., 1952, S. 417 ff. Soweit nichts anderes vermerkt, sind die Zahlen für die Zeit vor 1956 aus diesen Abhandlungen entnommen. An Quellen wurden ferner herangezogen: Fainsod, M.: „The Communist Party Since Stalin“ in *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, January 1956, S. 23—36 und „Statistik der Kommunistischen Partei der UdSSR“ in *Der aktuelle Osten* vom 16. und 23. März 1956.

43) In der entsprechenden Aufstellung in „Der aktuelle Osten“ vom 23. März 1956, aus der die Zahl der Kolchoszellen übernommen wurde, fehlen die Angaben für die MTS, auch ist die Vergrößerung der Sowchose nicht berücksichtigt worden. Die Berechnung der Zahlen für das Verkehrs- und Bauwesen geht von einer irrigten Prämisse aus. Ferner ist nicht berücksichtigt, daß unter den „anderen Wirtschaftszweigen“ in erster Linie die Verwaltung (im weiteren Sinn) zu verstehen ist.

⁴⁴⁾ Die Zahl der Berufstätigen ergibt sich aus der entsprechenden Aufstellung in *Der aktuelle Osten* vom 23. März 1956, die in Übereinstimmung mit der vorherigen Uebersicht (siehe Linie die Verwaltung (im weiteren Sinn) zu verstehen ist.

⁴⁵⁾ Nach *Partijnaja Shisnj*, 1955, Nr. 12, S. 68 betrug die Zahl der Angehörigen der regionalen Komitees (Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken, Gau- und Gebietskomitees) um 14 000 und der Bezirks- und Stadtkomitees über 200 000 (Stand vom Juni 1955).

⁴⁶⁾ Stalin machte über die Führungskader der Partei im März 1937 bei einem Mitgliederbestand von 2 Millionen folgende Angaben: Generalität 4000—5000, Offiziere 30 000 bis 40 000, Unteroffiziere 100 000—150 000.

⁴⁷⁾ *Fainsod*, M.: „How Russia is Ruled“, Cambridge (Mass), 1953, S. 179.

⁴⁸⁾ Von den 47 ausgeschiedenen Mitgliedern des Zentralkomitees sind

4 in den Kandidatenstand versetzt worden (K. P. Shukow, Melnikow, Fadejew, Tschepalakow)

3 in die Zentrale Revisionskommission übergeführt worden (*Simjanin*, *Kidin*, *Lukjanow*)

4 in den Kandidatenstand versetzt worden (K. P. Shukow, Schkirjatow, Wyschinskij)

1 hingerichtet worden (*Berija*)

30 abgesetzt worden (*Andrianow*, *Arutinow*, *Bagirow*, *Borkow*, I. A. *Wolkow*, *Jefimow*, *Jegorow*, M. I. *Gussjew*, *Kezchoweli*, W. I. *Kisseljow*, *Kortschagin*, *Kruglow*, *Kulijew*, N. G. *Kusnezow*, *Kutyrew*, *Marfin*, *Melnik*, *Mgeladse*, *Nedossekin*, *Nijasow*, *Nikolajew*, *Prass*, *Pronin*, *Semin*, *Schajachmetow*, *Smirnow*, *Taibekow*, *Titow*, U. J. *Jussupow*, A. F. *Sassjadko*)

2 spurlos verschwunden (*Poskrebyshew*, *Tschesnokow*)

3 aus sonstigen Gründen ausgeschieden (*Wagapow*, J. A. *Shdanow*, *Schatalin*)

Von den abgesetzten Spitzenfunktionären sind als die wichtigsten zu nennen: *Andrianow* (Leiter der Leningrader Parteiorganisation 1949—1953), *Arutinow* (Leiter der armenischen Parteiorganisation 1937—1953), *Bagirow* (Leiter der aserbaidshianischen Parteiorganisation 1937—1953), *Jussupow* (bis 1953/54 Leiter der usbekischen Partei- und Staatsorganisation), *Nijasow* (1953—1955 Leiter der usbekischen Parteiorganisation), *Schajachmetow* (bis Anfang 1954 Leiter der kasachischen Parteiorganisation), Generaloberst der Staatssicherheit *Kruglow* (MWD-Minister 1943—1956), Admiral N. G. *Kusnezow* (Oberbefehlshaber der sowjetischen Kriegsmarine 1937—1947 und 1951—1956). Bei den beiden spurlos verschwundenen Spitzenfunktionären handelt es sich um den Leiter der Privatkanzlei Stalins, Generalleutnant *Poskrebyshew*, und den zeitweiligen Leiter des Instituts für Philosophie, *Tschesnokow*, der 1952 zum Kandidaten des (großen) ZK-Präsidiums aufrückte und an der Abfassung und Kommentierung der „Oekonomischen Probleme des Sozialismus“ maßgeblichen Anteil hatte.

Von den 63 ausgeschiedenen Kandidaten des Zentralkomitees sind

13 zu Vollmitgliedern des Zentralkomitees befördert worden (*Danijalow*, *Dementjew*, *Gromyko*, *Sawenjagin*, G. K. *Shukow*, *Kalitschenko*, *Malinowski*, *Ponomarjow*, *Serdjuk*, *Sjerow*, *Tichomirow*, *Furzewa*, *Schkolnikow*)

7 in die Zentrale Revisionskommission übergeführt worden (*Iljitschow*, *Kairow*, F. F. *Kusnezow*, *Malinin*, *Merezkow*, *Panuschkin*, *Simonow*)

1 eines natürlichen Todes gestorben (*Goworow*)

3 hingerichtet worden (*Goglidse*, *Kobulow*, *Merkulow*)

11 abgesetzt worden (*Achasow*, *Alexandrow*, *Bakradse*, *Bondarenko*, *Gedvilas*, *Kulow*, *Ladanow*, *Mamonow*, *Pidtytschenko*, S. S. *Rumjanzew*, *Zchowrebaskwili*)

7 spurlos verschwunden (*Artemjew*, *Grigorjan*, S. Je. *Sacharow*, *Maslennikow*, G. M. *Popow*, *Rjasnoj*, *Schtemenko*)

21 aus sonstigen Gründen ausgeschieden (*Alexenko*, *Bassistyj*, *Bogdanow*, *Werschinin*, *Dwinskij*, *Gorschenin*, P. A. *Sacharow*, *Jefremow*, *Kasakow*, *Kusnezowa*, *Parschin*, *Pawlow*, *Pomasnew*, *Sokolow*, *Stepanowa*, *Stoletow*, *Tschumatschenko*, *Zyren*, *Fjodorow*, *Chochlow*, *Jumaschew*)

Bei den verschwundenen Kandidaten handelt es sich um drei Militärs: Generaloberst *Artemjew* (OB des Wehrkreises Moskau bis 1953), Armeegeneral *Schtemenko* (Generalstabschef bis Anfang 1953), Admiral *Sacharow* (Stellv. Leiter der Politischen Hauptverwaltung der sowjetischen Kriegsmarine bis Anfang 1956), zwei Polizeiführer: Armeegeneral *Maslennikow* (Stellv. MWD-Minister und Oberbefehlshaber der MWD-Verfügungstruppen), *Rjasnoj* (Stellv. MGB- bzw. MWD-Minister bis 1953) und zwei Parteifunktionäre: G. M. *Pawlow* (bis 1948/49 ZK-Sekretär und Leiter der Moskauer Parteiorganisation, zuletzt 1953 Botschafter in Polen), *Grigorjan* (ZK-Beauftragter für die Adsharische ASSR, Redaktionsmitglied des *Kommunist*). Von den abgesetzten Kandidaten sind nur *Bakradse* (Ministerpräsident der Georgischen SSR 1953) und *Gedvilas* (Ministerpräsident der Litauischen SSR bis Ende 1955) von größerer Bedeutung.

⁴⁹⁾ Die genaue personelle Zusammensetzung des ZK und der ZRK sind aus dem Verzeichnis der zentralen und regionalen Führungsgremien zu ersehen. (Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Band 13.) Die Funktionen der einzelnen ZK- und ZRK-Angehörigen sind im Anhang des Buches des Verfassers „Sowjet-Rußland zwischen Revolution und Restauration“, Köln 1956, aufgeführt.

⁵⁰⁾ Vgl. den Aufsatz „Sowjetmarschälle — die Macht im Hintergrund“, in „Sowjet-Rußland zwischen Revolution und Restauration“, a. a. O., S. 128 ff.

⁵¹⁾ Zu der Entwicklung der obersten Sowjetführung zwischen 1952 und 1956 siehe „Die KPdSU vor und nach dem Tode Stalins“, a. a. O., S. 19—22, und den Aufsatz „Die oberste Sowjetführung am Vorabend des 20. Parteikongresses“, in „Sowjet-Rußland zwischen Revolution und Restauration“, a. a. O., S. 153 ff.

⁵²⁾ Quelle: *Prawda* vom 29. Februar 1956.

Die geistesgeschichtlichen Voraussetzungen der Sowjetpädagogik

Von Dr. Leonhard Froese, Berlin

Der Ideenreichtum der russischen Pädagogik, insbesondere des neunzehnten Jahrhunderts, ist eine im Westen bisher viel zu wenig beachtete Realität. Das ist insofern auch von aktueller Bedeutung, weil die gegenwärtige sowjetpädagogische „Expansion“ sowohl in die Länder der „Volksdemokratien“ als auch in nichtkommunistische Staaten des Ostens nur von diesem geschichtlichen Hintergrund aus möglich ist. In so sehr an die Tradition gebundenen Kulturräumen, wie beispielsweise China und Indien, kann nur eine Macht geistig Fuß fassen, die sich selbst auf ein reiches Kulturerbe zu berufen vermag. Rußland erscheint heute, nach dem Rückgang der westeuropäischen Kolonisation, den östlichen Völkern dafür durchaus berufen.

Wie sehr es selbst entschlossen ist, diese Chance zu nutzen, hat der demonstrative Fraternisierungsumzug seiner gegenwärtigen politischen Führer erst jüngst offenkundig gemacht.

Es bedarf keines Nachweises, wie kurzsichtig es vom Westen ist, die ebenso aufrichtige wie offenerherzige Sympathie dieser Völker für den großen, vorwärtsstürmenden „Bruder im Norden“ mit probolschewistischer Einstellung zu identifizieren. Sie empfinden viel stärker als wir eine Kontinuität der Entwicklung vom alten zum modernen Rußland und glauben, wie das Gros der Russen selbst, daß in ihm ein gutes Stück seines Kulturerbes wirksam ist. Sogar im sowjetisierten Osteuropa, das der geistigen Ueberfremdung aus dem Osten ein „westlerisches“ Ressentiment entgegenzusetzen pflegt, wurde man empfänglicher, als man erkannte, daß die sowjetische „Botschaft“ mehr offenbarte als modifizierten Marxismus. Das gilt nicht zuletzt für den mitteldeutschen Bereich, wo man gerade in intellektuellen, dem Sowjetexperiment abgeneigten Kreisen mit Ueberraschung feststellte, daß nicht alles, was in sowjetischem Gewande erscheint, bolschewistischen Gehaltes ist.

I. Das Problem der Ursprungsquelle

Es ist ein von offizieller sowjetischer Seite ebenso eindringlich propagiertes Dogma wie ein vom Westen unkritisch hingenommener Leitsatz, daß die Sowjetpädagogik *eindeutig marxistischen Ursprungs* sei. Der Begriff der *polytechnischen Erziehung* soll diese Auffassung verbürgen. Nicht nur, daß man damit die Grundkategorie der Sowjetpädagogik festgestellt und diese als ausgesprochen marxistisch fixiert zu haben meint: man geht im Osten so weit, Karl Marx als „Begründer der modernen wissenschaftlichen Pädagogik“ zu preisen: „Es ist ... nicht zufällig, daß wir die entscheidenden, die ganze Erziehungswissenschaft umwälzenden Erkenntnisse im ‚Kapital‘, dem Hauptwerk von Marx, finden¹.“ Die Belege, die dafür herangezogen werden, sind nicht neu, im Grunde auch nicht die Interpretation, die sie erfahren. Die wenigen Stellen, die das „Kapital“ und andere Schriften dafür hergeben, sind tausendfach zitiert und in

die Sowjetterminologie gedolmetscht worden. Von akutem Interesse ist nur, wie selbstverständlich die einmal aufgestellte irrige These, die durch die inner-sowjetische pädagogische Entwicklung und ihre Theorie widerlegt worden ist, übernommen und überdehnt wird.

Die meisten östlichen wie westlichen, älteren und modernen Schriften, die sich mit dem historischen Hintergrund der Sowjetpädagogik befassen, sind sich darin einig, der marxistischen Quelle zumindest die dominante Rolle zuzuschreiben. Frühere bedeutsame Schriften, wie etwa A. Popowitschs „Grundlagen der Sowjetpädagogik“ (Weimar 1934) und P. Pinkewitschs „The New Education in the Soviet Republic“ (New York 1929), bieten, wie alle sowjetischen Schriften², ein einseitiges Zurückgreifen auf den Marxismus und gelegentlich auf die Vorläufer des russischen Sozialismus des 19. Jahrhunderts. Soweit andere Namen und Ideen darin erscheinen, werden diese nur oder doch vorwiegend von jenem einseitigen Blickwinkel aus interpretiert. Dasselbe gilt für die beachtlicheren westlichen Arbeiten³: für die älteren Schriften von G. S. Counts wie für die neueren von M. J. Shore (die sonst sehr gut fundiert sind) und von W. H. E. Johnson⁴ (der nur ein sehr allgemein gehaltenes Kapitel dem russischen pädagogischen Erbe widmet

¹) W. Dorst, „Karl Marx — Begründer der modernen wissenschaftlichen Pädagogik“ in: *Neuer Weg*, 5/1953, und *Berufsbildung*, 5/1953.

²) Vgl. als neuere Erscheinung die Schrift des Volksbildungsministers der RSFSR, I. A. Kairow, „Die ideologischen Grundlagen der Sowjetpädagogik“, deutsch: Berlin/Leipzig 1949.

³) Counts, „The Soviet Challenge to America“, New York 1931; Shore, „Soviet Education“, New York 1947.

⁴) Johnson, „Russia's Educational Heritage“, Pittsburgh 1950.

und die im Vorwort niedergelegte Feststellung, daß „die philosophischen und pädagogischen Ideen der zaristischen Epoche anscheinend den größten Einfluß auf die Sowjetpädagogik ausgeübt haben“, nicht weiter ausführt). Auch in Counts' neuerer Schrift⁵ von 1949 kommt die Erkenntnis, daß auf das sowjetische Phänomen neben dem marxistischen Dogma „bestimmte Traditionen der großen russischen Gestalten“ eingewirkt haben, nicht zur Geltung.

Für die folgende Darlegung ist der Gesichtspunkt maßgebend, daß die *sowjetpädagogische Entwicklung* entscheidend von den ideengeschichtlichen Triebkräften der russischen Pädagogik bestimmt worden ist und primär von deren Hintergrund aus verstanden werden muß. Die Problematik aller geistesgeschichtlichen Forschung tritt auch hier zutage: es ist im einzelnen in der Regel nicht nachweisbar, wieweit es sich jeweils um direkte oder mittelbare Einflußnahme handelt. Dem unmittelbaren marxistischen Anstoß mit der Idee „polytechnischer Erziehung“⁶ steht hier immerhin die tiefgreifende Einwirkung der Tolstoj-Schule gegenüber. Es war nicht *Lenin*, auch nicht *Krupskaja* und *Lunatscharskij*, sondern der Vertreter der „freien Erziehung“ *Blonskij*, der den alten Wein Tolstoj'scher Bildungskonzeption in den neuen Schlauch marxistisch-sowjetischer Terminologie einfüllte.

Die These von der Priorität der russischen pädagogischen Ideen in der Einflußnahme auf die Gestaltung der Sowjetpädagogik geht von der doppelten Voraussetzung aus, daß der Extrakt der russischen „reformerischen“ Pädagogik in der pädagogischen Konzeption L. N. Tolstoj's Niederschlag gefunden hat und daß ihr Gestaltungsmotiv und Ethos der früh-sowjetischen pädagogischen Entwicklung den Stempel aufgeprägt haben.

Das russische Erziehungsdenken hat sich in einer *pädagogischen Bewegung* verkörpert⁷, die ihrerseits in der geschichtsphilosophischen und kulturkritischen Bewegung der russischen Intelligenz — die in Anlehnung an Herman Nohls Begriff der „Deutschen Bewegung“ als *Russische Bewegung* bezeichnet werden soll — eingebettet war. Beide Bewegungen, die übergreifende geistesgeschichtliche und die sie integrierende bildungsgeschichtliche, die im neunzehnten

Jahrhundert zur Entfaltung kamen, reichen in ihrer Vorgeschichte über die Zeit Peters des Großen hinaus zurück.

Noch vor der Französischen Revolution werden die aufklärerischen Vorstellungen des Westens in Rußland aufgegriffen und öffentlich vertreten. Das geschieht weniger rein epigonenhaft als vielmehr in der Form, daß die liberal-individualistischen und sozial-republikanischen Ideen der westeuropäischen Aufklärung Anregung zu eigenem Um- und Weiterdenken geben. Die russischen Freiheitsvorstellungen haben oft nur den Anstoß von außerhalb empfangen und sich ganz bewußt eigenen Inhalt und Ausdruck gegeben. Gelegentlich tauchen sie auch völlig unabhängig auf, ohne deshalb unbedingt ein eigenständigeres Gepräge zu haben. Diese spezifisch russischen Wurzeln geben immerhin dem späteren „völkischen“ geistigen Selbstbewußtsein das ihm so wichtige historische Beweisstück in die Hand.

Die pädagogische Motivation — das Problem allgemeiner Volksbildung — war dabei von entscheidendem Gewicht. Es war nicht die Baconsche, letztlich utilitaristische Vorstellung vom Wissen als Macht, die dabei den Ausschlag gab. Es gab in Rußland Stimmen, die bereits vor dem Aufklärungsjahrhundert für das Recht jedes Menschen auf Wissen und Bildung eintraten, weil sie darin *eine Grundbedingung seiner Freiheitsbestimmung* erblickten. Sie nahmen damit das Gestaltungsmotiv der späteren russischen pädagogischen Bewegung vorweg, die mit der Begründung der *humanitären Bildungsidee* vom *naturrechtlichen Freiheitsprinzip* aus der gesamten geistigen Bewegung der russischen Intelligenz zum Bewußtsein ihrer entscheidenden Gestaltungskraft verhalf. Gemeinsam mit der Dichtung⁸, Literatur- und Kulturkritik machten die pädagogischen Ideen nicht nur den eigentlichen Gehalt der Russischen Bewegung aus, sondern bildeten darüber hinaus — im Unterschied zu revolutionsartigen Bestrebungen, wie die der Dekabristen, radikalen Narodniki und vor allem der späteren Sozialisten — ihr „energetisches“ Zentrum. Die unwürdigen äußeren Zustände sollten auf evolutionär-reformerischem — und folglich in erster Linie auf pädagogischem, volksbildnerischem — Wege gewandelt werden.

II. Die liberal-reformerischen Triebkräfte

Erste Ansätze eines russischen geistigen Freiheitsstrebens sind in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts erkennbar. Wir sehen dabei von den Vorgängen

um den *Raskol*, von der Kirchenspaltung, und von der Wirksamkeit der „Brüderschaften“ ab; auch von der Rührigkeit *Rtschtschews* sowie den Mahnungen *Koto-*

⁵) G. S. Counts und Nucia Lodge, „The Country of the Blind“, Boston 1949.

⁶) Der Begriff von Marx taucht zum ersten Male nicht im „Kapital“, sondern ein Jahr vor Erscheinen dessen ersten Bandes in der politischen und sozialökonomischen Zeitschrift *Der Vorbote* auf (Nr. 10, Jahrg. 1866).

⁷) Vgl. den Aufsatz des Verfassers „Der Begriff der allgemeinen Bildung zu Beginn der russischen pädagogischen Bewegung“ in: *Die Sammlung*, Jg. 1954, S. 460 f.

⁸) Vgl. als neuere Veröffentlichung über die Eigenstellung der russischen Dichtung die Deutung Johannes Harders, „Dichtung als Dienst“ in: *Kraft und Innigkeit*, Jg. 1953, S. 64 ff., insb. S. 66.

schichins und *Krishanitschs*. Bedeutsamer sind Plan und Versuch *Ordin-Naschtschokins*, nach Kljutschewskij der bedeutendste Moskauer Staatsmann des Jahrhunderts. Der Mitarbeiter des Zaren Alexej bereitete durch seine weitgreifenden Reformideen und -pläne die „revolutionären“ Maßnahmen *Peters des Großen* vor. Unterstützt vom Zaren, aber abgelehnt und bekämpft durch einflußreiche Kreise der Gesellschaft, gelang ihm nicht die erstrebte Synthese zwischen westlichem Fortschritt und russischer Ueberlieferung. Als „Ausländer“ verspottet, mißlang ihm auch das großartige Pskower Selbstverwaltungsprojekt, das als Modell für die innerpolitische Reform Rußlands, einschließlich des Bildungswesens, gedacht war.

Den maßgeblichen Beitrag zu den frühesten Ansätzen eines russischen Freiheitsdenkens leisten die Zeitgenossen und Mitarbeiter *Peters des Großen*. Neben den Beiträgen *W. W. Golizyns*, *F. Prokopowitschs* und *W. B. Tatischschews*, die bereits Glaubens- und Gewissensfreiheit und allgemeine Bildung für das sogenannte niedere Volk verlangt hatten, steht *I. T. Pososchkows* Denkschrift an den Zaren „Ueber Armut und Reichtum“ von 1724, die in nuce gleichsam das Programm der späteren Bewegung der russischen Intelligenz enthält: obligatorischen Schulunterricht für die Kinder aller Stände, Befreiung der Leibeigenen, Hebung der Stellung der Frau und eine demokratische Rechtsreform, um schließlich „alle unsere Nachbarn an Tugend und Gesittung zu übertreffen“. Um die Jahrhundertmitte erregen vor allem *I. I. Bezkijs* (1704—1795) „Gemeinschaftsplan eines Erziehungsheimes“, das in Rußland ein pädagogisches Bewußtsein im Sinne Comenius' und Rousseaus erweckt, und das Projekt des Deutschen Philipp Heinrich *Dilthey* „Von Sklavenschulen als erster Grundlage guter Erziehung“ (1764) großes Aufsehen. *Dilthey*, der erste Professor der Rechte an der Moskauer Universität, empfahl, begabte Leibeigene als Hauslehrer für die Kinder der Adligen auszubilden.

Die zweideutige Politik *Katharinas II.* ermöglichte einerseits die Einleitung der schulpolitischen Reformen durch den Oesterreicher *Jankovič de Mirievo* und forderte andererseits *N. I. Nowikow* (1744—1818) und *A. N. Radischtschew* (1749—1802) zum ersten mehr oder minder offen ausgetragenen Kampf zwischen autokratischer Krone und liberal gesinnter Intelligenz heraus. *Alexander I.* ist zu Beginn seiner Herrschaft selbst in ausschlaggebender Weise an der nun einsetzenden großen kulturellen und insbesondere volksbildnerischen Reform beteiligt. Ihr liegen die Denkschriften von *F. S. de Laharpe* und *Friedrich von Klinger* zugrunde. Unter der „fortschrittlichen“ und gemäßigten Regierung *Alexanders* ergeben sich die politischen Voraussetzungen für die nun entstehende Russische Bewegung.

Die Bewegung der russischen Intelligenz wird ausgelöst durch den bekannten ersten Philosophischen

Brief *P. I. Tschaadajews* (1794—1856) und getragen von den sogenannten Westlern und den Slawophilen, die gemeinsam aus Moskauer akademischen Kreisen der dreißiger Jahre hervorgingen und an zwei entgegengesetzten Fronten letztlich dieselbe Sache verteidigten. *Alexander Herzen* schrieb später darüber: „Wir hatten eine Liebe, aber eine unterschiedliche. Sie wie uns überfiel von frühen Jahren an ein starkes . . . leidenschaftliches Gefühl . . . einer grenzenlosen, alles Existierende umfassenden Liebe zum russischen Volk, zum russischen Schicksal, zur russischen Geistesverfassung. Und wir schauten, wie ein Janus, in verschiedene Richtungen, während ein Herz schlug.“ *Tschaadajews* Bedeutung erschöpft sich nicht darin, Vorgänger der beiden Grundrichtungen der Russischen Bewegung gewesen zu sein: die Auseinandersetzung der Westler und „Oestler“ entzündete sich und blieb haften an dem Problem der Bedeutung Rußlands und seiner Aufgabe für die Welt. *Tschaadajew* hat die russische Geschichtsvision gestiftet, die durchgehend das Denken und Handeln sowohl der liberalen wie der späteren sozialistischen Bewegung bestimmt hat und deren psychische Tragweite letztlich Sieg und Macht des russischen Sozialismus bis heute zu erklären vermag. Die Leitidee dieses bei *Tschaadajew* erwachenden russischen *Messianismus* — um die Kennzeichnung *Berdajews* zu verwenden — ist an einem Satz seiner „Apologie“ abzulesen. *Tschaadajew* proklamiert: „Ich habe die innerste Ueberzeugung, daß wir dazu berufen sind, die Mehrzahl der Probleme auf sozialem Gebiet zu lösen, die Mehrzahl jener Ideen zu vollenden, die in der alten Gesellschaft entstanden sind, uns zu äußern über die ernstesten Fragen, die das Menschengeschlecht beschäftigen.“

Der formale Leitgedanke der russischen kulturkritischen und pädagogischen Bewegung, die „Freiheit“, erfährt in dreifacher Hinsicht seine inhaltliche Bestimmung: in *anthropozentrisch-humanistischer*, *ethnisch-nationaler* und *sozialer*. Diese Bezeichnungen decken sich nicht ohne weiteres mit den bei uns gängigen Bedeutungen, sondern sind eher genuin zu verstehen. Der besondere russische Akzent, den sie außerdem haben, wird aus dem Zusammenhang deutlich.

Wenn auch *Tschaadajews* Briefe (1829—1831; Veröffentlichung des ersten 1836 im „Teleskop“) als das auslösende Moment für die Entfaltung der Russischen Bewegung angesehen werden können, so muß doch an ihren Beginn *W. G. Odojewskij* (1803—1869) gestellt werden. In ihm und durch ihn gewinnen die überlieferten Werte der Reformer, des klassischen und des russischen Humanismus und die überall spürbaren neuen Ansätze einheitlich Gestalt. Er bereitet den Boden vor für den nächsten Schritt der Slawophilen. *Odojewskij* ist das Bindeglied zwischen der alten und der neuen Generation der russischen Intelligenz.

Das noch sehr allgemein gehaltene Menschenbild *Odojewskijs* stellt eine Synthese dar zwischen der

ästhetisch-humanistischen Idee des deutschen Idealismus und der russisch-christlichen Version. Die Hervorhebung der Selbst-„Versenkung“ und der „instinktiven“ Kräfte ist auffällig. Das anthropozentrische Anliegen, das überhaupt für die russische Philosophie charakteristisch ist, und insbesondere ihr ästhetisch-sittliches Moment wird seitdem in der russischen Pädagogik als eine der Grundvoraussetzungen angesehen und ist auch in die Sowjetpädagogik, und zwar nicht nur dem Namen nach, eingegangen.

Odojewskijs Bedeutung für die Entwicklung der pädagogischen Ideen der Russischen Bewegung erschöpft sich keineswegs darin, daß er die Bewegung einleitete und zum geistigen Anhaltspunkt der verschiedenen „fortschrittlichen“ Kräfte wurde. Sie erschöpft sich auch nicht inhaltlich in seiner großen Kulturkritik an dem Erbe der europäischen Aufklärung aus russisch-anthropozentrischer Perspektive. Odojewskijs unmittelbare Bedeutung im Hinblick auf die pädagogische Auswirkung der Bewegung besteht in der Idee seiner *Arbeitserziehung*. Sie ist später wieder aufgenommen worden, namentlich von Uschinskij, und hat schließlich durch die Schüler und Nachfolger Tolstojs unmittelbaren Einfluß auf die Sowjetpädagogik erlangt.

Es mag überraschen, daß die exponiertesten Literatur- und Gesellschaftskritiker Rußlands, Belinskij und Herzen, deren Polemik gegen die kulturelle und sozial-politische Situation des Zarenreiches von der sowjetischen Kritik nur zu gerne verwertet wird, mit der anthropozentrisch-humanistischen Bildungsvorstellung in Verbindung gebracht werden. Aber für sie gilt, was an anderer Stelle noch einmal geltend gemacht werden muß: ihr Bild darf nicht durch das Vorurteil, das aus der Ablehnung der sowjetischen Deutung resultiert, verzeichnet werden. Namentlich ihre pädagogischen Ideen sind so bedeutsam und eindeutig, daß von hier aus auch ihre sonstigen, bisweilen sehr radikalen Kritiken und Proklamationen als ihrem geistigen Habitus wesensfremde Auswüchse betrachtet werden müssen. W. G. Belinskijs (1811—1848) humanistische Bildungsauffassung, die sich in der Empfehlung des Studiums des Altertums und seiner Sprachen, auch gerade als Lehrplanbestandteil der höheren Schulen, konkretisiert, gibt im klassischen pädagogischen Verständnis der Allgemeinbildung eindeutig den Vorrang gegenüber der spezial-fachlichen Ausbildung: „Die elementare Erziehung muß in den Kindern nicht einen Beamten, nicht einen Dichter, nicht einen Handwerker sehen, sondern einen Menschen, der später dann das eine oder andere sein kann, dabei aber ein Mensch bleibt.“ „Wer nicht vorher ein Mensch wurde, der ist ein schlechter Bürger.“ Es ist damit kein anonymes Menschsein, sondern die Einzelpersönlichkeit gemeint, die sich in der konkreten geschichtlichen Situation zu bewähren habe. Von hier aus kommt er zur Vorwegnahme der geschichtsphilosophischen

sophischen antimarxistischen These *Lenins* (die erst den russischen revolutionären Alleingang ermöglichte), daß die Geschichte nicht von dem „Geist“ des Volkes oder durch eine evolutionäre „Gesetzlichkeit“, sondern durch die Persönlichkeit bestimmt werde. A. L. Herzen (1812—1870) teilt grundsätzlich die Bildungs- und Geschichtsauffassung Belinskijs. Er erkennt vor allem auch, daß die ihm so wichtige Pflege von Naturkunde und -wissenschaften in den humanistischen Schul- und Wissenschaftsdisziplinen ein notwendiges Gegengewicht haben müsse. Ohne klassische Bildung, ohne „humaniora“, falle man leicht in das Handwerkertum der Wissenschaft und verliere vor der Tatsachenfülle den Blick für das eigentlich Wesentliche.

Im Gegensatz zur liberalistischen Aufklärungsidee der Französischen Revolution vertrat N. I. Pirogow (1810—1881) in Übereinstimmung mit der Deutschen Bewegung den klassisch-humanistischen Bildungsbegriff in seiner besten Deutung und hat von hier aus die Auseinandersetzung mit dem Volksbildungsbegriff, wie ihn Uschinskij prägte, geführt. Der Grundsatz von der Zweckfreiheit in der Bildung, der Entwicklung der kindlichen Eigenart zu ihrer menschlichen Bestimmung, ist seitdem nicht mehr aus der russischen Pädagogik wegzudenken. Durch die Anhänger Tolstojs hat der *polytechnische Bildungsbegriff* der Sowjetpädagogik vorübergehend eine ähnliche Deutung und Verwendung erfahren.

Für den philosophischen Ertrag der Bewegung ist wichtig, daß K. D. Uschinskij (1824—1870), im Unterschied zu seinen slawophilen Vorgängern, mit dem Begriff der „*Narodnostj*“ (wörtlich: Volkstümlichkeit, sinngemäß: das Volkhafte) den russischen Grundcharakter der Bewegung auch formal begründet. Die Bedeutung Uschinskijs für die Entwicklung der pädagogischen Ideen in Rußland kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Er hat den russischen Volksbildungsbegriff gestiftet. Tolstoj und dessen Schule sind von seinen Ideen beeinflußt worden. Das Ueberraschende ist, daß bei dem Begründer der sowjetsozialistischen Pädagogik, *Makarenko*, zwei wesentliche Begriffe der Pädagogik Uschinskijs — Arbeit und Disziplin — als pädagogische Grundkategorien seiner Kollektiverziehung wiederkehren. Darüber hinaus haben die reformpädagogischen Pläne und Entwürfe Uschinskijs die Entwicklung des russischen Schulwesens unmittelbar stark beeinflußt, und man nennt ihn dortzulande dankbaren Gedenkens bis heute „den Vater der russischen Pädagogik“.

Die pädagogische Bewegung in Rußland ist von Anfang an nicht denkbar ohne Verantwortungsbewußtsein für die materiell und geistig benachteiligten Schichten des Volkes. Das *soziale* Motiv ist eine der wesentlichen Triebkräfte der ganzen Russischen Bewegung. Die einflußreichsten Vertreter des sozialen Bildungsmotivs stehen einerseits, wie N. A. Dobroljubow (1836—1861), geistig den Vertretern der bei-

den ersten Phasen nahe oder gehen, wie namentlich N. G. Tschernyschewskij (1828—1889), aber auch wiederum sein Freund Dobroljubow und D. I. Pisarew (1840—1868), bereits weit darüber hinaus und werden zu Vorgängern der Sozialistischen Bewegung in Rußland. Marx nennt Tschernyschewskij und Dobroljubow die „beiden sozialistischen Lessings“, und Lenin bezeichnet den ersteren als Sozialisten-Utopisten und revolutionären Demokraten.

Ihre heterogenen Ausgangspunkte und Motivierungen treffen sich darin, daß sie in der sozialen Frage sowohl die Ursache wie das Mittel zur Ueberwindung der russischen Krise sehen. Sie alle, einschließlich Tschernyschewskij, erblicken aber im Unterschied zu den Sozialisten in der Ueberwindung gesellschaftlicher Spannungen nicht das Ziel. Dieses bleibt für sie letztlich, wie für alle Träger der Russischen Bewegung, die Freiheit und Würde des Individuums. Dabei darf man in dem Beitrag Herzens den Kristallisationspunkt der ganzen Bewegung erblicken. Zwar tritt der Deutschrusse Alexander Herzen in der populären Erinnerung des russischen Volkes weit hinter Lew Tolstoj zurück; aber gerade Tolstoj hat erkannt, daß das Echo, welches sein Beispiel und Werk in der zweiten Phase der kulturpolitischen und pädagogischen Bewegung fand, ohne Herzen undenkbar ist. Tolstoj schrieb später: „Unser russisches Leben in den letzten zwanzig Jahren wäre nicht so verlaufen, wenn dieser Schriftsteller nicht von der jungen Generation entdeckt worden wäre.“ A. I. Herzen bedeutet ideengeschichtlich das für Tolstoj und die Russische Bewegung, was von Uschinskij in spezifisch pädagogischer Hinsicht gesagt werden konnte.

Wohl nur so erklärt sich, weshalb die pädagogischen Gesichtspunkte der „sozialen Gruppe“ der Bewegung der russischen Intelligenz so wenig originell sind. Zusammengekommen ist ihre unmittelbare Relevanz für die sozialistische Sowjetpädagogik aber größer, weil sie, insbesondere Tschernyschewskij und Dobroljubow, als Vorläufer des Bolschewismus angesehen werden. Man kann in der Tat bei ihnen eine Reihe von Ansatzpunkten aufspüren, die für die Entwicklung der sozialistischen Idee und Bewegung in Rußland von Bedeutung waren und bis heute sind. Neben den allgemeinen Aspekten — wie etwa die Zweiklassenschichtung bei Pisarew oder Herzens Appell zum Aufklärungszug *ins Volk*, der als großangelegte Aktion verwirklicht wurde, aus der schließlich die Sozialdemokratische Partei Rußlands hervorging — gilt das besonders für die pädagogischen Momente. Sie sind am deutlichsten bei Pisarew zum Ausdruck gekommen: in der Unterscheidung von allgemeiner und spezieller Bildung, dem Arbeitsschulbegriff, der Bejahung der Koedukation und dem patriotischen Erziehungsideal.

Bevor diese Forderungen in der Sowjetpädagogik zur Geltung kamen, veranlaßte der ungeduldig-kri-

tische Geist der russischen Intelligenz eine zweite Reform vom Staate aus. Mitten in der Zeit dieser unter Alexander II. sich gestaltenden zweiten russischen Kultur- und Volksbildungsreform entfaltet sich die Wirksamkeit Tolstoj's und damit die Blüte der Russischen Bewegung. Es ist ein interessanter Zufall in der russischen Geschichte, daß gerade Alexander I. und Alexander II. zunächst sehr reformfreudig waren, während die ihnen folgenden Nikolajs durchgehend eine reaktionäre Politik trieben. Doch es erscheint mehr als zufällig, daß unter Alexander I. die äußeren Voraussetzungen zum Beginn der liberalen Bewegung in Rußland geschaffen wurden und daß sie dank der Maßnahmen Alexanders II. ihren Gipfel erlangte. Und andererseits: daß sich unter Nikolaj I. der Dekabristenputsch und damit der Start der Sozialistischen Bewegung in Rußland ereignete und daß Nikolaj II. letztlich die Verantwortung für deren Revolutionen nicht abgesprochen werden kann.

Die Russische Bewegung erfährt ihren Höhepunkt in Lew Nikolajewitsch Tolstoj (1828—1910). Mit seinem Abgang fällt auch der beginnende Niedergang zusammen. Tolstoj umgreift in seiner Lebens- und Bildungslehre die Leitideen der Bewegung und erhebt sie in dieser ihrer zweiten Phase zu einer komplexen Synthese. Die großen Schwankungen in seinem Leben und Wirken bezogen sich mehr auf metaphysische und religiöse Fragen als auf die Grundsätze seiner praktischen reformatorischen Intention. Diese war immer „liberal“ und trug in sich fast durchgängig die drei Wesensmomente des russischen Freiheitsstrebens. Das zeigt sich insbesondere in seinem pädagogischen System. Das Humanitäre bleibt entscheidend, weil es sein Menschenbild und Bildungsideal bestimmt und von hier aus zur Begründung seiner Pädagogik auf das interindividuelle Verhältnis von Erzieher und Zögling führt, das man heute den pädagogischen Bezug nennt. Zugleich ging es Tolstoj um den Menschen *jeder* Herkunft; seine kostenfreie Schule war für die Leibeigenen gegründet worden, aber ihr kommunikativer Geist zog die Kinder aller Kreise an und überwand bald die extremen Gegensätze. Auch das nationale Moment, das in seiner Literatur vorübergehend so stark in den Vordergrund tritt und sich sogar ins Nationalistische steigert — man braucht nur an „Krieg und Frieden“ zu denken —, ordnet sich in seiner Pädagogik der humanitären Leitidee unter; denn über dem „russischen Menschen“ steht für ihn der „russische Mensch“.

Ein Vergleich zwischen Bildungs- und Lebenslehre Tolstoj's müßte zeigen, daß seine pädagogische Bedeutung weit größer ist als seine kulturphilosophische. Merkwürdigerweise wird in Europa die erste zugunsten der zweiten im allgemeinen unterschätzt. Der entscheidende Punkt im Mißverständnis Tolstoj's ist

zweifelloos die Verwechslung seines ursprünglich negativen Freiheitsbegriffes mit seiner autonomen pädagogischen Grundhaltung, die selbst N. N. *Zen'kowskij* und *Sergius Hessen* unterlaufen ist. Hier kommt es nur darauf an zu betonen, daß es gerade sein pädagogisches Ethos und sein reformatorischer Elan waren, die Reaktion und Revolution überdauerten und seine große Popularität in Rußland für immer begründeten. In seinen Schülern und Jüngern erlebte die russische pädagogische Bewegung ihren inneren Umbruch und nach ihnen die Ablösung durch das utilitaristisch-politische Erziehungs- und Lernprinzip des Stalinschen Bolschewismus.

Die in den zwanziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts von der neu aufstrebenden Führungsschicht inspirierte und bis zur politischen Machtergreifung getragene Bewegung der russischen Intelligenz ergriff um die Jahrhundertmitte alle Schichten und Kreise des Volkes, und seine besten Söhne gingen dafür schließlich auf die Barrikaden. Die kulturkritisch und pädagogisch bestimmte Bewegung spitzte

sich zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts auf die Aufgabe der politischen Reform zu. Den Beteiligten war klar, daß ein Sieg des geistigen Kampfes den politischen einschleife, wenn nicht voraussetze. Daß die wiederholten Versuche der Liberalen, das öffentliche Leben der russischen Gesellschaft im Reformwege zu ändern, mißlingen und daß sie selbst dann scheiterten, als sie 1917 in der „Zeitweiligen Regierung“ die absolute Macht erlangt hatten, hat verschiedene Gründe: die unterschiedliche bis gegensätzliche Konzeption der Politik, die von der konstitutionellen Monarchie bis zur demokratischen Republik reichte; der Skrupel, die gleichen Mittel der Gewalt und des Rechtsbruchs anzuwenden wie die zaristische Geheimpolizei; und schließlich die machtpolitische Überlegenheit der Reaktion. Der von Anfang an schwerstwiegende und dann auch ausschlaggebende Grund ist aber zweifelsfrei die parallel verlaufende *Sozialistische Bewegung*, die nicht nur das Volk durch ihre eigene Zielsetzung spaltete, sondern auch bereits sehr früh die liberale Bewegung zu bekämpfen begann.

III. Die sozialistisch-revolutionären Triebkräfte

Die Vorgeschichte der Sozialistischen Bewegung in Rußland beginnt 1825 im Aufstand der *Dekabristen*. Frühere Erhebungen, wie die Stenka Rasins und Emeljan Pugatschows, sind ideengeschichtlich irrelevant. *Lenin* spricht von der „ersten revolutionären Bewegung gegen den Zarismus“, obwohl es Aufforderungen dazu auch im Schrifttum bereits früher gegeben hat; es sei nur an Radischtschews Gedicht „Freiheit“ erinnert. Die Hingerichteten und Verbannten der Zeit — zu den zweiten gehörte auch Dostojewskij — gewannen mit den Jahren in großen Teilen des Volkes und vor allem bei den Liberalen das Ansehen von Märtyrern, denen man zur Treue verpflichtet war. Das Ziel für die Sozialistische Bewegung ist in dem Brief eines verbannten Dekabristen an Puschkin angezeigt: „Dem Funken wird die Flamme entbrennen!“ In Erinnerung an diesen Ausspruch nannte *Lenin* dann auch sein Kampfblatt „Der Funke“ (*Iskra*).

Der Dekabristenrevolte und der sich anschließenden „brodelnden Unruhe“ in Rußland, die wie die Revolutionen in Europa die Aufklärungsidee als politische Realität dokumentiert haben, folgte in den sechziger und siebziger Jahren als Antwort auf die mißlungene Bauernreform von 1861 die Aktion der *Volkstümmer* (*Narodniki*). Der großangelegte Aufklärungsfeldzug „ins Volk“ scheiterte in der Breite, hat aber eine um so nachhaltigere Tiefenwirkung gehabt. Der Beitrag der Volkstümmer, insbesondere ihrer geistigen Führer, wie *Michajlowskij*, *Bakunin*, *Woronzow*, *Tkatschow* und *Lawrow*, erscheint heute vom Sieg der Sozialistischen Bewegung aus größer,

als ihn ihre Zeitgenossen und Nachfolger wahrhaben wollten; aber man darf ihre unmittelbare Bedeutung auch für diese nicht unterschätzen. Weniger zwar für die Pädagogik selbst — obwohl auch da hinzuweisen ist auf einen Beitrag, der den Gedanken der manuellen Arbeit, das Kernstück der späteren Reformpädagogik, herausstellt (*Z. N. Kriwenko*, „Die physische Arbeit als notwendiges Element der Bildung“). Um so größer war der direkte Einfluß der „volkssozialistischen“ Ideen auf die Ideologie der Sozialistischen Bewegung. *Plechanow* hat, ausgehend von dem gemäßigten Flügel der Volkstümmer, die *russische Sozialdemokratie* ins Leben gerufen und zeitlebens eine demokratische Regierungsform auf dem Umwege über Volksaufklärung und -bildung angestrebt. *Lenin* fühlte sich stärker dem radikalen Flügel der *Narodniki* verbunden und ist ihnen nicht nur in den Mitteln und Methoden gefolgt. Er hat auch die Hauptthesen von *Tkatschow* und *Bakunin* entlehnt: die Kampfgemeinschaft von Bauerntum und Proletariat — *Bakunin* sagte: Bauerntum und Räubertum — und eine starke Autorität des sozialistischen Staates. Sowohl *Lenin* wie vor allem dann *Stalin* waren immer wieder bereit, den europäischen Marxismus zugunsten eigenvölkischer Ideen zu opfern, wenn ihnen das zweckmäßig erschien. Wenn man sich die Prophezeiung und den Appell *Bakunins* von 1848 (!) vor Augen hält, scheint es, als wäre es ihnen um deren Erfüllung gegangen: „... in Moskau wird aus einem Meer von Blut und Feuer hoch und herrlich das Gestirn der Revolution emporsteigen und zum Leitstern werden für das Heil der ganzen befreiten

Menschheit... Der Revolution sollt ihr euch hingeben, ganz und unbedingt!... Die Slawen müssen Feuer wirken, um Wunder zu tun...“

Die erste Phase der Sozialistischen Bewegung in Rußland ist, obwohl historisch am engsten mit den Volkstümlern verknüpft, der einzige eindeutig marxistisch geprägte Teil des „russischen“ Sozialismus. Man kann sie als *international-demokratisch* kennzeichnen. Sie wird eingeleitet und souverän beherrscht von G. W. Plechanow (1857—1910), der 1883, vier Jahre nach seiner Distanzierung von den radikalen Narodniki, die Keimzelle der marxistischen Organisationen auf russischem Boden ins Leben rief. Diese „Gruppe zur Befreiung der Arbeit“ blieb bis zur Revolution das geistige Zentrum der russischen Sozialdemokratie. In ihrem Parteiprogramm von 1903, wie auch in dem Projekt dazu von Plechanow aus dem Jahre 1888, sind aber nicht nur konkrete pädagogische Forderungen, die sich an Marx und Engels orientierten — wie allgemeine, weltliche, freie und obligatorische Schulbildung —, zu finden, sondern auch eigene: das Recht auf Unterricht in der Muttersprache, Koppelung der allgemeinen mit der beruflichen Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahr und die Pflicht des Staates, bedürftige Kinder materiell ausreichend zu versorgen.

Für Lenin befand sich der russische Sozialismus mit Plechanow erst, wie er sagte, im embryonalen Stadium: die Bewegung sei erst theoretisch begründet worden. Er wird ihm gerechter, wenn er feststellt, durch Plechanow sei „eine ganze Generation russischer Marxisten erzogen“ worden. Die radikaleren unter ihnen wurden bereits in der ersten Phase zur Elite in Lenins Bolschewistischer Partei. W. I. Uljanow-Lenin (1870—1924) ist der Initiator, geistige Repräsentant und Parteiführer der zweiten, der *national-proletarischen* Phase der Sozialistischen Bewegung. In dem revolutionären Sieg gerade des russischen Proletariats erblickte er die Bestätigung seiner beiden Hauptthesen: die Bedeutung der Persönlichkeit im „kausal“ bedingten Geschichtsprozeß und die Möglichkeit der sozialistischen Revolution in *einem* Lande.

Lenins pädagogisches Konzept sowie dessen Begründung werden nur vor diesem Hintergrunde eines „korrigierten“ Marxismus verständlich. Er wollte, im Unterschied zu Plechanow und damit Marx, die „kulturelle Hebung“ des Volkes nicht der Revolution vorangehen, sondern ihr folgen lassen. Tragpfeiler der sozialistischen Erziehung sind für Lenin die „freie und bewußte“ Disziplin und die bewußte und disziplinierte Arbeit. Der kulturpolitische Teil des im März 1919 verabschiedeten und bis heute de jure gültigen Programms der russischen kommunistischen (bolschewistischen) Partei geht auf einen entsprechenden Entwurf Lenins zurück und enthält neben den bereits von Plechanow im Programm von 1903

proklamierten Forderungen folgende: Ausbau der Voranstalten, vollständige Realisierung der Grundsätze der einheitlichen Arbeitsschule, vollständige Versorgung aller Lernenden auf Kosten des Staates, Ausbildung einer neuen kommunistisch durchdrungenen Erzieherelite, Beteiligung der „werk tätigen Massen“ in der öffentlichen Erziehung sowie staatliche Förderung der Volksbildung für die Bauern und Arbeiter und Entfaltung des Berufsbildungswesens vom 17. Lebensjahr an.

Noch bevor Lenin die Macht ergriffen hatte, deutete sein Schüler und Nachfolger die Grundthese der dritten Phase der Sozialistischen Bewegung in Rußland an. Es mag Zufall sein, daß Stalin 1905, nachdem Plechanow und Lenin sich getrennt hatten, zum ersten Male auf dem Kongreß der Lenin-Partei erschien. Kein Zufall war es aber, daß er am Vorabend der Revolution auf dem VI. Parteitag 1917 in Abwesenheit Lenins die These vom möglichen *Aufbau* des Sozialismus, die dann Grundlage seiner dritten, *patriotisch-diktatorischen* Phase wurde, mit Nachdruck vertrat. Stalin sagte, er bekenne sich nicht zum dogmatischen, sondern zum dynamischen, schöpferischen Marxismus. Man müsse sich von dem „veralteten Vorurteil“ frei machen, daß nur Europa den Weg weisen könne. Deshalb stiftete Stalin auch später den Begriff des „sowjetischen Patriotismus“. Da für ihn von Anfang an die absolute persönliche Macht die *conditio sine qua non* war, mußte die überlieferte sozialistische Lehre sich dann auch den „dialektischen“ Sprung aus der Diktatur des Proletariats in die Führerdiktatur gefallen lassen. Kaum schien dieses Prinzip für die Parteidoktrin gesichert, so forderte Stalin die Ein- und Unterordnung der geistigen Wirksamkeit schlechthin nach politisch-wirtschaftlichen Nützlichkeitsgesichtspunkten. Bereits 1929 fordert Stalin: „... es ist notwendig, daß die theoretische Arbeit nicht nur mit der praktischen Schritt hält, sondern daß sie ihr vorangeht, daß sie unseren Praktikern in ihrem Kampfe für den Sieg (des Sozialismus) die Waffen liefert.“ Und 1931: „Wir kämpfen dafür, daß die Philosophie verarbeitet wird als Anleitung für die revolutionäre Wirksamkeit... als Theorie, die der Begründung der Tätigkeit des Proletariats dient.“

Die Sowjetphilosophie, die nicht ohne weiteres die „dialektischen Sprünge“ Stalins mitmachen konnte und wollte, ist schließlich mit den gleichen Mitteln wie die politische Resistenz dazu genötigt worden. Die Richtungen der sogenannten menschowistischen Idealisten um Trotzki und A. M. Deborin und der „Mechanisten“, zu denen Bucharin, Axelbrod, Stepanow und Minin zählten, verschwanden ebenso schnell und endgültig von der öffentlichen Bildfläche wie die politische Opposition. In einer Verlautbarung des Zentralkomitees vom 25. Januar 1931 wurde bei den Mechanisten die rein materialistische und undialektische Interpretation von Marx und Lenin bemängelt

und bei den Idealisten die rein dialektische (im Hegelschen Sinne) und amaterialistische Deutung der „Klassiker“ verurteilt, wobei Lenin zugunsten Plechanows unterschätzt werde. Von den „großen Namen“, wie Plechanow u. a., hatte Stalin bereits früher — in einer polemischen Entgegnung auf Maxim Gorkijs Anklage „Ich kann nicht schweigen“ — verächtlich gesagt, ihre Bedeutung bestehe nur darin, daß sie „alt“ seien. Die Revolution könne ihre Toten weder beweinen noch

begraben. Übrig blieb die „orthodoxe“ Gruppe (Mitin, Judin), die sich streng an die Stalinsche „Hermeneutik“ von Marx und Lenin hielt. Es gelang ihnen, bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges fast unumstritten die „ideologischen Positionen“ zu beherrschen. Sie hatten die damalige unmißverständliche Warnung Stalins an die Adresse Gorkijs — „Nun gut, jeder ist seines Glückes Schmied“ —, wie dieser ja später vorübergehend selbst, zu beherzigen gewußt.

IV. Die innersowjetische pädagogische Auseinandersetzung

Insofern ist es ein erstaunliches, höchst bedeutsames und im Westen viel zu wenig beachtetes Phänomen, daß die Pädagogik der Sowjetunion, selbst in der dritten, *Stalinschen* Phase der Sozialistischen Bewegung, eine von den offiziellen Tendenzen weitgehend unabhängige, ja zum Teil genau entgegengesetzte Entwicklung genommen hat. Das ist einerseits vor allem Lenins Gattin, N. K. Krupskaja, zu verdanken, die eine Synthese zwischen dem pädagogisch-idealistischen Ethos der Tolstoj-Schule und dem revolutionären Willen und sozialistischen Programm der Partei ihres Mannes verkörperte und den Tolstoj-Anhängern — gemeinsam mit A. W. Lunatscharskij — den langjährigen und starken Einfluß bis in die höchsten Instanzen der Volksbildungspolitik ermöglichte; andererseits aber auch A. S. Makarenko, der mit Verantwortungsbewußtsein und Liebe wie die bedeutendsten Pädagogen vor ihm, aber in Methode und Inhalt ihnen, insbesondere der Tolstoj-Richtung, genau entgegengesetzt, den Geist und das pädagogische Programm der gesamten Sozialistischen Bewegung in sich aufnimmt und zum ersten Male in der Geschichte eine eindeutig *sozialistische Pädagogik* entwickelt.

Da Makarenko darüber hinaus, vor allem äußerlich, viele radikale Entwicklungszüge der Stalinschen Phase vorwegnahm, erschien der Staatsführung schließlich seine Lehre wie prädestiniert, um die unter der Leitung Krupskajas und Lunatscharskijs entfaltete — dem Diktaturregime eben zu liberale — öffentliche pädagogische Meinung zu verdrängen. In der pädagogischen Provinz seiner Fürsorgekolonien wurde die bolschewistische Utopie Wirklichkeit. Hier wurden, lange bevor die Partei sie öffentlich proklamierte, die leitenden Prinzipien des modernen Sowjetsozialismus zu fast selbstverständlichen Grundsätzen des Gruppenlebens: die *bewußt-disziplinierte Unterordnung*, das *Funktionärstum*, der *Kollektivismus*, der *Leistungswettstreit* und der *Sowjetpatriotismus*.

Als der langjährige vertraute Mitarbeiter Lenins und Krupskajas und späte „intellektuelle“ Partei-

genosse Lunatscharskij 1929 seines Postens als Volksbildungskommissar enthoben wurde, war offiziell das Urteil über die geistig von der Tolstoj-Schule bestimmte Entwicklung der frühsowjetischen Pädagogik gefällt. Für die Pädagogik Makarenkos fiel es erst ein Jahrzehnt später, nachdem Krupskaja wie auch Makarenko 1939 gestorben waren. Bis dahin hatte die Frau Lenins, die wohl bedeutendste Autorität neben Stalin, die „Tolstojaner“ geschützt. Noch wenige Jahre vor ihrem Tode schrieb sie I. I. Gorbunow-Posadow, dem eifrigsten und treuesten Schüler Tolstojs, einen Glückwunschbrief zum Jubiläum seines gemeinsam mit Tolstoj gegründeten Verlages „Der Vermittler“, dessen Leitung er bis zur Schließung im Jahre 1935 innehatte. Die Stellung Wenzels, Schazkijs und vor allem P. P. Blonskijs und ihr grundlegender Einfluß auf die Entwicklung der frühsowjetischen Pädagogik sind bekannt. Mehr als symptomatisch ist, daß Blonskijs Idee der *Produktionsschule* alle Wandlungen der Sowjetpädagogik „überstanden“ hat und im Schulprogramm des XIX. Parteikongresses von 1952, das sich jetzt auszuwirken beginnt, ihre Auferstehung feiert. Diese im Schatten des abtretenden Stalin vollzogene Korrektur an seinem Ideal der *intellektuellen Leistungsschule* wurde vom XX. Parteikongreß mit Nachdruck bestätigt. Mit der Rückkehr zum Ausgangspunkt der sowjetpädagogischen Entwicklung — der pädagogischen Auseinandersetzung unter dem Stichwort der „polytechnischen Erziehung“ — wird die historische Frage nach den geistigen Voraussetzungen der Sowjetpädagogik wieder zum aktuellen Problem⁹.

⁹) Eine eingehendere Darlegung und Würdigung liegt in der soeben bei Quelle & Meyer, Heidelberg, erschienenen Schrift des Verfassers, „Ideengeschichtliche Triebkräfte der russischen und sowjetischen Pädagogik“, vor. Ueber „Entwicklungstendenzen im modernen sowjetischen Bildungswesen“ vgl. den in der Juni-Ausgabe der Zeitschrift *Osteuropa* erscheinenden Beitrag.

Informatorische Mitteilung über die Einstellung der Tätigkeit des Informationsbüros der Kommunistischen- und Arbeiterparteien (KOMINFORM) vom 17. April 1956

Die Schaffung des Informationsbüros der Kommunistischen- und Arbeiterparteien im Jahre 1947 hat eine positive Rolle gespielt bei der Beseitigung der Losgelöstheit der kommunistischen Parteien voneinander, die nach der Auflösung der Komintern eingetreten war, und war ein wichtiger Faktor der Festigung des proletarischen Internationalismus in den Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung und des weiteren Zusammenschlusses der Arbeiterklasse und aller Werktätigen zum Kampf für dauerhaften Frieden, Demokratie und Sozialismus. Das Informbüro und sein Presseorgan, „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!“, haben eine positive Rolle bei der Entwicklung und Festigung der brüderlichen Verbindungen und des gegenseitigen Erfahrungsaustausches zwischen den Kommunistischen- und Arbeiterparteien gespielt, bei der Beleuchtung der Fragen der marxistisch-leninistischen Theorie in Anwendung auf die konkreten Bedingungen der einzelnen Länder und bei der Beleuchtung der Erfahrungen der internationalen Kommunistischen- und Arbeiterbewegung. Dies trug zur ideologischen und organisatorisch-politischen Festigung der Bruderparteien, zur Verstärkung des Einflusses der kommunistischen Parteien unter den Massen bei.

Indessen haben die in den letzten Jahren in der internationalen Lage eingetretenen Aenderungen: das Heraustreten des Sozialismus aus dem Rahmen eines Landes und seine Verwandlung in ein Weltsystem; die Bildung einer großen Friedenszone, die sowohl sozialistische als auch nichtsozialistische friedliebende Staaten Europas und Asiens einschließt; das Wachstum und die Festigung vieler kommunistischer Parteien in den kapitalistischen, abhängigen und kolonialen Ländern und die Aktivierung ihrer Tätigkeit im Kampf gegen die Kriegsgefahr und die Reaktion, im Kampf für Frieden, für die Lebensinteressen der Werktätigen und die nationale Unabhängigkeit ihrer Länder und schließlich die gegenwärtig besonders stark hervortretenden Aufgaben der Ueberwindung der Spaltung in der Arbeiterbewegung und der Festigung der Einheit der Arbeiterklasse im Interesse des erfolgreichen Kampfes für Frieden, für Sozialismus — hat all das neue Bedingungen für die Tätigkeit der Kommunistischen- und Arbeiterparteien geschaffen. Das Informationsbüro der Kommunistischen- und Arbeiterparteien entspricht sowohl seiner Zusammensetzung als auch dem Inhalt seiner Tätigkeit nach bereits nicht mehr diesen neuen Bedingungen.

Die Zentralkomitees der zum Informbüro gehörenden Kommunistischen- und Arbeiterparteien haben einen Meinungsaustausch zu den Fragen seiner Tätigkeit gepflogen

und anerkannt, daß das von ihnen 1947 gegründete Informationsbüro seine Funktionen erschöpft hat; im Zusammenhang damit haben sie in gegenseitigem Einvernehmen den Beschluß gefaßt, die Tätigkeit des Informationsbüros der Kommunistischen- und Arbeiterparteien und das Erscheinen seines Organs, der Zeitung „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!“, einzustellen.

Die Zentralkomitees der Kommunistischen- und Arbeiterparteien, die am Informbüro teilnahmen, sind der Ansicht, daß jede Partei oder Gruppe von Parteien im Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse, für die Sache des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus in Entwicklung ihrer Tätigkeit im Einklang mit den gemeinsamen Zielen und Aufgaben der marxistisch-leninistischen Parteien und den nationalen Besonderheiten und Bedingungen ihrer Länder neue nutzbringende Formen zur Herstellung von Verbindungen und Kontakten zwischen diesen Parteien finden wird. Die Kommunistischen- und Arbeiterparteien werden zweifellos auch künftig nach eigenem Ermessen und unter Berücksichtigung der konkreten Bedingungen ihrer Tätigkeit einen Meinungsaustausch miteinander pflegen zu den allgemeinen Fragen des Kampfes für Frieden, Demokratie und Sozialismus, der Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, der Mobilisierung der Volksmassen zum Kampf gegen die Kriegsgefahr und zugleich Fragen der Zusammenarbeit mit Parteien und Strömungen erörtern, die sich auf den Sozialismus orientieren, sowie mit anderen Organisationen, die die Festigung des Friedens und der Demokratie anstreben. All dies wird den Geist der gegenseitigen Zusammenarbeit zwischen den Kommunistischen- und Arbeiterparteien auf der Grundlage der Prinzipien des proletarischen Internationalismus noch mehr verstärken, wird die brüderlichen Verbindungen zwischen ihnen im Interesse der Sache des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus festigen.

*Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Bulgariens
Zentralkomitee der Partei der Ungarischen Werktätigen
Zentralkomitee der Italienischen Kommunistischen Partei
Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei
Zentralkomitee der Rumänischen Arbeiterpartei
Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion
Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei
Zentralkomitee der Französischen Kommunistischen Partei*

Quelle: Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!
Nr. 16 vom 17. April 1956.

Erklärung des sowjetischen Außenministeriums vom 17. April 1956 über die Lage im Nahen Osten

Die Lage, die sich gegenwärtig im Raum des Nahen Ostens zuspitzt, verdient die ernsthafte Aufmerksamkeit aller jener Staaten und öffentlichen Kreise, die an der Festigung des allgemeinen Friedens und an der weiteren Minderung der internationalen Spannung interessiert sind.

Es ist bereits wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Hauptursache für die Verschärfung der internationalen Lage im Nahen und im Mittleren Osten die fortgesetzten Versuche sind, militärische Gruppierungen zusammenzuzimmern und auszubauen, die den Zielen des Kolonialismus dienen und sowohl gegen die Unabhängigkeit der Völker dieses Raumes als auch gegen die Sicherheit friedliebender Länder gerichtet sind. Die Schaffung dieser Gruppierungen wurde zur Quelle internationaler Meinungsverschiedenheiten und Konflikte im Raume des Nahen und des Mittleren Ostens, wurde zur Ursache dafür, daß sich die Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und Israel sowie der Türkei, zwischen Pakistan und Afghanistan sowie Pakistan und Indien verschlechterten.

Statt Maßnahmen zur Herstellung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zwischen den unabhängigen Staaten dieses Raumes auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Zusammenarbeit zu ergreifen, wie sie auf der Asiatisch-Afrikanischen Konferenz in Bandung angenommen wurden, werden die einen Staaten gegen die anderen ausgespielt. Dadurch wird in diesem Raume eine gespannte Lage geschaffen. Der Druck, der von einigen Mächten auf die unabhängigen arabischen Staaten mit dem Ziele ausgeübt wird, sie gegen ihren eigenen Willen zu einem Anschluß an die genannten Gruppierungen (zum Beispiel in der Art des bekannten Bagdad-Paktes) zu nötigen, stellt eine Verletzung der Prinzipien der Organisation der Vereinten Nationen dar und widerspricht den Interessen des Friedens und der internationalen Sicherheit.

Eines der gefährlichsten Momente der Lage im Nahen Osten ist gegenwärtig die Verschärfung des arabisch-israelischen Konflikts. Wie man die Ursachen auch einschätzen mag, die zum Entstehen dieses Konflikts geführt haben, kann man doch nicht übersehen, daß in einigen Staaten bestimmte Kreise, die nicht an einer Festigung des internationalen Friedens interessiert sind, danach streben, den arabisch-israelischen Konflikt für ihre aggressiven Ziele auszunutzen. Das geht bis zur Ueberführung ausländischer Truppen auf das Territorium der Länder dieses Raumes und bis zur Schaffung militärischer Komplikationen. Die Einmischung in die Angelegenheiten der arabischen Länder verfolgt das Ziel, die Positionen des Kolonialismus im Nahen Osten wiederherzustellen, woran besonders bestimmte Oelmonopole interessiert sind. Bekanntlich entspricht das Dreimächteabkommen von 1950 diesen Bestrebungen. All dies birgt die Gefahr in sich, daß in diesem Raume ein Kriegsherd entsteht, was unter keinen Umständen zugelassen werden darf.

Die Regierung der Sowjetunion tritt entschlossen für die Interessen des Friedens und der friedlichen Zusam-

menarbeit zwischen den Völkern ein. Sie führt unerschütterlich und konsequent Maßnahmen durch, die auf eine Beseitigung der internationalen Spannung gerichtet sind. Dies entspricht dem Streben der Völker aller Länder, darunter auch der Völker des Nahen Ostens.

Eine große Errungenschaft der Völker bei der Wahrung des Friedens und der Sicherheit im Raum des Mittleren und des Nahen Ostens war nach dem zweiten Weltkrieg die Herstellung der nationalen Unabhängigkeit und die Festigung der staatlichen Souveränität einer Reihe von Staaten, die noch bis vor nicht allzu langer Zeit Kolonial- oder Mandatsgebiete waren. Die Sowjetunion verfolgte mit Sympathie und unterstützte aus ganzem Herzen die Bemühungen der Nahostländer, die darauf gerichtet waren, die staatliche Unabhängigkeit Ägyptens, Saudi-Arabiens, Syriens, des Libanon, des Jemen, Jordaniens, Libyens, des Sudan, des Irak, Israels und anderer herzustellen und zu festigen. Die Sowjetunion schätzte gleichermaßen die Handlungen Englands und Frankreichs, die dazu beitrugen, die herangereiften Nahostprobleme auf der Grundlage der Anerkennung der Unabhängigkeit und der Souveränität der genannten Staaten zu lösen.

Die Prinzipien der Achtung der nationalen Unabhängigkeit, der Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten sowie der Lösung internationaler Streitfragen mit friedlichen Mitteln sind in der Charta der Organisation der Vereinten Nationen festgelegt. Als konsequenter Anhänger dieser Prinzipien unterstützte und unterstützt die Sowjetregierung aufrichtig und aus ganzem Herzen das Streben der arabischen Staaten nach einer weiteren Festigung ihrer noch nicht lange errungenen nationalen Unabhängigkeit und nach wirtschaftlichem Wohlstand.

Die Sowjetunion sieht in der Festigung der Unabhängigkeit und in einem allgemeinen Aufschwung der Länder des Nahen Ostens eine wichtige Garantie für Frieden und Sicherheit in diesem Gebiet. Gerade deshalb war die Sowjetregierung bereit, den auf diese Ziele gerichteten Wünschen der genannten Staaten entgegenzukommen. Die Sowjetregierung hat dabei nicht versucht, für sich irgendwelche besonderen Vorteile zu erzielen und war bestrebt, ihre Beziehungen mit den Staaten dieses Raumes auf die Grundlage jener Prinzipien der Gleichberechtigung zu stellen, wie sie von den Völkern Asiens und Afrikas auf der Bandung-Konferenz verkündet worden waren.

Die Sowjetregierung, die danach strebt, die Festigung des Friedens und die Entwicklung internationaler Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der gerechten nationalen Interessen der Völker aller Länder zu gewährleisten, ist nach wie vor gegen eine Verletzung des Friedens im Nahen Osten und gegen jegliche Handlungen, die das Entstehen bewaffneter Konflikte nach sich ziehen oder als Vorwand für die Entfesselung solcher Konflikte benutzt werden könnten.

Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß ein bewaffneter Konflikt im Nahen Osten vermieden werden kann

und muß und daß man sich im Interesse aller Nahoststaaten nicht zu einer Verwicklung in militärische Aktionen provozieren lassen darf.

Gleichzeitig hält die Sowjetunion vom Gesichtspunkt der Unterstützung des allgemeinen Friedens jene Versuche für unrechtmäßig und unzulässig, die es darauf absehen, den arabisch-israelischen Konflikt für eine Einmischung von außen in die inneren Angelegenheiten der unabhängigen arabischen Staaten oder für die Ueberführung ausländischer Truppen auf das Territorium des Nahen Ostens auszunutzen.

Im Zusammenhang mit dem oben Dargelegten erklärt die Sowjetunion:

1. Die Sowjetunion wird den Maßnahmen der Organisation der Vereinten Nationen die notwendige Unterstützung erweisen, die darauf gerichtet sind, Wege und Mittel zur Festigung des Friedens im Palästina-Gebiet zu finden und die entsprechenden Beschlüsse des Sicherheitsrates auszuführen.

2. Die Sowjetunion ist der Ansicht, daß in allernächster Zeit Maßnahmen zur Minderung der bestehenden Spannung im Palästina-Gebiet getroffen werden müssen,

und zwar ohne eine Einmischung von außen, die dem Willen der Nahoststaaten und den Prinzipien der Vereinten Nationen widerspricht.

Die Sowjetunion appelliert an alle interessierten Seiten, sich jeglicher Handlungen zu enthalten, die zu einer Verschärfung der Lage an der bestehenden Demarkationslinie führen könnten, die in den Waffenstillstandsabkommen zwischen den arabischen Ländern und Israel festgelegt ist. Sie ruft sie ferner auf, notwendige Anstrengungen zu unternehmen, um die schwere Lage Hunderttausender arabischer Flüchtlinge zu verbessern, die weder eine Behausung noch Existenzmittel besitzen.

3. Die Sowjetunion ist der Ansicht, daß es im Interesse der Festigung des internationalen Friedens und der Sicherheit notwendig ist, zu einer dauerhaften friedlichen Regelung der Palästina-Frage auf einer für alle annehmbaren Grundlage und unter Berücksichtigung der gerechten nationalen Interessen der interessierten Seiten zu gelangen.

Die Sowjetregierung erklärt sich ihrerseits bereit, zusammen mit anderen Staaten zu einer friedlichen Lösung der noch nicht geregelten Fragen beizutragen.

Quelle: *Neues Deutschland* Nr. 94 vom 18. April 1956.

Sowjetisch-Schwedisches Kommuniqué vom 3. April 1956 über den Besuch des schwedischen Ministerpräsidenten Tage Erlander in der Sowjetunion

Auf Einladung der Sowjetregierung weilte vom 29. März bis 4. April dieses Jahres der schwedische Ministerpräsident, Herr Tage Erlander, in Moskau.

Ministerpräsident T. Erlander und der mit ihm eingetroffene Innenminister G. Hedlund hatten in Moskau Besprechungen mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. A. Bulganin, dem Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und Ersten Sekretär des ZK der KPdSU, N. S. Chruschtschow, dem Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, W. M. Molotow, sowie mit anderen leitenden Persönlichkeiten der Sowjetunion.

An diesen Unterredungen nahmen von schwedischer Seite ferner teil: der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter Schwedens in der UdSSR, R. Sohlman, der Chef der Politischen Abteilung des Außenministeriums Schwedens, Botschafter G. Jarring, der Botschaftsrat Schwedens in der UdSSR, L. Petri, der persönliche Sekretär des Ministerpräsidenten, U. Palme, der zweite Sekretär des Außenministeriums Schwedens, G. Lorentzon, der Presseattaché S. Frikius.

Von sowjetischer Seite nahmen ebenfalls an den Besprechungen teil: Außenhandelsminister der UdSSR, I. G. Kabanow, Kulturminister der UdSSR, N. A. Michailow, der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. S. Semjonow, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in Schweden, K. K. Rodionow, der Chef der Abteilung Skandinavische Länder des Außenministeriums der UdSSR, M. G. Gribanow, der Botschaftsrat der UdSSR in Schweden, N. M. Lunkow, und Rat A. M. Alexandrow.

Während der Besprechungen hatten die Vertreter beider Länder Gelegenheit, einen freimütigen und fruchtbringenden Meinungsaustausch zu pflegen, vor allem

in der Frage der sowjetisch-schwedischen Beziehungen, aber auch in allgemeinen internationalen Fragen, die die Interessen beider Länder berühren. Die Besprechungen verliefen in freundschaftlichem und gutnachbarlichem Geiste, der für die Beziehungen zwischen Schweden und der Sowjetunion charakteristisch ist.

Es wurde konstatiert, daß beide Länder an der weiteren Entwicklung eines gegenseitigen Handelsverkehrs interessiert sind. Als Beispiel praktischer Formen guter Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern wurde das im Jahre 1954 geschlossene und in der Folgezeit erweiterte Abkommen über Zusammenarbeit der Seenotdienste angeführt. Das vor wenigen Tagen geschlossene sowjetisch-schwedische Abkommen über den Luftverkehr ermöglicht, in nächster Zukunft einen direkten Luftverkehr zwischen Stockholm und Moskau herzustellen.

Die Partner bestätigen, daß sie ein Einvernehmen erzielt haben, um mit den Verhandlungen zu beginnen über die Regelung gewisser im sowjetisch-schwedischen Abkommen von 1941 offen gebliebener gegenseitiger Ansprüche, die mit dem Beitritt der Baltischen Republiken zur Sowjetunion verbunden sind. Demnächst wird eine schwedische Delegation nach Moskau abreisen, um mit diesen Besprechungen zu beginnen.

Weiter wurde im Laufe der Besprechungen konstatiert, daß sich in letzter Zeit die wissenschaftlichen und kulturellen Kontakte, denen beide Seiten große Bedeutung beimessen, erfreulicherweise erweitert haben. Beide Seiten gaben der einmütigen Meinung Ausdruck, daß die Reisen von Künstlertruppen, Delegationen und Gruppen technischer Fachleute verschiedener Berufe, der Austausch von Sportdelegationen und der Tourismus geeignet sind, die Beziehungen in bedeutendem Maße zu festigen und ein höheres gegenseitiges Verständnis zwischen beiden Völkern herbeizuführen. Es wurde verein-

bart, daß die Staatsorgane beider Länder, die sich mit Fragen der kulturellen Kontakte mit dem Ausland beschäftigen, in entsprechender Weise zur Entfaltung eines Austausches auf diesen Gebieten beitragen werden.

In der Diskussion zur Frage der kulturellen und wissenschaftlichen Verbindungen wurde vereinbart, daß in nächster Zeit insbesondere folgende konkrete Projekte verwirklicht werden sollen: Austausch qualifizierter wissenschaftlicher Mitarbeiter von Forschungsinstituten, in erster Reihe auf dem Gebiet der Medizin, der Natur- und technischen Wissenschaften, wobei das Gastland die mit dem Aufenthalt und der Durchführung wissenschaftlicher Arbeiten auf seinem Territorium verbundenen Spesen auf sich nimmt; Zutritt der Wissenschaftler zu den Archiven und Bibliotheken des betreffenden Landes; Erweiterung des Austausches von Literatur und Veröffentlichungen zwischen den wissenschaftlichen und Kulturinstitutionen beider Länder. Von schwedischer Seite wurde der Wunsch geäußert, in die UdSSR eine Delegation von Fachleuten zum Studium der Struktur des Hochschulwesens in der Sowjetunion zu entsenden. Die sowjetische Seite bekundete in gleicher Weise Interesse für das Studium der Ausbildung technischer Fachkräfte in Schweden. Konkrete Vereinbarungen hinsichtlich dieser Austauschprojekte werden auf diplomatischem Wege getroffen werden.

Von schwedischer Seite wurde die große Bedeutung betont, die für sie die Frage des Schicksals des am Ende des Krieges in Budapest verschwundenen schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg besitzt. Während der Besprechungen hat die schwedische Seite ein in ihrem Besitz befindliches Material hinsichtlich Wallenbergs mit der Bitte überreicht, daß die entsprechenden sowjetischen Behörden es durchsehen und prüfen. Die sowjetische Seite erklärte sich bereit, dies zu tun. Gleichzeitig wurde erklärt, daß Wallenberg, wenn er sich in der Sowjetunion befände, selbstredend die Möglichkeit erhielte, in die Heimat zurückzureisen. Das Ergebnis der Untersuchungen wird auf diplomatischem Wege bekanntgegeben werden.

Eventuellen Ansuchen schwedischer oder ehemals schwedischer Bürger, die in der Sowjetunion leben, um die Erlaubnis zur Ausreise mit ihren Familienmitgliedern nach Schweden, wird im günstigen Sinne stattgegeben werden, wenn diese Personen den Wunsch äußern, nach Schweden auszureisen. Desgleichen werden die schwedischen Behörden der Ausreise sowjetischer Bürger oder ehemaliger sowjetischer Bürger und ihrer Familienangehörigen, die in die Sowjetunion zurückkehren wollen, keinerlei Hindernisse in den Weg legen.

Während des Meinungsaustausches über die internationale Lage wiesen der schwedische Ministerpräsident und der schwedische Innenminister darauf hin, daß Schweden seine traditionelle Politik der Nichtteilnahme an Bündnissen in Friedenszeiten verwirklicht mit dem Ziel, im Falle eines Krieges im Rahmen jener Verpflichtungen, welche die Mitgliedschaft in den UN auferlegt, Neutralität zu bewahren, und daß diese Außenpolitik nach Meinung der schwedischen Seite nicht nur den Interessen Schwedens entspricht, sondern auch zu friedlichen, freundschaftlichen Beziehungen in diesem Teil Europas beitragen soll. Von sowjetischer Seite wurde erklärt, daß die Sowjetunion nach wie vor diese sich außerhalb von Bündnissen haltende und friedliche Politik Schwedens respektieren werde.

Ferner hoben beide Seiten die Interessiertheit ihrer Länder hervor, zu einer weiteren Minderung der internationalen Spannung und zur Entwicklung einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern auf der Grundlage jener Prinzipien beizutragen, die in den Satzungen der Organisation der Vereinten Nationen zum Ausdruck kommen und unter anderem Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität der Mitgliedstaaten, Nichtangriff und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten einschließen.

Beide Seiten erklärten sich bereit, die weiteren Bestrebungen zu unterstützen, in der Organisation der Vereinten Nationen praktische Resultate sowohl hinsichtlich der allgemeinen Verminderung der Rüstungen und der zahlenmäßigen Stärke der Streitkräfte als auch hinsichtlich des Verbots der Atomwaffe und der Kontrolle über dieses Verbot, sowie eine Erweiterung der internationalen Zusammenarbeit in der friedlichen Verwendung der Atomenergie zu erzielen.

Der stattgefundenene Meinungsaustausch führte zu einem tieferen Verständnis der Standpunkte beider Seiten in den im Laufe der Besprechungen berührten Fragen und wird zur Festigung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Schweden und der Sowjetunion beitragen.

Nach dem Aufenthalt in Moskau werden der Ministerpräsident Schwedens, T. Erlander, mit Gattin und der Innenminister G. Hedlund mit Gattin sowie die übrigen mit ihnen eingetroffenen Persönlichkeiten eine mehrtägige Reise durch die Sowjetunion unternehmen. Sie werden unter anderem Suchumi, Tbilissi, Jerewan, Kiew und Leningrad aufsuchen.

Quelle: *Nachrichten aus der Sowjetunion* vom 11. April 1956. Presseabteilung der Botschaft der UdSSR, Bonn-Rolandseck.

Schlußkommuniqué vom 27. März 1956 über die internationale Konferenz zur Schaffung eines Vereinigten Instituts für Kernforschungen in den Ländern der Volksdemokratie

In Moskau fand vom 20. bis zum 26. März 1956 eine Konferenz statt, auf der die Schaffung eines Vereinigten Instituts für Kernforschungen behandelt wurde. An der Konferenz nahmen teil:

Als Vertreter der Volksrepublik Albanien — der Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission Spiro Koleka, der Stellver-

tretende Vorsitzende des Instituts der Wissenschaften Petrit Radovicka und der Leiter des Lehrstuhls der Mathematik und Physik am Pädagogischen Institut Petrak Pilika;

Als Vertreter der Volksrepublik Bulgarien — der Minister für Kultur Ruben Awramoff, der Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der Volksrepublik Bulgarien, Direktor des Physikalischen Instituts mit Atom-

forschungsbasis bei der Akademie der Wissenschaften der Volksrepublik Bulgarien, Akademiemitglied Georgi Nadshakoff, der Stellvertretende Direktor des Physikalischen Instituts mit Atomforschungsbasis bei der Akademie der Wissenschaften der Volksrepublik Bulgarien, Korrespondierendes Mitglied dieser Akademie Professor Emil Dshakoff, der Leiter des Lehrstuhls für Atomphysik an der Sofioter Universität, Korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der Volksrepublik Bulgarien Professor Christo Christoff;

Als Vertreter der Ungarischen Volksrepublik — der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats Istvan Hidas, der Stellvertretende Minister für Chemische und Energetische Industrie Janos Sebesten, der Direktor des Zentralen Physikalischen Instituts, Korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der Ungarischen Volksrepublik Istvan Kovach, der Abteilungsleiter des Zentralen Physikalischen Instituts, Kandidat der Physikalisch-Mathematischen Wissenschaften Lenard Pal;

Als Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik — der Staatssekretär Ernst Wolf, der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Rats für Fragen der Atomenergie bei der Regierung, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Professor Dr. Robert Rompe, der Sekretär des Wissenschaftlichen Rats für Fragen der Atomenergie bei der Regierung, Leiter des Amts für Kernuntersuchungen und Kerntechnik, Diplomphysiker Karl Rambusch, der Direktor des Zentralinstituts für Kernphysik, Doktor Heinz Barwich;

Als Vertreter der Volksrepublik China — der Stellvertretende Minister für Geologie Liu Tse, der Direktor des Wissenschaftlichen Forschungsinstituts für Physik bei der Akademie der Wissenschaften der Volksrepublik China und Mitglied der Klasse für physikalisch-mathematische und chemische Wissenschaften bei der Akademie der Wissenschaften der Volksrepublik China, Professor Tschien San Tsching, Mitglied der Klasse für physikalisch-mathematische und chemische Wissenschaften bei der Volksrepublik China und Stellvertretender Direktor des Forschungsinstituts für Physik bei der Akademie der Wissenschaften der Volksrepublik China, Professor Peng Huan Wu, Mitglied der Klasse für physikalisch-mathematische und chemische Wissenschaften bei der Akademie der Wissenschaften der Volksrepublik China, Professor Tschao Tschung Yao;

Als Vertreter der Koreanischen Volksdemokratischen Republik — der Minister für Chemische Industrie, Kandidat der Technischen Wissenschaften Ten Diun Thjak, der Prorektor der Kim Ir Sen-Universität, Kandidat der physikalisch-mathematischen Wissenschaften Kim Hen Bon, der Leiter des Amts für technische Bildung beim Ministerium für Bildungswesen, Physiker Kim Don Un.

Als Vertreter der Mongolischen Volksrepublik — der Stellvertreter des Ministerpräsidenten Sodnomy Awar-sid, das Ordentliche Mitglied des Komitees für Wissenschaften der Mongolischen Volksrepublik Namsarain Sodnom, der Ingenieur Namsarain Togo;

Als Vertreter der Polnischen Volksrepublik — der Stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Wirtschaftsplanung Mieczyslaw Lesz, das Korrespondierende Mitglied der Akademie der Wissenschaften der Polnischen Volksrepublik Professor Andrzej Soltan, Professor Bronislaw Buras;

Als Vertreter der Rumänischen Volksrepublik — der Erste Stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Plankommission und Vorsitzende des beim Ministerrat bestehenden Komitees für Kernenergie Marin Gaston, das Korrespondierende Mitglied der Akademie der Wissenschaften der Rumänischen Volksrepublik Tudor Tanasescu, das Korrespondierende Mitglied der Akademie der Wis-

senschaften der Rumänischen Volksrepublik Aleczandru Sanielevici, der Sekretär des Komitees für Kernenergie Paul Dragicescu, der Kandidat der physikalisch-mathematischen Wissenschaften Adrian Gelberg;

Als Vertreter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken — der Erste Wissenschaftliche Sekretär des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften der UdSSR Akademiemitglied A. W. Toptschjew, das Mitglied des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR S. K. Zarapkin, das Korrespondierende Mitglied der Akademie der Wissenschaften der Ukrainischen SSR, Professor Dr. D. I. Blochinzew, das Korrespondierende Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Professor Dr. W. I. Weksler, das Korrespondierende Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Professor Dr. M. G. Mestscherjakow;

Als Vertreter der Tschechoslowakischen Republik — der Minister für Kraftwirtschaft Doktor Frantisek Vlasak, der Stellvertretende Vorsitzende des Regierungskomitees für friedliche Nutzung der Atomenergie Ingenieur Jiri Bayer, der Direktor des Instituts für Kernphysik und Mitglied des Komitees für friedliche Nutzung der Atomenergie Ingenieur Cestmit Simane, das Korrespondierende Mitglied der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften Professor Vaclav Petrzilka, der Ingenieur Frantisek Kovarz.

In den Sitzungen führten den Vorsitz: der Leiter der Delegation der UdSSR, A. W. Toptschjew, der Stellvertretende Leiter der Delegation der Tschechoslowakischen Republik J. Bayer, der Leiter der Delegation der Volksrepublik Albanien S. Koleka, der Leiter der Delegation der Volksrepublik Bulgarien R. Awramoff.

Auf der Konferenz wurden die mit der Schaffung des Vereinigten Instituts für Kernforschungen verbundenen Fragen erörtert.

Der friedlichen Nutzung der Atomenergie große Bedeutung beimessend und in Anerkennung der Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Wissenschaftler der verschiedenen Länder in den theoretischen und experimentellen Untersuchungen im Bereich der Kernphysik zwecks Erweiterung der Möglichkeiten der friedlichen Atomenergienutzung, trafen die bevollmächtigten Vertreter der Regierungen der an der Konferenz beteiligten Länder ein Abkommen zur Schaffung eines Vereinigten Instituts für Kernforschungen. In dem Abkommen ist die Gründung einer internationalen wissenschaftlichen Forschungsorganisation unter der Bezeichnung „Vereinigtes Institut für Kernforschungen“ mit dem Sitz in der Sowjetunion vorgesehen.

Das Vereinigte Institut für Kernforschungen wird seine Arbeit auf Grundlage eines Statuts durchführen, dessen Entwurf von der Direktion des Instituts ausgearbeitet und von den Regierungen der Teilnehmerstaaten des Vereinigten Instituts bestätigt werden wird. Alle Signatarstaaten des Abkommens sind gleichberechtigte Mitglieder des Vereinigten Instituts für Kernforschungen. Andere Staaten, die sich künftig an der Arbeit des Vereinigten Instituts für Kernforschungen zu beteiligen wünschen, können ihr Einverständnis mit den Bestimmungen des getroffenen Abkommens erklären und auf Beschluß der Mehrheit der Teilnehmerstaaten des Instituts gleichberechtigte Mitglieder des Vereinigten Instituts werden.

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat im Einklang mit dem getroffenen Ab-

kommen dem Vereinigten Institut für Kernforschungen übergeben; das Institut für Kernprobleme bei der Akademie der Wissenschaften der UdSSR samt dem Synchrozyklotron mit einer Protonenenergie von 680 Millionen Elektronenvolt und das elektrophysikalische Laboratorium der Akademie der Wissenschaften der UdSSR samt dem Synchrophasotron mit einer errechneten Protonenenergie von 10 Milliarden Elektronenvolt samt der ganzen Ausrüstung, den Haupt-, Neben- und Verwaltungseinrichtungen und Gebäuden.

Die Regierungsdelegationen der Teilnehmerstaaten der Konferenz akzeptierten mit großer Genugtuung das Anerbieten der Regierung der Sowjetunion zur Uebergabe des Instituts für Kernprobleme und des elektrophysikalischen Laboratoriums der Akademie der Wissenschaften der UdSSR an das Vereinigte Institut für Kernforschungen, was den Wissenschaftlern der Partnerstaaten des Abkommens ermöglichen wird, bereits in nächster Zeit Forschungsarbeiten im Bereiche der Kernphysik unter Nutzung der modernsten und vollkommensten Ausrüstung vorzunehmen.

Zwecks weiterer Entwicklung der Untersuchungen auf dem Gebiete der Kernphysik in dem Vereinigten Institut für Kernforschungen sieht das Abkommen vor, zusätzlich zu errichten:

a) Ein Laboratorium für theoretische Physik mit einer Errechnungsabteilung und mit Elektronenrechenmaschinen;

b) ein Laboratorium für Neutronenphysik mit einem experimentellen Kernreaktor von hoher Dichte des Neutronenstroms;

c) ein Zyklotron, bestimmt für die Beschleunigung von mehr geladenen Ionen verschiedener Elemente und für experimentelle Arbeiten mit ihnen sowie anderen experimentellen Anlagen und Laboratorien.

In dem Abkommen ist festgelegt, daß das Vereinigte Institut für Kernforschungen von einem Institutsdirektor und zwei Stellvertretenden Institutsdirektoren geleitet wird, die von den Teilnehmerstaaten des Instituts mit einer Mehrheit aus den Wissenschaftlern dieser Staaten erwählt werden. Es werden der Institutsdirektor für drei Jahre, die Stellvertretenden Direktoren für zwei Jahre gewählt.

Zur Erörterung und Bestätigung der Pläne der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten und der Ergebnisse ihrer Ausführung sowie der anderen die wissenschaftliche Tätigkeit des Instituts betreffenden Fragen wurde ein wissenschaftlicher Rat des Instituts geschaffen, dessen Mitglieder von den Partnerstaaten des Instituts ernannt werden.

In dem Abkommen ist festgelegt, daß jeder Mitgliedstaat des Instituts für Kernforschungen jährlich eine Geldsumme als Beitrag für den Unterhalt des Instituts und für den Bau neuer wissenschaftlichen Forschungen dienender Objekte des Instituts abführt und sich an der materiellen Sicherung des Instituts beteiligt.

In dem Abkommen sind die entsprechenden Anteile der Staaten an diesen Aufwendungen festgelegt, wobei das Ausmaß des Anteils der Mitgliedstaaten des Instituts keine Einwirkung auf das Ausmaß der Beteiligung des einen oder anderen Mitgliedstaates des Instituts an der wissenschaftlichen Tätigkeit und an der Verwaltung des Instituts hat.

Zur Prüfung und Bestätigung des Budgets und zur Kontrolle des Finanzgebarens des Instituts wurde ein Finanzausschuß aus Vertretern aller Mitgliedstaaten des Instituts geschaffen.

Die Konferenz wählte einstimmig zum Direktor des Vereinigten Instituts für Kernforschungen das Korrespondierende Mitglied der Akademie der Wissenschaften der Ukrainischen SSR, Professor Dr. Dmitri Iwanowitsch Blochinzew; als Stellvertretende Direktoren wurden einstimmig der polnische Gelehrte Professor Dr. Marian Danysz und das Korrespondierende Mitglied der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften Professor, Dr. Vaclav Votruba gewählt.

Die Konferenz lud die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam ein, dem Vereinigten Institut für Kernforschungen als Mitglied beizutreten, und beauftragte die Direktion des Instituts, die Frage der Einladung anderer Staaten zur Beteiligung an dem Vereinigten Institut für Kernforschungen zu behandeln und den Regierungen der Mitgliedstaaten des Instituts entsprechende Vorschläge zu machen.

Quelle: *Nachrichten aus der Sowjetunion* vom 6. April 1956. Presseabteilung der Botschaft der UdSSR, Bonn-Rolandseck.

Zeittafel vom 1. bis zum 15. April 1956

Die Ereignisse in Europa*

Belgien

- 12.—14. Die Liberale Bewegung für ein Vereintes Europa faßt auf einer Arbeitstagung in Brüssel zwei Entschlüsse zu den Fragen der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes und der gemeinsamen Nutzung der Atomenergie.

Dänemark

7. In einer Rede vor der Kopenhagener Studentenschaft würdigt der stellvertretende Außenminister der Sowjetunion, Andrej A. Gromyko, die Neutralitätspolitik Österreichs, Schwedens und Islands als nachahmenswerte Beispiele.

Deutschland

5. Das Auswärtige Amt nimmt zum Mollet-Interview (vgl. Frankreich) Stellung und weist darauf hin, daß sich die Bundesregierung in der Frage der Wiedervereinigung, der Sicherheit und der Abrüstung bisher in voller Übereinstimmung mit den drei Westmächten befunden habe. Die nun von dem französischen Regierungschef geäußerte Auffassung, daß die Abrüstung der Lösung der Wiedervereinigungsfrage vorangehen müsse, könne die Bundesregierung nicht teilen. Am 12. April sagt Außenminister von Brentano in einem Rundfunkinterview, die Erklärungen Mollets nach dessen Interview hätten ihn davon überzeugt, daß die französische Regierung von den bisher vereinbarten gemeinsamen politischen Zielen nicht abzuweichen gedenke.
6. Nach einer Unterbrechung der Verhandlungen über die Weiterzahlung von Stationierungskosten (vgl. Zeittafel in EA 6—7/1956, S. 8732) präzisiert die Bundesregierung in Verbalnoten an die drei Westmächte ihren Standpunkt.
9. In einer Antwortnote auf die Note der Sowjetunion vom 9. März (vgl. Zeittafel in EA 6—7/1956, S. 8735, Sowjetunion) stellt die Bundesregierung fest, daß die heimatlosen Ausländer und ausländischen Flüchtlinge aus freiem Willen in der Bundesrepublik leben und diese jederzeit ungehindert verlassen können. Jeder Wunsch zur Repatriierung werde respektiert. Unter Hinweis auf die in der Sowjetunion zwangsweise zurückgehaltenen Deutschen wird die Hoffnung ausgesprochen, daß auch die sowjetische Regierung das Prinzip der Freiwilligkeit in kürzester Zeit anerkennen und jedem Deutschen die Rückkehr in die Heimat ermöglichen wird.
- 10.—11. Der Hauptvorstand der CDU der DDR tagt in Ost-Berlin und faßt eine Entschlüsse zur politischen Lage. Otto Nuschke und Propst Grüber äußern sich zu dem Verhältnis zwischen Kirche und Staat.
12. Außenminister von Brentano berichtet dem Bundeskabinett und dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestags über die Besprechungen mit Bundeskanzler

Adenauer am 9. April in Ascona. Hauptgegenstand der Besprechungen waren: das Abrüstungsproblem und sein innerer Zusammenhang mit der Frage der Wiedervereinigung, die Demarche des deutschen Botschafters in Paris anläßlich des Mollet-Interviews (vgl. Frankreich), die gespannte Lage im Vorderen Orient, die Aktivierung der NATO. Brentano weist auf die Gefahr hin, daß das internationale Gespräch über die Abrüstung Deutschland übergehen könne. Die Bundesregierung lehne jeden Versuch ab, Abrüstungsvereinbarungen auf der Basis einer „Teilung Deutschlands auf Zeit“ zu treffen.

Der Deutsche Bundestag stimmt in zweiter und dritter Lesung dem Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag mit den USA (vgl. Zeittafel in EA 22/1954, Vereinigte Staaten) zu.

Ein Antrag der Deutschen Partei, den Personalgutachterausschuß aufzuheben, wird abgelehnt.

13. Auf einer Pressekonferenz in Bonn kündigt Außenminister von Brentano einen direkten Schritt in Moskau an, um den deutschen Standpunkt zu den Problemen Abrüstung, Sicherheit und Wiedervereinigung darzulegen, weist jedoch darauf hin, daß eine „spektakuläre Initiative“ in der Frage der Wiedervereinigung nicht nötig sei.

Das Direktorium der Europäischen Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (CEPES), das in Bonn tagt, unterstreicht in einer Erklärung die Notwendigkeit, etappenweise einen gemeinsamen europäischen Markt zu schaffen, der auf den Prinzipien freier Unternehmerwirtschaft gegründet sein müsse.

15. Die CDU Saar und die Christliche Volkspartei halten in Saarbrücken außerordentliche Delegiertentagungen ab. Während die CDU Saar den in Unkel (vgl. Zeittafel in EA 8/1956) getroffenen Vereinbarungen und Maßnahmen zur politischen Einigung der christlich-demokratischen Kräfte an der Saar zustimmt, lehnt die CVP die vorgesehene Auflösung ihrer Partei ab.

Frankreich

2. Die amerikanische Zeitschrift *U.S. News and World Reports* veröffentlicht ein Interview mit Ministerpräsident Guy Mollet, in dem dieser Kritik an der Haltung der Verbündeten Frankreichs, vor allem der USA, übt. — Zur Wiedervereinigung Deutschlands erklärt Mollet, daß diese im Rahmen einer allgemeinen Abrüstung wesentlich leichter zu erzielen wäre. Ob ein wiedervereinigtes Deutschland seine Mitgliedschaft in der Atlantikpaktorganisation aufgeben würde, sei noch nicht zu übersehen.
5. In einer Rundfunkansprache in Paris erklärt der Oberbefehlshaber der Nordatlantikstreitkräfte in Europa, General Alfred M. Gruenther, daß Westeuropa erst nach dem Wirksamwerden des deutschen Beitrages, in drei bis vier Jahren, stark genug sein werde, einer Aggression erfolgreich Widerstand zu

* Vgl. hierzu auch die in der nächsten Folge des Europa-Archivs erscheinenden Mitteilungen des Europarats für April.

leisten. Die NATO-Streitkräfte würden im Ernstfalle aber auch heute schon um jeden Fußbreit Boden kämpfen. — Am 6. April dementiert General Gruenther in einem Interview mit der *United Press* nachdrücklich die ihm von der *Neuen Ruhr-Zeitung* unterstellte Behauptung, daß sich die NATO-Streitkräfte im Falle eines Krieges nach Südwest-Frankreich zurückziehen müßten. Selbstverständlich werde das gesamte NATO-Gebiet, einschließlich Westdeutschlands und der Niederlande, verteidigt werden.

9. Unter Vorsitz von Ministerpräsident Guy Mollet befaßt sich der Kabinettsrat mit der Algerienfrage. Der Ministerresident von Algerien, Robert Lacoste, bezeichnet die militärische Befriedung Algeriens als eine unbedingte Voraussetzung für die geplanten Reformen, zu deren Durchführung gewisse Veränderungen in der französischen Kolonialverwaltung nicht ausgeschlossen seien. Unter dem Eindruck dieser Erklärungen gibt der stellvertretende Ministerpräsident, P. Mendès-France, der sich in Opposition zur Regierungspolitik begeben hatte, seine zuvor geäußerten Rücktrittsabsichten auf.
11. Der Ministerrat faßt den Beschluß, die Algerische Versammlung aufzulösen. Zur Verstärkung der in Algerien eingesetzten Truppen sollen in den nächsten fünf Wochen 80 000 Reservisten einberufen werden; weitere 120 000 müssen sich in Bereitschaft halten.
12. Der deutsche Botschafter in Paris, A. G. O. Freiherr von Maltzan, wird von Ministerpräsident Guy Mollet empfangen. Die von Bundeskanzler Adenauer angeregte Aussprache über die deutsch-französischen Beziehungen und die grundlegenden Probleme der internationalen Politik wird günstig aufgenommen und für Ende Mai vorgesehen.
13. Einem Kommuniqué des Atlantikpaktrates zufolge hat der Oberkommandierende der NATO-Streitkräfte in Europa, General A. M. Gruenther, seinen Rücktritt gegen Ende des Jahres erklärt. Zu seinem Nachfolger wird General Lauris Norstad ernannt.

Griechenland

2. In einer Thronrede zur Eröffnung des Parlamentes erklärt König Paul, daß sein Land hinter der Forderung des cypriotischen Volkes nach Unabhängigkeit stünde. Wie der König weiter ausführt, betrachtet Griechenland den Atlantikpakt als die Hauptgarantie für seine nationale Freiheit.
4. Ministerpräsident Konstantin Karamanlis erklärt im Parlament, daß Großbritannien die volle Schuld an dem Zusammenbruch der Verhandlungen in Cypern trage. Die griechische Regierung werde mit allen Mitteln der Politik zu einer Regelung des Cypern-Problems beitragen.

Großbritannien

5. Auf einer Pressekonferenz in London erklärt der seit drei Wochen in Großbritannien zu Besuch weilende ehemalige sowjetische Ministerpräsident Georgij Malenkow, daß ihm der Kontakt mit dem „einfachen Volk“ den größten Eindruck gemacht habe.
7. Das Büro der Sozialistischen Internationale lehnt in einer Erklärung jede Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien mit dem Kommunismus entschieden ab.

10. Das britische Außenministerium begrüßt die Mittelost-Erklärung Präsident Eisenhowers und Außenminister Dulles' vom 9. April. (S. Vereinigte Staaten.)

Island

5. Kommunisten und linksstehende Sozialdemokraten schließen sich zu einer „Partei der Volksallianz“ zusammen. Zum Vorsitzenden wird der Gewerkschaftspräsident, Hannibal Waldimarsson, gewählt. Außenminister Kristian Gudmundsson erklärt, daß Island in Anbetracht der internationalen Entspannung den Abzug der amerikanischen Truppen wünsche; es werde aber weiterhin seinen Verpflichtungen aus dem Nordatlantikpakt nachkommen.

Italien

13. In einer Rede vor dem Senat nimmt Außenminister Gaetano Martino zu aktuellen internationalen Fragen Stellung. Er erklärt im Hinblick auf das Mollet-Interview vom 2. April, daß für ihn die Probleme der internationalen Abrüstung und der Wiedervereinigung Deutschlands unlösbar verknüpft seien.

Jugoslawien

10. Im Anschluß an einen offiziellen Besuch des belgischen Außenministers, Paul Henri Spaak, wird am 10. April ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem es heißt, daß sich beide Regierungen weiterhin um eine Verbesserung ihrer gegenseitigen Beziehungen und der internationalen Lage bemühen werden.

Polen

- 7.—8. Auf einer Tagung der Kommunistischen Partei bezeichnet der Erste Parteisekretär, Edward Ochab, die nach dem 20. Parteitag der KPdSU entbrannte Diskussion als ein Zeichen zunehmender Stärke, kritisiert aber gleichzeitig die vielfachen parteischädigenden Äußerungen als eine Verwirrung der Geister.

Schweden

- 5.—9. In Stockholm tritt der Weltfriedensrat zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. Die Versammlung richtet einen Appell an die Weltöffentlichkeit, alle Anstrengungen zu unternehmen, um eine allgemeine Abrüstung sowie das Verbot der Herstellung und Verwendung von Massenvernichtungswaffen zu erzielen.

Sowjetunion

3. Anlässlich eines Banketts zu Ehren des schwedischen Ministerpräsidenten Tage Erlander äußert sich der Erste Sekretär der KPdSU, Nikita S. Chruschtschow, lobend über das Interview des französischen Ministerpräsidenten Guy Mollet (vgl. Frankreich). Die Fragen des Friedens und der Abrüstung stünden heute an erster Stelle; die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands und andere Fragen folgten erst später. Zum Abschluß des Besuches von Ministerpräsident Tage Erlander wird ein gemeinsames Kommuniqué herausgegeben, in dem sich beide Staaten für eine Politik der internationalen Entspannung, der Nichteinmischung, der Abrüstung und des Verbots der Atomwaffen aussprechen. (Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués auf S. 8835 dieser Folge.)

9. Radio Moskau meldet, daß der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident *Lobanow* durch den bisherigen Landwirtschaftsminister *Matskowitsch* ersetzt und anstelle von Professor *Lysenko* zum Präsidenten der sowjetischen Akademie ernannt wurde.

Spanien

- 4.—7. In mehrtägigen Besprechungen zu Madrid zwischen General *Franco* und dem Sultan von Marokko,

Mohammed Sidi ben Jussef (Mohammed V.), werden die Aufhebung des spanischen Protektorats über Marokko und die künftigen spanisch-marokkanischen Beziehungen erörtert. Zum Abschluß der Verhandlungen wird eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der die spanische Regierung die volle Unabhängigkeit und Souveränität Marokkos anerkennt. (Vgl. den Wortlaut in der nächsten Folge des EA.)

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten

14. Der Rat der Arabischen Liga billigt drei Resolutionen zur Algerienfrage: 1. Vorlage dieser Frage an den Weltsicherheitsrat; 2. Appell an alle Teilnehmer der Bandung-Konferenz und andere Staaten, sich für die Befreiung Algeriens einzusetzen; 3. Finanzielle Unterstützung der algerischen Nationalisten und Vorbereitung eines Boykotts der arabischen Staaten gegen Frankreich.

Tunesien

9. Ministerpräsident *Talar ben Amar* reicht den Rücktritt seiner Regierung ein. Der Bey von Tunis beauftragt am 10. April den am Tage zuvor zum Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung gewählten *Habib Bourguiba* mit der Bildung einer neuen Regierung; sie erfolgt am 15. April. Ministerpräsident Bourguiba übernimmt das Außen- und das Verteidigungsministerium. Der Generalsekretär des Tunesischen Gewerkschaftsbundes, *Ben Salah*, tritt die Nachfolge Bourguibas als Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung an.

AMERIKA

Vereinigte Staaten

3. Staatssekretär John Foster *Dulles* nimmt auf einer Pressekonferenz in Washington zu außenpolitischen Fragen Stellung. Zu der von Ministerpräsident Guy *Mollet* in einem Interview geäußerten Kritik an den Vereinigten Staaten (vgl. Frankreich) erklärt Dulles, daß die USA ihre Hilfsangebote nicht aus Populärkeitsgründen unterbreiten würden. Für die von Island geforderte Rückziehung der amerikanischen Streitkräfte von der Insel (vgl. Island) habe er durchaus Verständnis, aber man müsse sich überlegen, wie das westliche Verteidigungssystem trotzdem erhalten bleiben könne. — Was die Krise im Mittleren Osten anbetreffe, so würden die Vereinigten Staaten im Falle eines Konfliktes nicht ohne die Genehmigung des Kongresses militärisch eingreifen.
4. Präsident *Eisenhower* unterstreicht auf einer Pressekonferenz die große politische und moralische Bedeutung des Nordatlantikpaktes. In bezug auf die Probleme im Mittleren Osten dementiert Eisenhower, daß er in den letzten Tagen von der britischen Regierung zu einer unnachgiebigeren Haltung gegenüber den arabischen Staaten gedrängt worden sei.
9. Angesichts der Zuspitzung der Lage an der ägyptisch-israelischen Grenze veröffentlichten Präsident *Eisenhower* und Außenminister *Dulles* eine Erklä-

rung, wonach die Vereinigten Staaten 1. die Mission des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Dag *Hammarhjöld*, voll unterstützen, 2. ihre durch die Satzung der Vereinten Nationen gegebenen Verpflichtungen zur Abwehr jeglicher Aggression auch im Mittleren Osten erfüllen und 3. jedem angegriffenen Land ihre Hilfe gewähren würden.

- 9.—12. Der spanische Außenminister, Alberto M. *Artajo*, weilt zu Besprechungen mit Präsident *Eisenhower* und anderen führenden Politikern in den Vereinigten Staaten. Im Mittelpunkt der Erörterungen steht die Erhöhung der militärischen und wirtschaftlichen Hilfe der Vereinigten Staaten an Spanien.

ASIEN

Burma

1. Zum Abschluß der zwischen dem Ministerpräsidenten, *U Nu*, und dem zu Besuch weilenden Ersten stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten, *Anastas I. Mikojan*, geführten Verhandlungen werden ein zusätzliches Handelsabkommen und ein Protokoll über den Austausch von Waren und Dienstleistungen unterzeichnet.

Ceylon

- 5.—7. Bei den dreitägigen Wahlen erringt die unter Führung von Solomon *Bandaranaike* stehende linksgerichtete Vereinigte Volksfront die absolute Mehrheit im Parlament. Nach dem Rücktritt des bisherigen Ministerpräsidenten, Sir John *Kotelawala*, wird *Bandaranaike* mit der Regierungsbildung beauftragt. Er legt am 12. April den Amtseid als Ministerpräsident ab und übernimmt gleichzeitig das Außen-, das Verteidigungs- sowie das Wirtschafts- und Handelsministerium.

Chinesische Volksrepublik

- 6.—7. Als Ergebnis des Besuches des Ersten stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten, *Anastas I. Mikojan*, in Peking werden zwei Abkommen unterzeichnet, von denen das erste eine zusätzliche sowjetische Hilfe für die industrielle Entwicklung Chinas vorsieht. Das zweite Abkommen regelt die sowjetische Unterstützung bei dem Bau einer direkten Eisenbahnverbindung zwischen Lantschou in Nordchina und Aktogai an der turkestanisch-sibirischen Eisenbahnstrecke.

Indien

13. In einer öffentlichen Versammlung in Neu-Delhi erklärt Premierminister Jawaharlal *Nehru*, daß er Pakistan eine Beilegung des Kaschmir-Konfliktes durch

Teilung des Gebietes entlang der gegenwärtigen Demarkationslinie angeboten habe.

Indonesien

9. Das erste gewählte Parlament tritt zu einer Sitzung zusammen. Ministerpräsident *Ali Sastroamidjojo* gibt eine Regierungserklärung ab, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß Indonesien eine aktive unabhängige Außenpolitik führen wolle. So werde es unter anderem die Annullierung des indonesisch-niederländischen Abkommens vollziehen und die Durchführung der Beschlüsse der Bandung-Konferenz anstreben.

Israel

- 4.—15. Die erneut auflebenden und anhaltenden Zwischenfälle im Grenzgebiet von Gaza werden von der Regierung als Angriffshandlungen des ägyptischen Militärs bezeichnet. Am 8. April beschließt die Regierung in einer außerordentlichen Sitzung eine Reihe von Verteidigungsmaßnahmen.

Jemen

10. Wie aus Dschidda verlautet, ist zwischen dem Jemen und Saudi-Arabien ein Verteidigungsabkommen unterzeichnet worden. Der Jemen tritt damit dem arabischen Dreierpakt bei, den Ägypten, Saudi-Arabien und Syrien geschlossen hatten.

Kambodscha

3. Das Parlament bestätigt den mit der Neubildung der Regierung beauftragten früheren stellvertretenden Ministerpräsidenten *Khim Tit* in seinem neuen Amt als Ministerpräsident. Zum Außenminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten wird der bisherige Botschafter Kambodschas in den Vereinigten Staaten, *Nong Kimny*, ernannt.

Die Organisation der Vereinten Nationen

- 3.—11. Die Abrüstungsgespräche im Rahmen des Unterausschusses der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen werden fortgesetzt (vgl. Zeittafel in EA 8/56, S. 8790). Der amerikanische Delegierte *Harold E. Stassen* unterbreitet am 3. April einen umfassenden Kompromißvorschlag zur Abrüstung, der nach zwei vorbereitenden Phasen die Errichtung einer internationalen Abrüstungsorganisation vorsieht.
- 4.—14. Der Sicherheitsrat beauftragt den Generalsekretär der Vereinten Nationen, *Dag Hammarskjöld*, sich im Rahmen des Waffenstillstandsabkommens für Palästina und der drei letzten Palästina-Resolutionen des Sicherheitsrates um eine Beilegung des erneut zwischen Ägypten und Israel ausgebrochenen Grenzkonfliktes sowie um die Sicherung des Friedens im Nahen Osten zu bemühen. Am 6. April tritt *Hammarskjöld* seine Reise an, die ihn zunächst nach London und von dort weiter nach Rom führt, wo er am 7. und 8. April mit dem Präsidenten der Republik, *Gronchi*, und mit dem italienischen Außenminister zusammentrifft sowie von Papst *Pius XII.* empfangen wird. — Ungeachtet der Schlichtungsversuche durch Generalsekretär *Hammarskjöld* und den Leiter der Waffenstillstandskommission für Palästina, Ge-

Mongolische Volksrepublik

8. Zum Abschluß der Verhandlungen, die in Ulan-Bator zwischen dem Ministerpräsidenten der Mongolischen VR, *I. Zedenbal*, und dem stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten, *A. I. Mikojan*, stattfanden, wird ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht. Danach wird die Sowjetunion der Mongolischen VR bei einem großen Wohnungsbauprogramm für Ulan-Bator in den Jahren 1956—1960 behilflich sein. Die Eisenbahnstrecken Solowjewsk—Bajan—Tumen und Tschoibalsan—Tamzak—Bulak werden, nebst allen Anlagen und technischen Einrichtungen, der sowjetisch-mongolischen „Ulan-Bator-Eisenbahn-AG.“ unentgeltlich überlassen.

Pakistan

15. Ministerpräsident *Chaudhri Mohammed Ali* lehnt den Vorschlag *Nehrus* zur Lösung des Kaschmirproblems (vgl. Indien) entschieden ab. Pakistan werde diese Angelegenheit vor den Weltsicherheitsrat bringen.

Persien

3. In einer Note an den sowjetischen Botschafter in Teheran weist die persische Regierung den dritten Protest der Sowjetunion gegen den Beitritt Persiens zum Bagdadpakt als unbegründet zurück.

Syrien

- 9.—11. König *Hussein* von Jordanien stattet dem syrischen Staatspräsidenten *Schukri el Kuwatly* einen dreitägigen Staatsbesuch ab. Am 11. April wird ein gemeinsames Kommuniqué herausgegeben, wonach Syrien und Jordanien übereinkommen, ihre Verteidigungspläne gegen eine mögliche israelische Aggression zu koordinieren und eine strikte Politik des Nichtbeitritts zu ausländischen Pakt zu befolgen.

neral *Burns*, dauern die Kämpfe im Gebiet von Gaza fort. Die Delegierten Ägyptens und Israels richten am 9. April weitere Protestnoten an den Präsidenten des Sicherheitsrates, in denen sie sich gegenseitig mit größter Heftigkeit der planmäßigen Aggression beschuldigen. Auf dem Wege über Beirut, das er als Standquartier erwählt hat, begibt sich Generalsekretär *Hammarskjöld* am 10. April weiter nach Kairo, wo er nach ausführlichen Gesprächen mit Ministerpräsident *Nasser* und anderen ägyptischen Politikern die Rückziehung der ägyptischen und israelischen Streitkräfte im Gaza-Streifen sowie eine Waffenruhe vorschlägt. — Am 12. April stellt der Generalsekretär dem Sicherheitsrat eine Reihe von Dokumenten zu, aus denen der Verlauf seiner bisherigen Verhandlungen ersichtlich ist. — Nach einer letzten Unterredung mit Ministerpräsident *Nasser* am 14. April erklärt *Hammarskjöld* seine Mission in Ägypten für abgeschlossen. Er begibt sich zu einer Inspektion des Grenzgebietes von Gaza und kehrt von Israel aus nach Beirut zurück.

5. In Genf wird die 11. Sitzung der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftskommission (ECE) eröffnet.

Bücher und Broschüren

Akzin, Benjamin: New States and International Organizations. A Report prepared on behalf of The International Political Science Association. Paris: UNESCO, International Political Science Association 1955. 200 S.

Dieser im Auftrag der UNESCO unter Mitarbeit verschiedener internationaler Sachverständiger ausgearbeitete Bericht erstreckt sich auf 18 seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges neu entstandene bzw. souverän gewordene Staaten — Burma, Kambodscha, Ceylon, Island, Indien, Indonesien, Israel, Jordanien, Nordkorea, Südkorea, Laos, Libanon, Libyen, Mongolei, Pakistan, Philippinen, Syrien und Vietnam — und dient der Darlegung der Schwierigkeiten, denen sich diese Länder auf der Suche nach dem ihnen zukommenden Platz in der internationalen Gemeinschaft der Völker gegenübersehen und gegenübersehen. Ihre Beziehungen zu den „alten“ Staaten werden dabei ebenso beleuchtet wie die Beziehungen zu den internationalen Organisationen und das Ausmaß der Hilfe, die die neuen Staaten durch das technische Hilfsprogramm usw. erhalten haben.

Bachmann, Hans: Europäische Standortbestimmung in Politik und Wirtschaft. Zürich: Polygraphischer Verlag AG. 1955. VII, 185 S. Fr. 19.80.

Der von Prof. Bachmann von der Handelshochschule St. Gallen gewählte „zeitliche“ Standort ist der durch die Genfer Konferenz der Regierungschefs der „Großen Vier“ gekennzeichnete Sommer 1955. Der Autor geht von der Voraussetzung aus, daß sich heute politische und wirtschaftliche Probleme nicht mehr voneinander trennen lassen.

Mit einer Untersuchung des Verhaltens der außereuropäischen Ländergruppen und einer Darstellung der westeuropäischen Verhältnisse in der durch die Blockbildung in Ost und West gekennzeichneten Nachkriegszeit wird der Rahmen skizziert, in dem Westeuropa sich heute den verschiedensten Problemen gegenübergestellt sieht. Das zentrale Problem sieht der Autor in der Selbstbehauptung gegenüber der Sowjetunion. In diesem Zusammenhang befaßt sich Prof. Bachmann eingehend mit der deutschen Frage. Er vertritt die Ansicht, daß eine Wiedervereinigung unter den gegebenen Umständen nicht realisierbar sei, da sie eine Neutralisierung nach sich ziehen müßte. Eine solche Neutralisierung würde die Gefahr einer Bolschewisierung Deutschlands und des ganzen westeuropäischen Kontinents erheblich erhöhen, desgleichen aber auch die andere Gefahr, daß ein wiedervereinigtes, autonomes, nicht in der Atlantischen Staatengemeinschaft gebundenes Deutschland wieder zu einer der nationalsozialistischen ähnlichen Außenpolitik gelangen und nochmals einen Weltkrieg auslösen könnte. Das deutsche Volk sehe sich heute der Situation gegenüber, „daß zwei gedanklich mögliche Ziele, nämlich die Errichtung eines wiedervereinigten, autonomen Deutschlands und jenes eines wiedervereinigten, aber neutralisierten und abgerüsteten Deutschlands, auf nach menschlichem Ermessen unüberwindlichen Widerstand stoßen, das erste im Osten und Westen zugleich, das zweite im Westen...“ Eine mögliche Entwicklung sieht Bachmann in der folgenden Hypothese: „...neben einem in die Front der westlichen Selbstbehauptung eingefügten Westdeutschland ein von der russischen Besetzung und auf demokratischem Wege auch vom Kommunismus befreites, neutralisiertes Ostdeutschland.“ Bachmann gibt zu, daß bei einer solchen Entwicklung nicht die Wiedervereinigung, sondern die Einordnung eines selbständigen ostdeutschen Staatenwesens in die westeuropäische (eventuell die atlantische) Staatenordnung in Betracht käme, wie sie seiner Ansicht nach auch für die übrigen Randvölker ins Auge gefaßt werden sollte. „Für die westeuropäischen Völker würde ein solcher deutscher Zielwechsel, wenn ernst gemeint, die Zusammenarbeit mit Westdeutschland außerordentlich erleichtern; statt eines unerhlichen Lippenbekenntnisses zur Wiedervereinigung könnten sie sich ehrlich zur Befreiung des deutschen Ostens — wie der übrigen Randvölker — bekennen...“

H. V.

The British Year Book of International Law 1954. Thirty-First Year of Issue. Issued under the auspices of the

Royal Institute of International Affairs. London—New York—Toronto: Oxford University Press 1956. VIII, 546 S. 75 s.

Neben grundsätzlichen Betrachtungen über die Entwicklung der verschiedenen Aspekte des internationalen Rechts, die Bedeutung nationalstaatlicher verfassungsrechtlicher Bestimmungen für die internationalen Organisationen sowie über die Möglichkeiten der Anwendung nationalstaatlicher Jurisdiktion vor internationalen Rechtsinstanzen enthält dieser 31. Band dieser Jahrbücher wieder eine Reihe von Abhandlungen über besondere internationale Rechtsfragen, von denen in erster Linie eine Darlegung des Durchfahrtsrechtes von Schiffen durch internationale Wasserwege im Kriegsfall sowie eine Darstellung des diplomatischen Rechtes auf Immunität hervorzuheben sind. Aus der Tätigkeit des Internationalen Gerichtshofes in Haag wird vor allem der anglo-norwegische Fischereikonflikt herausgestellt und ausführlich behandelt. Außerdem werden die bedeutendsten Entscheidungen britischer Gerichte aus den Jahren 1953/54 dargestellt, die Fragen des öffentlichen oder privaten internationalen Rechtes berührten.

E. W.

Buchmann, William, Herbert E. Krugmann und R. W. van Wagenen: An International Police Force and Public Opinion. Polled Opinion in the United States 1939—1953. Princeton, New Jersey: Princeton University, Center for Research on World Political Institutions 1954. 39 S.

Deutsches Atomenergierecht. Ergänzbare Sammlung geltender Vorschriften auf dem Gebiet der Atomenergie. Hrsg. von Prof. Dr. jur. Georg Erler und Dr. jur. Hans Kruse, Göttingen. Göttingen: Verlag Otto Schwartz & Co. 1955. (Lose-Blatt-Sammlung.) Grundwerk DM 9.80.

Mit der ersten Lieferung dieser Lose-Blatt-Sammlung wird der Versuch unternommen, die Ausgangsposition auf dem in der Entstehung begriffenen Sonderrechtsgebiet zu fixieren. Wie die Herausgeber betonen, versteht es sich angesichts des Verzichts der Bundesrepublik auf die Herstellung von Atomwaffen von selbst, daß die Sammlung ausschließlich die gesetzgeberische Regelung der friedlichen Verwendung der Atomenergie zum Ziele hat. Da die Atomforschung ihrem Wesen nach nicht als eine nationalstaatliche Angelegenheit betrachtet werden kann, ist es zu begrüßen, daß sich die Herausgeber entschlossen haben, die internationalen Vereinbarungen auf diesem Gebiet, soweit die Bundesrepublik an ihnen beteiligt ist, mit in die Sammlung aufzunehmen. Man wird den weiteren Lieferungen dieser Sammlung mit Interesse entgegensehen.

H. V.

Deutsche höchstrichterliche Rechtsprechung in völkerrechtlichen Fragen, 1945—1949. Decisions of German Superior Courts relating to International Law. Décisions des cours supérieures allemandes en matière de droit international public. Bearbeitet im Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht von Hans Ballreich, Karl Doebling, Günther Jaenicke, Günther Weiß und Erich Zimmermann. Köln—Berlin: Carl Heymanns Verlag KG 1956. XX, 250 S. (Dreisprachig.) (Fontes Iuris Gentium. Series A, Sectio II, Tomus 3.) DM 23.—.

Der vorliegende Band enthält eine Sammlung derjenigen Entscheidungen deutscher Gerichte, die seit der Besetzung Deutschlands im Jahre 1945 bis zum 1. Oktober 1949 in den vier Besatzungszonen Deutschlands zu völkerrechtlichen Fragen Stellung genommen haben.

Im Aufbau folgt der Band denjenigen Bänden, in denen die Rechtsprechung des Reichsgerichts zu völkerrechtlichen Fragen zusammengestellt worden ist. Der erste Teil enthält systematisch geordnete Leitsätze der gesammelten Entscheidungen unter Beifügung einer englischen und französischen Übersetzung. Der zweite Teil enthält Auszüge aus dem

Wortlaut der Entscheidungen, die es dem Benutzer ermöglichen, die in den Leitsätzen zusammengefaßten Aussprüche der Gerichte in ihrem Zusammenhang nachzulesen. Ein dreisprachiger Index und ein Entscheidungsverzeichnis ergänzen diese wertvolle Sammlung.

Mit Interesse wird man dem in Vorbereitung befindlichen Band über die Rechtsprechung der höchsten Gerichte der Bundesrepublik Deutschland in völkerrechtlichen Fragen für die Zeit von 1949—1955 entgegensehen. H. V.

Dewar, Margaret: Labour Policy in the USSR 1917—1928. London—New York: Royal Institute of International Affairs 1956. VIII, 286 S. 45 s.

Hier wird der Öffentlichkeit die erste detaillierte Studie über die Arbeitsmarktpolitik und die Sozialpolitik der Regierung der Sowjetunion in den kritischen und entscheidenden Übergangsjahren von 1917—1928 zugänglich gemacht. Dieser Studie kommt vor allem deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil die Machthaber im Kreml in diesen Jahren die Auswirkungen von Krieg und Revolution zu überwinden hatten und versuchen mußten, mit Hilfe einer durchgreifenden Reorganisation des vorhandenen Arbeitskräftepotentials die Wirtschaftsordnung der Sowjetunion nach ihren ideologischen Gesichtspunkten neu zu ordnen. Mit großer Objektivität weist die Verfasserin die beträchtlichen Widersprüche zwischen Theorie und Praxis des Bolschewismus nach. Sie dokumentiert ihre Darlegungen nicht nur mit einer detaillierten Chronologie der Geschehnisse, sondern auch mit einer Wiedergabe aller in dieser Zeit verkündeten wichtigen Dekrete, Verordnungen und Gesetze auf dem Sektor des Arbeitsrechtes, der Lohnpolitik, der Sozialordnung und der Arbeitsmarktpolitik der Sowjetregierung. E. W.

The Empire and Commonwealth Year Book 1956. Edited by Ronald S. Russell. London: Newman Neame Limited 1956. XXVIII, 531 S. 45 s.

Die vorliegende fünfte Ausgabe des bewährten Handbuchs enthält, in drei Teile gegliedert, wieder eine Fülle von Tatsachen über alle Gebiete des Commonwealth. Im ersten Teil finden sich Angaben über die mit Commonwealth- und Kolonialangelegenheiten befaßten Regierungsstellen, Commonwealth- und Kolonialkonferenzen, den Commonwealth-Handel und über Institutionen, die sich im wissenschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich mit Fragen des Commonwealth beschäftigen.

Der zweite, umfangreichste Teil bringt für jedes der über 80 Territorien Daten über Geschichte, Verfassung, Regierung, Bevölkerung, Kultur, Finanzen und Wirtschaft, der dritte Statistiken über Produktion wichtiger Rohstoffe und Waren und den Handel mit diesen. Friedrich Wieschke

Garthoff, Raymond L.: Die Sowjetarmee — Wesen und Lehre. (Titel d. amerikanischen Originalausgabe: Soviet Military Doctrine. Übersetzung: Helmut Bohn.) Köln: Markus Verlag GmbH. 1955. 593 S. Lw. DM 25.—

Das vorliegende Werk, entstanden als eine Studie der RAND Corporation für die amerikanische Luftwaffe, gibt zum ersten Male einen umfassenden Überblick über das Wesen und die Lehre des sowjetischen Militär-Apparates.

Teil I behandelt die Grundlagen der sowjetischen Kriegslehre und erläutert zunächst den engen Zusammenhang zwischen kommunistischer politischer Doktrin und sowjetischer Kriegslehre. Überzeugend wird das Nachwirken des zaristischen Erbes nachgewiesen. Ebenso werden die zahlreichen ausländischen — deutschen, französischen, englischen und anderen — Einflüsse untersucht. Ohne daß das Buch versucht, die sowjetische Kriegslehre als etwas unbedingt Eigenes und in sich Geschlossenes darzustellen, werden die Besonderheiten gut herausgearbeitet. So ist interessant, daß zwischen Strategie und Taktik eine „operative Kunst“ als besonderer Begriff eingeschoben wurde.

Der umfangreichere Teil II beschäftigt sich mit den Grundsätzen der militärischen Kriegführung, d. h. auch mit den mehr fachlichen Aufgaben des Berufssoldaten. Die Betonung des Offensivgedankens tritt hervor. Eindrucksvoll sind die Ansichten über Erziehung und Ausbildung des Soldaten wiedergegeben. Viele Grundsätze entsprechen denen der früheren deutschen Wehrmacht. In der starken Hervorhebung des Vernichtungsprinzips wird wiederum die enge Verbindung zur allgemeinen kommunistischen Doktrin deutlich.

Teil III enthält die taktisch-technischen Einzelheiten der Kriegslehre, der Kampfmittel und der Waffengattungen. Auch hier wird der größere, politische Zusammenhang stets beachtet.

Im Anhang I wird ein Bild über die Spitzenorganisation der sowjetischen Streitkräfte gegeben. Der Anhang II, für den deutschen Leser von besonderem Interesse, schildert die „Feuerprobe“ von Juni 1941 bis Dezember 1941. Die Sowjets waren von dem deutschen Angriff zu diesem Zeitpunkt völlig überrascht — was ja auch in jüngster Zeit von den Erben Stalins nicht ohne Vorwurf gegen den Woschd zugegeben wurde.

Die Fülle des Materials, die Vielzahl sowjetischer und anderer Quellen (allein in der Bibliographie über 1000 Titel) boten dem Verfasser eine Unterlage, wie sie deutschen Autoren kaum zur Verfügung gestanden haben würde. Das Buch stützt sich nur auf das eindeutig Erkannte, d. h. vor allem auf die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges. Das bedingt, daß die neueren, atomaren Probleme nicht berücksichtigt werden konnten. Aber mit oder ohne Atomwaffen — die Grundlagen des sowjetischen militärischen Denkens bleiben dieselben. Das Buch gibt zumindest eine solide Basis für die Beurteilung der Mentalität und der Kraft der Sowjetarmee. Es ist darum für den Politiker wie den Soldaten für eine nüchterne Einschätzung kommender Entwicklungen besonders wertvoll. Bn.

Revue de la Législation Hongroise. o. O.: Association des Juristes Hongrois 1955. 40 S.

Roletto, Giorgio: La Costruzione Economica Sovietica. Formazione — Struttura — Tendenze. Mailand: Dott. A. Giuffrè-Editore 1955. XII, 294 S. (Collana di Monografie. Dell'Istituto di Geografia Economica dell'Università di Trieste. Serie II: Le Superpotenze Economiche).

Schönfeld, Walther: Zur Frage des Widerstandsrechts. Stuttgart: W. Kohlhammer 1955. 62 S. DM 4.80.

EUROPA - ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Böldigheimer (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Dr. Erwin Weghorn (E. W.), Frankfurt; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1956 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2.50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10.50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 11.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalsschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

Die Ergebnisse des 20. Parteikongresses der KPdSU

(Fortsetzung und Schluß)

Von Dr. Boris Meißner

IV. Das Ende des Stalin-Mythos

1. Der revolutionäre Charakter der posthumen Entthronung Stalins

In der Schlußresolution des 20. Parteikongresses heißt es zur Frage des Führerkults:

„Große Bedeutung für die Hebung der Aktivität der Kommunisten und aller Werktätigen hatte die umfassende Erläuterung der marxistisch-leninistischen Auffassung von der Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte. Der Parteitag ist der Ansicht, daß das Zentralkomitee völlig recht daran tat, als es gegen den Personenkult auftrat, dessen Verbreitung die Rolle der Partei und der Volksmassen herabminderte, die Rolle der kollektiven Führung in der Partei schmälerte und nicht selten zu ersten Unterlassungen in der Arbeit führte; er beauftragt das Zentralkomitee, im Kampf gegen die Ueberreste des Personenkults nicht nachzulassen und in seiner ganzen Tätigkeit davon auszugehen, daß die wahren Schöpfer des neuen Lebens die Volksmassen sind, die von der Kommunistischen Partei geführt werden.“

Hinter diesen apodiktisch abgefaßten und nüchtern klingenden Sätzen verbirgt sich ein revolutionärer Akt, dessen Auswirkungen in ihrem vollen Umfange heute noch gar nicht abzusehen sind — die Verdammung *Stalins* und seiner seit 1934 angewandten Herrschaftsmethoden, wie sie dramatischer nicht vollzogen werden konnte. Die Nachfolger *Stalins* haben sich aus Gründen, auf die noch einzugehen sein wird, mit einer partiellen Abwertung der Persönlichkeit *Stalins* und seiner Autorität als Klassiker des Marxismus-Leninismus, wie sie im Rahmen einer schrittweisen Entstalinisierung durchaus vertretbar gewesen wäre, nicht begnügt. Sie haben aus innerpolitischen Erwägungen die revolutionäre Schockwirkung gesucht. Diese wurde durch den dreistündigen Bericht „über den Personenkult und seine Folgen“ bewirkt, den *Chruschtschow* auf einer Geheimsitzung am Abend des 25. Februar 1956 erstattete⁵³, nachdem *Mikojan* bereits in seiner Diskussionsrede vom 16. Februar mit der Zerstörung der *Stalin*-Legende begonnen hatte. Wie wenig außersowjetische Faktoren bei dieser „stalinistischen Liquidation Stalins“ eine Rolle gespielt haben, zeigt die Unbekümmertheit, mit der sich *Chruschtschow* über die Bedenken der ausländischen Kommunistenführer hinweggesetzt hat, die an der Geheimsitzung selbst nicht teilgenommen haben. Dies geht aus den Worten *Togliattis* hervor, der am

22. März vor der Kammerfraktion der italienischen KP erklärte⁵⁴:

„Thorez und ich haben *Chruschtschow* auseinandergesetzt, daß man eine andere Methode wählen könne, um die russische und die anderen Kommunistischen Parteien zu unterrichten. Aber uns ist geantwortet worden, daß die Sowjets diesen Schock nötig haben, um den neuen Kurs einzuleiten, und daß alles so entschieden wurde, obwohl die übrigen Kommunistischen Parteien dadurch einen, wenn auch nur augenblicklichen Schaden davontragen würden.“

Wenn von der Sowjetführung auch an der Unterscheidung zwischen dem frühen *Stalin* und dem in der Folgezeit entarteten Alleinherrscher festgehalten wird, so sind doch andererseits, vor allem durch *Chruschtschow*, die Anschuldigungen und Verdammungsurteile so gehäuft worden, daß das Bild des mit terroristischen Mitteln herrschenden und von Wahnvorstellungen erfüllten Diktators der ganzen Welt gegenüber offen liegt und ihn in der russischen Geschichtsbetrachtung an die Seite eines Iwan des Schrecklichen rückt.

Bisher sind nur Teile des *Chruschtschow*-Berichts durch lancierte „Indiskretionen“ im Ausland bekanntgeworden. In der Sowjetunion bildet er seit Wochen die propagandistische Grundlage einer umfassenden Aufklärungskampagne, die anläßlich des *Lenin*-Gedenktages am 22. April 1956 ihren bisherigen Höhepunkt erreichte. Unabhängig davon, wann und in welchem Umfange der Geheimbericht veröffentlicht werden wird, ist es bereits heute möglich, an Hand von Berichten und Kommentaren aus der Sowjetunion und dem sowjetischen Einflußbereich ein Bild darüber zu gewinnen, was *Stalin* vorgeworfen wird, welche Schlußfolgerungen daraus gezogen werden und welche Hoffnungen die Machthaber im Kreml an die Zerstörung des *Stalin*-Kults knüpfen. Dieses Material gestattet es auch, sich Gedanken über die Motive und Auswirkungen dieser revolutionären Erup-tion zu machen.

Die Abkehr von dem zum despotischen Großtyrannen entarteten späten *Stalin* und die Verdammung des mit seiner Persönlichkeit verbundenen Kults ist vor allem aus den folgenden offiziellen sowjetkommunistischen Dokumenten zu entnehmen:

1. ZK-Bericht *Chruschtschows*;

2. Diskussionsreden *Susslows*, *Mikojans*, *Malenkows* und der *Pankratowa*;
3. Artikel der *Prawda* „Warum ist der Personenkult dem Geist des Marxismus-Leninismus fremd?“ vom 28. März 1956⁵⁵;
4. Artikel des Obersten I. *Tschaschnikow* „Eine wichtige Frage der kriegsgeschichtlichen Wissenschaft“ in der *Krassnaja Swesda* vom 3. April 1956⁵⁶;
5. Artikel der *Prawda* „Die Kommunistische Partei siegt nach wie vor durch ihre Treue zum Leninismus“ vom 5. April 1956⁵⁷;
6. Rede *Schepilows* „Der Leninismus ist das siegreiche Banner der gegenwärtigen Epoche“ vom 22. April 1956⁵⁸;
7. Artikel der *Trybuna Ludu* „Ueber den Personenkult und seine Folgen“ vom 10. März 1956⁵⁹;
8. Artikel von J. *Morawski* „Lehren des XX. Parteitags“ in der *Trybuna Ludu* vom 27. März 1956⁶⁰;
9. Rede von W. *Ulbricht* „Antwort auf Fragen auf der Berliner Bezirksdelegiertenkonferenz der SED“ in *Neues Deutschland* vom 18. März 1956;
10. Bericht von P. *Togliatti* an das Zentralkomitee der italienischen KP in *L'Unità* vom 15. März 1956⁶¹;

An weiteren Quellen, von deren Auswertung abgesehen worden ist, weil sie weniger ergiebig sind, wären zu nennen:

- a) Bericht von M. *Rakosi* „Ueber den XX. Parteitag der KPdSU“ vom 12. März 1956⁶²;
- b) Bericht von Ch. *Gheorghiu-Dej* „Die Beschlüsse der KPdSU — Eine Hilfe für die rumänische Arbeiterpartei“ vom 23. März 1956⁶³;
- c) Bericht von A. *Novotny* „Der XX. Parteitag der KPdSU und die Schlußfolgerungen für unsere Partei“ vom 29. März 1956⁶⁴;
- d) Bericht von E. *Ochab* „Die Ergebnisse des XX. Parteitags der KPdSU und die Aufgaben der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei“ vom 6. April 1956⁶⁵;
- e) Artikel in *Sheminshibaw* „Ueber die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats“ vom 5. April 1956⁶⁶;
- f) Artikel von M. *Thorez* „Ueber einige vom XX. Parteitag der KPdSU gestellten Hauptfragen“ in *L'Humanité* vom 27. März 1956⁶⁷.

Die vorliegenden Dokumente ermöglichen es, die Anklagen, die gegen *Stalin* erhoben werden, näher zu präzisieren und auf die Motive einzugehen, welche seine Epigonen veranlaßt haben, diesen Gerichtstag, der sie selbst in keinem sehr günstigen Lichte erscheinen läßt, abzuhalten.

2. Die Anklagen gegen Stalin und den Spätstalinismus

Die Anklagen, die gegen *Stalin* und den Spätstalinismus erhoben werden, lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

1) *Stalin* hat seine Person über die Parteiführung und die Partei selbst gestellt, d. h. eine unbeschränkte Selbstherrschaft ausgeübt.

a) Er hat das kollektive Führungsprinzip beseitigt und sich über die in der Parteisatzung vorgesehenen Parteiorgane hinweggesetzt.

Morawski schreibt:

„Die Kollektivität in der Parteiführung wurde immer mehr eingeschränkt und schließlich liquidiert. Das zeigt allein die Tatsache, daß von 1934 bis 1952 nur ein Parteikongreß stattfand. Jahrelang wurden keine Vollsitzungen des Zentralkomitees mehr abgehalten.“

Ulbricht sagt:

„Wenn wir exakt die Entwicklung analysieren, müssen wir sagen, daß sich nach dem XVII. Parteitag in der Arbeit von J. W. *Stalin* immer stärker die Tendenzen der persönlichen Willkür zeigten. Die Tagungen des Zentralkomitees wurden seltener. Die Fristen zwischen den Parteitagungen wurden größer, bis zu zwölf Jahren. Auch die Sitzungen des Politbüros wurden seltener. Die Folge dieses Personenkults waren eine Anzahl Fehler.“

Togliatti erklärt:

„In der Folgezeit bestand sein Fehler darin, daß er sich Zug um Zug über die Führungsorgane der Partei und die Partei selbst erhob, daß die kollektive Führung durch eine persönliche Führung ersetzt wurde. So bildete sich allmählich jener Personenkult heraus, der dem Geist der Partei widerspricht und zwangsläufig schweren Schaden anrichten mußte.“

... Die Führungsorgane der Partei wurden nicht mehr regelmäßig einberufen; es zeigte sich die Tendenz, an Stelle der kollektiven Prüfung und Behandlung der Probleme und kollektiver Parteibeschlüsse individuelle Entscheidungen zu fällen, ungeachtet der Gefahr oberflächlicher, einseitiger und irriger Formulierungen. So war es vor dem Kriege, während des Kriege und nach dem Kriege.“

Susslow, der sich in seinem Diskussionsbeitrag eingehend mit der Theorie und Praxis des Personenkults auseinandersetzt, sagt:

„Sie schmälerte die Rolle der Volksmassen und die Rolle der Partei, degradierte die kollektive Führung, untergrub die innerparteiliche Demokratie, unterdrückte die Aktivität der Parteimitglieder, deren Initiative und selbständiges Handeln, führte zur Unkontrollierbarkeit, Verantwortungslosigkeit und sogar zur Willkür in der Arbeit einzelner Personen, behinderte die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik und verursachte einseitige, manchmal auch falsche Entscheidungen in der Lösung von Fragen.“

b) Er hat die Grundsätze der „innerparteilichen Demokratie“ verletzt und jede Kritik unterdrückt.

Die *Prawda* vom 28. März schreibt:

„Der Personenkult und die Führungspraxis, die sich unter dessen Einfluß in der letzten Periode des Lebens und der Tätigkeit J. W. *Stalins* herausgebildet hatte, haben großen Schaden angerichtet. Der Umstand, daß *Stalin* die Normen des Parteilebens und das Prinzip der kollektiven Führung der Partei ignorierte, daß er nicht selten Fragen eigenmächtig löste, führt zur Verzerrung der Parteiprinzipien und der Parteidemokratie, zu Verstößen gegen die revolutionäre Gesetzmäßigkeit, zu unbegründeten Repressalien.“

Schepilow erklärt:

„Der Personenkult schmälert die Rolle der Partei und der Volksmassen, verneint die Rolle der kollektiven Füh-

rung in der Partei, drosselt und beschränkt die Kritik und Selbstkritik, lähmt die Aktivität, die Initiative der Parteiorganisationen, der werktätigen Massen. Er führt zu groben Verstößen gegen die Parteidemokratie und die revolutionäre Gesetzlichkeit.“

Morawski bemerkt:

„Der Personenkult, der sich vor dem Kriege und noch mehr in den Kriegsjahren entwickelt hatte, war mit der Verletzung der Leninschen Normen des Parteilebens verbunden; er führte zu Verstößen gegen die Prinzipien der Demokratie in der Partei und im gesellschaftlichen Leben, zur Unterdrückung der Kritik, zum Auseinanderklaffen von Wort und Tat.“

Die *Trybuna Ludu* vom 10. März 1956 schreibt:

„Als sich die Auffassung durchsetzte, daß sich in der praktischen Parteiarbeit die ganze Weisheit und Wahrheitskenntnis bei einem Manne konzentriert, als die von ihm allein — ohne Beratung und sachliche Erörterung der Angelegenheit vor einer Parteiinstanz — getroffenen Entscheidungen für unfehlbar und endgültig gehalten wurden, da waren Irrtümern und Exzessen Tür und Tor geöffnet. Die Partei verzichtete seither auf das selbstständige Denken ihrer Mitglieder, auf ihr eigenes Bemühen um ein Verständnis der Wirklichkeit, auf die Entwicklung der Theorie und der Kenntnis der Wirklichkeit, auf die bewußte Beteiligung an der Gestaltung der Parteipolitik und der Markierung der Wege für die Umgestaltung der Wirklichkeit. Damals endete der gegenseitige Austausch der Gedanken und Impulse zwischen der Parteiführung einerseits und dem Parteiaktiv und den Parteimassen andererseits, zwischen der Partei als Gesamtheit und der Arbeiterklasse, den Bauernmassen, also der ganzen Gesellschaft, der Gedankenaustausch, der der Kraftquell für die Partei ist und der es ihr gestattet, die Parteipolitik ständig mit dem Leben zu konfrontieren und diese Politik zu korrigieren, wenn sich im Leben etwas verändert. Damals wurde der Kontakt zwischen der Partei, der Avantgarde der werktätigen Massen, und der Masse der Werktätigen aufs Spiel gesetzt.“

Schließlich zeigen die Erfahrungen, daß Entscheidungen, die allein, unter Umgehung der zuständigen Parteiinstanzen, ohne kollegiale und gründliche Diskussion, ohne Rücksicht auf die Meinung der Sachverständigen und ohne Rückgriff auf die Erfahrung der Massen getroffen wurden, häufig unrichtig und oft sogar unwahr sind.

Der Personenkult hat ferner die schädliche Tendenz, sich zu verallgemeinern. Ein Mensch allein kann nicht überall sein und alles entscheiden. Dann treten in den einzelnen Bereichen des Denkens und Handelns, in den einzelnen Gegenden, Wojewodschaften und Kreisen für die betreffenden Gebiete „entscheidende Persönlichkeiten“ auf den Plan, und es entsteht eine Art Leiter, eine Hierarchie „entscheidender Persönlichkeiten“. Auf einer niedrigeren Ebene entsteht dann erneut die Gefahr einseitiger und unrichtiger Entscheidungen. Das Kollektiv, die Masse der Parteimitglieder bleibt auf die Rolle einer passiven Exekutive beschränkt, die Entscheidungen durchführt, die unabhängig von ihr getroffen, hinter ihrem Rücken gefällt wurden und ohne gemeinsame Erörterung zustande kamen. Dann werden die geistig selbstständigeren Menschen unbequem und entbehrlich, es bildet sich ein neuer Nährboden für Exzesse und Mißbräuche.

Das wirkt sich besonders schädlich auf die Kaderpolitik aus. Es kommt dann die Tendenz auf, „operative“ Leute zu begünstigen, die sich in der Durchführung der von oben ausgegangenen Anordnungen bewähren, und Leute vom Typ eines politischen Funktionärs zu eliminieren, der sich dadurch auszeichnet, daß er die allgemeine Parteipolitik in die Tat umsetzt und sich bemüht, sie zugleich selbstständig und schöpferisch in die Sprache der konkreten Wirklichkeit seines Territoriums oder Arbeitsbereichs umzusetzen. Es kommt dann so weit, daß nach und nach — anfangs noch kaum wahrnehmbar, später schon ganz offen und ohne Umschweife — die Leninschen Normen des Parteilebens verletzt werden. Diese Normen sind aber die Voraussetzung für normale menschliche Beziehungen zwischen den Genossen, von ihrer Beachtung hängen Offenheit und Redlichkeit im Leben der Organisation ab. Die Verletzung der Leninschen Normen hat zur Folge, daß in der Partei Karrieremacherei, Augenwischerei, Heuchelei und andere noch schwerere Krankheiten um sich greifen.“

c) *Er hat jede Kontrolle ausgeschaltet und der Bürokratisierung Vorschub geleistet.*

Morawski schreibt:

„Der Personenkult mußte die Schwächung der Kontrolle über einzelne Machtorgane nach sich ziehen und hat es auch getan: sowohl der kollektiven Kontrolle von oben seitens der Parteiführung als auch der gesellschaftlichen Kontrolle von unten seitens der Volksmassen.“

... Hartherziger, seelenloser Bürokratismus, Unterdrückung der Kritik, Mißachtung der Bedürfnisse und Meinungen der Menschen — dies sind nur einige Erscheinungen, die in der Atmosphäre des Personenkultes und der Verletzung der Prinzipien der innerparteilichen Demokratie gedeihen konnten. Oft noch, zu oft, können wir schädliche Auswirkungen dieser Atmosphäre antreffen, wie das Kommandieren, die Einschüchterung der Menschen, die Mißachtung des Willens des Kollektivs. In dieser Atmosphäre entwickeln sich Liebedienerei und Speichelleckerei, eine formelle Einstellung zu allen „Verordnungen von oben“, Vertuschung der Wahrheit, fehlende Selbstständigkeit und Initiative.“

Den mit der Bürokratisierung verbundenen Byzantinismus schildert *Togliatti* mit den Worten:

„Statt der Kritik, der Selbstkritik und der Initiative der Partei- und Regierungsarbeiter breiteten sich, auf der Grundlage des Personenkults, Speichelleckerei und Postenjägerei aus, während die Apparate des Staates und der Partei zunehmend bürokratisierten. Das ging so weit, daß schließlich bestimmte historische Tatsachen in einer Form dargestellt wurden, die nicht der Wirklichkeit, sondern einem nachgerade obligatorisch gewordenen Zeremoniell der persönlichen Huldigung entsprach.“

2) *Stalin hat unter Mißbrauch seiner Machtbefugnisse eine Willkürherrschaft ausgeübt*⁸⁸.

a) *Er hat die Polizeiorgane dazu benutzt, um seine persönliche Macht über die Partei zu festigen.*

Die *Prawda* vom 28. März erklärt:

„Nur infolge des Personenkults und der mit ihm verbundenen Verletzungen der Normen des Parteilebens konnten sich ein solcher abgefeimter Agent des Imperia-

lismus wie Berija und seine Komplizen in führende Funktionen in Partei und Staat einschleichen.“

Morawski schreibt⁶⁹:

„Unter diesen Verhältnissen mußte sich eine Degeneration der Sicherheitsorgane ergeben, und so war es auch; der Sicherheitsorgane, die von der Parteiautorität unabhängig wurden und nun dazu benutzt wurden, um die persönliche Macht Stalins über die Partei zu festigen.“

Ulbricht gibt im Zusammenhang mit den Fällen Postyschew und Wosnessenskij zu,

„daß willkürliche Maßnahmen mit Hilfe der Sicherheitsorgane des Staates getroffen wurden, daß an die Sicherheitsorgane des Staates Anweisungen gegeben wurden, die gegen die Sowjetgesetze verstießen.“

b) Er hat alle, die gegen ihn opponierten oder ihm verdächtig schienen, mit terroristischen Mitteln unterdrückt.

Morawski schreibt⁷⁰:

„In dieser Situation wurden viele aufrichtige Aktivisten der KPdSU, die in verschiedenen Angelegenheiten gegen Stalin opponierten, ein Opfer der Unterdrückung. Später wurde die Unterdrückung mechanisch und blindlings immer öfter gegen Kommunisten und einfache Sowjetbürger angewandt, die verdächtig schienen...“

c) Er hat die „sozialistische Gesetzlichkeit“ verletzt und die Beugung des Rechts zugelassen.

Auf die Willkürherrschaft als Folge des Führerkults hat Malenkow mit den Worten hingewiesen,

„daß das alles zur Unanfechtbarkeit der Entscheidungen eines einzelnen, zur Willkür führte und in einem gewissen Zeitraum für die Leitung der Partei und des Landes von großem Schaden war.“

Morawski stellt bei der Schilderung des Stalinschen Massenterrors fest⁷¹:

„Methoden der Provokation wurden angewandt, falsche Beschuldigungen aufgestellt, während der Untersuchungen wurden Beschimpfungen angewandt, um die Verdammung der Beschuldigten zu erreichen. Der Erfolg war, daß viele aufrichtige Menschen ins Gefängnis kamen, in Straflager geschickt oder erschossen wurden.“

Er fährt fort:

„Auf Grund verlogener, konstruierter Anschuldigungen kam es zum Beschluß der Komintern, die Kommunistische Partei Polens aufzulösen. Fast alle damals in der Sowjetunion weilenden führenden Funktionäre der KPP wurden verhaftet.“ Die nächste Provokation, bereits nach dem Krieg, war der sogenannte „Leningrader Fall“. Eine ähnliche Provokation war auch der sogenannte „Aerztefall“.

Im gleichen Zusammenhang bemerkt Togliatti:

„Ein Parteiführer und Staatschef, der ... eine solche Doktrin akzeptiert, mußte unweigerlich in ein allgemeines und unablässiges Mißtrauen verfallen, sein Verdacht mußte sich auf alle Richtungen und Verhältnisse erstrecken... Auf diese Weise verlor er den Sinn für die Wirklichkeit, und die schlimmste Konsequenz war, daß er im Denken und Handeln auch den Respekt vor der revolutionären Gesetzlichkeit verlor... Es kam auf diese Weise auch noch zu anderen ungerechtfertigten Unter-

drückungsmaßnahmen und zu Verstößen gegen die sozialistische Gesetzlichkeit, z. B. indem man als allgemeinverbindliches Beweismittel das bloße Geständnis zuließ und sich nicht auf Beweismaterial stützte, obwohl dies den Grundsätzen der sozialistischen Gesetzlichkeit zuwiderläuft und der Schädlingsarbeit der im Sicherheitsapparat eingenisteten Feinde Vorschub leistet. Auf diesem Gebiet sind schwere Fehler vorgekommen, die jetzt angezeigt und abgestellt werden müssen.“

Auch Ulbricht sieht sich veranlaßt, die Verletzung der sowjetischen Gesetzlichkeit durch die persönliche Willkürherrschaft Stalins einzugestehen:

„Zweifelloso gab es Verletzungen der Gesetze, besonders in den Jahren 1936 bis 1938 und nach dem Kriege. Durch die Erscheinungen des Personenkults war die Sowjetdemokratie teilweise entstellt worden.“

3) Stalin hat grundlegende theoretische Fehler begangen und ist daher nicht als ein „Klassiker des Marxismus-Leninismus“ anzusehen.

a) Er hat 1937 die falsche Theorie von der Verschärfung des Klassenkampfes in der Periode des Aufbaus des Sozialismus entwickelt.

Morawski schreibt:

„Stalin legte diese Theorie ausführlich auf dem Plenum des ZK der Partei im März 1937 dar, wobei er behauptete, daß der Klassenfeind in einem den Sozialismus aufbauenden Lande in dem Maße, wie er den Boden unter den Füßen verliert, zu immer schärferen Kampfmethoden, zu Diversionen und Terror übergeht. Zweifelloso läßt sich nicht die Tatsache bestreiten, daß der Klassenfeind im Kampf gegen den Sozialismus vor keinem Mittel zurückschreckt. Aber die Erfahrungen zeigen: Je stärker der Sozialismus wird, desto schmaler wird die soziale Basis des Feindes und desto beschränkter werden die Möglichkeiten für seine Handlungen.“

Er fährt fort⁷²:

„...alle Versuche, diese Theorie dem Leben aufzudrücken und gegen das Leben, gegen die Tatsachen anzuwenden, mußten zu Verzerrungen führen.“

Die in dieser Theorie liegende engstirnige und falsche Identifizierung von Spionage und Sabotagetätigkeit, die eine der Arten der Tätigkeit des Feindes darstellen, mit dem Klassenkampf im allgemeinen — d. h. mit einem sehr vielseitigen Kampf zwischen gegensätzlichen sozialen Kräften auf den Gebieten der Wirtschaft, der Ideologie und der Politik usw. — führte ebenfalls zu Verzerrungen.

In dieser Theorie fanden Stalins morbider Argwohn und sein wachsender Despotismus ihren Ausdruck, die nicht einmal den kleinsten Einwand gestatteten. Mit Hilfe dieser Theorie wollte er die Anerkennung drastischer Unterdrückungsmaßnahmen nicht nur im Hinblick auf seine Feinde und politischen Gegner rechtfertigen, sondern auch im Hinblick auf Persönlichkeiten, die anderen Ansichten huldigten.“

Auch Ulbricht weist auf den destruktiven Charakter dieser Theorie hin und erklärt:

„... nachdem die feindlichen Klassen in der Sowjetunion liquidiert waren, gegen wen mußte sich die Verschärfung dieses Kampfes von seiten der staatlichen Sicherheitsorgane richten? Die feindlichen Klassen waren

liquidiert. Die vorhandenen gegnerischen Kräfte waren keine ernste Gefahr. Der Stoß richtete sich gegen einen Teil der Kommunisten.“

Er betonte anschließend:

„Wenn Genosse Stalin die Leninschen Normen so verletzt und außerdem bestimmte Fehler in der Durchführung der Politik der Partei gemacht hat, dann kann man nicht sagen, daß er zu den Klassikern gehört.“

Togliatti ist in stärkerem Maße als *Ulbricht* bemüht, das Andenken Stalins als eines „großen“ marxistischen Denkers zu erhalten. Doch auch er sieht sich gezwungen, gegen Stalins Theorie von der Verschärfung des Klassenkampfes Stellung zu nehmen. Er meint:

„Zum Beispiel ist offenbar unrichtig, irrig und übertrieben die von Stalin zu einem bestimmten Zeitpunkt vertretene These zur Entwicklung des Klassenkampfes in einem sozialistischen Staate nach der Entmachtung der Kapitalisten und der Zerschlagung der Ausbeuterklassen. Nach seiner These müßte es unter diesen Bedingungen zwangsläufig zu einer fortwährenden Verschärfung des Klassenkampfes und zu einer schicksalhaften Vermehrung der Feinde des sozialistischen Staates innerhalb und außerhalb seiner Staatsgrenzen kommen. Diese These ist eine Uebertreibung, sie ist falsch. Feinde hat es gegeben, es gibt sie auch heute noch, und ein Teil dieser Feinde wird bis zum Ende niemals die Waffen strecken. Deshalb bedarf es der Wachsamkeit und des Kampfes gegen diese Feinde, um sie zu entlarven, aufzustöbern, zu schlagen. Die Stalinsche Position verallgemeinerte jedoch in unzulässiger Weise einen einzelnen Aspekt und einen einzelnen Moment der Wirklichkeit. Insbesondere ließ er die erzieherische Wirkung und Zugkraft außer Betracht, die der Sozialismus auch auf nichtproletarische Menschen und Gruppen innerhalb und außerhalb des sozialistischen Staates ausübt. Daher gelangte er zu der im Grunde verzweifelten Perspektive eines endlosen wechselseitigen Verfolgungskampfes der einander gegenüberstehenden Teile der Gesellschaft, und zwar auch im Innern der Organisationen der Arbeiterklasse.“

b) *Er hat falsche wirtschaftstheoretische Thesen in den „Ökonomischen Problemen des Sozialismus“ (1952) aufgestellt.*

Mikojan hat in seiner Rede vor allem die Thesen von der Unvermeidbarkeit des Produktionsrückganges in der kapitalistischen Welt und der Notwendigkeit, den Handel zwischen dem industriellen Sektor und den Kolchosen durch den Naturaltausch zu ersetzen, abgelehnt und erklärt,

„daß noch einige andere Leitsätze der ‚Ökonomischen Probleme‘, wenn man sie genau betrachtet, von unseren Wirtschaftswissenschaftlern gründlich erforscht und vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus revidiert werden müssen.“

c) *Er hat durch die Förderung des Personenkults die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Lehre gehemmt.*

Die *Prawda* vom 28. März stellt der schlichten Zurückhaltung von *Marx*, *Engels* und *Lenin* die Selbstgefälligkeit *Stalins* gegenüber und erklärt:

„Da es ihm an persönlicher Bescheidenheit fehlte, unterband er nicht nur nicht diese Beweihräucherung und Lobpreisung seiner Person, sondern unterstützte und ermunterte sie auf jede Weise. Mit der Zeit nahm dieser Personenkult immer häßlichere Formen an und fügte der Sache ernsten Schaden zu.“

Großer Schaden sei durch den Personenkult, der *Stalin* mit übernatürlichen Charakterzügen und Eigenschaften ausstattete und aus ihm einen Wundertäter machte, auch in der ideologischen Arbeit verursacht worden. Mit ätzender Schärfe stellt die *Prawda* fest:

„Dogmatismus und Buchstabengelehrtheit sind eine direkte Folge der Blütezeit des Personenkults, bei dem die Meinung vertreten wurde, daß es nur einem Menschen, Stalin, beschieden sei, die Theorie weiterzuentwickeln, sie voranzutreiben und etwas Originales und Neues hervorzubringen, während alle anderen bloß seine Gedanken zu popularisieren und seine Formulierungen darzulegen hätten. All dies hemmte die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie.“

Auch *Togliatti* weist darauf hin, daß infolge des Führerkults *Stalin* allein die Aufgabe zufiel, die ideologischen Probleme zu meistern, „und daß infolgedessen die lebendige Diskussion über die Lehrrsätze unserer Doktrin verkümmerte“.

4) *Stalin hat wirtschafts- und kulturpolitische Fehler begangen, die der Entwicklung der Sowjetunion schweren Schaden zugefügt haben.*

a) *Durch seine agrarpolitischen Fehler ist ein Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion verursacht worden.*

Die *Prawda* vom 28. März erklärt:

„Der Personenkult hat zur Verbreitung einer fehlerhaften Methode bei der Leitung der Partei- und Wirtschaftsarbeit — zum bloßen Administrieren beigetragen und zur Geringschätzung gegenüber der von unten kommenden Initiative erzogen. So wurden ernste Fehler bei der Leitung der Landwirtschaft gemacht, welche die Vernachlässigung einer Reihe ihrer wichtigen Zweige verursachten. Bekanntlich deckte das ZK diese Fehler auf und ergriff Maßnahmen für einen rapiden Aufstieg der Landwirtschaft, was bereits gute Ergebnisse zeitigt.“

Ulbricht sagt:

„Was die Frage der Landwirtschaft betrifft, so ist es offenkundig, daß auf diesem Gebiet unter Verantwortung des Genossen Stalin bedeutende Fehler gemacht wurden, daß man sich hier nicht auf die Erhöhung der Hektarerträge und die Ausnutzung des Brachlandes, also des guten Bodens konzentrierte, sondern Experimente in Gebieten machte, wo wenig Aussicht bestand, entsprechende Erträge zu erreichen...“

... Wenn eine Reihe wirtschaftlicher Fehler in der Landwirtschaftspolitik der Sowjetunion begangen wurden, die dazu geführt haben, daß der Getreideertrag zurückging, dann war es richtig, durch Kritik ohne Ansehen der Person diese Fehler zu überwinden.“

Auch *Togliatti* stellt fest, daß

„die Fehler, Lücken, Irrtümer, die einen negativen Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung ausübten, das

bekannte Zurückbleiben in der Bewältigung der Landwirtschaftsprobleme verursachten.“

b) Er hat durch die Verherrlichung seiner Person die Entwicklung der Wissenschaft, Literatur und Kunst gehemmt.

Die *Prawda* vom 28. März erklärt:

„Nimmt man die unter dem Einfluß des Personenkults entstandenen Schriften zu Fragen der Philosophie, der Politökonomie, der Geschichte und anderen Gesellschaftswissenschaften, so sieht man, daß viele nichts anderes als eine Anhäufung von Zitaten aus den Werken J. W. Stalins und eine Lobhudelei auf ihn darstellt... Der Personenkult fand in gewissem Maße auch in einer Reihe von Werken der Kunst und Literatur seinen Niederschlag. Viele unserer historischen Filme und Werke der Literatur und Malerei, besonders zu Kriegsthemen, haben hauptsächlich die Lobpreisung und Herausstellung der Person Stalins zum Inhalt.“

c) Er hat Geschichtsfälschungen zugelassen und teilweise selbst veranlaßt⁷³.

Mikojan hat in seiner Rede Kritik einerseits am „Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU“, andererseits an den Abhandlungen von *Berija* und *Bagirow* über die Geschichte der transkaukasischen Parteiorganisationen geübt und darauf hingewiesen, daß in ihnen

„Tatsachen gefälscht, manche Personen willkürlich gepriesen und andere überhaupt nicht erwähnt, zweitrangige Ereignisse auf unverdiente Höhe gehoben und andere wichtigere bagatellisiert wurden“ sowie

„... die leitende und richtunggebende Rolle des vorevolutionären Leninschen Zentralkomitees der Kommunistischen Partei herabgemindert wurde.“

Er hat ferner erklärt, daß in der Sowjetunion

„keine wirklich marxistischen Werke über die Periode des Bürgerkrieges vorhanden seien.“

Die bisher herausgekommenen Bücher wiesen große Mängel auf, hätten keinen wissenschaftlichen Wert und würden sogar eine negative Rolle spielen. Im Zusammenhang damit stellte er fest:

„Einige komplizierte und widerspruchsvolle Ereignisse des Bürgerkrieges 1918—1920 erklären manche Historiker nicht durch Veränderungen im Verhältnis der Klassenkräfte in den einzelnen Zeitabschnitten, sondern durch angebliche Schädlingstätigkeit einzelner der damaligen Parteiführer, die viele Jahre nach den beschriebenen Ereignissen zu Unrecht zu Volksfeinden gestempelt wurden.“

Die *Prawda* vom 28. März bemerkt:

„Ein krasser Ausdruck des Personenkults ist J. W. Stalins ‚Kurze Biographie‘, die unter seiner unmittelbaren Teilnahme redigiert wurde. Auch der ‚Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU‘ ist weitgehend vom Personenkult durchdrungen.“

Auch *Ulbricht* weist darauf hin, daß bestimmte Abschnitte der *Stalin*-Biographie, die den Tatsachen nicht entsprechen, von *Stalin* selbst eingefügt worden sind. In der *Stalin*-Biographie würde unter anderem gesagt:

„1938 erschien das Buch ‚Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang‘, das von Stalin verfaßt und von einer Kommission des Zentralkomitees der KPdSU bestätigt wurde.“

In Wirklichkeit sei genau das Gegenteil der Fall gewesen. Der „Kurze Lehrgang“ sei von einer Kommission verfaßt und von *Stalin* bestätigt worden. Im übrigen bemüht sich *Ulbricht* für die Beibehaltung des „Kurzen Lehrgangs“ mit den Worten einzutreten:

„Die Geschichte der KPdSU ist eine Kollektivarbeit. Die Entstellungen sind nur hineingenommen, soweit sie einen gewissen Personenkult enthalten. Das betrifft vor allem die letzten Kapitel.“

5) Stalin hat schwerwiegende Fehler in der Kriegsführung begangen und ist daher nicht als genialer Feldherr anzusehen.

a) Er hat Warnungen vor einem deutschen Angriff nicht beachtet, keine ausreichenden Verteidigungsmaßnahmen getroffen und fehlerhafte militärische Operationen, die mit hohen Verlusten verbunden waren, anbefohlen⁷⁴.

Morawski schreibt⁷⁵:

„Stalins (Kriegs-)Beitrag war, wie wir heute wissen, in dieser Periode mit schwerwiegenden Irrtümern verflochten, die vielen Menschen das Leben kosteten. Die schweren Verluste wurden durch die Tatsache verursacht, daß die Gefahr der Nazi-Invasion nicht rechtzeitig erkannt wurde, daß unerläßliche Vorsichtsmaßnahmen vernachlässigt und während des Krieges eine Anzahl von Operationen durchgeführt wurden auf Stalins Befehl und gegen die Meinungen von Militärexperten.“

Ulbricht sagt:

„Es ist bekanntgeworden, daß Stalin das Land nicht in der notwendigen Weise auf den Krieg vorbereitet hatte, obwohl die Aggression Hitlerdeutschlands vorauszusehen war. Nachdem im engen Kreis von Hitler der Ueberfall auf die Sowjetunion beschlossen war, nachdem die Militärs bereits den Plan des Ueberfalls ausgearbeitet hatten, was selbstverständlich nicht ganz geheim bleiben konnte, wurde Genosse Stalin von drei Stellen darauf aufmerksam gemacht. Selbst als in der Nacht vor Beginn des Ueberfalls ein deutscher Soldat — es war ein einfacher Arbeiter — über die Linie ging und den sowjetischen Offizieren meldete, daß morgen früh um 4 Uhr der Ueberfall beginnt, wurde diese Meldung nicht als wahrheitsgemäß zur Kenntnis genommen. Aber nicht nur das. Auch während des Krieges gab es eine Anzahl Fälle, wo Genosse Stalin nicht auf die Meinung der leitenden militärischen Fachleute hörte, die sich als richtig erwiesen hat.“

Auch *Togliatti* weist darauf hin, daß *Stalin* den deutschen Ueberraschungsangriff nicht rechtzeitig vorausgesehen und einzelne militärische Operationen während des Krieges schlecht durchgeführt hätte.

Die Anfänge der Kritik an dem Feldherrngenie *Stalins* reichen bis in die Zeit des Regierungswechsels Anfang Februar 1956 zurück. In dem Interview mit den amerikanischen Journalisten W. R. *Hearst*, J. *Kingsbury Smith* und F. *Conniff* am 5. Februar 1955

erklärte Marschall *Shukow*, daß der Umschwung im deutsch-sowjetischen Krieg dank einer Reihe erfolgreicher Operationen in den Jahren 1941 und 1942 eingetreten sei. Moskau, Stalingrad und Kursk bezeichnete er als die entscheidenden Schlachten, wobei er die Rolle des genialen Feldherrn *Stalin* mit keinem Wort erwähnte.

Der neue Oberbefehlshaber der sowjetischen Panzerwaffe, Marschall *Rotmistrow*, ging in einem Artikel in der *Krassnaja Swesda* vom 24. März 1955 einen Schritt weiter und trat dem „idealisierten Bilde“ entgegen, das in dem kriegsgeschichtlichen Denken über die erste Kriegsperiode vorherrsche. Die Preisgabe von weiten Gebieten von hohem strategischem und wehrwirtschaftlichem Wert, zu der die Sowjetunion 1941/42 gezwungen worden sei, dürfte nicht als wohlüberlegte Rückzugoperation beschönigt werden. *Shukow* griff im Gegensatz zu *Konjew* diese These anlässlich des Jahrestages der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht in der *Prawda* vom 8. Mai 1955 auf und erklärte:

„In der ersten Periode des Großen Vaterländischen Krieges waren unsere Streitkräfte gezwungen, in den Verteidigungskämpfen schwere Mißerfolge hinzunehmen und sich unter dem Ansturm der plötzlich in unser Land eingedrungenen Panzertruppen des Feindes zurückzuziehen.“

Konjew drückte sich bedeutend vorsichtiger aus, indem er in seiner Gedenkrede vom 8. Mai 1955 feststellte:

„Der Große Vaterländische Krieg begann unter ungünstigen Bedingungen für unsere Armee und Flotte. In der Anfangsperiode war unsere Armee unter dem Druck des Feindes gezwungen, schwere Rückzugskämpfe zu führen.“

Erst nach der Warschauer Ostblockkonferenz (11. bis 14. Mai 1955), auf der eine integrierte Ostblockarmee unter Führung Marschall *Konjews* gebildet wurde, scheint sich die von *Shukow* und *Rotmistrow* vertretene sowie von dem Generalstabschef *Sokolowski* unterstützte Richtung gegen die Marschälle der Stalinschen Schule durchgesetzt zu haben. Dies wurde aus dem Artikel des Stellv. Leiters der Politischen Hauptverwaltung der Sowjetwehrmacht, Generalleutnant *Schatilow*, in der *Literaturnaja Gaseta* vom 28. Mai und der gleichzeitigen Konferenz sowjetischer Militärschriftsteller und -kritiker in Moskau (27. bis 31. Mai 1955) ersichtlich, über deren Ergebnisse die *Krassnaja Swesda* berichtete.

Schatilow erklärte:

„Man muß darauf hinweisen, daß in unserer Literatur, die dem Großen Vaterländischen Kriege gewidmet ist, die erste Periode der Kampfhandlung sehr oft idealisiert worden ist. Sie wird als eine Periode der durchdachten, klassisch geformten Handlungen, der sogenannten aktiven Verteidigung, dargestellt, wobei die Autoren versuchen, im Gegensatz zu den realen Tatsachen die Ereignisse so darzustellen, als ob diese aktive Verteidigung schon vorher geplant wurde und zum Plan unseres Oberkomman-

dos gehörte. In Wirklichkeit war die erste Periode des Krieges, wegen des plötzlichen Ueberfalls des Feindes, der uns zahlenmäßig in bezug auf Panzer und Flugzeuge weit überlegen war, für unser Land und unsere Armee sehr ungünstig. Unsere Armee hat, ungeachtet der Standhaftigkeit und Tapferkeit unserer Soldaten, die jedes Stück ihres Heimatlandes verteidigten, die Bitterkeit des Rückzuges erlebt. Die primitive, die Wahrheit verdrehende Darstellung der ersten Periode des Krieges, ganz gleich, wo sie geschieht, ob in wissenschaftlichen Werken, ob in der Schönen Literatur, kann nicht mehr geduldet werden. Sie verdreht die geschichtliche Wahrheit, sie desorientiert unsere Menschen, indem sie den Eindruck erweckt, als seien derartige Präzedenzfälle in der Zukunft möglich oder gar zweckmäßig.“

Den bisher heftigsten öffentlichen Angriff gegen *Stalin* führte die amtliche Monatsschrift des sowjetischen Verteidigungsministeriums *Militärischer Herold* Ende April 1956. In einem ungezeichneten Artikel, für den Marschall *Shukow* als Verteidigungsminister die Verantwortung trägt, beschuldigte die Zeitschrift *Stalin*, durch Ignorierung aller Warnungen des sowjetischen militärischen Nachrichtendienstes die Rückschläge der Sowjetarmee bei Kriegsbeginn, die fast zu einem allgemeinen Zusammenbruch geführt haben, verschuldet und nachher eine falsche Schilderung des Kriegsablaufs veranlaßt zu haben. Die höchste Führung, die damals ganz in den Händen *Stalins* gelegen habe, hätte sich durch den Angriff *Hitlers* nicht überraschen lassen dürfen. *Stalin* sei auch schuld daran gewesen, daß den Truppen bis Ende 1942 das notwendige Material gefehlt habe. Der Artikel räumt mit der These *Stalins* auf, daß der Rückzug einem Plan der „aktiven Verteidigung“ entsprungen sei. Das Heer habe sich auf Moskau, Leningrad und Rostow zurückziehen müssen, nicht weil dies eine strategische Planung vorsah, die gar nicht existierte, sondern weil notwendige Abwehrmaßnahmen unterlassen worden sind.

Als unwahr wird auch die Stalinsche Behauptung hingestellt, daß der Rückzug auf Stalingrad seit dem ersten deutschen Durchbruch am Donbogen geplant worden sei, um die Flanke des Gegners zu entblößen. Vielmehr habe dieser Durchbruch der Sowjetunion große Verluste gebracht. Erst unter Berücksichtigung dieser schwierigen Verhältnisse könnte die große Leistung des Sowjetvolkes und der Sowjetarmee, die durch die Stalinsche Version herabgesetzt worden sei, in vollem Maße gewürdigt werden.

b) Er hat unberechtigtweise den alleinigen Kriegsruhm für sich in Anspruch genommen⁷⁶.

Die *Prawda* erklärt:

„In den Filmen und Werken der Literatur und Kunst zu Kriegsthemen wird z. B. bis jetzt die Rolle der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung, unserer Armee und unseres Volkes im Großen Vaterländischen Krieg noch nicht richtig beleuchtet, denen das welthistorische Verdienst für die Verteidigung unserer Heimat ... gebührt.“

In der *Ulbricht*-Rede heißt es:

„Nun haben Genossen gesagt: Aber Stalin ist den Massen bekannt als ‚der Mann, der den Hitlerfaschismus geschlagen hat‘. Ich darf die Genossen daran erinnern, daß in den Dokumenten der Partei gesagt wird, daß der Hitlerfaschismus durch den Heroismus der Sowjetarmee und des Sowjetvolkes geschlagen worden ist. Wir sind auch heute noch dieser Meinung. In der Stalin-Biographie wird gesagt, daß Stalin der geniale Feldherr war, ohne den keine wichtige Entscheidung gefällt wurde, daß er allein das Land zum Sieg über den Faschismus geführt hat. — Aber geschichtlich stimmt das nicht. Das hat Genosse Stalin selbst in seine Biographie hineingeschrieben.“

Wie wir bereits in der Einführung sahen, geht die Auseinandersetzung um den Kriegeruhm, an dem auch *Bulganin* und *Chruschtschow* auf der einen und *Malenkow* auf der anderen Seite beteiligt waren, bis auf das Frühjahr 1954 zurück.

Nach der Verdrängung *Malenkows* bildeten sich in der sowjetischen Generalität zwei Gruppen heraus. Die eine Gruppe, an deren Spitze Marschall *Konjew* stand, und als deren Sprecher zunächst der Garde-Generalleutnant *Rodimzew* auftrat, bemühte sich, den Kriegeruhm allein für *Stalin* und die Politrukgruppe als Exponenten der Partei in Anspruch zu nehmen. Die andere Gruppe unter den Marschällen *Shukow* und *Sokolowskij*, der sich nach einigem Schwanken auch die Marschälle *Wassilewskij* und *Tschuikow* anschlossen, beanspruchte den Kriegeruhm in erster Linie für die „von der Partei herangezogenen talentierten Heerführer“, d. h. für die Sowjetmarschälle als Exponenten der Armee.

Im bereits erwähnten Interview vom 5. Februar 1955 antwortete *Shukow* auf die Frage von *Hearst*: „Waren Sie an der Schlacht bei Moskau und an der Stalingrader Schlacht persönlich beteiligt?“, ohne die Namen *Stalin* oder *Bulganin* und *Chruschtschow* überhaupt zu erwähnen:

„Durch Beschluß des Verteidigungskomitees war ich zur Zeit der Verteidigung Moskaus zum Befehlshaber der Truppen ernannt worden. Bei der Stalingrader Schlacht leitete ich die ganze mit der Durchführung der Stalingrader Operation verbundene Vorbereitungsarbeit. Die Operation selbst wurde von Marschall *Wassilewskij* durchgeführt. Ich war damals mit der Vorbereitung der folgenden Offensivoperationen beschäftigt, zu denen wir rüsteten, um Hitler die Möglichkeit zu nehmen, mit seinen Kräften zu manövrieren.“

In seinem *Prawda*-Artikel vom 8. Mai 1956, den er mit dem Hinweis auf einen *Lenin*-Ausspruch einleitete, erwähnte *Shukow* *Stalin* nur am Rande und ging auf die Verdienste der Politrukgruppe (*Bulganin*, *Chruschtschow*, *Shdanow*, *Schtscherbakow*), die *Konjew* in seiner Rede um *Woroschilow* und *L. M. Kaganowitsch* erweiterte, überhaupt nicht ein.

Shukow erklärte:

„Die Siege der Sowjetarmee bei Moskau, Stalingrad und Kursk, die vernichtenden Schläge gegen den Feind

im Jahre 1944, die strategischen Operationen im Jahre 1945, die den Krieg abschlossen, waren klassische Leistungen der Kriegskunst des Zweiten Weltkrieges, der Stolz unserer Streitkräfte und zugleich das Zeugnis ihrer Kampfkraft sowie der hervorragenden Kunst der durch die KPdSU erzogenen Heerführer.“

Einer ähnlichen Formel bediente sich anlässlich des 38. Jahrestages der Sowjetwehrmacht Marschall *Wasilewskij*, indem er am 23. Februar 1956 in der *Iswestija* schrieb:

„Die sowjetischen Feldherren, die aus dem Volke kommen und von der Partei großgezogen sind, haben hervorragende Beispiele der Führung großer Truppenmassen gezeigt. Indem sie Fronten und Armeen befehligten, waren sie unmittelbare Organisatoren der Kampfoperationen zur Zerschmetterung der feindlichen Truppen. Unsere Kommandeure haben das Beispiel einer schöpferischen Lösung der Kampfaufgaben gegeben. Die Operationen wurden unter Berücksichtigung der konkreten Feindlage geplant und großzügig und mit Entschiedenheit durchgeführt.“

Die Legende von *Stalin* als dem „Mann, der den Zweiten Weltkrieg gewonnen hat“ ist im Märzheft der *Woprossy Istorii* endgültig fallengelassen worden. In der Zeitschrift heißt es:

„In unserer Literatur wurde der historische Sieg der Sowjetunion über Hitler-Deutschland ausschließlich der Führung J. W. Stalins zugeschrieben. Eine so subjektive Erklärung der Gründe unseres Sieges ist völlig unrichtig. In Wirklichkeit wurde der Sieg von der Partei und vom ganzen Volk sowie von den glorreichen Sowjettruppen errungen, an deren Spitze die begabten militärischen Führer standen, die von der Partei und dem Volke herausgestellt worden sind.“

Im gleichen Heft wird festgestellt, daß auch die Rolle Stalins in der Interventions- und Bürgerkriegszeit (1918 bis 1921) weit überschätzt worden ist:

„In der Literatur über die Geschichte des Bürgerkrieges ist der Personenkult deutlich zum Ausdruck gekommen. In der ‚Kurzen Biographie‘ und anderen Arbeiten wird J. W. Stalin unrechtmäßig als der unmittelbare Initiator und Organisator der wichtigsten Siege der Roten Armee und als der Urheber der wichtigsten strategischen Pläne dargestellt. Um die Rolle Stalins besonders hervorzuheben, wurde zum Beispiel die Bedeutung des Zarizyn-Frontabschnittes als Ort des Hauptschlages seitens der Gegenrevolution im Jahre 1918 für das Schicksal des Sowjetlandes übertrieben. Tatsächlich war die wichtigste Front in dieser Zeit die östliche. W. I. Lenin hat mehrfach darauf hingewiesen, daß das Schicksal der Revolution in erster Linie dort entschieden worden ist.“

c) *Er hat durch fehlerhafte Thesen die Weiterentwicklung der sowjetischen Militärwissenschaft gehemmt.*

Oberst *Tschaschnikow* erklärt hierzu:

„... der Personenkult, insbesondere aber der Kult der Persönlichkeit Stalins, behinderte die Entwicklung der einzelnen Zweige der Wissenschaft und führte zum Stillstand im theoretischen Denken und manchmal sogar zu

direkten Verzerrungen. Dies bezieht sich auch auf die Militärwissenschaft, auf die Fragen der Kriegstheorie und Geschichte. Bei aller Würdigung der Verdienste Stalins... bei der Ausarbeitung einzelner Fragen der sowjetischen Militärwissenschaft, erscheint es notwendig, einige seiner unrichtigen Thesen zu überprüfen, insbesondere seinen fehlerhaften Hinweis bezüglich der Rolle W. I. Lenins bei der Entwicklung des Kriegswesens und des militärtheoretischen Vermächtnisses, das vom großen Lenin hinterlassen worden ist.“

Tschaschnikow wendet sich gegen die Behauptung *Stalins* in seinem Brief an den Obersten *Rasin* aus dem Jahre 1946, *Lenin* sei kein Kenner militärischer Fragen gewesen und stellt demgegenüber fest, daß *Lenin* auch im militärischen Bereich eine führende Rolle gespielt habe. Er hätte die theoretischen Grundlagen der sowjetischen Militärwissenschaft erarbeitet, die Sowjetarmee als eine Armee neuen Typs organisiert und sich im Bürgerkrieg als militärischer Strategie ausgezeichnet. *Tschaschnikow* weist hierbei auf die von *Lenin* geforderte Schwerpunktbildung an der Ural-Front hin, die bekanntlich von *Trozkij* und dem Oberkommandierenden, S. S. *Kamenjew*, befürwortet wurde, und vermerkt eine kritische Bemerkung *Lenins* an den Bevollmächtigten des Verteidigungsrates an der Südfront, der damals *Stalin* persönlich war!

Abschließend bemerkt er:

„Die Feststellung Stalins, *Lenin* sei kein Kenner des Kriegswesens gewesen, hat bisher von der Erforschung des überreichen militärischen Vermächtnisses *Lenins* abgehalten. Die Fehlbeurteilung der Rolle *Lenins* bei der Ausarbeitung militärischer Fragen führte dazu, daß bei uns in letzter Zeit keinerlei ernsthafte Arbeiten zu diesem Thema erschienen sind.“

6) *Stalin hat schwerwiegende Fehler in der Nationalitätenpolitik begangen*“.

Diese Fehler sind von *Chruschtschow*, *Mikojan* und der *Pankratowa* angedeutet worden.

Chruschtschow sprach im ZK-Bericht von dem Durcheinander, das „einige Genossen“ bei ihrer Auslegung der nationalen Frage angerichtet hätten, die der Auffassung gewesen seien, daß zwischen dem sowjetischen Patriotismus und dem proletarischen Internationalismus ein Widerspruch bestünde.

In einer Abhandlung in dem Märzheft der *Woprossy Istorii*, auf die später noch näher einzugehen sein wird, ist *Stalin* vorgeworfen worden, bei der Konstituierung der Sowjetunion im Gegensatz zu *Lenin* eine von großrussischen Interessen bestimmte, falsche Konzeption vertreten zu haben. Die in Warschau erscheinende jüdische Tageszeitung *Folks-shtime* (Volksstimme) berichtete am 4. April 1956 über antisemitische Säuberungsaktionen in der Sowjetunion während der großen Säuberung und in den Jahren 1948 bis 1953. Den Säuberungen der Nachkriegszeit fiel unter anderem auch der Vorsitzende des jüdischen Antifaschistischen Komitees in Moskau,

der bekannte Schauspieler *Solomon Michoels*, zum Opfer.

7) *Stalin hat schwerwiegende Fehler in der Außenpolitik begangen*.

Morawski schreibt:

„Der Einfluß dieser verbrecherischen Methoden war auch über die Grenzen der UdSSR hinaus zu verspüren. Er führte zu Verzerrungen in den Sicherheitsorganen einer Reihe volksdemokratischer Länder, zur Provokation großen Maßstabs in der Jugoslawienfrage.“

In der *Ulbricht*-Rede heißt es:

„Wer kann bestreiten, daß sich der Personenkult schädlich auf die Entwicklung in der Sowjetunion und in den Staaten des sozialistischen Lagers ausgewirkt hat? Die falsche Entscheidung in der jugoslawischen Frage und in einigen anderen Fragen der Außenpolitik und die Verletzung der sowjetischen Gesetzlichkeit als Folge des Personenkults und persönlicher Willkür haben sich schädlich ausgewirkt.“

Togliatti betont in Verbindung mit dem Tito-Konflikt, daß eine mechanische Anwendung der sowjetischen „Erfahrungen“ auf die Volksdemokratien und China ein Fehler wäre. Er sagt:

„Wir haben uns schon immer gegen die mechanische Uebernahme sowjetischer Dinge in unsere Agitation, Propaganda und Aktivität gesträubt, auch wenn es unter uns einige Leute gab, bei denen derartige Tendenzen vorhanden waren.“

Mit dem Hinweis auf die verfehlte Taktik der griechischen KP im Jahre 1945 deutet er an, daß auch der griechische Bürgerkrieg nachträglich von sowjetkommunistischer Seite als ein Fehler angesehen wird.

3. Das Aktionsprogramm der Nachfolger Stalins

Aus den Anklagepunkten, die sich gegen *Stalin* und den Spätstalinismus richten, lassen sich bestimmte Forderungen ableiten, die in ihrer Gesamtheit ein innerpolitisches Programm darstellen, das weniger auf eine grundlegende Reform der bestehenden totalitären Staats- und Gesellschaftsordnung als auf die Wiederherstellung des freieren Zustandes abzielt, wie er in der *Lenin*-Ära und teilweise auch unter dem frühen *Stalin* im Zeichen der NEP bestanden hat.

Diese Forderungen, die teils reformistische, teils revolutionäre und teils auch restaurative Züge aufweisen und die einen Umbau der bestehenden autokratischen Herrschaftsordnung zäsaropapistischen Stils im Sinne eines stärker rational bestimmten „aufgeklärten Absolutismus“ anstreben, lauten:

1) *An die Stelle der Einmannndiktatur hat die Herrschaft eines „Führerkollektivs“ zu treten.*

a) *Das Führerprinzip ist durch den Grundsatz der kollektiven Führung zu ersetzen. Die leitende Funktion der in der Parteisatzung vorgesehenen Parteiorgane ist wiederherzustellen.*

Im *Chruschtschow*-Bericht heißt es:

„Erstrangige Bedeutung hatte die Wiederherstellung und gründliche Verankerung des Leninschen Prinzips der Kollektivität der Leitung. Das Zentralkomitee der KPdSU war bemüht, in dieser Hinsicht das Beispiel zu geben. Es ist für alle offenkundig, wie sehr sich die Rolle des Zentralkomitees als des kollektiven Führers unserer Partei in den letzten Jahren gehoben hat. Das Präsidium des ZK ist zu einem ständig tätigen kollektiven Organ geworden, in dessen Gesichtskreis sich die wichtigsten Fragen im Leben der Partei und des Landes befinden ...

Der führende Kern der Partei ist keine durch persönliche Beziehungen oder gegenseitigen Vorteil verbundene Gruppe von Menschen, sondern ein tätiges Kollektiv von leitenden Genossen, deren Beziehungen auf prinzipieller ideologischer Grundlage beruhen, die weder gegenseitige Rücksichtnahme noch persönliche Feindschaft zuläßt.

Wenn es sich herausgestellt hat, daß irgendein führender Parteifunktionär in seiner Arbeit Fehler begangen hat, ergriff das ZK der KPdSU einmütig die erforderlichen Maßnahmen, um diese Fehler zu korrigieren. Auf den Plenartagungen des ZK der KPdSU wurde die Tätigkeit einer Anzahl Parteiorganisationen und Mitglieder, darunter auch die Tätigkeit von Mitgliedern des ZK, einer bolschewistischen Kritik ohne Ansehen der Person unterzogen. Einige Funktionäre, die das von der Partei in sie gesetzte große Vertrauen nicht gerechtfertigt hatten, wurden aus dem Zentralkomitee entfernt. Es braucht wohl kaum bewiesen zu werden, daß die Einheit der Partei dadurch nicht gelitten, sondern nur gewonnen hat.“

Bei *Susslow* heißt es:

„Die Wiederherstellung des Leninschen Prinzips der kollektiven Führung bedeutet die Wiederherstellung der wichtigsten Grundlage des Parteiaufbaus. Denn unsere Partei ist in der Tat eine lebendige, selbständig handelnde Organisation. Die Kollektivität der Führung, die Wählbarkeit der Parteiorgane und ihre Pflicht, Rechenschaft abzulegen, die Kritik und Selbstkritik, all dies sind entscheidende Voraussetzungen, um die Initiative zu entfalten, Fehler und Mängel in der Arbeit aufzudecken, Wege zu ihrer Beseitigung zu finden, und die Aktivität der Mitglieder der Kommunistischen Partei zu entwickeln.

Daß das Prinzip der kollektiven Führung auf der ganzen Stufenleiter vom ZK bis zu den Grundorganisationen gegenwärtig mit Erfolg wiederhergestellt wird, davon zeugt die Tatsache, daß sich Kritik und Selbstkritik immer stärker entfalten und die Parteiorgane die wichtigsten Fragen wirklich kollektiv beraten und entscheiden. Ohne den geringsten Zweifel kann man sagen, daß das Prinzip der kollektiven Führung im Zentralkomitee voll und ganz wiederhergestellt ist. Die Entscheidung aller hauptsächlichsten Fragen ging in die Hände des regelmäßig tagenden ZK-Plenums über, dieses breiten, kollektiv handelnden Parteizentrums, das auf das engste mit den entscheidenden Abschnitten des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft verbunden ist. Die kollektiven Erfahrungen des Zentralkomitees, die sich auf den Marxismus-Leninismus stützen, gewährleisten die richtige Leitung der Partei und des Landes sowie die unerschütterliche Einheit ihrer Reihen.

Es gilt, mit der schädlichen Theorie und Praxis des Persönlichkeitskults restlos Schluß zu machen und in der Arbeit aller Parteiorgane das Prinzip der kollektiven

Führung streng zu beachten. Jeder Parteifunktionär muß sich das Prinzip der kollektiven Führung voll und ganz zu eigen machen, denn es ist die wichtigste Voraussetzung für die Einheit der Partei, für die Ausarbeitung und erfolgreiche Verwirklichung einer richtigen Politik, für die richtige Erziehung der Kader und einen neuen Aufschwung der gesamten Parteiarbeit.“

Mikojan erklärt:

„Die Arbeit des Zentralkomitees und seines Präsidiums in den letzten drei Jahren ist hauptsächlich dadurch gekennzeichnet, daß in unserer Partei nach einer langen Unterbrechung eine kollektive Führung geschaffen wurde.

Jetzt verfügt unsere Partei über ein fest zusammengeschweißtes leitendes Kollektiv, dessen Stärke nicht nur darin liegt, daß es aus Genossen besteht, die lange Jahre den revolutionären Kampf geführt haben, was natürlich sehr wichtig ist, sondern hauptsächlich darin, daß dieses Kollektiv, geleitet von den Leninschen Ideen und Grundsätzen des Parteiaufbaus und der Führung der Partei, die Leninschen Grundsätze des Parteilebens in kurzer Zeit von den obersten Organen bis in die Grundeinheiten wieder herzustellen vermochte.

Der Grundsatz der kollektiven Führung ist ein elementares Gesetz für die proletarische Partei, für die Partei Leninschen Typs ...“

Malenkow sagt:

„Nur die kollektive politische Erfahrung, die kollektive Weisheit des Zentralkomitees, das sich auf die wissenschaftliche Grundlage der marxistisch-leninistischen Theorie stützt, gewährleistet die richtige Anleitung beim Aufbau des Kommunismus in unserem Lande und verleiht der Partei die unerschütterliche Einheit ihrer Reihen.“

Die *Prawda* vom 28. März 1956 schreibt:

„Der Begründer und Führer der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates, W. I. Lenin, hat stets der Rolle der Partei bei der Leitung des Sowjetstaates und des ganzen sozialistischen Aufbaus besondere Bedeutung beigemessen. Lenin wies auf die hohe Verantwortung der Kommunistischen Partei als der regierenden Partei im Land hin und hielt selber streng die von der Partei auf Grund reicher Erfahrungen ausgearbeiteten Normen des Parteilebens und Führungsprinzipien ein und forderte das gleiche von allen Kommunisten. Das wichtigste dieser Prinzipien ist die Kollektivität der Führung, die dem Wesen der Partei selbst entspringt, welche auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut ist, der die Aktivität, die Initiative und die Selbsttätigkeit der Parteimitglieder mit einer eisernen Disziplin vereinigt. Lenin sagte, „daß die Revolution ein kollektives Organisationstalent hervorbringen wird, ohne das die Millionenarmeen der Proletarier nicht den Sieg erringen können“. (Werke, Bd. 29, S. 75 russ.) ...

Die regelmäßige Abhaltung von Parteitag und -konferenzen und von Plenartagungen des Zentralkomitees, die systematische Arbeit der anderen oberen Parteiorgane und ihrer lokalen Organisationen, die eingehende Erörterung und Ausarbeitung kollektiver Beschlüsse — all das ist eine unbedingte Regel unserer Partei, die für die Geschicke eines großen Staates, des Volkes, für den Aufbau des Kommunismus in unserem Land verantwortlich ist. ...

Das Leben zeigt, daß die Wiederherstellung der Lenin-

schen Prinzipien der kollektiven Führung und der Kampf gegen den Personenkult eine nie dagewesene Aktivität und schöpferische Initiative der breiten Massen der Werktätigen hervorgerufen haben. Das wirkt sich wohlthuend auf unseren gesamten wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau aus.“

Die begrenzte Auflockerung des totalitären Systems, die mit dem kollektiven Führungsprinzip zwangsläufig verbunden ist, darf nicht mit der Vorstellung einer Demokratisierung im westlichen Sinn gleichgesetzt werden, selbst wenn eine private Äußerung *Chruschtschows* zutreffen sollte, daß im ZK-Präsidium gelegentlich Abstimmungen stattfinden und abweichende Auffassungen schriftlich festgehalten werden⁷⁸.

Das kollektive Führungsprinzip stellt in Verbindung mit dem autoritären Organisationsgrundsatz des „demokratischen Zentralismus“ im Grunde genommen nur eine Modifizierung des bisherigen Führerprinzips dar.

Im Bereich der Wehrmacht, der Staatswirtschaft und des Bildungs- und Schulwesens gilt im übrigen der Grundsatz der einheitlichen Befehlsgewalt (Jedionatschaliye), d. h. das Führerprinzip, weiter. Auch bedeutet die Ablehnung des Personenkults vom sowjetischen Standpunkt in keiner Weise die Leugnung der Autorität der „Führer“ (Woshdi).

Dies geht deutlich aus der folgenden Feststellung im *Prawda*-Artikel vom 28. März hervor, in dem auch auf die Ausnahme von der Regel des kollektiven Führungsprinzips eingegangen wird:

„Im Kampf gegen den Personenkult muß man daran denken, daß dem Marxismus-Leninismus kleinbürgerliche, anarchistische Auffassungen, die die Rolle der Führer, der Organisatoren der Massen, negieren, fremd sind. Die überaus reichen Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus lehren, daß das Prinzip der Kollektivität der Führung, einer weitgehenden Entfaltung des sozialistischen Demokratismus, durchaus nicht die Rolle und die Verantwortung eines einzelnen Führers für die ihm übertragene Aufgabe negiert.

Es ist ferner bekannt, daß die Kommunistische Partei das Prinzip der Ein-Mann-Führung in den Produktionsbetrieben und beim Militär vertrat und vertritt.“

Schepilow erklärt:

„Wenn der revolutionäre Marxismus gegen den Personenkult, für eine materialistische Geschichtsauffassung kämpft, verleugnet er dabei keineswegs die Rolle der Leiter und Führer im gesellschaftlichen Prozeß, die das Volk hervorbringt und denen es vertraut, sondern mißt ihr vielmehr gewaltige Bedeutung bei. ‚Keine Klasse ist ja in der Geschichte zur Herrschaft gelangt‘, sagte Lenin, ‚wenn sie nicht ihre eigenen politischen Führer, ihre Vorkämpfer hervorbrachte, die fähig waren, die Bewegung zu organisieren und zu leiten.‘ Die Leninschen Prinzipien der großzügigen Selbsttätigkeit der Massen und der kollektiven Führung bedeuten keineswegs eine Leitung der Produktion, der Schule, der Armee usw. durch Versammlungen. Der Marxismus-Leninismus führte und führt einen Kampf sowohl gegen die idealistische Auffassung von den

„Helden“ als Hauptgestaltern der Geschichte als auch gegen den Anarchismus, der die Autorität der Führer leugnet.“

Von der Sowjetunion aus gesehen, ist es sicher ein Unterschied, ob an der Staatsspitze ein selbstherrlicher Diktator steht, oder ob ein Gremium erfahrener Berufspolitiker kollektiver Träger einer „Diktatur ohne Diktator“ ist. In prinzipieller Hinsicht ist jedoch dieser Unterschied geringer, als es auf den ersten Blick scheint. An die Stelle der Unfehlbarkeit des Führers ist lediglich die unfehlbare Weisheit des „Führerkollektivs“ getreten, wobei die Verantwortung für die Durchführung von Kollektiventscheidungen jeweils bei einer einzelnen Person liegt, die keiner demokratischen Kontrolle unterworfen ist.

Die verfassungspolitische Bedeutung des kollektiven Führungsprinzips liegt weniger in der Art der Führung als vielmehr in der Aufteilung der in den alleinigen Händen der Exekutive ruhenden Staatsgewalt in einzelne Funktionsbereiche und der damit verbundene Uebergang von einer persönlichen zu einer institutionalisierten Autokratie, deren Beschränkung sich aus dem Gleichgewicht der Kräfte ergibt, die sich in den einzelnen Funktionsbereichen bestimmend auswirken (Partei, Regierung, Wehrmacht usw.).

b) Die Grundsätze der „innerparteilichen Demokratie“ sind wiederherzustellen. Diskussion und Kritik sind zu beleben.

Im *Chruschtschow*-Bericht wird erklärt:

„Die weitere Festigung der Einheit der Partei und die Hebung der Aktivität der Parteiorganisationen erforderten die Wiederherstellung der von Lenin ausgearbeiteten Normen des Parteilebens, gegen die früher häufig verstoßen wurde...“

Die prinzipielle und offene Kritik und Selbstkritik ist der sichere Weg zur weiteren Stärkung der Partei, zur raschesten Behebung der Mängel, zu neuen Erfolgen an allen Abschnitten des kommunistischen Aufbaus.“

In der Schlußresolution wird erklärt:

„Der Parteitag billigt voll und ganz die große Arbeit, die das Zentralkomitee geleistet hat, um die Leninschen Normen des Parteilebens wiederherzustellen, die innerparteiliche Demokratie zu entwickeln, die Prinzipien der kollektiven Führung auf der Grundlage der Durchführung der marxistisch-leninistischen Politik zu verankern, den Stil und die Methoden der Parteiarbeit zu vervollkommen. Der Kampf für die Einhaltung der demokratischen Grundbestimmungen des Parteilebens, gegen das Administrieren und die kanzleibürokratischen Führungsmethoden, für die Entfaltung von Kritik und Selbstkritik sicherte eine erhöhte Aktivität der Parteimassen, eine gesteigerte Verantwortung der Kommunisten für die Sache der Partei, einen neuen Aufschwung der politischen Aktivität und des Arbeitselans der Werktätigen.“

In einem Artikel „Die große Renaissance“ in der *Trybuna Ludu* vom 17. April 1956 heißt es:

„Die fundamentale Aufgabe, die gegenwärtig vor uns liegt, besteht in einem beständigen Kampf für die Einführung des leninistischen Standards, für eine noch grö-

ßere Demokratisierung unseres Partei- und Soziallebens. Es ist verständlich, daß eine Periode wie diese viel Zweifel aufkommen läßt. Man sollte dem Volk nicht den Mund verschließen, man sollte niemand zwingen, über seine Nöte stillzuschweigen. Laßt die Menschen offen darüber sprechen, was sie quält...

In lebhaften Erörterungen, in einem Zusammenprall der Meinungen, in einem Gedankenaustausch werden wir immer bessere Lebensbedingungen schaffen... In dieser Diskussion wächst die Partei und wird stärker..."

Die Grundsätze der „innerparteilichen Demokratie“ bedeuten erstens, daß alle Parteiorgane gewählt werden, wobei mit der Kandidatenaufstellung, die meist auf Weisung von oben erfolgt, im Grunde genommen die Entscheidung vorweggenommen wird; zweitens, daß die Organe zu regelmäßigen Tagungen zusammentreten; drittens, daß die einzelnen Mitglieder ihre Meinung äußern können. Ausgehend vom Grundsatz der Parteieinheit, den *Lenin* 1921 entwickelte⁷⁹, wird eine „Fraktionsbildung“ innerhalb der Partei jedoch nicht geduldet. Nachdem ein Beschluß gefaßt ist, muß sich die Minderheit der Mehrheitsentscheidung bedingungslos unterwerfen. Auf die Grenzen, die im Rahmen der Aufklärungskampagne über die Beschlüsse des 20. Parteikongresses der innerparteilichen Diskussion gesetzt sind, wurde im *Prawda*-Artikel vom 5. April sehr drastisch hingewiesen:

„Zugleich darf nicht an der Tatsache vorbeigegangen werden, daß einzelne von Fäulnis befallene Elemente versuchen, Kritik und Selbstkritik zu den verschiedensten verleumderischen Ausfällen und parteifeindlichen Behauptungen zu benutzen. So machten sich auf einer Parteiversammlung eines wissenschaftlichen Laboratoriums die Mitarbeiter Awalow, Orlow, Nesterow und Schtschedrin die innerparteiliche Demokratie für verleumderische Reden gegen die Politik der Partei, gegen ihre Leninschen Grundlagen zunutze. Die Mitglieder der Parteiorganisation legten nicht die notwendige bolschewistische kämpferische Unversöhnlichkeit gegen diese parteifeindlichen Ausfälle an den Tag. Auf einer Parteiversammlung der Statistischen Verwaltung des Moskauer Gebiets gab L. Jaroschenko provokatorische, parteifeindliche Erklärungen ab. Solche Reden sind dem Wesen nach ein Nachbeten fremder Stimmen, eine Wiederholung der abgedroschenen verleumderischen Hirngespinnste der ausländischen reaktionären Propaganda. Einzelne von Fäulnis befallene Elemente versuchen, unter dem Deckmantel der Verurteilung des Personenkults die Richtigkeit der Politik der Partei in Zweifel zu stellen. Die gesamte geschichtliche Entwicklung des Sowjetlandes widerlegt solche Erfindungen und läßt von solchen Versuchen mit untauglichen Mitteln keinen Stein auf dem andern.“

Die Politik der Partei war in allen Perioden ihrer Geschichte eine Leninsche Politik und bleibt es. Diese Politik ist von der Partei, von ihrem Zentralkomitee im Kampf für den Sieg des Sozialismus ausgearbeitet worden, sie verkörpert in sich die kollektive Weisheit der Partei...

Unsere ganze Partei billigt einmütig die weise Leninsche Politik. Aber es kommt noch vor, daß manche Parteiorganisationen an spießbürgerlichen, von Versumpfung

zeugenden Äußerungen einzelner Personen vorübergehen, sie nicht entlarven, Liberalismus in bezug auf Leute zulassen, die parteifeindliche Erklärungen abgeben. So nahm sich das Parteimitglied Ternowskij auf einer Parteiaktivtagung des Stadtbezirks Dserschinski in Tschkalow falsche, dem Wesen nach demagogische Äußerungen heraus, ohne daß die Tagungsteilnehmer, darunter auch der auf der Tagung anwesende Vorsitzende des Exekutivkomitees des Gebietsowjets Tschkalow und Mitglied des Büros des Gebietspartei-Komitees, Genosse Shukow, ihm eine Abfuhr erteilt hätten.

Die Parteiorganisationen müssen entschlossen alle Abweichungen von der Politik der Kommunistischen Partei, von der marxistisch-leninistischen Ideologie bekämpfen. Jedem Kommunisten ist im Rahmen des Statuts der KPdSU die Freiheit gewährt, alle Fragen der Parteipolitik zu erörtern. Aber die Partei hat nie kleinbürgerliche Verlotterung und erst recht keine parteifeindlichen Äußerungen in ihrer Mitte, mochten sie auch vereinzelt sein, zugelassen und wird es auch in Zukunft nicht tun. Die Partei kann nicht dulden, daß die Diskussionsfreiheit als Freiheit der Propagierung dem Geist des Marxismus-Leninismus fremder Anschauungen ausgelegt wird, denn dies widerspricht den Bestimmungen des Parteistatuts, den Prinzipien der Partei.“

c) Die Kontrolle über die Exekutive ist wiederherzustellen und die bürokratische Erstarrung zu überwinden.

Im *Prawda*-Artikel vom 28. März heißt es:

„Lenin lehrte: ‚Die Masse muß das Recht haben, sich verantwortliche Leiter zu wählen. Die Masse muß das Recht haben, sie abzusetzen, die Masse muß das Recht haben, jeden kleinsten Schritt ihrer Tätigkeit zu kennen und zu kontrollieren.‘“

Die *Prawda* vom 5. April schreibt:

„Die ganze Tätigkeit der Kommunistischen Partei und ihres Zentralkomitees ist stets von tiefem Glauben an die revolutionäre Energie des Volkes als des Schöpfers aller materiellen und geistigen Güter der Gesellschaft erfüllt.“

Der Leninismus lehrt, daß das lebendige Schaffen der Massen die Haupttriebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung ist... Der entschlossene Kampf gegen die Ueberreste des Personenkults hat einen neuen Aufschwung der politischen und Arbeitsaktivität der breiten Volksmassen ausgelöst... Ein gewaltiger politischer und Arbeitselan herrscht in den Städten und Dörfern, in den Industriebetrieben, in den Kolchozen, MTS und Sowchozen des Sowjetlandes...

Immer klarer zeigen sich die günstigen Ergebnisse der vom Zentralkomitee der Partei ergriffenen Maßnahmen zur Wiederherstellung und weiteren Entwicklung der demokratischen Prinzipien des Lebens und der Tätigkeit der Partei, gegen das bloße Administrieren und gegen kanzleimäßig-bürokratische Leitungsmethoden, gegen das Vertuschen von Mängeln und das Schönfärben der Wirklichkeit, gegen Beamtenhochmut und Selbstzufriedenheit, für die Entfaltung einer sachlichen, prinzipiellen Kritik und Selbstkritik. Dies gewährleistet eine Zunahme der politischen Aktivität der breiten Massen der Parteimitglieder, bahnt der schöpferischen Initiative und Energie der Sowjetmenschen den Weg, trägt zur allseitigen Entwicklung des Neuerertums bei und hebt beträchtlich das

Verantwortungsgefühl eines jeden Kommunisten, eines jeden Sowjetmenschen für die ihm übertragene Aufgabe.“

Schepilow sagt:

„Zur erfolgreichen Lösung dieser großen und komplizierten Aufgaben ist es erforderlich, bürokratische Verzerrungen und Amtsschimmel jeder Art in unserem Staatsapparat zu beseitigen, die materielle Interessiertheit der Arbeiter, Kolchosbauern, Ingenieure, Agronomen an der besseren Ausnutzung der Produktionsressourcen zu erhöhen, die Arbeiter und Kolchosbauern zur unmittelbaren Leitung der Produktion breiter heranzuziehen.

Die Partei verlangt, daß unsere Partei-, Komsomol-, Verwaltungs-, Wirtschafts-, Gewerkschaftsleiter, die oberen und die unteren, tatsächlich auf Leninsche Weise arbeiten. Lenin sagte, daß sie ‚tief im Arbeiterleben verwurzelt bleiben müssen, das Leben der Arbeiter in- und auswendig kennen müssen, verstehen müssen, in jeder Frage, in jedem Moment die Stimmung der Massen, ihre wirklichen Bestrebungen, Bedürfnisse, Gedanken unfehlbar zu erfassen, verstehen müssen ... das grenzenlose Vertrauen der Masse zu gewinnen durch kameradschaftliches Verhalten zu ihr, durch sorgsame Befriedigung ihrer Bedürfnisse‘.“

Von der Einführung einer rechtsstaatlichen Kontrolle kann in einem zentralisierten Verwaltungsstaat wie der Sowjetunion natürlich keine Rede sein. Die Ausführungen über die Kontrolle von „oben“ und „unten“ bedeuten im Grunde nur, daß die Partei die Kontrollfunktion, die sie im öffentlichen Leben der Sowjetunion ausübt, zu intensivieren gedenkt.

Die konkreten Maßnahmen, die bisher gegen die Bürokratisierung ergriffen worden sind, betrafen einerseits eine zahlenmäßige Verringerung und rationellere Verteilung des Beamtenstabes⁸⁰, andererseits eine begrenzte Dezentralisierung der Verwaltungsbehörden, deren Bedeutung im Rahmen des schrittweisen Entstalinisierungsprozesses nicht sehr hoch zu veranlassen ist⁸¹.

2) *Persönliche Willkür und der Mißbrauch von Machtbefugnissen sollen ausgeschlossen werden.*

a) *Die Staatspolizei ist der Kontrolle der zuständigen Partei- und Staatsorgane zu unterstellen, zugleich aber zu verstärken.*

Im ZK-Bericht heißt es:

„Die Arbeit der Staatssicherheitsorgane wurde unter die erforderliche Kontrolle der Partei und der Regierung gestellt. Es wurde eine bedeutsame Arbeit geleistet, um die Organe der Staatssicherheit, das Gerichtswesen und die Staatsanwaltschaft, durch bewährte Kader zu festigen. Die Staatsanwaltschaft erhielt ihre Rechte im vollen Umfange wieder und ist verstärkt worden.“

Inzwischen ist zur Ueberwachung des Staatssicherheitsdienstes ein Sonderausschuß bei der sowjetischen Staatsanwaltschaft geschaffen worden⁸².

Im gleichen ZK-Bericht verurteilte *Chruschtschow* eine Diffamierung des Staatssicherheitsdienstes und sprach sich für seine weitere Festigung aus:

„Es muß gesagt werden, daß im Zusammenhang mit

der Ueberprüfung und Aufhebung der in verschiedenen Verfahren gefällten Urteile bei manchen Genossen ein gewisses Mißtrauen gegenüber den Mitarbeitern der Staatssicherheitsorgane in Erscheinung getreten ist. Das ist natürlich falsch und sehr schädlich. Wir wissen, daß die Mitarbeiter unseres Sicherheitsdienstes in ihrer überwiegenden Mehrheit aus ehrlichen, unserer gemeinsamen Sache ergebenden Funktionären bestehen, und wir vertrauen diesen Kadern. Man darf nicht vergessen, daß die Feinde stets versucht haben und auch in Zukunft versuchen werden, die große Sache der Errichtung des Kommunismus zu stören. Die kapitalistische Umwelt hat so manchen Spion und Diversanten zu uns geschickt. Es wäre naiv anzunehmen, die Feinde würden ihre Versuche, uns mit allen Mitteln zu schaden, jetzt aufgeben ...

Deshalb müssen wir die revolutionäre Wachsamkeit im Sowjetvolk in jeder Weise heben und die Staatssicherheitsorgane festigen.“

Die Reaktion der Sowjetbevölkerung auf die Zerstörung des *Stalin*-Mythos, die der Sowjetführung teilweise überraschend kam, veranlaßte den Ersten Parteisekretär, sich am 13. April 1956 in einer Rede vor jungen Bauarbeitern⁸³ noch eindeutiger für eine Stärkung des Staatssicherheitsdienstes einzusetzen.

Chruschtschow erklärte:

„Die Kapitalisten verstehen es sehr gut, ihre kapitalistische Welt und ihre ausbeuterische Ordnung zu verteidigen. Sie verstehen es, den Spionagedienst zu organisieren und ihre Spione und Diversanten zu uns zu schicken. Dürfen wir denn sorglos sein und gleichgültig gegenüber allen jenen Gemeinheiten verbleiben, die die Imperialisten uns gegenüber unternehmen? Wir müssen es verstehen, den Feind zu erkennen, alle seine Kniffe rechtzeitig zu durchschauen. Wir müssen die Sicherheit unseres Staates mit allen Mitteln festigen, Wachsamkeit an den Tag legen und die Handlungen der Feinde unterbinden. Die Feinde hoffen, daß wir in unserer Wachsamkeit nachgeben und die Organe unserer Staatssicherheit schwächen werden. Nein, das wird niemals geschehen! Das proletarische Schwert muß immer scharf sein, muß die Errungenschaften der Revolution, die Errungenschaften der Arbeiterklasse und die Errungenschaften des werktätigen Volkes stets geschickt beschützen.“

Es ist nicht uninteressant, dieser Äußerung *Chruschtschows* eine ähnlich gehaltene Erklärung *Stalins* aus dem Jahre 1927 gegenüberzustellen, in welcher der auf dem Wege zur Alleinherrschaft befindliche Diktator die besondere Stellung der Staatspolizei im System der stationären Diktatur zu bestimmen und die von ihr ausgeübte Herrschaftsfunktion zu rechtfertigen versuchte⁸⁴. Der Vergleich zeigt, daß die mit dem Begriff der „kapitalistischen Einkreisung“ verbundenen Vorstellungen, auf die noch später einzugehen sein wird, in der Sowjetunion noch nicht völlig überwunden sind.

Stalin sagte:

„Die GPU ist eine Drohung an die Bourgeoisie, eine immer wachsame Wache der Revolution, das entblößte Schwert des Proletariats. Was die Lage im Innern anbetrifft, so ist die Stellung der Revolution derart fest und

unerschütterlich, daß man auch ohne die GPU auskommen könnte, die Sache ist jedoch die, daß unsere inneren Feinde nicht isolierte Einzelgänger sind. Sie sind durch Tausende von Fäden mit den Kapitalisten aller Länder verbunden, die sie mit allen Kräften und allen Mitteln unterstützen. Wir sind ein Land, das von kapitalistischen Staaten umgeben ist. Die inneren Feinde der Revolution sind die Agenten der Kapitalisten aller Länder. Die kapitalistischen Staaten stellen die Basen und die Etappen der inneren Feinde unserer Revolution dar. Indem wir die inneren Feinde bekämpfen, kämpfen wir also gegen die gegenrevolutionären Elemente aller Länder. Urteilen Sie jetzt selber, ob es unter solchen Umständen möglich ist, auf Straforgane wie die GPU zu verzichten... Nein, Genossen, wir wollen die Fehler der Träger der Pariser Kommune nicht wiederholen. Die Revolution braucht die GPU, und die GPU wird bei uns zum Schrecken der Feinde des Proletariats weiterbestehen.“

b) Die Opfer der Stalinschen Willkürherrschaft sind zu rehabilitieren.

Im Chruschtschow-Bericht wird erklärt:

„Das Zentralkomitee hat den sogenannten ‚Leningrader Fall‘ überprüft und festgestellt, daß er von Berija und seinen Handlangern inszeniert wurde, um die Lenin-grader Parteiorganisation zu schwächen und ihre Kader in Verruf zu bringen. Nach Feststellung der Haltlosigkeit des ‚Leningrader Prozesses‘ hat das Zentralkomitee der Partei auch eine Reihe anderer zweifelhafter Prozesse überprüft.

Das ZK hat Maßnahmen zur Wiederherstellung der Gerechtigkeit getroffen. Auf Antrag des Zentralkomitees wurden die unschuldig verurteilten Menschen rehabilitiert.“

Der Reigen der Rehabilitierten wurde in der *Mikojan-Rede* mit *Antonow-Owsejenko*, *Kossior* und *Bela Kun* eröffnet. Letzterem widmete der bekannte ungarische Wirtschaftstheoretiker *Varga*, der unter *Stalin* in Ungnade gefallen war, einen längeren Gedenkartikel in der *Prawda*. *Ulbricht* wies in seiner Rede auf *Postyschew* und *Wosnessenskij* hin und beantwortete die Frage: „Aber gab es denn niemand, der dagegen opponiert hat?“ mit den Worten: „Ja, wohl, *Postyschew*, *Wosnessenskij* und andere haben dagegen opponiert und wurden daraufhin verhaftet. Es ist nachweisbar, daß ihr Standpunkt richtig war.“

Es ist kein Zufall, daß *Ulbricht* den Namen *Postyschew* besonders hervorgehoben hat. *Postyschew* war auf der Plenartagung des Zentralkomitees im März 1937, auf der *Stalin* seine Theorie des verschärften Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus entwickelte, von der Mehrheit des Zentralkomitees als Sprecher herausgestellt worden, um gegen *Stalins* Absicht, die Opposition physisch zu liquidieren, zu opponieren⁸⁵. *Postyschew* war absichtlich gewählt worden, weil hinsichtlich seiner persönlichen Ergebnisheit gegenüber *Stalin* auch nicht der geringste Zweifel bestand. Zusammen mit *Kossior* hatte *Postyschew* 1933 eine Säuberung der ukrainischen KP von oppositionellen Elementen durchgeführt und *Skrypnik* des „bürgerlichen Nationalismus“ bezich-

tigt, der daraufhin Selbstmord verübte. *Kossior* und *Postyschew* wurden bereits in dem Februarheft der *Woprossy Istorii* genannt, das ferner noch Namen der folgenden Spitzenfunktionäre erwähnte, die in der Großen Säuberung (1934–1938) umgekommen waren⁸⁶: *Rudsutak*, *Tschubarj*, *Kossarew*, *Gamarnik*, *Podwojskij*. Diese Liste der Rehabilitierten wurde im Märzheft der *Woprossy Istorii* noch durch folgende Namen erweitert⁸⁷: *Blücher*, *Jegorow*, *Unschlicht*, *Bubnow*, *Kedrow*, *Ruchimowitsch* und — mit gewissen Vorbehalten — *Skrypnik*.

In beiden Heften wurden ferner Namen von Personen aufgeführt, die erst nach ihrem Tode in Ungnade gefallen waren, wie *Pokrowskij*⁸⁸. Eine dritte Gruppe umfaßt Persönlichkeiten, die unter *Lenin* und teilweise auch unter *Stalin* eine führende Rolle gespielt haben, deren Bedeutung jedoch unter dem Spätstalinismus nicht gebührend gewürdigt worden ist. Zu dieser Gruppe gehören: *Tschitscherin*, *Lunatscharskij*, die *Krupskaja*, *S. S. Kamenjew* und in gewissem Sinne auch *Jaroslawskij*, *Losowskij* und *Manuilskij*.

Gemäß dem *Borba*-Bericht soll im Zusammenhang mit dem Leningrader Fall neben *Wosnessenskij* auch *A. A. Kusnezow* genannt worden sein⁸⁹. Ferner ist der bekannte sowjetische Biologe *Wawilow* rehabilitiert worden.

Wenn man von den rehabilitierten ausländischen Kommunistenführern⁹⁰ und den Persönlichkeiten, deren Bedeutung aufgewertet wird, absieht, so lassen sich bei den bisher Rehabilitierten folgende Kategorien unterscheiden:

1. Mitarbeiter *Stalins*, die während der Großen Säuberung und in der Nachkriegszeit gegen ihn opponierten und daraufhin liquidiert wurden:

Vollmitglieder des Politbüros: *Bubnow*, *Rudsutak*, *Kossior*, *Tschubarj*, *Wosnessenskij*.

Kandidaten des Politbüros: *Petrowskij* (1953 rehabilitiert), *Postyschew*, *A. A. Kusnezow*.

Komsomolführer: *Kossarew*.

Von den Kandidaten des Politbüros, die trotz ihrer Zugehörigkeit zur Stalinfraktion Opfer der Säuberung wurden, fehlen nur noch *Eiche* und *Syrzow*, der bereits 1930 in Opposition zu *Stalin* trat⁹¹. An eine Rehabilitierung der oppositionellen Gruppen (Trotzkisten, *Bucharin*-Anhänger) ist, wie aus der scharfen Bemerkung *Chruschtschows* in dem ZK-Bericht hervorgeht⁹², zunächst nicht gedacht, doch sollen die einzelnen Oppositionellen nicht mehr als Verbrecher, sondern als ideologische Gegner gewertet werden. So ist die Legende, daß *Trotzkij* ein „imperialistischer Agent“ und Haupt eines Spionageringes gewesen sei⁹³, stillschweigend fallengelassen worden. Schon das genügt, wie *Halperin* zutreffend festgestellt hat⁹⁴, um die drei großen Schauprozesse gegen die linke und rechte Opposition (1936, 1937,

1938) zu disqualifizieren, da in allen drei Prozessen die Angeklagten gestanden haben, ihre Verbrechen im Auftrage *Trotzkis* verübt zu haben.

Früher oder später wird eine Revision dieser Prozesse nicht zu umgehen sein.

Der Name *Trotzkij* taucht bereits häufig auf, desgleichen die Namen der Angehörigen der rechten Opposition (*Bucharin, Rykow, Tomschij*), der Arbeiteropposition (*Schljapnikow*) und der Gruppe „Demokratischer Zentralismus“ (*Ossinskij, Saprnow*). Die letzte Gruppe, die sich seinerzeit besonders für das Kollegialitätsprinzip eingesetzt hat, wird aus verständlichen Gründen am freundlichsten behandelt⁹⁵. Besondere Schwierigkeiten dürfte der jetzigen Sowjetführung der Fall *Bucharins*, des großen ideologischen Gegenspielers *Stalins*, bereiten, der die Stalinsche Theorie von der Verschärfung des Klassenkampfes bereits im ersten Aufbaustadium des Sozialismus scharf abgelehnt hatte.

Die einzigen Politbüroangehörigen, welche die Große Säuberung lebend überstanden haben, sind *Petrowskij* und *Bubnow*. Letzterer soll kürzlich nach Moskau zurückgekehrt sein⁹⁶. Ueber das Schicksal *Sokolnikows, Rakowskis* und *Radeks*, die ihre Strafe längst verbüßt haben müßten, ist nichts bekannt geworden.

2. Führende militärische Persönlichkeiten, die in Verbindung mit dem Fall *Tuchatschewskij* (1937) und später den Tod gefunden haben:

Militärs:

- Marschall *Blücher* — Oberbefehlshaber der legendären Fernost-Armee (OKDWA)
 Marschall *Jegorow* — Generalstabschef der Roten Armee
Unschlicht — Oberbefehlshaber der sowjetischen Luftwaffe

Die Gruppe *Tuchatschewskij* ist bisher nicht rehabilitiert worden. *Blücher* und *Jegorow*, die 1938 verschwanden, gehörten dem Militärtribunal an, das *Tuchatschewskij* und seine Kampfgefährten zum Tode verurteilte.

Auch der 1935 eines natürlichen Todes gestorbene Vorgänger *Jegorows*, S. S. *Kamenjew*, der als Oberbefehlshaber maßgebenden Anteil an dem siegreichen Ausgang des Interventions- und Bürgerkrieges hatte, wird als Persönlichkeit aufgewertet.

Politruks:

- Gamarnik* — Leiter der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee
Bubnow — Vorgänger *Gamarniks*. Während der Bürgerkriegszeit Mitglied des Obersten Kriegsrates der RSFSR
Antonow-Owsejenko — Als Mitglied des Dreierkollegiums Kriegskommissar der RSFSR (1917)

Podwojskij

— Als Mitglied des Dreierkollegiums Kriegskommissar der RSFSR (1917)

Gamarnik, der über enge Beziehungen zu *Marschall Blücher* verfügte, verübte im Zusammenhang mit dem *Tuchatschewskij*-Fall Selbstmord. *Bubnow, Antonow-Owsejenko, Podwojskij* gehörten dem Revolutionären Militärkomitee an, das den bewaffneten Aufstand in St. Petersburg leitete, der die Machtübernahme der Bolschewiki ermöglichte.

Wehrwirtschaftsführer:

- Kedrow* — Leiter der Rüstungsabteilung des GOSSPLAN
Ruchimowitsch — Volkskommissar für Rüstungsindustrie

3. Bekannte Dichter und Wissenschaftler, die unter *Stalin* in Ungnade gefallen waren:

- Jessenin* — Lyriker
Wawilow — Genetiker
Pokrowskij — Historiker

Die Aufwertung der Persönlichkeit *Jessenins*, der 1925 Selbstmord verübte, erfolgte bereits im Herbst 1955⁹⁷. Die Rehabilitierung *Wawilows*, der 1941 in der Verbannung gestorben ist, hatte die Absetzung seines Gegenspielers *Lyssenko* vom Posten eines Leiters der Landwirtschaftlichen Akademie der UdSSR zur Folge.

Eine Rehabilitierung des bekannten Rechtstheoretikers und Völkerrechtlers *Paschukanis* ist bisher noch nicht erfolgt. Sie dürfte auf die Rechtswissenschaft ähnliche Auswirkungen haben wie die Rehabilitierung *Pokrowskij*s auf die Geschichtsschreibung.

Auffallend ist, daß sich unter den Rehabilitierten viele Spitzenfunktionäre befinden, die in der Ukraine eine wichtige Rolle gespielt haben. Dies gilt sowohl für die Politbüroangehörigen: *Kossior, Postyschew, Tschubarj, Petrowskij* als auch für die Politruks: *Bubnow, Antonow-Owsejenko, Podwojskij* und *Gamarnik*, die während der Bürgerkriegszeit in der Ukraine tätig waren.

Von besonderem Interesse ist dabei der von *Mikojan* aufgebrachte Fall *Kossior (Kosjur)*, da am Sturz dieses langjährigen Statthalters *Stalins* in der Ukraine *Molotow* und *Chruschtschow* maßgeblich mitgewirkt haben⁹⁸.

c) Die Grundsätze der „sozialistischen Gesetzlichkeit“ sind wiederherzustellen.

Im *Chruschtschow*-Bericht heißt es:

„Große Aufmerksamkeit schenkt das Zentralkomitee der Partei nach wie vor der Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die Feinde des Sowjetstaates schon die geringste Schwächung der sozialistischen Gesetzlichkeit für ihre niederträchtige Zersetzungsarbeit auszunutzen suchen.“

Woroschilow gab in seinem Bericht folgende Maßnahmen zur Festigung der „sozialistischen Gesetzgebung“ bekannt:

- 1) Revision der Arbeits- und Sozialgesetzgebung
- 2) Verabschiedung der Entwürfe eines neuen Strafgesetzbuches und einer neuen Strafprozeßordnung
- 3) Erlaß einer neuen Verordnung über die Aufsicht der Staatsanwaltschaft.

In Verbindung mit der bevorstehenden Strafrechtsreform sind die von *Wyschinskij* als dem Kronjuristen der *Stalin*-Ära vertretenen Rechtsauffassungen in der juristischen Fachzeitschrift *Sowjetskoje Gossudarstwa i Prawo* einer scharfen Kritik unterzogen worden. In dem Organ des nach *Wyschinskij* benannten Rechtsinstituts der Akademie der Wissenschaften der UdSSR heißt es⁹⁹:

„Für die im wissenschaftlichen Bereich tätigen Juristen ist es erforderlich, die Fragen der Garantie und der Verwirklichung der Gesetzlichkeit bezüglich des Schutzes der Rechte und Pflichten der Bürger der UdSSR tiefgründig und allseitig zu erforschen und zu ergründen, wobei fehlerhafte Feststellungen, die in der sowjetischen Beweistheorie vorhanden sind, zu beseitigen sind. Zu diesen gehört auch die Feststellung von A. Ja. Wyschinskij, welche die Verpflichtung des Richters, in jedem einzelnen Fall nach der absoluten Wahrheit zu forschen, leugnet und die Möglichkeit der Verurteilung eines Menschen allein nur auf Grund der Wahrscheinlichkeit der einen oder anderen Tatsache, die der richterlichen Bewertung unterliegt, zuläßt. Eine solche Feststellung weicht von den Forderungen der Partei und der Regierung über strenge Einhaltung der Gesetzlichkeit und der Tätigkeit der Untersuchungs-, Gerichts- und Staatsanwaltschaftsorgane ab.“

Die in der praktischen Tätigkeit der Untersuchungs-, Gerichts- und Staatsanwaltschaftsorgane stattgefundenen Verurteilung der einen oder anderen Person als schuldig und verantwortlich für schwerste Verbrechen allein nur auf Grund des persönlichen Geständnisses der Angeklagten ist als eine empörende Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit und der Grundsätze der Rechtswissenschaft anzusehen.“

Die neue Verordnung über die Aufsicht der Staatsanwaltschaft soll nach *Woroschilow* ein „exaktes Programm“ für die Staatsanwaltschaftsorgane darstellen und sie veranlassen, „prinzipienfest und unversöhnlich für die strenge Einhaltung der Gesetze durch alle Institutionen, Amtspersonen und Bürger der UdSSR zu kämpfen“. Die Schlüsselstellung, die der Staatsanwaltschaft bei diesen ersten schüchternen Schritten zu einer rechtsstaatlichen Ordnung zugewiesen wird, läßt deutlich die Grenzen erkennen, die der sowjetischen „Rechtsreform“ von vornherein gesetzt sind. Bei der Staatsanwaltschaft handelt es sich ja um ein Organ der Exekutive und nicht der Justiz, das bei seinen Entscheidungen einerseits von den Erfordernissen der formalen Gesetzmäßigkeit, andererseits der politischen Zweckmäßigkeit ausgeht.

Bezeichnenderweise ist auf dem 20. Parteikongreß weder von der Abschaffung der hauptsächlich von der Staatspolizei ausgeübten Verwaltungs-Strafgerichtsbarkeit, über die der amerikanische Jurist *Berman* berichtet hat, noch von der Einschränkung

oder gar der Aufhebung des von *Stalin* eingeführten Systems der Zwangsarbeitslager die Rede gewesen. Solange diese beiden Institutionen weiterbestehen, bleiben der Wiederherstellung eines despotischen Regimes Tür und Tor geöffnet.

3) *Die Theorie hat sich in erster Linie an Lenin und nicht an Stalin zu orientieren.*

a) *Die sowjetische Staatslehre ist unter Verzicht auf die Stalinsche Theorie vom verschärften Klassenkampf weiterzuentwickeln.*

Die Theorie vom verschärften Klassenkampf beim Aufbau des Stalinismus ist von *Stalin* 1937 formuliert, tatsächlich jedoch bereits früher entwickelt und bei der Zwangskollektivierung praktisch angewandt worden. Sie bildet die Kehrseite der Theorie vom „Kommunismus in einem Lande“, die *Stalin* 1939 schuf, und die eine Modifizierung seiner ursprünglichen Lehre vom „Sozialismus in einem Lande“ darstellte, die seit 1924 die ideologische Grundlage der von der *Stalin*-Fraktion vertretenen Generallinie bildete¹⁰⁰. Den Kern der Theorie vom Kommunismus in einem Lande bildete die These von der „kapitalistischen Einkreisung“, mit der *Stalin* nicht nur das Fortbestehen, sondern auch die Stärkung des ideologischen Ueberbaus und insbesondere der staatlichen Zwangsgewalt rechtfertigte, die nach der Auffassung *Lenins* im Stadium des entfalteten Sozialismus absterben sollte. Aus der These von der „kapitalistischen Einkreisung“ ergab sich auch die Begründung für die Anwendung der Theorie des verstärkten Klassenkampfes beim Uebergang vom Sozialismus zum Kommunismus. Diese dogmatisch enge und negativ gehaltene Begründung der beiden Theorien, welche die Grundlage der sowjetischen Staatslehre bildeten, konnte auf die Dauer weder der veränderten sowjetischen Wirklichkeit noch dem durch die Entdeckung der Atomkraft und der Elektronentechnik revolutionär veränderten Weltbild der Nachkriegszeit genügen. *Stalin* bemühte sich mit seiner im Zuge der Linguistik-Diskussion im Sommer 1950 entwickelten Lehre von der „Revolution von oben“, ¹⁰¹ die Ideologie der Wirklichkeit anzupassen, indem er die Notwendigkeit für das Fortbestehen des Staates sowjetkommunistischer Prägung mit der permanenten revolutionären Funktion der staatlichen Zwangsgewalt rechtfertigte. Mit dieser positiven Begründung, die dem ideologischen Ueberbau neben einer konservierenden Funktion eine revolutionär-schöpferische Mission zuwies, wurde die These von der kapitalistischen Einkreisung hinfällig, die von dem 20. Parteikongreß durch die Vorstellung von der dauerhaften Koexistenz zwischen den beiden Weltsystemen des „Sozialismus“ und „Kapitalismus“ ersetzt worden ist, wobei das Gleichgewicht zwischen diesen beiden konkurrierenden Systemen dadurch gewährleistet werden soll, daß sich das sozialistische Lager mit den neutralistischen Mächten (die an sich keine geschlos-

sene Dritte Kraft bilden sollen, denen aber eine autonome nationalstaatliche Entwicklung zugestanden wird) zu einer sogenannten „Zone des Friedens“ zusammenschließen soll. Zwecks besserer ideologischer Unterbauung des Koexistenz-Begriffs und unter Berücksichtigung der sich aus der atomaren Vergeltungstheorie ergebenden militärisch-strategischen Schlußfolgerungen ist dabei auf zwei Grundthesen *Lenins* verzichtet worden, die sich auf die Unvermeidbarkeit von Kriegen in der imperialistischen Epoche und kriegesischer Gewaltanwendung bei der kommunistischen Machtübernahme bezogen. Die Verneinung der Unvermeidbarkeit von Kriegen und die Anerkennung vielfältiger Uebergangsformen zum Sozialismus, die sich aus der Abkehr von der zweiten Grundthese *Lenins* ergaben, die bisher für die sowjetische Staatslehre von entscheidender Bedeutung gewesen ist, bedeuten an sich noch keine prinzipielle Absage an die Notwendigkeit eines revolutionären Umsturzes. Es wird nur die Möglichkeit bejaht, die Revolution auch mit Hilfe „friedlicher Mittel“, günstigenfalls auf parlamentarischem Wege, zu verwirklichen. Die neue These von der Vermeidbarkeit kriegesischer Auseinandersetzungen bedeutet keinen Verzicht auf nichtkriegesischer Gewaltanwendung und damit auf die Intervention als Mittel der Politik. Dies wird an den Beispielen Reval (1940) und Prag (1948) deutlich illustriert¹⁰². Die Machtergreifung führt, wie auf dem 20. Parteikongreß mehrfach hingewiesen worden ist, notwendigerweise zur Diktatur sowjetischen Typs, wobei dieser Prozeß irreversibel ist¹⁰³. Damit erweist sich dieses Aufstocken parlamentarisch-demokratischer Quantitäten, die auf dem Höhepunkt der Krise in sowjetisch-sozialistische Qualität umschlagen sollen, nur als eine Verbindung der von *Hitler* angewandten Technik der „legalen Machtübernahme“ mit den Schlußfolgerungen, die sich aus der Anwendung der Methoden der „Revolution von oben“ auf die Außenwelt ergeben.

Die ideologischen Aenderungen besitzen somit, obgleich sie eine wesentliche Modifizierung des Stalinismus darstellen, nur beschränkten Charakter. Sie rühren nicht an die Wurzel der leninistisch-stalinistischen Doktrin, die auf dem Glauben an die schöpferische Funktion der Gewalt beruht. Diese Funktion bleibt im Rahmen der Lehre von der „Revolution von oben“ auch im innerstaatlichen Bereich, trotz des Wegfalls der Theorie vom verschärften Klassenkampf, wirksam, der mit der These von der kapitalistischen Einkreisung sowieso der ideologische Boden unter den Füßen weggezogen worden ist. Die Lehre von der „Revolution von oben“ bedeutet aber trotz der Einschränkung, die sie im Verlauf der philosophischen Diskussion seit 1954 erfahren hat, daß die Anwendung staatlicher Zwangsgewalt gerechtfertigt ist, wenn dies zur Erreichung der durch die

Generallinie der Partei näher bestimmten Zielsetzung der Sowjetführung beiträgt.

b) *Die falschen wirtschaftstheoretischen Thesen in den „Oekonomischen Problemen des Sozialismus“ sind zu revidieren.*

Dieses Ziel, auf das hier nicht näher einzugehen ist, soll durch eine Umarbeitung des Lehrbuches für Politische Oekonomie durch eine „objektive“ Erforschung der politischen und ökonomischen Vorgänge in der kapitalistischen Welt erfolgen. Zu diesem Zweck soll das früher von Prof. *Varga* geleitete Institut für Weltpolitik und Weltwirtschaft wiedererstehen. Eine wesentliche Rolle bei dieser Neuorientierung sollen die persönlichen Kontakte mit den kapitalistischen Ländern spielen, die weiter zu intensivieren sind.

c) *Die Theorie soll unter Beseitigung der Auswüchse des Personenkults „schöpferisch“ weiterentwickelt werden.*

Das voluntaristische Moment, das bereits in der Stalinschen Lehre von der „Revolution von oben“ anklang, ist durch die Beschlüsse des 20. Parteikongresses im Sinne einer „schöpferischen“, d. h. praktikablen und nicht dogmatischen Theorie verstärkt worden. Die Lehre von der „Revolution von oben“, die weiter gilt, hat sich aus den Schranken des fatalistischen Determinismus, in die sie 1952 durch die „Oekonomischen Probleme des Sozialismus“ gezwungen wurde, erneut gelöst. Sie ist jedoch im Zuge der philosophischen Diskussion, die sich seit 1954 mit dem dialektischen und historischen Materialismus beschäftigte und im Januar 1955 auf der Philosophen-tagung ihren Höhepunkt erreichte, nicht unwesentlich modifiziert worden¹⁰⁴. Diese Modifizierung kommt in den folgenden Momenten zum Ausdruck:

1. Rückkehr zu den 16 Elementen der Leninschen Dialektik, insbesondere zum sogenannten Gesetz der „Negation der Negation“, das von *Stalin* in seiner Abhandlung „Ueber den dialektischen und historischen Materialismus“, die das Kernstück des Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU(B) bildet, fallengelassen wurde.

Dieses Gesetz wird in der Abhandlung *Lenins* über *Karl Marx* folgendermaßen definiert:

„Die Entwicklung, die die bereits durchlaufenen Stufen wiederholt, sie jedoch auf einer höheren Basis anders wiederholt (die Negation der Negation), die sozusagen spiralisch, nicht aber in gerader Linie verlaufende Entwicklung...“

2. Kritik an der Kategorienlehre, insbesondere dem Materie-Begriff, und an dem in der Beschränkung auf die „Vier Züge der dialektischen Methode“ zum Ausdruck kommenden Schematismus *Stalins*.

Durch diese Kritik wurden auch die Ausführungen in den Linguistik-Briefen über die begriffliche Identität von „Sprung“ und „allmählicher Entwicklung“

sowie der Differenz zwischen „Sprung“ und „Explosion“ berührt.

3. Stärkere Betonung des Bewegungsmoments, wobei die geistig orientierte Bewegungsfaktorentheorie *Stalins* einerseits zugunsten des ursprünglichen Marxismus eingeschränkt, andererseits durch Betonung der „ökonomischen Form“ aufrechterhalten worden ist.

4. Ueberwindung der gesellschaftlichen Widersprüche im Zuge des revolutionären Entwicklungsprozesses.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die philosophische Auseinandersetzung mit den Auffassungen *Stalins* zu einer stärkeren Betonung des revolutionären Aspekts geführt hat, während in der ursprünglichen Lehre von der „Revolution von oben“ das stärkere Gewicht auf die Kontinuität des Entwicklungsprozesses gelegt wurde. Die Schaffung des Neuen und nicht die Bewahrung des Alten ist das Hauptziel. Die revolutionäre Bewegung, die vom ideologischen Ueberbau unter Ausnutzung der in der ökonomischen Basis verankerten Realfaktoren ausgelöst und gesteuert wird, soll dazu dienen, durch Anheben des Niveaus der Produktionskräfte die Produktionsverhältnisse des niedrigeren Stadiums in einem höheren gemäß dem Gesetz der „Negation der Negation“ in anderer Form zu wiederholen. Damit soll die Möglichkeit geschaffen werden, die gesellschaftlichen Widersprüche in der Phase des „Uebergangs vom Sozialismus zum Kommunismus“, die nach offizieller sowjetischer Auffassung nur in Wachstumskrisen ihren Ausdruck finden können, auf einer höheren Ebene zu überwinden. In diesem revolutionären Prozeß wird dem Menschen als „Hauptproduktivkraft“ eine zentrale Rolle zugewiesen.

4) Eine „kühnere“ Wirtschaftspolitik und eine „liberale“ Kulturpolitik sind zu betreiben.

a) Die agrarische Produktion ist im gleichen Umfange zu steigern wie die industrielle.

Auf die Probleme, die mit der Ueberwindung der „Disproportionen“ zwischen der industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugung verbunden sind, ist an dieser Stelle nicht näher einzugehen. Auf einzelne Aspekte des neuen Fünfjahrplans, in dem dieser Grundsatz zum Ausdruck kommt, ist in der Einführung hingewiesen worden.

b) Den schöpferischen Kräften in Wissenschaft, Literatur und Kunst soll mehr Spielraum gegeben werden.

Mikojan sagt:

„Unsere Wissenschaftler und Theoretiker sollten alle ihre Kräfte dem Studium der neuen Tatsachen unserer Wirklichkeit, der neuen Ereignisse und Erscheinungen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in der UdSSR und dem Auslande weihen, sollten diese Tatsachen und Erscheinungen all-

seitig studieren, sie im Sinne des Marxismus-Leninismus bereichern.“

Und mögen die an der ideologischen Front tätigen Genossen wissen, daß die Partei ihr Zurückbleiben hinter dem Leben nicht länger dulden kann. Die Wirtschaftswissenschaftler, Historiker, Philosophen und Juristen müssen mit der Partei, mit unserem Leben Schritt halten, sie sind verpflichtet, dem Zurückbleiben der wissenschaftlichen Arbeit ein Ende zu setzen und den Marxismus-Leninismus schöpferisch zu bereichern.“

Schepilow erklärt in seiner Rede vom 22. April 1956:

„Der 20. Parteitag hat der schöpferischen Entwicklung des marxistischen Gedankens stärksten Antrieb gegeben, damit in allen Bereichen unserer Kultur im Rahmen des Parteigeistes, im Rahmen der sozialistischen Ideologie — der fortschrittlichsten der Welt — der freie und sachliche Meinungsaustausch noch breiter entfaltet wird, jeglicher Schablone und allen toten Schemata der Krieg erklärt und sachliche prinzipielle Kritik in jeder Weise gefördert wird, und damit man sich zu neuen Vorschlägen für die Verbesserung der Arbeit feinhörig verhält. Im Bereiche der Literatur und Kunst, wo die Methode des sozialistischen Realismus einem den Leninschen Prinzipien entsprechenden Schöpfertum unbegrenzte Möglichkeiten eröffnet, ist es unbedingt erforderlich, weiten Raum für persönliche Initiative und für individuelle Meinungen, für Gedanken und Phantasie, für Form und Inhalt zu gewährleisten.“

Auf Einzelheiten der kulturpolitischen Entwicklung soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Es bestehen Anzeichen dafür, daß sich die „geleitete Liberalisierung“ auf dem kulturpolitischen Gebiet am stärksten auswirkt. Dies dürfte hauptsächlich daran liegen, daß die Sowjetführung, nicht zuletzt aus ihrer materialistischen Grundhaltung heraus, in diesem Bereich noch am ehesten zu Zugeständnissen bereit ist, weil sie in Konzessionen auf ökonomischem Gebiet eine weit größere Gefahr für den Bestand des Regimes erblickt.

c) Die durch den Personenkult bedingten Geschichtsfälschungen sind auszumerzen und die Geschichtsschreibung auf Tatsachen aufzubauen.

Diese Forderung ist vor allem von der *Pankratowa* ausgesprochen worden. Sie erklärte:

„Gewisse Historiker frisieren die geschichtlichen Ereignisse, simplifizieren sie, behandeln sie einseitig und infolgedessen unrichtig. Sie stellen den Weg, den die Partei zurückgelegt hat, als einen einzigen Triumphzug dar, bei dem es keinerlei Schwierigkeiten gab. Tatsächlich hat aber die Partei, wie Lenin schrieb, wiederholt aus dem Leben, aus der Praxis gelernt. Im Rechenschaftsbericht des ZK auf dem VIII. Parteitag sagte Lenin: ‚Wir mußten uns fast durchweg tastend vorwärtsbewegen... Wir machten uns an ein Werk, an das sich bisher noch niemand in der Welt in diesem Umfange gewagt hatte.‘ (W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, Band 8, Seite 35.) Leider wird diese These Lenins von den Historikern nicht immer beachtet...“

Lenin protestierte entschieden gegen die willkürliche

Behandlung von Tatsachen, gegen das Herausreißen von Tatsachen aus dem allgemeinen Zusammenhang der Erscheinungen. Er wies in seinen Schriften auf die Notwendigkeit hin, ein Fundament aus exakten und zweifelsfrei feststehenden Tatsachen zu schaffen, und forderte, man solle nicht einzelne Tatsachen herausgreifen, sondern die Tatsachen in ihrer Gesamtheit nehmen, damit nicht der Verdacht entstehen könne, daß „die Tatsachen willkürlich ausgewählt oder herausgegriffen sind, daß statt des objektiven Zusammenhangs und der wechselseitigen Abhängigkeit der historischen Erscheinungen in ihrer Gesamtheit ein ‚subjektiv‘ zubereitetes Gericht dargeboten wird...“ (Werke, Band 23, Seite 266/267, russ.) Manche Historiker stellen aber falsche Thesen auf und scheuen, um sie zu stützen, nicht davor zurück, mit ganzen Schriften willkürlich zu verfahren...

Mit größter Befriedigung wurde der im Rechenschaftsbericht des ZK enthaltene Hinweis darauf begrüßt, daß die konkreten Tatsachen gut erforscht und eine den Tatsachen entsprechende Einschätzung ohne jede Schönfärberei vorgenommen werden soll, damit sich unsere gesamte ideologische Arbeit auf einem hohen theoretischen Niveau, in entschlossenem Kampf gegen den Dogmatismus und die Buchstabengelehrsamkeit entwickelt. Eine Darstellung der historischen Wirklichkeit, die nicht der Wahrheit entspricht, kann unsere Kader und unsere Freunde im Ausland daran hindern, die wertvollen, im Kampf der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gesammelten Erfahrungen richtig auszuwerten. Leider führen wir keinen konsequenten und entschiedenen Kampf gegen die Abweichung von der Leninschen Einschätzung der historischen Ereignisse, gegen alle Elemente des Antihistorismus und der Simplifikation, gegen eine subjektivistische Einstellung zur Geschichte, gegen die Modernisierung der Geschichte und eine der jeweiligen Situation angepaßte, konjunkturfahne Geschichtsbetrachtung.“

Die nächsten Arbeitsvorhaben der sowjetischen Geschichtsschreibung sind teils aus der *Pankratowa*-Rede, teils aus den Ergebnissen der Historikertagung zu ersehen, über die im Februar-Heft der *Woprossy Istorii* berichtet wird. Da sich die sowjetische Geschichtsschreibung jetzt hauptsächlich der *Lenin*-Ära zuwendet, die vom Auslande her viel besser verfolgt werden kann, weil über sie bedeutend mehr Quellen und Augenzeugenberichte als über die *Stalin*-Ära vorliegen, wird es nicht schwierig sein festzustellen, ob die Forderung nach „objektiver Forschung“ eingehalten oder lediglich zur Unterbauung eines *Lenin*-Kults mißbraucht wird.

5) Die sowjetische Kriegsgeschichte und Militärwissenschaft sind zu revidieren.

a) Die defensive *Stalinsche These* von der „aktiven Verteidigung“ ist durch eine offensive „atomare Vergeltungstheorie“ zu ersetzen.

Die These von der kriegsentscheidenden Gegenoffensive (Kontrnastuplenije) im Rahmen der Strategie der „aktiven Verteidigung“ wurde von *Stalin* in seinem bereits früher erwähnten Briefwechsel mit dem Obersten *Rasin* entwickelt, in dem er die Lehren

von *Clausewitz* und anderen deutschen Militärtheoretikern als überholt bezeichnete¹⁰⁵:

„Es fehlt ein Abschnitt über die Gegenoffensive (nicht zu verwechseln mit dem Gegenstoß). Ich spreche von der Gegenoffensive nach einer erfolgreichen Offensive des Gegners, die jedoch keine entscheidenden Resultate ergeben hat, so daß der Verteidiger während ihres Ablaufes seine Kräfte sammelt, zur Gegenoffensive übergeht und dem Gegner schließlich eine entscheidende Niederlage beibringt. Ich glaube, daß die gut organisierte Gegenoffensive eine sehr interessante Angriffsart ist. Sie hätten sich als Historiker dafür interessieren müssen. Schon die alten Parther kannten solche Gegenoffensiven, als sie den römischen Feldherrn *Crassus* und seine Truppen in die Tiefe ihres Landes lockten, dann zur Gegenoffensive ausholten und ihn vernichteten. Sehr viel verstand davon auch unser genialer *Kutusow*, der *Napoleon* und seine Armee durch eine gut vorbereitete Gegenoffensive vernichtete.“

Stalins Offener Brief an Oberst *Rasin*, der 1946 mit dem Beginn des „Kalten Krieges“ zusammenfiel, wurde zum Ausgangspunkt für eine Flut von Arbeiten, in denen die westliche Militärwissenschaft in ihrer Gesamtheit verurteilt und die militärischen Operationen der Jahre 1941 und 1942 als Übergang zu gut vorbereiteten Gegenoffensiven aufgeführt wurden. Die These von der „aktiven Verteidigung“ wurde dabei verbunden mit der Theorie der „ständig wirksamen Faktoren“, was auf eine totale Kriegstheorie von defensivem Charakter hinauslief, bei der den geographischen und ökonomischen Faktoren die Hauptbedeutung zufiel. Diese Konzeption konnte den Anforderungen eines neuzeitlichen Atomkrieges in keiner Weise genügen. Dieser Erkenntnis verlieh als erster der sowjetische Generalstabschef *Marschall Sokolowskij* anläßlich des 37. Jahrestages der Sowjetwehrmacht in der *Iswestija* vom 23. Februar 1955 Ausdruck, indem er feststellte:

„Unter den gegenwärtigen Bedingungen, die eine Folge der Entwicklung einer Waffe von gewaltiger Zerstörungskraft, einer nichtdagewesenen Entwicklung der Düsenflugzeuge und der Raketentechnik sind, ist die Bedeutung des Ueberraschungsfaktors wesentlich gestiegen. Unter solchen Bedingungen genügt es nicht, daß die Staaten, die der Gefahr eines Ueberfalls ausgesetzt sind, die Bereitschaft und Fähigkeit besitzen, den Schlag mit einem Gegenschlag zu beantworten. Es kommt darauf an, dem Angreifer den Faktor der Ueberraschung zu entziehen und sich nicht überrumpeln zu lassen.“

Unsere Aufgabe besteht darin, zielstrebig unser militärisches Wissen zu erweitern und die sowjetische Militärwissenschaft zu erforschen, aber sie auch vorwärtszubewegen.

Es ist notwendig, die alleraktuellsten Probleme der Militärwissenschaft, die Probleme der Erhöhung der Kampfbereitschaft der Wehrmacht, schöpferisch zu erforschen und kühn zu lösen, indem man den Charakter des modernen Krieges sowie des Fortschritts der Wissenschaft und Technik allseitig berücksichtigt und sich auf die reichen Erfahrungen des Großen Vaterländischen Krieges stützt.

Man darf nicht vergessen, daß nur jene Wissenschaft sich erfolgreich entwickelt und einen gewaltigen Einfluß auf die praktische Tätigkeit der Menschen ausübt, welche die Anforderungen des Lebens berücksichtigt, welche die Erfahrungen der Praxis verallgemeinert. Um erfolgreich die mit der Führung von Kampfoperationen unter den neuen Bedingungen verbundenen wichtigen Probleme lösen zu können, sind unsere militärischen Kader verpflichtet, tiefgehend und allseitig die Geschichte der früheren Kriege und die letzten Errungenschaften der Kriegskunst nicht nur bei uns, sondern auch im Ausland zu studieren.“

Der Versuch, sich von überholten militärischen Vorstellungen zu lösen, kam noch deutlicher in dem bereits zitierten Artikel des Panzermarschalls *Rotmistrow* in der *Krassnaja Swesda* vom 24. März 1955 zum Ausdruck, in dem an der Stalinschen These von der „aktiven Verteidigung“ erstmalig scharfe Kritik geübt wurde. In dem Artikel wurde festgestellt, daß sich die Möglichkeit eines Ueberraschungsangriffs, die nicht unterschätzt werden dürfe, in letzter Zeit eher vergrößert als vermindert habe, und zwar nicht nur auf Grund der neuen Massenvernichtungswaffen, sondern auch weil die kapitalistische Wirtschaft nicht imstande sei, einen längeren Krieg durchzuhalten; daher würden die Angreifer versuchen, einen „Blitzkrieg“ oder sogar einen „Super-Blitzkrieg“ zu führen. Es müßte offen zugegeben werden, daß infolge der Durchschlagskraft der Atom- und Wasserstoffwaffen „in einigen Fällen ein Ueberraschungsangriff ein entscheidender Faktor nicht nur für die Anfangsphase eines Krieges, sondern auch für seinen Ausgang werden könnte“. Die Unterschätzung der Gefahr des modernen „Ueberraschungsangriffs“ sei für die Kampfbereitschaft der sowjetischen Truppen äußerst schädlich. *Rotmistrow* meinte:

„Wir dürfen diese Ereignisse nicht mehr passiv mit ansehen, wir sollen unsere Militär-Kader nicht mit veralteten Theorien einfüllen, wir müssen die wachsende Gefahr des Ueberraschungsangriffs aufzeigen und dementsprechend die Kampfbereitschaft unserer Armee, Kriegsmarine und Luftwaffe ausbauen.“

Das Ziel müsse sein, jede Möglichkeit eines Ueberraschungsangriffs gegen die Sowjetunion auszuschließen und alles zu tun, um nicht „überrumpelt zu werden“.

Die veränderte Haltung gegenüber den Problemen des Ueberraschungsangriffs vermindere nicht die Rolle der ständig wirksamen Faktoren, von denen das Endergebnis des Krieges abhängt, doch müßte die alte These, daß die bürgerlichen Staaten nicht fähig seien, diese ständig wirksamen Faktoren zu schaffen, verworfen werden. Es habe sich vielmehr erwiesen, daß die bürgerlichen militärischen Führer auch in ihren Ländern diese ständig wirksamen Faktoren entwickelten. Sie bezeichneten sie mit anderen Namen, doch würden sie alles tun, um auch auf diesem Gebiet die Sowjetunion zu überflügeln. Es dürfe

auch nicht übersehen werden, daß es eine bürgerliche Militärwissenschaft gibt, die in einer ständigen Fortentwicklung begriffen sei. Sie müßte genau erforscht werden, um ihre Möglichkeiten aufzuzeigen, ihre starken und schwachen Punkte herauszufinden und die von ihr propagierten Kampfmittel und Methoden zu erproben.

Abschließend meinte *Rotmistrow*:

„Nur wenn wir ihre Methoden kennen, können wir ihnen bessere und modernere Methoden der Kriegführung entgegenstellen, die sie nicht erwarten.“

Bei der Auseinandersetzung über die Notwendigkeit, durch Ueberwindung der defensiven stalinistischen Militärdoktrin eine den Erfordernissen der modernen Kriegführung entsprechende offensive, strategische Konzeption zu entwickeln, haben sich die gleichen Gruppen wie bei der Auseinandersetzung um den Kriebsruhm gegenübergestanden, wobei es den Anschein hat, daß die Entscheidung für eine stärkere Berücksichtigung der neuen Bedingungen des Atomkrieges und vor allem des Ueberraschungsfaktors bei der Weiterentwicklung der sowjetischen Militärwissenschaft schneller gefallen ist als der Entschluß, mit den Stalinschen militärtheoretischen Lehren endgültig zu brechen.

Dies wird aus einem Artikel des Generalmajors *Kornijenko* im *Sowjetskij Flot* vom 6. Mai 1955 deutlich, in dem erklärt wurde:

„Die Führer von Partei und Staat haben detaillierte Richtlinien über die Ziele und Wege der künftigen Entwicklung der sowjetischen Militärwissenschaft gegeben ...

Die Kommunistische Partei und die Sowjetregierung fordern von den militärischen Führern, alle überholten Ideen und Systeme von Kampfvorbereitungen sowie alles, was den neuen Bedingungen kriegerischer Auseinandersetzungen nicht entspricht, zu verwerfen ...

Mit dem Auftreten neuer Waffen, die eine furchtbare Zerstörungskraft besitzen, hat die Bedeutung des Ueberraschungsfaktors in der gegenwärtigen Zeit ungeheuer zugenommen. Im Hinblick darauf fordert die Kommunistische Partei, daß der Personalbestand unserer Armee und Kriegsmarine vom Geiste größter Wachsamkeit sowie ständiger und hoher Kampfbereitschaft erfüllt sein möge, um so jederzeit imstande zu sein, die Initiative dem Feinde zu entreißen und ihn nach Verabfolgung heftiger Gegenschläge schließlich vollständig zu besiegen ...

Unsere militärwissenschaftlichen Kader sind beauftragt worden, verschiedene Fragen zu lösen, die sich auf die Ausnutzung der neuesten Erfindungen für militärische Zwecke beziehen, sowie Probleme zu bearbeiten, die mit dem Charakter der modernen operativen und taktischen Maßnahmen, mit der Organisation, Sicherung und Durchführung der Operationen und den Methoden der Truppenführung unter den neuen Bedingungen verbunden sind.“

Abschließend stellte *Kornijenko* fest, daß die moderne Kriegführung eine höhere Moral und Disziplin erfordere, was die Partei und die Regierung veranlaßt habe, neue Maßnahmen zu treffen, um die Stel-

lung der Truppenoffiziere zu festigen, die in noch viel stärkerem Maße als bisher für die Kampfbereitschaft und die politische Erziehung ihrer Untergebenen verantwortlich seien.

Gegen eine defensive Einstellung wandte sich auch Generalleutnant *Schatilow* in seinem Artikel in der *Literaturnaja Gaset*a vom 28. Mai 1955, in dem er die Stalinsche Deutung der Geschehnisse von 1941/42 scharf kritisierte:

„Gegenwärtig erlangt die Frage der Ueberraschung im modernen Kriege eine große Bedeutung. Das Ueberraschungsmoment hat auch in den Kriegen der Vergangenheit eine recht große Rolle gespielt, wobei seine Bedeutung in dem Maße gewachsen ist, in dem die Armeen immer größer und beweglicher, die Waffen aber, über die sie verfügten, immer stärker und zerstörender geworden sind, in dem Maße, wie es möglich geworden ist, mit diesen Waffen nicht nur auf Truppen und Objekte unmittelbar in der Frontlinie einzuwirken, sondern auch auf Objekte und Reserven tief im Hinterland.

Die Erfahrungen des Großen Vaterländischen Krieges und die nachfolgende Entwicklung des Militärwesens zeugen davon, daß sich die Bedeutung des Ueberraschungsmomentes unter den gegenwärtigen Bedingungen keineswegs verringert hat, sondern umgekehrt noch gewachsen ist...

Die sowjetische Kriegswissenschaft, die die wachsende Rolle des Ueberraschungsmomentes berücksichtigt, ist keineswegs geneigt, die Rolle der ständig wirkenden Faktoren, die den Ausgang des Krieges entscheiden, herabzusetzen. Die sowjetische Militärwissenschaft beruht stets auf einer nüchternen, realistischen Einschätzung sowohl der eigenen Kräfte und Möglichkeiten als auch jener Kräfte, die der Gegner zur Verfügung hat. Die richtige Einschätzung nicht nur der schwachen, sondern auch der starken Seiten des Gegners ist von ungemein großer Bedeutung bei der allseitigen Vorbereitung des Landes zur Abwehr des Aggressors, für die richtige Schulung und Erziehung der Streitkräfte. Und umgekehrt: Jede Unterschätzung der Möglichkeiten der aggressiven Staaten kann direkt entgegengesetzte Resultate zeitigen und falsche Vorstellungen über den Charakter der Schwierigkeiten im Kriege und über die Wege zum Sieg erwecken.

Wenn die Aggressoren uns einen Krieg aufzwingen, werden wir gegen einen starken und hochbeweglichen Gegner kämpfen müssen, der mit allen Arten der modernen Technik ausgerüstet und zu jedem Verbrechen fähig ist.

Es wäre falsch, den Aggressor schwach und willenlos darzustellen und die Illusion zu schaffen, der Sieg über ihn würde keine großen Anstrengungen der Armee und des ganzen Volkes erfordern. Die Meinung, es gäbe in den bürgerlichen Ländern keine Kriegswissenschaft, keine neuen Entdeckungen, es gäbe in diesen Ländern nichts, was man von ihnen lernen könnte, ist nicht ernst zu nehmen. Solche Ansichten können nur Sorglosigkeit, Ueberheblichkeit und Selbstzufriedenheit hervorbringen und der Verteidigungsfähigkeit des Landes Schaden zufügen. Wir müssen uns den Inhalt der bürgerlichen Wissenschaft kritisch aneignen, wobei wir ihren reaktionären sozialen, politischen und methodologischen Charakter be-

rücksichtigen müssen. Aber gleichzeitig müssen wir die Entwicklung der technischen Kampfmittel und die Methoden ihres Einsatzes sowie die Kriegskunst aufmerksam studieren.“

Schatilow gelangt zu dem Schluß:

„Der imperialistische Angreifer rechnet damit, daß er den Sieg über die friedliebenden Staaten mit Mitteln der Ueberraschung erringen könnte. Für uns ergibt sich daraus der Schluß, daß es uns nicht erlaubt ist, solchen Ueberlegungen passiv zu begegnen. Wir dürfen unsere militärischen Kader nicht auf allgemeine Ueberlegungen, sondern wir müssen sie ernsthaft und mit voller Ueberzeugung auf den überraschenden Angriff ausrichten, ihre Wachsamkeit erhöhen und die Gefechtsbereitschaft von Armee, Kriegsmarine und Luftwaffe auf diesen Moment abstellen.“

Auf die zentrale Bedeutung des moralischen Faktors im Rahmen einer offensiven Vergeltungsstrategie wies Oberst *Kaschirin* in der *Krassnaja Swesda* vom 28. Mai 1955 hin:

„Bekanntlich sind in der Nachkriegsperiode sehr bedeutsame Veränderungen sowohl in unseren als auch in den Armeen der imperialistischen Staaten vor sich gegangen. Die Truppen sind heute technisch wesentlich besser ausgerüstet. Für die Bewaffnung wurde eine neue, leistungsfähigere und bessere technische Kampfausrüstung geschaffen. Die Motorisierung und Mechanisierung der Armeen wird ständig verstärkt. In diesem Zusammenhang taucht die Frage auf, welche Rolle die Moral der Truppen unter den modernen Bedingungen spielt. Einige Militärtheoretiker imperialistischer Länder geben der Furcht der Bourgeoisie vor den Volksmassen, vor ihrem zunehmenden politischen Bewußtsein Ausdruck, wenn sie behaupten, daß im modernen Krieg die technische Kampfausrüstung und die Waffen die entscheidende Rolle auf den Schlachtfeldern spielen werden. Dem Menschen messen sie zweitrangige Bedeutung bei. Besonders Raum in der Auffassung dieser Theoretiker nimmt die Atom- und Wasserstoffwaffe ein. Nach ihrer Meinung muß diese Waffe, kombiniert mit dem Ueberraschungsmoment beim Angriff, einen Blitzsieg im Kriege sichern.

Von der sowjetischen Militärwissenschaft wird die zunehmende Bedeutung der technischen Kampfausrüstung und der Bewaffnung im modernen Krieg nicht negiert. Die Quantität und Qualität der Bewaffnung ist ein Faktor, der im Zusammenhang mit anderen Faktoren einen überaus großen Einfluß auf den Verlauf und den Ausgang eines Krieges hat. Das bedeutet aber durchaus nicht, daß die quantitative und qualitative Entwicklung der Technik und der Waffen die Bedeutung der Menschenmassen im Kriege, die Rolle der Moral der Truppen für Verlauf und Ausgang des Krieges vermindert. Die technische Kampfausrüstung kann noch so mächtig sein und mag über eine noch so zerstörende Kraft verfügen, den Sieg kann sie nicht von selbst, ohne die Menschen bringen, die in der Lage sind, die Waffen zu meistern, und über eine große moralische Stärke, einen hohen moralischen Geist verfügen...

Zwei Dinge dürfen nicht miteinander verwechselt werden: die notwendige Achtung vor den gesetzlichen Rechten der Völker, vor ihrer Unabhängigkeit und Souveränität, mit der Notwendigkeit, die imperialistischen Aggres-

soren sowohl auf ihrem eigenen als auch auf dem von ihnen besetzten fremden Territorium zu schlagen. Leider verwechseln wir zuweilen diese beiden völlig verschiedenen Begriffe miteinander. Daraus erklärt sich im Grunde genommen auch die unter einigen unserer Genossen Soldaten herrschende Meinung, daß unsere Aufgabe in dem Falle, da uns die imperialistischen Aggressoren angreifen, lediglich darin bestehe, uns zu verteidigen, den Vorstoß abzuschlagen und die Feinde nicht in das Innere des Landes zu lassen. Wem aber ist nicht klar, daß die Aufforderung, sich zu verteidigen, „das Haus nicht zu verlassen“, nichts anderes ist als eine spießbürgerliche, pazifistische Ideologie, die ihrem Wesen und ihrem Geist nach unserer sowjetischen revolutionären Kampfidelogie in keiner Weise entspricht...

Der Umstand, daß unsere Armee infolge der sich ergebenden militärischen Situation und zur endgültigen Zerschlagung der Truppen der imperialistischen Räuber sowie zum Schutz der staatlichen Interessen der UdSSR gezwungen ist, das Territorium anderer Staaten zu betreten, erfordert von allen Soldaten der sowjetischen bewaffneten Streitkräfte hohe moralische Qualitäten.“

Das Ergebnis dieser militärtheoretischen Überlegungen ist aus der atomaren Vergeltungstheorie zu ersehen, die von Marschall *Shukow* in seinem Diskussionsbeitrag entwickelt wurde. Trotz ihres offensiven Charakters darf sie nicht mit einem präventiven Kriegsdenken gleichgesetzt werden, da sie von der Vorstellung eines militärischen Gleichgewichts im Rahmen einer weltweiten Koexistenz ausgeht.

Aus der *Shukow*-Rede geht auch hervor, daß der organisatorische Umbau der Sowjetwehrmacht, den das sowjetische Oberkommando auf Grund der neuen strategischen Konzeption angeordnet hat, im wesentlichen abgeschlossen worden ist¹⁰⁶. Dieser Umbau hat es der Sowjetführung ermöglicht, die Gesamtstärke der bewaffneten Streitkräfte (Wehrmacht und Polizei) von etwa 4,8–5 Millionen Mann auf etwa 3–3,2 Millionen herabzusetzen. Im Herbst 1955 ist die Demobilisierung von 640 000 Mann, im Frühjahr 1956 die von 1,2 Millionen Mann angeordnet worden. Durch diese Aktion wird in erster Linie das Heer betroffen. Sie bedeutet zwar infolge des weiteren Ausbaus der Atomausrüstung, der Raketenwaffen, der Luftwaffe und der Kriegsmarine, der ungeheuer kostspielig ist, keine erhebliche Verminderung der sowjetischen Rüstungslast, wohl aber eine wesentliche Entlastung für die angespannte sowjetische Arbeitskräftebilanz. Die ausscheidenden Berufsoffiziere sollen im Rahmen des DOSSAAF, des paramilitärischen sowjetischen Wehrverbandes, dessen Tätigkeit in letzter Zeit intensiviert worden ist, Verwendung finden.

b) Die sowjetische Kriegsgeschichtsschreibung des Zweiten Weltkrieges ist zu revidieren und die Autorität der Kommandeure zu heben.

In dem bereits zitierten Artikel der Monatszeitschrift *Militärischer Herold* wird festgestellt, daß

Stalin die Erfolge übertrieben und die Fehler und Versäumnisse verschwiegen habe. Daher müßten die Kriegsdarstellungen radikal überprüft werden. Diese Prüfung müsse den strategischen, taktischen und operativen Verlauf des Krieges umfassen und nicht nur die Fehler bei den Operationen, sondern auch die Erfolge und Siege der Sowjetarmee einbeziehen, wobei die führende Rolle der aus dem Volk hervorgegangenen und von der Partei herangezogenen Heerführer richtig gewürdigt werden müßte.

In diesem Sinne wurde bereits in der *Krassnaja Swesda* an mehreren kriegsgeschichtlichen Veröffentlichungen der jüngsten Zeit scharfe Kritik geübt¹⁰⁷.

Im engen Zusammenhang mit der Forderung, den entscheidenden Anteil der Armee an dem siegreichen Ausgang des Zweiten Weltkrieges gebührend zu würdigen, standen die Maßnahmen, die seit dem Frühjahr 1955 ergriffen wurden, um die Autorität der Waffenoffiziere sowohl gegenüber den Soldaten als auch gegenüber den Politruks zu heben. In der *Krassnaja Swesda* vom 3. März 1955 wurde ein Reglement veröffentlicht, aus dem hervorging, daß es den Politoffizieren verboten worden ist, Truppenoffiziere und Soldaten ohne Einverständnis des zuständigen Kommandeurs zu Schulungsveranstaltungen zu verpflichten.

Von dem Armeeorgan wurde bei dieser Gelegenheit betont, daß die Kommandeure als Inhaber der einheitlichen Befehlsgewalt (Jedimonatschalije) für die politische Erziehung voll verantwortlich seien. Diese Regelung bedeutete, daß die Politoffiziere im Rahmen der neuen militär-strategischen Konzeption auf die Funktion rein technischer Gehilfen der Waffenoffiziere beschränkt wurden. Die Vorgänge, die zu der in der Einführung erwähnten Rede *Shukows* Ende Januar führten und den Anlaß bildeten, daß die führenden Vertreter der Politischen Hauptverwaltung der Sowjetwehrmacht nicht in das Zentralkomitee aufgenommen wurden, sollten im Verlauf des 20. Parteikongresses zu einem eindeutigen Sieg der Waffenoffiziere über die Politruks führen. Dies ist nicht nur aus der Tatsache zu ersehen, daß sich selbst der Gegenspieler *Shukows*, Marschall *Konjew*, in einem Artikel in der *Krassnaja Swesda* vom 23. Februar 1956 für eine weitere Stärkung der einheitlichen Befehlsgewalt einsetzte, sondern auch aus dem Verlauf der Konferenz der führenden Politruks der Armee und Flotte Ende April 1956 (*Krassnaja Swesda* vom 26. April 1956) und dem Presse-Interview des Marschalls *Timoschenko* (*Krassnaja Swesda* vom 27. April 1956), der bereits in der Vorkriegszeit eng mit *Shukow* verbunden gewesen ist.

Auf der Konferenz wurde an der bisherigen Tätigkeit der Politorgane und Parteiorganisationen der Sowjetwehrmacht scharfe Kritik geübt. Der Politischen Hauptverwaltung wurde vorgeworfen, die Leitung der Politorgane unbefriedigend auszuüben, die

parteipropagandistische Arbeit viel zu formalistisch und abstrakt durchzuführen und mit den praktischen Aufgaben der Truppe nicht vertraut zu sein. Die Politorgane, insbesondere die Politische Hauptverwaltung der Sowjetwehrmacht und die Politischen Verwaltungen der einzelnen Wehrmachtsteile, müßten sowohl den Inhalt als auch die Methoden der propagandistischen Arbeit ändern und nur „militär-ideologische Fragen“ behandeln, die für die militärische Praxis von Bedeutung seien. Die Hauptaufgabe der Politorgane sei es, „die einheitliche Befehlsgewalt zu festigen und die Autorität der Kommandeure zu heben“. Die einheitliche Befehlsgewalt — das sei die Linie der Partei beim Aufbau der Wehrmacht. Die Politorgane und die Parteiorganisationen hätten gemäß den Partei- und Regierungsdirektiven für die strikte Durchführung der Forderungen der Kommandeure einzutreten und die Soldaten im Geiste strenger Pflichterfüllung zu erziehen. Der Leiter der Politischen Hauptverwaltung der Sowjetwehrmacht, Generaloberst *Sheltow*, bemerkte selbstkritisch:

„Die Mängel, auf die der 20. Parteitag der KPdSU in der parteiorganisatorischen und ideologischen Arbeit hingewiesen hat, gelten ganz und gar auch für die Politorgane und die Parteiorganisationen der Armee und Flotte. Die politisch-erzieherische Arbeit in einer Reihe von Einheiten und Verbänden ist nur schwach ausgerichtet, um positive Erfahrungen hinsichtlich der Ausbildung und Erziehung der Soldaten zu verbreiten und den Kampf mit negativen Erscheinungen im Leben der Truppe zu führen. Daraus ergibt sich, daß sie ihren kämpferischen, offensiven Charakter, ihre politische Schärfe verliert und nicht selten ein Leerlauf ist. Die ideologische Arbeit, die unter den Truppen durchgeführt wird, hat zunächst nur einen schwachen Einfluß auf die Bildung hoher moralisch-kämpferischer Eigenschaften, die heutzutage dem Soldaten, Matrosen, Offizier im Kampfe notwendig sind.“

Als Hauptaufgabe der Politorgane und Parteiorganisationen bezeichnete *Sheltow* die Forderung, die einheitliche Befehlsgewalt zu festigen und willensstarke und anspruchsvolle Kommandeure heranzuziehen.

Marschall *Shukow* sprach von der Notwendigkeit, durch Überwindung der Folgen des Personenkults das schöpferische militärische Denken zu wecken, das auf der objektiven Analyse der gegebenen Tatsachen und auf dem Gedankengut der marxistisch-leninistischen Theorie und Militärwissenschaft beruhen müßte. Eine der vordringlichsten Aufgaben sei es, der Truppe ein gutes Lehrbuch über die marxistisch-leninistische Lehre über Krieg und Wehrwesen in die Hand zu geben, „in dem der ganze Reichtum der Leninschen Ideen und die besonderen Züge des militärischen Aufbaues in der Gegenwart richtig verwertet und behandelt wären“. Ein solches Lehrbuch würde zur Verbesserung der ideologischen Arbeit in der Truppe wesentlich beitragen.

Shukow übte scharfe Kritik an der bisherigen Arbeit der Politorgane, die oft einen „deklarativ-prunkhaften Charakter“ trage und ohne unmittelbare Beziehung zu den konkreten Verhältnissen und Aufgaben der Armee und Flotte durchgeführt würde. Die Polit-Arbeiter würden es vorziehen, sich in ihre Arbeitsräume zu verkriechen, statt eine „konkrete“ Erziehung der Soldaten durchzuführen. Sie entwickelten in der Regel nur geringe Initiative in der politischen Arbeit, die in erster Linie dazu bestimmt sei, eine erfolgreiche Kampfausbildung zu gewährleisten. Auch das Niveau ihrer politischen und militärischen Kenntnisse sei gering. *Shukow* schloß mit den Worten:

„Es ist klar, daß ein politischer Mitarbeiter, der die militärische Kunst und die Gesetze der sozialen Entwicklung nicht kennt, mit den ihm auferlegten Aufgaben nicht fertig wird. Ein politischer Mitarbeiter muß ein guter Kommunist sein, der die Parteiarbeit kennt, muß ein begabter Organisator sein, der die Arbeit mit den Massen kennt und über die notwendigen politischen und militärischen Kenntnisse verfügt...“

Die Pflicht der Politorgane und der Parteiorganisationen ist es, die Soldaten im Geiste einer pünktlichen und genauen Ausführung ausnahmslos aller Forderungen zu erziehen, die sich aus den Befehlen, Dienstordnungen und Vorschriften ergeben. Die Festigung der Disziplin muß zu allererst mit der Festigung der einheitlichen Befehlsgewalt und der Hebung der Autorität der Kommandeur-Kader begonnen werden, mit dem persönlichen Vorbild der Kommunisten und der Komsomolzen und ihrer Unduldsamkeit gegenüber denjenigen, die die Disziplin verletzen.“

Marschall *Timoschenko*, der Urheber der Wehrreform von 1940¹⁰⁸, erklärt in seinem Interview, die wichtigste Aufgabe der parteipolitischen Arbeit in der Wehrmacht sei es, die Autorität und den Einfluß des Kommandeurs zu heben und die einheitliche Befehlsgewalt zu festigen. Ein „falscher Demokratismus“ sei in der Armee fehl am Platz. Die Kommandeure müßten imstande sein, sowohl die Mittel der Überzeugung als auch des Zwanges in einem richtigen Verhältnis anzuwenden. Sie müßten die notwendige Härte besitzen, um disziplinierte und kampfbereite Soldaten zu erziehen. Die Aufgabe der Politorgane sowie Partei- und Komsomolorgane sei es, sie dabei bedingungslos zu unterstützen. Das militärische Bildungswesen erscheine reformbedürftig, da die Führungseigenschaften der jungen Offiziere auf den Kriegsschulen nicht hinreichend entwickelt würden.

c) Die sowjetische Kriegsgeschichtsschreibung der Interventions- und Bürgerkriegszeit ist zu revidieren und die mit der Person Lenins verbundene revolutionäre Tradition der Sowjetarmee wiederzubeleben.

Diese Forderung wird sowohl vom Obersten *Tschaschnikow* wie auch vom Generalmajor *Choroshilow* in ihren Lenin-Artikeln in der *Krassnaja*

Swesda vertreten. *Tschaschnikow* weist auf den Ausspruch *Frunses* hin, der den Leninismus als den „neuen Strahl“ bezeichnet hat, der in die Lehre vom Klassenkrieg hineingebracht worden ist, und ihn als die notwendige Ergänzung beim Studium des rein militärischen Kurses für Strategie und allgemeine Taktik angesehen habe¹⁰⁹.

6) *In der sowjetischen Nationalitätenpolitik soll die Autonomie der einzelnen Völker und Volksgruppen im Rahmen des Gesamtstaates stärker berücksichtigt werden.*

In der Schlußresolution heißt es:

„In ihrer Nationalitätenpolitik ging und geht die Partei von dem Leninschen Leitsatz aus, daß der Sozialismus die nationalen Unterschiede und Besonderheiten keineswegs beseitigt, sondern im Gegenteil die allseitige Entwicklung und das Gedeihen der Wirtschaft und der Kultur aller Nationen und Völkerschaften sichert. Die Partei muß diese Besonderheiten auch künftighin in ihrer ganzen praktischen Tätigkeit aufs aufmerksamste berücksichtigen.“

Chruschtschow befürwortete im ZK-Bericht eine beträchtliche Erweiterung der Rechte der einzelnen Gliedrepubliken und die Schaffung einer besonderen Wirtschaftskommission des Nationalitätenrates, der 2. Kammer des Obersten Sowjets der UdSSR. Er erklärte, daß die Nationalitätenpolitik der Partei von der organischen Verbindung zwischen dem sowjetischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus auszugehen und die Weisung *Lenins* zu beachten habe, daß „nur eine äußerst sorgsame Beachtung der Interessen der verschiedenen Nationen den Konflikten den Boden entzieht und das gegenseitige Mißtrauen beseitigt.“

Die *Pankratowa* erklärte in ihrer Diskussionsrede:

„Unsere Pflicht ist es, an konkretem und historischem Material die Frage zu behandeln, wie es der Kommunistischen Partei gelang, das zwischen den Völkern des zaristischen Rußland bestehende Mißtrauen zu überwinden, sie durch Freundschaftsbande zu vereinen und zu zeigen, wieviel Aufmerksamkeit die Partei den Interessen, den nationalen Eigenarten und Erwartungen der großen und kleinen Völker, ihrer Erziehung im Geiste der Brüderlichkeit und des Internationalismus entgegenbrachte und entgegenbringt.“

Im Märzheft der *Problemy Istorii* wird festgestellt, daß *Lenins* Verurteilung des Antisemitismus bisher viel zu geringe Aufmerksamkeit geschenkt worden sei. *Lenin* habe sowohl den Nationalismus der nicht-russischen Völker in der Sowjetunion als auch den Chauvinismus der Russen sowie die vorrevolutionären „bürgerlichen Parteien, insbesondere ihren Antisemitismus“, verurteilt. Dieser sei dem Proletariat fremd.

W. W. Pentkowskaja weist in einem Artikel darauf hin, daß es hauptsächlich ein Verdienst von *Lenin* und nicht von *Stalin* gewesen ist, wenn die Sowjetunion als Nationalitätenstaat richtig konstruiert wor-

den ist. *Lenin* hätte sich gegen die Verzerrung der föderalistischen Idee durch den Großmachtchauvinismus und gegen eine Verletzung des proletarischen Internationalismus und der Gleichberechtigung der einzelnen Unionsrepubliken gewandt. Den groß-russischen Chauvinismus hätte er als die gefährlichste Abweichung angesehen. Sie schreibt¹¹⁰:

„W. I. Lenin hat als Erster das Banner des Kampfes gegen den großrussischen Chauvinismus erhoben, er zeigte, daß der Großmacht-Chauvinismus eine ernste Gefahr auf dem Entwicklungswege zum Sozialismus darstellt.“

Die weitere Entwicklung wird zeigen, ob diese Rückbesinnung auf die Leninschen Grundsätze zu einer Belebung des Sowjetföderalismus und zu einer Wiedergutmachung des Unrechts führen wird, das in der Stalin-Aera an den Völkern und Volksgruppen innerhalb und außerhalb der Sowjetunion begangen worden ist.

7) *Der Stil und die Methoden der sowjetischen Außenpolitik sind zu ändern.*

Die bisherigen Maßnahmen auf außenpolitischem Gebiet zeigen, daß die Sowjetführung zu einem Wechsel der bisherigen Methoden der Herrschaft und Beeinflussung nur gegenüber den Teilen der Außenwelt entschlossen ist, die von ihr abhängig oder beeinflussbar sind. Die Zugeständnisse, zu denen sie bereit ist, sind nur beschränkter Art. Sie wirken sich noch am stärksten im Satellitenbereich im Sinne eines „gelenkten Titoismus“ und darüber hinaus im Verhältnis zu den Mächten aus, welche die Sowjetunion als aktuelle oder potentielle Partner des von ihr angestrebten „Friedenslagers“ ansieht.

Die politisch-psychologische und wirtschaftliche Offensive im asiatisch-afrikanischen Raum und die Wiederaufnahme einer modifizierten Volksfrontpolitik in Europa zeigen, daß die Sowjetführung nur eine Gewichtsverschiebung zugunsten der weltrevolutionären Komponente ihrer Außenpolitik vorgenommen hat, ohne die Bereitschaft zu größeren Konzessionen zu zeigen, um eine dauerhafte Friedensregelung und damit eine Beendigung des Wettrennens zu ermöglichen. Es mag an der inneren Unruhe liegen, die es unmöglich macht, außenpolitische Risiken einzugehen, bis sich der neue Kurs endgültig durchgesetzt hat, wenn es die Sowjetführung bisher nicht wahrhaben wollte, daß der Willkürherrschaft *Stalins* im Innern seine nach außen betriebene imperialistische Politik entsprochen hat, die wesentlich zur Entstehung des Kalten Krieges beigetragen hat. Die Entstalinisierung im Innern läßt eine Revision dieser imperialistischen Politik der Stalin-Aera als eine zwingende logische Notwendigkeit erscheinen.

Wenn die Nachfolger *Stalins* auch heute nicht zu dieser Revision bereit sind, so werden sie sich auf die Dauer dieser Forderung nicht entziehen können, da sie im Einklang mit der außenpolitischen Konzep-

tion *Lenins* steht, die auf den Grundsätzen eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen sowie des Selbstbestimmungsrechts der Völker beruht.

4. Die Motive für die Zerstörung des Stalin-Kults

Ueber die Motive, welche die Nachfolger *Stalins* veranlaßt haben, den Sturz ihres bisherigen Idols in so dramatischer Form zu vollziehen, sind die verschiedensten Vermutungen aufgestellt worden. Das gleiche gilt für die nähere Bestimmung der Kräfte, die an diesem Vorgang maßgebend mitgewirkt haben.

Auf beide Fragen läßt sich eine einigermaßen zuverlässige Antwort nur auf Grund der vorausgegangenen systematischen Analyse erteilen, die gezeigt hat, daß es hauptsächlich innerpolitische Beweggründe gewesen sind, welche die Machthaber im Kreml veranlaßt haben, die negativen Elemente des Stalinschen Vermächtnisses abzustoßen, die nach den Worten *Togliattis* „ein Bleigewicht für die gesamte Partei, den Staat, die sozialistische Gesellschaft bildeten.“

Der gleiche *Togliatti*, der sich nur widerstrebend der von *Chruschtschow* angewandten Schocktherapie gefügt hatte, meinte an anderer Stelle:

„Der Gesamtkomplex dieser Irrtümer erforderte eine Kritik, und zwar eine offene Kritik. Ohne diese Kritik wäre ein Vakuum entstanden, wäre es unmöglich gewesen, den normalen Geschäftsgang des Partei- und Staatsapparates und den Respekt vor der sowjetischen Gesetzmäßigkeit wiederherzustellen.“

Aus diesen Worten geht hervor, daß es dem „Führerkollektiv“, das weder über die Autorität noch die Macht *Stalins* verfügt, darum ging, durch diesen revolutionären Akt ein Vertrauensverhältnis zwischen der Sowjetführung und der Sowjetgesellschaft zu schaffen, um ihre eigene Herrschaft zu stabilisieren und die Weltmachtstellung der Sowjetunion zu wahren. Die wichtigsten Motive der Präsidiumsmehrheit dürften dabei die folgenden gewesen sein:

1) Rationalisierung der „Diktatur ohne Diktator“.

Das Prinzip der kollektiven Führung und die stärkere Betonung der sog. Leninschen Normen des Parteilebens sind der Versuch, die absolutistische Entartung und bürokratische Erstarrung des Partei- und Staatsapparats, die sich in den letzten Regierungsjahren *Stalins* nachhaltig bemerkbar gemacht haben, zu beseitigen. Nicht zuletzt erfordert die Durchführung des weitgespannten wehr- und wirtschaftspolitischen Programms eine größere Elastizität des gesamten Herrschaftsapparates und damit eine neues Verhältnis von Initiative, Verantwortung und Disziplin.

Der Herrschaftsapparat soll moderner, rationeller, effektiver gestaltet werden, damit er eine stärkere Ausstrahlungskraft entwickeln kann.

Durch den Schock wird gleichzeitig den Funktionalen auf sämtlichen Stufen der Sowjethierarchie klargemacht, daß die Führung von ihnen ein neu-

artiges Reagieren, mehr Initiative und Verantwortungsbewußtsein erwartet.

Das Prinzip der kollektiven Führung bedeutet außerdem nach der Kompromittierung jeder persönlichen Diktatur eine Sicherung für die Mitglieder des Führerkollektivs und ihre Gefolgsleute, daß die alte Einmannherrschaft kaum so bald durch eine neue ersetzt werden wird. Damit wird jedenfalls verhütet, daß in absehbarer Zeit eine Konzentration der vorhandenen Machtmittel in einer Hand stattfindet.

2) Burgfriede zwischen Sowjetführung und Sowjetgesellschaft.

Mit dem ideologischen Bild von der belagerten Festung ist auch der permanente Ausnahmezustand aufgehoben worden, der bisher die Sowjetgesellschaft in ständiger Unruhe hielt. Nach der Auseinandersetzung mit *Berija* schienen die übrigen Mitglieder des „Führerkollektivs“ weder den Willen noch die Kraft zu besitzen, den geschwächten Terrorapparat in der bisherigen rücksichtslosen Art zu repressiven Zwecken einzusetzen. Der Massenterror, der durch die Staatspolizei und Strafjustiz ausgeübt wurde, hatte in der *Stalin*-Ära in Verbindung mit einem vielgestaltigen Ueberwachungssystem Mißtrauen und Furcht gleichsam institutionalisiert und zu den entscheidenden seelischen Triebkräften der Sowjetbürger erhoben. Indem sich die Sowjetführung bemüht, an die Stelle dieser negativen Triebkräfte Vertrauen und Ueberzeugung zu setzen, ist sie gleichzeitig gezwungen, auf die Wünsche der einzelnen Schichten und Gruppen der Sowjetgesellschaft stärker einzugehen, als dieses bisher der Fall war.

Vor allem muß sie auf die Sowjetintelligenz Rücksicht nehmen, die nach einem Leben ohne ständige Furcht vor Verhaftung, einem höheren Lebensstandard, größerer Geistes- und Meinungsfreiheit sowie nach einem begrenzten Mitspracherecht im Staate strebt.

Um einen *modus vivendi* zwischen der Sowjetführung und der Sowjetgesellschaft herzustellen und vor allem die Sowjetintelligenz zur aktiven Mitarbeit zu gewinnen, mußten die Männer im Kreml den Eindruck erwecken, daß es sich um eine wirkliche Wandlung handelt, daß eine neue und glücklichere Epoche angebrochen sei.

Die bisherigen Fehler und Mißerfolge mußten erklärt werden, und zwar in einer Weise, welche die Partei und die jetzige Führungsgruppe nicht zu sehr belastete. Der „Erzagent“ *Berija* genügte auf die Dauer nicht, um für alle Schnitzer und Verbrecher der Vergangenheit aufzukommen; so mußte der späte *Stalin* als Sündenbock erhalten. Sein Ruf wurde geopfert, um das Vertrauen der Massen zu den neuen Versprechungen seiner Nachfolger zu gewinnen. Dieser Akt, verbunden mit dem gleichzeitigen Wechsel in den Herrschaftsmethoden und im Herrschaftsstil, soll der Sowjetgesellschaft zeigen, daß

das Aussöhnungsangebot seitens der Sowjetführung ernst und nicht als ein taktisches Manöver gemeint ist. Der Versuch soll, wie *Löwenthal* zutreffend festgestellt hat¹¹, die Parteidiktatur durch Versöhnung mit den lebendigen Kräften der Sowjetgesellschaft retten, nicht auflösen.

3) *Wiederbelebung der Initiative, der schöpferischen Aktivität, des Arbeitselans und des Arbeitsethos der Volksmassen.*

Dieses Motiv, dem hauptsächlich ökonomische Überlegungen zugrunde liegen, dürfte als das Hauptmotiv der Zerstörung des Stalin-Mythos gelten. Es klingt in allen parteiamtlichen Äußerungen immer wieder an.

In der Vergangenheit hat der Polizeistaat *Stalins* das tägliche Leben und Denken der Sowjetmenschen derart scharf kontrolliert, daß die Initiative und die nutzbringenden Experimente auf allen Gebieten erstickt wurden. Diese lähmenden Auswirkungen hemmten den Fortschritt in der Landwirtschaft, in der Industrie, bei den Geistes- und Naturwissenschaften. Die neue Tendenz ist darauf gerichtet, die Volksmassen von dieser polizeistaatlichen Bevormundung zu befreien, da eine auf völliger Subordination beruhende Befehlshierarchie kein geeignetes System ist, um in einer modernen Volkswirtschaft die Arbeitsproduktivität zu steigern und höhere Produktionsleistungen zu erzielen. Ein weiteres Ziel scheint zu sein, die produktiven und schöpferischen Fähigkeiten der sowjetischen Ingenieure, Wissenschaftler und Künstler anzuregen, indem ihnen die Sicherheit vermittelt wird, daß ihre Tätigkeit nicht wie in der Stalin-Ära durch eine Aenderung der Parteilinie wieder zunichte gemacht werden kann. Die Sowjetführung scheint die mit der Zerstörung des Stalin-Mythos und der Relativierung des Leninismus-Stalinismus verbundenen Gefahren bewußt in Kauf genommen zu haben, da sie der Überzeugung zu sein scheint, daß die weitgesteckten Ziele der neuen Generallinie nur bei einer Wiederbelebung der unter der Selbstherrschaft *Stalins* verlorengegangenen revolutionären Schwungkraft zu erreichen sein werden.

4) *Umstellung der militärisch-strategischen Konzeption der Sowjetwehrmacht von der „aktiven Verteidigung“ auf eine offensiv gehaltene atomare Vergeltungstheorie.*

Diese Umstellung, auf die bereits in früheren Abschnitten näher eingegangen worden ist, konnte bei der tiefgehenden Verankerung der These *Stalins* von der „aktiven Verteidigung“ in der russischen Militärtradition nur dann erfolgreich durchgeführt werden, wenn die militärische Autorität *Stalins* von Grund auf erschüttert wurde. Dies ist in der Geheimrede *Chruschtschows* geschehen. Das militärische Gebiet ist auch dasjenige, auf dem die Unterscheidung zwischen einem frühen und späten *Stalin* keine Rolle

spielt. Die besondere Hervorhebung *Lenins*, der im Verhältnis zu *Trotskij* und auch zu *Stalin* nur einen begrenzten Einfluß auf das Kriegsgeschehen im Interventions- und Bürgerkrieg ausgeübt hat, zeigt, daß mit diesem Vorgehen in erster Linie die Wiederbelebung der revolutionären Tradition der Roten Armee und der damit verbundenen offensiven Haltung angestrebt wird.

Schließlich seien noch zwei *moralische Faktoren* erwähnt, die in der revolutionären Bewegung Rußlands immer eine große Rolle gespielt haben und die im Unterbewußtsein auf die Entscheidung des „Führerkollektivs“ einen Einfluß ausgeübt haben mögen:

a) *Das schlechte Gewissen.*

Stalin hat es verstanden, einen großen Teil der Sowjetführer zu Komplizen seiner despotischen Herrschaftsmethoden zu machen. Dem schlechten Gewissen auf der Seite der Herrschenden stand der wachsende Haß auf der Seite der Beherrschten entgegen. Er hat sich nach dem Tode *Stalins* nicht verringert, da er durch die Begegnung mit dem Millionenheer der aus den Zwangsarbeitslagern heimgekehrten Amnestierten neu geweckt wurde. Die Sowjetführung wird bestrebt gewesen sein, der Erschütterung, die sich der Sowjetgesellschaft angesichts dieses „anderen Rußlands“ bemächtigte, durch Enthüllungen über *Stalin* zu begegnen, um damit die Verantwortung auf den toten Diktator abzuwälzen.

b) *Das Streben nach Wahrheit.*

In der Geschichte der Menschheit hat das Streben nach der Wahrheit, um der Wahrheit und nicht nur um der Nützlichkeit willen, immer eine entscheidende Rolle gespielt.

Wenn dieser moralische Faktor die Entscheidung des „Führerkollektivs“ auch kaum wesentlich beeinflusst haben dürfte, so ist dieses andererseits allein aus bloßem Selbsterhaltungstrieb, um die von *Stalin* geschaffene Isolierung nach innen und außen zu überwinden, zu teilweisen Zugeständnissen an die Wahrheit veranlaßt worden.

5. Die Auswirkungen der Abkehr von Stalin und dem Spätstalinismus

Zu den Auswirkungen der posthumen Entthronung *Stalins* läßt sich auf Grund der ersten Eindrücke folgendes sagen:

1. Die Reaktion der Sowjetbevölkerung auf die Zerstörung des Stalin-Mythos ist wesentlich differenzierter ausgefallen, als es ursprünglich die Sowjetführung erwartet haben dürfte. Die Sowjetführung ist in psychologischer Hinsicht allgemein in einen Zwiespalt gestoßen worden. Zwanzig Jahre sowjetischer Geschichte sind plötzlich fragwürdig geworden. In Georgien ist es zu Demonstrationen vor allem der Jugend zugunsten *Stalins* gekommen. Wenn

hierbei auch nationale Momente mitgespielt haben dürften, so ist doch nicht zu verkennen, daß die Sowjetjugend durch den Sturz ihres Idols besonders betroffen worden ist. Für viele unter ihnen ist ein Weltbild zerbrochen, in dem *Stalin* die Rolle eines Erlöser-Prometheus zufiel.

Bei der propagandistischen Aufklärungsaktion der Partei ist es insbesondere in den großrussischen Unionsrepubliken zu kritischen Äußerungen nicht nur an *Stalin*, sondern auch an den gegenwärtigen Parteiführern und der von ihnen vertretenen Linie gekommen, gegen die sich die *Partijnaja Shisnj* wandte, nachdem auch die *Prawda* am 5. April, wie wir bereits sahen, zu dieser Frage in scharfer Form Stellung genommen hatte. Das Parteiblatt schrieb:

„In einigen Versammlungen gab es Fälle aufwieglerischer Reden, in denen die Kritik am Personenkult in Wirklichkeit auf eine Verneinung aller Autorität im allgemeinen und auf eine Unterminierung der persönlichen Autorität, Disziplin und Organisation gerichtet war.

Solche Erklärungen können nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Es wäre eine politische Blindheit, wenn man nicht sehen würde, daß gewisse verrottete Elemente unter der Maske der Verurteilung des Personenkults Zweifel an der Richtigkeit der Parteipolitik aufkommen lassen wollen.“

Auf Grund verschiedener Äußerungen von *Chruschtschow* und anderen Parteiführern kann bezweifelt werden, ob die Reformfreudigkeit der Sowjetführung heute noch im gleichen Umfange besteht wie während des Parteitages. Andererseits wird sich die Sowjetintelligenz und insbesondere die Sowjetjugend auf die Dauer mit Teilzugeständnissen an die Realität nicht abspesen lassen.

2. Der Versuch der Parteiführung, zwischen einem frühen und späten *Stalin* zu unterscheiden und nur den *Stalin* nach 1934 als entarteten Diktator hinzustellen, ist nicht geglückt, da die Kritik auf dem Gebiet der Wehr- und Nationalitätenpolitik auch auf die Anfänge *Stalins* erstreckt wurde und die Theorie von der Verschärfung des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus von ihm bereits seit dem Ende der zwanziger Jahre angewandt wurde. Infolgedessen ist es auch schwer, eine Grenze bei den Rehabilitierungen zu ziehen.

Im *Kommunist* ist noch kürzlich festgestellt worden, daß die Verurteilung des Personenkults nicht als eine Ablehnung der Werke *Stalins* anzusehen sei. Er bleibe trotz allem einer der größten Marxisten. Das Blatt stellt fest, man müsse den Werken *Stalins* das „Wertvolle“ entnehmen und seine „irrigen ideologischen Anschauungen einer kritischen Revision

unterziehen“. Diese Feststellung, ebenso wie die Forderung *Chruschtschows* nach der Stärkung der Staatssicherheitsorgane, zeigt, daß die Aussöhnung zwischen Sowjetführung und Sowjetgesellschaft problematisch ist.

Bisher sind nur einige, wenn auch wichtige Thesen *Stalins* als unrichtig bezeichnet worden. Die Abkehr vom späten *Stalin* bedeutet somit noch keine Revision, wohl aber eine Relativierung und Säkularisierung des leninistisch-stalinistischen Lehrgebäudes, da nicht nur seine Glaubensgrundlagen, sondern auch seine Glaubwürdigkeit durch die Enthüllungen über die Geschichtsfälschungen und ideologischen Irrtümer *Stalins* und seine auf erbarmungslosem Terror beruhende Willkürherrschaft erschüttert worden sind. Die Umwandlung *Stalins* aus einem Halbgott in einen Tyrannen hat ein Element der Spaltung in die kommunistische Weltbewegung hineingebracht, das immer wieder von neuem erstehen kann.

Die Geschlossenheit der „una sancta“ mit dem Zentrum in Moskau ist zerstört. Es fragt sich, ob diese verlorengegangene Einheit unter weltrevolutionären Vorzeichen wiederhergestellt werden kann, ob nicht das dialektische Gesetz der „Negation der Negation“ eine Chimäre ist und sich den Wirkungen des Zeitgeistes unterlegen erweisen wird, die sich in der allgemeinen Unruhe der Sowjetwelt bereits deutlich bemerkbar machen.

3. Selbst wenn es der Sowjetführung mit Hilfe der Schocktherapie gelingen sollte, die revolutionäre Schwungkraft wiederzubeleben und eine schöpferische Initiative und Aktivität bei den Volksmassen zu entfesseln, ist es eine große Frage, ob nicht dieser Vorgang Entwicklungen geistiger Art nach sich ziehen wird, deren Wirkung die Sowjetführung heute gar nicht voraussehen kann. Es könnte leicht eine Situation entstehen, die außerhalb ihrer Kontrolle liegt.

4. Der Schlag gegen den Autoritätsglauben kann leicht Kräfte wecken und in Bewegung setzen, die die heutige Entwicklung nur als einen Ausgangspunkt ansehen mögen¹¹², zumal die Mythologie ebenso wie die Natur kein Vakuum duldet. In diesem Zusammenhang kommt der Tatsache eine besondere Bedeutung zu, daß die Armee und nicht die Partei sich bisher als der hauptsächlichste Nutznießer der Liquidation des *Stalin*-Kults erwiesen hat, da sie von den Sünden der Vergangenheit unbelastet erscheint. Diesem Umstand kommt in Verbindung mit der veränderten inneren Machtkonstellation im Hinblick auf die zukünftige inner- und außenpolitische Entwicklung der Sowjetunion allergrößte Bedeutung zu.

V. Die Bedeutung des 20. Parteikongresses

Bedenkt man die bisher vorliegenden und noch möglichen Auswirkungen, so wird man sich der Größe des Risikos der Entscheidung, eine revo-

lutionäre Bewegung im Sinne des dialektischen Gesetzes der „Negation der Negation“ auszulösen, voll bewußt. Auf die Zielsetzung, die mit dieser Ent-

scheidung verbunden gewesen ist, und die zugrunde liegenden hauptsächlichsten Motive ist im vorausgegangenen Kapitel eingegangen worden. Wir sahen, daß es in erster Linie wehr- und wirtschaftspolitische Motive gewesen sind, welche die Präsidiumsmehrheit unter *Bulganin* und *Chruschtschow*, die sich die Unterstützung des sowjetischen Oberkommandos mit Marschall *Shukow* an der Spitze gesichert hat, veranlaßte, diese weittragende und risikoreiche Entscheidung zu treffen. Daß neben der Generallinie der Präsidiumsmehrheit auch andere politische Konzeptionen vertreten worden sind, geht deutlich aus der Heftigkeit hervor, mit der *Chruschtschow* im ZK-Bericht *Molotow* und *Malenkow* attackierte. Sie sind zwar nicht mit Namen bezeichnet worden, doch daß nur sie gemeint sein konnten, geht sowohl aus dem Vorspiel zum 20. Parteikongreß als auch aus dem allgemeinen Zusammenhang hervor.

Chruschtschows Angriff galt zunächst *Molotow*, indem er feststellte, daß das Zentralkomitee diejenigen Funktionäre zurechtweisen mußte, die in einige klare und von der Partei längst beschlossene Fragen „Wirrwarr und Durcheinander“ gebracht hätten. Als Beispiel nannte er die Frage, ob in der Sowjetunion „der Sozialismus in den Grundzügen erbaut“ oder aber nur „die Grundlagen des Sozialismus erbaut“ seien (w osnownom postrojeno — osnovy postrojeny).

Dieser Unterschied in der Formulierung ist vom Standpunkt der leninistisch-stalinistischen Ideologie bedeutsam, da nur nach Vollendung des sozialistischen Aufbaus der Uebergang vom Sozialismus zum Kommunismus möglich ist.

Die „fehlerhafte Formulierung“, die von *Chruschtschow* als „desorientierend“ gerügt wurde, war von *Molotow*, wie wir bereits sahen, in seiner außenpolitischen Rede vom 8. Februar 1955 gebraucht und in seinem Offenen Brief an den *Kommunist* vom 16. September 1955 widerrufen worden.

In seiner Diskussionsrede am 18. Februar 1956 gebrauchte *Molotow*, nachdem er erst die „tiefe marxistisch-leninistische Analyse der gegenwärtigen Situation“ seitens *Chruschtschows* gerühmt hatte, die richtige Formulierung „Schon in der Vorkriegszeit erbaute das Sowjetvolk im wesentlichen die sozialistische Gesellschaft und verwirklichte jetzt den allmählichen Uebergang vom Sozialismus zum Kommunismus“.

Gleichzeitig war *Molotow* gezwungen, die Erfolge der außenpolitischen Aktivität der Troika „*Chruschtschow*, *Bulganin*, *Mikojan*“ einzugestehen. Es war bezeichnenderweise *Mikojan*, der bei der Behandlung außenpolitischer Fragen davon sprach, daß es in letzter Zeit gelungen sei, „gewisse starre Formen“ der Sowjetdiplomatie im Verkehr mit ausländischen Staaten abzuschaffen und damit die (selbstgewählte) Isolierung der Sowjetunion zu beseitigen. Aus den Ausführungen *Chruschtschows* und *Miko-*

jans geht hervor, daß *Molotow* zweierlei vorgeworfen wird:

1. Sein Zögern gegenüber den innenpolitischen Risiken, die mit einem vorzeitigen Uebergang vom Sozialismus zum Kommunismus infolge der begrenzten Wirtschaftskraft der Sowjetunion zwangsläufig verbunden sind;

2. Die Starrheit seiner auf Erhaltung des status quo gerichteten Außenpolitik.

Während der von *Molotow* verkörperten Richtung vorgehalten wird, die beim sozialistischen Aufbau erzielten Resultate herabzusetzen, werden *Malenkow* und seine Parteigänger als „Projektmacher und Phantasten“ bezeichnet, die in das andere Extrem verfallen seien, indem sie die Verwirklichung der Prinzipien der kommunistischen Gesellschaft bereits auf der gegebenen Etappe angestrebt und einen genauen Zeitplan für den Uebergang zum Kommunismus in allen Einzelheiten ausgearbeitet hätten.

Zweierlei wirft *Chruschtschow Malenkow* vor:

1. Die Förderung der Konsumgüterproduktion auf Kosten der Schwerindustrie;

2. Die These von der Möglichkeit einer Koexistenz auf ideologischem Gebiet.

Den ersten Punkt bezeichnet er als „utopische Illusion“, den zweiten als „schädliche Verirrung“. In der Schlußdeklaration werden die Abweichungen *Malenkows* und *Molotows* mit den Worten verurteilt:

„Der Parteitag stellt fest, daß das Zentralkomitee rechtzeitig Versuchen entgegengetreten ist, von der Generallinie der Partei — der vorrangigen Entwicklung der Schwerindustrie — abzugehen, desgleichen gegen irrige Auffassungen in der Frage des Aufbaus des Sozialismus in unserem Lande und einigen anderen Fragen der Theorie.“

Die *Malenkow*-Richtung ist auch in Diskussionsreden kritisiert worden. Bei den Rednern handelte es sich bezeichnenderweise meist um Persönlichkeiten, die ihm früher nahegestanden haben, wie *Mikojan*, *Saburow*, *Susslow*. Dies geschah wohl in erster Linie, um das Gesicht zu wahren.

Das Ergebnis des 20. Parteikongresses ist im Grunde genommen, wenn man vom ökonomischen Bereich absieht, ein Kompromiß zwischen den Anschauungen *Chruschtschows* und *Malenkows*.

Diese Entwicklung hat *Mikojan*, der zwischen *Chruschtschow* und *Malenkow* eine gewisse Mittellinie verfolgt, stärker in den Vordergrund gerückt, als es seinem politischen Gewicht innerhalb des „Führerkollektivs“ zukommt.

Die Kritik *Chruschtschows* an *Molotow* ist in ihrer Schlußfolgerung wesentlich schärfer gewesen als an *Malenkow*. Während es bei der *Molotow*-Richtung heißt, daß ihr „die gebührende Abfuhr“ erteilt worden ist, wird bei der *Malenkow*-Richtung lediglich „zur Ordnung gerufen“.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Stellung *Malenkows* innerhalb des „Führerkollektivs“ nach dem 20. Parteikongreß stärker, *Molotows* dagegen schwächer geworden ist. Die Stärkung der Position *Malenkows* ist nicht zuletzt aus seiner Entscheidung nach Großbritannien am Vorabend des *Bulganin-Chruschtschow*-Besuchs zu ersehen gewesen.

Es ist anzunehmen, daß sich der vorsichtige *Molotow* auch in stärkerem Maße als etwa *Malenkow* gegen die Absicht der Präsidiumsmehrheit gesträubt haben wird, die Abkehr von *Stalin* und dem Spätstalinismus in so radikaler Form zu vollziehen.

Bei seinem Widerstand gegen das weitgespannte Wirtschaftsprogramm der Sowjetführung wird sich *Molotow* als der verantwortliche Steuermann des sowjetischen Staatsschiffes seit über drei Jahrzehnten auch der Warnung *Stalins* erinnert haben, der in seinem bekannten Presseinterview vom 14. Februar 1951 feststellte, daß die Sowjetunion nicht in der Lage wäre, gleichzeitig mit den großen Bauvorhaben zur Verbreiterung der Energiebasis, die Milliardensummen staatlicher Ausgaben erforderten, ihre Streitkräfte zu vergrößern und ihre Kriegsindustrie zu entfalten. Dies würde zur Einschränkung der Friedensindustrie, zur Stilllegung großer ziviler Bauvorhaben, zur Erhöhung der Steuern und im letzten Effekt zum Staatsbankrott führen. Es war ein Monat nach dieser Feststellung, daß *Stalin Chruschtschow* Einhalt gebot, als dieser als zuständiger ZK-Sekretär für die Landwirtschaft zur Umwandlung der Großkolchase in Kolchosstädte, d. h. Agrarkommunen, ansetzte. *Chruschtschow* ist jetzt, wie aus den letzten Maßnahmen auf dem Agrarsektor zu ersehen ist, auf dem besten Wege, das zu tun, was *Stalin* ihm 1951 verboten hatte; und er muß es auch tun, weil er nur im Umbau der bestehenden Kolchosorganisation einen Ausweg sieht, um die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion durch eine weitgehende Mechanisierung und Intensivierung zu ermöglichen und gleichzeitig im Rahmen dieses Rationalisierungsprogramms Arbeitskräfte freizusetzen, die *Bulganin* und L. M. *Kaganowitsch* benötigen, um die industriellen Ziele des neuen Fünfjahrplans zu erreichen und das technische Gesamtniveau der Sowjetwirtschaft, insbesondere aber der Schwerindustrie, zu heben. Die nächste Zukunft wird zeigen, ob der revolutionäre Wille, der insbesondere den Ersten Parteisekretär beseelt, allein genügt, eine totale Mobilisierung aller Kräfte zu erreichen, um die unter *Stalin* gewonnene Weltmachtstellung nicht nur zu

halten, sondern auch zu festigen und weiter auszubauen; und ob es möglich sein wird, in der sowjetischen Bevölkerung in Verbindung mit der Zerstörung des Stalin-Mythos und der gleichzeitigen Entwicklung eines Lenin-Kults das Gefühl eines revolutionären Neubeginns und das Bewußtsein zu wecken, daß die schweren Opfer, die das Volk gebracht hat, nicht umsonst gewesen sind; daß man jetzt mit dem 20. Parteitag einen Gipfel erreicht habe, von dem aus man bereits einen Schimmer des gelobten Landes erblicken könnte.

Die *Prawda* vom 5. April 1956 hat diese aus einem revolutionären Sendungsbewußtsein entspringende Erwartung in einem programmatischen Artikel so ausgedrückt:

„Ruhmvoll, aber schwierig war der Weg, den unser Land unter der Führung der Partei zum erstenmal zu jenem Gipfel gebahnt hat, auf dem wir heute stehen und von dem aus wir schon klar die neuen weiten Horizonte, unser ersehntes Ziel sehen: den Kommunismus.“

Es dürfte müßig sein, heute bereits Vermutungen darüber anzustellen, ob es dem Duumvirat *Bulganin-Chruschtschow* gelingen wird, diese revolutionäre Zielsetzung trotz der großen politisch-psychologischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu verwirklichen oder nicht. In jedem Fall werden die beiden Duumviren auf ihrem weiteren Weg gezwungen sein, sich ständig mit den Richtungen auseinanderzusetzen, die heute noch von *Molotow* und *Malenkow* repräsentiert werden. Es wäre falsch, diese Richtungen als unbedingte Gegenpole anzusehen, wie einst die von *Trozkij*, *Sinowjew*, *Kamenjew* einerseits, von *Bucharin*, *Rykow*, *Tomskij* andererseits geführte linke und rechte Opposition. In vielen Dingen dürfte der Abstand zwischen diesen beiden Richtungen, die einerseits restaurative, andererseits reformistische Züge aufweisen, geringer sein als derjenige zur Generallinie, bei der das revolutionäre Element überwiegt. Dieser Umstand ist nicht nur für den weiteren Verlauf des inneren Machtkampfes bedeutsam. Ihm kommt auch eine prinzipielle Bedeutung zu.

Die Sowjetunion ist heute an einem Wendepunkt ihrer Entwicklung angelangt. Der 20. Parteikongreß bezeichnet gleichsam einen Wegweiser, der in drei Richtungen weist, wobei es zur Zeit noch ungewiß ist, ob letzten Endes der Weg der Revolution, Restauration oder Reform für die künftige Entwicklung des Sowjetimperiums bestimmend sein wird.

Anmerkungen

⁵³⁾ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 19. und 20. März 1956. Der Geheimbericht *Chruschtschows* ist bisher nicht veröffentlicht worden. Die zuverlässigsten Angaben stammen aus einem Artikel von *Salisbury* in *The New York Times* vom 16. März 1956 und einem *Reuter*-Bericht „aus Bonn“ vom 18. März 1956. Der Artikel von J. S(mole) „Der XX. Kongreß der KPdSU über *Stalin*, seine Orientierung und seine Methoden“ in der

Borba vom 20. März 1956, der Ausschnitte aus der *Chruschtschow*-Rede wiedergibt und kommentiert, bestätigt wesentliche Teile dieser Berichte, die er noch mit einigen weiteren Angaben ergänzt. Da es sich in allen drei Fällen nicht um sowjet-kommunistische Quellen handelt, wird auf ihren Inhalt nur in den Anmerkungen hingewiesen.

⁵⁴⁾ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24. März 1956.

⁵⁵) Wortlaut (in deutscher Uebersetzung) in *Für Dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!* vom 30. März 1956.

⁵⁶) Zum gleichen Thema vgl. auch den Artikel des Generalmajors P. Choroschilow in *Krassnaja Swesda* vom 19. April 1956.

⁵⁷) Wortlaut (in deutscher Uebersetzung) in *Für Dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!* vom 6. April 1956.

⁵⁸) Wortlaut in *Prawda* vom 23. April 1956.

⁵⁹) Wortlaut (in deutscher Uebersetzung) in *Ost-Probleme*, 8. Jg., 1956, S. 477—480.

⁶⁰) Wortlaut (in deutscher Uebersetzung) in *Für Dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!* vom 6. April 1956. Das polnische Original ist in der deutschen Uebersetzung des Kominformorgans gekürzt worden, wobei gerade die Stellen weggefallen sind, in denen Jerzy Morawski, der ZK-Sekretär der polnischen KP ist, in besonders scharfer Form Kritik an dem Willkürregime *Stalins* übte. Soweit diese Teile zitiert werden, wird auf das polnische Original verwiesen.

⁶¹) Wortlaut (in deutscher Uebersetzung) in *Ost-Probleme*, 8. Jg., 1956, S. 484—488.

⁶²) Wortlaut (in deutscher Uebersetzung) in *Ost-Probleme*, 8. Jg., 1956, S. 476—477.

⁶³) Wortlaut (in deutscher Uebersetzung) in *Für Dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!* vom 6. April 1956.

⁶⁴) Wortlaut (in deutscher Uebersetzung) in *Für Dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!* vom 13. April 1956.

⁶⁵) Wortlaut (in deutscher Uebersetzung) in *Für Dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!* vom 13. April 1956.

⁶⁶) Wortlaut (in deutscher Uebersetzung) in *Für Dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!* vom 13. April 1956.

⁶⁷) Wiedergabe (in deutscher Uebersetzung) in *Für Dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!* vom 6. April 1956.

⁶⁸) Ueber die Willkürherrschaft *Stalins* ergibt sich aus den bisher vorliegenden inoffiziellen Berichten folgendes Bild: *Stalin* habe das Testament *Lenins* unterdrückt und die Witwe *Lenins*, die *Krupskaja*, beleidigt und bedroht.

Die Warnung *Lenins* vor bestimmten Charaktereigenschaften *Stalins* sei, wie die Entwicklung seit 1934 gezeigt habe, berechtigt gewesen. Die Große Säuberung (1934—1938), die zur Errichtung der unbeschränkten Alleinherrschaft *Stalins* führte, habe das Land und seine wirtschaftliche Struktur „schwer geschwächt“.

Die Kommunistische Partei und die Rote Armee wären empfindlich dezimiert worden. Zahlreiche unschuldige Menschen, darunter auch Kinder, seien Opfer des erbarmungslosen Massenterrors geworden. Es bestehe der Verdacht, daß der Anschlag gegen *Kirow* am 1. Dezember 1934, durch den die Große Säuberung ausgelöst wurde, mit Wissen *Stalins* ausgeführt wurde. Als *Stalin* und *Shdanow* im Jahre 1938 zur Kur auf der Krim weilten, habe *Stalin* an *Molotow*, *Malenkow* sowie andere in Moskau zurückgebliebene Politbüromitglieder ein Telegramm geschickt, in dem es hieß, er und *Shdanow* hätten festgestellt, daß *Jagoda* als NKWD-Chef ungeeignet sei und durch *Jeshow* ersetzt werden sollte. Kurz darauf übernahm *Jeshow* die Leitung der Staatspolizei von *Jagoda*, der im Zuge der nachfolgenden Säuberungen hingerichtet wurde.

Auf das obengenannte Telegramm folgte nur wenig später ein chiffriertes Telegramm, das den Befehl *Stalins* enthielt, die „Opposition physisch zu vernichten“.

Damit begann die eigentliche Große Säuberung, der etwa drei Viertel der Delegierten des 17. Parteikongresses, die zu einem großen Teil gegen diese Maßnahmen opponierten, liquidiert wurden. *Ordshonikidse*, ein Landsmann und enger Freund *Stalins*, soll von diesem vor die Wahl gestellt worden sein, Selbstmord zu begehen oder hingerichtet zu werden. Er wählte den Selbstmord und erhielt ein Staatsbegräbnis.

Die Verurteilung und Hinrichtung des Marschalls *Tuchatschewskij* und sieben anderer Armeeführer sei zu Unrecht erfolgt. Es wäre ein „furchtbarer Fehler“ gewesen, der die Sowjetunion ihrer militärischen Führung beraubte und „an den Rand der Katastrophe“ führte, als *Hitler* 1941 angriff. Im Zusammenhang mit der *Tuchatschewskij*-Affäre seien 5000 der besten Offiziere der Roten Armee „ermordet“ worden, was sich im Kriege höchst ungünstig auswirkte. *Chruschtschow* soll es vermieden haben, den Prozeß gegen *Bucharin* und andere „Oppositionsgruppen“ zu erwähnen, und lediglich gesagt haben, diese seien durch *Stalin* liquidiert worden; er selbst, *Chruschtschow*, sei gegen die Hinrichtung der Oppositionellen gewesen.

Nach dem Kriege sei *Stalin* besonders mißtrauisch geworden. Das Politbüro sei oft im Unklaren darüber gelassen worden, was eigentlich vorging. So sei z. B. *Wosnessenskij* 1949 auf Befehl *Stalins* ohne Prozeß und ohne Kenntnis seiner Kollegen vom Politbüro erschossen worden.

In der letzten Periode seines Lebens habe eine „Atmosphäre der Furcht und des Terrors“ geherrscht. Sogar die Mitglieder des Politbüros hätten sich gefürchtet, wenn sie von *Stalin* zu einer Sitzung zusammenberufen wurden; nie hätten sie gewußt, ob sie zurückkehrten. *Bulganin* soll *Chruschtschow* einmal gesagt haben, er sei in die Datsche (Landhaus) *Stalins* gerufen worden und wisse nun nicht, ob er zu einem Empfang oder ins Gefängnis komme. Untergebene seien von *Stalin* angeschrien worden. Leute, die er in sein Büro berief, habe er, um sie einzuschüchtern, wie folgt angesprochen: „Warum blicken Sie mich so an? Warum blicken Sie mir nicht in die Augen? Fürchten Sie sich davor, mir in die Augen zu sehen?“ In seinem Verfolgungswahn soll *Stalin* in seinen letzten Jahren *Woroschilow* für einen englischen Spion gehalten und ihn nicht mehr zu den Sitzungen des Politbüros zugelassen haben. *Molotow* sei nach der Übernahme des Außenministeriums durch *Wyschinskij* 1949 unter Hausarrest gestellt worden, und seine Frau habe sich während langer Zeit in Haft befunden. Zuletzt habe *Stalin* *Molotow*, *Chruschtschow* und andere führende Persönlichkeiten mittels der von ihm erfundenen „Aerzteverschwörung“ aus dem Wege schaffen wollen.

Bald nach dem Kriege habe *Stalin* *Chruschtschow* bei einem Empfang in Anwesenheit ausländischer Gäste gedemütigt, indem er ihn zwang, einen schwierigen ukrainischen Tanz, den *Gopak*, vorzuführen. *Stalin* habe gleichzeitig an Größenvahn gelitten; im Garten seiner Datsche habe es von eigenen Büsten gewimmelt, die *Stalin* zu bewundern pflegte.

Chruschtschow bezeichnete Moskau während der letzten Jahre *Stalins* als eine Hauptstadt, die von Verschwörungen und Intrigen erschüttert worden sei, bei denen niemand wußte, wer das nächste Opfer werden würde. Er soll gesagt haben: „Ihr begreift, Genossen, daß wir dies alles dem Volke nicht auf einmal sagen können. Es könnte entweder plötzlich oder allmählich geschehen, und ich glaube, es wäre richtiger, es allmählich zu sagen.“ Als *Chruschtschow* einige der schlimmsten Aspekte von *Stalins* Terror schilderte, sollen einige Delegierte ausgerufen haben: „Wie hielten Sie das aus? Warum haben Sie ihn nicht getötet?“ Worauf *Chruschtschow* erwiderte: „Was konnten wir tun? Es bestand eine Herrschaft des Terrors. Man brauchte ihn nur schief anzusehen, und am nächsten Tag verlor man seinen Kopf.“

Zahlreiche Parteitage delegierte sollen aus Erschütterung über die Enthüllungen *Chruschtschows* während oder nach der Rede des Ersten Parteisekretärs Ohnmachtsanfälle erlitten haben. Der *Borba*-Bericht enthält weniger Einzelheiten, weicht aber sonst von den westlichen Berichten nur geringfügig ab und ergänzt sie. Auch hier ist von dem Telegramm *Stalins* und *Shdanows* die Rede, das sie 1936 von Sotschi (nicht der Krim) aus an *Kaganowitsch* (nicht *Malenkow*) und *Molotow* richteten, in dem sie die Ablösung *Jagodas* durch *Jeshow* forderten.

Im *Borba*-Bericht wird auch näher auf den „Leningrad-Fall“ eingegangen, der zur Hinrichtung nicht nur *Wosnessenskis*, sondern auch A. A. *Kusnezows* und anderer hoher Parteiführer geführt hat. Gemäß dem *Borba*-Bericht sind Abzüge des *Lenin*-Testaments unter den Parteitage delegierten verteilt worden.

⁶⁹) Zitiert nach dem polnischen Original, im Kominformorgan ausgelassen.

⁷⁰) Zitiert nach dem polnischen Original, im Kominformorgan ausgelassen.

⁷¹) Zitiert nach dem polnischen Original, im Kominformorgan ausgelassen.

⁷²) Zitiert nach dem polnischen Original, im Kominformorgan ausgelassen.

⁷³) *Stalins* Biographie soll von *Chruschtschow* in seiner Geheimrede als ein „widerliches Buch“ bezeichnet worden sein. *Stalin* habe im Manuskript vor seinem Namen eigenhändig die Eigenschaft „welikij“ (groß) eingefügt und Phrasen wie „der wahre Arbeiterführer“ und „scheuer und bescheidener Mensch“ eingeflochten. Diese Darstellung stimmt mit dem *Borba*-Bericht überein, der weitere Einzelheiten enthält.

Mikojan hat in seiner Rede das Buch von A. W. *Licholaj* „Die Zerschlagung der nationalistischen Gegenrevolution in der Ukraine (1917—1922)“, Moskau 1954, wie die *Pankratowa*

selbstkritisch bemerkte, einer „gerechtfertigten Kritik“ unterzogen. Die Fehlurteile und Fälschungen *Licholats* sind im März-Heft der *Woprossy Istorii* (a. a. O., S. 138—145) näher aufgedeckt worden, wobei außer *Antonow-Owsejenko* und *Kossior*, die bereits von *Mikojan* erwähnt wurden, auch der national-ukrainische Kommunist *Skrypnik*, der 1933 Selbstmord verübte, rehabilitiert wurde. Die Redaktion der Zeitschrift gab in einem Vermerk zu, daß „analoge Fehler und Verzerrungen“ in zahlreichen anderen Werken anzutreffen seien.

⁷⁴⁾ *Chruschtschow* soll in seiner Geheimrede gründlich mit der Legende aufgeräumt haben, daß *Stalin* der Architekt des sowjetischen Sieges im Zweiten Weltkrieg gewesen sei. Vor dem deutschen Angriff gegen die Sowjetunion 1941 habe jedermann gewußt, was komme, nur *Stalin* nicht, der seinen Pakt mit *Hitler* als einen Meisterstreich ansah und keine Zweifel an dessen Vertragstreue hegte. Er habe sich daher sowohl über die Warnungen *Churchills* und des britischen Botschafters *Cripps* sowie des amerikanischen Präsidenten *Roosevelt* als auch des sowjetischen Militärattachés in Berlin, Oberst *Perebeschik*, hinweggesetzt. Der letztere habe das genaue Datum des bevorstehenden deutschen Angriffs gekannt und Moskau darüber informiert. Am Morgen des deutschen Angriffs gab *Stalin* den sowjetischen Truppen zunächst den Befehl, das Feuer nicht zu erwidern. Sein Glaube an *Hitler* sei so groß gewesen, daß er die Rote Armee dahin informierte, bei dem Angriff handle es sich um nichts anderes als um „Disziplinlosigkeit“ seitens einzelner deutscher Einheiten; die sowjetischen Grenztruppen seien wohl imstande, mit der Lage fertig zu werden.

Bei Kriegsausbruch soll in der Ukraine, wo *Chruschtschow* Parteiführer war, ein verzweifelter Mangel an Waffen geherrscht haben. *Chruschtschow* habe telephonisch von Moskau mehr Waffen angefordert und *Stalin* sprechen wollen. *Stalin* habe *Malenkow* befohlen, den Hörer abzunehmen und zu sagen, daß er nicht erreichbar sei; alle verfügbaren Waffen wären nach Leningrad geschickt worden. Auf die Frage, was die Ukraine tun solle, wurde *Chruschtschow* geantwortet: „Tue das Beste, was Du kannst!“

Als die Deutschen die Außenbezirke von Moskau erreichten, habe *Stalin* den Kopf verloren und sei mit der Bemerkung geflohen: „Wir haben alles verloren, was *Lenin* schuf.“ Von militärischen Dingen soll *Stalin* so wenig verstanden haben, daß er die Operationen auf einem Globus verfolgte, da er nicht richtig Karten lesen konnte. *Chruschtschow* soll gesagt haben: „*Stalin* kontrollierte die Operationen während des Krieges an einem Schulglobus, ohne zu wissen, was eine eigentliche Landkarte ist.“ Die Rettung Sowjetrußlands vor dem Untergang sei nach *Chruschtschow* in erster Linie den Marschällen *Shukow* und *Konjew* und den übrigen sowjetischen Heerführern zu verdanken gewesen. Die Leitung der militärischen Verteidigung Moskaus habe in den Händen Marschall *Shukows* gelegen, der von den Marschällen *Konjew*, *Rokossowskij* usw. unterstützt worden sei, während an der Spitze der zivilen Verteidigung Marschall *Bulganin* gestanden habe. Zur Illustrierung dieser Feststellung ist kürzlich in der Zeitschrift *Ogonjok* (Nr. 14, April 1956) eine Photographie aus dem Zentralen Staatsarchiv für Literatur und Kunst der UdSSR veröffentlicht worden, die *Bulganin* und *Shukow* im Stabe der Westfront im Herbst 1941 zeigt.

Stalin habe durch fehlerhafte militärische Operationen schwere Verluste der Roten Armee an Menschen verursacht. Durch seinen Befehl, Städte, deren Besetzung bevorstand, nicht zu evakuieren, habe er auch der Zivilbevölkerung unnötige Verluste zugefügt.

Der *Borba*-Bericht stimmt mit den westlichen Berichten weitgehend überein und ergänzt sie durch Einzelheiten über das Versagen *Stalins* bei der Leitung militärischer Operationen im Jahre 1942. Das Telefongespräch *Chruschtschow*—*Malenkow*, bei dem sich *Stalin* verleugnen ließ, wird im Zusammenhang mit der Schlacht um Charkow erwähnt. Ueber die Flucht *Stalins* aus Moskau und seine Unfähigkeit, die militärischen Operationen an Hand einer Landkarte zu verfolgen, weiß die *Borba* nichts zu berichten.

Die Behauptung, daß *Stalin* feige gewesen wäre und dazu ein militärischer Ignorant, werden selbst von einem so erbitterten Gegner des verstorbenen Diktators wie dem polnischen General *Anders* angezweifelt. Vgl. „Das *Stalin*-Bild von *Chruschtschow* ist falsch“ in *Die Welt* vom 26. März 1956.

⁷⁵⁾ Zitiert nach dem polnischen Original, im Kominformorgan ausgelassen.

⁷⁶⁾ *Woprossy Istorii*, 1956, Nr. 3, S. 10. In der Nummer, die am 29. März 1956 zum Druck freigegeben wurde, heißt es ferner:

„Bisher ist die Geschichte der Partei in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges wenig erforscht. Die Historiker, die diese Themen behandeln, wiederholen gewöhnlich die vom Personenkult erfüllte „Kurze Biographie“ J. W. *Stalins* oder sind unkritisch den Feststellungen in dem Buche J. W. *Stalins* „Ueber den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion“ gefolgt, obgleich viele dieser Feststellungen einer Ueberprüfung bedürfen. In unserer Presse ist zum Beispiel bereits die unrichtige Charakterisierung der ersten Periode des Großen Vaterländischen Krieges als einer Periode der aktiven Verteidigung vermerkt und auf die Notwendigkeit einer wahrheitsgemäßen Darstellung der Kriegsgeschichte hingewiesen worden sowie auf die Unzulässigkeit, die Fehler, Schwierigkeiten und Niederlagen der sowjetischen Truppen in den Jahren 1941 bis 1942 mit Stillschweigen zu übergehen.“

In einigen Arbeiten wird hauptsächlich der Verlauf der Kriegshandlungen dargestellt und viel zu wenig Aufmerksamkeit der Tätigkeit der Parteiorganisationen, der Arbeit des rückwärtigen Gebietes, dem Kampf der Partisanen, der Außenpolitik der Partei und der Sowjetregierung und anderen wichtigen Fragen geschenkt.“

⁷⁷⁾ Aus dem westlichen Bericht geht hervor, daß *Chruschtschow* *Stalin* als einen scharfen Nationalisten und Antisemiten bezeichnet hat. Nach einer NTB-Meldung vom 17. April 1956 soll *Chruschtschow* davon gesprochen haben, daß *Stalin* kurz vor seinem Tode eine Massendeportation von sowjetischen Juden nach Sibirien geplant habe.

Der *Borba*-Bericht erwähnt unter den Fehlern, die *Stalin* in der nationalen Frage begangen hat, die Repressalien, die von ihm gegen eine Reihe von Völkern und Volksgruppen ergriffen wurden. Von diesen Völkern und Volksgruppen sind bisher nur die Tschetschenen-Inguschen, nicht dagegen die Wolga-Deutschen, die Krim-Tartaren, die Kalmücken und Balkaren rehabilitiert worden; doch hat bei den Tschetschenen-Inguschen eine Wiederherstellung ihrer territorialen Autonomie nicht stattgefunden.

⁷⁸⁾ Diese Mitteilung *Chruschtschows* wurde gemäß einer *Reuter*-Meldung vom 7. März 1956 auf einem diplomatischen Empfang gemacht.

⁷⁹⁾ Leonard Schapiro hat in seinem 1955 herausgekommenen Werk „The Origin of the Communist Autocracy. Political Opposition in the Soviet State, First Phase 1917—1922“, Harvard University Press, Cambridge (Mass.), die bemerkenswerte Feststellung gemacht, daß die entscheidenden Grundlagen für die autokratische Herrschaftsordnung der Sowjetunion durch *Lenin* auf dem 10. Parteikongreß im März 1921 gelegt worden sind. Er wies dabei insbesondere auf die Beschlüsse hin, durch die der „Anarcho-Syndikalismus“ und die „Fraktionsmacherei“ verdammt und der Grundsatz der monolithischen Einheit der Partei proklamiert wurden. Diese Wendung wurde auf dem gleichen Parteitag vollzogen, auf dem die „Neue Oekonomische Politik“ (NEP) verkündet wurde, die als eine Atempause in der Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Welt gedacht war.

Die „Leninschen Normen des Parteilebens“ mögen somit im Verhältnis zum totalitären Perfektionismus des stalinschen Herrschaftssystems liberal erscheinen, sie besitzen jedoch vom Standpunkt einer freiheitlich-demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung einen ausgesprochen autokratischen und nicht demokratischen Charakter.

⁸⁰⁾ *Chruschtschow* machte im ZK-Bericht die Mitteilung, daß der Verwaltungsapparat um 750 000 Personen verringert worden ist. Nach einer *Reuter*-Meldung vom 26. April 1956 sollen nach dem XX. Parteikongreß die Gehälter der höchstbezahlten sowjetischen Berufs- und Verwaltungsklassen um nicht weniger als 50 Prozent gekürzt worden sein.

⁸¹⁾ Die Grenzen der bisher durchgeführten Dezentralisierung sind von J. H. Hazard in seinem Aufsatz „Governmental Developments in the USSR since Stalin“ in *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, January 1956, S. 11 ff., richtig gesehen worden, während W. Leonhard in seiner Berichterstattung im SBZ-Archiv die Bedeutung des Dezentralisierungsprozesses überschätzt hat.

⁸²⁾ Er wurde mit Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR Ende April 1956 errichtet.

⁸³⁾ *Prawda* vom 13. April 1956.

⁸⁴) Stalin, J.: „Fragen des Leninismus“, 9. Aufl. (russ.) S. 312–313.

⁸⁵) Vgl. G. Kostjuk „Podenije P. P. Postyschewa“ (Der Sturz Postyschews), in *Westnik Instituta po jesuscheniju istorii i kul'tury SSSR* (Mitteilungen des Instituts zur Erforschung der Geschichte und Kultur der UdSSR), München 1954, Nr. 6, S. 112–123.

⁸⁶) Vgl. die Quellenangaben in der Anmerkung 22.

⁸⁷) *Woprossy Istorii*, 1956, Nr. 3, S. 8.

⁸⁸) Vgl. „Der Fall Pokrowski“ in *Neue Zürcher Zeitung* vom 22. März 1956.

⁸⁹) Zur Zugehörigkeit *Wosnessenskij*s und A. A. *Kusnezow*s zur *Szdanow*-Gruppe vgl. „Rußland im Umbruch“, a. a. O., S. 23 ff.

⁹⁰) Außer *Bela-Kun* wurde die Mehrheit der polnischen KP-Führung (*Warski*, *Lenski*, *Kozutska* usw.), die während der Großen Säuberung liquidiert worden war, rehabilitiert. Bereits am 1. Mai 1955 waren ihre Bilder in der *Trybuna Ludu* veröffentlicht worden. Während des 20. Parteikongresses erfolgte der Widerruf der 1938 erfolgten Auflösung der polnischen Sektion durch die Komintern. Bei den Rehabilitierten der Nachkriegszeit handelt es sich entweder um Opfer der antitoistischen Säuberungsaktionen (*Gomulka* in Polen, *Rajk* in Ungarn, *Kostow* in Bulgarien) oder um Angehörige bürgerlicher und sozialdemokratischer Oppositionsgruppen. An eine Revision des *Slansky*-Prozesses in der Tschechoslowakei ist bisher nicht gedacht.

⁹¹) Zum *Foll Syrrow* vgl. I. *Deutscher*: „Stalin. Die Geschichte des modernen Rußland“, Stuttgart 1951, S. 347. Daß *Syrrow* in seiner Einstellung nicht allein stand, zeigt der tragische Ausgang der Auseinandersetzung *Stalins* mit seiner zweiten Frau, *Nadescha Alilujewa*, Ende 1932. Vgl. *Deutscher*, a. a. O., S. 348–349.

⁹²) *Chruschtschow* sagte:

„Die Einheit unserer Partei bildete sich in Jahren und Jahrzehnten heraus. Sie wuchs und erstarkte im Kampf gegen zahlreiche Feinde. Trotzisten, *Bucharin*leute, die bürgerlichen Nationalisten und die übrigen ärgsten Feinde des Volkes, die Verfechter der Wiederherstellung des Kapitalismus, machten verzweifelte Versuche, die *Leninsche* Einheit der Reihen der Partei von innen her zu sprengen, aber sie alle haben sich die Köpfe an dieser Einheit eingeirnt.“

⁹³) Diese Legende ist merkwürdigerweise auch von *Nikolaus Basseches* in seine *Stalin-Biographie* („*Stalin. Das Schicksal eines Erfolges*“, Bern 1950) übernommen worden. Mit der viel zu positiven Bewertung der historischen Rolle *Stalins* durch *Basseches* und *Deutscher* hat sich der Verfasser bereits 1952 in einer Besprechung ihrer *Stalin-Bücher* auseinandergesetzt. (*Stalin-Biographien*, *Osteuropa*, 2. Jg., 1952, S. 228–231). Seine Einwände galten im gleichen Maße auch für die von A. W. *Just* verfaßte *Kurzbiographie Stalins* („*Stalin und seine Epoche*“, München 1953).

⁹⁴) (*E. H*)*alp(erin)*: „Die Revision der Parteigeschichte in der Sowjetunion“ in *Neue Zürcher Zeitung* vom 13. März 1956. Ein Ueberblick über die Veränderungen im Zentralkomitee im Zuge der Auseinandersetzungen der *Stalin-Fraktion* mit den einzelnen Oppositionsgruppen findet sich bei *Mediator*: „Der Parteigeneralstab der KPdSU(B) in *Ost-Probleme*, 3. Jg., 1951, S. 351–353.

⁹⁵) Vgl. den Brief *Lenins* an *Ossinskij* vom 12. April 1922, der anlaßlich des *Lenin-Gedenktages* veröffentlicht wurde. „*Nowyje Dokumenty W. I. Lenina*“ (Neue Dokumente W. I. *Lenins*) in *Prawda* vom 22. April 1956.

⁹⁶) Vgl. „*Altbolschewist* taucht wieder auf“ in *Süddeutsche Zeitung* vom 23. März 1956.

⁹⁷) Vgl. *Gaev*, A. G.: „The Amnestied Dead“ in *Bulletin of the Institute for the Study of the USSR*, 2. Jg., 1955, Nr. 11, S. 32–37.

⁹⁸) Die Liquidierung *Kossiors* im Jahre 1937 ist 1951 vom jugoslawischen Kommunistenführer *Moscha Pijade* in einer Rede geschildert worden. *Pijades* Bericht, der in die offizielle Tito-Biographie *Vladimir Dedijers* übernommen wurde, lautet (deutsche Ausgabe, Berlin 1953, S. 101 ff):

„*Molotow* ist bei den nichtrussischen Völkern der Sowjetunion als *Stalins* Faust bekannt, die jede auf Freiheit und Unabhängigkeit gerichtete Bewegung, jeden Versuch einer kulturellen Entwicklung der nichtrussischen Völker unbarmherzig niederschlägt. 1947 kam er mit zwei Mitgliedern des sowjetischen Politbüros in die Ukraine und berief das gesamte Zentralkomitee der Ukrainischen Kommunistischen Partei zu

einer Versammlung. *Molotow* verlangte, daß der Sekretär der Partei, *Kosjur*, und zwei weitere Mitglieder des ukrainischen Politbüros aus der Partei ausgestoßen werden sollten. Einstimmig wies das Zentralkomitee dieses Ansinnen *Molotows* zurück, indem es diesen Genossen, deren Liquidierung *Molotow* wünschte, sein Vertrauen aussprach. Da schlug *Molotow* einen anderen Weg ein. Er löste die Versammlung des Zentralkomitees auf und berief das Politbüro ein. Wieder aber erklärten alle Mitglieder des Politbüros, daß sie zu ihrem Genossen *Kosjur* stünden. Nun reiste *Molotow* von Kiew ab. Ein paar Tage darauf erhielten *Kosjur* und einige andere Mitglieder des Politbüros eine Einladung nach Moskau, zu Beratungen“. Aber statt dessen kamen sie direkt ins Gefängnis.“

⁹⁹) *Sowjetskoje Gossudarstwo i Prawo*, 1956, Nr. 2, S. 8/9. Das Heft ist am 23. März 1956 zum Druck freigegeben worden.

¹⁰⁰) Vgl. den Abschnitt „Die drei Phasen des Stalinismus“ in „*Rußland im Umbruch*“, a. a. O., S. 18.

¹⁰¹) Diese Bezeichnung, die sich inzwischen allgemein eingebürgert hat, ist vom Verfasser zum erstenmal in seinem 1951 erschienenen Buch „*Rußland im Umbruch*“ gebraucht worden.

¹⁰²) Auf das Beispiel *Reval* hat der Erste Parteisekretär der estnischen KP, *Käbin*, auf das Beispiel *Prag Mikojan* hingewiesen. Der volle Wortlaut der Rede *Käbins* findet sich in *Sowjetskaja Estonija* vom 21. Februar 1956. Wie sich die kommunistische Machtübernahme in Estland tatsächlich abgespielt hat, ist aus dem Buch des Verfassers „*Die Sowjetunion, die baltischen Staaten und das Völkerrecht*“, Köln 1956, zu ersehen.

¹⁰³) Dies geht aus den entsprechenden Ausführungen *Schepilows* und *Susslows* deutlich hervor. *Schepilow* spricht davon, daß die Diktatur des Proletariats unter Umständen „gezwungen sein wird, diesen Widerstand (der Ausbeuterklassen) durch Gewaltmaßnahmen zu brechen“, und *Susslow* bemerkt, daß die Arbeiterklasse die politische Führung des Staates in den Händen haben müsse, „um je nach den konkreten Verhältnissen in kürzeren oder längeren Zeitspannen der Kapitalistenklasse das Eigentum an den Produktionsmitteln entziehen und die Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum umwandeln, um allen etwaigen Restaurationsversuchen der gestürzten Ausbeuterklasse organisierten Widerstand entgegenzusetzen und den sozialistischen Aufbau in die Wege leiten zu können.“

¹⁰⁴) Vgl. den vorzüglichen Ueberblick über diese Diskussion bei *Dahm*, H.: „Vergangenes und Unvergängliches“ in *Ost-Probleme*, 8. Jg., 1956, S. 596–608.

¹⁰⁵) Wortlaut in *Bolschewik*, 1947, Nr. 3. Vgl. hierzu auch *Garthoff*, R. L.: „Die Sowjetarmee, Wesen und Lehre“, Köln 1955. Der primär defensive Charakter der *Stalinschen* Strategie der „aktiven Verteidigung“ ist von *Garthoff*, wie die Revision der *stalinistischen* Militär-Theorie zeigt, zu Unrecht bestritten worden.

¹⁰⁶) Dies ist auch von *Marschall Konjew* in einem Artikel in der *Krassnaja Swesda* vom 23. Februar 1956 bestätigt worden.

¹⁰⁷) Vgl. z. B. den Artikel des Obersten *N. Paulenko*: „Objektivno osweschtschaj fakty woennoi istorii“ (Objektiv die Tatsachen der Kriegsgeschichte darstellen) in: *Krassnaja Swesda* vom 23. März 1956.

¹⁰⁸) Zu der Bedeutung der Wehrreform *Timoschenkos* im Rahmen der Vor- und Nachkriegsentwicklung der Sowjetwehrmacht siehe „*Rußland im Umbruch*“, a. a. O. S. 36ff.

¹⁰⁹) *Problemy Istorii*, 1956, Nr. 3, S. 8. Im gleichen Heft (a. a. O. S. 8) heißt es: „Die Historiker sind aufgerufen, die Wahrheit wiederherzustellen und die führende Rolle der Kommunistischen Partei und des Zentralkomitees, den Heroismus der werktätigen Massen im Kampf mit den Interventionen und Weißgardisten, die Verdienste der hervorragenden Kommandeure und Politarbeiter der Roten Armee (und nicht allein nur J. W. *Stalins*) aufzuzeigen.“

Oberst *Tschaschnikow* hebt in seinem Artikel hervor, daß die einheitliche Befehlsgewalt als „das grundlegende Organisationsprinzip der Armee“ auf *Lenin* zurückgeht.

¹¹⁰) *Pentkowskaja*, W. W.: „*Rolj W. I. Lenina w obrasowanii SSSR*“ (Die Rolle *Lenins* bei der Bildung der UdSSR) in *Problemy Istorii*, 1956, Nr. 3, S. 13–24.

¹¹¹) *Löwenthal*, R.: „Jenseits des Stalinismus“ in *Der Monat*, 8. Jg., 1956, Nr. 91, S. 4.

¹¹²) Vgl. *Leonhard*, W.: „Der XX. Parteitag der KPdSU“ in: *SBZ-Archiv*, 6. Jg., 1955, S. 71. *Leonhard* weist zutreffend auf die Grenzen des bisherigen Entstalinisierungsprozesses hin.

Die Ergebnisse des Besuchs Bulganins und Chruschtschows in Großbritannien

Kommuniqué vom 26. April 1956 über die Besprechungen zwischen Premierminister Sir Anthony Eden und den sowjetischen Staatsmännern

Vom 18. bis 27. April 1956 statteten Herr Bulganin, der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, und Herr Chruschtschow, Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, dem Vereinigten Königreich auf Einladung der Regierung Ihrer Majestät einen Besuch ab. Während ihres Aufenthaltes fand eine Reihe von Gesprächen mit dem Premierminister des Vereinigten Königreiches, Sir Anthony Eden, Lordsiegelbewahrer R. A. Butler, Außenminister Selwyn Lloyd und anderen Mitgliedern der Regierung Ihrer Majestät sowohl über die britisch-sowjetischen Beziehungen als auch über die internationale Lage in ihrer Gesamtheit statt. Diese Gespräche wurden von beiden Seiten im Geist der Offenheit und des Realismus geführt. Sie erstreckten sich auf die Mehrzahl der internationalen Fragen, die gegenwärtig von Bedeutung sind, und es fand ein umfassender und nützlicher Meinungsaustausch statt.

Die Vertreter der Sowjetunion und des Vereinigten Königreichs erkannten an, daß die Stärkung der britisch-sowjetischen Beziehungen auf dem Gebiet der Politik, des Handels, der Wissenschaft, der Kultur und anderen Gebieten im Interesse der Völker beider Staaten liegen würde. Sie sind ebenfalls davon überzeugt, daß dies dazu beitragen würde, den allgemeinen Frieden und die Sicherheit zu konsolidieren.

Sie brachten die Entschlossenheit ihrer Regierungen zum Ausdruck, für eine weitere Verminderung der internationalen Spannung zu arbeiten. Angesichts der gegenwärtigen Lage, in der das notwendige Vertrauen zwischen den Ländern nicht existiert, bekundeten sie ihre Entschlossenheit, alle nur möglichen Maßnahmen zu treffen, um eine Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten zu erleichtern. Sie erkennen an, daß einer der wichtigsten Faktoren zur Stärkung des internationalen Vertrauens in persönlichen Kontakten zwischen den führenden Staatsmännern zu erblicken ist. Derartige Kontakte haben positive Ergebnisse gebracht.

Die beiden Länder werden sich in ihren gegenseitigen Beziehungen und auch in ihren Beziehungen zu anderen Ländern von den Prinzipien der Vereinten Nationen leiten lassen. Sie sind davon überzeugt, daß die Basis für eine freundschaftliche Zusammenarbeit und eine friedliche Koexistenz aller Länder ohne Rücksicht auf ihre Gesellschaftsordnung die gegenseitige Achtung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität, der territorialen Integrität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen darstellt.

Sie werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um dem Wettrüsten in allen Teilen der Welt Einhalt zu gebieten und um auf diese Weise die Völker der Welt von der Bedrohung durch einen neuen Krieg zu befreien.

Die Vertreter der beiden Länder maßten der Aufrechterhaltung der Sicherheit in Europa besondere Bedeutung

bei, da sie davon überzeugt sind, daß Frieden und Sicherheit in Europa für die Aufrechterhaltung des Friedens der Welt von entscheidender Bedeutung sind. Eine Verständigung über den einzuschlagenden Weg zur Erreichung dieses Zieles kam jedoch nicht zustande.

Im Hinblick auf die anderen ungelösten Probleme, einschließlich der in Europa und Asien, über die ein Gedankenaustausch stattfand, werden sich beide Parteien bemühen, im Interesse der Festigung des allgemeinen Friedens auf eine Lösung hinzuarbeiten.

Die Vertreter der Sowjetunion und des Vereinigten Königreichs sind in bezug auf gewisse einzelne Probleme, die zur Erörterung standen, zu folgenden Schlüssen gekommen:

Naher und Mittlerer Osten

Das Vereinigte Königreich und die Sowjetunion haben die feste Absicht, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Erhaltung von Frieden und Sicherheit im Nahen und Mittleren Osten zu erleichtern. Aus diesem Grunde werden sie den Bemühungen der Vereinten Nationen, den Frieden im Gebiet von Palästina zu stärken und die entsprechenden Beschlüsse des Weltsicherheitsrates durchzuführen, die erforderliche Unterstützung gewähren.

Die Regierungen der beiden Länder sind der Ansicht, daß zu diesem Zweck in unmittelbarer Zukunft wirksame Maßnahmen in Uebereinstimmung mit den nationalen Bestrebungen der betreffenden Länder, mit der Notwendigkeit, ihre Unabhängigkeit zu sichern, und in vollem Einklang mit den in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätzen ergriffen werden müssen.

Die Regierungen der beiden Länder appellieren an die betreffenden Staaten, Maßnahmen zu treffen, um eine Verschärfung der Spannung im Gebiet der Demarkationslinien, die in Uebereinstimmung mit dem Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und den arabischen Staaten geschaffen wurden, zu verhindern.

Sie werden außerdem die Vereinten Nationen bei einer Initiative zur Sicherung einer friedlichen Beilegung des Streits zwischen den arabischen Staaten und Israel auf einer für beide Seiten annehmbaren Basis unterstützen.

Sie erkennen die Bedeutung des Flüchtlingsproblems an und werden daher Maßnahmen der Vereinten Nationen zur Milderung der Notlage der Flüchtlinge unterstützen.

Die Regierungen der beiden Länder geben der starken Hoffnung Ausdruck, daß auch andere Staaten alles nur Mögliche tun werden, um die Vereinten Nationen bei der Herbeiführung einer friedlichen Beilegung des Streits zwischen den arabischen Staaten und Israel zu unterstützen und auf diese Weise Frieden und Sicherheit im Nahen und Mittleren Osten zu festigen.

Das Abrüstungsproblem

Im Zuge des Meinungsaustauschs wurde auch das Abrüstungsproblem erörtert. Die Vertreter der beiden Län-

der prüften die in den Diskussionen der Vereinten Nationen erreichte Position und die von beteiligten Mächten vorgelegten Vorschläge. Es herrschte Uebereinstimmung, daß eine Lösung dieses Problems für die Wahrung des allgemeinen Friedens von größter Wichtigkeit wäre.

Die Regierung der Sowjetunion und die Regierung des Vereinigten Königreichs messen dem Abschluß eines geeigneten internationalen Abkommens über dieses Problem große Bedeutung bei. Ein solches Abkommen würde dazu beitragen, die internationale Spannung zu vermindern, das Vertrauen zwischen den Staaten zu festigen und die Last der militärischen Ausgaben zu erleichtern.

Die beiden Regierungen stimmten darin überein, daß die Bewahrung der Menschheit vor der Gefahr eines Atomkrieges von allergrößter Wichtigkeit ist. Ihr gemeinsames Ziel bleibt das endgültige Verbot der nuklearen Waffen und die ausschließliche Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke. Sie werden deshalb ihre Bemühungen zur Erreichung dieses Zieles fortsetzen.

Die Regierungen der Sowjetunion und des Vereinigten Königreichs erkennen die Notwendigkeit an, ein Uebereinkommen über den unverzüglichen Beginn praktischer Maßnahmen für eine unter geeigneter internationaler Kontrolle stattfindende wesentliche Verringerung der Streitkräfte der Staaten (bei entsprechender Verminderung der Rüstungen), beginnend mit der Abrüstung bei den fünf Großmächten, zu erzielen.

Die Regierungen der beiden Länder werden ihre Bemühungen fortsetzen, das notwendige gegenseitige Verständnis in dieser Frage bei den betreffenden Staaten in den Vereinten Nationen und im Abrüstungsunterausschuß zu fördern.

Ausbau der britisch-sowjetischen Handelsbeziehungen

Außerdem wurden Fragen im Zusammenhang mit einem weiteren Ausbau des Handels zwischen der Sowjetunion und dem Vereinigten Königreich erörtert.

Die Vertreter der beiden Länder stimmten überein, daß der Ausbau des Handels zwischen der Sowjetunion und dem Vereinigten Königreich einen wichtigen Beitrag zur Schaffung engerer Beziehungen zwischen den beiden Ländern leisten könnte. Er würde eine rationellere Nutzung der Produktionsmöglichkeiten beider Länder fördern und außerdem den Handel zwischen Ost und West beleben.

Im Verlauf der Diskussionen erklärten die sowjetischen Vertreter, daß die Sowjetregierung bereit sei, den Handel mit dem Vereinigten Königreich beträchtlich auszuweiten. Die britischen Vertreter bekundeten gleichfalls ihr Interesse an einer Ausweitung dieses Handels. Die sowjetischen Vertreter erklärten, daß die Sowjetunion in den nächsten fünf Jahren von 1956 bis 1960, falls keine Handelsrestriktionen oder Diskriminierungen bestehen, ihre Einkäufe im Vereinigten Königreich auf schätzungsweise neun bis elf Milliarden Rubel oder achthundert Millionen bis eine Milliarde Pfund Sterling ausweiten könnte, darunter Aufträge auf verschiedene Anlagen und auf Schiffe für vier bis fünf Milliarden Rubel und Käufe einer großen Auswahl industrieller Erzeugnisse und Rohstoffe für fünf bis sechs Milliarden Rubel. Eine umfassende Liste von Maschinen, Ausrüstungen und Schiffen, die von den sowjetischen Organisationen im Vereinigten Königreich bestellt werden könnten, wurde den Vertretern des Vereinigten Königreichs übergeben.

Die Vertreter des Vereinigten Königreichs verwiesen darauf, daß ein Teil dieser Liste unter die bestehenden strategischen Kontrollen falle. Ein großer Teil der aufgeführten Güter und Rohstoffe ist jedoch frei von Beschränkungen, so daß die Möglichkeit für eine Steigerung des Handels besteht. Die Vertreter der Sowjetregierung verwiesen darauf, daß die ins Auge gefaßte Erhöhung sowjetischer Aufträge an das Vereinigte Königreich auf Maschinen, Ausrüstungen und Schiffe sowie auf Rohstoffe und Industriegüter die Sowjetunion vor die Notwendigkeit stellen würde, ihre Sterlilingeinnahmen durch eine entsprechende Steigerung ihres Exports zu erhöhen. Die Vertreter des Vereinigten Königreichs verwiesen darauf, daß der Markt des Vereinigten Königreichs einer großen Auswahl sowjetischer Exporte offen stehe.

Die Vertreter der beiden Regierungen kamen mit Rücksicht auf die erwähnten Ueberlegungen überein, daß die vorgenannte Liste auf britischer Seite mit Hilfe sowjetischer technischer Experten weiter studiert werden soll.

Sie kamen weiter überein, die Angelegenheit des Austauschs von Konsumgütern und der Erleichterung von Kontakten zwischen Käufern und Verkäufern weiter zu studieren.

Kulturelle und andere Kontakte

Die Vertreter der Sowjetunion und des Vereinigten Königreichs diskutierten auch das Problem engerer kultureller und anderer Kontakte. Sie nahmen eine gemeinsame Erklärung über diese Angelegenheit an, die als Anhang separat veröffentlicht wird.

26. April 1956

Der Premierminister des
Vereinigten Königreichs
Anthony Eden

Der Vorsitzende des
Ministerrats der UdSSR
N. Bulganin

Anhang

Gemeinsame Erklärung über den weiteren Ausbau der Kontakte zwischen dem Vereinigten Königreich und der UdSSR

Die Regierungschefs des Vereinigten Königreichs und der UdSSR sind bei Gelegenheit des Besuchs von N. A. Bulganin und N. S. Chruschtschow im Vereinigten Königreich nach einem Meinungsaustausch über das folgende übereingekommen:

1. Sie haben mit Befriedigung festgestellt, daß in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern im Hinblick auf kulturelle, wissenschaftliche und technische Kontakte gewisse Ergebnisse erzielt worden sind. Es haben Besuche von Regierungs- und Kommunalvertretern, von Wissenschaftlern sowie von Vertretern des kulturellen Lebens, Theaterensembles, Musikern und Sportmannschaften stattgefunden.

2. Sie erachten es als wünschenswert, daß die Regierungen der beiden Länder den Bürgern ihrer Länder jede Unterstützung zuteil werden lassen, damit sie die Erfahrungen und Leistungen des anderen Landes auf dem Gebiet der Literatur, der Malerei und Bildhauerei, des Theaters, der Musik, des Films, des Rundfunks und des Fernsehens wie auch der Wissenschaft, der Technik, der Bildung und der öffentlichen Gesundheitspflege kennenlernen können.

3. Sie begrüßen eine Steigerung aller Arten des Austauschs zwischen künstlerischen, technischen, wissenschaft-

lichen und sportlichen Organisationen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit unter Auswahl des Besten, das jedes Land zu bieten hat, und den Austausch entsprechend qualifizierter Studenten zum Studium an den Universitäten des anderen Landes.

4. Sie wünschen den Erfahrungsaustausch zwischen den hauptsächlich akademischen, fachlichen und wissenschaftlichen Institutionen im Vereinigten Königreich und in der Sowjetunion zu fördern und den Austausch von Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Technik und der Kultur zu erweitern.

5. Sie rechnen mit einer Steigerung der Einzel- und Gruppenbesuche sowjetischer Bürger im Vereinigten Königreich und von Bürgern des Vereinigten Königreichs in der Sowjetunion.

Beide Regierungen werden der Verwirklichung dieser Maßnahmen jede mögliche Unterstützung angedeihen lassen, insbesondere durch die Schaffung günstigerer wirtschaftlicher Bedingungen.

6. Im Hinblick auf die Förderung des gegenseitigen Verständnisses, die das Ziel dieses Austausches ist, kommen sie überein, der Bevölkerung des Vereinigten Königreichs und der Sowjetunion jede Möglichkeit zu bieten, die Meinungen und die Lebensweise der anderen kennenzulernen. Zu diesem Zweck werden sie praktische Schritte unternehmen, um einen freieren Nachrichtenaustausch durch das gesprochene und geschriebene Wort zu gewährleisten.

Quelle: *The Times*, Nr. 53 516 vom 27. April 1956. Deutscher Text: *Englische Rundschau*, Nr. 18 vom 4. Mai 1956.

Kommentar des britischen Außenministeriums zur deutschen Frage anlässlich der Veröffentlichung des Schlußkommuniqués über den sowjetischen Staatsbesuch

Die Herbeiführung der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit ist ein fundamentaler Leitsatz der Außenpolitik der Regierung Ihrer Majestät. Sie ist nach unserer Auffassung das wichtigste Mittel zur Erlangung der europäischen Sicherheit. Wie das Kommuniqué besagt, hat sich in den Erörterungen keine Verständigung über die Mittel zur Erreichung dieses Zieles ergeben. Jede Seite blieb bei ihrer bekannten Haltung.

Nach Ansicht der Regierung Ihrer Majestät nimmt die Verwirklichung der Wiedervereinigung Deutschlands unter den Problemen, deren Lösung zu fördern wir uns bemühen müssen, einen hervorragenden Platz ein. Dieses Ziel anzustreben, verpflichten uns überdies bindend die Pariser Abkommen von 1955.

Quelle: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 102 vom 28. April 1956.

Kommuniqué vom 27. April 1956 über die Besprechungen in Paris anlässlich des Besuchs des italienischen Staatspräsidenten

Anlässlich des Besuchs des Präsidenten der Italienischen Republik, Herrn Gronchi, beim Präsidenten der Französischen Republik, Herrn René Coty, fanden vom 25. bis zum 27. April in Paris Besprechungen statt, an denen der französische Ministerpräsident, Herr Guy Mollet, und die Außenminister der beiden Länder, Herr Martino und Herr Christian Pineau, teilnahmen.

Im Verlauf dieser Besprechungen, die durch einen Geist der Freundschaft und der engen Zusammenarbeit gekennzeichnet waren, wurde festgestellt, daß es angesichts der gegenwärtigen Lage in Europa und in der Welt wichtig ist, die von westlicher Seite bereits unternommenen Anstrengungen zur Sicherung eines dauerhaften, auf der Grundlage der Gerechtigkeit ruhenden Friedens weiter zu entwickeln.

Frankreich und Italien werden insbesondere weiterhin dem Nordatlantikpakt ihren vollen Beitrag leisten und zusammen darauf hinwirken, dieser Organisation auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet diejenige Entwicklung zu geben, die ihr erst ihre volle Bedeutung verleihen wird.

Frankreich und Italien werden ferner alle Pläne unterstützen, die — ohne Exklusivität gegenüber irgendjemand — darauf abzielen, die Bande zwischen den Nationen Westeuropas enger zu knüpfen, indem sie dem Europarat alle Handlungsmöglichkeiten geben, die er braucht, um die ihm zukommende Rolle der Initiative und Lenkung in vollem Umfange spielen zu können. Die beiden Länder setzen sich als Ziel eine europäische Inte-

gration, die geeignet ist, die bereits über die nationalen Grenzen hinaus bestehende Gemeinschaft der Ideen und Interessen zu festigen.

Von den auf diesen wichtigen Gebieten bereits erreichten Verhältnissen ausgehend, ist es von Bedeutung, zwischen dem Osten und dem Westen vertrauensvollere und aktivere Beziehungen herzustellen, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Eine solche Annäherung wird durch die Regelung der dringenden Probleme erleichtert werden, wie es die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und die Errichtung der europäischen Sicherheit auf einer angemessenen und soliden Grundlage sind.

In diesem Geiste bringen Frankreich und Italien den gegenwärtigen Verhandlungen über die Abrüstungsfrage großes Interesse entgegen. Die beiden Regierungen sind der Auffassung, daß rasche Fortschritte in dieser Frage nicht verfehlen werden, einen günstigen Einfluß auf die internationale Lage auszuüben. Sie werden im gegenseitigen Einvernehmen alle notwendigen Anstrengungen unternehmen, damit effektive Ergebnisse erzielt werden können.

Besondere Aufmerksamkeit wurde den Problemen gewidmet, die sich augenblicklich im gesamten Mittelmeergebiet stellen. Es ist klargestellt worden, daß jede Beeinträchtigung des Friedens und der Sicherheit in diesem Gebiete die Interessen der beiden Länder unmittelbar betreffen würde. Deshalb werden sie ihre Konsultationen fortsetzen, um der Politik des Friedens, der Stabilität und

des Gleichgewichts, die allein geeignet erscheint, die gegenwärtige Krise im Nahen Osten zu lindern, die erwünschte Wirksamkeit zu geben.

Die beiden Regierungen sind sich über die Notwendigkeit einig, auf dem Gebiete der bereits eingeleiteten wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern weitere Fortschritte zu erzielen, wozu die im letzten Jahre geschaffene französisch-italienische Kommission aktiv beiträgt. Konkrete Maßnahmen, deren Prüfung vor dem Abschluß steht, werden sich in dieser Hinsicht günstig auswirken.

Kommuniqué vom 2. Mai 1956 über die Besprechungen des Bundesaußenministers von Brentano mit der britischen Regierung

1. Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Heinrich von Brentano, begleitet von dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Prof. Hallstein, besuchte vom 30. April bis 3. Mai 1956 London als Gast der britischen Regierung. Während seines Besuches führte er Gespräche mit dem Premierminister, dem Schatzkanzler, dem Außenminister, dem Handelsminister und anderen Ministern der britischen Regierung.

2. Eine große Zahl internationaler Probleme, einschließlich derer des Nahen und des Fernen Ostens, wurde im Geiste der Freundschaft und des gegenseitigen Vertrauens erörtert. Insbesondere besprachen die Minister die jüngste Entwicklung der sowjetischen Außenpolitik. Sie waren der aufrichtigen Hoffnung, daß die kürzlich geführten englisch-sowjetischen Besprechungen sich als der Beginn einer wirklichen Zunahme des Vertrauens zwischen den Nationen erweisen möchten.

3. Die beiden Regierungen stimmten zugleich darin überein, daß sie keine Schwächung bestehender Organisationen in Erwägung ziehen können, die den Frieden so wirksam gesichert haben und die niemand bedrohen. Es bestand ferner Einvernehmen über die Notwendigkeit, die europäische Solidarität aufrecht zu erhalten und zu stärken.

4. Die Fragen der europäischen Sicherheit und der deutschen Wiedervereinigung wurden geprüft. Die beiden Regierungen sind wie bisher davon überzeugt, daß keine echte Sicherheit in Europa bestehen kann, solange die Spaltung Deutschlands andauert. Der britische Außenminister bestätigte erneut den Standpunkt der britischen Regierung, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit eines ihrer Hauptziele bleibt. Die

Der Pariser Besuch von Präsident Gronchi hat es also ermöglicht, die nahe Gemeinsamkeit der Ansichten, die zwischen den beiden verbündeten und befreundeten Völkern besteht, weiter zu entwickeln und zu festigen. Am Vorabend bedeutender Verhandlungen hat diese Begegnung es ermöglicht, die Grundlagen einer gemeinsamen Aktion für die Lösung der wichtigsten Weltprobleme, namentlich in Europa und im Mittelmeergebiet, zu legen.

Quelle: *Le Monde*, Nr. 3505 vom 29. April 1956. Uebersetzung des Europa-Archivs.

beiden Minister brachten ihren aufrichtigen Wunsch nach einem umfassenden Abrüstungsabkommen zum Ausdruck. Sie erkannten jedoch an, daß die praktische Verwirklichung der Abrüstung weitgehend von der Lösung der politischen Probleme in Deutschland und anderwärts abhängen werde.

5. Beide Länder betreffende wirtschaftliche Fragen wurden erörtert. Die deutsch-englischen Wirtschaftsbeziehungen haben sich stetig gebessert. In diesem Zusammenhang wurde die kürzlich vollendete Bildung eines deutsch-englischen Wirtschaftsausschusses mit Genugtuung aufgenommen. Beide Regierungen sind entschlossen, sich seiner in jeder Weise zur Förderung ihrer künftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu bedienen. Es besteht zwischen den beiden Regierungen eine weitgehende Gleichheit der Auffassungen und Interessen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik.

6. Hinsichtlich der finanziellen Regelung für die NATO-Truppen in Deutschland für 1956/57 wurde der britische Standpunkt freimütig ausgesprochen. Es wurde eine Zwischenregelung gefunden, um dem Fortgang der Verhandlungen Raum zu geben. Beide Regierungen glauben, daß eine Lösung dieses Problems im Interesse der Freundschaft zwischen den beiden Ländern und der Stärke des atlantischen Bündnisses wesentlich ist.

7. Das Ergebnis der Besprechungen hat beide Regierungen in der Ueberzeugung bestärkt, daß eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen ihren beiden Ländern im Interesse des Friedens und der freien Welt wesentlich ist.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 83 vom 4. Mai 1956.

Erklärung des Büros der Sozialistischen Internationale zur Frage der kommunistischen Politik vom 7. April 1956*

Sozialismus und Kommunismus haben nichts miteinander gemein. Die Kommunisten haben die wahre Idee des Sozialismus nur verzerrt. Wo immer sie an der Macht sind, haben sie jede Freiheit, jedes Recht der Arbeiter, jeden politischen Fortschritt und jeden menschlichen Wert

entstellt, die die Sozialisten in einem generationenlangen Kampf errungen haben.

Wir glauben an die Demokratie, sie verwerfen sie. Wir glauben an die Menschenrechte, sie spotten ihrer.

Stalins abermaliger Tod hat daran nichts geändert.

*) Bei der Sitzung, die unter dem Vorsitz des Generalsekretärs der englischen Arbeiterpartei, Morgan Phillips, stattfand, waren die sozialistischen Parteien folgender Länder vertreten:

Belgien, England, Frankreich, Holland, Israel, Italien, Kanada, Oesterreich und Schweden. Die deutschen Vertreter waren am Erscheinen verhindert.

Seine Verdammung durch jene, die — ob aus feiger Furcht oder aus wirklicher Mitschuld — ihm früher bei seinen Verbrechen beigestanden und seine Missetaten gepriesen haben, hat den Charakter des kommunistischen Regimes nicht wesentlich geändert.

Auch unter einer kollektiven Führung bleibt es eine Diktatur; und was jetzt „Leninismus“ genannt wird, ist nichts als eine frühere Ausgabe der Fehlauffassungen und Freveltaten des Stalinismus.

Wir nehmen den angeblichen Wunsch der Kommunistischen Partei der Sowjetunion nach gewissen Formen der Zusammenarbeit mit sozialistischen Parteien zur Kenntnis.

Aber wo immer sozialistische Parteien in den von den Russen beherrschten Teilen der Welt mit ihnen zusammengearbeitet haben, wurden sie vernichtet, zur Verschmelzung gezwungen oder sonst ausgemerzt. Durch die rücksichtslosen Methoden einer Diktatur, die sich wie zum Hohn „Volksdemokratie“ nennt.

Wir können auch nicht vergessen, daß den Sozialisten in den Ländern des Sowjetblocks jedes politische Recht verweigert wird und daß dort noch viele im Kerker schmachten, deren einziges Verbrechen es war, „an mehr als einen Weg zum Sozialismus zu glauben“.

Der Generalrat der Sozialistischen Internationale hat daher bereits erklärt, daß die jüngste Wandlung der kommunistischen Taktik

keinen Anlaß zur Aenderung der Stellungnahme des demokratischen Sozialismus bietet, daß er jede Ein-

heitsfront oder andere Form politischer Zusammenarbeit mit den Parteien der Diktatur entschieden ablehnt.

Während die Sozialistische Internationale somit jede Form der Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien ablehnt, begrüßt sie jede Zusammenarbeit der Regierungen, die die friedliche Lösung strittiger Probleme erleichtert. Die Sowjetunion trägt zusammen mit den Westmächten eine schwere Verantwortung für die Lösung großer Probleme, wie der Abrüstung und der Wiedervereinigung Deutschlands — Lösungen, auf die die ganze Welt wartet.

Doch könnte die Sowjetunion sofort zu einer Entspannung der internationalen Lage beitragen, indem sie die Waffenlieferungen an die arabischen Staaten einstellt, die die Kriegsgefahr im Mittelosten verschärft haben; indem sie die gehässige Propaganda gegen demokratische Staaten unterläßt und den freien Austausch von Nachrichten und Meinungen gestattet.

Wir erklären von neuem, daß es ohne Freiheit keinen Sozialismus gibt. Der Sozialismus kann nur durch die Demokratie verwirklicht werden, die Demokratie kann nur durch den Sozialismus vollendet werden.

Nur der demokratische Sozialismus eröffnet den Arbeitern der ganzen Welt den sichersten Weg zu ihrer Emanzipation und den Völkern der Welt den Weg zu einer vollkommenen Lebensform.

Quelle: Vorwärts Nr. 15 vom 13. April 1956

Schlußkommuniqué der zweiten Tagung des Rates des Bagdad-Paktes in Teheran vom 16. bis zum 19. April 1956

Der Rat des Bagdad-Paktes hielt seine zweite Ministerkonferenz vom 16. bis zum 19. April 1956 unter dem Vorsitz des persischen Ministerpräsidenten, Hussein Ala, in Teheran ab.

Auf der Konferenz waren die Ministerpräsidenten und Außenminister von Irak, Pakistan, Persien und der Türkei sowie der Verteidigungsminister Großbritanniens zugegen. An der Spitze einer Gruppe von Beobachtern der amerikanischen Regierung bei der Konferenz stand der stellvertretende Unterstaatssekretär der Vereinigten Staaten, Loy W. Henderson.

Der Rat betonte, daß die einzelnen Regierungen an den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen festhalten und daß der Bagdad-Pakt mit diesen Prinzipien völlig übereinstimmt. Sein Ziel sei es, zur Verwirklichung des Hauptzwecks der Charta, der Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit und der Förderung des Wohlstands der Menschheit, beizutragen. Der Pakt sei von rein defensivem Charakter. Wenn seine Mitglieder entschlossen seien, sich gegen jeden Angriff zu verteidigen, so wünschten sie gleichzeitig, mit allen Regierungen und allen Völkern in Frieden zu leben.

Der Rat stand vor der Aufgabe, die Berichte und Empfehlungen verschiedener Ausschüsse der Bagdadpakt-Organisation zu erörtern und die internationale politische Lage zu prüfen, insbesondere vom Gesichtspunkt ihrer Rückwirkungen auf das Gebiet des Paktes.

Im Lichte seiner gründlichen Prüfung der politischen Lage war der Rat der Meinung, daß die Grundziele des

internationalen Kommunismus unverändert geblieben sind, obwohl ein Wechsel in der Taktik stattgefunden hat. Seine Tätigkeit in dem Gebiete erfordere, daß die freie Welt in der Ausübung unaufhörlicher Wachsamkeit fortfahre, wenn ihre Solidarität erhalten bleiben und Freiheit und Frieden gewahrt werden sollen. Man dürfe in den Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit dieses Gebietes nicht nachlassen.

Nach Ansicht des Rates beruhen die Kritiken und Angriffe von neutralistischer und anderer Seite, die gegen den Bagdad-Pakt und andere ähnliche, zur rechtmäßigen Verteidigung und friedlichen Entwicklung ihrer Mitgliedstaaten geschaffenen Organisationen gerichtet sind, weitgehend auf einem Mangel an Kenntnis und auf einem Mißverstehen ihrer wahren Ziele.

Der Rat hegt die Hoffnung, daß, je mehr diese Ziele bekannt werden, diese Kritiken durch verständnisvolle und aktive Zusammenarbeit ersetzt werden und der Bagdad-Pakt, wie beabsichtigt, ein einigendes Element unter den Völkern des Gebietes werden wird, die einen freien und demokratischen Lebensstil bewahren wollen. Unterdessen aber können diese Kritiken und Angriffe nur dazu beitragen, daß das Gebiet gespalten und schwach bleibt und daß die Mitgliedstaaten entschlossen bleiben, ihnen aktiv und fest entgegenzutreten.

Es wurden auch besondere Probleme, die in diesem Gebiet Spannungen hervorriefen, gründlich und offen im Geiste gegenseitigen Verstehens erörtert. Der Rat unter-

strich insbesondere die Notwendigkeit einer baldigen Beilegung der Streitfälle von Palästina und Kaschmir.

Der Rat war der Ueberzeugung, daß inmitten dieser unruhigen politischen Lage der Bagdad-Pakt die besten Wege biete, Frieden und Beständigkeit zu sichern und das Wohl und die Einheit des Gebietes zu fördern, und daß er gleichzeitig der Sache des Weltfriedens wirksam diene.

Deshalb müssen dringende Schritte unternommen werden, um diesen Pakt zu stärken. Zu diesem Zwecke müssen die Mitgliedstaaten in diesem Gebiete mit den Mitteln zur Entwicklung ihrer militärischen und wirtschaftlichen Stärke ausgerüstet werden, und der Pakt muß sichtbare positive Ergebnisse zeitigen. Gleichzeitig sollten systematische Bemühungen unternommen werden, um bei den Nationen, die gegen den Pakt sind, ein besseres Verständnis für ihn zu schaffen.

Der Rat billigte den Bericht des Wirtschaftsausschusses sowie verschiedene von dem Ausschuß vorgelegte Entschlüsse. Diese sehen die Errichtung eines Lehrzentrums für den Gebrauch von landwirtschaftlichen Maschinen sowie für Boden- und Wasserkonservierungsmethoden vor, ferner die Errichtung gemeinsamer Ausbildungszentren für die Bekämpfung der Malaria und für Gesundheitserziehung, gemeinsam von zwei oder mehr Ländern durchzuführende Untersuchungen auf dem Gebiet der Heuschrecken und Schädlinge, die Koordinierung der Forschung auf bestimmten Gebieten und den Austausch technischen Personals und wissenschaftlicher und technischer Informationen.

Der Rat kam überein, daß es notwendig sei, die Resolutionen unverzüglich zu verwirklichen, insbesondere solche, die sich auf Projekte beziehen, welche aller Wahrscheinlichkeit nach baldige und sichtbare Ergebnisse zeitigen und das Wohl der Bevölkerung im Gebiete des Paktes fördern werden. Der Rat stellte mit Genugtuung fest, daß das Zentrum für Atomenergie im Januar 1957 in Bagdad eröffnet werden wird.

Der Rat machte besonders auf die Bedeutung gemeinsamer Projekte von gegenseitigem Interesse für einen oder mehrere Mitgliedstaaten aufmerksam. Es wurde beschlossen, daß ein technischer Ausschuß von Mitgliedern einer jeden der interessierten Regierungen in Ankara eingerichtet werden soll, um ein vorläufiges Studium der Möglichkeit eines gemeinsamen Entwicklungsplanes der Wasserquellen des Euphrat- und Tigrisbeckens zu unternehmen und Empfehlungen für die Ausführung weiterer detaillierter Studien zu unterbreiten, die erforderlich sein könnten.

Es wurden die Möglichkeiten der Erschließung von Bodenschätzen in den östlichen Teilen von Persien und von Nutzholzreserven in den Kaspischen Provinzen durch gemeinsame Bemühungen Persiens und Pakistans festgestellt.

Der Rat beschloß auch, eine Arbeitsgruppe zu schaffen, die im Juni 1956 in Teheran zusammentreten soll, um die Mittel zu erörtern, durch die regionale Projekte von Interesse für zwei oder mehrere Mitglieder des Paktes geprüft und durch wirtschaftliche und technische Unterstützung verwirklicht werden könnten. Der Rat anerkannte die weitreichende Notwendigkeit regionaler Zusammenarbeit und gemeinsamer Projekte auf den Gebieten der Industrie und der Verbindungswege.

Der Rat stellte fest, daß der Wirtschaftsausschuß eine detaillierte Untersuchung der Produktions- und Handelsformen zwischen den Mitgliedstaaten unternehmen wird mit dem Ziel, den Handel innerhalb des Paktgebietes zu fördern. Der Rat war der Ansicht, daß trotz der Tatsache, daß die Einfuhrbedürfnisse der Mitgliedstaaten des Paktgebietes zur Zeit gleichartig sind, doch Raum für die Erweiterung des Handels in diesem Gebiete in naher Zukunft bestehe. In Verbindung hiermit wurde Pakistans Angebot, Datteln vom Irak zu kaufen, begrüßt.

Der Rat anerkannte die Bedeutung technischer Hilfe zwischen den Mitgliedstaaten. Der Rat vereinbarte, daß ein Sekretariat diese Arbeiten auf der Grundlage der bereits durch den Wirtschaftsausschuß empfangenen Angebote koordinieren soll. Er stellte fest, daß das Vereinigte Königreich und Pakistan technische Unterstützung angeboten haben.

Der Rat hieß die aktive Teilnahme der Vereinigten Staaten an den Arbeiten der Pakt-Organisation willkommen. Der Rat war der Meinung, daß die aktive und fortgesetzte Unterstützung der Vereinigten Staaten für den Pakt und seine Ziele ein wesentlicher Faktor bei der Stärkung und Entwicklung der Mitgliedstaaten und bei der Verwirklichung ihrer friedlichen Ziele sei. Die Vereinigten Staaten bestätigten ihre volle Unterstützung des Paktes und erklärten, daß sie weiterhin die individuellen und kollektiven Bemühungen der Mitgliedstaaten, die politischen, defensiven, wirtschaftlichen und sozialen Ziele des Paktes zu erreichen, unterstützen werden.

Die Vereinigten Staaten wurden auf Einladung des Rates Vollmitglied des Wirtschaftsausschusses und des Ausschusses zur Bekämpfung von Umsturzversuchen. Die Statuten dieser beiden Ausschüsse sahen eine Erweiterung der Mitgliedschaft auf Nichtsignatarstaaten nach dem Ermessen des Rates vor. Der Delegierte der Vereinigten Staaten zum Wirtschaftsausschuß bestätigte die Absicht seines Landes, seine zweiseitige technische und wirtschaftliche Unterstützung an Mitgliedstaaten fortzuführen, und kündigte an, daß die Vereinigten Staaten Mittel und Wege suchen würden, gemeinsam von Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses des Paktes unternommene Projekte zu unterstützen.

Der Beobachter der Vereinigten Staaten beim Militärausschuß erbot sich, im ständigen Hauptquartier des Bagdad-Paktes eine militärische Verbindungsgruppe einzurichten, an deren Spitze ein Stabsoffizier oder ein General stehen wird. Der Rat begrüßte diesen Vorschlag und nahm ihn an. Die Beobachter der Vereinigten Staaten gaben der Absicht ihrer Regierung Ausdruck, ihre militärische Hilfe an die Mitgliedstaaten fortzusetzen.

Der Rat war der Ansicht, daß in diesem Gebiet die Gefahr von Umsturzversuchen besteht, und vereinbarte, daß dieser am wirksamsten durch Zusammenarbeit der Mitglieder des Paktes begegnet werden kann. Zu diesem Zwecke beschloß der Rat, eine ständige Organisation unter der administrativen Kontrolle des Generalsekretärs zu schaffen.

Der Rat anerkannte, daß der Gefahr des Umsturzversuches zwar durch Maßnahmen entgegengearbeitet werden kann, die dazu bestimmt sind, ihre wahre Natur aufzudecken und die Ziele und Tätigkeiten des Paktes in der breitesten Öffentlichkeit bekannt zu machen, daß aber das Wesen des Kampfes gegen Umsturzversuche

doch in der Beseitigung der Bedingungen liegt, unter denen sie gedeihen — nämlich der wirtschaftlichen Unterentwicklung und der Schwäche in der Verteidigung. Beide müssen so bald wie möglich beseitigt werden.

Im Lichte der gemeinsamen Entschlossenheit, die territoriale Integrität der Mitgliedstaaten des Paktes zu verteidigen, beschloß der Militärausschuß, alle notwendigen weiteren Maßnahmen zur Verteidigung der Bagdadpakt-Länder zu beschleunigen. Der Rat prüfte einen Bericht

des Ausschusses und stellte fest, daß auf militärischem Gebiet bereits beträchtliche Fortschritte erzielt worden sind.

Der Rat beschloß, seine nächste Tagung auf ministerieller Ebene im Monat Januar 1957 in Karachi abzuhalten und in der Zwischenzeit weiterhin regelmäßig auf der Ebene der Stellvertreter zusammenzukommen.

Quelle: *The New York Times*, Nr. 35881 vom 20. April 1956. Übersetzung des Europa-Archivs.

Dokumente zur Herstellung der Unabhängigkeit von Marokko und Tunesien

Gemeinsame französisch-marokkanische Erklärung mit dem dazugehörigen Protokoll, Briefwechsel und Communiqué vom 2. März 1956

Die Regierung der Französischen Republik und S.M. Mohammed V., Sultan von Marokko, bekräftigen ihren Willen, die Erklärung von La Celle Saint-Cloud vom 6. November 1955* in vollem Ausmaß zu verwirklichen.

Sie stellen fest, daß infolge der vollzogenen Evolution Marokkos auf dem Wege des Fortschritts der Vertrag von Fès vom 30. März 1912** künftig nicht mehr den Erfordernissen des modernen Lebens entspricht und die französisch-marokkanischen Beziehungen nicht mehr bestimmen kann.

Infolgedessen bestätigt die Regierung der Französischen Republik in feierlicher Weise die Anerkennung der Unabhängigkeit Marokkos, die insbesondere eine eigene Diplomatie und eine eigene Armee einschließt, sowie ihren Willen, die Integrität des marokkanischen Territoriums, das durch internationale Verträge garantiert ist, zu achten und ihr Achtung zu verschaffen.

Die Regierung der Französischen Republik und S. M. Mohammed V. von Marokko erklären, daß die Verhandlungen, die vor kurzem zwischen Marokko und Frankreich, zwei souveränen und gleichen Staaten, in Paris eingeleitet wurden, zum Ziele haben, neue Abkommen zu schließen, welche die gegenseitige Abhängigkeit der beiden Länder auf den Gebieten, wo ihre Interessen gemeinsame sind, definieren werden, die auf diese Weise ihre Zusammenarbeit auf der Grundlage der Freiheit und Gleichheit, insbesondere in Angelegenheiten der Verteidigung, der auswärtigen Beziehungen, der Wirtschaft

und der Kultur organisieren werden und welche die Rechte und die Freiheiten der in Marokko niedergelassenen Franzosen und der in Frankreich niedergelassenen Marokkaner in Achtung der Souveränität der beiden Staaten garantieren werden.

Die Regierung der Französischen Republik und S.M. Mohammed V. von Marokko kommen überein, daß bis zum Inkrafttreten dieser Abkommen die neuen Beziehungen zwischen Frankreich und Marokko sich auf die Bestimmungen des der vorliegenden Erklärung angefügten Protokolls gründen werden.

Gegeben zu Paris in doppeltem Original am 2. März 1956.

Christian Pineau
Embarek Bekkai

Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* (Fernaussgabe) Nr. 307 vom 8. November 1955.

Protokoll

1. Die legislative Gewalt wird souverän durch S.M. den Sultan ausgeübt. Der Vertreter Frankreichs erhält Kenntnis von den Entwürfen zu Verfügungen und Dekreten. Er unterbreitet Bemerkungen, wenn diese Texte die Interessen Frankreichs, der Franzosen oder der Ausländer während der Uebergangsperiode betreffen.

2. S.M. Mohammed V., Sultan von Marokko, verfügt über eine nationale Armee. Frankreich gewährt Marokko seine Unterstützung zum Aufbau dieser Armee. Das

* Die Erklärung von La Celle Saint-Cloud vom 6. November 1955 hat laut NZZ vom 8. 11. folgenden Wortlaut:

„Seine Majestät, der Sultan von Marokko, Sidi Mohammed Ben Youssef, und Außenminister Pinay hatten am 6. November 1955 im Schloß La Celle Saint-Cloud eine Zusammenkunft. Außenminister Pinay legte dabei die allgemeinen Grundzüge der Politik der französischen Regierung auf Grund des Communiqués des Ministerrates vom 5. November 1955 dar. Seine Majestät der Sultan erklärte sich erneut mit diesen Grundsätzen einverstanden. Im Einvernehmen mit der französischen Regierung hat der Sultan den am 3. November 1955 eingesetzten Thronrat beauftragt, die laufenden Geschäfte bis zu seiner Rückkehr nach Rabat zu erledigen.“

Der Sultan hat auch erneut seinen Willen bekräftigt, eine repräsentative marokkanische Regierung der verschiedenen Tendenzen zu bilden. Diese Regierung wird vor allem die Aufgabe haben, institutionelle Reformen auszuarbeiten, durch die Marokko zu einem demokratischen Staat mit einer konstitutionellen Monarchie wird. Die marokkanische Regierung

soll ferner mit Frankreich Verhandlungen führen, damit Marokko das Statut eines unabhängigen Staates erlangen kann, der mit Frankreich durch die dauernden Bande einer frei gewählten und bestimmten gegenseitigen Abhängigkeit verbunden ist.

Seine Majestät der Sultan von Marokko und Außenminister Pinay bestätigten beide die Auffassung, daß Frankreich und Marokko gemeinsam und ohne die Intervention Dritter ihre gemeinsame Zukunft in Anerkennung ihrer Souveränität, bei gegenseitiger Garantie ihrer Rechte und in Respektierung ihrer Verträge mit ausländischen Mächten gestalten müssen.“

** Traité conclu à Fez, le 30 mars 1912, entre la France et le Maroc pour l'organisation du protectorat dans l'Empire chérifien; unterzeichnet von *Regnault* und *Moulay Abdel Hafid*, in Kraft getreten am 20. Juli 1912; *Journal Officiel* vom 27. Juli 1912, S. 6771, auch in: „Traités et Accords concernant le Protectorat de la France au Maroc“, Paris: A. Pedone/J. Gamber 1914.

gegenwärtige Statut der französischen Armee in Marokko bleibt während der Uebergangsperiode unverändert.

3. Die bisher Frankreich vorbehaltenen Verwaltungsvollmachten werden Gegenstand eines Transfers sein, dessen Modalitäten durch ein gemeinsames Abkommen festgesetzt werden.

Die marokkanische Regierung ist mit beratender Stimme im Komitee der Franc-Zone, dem zentralen Leitungsorgan der Währungspolitik für die Gesamtheit der Franc-Zone, vertreten.

Andererseits werden die Garantien, welche die in Marokko dienenden französischen Funktionäre und Agenten genießen, aufrechterhalten.

4. Der Vertreter der Französischen Republik in Marokko trägt den Titel eines Hochkommissars von Frankreich.

Gegeben zu Paris in doppeltem Original am 2. März 1956.

Christian Pineau
Embarek Bekkai

Erster Briefwechsel

zwischen Seiner Exzellenz Embarek Bekkai, Präsident der marokkanischen Regierung, Präsident der marokkanischen Delegation, und M. Christian Pineau, Außenminister, Präsident der französischen Delegation

Paris, den 2. März 1956

Gemäß der gemeinsamen Erklärung und dem Protokoll vom heutigen Tage gebe ich mir die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die marokkanische Regierung die französische Regierung bittet, weiterhin die Führung der auswärtigen Beziehungen Marokkos sowie die Vertretung und den Schutz der marokkanischen Staatsangehörigen und die marokkanischen Interessen im Ausland sicherzustellen, bis sich die beiden Regierungen über neue Bestimmungen für die Uebergangszeit auf Wunsch der marokkanischen Regierung geeinigt haben.

Mit der Versicherung meiner
vorzüglichsten Hochachtung
Embarek Bekkai

Paris, den 2. März 1956

Sie waren so freundlich, mir in einem Schreiben heutigen Datums folgendes mitzuteilen:

(folgt Text des obigen Schreibens)

Ich habe die Ehre, Sie des Einverständnisses der französischen Regierung mit dieser Bitte zu versichern.

Mit der Versicherung meiner
vorzüglichsten Hochachtung
Christian Pineau

Zweiter Briefwechsel

zwischen M. Christian Pineau, Außenminister, Präsident der französischen Delegation, und Seiner Exzellenz Embarek Bekkai, Präsident der marokkanischen Regierung, Präsident der marokkanischen Delegation

Paris, den 2. März 1956

Ich gebe mir die Ehre, Ihnen vorzuschlagen, daß eine aus Vertretern der marokkanischen und der französischen Regierungen zusammengesetzte Kommission sich am 12. März 1956 entweder in Rabat oder in Paris versam-

eln soll, um die Durchführung des Artikels 2 des Protokolls vom 2. März 1956 zu gewährleisten.

Mit der Versicherung meiner
vorzüglichsten Hochachtung
Christian Pineau

Paris, den 2. März 1956

Sie waren so freundlich, mir in einem Schreiben heutigen Datums folgendes mitzuteilen:

(folgt Text des obigen Schreibens)

Ich habe die Ehre, Ihnen zu versichern, daß die marokkanische Regierung diesen Vorschlag annimmt.

Mit der Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung.

Embarek Bekkai

Dritter Briefwechsel

zwischen Seiner Exzellenz Embarek Bekkai, Präsident der marokkanischen Regierung, Präsident der marokkanischen Delegation, und M. Christian Pineau, Außenminister, Präsident der französischen Delegation

Paris, den 2. März 1956

Es ist mir sehr wichtig, Sie des Einverständnisses der marokkanischen Regierung zu versichern, keine Aenderungen des gegenwärtigen Regimes auf dem Gebiete der Währung und der Finanzen vorzunehmen, bis neue Modalitäten der Zusammenarbeit unserer beiden Länder auf diesen Gebieten im Sinne der gemeinsamen Erklärung und des Protokolls vom heutigen Tage vereinbart sind.

Mit der Versicherung meiner
vorzüglichsten Hochachtung
Embarek Bekkai

Paris, den 2. März 1956

Sie waren so freundlich, mir in einem Schreiben heutigen Datums folgendes mitzuteilen:

(folgt Text des obigen Schreibens)

Ich habe die Ehre, Sie des Einverständnisses der französischen Regierung über die vorstehenden Bestimmungen zu versichern.

Mit der Versicherung meiner
vorzüglichsten Hochachtung
Christian Pineau

Vierter Briefwechsel

zwischen Seiner Exzellenz Embarek Bekkai, Präsident der marokkanischen Regierung, Präsident der marokkanischen Delegation, und M. Christian Pineau, Außenminister, Präsident der französischen Delegation

Paris, den 2. März 1956

Ich gebe mir die Ehre, Ihnen vorzuschlagen, daß zur Ausführung von Artikel 3 des Protokolls vom 2. März 1956 eine aus französischen und marokkanischen Vertretern zusammengesetzte Kommission sich am 10. März 1956 in Rabat versammeln soll, um die bis jetzt zurückgestellte Frage des Transfers der Exekutivgewalt zu prüfen, mit Ausnahme der Währungs-, Finanz-, militärischen und diplomatischen Fragen, die entweder in Rabat oder in Paris behandelt werden.

Mit der Versicherung meiner
vorzüglichsten Hochachtung
Embarek Bekkai

Paris, den 2. März 1956

Sie waren so freundlich, mir in einem Schreiben heutigen Datums folgendes mitzuteilen:

(folgt Text des obigen Schreibens)

Ich habe die Ehre, Sie vom Einverständnis der französischen Regierung über die vorstehenden Bestimmungen in Kenntnis zu setzen.

Mit der Versicherung meiner
vorzüglichsten Hochachtung
Christian Pineau

Kommuniqué des französischen Außenministeriums
vom 2. März 1956

Die französische Regierung beabsichtigt, in Befolgung der Bestimmungen der französischen Verfassung, dem Parlament zu gegebener Zeit die gesamten Abkommen zur Ratifizierung vorzulegen, die sich aus der vorliegenden Erklärung und den Konventionen ergeben, die das Ergebnis der gegenwärtigen Gespräche über die Wechselbeziehungen zwischen Marokko und Frankreich und die Garantie der Rechte und Interessen der in Marokko niedergelassenen Franzosen sein werden.

Quelle: *La Documentation Française, Textes du Jour* (Documents de Politique internationale) No. 328 vom 6. März 1956. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Französisch-tunesisches Protokoll vom 20. März 1956 mit Kommuniqué

Am 3. Juni 1955 sind die französische und die tunesische Regierung nach vorausgegangenen freien Verhandlungen zwischen ihren Delegationen übereingekommen, Tunesien die volle Ausübung der internen Souveränität zu übertragen. Sie bekundeten somit ihren Willen, dem tunesischen Volk zu erlauben, seine volle Entfaltung zu erlangen und schrittweise die Lenkung seines Geschicks selbst in die Hand zu nehmen.

Die beiden Regierungen erkennen an, daß die harmonische und friedliche Entwicklung der französisch-tunesischen Beziehungen den Geboten der modernen Welt entspricht. Mit Befriedigung stellen sie fest, daß diese Entwicklung das Erlangen der vollen Souveränität ohne Schaden für das Volk und ohne Nachteile für den Staat ermöglicht. Sie sind überzeugt, daß Frankreich und Tunesien die Solidarität stärken, die sie zum größten Wohle der beiden Länder eint, indem sie ihre Beziehungen auf die gegenseitige und volle Achtung ihrer Souveränitäten in der Unabhängigkeit und Gleichheit der beiden Staaten gründen.

Nach der Regierungserklärung des französischen Ministerpräsidenten und der Antwort Seiner Hoheit des Bey, in denen ihr gemeinsamer Wille bekräftigt wurde, ihre Beziehungen im Geiste des Friedens und der Freundschaft zu gestalten, haben die beiden Regierungen am 27. Februar Verhandlungen in Paris eröffnet.

Infolgedessen erkennt Frankreich die Unabhängigkeit Tunesiens feierlich an.

Daraus ergibt sich:

a) Daß der am 12. Mai 1881 zwischen Frankreich und Tunesien abgeschlossene Vertrag* nicht mehr die französisch-tunesischen Beziehungen bestimmen kann.

b) Daß diejenigen Bestimmungen der Konventionen vom 3. Juni 1955**, die im Widerspruch zu dem neuen Status Tunesiens als eines unabhängigen und souveränen Staates stehen, abgeändert oder aufgehoben werden sollen.

Daraus ergibt sich gleicherweise:

c) Daß Tunesien die Verantwortung auf den Gebieten der Außenpolitik, der Sicherheit und der Verteidigung sowie die Verantwortung für den Aufbau einer tunesischen Nationalarmee selbst übernimmt.

In der Achtung ihrer Souveränität kommen Frankreich und Tunesien überein, die Modalitäten für eine wechselseitige Abhängigkeit zu definieren oder zu vervollständigen. Diese Wechselbeziehungen sollen durch organisierte Zusammenarbeit auf allen Gebieten gemeinsamen Interesses, vor allem auf dem Gebiete der Verteidigung und der auswärtigen Beziehungen, frei hergestellt werden.

Die zwischen Frankreich und Tunesien geschlossenen Abkommen werden die Modalitäten für die Hilfe festlegen, die Frankreich Tunesien beim Aufbau der tunesischen Nationalarmee gewähren wird.

Die Verhandlungen werden am 16. April 1956 wieder aufgenommen werden, um die notwendigen Verträge zur Verwirklichung der in diesem Protokoll enthaltenen Grundsätze in möglichst kurzer Frist abzuschließen.

Gegeben zu Paris, in doppeltem Original,

am 20. März 1956

Für Frankreich:

Christian Pineau

Für Tunesien:

Tahar Ben Ammar

Kommuniqué des französischen Außenministeriums
vom 20. März 1956***

Die französische Regierung hat die Absicht, in Befolgung der Bestimmungen der französischen Verfassung dem Parlament zu gegebener Zeit die Abkommen, die gemäß den Prinzipien des Protokolls des Uebereinkommens vom 20. März 1956 geschlossen werden sollen, zur Ratifizierung vorzulegen.

Quelle: *La Documentation Française, Textes du Jour* (Documents de Politique internationale) No. 335 vom 22. März 1956. Uebersetzung des Europa-Archivs.

*) *Traité de garantie conclu à Kassar-Said entre la France et Tunis, le 12 mai 1881*; unterzeichnet von General Bréart und Mohammed es-Saddoq Bey; *Journal Officiel*, Année 1881, auch in *Martins „Recueil des Traités“* und in: „La question italienne en Tunisie (1868—1938)“, Paris: Jouve et Cie. 1939.

**) Vgl. den Wortlaut in *La Documentation Française*,

Notes et Etudes Documentaires No. 2034 vom 18. Juni 1955. 103 Seiten (mit Karte).

*** Vgl. hierzu auch die Erklärung des französischen Außenministers Christian Pineau anläßlich der Unterzeichnung des französisch-tunesischen Protokolls am 20. März 1956 in *La Documentation Française, Textes du Jour* No. 335 vom 22. März 1956.

Gemeinsame spanisch-marokkanische Erklärung vom 7. April 1956 mit Zusatzprotokoll

Die spanische Regierung und Seine Majestät Mohammed V., Sultan von Marokko, in dem Wunsche, einander auf der Basis der Gegenseitigkeit auf besonders freundschaftliche Weise zu behandeln, ihre hundertjährigen Freundschaftsbände zu stärken und den Frieden in dem Gebiet, in dem ihre beiden Länder liegen, zu konsolidieren, haben die Veröffentlichung folgender Erklärung beschlossen:

1. Die spanische Regierung und Seine Majestät Mohammed V., Sultan von Marokko, sind der Auffassung, daß das im Jahre 1912 in Marokko errichtete Regime den gegenwärtigen Realitäten nicht entspricht und erklären, daß die in Madrid am 27. November 1912 unterzeichnete Konvention*) die künftigen spanisch-marokkanischen Beziehungen nicht mehr bestimmen kann.

2. Infolgedessen anerkennt die spanische Regierung die von Seiner Majestät dem Sultan Mohammed V. proklamierte Unabhängigkeit Marokkos und seine volle Souveränität, mit allen Attributen dieser Souveränität, inbegriffen das Recht Marokkos auf eine eigene Diplomatie und eine eigene Armee. Sie bekräftigt ihren Willen, die territoriale Einheit des Reiches zu respektieren, die durch die internationalen Verträge garantiert wird. Sie verpflichtet sich, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sie wirksam zu gestalten.

Die spanische Regierung verpflichtet sich gleichermaßen, Seiner Majestät dem Sultan die Hilfe und den Beistand zu gewähren, die auf Grund einer gemeinsamen Vereinbarung als notwendig erkannt werden, insbesondere was die auswärtigen Beziehungen und die Verteidigung betrifft.

3. Die in Madrid zwischen der spanischen Regierung und Seiner Majestät Mohammed V. eingeleiteten Verhandlungen haben den Abschluß neuer Verträge zwischen den beiden Parteien zum Ziel.

Diese beiden Parteien sind souverän und gleichberechtigt, und die Verträge dienen dem Zweck, die freie Zusammenarbeit der beiden Nationen auf dem Boden ihrer gemeinsamen Interessen zu definieren. Diese Verträge werden auch — in dem oben erwähnten besonders freundschaftlichen Geiste — die Freiheiten und Rechte

der in Marokko niedergelassenen Spanier wie auch der in Spanien niedergelassenen Marokkaner garantieren, und zwar auf privatem, wirtschaftlichem, kulturellem und sozialem Gebiet auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und der gegenseitigen Respektierung der Souveränität.

4. Die spanische Regierung und Seine Majestät der Sultan sind sich darüber einig, daß bis zum Inkrafttreten der erwähnten Verträge die Beziehungen zwischen Spanien und Marokko durch das der gegenwärtigen Erklärung angefügte Zusatzprotokoll bestimmt werden.

Madrid, 7. April 1956

Embarek Bekkai Martin Artajo

Zusatzprotokoll

1. Die legislative Gewalt wird souverän von Seiner Majestät dem Sultan ausgeübt. Der Vertreter Spaniens wird in Rabat Kenntnis von den Entwürfen zu Verfügungen und Dekreten erhalten, die sich auf die spanischen Interessen beziehen, und die erforderlichen Bemerkungen abfassen können.

2. Die bisher von den spanischen Behörden in Marokko ausgeübten Befugnisse werden der marokkanischen Regierung übertragen, und zwar in Einklang mit Verfahren, die in einem gemeinsamen Abkommen festgelegt werden. Die Garantien für die spanischen Beamten in Marokko werden aufrechterhalten.

3. Die spanische Regierung wird die marokkanische Regierung bei der Organisation ihrer Armee unterstützen. Das gegenwärtige Statut der spanischen Armee in Marokko bleibt während der Uebergangsperiode in Kraft.

4. Der gegenwärtige Stand der Peseta erfährt bis zum Abschluß eines neuen diesbezüglichen Abkommens keine Aenderung.

5. Von der Veröffentlichung der vorliegenden Erklärung an sind die Visa und alle administrativen Formalitäten, die bisher im Personenverkehr von einer Zone zur anderen erforderlich waren, aufgehoben.

6. Die spanische Regierung wird weiterhin den Schutz der Interessen der Marokkaner wahrnehmen, die aus der durch die Konvention vom 27. November 1912 definierten Zone stammen und im Ausland niedergelassen sind, bis die Regierung Seiner Majestät des Sultans selbst diesen Schutz übernimmt.

Madrid, 7. April 1956

Embarek Bekkai Martin Artajo

Quelle: *La Documentation Française, Textes du Jour* (Documents de Politique internationale) No. 343 vom 10. April 1956. Übersetzung des Europa-Archivs.

*) Convention conclue à Madrid, le 27 novembre 1912, entre la France et l'Espagne en vue de préciser la situation respective des deux pays à l'égard de l'Empire chérifien; unterzeichnet von Geoffray und Prieto, in Kraft getreten am 3. April 1913; *Journal Officiel* vom 5. April 1913, S. 3049, auch in: „Traité et Accords concernant le Protectorat de la France au Maroc“, Paris: A. Pedone/J. Gamber 1914.

Informationen und Berichte

Der Brüsseler Sachverständigen-Bericht

Gemeinsame Vorschläge der Delegationsleiter des Spaak-Ausschusses an die Außenminister

Der von der Messina-Konferenz eingesetzte Regierungsausschuß unter dem Vorsitz des belgischen Außenministers, Paul Henri Spaak¹, hat den „Bericht der Delegationsleiter an die Außenminister“ vom 21. April 1956 veröffentlicht².

Der Bericht behandelt in drei Teilen den gemeinsamen Markt, „Euratom“ und „Sachgebiete, die vordringlich behandelt werden müssen“. In einem Vorwort zum Bericht, das in wenigen prägnanten Sätzen auf die Bedrohung der wirtschaftlichen Selbständigkeit Europas hinweist, werden die Zusammenlegung der Atomindustrie und die Errichtung eines allgemeinen gemeinsamen Marktes als die beiden wesentlichen Ziele der Einigung Europas auf wirtschaftlichem Gebiet bezeichnet. Mit dem vorliegenden Bericht sei nunmehr die erste Phase der Arbeiten abgeschlossen, die darin bestanden habe, die geeigneten Methoden zur Verwirklichung dieser Ziele aufzufinden zu machen. Er enthalte einen gemeinsamen Vorschlag, der „nicht ohne Fühlungnahme mit den Regierungen und Verwaltungen“ erarbeitet sei, die Regierungen jedoch nicht binde. Die Delegationsleiter empfehlen den Regierungen einstimmig, diesen Bericht den Vertragsverhandlungen zugrunde zu legen.

Gemeinsamer Markt

Der ganze Problemkreis des gemeinsamen Marktes wird im ersten, umfangreichsten Teil des Berichts (S. 4–109) unter drei Titeln mit je vier, zum Teil noch unterteilten Kapiteln behandelt. Die wesentlichen Grundsätze sind in der Einleitung dieses ersten Teils niedergelegt, die eine zusammenfassende Darstellung der Vorschläge für die Errichtung und Sicherung des gemeinsamen Marktes gibt. Sie beginnt mit einem Hinweis darauf, daß eine anhaltende wirtschaftliche Expansion weniger zu Standortverlagerungen als vielmehr zu einer beschleunigten Entwicklung der wirtschaftlich rationellsten Produktionsweise führen wird. Im übrigen werde in Zukunft die Kernenergie größere Freiheit hinsichtlich der Standortwahl für neue Industrien geben, so daß „die zukünftigen Wettbewerbsbedingungen in Europa . . . nicht mehr hauptsächlich durch die natürlichen Standortbedingungen bestimmt werden“. Als Mittel der Verwirklichung des gemeinsamen Marktes werden aufgezählt: Fristen und Anpassungsmaßnahmen; Aufstellung von Wettbewerbsregeln, die eine willkürliche Begünstigung einzelner Industrien durch die Staaten oder

private Praktiken verhindern; schließlich, als gemeinsame Aufgabe der Staaten, Sicherung der Währungsstabilität, der wirtschaftlichen Expansion und des sozialen Fortschritts. Geeignete Institutionen werden für notwendig gehalten, die die Einhaltung der gemeinsamen Regeln und Maßnahmen sicherstellen. Durchführbar sei dies alles nur auf regionaler Ebene, d. h. zwischen Staaten, „die sich politisch eng verbunden fühlen und bereit sind, ihr allgemeines Verhalten und ihre Rechtsvorschriften den neuen Verhältnissen anzupassen“. Deshalb werde jedoch dieser Markt nicht im Gegensatz zur übrigen Welt stehen oder die internationale Arbeitsteilung gefährden. „Die in diesem Markt zusammengeschlossenen Volkswirtschaften erhalten im Gegenteil die wirkliche Stärke, um die Schutzmaßnahmen für ihr Gebiet verringern zu können, zur allgemeinen Senkung der Zollschränken in der Welt beizutragen und die Beziehungen mit anderen Ländern, die sich nicht zu einem Beitritt entschließen können, enger als vorher zu gestalten.“

Drei eng miteinander verbundene Fragenkomplexe werden als Hauptgegenstand des Berichts bezeichnet: die Beseitigung der Handelshemmnisse aller Art in verschiedenen Etappen; die Sicherung der Wettbewerbsregeln unter Berücksichtigung des notwendigen Ausgleichs der Zahlungsbilanzen; über die Vereinigung der vorhandenen Produktionskräfte hinaus „die Erschließung neuer wirtschaftlicher Möglichkeiten durch die Förderung der unterentwickelten Gebiete und die Nutzung bisher nicht eingesetzter Arbeitskräfte, eine finanzielle Unterstützung der Umstellung der Unternehmen und der Arbeitnehmer auf eine produktivere Wirtschaftstätigkeit und endlich, auf diesen Maßnahmen aufbauend, die Freizügigkeit der Produktionsfaktoren selbst, des Kapitals und der Menschen“. Eine längere Uebergangszeit wird insbesondere im Hinblick darauf gefordert, daß sie die Voraussetzungen für eine aufeinander abgestimmte Währungs- und Sozialpolitik schafft. Der Endtermin der vorgeschlagenen drei Etappen von je 4 Jahren, die in sich eine gewisse Einheit bilden, soll für alle Maßnahmen gleich sein, ohne grundsätzlich auf die Möglichkeit gewisser zeitlich begrenzter Ausnahmegenehmigungen auch nach Ablauf der Uebergangszeit zu verzichten. Die Festlegung eines festen Endtermins in Verbindung mit der erforderlichen Elastizität der Mittel trage zugleich den internationalen Regeln Rechnung, in deren Anwendung der Bericht der Form einer Zollunion den Vorzug gibt. Mit anderen europäischen Ländern, die eine Mitgliedschaft nicht für möglich halten, soll über eine enge Assoziierung verhandelt werden. Die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten des gemeinsamen Marktes und bestehenden internationalen Organisationen mit weiterer Zuständigkeit und größerer Mitgliederzahl sollen genau festgelegt werden. Hier bestehe kein Gegensatz, sondern eine sinnvolle Ergänzung; die Festlegung aller im einzelnen notwendigen Regeln und Verpflichtungen im Verträge selbst wird dagegen abgelehnt. Dabei wird vor allem auf die folgenden wesentlichen Gruppen von Maßnahmen hingewiesen:

- 1) die Einhaltung der von den Staaten eingegangenen Verpflichtungen zu sichern;

¹ Leiter der Delegationen der sechs Länder sind: für Deutschland Botschafter Ophüls, für Belgien der Generalsekretär des Wirtschaftsministeriums, Baron Snoy, für Frankreich der ehemalige Minister Gaillard, für Italien der ehemalige Minister Benvenuti, für Luxemburg Botschafter Schaus und für die Niederlande Professor Verrijn Stuart.

² Dokument MAE 120, vorläufige Fassung, Bd. I (S. I–VI, 1–109) und II (I–II, 110–151); deutsch und französisch herausgegeben vom Sekretariat des Regierungsausschusses in Brüssel, zur Veröffentlichung freigegeben am 23. 4. 1956. — Zur Darstellung des Inhalts der Vorschläge vgl. den Bericht Spaaks vor der Gemeinsamen Versammlung im März 1956 (Europa-Archiv 8/1956, S. 8779–8782).

- 2) für die Einhaltung der Wettbewerbsnormen durch die Unternehmen zu sorgen;
- 3) die Bedingungen für die Beseitigung der Subventionen und anderer Einrichtungen gleicher Wirkung festzulegen oder, soweit in besonderen Fällen erforderlich, Ausnahmen zu genehmigen;
- 4) etwaige Verzerrungen auszugleichen und, soweit erforderlich oder erwünscht, eine Harmonisierung der Gesetzgebung vorzubereiten;
- 5) die Bestimmungen über die Anpassung und die Entwicklung der Investitionen anzuwenden;
- 6) die Ausnahmegenehmigungen und Schutzklauseln zu handhaben;
- 7) eine gemeinsame Politik in den Beziehungen zu dritten Ländern zu fördern;
- 8) die Anstrengungen auf die Erhaltung der Währungsstabilität und eines hohen Beschäftigungs- und Tätigkeitsniveaus unter den beteiligten Staaten auszurichten.

Es werden vier Organe mit klar abgegrenzten Zuständigkeiten vorgeschlagen, für deren Tätigkeit als oberster Grundsatz gelten soll, daß — „solange noch Unterschiede in der Wirtschafts- und Währungspolitik bestehen“ — alle allgemeinen wirtschaftlichen Fragen den Regierungen vorbehalten bleiben und nur die mit dem Funktionieren des gemeinsamen Marktes verbundenen Probleme abgeordnet werden. Dem „gemeinsamen Organ“ soll jedoch die Möglichkeit gegeben werden, auf dem Gebiet der allgemeinen Wirtschaftspolitik „Vorschläge zu machen, eine Einigung zu erleichtern und eine bessere Koordinierung zu gewährleisten“. Die Organe sind: ein Ministerrat, eine Europäische Kommission, der Gerichtshof der EGKS und die Gemeinsame Versammlung der EGKS, außerdem ein Investitionsfonds als unabhängige Körperschaft mit kaufmännischer Leitung, dessen wirtschaftspolitische Richtlinien von einem „Rat der Gouverneure“, bestehend aus Vertretern der Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission, erlassen werden.

Aus der Einzeldarstellung der Vorschläge für den gemeinsamen Markt, die vielfach mit begründenden wirtschaftstheoretischen Darlegungen durchsetzt ist, sind hervorzuheben die Abschnitte über Zölle und Kontingente (Titel I, Kap. 1 und 2, S. 22—37), Landwirtschaft (I, 4, S. 43—53), Investitionsfonds (III, 1, S. 83—91), Anpassung und Freizügigkeit der Arbeitnehmer (III, 2 und 3, S. 92—103), freien Kapitalverkehr (III, 4, S. 104—109).

Euratom

Der zweite Teil des Berichts (Bd. II, S. 110—139) enthält die Vorschläge für eine gemeinsame Organisation zur Nutzung der Atomenergie, „Euratom“ genannt. Auch hier erläutert und entwickelt eine ausführliche Einleitung (S. 111—116) die Grundsätze, auf denen die Einzelvorschläge beruhen. Hervorzuheben ist die Feststellung, daß die Beschaffung der in Europa benötigten Kernbrennstoffe und Ausrüstungen auch auf dem Wege der Einfuhr theoretisch denkbar wäre, wenn es sich nur um die Deckung des steigenden Energiebedarfs handelte. „Es handelt sich aber um eine viel größere Aufgabe: darum nämlich, in Europa selbst eine Kernindustrie zu entwickeln. Ohne eine solche wären die europäischen Staaten endgültig zu einer zweitrangigen Stellung gegenüber den führenden Atommächten verurteilt.“ Ein „weitgefaßtes und elastisches System“ soll einen möglichst großen Teil der europäischen Industrie an dieser technischen Er-

neuerung beteiligen. Nach der militärischen, von einer absoluten staatlichen Kontrolle gekennzeichneten Phase erreiche man heute das Stadium, „in dem der Aufschwung unserer Industrien davon abhängen wird, daß die Staaten und die gemeinsame Organisation mit Geschick und Kühnheit die grundlegenden Bedingungen schaffen, unter denen die gesamte Industrie und die freie Initiative ihre wichtige Rolle spielen können“. Die Organisation „Euratom“ soll im Rahmen der Hilfeleistung bei der atomaren Entwicklung innerhalb der verschiedenen Industrien und der Gesamtwirtschaft Aufgaben auf folgenden Gebieten haben:

- 1) Forschung und Information;
- 2) Schutz der Arbeitskräfte und der Bevölkerung;
- 3) Förderung der Investitionen und Schaffung gemeinsamer Anlagen;
- 4) Versorgung mit Erzen und Kernbrennstoffen;
- 5) Erweiterung der Märkte zu einem gemeinsamen Markt für Materialien, Hilfsmittel und Spezialausrüstungen, ferner Freizügigkeit der Spezialisten.

Als Organe dienen Ministerrat, Gerichtshof und parlamentarische Versammlung des gemeinsamen Marktes sowie, entsprechend der Europäischen Kommission für den gemeinsamen Markt, eine Europäische Atomenergie-Kommission. Eine besonders enge Verbindung mit Großbritannien soll angestrebt werden. Die Verbindung mit den übrigen europäischen Staaten wird sich im Rahmen der OEEC entwickeln, mit der übrigen Welt im Rahmen der Internationalen Atombehörde der Vereinten Nationen.

In den folgenden Kapiteln 1—5 dieses Berichtsteils werden die oben aufgezählten Aufgabengebiete im einzelnen behandelt. In einem 6. Kapitel über „Institutionelle Gesichtspunkte“ werden die Funktionen von Euratom folgendermaßen umschrieben:

- 1) Entscheidungsbefugnisse hinsichtlich der Material- und Sicherheitskontrolle;
- 2) kaufmännische Tätigkeiten auf dem Gebiete der Versorgung;
- 3) industrielle Geschäftsführung der gemeinsamen Anlagen;
- 4) Untersuchungen und Beratung bei der Koordinierung der Forschung;
- 5) Aufstellung von Hinweisprogrammen, Stellungnahmen zu Investitionsvorhaben.

Das Problem einer möglichen Anwendung der Atomenergie zu militärischen Zwecken seitens einiger Staaten wird der politischen Entscheidung der Minister überlassen. Die Delegationsleiter halten es für möglich, daß eine Lösung ausgearbeitet wird, welche die Wirksamkeit des vorgeschlagenen Systems, zu dessen wesentlichen Elementen eine lückenlose Kontrolle gehört, sicherstellt.

Sonstige Probleme

In dem kurzen dritten Teil des Berichts werden in drei Kapiteln weitere Sachgebiete erörtert, deren Behandlung ebenfalls dringlich erscheint. Energie (S. 140—144)

Da in der EGKS schon Produktivkräfte zusammengelegt sind, die etwa zwei Drittel der europäischen Energieversorgung darstellen, soll die Zuständigkeit für die gemeinsame Energiewirtschaft der Hohen Behörde der EGKS übertragen werden, die diese Aufgabe in enger Zusammenarbeit mit dem Ministerrat erfüllen würde. Es wird nicht die Uebertragung von Entscheidungsbefugnissen, sondern nur die Durchführung von Studien und

Stellungnahmen mit Hilfe eines besonderen Beratenden Ausschusses vorgeschlagen, der sich aus Sachverständigen der Energieproduktion, aus Vertretern der wichtigsten Energieverbraucher und aus Gewerkschaftsvertretern zusammensetzen soll. Für die Zusammenarbeit mit der OEEC und dem Europarat sollen die für Kohle und Stahl entwickelten Methoden angewandt werden.

Luftverkehr (S. 145—149)

Unbeschadet der Zusammenarbeit in internationalen Organisationen, die weit über den Rahmen der Sechs hinausgehen, sollen neue Initiativen auf den Gebieten ergriffen werden, auf denen bisher ein Fortschritt nicht erzielt werden konnte oder Probleme noch nicht in Betracht gezogen wurden: I. gemeinsame Finanzierung koordinierter Beschaffungsprogramme durch Gründung einer „Eurofinair“ ähnlich der von den Eisenbahnen gegründeten „Eurofima“; II. Erleichterung des Austauschs von Luftfahrzeugen; III. Liberalisierung des Luftverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten durch Gewährung des Rechts zur gewerblichen Zwischenlandung; IV. Durchführung gewisser gemeinsamer Dienste durch eine europäische Betriebsgesellschaft. Außerdem wird vorgeschlagen, einen Beratenden Ausschuß für Luftfahrzeugbau durch ein besonderes Regierungsabkommen zwischen den sechs Staaten zu gründen.

Post- und Fernmeldewesen (S. 150—151)

Die Gründung eines auf die Mitgliedstaaten begrenzten Postvereins wird als erwünscht bezeichnet; ihm sollen u. a. folgende Ziele gesetzt werden:

- 1) Einführung eines besonderen Tarifs für den Postverkehr zwischen den angeschlossenen Ländern;
- 2) Senkung oder Beseitigung der Transitgebühren;
- 3) Ausgabe eines besonderen Antwortscheins;
- 4) Postbeförderung auf dem Luftwege ohne Zuschlag.

Eine Zusammenarbeit auf weiteren Gebieten des Postverkehrs soll angestrebt werden.

Georg Streiter

Die 2. Tagung der Versammlung der WEU*

Vom 23. bis zum 25. April 1956 hielt die Versammlung der Westeuropäischen Union in Straßburg den ersten Teil ihrer 2. Sitzungsperiode ab; der zweite Teil wird im Herbst dieses Jahres folgen. Bei der Neuwahl des Präsidiums wurde der britische Abgeordnete John Maclay zum Präsidenten wiedergewählt; die sechs Vizepräsidenten sind: Georges Bohy (Belgien), Carlo Schmid (Deutschland), Ernest Pezet (Frankreich), Lodovico Benvenuti (Italien), Eugène Schaus (Luxemburg) und J. J. Fens (Niederlande).

In einer Geschäftsordnungsdebatte beschloß die Versammlung, ihre Zuständigkeiten in der Saarfrage aufzugeben und ihren Saar-Ausschuß in einen Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten umzuwandeln. Der amtierende Präsident des Rates der WEU, Bundesaußenminister von Brentano, dankte den Mitgliedern und Helfern der Europäischen Saarkommission dafür, daß sie dem Volk an der Saar ermöglicht hätten, in Ruhe und Ordnung seine Entscheidungen zu treffen.

Der französische Ministerpräsident, Guy Mollet, betonte in einer Botschaft, die vor der Versammlung verlesen wurde, drei Aspekte der Aufgabe der WEU: Förderung

der fortschreitenden Integration Europas, Aktivierung der Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und den Ländern des Kontinents, Erprobung einer Rüstungskontrolle (in diesem Punkte wies er auf die Bedeutung hin, welche die Erfahrungen der WEU für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung erlangen könnten). Auch der britische Unterstaatssekretär Lord John Hope unterstrich in seiner Ansprache die überragende Bedeutung der Rüstungskontrolle: Großbritannien werde alles tun, um die Wirksamkeit des Rüstungskontrollamtes zu stärken.

Rüstungsfragen standen auch im Mittelpunkt sowohl des Berichtes des Rates der WEU, den Außenminister von Brentano der Versammlung übermittelte, als auch der von der Versammlung am Rat geübten, gelegentlich recht scharfen Kritik. Dr. von Brentano ersuchte die Versammlung um Verständnis dafür, daß der Rat nach einjährigem Bestehen der WEU noch nicht auf „spektakuläre Resultate“ verweisen könne; es sei zunächst darauf angekommen, solide Grundlagen für die spätere Arbeit zu legen. Er berichtete, daß das Rüstungskontrollamt seine Tätigkeit am 1. Januar 1956 mit der Versendung der ersten Fragebogen aufgenommen habe. Auch der Ständige Rüstungsausschuß habe mit seinen Untersuchungen begonnen, in die laufend mehr und mehr Waffen (hinsichtlich ihrer Standardisierung) einbezogen würden.

Die Kritik der Versammlung richtete sich in erster Linie gegen eine mangelnde Aktivität des Rüstungskontrollamtes und des Ständigen Rüstungsausschusses. In der Stellungnahme des Verteidigungsausschusses, die J. J. Fens vorlegte, hieß es, eine Rüstungskontrollbehörde verfehle ihren Zweck, wenn sie sich damit begnüge, ein Briefkasten zu sein, in den ausgefüllte Fragebogen eingeworfen werden; sie müsse die Richtigkeit solcher Angaben auch durch eigene Kontrollen überprüfen. Sowohl vom Berichterstatter als auch von verschiedenen Abgeordneten wurde darauf verwiesen, daß es eine Diskriminierung der Bundesrepublik darstelle, wenn man mit der Errichtung einer effektiven Rüstungskontrolle warte, bis die deutsche Bundeswehr aufgestellt sei; man müsse bei den anderen Mitgliedstaaten, die bereits über Streitkräfte verfügen, sofort mit der Kontrolle beginnen.

Kritik wurde auch an der mangelnden Auskunftserteilung des Rates der WEU gegenüber der Versammlung geübt. Außenminister von Brentano sagte zu, daß er die Bedenken und Wünsche der Versammlung in ihrer ganzen Wichtigkeit dem Rat übermitteln werde.

Die 3. Parteikonferenz der SED

Die in Berlin vom 24. bis zum 30. März 1956 abgehaltene 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) konnte besonderes Interesse beanspruchen, weil sie als erste nach dem XX. Kongreß der KPdSU durchgeführte Konferenz einer kommunistischen Partei des Ostblocks zu dessen Ergebnissen Stellung zu nehmen hatte. Der Verlauf der Tagung mit ihren zahlreichen Reden und Diskussionsbeiträgen zeigte jedoch bald, daß man die Beschlüsse des Moskauer Parteitages auch dieses Mal ohne weiteres übernahm und sich ganz besonders bemühte, die Geschlossenheit von Partei und Führung nach außen hin wiederholt und nachdrücklich zu betonen. Die Partei, so wurde immer wieder versichert und diese Feststellung durch spontane Vertrauenskund-

* Ueber die 1. Sitzungsperiode der Versammlung der WEU wurde in den Mitteilungen des Europarats, Folge 23—24/1955 des Europa-Archivs, S. 8508, berichtet.

gebungen unterstrichen, stehe entgegen den in westlichen Kreisen geäußerten Vermutungen gefestigter da denn je.

Die beiden von Ministerpräsident Otto Grotewohl und dem Ersten Sekretär der SED, Walter Ulbricht, gehaltenen Referate bildeten die sichtbarste Äußerung dieses Bemühens und ließen erkennen, daß man in der SED entsprechend den Thesen des XX. Parteitages sowohl die Ablehnung des nunmehr verurteilten Personenkultes und die Rückkehr zum reinen Marxismus-Leninismus als auch die Forderung nach strengerer Beachtung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit und stärkerer Straffung der Parteidisziplin zu Leitprinzipien für die künftige Arbeit erhob. Wie bereits anlässlich der 25. Tagung des Zentralkomitees (vgl. EA 23—24/1955, S. 8447 ff.) wurden auch jetzt Kritiken an der Arbeit einzelner Organe der Partei und des Staates angebracht und eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen gemacht, durch welche die Wirksamkeit und Durchschlagskraft der Partei erhöht werden sollen. In ihrem Kampf für den Frieden und die Wiedervereinigung Deutschlands, so hieß es, wende sich die SED an die deutsche Sozialdemokratie und alle oppositionellen Gruppen in Westdeutschland: der Weg zum Sozialismus müsse nicht unbedingt ein gewaltsamer sein; indem man alles Trennende beiseite räume, schaffe man eine breite Grundlage für eine Aktionsgemeinschaft zur Beseitigung der kapitalistischen Kräfte in der Bundesrepublik (Referat des ZK-Sekretärs Paul Wandel). Aus diesem Grunde, so betonte das Politbüro-Mitglied Karl Schirdewan, sei die SED bereit, im Hinblick auf die Wiedervereinigung mit der SPD und den Gewerkschaften zu verhandeln. Ebenfalls an die westdeutschen Werktätigen wandte sich der Minister für Nationale Verteidigung, Willi Stoph, der über die Bedeutung der neugeschaffenen Volksarmee als „Armee der Sicherung des Friedens“ sprach und die Arbeiter der Bundesrepublik aufrief, dort die Schaffung einer aggressiven Wehrmacht zu verhindern.

Das Referat Ulbrichts über den „Zweiten Fünfjahrplan und den Aufbau des Sozialismus in der DDR“ bot schließlich den Delegierten Gelegenheit, in vielen Voten den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes festzustellen, welcher sich auch auf dem Gebiete des Außenhandels durch eine immer stärker werdende Intensivierung der Beziehungen mit den sozialistischen und ganz besonders mit den „antiimperialistischen“ Staaten positiv auswirke (Referat des Außenhandelsministers Heinrich Rau). Ulbricht selbst gab in seinem mehrstündigen Referat zunächst einen allgemeinen Ueberblick über die „Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt“ zugunsten des „friedliebenden sozialistischen Lagers“ und über die verschiedene politische und wirtschaftliche Entwicklung in den beiden Teilen Deutschlands. Den größten Teil seiner Ausführungen widmete er jedoch der Erörterung des neuen (zweiten) Fünfjahrplanes von 1956—1960, seiner wichtigsten Ziele und der aus seiner Verwirklichung erwachsenden Aufgaben für alle Teile der Bevölkerung. Dieser Plan, so führte Ulbricht aus, sehe den Beginn einer neuen industriellen Umwälzung vor und bilde als einheitliches, großes Ziel Richtlinie und Programm der Partei. Auf allen Sektoren der Wirtschaft, der Erziehung und der Wissenschaft müßten Fortschritte und Verbesserungen erzielt werden: Einführung der modernen Technik in der Landwirtschaft, Erhöhung der Arbeitsproduktivität, Erweiterung des Außenhandels durch eine immer umfassendere Koordination unter den sozialistischen Staaten, die

Entwicklung von Universitäten und Hochschulen zu sozialistischen Ausbildungsstätten — wie überhaupt alle Menschen zum sozialistischen Bewußtsein erzogen werden müßten —; dies alles sind nach Ulbricht Wege zum Siege des Sozialismus, die den der DDR gemäßen eigenen Entwicklungsbedingungen zu entsprechen hätten. Die Durchführung dieser bedeutsamen Aufgaben sei gleichzeitig der Maßstab für die zukünftige Parteiarbeit, ihre Erfüllung werde aber durch den Personenkult gehindert. Notwendig sei im Gegenteil eine Erziehung der Parteimitglieder zum selbständigen Handeln, was seinerseits die Kollektivität der Leitung, die Sicherung der innerparteilichen Demokratie und eine „Kritik von unten“ zur Voraussetzung habe. Zur Frage der deutschen Wiedervereinigung meinte Ulbricht schließlich, die DDR schaffe mit ihrem Fünfjahrplan die Voraussetzung für das künftige einige Deutschland; denn als Sozialist müsse man offen zugeben, daß das Ziel einer Wiedervereinigung ein sozialistisches Deutschland sei.

Diesen Gedanken nahm Ministerpräsident Grotewohl in seiner Rede („Die Rolle der Arbeiter- und Bauernmacht in der DDR“) auf, als er sagte, „alles geschichtlich Neue und Höhere“, welches sich in der DDR durchgesetzt habe, werde sich „mit geschichtlicher Notwendigkeit auch bei dem andern Teil des deutschen Volkes durchsetzen“. Grotewohl machte darauf längere Ausführungen über die „volksdemokratische Ordnung des deutschen Arbeiter- und Bauernstaates“ und setzte sich mit der in Westdeutschland bestehenden kapitalistischen Ordnung auseinander. Seine Rede war zugleich eine Einführung in den von der Konferenz am 30. März gefaßten „Beschluß über Maßnahmen zur weiteren Entfaltung der Demokratie in der DDR“: eine solche Entfaltung bilde die Voraussetzung zur siegreichen Erfüllung des zweiten Fünfjahrplanes. Hierzu gehörten, nach Grotewohl, eine Verbesserung der Arbeit der Volksvertretungen, eine enge Zusammenarbeit der Abgeordneten mit den Werktätigen und die Entwicklung neuer Formen der Demokratie, insbesondere die Verstärkung der demokratischen Arbeit in Kreisen und Gemeinden, die Verhinderung von Uebergriffen von Parteiorganen auf staatliche Tätigkeiten sowie die Erweiterung der bereits auf der 25. Tagung des ZK beschlossenen Maßnahmen zur Verbesserung der staatlichen Leitungstätigkeit. Mit diesen Vorschlägen, die in den anschließenden Diskussionsreden lebhafte Unterstützung fanden, wollte man anscheinend nicht nur laut gewordenen Kritiken entgegenkommen, sondern möglichst breite Kreise zu einer vermehrten Mitarbeit in diesen „demokratisierten“ staatlichen Organen heranziehen. In diesem Sinne stellt der bereits erwähnte Beschluß eine Art Grundsatzerklärung zur Wahrung und Förderung der (sozialistischen) Demokratie dar und enthält als solcher verschiedene Vorschläge zur Verbesserung eingestandener Mängel und zum Ausbau von nach Ansicht der Partei noch ungenügend entwickelten demokratischen Institutionen. Leitgedanke ist dabei die Durchdringung des gesamten politischen Lebens mit den Prinzipien des Sozialismus, dessen Verwirklichung der Konferenz nur durch eine breiteste Massenarbeit und die Hebung des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins möglich zu sein schien: Wie die Referate von Ulbricht und Grotewohl, die in besonderen Erklärungen gutgeheißen wurden, fand auch dieser Beschluß die einmütige Billigung der Konferenz.

Dr. Curt Gasteyger

Zeittafel vom 16. bis zum 30. April 1956

Die Ereignisse in Europa*

Belgien

20. Der Brüsseler Sachverständigenausschuß für die Weiterführung der europäischen Integration stellt seinen Bericht fertig. Der Bericht wird am 27. April den Regierungen der Mitgliedstaaten der EGKS zugestellt. (Vgl. S. 8887 dieser Folge.)

Bulgarien

16. Nachdem am 14. April der 1949 hingerichtete, frühere stellvertretende Ministerpräsident *Traitscho Kostoff* rehabilitiert worden war, erklärt Ministerpräsident *Wylko Tschervenoff* in einer Sondersitzung der Volksversammlung seinen Rücktritt. Zu seinem Nachfolger wird am folgenden Tage *Anton Jugoff* ernannt; Tschervenoff bleibt stellvertretender Ministerpräsident. Den beiden Sitzungen der Volksversammlung wohnt eine jugoslawische Parlamentarierdelegation bei, deren Leiter, *Moshe Pijade*, in einer Ansprache für die Verständigung und Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien und Bulgarien eintritt. Ministerpräsident Jugoff spricht sich in seiner Regierungserklärung für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Bulgarien und seinen Nachbarn auf dem Balkan aus.

Dänemark

- 18.—19. In Kopenhagen findet eine Konferenz der Außenminister der nordischen Staaten statt, an der erstmals auch Finnland teilnimmt. Die Konferenz beschließt die Errichtung eines nordischen Arbeitsausschusses für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der friedlichen Ausnutzung der Atomenergie. Es wird ferner beschlossen, daß die nordischen Staaten sich an den Maßnahmen der Großmächte auf den Gebieten der Flüchtlingshilfe und der Wirtschaftshilfe für unterentwickelte Länder beteiligen werden. Ferner werden der Palästina-Konflikt und die Frage einer Einladung an die sowjetischen Führer zum Gegenbesuch in den nordischen Staaten erörtert.

Deutschland

18. In einer Erklärung betont die Bundesregierung ihre Auffassung, daß die Bundesrepublik vertraglich verpflichtet sei, Streitkräfte in einem Umfang von etwa 500 000 Mann auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht aufzustellen. Sie beruft sich dabei auf den Nordatlantikkpakt und auf die Londoner Schlußakte vom 3. Oktober 1954, in der festgestellt worden sei, daß der deutsche Beitrag dem im EVG-Vertrag und seinen Zusatzabkommen vorgesehenen Kontingent entsprechen muß.
- 20.—22. Bundesparteitag der FDP in Würzburg. (Ein Bericht wird in einer späteren Folge des Europa-Archivs erscheinen.)
21. In einer Rede zur Feier des 10. Jahrestages der Gründung der SED in Ost-Berlin fordert der Mini-

sterpräsident der DDR, *Otto Grotewohl*, die SPD zur Herstellung der „Aktionsgemeinschaft der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften“ auf. Der 1. Sekretär der SED, *Walter Ulbricht*, bestreitet, daß die SED die Absicht habe, die SPD zu unterwandern und zu spalten.

22. Die Frist für Volksbegehren zur Revision der nach 1945 gezogenen Ländergrenzen läuft ab. Folgende Volksbegehren sind zustande gekommen: Regierungsbezirke Rheinhessen und Montabaur (für den Anschluß an Hessen); Regierungsbezirke Koblenz und Trier (für den Anschluß an Nordrhein-Westfalen); Verwaltungsbezirk Oldenburg (für die Wiederherstellung des Landes Oldenburg); Landkreis Schaumburg-Lippe (für die Wiederherstellung des Landes Schaumburg-Lippe). Die beiden Volksbegehren im Regierungsbezirk Pfalz (Anschluß an Baden/Württemberg bzw. Anschluß an Bayern) sind nicht zustande gekommen.
23. Bundesinnenminister *Schröder* fordert vor der Bundespressekonferenz den baldigen Abschluß des Prozesses gegen die KPD. Er weist den Versuch der KPD zurück, durch Vorbringen inzwischen erfolgter Abschwächungen ihrer revolutionären Parolen eine Wiederaufnahme der mündlichen Verhandlung zu erreichen.

Die 16 Bundestagsabgeordneten, die am 23. Februar aus der Fraktion der FDP ausgetreten waren (vgl. Zeittafel in EA 6—7/1956, S. 8727) und während des Würzburger Parteitages auch ihren Austritt aus der Partei selbst erklärt hatten, kündigen in Bonn die Gründung einer neuen liberalen Partei an. Die Partei, der u. a. die Bundesminister *Blücher*, *Preusker*, *Neumayer* und *Schäfer* sowie der Vizepräsident des Bundestages *Ludwig Schneider* angehören, gibt sich den Namen „Freie Volkspartei“ (FVP). In am folgenden Tage veröffentlichten programmatischen Leitsätzen bekennt sich die Partei zu außenpolitischen Grundsätzen, die der bisher von der Bundesregierung verfolgten Konzeption entsprechen; sie tritt ferner für die allgemeine Wehrpflicht, für einen zentralistischen Staatsaufbau und für eine Politik des „wahrhaft sozialen Fortschritts“ ein. Sie distanziert sich scharf vom Sozialismus und bezeichnet als ihr Ziel „einen sparsamen Staat und ein wohlhabendes Volk“.

Der Nationalrat der Nationalen Front in der DDR veröffentlicht eine „Deklaration für die Sicherung des Friedens, für Verständigung und Abrüstung, für die demokratische Einheit Deutschlands“. Darin werden als Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands folgende Forderungen gestellt: kollektiver europäischer Sicherheitspakt, Abrüstung, Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland, Errichtung einer Zone der Rüstungsbeschränkung in Mitteleuropa, Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten. Als Voraussetzung für einen dauerhaften

*) Vgl. hierzu auch die Mitteilungen des Europarats für April, die aus Termingründen erst in einer späteren Folge des Europa-Archivs erscheinen werden.

Frieden und für die Einheit Deutschlands bezeichnet die Nationale Front den „Sieg der demokratischen Kräfte in ganz Deutschland“. — Auf der gleichen Tagung billigt der Nationalrat einen „Vorschlag des ZK der SED über Maßnahmen zur breiteren Entfaltung der Demokratie in der DDR“ und einen Aufruf zum „Nationalen Aufbauwerk 1956“.

25. In einer Note an Schweden protestiert die Regierung der DDR gegen die Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Schweden vom 22. März über das deutsche Auslandsvermögen (vgl. Zeittafel in EA 8/1956). Sie erklärt, daß Vereinbarungen über Vermögenswerte des ehemaligen Deutschen Reiches der Zustimmung beider deutschen Staaten bedürfen.
27. In einer Stellungnahme zum Kommuniqué über die Besprechungen der Sowjetführer in London (vgl. S. 8877 dieser Folge) stellt Bundesaußenminister von *Brentano* fest, daß die Hoffnungen der Welt auf eine Aenderung des außenpolitischen Kurses der Sowjetunion enttäuscht wurden. Der Außenminister begrüßt die Erklärung des britischen Außenministeriums, daß die Wiedervereinigung Deutschlands das wichtigste Mittel zur Herbeiführung der europäischen Sicherheit sei (vgl. S. 8879 dieser Folge): die Bundesregierung sehe darin den Ausdruck echter Solidarität und Bündnistreue. In einer am folgenden Tage veröffentlichten Stellungnahme zu dem Kommuniqué über die Besprechungen des italienischen Staatspräsidenten mit der französischen Regierung (vgl. S. 8879 dieser Folge) begrüßt der Bundesaußenminister, daß auch diese beiden Länder die Wiedervereinigung Deutschlands als eine Erleichterung der Annäherung zwischen Ost und West bezeichnet haben.

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU beschließt auf einer Sitzung in Stuttgart, im Bundestag für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht einzutreten.

Im saarländischen Landtag gibt Ministerpräsident *Hubert Ney* eine Regierungserklärung zu den deutsch-französischen Saar-Verhandlungen ab, in der es heißt, der künftige Saarvertrag müsse dem am 23. Oktober 1955 bekundeten Volkswillen Rechnung tragen, wenn die eigengesetzliche Entwicklung nicht über die Verhandelnden hinweggehen solle. Der Landtag fordert in einer Entschliebung die Rückgabe der Warndtkohle nach einer möglichst kurz zu bemessenden Uebergangsfrist.

- 27.—28. In München veranstaltet das Internationale Presse-Institut eine Tagung deutscher und französischer Chefredakteure und Auslandsjournalisten, auf der in Diskussionen die Auswirkungen innenpolitischer Veränderungen auf das Verhältnis der beiden Länder sowie die Entwicklung der öffentlichen Meinung in beiden Ländern behandelt werden.
- 27.—29. Bundesparteitag der CDU in Stuttgart. (Ein Bericht wird in einer späteren Folge des Europa-Archivs erscheinen.)
29. Das Politbüro der SED veröffentlicht im *Neuen Deutschland* einen Artikel, in dem behauptet wird, die SED habe es nicht nötig, „so tiefgreifende Korrekturen“ durchzuführen wie die kommunistischen Parteien in einigen anderen Ländern, denn es habe

einen Personenkult in der SED nie gegeben, und auch gewisse Tendenzen der Staatssicherheitsorgane, sich über die Partei- und Staatsorgane zu erheben, seien schon seit 1953 korrigiert worden.

30. In einer Feierstunde zum 1. Mai in Ludwigshafen fordert der stellvertretende Vorsitzende des DGB *Georg Reuter*, daß mit der Verkürzung der Arbeitszeit endlich ein Anfang gemacht werden müsse. Als die beiden weiteren großen Anliegen des DGB zum 1. Mai nennt *Reuter* die Sozialreform mit der Erhöhung der Alters- und Invalidenrenten sowie die Wiedervereinigung Deutschlands.

Frankreich

- 16.—21. Erster Teil der 8. Sitzungsperiode der Beratern-Versammlung des Europarats in Straßburg.
18. Das Hauptquartier der NATO-Streitkräfte in Europa gibt bekannt, daß der amerikanische Vizeadmiral *Robert B. Briscoe* zum neuen Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Südeuropa ernannt wurde. Sein Vorgänger, Admiral *William M. Fichteler*, tritt am 1. Juli in den Ruhestand.
20. Zum Protest gegen die Ungültigkeitserklärung von fünf ihrer Abgeordnetenmandate beschließt die Fraktion der Poujadisten in der Nationalversammlung, an den Sitzungen nicht mehr teilzunehmen.
- 20.—22. Der Exekutivausschuß der Radikalsozialistischen Partei befaßt sich in einer Sitzung in Paris mit dem Algerien-Problem. Gegenüber verschiedentlich geäußelter Kritik an der Algerien-Politik der Regierung tritt der stellvertretende Ministerpräsident *Pierre Mendès-France* nachdrücklich für die Aufrechterhaltung der Regierungskoalition mit den Sozialisten ein. In einer Entschliebung fordert der Exekutivausschuß „eine völlig neue und großzügige Politik“ in Algerien. Er unterstützt die Absicht der Regierung, den künftigen Status Algeriens nur mit der Zustimmung der algerischen Bevölkerung festzulegen, betont aber, daß die Voraussetzung dafür die Einstellung der Kampfhandlungen sei, und billigt die in Algerien durchgeführten militärischen Maßnahmen.
- 23.—25. Erster Teil der 2. Sitzungsperiode der Versammlung der Westeuropäischen Union in Straßburg. (Vgl. den Bericht auf S. 8889 dieser Folge.)
- 25.—27. Staatsbesuch des italienischen Staatspräsidenten, *Giovanni Gronchi*, und des Außenministers, *Gaetano Martino*. (Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués auf S. 8879 dieser Folge.)
- 27.—29. In Paris wird ein von der Sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa (MSEUE) einberufener „Europäischer Kongreß der Arbeit“ abgehalten, an dem Mitglieder der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften der westeuropäischen Länder teilnehmen. (Ein Bericht wird in einer späteren Folge des Europa-Archivs erscheinen.)

Großbritannien

17. Schatzkanzler *Harold Macmillan* legt dem Unterhaus das Budget für 1956/57 vor, das Einnahmen von 5,198 Milliarden und Ausgaben von 4,738 Milliarden Pfund Sterling vorsieht. Für die Landesverteidigung sind 1,549 Milliarden Pfund vorgesehen. Als finanz-

politische Maßnahmen kündigt der Schatzkanzler Erhöhungen der Gewinnsteuer und der Tabaksteuer und die Abschaffung der Brotpreissubventionen an; demgegenüber sollen Steuerbegünstigungen des privaten Sparens und der Altersversicherung eingeführt werden.

- 18.—27. Staatsbesuch des sowjetischen Ministerpräsidenten, N. A. Bulganin, und des Parteisekretärs N. S. Chruschtschow. (Vgl. den Wortlaut des Kommunique's auf S. 8877 dieser Folge.)

Jugoslawien

18. In einem in der französischen Zeitung *Paris Presse* veröffentlichten Interview begrüßt Staatspräsident Tito die Auflösung des Kominform (vgl. EA 9/1956, S. 8833) und befürwortet die Bildung einer neuen sozialistischen Internationale, in deren Rahmen eine Zusammenarbeit von Sozialisten und Kommunisten möglich würde. Tito äußert die Ansicht, für die sowjetischen Führer bestehe kein Anlaß, ihre neue Politik wieder rückgängig zu machen, solange die Sowjetunion nicht von außen bedroht werde.

Polen

27. Der Sejm billigt eine Reihe von Amtsenthebungen und Ernennungen in der Regierung und der Justizverwaltung, die zwischen dem 20. und 27. April durchgeführt wurden. U. a. erfolgten folgende Umbesetzungen: Außenminister Stanislaw Skrzyszewski trat zurück und wurde zum Sekretär des Staatsrates ernannt; neuer Außenminister wurde Adam Rapacki. Der frühere Staatssicherheitsminister, Stanislaw Radkiewicz, wurde nun auch von dem inzwischen innegehabten Posten des Ministers für Staatsgüter abberufen; auch der jetzige Vorsitzende des an die Stelle des früheren Staatssicherheitsministeriums getretenen „Komitees für öffentliche Sicherheit“, Wladyslaw Dworakowski, wurde abberufen und durch Edmund Pszczolkowski ersetzt. An die Stelle des abgesetzten Justizministers, Henryk Swiatkowski, tritt Zofia Wasilkowska. Generalstaatsanwalt Stefan Kalinkowski wurde durch den bisherigen Sekretär des Staatsrates, Marian Rybicki, ersetzt. Ministerpräsident Jozef Cyrankiewicz kündigt vor dem Sejm

an, daß in Zukunft Regierung, Justiz und Staatssicherheitsdienste einer schärferen Kontrolle des Parlaments unterstellt würden.

Am gleichen Tage verabschiedet der Sejm ein Amnestiegesetz. Es beinhaltet eine völlige Amnestie für Verbrechen der Kollaboration mit den deutschen Besatzungsbehörden (außer Massenmord) und für aus dem Ausland zurückkehrende Emigranten; Vergehen staatsfeindlichen Charakters werden amnestiert, sofern sie mit Strafen unter fünf Jahren geahndet wurden, höhere Strafen werden verkürzt.

Rumänien

17. Das Informationsbüro der Kommunistischen und Arbeiter-Parteien (Kominform) in Bukarest wird aufgelöst. (Vgl. den Wortlaut der Mitteilung in Europa-Archiv 9/1956, S. 8833.)

Sowjetunion

17. Erklärung des Außenministeriums zur Lage im Mittleren Osten (vgl. den Wortlaut in EA 9/1956, S. 8834).
27. Die Regierung teilt der deutschen Bundesregierung in einer Note mit, daß sie eine vom deutschen Botschafter überreichte Liste mit 1000 Namen von Deutschen, die sich noch in der Sowjetunion befinden sollen, gegenwärtig prüfe und der Repatriierung dieser Deutschen keine Hindernisse in den Weg legen werde. Gleichzeitig gibt sie der Erwartung Ausdruck, daß auch die Bundesregierung die Ausreise von Sowjetbürgern aus der Bundesrepublik nicht behindern werde.

Tschechoslowakei

26. Es wird bekanntgegeben, daß das ZK der Kommunistischen Partei den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Verteidigungsminister, Alexej Čepicka, wegen „Schwächen und Fehlern in der Ausübung von Staats- und Parteifunktionen“ seines Postens enthoben und aus dem Politbüro ausgeschlossen hat. Zum neuen Verteidigungsminister wurde General Bohumir Lomsky ernannt. Ferner beschloß das ZK eine Reform der Verwaltung und Richtlinien für die Verbesserung der Arbeit der Staatsanwaltschaft, wodurch die „sozialistische Gesetzlichkeit“ gestärkt werden soll.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Marokko

26. Der Generalsekretär der Istiqlal-Partei, Ahmed Balafredj, wird zum ersten Außenminister des unabhängigen Staates Marokko ernannt.

Tunesien

24. Ministerpräsident Habib Bourguiba empfiehlt in einem in der Pariser Zeitung *Figaro* veröffentlichten Interview sofortige Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und den algerischen Aufständischen; andernfalls laufe Frankreich Gefahr, ganz Nordafrika zu verlieren. Er kündigt an, daß er zusammen mit marokkanischen Vertretern einen Vorschlag für den Friedensschluß in Algerien ausarbeiten wolle.

AMERIKA

Vereinigte Staaten

18. Die in Washington tagende Konferenz von zwölf Nationen (vgl. Zeittafel in EA 6—7/1956, S. 8730) verabschiedet den Satzungsentwurf für eine Internationale Atomenergie-Behörde, der sämtlichen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen zur Prüfung zugeleitet wird. Die Gründungskonferenz für die Atomenergiebehörde wird für Ende September vorgesehen.
21. In einer Rede vor dem amerikanischen Verlegerverband nennt Präsident Eisenhower drei Leitsätze der amerikanischen Politik: 1) „Wir müssen gemeinsam einen Schutzschild gegen die Aggression beibehalten“. Solange eine ehrliche und kontrollierte Abrüstung nicht zu erreichen sei, müßten die Ver-

einigten Staaten die freien Nationen weiterhin bei der Erhaltung ihrer Verteidigungsbereitschaft unterstützen. 2) „Innerhalb der freien Gemeinschaft müssen wir ein hilfreicher und verständnisvoller Partner sein“. Weder der Friede noch die Sicherheit könnten sich auf Waffen allein stützen. Darum müßten die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit innerhalb der NATO und die Unterstützung der unterentwickelten Gebiete intensiviert werden; außerdem müßten die Vereinigten Staaten ihren Verbündeten bei der Lösung von Streitigkeiten untereinander helfen. Im Mittleren Osten würden die Vereinigten Staaten jedem Lande beistehen, das Opfer eines Angriffs würde. 3) „Wir müssen versuchen, den Sowjetblock mit allen friedlichen Mitteln zu veranlassen, geschehenes Unrecht wieder gut zu machen“. Dazu nennt Eisenhower die Wiedervereinigung Deutschlands und Koreas und die Beseitigung der sowjetischen Marionettenregierungen in Osteuropa. Die Sowjetregierung könne, wenn sie dies aufrichtig wünsche, jederzeit freundliche Beziehungen mit den Vereinigten Staaten und der freien Welt herstellen.

23. Außenminister *Dulles* tritt in seiner Rede bei einem Essen der Nachrichtenagentur *Associated Press* für eine Verstärkung der positiven Zusammenarbeit in der westlichen Welt, insbesondere in der NATO, ein. Die NATO sei als eine militärische Organisation geschaffen worden, und dieser Aspekt behalte seine Bedeutung, aber die NATO könne und solle mehr sein. Die Zeit sei gekommen, da die NATO weiterentwickelt werden müsse, wenn sie den Notwendig-

keiten kommender Generationen gerecht werden solle. In der gleichen Rede begrüßt *Dulles* den „new look“ der sowjetischen Politik und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die historische Freundschaft zwischen dem amerikanischen und dem russischen Volke eines Tages wiederhergestellt werde.

ASIEN

Ceylon

16. Der neue Ministerpräsident, *Solomon Bandaranaike*, erklärt in einem Interview, Ceylon werde eine neutrale Politik verfolgen und die Auflösung der britischen Stützpunkte im Lande verlangen. Auch habe die neue Regierung die Absicht, die Republik auszurufen; die Frage des Verbleibens im Commonwealth sei jedoch noch nicht entschieden.

Jemen

- 20.—21. In Dschidda findet eine Dreierkonferenz zwischen dem ägyptischen Ministerpräsidenten, *Gamal Abdel Nasser*, König *Saud* von Saudi-Arabien und Imam *Ahmed* vom Jemen statt, als deren Ergebnis der ägyptisch-saudiarabische Verteidigungspakt vom 27. Oktober 1955 (vgl. EA 6—7/1956, S. 8711) in einen gleichlautenden Dreierpakt zwischen Ägypten, Saudi-Arabien und dem Jemen umgewandelt wird.

Persien

- 16.—19. Der Rat des Bagdad-Paktes hält in Teheran seine zweite Tagung ab. (Vgl. den Wortlaut des Schlußkommunikés auf S. 8881 dieser Folge.)

Die Organisation der Vereinten Nationen

16. Generalsekretär *Dag Hammarskjöld* setzt seine Friedensmission im Mittleren Osten (vgl. Zeittafel in EA 9/1956) durch Besprechungen mit der libanesischen Regierung in Beirut fort. Es folgen vom 17. bis zum 20. April Besprechungen mit der israelischen Regierung in Jerusalem, am 23. und 24. Besprechungen mit der syrischen Regierung in Damaskus und am 25. mit der jordanischen Regierung in Amman. Am 19. April kann *Hammarskjöld* als erstes Ergebnis seiner Bemühungen aus Jerusalem mitteilen, daß Israel und Ägypten sich bereit erklärt haben, das Waffenstillstandsabkommen bedingungslos einzuhalten. Die syrische Regierung erklärt sich am 24. April zur Einhaltung des Waffenstillstandes nur unter der Bedingung bereit, daß Israel endgültig auf die Durchführung der Projekte zur Ableitung des Jordanwassers verzichtet. — Am 28. April trifft *Hammarskjöld* zum zweiten Male in Kairo ein, wo er Besprechungen über die zukünftige Sicherung der Waffenruhe führt. Am 30. April reist er nach Jerusalem weiter.
20. In Madrid wird die 43. Sitzung des Exekutivrates der UNESCO beendet. Die Sitzung befaßte sich in erster Linie mit dem Programm der technischen Hilfe an unterentwickelte Länder, für das eine bedeutende Erweiterung vorgesehen ist; dabei soll sowohl über

das Erweiterte Programm der Vereinten Nationen als auch auf direktem Wege an die Mitgliedstaaten der UNESCO Hilfe geleistet werden.

21. In Genf wird die am 5. April begonnene 11. Plenartagung der Wirtschaftskommission für Europa (ECE) abgeschlossen. (Ein Bericht wird in einer späteren Folge des Europa-Archivs erscheinen.) Im Anschluß an die Tagung befassen sich Finanzsachverständige aus 23 Ländern mit der Ausarbeitung eines Clearingsystems für internationale Zahlungen der west- und osteuropäischen Länder. Das von diesem Ausschuß vorgeschlagene Projekt wird am 29. April den Mitgliedstaaten zugeleitet.
23. Bei den Verhandlungen des Unterausschusses der Abrüstungskommission in London (vgl. Zeittafel in EA 9/1956) nehmen die Vertreter der drei Westmächte zu dem sowjetischen Vorschlag einer Zone der Rüstungsbeschränkungen in Mitteleuropa Stellung. Sie erklären, über ein solches Projekt könne nicht verhandelt werden, wenn damit nicht die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit verbunden werde.
25. In London wird die Weltweizenkonferenz der Vereinten Nationen mit der Auflegung eines neuen Weltweizenabkommens beendet.

Bücher und Broschüren

Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. Neue Folge, Band 4. Hrsg. Gerhard Leibholz. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1955. III, 415 S. DM 48.—, Lw. DM 52.—.

Der vorliegende vierte Band des Jahrbuches ist ganz dem ausländischen Recht gewidmet. In dem ersten, zugleich dem umfangreichsten Bericht behandelt Prof. Dr. Karl Loewenstein das Thema „Staatspolitik und Verfassungsrecht in den Vereinigten Staaten 1933 bis 1954“, einer der wichtigsten Epochen der amerikanischen Geschichte. Der Berichtszeitraum beginnt mit der schweren Wirtschaftskrise der Vereinigten Staaten, in deren Gefolge die Demokratische Partei unter Präsident Roosevelt die Regierung übernahm und „eine friedliche Sozialrevolution großen Stils“ durchführte, die als New Deal bekannt wurde, und führt über den Zweiten Weltkrieg und im Anschluß daran die Auseinandersetzung mit dem Weltkommunismus zur Amtsübernahme durch Präsident Eisenhower.

Im ersten Teil des Berichtes wird die staatspolitische Entwicklung in chronologischem Zusammenhang dargestellt. Der zweite Teil befaßt sich sodann mit staats- und verfassungsrechtlichen Einzelfragen (Staatsgebiet, Präsidialgewalt, Kongreß, Machtverhältnis zwischen Präsidenten und Kongreß, Supreme Court, Föderalismus und Schutz der Freiheitsrechte), für die im historischen Teil kein Raum gefunden wurde.

Ein weiterer umfangreicher Bericht aus der Feder von Prof. M. V. Pylee ist der indischen Verfassung von 1949 gewidmet. Drei weitere Berichte befassen sich mit Skandinavien:

Ein kürzerer Bericht von Jens Himmelstrup über das öffentliche Recht in Dänemark beschränkt sich darauf, die Änderungen staatsrechtlichen Charakters in der Zeit von 1932—1953 zu erwähnen. Insbesondere behandelt Himmelstrup das Verhältnis Dänemarks zu Island, Grönland und den Färöer-Inseln und die Verfassungsfrage. Schließlich werden einige Bemerkungen über den Nordischen Rat und über die während des Berichtszeitraumes erschienene öffentlich-rechtliche Literatur, besonders über Dänemarks staatsrechtliche Verhältnisse, angefügt.

Der Entwicklung des öffentlichen Rechts Schwedens 1933 bis 1953 ist ein Bericht der Professoren Erik Fahlbeck, Nils Herlitz und Nils Stjernquist gewidmet, der sich an die Darstellung von Herlitz im Jahrbuch des öffentlichen Rechts 1932 anschließt.

Stein Rognlien behandelt die verfassungsrechtliche Entwicklung in Norwegen in den Jahren 1932 bis Ende 1952, wobei für die Zeit von 1940—1945 die Invasion, die freie norwegische Regierung während des Krieges in London, das besetzte Norwegen und abschließend Befreiung und Neuaufbau geschildert werden.

Den Abschluß des vorliegenden Bandes bildet ein Bericht von Prof. Hans Nef (Zürich) über die Fortbildung der Schweizerischen Bundesverfassung in den Jahren 1929—1953.

H. V.

Krypton, Constantine: The Northern Sea Route and the Economy of the Soviet North. Published for the Research Program on the U.S.S.R. New York: Frederick A. Praeger 1956. IX, 219 S.

Marzewski, Jan: Planification et Croissance Economique des Démocraties Populaires. Band I: Analyse Historique; Band II: Analyse Economique. Paris: Presses Universitaires de France 1956. 572 S. Bd. I ffrs. 1200; Bd. II ffrs. 900.

In dieser sorgfältigen Studie wird auf dem Hintergrund der Situation, wie sie nach dem Ersten Weltkrieg entstanden war, die Strukturwandlung der Wirtschaftsordnung Osteuropas dargestellt, die sich nach der Bolschewisierung dieses Raumes in den zehn Jahren von 1945—1955 vollzog. In seinen mit mehr als 160 Tabellen ergänzten Ausführungen stellt der Verfasser die wirtschaftlichen Konsequenzen des

Krieges und der Nachkriegsentwicklung den Planungen und den tatsächlich erzielten Erfolgen gegenüber. Dabei widmet der Verfasser auch der wirtschaftlichen Entwicklung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands einen mit beachtlichem Zahlenmaterial versehenen besonderen Abschnitt. Zu bedauern ist, daß diesem durch eine gute Bibliographie ergänzten Werk kein Index beigegeben ist, der geeignet gewesen wäre, dieser Studie einen wichtigen Platz unter den maßgebenden Nachschlagewerken über Osteuropa zu erkämpfen.

E. W.

Meade, James E.: The Belgium-Luxembourg Economic Union 1921—1939. Lessons from an Early Experiment. Princeton, New Jersey: Princeton University, International Finance Section 1956. 41 S. (Essays in International Finance, No. 25.)

Michaelis, Alfred: Wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven des Mittleren Ostens. Kiel: Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel 1956. 26 S. (Kieler Vorträge, Neue Folge, Nr. 8.)

Michaelis, Herausgeber der Zeitschrift „Middle East Economist“, geht davon aus, daß sich der Nahe Osten seit Anfang dieses Jahrzehnts nach der Ueberwindung der Kriegs- und Nachkriegsschwierigkeiten in einem forcierten wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß befindet, der von vier dynamischen Hauptfaktoren vorwärtsgetrieben werde: der rapiden Bevölkerungszunahme und der sozialen Tendenz zur Erhöhung des sehr niedrigen Lebensstandards, der Industrialisierungspolitik der einzelnen Länder, der Verwirklichung kombinierter land- und energiewirtschaftlicher Projekte großen Stils und schließlich von den Oelquellen im Gebiet des Persischen Golfes, die nach der Ueberzeugung des Verfassers den Mittleren Osten im Laufe der beiden nächsten Jahrzehnte zum Hauptversorger des Weltölbedarfs machen werden. Diese vier Hauptfaktoren werden von Michaelis eindrucksvoll dargestellt, wobei er am Ende zur Feststellung gelangt, daß es in erster Linie von der Art und Weise der Verausgabung der riesigen Einnahmen aus dem Oelaufkommen abhängen wird, ob sie für die betreffenden Länder zum Segen oder zum Fluch werden, d. h., ob sie ganze Länder und Völker zu Oelrentnern machen und jede wirtschaftliche Aktivität ersticken oder ob sie in vernünftiger Weise der Entwicklung des ganzen Mittleren Ostens zugeführt werden.

E. W.

Political Handbook of the World. Parliaments, Parties and Press as of January 1, 1956. Edited by Walter H. Mallory. Published for Council on Foreign Relations, Inc. New York: Harper & Brothers 1956. 228 S. \$ 3.75.

Reinkemeyer, Hans-Albert: Die sowjetische Zwölfmeilenzone in der Ostsee und die Freiheit des Meeres. Hrsg. Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht. Köln — Berlin: Carl Heymanns Verlag KG 1955. 175 S. (Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht, Heft 30.) DM 24.50.

Die außerordentlich gewissenhafte und durch mehr als 700 Anmerkungen, Quellenhinweise und Literaturangaben und einen Dokumentenanhang belegte Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß der Anspruch der Sowjetunion auf eine Zwölfmeilenzone in der Ostsee als völkerrechtlich unbegründet anzusehen ist. Dieser Feststellung kommt in Anbetracht der in den letzten Jahren mehrfach aufgetretenen Zwischenfälle eine besonders aktuelle Bedeutung zu. Sie erhärtet insbesondere auch die Haltung der Bundesrepublik, die den sowjetischen Anspruch nicht anerkennt.

H. V.

Das Ringen um Deutschlands Wiederaufstieg. Teil I 1951—1952; Teil II 1953—1954. Berlin: Dokumenten-Verlag Dr. Herbert Wendler & Co. KG. (1956). Teil I: XII, 522 S.; Teil II: XII, 572 S. (Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, Band VII u. VIII.)

In dem VII. und VIII. Band dieser Dokumentenveröffentlichung wird der Zeitraum 1951—1954 behandelt. Von der Entstehung der Alliierten Hohen Kommission über die Vollmachten der deutschen Bundesregierung auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten und der Revision des Besatzungstatuts im Frühjahr 1951 führt die Dokumentensammlung bis zum Abschluß der Pariser Verträge und dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO im Herbst 1954. Zahlreiche Dokumente zur innerdeutschen Politik, sowohl der Bundesrepublik als auch der am 25. März 1954 von der Sowjetunion für souverän erklärten Deutschen Demokratischen Republik, ergänzen die Dokumentation über die internationale Stellung Deutschlands. Ein statistischer Anhang (Wahlergebnisse) und ein Personen- und Sachregister vervollständigen die beiden Bände, denen Mitte 1956 noch ein Kommentaranhang folgen soll. H. V.

The U.S.S.R. and Eastern Europe. Prepared by the Economist Intelligence Unit and the Cartographic Department of the Clarendon Press. London: Oxford University Press 1956. VIII, 134 S. (Oxford Regional Economic Atlas.) 42 s.

Der vorliegende Atlas erscheint als erster von acht geplanten Bänden der Serie „Oxford Regional Economic Atlases“ und umfaßt die UdSSR, die DDR, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, die Mongolische Volksrepublik und Jugoslawien. Neben 2 Uebersichtskarten, 10 Regionalkarten in verschiedenen Maßstäben und 7 Karten zur physikalischen Geographie (Geologie, Bodenarten, Vegetation, Klima) enthält er 19 zumeist zweiseitige mehrfarbige Karten zur Wirtschaft (Land- und Forstwirtschaft, Energiewirtschaft, Industrie, Bodenschätze, Verkehr, Bevölkerung) und 2 historische Karten.

Der den Karten beigegebene Text beruht, soweit verfügbar, auf den offiziellen Verlautbarungen, besonders über die Erfüllung der Wirtschaftspläne der betreffenden Länder, im übrigen auf westlichen Quellen, die in einem Literaturverzeichnis aufgeführt sind. Den Beschluß bildet ein 5500 Namen umfassendes Ortsregister mit Angaben der geographischen Länge und Breite, bei größeren Orten auch der Bevölkerungszahlen, Bodenschätze und Industriezweige.

Friedrich Wieschke

Vucinich, Alexander: The Soviet Academy of Sciences. Hrsg. The Hoover Institute and Library on War, Revolution, and Peace. Stanford, California: Stanford University Press 1956. VI, 157 S. (Hoover Institute Studies, Series E: Institutions, No. 3.)

Das vorliegende Buch ist eine erste umfassende Studie in englischer Sprache, die sich mit der größten und wichtigsten wissenschaftlichen Institution in der Sowjetunion befaßt. Der Autor schildert zunächst die Geschichte, Organisation und Funktionen der Akademie, um sich dann eingehend mit dem sozialen Status der Wissenschaftler und der Wirkung ihrer Arbeit zu befassen.

Das Buch enthüllt nicht nur den Charakter und das Ausmaß der Institution, sondern auch die Auswirkung und Bedeutung der kommunistischen Ideologie auf die sowjetische Wissenschaft, die der Autor als „eines der gewaltigsten

Werkzeuge in der Hand der kommunistischen Diktatoren“ bezeichnet. H. V.

Wengler, Wilhelm: Der Begriff des Politischen im internationalen Recht. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1956. 60 S. (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, Bd. 189/190) DM 3,80.

Nach einem Ueberblick über die wichtigsten Fälle, in denen der Begriff des Politischen im positiven Völkerrecht eine Rolle spielt, erörtert der bekannte Berliner Rechtslehrer im besonderen die Tendenzen, die mit Hilfe des Vorbehaltes des Politischen in den internationalen Beziehungen regelhafte Normierung, justizmäßige Handhabung anerkannter Rechtsnormen und die Bildung von Völkerrecht aus rechtlicher Gesinnung hindern wollen. Der Verfasser zeigt, daß diese Tendenzen der egoistischen Interessenlage bestimmter Staaten, vielfach aber auch unzutreffenden Beurteilungen des nationalen Interesses, entspringen, während die Versuche juristischer Begründung des Vorbehaltes dies verschleiern. H. V.

Yearbook of International Trade Statistics 1954. Prepared by the Statistical Office of the United Nations, Department of Economic and Social Affairs. New York: United Nations 1955. 556 S. (Zu beziehen über Alexander Horn, Wiesbaden.) \$ 5.00.

Dieses neue statistische Handbuch über den internationalen Handel hat gegenüber dem vorhergehenden Band erneut Erweiterungen erfahren. Es umfaßt jetzt Außenhandelsstatistiken von 100 Staaten (gegenüber bisher 90) und gibt detaillierte Auskunft über mehr als 98 Prozent des gesamten Welthandels. Für 55 Staaten, auf die rund 81 Prozent des Welthandels entfallen, gehen die Angaben und Analysen bis ins kleinste Detail nach Menge, Wert und Produkten. Das Handbuch erweist sich als eine wahre Fundgrube für jeden Außenhandelsinteressenten. E. W.

Zotschew, Theodor D.: Deutschland — wichtigster Import- und Exportmarkt Europas. Frankfurt am Main: Wirtschaftsdienst Verlag 1956. XLIII S. (Sonderdruck aus dem Außenhandels-Lexikon 1956.)

Bibliographien

Milojević, Borivoje Z.: Geography of Yugoslavia. A Selective Bibliography. Washington: Library of Congress 1955. XVII, 79 S. \$ 0,70.

Die vorliegende Bibliographie, die erste für dieses Fachgebiet in den Vereinigten Staaten erschienene, ist von dem Geographen der Universität Belgrad, Borivoje Z. Milojević, zusammengestellt worden. Sie umfaßt 830 Titel von Buchpublikationen und Zeitschriftenaufsätzen, die in zehn Sachgruppen angeordnet sind, von denen die über „Human Geography“, „Economic and Transportation Geography“, „Settlements“, „Political Geography“, „Historical Geography“ von besonderem Interesse sind. Die Einleitung gibt eine kurze Uebersicht über die Geschichte der geographischen Forschung im Gebiete des heutigen Jugoslawien. Den Abschluß bildet ein Autorenregister. Friedrich Wieschke

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigher (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Dr. Erwin Weghorn (E. W.), Frankfurt; Joachim Willmann (Wi.), Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20.

Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1956 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 11.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

Gegenseitige Staatsbesuche als Teil des neuen Kurses in der sowjetischen Außenpolitik

Von Dr. Curt Gasteyger

Erster Teil

I. Die „Neuorientierung“ der sowjetischen Außenpolitik

Seit ungefähr einem Jahr folgen sich in der sowjetischen Außenpolitik diplomatische Schritte, Einladungen zu Staatsbesuchen und Initiativen zur Entsendung von eigenen Delegationen in nichtkommunistische Länder, welche die von Ministerpräsident *Bulganin* in seinem Bericht über die Genter Konferenz als Programm seiner Regierung statuierte „Politik der Entspannung und der Beendigung des Kalten Krieges“¹ in die Tat umzusetzen scheinen. Die im Laufe des vergangenen Jahres begonnene und sich nunmehr fortsetzende Reihe der Staatsbesuche — seien es solche von ausländischen Staatsmännern in der Sowjetunion oder solche von führenden sowjetischen Politikern im Ausland — müßte in diesem Falle als ein wichtiger Bestandteil dieser „Neuorientierung“ angesehen werden.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren — und die Ergebnisse des 20. Parteitages der KPdSU² sprechen sehr dafür —, daß die unter der Herrschaft *Stalins* während über zwei Jahrzehnten geführte Außenpolitik einer allseitigen Revision unterworfen und dabei nicht allein das parteiideologische Erbe *Stalins*, sondern auch seine außenpolitischen Konzeptionen in Frage gestellt wurden. Der Tod *Stalins* im März 1953 brachte somit nicht nur eine Umwandlung des bislang auf der Einzelherrschaft beruhenden „Führerprinzips“ in die „kollektive Führung“ mit sich, sondern — sei es als unmittelbare Folge davon oder als Resultat einer sich allmählich anbahnenden, auf innen- und außenpolitischen Erwägungen und Faktoren beruhenden Entwicklung — eine Herausführung der Sowjetunion und ihrer Satelliten aus der seit dem Zweiten Weltkrieg durch die starre Politik *Stalins* geschaffenen Isolierung³. Die vom Gesichtspunkt einer Erweiterung des sowjetischen Herrschaftsbereiches aus geführte Außenpolitik hatte in den letzten Jahren keine wesentliche Verschiebung mehr zugunsten der Sowjetunion zur Folge gehabt, sondern hatte sich vielmehr an dem vielleicht nicht in dieser Stärke erwarteten Widerstand der westlichen Mächte festgefahren und damit zu einer Erstarrung der bisher fließenden Fronten geführt, die die Aussichten auf weitere machtpolitische Gewinne

ohne Entfesselung eines neuen Weltkrieges als sehr gering erscheinen ließ. Ganz im Gegenteil hatten die von *Stalin* geübte Unnachgiebigkeit gegenüber seinen westlichen Partnern und die Entfachung oder Förderung lokaler Konflikte (Indochina, Korea) deren Kompromißbereitschaft geschmälert und die Schaffung von regionalen Sicherheits- und Verteidigungsorganisationen entlang dem sowjetischen Einflußbereich verursacht und damit die Fronten in einer Weise versteift, die eine Fortführung der bisher so erfolgreichen expansiven Außenpolitik als kaum mehr aussichtsreich erscheinen ließ. Es mochten zudem innenpolitische Rücksichten, nicht zuletzt die nach *Stalins* Tod entstandene Unsicherheit innerhalb der sowjetischen Führung über den einzuschlagenden Kurs und das allgemeine Bedürfnis nach einer gewissen Entspannung, für eine Um- und Neuorientierung der außenpolitischen Konzeptionen maßgebend gewesen sein, wobei — hierüber besteht kein Zweifel — lediglich die Mittel und Wege, in keinem Fall jedoch das Endziel zur Diskussion gestellt werden sollte. Eine Aenderung auf diesem Gebiet glaubte man um so eher verantworten zu können, als die Sowjetunion in den vergangenen Jahren nicht allein ihr militärisches und wirtschaftliches Potential auf eine nie erreichte Höhe⁴ gebracht hatte, sondern sich nun gleichfalls im Besitz von Atombomben befindet, die das bisher fehlende Gleichgewicht auch auf diesem, für eine bewaffnete Auseinandersetzung entscheidenden Bereich herstellten. Dazu kommt, daß im internationalen Spiel der Kräfte die wichtigsten Trümpfe in den Händen der Sowjetunion lagen und noch liegen und man es sich leisten zu können glaubte, den einen oder anderen im Interesse des weitgesteckten Zieles — der Eroberung der Welt-herrschaft — einzusetzen. Die Position, von welcher aus die neue Politik gehandhabt werden sollte, war demnach eine — wenn auch nicht in allen Teilen, so doch überwiegend — günstige und starke, die gelegentliche Schwenkungen in der Taktik und sogar gewisse Konzessionen erlaubte. Die Politik des tödlich ernstesten, in der Gestalt *Stalins* verkörperten „bösen Mannes“ machte einer mit dem Schlagwort

„Geist von Genf“ bezeichneten Politik des Lächelns Platz und schuf so die Voraussetzung für eine Phase von gegenseitigen Besuchen, Freundschaftsverträgen und Friedensversicherungen, deren Erfolg vor der Kursänderung mehr als fraglich gewesen wäre.

Diese neue Politik konkretisierte sich, rückblickend betrachtet, in einer beinahe ununterbrochen ablaufenden Reihe von Konferenzen, Besuchen und Empfängen, deren wichtigste in dem folgenden Ueberblick nachgezeichnet werden sollen. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen mit den in der sowjetischen Außenpolitik angewandten Methoden kann mit Sicherheit angenommen werden, daß es sich hierbei um eine von langer Hand vorbereitete, weltumspannende „Offensive“ handelt, deren einzelne Vorstöße möglicherweise von den jeweiligen Gegebenheiten und Notwendigkeiten beeinflußt oder bestimmt sein mögen, die sicher aber in ihrer Gesamtkonzeption festgelegt ist und konsequent verfolgt wird. Das plötzliche Einlenken in den jahrelang vergeblich gewesenen Bemühungen um ein Zustandekommen des österreichischen Staatsvertrages, der wie eine Sensation wirkende Besuch einer sowjetischen Delegation in dem seit sieben Jahren verfemten Jugoslawien,

die überraschende Einladung von Bundeskanzler *Adenauer* nach Moskau und die triumphale Reise *Bulganins* und *Chruschtschows* in Asien — um nur die wichtigsten Stationen dieser neuen Phase zu nennen — sind sicherlich Teile eines Gesamtplanes, der mit Abschluß des Jahres 1955 noch keineswegs erfüllt ist, sondern, wie die jüngste Entwicklung zeigt, weitergeführt und ausgebaut wird.

Umfang und Dichte der Ereignisse legten eine Beschränkung in ihrer Auswahl auf, so daß die folgenden Ausführungen weder einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben können noch die gesamte sowjetische Außenpolitik einbeziehen. Bei dem engen Zusammenhang von Ursache und Wirkung auf diesem Gebiet und dem Bezogensein der verschiedenen Teile aufeinander ist jedoch auch der hier besonders berücksichtigte Aspekt der Staatsbesuche Teil eines Ganzen und kann als Erklärung eines Geschehens dienen, das noch nicht abgeschlossen ist und dessen Interpretation zwar nicht zu voreiligen Schlüssen führen darf, aber doch die Tendenzen aufzeigen kann, die gegenwärtig im außenpolitischen Handeln der Sowjetunion bestimmend zu sein scheinen. Dies wiederum mag für eine Gesamtbetrachtung der politischen Weltlage nützlich sein und klärend wirken.

II. Die Neutralisierungskampagne in Europa

Ursprünge und erste Äußerungen der später mit dem Worte „Neutralisierungskampagne“ bezeichneten Politik der Sowjetunion festzustellen, kann bei der Undurchsichtigkeit ihrer Außenpolitik nur auf Grund von Vermutungen geschehen. Seit dem überraschenden Besuch des Ersten Vizeaußenministers *Gromyko* in Stockholm⁵, über dessen Hintergründe

und Ergebnisse nur unklare Andeutungen vorliegen⁶, nahmen die Vermutungen über Ziel und Absichten der sich scheinbar anbahnenden neuen sowjetischen Taktik kein Ende mehr und erhielten durch den Abschluß des österreichischen Staatsvertrages und der damit verbundenen „Neutralisierung“ Oesterreichs ihre offensichtliche Bestätigung.

Der österreichische Staatsvertrag

Die so plötzlich erfolgte Schwenkung der sowjetischen Haltung in der österreichischen Frage konnte jedem, der die Geschichte der zahllosen, ohne jegliches Resultat verlaufenen Konferenzen und Beratungen kannte⁷, tatsächlich als entscheidende Neuorientierung erscheinen, die tiefere Gründe als das bloße Streben nach Entspannung und „friedlicher Koexistenz“ vermuten ließ. Nachdem noch an der Berliner Konferenz von Januar/Februar 1954 trotz großem Entgegenkommen sowohl der drei Westmächte wie der österreichischen Regierung⁸ die Verhandlungen an der sowjetischen Haltung gescheitert und auch während des ganzen Jahres 1954 keine Fortschritte in der Lösung erzielt worden waren, zeigte sich ab Jahresbeginn 1955 ein schrittweises Nachgeben der sowjetischen Vertreter⁹, das schließlich nach langwierigen Verhandlungen zur Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages am 15. Mai 1955 führte.

Zwei in diesem Zusammenhang wichtige, von der Sowjetunion als Vorbedingung für den Abschluß des Vertrages aufgestellte Momente wurden schließlich auch erfolgreich durchgesetzt und verwirklicht: daß nämlich 1. Oesterreich keinen militärischen Bündnissen beitreten noch militärische Stützpunkte auf seinem Gebiete zulassen darf, und daß 2. Oesterreich nach dem Beispiel der Schweiz eine immerwährende Neutralität zu üben hat¹⁰.

Der Gedanke einer Neutralisierung Oesterreichs und der damit verbundenen Verhinderung seiner Einbeziehung in das westliche Verteidigungsdispositiv stand für die Sowjetunion wahrscheinlich im Vordergrund, als sie ihre grundsätzliche Zustimmung zum Abschluß des Vertrages gab. Ohne Zweifel erhoffte man sich gleichzeitig einen möglichst großen psychologischen und propagandistischen Erfolg auf die für eine „Neutralisierung“ möglicherweise ebenfalls in Frage kommenden Staaten (vor allem diejenigen

Nordeuropas) und die deutsche Bundesrepublik, deren Einstellung zur Wiedervereinigungsfrage man im Sinne der durch das österreichische Beispiel gegebenen „neutralistischen Lösung“ zu beeinflussen suchte.

In der westlichen Presse¹¹ blieb man bei aller Genußnahme über das schließliche Zustandekommen einer allgemein akzeptablen Lösung der Oesterreichfrage nach wie vor skeptisch, teilweise sogar mißtrauisch gegenüber den Motiven, die in der Sowjetunion diese plötzliche Aenderung hervorgerufen haben mochten. Man erkannte, daß die Neutralität Oesterreichs vom gesamtwestlichen Gesichtspunkt aus ebenso viele Nachteile mit sich brachte, die sich in ungefähr drei Gruppen zusammenfassen ließen:

1. Das endliche Nachgeben der Sowjetunion nach zehnjähriger Obstruktion wurde von ihr in einen politischen Prestigegewinn von erheblichem Gewicht umgewertet.
2. Der damit gewonnene Eindruck von der Aufrichtigkeit der sowjetischen Bemühungen um Entspannung, Koexistenz und Lösung aller strittigen Fragen auf dem Verhandlungswege sollte einen nachhaltigen Einfluß auf die für eine solche Politik of-

fenen Länder ausüben¹². Dies bedeutete aber eine „Aufschmelzung“ der starren Fronten in Europa, die stagnierende Lage geriet in Fluß¹³ und eröffnete neue Perspektiven für kommende Verhandlungen, insbesondere für die in Aussicht stehende Viermächtekonferenz.

3. Für die Westmächte war, vom strategischen Gesichtspunkt aus, die Liquidierung ihrer militärischen Stützpunkte in Oesterreich und damit der direkten Verbindung von Deutschland über Oesterreich nach Italien ein erheblicher Nachteil¹⁴. Die Sowjetunion ihrerseits zog ihre gemäß dem Friedensvertrag mit Rumänien bzw. Ungarn dort stationierten Truppen, welche für die Aufrechterhaltung der Verbindung der Armee mit der sowjetischen Besatzungszone in Oesterreich zu sorgen hatten, nicht zurück¹⁵.

Im Zuge der neuen, auf Lockerung und Durchbrechung der bestehenden Fronten ausgerichteten sowjetischen Außenpolitik bildete so der österreichische Staatsvertrag eine erste wichtige Etappe, die durch ihr Gelingen auch späterhin als beispielhaft hingestellt wurde.

Die Warschauer Konferenz

Scheinbar nur an der Peripherie dieser sich abzeichnenden neuen Entwicklungsphase der sowjetischen Außenpolitik ging ungefähr zur selben Zeit (11.—14. Mai 1955) in Warschau die „Konferenz der europäischen Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa“ vor sich. Dieser als Gegenmaßnahme gegen das Inkrafttreten der Pariser Verträge¹⁶ gedachten Konferenz¹⁷ kam weniger eine militärische als eine politisch-völkerrechtliche Bedeutung zu, da (das ist in diesem Zusammenhange von Wichtigkeit) der seit langem angekündigte und nunmehr abgeschlossene „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ zwischen den acht Teilnehmerstaaten¹⁸ und der „Beschuß über die Bildung eines Vereinten Kommandos“ der Streitkräfte dieser Staaten¹⁹ einen bereits bestehenden tatsächlichen Zustand legalisiert und eine völkerrechtlich vertretbare Rechtfertigung für den Verbleib der in Ungarn und Rumänien stationierten Truppen²⁰ bietet²¹. Die Schaffung der Warschauer Militärallian-

z wurde von Ministerpräsident *Bulgadin* damit begründet, daß „wirksame Gegenmaßnahmen gegen die neu erwachenden aggressiven Kräfte“ getroffen werden müßten. Auf der anderen Seite, so betonte *Bulgadin*, beweise jedoch gerade die Wiederherstellung eines neutralen Oesterreichs die Möglichkeit eines Nebeneinanderbestehens von Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen. Das Beispiel Oesterreichs führe immer mehr Staaten in Europa und Asien dazu, ihrerseits eine Politik der Neutralität einzuschlagen und sich demzufolge richtigerweise den aggressiven Militärblocks fernzuhalten. Solche Bestrebungen würden bei der Sowjetunion stets volles Verständnis und Unterstützung finden²². Der in *Bulgadins* Ausführungen sichtbar gewordene Widerspruch zwischen der Befürwortung einer Politik der Allianzfreiheit für die einen (nichtkommunistischen) Staaten und der Schaffung eines eigenen Militärblocks durch die Volksdemokratien war in Wirklichkeit nur ein scheinbarer und ein Beweis für die Mehrspurigkeit der sowjetischen Außenpolitik.

Der sowjetische Staatsbesuch in Jugoslawien

Vorgeschichte

Als am Morgen des 14. Mai 1955 — dem Tage des Abschlusses der Warschauer Konferenz — in der Sowjetpresse die Meldung erschien, daß „geleitet von dem gemeinsamen Wunsche nach einer weiteren Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern und nach Festigung des Friedens, die Regierungen

der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien übereingekommen seien, ein Treffen ihrer Vertreter auf höchster Ebene für Ende Mai nach Belgrad einzuberufen“²³, war dies für die breite Weltöffentlichkeit eine große Ueberraschung. Tatsächlich hatte jedoch bereits mehr als ein Jahr zuvor eine erste Fühlungnahme

zwischen sowjetischen und jugoslawischen Vertretern an einer Tagung der Europäischen Wirtschaftskommission in Genf im April 1954 stattgefunden, bei welcher Gelegenheit von beiden Seiten die Bereitschaft zur Wiederherstellung gegenseitiger Handelsbeziehungen zum Ausdruck gebracht worden war²⁴. Bereits wenige Monate später fuhr eine Delegation der sowjetischen Außenhandelskammer nach Belgrad, wo es zum Abschluß eines Handels- und Zahlungsabkommens kam. Zu diesen auf wirtschaftlichem Gebiete liegenden Annäherungsversuchen tritt eine Reihe Begebenheiten vorwiegend politischer Natur: die am 20. Oktober 1954 in der Sowjetunion begangene Feier des 10. Jahrestages der Befreiung Jugoslawiens, der am 30. Oktober 1954 erfolgte Vorschlag Polens, die diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen²⁵, sowie ein Zwischenfall, der darauf schließen läßt, daß schon längere Zeit vor der offiziellen Ankündigung interne Besprechungen zwischen Parteiführern beider Länder stattgefunden haben müssen²⁶. In einer Rede im März 1955 erklärte Außenminister *Molotow*, die Gründe für die Trübung der jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen lägen nicht nur auf einer (der sowjetischen) Seite; von Jugoslawien sei vielmehr gegenüber der Sowjetunion in den letzten Jahren eine andere politische Haltung eingenommen worden als in den ersten Nachkriegsjahren. Marschall *Tito* beantwortete diese Anschuldigung in einer wenige Tage darauf vor dem jugoslawischen Parlament gehaltenen Rede²⁷ mit dem Hinweis, daß die Äußerungen *Molotows* ihn an der Aufrichtigkeit von Versicherungen zweifeln ließen, die im Verlaufe der letzten Monate eine Reihe von führenden sowjetischen Persönlichkeiten den Jugoslawen gegenüber abgegeben hätten²⁸. Aus diesem Zwischenfall kann auch geschlossen werden, daß es bei dem Besuch der sowjetischen Delegation nicht nur um die Annäherung der beiden Staaten, sondern mindestens ebenso um diejenige der beiden kommunistischen Parteien ging.

Den wegen dieser neuerlichen sowjetischen Initiative beunruhigten westlichen Staaten — insbesondere den drei Westmächten und den beiden andern, dem Balkanpakt angehörenden Staaten Griechenland und der Türkei — beeilte man sich in Belgrad zu versichern, daß „die Annäherung zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion keinen Bruch zwischen Jugoslawien und dem Westen bedeute“²⁹. In einem vom jugoslawischen Außenministerium veröffentlichten Kommuniqué stellte man nachdrücklich fest, „daß die jugoslawische Regierung ihren Wunsch betonen möchte, alles in ihrer Macht Liegende zu tun, um nicht nur die gegenwärtige nützliche und friedliche Zusammenarbeit mit den Ländern des Westens zu verstärken, sondern auch diese Zusammenarbeit auf alle anderen Länder auszudehnen, die bereit seien, daran teilzunehmen, und diese Absicht bekundeten“³⁰. Beide Erklärungen genügten jedoch nicht völlig, um die in

westlichen Kreisen (vor allem in den Vereinigten Staaten³¹) entstandene Unruhe und Unsicherheit zu beseitigen. Man sah nach wie vor in der Initiative der Sowjetunion den Versuch, ihre Stellung auf dem Balkan zu festigen, die einmal begonnene Neutralisierungskampagne fortzusetzen und damit den Balkanpakt zu schwächen³².

Der Besuch in Belgrad

Die sowjetische Delegation, angeführt von Ministerpräsident *Bulganin* und dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU *Chruschtschow*, traf am 26. Mai 1955 in Belgrad ein. In seiner (von Marschall *Tito* unbeantwortet gelassenen) Ansprache lobte *Chruschtschow* zunächst die Haltung Jugoslawiens im und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und sprach daraufhin sein aufrichtiges Bedauern über die „schweren Beschuldigungen und Beleidigungen gegenüber den jugoslawischen Führern“ aus, an welchen „die jetzt entlarvten Feinde des Volkes Berija, Abakumow und andere die Hauptschuld trügen“. Die Sowjetunion sei bereit, die Hindernisse einer Verständigung wegräumen zu helfen und einer friedlichen Zusammenarbeit den Weg zu ebnen. Der parteiideologische Charakter des Besuches ging aus der Äußerung *Chruschtschows* hervor, daß sie als Vertreter der KPdSU die Herstellung gegenseitigen Vertrauens auch zwischen den beiden Parteien für wünschenswert hielten. „Wir würden“, erklärte *Chruschtschow*, „unsere Pflicht vor unsern Völkern und vor den Werktätigen der ganzen Welt nicht erfüllen, wenn wir nicht alles in unserer Kraft Stehende tun würden, um gegenseitiges Verständnis zwischen der KPdSU und dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens auf der Grundlage der Lehre des Marxismus-Leninismus zu schaffen“³³. Diese von den jugoslawischen Kommunistenführern ohne Zweifel mit Genugtuung zur Kenntnis genommene Bereitschaft zur Diskussion nach langen Jahren des aus der kommunistischen Gesellschaft Ausgestoßenseins durfte als ein ernst zu nehmender Versuch sowjetischerseits gewertet werden, mit Jugoslawien und seiner Partei ins Gespräch zu kommen und tatsächlich — in welcher Form und Absicht auch immer — eine Annäherung herbeizuführen. Entscheidend war dabei — dies wurde von jugoslawischer Seite wiederholt hervorgehoben³⁴ —, daß Jugoslawien (im Unterschied zu den übrigen kommunistischen Staaten) der Sowjetunion als gleichberechtigtes und unabhängiges Land entgegentreten und mit ihr verhandeln konnte und sich keine Einmischung in seine inneren Angelegenheiten mehr gefallen ließ³⁵. Diese Tatsache festgestellt und nunmehr auch von der Sowjetunion offiziell anerkannt zu sehen, schien das wichtigste Ergebnis der sowjetisch-jugoslawischen Begegnung zu sein.

Von den Verhandlungen selbst, die sich in ihrem zweiten Teil auf der Insel Brioni abspielten, drang

nur sehr wenig an die Öffentlichkeit³⁶. Es ist anzunehmen, daß die feste Haltung Titos ihren Eindruck auf die sowjetischen Gäste nicht verfehlte und Tito deren These von der „Möglichkeit einer verschiedenen Entwicklung des Sozialismus“³⁷ als Hauptstütze für die Behauptung seiner eigenen Verhandlungsposition benutzt hat. In der am 2. Juni 1955 veröffentlichten, von *Tito* und *Bulganin* unterzeichneten gemeinsamen Erklärung³⁸ werden die von beiden Staaten übereinstimmend vertretenen außenpolitischen Prinzipien (Unteilbarkeit des auf kollektiver Sicherheit gegründeten Friedens, Achtung vor der Souveränität, Unabhängigkeit, Integrität und Gleichberechtigung des andern, Anerkennung und Ausbau der friedlichen Koexistenz ohne Rücksicht auf ideologische und gesellschaftliche Unterschiede, Beseitigung jeglicher Formen der Propaganda und der falschen Information) festgelegt. Im dritten Abschnitt wird — nach allgemeinen Feststellungen über die internationale Lage — in acht Punkten das Programm für die weitere Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen aufgestellt (insbes. die Stärkung und der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen, Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Organisationen sowie Herbeiführung aller Maßnahmen, die die Schaffung eines normalen Vertragszustandes und auf Grund dessen die reguläre Entwicklung der Beziehungen ermöglichen sollen).

Echo und Ergebnisse der Besprechungen

Das Echo auf die sowjetisch-jugoslawische Begegnung und deren Ergebnis war verschieden, positiv in der kommunistischen Presse, welche die Verhandlungen als „Dokument von großer internationaler Bedeutung für die Sache des Friedens und für diejenige der internationalen Arbeiterbewegung“ feierte³⁹; auf westlicher Seite zeigte man zum Teil Unsicherheit in der nunmehrigen Beurteilung Titos und seines Landes als Partner⁴⁰. Der von *Tito* anlässlich seiner Rede in Karlovac am 27. Juli 1955⁴¹ angekündigte Schuldenerlaß durch die Sowjetunion im Betrage von 90 Millionen Dollar, das nach zehntägigen Wirtschaftsverhandlungen am 1. Oktober 1955 unterzeichnete Protokoll⁴² und der rege Austausch von Journalisten- und Parlamentsdelegationen zwischen beiden Ländern⁴³ zeugten von den beidseitigen Bemühungen, die Belgrader Ergebnisse in die Tat umzusetzen, und dienten keineswegs einer Verminderung der westlichen Skepsis in bezug auf die zukünftige Loyalität Jugoslawiens gegenüber dem Westen.

Zugleich können sie als Hinweis darauf angesehen werden, daß der Belgrader Besuch kaum eine bloß zeitbedingte Maßnahme der Sowjetregierung war, sondern es sich auch hier wieder um einen Teil des bei der Neuorientierung entworfenen Gesamtplanes handelt. Seine Durchführung war zwar mit einigen negativen Momenten belastet (man denke an die Wirkung des Besuches und der damit verbundenen Anerkennung des gleichfalls kommunistischen Jugoslawiens

als eines der Sowjetunion gegenüber gleichberechtigten Staates auf die übrigen Volksdemokratien⁴⁴), jedoch wurden diese durch das erfolgreiche „Zurückbringen“ Jugoslawiens von einer notwendigerweise auf den Westen und dessen Unterstützung ausgerichteten Stellung in diejenige einer „Mittellage“ zwischen den beiden Blöcken mehr als wettgemacht. Damit kam man — ob gewollt oder ungewollt — *Titos* Idee eines „neutralistischen Programms“⁴⁵ entgegen, welches nicht nur die unmittelbar benachbarten Staaten Jugoslawiens (zunächst also die beiden Balkanpakt-Länder⁴⁶) für die Neutralität gewinnen soll, sondern wenn immer möglich einen wachsenden Kreis asiatischer und afrikanischer Staaten. (Die erfolgreichen Besuche *Titos* in Indien und Burma bzw. *Nehrus* und *U Nus* in Jugoslawien⁴⁷ und die in ihren politischen Teilen im wesentlichen übereinstimmenden Kommuniqués deuten darauf hin.) In jedem Fall zeichnen sich auf diesem Gebiete Entwicklungen ab, die durch den sowjetischen Staatsbesuch eine Förderung erfuhren und die in ihrer Tragweite für die gesamte Welt schwer zu übersehen sind: die allzu vereinfachende Auffassung von der Spaltung der Welt in zwei „feindliche Blöcke“ scheint einer neuen Platz machen zu müssen, die eine differenziertere Einteilung vornimmt, in welcher die neutralistisch gesinnten Staaten einen immer breiter werdenden Raum einnehmen⁴⁸.

Rückreise der sowjetischen Delegation über Bulgarien und Rumänien

Anschließend an ihren Besuch in Jugoslawien begaben sich Ministerpräsident *Bulganin* und Parteisekretär *Chruschtschow* zu einem Besuch am 3. Juni nach Sofia und am 4. Juni nach Bukarest, wo sie nicht nur mit dem Vorsitzenden des Präsidiums der Großen Nationalversammlung, *Petru Groza*, und dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Rumänischen Arbeiterpartei, *Gheorghe Gheorgiu-Dej*, zusammentrafen, sondern mit dem gleichfalls in die rumänische Hauptstadt delegierten Parteiführer der Ungarischen Volkspartei, *Matyas Rakosi*, und dem ungarischen Ministerpräsidenten, *Andras Hegedüs*, sowie den Sekretären der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei, *Antonin Novotny* und *Jiri Hendrich*.

Aus den beiden in Sofia bzw. Bukarest veröffentlichten Kommuniqués⁴⁹ geht hervor, daß der Belgrader Besuch und die dadurch notwendig gewordene Umorientierung der Politik der Volksdemokratien gegenüber Jugoslawien im Vordergrund standen. In beiden Verlautbarungen wurde eine „völlige Einstimmigkeit mit den Führern der vier Länder in allen auf die Interessen dieser Staaten bezüglichen internationalen Probleme festgestellt und der Genugtuung über die erzielte freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien“ Ausdruck verliehen. Schließlich äußerten die

Vertreter Bulgariens, Rumäniens, Ungarns und der Tschechoslowakei die Ueberzeugung, „daß zwischen ihren Ländern und Jugoslawien eine freundschaftliche Zusammenarbeit im Interesse der weiteren Festigung des Friedens und des Sozialismus erreicht werden wird“. Damit waren die Nachbarstaaten Jugoslawiens angewiesen, ihre Beziehungen zu Jugoslawien ebenfalls zu normalisieren, wobei, wie Marschall *Tito* zu einem späteren Zeitpunkt nochmals deutlich hervorhob, die Erfüllung gewisser Bedingungen — vor allem ein Wechsel in den Parteileitungen dieser Länder — gefordert wurde⁵⁰.

Die Politik der Sowjetunion gegenüber Deutschland

Die Auswirkungen der Genfer Konferenz auf die Deutschlandfrage

Am 23. Juli ging in Genf die Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte (Frankreich, Großbritannien, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten) zu Ende⁵⁴. In den Richtlinien für die vorgesehene Zusammenkunft der vier Außenminister wurden diese beauftragt, „die Behandlung der an der zu Ende gegangenen Konferenz erörterten Fragen fortzusetzen“, wobei „sie die enge Verbindung zwischen der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Problem der europäischen Sicherheit“ berücksichtigen sollten. Die Lösung der deutschen Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands mittels freier Wahlen — so heißt es in den Richtlinien weiter — sollten im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit herbeigeführt werden. Die Außenminister würden die „nach ihrem Ermessen erforderlichen Vorkehrungen für die Teilnahme oder für die Konsultation anderer interessierter Parteien treffen“⁵⁵.

Mit einer solchen sehr allgemein gehaltenen, durch Kompromisse erreichten Formulierung über die Wiedervereinigungsfrage war diese einer Lösung zwar keineswegs nähergebracht⁵⁶, aber doch ein Scheitern der Konferenz verhindert, und — das wurde vor allem in kommunistischen Kreisen⁵⁷ als ein großer Erfolg angesehen — einige grundsätzliche Richtlinien für das weitere Vorgehen in dieser Frage festgelegt: die Verkoppelung der deutschen Frage mit der Frage der europäischen Sicherheit, die Feststellung, daß die Lösung der deutschen Frage „im nationalen Interesse des deutschen Volkes“ herbeigeführt werden müsse, und daß, drittens, zu den Beratungen der Außenminister „interessierte Parteien“ hinzugezogen werden könnten. Bereits mit seiner Schlußerklärung bewies Ministerpräsident *Bulganin*, daß man über die Auslegung dieser vagen Formulierungen verschiedener Auffassung sein konnte; die wenige Tage nach der Konferenz gehaltenen Reden der vier Regierungschefs machten es dann noch deutlicher, daß — entgegen dem vielversprechenden „Geist von

Inzwischen ist die angestrebte Annäherung der beteiligten Länder auf manchen Gebieten erfolgt⁵¹. Von sowjetischer Seite⁵² wurde zudem der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß ihre und Bulgariens freundschaftliche Zusammenarbeit mit Jugoslawien auch zu einer Verbesserung der Beziehungen mit den benachbarten Ländern, wie Griechenland und der Türkei, führen möge⁵³. Genau diese Zielrichtung der sowjetischen Politik auf dem Balkan war es, welche von den Westmächten als Folge des Besuches der Sowjetführer in Belgrad vorausgesehen und mit Besorgnis verfolgt wurde.

Genf“ — in Wirklichkeit die „Kluft zwischen den Auffassungen der Westmächte und denen der Sowjetunion, vor allem hinsichtlich der Ueberwindung der Spaltung Deutschlands, noch außerordentlich weit“ war⁵⁸ und man deshalb der kommenden Außenministerkonferenz nicht mit allzu großen Hoffnungen entgegenblicken konnte.

Die anlässlich der Genfer Juli-Konferenz zur Schau gestellte Verständigungsbereitschaft der sowjetischen Staatsmänner trug offensichtlich zunächst viel dazu bei, den Ausgang des Treffens erfolgreicher erscheinen zu lassen, als er in Wirklichkeit war. Wie Ministerpräsident *Bulganin* in seinem Rechenschaftsbericht vor dem Obersten Sowjet erklären konnte, hatte die Sowjetunion durch ihre Politik der Minderung der Spannung positive Ergebnisse in Genf ermöglicht und damit die Konferenz zu einem „Beginn einer wichtigen Wendung zum Besseren in den Beziehungen zwischen den vier Mächten, ja, ganz allgemein“ gemacht⁵⁹. Damit wurde die Konferenz, welche bezeichnenderweise für die internationale Lage schon deshalb erfolgreich genannt wurde, weil sie nicht gescheitert war, in die Reihe der diplomatischen Erfolge des neuen Kurses in der sowjetischen Außenpolitik eingereiht. Sie bildete nunmehr die sichtbarste Manifestation für die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Bemühungen um eine Entspannung und die Erhaltung des Friedens auf der Welt und blieb als solche nicht ohne Wirkung sowohl auf westliche Kreise als auch ganz besonders auf einen Großteil der asiatischen Staaten. Dies alles konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß ganz insbesondere in der Deutschlandfrage kein Fortschritt erzielt worden war, und es schien daher nur verständlich, daß man in der Bundesrepublik einige Hoffnungen auf die bevorstehende Reise von Bundeskanzler *Adenauer* nach Moskau setzte.

Die sowjetischen Bemühungen um die Bundesrepublik Deutschland

Die Politik der Sowjetunion gegenüber Deutschland verlief — der Teilung dieses Landes entsprechend — auf zwei voneinander völlig verschiedenen

Ebenen. Während es auf der einen Seite galt, die Deutsche Demokratische Republik (DDR) in die völkerrechtliche Stellung eines formal souveränen Staates zu erheben und sie gleichzeitig enger an das Ostpaktsystem anzuschließen, kam es auf der anderen Seite darauf an, mit der Bundesrepublik zu einem *modus vivendi* zu gelangen, der für weitere diplomatische Schritte und eine danach folgende Aufnahme politischer und wirtschaftlicher Beziehungen die nötige Ausgangsbasis schaffen sollte. Es ist dabei nur schwer abzuschätzen, in wie weit die unmittelbar vorausgegangenen Unternehmungen der sowjetischen Regierung in Europa (insbesondere der Abschluß des österreichischen Staatsvertrages und die „Aussöhnung“ mit Jugoslawien) mit dem gleichermaßen unerwarteten Schritt gegenüber der Bundesrepublik in Zusammenhang stehen; sicher ist aber anzunehmen, daß er ebenso in die neue außenpolitische Konzeption Moskaus gehörte wie die früheren.

Die Einladung an Bundeskanzler Adenauer

Die Ueberreichung der ersten sowjetischen Note an die Bundesrepublik am 7. Juni 1955, das Interesse der Sowjetunion an der Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern und die Einladung Bundeskanzler Adenauers nach Moskau beinhaltend⁶⁰, muß deshalb aus dieser erwähnten Sicht betrachtet und beurteilt werden. Durch die mit dieser Einladung jetzt fortgesetzte Reihe von sowjetischen Vorstößen auf dem außenpolitischen Sektor waren ehemals als feststehend angesehene Fronten ins Schwanken geraten, wodurch bisherige politische Grenzziehungen und Begriffe an Klarheit verloren und eine Anpassung an die neu entstandene Situation forderten. Dies kann die starken Meinungsverschiedenheiten, die in und außerhalb Deutschlands über Sinn und Nutzen der Moskauer Reise des Bundeskanzlers bestanden, bis zu einem gewissen Grade erklären. Die ständig wachsende Bedeutung, die die Bundesrepublik im Rahmen des West-Ost-Konfliktes gewann, machte diesen neuen Schritt der Sowjetunion — darüber war man sich allgemein einig — durchaus verständlich. Sie ließ vermuten, daß es sich dabei um mehr als die Aufnahme diplomatischer Beziehungen handeln müsse und daß die Bundesrepublik dank ihrer heutigen Position von der Sowjetunion als wichtig genug erachtet worden sei, um in ein weltpolitisches Gespräch mit ihr zu kommen⁶¹. Diesem aus realistischen Erwägungen heraus vorgebrachten Wunsch trug die Bundesregierung durch die Annahme der Einladung Rechnung, wobei sie selbst der Hoffnung Ausdruck gab, daß „ein direkter deutsch-sowjetischer Kontakt wesentlich das deutsche Anliegen der Wiedervereinigung fördern“ könne⁶².

In der bereits zwei Tage nach Eintreffen der sowjetischen Note herausgegebenen Stellungnahme hatte das Bundeskabinett den sowjetischen Vorschlag für

die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen begrüßt und auf die Notwendigkeit einer Klärung der dadurch aufgeworfenen Fragen hingewiesen⁶³. Der auf die Annahme folgende Notenwechsel⁶⁴ zwischen den beiden Regierungen diente vor allem zur Klärung dieser Fragen, insbesondere der Festlegung der Verhandlungsthemen und des Reiseterrains. Der Notenwechsel erfolgte in einem sachlich-höflichen Ton, der keinen Anlaß zu einer Verstimmung auf einer der beiden Seiten bieten sollte. In der Sowjetunion und den Volksdemokratien wurde die sowjetische Initiative zwar als „im Interesse des Friedens in Europa“ gelobt⁶⁵, doch war nicht zu übersehen, daß man besonders in der DDR durch sie überrascht worden war und sich plötzlich vor die Notwendigkeit einer Revision der bisher gegenüber Bundeskanzler Adenauer eingenommenen, stark polemischen Haltung gestellt sah⁶⁶. Von Seiten der ostdeutschen Regierung bedurfte es deshalb einiger Anstrengung, um sich diesem scheinbar auch für sie unerwarteten sowjetischen Schritt anzuschließen und die Reise Adenauers nach Moskau als wichtigen Beitrag zur internationalen Entspannung zu begrüßen⁶⁷.

Auf der anderen Seite ging dem Austausch der Noten in westdeutschen und westlichen Kreisen eine äußerst lebhafteste Auseinandersetzung über die Opportunität der Reise Adenauers parallel. In Paris, London und Washington reagierte man auf die sowjetische Einladung recht zurückhaltend; man wies darauf hin, daß im Falle einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR Moskau die einzige bedeutende Hauptstadt sein würde, in welcher dann zwei deutsche diplomatische Vertretungen ihren Sitz hätten. Die DDR würde auf diese Weise zum mindesten indirekt anerkannt und die Teilung Deutschlands müßte auf lange Sicht hinaus als feststehende Tatsache hingenommen werden⁶⁸. Dazu kam die in verschiedenen westlichen Kreisen (auf Grund einer historisch unrichtigen Analogie mit Rapallo) aufkommende Befürchtung, es könne über die Westmächte hinweg und zu deren Schaden durch zweiseitige Verhandlungen eine deutsch-sowjetische Verständigung erreicht werden⁶⁹. Alle diese Besorgnisse und die zu keiner Klarheit führenden innerdeutschen Auseinandersetzungen machten es erforderlich, bei den Westmächten über die von der Bundesrepublik eingenommene Haltung keinerlei Zweifel aufkommen zu lassen und sie über alle zukünftigen Schritte auf dem laufenden zu halten. Gleich nach dem Eintreffen der ersten sowjetischen Note wurden deshalb die in Bonn akkreditierten Botschafter Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Außenminister von Brentano darüber informiert⁷⁰, während Bundeskanzler Adenauer in einem an die Öffentlichkeit gerichteten Presseinterview die Versicherung abgab, daß „die Bundesrepublik treu zu den Verträgen mit dem Westen stehe“⁷¹.

Konsultation mit den Westmächten

Die Reise Bundeskanzler *Adenauers* im Juni 1955 nach den Vereinigten Staaten bot zudem den geeigneten Anlaß, die durch die sowjetische Einladung geschaffene neue Lage mit den Vertretern der drei Westmächte zu erörtern und zu einer gemeinsamen Stellungnahme zu gelangen. Am 14. Juni wurde *Adenauer* von Präsident *Eisenhower* in Washington empfangen⁷², zwei Tage später nahm er an den in New York abgehaltenen Besprechungen der Außenminister der drei Westmächte teil⁷³, und auf seiner Rückreise von den Vereinigten Staaten suchte er am 19. Juni den britischen Premierminister, Sir Anthony *Eden*, in London auf⁷⁴. Den jeweils veröffentlichten kurzen Communiqués kann entnommen werden, daß ein Meinungs austausch über die Einladung des Bundeskanzlers nach Moskau und die damit zusammenhängenden Fragen stattgefunden hat. Von amerikanischer Seite wurde *Adenauer* erneut bestätigt, daß in der gemeinsamen Auffassung der beiden Regierungen „der Begriff Neutralität in keiner Weise auf Deutschland anwendbar sei und daß Deutschland seine Unabhängigkeit nur durch ein kollektives Sicherheitssystem sicherstellen“ könne. Diese deutlich an die Adresse der Sowjetregierung gerichtete Erklärung sollte jede Spekulation auf eine etwaige Divergenz der westlichen Auffassungen in diesen Fragen oder auf ein mögliches Abweichen der deutschen Delegation während ihrer Verhandlungen in Moskau von dieser Konzeption ausschließen.

Die erste Genugtuung über die sowjetische Einladung wich allmählich wachsendem Skeptizismus und wachsender Vorsicht in der Beurteilung der realen Chancen für ein positives Resultat der bevorstehenden Zusammenkunft⁷⁵. Der im Hinblick auf die Wiedervereinigungsfrage enttäuschende Ausgang der Genfer Konferenz der vier Regierungschefs ließ die mancherorts hochgespannten Hoffnungen auf die Möglichkeit einer Annäherung der Standpunkte durch eine direkte deutsch-sowjetische Kontaktnahme bescheidener werden⁷⁶. Dazu war die Zusicherung der Sowjetregierung in ihrer letzten Note vom 19. August, „sie sehe selbstverständlich kein Hindernis für einen Meinungs austausch in der Frage der nationalen Einheit Deutschlands“ — obwohl die Stellung der UdSSR der Regierung der Bundesrepublik ohne Zweifel bekannt sei —, viel zu deutlich⁷⁷ und ließ kaum den Glauben aufkommen, daß man sowjetischerseits bereit sei, zunächst in dieser Frage eine Annäherung zu erzielen. Man schien vielmehr gewillt zu sein, das Schwerkgewicht der Verhandlungen auf die weitere Gespräche überhaupt erst ermöglichende Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu konzentrieren. An der Herstellung der daraus resultierenden gegenseitigen Beziehungen sei ja — so wurde argumentiert⁷⁸ — in erster Linie die Bundesrepublik interessiert; die Lösung des deutschen Problems aber

hänge unter den gegenwärtigen Bedingungen vor allem von den Deutschen selbst ab.

Die Verhandlungen in Moskau

Die Verhandlungen in Moskau⁷⁹ bestätigten die Richtigkeit solcher auf wenig Erwartungen gegründeten Annahmen. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand nicht die Wiedervereinigungsfrage — entgegen der von Bundeskanzler *Adenauer* zu Beginn der Konferenz abgegebenen Grundsatzserklärung —, sondern diejenige der Wiederaufnahme gegenseitiger Beziehungen und die damit in enge Verbindung gebrachte Frage der Freilassung der noch in sowjetischer Gefangenschaft befindlichen Kriegsgefangenen. Die während vier Tagen vom 9. bis zum 12. September 1955 von beiden Seiten mit äußerster Entschiedenheit und Hartnäckigkeit geführten Verhandlungen standen in einem seltsamen Kontrast zu den an Empfängen und Theaterbesuchen gezeigten Freundschaftsbezeugungen der beteiligten Staatsmänner, ließen aber die schwierige Situation erkennen, in welcher sich die deutsche Delegation gegenüber den sowjetischen Gastgebern befand. Am Vorabend des vierten Verhandlungstages erwog man bereits den Abbruch der Besprechungen⁸⁰, als — außerhalb der offiziellen Unterredungen — Bundeskanzler *Adenauer* die Zusicherung für die Freilassung von 9626 Kriegsgefangenen erhielt, falls die Bundesregierung der sofortigen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zustimme. Diese an die Grenze eines Ultimatums⁸¹ reichende Bedingung, welche die entscheidende Wendung für den Ausgang der Verhandlungen anbahnte, wurde schließlich von der deutschen Delegation angenommen und damit ein Scheitern der Beratungen vermieden und ein — allerdings bescheidenes — Resultat erzielt.

In dem am 14. September veröffentlichten Communiqué⁸² wird jedoch lediglich auf die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern hingewiesen und dieses Uebereinkommen in einem entsprechenden Briefwechsel zwischen Ministerpräsident *Bulganin* und Bundeskanzler *Adenauer* festgehalten. Diese Herstellung normaler Beziehungen — so wird im Communiqué in einer allgemein gehaltenen Formulierung zur Deutschlandfrage Stellung genommen — trage nach Ansicht beider Seiten „zur Lösung der ungeklärten Fragen, die das ganze Deutschland betreffen“, bei und werde damit „auch zur Lösung des nationalen Hauptproblems des gesamten deutschen Volkes — der Wiederherstellung der Einheit eines deutschen demokratischen Staates — verhelfen“. Nicht erwähnt wurde dabei die von der Sowjetregierung zugestandene Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen⁸³, so daß sich Bundeskanzler *Adenauer* veranlaßt sah, diese Tatsache an einer in Moskau nach Abschluß der Verhandlungen abgehaltenen Pressekonferenz bekanntzugeben. Gleichzeitig

verlas er ein von ihm verfaßtes Schreiben an Ministerpräsident *Bulganin*, in welchem er im Hinblick auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwei für die Bundesregierung grundsätzliche Vorbehalte geltend machte⁸⁴: daß erstens die Aufnahme normaler Beziehungen zur Sowjetunion keine Anerkennung des derzeitigen beidseitigen territorialen Besitzstandes darstelle und die Frage der Grenzen Deutschlands dem Friedensvertrag vorbehalten bleibe, und zweitens, daß die Bundesregierung auf ihrem „Rechtsstandpunkt in bezug auf ihre Befugnis zur Vertretung des gesamten deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten und in bezug auf die politischen Verhältnisse in denjenigen deutschen Gebieten, die gegenwärtig außerhalb ihrer effektiven Hoheitsgewalt liegen“, bestehe. Auf diese vom Standpunkt der Bundesregierung notwendige Feststellung wurde in einer TASS-Erklärung vom 15. September⁸⁵ geantwortet, die Sowjetregierung betrachte die Deutsche Bundesrepublik als einen Teil, die DDR als einen anderen Teil Deutschlands; ferner halte sie es für erforderlich, festzustellen, „daß die Frage der Grenzen Deutschlands durch das Potsdamer Abkommen gelöst worden sei und die Bundesrepublik ihre Jurisdiktion auf dem Gebiet ausübe, das unter ihrer Hoheit stehe“. Nichts konnte somit darüber hinwegtäuschen, daß die Moskauer Verhandlungen außer der von der Sowjetunion angestrebten Errichtung diplomatischer Missionen und der damit erkaufte Freilassung von 9626 Kriegsgefangenen keine sichtbaren Ergebnisse gezeitigt hatten.

Reaktionen auf die Moskauer Verhandlungen

Die Kommentare über das Ergebnis der Verhandlungen waren entsprechend dem von einem Großteil der Öffentlichkeit kaum erwarteten Resultat durchaus unterschiedlich: in der kommunistischen Presse⁸⁶ als Beitrag zur internationalen Entspannung gewürdigt, fand es in westlichen Kreisen mehrheitlich zurückhaltende Beurteilung⁸⁷ oder wurde sogar mit Unbehagen oder Mißtrauen⁸⁸ aufgenommen. In der Bundesrepublik herrschte zwar über die Freilassung der Kriegsgefangenen verständlicherweise allgemeine Genugtuung, doch verstärkte sich mancherorts der Eindruck immer mehr, daß die auf diese Weise allem Anschein nach zwischen den beiden Ländern erreichte Entspannung — die in einigen Kreisen als wichtigstes Resultat der Verhandlungen angesehen wurde⁸⁹ — mit dem Preis der Sanktionierung des status quo, der indirekten Aufwertung der DDR und des völkerrechtlichen Nebeneinanderbestehens zweier deutscher Staaten in der diplomatischen Anerkennung durch eine Weltmacht, „kurz die Kristallisierung der Teilung auf längere Dauer“ bezahlt worden sei⁹⁰.

Die in einer Regierungserklärung vom 22. September⁹¹ von Bundeskanzler *Adenauer* nochmals dargelegten und mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer Wahrung des deutschen Standpunk-

tes in lebenswichtigen Fragen gerechtfertigten Resultate der Moskauer Verhandlungen wurden am 23. September 1955 vom Deutschen Bundestag einstimmig genehmigt. In zwei Entschlüssen nahm das Parlament zudem Kenntnis von dem Versprechen des sowjetischen Ministerpräsidenten über die Freilassung der Kriegsgefangenen und machte sich die von Bundeskanzler *Adenauer* gegenüber der Sowjetregierung vorgebrachten Vorbehalte zu eigen⁹².

Das Verhältnis der Sowjetunion zur DDR

Besuch Bulganins und Chruschtschows in Ostberlin

Die erste Interpretation ihrer Haltung zur Deutschlandfrage — und damit die Richtlinie für alle weiteren Gespräche über dieses Problem — gaben Ministerpräsident *Bulganin* und Parteisekretär *Chruschtschow* bereits zwei Tage nach Abschluß der Genfer Konferenz anläßlich ihres Aufenthaltes in Ostberlin, wo sie auf ihrer Rückreise von Genf halmachten⁹³. Dieser überraschende Besuch war offensichtlich als bewußte Demonstration gedacht: als Ausdruck der Solidarität gegenüber der DDR und ihrer Regierung, als Kundgebung gegenüber den westlichen Mächten, die nicht lange im unklaren über die Interpretation gelassen werden sollten, die die Sowjetregierung den in Genf aufgestellten Richtlinien über die Deutschlandfrage gab. Ministerpräsident *Bulganin* wiederholte und verdeutlichte bei seiner Ankunft in Berlin die bereits in seiner Schlußerklärung vom 23. Juli in Genf⁹⁴ geäußerte Ansicht, daß die beiden deutschen Staaten zunächst einem System für gesamteuropäische kollektive Sicherheit beizutreten hätten, bevor die durch eine allmähliche Annäherung möglich gewordene Wiedervereinigung in Frage kommen könne⁹⁵. Die in Genf mühsam erreichte Koppelung der deutschen Frage mit derjenigen der kollektiven Sicherheit wurde durch *Bulganin* wieder in ihre beiden Teile aufgelöst und die Frage des Sicherheitssystems in den Vordergrund gestellt. Dies bedingte — darüber ließen weder *Bulganin* noch *Chruschtschow* in ihren in Berlin und später gehaltenen Reden einen Zweifel bestehen — die Anerkennung des Bestehens von zwei deutschen Staaten, deren Vereinigung immer mehr als eine vom deutschen Volke selbst zu regelnde Angelegenheit erklärt wurde, eine Ansicht, die der ostdeutsche Ministerpräsident *Grotewohl* in seiner Antwort auf die Rede *Bulganins* aufnahm und zur Forderung erhob, die vor allem an die deutsche Bundesregierung zur Aufnahme direkter Verhandlungen mit der Regierung der DDR gerichtet war⁹⁶.

Auf einer Kundgebung am 26. Juli faßte *Chruschtschow* die Stellungnahme seiner Regierung nochmals zusammen⁹⁷, die in einer am 28. Juli gemeinsam mit der ostdeutschen Regierung veröffentlichten Erklärung ihren Niederschlag fand. In diesem Communiqué wird u. a. auf die Frage der deutschen Kriegsgefangenen Bezug genommen, derentwegen

„auf Initiative der DDR“ ein Meinungs austausch stattgefunden habe, und in Aussicht gestellt, daß die Erörterung dieser Frage „unter Berücksichtigung der Wünsche der Regierung der DDR“ fortgesetzt werde. Hier wurde die Behandlung einer Angelegenheit vorweggenommen, die entscheidend Charakter und Ausgang der Moskauer Verhandlungen Bundeskanzler *Adenauers* bestimmte, und deren Lösung schließlich zu einer Art „Wettlauf“ um den Vorrang und das damit verbundene Prestige derjenigen deutschen Regierung wurde, die sie herbeigeführt hatte.

Der „auf der Grundlage der Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung und der Souveränität“⁹⁸ erfolgte Meinungs austausch der sowjetischen und ostdeutschen Regierungsvertreter bedeutete zweifellos eine Stärkung des Prestiges der DDR nach außen⁹⁹ und diente zugleich der Vorbereitung für die Moskauer Reise einer DDR-Delegation, wenige Tage nachdem Bundeskanzler *Adenauer* die seinige beendet hatte.

Die Verhandlungen in Moskau

Am 14. September 1955 erging an die Regierung der DDR eine offizielle Einladung der Sowjetregierung zur Entsendung einer Delegation nach Moskau. Als Zweck des Besuchs nannte man die Fortsetzung der anlässlich des Berliner Besuchs von Ministerpräsident *Bulganin* und Parteisekretär *Chruschtschow* begonnenen Verhandlungen, wobei dieses Mal „weitere Schritte zur Entwicklung und Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR“ in Aussicht genommen werden sollten¹⁰⁰. Man bemühte sich augenscheinlich, das nach dem Besuch Bundeskanzler *Adenauers* gestörte Gleichgewicht wiederherzustellen und der Welt zu beweisen, daß nach wie vor die Solidarität und Freundschaft der Sowjetunion mit der DDR nicht nur dieselben geblieben seien, sondern durch die geplanten Maßnahmen eine weitere Stärkung erhielten. Die betont herzliche Atmosphäre der Verhandlungen — die auch in dem freundschaftlichen Ton des Schlußkommunikés¹⁰¹ ihren Ausdruck fand — gab der in gegenseitiger Uebereinstimmung aufgestellten Beurteilung der internationalen Lage den nötigen Nachdruck.

Das Resultat der viertägigen Besprechungen läßt sich wie folgt kurz zusammenfassen¹⁰²:

1. Abschluß eines „Vertrages über die Beziehungen zwischen der DDR und der Sowjetunion vom 20. September 1955“, in welchem der DDR die Freiheit der Entscheidung über Fragen ihrer Innen- und Außenpolitik, einschließlich der Beziehungen zur Bundesrepublik und anderen Staaten, gegeben wird (Art. 1). In Artikel 2 erklären die vertragsschließenden Parteien ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit im Hinblick auf die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa sowie einer friedensvertraglichen Regelung für Deutschland

und seiner Wiedervereinigung (Art. 5). Ferner wird in diesem Vertrag festgehalten, daß mit Zustimmung der Regierung der DDR auf deren Gebiet stationierte sowjetische Truppen zeitweilig dort verbleiben, ohne sich jedoch in deren innere Angelegenheiten mischen zu dürfen (Art. 4).

2. Ein Briefwechsel über die Kontrolle der Grenzen der DDR und der Verbindungswege nach Westberlin. Die Befugnis zu einer solchen Kontrolle (mit Ausnahme des Verkehrs der Streitkräfte der Westmächte) wird dadurch der DDR übertragen.
3. Durch einen Beschluß des Ministerrates der Sowjetunion vom 20. September 1955 wurde außerdem die sowjetische Hohe Kommission in Deutschland aufgehoben und die in den Jahren 1945—48 erlassenen Beschlüsse des Kontrollrates auf dem Gebiete der DDR außer Kraft gesetzt¹⁰³. (Diese Maßnahme erfolgte in Entsprechung zur Aufhebung des Besatzungsstatuts und zur Auflösung der Alliierten Hohen Kommissionen für Deutschland durch die drei Westmächte am 5. Mai 1955¹⁰⁴.)

Auswirkungen und Kommentare

Diese mit außerordentlicher Genugtuung in der DDR zur Kenntnis genommenen Resultate der Moskauer Verhandlungen ihrer Delegation¹⁰⁵ waren nicht nur als eine Gegenmaßnahme gegen das Inkrafttreten der Pariser Verträge gedacht, sondern bedeuteten außer einer Rückenstärkung der ostdeutschen Regierung auch einen weiteren Schritt in der formalrechtlichen Verselbständigung der DDR. Die Zuerkennung der formellen Souveränität an die DDR diente dem Zwecke, die Durch- und Fortführung von Maßnahmen voranzutreiben, insbesondere die bereits am 26. September 1955 beschlossene Verfassungsänderung, die mit dem Gesetz vom 18. Januar 1956¹⁰⁶ angeordnete Schaffung einer Volksarmee und ihre Einbeziehung in die vereinigten Streitkräfte des Warschauer Paktes¹⁰⁷. Eine weitere, sicher beabsichtigte Folge der Verhandlungen stellte die Minderung der Bedeutung des von Bundeskanzler *Adenauer* anlässlich seines Moskauer Besuchs erzielten Ergebnisse dar. Dies wurde vor allem durch die Art der Behandlung der von der ostdeutschen Delegation als „Nebensache“ abgetanen Kriegsgefangenenfrage¹⁰⁸ erreicht, die bei den Besprechungen mit der Bundesrepublik im Zentrum gestanden hatte. Demgegenüber stand die Hebung der eigenen (völkerrechtlichen) Stellung im Hinblick auf mögliche Verhandlungen mit nichtkommunistischen Staaten und, zunächst einmal, auf die im Oktober beginnende Konferenz der Außenminister der vier Großmächte. Dort sollte man sich auf Grund der vorliegenden Verhandlungsergebnisse klar werden, daß man es mit zwei deutschen Staaten zu tun hat, deren völkerrechtliche Stellung formal dieselbe ist und deshalb keinen Anlaß mehr zur Ablehnung des einen oder andern Staates bieten konnte.

Die Einbeziehung Nordeuropas

Die Bedeutung

In einem Artikel der offiziellen sowjetischen Zeitung *Iswestija* vom Juli 1955¹⁰⁹ wird aus Anlaß der Reise einer schwedischen Parlamentarier-Delegation in der Sowjetunion ausführlich zu der sich in den skandinavischen Staaten abzeichnenden neuen Haltung gegenüber der Sowjetunion Stellung genommen. In dem Artikel wird betont, die ganze Nachkriegspolitik der UdSSR sei darauf ausgerichtet gewesen, die unabhängige Entwicklung und die wirtschaftliche Prosperität in den nordischen Staaten zu fördern. Trotz der unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Struktur besäßen die Sowjetunion und Skandinavien gemeinsame Interessen, wobei ihr Wunsch nach einer Minderung der internationalen Spannung, friedlicher Koexistenz und Beseitigung des Mißtrauens im Vordergrund stehe. Es gebe keinerlei strittige Fragen zwischen der Sowjetunion und den skandinavischen Staaten und damit auch kein Hindernis für eine Erweiterung der gegenseitigen Beziehungen. Da all dies zeige, daß die Sowjetunion keine Aggression gegen die nordischen Staaten beabsichtige, könnten sich — zitiert zustimmend die *Iswestija* die schwedische Zeitung *Aftonbladet* — Norwegen und Dänemark von einer Mitarbeit im Nordatlantikpakt befreien.

Die bald darauf erfolgten Einladungen zu einem Staatsbesuch an Finnland und Norwegen — und später auch an Dänemark und Schweden — bildeten die Fortsetzung dieser Bemühungen der Sowjetunion um eine Annäherung an die nordischen Staaten. Sie erhalten unter diesem Aspekt die ihnen zukommende Bedeutung: der Versuch einer Loslösung der an das politisch-militärische Verteidigungssystem des Westens angeschlossenen Staaten und die Schaffung eines aus neutralen oder neutralisierten Staaten bestehenden Nordeuropas.

Die Einladung an Finnland

Die sowjetisch-finnischen Beziehungen trugen seit dem letzten Weltkriege einen durch den sowjetischen Angriff auf Finnland und die darauffolgenden Ereignisse geprägten besonderen Charakter. Die unmittelbare Nachbarschaft und die politisch-wirtschaftlichen Notwendigkeiten ließen Finnland alles tun, um jeden Anlaß zu Störungen der Beziehungen zu vermeiden. Bereits bei einem Aufenthalt des Stellvertretenden Ministerpräsidenten *Mikojan* im November 1954 in Helsinki war die Frage eines finnischen Besuches in der Sowjetunion geprüft worden, der jedoch infolge der Umstellungen in der sowjetischen Staatsführung hinfällig geworden sein soll¹¹⁰. Die Frage einer Einladung wurde jedoch bald darauf im Zuge des neuen Kurses in der sowjetischen Außenpolitik und der damit verbundenen Bemühungen um die skandina-

vischen Staaten wieder aktuell. Am 16. September 1955 traf der finnische Staatspräsident J. K. *Paasikivi* in Begleitung seines Ministerpräsidenten U. *Kekkonen* und des Verteidigungsministers E. *Skog* in Moskau zu einem offiziellen Staatsbesuch ein. Dem Besuch war zwischen dem 16. und 25. August ein Briefwechsel vorausgegangen, in welchem der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets, *Woroschilow*, auf den im Jahre 1948 abgeschlossenen „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe“¹¹¹ Bezug nahm und darauf hinwies, daß eine „weitere Entwicklung solch freundschaftlicher Beziehungen den Bestrebungen der Völker der beiden Länder nach Frieden und Freundschaft entsprechen“ würde¹¹². In Finnland betrachtete man die darauffolgende Einladung als ein bedeutsames Ereignis¹¹³ und äußerte die Ansicht, daß die sowjetische Regierung sich der Sympathien, die Finnland gerade auch im Westen genieße, wohl bewußt sei und nun ihrerseits versuche, ihre Beziehungen zum Nachbarstaat zu verbessern und ihn in die „Entspannungsoffensive“ einzubeziehen. Die Voraussetzungen dafür schienen insofern geschaffen zu sein, als sich die auf Grund der Kapitulationsbedingungen von 1944 an die Sowjetunion abgetretene und als sowjetischer Stützpunkt benützte Insel Porkkala immer noch im Besitze der Sowjetunion befand und die Lösung einer solchen, für Finnland schmerzlichen Frage einen großen Prestige- und Sympathiegewinn bedeuten konnte. Die finnischerseits gehegten Erwartungen, daß anläßlich des Aufenthaltes von Staatspräsident *Paasikivi* über die Rückgabe der Insel verhandelt werden könnte, erwiesen sich als gerechtfertigt, denn bereits in der zweiten Sitzung — am 17. September — gab Ministerpräsident *Bulganin* die Erklärung ab, daß seine Regierung im Hinblick auf die allgemeine Entspannung der internationalen Lage und besonders der positiven Ergebnisse der Genfer Konferenz es „für möglich erachte, den Interessen Finnlands Rechnung tragend, auch die Frage der Auflassung des sowjetischen Kriegsmarinestützpunktes auf finnischem Gebiete zu prüfen“¹¹⁴. (*Bulganin* unterließ es nicht, darauf hinzuweisen, daß „eine solche Preisgabe von Militärstützpunkten auf fremden Gebieten durch andere Staaten zweifellos zur weiteren Minderung der Spannungen und zur Beseitigung des Mißtrauens“ führen würde.) Gleichzeitig mit der Bekanntgabe dieser für Finnland erfreulichen Mitteilung schlug *Bulganin* eine 20jährige Verlängerung des Freundschafts- und Friedensvertrages von 1948 vor, eine Offerte, die man finnischerseits nach der Konzession in der Porkkala-Frage kaum ablehnen konnte¹¹⁵. Diese Verlängerung sei, wie Staatspräsident *Paasikivi* in einer Ansprache nach seiner Rückkehr aus Moskau sagte¹¹⁶, von der Sowjetregierung als Vorbedingung für die Lösung der Pork-

kala-Frage betrachtet worden. Auf gegen den Vertrag vorgebrachte Kritiken antwortete *Paasikivi*, daß die Politik Finnlands nach wie vor darauf ausgerichtet sei — und lediglich dies komme im Pakt zum Ausdruck —, sich außerhalb der Konflikte der Großmächte zu halten. Der Beistandspakt von 1948 habe während der acht Jahre seiner Geltung Finnland keine Ungerechtigkeiten bereitet, und es sei zu hoffen, daß die Unterzeichnung der neuen Verträge den Beziehungen Finnlands zur Sowjetunion, die das wichtigste Problem der finnischen Außenpolitik bildeten und sich von Jahr zu Jahr verbessert hätten, weiter förderlich sein werde¹¹⁷.

In dem zum Abschluß des Besuchs veröffentlichten Kommuniqué¹¹⁸ wird außer auf diese Verlängerung und die Rückgabe der Insel Porkkala und nach Auf-führung der beidseitig anerkannten fünf Prinzipien der Koexistenz auf den Abschluß eines neuen lang-fristigen Handelsabkommens und eines Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit hin-gewiesen.

Der finnische Staatsbesuch in Moskau und die dar-aus resultierenden Uebereinkommen verfehlten kaum ihre Wirkung auf Finnland selbst noch auf die einer neutralistischen Politik zugeneigten skandinavischen Länder¹¹⁹. Dazu trug nicht zuletzt der am 28. Oktober 1955 vom finnischen Reichstag gebilligte Beitritt Finnlands zum Nordischen Rat bei, gegen den sich bis dahin die Sowjetunion gewandt hatte.

Das Verhältnis Norwegens zur Sowjetunion

Die in manchen westlichen Ländern an Stärke ge-winnende Vermutung, daß man in der Sowjetunion bestrebt sei, eine Lockerung zwischen den skandina-vischen NATO-Staaten und den Westmächten einer-seits und eine allmähliche Neutralisierung des strate-gisch wichtigen nördlichen Teiles von Europa ander-erseits zu erreichen¹²⁰, erhielt durch die Ende August an den norwegischen Ministerpräsidenten *Gerhardsen* gerichtete offizielle Einladung zu einem Besuch in Moskau neuen Auftrieb¹²¹. Diesen Befürchtungen trat aber *Gerhardsen* in einer unmittelbar nach Empfang der Einladung abgegebenen Erklärung mit der Ver-sicherung entgegen, daß „zwischen Moskau und Oslo keine Probleme politischer Natur bestünden“¹²², was wohl heißen sollte, daß in diesem Falle bei seinem Besuch in der Sowjetunion auch keine solche Fragen (also auch nicht die Zugehörigkeit Norwegens zum Atlantikpakt) zur Erörterung gebracht würden. In einem ausführlichen Exposé über die außenpolitische Lage vor dem norwegischen Storting gab Außenmini-ster *Lange* gleichfalls deutlich zu verstehen, „daß ein Kurswechsel Norwegens außer Diskussion stehe“. Man habe zwar eine gewisse Besserung der interna-tionalen Situation, namentlich im diplomatischen Um-gang mit der Sowjetunion, feststellen können, bis jetzt lägen aber keine Kompromisse oder Zugeständ-

nisse vor, die der Preisgabe wirklicher Machtpositio-nen gleichkämen oder eine Aenderung der grundle-genden Machtverhältnisse zur Folge haben könnten. Die Möglichkeiten einer tatsächlichen Entspannung, betonte *Lange*, seien in hohem Maße von der solida-rischen Zusammenarbeit der Westmächte abhängig, weshalb die Bedeutung des Atlantikpaktes größer sei als je zuvor. Schließlich bemerkte der Außenminister zum Ergebnis der sowjetisch-finnischen Verhandlun-gen, daß „alles, was zum besseren Verständnis zwi-schen der Sowjetunion und den nordischen Ländern beitragen könne, zu begrüßen sei“¹²³, wobei er wahr-scheinlich nicht nur an den von ihm als „erfreulich“ bezeichneten bevorstehenden Beitritt Finnlands dachte, sondern auch die Besprechungen des Minister-präsidenten seines eigenen Landes in Moskau im Auge hatte.

Die sowjetisch-norwegischen Verhandlungen fanden in der Zeit vom 10. bis zum 16. November statt und dienten — wie aus der vor seiner Abreise abgegebe-nen Erklärung von Ministerpräsident *Gerhardsen* und dem am 15. November veröffentlichten Kommuniqué hervorgeht¹²⁴ — in erster Linie der Erörterung von Fragen der Wirtschaftsverbindungen und ihrer wei-teren Entwicklung. Die bisher jeweils nur auf ein Jahr abgeschlossenen Handelsverträge wurden durch ein „Protokoll über gegenseitige Warenlieferung für 1956—58“ ersetzt und durch ein „Protokoll über zu-sätzlich gegenseitige Warenlieferungen durch die UdSSR und Norwegen für 1956“ ergänzt. Im weite-ren kamen zur Sprache (gemäß dem Kommuniqué): die Frage der Herstellung von wissenschaftlich-tech-nischen Verbindungen, der rationellen Verteilung der Anrechte auf die Erschließung von Wasserkraften an einem norwegisch-sowjetischen Grenzfluß sowie Fra-gen der kulturellen Zusammenarbeit (insbesondere wurde hierbei die Wünschbarkeit eines vermehrten Austausches von Delegationen von Jugendvereinigun-gen, Gewerkschaften, Wirtschaftsorganisationen u. ä. hervorgehoben). Im Zusammenhang „mit einer sowje-tischerseits gestellten Frage“ — so wird schließlich im Kommuniqué ausgeführt — habe der norwegische Ministerpräsident versichert, daß „die norwegische Regierung keine Politik fördern wird, die aggressive Zwecke verfolgt, und fremden Streitkräften keine Stützpunkte auf norwegischem Territorium zur Verfü-gung stellen wird, solange Norwegen keinem Ueber-fall bzw. keiner Bedrohung für einen Ueberfall aus-gesetzt sein wird“¹²⁵. In Oslo versicherte man in be-zug auf diese letztere Erklärung, daß sie an den Zu-sicherungen Norwegens gegenüber der NATO nichts ändere, doch mußte man zugeben — und dies wurde von verschiedenen Seiten kritisiert —, daß es entgegen den ursprünglich erfolgten Zusagen¹²⁶ nicht völlig ge-lungen sei, das politische Moment von der Diskussion fernzuhalten, was wiederum Anlaß zu zahlreichen Mißverständnissen und Fehldeutungen in den west-

lichen Ländern gab¹²⁷. Nach Ansicht breiter Kreise, so äußerten sich mehrere norwegische Kommentare¹²⁸, habe die Delegation in Moskau keinerlei Ergebnisse erzielt, die nicht ebensogut unter normalen Verhandlungsformen zu erreichen gewesen wären. Man brachte damit ein nicht nur in den skandinavischen Ländern aufkommendes Gefühl zum Ausdruck, daß von seiten der Sowjetunion solche Einladungen nicht allein dazu dienen sollten, eine Neutralisierung gewisser Länder herbeizuführen, sondern durch die absichtliche Uebersteigerung der Bedeutung von derlei Besuchen Anlaß zu Mißverständnissen in der westlichen Welt zu schaffen.

Der dänische Ministerpräsident in Moskau

Die an den dänischen Ministerpräsidenten, H. C. Hansen, ergangene Einladung zu einem offiziellen Besuch in Moskau bildete die konsequente Fortsetzung der sowjetischen Bemühungen um eine Intensivierung der Beziehungen mit den skandinavischen Staaten. Die in der Zeit vom 2. bis zum 11. März 1956 durchgeführte Reise Hansens in die Sowjetunion wurde schon deshalb mit besonderem Interesse verfolgt, weil sie der erste Staatsbesuch nach dem XX. Parteitag der KPdSU war, von dem Auswirkungen auf die bevorstehenden Verhandlungen (beispielsweise im Sinne einer verstärkten Akzentuierung des Wunsches nach einer engeren Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten) durchaus möglich erschienen. Wieweit dies während der mehrtägigen Besprechungen in Moskau tatsächlich der Fall war, ist aus den offiziellen Verlautbarungen nicht zu ersehen, noch wird darauf in den Äußerungen der beteiligten Staatsmänner Bezug genommen¹²⁹. Entgegen den mancherorts geäußerten Vermutungen¹³⁰ folgte der dänische Ministerpräsident auch nicht dem Beispiel seines norwegischen Kollegen; es gelang Hansen nämlich — wahrscheinlich entgegen den sowjetischen Absichten —, Zusicherungen Dänemarks bezüglich der Stationierung alliierter Truppen auf dänischen NATO-Basen zu vermeiden und diese Frage aus dem am 4. März veröffentlichten gemeinsamen dänisch-sowjetischen Kommuniqué¹³¹ überhaupt herauszuhalten. Der politische Teil der Erklärung enthält lediglich allgemein gehaltene Feststellungen über die Prinzipien der Koexistenz sowie einige Bemerkungen über zwischen den beiden Ländern noch anhängige Fragen¹³². Das wichtigste Ergebnis der Verhandlungen bildeten der Beschluß zu einer Ausweitung des bisher unbedeutenden Handelsverkehrs sowie das Uebereinkommen, die kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verstärken.

Ein solches Resultat entsprach aller Wahrscheinlichkeit nach kaum den sowjetischerseits gehegten Erwartungen. In westlichen Kreisen konnte man dagegen die Tatsache der Ablehnung Hansens, sich in

eine Diskussion über politisch-militärische Fragen — insbesondere über die Mitgliedschaft Dänemarks im Atlantikpakt — einzulassen, als ein für die NATO zweifellos positives Ergebnis werten.

Der schwedische Staatsbesuch

Mit dem Staatsbesuch des schwedischen Ministerpräsidenten, Tage Erlander, in Moskau vom 29. März bis zum 4. April 1956 (und anschließender Reise durch die Sowjetunion) schloß sich — Island ausgenommen — der Kreis der nordischen Staaten. Damit war die erste Etappe der sowjetischen Bemühungen um Skandinavien beendet. Die Neutralität Schwedens bot den Gastgebern willkommenen Anlaß, den übrigen nordeuropäischen Staaten — insbesondere Dänemark und Norwegen — erneut Nutzen und Richtigkeit einer neutralen, bündnisfreien Politik vor Augen zu führen und, das militärische Ansehen und Gewicht Schwedens als Beispiel und Beweis nehmend, auf die Unzweckmäßigkeit und „Ueberholtheit“ einer Stationierung ausländischer Truppen auf eigenem Boden hinzuweisen¹³³. Dem Ausgang des schwedischen Besuchs und der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen wurde in der sowjetischen Presse eine günstige Prognose gestellt, nachdem die Besuche des finnischen, des norwegischen und des dänischen Regierungschefs ebenfalls befriedigende Resultate gezeitigt hätten¹³⁴. An einem solchen Ergebnis schien der Sowjetunion schon deshalb gelegen zu sein, weil man mit der Herstellung guter Beziehungen zu dem traditionell neutralen¹³⁵ Schweden zugleich die Absicht verband, mit Hilfe einer Förderung der Neutralitätstendenzen in Nordeuropa die strategisch und handelspolitisch wichtige Ostsee zu einem „Meer des Friedens“¹³⁶ erklären zu können, was die Ausschaltung des Einflusses westlicher Verteidigungsorganisationen in diesem Gebiet erleichtern würde.

Da auch mit Schweden zur Zeit, abgesehen von einigen noch unaufgeklärten Zwischenfällen¹³⁷, keine politischen Streitfragen bestehen, war man sowjetischerseits vor allem daran interessiert, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit diesem Lande zu erweitern und zu festigen. So lag denn auch hier das Hauptgewicht der Verhandlungen auf diesen Gebieten: aus dem am 3. April veröffentlichten gemeinsamen Schlußkommuniqué¹³⁸ geht hervor, „daß beide Länder an der Weiterentwicklung des wechselseitigen Wirtschaftsaustauschs interessiert sind“ und „daß die wissenschaftlichen und kulturellen Verbindungen, denen beide Seiten große Bedeutung beimessen, in letzter Zeit eine erfreuliche Erweiterung erfahren haben“.¹³⁹

Die Befürchtungen, die neuen Verhandlungsmethoden der sowjetischen Regierung könnten sich für die Vertreter eines bündnisfreien kleineren Landes wie Schweden als gefährlich erweisen, waren, wie

Übersicht über die Staatsbesuche in der bzw. durch die Sowjetunion

April 1955 bis April 1956

Datum	Besucher / Zweck / Konferenz	Ort / Land	Resultat / Verlautbarung	Quelle
1955				
April 12.—14.	sowjetisch-österreichische Verhandlungen über österreichischen Staatsvertrag	Moskau	von TASS am 15. Mai veröffentlichtes Memorandum	EA 13/55, S. 7975f
Mai 2.—13.	vorbereitende Konferenz der Botschafter über österreichischen Staatsvertrag	Wien		
14.—15.	Außenministerkonferenz der vier Großmächte	Wien	Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags	EA 8/1956, S. 8741ff
11.—14.	Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa (Albanien, Bulgarien, DDR, Polen, Rumänien, CSR, UdSSR, Ungarn, Beobachter der VR. China)	Warschau	Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand; Kommuniqué über die Unterzeichnung des Vertrages; Beschluß über die Bildung eines Vereinten Kommandos der Streitkräfte	EA 11—12/55, S. 7928ff
Mai/Juni 27.—2.	sowjetische Regierungsdelegation (Bulganin, Chruschtschow, Mikojan) in Jugoslawien	Belgrad, Brioni	Gemeinsame Erklärung der Regierungen der FVR Jugoslawien und der UdSSR	EA 13/55, S. 7970ff
Juni 3.	Bulganin und Chruschtschow in Bulgarien	Sofia	Gemeinsames Kommuniqué	EA 13/55, S. 7972f
4.	Bulganin und Chruschtschow in Rumänien (gleichzeitig Rakosi [Ungarn] und Novotny [CSR])	Bukarest	Kommuniqué über die Besprechungen	EA 13/55, S. 7973
7.—22.	Staatsbesuch des indischen Premierministers Nehru	Moskau / Reise durch die UdSSR	Gemeinsame Erklärung	EA 14/55, S. 8011ff
Juli 12.—18.	Ho Tshi Minh (Demokratische Republik Vietnam) in der UdSSR	Moskau	Gemeinsames Kommuniqué	EA 17/55, S. 8144ff
18.—23.	Konferenz der Regierungschefs Frankreichs, Großbritanniens, der USA, der UdSSR	Genf	Direktiven an die Außenminister (Konferenzverlauf und Dokumente: Kommuniqué	EA 15/55, S. 8064 EA 15/55, S. 8053ff, 16/55, S. 8098ff)
24.—27.	sowjetische Regierungsdelegation (Bulganin, Chruschtschow) in der DDR	Berlin / Reise durch die DDR		EA 17/55, S. 8142f
Sept. 9.—13.	Regierungsdelegation der Bundesrepublik Deutschland (Adenauer, v. Brentano) in Moskau	Moskau	Kommuniqué und Briefwechsel über die Herstellung diplomatischer Beziehungen (Verhandlungsverlauf und Dokumente: Gemeinsames Kommuniqué; Verlängerung des Freundschaftsvertrags v. 6. 4. 48; Abkommen über die Rückgabe von Porzellan	EA 18/55, S. 8219 EA 19/55, S. 8259ff)
16.—19.	finnische Regierungsdelegation (Paasikivi, Kekkonen) in Moskau	Moskau		EA 20/55, S. 8320ff

17.—20.	Regierungsdelegation der DDR (Grotewohl, Ulbricht) in Moskau	Moskau	Gemeinsames Kommuniqué; Vertrag über die Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR; Briefwechsel über Kontrolle der Grenzen der DDR und der Verbindungswege nach West-Berlin; Beschluß über die Auflösung der sowjetischen Hohen Kommission in Deutschland und der Kontrollratsbeschlüsse	EA 20/55, S. 8315ff
Okt. 5.—12.	Staatsbesuch des kanadischen Außenministers Pearson	Moskau	Kommuniqué	(Verhandlungsverlauf: EA 20/55, S. 8313ff)
Okt./Nov. 27.—16.	Außenministerkonferenz der vier Großmächte	Genf	Schlußkommuniqué; Erklärung der drei Westmächte über Deutschland und europäische Sicherheit (Konferenzverlauf und Dokumente:	EA 21/55, S. 8362 EA 23—24/55 S. 8437 EA 22/55, S. 8393f, 23—24/55, S. 8429ff, 1/56, S. 8516ff)
Okt./Nov. 21.—3.	Staatsbesuch des Ministerpräsidenten von Burma, U Nu	Moskau / Reise durch die UdSSR	Gemeinsame Erklärung	EA 23—24/55, S. 8440f
Nov. 10.—16.	Staatsbesuch des norwegischen Ministerpräsidenten Gerhardsen	Moskau / Reise durch die UdSSR	Gemeinsames Kommuniqué	EA 23—24/55, S. 8441f
Nov./Dez. 18.—1. und 7.—14.	Staatsbesuch Bulganins und Chruschtschows in Indien	Neu Delhi / Reise durch Indien	Gemeinsame Erklärung	Neue Zeit (Beilage) Nr. 51 v. 15. 12. 55 EA 3/56, S. 8589f
Dez. 1.—7.	Staatsbesuch Bulganins und Chruschtschows in Burma	Rangun / Reise durch Burma	Kommuniqué über die Wirtschaftsbeziehungen	} Neue Zeit, a. a. O. Neue Zeit (Beilage) Nr. 1 v. 1. 1. 56 EA 3/56, S. 8590f
15.—19.	Staatsbesuch Bulganins und Chruschtschows in Afghanistan	Kabul / Reise durch Afghanistan	Gemeinsame Erklärung	
			Kommuniqué über die Wirtschaftsbeziehungen; Verlängerung des Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrages v. 24. 6. 31	
1956				
März 2.—11.	Staatsbesuch des dänischen Ministerpräsidenten Hansen	Moskau / Reise durch die UdSSR	Gemeinsames Kommuniqué	EA 8/56, S. 8773ff
März/April 29.—11.	Staatsbesuch des schwedischen Ministerpräsidenten Erlander	Moskau / Reise durch die UdSSR	Gemeinsames Kommuniqué	EA 9/56, S. 8835f
April 18.—27.	Staatsbesuch Bulganins und Chruschtschows in Großbritannien	London / Reise durch Großbritannien	Gemeinsames Kommuniqué; Anhang über kulturelle Beziehungen	} EA 10/56, S. 8877

Abgeschlossen am 30. April 1956

man schwedischerseits nach Abschluß des Moskauer Besuches von Ministerpräsident Erlander mit Genugtuung feststellte¹⁴⁰, unbegründet. Man begrüßte im Gegenteil, daß *Erlander* die Gelegenheit benützt hatte, gegenüber der Sowjetunion die Grundsätze der schwedischen Außenpolitik in unzweideutiger Weise darzulegen und den Unterschied zwischen einer „Bündnisfreiheit in Friedenszeiten“ und der „Neutralität im Kriege“ im Kommuniqué deutlich festzuhalten. Die negative Erfahrung, welche die sowjetischen Gastgeber mit der Propagierung der „Volksfrontparole“ anlässlich der Besuche von *Ger-*

hardsen und *Hansen* gemacht hatten, ließ sie augenscheinlich auf einen diesbezüglichen Passus auch in dieser Schlußerklärung verzichten. Wichtig schien ihnen wiederum die Betonung der Bedeutung einer „Politik des Friedens und der Nichtteilnahme an Bündnissen“, wie sie von Schweden geführt werde und wie sie als Beispiel für alle nordischen Staaten dienen könne. Damit bestätigt sich die eingangs geäußerte Annahme¹⁴¹, daß es der Sowjetunion darauf ankommt, die skandinavischen Staaten so stark wie immer möglich in ihre Neutralisierungskampagne einzubeziehen.

Anhang: Der sowjetische Staatsbesuch in Großbritannien

Der in der Zeit vom 18. bis zum 27. April 1956 erfolgte Staatsbesuch von Ministerpräsident *Bulganin* und Parteisekretär *Chruschtschow* in Großbritannien fällt seines besonderen Charakters wegen aus der Reihe der hier behandelten, durch gemeinsame politische Momente untereinander verwandten oder zusammenhängenden Staatsbesuche¹⁴², doch sei er der Vollständigkeit halber und im Hinblick darauf, daß auch er durchaus in der Linie des „neuen außenpolitischen Kurses“ liegt, kurz erwähnt.

Obwohl der sowjetische Besuch in dem ehemals verbündeten Großbritannien der erste bei einer westlichen Großmacht war und bei einer solchen der bis dahin immer wieder aufgenommene und als leitendes Motiv erscheinende Versuch einer Neutralisierung und Loslösung des betreffenden Staates von militärischen Bündnissen nicht in Frage kommen konnte, trug er in manchen Teilen gleichwohl Züge eben dieser Politik. Die in der sowjetischen Presse häufig anzutreffenden Äußerungen über die für Großbritannien Sicherheit gefährliche Stationierung amerikanischer Truppen auf britischem Boden, die These von der „Unhaltbarkeit einer Teilnahme Englands an den von Washington gezimmerten Militärblocks“ und dem „dem Lande keine Sicherheit bietenden Atlantikpakt“ einerseits und die Hervorhebung der „im Grunde genommen doch zahlreichen Gemeinsamkeiten“ und der bestehenden „Interessengemeinschaft der beiden Länder für die Erhaltung des Friedens“ andererseits¹⁴³; diese und ähnliche Äußerungen können ein Hinweis darauf sein, daß die Sowjetregierung auch hier nichts unversucht lassen möchte, Großbritannien in die „allgemeine Entspannungsoffensive“ einzubeziehen, wie fraglich oder gering der Erfolg auch immer sein mag. Die Tatsache des Besuches bei einer der westlichen Großmächte, also einem der hauptsächlichsten politischen Gegenspieler, bot bereits genügend Anlaß zu propagandistischer Auswertung in und außerhalb der Sowjetunion und stellte einen nicht unwesentlichen Prestigegewinn der gegenwärtig regierenden Staatsmänner dar.

Durch die kurz vor dem Besuch veröffentlichte Stellungnahme der sowjetischen Regierung zum Nahostkonflikt¹⁴⁴ und die Auflösung des Kominform¹⁴⁵ glaubte man, ein für die Reise und die bevorstehenden Besprechungen in London günstiges Klima geschaffen zu haben. Es waren dies Konzessionen, die — wie man auf Grund der Erfahrungen mit der sowjetischen Außenpolitik annehmen konnte — weitergehende Ergebnisse der zweiseitigen Verhandlungen kaum mehr erwarten ließen. Deren mühsamer Verlauf und das am 26. April veröffentlichte Schlußkommuniqué¹⁴⁶ bestätigen diese Annahme; letzteres enthält mit einer — negativen — Ausnahme keinerlei materiell neue Resultate, sondern ist eine bloße, keine Seite verpflichtende Deklaration allgemeiner Grundsätze und einzelner unverbindlicher Stellungnahmen zu ungelösten internationalen Streitfragen, die einer Sanktionierung des gegenwärtigen status quo gleichkommen. Die einzige konkrete und die Versteifung der Fronten in den europäischen Fragen am deutlichsten manifestierende Feststellung ist ein Hinweis darauf, daß eine Verständigung über „den einzuschlagenden Weg“ zur Aufrechterhaltung der Sicherheit in Europa nicht erzielt worden sei. Die Teilung Deutschlands als Zentrum dieses Fragenkomplexes wird in der Erklärung nicht einmal erwähnt¹⁴⁷; ein Zeichen dafür, daß die in manchen Kreisen als besonders nützlich angesehenen und gelobten „persönlichen Kontaktnahmen“ (insbesondere durch gegenseitige Besuche) der Sowjetunion zwar als wirksame Mittel zur Förderung und Propagierung ihrer Politik willkommen sind, sie jedoch — genau wie alle übrigen Mittel — nur dann zu einem Entgegenkommen veranlassen, wenn sie unabhängig davon den Moment für gekommen erachtet. Den von der kommunistischen Presse¹⁴⁸ als großer Erfolg hervorgehobenen Vereinbarungen über eine Intensivierung der Handels- und kulturellen Beziehungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion wurde ein dem Kommuniqué beigefügter Anhang gewidmet. Solche Uebereinkommen zeigen, daß der Sowjetunion immer mehr daran zu liegen scheint, unabhängig von allen

politischen Differenzen auf diesen scheinbar unverfänglichen Gebieten eine Auflockerung der Fronten zu erreichen. Der Besuch der sowjetischen Regierungsdelegation brachte somit auch in dieser Bezie-

hung kaum wesentlich Neues, sondern ordnete sich — im ganzen gesehen — in das großangelegte Schema der sowjetischen Außenpolitik ein.

Abgeschlossen am 30. April 1956.

Anmerkungen

- ¹⁾ Vgl. *Neue Zeit* (Beilage), Nr. 33 vom 11. 8. 1955, S. 6.
- ²⁾ Vgl. Boris Meissner: „Die Ergebnisse des 20. Parteikongresses der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ in *Europa-Archiv* (im folgenden EA) 9/1956, S. 8803—8824, und 10/1956, S. 8845—8876.
- ³⁾ Vgl. H. G. von Studnitz: „Der Kanzler in Moskau“ in *Außenpolitik*, 9/1955, S. 550.
- ⁴⁾ Vgl. dazu z. B. den Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XX. Parteitag, Februar 1956 (N. S. *Chruschtschow*), Berlin 1956.
- ⁵⁾ Vgl. hierzu *Le Monde* vom 25. 3. und 26. 3. 1955, *Neue Zürcher Zeitung* (Fernausgabe) (im folgenden: NZZ) vom 26. 3. 1955.
- ⁶⁾ Vgl. NZZ vom 28. 3. 1955. Zur gleichen Zeit wurde vom Organ der sowjetischen Armee (*Krasnaja Swesda*) der bisher heftigste Angriff auf Schweden gerichtet.
- ⁷⁾ Vgl. „Die Wiederherstellung der vollen Unabhängigkeit Oesterreichs durch den Staatsvertrag vom 15. Mai 1955“ in EA 8/1956, S. 8741 ff. Zur Berliner Konferenz (1954): EA 8—9/1954, S. 6489 ff., und die Zeittafel über ihren Verlauf in EA 4/1954, S. 6372 f. und 5/1954, S. 6409 ff. Allgemein: in *Chronique de Politique Etrangère*, Juillet 1955, Nr. 4, S. 358 ff.
- ⁸⁾ Vgl. dazu noch René Silvain: „La neutralisation de l'Autriche n'est pas un précédent“ in *Revue politique et parlementaire*, Mai 1955, Nr. 648, S. 156 ff.
- ⁹⁾ Vgl. die Äußerungen Molotows, in EA 8/1955, S. 7483.
- ¹⁰⁾ Vgl. das Memorandum über die Ergebnisse der sowjetisch-österreichischen Besprechungen in Moskau vom 12.—14. 4. 1955 in EA 13/1955, S. 7975 f. sowie den Text des Staatsvertrages in EA 8/1956, S. 8745 ff.
- ¹¹⁾ Vgl. u. a. NZZ vom 17., 18. 4. 1955 und 5. 5. 1955.
- ¹²⁾ So führt die *Prawda* (nach *Oesterreich-Bericht* vom 17./18. 4. 1955) in einem Artikel aus, der Abschluß des Staatsvertrages bedeute einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur Festigung des Friedens in Europa und solle „auch von einigen anderen europäischen Völkern in Betracht gezogen werden, in erster Linie vom deutschen Volke“.
- ¹³⁾ Vgl. hierzu *Englische Rundschau* vom 29. 4. 1955, Nr. 17.
- ¹⁴⁾ Vgl. „Les raisons du revirement soviétique“ in *Le Monde* vom 3. 5. 1955.
- ¹⁵⁾ Rumänien und Ungarn gaben vielmehr übereinstimmend bekannt, daß ein Rückzug der sowjetischen Truppen erst in Betracht komme, wenn die fremden Truppen aus den westlichen Ländern zurückgezogen und die im Westen errichteten Militärblöcke aufgelöst worden seien.
- ¹⁶⁾ Vgl. EA 23/1954, S. 7127 ff. und 24/ 1955, S. 7171 ff.
- ¹⁷⁾ Vgl. u. a. *Tägliche Rundschau* vom 5. 5. 1955 und 6. 5. 1955 (mit Pressezitaten aus den osteuropäischen Volksdemokratien) sowie NZZ vom 7. 5. 1955.
- ¹⁸⁾ Vgl. den Vertragstext in EA 11—12/1955, S. 7929 ff.
- ¹⁹⁾ Vgl. den Wortlaut in EA 11—12/1955, S. 7931.
- ²⁰⁾ Und — wie die NZZ vom 7. 5. 1955 schreibt — „wenn nötig, auch für den Einmarsch sowjetischer Truppen in bisher noch nicht besetzte Volksdemokratien“.
- ²¹⁾ Vgl. Anm. 15.
- ²²⁾ Vgl. die Erklärung Bulganins in *Neue Zeit* (Beilage) Nr. 21 vom 21. 5. 1955, S. 4. Zur Bedeutung des Warschauer Paktes vgl. *Einheit*, Nr. 6/1955, S. 529 ff. („Für die Erhaltung und Sicherung des Friedens“); *Prawda* vom 13. 5. 1955, *Tägliche Rundschau* vom 13. 5. 1955.
- ²³⁾ Vgl. *Tägliche Rundschau* vom 15. 5. 1955.
- ²⁴⁾ Vgl. Vladimir Sojic: „Die jugoslawisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen“ in *Internationale Politik*, Nr. 131/32 vom 1. 10. 1955, S. 8.
- ²⁵⁾ Vgl. dazu die Chronologie „14 ans de rapports soviéto-yougoslaves“ in *Le Monde* vom 15. 5. 1955.
- ²⁶⁾ Vgl. dazu NZZ vom 29. 5. 1955.
- ²⁷⁾ Vgl. den Wortlaut der Rede in *Internationale Politik*, Nr. 119 vom 15. 3. 1955, S. 5 ff.
- ²⁸⁾ Dieser Angriff gegen Molotow wurde, zusammen mit einer entschuldigenden Erklärung, vollinhaltlich in der *Prawda* vom 12. 3. 1955 abgedruckt. Vgl. außerdem zu einem Artikel

- von Marshall Schukow über Jugoslawien *Le Monde* vom 10. 5. 1955.
- ²⁹⁾ Vgl. NZZ vom 15. 5. 1955.
- ³⁰⁾ NZZ vom 17. 5. 1955.
- ³¹⁾ Vgl. *The New York Times* (im folgenden NYT) vom 15. 5. 1955.
- ³²⁾ Vgl. NYT vom 15. 5. 1955 und NZZ vom 17. 5. 1955.
- ³³⁾ Vgl. *Tägliche Rundschau* vom 27. 5. 1955.
- ³⁴⁾ Vgl. *Internationale Politik*, Nr. 123 vom 16. 5. 1955, S. 2.
- ³⁵⁾ Vgl. *Internationale Politik*, a. a. O., S. 3.
- ³⁶⁾ Vgl. *Le Monde* vom 31. 5. 1955.
- ³⁷⁾ Vgl. *Prawda* vom 14. 5. 1955.
- ³⁸⁾ Vgl. den Wortlaut in EA 13/1955, S. 7970 ff.
- ³⁹⁾ Vgl. *Prawda* vom 3. 6. („Sa dalneischje ukrjepjenje sowjetskowo-jugoslawskowo sotrudnitschestwa, sa protschni mir wowsjem mirjel“) und 6. 6. 1955 („W interjesach wszech miro-ljubiwich narodow“).
- ⁴⁰⁾ Vgl. u. a. NZZ vom 5. 6. 1955.
- ⁴¹⁾ Vgl. NYT vom 28. 7. 1955; NZZ vom 29. 7.; *Neuer Weg* vom 31. 7. 1955.
- ⁴²⁾ Vgl. *Internationale Politik*, a. a. O., S. 9.
- ⁴³⁾ Vgl. *The Times* vom 24. 8. 1955, *Le Monde* vom 28. 8. 1955, *Neuer Weg* vom 6. 10. 1955.
- ⁴⁴⁾ NZZ vom 6. 6. 1955.
- ⁴⁵⁾ Vgl. Hans Jaeger: „Titos Superprogramm“ in *Deutsche Rundschau*, 12. Dezember 1955, S. 1233 ff.
- ⁴⁶⁾ Vgl. „Koexistenz und Balkan-Zusammenarbeit“ in *Internationale Politik*, Nr. 126/28, Juli-August 1955, S. 5 ff., wo die ursprünglich militärische Konzeption des Balkan-Paktes zugunsten einer wirtschaftlich-kulturellen Zusammenarbeit in den Hintergrund geschoben wird.
- ⁴⁷⁾ Vgl. das Kommuniqué über Titos Besuch in Indien in EA 2/1955, S. 7255 f. und für Burma in *Internationale Politik*, Nr. 113, vom 15. 1. 1955, S. 2, und über die Besuche von U Nu und Nehru in Jugoslawien in *Internationale Politik*, Nr. 125 vom 16. 6. 1955, S. 1 ff., bzw. Nr. 126/28 vom Juli-August 1955, S. 1 ff.
- ⁴⁸⁾ Vgl. die Schlußbetrachtungen in dem in der nächsten Folge erscheinenden zweiten Teil dieses Beitrags.
- ⁴⁹⁾ Vgl. EA 13/1955, S. 7972 f.
- ⁵⁰⁾ In der erwähnten Rede in Karlovac vom 27. 7. 1955, vgl. Anm. 41.
- ⁵¹⁾ Vgl. „Jugoslawiens Beziehungen mit der Außenwelt“ in *Internationale Politik*, Nr. 135 vom 16. 11. 1955, S. 1 ff.; ferner „Auf dem Wege zur Erfüllung der Bedingungen Titos“, Die Rehabilitierung von Laszlo Rajk vgl. NZZ vom 1. 4. 1955.
- ⁵²⁾ Vgl. *Prawda* vom 6. 6. 1955.
- ⁵³⁾ Vgl. über die Besorgnisse, die deswegen in Teheran und Athen im Hinblick auf die Möglichkeit eines Angebotes zur Erweiterung des Balkanpaktes geäußert wurden: NZZ vom 8. 6. 1955.
- ⁵⁴⁾ Vgl. dazu die Chronologie in EA 15/1955, S. 8053 ff. und den Wortlaut der Reden und Vorschläge in EA 16/1955, S. 8098 ff.
- ⁵⁵⁾ Vgl. den Wortlaut der „Richtlinien“ in EA 15/1955, S. 8064.
- ⁵⁶⁾ Vgl. z. B. die Kommentare in *Le Monde* vom 26. 7. und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (im folgenden FAZ) vom 26. 7. 1955.
- ⁵⁷⁾ Vgl. „Die Presse des Ostblocks zur Genfer Konferenz“ in NZZ vom 29. 7. 1955; *Neues Deutschland* vom 3. 8. 1955; „Genf — Beginn einer neuen Etappe“ in *Einheit*, Nr. 8/1955, S. 737 ff.
- ⁵⁸⁾ Vgl. die Stellungnahme der Deutschen Bundesregierung vom 27. 7. 1955 in EA 16/1955, S. 8120.
- ⁵⁹⁾ Vgl. den Wortlaut der Rede in *Neue Zeit* (Beilage), Nr. 33 vom 11. 8. 1955 und den dazu gefaßten Beschluß des Obersten Sowjets in EA 17/1955, S. 8143 f. Vgl. auch die Erklärungen der Regierungschefs der drei Westmächte zur Genfer Konferenz in NZZ vom 27. 7. 1955 (Präsident Eisenhower), *Le Monde* vom 26. und 29. 7. 1955 (Ministerpräsident Faure) und *The Times* vom 28. 7. 1955 (Premierminister Eden).

- ⁶⁰) Vgl. den Text der Note in EA 13/1955, S. 7669 f.
- ⁶¹) Vgl. W. Friedmann: „Schalmeien aus Moskau“ in *Süd-deutsche Zeitung* (im folgenden SZ) vom 10. 6. 1955.
- ⁶²) SZ vom 10. 6. 1955.
- ⁶³) Vgl. den Wortlaut in EA 13/1955, S. 7981.
- ⁶⁴) Vgl. den Wortlaut der drei Noten in EA 17/1955, S. 8141 f.
- ⁶⁵) *Prawda* vom 9. 6. 1955.
- ⁶⁶) Vgl. NZZ vom 10. 6. und 13. 6.; *Le Monde* vom 10. 6. 1955.
- ⁶⁷) *Neues Deutschland* vom 18. 6. 1955.
- ⁶⁸) Vgl. *The Times* vom 9. 6. 1955 (Deutsch in *Englische Rundschau* vom 10. 6. 1955, Nr. 23); *Le Monde* vom 11. und 14. 6. 1955.
- ⁶⁹) Vgl. „Blick nach Osten“ in SZ vom 11./12. 6. 1955.
- ⁷⁰) Vgl. SZ vom 10. 6. 1955.
- ⁷¹) Ibidem.
- ⁷²) Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués in EA 13/1955, S. 7984.
- ⁷³) Vgl. das Kommuniqué der Besprechungen der drei Außenminister in EA 14/1955, S. 8021 f.
- ⁷⁴) Vgl. das Kommuniqué in EA 14/1955, S. 8020.
- ⁷⁵) Vgl. „Auf schmalem Grad“ in FAZ vom 8. 9. 1955; NYT vom 4. 9. 1955.
- ⁷⁶) Vgl. u. a. *Le Monde* vom 24. 7. 1955; „Der Glockenschlag aus Moskau“ in FAZ vom 30. 7. 1955, und „Stufenweise Annäherung?“ in FAZ vom 5. 8. 1955; „The Battle for Germany“ in NYT vom 7. 8. 1955.
- ⁷⁷) Vgl. *Le Monde* vom 21. 8. 1955.
- ⁷⁸) Vgl. „Für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Deutschen Bundesrepublik“ in *Prawda* vom 8. 9. 1955.
- ⁷⁹) Vgl. dazu die ausführliche Dokumentation und den Bericht über den Verlauf der Verhandlungen von W. Böldigheimer in EA 19/1955, S. 8259 ff. Auf Grund dieser ausführlichen Berichterstattung kann hier auf eine Schilderung des genauen Verhandlungsverlaufs verzichtet werden.
- ⁸⁰) EA, a. a. O., S. 8261. Vgl. auch SZ vom 12. 9. 1955.
- ⁸¹) Vgl. dazu „An der Grenze des Ultimatus“ in NZZ vom 18. 9. 1955.
- ⁸²) Vgl. den Text in EA 18/1955, S. 8219.
- ⁸³) Sie wurde auch in der sowjetischen Presse nicht erwähnt.
- ⁸⁴) Vgl. EA 19/1955, S. 8278.
- ⁸⁵) Vgl. den Text in EA 19/1955, S. 8279.
- ⁸⁶) *Prawda* vom 14. 9. (in *Neues Deutschland* vom 15. 9.) und NZZ vom 17. 9. 1955 (Echo auf die Ergebnisse von Moskau in den Satellitenstaaten).
- ⁸⁷) Vgl. u. a. NZZ vom 16. 9. 1955 (mit Zitierung der Kommentare aus Wien und Paris).
- ⁸⁸) Vgl. NYT vom 15. 9.; NZZ vom 16. 9. (Kommentare in Großbritannien) und FAZ vom 16. 9. 1955.
- ⁸⁹) Vgl. FAZ vom 16. 9. (Kommentare in Italien).
- ⁹⁰) Vgl. *Außenpolitik*, Heft 10/1955, S. 613.
- ⁹¹) Vgl. Auszug aus der Regierungserklärung in EA 20/1955, S. 8318 f.
- ⁹²) Vgl. den Text der Entschlüsse in EA 20/1955, S. 8320.
- ⁹³) Vgl. dazu *Le Monde* vom 26. 7., SZ vom 26. 7. und NZZ vom 26. 7. 1955.
- ⁹⁴) Vgl. den Wortlaut in EA 16/1955, S. 8117 ff.
- ⁹⁵) Vgl. *Neues Deutschland* vom 25. 7. 1955.
- ⁹⁶) Vgl. *Neues Deutschland* vom 27. 7. 1955.
- ⁹⁷) Vgl. den Wortlaut in EA 17/1955, S. 8142 f.
- ⁹⁸) Vgl. den Schlußabsatz des Kommuniqués.
- ⁹⁹) Vgl. „Russische Rückenstärkung für die DDR“ in NZZ vom 29. 7. und SZ vom 25. 7. 1955.
- ¹⁰⁰) Vgl. den ausführlichen Bericht von W. Böldigheimer über den Verlauf der Verhandlungen in EA 20/1955, S. 8313 ff., weshalb auch hier auf eine eingehende Berichterstattung über den Verhandlungsverlauf verzichtet werden kann.
- ¹⁰¹) Vgl. den Wortlaut in EA 20/1955, S. 8315 f.
- ¹⁰²) Vgl. den Wortlaut des Abkommens und des Briefwechsels in EA 20/1955, S. 8316 f. Dortselbst der Beschluß über die Aufhebung der sowjetischen Hohen Kommission in Deutschland.
- ¹⁰³) Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der drei Westmächte vom 28. 9. und ihre Note an die Regierung der Sowjetunion vom 3. 9. 1955, in welcher sie erklären, daß diese Abkommen „in keiner Weise die Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten der UdSSR beeinträchtigen“ könnten, wie sie aus den Abkommen und Vereinbarungen über das Deutschlandproblem und die Berliner Frage resultierten, in EA 20/1955, S. 8318.
- ¹⁰⁴) EA 11—12/1955, S. 7921.
- ¹⁰⁵) Vgl. dazu *Neues Deutschland* vom 18. 9., 20. 9. 1955; vgl. auch *Prawda* vom 21. 9. 1955 („Neue Etappe in den Beziehungen UdSSR—DDR“).
- ¹⁰⁶) Vgl. *Neues Deutschland* vom 19. 1. 1956 und EA 4/1956, S. 8621 f.
- ¹⁰⁷) Vgl. das Kommuniqué in EA 4/1956, S. 8622.
- ¹⁰⁸) Vgl. *Neues Deutschland* vom 18. 9. 1955.
- ¹⁰⁹) Vgl. *Iswestija* vom 9. 7. 1955 (in *Documentation Française* vom 21. 7. 1955: „L'URSS et les pays nordiques“).
- ¹¹⁰) Vgl. NZZ vom 26. 3. 1955 und *Der Bund* (Bern) (in *Documentation Française* vom 21. 4. 1955).
- ¹¹¹) Vgl. den Wortlaut in EA Mai 1948, S. 1350.
- ¹¹²) Vgl. den Wortlaut in *Neues Deutschland* vom 8. 9. 1955.
- ¹¹³) Vgl. NZZ vom 15. 9. 1955.
- ¹¹⁴) Vgl. den Wortlaut der Rede in *Neuer Weg* vom 18. 9. 1955.
- ¹¹⁵) Vgl. die Antwort Kekkonens auf die Rede von Bulganin in *Neuer Weg* vom 18. 9. 1955.
- ¹¹⁶) Vgl. NZZ vom 24. 9. 1955.
- ¹¹⁷) Vgl. den Text des Protokolls über die Verlängerung des Vertrages von 1948 sowie des Abkommens über die Rückgabe von Porkkala-Udd in EA 20/1955, S. 8321 f.
- ¹¹⁸) Vgl. EA 20/1955, S. 8320 f.
- ¹¹⁹) Vgl. NZZ vom 20. 9. 1955; zur Frage der Aushebung der NATO-Basis Keflavik auf Island NZZ vom 3. 4. 1956.
- ¹²⁰) Vgl. SZ vom 26. 8. 1955.
- ¹²¹) Ibidem. Norwegen erhielt als erster Mitgliedstaat der NATO eine solche Einladung.
- ¹²²) Vgl. NZZ vom 15. 9. 1955.
- ¹²³) Vgl. NZZ vom 24. 10. 1955.
- ¹²⁴) Vgl. die Erklärungen Gerhardsens vor seiner Abreise in NZZ vom 5. 11. 1955 und das Kommuniqué vom 15. 11. 1955 in EA 23—24/1955, S. 8441 f.
- ¹²⁵) Die Frage der in der Sowjetunion verschollenen norwegischen Staatsangehörigen wird im Kommuniqué entgegen den in Norwegen geäußerten Hoffnungen (vgl. die Erklärung Gerhardsens auf einer Pressekonferenz vom 3. 11. 1955 in NZZ vom 5. 11. 1955) nicht berührt. Vgl. die Erklärung Gerhardsens dazu nach seiner Rückkehr in NZZ vom 24. 11. 1955.
- ¹²⁶) Vgl. NZZ vom 21. 11. 1955.
- ¹²⁷) Vgl. NZZ vom 11. 12. 1955.
- ¹²⁸) Vgl. NZZ vom 21. 11. 1955.
- ¹²⁹) Vgl. NZZ vom 8. 3. 1956.
- ¹³⁰) Vgl. NZZ vom 4. 3. 1956.
- ¹³¹) Vgl. den Wortlaut in EA 8/1956, S. 8773 ff.
- ¹³²) Vor allem die Regelung von Ansprüchen im Zusammenhange mit dem Eintritt der Baltischen Republiken in die Sowjetunion und die Frage der Ausreise von noch in der Sowjetunion befindlichen dänischen Staatsbürgern.
- ¹³³) Vgl. *Neues Deutschland* vom 30. 3. 1956, wo auch ein Leitartikel der *Prawda* zitiert wird; NZZ vom 4. 4. 1956.
- ¹³⁴) *Neues Deutschland*, a. a. O.
- ¹³⁵) Vgl. die Erklärung von Ministerpräsident Erlander bei seiner Ankunft in Moskau; NZZ vom 1. 4. 1956.
- ¹³⁶) *Iswestija*, zit. n. *Neues Deutschland* vom 30. 3. 1956.
- ¹³⁷) Hierzu gehört vor allem der Fall des in der Sowjetunion nach Kriegsende verschollenen schwedischen Diplomaten Wallenberg. Vgl. dazu die Erklärungen Erlanders, NZZ vom 5. 4. 1956, und den entsprechenden Absatz des Kommuniqués.
- ¹³⁸) Vgl. den Wortlaut in EA 9/1956, S. 8835 ff.
- ¹³⁹) Es folgt eine Aufzählung konkreter Projekte, die in absehbarer Zeit von den beiden Ländern verwirklicht werden sollen.
- ¹⁴⁰) Vgl. NZZ vom 5. 4. 1956.
- ¹⁴¹) Vgl. oben S. 8907.
- ¹⁴²) Damit sind in erster Linie diejenigen Staatsbesuche gemeint, die unter die von der Sowjetunion lancierte „Neutralisierungskampagne“ fallen.
- ¹⁴³) Vgl. dazu u. a. A. Leonidow, „Rückblick und Ausblick“ in: *Neue Zeit*, Nr. 15 vom April 1956, S. 3 ff.
- ¹⁴⁴) Vgl. den Wortlaut in EA 9/1956, S. 8834.
- ¹⁴⁵) Vgl. EA 9/1956, S. 8833.
- ¹⁴⁶) Vgl. den Wortlaut in EA 10/1956, S. 8877 ff.
- ¹⁴⁷) Von britischer Seite erfolgte gleichzeitig mit der Ausgabe des Kommuniqués eine Erklärung, in welcher „die Herbeiführung der deutschen Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“ als „fundamentaler Grundsatz“ der Außenpolitik der britischen Regierung bezeichnet wird. Vgl. den Wortlaut in EA 10/1956, S. 8879.
- ¹⁴⁸) Vgl. *Prawda* vom 27. 4. und *Neues Deutschland* vom 27. 4. 1956 sowie NZZ vom 29. 4. 1956.

„Massenproduktion, Wettbewerb und europäische Vereinigung“

Zu einer amerikanischen Betrachtung der wirtschaftlichen Auswirkungen der europäischen Integration

Von Kurt H. Biedenkopf

Im Märzheft der *American Economic Review* erschien unter dem obigen Titel ein Beitrag des Professors für Nationalökonomie an der Stanford University, Tibor Scitovsky, zu Fragen der wirtschaftlichen Folgen einer europäischen Vereinigung*. Diese Abhandlung verdient nicht nur angesichts ihres Inhaltes, sondern auch im Hinblick auf die Tatsache Beachtung, daß die vertretene Auffassung sich in Gutachten des Autors für das Office of Naval Research wiederfindet und ihr der Charakter einer halbamtlichen Veröffentlichung deshalb nicht abgesprochen werden kann.

Scitovsky stellt seiner Untersuchung die Feststellung voraus, daß die Befürworter einer Vereinigung Europas diese als geeignet ansehen, eine Reihe wirtschaftlicher Schwierigkeiten des europäischen Kontinents zu beheben. Von der Vereinigung verspreche man sich einen gesteigerten Wettbewerb, wirtschaftliche Planung im größeren Stil und die Errichtung einer Verwaltung, die den einzelstaatlichen Verwaltungen überlegen ist. Ihrer überwiegend politischen Natur wegen läßt Scitovsky die zweite und dritte Konsequenz außer Betracht und befaßt sich lediglich mit den Folgen des gesteigerten Wettbewerbs. Von diesem erwarte man seiner Auffassung nach Einfluß weniger auf die Ausnutzung bestehender Anlagen als auf Art und Richtung von Investitionen. Die geringe Produktionsleistung des europäischen Arbeiters lasse sich vorwiegend auf unzureichende Produktionsanlagen zurückführen; von der Vereinigung erhoffe man sich dank der größeren Möglichkeiten der Massenproduktion und der gesteigerten Beweglichkeit von Investitionsmitteln eine wesentliche Verbesserung dieser Situation.

Es soll zunächst der Versuch unternommen werden, die Überlegungen des Autors in gedrängter Form darzustellen.

Da von einer Vereinigung Europas ein Einfluß vor allem auf die Art und Richtung der Investitionen erwartet wird, ist zu untersuchen, nach welchen Gesichtspunkten Investitionen vorgenommen werden. Da weiterhin für die geringe Produktionsleistung und damit letztlich für den geringen Lebensstandard in Europa die relativ rückständigen Produktionsmethoden verantwortlich sein sollen, muß geprüft

werden, ob durch den erwarteten gesteigerten Wettbewerb nach der Vereinigung die Investitionsmittel weitgehend in solche Betriebe gelenkt werden, die sich der Produktionsmethode mit dem höchsten Wirkungsgrad bedienen.

Investitionsmittel werden im allgemeinen dorthin gelenkt, wo für den Investierenden die Aussicht auf Gewinn, das heißt Verzinsung seines Kapitals, am größten ist. Im vollkommenen Wettbewerb gilt nun, daß die Produktionsmethode mit dem höchsten Wirkungsgrad, also den kleinsten Kosten per Einheit, auch die profitabelste ist. Diese Gesetzmäßigkeit gilt jedoch nicht ohne weiteres bei unvollkommenem Wettbewerb.

In der Regel ist die Produktionsmenge solcher Betriebe, die mit größtem Nutzeffekt arbeiten, bei optimaler Ausnutzung der Anlage größer als die eines weniger leistungsfähigen Betriebes. Daraus folgt, daß mit größerer Leistungsfähigkeit der Methode und damit größerem Ausstoß bei kleinsten Kosten per Einheit die optimale Betriebsgröße wächst. Während dieses Anwachsens der Produktionsmenge ohne Bedeutung ist, wenn der Unternehmer sich im vollkommenen Wettbewerb befindet und dank seiner kleineren Kosten die größere Menge absetzen kann, besteht bei unvollkommenem Wettbewerb die Gefahr, daß er den Absatz der von ihm erzeugten Menge mit niedrigeren (und den Einkauf der benötigten Ausgangsprodukte mit höheren) Preisen erkaufen muß als bei vollständigem Wettbewerb. Damit verringert sich jedoch der Ertrag der leistungsfähigeren Methode im Vergleich zur weniger leistungsfähigen und damit der Anreiz für den Unternehmer, sich der leistungsfähigeren Methode zu bedienen. Dieser Anreiz wird insbesondere immer dann fehlen, wenn der Markt zu klein ist, um den Ausstoß der leistungsfähigsten Anlage aufzunehmen, so beispielsweise, wenn er den gesamten Bedarf eines einzelnen europäischen Landes übersteigt (Breitwalzstraßen, Oelraffinerien). Nationale Bedarfsdeckung muß in diesen Fällen mit relativ leistungsschwachen oder nur teilweise ausgenutzten leistungsfähigen Produktionsanlagen erkaufte werden. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um den einzigen Fall, in dem unter augenblicklichen Bedingungen im Rahmen der europäischen Wirtschaft die leistungsfähigste Produktionsmethode nicht auch die rentabelste ist.

*) *American Economic Review*, März 1956, S. 71 ff.

Investitionen werden überwiegend dort vorgenommen, wo bereits ein Markt und eine Industrie, die den Bedarf befriedigt, bestehen. Sie werden in der Erwartung gemacht, ein Freiwerden von Nachfrage auszunutzen, das durch Einkommenssteigerungen, Verschrottung alter Anlagen oder Nachfrageverlagerung entstanden ist. Handelt es sich bei den bestehenden Anlagen nun ausschließlich um solche mit leistungsschwacher Produktionsmethode, so fehlt es praktisch am wettbewerblichen Zwang, Anlagen mit höherem Leistungsgrad zu errichten. Zwar lassen sich durch die Einführung besserer Produktionsmethoden die Erzeugungskosten senken. Andererseits ist jedoch der Marktpreis so hoch, daß auch neue Betriebe mit relativ leistungsschwachen Anlagen noch mit Gewinn arbeiten können. Außerdem muß es dem Unternehmer fraglich erscheinen, ob er die größere Anlage ihres höheren Ausstoßes wegen mit Gewinn betreiben kann. Ob er sich dennoch dazu entschließt, in Betriebe mit höherem Wirkungsgrad zu investieren, hängt deshalb von seinen Aussichten ab, sie mit größerem — zumindest aber gleichem — Gewinn zu betreiben.

Im Falle eines Freiwerdens von Nachfrage bieten sich ihm nun im wesentlichen drei Möglichkeiten der Investition:

1. Die Errichtung neuer Anlagen mit relativ leistungsschwacher, also der im Markt verwendeten gleichen Produktionsmethode, sofern sein Anteil an der Nachfragesteigerung dies gewinnbringend ermöglicht¹. Wählt er diesen Weg, so kann er weiterhin mit dem Gewinn rechnen, den er bisher mit seinen Anlagen erzielen konnte.
2. Die Errichtung einer leistungsstarken und damit den bestehenden überlegenen Anlage, sobald sein Anteil am Nachfragezuwachs die Errichtung einer leistungsschwachen Anlage rentabel machen würde, verbunden mit dem Versuch, seinen Marktanteil auf Kosten seiner Wettbewerber auszudehnen und so die Mehrproduktion der neuen Anlage unterzubringen. Ob der Unternehmer in diesem Fall mit Gewinn arbeiten kann, richtet sich nach den Kosten, die mit der Ausdehnung seines Marktanteils verbunden sind.
3. Die Errichtung einer leistungsstarken Anlage, aber erst zu dem Zeitpunkt, in dem sein Anteil am Nachfragezuwachs den Absatz der größeren Produktionsmenge ermöglicht und er so auf eine Vergrößerung seines Marktanteils verzichten kann. Der leistungsstarken Anlage wegen verspricht diese Alternative einen größeren Gewinn. Allerdings geht der Unternehmer mit seinem Zuwarten das Risiko ein, seinen

Anteil am Zuwachs der Nachfrage an seine Wettbewerber zu verlieren.

Da nun die erste Alternative gleichbedeutend ist mit dem Stillstand der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung, die beiden anderen dagegen technischen Fortschritt bedeuten, folgt, daß die Kosten, die durch die Ausdehnung des Marktanteils verursacht werden — also die Wettbewerbskosten —, und die Größe des Risikos, durch Zuwarten den anteiligen Nachfragezuwachs zu verlieren, als Determinanten des technischen Fortschritts zu betrachten sind. Die Vereinigung Europas würde den technischen und damit wirtschaftlichen Fortschritt durch ihren Einfluß auf die Lenkung von Investitionsmitteln in leistungsstarke Anlagen fördern, wenn sie geeignet wäre, Kosten beziehungsweise Risiko zu senken. Ob dies der Fall sein wird, läßt sich indes nur beantworten, wenn man die Umstände ermittelt, von denen die Höhe von Risiko und Kosten abhängt.

Die Größe des Risikos ist abhängig vom Zeitintervall zwischen dem Zeitpunkt, zu dem die Errichtung einer relativ leistungsschwachen Anlage profitabel wäre, und demjenigen, zu dem eine leistungsstarke Anlage mit Gewinn betrieben werden könnte. Dieses Zeitintervall wiederum bestimmt sich durch die Leistungsdifferenz beider Produktionsmethoden, die Geschwindigkeit des Nachfragezuwachses und den Anteil, den das Unternehmen am Markt hat. Je größer der Marktanteil des Unternehmens und damit sein Anteil am Nachfragezuwachs, um so kleiner das Zeitintervall und damit das Risiko, das das Unternehmen durch Abwarten eingeht. Hierauf insbesondere ist die Ueberlegenheit des Großbetriebes gegenüber dem kleineren Wettbewerber zurückzuführen. Dank seines großen Marktanteils, seiner finanziellen Reserven und der Möglichkeit, durch erhöhte Beanspruchung seiner bestehenden Anlagen den fraglichen Zeitraum noch weiter zu seinen Gunsten zu verringern, wird er eher in der Lage sein, ohne zusätzliche Ausdehnung seines Marktanteils — und damit ohne zusätzliche Wettbewerbskosten — in leistungsstarke Anlagen zu investieren. Betriebe von dieser Größe sind jedoch in den europäischen Einzelstaaten selten.

Was nun die Geschwindigkeit des Nachfragezuwachses anbetrifft, so ist sie in Westeuropa ebenfalls nicht besonders groß. Neben einer nur geringfügigen Zunahme der Einkommen und dem fehlenden Anreiz, alte Anlagen zu verschrotten, sieht Scitovsky den Grund für diese Erscheinung vor allem in einer relativen Unbeweglichkeit der Nachfrage. Diese erklärt er neben traditioneller Kaufkraftverteilung und der mit dem geringeren Lebensstandard verbundenen kleineren freien Kaufkraft vor allem durch die Tatsache, daß der europäische Konsument weniger als der amerikanische bereit ist, die Produktion von Massengütern durch leistungsstarke Anlagen mit erhöhter Nachfrage nach diesen Gütern zu belohnen, daneben

¹) Sein Anteil an der Nachfragesteigerung bestimmt sich nach seinem Anteil am bestehenden Markt. Lediglich bei vollkommenem Wettbewerb kann davon ausgegangen werden, daß der Unternehmer die gesamte Nachfragesteigerung auf sich lenken kann, wenn er die Preise senkt. Bei unvollkommenem Wettbewerb ist eine solche Annahme mangels vollkommener Beweglichkeit der Nachfrage nicht erlaubt.

aber auch mit einer Unterschätzung der Nachfragebeweglichkeit durch den europäischen Unternehmer.

Die Wettbewerbskosten, als zweite Determinante technischen Fortschritts, sind abhängig von der Intensität des Wettbewerbs. Indes darf unter Wettbewerb nicht nur das Vorhandensein einer größeren Anzahl von Wettbewerbern verstanden werden. Neben einer großen Preiselastizität und einer allgemeinen Nachfragebeweglichkeit (und damit der Möglichkeit, auf Kosten des Wettbewerbers den eigenen Marktanteil zu vergrößern) muß vor allem der Wille vorhanden sein, in den Markt des Mitbewerbers einzudringen. Ob ein gesteigerter Wettbewerb dem technischen und damit wirtschaftlichen Fortschritt dienen kann, hängt somit neben der Bereitwilligkeit des Konsumenten, durch gesteigerte Nachfrage einen bestimmten Industriezweig für Investitionen in leistungsstarke Anlagen zu belohnen, von der Aussicht des Unternehmers ab, innerhalb des gleichen Industriezweiges seinen Marktanteil auf Kosten anderer Wettbewerber zu vergrößern. Nun ist offensichtlich, daß ein leistungsfähigerer Betrieb nicht in einem oligopolistischen Markt errichtet werden wird, wo die Beteiligten zu Preisen verkaufen, die ihnen einen Gewinn sichern. Die Investition in leistungsstärkere als vorhandene Anlagen würde, wenn der betreffende Unternehmer die geringeren Kosten per Einheit in geringeren Preisen zum Ausdruck brächte und den Versuch machte, seinen Marktanteil zu vergrößern, um optimal arbeiten zu können, das oligopolistische Gleichgewicht stören und unter Umständen seine Bemühungen unrentabel machen. Solche oligopolistischen Situationen existieren jedoch in vielen europäischen Staaten. Darüber hinaus bringt es die geringe Ausdehnung der Märkte mit sich, daß unter den Unternehmern enge Verbindungen bestehen und der Versuch, in des anderen Markt einzudringen, als gegen die Regeln geschäftlichen Anstandes verstoßend angesehen wird. Aber selbst wo dies nicht der Fall ist, würde der Unternehmer auf eine Ausdehnung seines Marktanteils verzichten, wenn die Kosten eines solchen Versuches zu hoch wären. Diese Kosten sind nun um so höher, je geringer die Wettbewerbsintensität ist. Bei einem Vergleich zwischen den europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten kommt Scitovsky zu dem Ergebnis, daß die Wettbewerbsintensität (verstanden als die Möglichkeit, den Marktanteil zu vergrößern) in diesen größer ist als in jenen. Die Gründe für die größere Wettbewerbsintensität in den Vereinigten Staaten und damit auch für den höheren Lebensstandard sieht er in der mit der geographischen Ausdehnung und der starken Bevölkerungszunahme verbundenen Ausdehnung der Industrie — und damit dem Fehlen hergebrachter Märkte — sowie in einem hochentwickelten Verteiler- und Absatzsystem, das auch dem kleineren Produzenten erlaubt, seinen Markt auf einen großen Teil des Landes auszudehnen.

Der europäische Unternehmer tendiert seiner Auffassung nach zu einer Beschränkung seines Marktes auf seine nähere Umgebung. Seine Beziehungen zu seinen Mitbewerbern sind deshalb auch anderer Natur. Es fehlt an einer relativen Anonymität und damit Bereitwilligkeit, in des anderen Markt einzudringen. Für eine größere Ausdehnung des Marktes fehlt es wiederum oft am geeigneten Absatzsystem. Die Vereinigten Staaten und Europa unterscheiden sich darüber hinaus in der Bedeutung, die dem Familienbetrieb beigemessen wird. Diese Betriebsform ist sowohl wegen ihrer geringen Größe als wegen ihrer Neigung, an leistungsschwachen Einrichtungen auch dann festzuhalten, wenn diese sich als unprofitabel erwiesen haben, konservativ. Die geringe Konkurs- und Fusionsrate, die insbesondere in Frankreich zu einem wirtschaftlichen Problem geworden ist, zeugt für diese Auffassung. Vielfach werden solche Betriebe durch die Regierungen auch aus sozialen Gründen am Leben erhalten.

Die Vereinigung Europas könnte nach Meinung des Autors diese Situation insoweit beeinflussen, als sich die Wettbewerbsverhältnisse ändern würden. Die Zahl der Wettbewerber und ihre Absatzgebiete würden sich vergrößern. Dies wiederum würde den Wettbewerb weniger persönlich gestalten; der einzelne wäre bereit, weniger Rücksicht auf das wirtschaftliche Wohl des Grenzbetriebes zu nehmen. Einzelstaatliche Monopole gingen ihrer Monopolstellung verlustig, und oligopolistische Märkte sähen sich neuen Wettbewerbern gegenüber. Die Kartellierbarkeit vieler Industriezweige würde sich wesentlich verringern. Dies alles wiederum würde dazu führen, die Wettbewerbskosten zu senken und damit die Investition in leistungsstarke Anlagen aussichtsreicher zu gestalten.

Die Vereinigung hätte nach Auffassung von Scitovsky weiter zur Folge, daß die europäischen Regierungen durch den verstärkten Wettbewerb gezwungen würden, die Protektion der kleinen zugunsten der leistungsfähigeren großen Firmen aufzugeben. Durch den verschiedenen Entwicklungsstand der einzelnen europäischen Länder würde sich außerdem eine Expansionsmöglichkeit für die Industrie ergeben, die der geographischen Expansion der Vereinigten Staaten bis zu einem gewissen Grade vergleichbar wäre. Letztlich würde sich auch in solchen Industriezweigen der Bau optimaler Anlagen rentieren, in denen dies bisher an der geringen Ausdehnung der nationalen Märkte scheiterte.

Ohne die sonstigen Schwierigkeiten zu unterschätzen, denen sich die europäische Industrie — schon wegen der beiden Kriege, wegen der unterschiedlichen Lebensformen in den einzelnen Ländern usw. — gegenüber sieht, lasse sich somit doch die Behauptung rechtfertigen, daß der intensivere Wettbewerb nach einer Vereinigung Europas Art und Richtung der Investitionen dergestalt beeinflussen werde, daß mehr

als bisher in leistungsstarke Betriebe investiert und damit die Produktivität des Europäers und letztlich sein Lebensstandard gehoben werden.

*

Wenn in ein paar Sätzen zu diesen Gedanken Stellung genommen werden soll, so nicht, ohne zunächst die Tatsache zu würdigen, daß hier der Versuch gemacht wurde, einer Vereinigung Europas nicht aus politischen, sondern aus rein wirtschaftlichen Gründen das Wort zu reden. Dies entspricht durchaus dem Gewicht, das man wirtschaftlichen Argumentationen im Zusammenhang mit allen Diskussionen um europäische Projekte in der jüngsten Vergangenheit beigemessen hat.

Was in den Ausführungen Scitovskys besonders hervortritt, ist die Bedeutung, die der Entwicklung zum leistungsstarken Großbetrieb beigemessen wird. Nun ist es durchaus richtig, daß die leistungsfähige Produktionsmethode immer größere Betriebe erforderlich macht und daß der Markt vieler europäischer Einzelstaaten für solche Betriebe zu klein ist. Es kann auch zugestanden werden, daß der Familienbetrieb in der Regel nicht als Träger hochentwickelter Produktionsanlagen geeignet ist. Dennoch erscheint es fraglich, ob dies eine ausschließliche Förderung des

Großbetriebes rechtfertigt. Die allmähliche Beseitigung des Klein- und Mittelbetriebes würde in vielen europäischen Staaten einem einschneidenden Eingriff in die Sozialstruktur gleichkommen. Die Entwicklung vieler Großbetriebe würde weiterhin die Bildung industrieller Schwerpunkte notwendig machen, wie sie, gerade in Anbetracht der Aufrechterhaltung gesunder Wettbewerbsbedingungen, nicht immer erwünscht sein kann.

Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang nur auf das Problem des marktbeherrschenden Unternehmens und die Gefahr der Monopolisierung. Zwar weist Scitovsky zu Recht darauf hin, daß der größere europäische Markt der Bildung von Monopolen weitgehend entgegenwirken würde. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß er die Bildung lokaler Monopole, die sich auf Grund der Frachtdifferenzen bilden können, nicht verhindern kann.

Bei der Erörterung des gesamten Fragenkomplexes darf man jedoch nicht in den Fehler verfallen, über dem Wettbewerb im europäischen Markt den auf den lokalen Märkten zu vergessen. Letzterer läßt sich aber nur sichern und aufrechterhalten, wenn man auch dem kleinen — und damit weniger leistungsfähigen — Betrieb eine Existenzmöglichkeit einräumt, sei es auch auf Kosten des höheren Wirkungsgrades.

Die Ergebnisse der Pariser Tagungen der NATO und der WEU vom 3. bis zum 5. Mai 1956

Kommuniqué der Tagung des Ministerrats der NATO am 4. und 5. Mai

Der Nordatlantikatrat trat am 4. und 5. Mai in Paris unter dem Vorsitz des isländischen Außenministers, Dr. Gudmundsson, zusammen und gab das folgende Kommuniqué heraus:

1. Die Atlantikpaktmächte haben angesichts der kommunistischen Bedrohung ihrer gemeinsamen Ideale und ihrer Kultur vor sieben Jahren den Nordatlantikpakt abgeschlossen. Denn sie sahen alle Menschenrechte, die ihre Völker als wesentlich für ihr Leben und ihre Freiheit betrachten, insbesondere die demokratische Ordnung, die persönliche Freiheit, die rechtsstaatlichen Grundsätze und die Pressefreiheit bedroht. Das Verschwinden des letzten freiheitlichen Regierungssystems in Osteuropa, des Regimes der Tschechoslowakei, die Berliner Blockade vom Jahre 1948 und zwei Jahre darauf die Invasion Koreas steigerten die Beunruhigung der freien Welt aufs äußerste. Die Notwendigkeit kollektiver militärischer Schutzmaßnahmen zeigte sich um so deutlicher, als die freie Welt am Ende des Zweiten Weltkriegs abgerüstet hatte.

Dies waren die Umstände, die zur Schaffung der NATO und ihrer militärischen Stärke führten, und aus diesem Grunde sind die zur Verteidigung der atlantischen Gemeinschaft erforderlichen Opfer seitdem gemeinsam getragen worden.

2. Die Anstrengungen der Atlantikmächte für die kollektive Verteidigung waren nicht vergeblich. Sie haben eine sowjetische Aggression in Europa erfolgreich abgeschreckt und dazu beigetragen, die Sowjetregierung auf den Weg einer Politik der sogenannten Koexistenz zu führen. In dem Maße, in dem diese Politik eine gewisse Entspannung bringt und zu dem Eingeständnis der Regierung der Sowjetunion führt, daß ein Krieg nicht unvermeidlich sei, wird sie von den Atlantikmächten, die diesen Gedanken stets vertreten haben, begrüßt. Man darf jetzt hoffen, daß diese Grundsätze der Satzung der Vereinten Nationen, die die Beziehungen zwischen den Völkern der atlantischen Gemeinschaft bestimmt haben, künftig auch die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten bestimmen werden.

3. Die Gründe, die zum Entstehen des atlantischen Bündnisses geführt haben, sind jedoch nicht hinfällig geworden. Auf dem Wege zur Lösung bestimmter lebenswichtiger europäischer Probleme, einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit, ist kein Fortschritt gemacht worden. Diese Probleme müssen auf einer Grundlage gelöst werden, die den berechtigten Sicherheitsbedürfnissen aller gerecht wird. Die Westmächte dürfen daher in ihrer Wachsamkeit nicht nachlassen, solange diese Probleme nicht gelöst sind und ein Abrüstungsplan, der allen die notwendigen Garantien bietet, sowie ein wirksames Kontrollsystem nicht in Kraft gesetzt sind. Die sowjetische Militärmacht vergrößert sich weiter, daher bleibt die Sicherheit ein grundlegendes Problem, und die Atlantikmächte müssen fortfahren, der Aufrecht-

erhaltung ihrer Einheit und ihrer Stärke den Vorrang zu geben.

Die derzeitigen Aussichten scheinen indes Raum für neue friedliche Initiativen der Atlantikmächte zu lassen. Sie sind entschlossen, diese Initiative mit der gleichen Energie zu verfolgen, die sie der Schaffung ihres Verteidigungssystems gewidmet haben und mit der sie dieses Verteidigungssystem aufrechterhalten werden. Sie bekräftigen feierlich, daß diese Politik gemeinsam im Geiste der Einheit, der Solidarität und der Zusammenarbeit zwischen Völkern geführt wird, die gemeinsame Ideale vertreten und sich gemeinsam für die Sache der Freiheit einsetzen.

4. Der Atlantikatrat hält es für zeitgemäß und zweckdienlich, daß die Mitglieder der atlantischen Gemeinschaft aktiv weitere Maßnahmen prüfen, die gegenwärtig getroffen werden könnten, um ihre gemeinsamen Interessen wirksamer zu fördern. Die Atlantikmächte besitzen in dem Nordatlantikatrat bereits das Werkzeug der Einheit und das Forum, in dem Richtlinien von allgemeinem Interesse ausgearbeitet werden können. Um den Rat in die Lage zu versetzen, diese Aufgaben besser zu erfüllen, vereinbarten die Minister, einen Drei-Minister-Ausschuß einzusetzen, der den Rat über die Mittel und Wege zur Verbesserung und Erweiterung der Zusammenarbeit im Rahmen der NATO auf nichtmilitärischem Gebiet und zur Entwicklung einer größeren Einheit innerhalb der atlantischen Gemeinschaft beraten wird. Der Dreier-Ausschuß wurde gebeten, seinen Bericht so bald wie möglich vorzulegen.

5. In der Zwischenzeit vereinbarte der Rat:

a) regelmäßige Ueberprüfungen der politischen Aspekte wirtschaftlicher Probleme vorzunehmen;

b) die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu verstärken und zu versuchen, Konflikte in ihrer internationalen Wirtschaftspolitik zu beseitigen und Stabilität und Wohlstand zu fördern;

c) die ständigen Vertreter des Rats anzuweisen, die Wirtschaftsfragen im Lichte der oben genannten Gedanken und des von Außenminister Pineau dargelegten Plans zu prüfen und sich dabei eines Sachverständigenausschusses zu bedienen, der ihnen unterstellt ist.

6. Die Mitglieder der NATO haben sich durch ihren Vertrag verpflichtet, „die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten“. Diese ersten sieben Jahre der Zusammenarbeit haben zu merklichen Erfolgen geführt und die Bande zwischen ihnen gestärkt. Die Mitglieder der NATO sind entschlossen, einig und ihren Idealen treu zu bleiben. Sie sehen der Zukunft vertrauensvoll entgegen.

Quelle: NATO Information Division, 5. Mai 1956. Deutscher Text: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 85 vom 8. Mai 1956.

Kommuniqué der Tagung des Rates der Westeuropäischen Union am 3. Mai

Der Rat der Westeuropäischen Union trat am 3. Mai 1956 unter dem Vorsitz des Außenministers der Bundesrepublik Deutschland, Herrn H. von Brentano, in Paris zusammen. Belgien war durch Herrn P. H. Spaak, Frankreich durch Herrn M. Faure, Italien durch Herrn G. Martino, Luxemburg durch Herrn J. Bech, die Niederlande durch Herrn W. Beyen und das Vereinigte Königreich durch Herrn Selwyn Lloyd vertreten.

1. Anlässlich des ersten Jahrestages der Westeuropäischen Union führte der Rat eine detaillierte Ueberprüfung der Tätigkeiten der Organisation durch. Man war allgemein befriedigt darüber, daß die Westeuropäische Union im ersten Jahr ihres Bestehens die ihr durch den Vertrag und seine Protokolle zugewiesenen Aufgaben durchgeführt oder begonnen hatte.

An der Saar wurden die Volksabstimmung und die darauf folgenden Wahlen in fairer Weise und in einer Atmosphäre der Ruhe abgehalten in Uebereinstimmung mit den der Europäischen Kommission der WEU gegebenen Anweisungen.

Auf Empfehlung des Rates der Union hat die Saarregierung einen international zusammengesetzten Gerichtshof errichtet, der gewährleisten soll, daß niemand auf Grund seiner früheren politischen Haltung Schaden erleidet. Nach Anhören der Erklärungen von Herrn von Brentano und Herrn Faure über die Lage an der Saar betonte der Rat der Westeuropäischen Union, daß es von Bedeutung sei, dem Gerichtshof die baldige Aufnahme seiner Arbeit zu ermöglichen.

Hinsichtlich der Rüstungskontrolle stellte der Rat fest, daß gemäß seinem Beschluß vom 14. Dezember 1955 die Kontrollmaßnahmen am 1. Januar 1956 begannen. Ueber die Nachprüfung von Angaben hinaus, die soeben angestellt wird, wird es möglich sein, innerhalb der nächsten Wochen auf der Grundlage der getroffenen praktischen Abmachungen mit Stichproben, Ueberprüfungen und Inspektionen zu beginnen; diese Abmachungen wurden

heute in einer Resolution zusammengefaßt, die dem Direktor des Rüstungskontrollamtes die zu diesem Zwecke notwendigen Vollmachten gibt. Darüber hinaus wird binnen kurzem eine Konvention unterzeichnet werden, die einen angemessenen Rechtsweg zum Schutze privater Interessen einrichtet.

Der Ständige Rüstungsausschuß hat die ihm von den Regierungen vorgelegten Lösungen der konkreten Probleme hinsichtlich der Auswahl und gemeinsamen Erzeugung von Rüstungsmaterial geprüft. Drei Arbeitsgruppen wurden eingerichtet zur Untersuchung von Panzerabwehrwaffen, bestimmten Arten von Hubschraubern und einer Reihe von Fliegerabwehrwaffen. Es wurde beschlossen, gemeinsame Vorführungen und taktische Uebungen zu organisieren, um die Regierungen zu einer Entscheidung über die Möglichkeit der Einführung dieser Waffen zu befähigen.

2. Der Vorsitzende berichtete dem Rat über den ersten Teil der zweiten Sitzungsperiode der Versammlung der Westeuropäischen Union, die vom 23. bis zum 25. April abgehalten wurde.

Der Rat nahm mit Befriedigung von dem Interesse Kenntnis, das die in Straßburg anwesenden parlamentarischen Vertreter der sieben Mitgliedstaaten für die Zukunft der Organisation bezeugten, sowie von ihrem Wunsche, die Beziehungen zwischen dem Rat und der Versammlung beständig zu verstärken.

3. Zum Schluß gab der Rat der Hoffnung Ausdruck, daß diese Organisation ihre gute Arbeit in dem Geiste der Herzlichkeit fortführen werde, der ihre Diskussionen seit ihrem Beginn vor einem Jahre kennzeichnete, und beschloß, die Zukunft der Organisation bei einer späteren Zusammenkunft im Lichte eines vom Generalsekretär vorbereiteten Berichtes zu erörtern.

Quelle: Western European Union, Press Release vom 3. Mai 1956. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Gemeinsame sowjetisch-französische Erklärung vom 19. Mai 1956 über den Staatsbesuch des französischen Ministerpräsidenten Guy Mollet

Auf Einladung der Regierung der UdSSR hielten sich der Präsident des Ministerrats der Französischen Republik, Herr Guy Mollet, und der Außenminister, Herr Christian Pineau, vom 15. bis zum 19. Mai 1956 in Moskau auf.

Während ihres Aufenthalts in Moskau führten sie Besprechungen mit dem Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, N. A. Bulganin, dem Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, N. S. Chruschtschow, und dem Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats und Außenminister der UdSSR, W. M. Molotow, sowie mit anderen führenden sowjetischen Staatsmännern. An den Besprechungen nahmen auch Berater sowohl von sowjetischer als auch von französischer Seite teil.

Während der Besprechungen, die in einer freundschaftlichen und von herzlicher Offenheit getragenen Atmosphäre und im Geiste gegenseitigen Verstehens verliefen, wurde ein nützlicher Meinungsaustausch sowohl über die Frage der französisch-sowjetischen Beziehungen und die

Wege zu ihrer Verbesserung als auch über einen Komplex internationaler Probleme gepflogen. Dies gestattete nützliche Diskussionen, die in einer Reihe von Fragen eine Gemeinsamkeit der Ansichten der beiden Regierungen ergaben. Was die Fragen betrifft, in denen die verschiedenen Standpunkte einander nicht angenähert werden konnten, haben die Besprechungen zumindest zu einem besseren Verstehen der beiderseitigen Haltungen geführt.

Die Vertreter der beiden Regierungen haben übereinstimmend festgestellt, daß sich die guten Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Republik Frankreich, die durch langjährige traditionelle Freundschaft miteinander verbunden sind, auf der Basis des gegenseitigen Verstehens und der Achtung entwickeln. Beide Regierungen, erfüllt vom Streben, für eine Minderung der internationalen Spannung zu wirken, haben anerkannt, daß die Entwicklung und Verbesserung der französisch-sowjetischen Beziehungen auf allen Gebieten sowohl den Interessen der beiden Völker entspricht als auch wesent-

lich zur Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit beiträgt.

Mit Genugtuung haben sie die Verbesserung festgestellt, die in der letzten Zeit in der internationalen Lage erreicht worden ist. In der Erwägung, daß gegenwärtig zwischen den Staaten jedoch noch nicht das notwendige Vertrauen besteht, haben die Vertreter der Sowjetunion und Frankreichs ihren festen Willen bekräftigt, Maßnahmen zu treffen, deren Verwirklichung zu einer Festigung des gegenseitigen Vertrauens und zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten, welche Unterschiede es in ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systemen auch geben möge, beitragen würden. Die Vertreter der Sowjetunion und Frankreichs erkennen in diesem Zusammenhang die Bedeutung der persönlichen Kontakte zwischen den Staatsmännern an und brachten ihre Hoffnung zum Ausdruck, daß sich derartige Kontakte in Zukunft zwischen den Staatsmännern der verschiedenen Länder weiterentwickeln werden.

Die Vertreter der Sowjetunion und der Republik Frankreich erinnern daran, daß sie sich an die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen gebunden fühlen, deren wirksame Anwendung eine schrittweise Regelung der ungelösten Probleme fördern soll. Sie bekräftigen den Wunsch ihrer Regierungen, sich an die Bestimmungen der Charta zu halten, die die Regelung jeder Meinungsverschiedenheit mit friedlichen Mitteln vorschreiben und Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung mit Ausnahme von Fällen der Selbstverteidigung verbieten. Sie drücken ihre Überzeugung aus, daß die Grundlage für die friedliche Koexistenz und eine freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten die gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, der Nichtangriff und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen sind.

Der Meinungs austausch über Fragen der Sicherheit in Europa ergab darin eine Gemeinsamkeit der Ansichten beider Regierungen, daß der Frieden und die Sicherheit in Europa für die Erhaltung des Weltfriedens von entscheidender Bedeutung sind. Sie erzielten jedoch keine Einigung über die Mittel zur Regelung der europäischen Probleme.

Beide Regierungen werden die Zusammenarbeit im Interesse der Festigung des Weltfriedens fortsetzen, um die ungelösten wichtigen Fragen zu klären. Sie sind überzeugt, daß dank ihrer Bemühungen sowie der Bemühungen anderer Staaten, die vom gleichen Friedenswillen erfüllt sind, das internationale Vertrauen hergestellt, der kalte Krieg endgültig beendet, das Wettrüsten eingestellt werden wird und dadurch die Völker von der Gefahr eines neuen Krieges befreit werden.

Die Vertreter der UdSSR und Frankreichs erörterten während der Besprechungen eingehend die Abrüstungsfrage und stimmen darin überein, daß dieses Problem unter den gegenwärtigen Bedingungen eine unaufschiebbare internationale Aufgabe ist. Sie sind überzeugt, daß die Lösung dieses Problems eine äußerst wichtige Rolle bei der Minderung der internationalen Spannung, der Festigung des Vertrauens und der Erleichterung der Last der Militärausgaben spielen wird.

Die Regierung der UdSSR und die Regierung Frankreichs werden die Bemühungen fortsetzen, um in der Organisation der Vereinten Nationen ein Abrüstungsab-

kommen zu erreichen. Sie unterstreichen die wesentliche Bedeutung der Abrüstung auf dem Gebiet der Kernwaffen und die Notwendigkeit der ausschließlich friedlichen Nutzung der Atomenergie. Dies bleibt ihr gemeinsames Ziel, und sie werden ihre Anstrengungen für die Erreichung dieses Zieles fortsetzen.

Beide Regierungen werden ihre Bemühungen fortsetzen, um ein Abkommen zu erreichen, wonach unverzüglich Schritte in Richtung einer wesentlichen Einschränkung der Streitkräfte der Staaten mit einer entsprechenden Einschränkung der Rüstungen unter einer entsprechenden internationalen Kontrolle unternommen werden sollen, in erster Linie einer Einschränkung der Streitkräfte und Rüstungen der Großmächte.

Die Regierung Frankreichs erkennt die Bedeutung des von der Sowjetregierung gefaßten Beschlusses über die einseitige Einschränkung ihrer Streitkräfte und Rüstungen an. Dieser Beschluß kann, wie es ihr scheint, die im Gange befindlichen Verhandlungen über die Abrüstung erleichtern.

Es wurden ebenfalls Fragen der wirtschaftlichen und technischen Hilfe für schwachentwickelte Länder erörtert.

Die Regierung der Sowjetunion und die Regierung Frankreichs äußern völlige Übereinstimmung über die Notwendigkeit gemeinsamer Bemühungen bei der Erweisung wirtschaftlicher und technischer Hilfe an schwachentwickelte Länder, was die Herstellung einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Ländern gestattet und zur Minderung der internationalen Spannung beiträgt.

Das Hauptziel der Hilfe muß darin bestehen, den Empfängerländern die Möglichkeit zu geben, mit Hilfe der von ihnen selbst frei ausgewählten Mittel so schnell wie möglich auf dem Wege des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts voranzukommen. Deshalb sind sie der Meinung, daß die Vereinten Nationen auf diesem Gebiet wie nie zuvor eine nützliche Rolle spielen können. Die sowjetischen Staatsmänner wurden über die Projekte der französischen Regierung auf diesem Gebiet informiert. Sie haben die Grundgedanken dieser Projekte mit Wohlwollen aufgenommen, wobei sie sich zugleich ihre Ansicht über die Mittel zur Verwirklichung des Plans vorbehielten, der ihnen vorgelegt wurde und ein eingehendes Studium erfordert. Die französische Regierung wird im gleichen Geiste des Verstehens den sowjetischen Vorschlag prüfen, der ein gesamteuropäisches Abkommen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit betrifft.

Im Verlauf des Meinungs austauschs behandelten die Vertreter der UdSSR und Frankreichs die Lage, die im Nahen und Mittleren Osten entstanden ist. Es wurde anerkannt, daß diese Lage die ernste Aufmerksamkeit aller Regierungen, die an einer weiteren Minderung der internationalen Spannung und an der Festigung des Weltfriedens interessiert sind, verdient.

Die Vertreter Frankreichs erklärten, daß sie mit Interesse die Schlußfolgerungen zur Kenntnis genommen haben, die in der Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR vom 17. April 1956 über die Lage im Nahen Osten enthalten sind.

Beide Regierungen sind zu dem Uebereinkommen gelangt, der Organisation der Vereinten Nationen bei ihren Bemühungen um eine Festigung des Friedens im Palästina gebiet und bei der Durchführung der entsprechenden Beschlüsse des Sicherheitsrats die notwendige Unterstützung zu erweisen.

Sie werden die Initiative der Organisation der Vereinten Nationen unterstützen, die darauf gerichtet ist, eine friedliche Beilegung der strittigen Fragen zwischen den arabischen Staaten und Israel auf der Grundlage zu gewährleisten, daß sie für die interessierten Seiten annehmbar ist. Sie werden den Vereinten Nationen bei ihren Bemühungen, das Schicksal der Flüchtlinge zu erleichtern, Unterstützung gewähren.

Die Vertreter der beiden Regierungen haben die Ergebnisse der Besprechungen geprüft, die in London von den Vorsitzenden der Genfer Konferenz geführt worden sind. Sie begrüßen den Beitrag, der damit für die Verwirklichung der Abkommen aus dem Jahre 1954 und für die Festigung des Friedens in Südostasien geleistet worden ist.

Zwischen den Vertretern der Sowjetunion und Frankreichs fand auch ein Meinungsaustausch über die Frage der Entwicklung des Handels zwischen den beiden Ländern statt. Die Vertreter beider Länder kamen überein, mit allen Mitteln die Entwicklung des französisch-sowjetischen Warenaustauschs zu fördern, anerkennend, daß dies den gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen entspricht und ein wichtiger Faktor für eine Annäherung und für das gegenseitige Verstehen zwischen den Ländern ist.

Um die Erweiterung des Warenaustauschs und seine Stabilität zu fördern, sind die Vertreter der beiden Länder übereingekommen, ein langfristiges Abkommen über den gegenseitigen Warenverkehr abzuschließen, mit der Perspektive, daß dieses Abkommen von Jahr zu Jahr eine bedeutende Erweiterung der französischen Lieferungen an Maschinen und Ausrüstungen für die verschiedenen Zweige, an Rohstoffen und Industriewaren an die Sowjetunion vorsieht sowie der entsprechenden Lieferungen aus der Sowjetunion von Waren, die für Frankreich von Interesse sind. Dabei soll das Abkommen nicht nur Lieferungen von Waren vorsehen, die im Handel zwischen den beiden Ländern traditionell sind, sondern auch anderer Waren nach gegenseitiger Vereinbarung.

Die Vertreter der beiden Regierungen sind ferner übereingekommen, die Frage eines Austauschs von Konsumgütern und einer Erleichterung von Kontakten zwischen Käufern und Verkäufern weiter zu prüfen.

Man einigte sich, daß die Verhandlungen über den Abschluß des erwähnten für drei Jahre berechneten Abkommens im September 1956 in Paris aufgenommen werden, so daß das Abkommen am 1. Januar 1957 in Kraft treten kann. Die sowjetischen Vertreter erklärten, daß die Sowjetunion bei einem Wegfall der Schranken und Diskriminierungen im Handel in dem erwähnten Zeitraum ihre Ankäufe französischer Waren und entsprechenden Verkäufe sowjetischer Waren an Frankreich bedeutend erweitern könnte, so daß nach Ablauf der drei Jahre der Warenaustausch zwischen der UdSSR und

Frankreich etwa das Drei- bis Vierfache im Vergleich zu dem Warenaustausch im Jahre 1955 betragen würde.

Die Vertreter der beiden Regierungen äußerten Genugtuung über die erzielte Vereinbarung, Schifffahrtslinien zwischen französischen Häfen und sowjetischen Ostseehäfen einzurichten.

Besondere Aufmerksamkeit widmeten die Vertreter der beiden Länder der Frage des kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Austauschs zwischen Frankreich und der UdSSR. Sie waren glücklich, ihre völlige Uebereinstimmung festzustellen, daß die Förderung jedmöglicher Entwicklung dieses Austauschs notwendig ist. Die französische Regierung teilte der Sowjetregierung ihren Wunsch mit, zur Erweiterung der Kontakte zwischen den beiden Ländern auf den Gebieten der Wissenschaft und Kunst beizutragen. Sie erklärte sich bereit, eine Gruppe sowjetischer Ingenieure und Wissenschaftler zu einem Besuch des französischen Hochkommissariats für Atomenergie einzuladen und in Paris ein Gastspiel des Ballettensembles des Moskauer Großen Theaters zu organisieren.

Die Sowjetregierung äußerte ihrerseits den Wunsch, die kulturellen Beziehungen zu Frankreich noch mehr zu festigen und besonders den Austausch von Literatur und Zeitschriften zu erweitern.

Beide Regierungen billigten den Wortlaut einer gemeinsamen Kommuniqué beiliegenden gemeinsamen Erklärung*, die die Prinzipien und Formen der französisch-sowjetischen kulturellen Zusammenarbeit festlegt.

Die Vertreter Frankreichs und der UdSSR legten ihre Ansichten über die Schaffung europäischer Vereinigungen dar, darunter auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Atomenergie. Beide Regierungen stimmen darin überein, daß die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Ländern auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Atomenergie und besonders die Förderung der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen notwendig ist**.

Die französischen Vertreter tauschten mit ihren sowjetischen Kollegen ihre Meinungen zu den Problemen aus, vor denen sie in Algerien stehen, und über die Politik, die die französische Regierung in Algerien verfolgt.

Die Sowjetregierung hat die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß die französische Regierung, in einem liberalen Geiste handelnd***, für dieses so wichtige Problem eine entsprechende Lösung im Geiste der Zeit und im Interesse der Völker finden wird.

Die Vertreter der beiden Regierungen brachten ihre beiderseitige Befriedigung über die Ergebnisse ihrer Besprechungen zum Ausdruck und sind sich über den Nutzen der Wiederaufnahme ähnlicher Kontakte einig.

Der Vorsitzende des
Ministerrats der UdSSR

Der Ministerpräsident
der Republik Frankreich

gez. N. A. Bulganin

gez. Guy Mollet

Quelle: *Neues Deutschland*, Nr. 121 vom 20. Mai 1956.

*) In der „Gemeinsamen Erklärung über die kulturellen Beziehungen“ erklären sich die beiden Regierungen u. a. zur Zusammenarbeit auf folgenden Gebieten bereit: Austausch von Delegationen und Einzelpersonlichkeiten, Austausch von Studenten, Austausch von Kulturensembles, Rundfunkprogrammen und Filmen, Förderung sportlicher Beziehungen und des Tourismus. Sie sind ferner übereingekommen, den Austausch von Informationen über Kultur, Lebensweise und gesellschaftliche Einrichtungen der beiden Völker zu fördern. Eine Kulturkonvention zwischen beiden Ländern soll ausgearbeitet werden.

**) In der französischen Fassung lautet dieser Satz (laut *La Documentation Française*):

„Beide Regierungen stimmen darin überein, auf diesem Gebiete zusammenzuarbeiten, insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen.“

***) Französische Fassung: „... in dem liberalen Geiste handelnd, der sie beseelt, ...“ In allen anderen Punkten stimmt die französische Fassung mit dem von TASS veröffentlichten deutschen Text überein.

Informationen und Berichte

Die 11. Plenarsitzung der ECE*

Mit der einstimmigen Billigung des neunten Jahresberichtes der ECE (vgl. EA 6—7/1956, S. 8721/23) endete die 11. Plenartagung der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE), die vom 5. bis zum 21. April 1956 in Genf stattfand.

Die Tagung, an der mehr als 250 Delegierte aus 29 europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten teilnahmen, faßte auch eine Reihe von Resolutionen, die auf eine Intensivierung der gesamteuropäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen abzielen.

Die Konferenzdelegationen, die zumeist von verantwortlichen Regierungsvertretern geleitet wurden, kamen aus den folgenden europäischen Ländern: Albanien, Belgien, Bulgarien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Polen, Portugal, Rumänien, Spanien, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, der Türkei, der Sowjetunion, Ungarn sowie aus der Ukraine und Weißrußland. Beobachter hatten entsandt: Australien, Brasilien, Israel, Kanada, Kuba und Venezuela.

Der belgische Botschafter Pierre Forthomme wurde einstimmig zum Vorsitzenden der Tagung und damit gleichzeitig für das Jahr 1956 zum Vorsitzenden der ECE gewählt, während der bisherige Vorsitzende, Julius Katz-Suchy (Polen), den stellvertretenden Vorsitz übernahm.

Ueber den Verlauf der Konferenz erklärte Botschafter Forthomme, zahlreiche wertvolle Vorschläge und Ideen seien in ruhiger und gemäßigter Sprache erörtert worden. Das Niveau der Beratungen sei sehr hoch gewesen. Die von der Konferenz angenommenen Resolutionen gäben Anlaß zur Hoffnung, daß aus ihnen eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den Völkern entstehen werde. Der wirklich freie und offene Meinungsaustausch der Delegierten gebe berechtigten Anlaß zu einer optimistischen Beurteilung der künftigen internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen der ECE.

Die angenommenen Resolutionen

Die Resolutionen der Konferenz, die sämtlich einstimmig gebilligt wurden, empfehlen den Mitgliedstaaten der ECE:

1. die Fortsetzung der Prüfung der Möglichkeiten eines gesamteuropäischen Uebereinkommens über wirtschaftliche Zusammenarbeit; der ECE-Tagung von 1957 soll ein entsprechender Sachverständigenbericht über diese Frage unterbreitet werden;

2. den weiteren Ausbau der Kontakte zwischen den Ländern Ost- und Westeuropas, darunter einen weitergehenden Erfahrungs- und Informationsaustausch und eine Intensivierung gegenseitiger Besuche von Technikern, Geschäftsleuten und Touristen;

3. die periodische Prüfung der Energieversorgungslage Europas sowie die Einberufung einer Sondertagung von

Regierungssachverständigen zur Erörterung der europäischen Energieversorgungsprobleme;

4. die Bildung einer ad hoc-Arbeitsgruppe für Probleme der Naturgasgewinnung sowie der Erzeugung von künstlichem Gas;

5. die weitere Prüfung der Frage der Nutzung der Organisation der ECE als Organ für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Atomenergie, wobei den ECE-Ausschüssen für Elektrizität und für Kohle auch weiterhin die Aufgabe zufallen würde, den Einfluß der Kernenergiegewinnung auf die herkömmlichen Energiequellen zu überwachen.

Aus zwei weiteren Resolutionen spricht die Bereitschaft der Mehrzahl der ECE-Mitgliedstaaten

a) zur Teilnahme an interregionalen Handelskonsultationen, die vom ECE-Generalsekretär vorbereitet werden,

b) zur Mithilfe an der wirtschaftlichen Entwicklung Italiens, Griechenlands, der Türkei und Jugoslawiens¹.

Die ECE nahm schließlich noch einen Bericht an, der eine Studie von Vertretern Großbritanniens und der Sowjetunion über die wirtschaftlichen Aspekte der Automatisierung ankündigt.

Schließlich erging an den Exekutivsekretär der ECE die Aufforderung, die Bildung einer Arbeitsgruppe von Sachverständigen über die Probleme der Verschmutzung der Wasserwege in Europa vorzubereiten. Entscheidungen über die Arbeitsaufnahme und die Aufgaben dieser Arbeitsgruppe sollen anläßlich der nächsten ECE-Tagung gefällt werden.

Ablehnung einer Aufnahme der DDR in die ECE

Ein von der Tschechoslowakei eingebrachter Antrag, die Deutsche Demokratische Republik neben der Bundesrepublik in die ECE aufzunehmen, wurde nach einer langen, teilweise recht heftig geführten Diskussion mit 17 gegen 11 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Die Diskussion über diesen Antrag stellte den einzigen Teil der gesamten Tagung dar, wo zwischen den Vertretern von Ost und West der Eindruck unüberbrückbarer erscheinender Gegensätze entstand. Der tschechoslowakische Antrag hatte auf eine Interimslösung der Mitgliedschaft der Sowjetzone abgezielt, wonach der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) anläßlich seiner nächsten Tagung die Aufnahme der DDR beschließen sollte, während der ECE-Exekutivsekretär beauftragt wurde, die DDR zur 11. Tagung der ECE als Beobachter ohne Stimmrecht einzuladen.

Die Sowjetunion und mit ihr alle kommunistisch beherrschten Länder (einschließlich Jugoslawiens) und auch Finnland stimmten für die Annahme des Antrages, während die westlichen Länder mit den Vereinigten Staaten dagegen waren. Schweden enthielt sich der Stimme.

Das Ost-West-Problem

Die Tagung war mit einer Rede des bisherigen ECE-Vorsitzenden Katz-Suchy (Polen) eröffnet worden, in der

*) Ueber die 10. Tagung der ECE wurde in der Zeittafel in EA 8/1955, S. 7498, berichtet.

¹) Vgl. hierzu den Bericht der Sachverständigengruppe der ECE in EA 7/1955, S. 7449 ff.

in recht pathetischer Weise der „Geist von Genf“ beschworen wurde. Er richtete an die Tagungsteilnehmer die Aufforderung, „ungeachtet aller politischen Meinungsverschiedenheiten“ zu einer friedlichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu gelangen. Gegenseitiges Verständnis, guter Wille und gegenseitiges Vertrauen seien die wesentlichen Voraussetzungen eines derartigen Zusammenwirkens.

Gunnar Myrdal, der Exekutivsekretär der ECE, hatte am ersten Konferenztag angekündigt, daß diese ECE-Tagung die bisher bedeutungsvollste der Kommission zu werden verspreche. Trotz des negativen Verlaufes der letzten Genfer Außenministerkonferenz setze die ECE ihre Arbeit im gesamteuropäischen Rahmen fort. Er (Myrdal) sei davon überzeugt, daß die Arbeit der ECE schließlich mithelfen werde, auch die politische Atmosphäre zu verbessern.

Die Haltung der Delegationen der osteuropäischen Länder war von der These diktiert, innerhalb der ECE zu einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit zu gelangen. Daß die östlichen Länder den Beratungen eine relativ große Bedeutung beimaßen, ließ sich allein schon aus der Tatsache entnehmen, daß die Sowjetunion, Polen und die Tschechoslowakei ihre Außenhandelsminister als Delegationschefs entsandt hatten. Diese drei Minister — I. G. Kabanow (Sowjetunion), K. Dvorak (Tschechoslowakei) und K. Dabrowski (Polen) — erwiesen sich als geschickte Verhandlungstaktiker, die immer wieder die friedliche Mission der ECE priesen und ständig mit neuen Appellen zur Intensivierung des Ost-West-Handels zur Hand waren.

Die Vertreter der westeuropäischen Länder und der Vereinigten Staaten reagierten auf diese Haltung der Ost-Sprecher ziemlich reserviert. Sie stellten zwar die Leistungen der ECE nicht in Abrede, gaben aber zu verstehen, daß die gute Arbeit des ECE-Sekretariats kein Ersatz für eine mangelhafte wirtschaftliche Zusammenarbeit sein könne, die unter dem Fehlen der dazu erforderlichen politischen Voraussetzungen leide.

Die Stellung der Bundesrepublik gegenüber der ECE

Staatssekretär Dr. Westrick präzierte in einer Vollstimmung der Kommission die Haltung der deutschen Bundesregierung gegenüber der ECE, wobei er zunächst für die Herzlichkeit dankte, mit der die Aufnahme der Bundesrepublik als Voll-Mitglied der ECE² begrüßt wurde. Die Bundesregierung wolle alles in ihrer Macht Stehende tun, um wirksam und erfolgreich an der Erweiterung und Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern mitzuwirken. Eine möglichst freiheitliche Gestaltung der internationalen Beziehungen gehöre zu den Grundelementen der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik.

Die technischen Debatten

In den Arbeitsgruppen leisteten die Tagungsteilnehmer — zumeist fern von politischer Agitation — eine allgemein als wertvoll angesprochene Arbeit. Dabei kam bei der Erörterung aller Probleme der Landwirtschaft, der Produktion von Kohle und Stahl, der Probleme der Stromversorgung, des Handels im allgemeinen, der Wohnungs-

bauprobleme und anderer wirtschaftlicher Aspekte das Bestreben der osteuropäischen Länder klar zur Geltung, die Aktivität der Arbeitsgruppen der ECE zu intensivieren.

„Südeuropäische Entwicklungsbank“

Eine gründliche ECE-Studie (siehe Anmerkung 1) stellte die Beratungsgrundlage für Maßnahmen zur Unterstützung der wirtschaftlich unterentwickelten Gebiete Südeuropas — Italien, Jugoslawien, Griechenland und die Türkei — dar, die innerhalb von 5 Jahren eine Kapitalinvestierung von 35 Milliarden Dollar vorsehen, die zum Teil vom Ausland aufgebracht werden müßten. Zur Sicherstellung dieser Finanzierung wurde die Bildung einer „Südeuropäischen Entwicklungsbank“ vorgeschlagen. Das Programm erstreckt sich in erster Linie auf Verbesserungen des Bodens und auf den Ausbau der Verkehrsnetze in diesen vier Ländern.

Lob und Kritik für den ECE-Jahresbericht

Der ECE-Jahresbericht 1955 (vgl. EA 6—7/1956, S. 8721/23) war Gegenstand einer ausführlichen Debatte, wobei Sprecher aller Delegationen Worte des Dankes und des Lobes für die von der Planungs- und Forschungsabteilung der ECE geleistete Arbeit zum Ausdruck brachten. Viele Delegierte aus West und Ost würdigten übereinstimmend das hohe Niveau des Berichtes, seine Objektivität, seine gute Fundierung, sein umfangreiches Zahlenmaterial und seine wohlabgewogenen Empfehlungen.

Kritik wurde dagegen an einigen Punkten des Berichtes geübt. Sir Edward Boyle (Großbritannien) bezeichnete die Darstellung des Problems der Deflationspolitik als „zu stark vereinfacht“, obwohl er zugab, daß die Analyse in die rechte Richtung zeige. Sprecher der Niederlande und Bulgariens kündigten „einige geringfügige Korrekturen“ zu den von der ECE veröffentlichten Angaben über ihre Länder an.

„Den Osten beim Wort nehmen“

Bei aller Skepsis von westlicher Seite wurde das Bestreben deutlich, die Ostblockländer bei Gelegenheit wirklich beim Wort zu nehmen. Ob und inwieweit auch vom Osten die von der ECE erarbeiteten Empfehlungen in die Tat umgesetzt werden, bleibt abzuwarten. Im Augenblick kann noch nicht gesagt werden, wie weit sie über ihre Papierform hinauswachsen. An den Beschlüssen zur Teilnahme an interregionalen Handelskonsultationen, zur wirtschaftlichen Unterstützung Italiens, Griechenlands, der Türkei und Jugoslawiens sowie zum weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Ost-West-Kontakte werden Erfolg oder Mißerfolg dieser Bemühungen in der Praxis am schnellsten deutlich werden.

Dr. Erwin Weghorn

Der „Europäische Kongreß der Arbeit“ in Paris

Vom 27. bis zum 29. April 1956 tagte in Paris der „Congrès Européen du Travail“, der von der Sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa (MSEUE) einberufen worden war und von deren Generalsekretär, Henri Gironella, geleitet wurde. An dem Kongreß nahmen 600 Mitglieder der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien aller westeuropäischen Länder teil. Die wichtigsten Referate wurden von André Philip (Unterentwickelte Gebiete), G. M. Nederhorst (So-

²) Die Aufnahme der Bundesrepublik wurde am 15. Dezember 1955 vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen beschlossen und am 21. Februar 1956 wirksam.

zialpolitik), Jean Monnet, Paul Henri Spaak und M. Mansholt (Landwirtschaft) gehalten.

André Philip, der Präsident der MSEUE, stellte in seinen Ausführungen über die unterentwickelten Länder fest, daß wir im „Jahrhundert der Entkolonisierung“ leben; er knüpfte daran die Forderung, den noch im Kolonialstatus lebenden Ländern die Souveränität zu geben. Die sich vollziehenden Aenderungen in den Beziehungen der Länder könnten sich nicht nur im politischen, sondern müßten sich auch, ja hauptsächlich, im wirtschaftlichen Bereich abspielen. Die Ueberwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den unterentwickelten Ländern sei das Grundproblem unserer Epoche; Philip ist der Auffassung, daß die Lösung des Problems nicht durch privatwirtschaftliche Initiative geschehen kann, sondern daß es der Einrichtung eines „organisierten Marktes“ bedürfe, d. h. staatlicher Koordination der Preisbildung, der Investitionen und der Erzeugung. Die unterentwickelten Länder seien nicht wie im 19. Jahrhundert nur als Rohstofflieferanten zu mißbrauchen. Philip befürwortete eine differenzierte wirtschaftliche und soziale Entwicklung in diesen Ländern, so daß die Vorbedingungen für die selbständige Weiterentwicklung der Länder geschaffen würden. Die entwickelten Länder sollten dazu gemeinsame Gremien schaffen, die imstande seien, die Planungen für ganze Ländergruppen durchzuführen und die „sozialisierten“ Investitionen einzusetzen, beides unter Mitwirkung der zu entwickelnden Länder. Die auf dem Kongreß anwesenden Regierungs-, Gewerkschafts- und Parteivertreter aus Marokko und Tunesien, die sich in der Diskussion für die Befreiung ganz Nordafrikas einsetzten, wurden von Philip davor gewarnt, sich mit allen Strömungen und Methoden in Algerien solidarisch zu erklären; Philip empfahl ihnen, nicht in den Nationalismus zu verfallen, den die europäischen Staaten gerade zu überwinden im Begriff seien: Die Befreiung der Länder sei unvollständig, wenn sie nicht gleichzeitig die Befreiung des Individuums in diesen Ländern verwirkliche.

Der niederländische Gewerkschaftler Nederhorst, der der Versammlung der Montanunion angehört, vertrat auf sozialpolitischem Gebiet die Auffassung, daß zugleich mit einem gemeinsamen Markt eine „neue Hohe Behörde“ zu schaffen sei, die mit realer Macht versehen sein sollte, und zwar in stärkerem Maße als die Hohe Behörde der Montanunion, und mit Befugnissen nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf sozialpolitischem Gebiet. Die neue Hohe Behörde sollte in der Lage sein, die Einkommen und die Systeme der Sozialen Sicherheit in Europa zu harmonisieren. Zur Harmonisierung der Einkommen gehört nach der Meinung Nederhorsts auch eine europäische Währungspolitik. Hinsichtlich der Arbeitslosenunterstützung schlug Nederhorst unter Hinweis auf die gerade in diesem Bereich bestehenden Ungleichheiten die generelle Einführung einer Arbeitslosenunterstützung von 60 vH des Lohnes vor. Auch für die Durchführung der Fünftageswoche sei die Schaffung der neuen Hohen Behörde unerläßlich. Für die Behebung der regionalen Arbeitslosigkeit empfahl Nederhorst die Verwirklichung der Freizügigkeit der Arbeitskräfte innerhalb der Länder des gemeinsamen Marktes sowie die Schaffung eines europäischen Arbeitsvermittlungsbüros und die Vermehrung der Arbeitsplätze, beispielsweise durch Arbeitsplatzdarlehen aus einem gemeinsamen Fonds. Um die Wande-

lung der Arbeiter aus Ueberschußgebieten in solche Räume, in denen Arbeitsmangel herrscht, zu begünstigen, sei es nötig, auch eine großzügige Wohnbaupolitik zu betreiben.

Jean Monnet, der Präsident des „Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa“, glaubte feststellen zu können, daß man heute an der Schwelle einer neuen Epoche in der Entwicklung der europäischen Dinge stehe, nämlich der Epoche des „Euratoms“ und des gemeinsamen Marktes. Monnet betonte die Gleichartigkeit der im Brüsseler Expertenkomitee unter Spaak und der in der Resolution des Aktionskomitees zum Ausdruck gekommenen Auffassungen; der Unterschied zwischen Brüssel und dem Aktionskomitee bestehe nur darin, daß die Formulierungen des Aktionskomitees ehrgeiziger und die des Brüsseler Komitees etwas vorsichtiger seien.

Der belgische Außenminister, Paul Henri Spaak, gab eine Uebersicht über den Bericht des in Messina gebildeten intergouvernementalen Komitees, dessen Inhalt damit zum ersten Male der Oeffentlichkeit bekanntgegeben wurde¹. Ueber einige Probleme, sagte er, sei noch zu diskutieren, so über die Zölle der Länder der Gemeinschaft gegenüber Ländern außerhalb der Gemeinschaft (Drittländern). Ebenso wie A. Philip in seinem für diesen Kongreß verfaßten Bericht „L'Europe et les Pays sous-développés“, kritisierte auch Spaak das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT). In den Fragen der Arbeitsbeschaffung, auf die Spaak weiter einging, stimmte er weitgehend mit Nederhorst überein. Im übrigen betonte er die Notwendigkeit der Schaffung von Organisationen zur Durchführung der vorgelegten Pläne; diese Organisationen sollten zwar nur beschränkte Zuständigkeiten haben, aber innerhalb ihrer Kompetenzen mit realer Macht ausgestattet sein. Zu Euratom teilte er mit, daß eine europäische Kommission für Atomfragen analog zu der europäischen Kommission für den gemeinsamen Markt eingesetzt werden müsse; dabei werde besonders für Großbritannien die Möglichkeit der Mitarbeit offengehalten: weder der gemeinsame Markt noch Euratom sollen auf die sechs Schumanplan-Länder beschränkt bleiben. Die beiden Grundprinzipien Euratoms sind nach Spaak: 1. Die Priorität des Ankaufs von spaltbarem Material bei den Produzenten liegt bei Euratom. 2. Euratom hat das Recht, die Verwendung des spaltbaren Materials lückenlos zu überwachen. Zur Frage der militärischen oder friedlichen Verwendung der Atomenergie machte Spaak zwar einige kurze Ausführungen, nahm aber persönlich nicht eindeutig Stellung.

Der niederländische Landwirtschaftsminister, Mansholt, unterstrich das Mißtrauen der Landwirte gegenüber einem gemeinsamen Markt; er forderte die Schaffung eines Fonds der Wiederanpassung und der Investitionen und sprach sich für die Schaffung eines Gleichgewichts unter den Wirtschaftsbereichen aus.

Der Kongreß veröffentlichte eine Deklaration² und faßte Entschlüssen zur Frage des gemeinsamen

¹ Vgl. die Zusammenfassung des Brüsseler Berichts in EA 10/1956, Seite 8887 ff.

² Der Wortlaut der Deklaration folgt im Anschluß an diesen Bericht. Wortlaut der Entschlüsse über Euratom und Zusammenfassung des Inhalts der anderen Entschlüssen vgl. Informationsdienst des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, Nr. 308 vom 12. Mai 1956.

Marktes, zur Sozialpolitik, zur Hilfe für unterentwickelte Länder und zum Euratom-Projekt. Hinsichtlich dieses Projektes begrüßte der Kongreß die Arbeit des Brüsseler Sachverständigen-Komitees; namentlich wurden die beiden für Euratom aufgestellten Prinzipien anerkannt: 1. Priorität Euratoms beim Ankauf von spaltbarem Material, 2. lückenlose Kontrolle der Verwendung von spaltbarem Material. Die für diese Kontrolle vom Brüsseler Ausschuß vorgeschlagene Lösung wurde jedoch als nicht weitgehend genug kritisiert. Der Kongreß empfahl, sowohl die Ausbeutung der Kernenergiequellen als auch die Elektrizitätswirtschaft als europäische öffentliche Dienste zu organisieren.

Verbesserung der Lebensbedingungen, im besonderen Vollbeschäftigung und bessere Arbeitsverhältnisse, sind die Grundsätze, auf denen die sozialpolitische Entschliebung des Kongresses basiert. Es müsse Vorsorge getroffen werden, die Arbeitnehmer und die Landwirtschaft vor Schäden zu schützen, die aus der Schaffung des Gemeinsamen Marktes resultieren. Dazu machte der Kongreß eine Anzahl von detaillierten Vorschlägen. Hinsichtlich der Wiedereingliederungshilfen geht die Entschliebung insofern über die Vorschläge des Brüsseler Expertenkomitees hinaus, als sie die Inanspruchnahme der Unterstützung im Falle eintretender Arbeitslosigkeit infolge der Einrichtung des Gemeinsamen Marktes erheblich erleichtern will. Die Freizügigkeit der Arbeitskräfte soll durch den Fortfall jeglicher Art von Diskriminierungen und Verbesserung der Wohnungsverhältnisse vergrößert werden. Durch eine zentrale Stelle soll ein funktionsfähiger europäischer Arbeitsmarkt geschaffen werden. Der Kongreß befürwortete die sofortige Ratifizierung der vom Internationalen Arbeitsamt ausgearbeiteten Internationalen Arbeitskonventionen, den Abschluß von Manteltarifverträgen mit einem europaweiten Geltungsbereich, die Ausarbeitung eines europäischen Gesetzes für die soziale Sicherheit und eine europäische Sozialcharta.

Wolfgang Morgenstern

Anhang

Deklaration des Europäischen Kongresses der Arbeit

Der Europäische Kongreß der Arbeit, der am 27., 28. und 29. April 1956 in Paris zusammengetreten ist, stellt mit Befriedigung fest, daß die Entwicklung der internationalen Lage die militärischen Probleme auf den zweiten Platz verweist. Die unabhängig davon geltenden Gründe zugunsten einer Vereinheitlichung Europas werden dadurch voll in den Vordergrund gestellt.

Insbesondere können sich die europäischen Nationen den letzten technischen Entdeckungen, die sowohl umfassende Mittel als auch einen Massenverbrauch erfordern, nicht anpassen, wenn die Zolltarife, die Kontingentierungen, die verschiedenen Hemmungen, die dem Verkehr der Menschen, der Ideen, der Güter und der Kapitalien entgegenstehen, weiterhin die Entwicklung des Austausches bremsen, die Rationalisierung ihrer Wirtschaft verhindern und eine anarchische Konkurrenz dort aufrechterhalten, wo eine enge Zusammenarbeit notwendig wäre.

Wenn die jetzige Lage anhalten sollte, würden unsere Länder aus Mangel an Technikern, an genügenden Energiequellen und modernen Produktionsmitteln schnell unfähig sein, an der internationalen wirtschaftlichen Konkurrenz teilzunehmen. Ihrerseits unterentwickelte Gebiete

geworden, würden sie den Rest ihrer Unabhängigkeit verlieren. Ihre Ohnmacht würde die Teilung der Welt in zwei rivalisierende Blöcke vertiefen. Die Unfähigkeit unserer Völker, ihre grundsätzlichen Probleme im veralteten traditionellen Rahmen zu lösen, würde unweigerlich den Zusammenbruch des demokratischen Regimes bedeuten.

Der Kongreß kann nicht zulassen, daß Fragen politischer Aktualität die notwendigen Integrationsanstrengungen lähmen. Hinsichtlich des Aufstiegs der überseeischen Völker, der Vereinheitlichung Deutschlands, des Saarproblems, der Moselkanalisierung oder der Ausrüstung Südtaliens ist die Einheit Europas ein wesentliches Element der Lösung der sich unseren Völkern stellenden Probleme.

Aus diesem Grunde ist der Kongreß der Ansicht, daß die Verwirklichung des Euratoms und des gemeinsamen Marktes besonders dringend ist. Hinsichtlich des gemeinsamen Marktes fordert er, daß der auf der Basis des Brüsseler Berichts abzuschließende Vertrag den Arbeitern auf dem Gebiete der Anstellung, der Sicherheit und der Erhöhung des Lebensstandards die notwendigen Garantien bringe. Im Unterschied zu den Konservativen lehnt er es ab, den gemeinsamen Markt von einer auf der europäischen Ebene koordinierten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zu trennen. Er glaubt nicht an eine automatische Harmonisierung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen und fürchtet, daß eine unkontrollierte Freiheit zu der Vorherrschaft der Kartelle und der internationalen Finanzkonsortien führt.

Hinsichtlich des Atompools bekundet er, daß er auf einem so gefährlichen wie auch entscheidenden Gebiet nicht zulassen kann, daß das Euratom über kein absolutes Kontrollrecht über das spaltbare Material und keine genügenden autonomen Befugnisse verfügen soll, um, in Verbindung mit der Montanunion, die Entwicklung einer europäischen Energiepolitik vorwärtzutreiben. Er lehnt es außerdem ab, auf diesem Gebiet die Anstrengungen und Mittel für militärische Zwecke zu vergeuden, und er widersetzt sich energisch dagegen, daß irgendein Land die Absicht haben könnte, Atomwaffen, dank der finanziellen Beiträge der Gemeinschaft, in einem rein nationalen Rahmen herzustellen.

Infolgedessen unterstreicht der Kongreß mit Nachdruck, daß das grundsätzliche Problem der europäischen Vereinigung nicht technischer, sondern politischer Art ist. Von Sorge erfüllt durch die Lehren der letzten Erfahrungen und im Bewußtsein des hartnäckigen Widerstandes, den die privaten Interessen der Schaffung der notwendigen Institutionen entgegenstellen, richtet er an die Arbeiter einen Appell, damit sie sich eng zusammenschließen und im europäischen Rahmen eine wirksame und dynamische politische Kraft darstellen, welche die unternommenen Anstrengungen zum Erfolg führen und den Integrationsprojekten einen wirklich fortschrittlichen Inhalt und eine tatsächliche Wirksamkeit geben kann.

Föderative Behörden, die über Forschungsmittel verfügen und in der Lage sind, auf demokratischem Wege Lösungen allgemeinen Interesses über die nationalen Grenzen und die Sonderinteressen hinweg aufzuerlegen, sind für das Funktionieren der europäischen Institutionen absolut notwendig.

Die wirtschaftliche Vereinigung ist von der politischen Vereinigung nicht mehr zu trennen.

Die Arbeiter fordern eine gerechte Vertretung in allen europäischen Institutionen, die mit der Organisation und der Verwaltung des gemeinsamen Eigentums unserer Völker beauftragt sind.

Quelle: Congrès Européen du Travail, Paris, Presseverlautbarung vom 29. April 1956.

Zeittafel vom 1. bis zum 15. Mai 1956

Die Ereignisse in Europa*

Belgien

- 7.—8. Besuch des italienischen Außenministers, Gaetano Martino. In einem Kommuniqué über seine Besprechungen wird festgestellt, daß beide Regierungen seit langem eine gemeinsame Linie in der Politik der europäischen Integration verfolgen.

Deutschland

3. Der 1. Sekretär der SED, Walter Ulbricht, und der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, richten ein Schreiben an den Vorstand der SPD, in dem sie die Freilassung der wegen politischer Vergehen in der DDR verurteilten Sozialdemokraten anbieten; sie fordern als Gegenleistung die Einstellung der Tätigkeit des Ostbüros der SPD.
4. Erste Lesung des Gesetzentwurfs über die allgemeine Wehrpflicht im Deutschen Bundestag. Der Gesetzentwurf wird von Verteidigungsminister Theodor Blank begründet. Nachdem sich die Fraktionen der CDU/CSU, der FVP, der DP, des GB/BHE und der FDP (mit Einschränkungen) im Prinzip für die allgemeine Wehrpflicht ausgesprochen haben, wird der Entwurf gegen die Stimmen der SPD an die zuständigen Ausschüsse überwiesen.
5. Der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, schlägt in Briefen an Bundeskanzler Adenauer und den saarländischen Ministerpräsidenten, Hubert Ney, gemeinsame Beratungen der Regierungen der Bundesrepublik, der DDR und des Saargebiets über die Saarfrage vor. In dem Schreiben an Dr. Ney wird gleichzeitig der Austausch bevollmächtigter Vertreter zwischen der DDR und dem Saargebiet vorgeschlagen. In einem am gleichen Tage abgesandten Schreiben des Außenministers der DDR, Lothar Bolz, an den französischen Außenminister, Christian Pineau, erklärt die Regierung der DDR, daß sie keine Vereinbarungen in der Saarfrage anerkennen wird, die ohne ihre Mitwirkung getroffen werden.
6. Bundeskanzler Adenauer sagt in einem Interview mit dem Korrespondenten der amerikanischen Columbia-Rundfunkgesellschaft, die NATO müsse sich den veränderten sowjetischen Taktiken anpassen. Die NATO-Mitglieder hätten die Pflicht, ihre Auffassungen über außenpolitische Fragen zu koordinieren; durch mangelnde Koordination sei der Westen in letzter Zeit schwächer geworden.
- 7.—9. Staatsbesuch des isländischen Ministerpräsidenten, Olafur Thors, und des Außenministers, Kristinn Gudmundsson. Bei den Empfängen und Besprechungen wird von beiden Seiten darauf hingewiesen, daß dieser Besuch nicht nur der Ausdruck gemeinsamer politischer Ziele und Interessen der beiden Länder sei, sondern auch die Sympathie und Freundschaft zwischen zwei verwandten Völkern verkörpere.

8. Der französische und der britische Botschafter überreichen der Bundesregierung Verbalnoten, in denen erneut die Weiterzahlung von Stationierungskosten für die NATO-Truppen in der Bundesrepublik gefordert wird. Eine ähnliche amerikanische Note wird am folgenden Tage vom amerikanischen Botschafter überreicht.
9. Der Landtag von Baden-Württemberg wählt Gebhard Müller (CDU) erneut zum Ministerpräsidenten. Die neue Regierung besteht wie die bisherige, die bis zu den Wahlen vom 4. März im Amt war, aus einer Koalition von CDU, SPD, FDP und GB/BHE. An die Stelle des bisherigen Innenministers, Fritz Ulrich (SPD), tritt Viktor Renner (SPD); in allen übrigen Ressorts bleibt die Regierung unverändert.
- 9.—10. Der Oberbefehlshaber der NATO-Truppen in Europa, General Alfred M. Gruenther, stattet der Bundesregierung einen Besuch ab, in dessen Verlauf er auch von Bundespräsident Heuss empfangen wird. In einer Rede vor der Deutschen Atlantischen Gesellschaft gibt General Gruenther seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Bundesrepublik insbesondere aus ihrer Kenntnis der Ostblockländer heraus einen wertvollen Beitrag zur atlantischen Verteidigung leisten werde. Er weist darauf hin, daß das NATO-Hauptquartier mit einer zahlenmäßigen Stärke der deutschen Streitkräfte von 500 000 Mann rechne und diese Zahl in die Planung eingesetzt habe. In einer anderen Rede während seines Besuches erklärt General Gruenther, ohne den deutschen Verteidigungsbeitrag könne eine Verteidigung der Bundesrepublik nicht gewährleistet werden.
10. Dem früheren britischen Ministerpräsidenten Sir Winston Churchill wird in Aachen der Karlspreis überreicht. Anschließend stattet Sir Winston der Bundesregierung einen Besuch ab. In seiner Rede in Aachen sagt Sir Winston, er könne sich vorstellen, daß ein „neues Rußland“ sich dem Geiste des Nordatlantikpaktes anschließen könnte. In einer wahren Einheit Europas müsse Rußland seine Rolle erhalten. Es sei wahrscheinlich, daß die großen Probleme, darunter die Wiedervereinigung Deutschlands, dann leichter gelöst werden könnten.

Auf einer vom Ministerrat der DDR und dem Politbüro der SED einberufenen Konferenz der Richter und Staatsanwälte „über die Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit“ in Ost-Berlin erklärt Generalstaatsanwalt Ernst Melsheimer, die Strafrechtspflege in der DDR müsse in Zukunft mehr den Aspekt der Umerziehung berücksichtigen. In der Vergangenheit habe es Verletzungen der Gesetzlichkeit und der Rechte der Bürger gegeben. Melsheimer kündigt entsprechende Gesetzesänderungen und eine Aenderung des Artikels 6 der Verfassung der DDR an.

11. Zu der Aachener Äußerung Sir Winston Churchills über eine etwaige Einbeziehung Rußlands in den

*) Vgl. hierzu auch die Mitteilungen des Europarats für Mai, die in der nächsten Folge des Europa-Archivs erscheinen werden. Auf S. 8931 bis 8948 dieser Folge erscheinen die Mitteilungen des Europarats für April.

Atlantikpakt erklärt Bundesaußenminister *von Brentano* auf einer Pressekonferenz, er halte dies nicht für den geeigneten Weg. Allerdings habe Sir Winston eine wirkliche Aenderung der sowjetischen Politik zur Voraussetzung gemacht. Die Bundesregierung und die britische Regierung seien sich jedoch darüber einig, daß noch kein Anlaß sei, an eine Aenderung der sowjetischen Ziele und Methoden zu glauben.

13. Der Berliner Landesvorsitzende der CDU, Ernst Lemmer, regt in einer Rede auf dem Landesparteitag der hessischen CDU in Hanau die gleichzeitige Freilassung aller wegen politischer Vergehen Inhaftierten in der Bundesrepublik und der DDR an.
Die Gemeinde- und Kreisratswahlen im Saargebiet ergeben keine Verschiebungen im Stärkeverhältnis der Parteien gegenüber der Landtagswahl vom 18. Dezember 1952.

Frankreich

2. Im Zusammenhang mit den Gesetzentwürfen über die Altersversorgung spricht die Nationalversammlung der Regierung mit großer Mehrheit das Vertrauen aus. Drei weitere, im gleichen Zusammenhang gestellte Vertrauensfragen werden am 5. Mai mit Mehrheiten zwischen 260:138 und 333:95 zugunsten der Regierung entschieden.
- 2.—3. Das Ministerkomitee für die Landwirtschaft der OEEC faßt auf einer Tagung in Paris eine Entschliebung, in der eine Ueberprüfung der Agrarpolitik der Mitgliedstaaten empfohlen wird. Dabei sollen u. a. folgende Ziele erreicht werden: Einführung rentabler Betriebsgrößen, Verbesserung der landwirtschaftlichen Kreditsysteme, Verbesserung der Beratung und Ausbildung der Landwirte, Senkung der Produktionskosten, Verbesserung der Marktsysteme, Beseitigung von Handelsschranken.
- 3.—5. In Paris treten der Ministerrat der NATO und der Rat der WEU zu Sitzungen zusammen. (Vgl. den Wortlaut der Schlußkommunikés der beiden Organisationen auf S. 8919 dieser Folge.) Die Anwesenheit der Außenminister in Paris gibt Gelegenheit zu einer Reihe zwei- oder mehrseitiger Außenministerbesprechungen. Die Außenminister Pineau und *von Brentano* geben nach ihren Gesprächen bekannt, daß die Saarverhandlungen weitere Fortschritte gemacht haben und daß die letzten Mißverständnisse über die enge Verbindung zwischen Wiedervereinigung, Abrüstung und europäischer Sicherheit zwischen beiden Regierungen beseitigt werden konnten. Ueber die Besprechungen der Außenminister der drei Westmächte über den Mittleren Osten teilt Außenminister Pineau vor der Presse mit, daß die drei Mächte die Zuständigkeit des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen im Palästina-Konflikt anerkennen; in dieser Hinsicht sei die Dreimächte-Erklärung von 1950 als überholt zu betrachten.
6. Die Außenminister der sechs Mitgliedstaaten der EGKS nehmen auf einer Konferenz in Paris die Vorschläge des Brüsseler Sachverständigenausschusses für den gemeinsamen europäischen Markt und die Euratom-Organisation entgegen.
- 7.—11. Staatsbesuch des jugoslawischen Präsidenten, Tito, in Paris. In dem Kommuniqué über die Besprechungen mit der französischen Regierung werden

die alte Tradition des Einvernehmens zwischen Frankreich und Jugoslawien und die weitgehende Uebereinstimmung beider Regierungen betont. Beide Regierungen stellen eine Besserung der internationalen Lage fest und sprechen sich für die Gestaltung der internationalen Beziehungen auf den Grundsätzen der Gleichberechtigung, Souveränität, territorialen Integrität und der Nichteinmischung ohne Rücksicht auf die politischen oder gesellschaftlichen Systeme aus. Sie betonen ihren gemeinsamen Wunsch nach einer Beschränkung und Kontrolle der Rüstungen und empfehlen, eine Formel für eine schrittweise Abrüstung zu suchen.

- 8.—12. Erster Teil der ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung der EGKS in Straßburg. (Ein Bericht wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs erscheinen.)
- 10.—13. Parteikongreß der Volksrepublikanischen Bewegung (MRP) in Paris. In einem außenpolitischen Referat warnt Robert Schuman vor der Illusion einer politischen Zusammenarbeit mit dem Ostblock: man könne allenfalls einen „modus vivendi“ anstreben. Auch die allgemeine Abrüstung nennt Schuman „eine illusionsreiche Antizipation“, von der man die Wiedervereinigung Deutschlands und den europäischen Zusammenschluß nicht abhängig machen dürfe. In einer außenpolitischen Entschliebung erklärt der Parteikongreß sich bereit, Bemühungen um Entspannung und Abrüstung zu fördern; Voraussetzung dafür sei jedoch die Beseitigung der Ursachen der Spannung, darunter der Teilung Deutschlands. Die Partei bekennt sich erneut rückhaltlos zu einer europäischen Politik. Für Algerien werden politische und soziale Reformen gefordert, Verhandlungen mit den Aufständischen aber abgelehnt. Zum neuen Vorsitzenden des MRP wird Pierre Pflimlin gewählt.

Griechenland

10. Die Hinrichtung zweier junger Cyprioten (vgl. Cyprien) ruft in Griechenland empörte antibrutische Demonstrationen hervor. Ministerpräsident Konstantin Karamanlis stellt in einer Erklärung fest, daß diese Hinrichtungen den Interessen der freien Welt und Großbritanniens selbst widersprechen. Griechenland werde die Lösung der Cyprien-Frage in den Vereinten Nationen suchen, da es mit dem guten Willen der britischen Regierung nicht mehr rechnen könne. Am gleichen Tage erhebt die Regierung beim Europarat Beschwerde gegen Großbritannien wegen Verletzung der Europäischen Konvention der Menschenrechte.

Großbritannien

2. Die am 30. April begonnenen Besprechungen des deutschen Außenministers, Heinrich *von Brentano*, mit der britischen Regierung werden mit der Veröffentlichung eines Kommuniqué abgeschlossen (vgl. den Wortlaut in EA 10/1956, S. 8880). Eine Äußerung von Brentanos vor der Auslandspresse, bei der er von einem „problematischen Rechtsanspruch“ Deutschlands auf die Gebiete ostwärts der Oder-Neiße-Linie gesprochen hatte, gibt zu Mißverständnissen Anlaß. Er stellt daraufhin am folgenden Tage mittels einer vom Auswärtigen Amt in Bonn veröffentlichten Erklärung klar, daß die Bundesregie-

rung weder das Recht noch die Absicht habe, den Rechtsanspruch auf diese Gebiete fallenzulassen. Vordringlich sei jedoch die Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der Sowjetzone; ohne sie könne die Durchsetzung des Rechtsanspruchs auf die Ostgebiete problematisch werden.

8. In London wird eine am 11. April begonnene Konferenz zwischen Lord *Reading* und Andrej *Gromyko* als Vertreter der beiden Präsidenten der Genfer Ostasien-Konferenz von 1954 beendet. Die Konferenz richtet Botschaften an die Regierungen von Nord- und Südvietnam, in denen diese aufgefordert werden, die Bestimmungen des Genfer Abkommens über die Wiedervereinigung Vietnams durch freie Wahlen einzuhalten, jede Verletzung des Waffenstillstands zu vermeiden und mit der internationalen Waffenstillstandskommission zusammenzuarbeiten. In einer Botschaft an die französische Regierung wird diese ersucht, auch nach der Auflösung des französischen Oberkommandos in Indochina (28. April) ihre guten Dienste für die Ueberwindung der in Vietnam aufgetretenen Schwierigkeiten zur Verfügung zu stellen.
14. Der frühere Kolonialminister, James *Griffiths* (Labor Party) greift im Unterhaus die Cypem-Politik der Regierung scharf an: sie befinde sich in einer ausweglosen Sackgasse, sie habe zu einem ersten Konflikt mit Griechenland geführt, die NATO-Position im östlichen Mittelmeer geschwächt und dem Ansehen Großbritanniens in der Welt schweren Schaden zugefügt. Griffiths empfiehlt die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit dem aus Cypem deportierten Erzbischof *Makarios*. Ein Tadelsantrag wird durch die Stimmen der Regierungspartei abgelehnt.
15. In London geführte Verhandlungen zwischen Kolonialminister Alan *Lennox-Boyd* und dem Ersten Minister von Singapur, David *Marshall*, über eine Erweiterung der Selbständigkeit Singapurs werden ergebnislos abgebrochen.

Italien

2. In einem an die deutsche Bundesregierung gerichteten Memorandum wird dieser mitgeteilt, daß Staatspräsident *Gronchi* und Außenminister *Martino* bei ihrem Besuch in Paris (vgl. den Wortlaut des Kommuniqués in EA 10/1956, S. 8879) die Frage der deutschen Wiedervereinigung und ihrer Verbindung mit der Abrüstungsfrage eingehend mit den französischen Staatsmännern erörtert haben. Die italienische Regierung sei ermächtigt, der Bundesregierung zu bestätigen, daß die französische Regierung keineswegs beabsichtigt, den Grundsatz der gegenseitigen Abhängigkeit zwischen Wiedervereinigung, Sicherheit und Abrüstung aufzugeben.
8. Der Senat verabschiedet ein bereits von der Kammer gebilligtes Wahlgesetz, das die Wiedereinführung der Verhältniswahl vorsieht.

Jugoslawien

4. Staatspräsident *Tito* erklärt in einem in der Pariser Zeitung *Le Monde* veröffentlichten Interview, er messe der Aenderung der politischen Methoden in der Sowjetunion große Bedeutung bei; es sei ein Irrtum, wenn westliche Kreise glauben, darin nur ein taktisches Manöver erblicken zu sollen.

Luxemburg

7. In Luxemburg wird ein Konsultationsabkommen zwischen der Hohen Behörde der EGKS und der Schweiz unterzeichnet. In diesem Abkommen verpflichten sich beide Partner, einander vor der Einführung von Maßnahmen zu konsultieren, die Auswirkungen auf den Handel zwischen der Schweiz und den Ländern der Montanunion haben könnten.

Niederlande

- 8.—10. Besuch des italienischen Außenministers, Gaetano *Martino*. In einem Communiqué wird mitgeteilt, daß dabei die Ergebnisse der Ministerratstagung der NATO (vgl. Frankreich) und Probleme der europäischen Integration besprochen worden seien; diese werde von beiden Regierungen als die Voraussetzung einer Konsolidierung der Position Westeuropas angesehen.

Norwegen

15. Der Generalsekretär der NATO, Lord *Ismay*, sagt auf einer Pressekonferenz anlässlich eines Besuchs in Oslo, eine Mitgliedschaft der Sowjetunion im Atlantikpakt (vgl. die Rede Sir Winston *Churchills* in Aachen, siehe Deutschland) werde niemals aktuell werden; falls die Sowjetunion jemals die Qualifikation für eine Mitgliedschaft erreiche, werde der Pakt selbst seine Existenzberechtigung verlieren, denn dann könne die internationale Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen verwirklicht werden.

Oesterreich

13. Die Wahlen zum Nationalrat haben folgendes vorläufige Ergebnis:

	Stimmen	Sitze ¹
Oesterreichische Volkspartei	2 000 068	82 (74)
Sozialistische Partei	1 873 250	75 (73)
Freiheitliche Partei	283 713	5 (14) ²
Kommunisten u. Linkssozialisten	192 432	3 (4)

¹) In Klammern die Sitzverteilung nach den Wahlen von 1953.

²) 1953: Wahlverband der Unabhängigen.

Rumänien

7. Der stellvertretende Ministerpräsident *Dumitru Petrescu* wird von der Großen Nationalversammlung seines Postens enthoben. Zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt wird Gheorghe *Hossu*, dessen Funktion als Landwirtschaftsminister von Marin *Stancu* übernommen wird.

Sowjetunion

14. Die Sowjetregierung veröffentlicht eine Erklärung zur Abrüstungsfrage, in der sie bekanntgibt, daß sie die Demobilisation von 1,2 Millionen Mann ihrer Streitkräfte beschlossen habe. Die Westmächte werden aufgefordert, dem sowjetischen Beispiel zu folgen. Ministerpräsident *Bulganin* erklärt in einem in der Pariser Zeitung *Le Monde* veröffentlichten Interview, die Abrüstungsfrage und die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands seien zwei voneinander getrennte Probleme. Die Abrüstung sei ein erstrangiges Problem, das nicht von der Lösung der Deutschlandfrage abhängig gemacht werden dürfe. Zum bevorstehenden Besuch des französischen Ministerpräsidenten in der Sowjetunion sagt *Bulganin*, die Ge-

meinsamkeit der grundlegenden nationalen Interessen Frankreichs und der Sowjetunion gebiete eine dauernde Zusammenarbeit der beiden Länder.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten

5. In Besprechungen zwischen dem ägyptischen Oberkommandierenden, General Abdel Hakim Amer, und dem jordanischen Stabschef, Radi Inab, wird eine Koordinierung der Streitkräfte beider Staaten vereinbart. Es werden ein gemeinsamer militärischer Rat und ein Verbindungsausschuß geschaffen.

Togo

9. Der unter britischer Treuhandverwaltung stehende Teil Togos spricht sich in einer Volksabstimmung mit Zweidrittel-Mehrheit für den Anschluß an die britische Kolonie Goldküste aus.

AMERIKA

Argentinien

1. Staatspräsident Pedro Aramburu proklamiert die Annullierung der 1949 unter dem Regime Perón eingeführten Verfassung und die Wiederinkraftsetzung der alten Verfassung aus dem Jahre 1853.

Vereinigte Staaten

8. Außenminister Dulles befaßt sich in einer Rede in Washington mit der Frage des Ausbaus der politischen Konsultationen innerhalb der NATO. Er kritisiert, daß trotz erfreulicher Ansätze im vergangenen Jahre wichtige Fragen, wie beispielsweise die des Mittleren Ostens, Nordafrikas und Cyperns, nie im Nordatlantikatrat erörtert worden seien. Als weitere

Ungarn

10. Die Regierung ordnet die Beseitigung der Grenzsperrungen gegenüber Oesterreich an.

Punkte für mögliche Konsultationen nennt Dulles die Wiedervereinigung Deutschlands und das Verhältnis zu den in den letzten Jahren selbständig gewordenen Ländern.

Der frühere amerikanische Botschafter in Moskau George F. Kennan vertritt in einer privaten Denkschrift die Ansicht, daß die amerikanische Politik darauf abzielen sollte, Deutschland als neutralen Faktor wieder zu vereinigen; so könne es dazu beitragen, die Heftigkeit des Ost-West-Konfliktes zu mildern.

14. Der demokratische Senator Walter F. George, der gegenwärtig Vorsitzender des außenpolitischen Senatsausschusses ist, wird von Präsident Eisenhower zu dessen persönlichem Vertreter und Sonderbotschafter bei der NATO ernannt.

ASIEN

Cypern

10. Auf Befehl von Gouverneur Sir John Harding werden zwei wegen Terrorismus verurteilte Cyprioten hingerichtet. Zur Vergeltung werden am folgenden Tage von der Widerstandsbewegung EOKA zwei als Geiseln festgehaltene britische Soldaten getötet.

Libanon

13. König Hussein von Jordanien führt in Beirut Besprechungen mit Staatspräsident Camille Chamoun über einen zwischen beiden Ländern abzuschließenden Militärpakt.

Die Organisation der Vereinten Nationen

1. Im weiteren Verlauf seiner Friedensmission im Mittleren Osten (vgl. Zeittafel in EA 10/1956) führt Generalsekretär Dag Hammarskjöld in Jerusalem die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen Israel und Aegypten herbei, in dem beide Länder sich zur bedingungslosen Einhaltung des Waffenstillstands verpflichten. Nach erneuten Besprechungen mit der syrischen Regierung am 2. Mai gelingt es ihm, auch Syrien, den Libanon und Jordanien zur Abgabe von Erklärungen zu bewegen, daß sie den Waffenstill-

stand respektieren werden. Am 4. Mai verhandelt Hammarskjöld noch einmal mit der ägyptischen Regierung und tritt dann die Rückreise an.

4. Der Unterausschuß der Abrüstungskommission beendet seine Tagung in London, um der Abrüstungskommission Bericht zu erstatten.

In New York wird die 21. Sitzungsperiode des Wirtschafts- und Sozialrates beendet. (Ein Bericht wird in einer künftigen Folge des Europa-Archivs erscheinen.)

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödighelmer (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Dr. Erwin Weghorn (E. W.), Frankfurt; Joachim Willmann (Wi.), Frankfurt. Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1956 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2.50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10.50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 11.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalsschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

Mai 1956

6. Jahrgang — Nr. 5

Die Tätigkeit des Europarats im April 1956

18. Sitzung des Ministerkomitees

Erster Teil der 8. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung

I. TAGUNGEN DES RATES

18. Sitzung des Ministerkomitees

Die Außenminister der Mitgliedsländer des Europarats traten am 16. April in Straßburg zusammen. Nach Abschluß ihrer Besprechungen wurde folgendes Presse-kommuniqué herausgegeben:

„Das Ministerkomitee des Europarats tagte am 16. April unter dem Vorsitz von Herrn Gaetano Martino, italienischer Außenminister, in Straßburg. In einer öffentlichen Sitzung des Komitees wurde Österreich als Mitglied in den Europarat aufgenommen. Der Vorsitzende begrüßte in seinem und seiner Kollegen Namen den österreichischen Außenminister, Herrn Leopold Figl; weitere Begrüßungsworte sprachen der französische Außenminister, Herr Christian Pineau, der parlamentarische Unterstaatssekretär im Foreign Office, Lord John Hope, und der deutsche Bundesaußenminister, Herr Heinrich von Brentano.

Nachdem die österreichischen Abgeordneten nach einer kurzen Zeremonie ihre Plätze in der Beratenden Versammlung eingenommen hatten, wurde vor dem Europahaus die österreichische Flagge gehißt. An der Flaggenhissung nahmen der Vorsitzende des Ministerkomitees, der Präsident der Beratenden Versammlung sowie zahlreiche Mitglieder beider Organe des Rates teil.

Das Ministerkomitee nahm in geschlossener Sitzung eine Erklärung des Sonderbeauftragten des Europarats für nationale Flüchtlinge und Überbevölkerung, Herrn Pierre Schnetter, entgegen. Der Ausschuß legte in einer Entschliebung die neuen Aufgaben Herrn Snettters wie folgt fest:

Der Sonderbeauftragte des Europarats für nationale Flüchtlinge und Überbevölkerung in Europa soll in Zukunft bei den Regierungen und zuständigen Organisationen anregen, entweder einzeln oder mit gemeinsamen Aktionen Maßnahmen zur Lösung der Probleme der nationalen Flüchtlinge und der Überbevölkerung, mit denen die europäischen Länder heute oder in Zukunft zu kämpfen haben, zu ergreifen.

Das Ministerkomitee nahm ebenfalls die grundlegenden Bestimmungen über die Schaffung eines europäischen Wiederansiedelungsfonds auf. Dieser Fonds, der mit der Zustimmung aller Mitgliedsregierungen geschaffen wird, stellt ein Teilabkommen dar, dem folgende Länder angehören: Belgien, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Griechenland, Island, Italien, Luxemburg und die Türkei.

Herr William Black, Mitglied der Europäischen Menschenrechtskommission und Vertreter Irlands in dieser Kommission, hat sein Amt aus Gesundheitsgründen niedergelegt. Die Minister haben an seiner Stelle aus der Liste von drei Vorschlägen der irischen Vertretung den Senator James Crosbie in die Menschenrechtskommission gewählt. Senator Crosbie ist Abgeordneter der Beratenden Versammlung.

Die Minister beschlossen, für den durch den Tod von Herrn Arnold Struycken freigewordenen Posten des Direktors der Versammlung dieser zwei Kandidaten vorzuschlagen.

Weitere Einzelheiten über den neuen Auftrag für Herrn Schnetter und den Wiederansiedelungsfonds siehe den Abschnitt „Bevölkerung und Flüchtlinge“.

Die Sitzung der Minister war vorbereitet worden durch eine Sitzung der Vertreter der Außenminister unter dem Vorsitz des Ständigen Vertreters der italienischen Regierung, Herrn Giangaspare Cittadini Cesi.

Gemischter Ausschuß

Unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten der Beratenden Versammlung, Herrn Nicolas Margue (Luxemburger), trat dieser Ausschuß am Nachmittag des 16. April zusammen.

An der Sitzung nahmen teil: Für das Ministerkomitee: Herr von Brentano (Bundesrepublik Deutschland), Herr Bryn (Norwegen), Herr Cosgrave (Irland), Lord John Hope (Großbritannien), Herr Martino (Italien), Herr Pineau (Frankreich), Herr Theotokis (Griechenland); für die Beratende Versammlung: die Herren Edwards (Engländer), de Menthon (Franzose), Mommer (Deutscher), Montini (Italiener), Schmid (Deutscher), Wistrand (Schwede).

Die Minister teilten den Vertretern der Versammlung die Namen der beiden Kandidaten für den Posten des Direktors der Versammlung mit. Außerdem fand eine Diskussion über das neue Verfahren statt, nach welchem der Gemischte Ausschuß nach dem Ermessen des Vorsitzenden auf der Ebene der Stellvertreter der Minister zusammentreten kann.

Beratende Versammlung

Der erste Teil der 8. Sitzungsperiode der Versammlung wurde am 16. April um 11 Uhr unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten, Herrn Antonio Boggiano Pico, eröffnet. In einem kurzen Rückblick auf die Ereignisse des vergangenen Jahres erwähnte der Alterspräsident die Aufnahme Österreichs in den Rat und gab seiner Befriedigung über die Annahme des „Schnetter-Planes“ durch verschiedene Regierungen Ausdruck. Der Alterspräsident hob ferner die Arbeiten des Wirtschaftsausschusses auf dem Gebiet der Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte Südeuropas hervor, die jetzt zu dem Vorschlag der Schaffung eines europäischen Entwicklungsfonds geführt haben. Ferner wies der Alterspräsident auf die Unterzeichnung von zwei weiteren Konventionen hin sowie auf die verschiedenen Diskussionen, die in Straßburg, Brüssel und Paris über die europäische Integration stattgefunden haben. Schließ-

lich forderte Herr Boggiano Pico die Versammlung auf, sich zum Gedächtnis an den verstorbenen deutschen Abgeordneten Dr. Gerhard Lütken von ihren Plätzen zu erheben.

Einführung der österreichischen Abgeordneten

Der Alterspräsident forderte die österreichischen Abgeordneten auf, ihre Sitze in der Versammlung einzunehmen.

Herr *Wistrand* (Schwede), der Vorsitzende des Ausschusses zur Wahrung der Interessen der im Europarat nicht vertretenen Nationen, begrüßte die neuen Abgeordneten, von denen ein Teil bereits als Beobachter in Straßburg tätig gewesen sei. Die Grenzen des freien Europa bewegten sich heute gegen Osten.

Lord *Layton* (Engländer) erklärte, daß er vermutlich das einzige Mitglied der Versammlung sei, welches an der Friedenskonferenz von 1919 teilgenommen habe, auf welcher der gegenwärtige österreichische Staat geschaffen wurde. Obwohl die heutige Feier von allen jenen, die Europa lieben, begrüßt werde, müsse man doch aus der Geschichte Österreichs wichtige Tatsachen festhalten: Das europäische Grundproblem, welches durch die Zerstückelung Europas im Jahre 1919 geschaffen wurde, sei noch nicht gelöst. Nur durch die Verwirklichung der Ziele des Europarats, nämlich die enge Integration, könne die dauernde Sicherheit aller europäischen Staaten erreicht werden. „Wir brauchen Österreich und die Eigenschaften seines Volkes und seinen Glauben, um unser Ziel zu erreichen.“

Herr *Pittermann* (Österreicher) erklärte, daß in Österreichs Kampf um die Unabhängigkeit die Möglichkeit des Beitrittes zum Europarat ein wertvoller moralischer Antrieb gewesen sei. Trotz innerpolitischer Meinungsverschiedenheiten sei ein gemeinsames politisches Ziel parteipolitischen Konflikten gegenüber siegreich gewesen. Der Beschluß, die Einladung in den Europarat anzunehmen, sei vom österreichischen Parlament einstimmig, mit Ausnahme der Kommunisten, gebilligt worden. Österreich betrachte die anderen europäischen Nationen als mehr denn nur als Nachbarn: Sie seien Verwandte, und diese Tatsache dürfe nicht vergessen werden in einem Zeitpunkt, in dem mehrere von ihnen hinter Stacheldraht gefangen seien.

In der Nachmittagssitzung der Versammlung sprach der österreichische Außenminister, Herr *Leopold Figl*, und stellte fest, daß Österreich entschlossen sei, an der Sicherung einer friedlichen und glücklichen Zukunft für Europa mitzuarbeiten. Dies könne nicht von kleinen Ländern in selbständigem Handeln erreicht werden. Die militärische Neutralität Österreichs setze es um so mehr in die Lage, an der Erreichung der Ziele, wie sie im Artikel 1 des Statutes festgelegt sind, mitzuarbeiten. Auf dem kulturellen und sozialen Gebiet werde der Beitrag Österreichs größer sein, als die Kleinheit des Landes es vermuten lasse.

Wahl des Präsidiums

Herr *Fernand Dehousse*, sozialistisches Mitglied des belgischen Senates, wurde durch Akklamation zum Präsidenten der Versammlung gewählt. In einer kurzen Ansprache betonte Herr Dehousse die Bedeutung und die Verantwortung des Amtes, das er von seinen drei Vorgängern übernommen habe, deren Autorität und Achtung in der Welt unbestritten seien. Er gab der Hoff-

nung Ausdruck, daß der Beitritt Österreichs die Teilnahme weiterer Länder in Aussicht stellen möge; es könne sein, daß eine rein geographische Konzeption Europas unzeitgemäß werde und eine Reihe von Mittelmeerländern als Mitglieder in Frage kommen würden.

In der Nachmittagssitzung wurden folgende sechs Vizepräsidenten gewählt (nach dem Lebensalter): Herr *Antonio Boggiano Pico* (Italiener, Christlicher Demokrat), Lord *Layton* (Engländer, Liberaler), *Johann Joseisson* (Isländer, Unabhängiger), Kurt-Georg *Kiesinger* (Deutscher, CDU), Pierre Henri *Teitgen* (Franzose, MRP); *Heyrettin Erkmen* (Türke, Demokrat). Am Sonnabend, dem 21. April, beschloß die Versammlung, die Zahl der Vizepräsidenten auf sieben zu erhöhen; als siebenter Vizepräsident wurde Herr *James Crosbie* (Ire, Fine Gael) gewählt.

Vorlage des Berichts der Minister

Der 7. Bericht des Ministerkomitees an die Versammlung (gemäß Art. 19 des Statuts, Dok. 485) wurde vom Vorsitzenden des Komitees, Herrn *Martino*, am Nachmittag des 16. April vorgelegt.

Herr *Martino* betonte die Bedeutung der Aufnahme Österreichs in den Rat und gab der Hoffnung Ausdruck, daß andere europäische Länder die bereits auf verschiedenen Gebieten am Bau Europas mitarbeiten, diesem Beispiel folgen möchten. Die neue Initiative für die europäische Einheit, wie sie sich insbesondere durch den Versuch zur Schaffung von „Euratom“ und eines gemeinsamen Marktes manifestiert, beweise, daß die Ideale, die das Entstehen des Rates geleitet haben, unverseht seien. Der Wunsch der Minister nach engeren Kontakten mit der Versammlung zeige sich in der Anwesenheit der Herren *Pineau* und von *Brentano* und dem Vorschlag, dem Gemischten Ausschuß bessere Bewegungsmöglichkeiten zu geben.

Herr *Martino* gab dann einen kurzen Überblick über das im vergangenen Jahr Erreichte: die Unterzeichnung der Europäischen Niederlassungsordnung, deren Schaffung Graf *Storza*, einer seiner Vorgänger, angeregt habe; der neue Auftrag an Herrn *Schneider*; die Arbeiten der Versammlung über die wirtschaftliche Entwicklung Südeuropas, zu denen die Minister sich im Augenblick noch nicht äußern könnten, die sie jedoch mit großer Aufmerksamkeit prüften.

Die öffentliche Meinung erwarte jetzt eine neue Bemühung auf dem Gebiet der Zusammenarbeit: Die moralischen Grenzen Europas gingen über seine geographischen Grenzen hinaus, und es sei die Pflicht des Europarats, Hilfe zu bringen, wann und wo auch immer die Völker Europas Erfahrung, technische Errungenschaften, Kultur und Zivilisation nötig hätten. Innerhalb Europas habe die Straßburger Versammlung die hohe Aufgabe, die Bemühungen der einzelnen Länder zu vereinigen und sie in eine größere Perspektive zu stellen.

Der Präsident machte die Versammlung darauf aufmerksam, daß Herr *Martino* bereit sei sich auf Fragen zu äußern, dies stelle eine bedeutsame Neuerung für die Entwicklung des parlamentarischen Charakters der Versammlung dar.

In der anschließenden Debatte forderte Herr *Smitt Ingebretsen* (Norweger), daß genügend Mittel für die Fortsetzung und Ausdehnung der kulturellen Arbeit

des Rates zur Verfügung gestellt werden möchten, und betonte, daß eine gemeinsame Politik der verschiedenen in diesem Bereich arbeitenden Organe und Organisationen von großer Bedeutung sei. Herr *Wistrand* (Schwede) fragte nach weiteren Einzelheiten zu der Antwort auf die Empfehlungen 63 und 64 über den Ost-West-Handel. Herr *Lannung* (Däne) bedauerte, daß die Übung, dem Bericht der Minister eine politische Botschaft beizugeben, offenbar aufgegeben worden sei, und schlug vor, daß das vorliegende Dokument in Zukunft durch einen Bericht über den Stand der europäischen Integration ersetzt werde, wie es in den Vereinigten Staaten mit dem Bericht über den Stand der Union üblich sei. Herr *Lannung* erklärte sich durchaus unbefriedigt über die Feststellungen des Berichts zur Frage der Vereinfachung der Grenzformalitäten: Eine Überweisung an den Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) sei keine Antwort, und wenn in Europa Verbesserungen eingeführt worden seien, sei dies keineswegs ein Erfolg des Ministerkomitees. Der Redner wies auch auf die Bedeutung regelmäßiger Konsultation zwischen europäischen Delegationen bei internationalen Organisationen hin und forderte den Wortlaut der Entschließung der Minister über die Schaffung eines europäischen Beamtenkorps. Herr *Crosbie* (Ire) stellte fest, daß keine ausführliche Antwort auf die Empfehlung 52 betreffend die Anerkennung des Rechts der Individualbeschwerde an die Menschenrechtskommission gegeben werde und daß anscheinend keine Maßnahmen für eine Veröffentlichung von deren Tätigkeit vorgesehen seien. Die Regelung der Frage von Sammelpässen sei durchaus unbefriedigend. Für die Beantwortung von schriftlichen Fragen von Abgeordneten an die Minister müsse eine Frist von sechs Wochen gesetzt werden. Herr *Erlor* (Deutscher) forderte die Minister auf, größere Aufmerksamkeit den Beziehungen zwischen dem Rat und der Westeuropäischen Union zu schenken: Es bestehe die Gefahr einer Überschneidung der kulturellen und sozialen Arbeit beider Organe. Herr *Paget* (Engländer) kritisierte ebenfalls die Arbeit der Minister auf dem Gebiet der Grenzformalitäten und stellte mit Besorgnis fest, daß die Konvention für die Verhütung der Verschmutzung der Meere durch Ölrückstände nicht ausreichend ratifiziert sei. Herr *Federspiel* (Däne) ersuchte die Minister um Übermittlung des Dokuments über die Frage von Kartellen und Handelsbeschränkungen. Der Redner behandelte auch die Frage der Beziehungen zum Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) und betonte die Bedeutung von gemeinsamen Sitzungen von Vertretern dieser Organisation mit Vertretern des Ministerkomitees. Schließlich faßte Herr *Heyman* (Belgier) die Ergebnisse der Arbeit auf sozialem Gebiet zusammen und ersuchte insbesondere die Minister, den Entwurf der Europäischen Sozialversicherungsordnung sobald wie möglich der Versammlung vorzulegen. Das Sozialkomitee müsse öfter zusammentreten und über seine Tätigkeit berichten. Angehörige der Mitgliedsländer müßten vermehrt in andere Mitgliedsländer reisen.

Herr *Martino* gab anschließend seine Antworten auf die in der Debatte gestellten Fragen und stimmte mit Herrn *Lannung* darin überein, daß die Vorlage eines allgemeinen politischen Berichtes zweckmäßig sei. In Beantwortung der Frage von Herrn *Crosbie* erklärte

Herr *Martino*, daß Italien die Möglichkeit der Annahme der entsprechenden Klauseln der Menschenrechtskonvention wohlwollend prüfe. Eine Frist von acht Tagen für die Beantwortung von schriftlichen Fragen erklärte Herr *Martino* für annehmbar.

Zum Abschluß der Debatte schlug der Präsident vor, daß die Angelegenheit der schriftlichen Fragen zunächst vom Präsidium und dann vom Geschäftsordnungsausschuß geprüft werden solle. Der Bericht der Minister werde den zuständigen Ausschüssen überwiesen werden, und die Versammlung werde keine allgemeine Antwort auf ihn verabschieden. Jeder Ausschuß sei ermächtigt, neue Entwürfe für Entschließungen oder Empfehlungen vorzulegen.

Ausschüsse

Die verschiedenen Ausschüsse wählten ihre Präsidien wie folgt:

Allgemeiner Ausschuß:

Vorsitzender: Herr *de Menthon* (Franzose)
Stellvertreter: Herr *Struye* (Belgier)
Herr *Edwards* (Engländer)

Ausschuß für Wirtschaftsfragen:

Vorsitzender: Herr *Federspiel* (Däne)
Stellvertreter: Sir *James Hutchison* (Engländer)
Herr *Kapteijn* (Holländer)

Ausschuß für Rechts- und Verwaltungsfragen:

Vorsitzender: Herr *Rolin* (Belgier)
Stellvertreter: Herr *Azara* (Italiener)
Herr *Kopf* (Deutscher)

Ausschuß für soziale Fragen:

Vorsitzender: Herr *Heyman* (Belgier)
Stellvertreter: Herr *Birkelbach* (Deutscher)
Herr *Courant* (Franzose)

Ausschuß für kulturelle und wissenschaftliche Fragen:

Vorsitzender: Herr *Smitt Ingebreetsen* (Norweger)
Stellvertreter: Herr *van Remoortel* (Belgier)
Herr *Galletto* (Italiener)

Ausschuß für Bevölkerung und Flüchtlinge:

Vorsitzender: Herr *Pernot* (Franzose)
Stellvertreter: Herr *Boggiano Pico* (Italiener)
Herr *Jeger* (Engländer)

Ausschuß für Geschäftsordnung und Immunitäten:

Vorsitzender: Herr *van Cauwelaert* (Belgier)
Stellvertreter: Herr *Oakshott* (Engländer)
Herr *Kraft* (Däne)

Ausschuß für Finanzfragen und Verwaltung:

Vorsitzender: Herr *Pünder* (Deutscher)
Stellvertreter: Herr *Maydon* (Engländer)

Gemeinsamer Unterausschuß für die Wiederansiedlung von Landarbeitern:

Vorsitzender: Herr *de Kinder* (Belgier)
Stellvertreter: Herr *Paul* (Deutscher)
Herr *Sener* (Türke)

Sonderausschüsse

für die Landwirtschaft:

Vorsitzender: Herr *Lucifero* (Italiener)
Stellvertreter: Herr *de Kinder* (Belgier)
Lord *Chesham* (Engländer)

für die nicht vertretenen Nationen:

Vorsitzender: Herr *Wistrand* (Schwede)
Stellvertreter: Herr *Pezet* (Franzose)
Herr *Goedhart* (Holländer)

für kommunale und regionale Angelegenheiten:

Vorsitzender: Herr *Chaban-Delmas* (Franzose)
Stellvertreter: Herr *Schmal* (Holländer)
Herr *Jones* (Engländer)

für gemeinsame Hilfeleistung in Katastrophenfällen:

Vorsitzender: Herr *Dickson* (Schwede)
Stellvertreter: Herr *Lannung* (Däne)

Wahl des Direktors

Am Samstag, dem 21. April, wurde von der Versammlung in geheimer Abstimmung der Direktor der Versammlung mit dem Range eines stellvertretenden Generalsekretärs gewählt. Das Ministerkomitee hatte der Versammlung eine Liste von Kandidaten vorgelegt, und Herr *Gerhard Schlösser* (Deutschland) wurde mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt.

Dr. *Hermann Pünder* (Deutscher) dankte der Versammlung nach der Wahl für das Vertrauen für einen Kandidaten, der von allen Parteien in der Bundesrepublik geschätzt werde, und sprach seinen besonderen Dank, dem sich auch der Präsident der Versammlung anschloß, Herrn *Dunstan Curtis*, stellvertretender Generalsekretär, aus, der seit dem vergangenen Juli die Geschäfte des verstorbenen Direktors *Struycken* wahrgenommen hatte.

Wiederzusammentritt der Versammlung

Am Samstag, dem 21. April, um 17 Uhr erklärte der Präsident die Vertagung der 8. Ordentlichen Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung bis zum 15. Oktober. Die zweite Hälfte der Sitzungsperiode wird etwa 14 Tage dauern, unmittelbar vor ihrem Beginn wird vermutlich die Versammlung der Westeuropäischen Union in Straßburg zusammentreten.

Nach der Vertagung des Plenums tagte der Ständige Ausschuß der Versammlung um das Arbeitsprogramm für die Interession festzulegen.

Der Präsident der Versammlung hielt die übliche Pressekonferenz ab, auf der er die geleistete Arbeit würdigte und seine Vorschläge zur besseren Organisation der Arbeit der Versammlung darlegte.

II. POLITISCHE FRAGEN

Gemeinsame europäische Politik gegenüber dem Osten

In der Vormittagssitzung vom 17. April legte Herr *Ludivico Benvenuti* (Christlicher Demokrat) den Einführungsbericht (Dok. 487) in seinem Namen und in dem des Ausschusses für Allgemeine Fragen vor. Dieser Bericht enthält einige grundsätzliche Forderungen, die einer gemeinsamen europäischen Politik zugrunde liegen müssen:

1. Die europäischen Länder müssen sich darüber klar sein, daß keines sich alleine bewahren kann. Die größten würden geschwächt und die kleinsten verschlungen werden, wenn sie selbständige Verhandlungen mit der UdSSR führen würden. Die gleiche Gefahr droht jedem Land, das seine Wirtschaftspolitik von derjenigen der UdSSR abhängig machen würde. Die politische Abhängigkeit würde die baldige Folge sein. Während der Westen in den vergangenen Jahren zahlreichen asia-

tischen und afrikanischen Ländern die Unabhängigkeit gewährt hat, beweist das Beispiel der Geschehnisse in Mittel- und Ost-Europa, daß die sowjetische Politik den entgegengesetzten Weg einschlägt.

2. Aus dem Zustand der Bewegungslosigkeit kann kein System der Solidarität erwachsen. Der Fortschritt in der Richtung auf eine stärkere europäische Integration muß daher weitergeführt werden. Hand in Hand mit einer engeren Zusammenarbeit der Mitglieder der westlichen Gemeinschaft. Der Artikel 2 des Atlantikpaktes erwähnt einige Stadien, in welchen dieser Vorgang sich abspielen soll. Ein auf regionaler Basis erzielter Erfolg darf nie als Endziel betrachtet werden, sondern nur als ein Schritt in der Richtung auf ein allgemeines System ständiger Zusammenarbeit der westlichen Welt.

3. Die Völker Europas müssen davon überzeugt sein, daß die militärische Verteidigung Europas nicht nur den Interessen Amerikas entspricht; sie ist vor allem ein europäisches Interesse. Europa muß vor den sozialen Folgen einer kommunistischen Besetzung geschützt werden, und die Europäer müssen selbst bereit sein, die zu ihrer Verteidigung notwendigen Opfer zu bringen. Dieser ehrliche und realistische Standpunkt zu den Beziehungen zwischen Amerika und Europa wird die Freundschaft zwischen beiden Partnern stärken und allen Amerikanern die Überzeugung vermitteln, daß ihre Opfer für die militärische und soziale Verteidigung Europas von lebenswichtigem Interesse für ihre eigene Sicherheit sind.

4. Das stärkste Bollwerk der westlichen Welt wäre ein freies Europa, das durch freien Handel und unbeschränkten Austausch von Diensten, Kapital und Arbeitskraft der Atlantischen Gemeinschaft verbunden ist. Europa erkennt die Versuche der amerikanischen Regierung zur Erleichterung des Handels in Europa an und hofft, daß der Kongreß diese Politik unterstützen wird. Die Senkung von Zöllen und die Abschaffung von Beschränkungen auf allen Handelsgebieten wird die Europäer davon überzeugen, daß der Isolationismus seine Herrschaft verloren hat und daß es keine Rückkehr zu einer Politik der wirtschaftlichen Autarkie geben wird.

5. Die westliche Diplomatie darf keine Gelegenheit versäumen, um ihre Beziehungen mit der östlichen Welt zu verbessern, jedoch darf der Westen sein Schicksal nicht einer Kette von Konferenzen überlassen. Jede von einem Mißerfolg begleitete Konferenz hat einen schlechten Einfluß auf die öffentliche Meinung des Westens, wohingegen die sowjetische Propaganda stets die Situation auszunutzen verstanden hat. Es gehört zur Technik der Sowjets eine Reihe von internationalen Konferenzen anzuregen, auf denen ihre Unterhändler durch Verkehrung der wirklichen Positionen die Rolle des Anklägers übernehmen, in der Hoffnung, letzten Endes den Westen in einen Zustand der einseitigen moralischen Abrüstung zu manövrieren. Die Länder des Westens schulden Rußland nichts, sie sind vielmehr seine Gläubiger und in diesem Geiste müssen sie sich an den Konferenztisch setzen, jedoch nur dann, wenn ernsthafte Aussichten auf einen Erfolg der Konferenz bestehen.

6. Der Westen muß versuchen, ein Übereinkommen für eine allgemeine und genau kontrollierte Abrüstung

auf der ganzen Welt zu erreichen, das ein militärisches und strategisches Gleichgewicht mit einem Mindestaufwand an Rüstungen sichert. Diese Bemühungen müssen mit einer Ausräumung der Gründe, welche die westliche Wiederaufrüstung erforderlich machten, Hand in Hand gehen.

7. Durch eine großzügige, klarsichtige Aktion kann der Westen seine geistigen und materiellen Reichtümer in einer neuen Politik gegenüber den benachteiligten und unterentwickelten Gebieten einsetzen.

★

In seinen Ausführungen zu diesem Bericht erklärte der Berichterstatter daß der Ausschuß sich auf vier Themen konzentriert habe: die Wiedervereinigung Deutschlands und die europäische Sicherheit, die allgemeine Abrüstung die sowjetische Politik in Asien, den XX. Kongreß der KPdSU.

Zum ersten Thema muß festgestellt werden, daß Genf einen Schritt rückwärts darstellt, denn der Westen verlangte nur die Erfüllung von Versprechungen, die in Potsdam und in Jalta gemacht wurden, und war bereit, jede praktische Lösung anzunehmen, die sein Verteidigungssystem, insbesondere die NATO, nicht gefährdete. Rußland kann sich unmöglich vom Westen bedroht fühlen (hat nicht Chruschtschow mit seiner Stärke geprahlt?), und der Westen ist in jedem Falle bereit, jede mit seiner eigenen Sicherheit zu vereinbarende Garantie zu geben. Das Ziel der deutschen Wiedervereinigung darf niemals aufgegeben werden, ebensowenig das Recht der Nationen Osteuropas zur Wiedererlangung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit.

Zum Problem der Abrüstung stellt sich der Ausschuß auf den Standpunkt, daß ein Gleichgewicht der Stärke zwischen Ost und West erhalten bleiben muß, die Abrüstung muß daher kontrolliert sein. Sie liegt im Interesse beider Seiten, jedoch vorzüglich im Interesse des Westens, denn sie würde erhebliche wirtschaftliche Kräfte befreien und den Russen die starke psychologische Waffe nehmen, welche die Rote Armee darstellt. Allerdings müssen gewisse Bedingungen beachtet werden. Gespräche über offene politische Probleme müssen mit der Abrüstung Hand in Hand gehen, der status quo in Deutschland darf in keinem Augenblick anerkannt werden, und eine Diskriminierung des deutschen Volkes muß ausgeschlossen sein.

Der russische Einfluß in Asien entstand vor allem durch seine Fähigkeit, Angst einzuflößen: wenn Asien sich einem abgerüsteten Rußland gegenüber sähe, würde eine tiefeingewurzelte Furcht und damit die Hälfte der Ost-West-Probleme verschwinden. Aus eben diesem Grunde ist jedoch eine Abrüstung in Rußland unwahrscheinlich. Immerhin muß sich der Westen auf eine wirtschaftliche Initiative auf internationaler Basis in diesem Raum konzentrieren. Wenn der Marshall-Plan und sonstige amerikanische Hilfeleistungen die Verbreitung des Kommunismus in Europa entscheidend aufgehalten haben, wieviel wichtiger würden solche wirtschaftlichen Waffen in Asien sein? Der Westen darf seine Anstrengungen nicht auf Investitionen zur unmittelbaren Produktion beschränken, sondern sollte auch infrastrukturelle Hilfe und die Schaffung von Märkten für die neu sich entwickelnde Gemeinschaft im Auge behalten.

Was den Charakter des kommunistischen Regimes in Rußland betrifft, sieht der Berichterstatter keinen grund-

sätzlichen Wandel. Das derzeitige Liebäugeln mit parlamentarischen Methoden erfolgt nur aus Zweckmäßigkeitsgründen; die Menschenrechte sollten nicht als Ausfluß eines demokratischen Systems, sondern als dessen Grundsteine betrachtet werden. Europa, welches das hauptsächliche Objekt in dem Konflikt zwischen Rußland und dem Westen ist, muß handeln, falls sich die derzeitige Krise in Rußland tatsächlich zu einer Verbesserung des Regimes entwickeln sollte. Es besteht kein Grund zu einem Minderwertigkeitskomplex gegenüber dem Osten, wenn nur Europa nicht auf Konferenzen vertraut, sondern auf seinen Glauben an Grundsätze, seine Opferbereitschaft, seine Fähigkeit, auf neue Situationen zu reagieren, und auf sein Bewußtsein, eine Familie zu sein, die sich gegenseitig helfen muß oder untergehen wird.

In der allgemeinen Debatte, die an den beiden folgenden Tagen stattfand, ergriffen folgende Minister und Abgeordnete das Wort: der französische Außenminister, Christian Pineau, der griechische Außenminister, Theotokis, der deutsche Außenminister, Heinrich von Brentano, die Herren Francois de Menthon (Franzose, MRP), Vorsitzender des Allgemeinen Ausschusses, Karl Wistrand (Schwede, Konservativer), Tassis Droulia (Griech, ERE), Lujo Tončić (Österreicher, ÖVP), James Crosbie (Ire, Fine Gael), James Dickson (Schwede, Konservativer), Hellmut Kalbitzer (Deutscher, SPD), Constantin Kallias (Griech, ERE), Julian Amery (Engländer, Konservativer), Léopold Senghor (Franzose, Unabhängiger aus Übersee), F. J. Goedhart (Holländer, Arbeiterpartei), Roger de Kinder (Belgier, Sozialist), Fritz Erler (Deutscher, SPD), Karl Bøgholm (Däne, Konservativer), Karl Czernetz (Österreicher, SPÖ), Camillo Giardina (Italiener, Christlicher Demokrat), Georges Bohy (Belgier, Sozialist), John Edwards (Engländer, Arbeiterpartei), Zeyyad Mandalinci (Türke, Demokrat), Kurt-Georg Kiesinger (Deutscher, CDU), van der Goes van Naters (Holländer, Arbeiterpartei), Carlo Schmid (Deutscher, SPD), Ernest Pezet (Franzose, MRP), Gerald Boland (Ire, Fianna Fail), Emmanuel Temple (Franzose, Unabhängige Bauernpartei), Antonio Pecoraro (Italiener, Monarchist).

Nachdem Herr de Menthon eine Zusammenfassung der Debatte gegeben hatte, vertagte der Präsident die Abstimmung über den Entwurf einer Weisung (Dok. 497), der vom Ausschuß vorgelegt worden war, auf den nächsten Tag.

Die Versammlung nahm am 21. April einen Abänderungsantrag des Abgeordneten Struye an und stimmte durch Handzeichen dem folgenden Text zu:

Weisung Nr. 92

„Die Versammlung bestätigt die leitenden Grundsätze für eine gemeinsame europäische Politik gegenüber dem Osten, wie sie sie verschiedentlich zum Ausdruck gebracht hat und wie sie die Grundlage des Berichtes von Herrn Benvenuti bilden. Sie stellt fest, daß es aus verschiedenen Gründen untunlich wäre, im jetzigen Zeitpunkt irgendwelche besonderen Entschlüsse zu fassen, und beauftragt den Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten, einen Monat vor der Eröffnung des 2. Teils der 8. Ordentlichen Sitzungsperiode einen Entschlußentwurf über eine gemeinsame europäische Politik gegenüber dem Osten vorzulegen.“

Atomenergie

In der Vormittagssitzung vom Dienstag, dem 17. April, legte Frl. Marga Klompé (Holländerin, Katholische Volkspartei) im Auftrag des Allgemeinen Ausschusses einen Bericht (Dok. 483) über die Wiederbelebung der europäischen Integration mit besonderer Berücksichtigung der europäischen Organisation der Atomenergie vor. Die Berichterstatterin erklärte, daß trotz der Erfolge des Europarats und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, an deren Arbeiten sie von Anfang an teilnehme, sie zum ersten Male die Befürchtung hege, daß Europa seine letzte Chance verpassen könnte. Sie sei der gleichen Auffassung mit Herrn Spaak, daß die gegenwärtige Situation ernst sei; die Länder Westeuropas hingen an ihrer nationalen Macht und seien deshalb auf dem Wege, ein unterentwickeltes Gebiet zu werden. Die herrschende Hochkonjunktur mache es schwierig, den Völkern zu erklären, daß eine Integration erforderlich sei. In Frankreich und Deutschland, aber auch in anderen Ländern, sei der Nationalismus im Wachsen, und die Zurückweisung des Vertrages über die EVG habe den Aussichten für eine europäische Einigung einen schweren Schlag versetzt. Die Ablehnung von „Euratom“ würde möglicherweise Europa den Todesstoß versetzen.

Auf dem Gebiet der Atomenergie ist Europa im ganzen gesehen besonders rückständig. Zur Abhilfe sind zwei Pläne vorgelegt worden: einer durch den Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) und ein anderer durch die Brüsseler Konferenz.

Letzterer ist zwar noch nicht veröffentlicht, sein Inhalt jedoch in großen Umrissen bekannt. Ein Vergleich beider Pläne scheint zu zeigen, daß der Brüsseler Vorschlag der weitergehende sei und auch den Wünschen der Entschließung 89 vom vorigen Oktober mehr entspreche. Bei „Euratom“ würden zum Beispiel Souveränitätsrechte abgetreten, wie es dem Wunsch der Versammlung für eine demokratische Kontrolle entspricht. Der OEEC-Plan hingegen erwähnt keinerlei parlamentarischen Einfluß. In der gleichen Weise ist das im Brüsseler Vorschlag geplante Kontrollsystem wesentlich weitergehend als dasjenige der OEEC. Die entscheidende Frage in diesem Augenblick ist jedoch, wie man auf diesem Gebiete einen Zusammenhalt in Europa schaffen kann, indem man die höchstmögliche Zusammenarbeit zwischen beiden Systemen sicherstellt. Der Bericht erwähnt hier mehrere Möglichkeiten: die Möglichkeit für alle OEEC-Mitglieder zur Beteiligung an der Ausarbeitung des Euratom-Vertrages unter der Bedingung, daß die Grundsätze der sechs Minister als Diskussionsbasis zu dienen haben; die Notwendigkeit, daß der Vertrag anderen Ländern zum Beitritt offenstehen muß; die Möglichkeit einer Assoziierung; gemeinsame Forschung und gemeinsame Finanzierung gewisser Projekte; Angleichung der Gesetzgebung. Hinsichtlich des parlamentarischen Einflusses sollte der Jahresbericht der OEEC an den Europarat einen Abschnitt über Zusammenarbeit in Atomfragen enthalten, während die bestehenden Beziehungen zwischen der Beratenden und der Gemeinsamen Versammlung auf das Gebiet von Euratom auszudehnen seien.

Die Regierungen müssen vor allem veranlaßt werden, schnell zu handeln. Die Atomrevolution wird Folgen haben, die über alles heute Vorstellbare hinausgehen,

und wird einen erheblichen Druck auf die moralischen und sozialen Kräfte der Menschen sowie ihre Fähigkeit zur Anpassung an neue Situationen ausüben. Ein Denken auf lange Sicht, aber auch schnelle und klare Entscheidungen sowie gemeinsames Handeln sind erforderlich.

Der italienische Außenminister, Herr Martino, betonte in seiner Ansprache den Wunsch der italienischen Regierung zum baldigen Fortschreiten auf dem Wege der Integration, solange Europa noch Vertrauen zu sich selbst habe.

Herr Gérard de Geer (Schwede, Liberaler) legte den Entwurf einer Stellungnahme (Dok. 489) des Ausschusses für Wirtschaftsfragen über einige technische und wirtschaftliche Probleme der Kernenergie in der Industrie vor. Danach ist die Entwicklung der Kernenergie im wesentlichen eine Frage der industriellen Organisation, die in einem Zeitraum von 15 bis 20 Jahren gelöst werden muß. Jedes internationale Organ muß elastisch genug sein, um die Möglichkeit des Experimentierens zu sichern und den freiwilligen Bemühungen der Wissenschaftler, Techniker und der Industrie keine bürokratischen Hemmungen in den Weg zu legen. Zur Zeit gehören fast alle Investitionen und technischen Kenntnisse auf diesem Gebiet den Regierungen, die auch in Friedenszeiten eine bedeutende Rolle bei der Forschung, der Ausbildung und der Finanzierung von Projekten spielen, welche die Privatindustrie auf kommerzieller Grundlage nicht unternehmen kann. Zwischen den Plänen der Regierungen und denen der Privatindustrie muß engste Zusammenarbeit bestehen, sie muß dem Gang der Entwicklung jederzeit anzupassen sein. Die auf diesem Gebiet fortgeschrittenen Nationen müssen mit ihren Kenntnissen und mit Roh- und Brennstoffen aushelfen, aber dieser Austausch darf nicht einseitig bleiben.

Die vorstehenden Erwägungen geben einen Hinweis auf die zweckmäßigste Form für eine europäische Organisation auf diesem Gebiet. Zwischenstaatliche Zusammenarbeit ebenso wie Zusammenarbeit der Industrien ist von entscheidender Bedeutung. In erster Linie muß ein Versuch zur Schaffung eines angemessenen europäischen Gesetzesrahmens gemacht werden, der zum Beispiel die Gesundheitskontrolle und die öffentliche Sicherheit regelt. Fast noch wichtiger sind wirksame Sicherheitskontrollen, um den Mißbrauch des für friedliche Zwecke bestimmten spaltbaren Materials für militärische Zwecke zu verhindern. Jede Zusammenarbeit muß den folgenden drei Grundsätzen folgen: der Rahmen muß soweit wie möglich gefaßt sein und jede wirksame Beziehung mit den fortgeschrittenen Nationen einschließen; die Organisationsform darf nicht starr sein; eine internationale Behörde muß den Gebrauch von Kernenergie für friedliche Zwecke kontrollieren. Die Pläne der OEEC und des Brüsseler Ausschusses müssen so ausgearbeitet werden, daß enge Beziehungen zwischen beiden Systemen möglich sind. Jede internationale Tätigkeit auf dem Gebiet der Nutzung von Atomenergie zu friedlichen Zwecken muß einer internationalen parlamentarischen Kontrolle unterliegen.

An der folgenden Aussprache beteiligten sich acht Redner: Herr Natale Santero (Italiener, Christlicher Demokrat), Sir James Hutchison (Engländer, Konservativer), die Herren Paul Reynaud (Franzose, Unabhängiger),

gige Rechte), Antonio Azara (Italiener, Christlicher Demokrat), Per Federspiel (Däne, Gemäßigter Liberaler), Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, Karl Mommer (Deutscher SPD), Fritz Hellwig (Deutscher CDU), Frode Jakobsen (Däne, Sozialist). Nachdem Frh. Klompé auf die Ausführungen der Redner geantwortet hatte, wurde die Frage an den Allgemeinen Ausschuß zurückverwiesen, der auf der Grundlage von Anträgen der Berichterstatterin und anderer Mitglieder des Ausschusses die Entwürfe einer Entschließung und einer Weisung fertigstellte. Diese wurden dem Wirtschaftsausschuß zur Stellungnahme vorgelegt und von diesem mit geringfügigen Abänderungen angenommen. Am Sonnabend, dem 21. April, wurden die Texte von der Berichterstatterin und Herrn Federspiel vorgelegt und von der Versammlung angenommen:

Entschließung 97.

„Die Versammlung

Verweist auf den Wortlaut der Entschließung 89, in der die Grundsätze dargelegt werden, nach denen sich die Tätigkeit der Mitgliedsländer in Angelegenheiten der Atomenergie richten soll;

Begrüßt die Arbeit der OEEC und des durch die Messina-Konferenz geschaffenen Zwischenstaatlichen Ausschusses, die diesem Zweck dient;

A

Ist der Meinung, daß keine Unvereinbarkeit zwischen den Zielen der OEEC und denjenigen des Zwischenstaatlichen Ausschusses besteht und

1. Ersucht die Mitgliedsländer der OEEC, die innerhalb dieser Organisation vorgesehene Zusammenarbeit so weit wie möglich voranzutreiben;

2. Ersucht die Länder, die an dem Zwischenstaatlichen Ausschuß beteiligt sind, baldigst in einem integrierten wirtschaftlichen Rahmen eine europäische Atomorganisation zu bilden und damit den in der Entschließung 89 ausgesprochenen Grundsätzen zu entsprechen;

B

1. Fordert alle Beteiligten auf, gemeinsam schnellstens die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um ein Höchstmaß an Verbindung zwischen den Organen sicherzustellen, wie sie durch die OEEC und durch den Zwischenstaatlichen Ausschuß organisiert werden mögen, und zwischen ihnen eine möglichst enge Zusammenarbeit einzurichten, unter gebührender Berücksichtigung der Erfordernisse der Sicherheit;

2. Fordert die sechs Mächte von Messina dringend auf, für die Ausarbeitung des Euratom-Vertrages die Beteiligung derjenigen Länder willkommen zu heißen, die gewillt sind die grundlegenden Prinzipien anzuerkennen, die von den sechs Außenministern festgelegt werden sollen, sobald ihnen der Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses vorliegt;

Unterstreicht die Notwendigkeit, allen Ländern die Beteiligung an Euratom, entweder in Form voller Mitgliedschaft oder in Form der Assoziation freizustellen;

3. Betont die Notwendigkeit, die Gesetzgebung der beteiligten Länder auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheit, der sozialen Dienste, der Versicherungen, des Transportwesens, des Finanzwesens, des Warenaustausches und der Zahlungen aufeinander abzustimmen, insofern sie sich auf die Entwicklung der Atomenergie beziehen;

4. Betont außerdem die Dringlichkeit des Problems, Euratom in einen allgemeinen gemeinsamen Markt einzugliedern.“

Weisung Nr. 89

„Die Versammlung beauftragt den Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten, die Punkte 1—4 des Abschnitts B der Entschließung über die europäische Organisation der Atomenergie einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, sobald die endgültigen Vorschläge des Zwischenstaatlichen Ausschusses und des am 29. Februar 1956 von der OEEC eingesetzten Sonderausschusses veröffentlicht sind.

Außerdem soll der Ausschuß seine Prüfung der politischen Aspekte der Frage des allgemeinen gemeinsamen Marktes fortsetzen.

Der Ausschuß für Wirtschaftsfragen wird beauftragt, die wirtschaftlichen Seiten dieses Problems zu untersuchen.“

Cypern

In einer Nachtsitzung am Mittwoch, dem 18. April, fand im Rahmen der Generaldebatte über die Politik des Europarats eine Debatte über die Cypernfrage statt. Folgende Redner nahmen an der Debatte teil: die Herren Constantin Kallias (Griechen ERE), Basri Aktas (Türke, Demokrat), Tassis Droulia (Griechen ERE), John MacLay (Engländer, Konservativer), John Edwards (Engländer, Arbeiterpartei), Sean MacBride (Ire, Clann na Poblachta), Arthur Holt (Engländer Liberaler), Frode Jakobsen (Däne, Sozialist), Zeyyad Mandalinci (Türke, Demokrat), Reginald Paget (Engländer Arbeiterpartei), Constantin Maris (Griechen ERE), Lord Chesham (Engländer, Konservativer), Savopoulos (Griechen, ERE), Ernest Popplewell (Engländer, Arbeiterpartei).

Nach der Debatte beschloß die Versammlung auf Vorschlag ihres Präsidenten, die Frage an den Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten zu überweisen. Dieser Ausschuß beschloß auf Vorschlag seines Vorsitzenden, daß der Generalberichterstatter, Herr Benvenuti, für die Bearbeitung des Abschnittes „Cypern“ in seinem Bericht vier vom Präsidium des Ausschusses zu ernennende Mitglieder dem Ausschuß beiziehen soll.

Politische Aspekte der europäischen Verteidigung

Der Vorsitzende des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten, Herr François de Menthon, richtete am 9. April ein Schreiben an den Präsidenten der Versammlung, in dem er davon Mitteilung machte, daß der Ausschuß die Auffassung vertrete, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt ein Bericht über dieses Thema der Versammlung nicht vorgelegt werden könne. Andererseits sei trotz der Schaffung der Versammlung der Westeuropäischen Union dieses Thema innerhalb des Zuständigkeitsbereiches der Beratenden Versammlung. Der Präsident der Versammlung wurde von Herrn de Menthon ersucht, die Versammlung der WEU um Vorlage eines Jahresberichtes zu ersuchen. Auf diese Weise werde der Ausschuß in der Lage sein, die politischen Aspekte der europäischen Verteidigung zu prüfen, falls dies von der Versammlung gewünscht werde. Außerdem solle die Versammlung der WEU gebeten werden, Mitglieder der Beratenden Versammlung deren Länder nicht der Westeuropäischen Union, jedoch der NATO angehören, als Beobachter an ihren Debatten über Fragen der europäischen Verteidigung teilnehmen zu lassen.

Das Präsidium der Versammlung beschloß, diese Vorschläge zu billigen und schlug der Versammlung vor, es mit der Verbindungsaufnahme zum Präsidium der Versammlung der WEU zu beauftragen, um diese Vorschläge in die Tat umzusetzen, Herr Hendric Oakshott

(Engländer) legte den Entwurf einer Weisung in diesem Sinne vor (Dok. 511). Während der Debatte über diesen Entwurf am Samstag, dem 21. April, drückten die Herren Bengt Elmgren (Schwede, Sozialist) und Hermod Lanung (Däne, Sozialliberaler) ihre Zweifel darüber aus, ob der Zeitpunkt für eine solche Initiative richtig gewählt sei. Herr Edwards (Engländer, Arbeiterpartei) betonte, daß es sich nur um eine gemeinsame Erörterung des Problems durch die Präsidien der beiden Versammlungen handle, die keine Seite binde. Die Versammlung nahm daraufhin einstimmig bei vier Enthaltungen folgende Weisung an:

„Die Versammlung hat von den Vorschlägen Kenntnis genommen, die in dem Schreiben des Vorsitzenden des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten an ihr Präsidium enthalten sind. Bevor die Versammlung eine Entscheidung in dieser Angelegenheit trifft, beauftragt sie ihr Präsidium, mit dem Präsidium der Versammlung der WEU die genannten Vorschläge zu besprechen und über das Ergebnis einen Bericht vorzulegen.“

Arbeitsprogramm des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten

Vor der Wiederaufnahme der Plenarsitzung im Oktober wird der Ausschuss eine Sitzung im Juli in Paris und eine weitere Sitzung im September abhalten. Auf der Tagesordnung stehen folgende Fragen: Ausarbeitung eines Berichts und eines Entschließungsentwurfs über die europäische Politik gegenüber dem Osten (Berichterstatte Herr Benvenuti, Italiener); Schaffung eines allgemeinen gemeinsamen Marktes (Berichterstatte Herr Edwards, Engländer, und Herr van der Goes van Naters, Holländer); europäische Organisation der Atomenergie (Berichterstatte Frl Klompé, Holländerin); Bestellung von europäischen Kommissaren (Berichterstatte Frl Klompé, Holländerin); Ziele und Aufgaben des Europarats (Berichterstatte Herr Mommer, Deutscher); politische und institutionelle Probleme der geplanten europäischen Sozialordnung (Berichterstatte Herr Tončić, Österreicher). Vertreter der internationalen gewerkschaftlichen Organisationen mit Konsultativstatus beim Europarat sollen zur Teilnahme an den Diskussionen über den letzten Punkt eingeladen werden.

III. WIRTSCHAFTSFRAGEN

Siebenter Jahresbericht des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC)

Am Donnerstag, dem 19. April, trat die Versammlung unter dem Vorsitz von Lord Layton (Engländer) in die Generaldebatte über den 7. Jahresbericht der OEEC ein.

Der Bericht wurde im Auftrage der OEEC von Herrn Blücher, Vizekanzler und Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland, vorgelegt. Herr Blücher wies darauf hin, daß die Wirtschaft Westeuropas in der Berichtszeit sehr befriedigende Fortschritte gemacht habe. Der innereuropäische Handel habe sich bedeutend ausgedehnt, und der Umfang von Investitionen sowie der Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung hätten ebenfalls zugenommen. Der Umfang der Exporte habe zwar nicht so erheblich wie in den Vorjahren, jedoch immerhin um 6 v. H. zugenommen.

Auf der negativen Seite stellt der Bericht fest, daß der Preisindex für verschiedene Grundgüter gestiegen sei,

während in zahlreichen Industrien die Produktion einen Druck auf die Leistungsfähigkeit auszuüben beginne. Das Ansteigen der Löhne gefährdet die innere finanzielle Stabilität. Einfuhren gegen Dollar sind erheblich gestiegen, da Rohstoffe für die industrielle Expansion eingeführt werden mußten.

Gewisse Fortschritte auf dem Wege zur allgemeinen Konvertibilität sind festzustellen.

Wenn auch die Liberalisierung Fortschritte macht, haben doch nur neun Länder die geplanten Ziele erreicht, und die Aufhebung der verbleibenden mengenmäßigen Beschränkungen fordert die Abschaffung weiterer Handelsschranken, insbesondere von Zöllen.

Herr Blücher schloß seinen Bericht mit der Feststellung, daß das Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft Westeuropas voll gerechtfertigt sei. Er sei überzeugt, daß der Europarat und die OEEC noch enger zusammenarbeiten müßten.

In der Aussprache erklärte Herr MacBride (Ire, Clann na Poblachta), als Berichterstatter des Ausschusses für Wirtschaftsfragen, daß der in dem Bericht dargelegte Fortschritt der Arbeit der OEEC zu danken sei, die auch die volle Unterstützung der Versammlung finde. Die Tatsache, daß die Bedingungen innerhalb der Mitgliedsländer außerordentlich verschiedenartig seien, erschwere es, eine allgemeine Wirtschaftspolitik für das ganze Westeuropa festzulegen: in Griechenland, Irland und der Türkei herrsche zum Beispiel Arbeitslosigkeit, während in anderen Ländern Voll- oder Überbeschäftigung bestehe. Herr MacBride wies darauf hin, daß wirtschaftliche und soziale Ziele voneinander abhängig seien. Wirtschaftler könnten oft für eine wirtschaftlich richtige Politik eintreten, die jedoch verderbliche soziale und politische Ergebnisse zeitigen müsse.

Folgende Redner beteiligten sich an der Aussprache: die Herren Charles Esmonde (Ire, Fine Gael), René Charpentier (Franzose, MRP), Berichterstatter des Sonderausschusses für Landwirtschaft Heinrich Gerns (Deutscher, CDU), Vorsitzender dieses Ausschusses, Fritz Hellwig (Deutscher, CDU), John Hay (Engländer, Konservativer), Vixseboxse (Holländer, Christlich-Historische Partei), Hellmut Kalbitzer (Deutscher, SPD), Walter Sundström (Schwede, Sozialist) und George Jeger (Engländer, Arbeiterpartei).

Herr Blücher ergriff nach Abschluß der Debatte noch einmal das Wort und erklärte, daß die OEEC stets darauf hinweise, daß alle Länder ein wirtschaftliches Ganzes darstellten, und daß die Probleme des gemeinsamen Marktes ständig geprüft würden. Betreffend die Probleme der Landwirtschaft erklärte Herr Blücher, daß demnächst ein Sonderbericht über dieses Thema vorgelegt würde und daß die OEEC Vorschläge über die Entwicklung der südeuropäischen Gebiete begrüßen werde. Der Ministerrat der Organisation werde die Frage der Zölle im Juli untersuchen, und die Unterstützung einer Freihandelspolitik durch die nationalen Parlamente werde die Arbeiten der OEEC auf diesem Gebiet nur erleichtern.

Herr MacBride legte der Versammlung am Sonnabend, dem 21. April, den Entschließungsentwurf vor, den der Ausschuss für Wirtschaftsfragen als Antwort auf den OEEC-Bericht ausgearbeitet hatte. Die Versammlung nahm den Entwurf einstimmig an:

Entschließung 98

1. Die Beratende Versammlung des Europarats dankt der OEEC für ihren siebten Jahresbericht sowie dem Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Blücher, für die Vorlage dieses Berichts.

2. Die Versammlung möchte außerdem ihre Befriedigung über die immer engere und harmonischere Zusammenarbeit ausdrücken, welche die Beziehungen zwischen der OEEC und dem Europarat gekennzeichnet hat. Sie begrüßt besonders die eingehende und konstruktive Stellungnahme der OEEC zu der Empfehlung 77 vom 9. Juli 1955 bezüglich der wirtschaftlichen Integration Westeuropas sowie die an dem Verfahren der Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen vorgenommenen Änderungen, die in mehreren wichtigen Punkten den Wünschen der Versammlung entsprechen. Die Versammlung hofft, daß diese funktionelle Zusammenarbeit sich noch weiter zum wachsenden Vorteil beider Organisationen entwickeln wird.

3. Die Versammlung stellt fest, daß die kräftige Expansion, die für die Wirtschaft Westeuropas seit 1953 kennzeichnend ist, auch während des Jahres 1955 angehalten hat; aber sie hält es für ihre Pflicht, die in ihrer Antwort auf den sechsten Jahresbericht der OEEC ausgesprochene Warnung gegen jeden übertriebenen Optimismus und gegen gewisse mit dieser wirtschaftlichen Expansion verbundenen Gefahren zu wiederholen. Die Versammlung wünscht insbesondere, daß die OEEC bei der Ausarbeitung ihrer Politik ihre Aufmerksamkeit auf nachstehend angeführte Probleme konzentrieren möge, die in dem Bericht erörtert werden und eine gewisse Besorgnis für die Zukunft verursachen:

- a) Wenn der in dem größten Teil Europas feststellbare inflationistische Druck gemeinsame Maßnahmen erfordert, die geeignet sind, den Kräften, die das Gleichgewicht stören, Einhalt zu gebieten, so muß eine solche Aktion doch die Notwendigkeit berücksichtigen, ein hohes Niveau der landwirtschaftlichen und industriellen Investitionen aufrechtzuerhalten, das eine Vorbedingung für die Entwicklung der europäischen Wirtschaft auf lange Sicht ist.
- b) In einigen Ländern, deren wirtschaftliche Entwicklung noch nicht den gewünschten Umfang erreicht hat, wäre es angebracht, eine beständige Politik hoher Investitionen in dem Unterbau der Wirtschaft zu fördern
- c) In Anbetracht des Fehlens merklicher Erfolge während des Jahres 1955 bei der Abschaffung der mengenmäßigen Beschränkungen sollte versucht werden, neue Fortschritte in der Liberalisierung des intereuropäischen und des Welthandels durch einen Angriff auf die den Handel noch hemmenden Schranken in ihrer Gesamtheit zu erzielen. In dieser Hinsicht möchte die Versammlung betonen, daß es ganz besonders notwendig ist, nicht nur diese Liberalisierung zu konsolidieren und voranzutreiben, sondern außerdem baldige und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die bestehenden Ungleichheiten des Zollschatzes zu vermindern und im allgemeinen das Niveau der Zolltarife für Waren zu senken, die in dem Warenaustausch zwischen den westeuropäischen Ländern sowie zwischen ihnen und den überseeischen Ländern, mit denen sie konstitutionelle Bindungen haben, vorwiegend auftreten.
- d) Die Versammlung unterstreicht außerdem von neuem die dringende Notwendigkeit, gewisse Handelspraktiken zu beseitigen, wie zum Beispiel doppelte Preise bei der Ausfuhr von Grundstoffen (Rohmaterial) und Subventionen für die Ausfuhr, da diese Praktiken, ob sie verschleiert sind oder nicht, häufig das Ergreifen und Aufrechterhalten von Schutz-Gegenmaßnahmen nach sich ziehen.

e) Die Befriedigung über die in den letzten drei Jahren eingetretenen Verbesserungen des Dollar-Zahlungsausgleichs von Westeuropa wird durch die Tatsache eingeschränkt, daß der erzielte Überschuß im wesentlichen auf die bedeutenden — im Jahre 1955 noch angewachsenen — Einnahmen zurückzuführen ist, die aus militärischen Ausgaben der Vereinigten Staaten herrühren. Besonders ist die Feststellung beunruhigend, daß, während die Einfuhren aus den Vereinigten Staaten sich fühlbar gesteigert haben, die europäischen Ausfuhren nach diesem Land unzureichend geblieben sind, trotz der fortgesetzten wirtschaftlichen Expansion der Vereinigten Staaten. Infolgedessen bleibt es dringend notwendig, Mittel zu finden, um den Dollar-Ausgleich des Warenaustausches und der geschäftlichen Transaktionen in gemeinschaftlicher Anstrengung der europäischen Länder, der Vereinigten Staaten und Kanadas zu verbessern.

f) Während in den meisten europäischen Ländern die Erweiterung der Produktion die verfügbaren Arbeitskräfte aufgesaugt und zu einer wachsenden Knappheit an gelernten Arbeitern geführt hat, besteht in mehreren Mitgliedsländern doch noch erhebliche Arbeitslosigkeit. Im Hinblick auf den Einfluß, den das Absinken der Geburtenziffern in einigen Ländern im Laufe der kommenden Jahre auf den Nachwuchs an Arbeitskräften ausüben wird, unterstreicht die Versammlung die Bedeutung einer größeren Beweglichkeit der Arbeitskräfte zwischen den europäischen Ländern für die fortgesetzte Expansion der europäischen Wirtschaft und fordert die OEEC dringend auf, diese Frage aktiv zu verfolgen.

g) Während die Versammlung mit Interesse die positive Haltung zur Kenntnis nimmt, die in dem Bericht hinsichtlich der Verantwortlichkeit der OEEC und der nationalen Regierungen bei dem Bemühen um eine Lösung der Probleme der unterentwickelten Gebiete in Europa selbst und in den überseeischen Ländern eingenommen wird, fordert sie die OEEC dringend auf, die Initiative zu ergreifen und praktische Vorschläge zu machen, um diesen Gebieten eine konstruktive und wirksame Hilfe zu bringen. In diesem Zusammenhang lenkt die Versammlung die Aufmerksamkeit der OEEC auf ihren Vorschlag zur Schaffung eines europäischen Entwicklungs-Fonds, der in ihrer Empfehlung 95 vom 21. April 1956 enthalten ist."

Wirtschaftliche Entwicklung Südeuropas

Herr Federspiel (Däne, gemäßigter Liberaler), Vorsitzender und Berichterstatter des Ausschusses für Wirtschaftsfragen, legte den Entwurf einer Empfehlung (Dok. 494) vor, und erklärte, daß dieses Thema vor zwei Jahren dem Ausschuß überwiesen worden sei, der durch eine Arbeitsgruppe Ermittlungen in Italien, Griechenland und der Türkei angestellt habe.

Der Ausschuß schlägt die Schaffung eines Europäischen Entwicklungs-Fonds vor, der die unterentwickelten Länder unterstützen soll und von der OEEC zu verwalten wäre. Die Unterstützung könne in verschiedenen Formen erfolgen, sei es durch technische Hilfe, Handelserleichterungen, Förderung von privaten Investitionen, Krediten oder Auswanderungshilfe.

In der Debatte sprachen folgende Redner: Herr Lodovico Montini (Italiener, Christlicher Demokrat), Sir James Hutchison (Engländer, Konservativer), Viscount Stonehaven (Engländer, Konservativer), die Herren

Tassis Droulia (Griechen, Sammlungsbewegung), Hayrettin Erkmen (Türke, Demokrat).

Am Freitag, dem 20. April, wurde folgende Empfehlung von der Versammlung einstimmig bei zwei Enthaltungen angenommen:

Empfehlung 95

„Die Versammlung,

Unter Bezugnahme auf die Bestimmungen des Artikels 1 der Satzung des Europarats;

Mit Bezug auf den Vorschlag, der ihr in der Sonderbotschaft (Abs. 28) des Ministerkomitees vom 20. Mai 1954 gemacht wurde, und unter Hinweis auf die am 29. Mai 1954 von der Beratenden Versammlung angenommene Direktive, in welcher der Ausschuss für Wirtschaftsraten beauftragt wurde, die Mittel und Wege zu prüfen, die geeignet sind, die wirtschaftliche Entwicklung Griechenlands, Italiens und der Türkei zu fördern;

Unter Anerkennung der wesentlichen Rolle, die der Marshall-Plan bei dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft gespielt hat, und der wertvollen Unterstützung, die von den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen für die wirtschaftliche Entwicklung Südeuropas geleistet wurde;

Mit Bezug auf den von der italienischen Regierung ausgearbeiteten Zehnjahrplan für die wirtschaftliche Entwicklung Italiens;

Mit Bezug auf die Entschlüsse des Ministerrates der OEEC vom 14. Januar 1955 und 10. Juni 1955 bezüglich des italienischen Plans;

Mit Bezug auf die Berichte über Griechenland (Dok. AS/EC (7) 6), über die Türkei (AS/EC (7) 7) und über Italien (AS/EC (7) 8), die von der durch den Ausschuss für Wirtschaftsraten eingesetzten Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurden;

Unter Hinweis auf ihre Empfehlung 91 vom 26. Oktober 1955 über die wirtschaftliche Entwicklung Südeuropas;

Mit Bezug auf die Entschlüsse vom 29. Februar 1956, in welcher der Rat der OEEC Direktiven für die Arbeit der Organisation festgelegt hat, und insbesondere auf Absatz 11 dieser Entschlüsse;

Mit Bezug auf die Schlußfolgerungen und Empfehlungen in dem Bericht, den die Sachverständigengruppe für die wirtschaftliche Entwicklung Südeuropas, die durch die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa eingesetzt wurde, bei der letzten Sitzung dieses Organs vorgelegt hat;

Mit Befriedigung darüber, daß die griechische und die türkische Regierung die Aufstellung ihrer Programme für wirtschaftliche Entwicklung vollendet haben;

In der Hoffnung, daß die Regierungen Griechenlands und der Türkei in naher Zukunft ihre Programme für die wirtschaftliche Entwicklung der OEEC unterbreiten werden, damit diese Organisation sie prüfen und alle für ihre Durchführung zweckdienlichen Maßnahmen ergreifen kann;

In der Erwägung, daß das italienische Programm für wirtschaftliche Entwicklung und die kürzlich fertiggestellten Programme Griechenlands und der Türkei beträchtliche Kapitalinvestitionen erfordern;

In der Erwägung, daß das geringe Einkommen pro Kopf der Bevölkerung und die geringe Sparkraft der betreffenden Länder die Bereitstellung von ausländischem Kapital in erheblichem Ausmaß für den Erfolg dieser Programme unerlässlich machen und daß man nicht darauf rechnen kann, daß private Quellen allein genügend Kapital für die erforderlichen Investitionen

zur Verfügung stellen werden, besonders wo es sich um infrastrukturelle Projekte handelt;

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß für die freie demokratische Welt der Stärkung der wirtschaftlichen Lage und der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, unter denen die Bevölkerung Griechenlands, Italiens und der Türkei lebt, die größte Bedeutung zukommt;

In der Erwägung, daß es ganz besonders Sache der freien demokratischen Welt ist, diesen Ländern zu helfen und damit einen konkreten Beweis für die europäische Solidarität zu liefern,

Empfiehlt dem Ministerkomitee, einen europäischen Entwicklungs-Fonds zu schaffen, der dazu bestimmt sein soll, das notwendige Kapital für die Finanzierung der Entwicklungsprogramme Griechenlands, Italiens und der Türkei zu liefern in Form von Zuschüssen und von Anleihen unter angemessenen Bedingungen.

Zu diesem Zweck wird das Ministerkomitee dringend gebeten:

- a) die Regierungen der Mitgliedstaaten um einen finanziellen Beitrag zu der Schaffung dieses Fonds zu ersuchen und alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Fonds ins Leben zu rufen;
- b) die OEEC zu ersuchen, die Verwaltung dieses Fonds zu übernehmen;
- c) anschließend im Einvernehmen mit der OEEC die Möglichkeit zu prüfen, ob die Mitwirkung der Regierung der Vereinigten Staaten an der Finanzierung der dem europäischen Entwicklungs-Fonds zu fallenden Aufgaben gewonnen werden könnte, da die europäischen Hilfsmittel ungenügend sein dürften.“

Bericht

der Konferenz der Europäischen Verkehrsminister

Der Verkehrsminister der Bundesrepublik Deutschland, Herr Seehofer, legte den Bericht dieser Konferenz (Dok. 477) vor und wies auf die Anwesenheit von Herrn Corniglion-Molinier hin, der diesen Bericht im Vorjahre vorgelegt hatte.

Ein wichtiger Abschnitt des Berichtes behandelt die Frage der Investitionen insbesondere für die geplante Elektrifizierung der Haupteisenbahnstrecken. Eine Arbeitsgruppe für die Schaffung der Europäischen Eisenbahnfinanzierungs-Gesellschaft (EUROFIMA) aus Vertretern von neun Mitgliedsländern sei eingesetzt worden nachdem 14 Länder eine Vereinbarung zur Schaffung dieser Gesellschaft am 20. Oktober 1955 in Bern unterzeichnet hätten. Herr Seehofer gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck daß in diesem Falle ein Gedanke der Beratenden Versammlung in die Tat umgesetzt werden würde.

In Zusammenarbeit mit der OEEC habe die Konferenz vor, einen europäischen Straßen-Fonds zu schaffen; sie beschäftige sich außerdem mit Plänen für eine Angleichung der Frachtsätze für die Binnenschifffahrt. Die Vertreter der Verkehrsminister hätten ein Arbeitsprogramm ausgearbeitet, das eine Reihe von Problemen nach ihrer Dringlichkeit einstuft und mit zwischenstaatlichen und Berufs-Organisationen die es angeht gemeinsam beraten wird. Die Konferenz der europäischen Verkehrsminister habe sich als eine zweckmäßige und funktionsfähige Einrichtung erwiesen. Ihre Aufgabe werde erst erfüllt sein, wenn der Verkehr in Europa ein europäischer Verkehr geworden sei.

Herr Corniglion-Molinier (Franzose, Sozialrepublikaner), Berichterstatter des Ausschusses für Wirt-

schaftsfragen, dankte Herrn *Seebohm* für seine von echtem europäischem Geiste getragenen Ausführungen. Vor einigen Jahren habe sich der Europarat für die Frage der europäischen Gesellschaften interessiert. EUROFIMA sei ein sichtbares Ergebnis der Bemühungen auf diesem Gebiet. Die juristischen und finanziellen Probleme, welche bei der Durchführung auftreten würden, seien nicht unerheblich, da nicht nur die Verkehrsbehörden der Mitglieder beteiligt seien;

Herr *Corniglion-Molinier* gab der Hoffnung Ausdruck, daß eine ähnliche Organisation auf dem Gebiete der Zivilluftfahrt geschaffen werden könne, und es sei unter Umständen möglich, gewisse Verbesserungen des Straßennetzes mit einem ähnlichen System zu finanzieren. Die Einführung von Benutzungsgebühren, wie sie in den Vereinigten Staaten üblich sind, stelle vielleicht eine Lösungsmöglichkeit für den Ausbau des europäischen Straßennetzes dar.

Herr *Seebohm* stellte nach Abschluß der Debatte fest, daß die Entschließung Nr. 73 der Versammlung über Verbesserung der Straßen von der OEEC geprüft werde und eine baldige Antwort zu erwarten sei. Die Konferenz sei daran interessiert, ihre Zuständigkeit auf die Zivilluftfahrt auszudehnen, da nicht einzusehen sei, daß dieser moderne und zukunftsreiche Verkehrsträger getrennt von den klassischen Verkehrsträgern entwickelt werde.

An der Debatte beteiligten sich folgende Redner: die Herren *J. J. R. Schmal* (Holländer, Christlich-Historische Partei), *David Jones* (Engländer, Arbeiterpartei), *J. Kapteijn* (Holländer, Sozialist), *Fritz Hellwig* (Deutscher, CDU).

IV. RECHTSFRAGEN

Vereinfachung der Grenzformalitäten

Am Sonnabend, dem 21. April, legte Herr *Hermod Lannung* (Däne, Sozialliberaler) einen Dringlichkeitsantrag vor, der einen Empfehlungsentwurf über die Vereinfachung von Grenzformalitäten für Reisende enthielt (Dok. 505). Dieser Entwurf war vom Ausschuß für Rechts- und Verwaltungsfragen zwei Tage vorher einstimmig gebilligt worden.

Der Berichterstatter stellte fest, daß der vorliegende Antrag sich auf die Ziffern 63 und 66 des Berichtes des Ministerkomitees beziehe, in denen die auf zwischenstaatlicher Ebene unternommenen Maßnahmen erörtert wurden. Diese hatten während der Debatte über den Ministerbericht die scharfe Kritik von Abgeordneten der Versammlung hervorgerufen. Der Berichterstatter wies besonders auf den 2. Teil seines Textes hin, in welchem die Abgeordneten aufgefordert wurden, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um in ihren eigenen Parlamenten die volle Unterstützung für die Vorschläge der Versammlung zu erhalten. Dieses Verfahren sei bereits mit Erfolg im belgischen Senat und im deutschen Bundestag angewandt worden und empfehle sich zur Nachahmung. Das Sekretariat sei aufgefordert worden, in einem kurzen Bericht die Wünsche der Versammlung zusammenzufassen und diesen Bericht den Abgeordneten zur Verwendung in ihren Parlamenten zur Verfügung zu stellen.

Die Vereinfachung der Grenzformalitäten war in dem Arbeitsprogramm des Ministerkomitees enthal-

ten, das bereits vor zwei Jahren der Versammlung vorgelegt wurde. Inzwischen hätten die Minister *Martino* und *Pineau* nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, Erschwernisse im Reiseverkehr abzuschaffen. Der Berichterstatter gab der Hoffnung Ausdruck, daß im kommenden Herbst über echte Fortschritte auf diesem Gebiet berichtet werden könne.

Die Versammlung stimmte einstimmig der folgenden Empfehlung zu:

Empfehlung 97

I.

„Die Versammlung,

Stellt mit lebhafter Betroffenheit fest, daß das Ministerkomitee und die Stellvertreter nichts weiter getan haben, als die Empfehlungen 84 und 85 an die Sachverständigen der OEEC weiterzuleiten, ohne zunächst zu prüfen, inwieweit die darin enthaltenen, sehr maßvollen Vorschläge von Interesse sind;

Ist der Auffassung, daß das Ministerkomitee, indem es in dieser Weise Vorschläge, die zum zweiten Mal vorlagen, an eine andere Organisation verwiesen hat, ohne seinen Beschluß zu begründen, eine sehr wenig befriedigende Einstellung gezeigt hat, die kaum dem Geiste des Europarats gemäß ist;

Empfiehl t dringend, daß das Ministerkomitee als politisches Organ, ohne noch länger abzuwarten, die Empfehlungen 84, 85 und 86 prüft und die Beschlüsse faßt, die sie erfordern, oder die Stellvertreter ermächtigt, sie in seinem Namen zu fassen, und die Sachverständigen beauftragt, die Modalitäten der Anwendung dieser Beschlüsse festzulegen;

Und ersucht den Präsidenten des Ministerkomitees, vor der Versammlung während der Herbstsitzung ein ins Einzelne gehendes Exposé über die Maßnahmen zu geben, die im Sinne dieser Empfehlungen getroffen worden sind.

II.

Die Versammlung,

Die davon Kenntnis hat, daß der Bundestag und der belgische Senat nach vorheriger Überweisung der Frage an die zuständigen Ausschüsse die Empfehlungen 84, 85 und 86 in einer öffentlichen Debatte vorbehaltlos gebilligt haben, und daß mehrere Abgeordnete auf verschiedene Weise in ihren Ländern diese Frage angeschnitten haben,

Fordert die Abgeordneten auf, auch weiterhin Anträge auf Unterstützung der Empfehlungen 84, 85 und 86 in ihren nationalen Parlamenten einzubringen oder die Frage in jeder beliebigen anderen Weise, die ihnen angezeigt erscheint, zur Sprache zu bringen, um zu erreichen, daß diese Empfehlungen von den Regierungen der Mitgliedstaaten angenommen werden und daß die Regierungsvertreter beim Ministerkomitee dementsprechende Instruktionen erhalten.

III.

Die Versammlung,

Die über die Entschließungen unterrichtet worden ist, die von der französischen interparlamentarischen Kommission für die Vereinfachung der Grenzformalitäten für Reisende und von dem Unterausschuß des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags auf einer teilweise in Kehl und teilweise in Straßburg am 26. Oktober 1955 abgehaltenen Tagung angenommen worden sind,

Begrüßt wärmstens dieses Treffen als einen erfreulichen Präzedenzfall, von dem sie hofft, daß ihm in anderen Mitgliedstaaten nachgefolgt wird, und ersucht die Regierungen Frankreichs und der Bundesrepublik

Deutschland, diese Entschlüsse so bald wie möglich durchzuführen."

Außerkraftsetzung von Bestimmungen der Menschenrechtskonvention

Unmittelbar vor dem Abschluß der ersten Sitzungsperiode lenkte Herr Karl Mommer (Deutscher, SPD) die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die Tatsache, daß er soeben davon unterrichtet worden sei, daß Großbritannien dem Generalsekretär mitgeteilt habe, es habe sich genötigt gesehen, gewisse aus der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sich ergebende Verpflichtungen auf Cypern und auf den Seychellen außer Kraft zu setzen. Herr Mommer fragte, warum die Mitteilung dieser Tatsache verzögert worden sei, obwohl sonstige Vorkommnisse im Zusammenhang mit der Konvention stets zeitgerecht mitgeteilt worden seien.

Der Präsident stellte fest, daß Großbritannien gemäß Art. 15 der Konvention korrekt gehandelt habe. Was die Veröffentlichung betreffe, so habe gemäß Art. 15 die Unterrichtung lediglich an den Generalsekretär zu erfolgen, und dieser habe den Artikel dahingehend ausgelegt, daß er keine weitere Verpflichtung zur Veröffentlichung habe. Es handele sich hier um ein juristisches Problem, welches zweckmäßigerweise dem Präsidium der Versammlung zur Berichterstattung im Herbst zu überweisen sei. Die Versammlung erklärte sich mit diesem Verfahren einverstanden.

Europäische Menschenrechtskommission

Die von der Kommission eingesetzte Arbeitsgruppe, bestehend aus den Herren *Beaufort* (Holländer), *Sörensen* (Däne) und *Süsterhenn* (Deutscher), trat am 4. April zu einer mehrtägigen Tagung in Straßburg zusammen. Die Arbeitsgruppe prüfte die ihr vorliegenden Petitionen von Einzelpersonen und wird dem Plenum der Menschenrechtskommission, das am 28. Mai in Straßburg zusammentritt, einen Bericht vorlegen.

Wie bereits oben erwähnt, wurde der irische Senator *James Crosbie* vom Ministerkomitee als Nachfolger für den ausgeschiedenen Herrn *William Black* bestellt.

Arbeitsprogramm des Ausschusses für Rechts- und Verwaltungsfragen

Der Ausschuß bemüht sich, eine Vereinheitlichung der nationalen Gesetzgebungen für folgende Gebiete zu erreichen: Handelsschiedsgerichtsverfahren, Haftung der Gastwirte, Zwangshaftpflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter. Über letztere Frage ist bereits ein Konventionsentwurf von einem Unterausschuß fertiggestellt worden und wird dem Plenum des Ausschusses zur Stellungnahme zugeleitet werden. Dem Ausschuß wurden von der Versammlung zwei weitere Fragen überwiesen: die Frage eines europäischen Beamtenkorps, wobei der Ausschuß den Auftrag hat, die Entwicklung zu verfolgen und der Versammlung zu gegebener Zeit Vorschläge zu unterbreiten, und die Frage der Bildung eines Unterausschusses für Fragen der Minderheiten (vgl. Dok. 508, Antrag *Dickson* u. Gen.).

Schließlich soll der Ausschuß eine Stellungnahme zu

dem Antrag betreffend die Befreiung von politischen Gefangenen (vgl. Abschnitt „Nicht vertretene Nationen“) ausarbeiten und die Abänderungsanträge des Sachverständigenausschusses zum Entwurf der Europäischen Konvention über Auslieferung prüfen, falls dieser vom Ministerkomitee an die Versammlung zurücküberwiesen wird.

V. SOZIALE FRAGEN

Europäische Sozial-Charta

Am Nachmittag des 20. April hielt die Versammlung unter dem Vorsitz von Präsident *Dehousse* eine Debatte über den Empfehlungsentwurf betreffend die Europäische Sozial-Charta und einen weiteren Empfehlungsentwurf über die Abhaltung einer Europäischen Wirtschafts- und Sozialkonferenz ab. Zur Debatte standen außerdem ein Abänderungsantrag und der Entwurf einer Weisung von Herrn *Robert Bichet* (Franzose, MRP) u. Gen.

Der erste Entwurf für eine Europäische Sozial-Charta wurde im Oktober 1955 der Versammlung vorgelegt und zur weiteren Bearbeitung den Ausschüssen für Wirtschaft und für soziale Fragen überwiesen. Der neue Entwurf, wie er vom Ausschuß für soziale Fragen am 9. März 1956 (Dok. 488) abgeändert wurde, besteht aus vier Teilen. Der erste Teil mit der Präambel definiert den Zweck der Charta und die Grundzüge einer gemeinsamen Sozialpolitik der Mitgliedsregierungen. Dieser Teil schließt mit folgender Erklärung ab: „Das Ziel der vertragschließenden Mächte soll es sein, europäische Normen der sozialen Wohlfahrt festzusetzen, welche über denen einer größeren internationalen Gemeinschaft liegen.“

Im zweiten Teil werden in 15 Artikeln die wirtschaftlichen und sozialen Rechte des Einzelmenschen definiert: das Recht auf Arbeit, das Recht auf angemessene und sichere Arbeitsverhältnisse, das Recht auf besondere Schutzmaßnahmen für arbeitende Kinder, Jugendliche und Frauen, das Recht der Arbeiter auf Konsultation über die Verwaltung ihres Betriebes, das Streikrecht, das Recht zur Bildung von und Mitgliedschaft bei Gewerkschaften, das Recht auf angemessene Lebensbedingungen einschließlich Ernährung, Kleidung und Wohnung, das Recht auf soziale Sicherheit, das Recht auf einen hohen Gesundheitsstandard, die Familienrechte, die Rechte von Müttern und Kindern, das Recht auf Erziehung.

Teil III behandelt die Ausführungsbestimmungen in der Form eines Programmes, das vom Sozialkomitee des Europarats ausgearbeitet und der Versammlung zur Stellungnahme vorgelegt wurde.

Teil IV enthält weitere Ausführungsbestimmungen und legt fest, daß die Charta nach der Hinterlegung von fünf Ratifikationen in Kraft treten soll.

Der Vorsitzende des Ausschusses für soziale Fragen, Herr *Heyman* (Belgier, Christlich-Sozialer) betonte, daß es in der Absicht des Europarats liege, die soziale Ordnung in der gleichen Weise durch eine Konvention zu definieren und zu schützen wie es die Menschenrechtskonvention auf ihrem Gebiet vorsieht. In diesem Sinne habe die Versammlung seit zwei Jahren ihre Bemühungen geführt. Zur Frage der Schaffung eines Wirtschafts- und Sozialrates des Europarats erklärte Herr *Heyman*.

daß im vergangenen Oktober die Versammlung die Schaffung eines solchen Organes als Ergänzung zur Sozial-Charta ins Auge gefaßt habe. Dieses Organ soll die Aufgabe haben, die Durchführung der Charta zu überwachen. Infolgedessen seien die Charta und der Rat eine sich ergänzende Einheit. Der Ausschuß für Wirtschaftsfragen habe eine Reihe von Bedenken zu den Vorschlägen geäußert, die der Ausschuß für soziale Fragen mit der Mehrheit seiner Mitglieder angenommen habe. Dennoch habe der Ausschuß für soziale Fragen einige wichtige Punkte beibehalten, wie zum Beispiel die Definition der Vollbeschäftigung. Der Redner bedauerte die Abwesenheit seines dänischen Kollegen, Herrn Haekkerup, der Berichterstatter für die Frage des Wirtschafts- und Sozialrates sei. In seinem Bericht werde festgestellt, daß der Ausschuß für Wirtschaftsfragen eine jährliche Konferenz an die Stelle des Wirtschafts- und Sozialrates setzen wolle, welche in etwa die Aufgaben dieses Rates wahrzunehmen habe. Herr Haekkerup habe von sich aus vorgeschlagen, daß eine Dreierkonferenz, bestehend aus Vertretern der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und der Regierungen, vom Internationalen Arbeitsamt einberufen werden solle. Herr Heyman war jedoch der Ansicht, daß es gefährlich sei, die Sozial-Charta von ihren Kontrollorganen zu trennen.

An der Aussprache nahmen folgende Redner teil: die Herren Aldo Spallici (Italiener, Republikaner), Robert Bichet (Franzose, MRP), René Radius (Franzose, Sozialrepublikaner), Dame Florence Horsbrugh (Engländerin, Konservative), Frau Helene Weber (Deutsche, CDU), die Herren J. J. Fens (Holländer, Katholische Volkspartei), Théo Lefèvre (Belgier, Christlich-Sozialer), Hermod Lannung (Däne, Sozialliberaler), Dr. A. D. D. Broughton (Engländer, Arbeiterpartei), Per Federspiel (Däne, Gemäßigter Liberaler), Frau Louise Schröder (Deutsche, SPD) und Herr John Edwards (Engländer, Arbeiterpartei).

Herr Federspiel schlug vor, den gesamten Entwurf an die Regierungssachverständigen zu überweisen. Zur Abstimmung kam der durch die Anträge der Herren Bichet und Edwards abgeänderte Text, der mit 57 gegen 5 Stimmen angenommen wurde.

Weisung Nr. 89

„Die Versammlung überweist den Entwurf der Sozial-Charta zusammen mit den Abänderungsanträgen von Herrn Bichet an den Ausschuß für Allgemeine Fragen, welcher im Zusammenwirken mit den Ausschüssen für soziale und Wirtschaftsfragen das Problem einer erneuten Prüfung unterziehen soll, unter besonderer Berücksichtigung der Frage der Inkraftsetzung der Charta und der geplanten Schaffung eines Europäischen Wirtschafts- und Sozialrates.“

Begegnungen der jungen Europäer

Am Nachmittag des 20. April legte Herr Heinrich Höfler (Deutscher, CDU) im Auftrage des Ausschusses für soziale Fragen einen Empfehlungsentwurf über die von Mitgliedsstaaten zu treffenden Maßnahmen für die Förderung von Begegnungen zwischen jungen Europäern vor. Der Ausschuß war der Auffassung, daß eine der besten Maßnahmen auf diesem Gebiet die Abhaltung europäischer Jugend-Wettkämpfe sei. Dieser Vorschlag war dem Ausschuß für kulturelle Fragen vorgelegt worden, der mit der Einschränkung zugestimmt

hatte, daß der Europarat sich nicht auf von anderen Organisationen betreuten Gebieten betätigen soll. Es wäre daher zu empfehlen, die Stellungnahme der europäischen Sportverbände einzuholen, wozu sich eine günstige Gelegenheit anlässlich deren Tagung am 14. Mai biete.

Herr Fritz Erler (Deutscher, SPD) erklärte als Berichterstatter des Ausschusses für kulturelle Fragen, daß die bestehenden Sportverbände einer Aufmunterung durch den Europarat zweifellos nicht bedürften; immerhin wäre es zweckmäßig, wenn ein Jugendtreffen der geplanten Art unter der Flagge des Europarats stattfinden würde. Die genannten Verbände müßten ihre Entscheidungen selbst treffen, jedoch müssen die Mitgliedsregierungen aufgefordert werden, ihre Unterstützung zu gewähren.

Die Versammlung nahm einstimmig den Empfehlungsentwurf und die Weisung zu diesem Thema an.

Empfehlung 96

„In der Erwägung, daß es für das Ziel des Europarats, nämlich die Verwirklichung einer engeren Einheit seiner Mitglieder, förderlich wäre, wenn die Jugendlichen der Mitgliedsländer häufiger miteinander in Berührung kämen;

In der Erwägung, daß Sportveranstaltungen zu den besten Mitteln gehören, um Berührungspunkte zu schaffen,

Empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee:

1. Die Mitgliedsregierungen aufzufordern, die zuständigen Organisationen in den Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, abwechselnd jährlich ein europäisches Jugendsportfest zu veranstalten, zu dem die Jugendlichen aller Mitgliedstaaten als Teilnehmer eingeladen würden;

2. der französischen Regierung vorzuschlagen, daß das erste dieser Sportfeste in Straßburg als dem Sitz des Europarats stattfinden solle und daß sie den französischen Sportverband damit betraute, Einladungen an alle anderen Mitgliedstaaten zu richten, damit ihre Schulsportvereine oder entsprechende Organisationen an dem geplanten Jugendsportfest teilnehmen;

3. den Europarat zu ermächtigen, Preise auszusetzen, die bei diesen Sportfesten verteilt würden.

Weisung Nr. 88

„Die Versammlung weist den Generalsekretär an, die Empfehlung Nr. 96 betreffend die Maßnahmen zur Förderung von Begegnungen zwischen jungen Europäern dem Kongreß der europäischen Sportverbände, der am 15. und 16. Mai tagt, vorzulegen, mit dem Ziel der Annahme des Entwurfs einer Europäischen Sport-Charta.

Der Zweck der Weiterleitung der Empfehlung soll darin bestehen, die Vorschläge der genannten Organisationen über die Möglichkeit der Durchführung europäischer Jugendwettspiele zu erhalten. Die Durchführung würde in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Organisationen erfolgen.“

Europäische Sozialversicherungsordnung

Der Sachverständigenausschuß für soziale Sicherheit hielt seine 9. Sitzung vom 10. bis zum 13. April in Straßburg ab. Der Ausschuß bestellte Herrn L. Watillon (Belgien) zum Vorsitzenden und Herrn

D. C. H. Abbot (Großbritannien) zum stellvertretenden Vorsitzenden. Beobachter des Internationalen Arbeitsamtes und der Hohen Behörde der EGKS nahmen an der Sitzung teil.

Der Ausschuß setzte seine Prüfung des Entwurfes einer Europäischen Sozialversicherungsordnung fort, insbesondere wurde die Frage behandelt, ob es wünschenswert sei, die Normen der sozialen Sicherheit höher anzusetzen, als sie im bisherigen Entwurf festgelegt sind.

Sozialkomitee

Dieser Sachverständigenausschuß des Europarats hielt vom 24. bis zum 27. April in Straßburg seine 3. Sitzung ab. Zum Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden wurden die Herren J. Doublet (Frankreich) und J. C. Veysey (Großbritannien) gewählt. Beobachter des Internationalen Arbeitsamtes, der Westeuropäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsrats nahmen an den Sitzungen teil.

Der wesentliche Punkt der Tagesordnung war die Europäische Sozial-Charta in der Form des Entwurfes, den die Ausschüsse der Beratenden Versammlung für soziale Fragen und für Wirtschaftsfragen ausgearbeitet haben. Auf der Grundlage der auf einem Fragebogen eingegangenen Antworten der Mitgliedsregierungen wurden eine Reihe von Artikeln über Beschäftigung und Arbeitsverhältnisse fertiggestellt. Die Sachverständigen entwarfen dann einen neuen Fragebogen über weitere soziale Rechte, die durch Gesetz oder Übung in den Mitgliedstaaten des Europarats gelten. Soweit es sich um die Rechte der sozialen Sicherheit und Unterstützung handelt, beschloß der Ausschuß, sich an die Arbeiten des Sachverständigenausschusses für soziale Sicherheit zu halten. Es wurde ferner beschlossen, den Ausschuß für öffentliche Gesundheit über Fragen seines Arbeitsbereiches zu konsultieren.

Der Ausschuß beschloß, den Regierungen der Mitgliedstaaten zu empfehlen, sich der zwischen den Mitgliedern der Westeuropäischen Union abgeschlossenen Konvention über den Austausch von Lehrlingen gemäß Artikel 13 dieser Konvention anzuschließen.

Der Sozialausschuß wird Ende November dieses Jahres seine nächste Sitzung abhalten.

VI. KULTURELLE FRAGEN

Verbreitung der europäischen Idee

Am Morgen des 18. April legte Herr Nigel Nicolson (Engländer, Konservativer) als Berichterstatter im Namen des Ausschusses für kulturelle und wissenschaftliche Fragen einen Bericht über die Mittel und Wege zur Verbreitung der europäischen Idee in Mitgliedsländern vor. In diesem Bericht wird auch die Rolle des Generalsekretariats des Europarats auf dem Gebiet der Informationen behandelt (Dok. 490). Herr Nicolson stellte fest, daß der Sinn seines Berichtes von Herrn Martino gut wiedergegeben worden sei, als dieser für das Ministerkomitee vor der Versammlung sprach: Herr Martino hatte gesagt, daß der Europarat bisher noch nicht den Eindruck auf die europäische öffentliche Meinung gemacht habe, wie man es bei seiner Gründung erhofft und erwartet hatte. Die Abgeordneten, fuhr Herr Nicolson fort, müßten sich

selbst die Frage vorlegen, ob es nicht ein Versagen ihrer eigenen „Public relations“ sei, wenn der Name und die Arbeit des Rates nicht besser bekannt seien. Es sei die Pflicht der Abgeordneten, sowohl in Straßburg als auch in ihren Heimatländern, ständig den Europarat zu nennen, wenn sie über ihre auswärtige Politik sprächen. Man müsse betonen, daß der Europarat das ganze Jahr hindurch arbeite, und hierfür sei eine ständige Publizitätsarbeit erforderlich.

Die Aufgabe der Presse- und Informationsabteilung sei es, das Verständnis der Öffentlichkeit für die Arbeiten des Rates zu erweitern. Aus diesem Grunde sei eines der Hauptanliegen des Berichtes der Vorschlag, daß diese Abteilung in Zukunft Literatur, Filme und Rundfunksendungen verbreiten könne, welche die europäische Idee im ganzen darstellen. Bisher dürfe sie lediglich als Berichterstatter über die Entschließungen und die Debatten der Versammlung fungieren.

Die im Bericht gemachten Vorschläge erfordern eine zusätzliche Ausgabe von 50 Millionen Francs; diese Summe möge groß erscheinen, sie entspreche jedoch dem Reklame-Etat eines mittleren Industrieunternehmens. Der Haushaltsausschuß habe bereits in seinem Bericht für den Haushalt 1956 festgestellt, daß die Ansätze für die Informationsdienste unzureichend erschienen. Außerdem müsse die Versammlung unbedingt eine dauernde und organische Verbindung mit der Presse- und Informationsabteilung schaffen.

Abschließend forderte Herr Nicolson die Abgeordneten auf, in der Öffentlichkeit nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, als kümmere der Europarat sich nicht um sie oder als seien die Mitgliedstaaten nicht willens oder nicht in der Lage, die bescheidenen Summen für die Publizitätsarbeit zu bewilligen. Der Europarat habe die Idee der europäischen Einheit nicht geschaffen, sondern sei aus ihr heraus geboren. Trotzdem sei er verantwortlich für die Pflege und Entwicklung dieser Idee.

Herr van der Goes van Naters (Holländer, Sozialist) trug dann die Auffassung des Ausschusses für Allgemeine Fragen über das „Europäische Informationszentrum“ vor. Er sei völlig einverstanden mit dem Vorschlag, daß das Generalsekretariat die europäische Idee in ihrer Gesamtheit fördern und die Öffentlichkeit darüber aufklären müsse. Die verschiedenen europäischen Organisationen sollten hier Gemeinschaftsarbeit leisten und nicht versuchen, eigene Dienste aufzuziehen. Das Europäische Informationszentrum in Paris leiste außerordentlich wertvolle Arbeit und erfreue sich des Vertrauens der verschiedenen Regierungen, die zu seiner Unterhaltung beitragen und seine Dienste benutzen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Zentrum und dem Europarat müsse geschaffen werden.

An der Debatte nahmen teil die Herren John Hay (Engländer, Konservativer), Declan Costello (Ire, Fine Gael), Frau Luise Rehling (Deutsche, CDU), die Herren William van Remoortel (Belgier, Sozialist), Lodovico Montini (Italiener, Christlicher Demokrat) und David Jones (Engländer, Arbeiterpartei).

Die folgenden Empfehlungen und Entschließungen wurden von der Versammlung einstimmig angenommen:

Empfehlung 93

„Nach Kenntnisnahme von dem Bericht des Ausschusses für kulturelle und wissenschaftliche Fragen über geeignete Mittel, um die Verbreitung der europäischen Idee in den Mitgliedsländern zu verstärken;

In der Auffassung, daß das Generalsekretariat vor allem durch Informierung und Beeinflussung der für die öffentliche Meinung in jedem Land maßgebenden Kreise eine wirksame Aktion durchführen kann;

In der Erwägung, im Lichte des genannten Berichts, daß es notwendig ist, die Wirkungskraft des Generalsekretariats dadurch zu steigern, daß man ihm gestattet, die europäische Idee zu propagieren, anstatt sich auf die Tätigkeit einer gewöhnlichen Pressestelle zu beschränken;

In der Erwägung, daß die in dem Bericht vorgelegten Haushaltsvoranschläge zur Entwicklung des Informationsdienstes des Generalsekretariats angemessen sind,

Empfiehl die Versammlung dem Ministerkomitee:

- 1) den Bericht des Ausschusses für kulturelle und wissenschaftliche Fragen zu berücksichtigen und dafür Sorge zu tragen, daß die Mitgliedsregierungen diesen Bericht zur Grundlage der Informationspolitik machen, die durch den Europarat verfolgt werden soll;
- 2) das Generalsekretariat auf dem Gebiet der Information derart zu bevollmächtigen, daß ihm nicht mehr untersagt sein würde, die europäische Idee zu propagieren: insbesondere mit dem Ziel, ihm zu gestatten, der Öffentlichkeit den wesentlichen Inhalt von Vorschlägen bekanntzumachen, die der Versammlung vorgelegt werden, selbst bevor sie angenommen worden sind;
- 3) die Veröffentlichung eines monatlichen Bulletins zu billigen, das in der Druckerei des Europarats gedruckt würde, wobei die Kosten dieser Publikation auf das Mindestmaß zu beschränken wären; ein Bulletin, das neben sonstigem informatorischen Inhalt Artikel von hervorragenden europäischen Persönlichkeiten enthielte, in denen diese ihre persönliche Meinung zum Ausdruck brächten;
- 4) die Möglichkeit der Bereitstellung der Haushaltsmittel, die zur Durchführung der in dem Bericht des Ausschusses für kulturelle und wissenschaftliche Fragen enthaltenen Vorschläge notwendig sind, wohlwollend zu prüfen.“

Empfehlung 94

„Die Versammlung

Nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß das Ministerkomitee am 8. Dezember 1955 als Emblem des Europarats die lichtblaue Fahne mit einem aus zwölf fünfzackigen goldenen Sternen zusammengesetzten Kreis angenommen hat;

Verweist auf ihre Empfehlung 88 vom 25. Oktober 1955, durch die sie das Ministerkomitee ersucht hatte, den Generalsekretär zu beauftragen, mit den anderen europäischen Institutionen Verhandlungen aufzunehmen zu dem Zweck, daß die Embleme, die sie annehmen werden, demjenigen des Europarats angeglichen werden;

Stellt fest, daß das Ministerkomitee den Generalsekretär beauftragt hat, seinen Beschluß über die Annahme der Fahne den anderen europäischen Institutionen mitzuteilen, ohne sie jedoch aufzufordern, sich den Richtlinien der Empfehlung 88 gemäß einzustellen;

Ist der Auffassung, daß es wünschenswert wäre, wenn die anderen europäischen Institutionen sich bei

der Annahme ihrer eigenen Embleme nach der Empfehlung 88 richten würden;

Ist gleichfalls der Auffassung, daß die Mitgliedstaaten an allen geeigneten Stellen und ganz besonders an den Grenzübergängen die Fahne aufziehen sollten, um die Reisenden daran zu erinnern, daß sie Europa nicht verlassen, wenn sie von dem Hoheitsgebiet eines Staates auf das eines anderen Staates übergehen, und

Empfiehl dem Ministerkomitee:

- 1) den Generalsekretär zu beauftragen, die anderen europäischen Organisationen zu ersuchen, sich den Richtlinien der Empfehlung 88 gemäß einzustellen;
- 2) den Mitgliedsregierungen vorzuschlagen, an den Grenzübergangsstellen, wo die Nationalflagge eines Mitgliedstaates weht, gleichzeitig auch die Fahne des Europarats aufzuziehen.“

Entschließung 93

„Die Versammlung,

Auf Grund der Tatsache, daß der Europarat seit dem 8. Dezember 1955 sein Emblem besitzt, die lichtblaue Fahne mit einem Kreis aus zwölf fünfzackigen goldenen Sternen;

In der Meinung, daß es angebracht ist, von dieser Fahne so weitgehend wie möglich Gebrauch zu machen, um den Interessen des Europarats am besten zu dienen,

Nimmt folgende Entschließung an:

1. Die Fahne soll sowohl innerhalb wie außerhalb der Gebäude, in denen die Beratende Versammlung und ihre Ausschüsse tagen, sichtbar sein, und zwar in Straßburg ebenso wie an anderen Orten.
2. Die Abgeordneten bei der Beratenden Versammlung sollen ermächtigt werden, an ihren Wagen eine Plakette mit der Abbildung der Fahne anzubringen; die Bedingungen, unter denen die Fahne hier gezeigt werden kann, sollen in einer Verordnung des Ausschusses für Geschäftsordnung und Immunitäten festgelegt werden.
3. Es ist wünschenswert, daß die nationalen Parlamente nach dem Beispiel, das der Bundestag der Bundesrepublik Deutschland am 22. März 1956 gegeben hat, die Fahne des Europarats an ihren Gebäuden aufziehen, wenn sie Fragen von europäischem Interesse behandeln; der Präsident der Versammlung wird gebeten, den nationalen Parlamenten diese Entschließung der Versammlung mitzuteilen.
4. Es ist wünschenswert, daß das Emblem den Besuchern des Europahauses in geeigneter Form als Andenken geboten wird.“

Entschließung 94

„Die Versammlung,

In der Meinung, daß es unerlässlich ist, dem Europarat zu ermöglichen, eine wirksame Informations-Politik zu betreiben;

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Vorschläge zur Reorganisation der Ausschüsse der Beratenden Versammlung zur Zeit von dem Ausschuß für Geschäftsordnung und Immunitäten geprüft werden,

Nimmt folgende Entschließung an:

1. Bis der Ausschuß für Geschäftsordnung sich endgültig über die Struktur der Ausschüsse geäußert hat, soll im Rahmen des Ausschusses für kulturelle und wissenschaftliche Fragen ein Unterausschuß für Information gebildet werden, der eine wirksame Verbindung zwischen der Versammlung und dem Generalsekretariat auf dem Gebiet der Information sicherstellen soll.

2. Die Mitgliedschaft dieses Unterausschusses müßte so weit gefaßt werden, daß sie Mitglieder anderer Ausschüsse der Versammlung mit einbegreift."

Weisung Nr. 87

"Die Versammlung nimmt von dem Dokument 329 über die Schaffung einer europäischen Informations- und Dokumentationszentrale Kenntnis und stellt fest, daß ein von Beiträgen der Regierungen unterhaltenes europäisches Informationszentrum in Paris besteht.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Zweck des Vorschlages durch enge Zusammenarbeit zwischen dem Generalsekretariat des Europarats und dem Europäischen Informationszentrum erfüllt werden kann, wird der Generalsekretär angewiesen, Verbindung mit diesem Zentrum aufzunehmen, zweckmäßige Maßnahmen für die Zusammenarbeit zu treffen und der Versammlung zu gegebener Zeit über das Veranlaßte zu berichten."

Ausschuß für kulturelle und wissenschaftliche Fragen

Der Ausschuß setzte zwei Unterausschüsse ein: für Informationswesen (Vorsitzender Herr Nicolson, Engländer), bestehend aus fünf Mitgliedern und Vertretern einiger anderer Ausschüsse, sowie über Europäische Universitäten (Vorsitzender Herr Erler, Deutscher). Dieser Ausschuß hat als nächste Aufgabe die Vorbereitung einer Sondersitzung über das letztere Thema vom 11. bis zum 13. Juni. Der Ausschuß bestellte ebenfalls seine Vertreter für den Gemeinsamen Kulturausschuß: die Herren Costello (Ire), Erler (Deutscher), Nicolson (Engländer), Strasser (Österreicher) und van Remoortel (Belgier).

Dieses Gremium wird am Montag, dem 7. Mai, während der Sitzung der Kultursachverständigen zusammen-treten.

VII. BEVÖLKERUNG UND FLÜCHTLINGE

Der Sonderbeauftragte

Nachstehend wird der Wortlaut der vom Ministerkomitee am 16. April 1956 angenommenen Entschlie-ßung (56) 8 über die Aufgaben des Sonderbeauftragten wiedergegeben:

"Das Ministerkomitee beschließt unter Berücksichti-gung der Entschließung (55) 34 vom 13. Dezember 1955 betreffend die Erneuerung auf unbestimmte Zeit des Mandats des Sonderbeauftragten des Europarats für nationale Flüchtlinge und Überbevölkerung die folgen-den Richtlinien für die Aufgaben und Stellung des Sonderbeauftragten:

Artikel I

Der Sonderbeauftragte des Europarats für nationale Flüchtlinge und Überbevölkerung in Europa soll die erforderlichen Schritte unternehmen, um die Regierun-gen und zuständigen Organisationen zu veranlassen, sei es einzeln oder in Zusammenarbeit, Maßnahmen für die Lösung der Probleme der nationalen Flüchtlinge und der Überbevölkerung, die in Europa bestehen oder entstehen können, zu ergreifen.

Insbesondere ist es die Aufgabe des Sonderbeauf-tragten,

1. politische Anregungen zu geben, die einer Lösung dieser Probleme förderlich sind, und das Bewußtsein der Öffentlichkeit auf ihre Bedeutung zu lenken;
2. Informationen über die Erfahrungen, die von diesen Problemen betroffene Länder gesammelt haben, zu sammeln und zu verbreiten, besonders bezüglich wirt-schaftlicher Expansion, Vollbeschäftigung und sozia-lem Gleichgewicht;

3. die Regierungen aufzufordern, ihre Politik auf dem Gebiet der Flüchtlinge und der Überbevölkerung wirksamer zu koordinieren und gegebenenfalls inner-halb der verschiedenen internationalen Organisatio-nen zum Tragen zu bringen, unter Berücksichtigung der besonderen Gegebenheiten in verschiedenen Ländern;

4. auf Ersuchen der Regierungen an der Ausarbeitung von Integrationsprogrammen mitzuwirken, die inner-halb des Wirtschaftssystems des Aufenthaltslandes oder durch Wanderung innerhalb oder aus Europa durchgeführt werden soll;

5. soweit erforderlich, die zwischenstaatlichen und son-stigen internationalen Organisationen, die einen Kon-sultativstatus beim Europarat haben, zur Mitarbeit heranzuziehen, unter Berücksichtigung der von die-sen Organisationen bereits geleisteten Arbeiten;

6. die politische und moralische Unterstützung des Euro-parats für die Tätigkeit der zuständigen Organisatio-nen zu erleichtern.

Artikel II

Zur Erleichterung der Erfüllung seiner Aufgaben und zur Koordinierung seiner Tätigkeit, wie sie im Art. I. festgelegt ist, mit derjenigen anderer internationaler Organisationen (vgl. § (i) der Entschließung (55) 34) soll der Sonderbeauftragte von einem beratenden Aus-schuß folgender Zusammensetzung unterstützt werden:

1. ein höherer Fachbeamter für Flüchtlings- und Bevölke-rungsfragen aus jedem Mitgliedstaat, der vertreten zu sein wünscht;
2. ein Beobachter von jeder zuständigen internationalen oder zwischenstaatlichen Organisation auf Einladung des Sonderbeauftragten.

Der Ausschuß kann Vorschläge für neue Pläne vor-legen.

Der Sonderbeauftragte des Europarats ist kraft seines Amtes Vorsitzender dieses Ausschusses.

Artikel III

Der Ausschuß wird nach dem Ermessen seines Vor-sitzenden durch die Vermittlung der Abteilung für Flüchtlinge und Überbevölkerung einberufen, die als Sekretariat für den Sonderbeauftragten fungiert.

Artikel IV

Der Sonderbeauftragte soll beiden Organen des Euro-parates einen jährlichen Tätigkeitsbericht vorlegen."

Wiederansiedelungs-Fonds des Europarats

Das Ministerkomitee nahm am 16. April eine weitere Entschließung (56) 9 an, die sich auf die grundsätzliche Einigung über die Schaffung eines Wiederansiedelungs-Fonds des Europarats für nationale Flüchtlinge und Überbevölkerung in Europa bezieht. Dieser Fonds wird als Teilabkommen zwischen acht Mitgliedern des Rates geschaffen und soll die Probleme lösen helfen, die sich aus der Anwesenheit von überzähligen Bevölkerungselementen ergeben, indem rückzahlbare Anleihen oder Garantien zur Finanzierung von folgenden Projekten gegeben werden:

- a) Vorhaben zur Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten für diese Personenkreise;
- b) Wiederansiedelung in einem anderen europäischen Lande oder in Übersee.

In beiden Fällen müssen die Vorhaben von einem der Mitglieder des Fonds genehmigt werden.

Der Fonds ist dem Europarat angeschlossen und wird von diesem verwaltet. Die Organisation und Aufsicht

werden von einer Aufsichtsbehörde ausgeübt werden, und ein Verwaltungsrat sowie ein Direktor werden die ausführenden Organe sein.

Geistige Eingliederung junger Flüchtlinge

Am 18. April legte Herr William van Remoortel (Belgien, Sozialist) der Versammlung den Bericht des Ausschusses für kulturelle und wissenschaftliche Fragen über die zur geistigen Eingliederung junger Flüchtlinge aus Ländern jenseits des Eisernen Vorhanges zu ergreifenden Maßnahmen (Dok. 474) vor

Herr van Remoortel wies darauf hin, daß die große Zahl der in ihre Länder zurückkehrenden jungen Flüchtlinge beweise, daß es dem Westen nicht gelungen sei, die Lebensbedingungen innerhalb einer demokratischen Gemeinschaft jungen, unter einem kommunistischen Regime aufgewachsenen Menschen annehmbar zu machen. Zwanzig Prozent dieser Flüchtlinge kehrten hinter den Eisernen Vorhang zurück; dies bedeute, daß bei einer Aufhebung der Grenzen Westeuropa erhebliche Schwierigkeiten haben werde, um den osteuropäischen Völkern seinen Begriff der Freiheit verständlich zu machen. Eine der wichtigsten Aufgaben des Westens sei es, den jungen Flüchtlingen die Welt der freien Gesellschaft zu öffnen. Da die meisten dieser Flüchtlinge deutscher Abstammung seien, sei es nur natürlich, daß der größte Teil der Ausgaben aus deutschen Quellen stammen müsse. Die übrigen Mitgliedsregierungen des Europarats sollten daher in erster Linie eine Geste europäischer Solidarität zeigen, um den jungen Flüchtlingen zu beweisen, daß sie nicht nur in ihrem eigenen Lande, sondern von der ganzen Familie der freien europäischen Völker aufgenommen würden.

Herr Goedhart (Holländer, Arbeiterpartei) legte sodann die Stellungnahmen des Sonderausschusses für die nicht vertretenen Nationen und des Allgemeinen Ausschusses zu diesem Bericht vor:

Es handele sich hier um eine gesamteuropäische Verantwortung, und es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß trotz der mindestens 300 Millionen Mark, welche die ostdeutsche Regierung für Propaganda ausbe, die Anziehungskraft des freien Europa so groß sei, daß die überwiegende Menge sehnsüchtig nach Westen blicke. Einige von ihnen könnten das freie Europa erreichen und es sei eine wichtige Pflicht, diesen jungen Leuten die kulturellen Werte des wirklichen Europa nahe zu bringen. Eine Unterstützung müsse auf europäischer Basis erfolgen, da nicht ein Ostdeutscher nach Westdeutschland, ein Ungar nach Österreich oder ein Bulgare in die Türkei fliehe. Sie flöhen in das freie Europa, um der Welt des totalitären Kommunismus zu entgehen. Eine angemessene Hilfteistung sei nur durch die Bereitstellung von größeren Mitteln auf europäischer Basis möglich.

Herr Schütz (Deutscher, CDU) erklärte im Namen des Ausschusses für Flüchtlinge und Bevölkerungsfragen, daß Herr *Schneider*, der Sonderbeauftragte, ebenfalls der Auffassung sei, daß die geistige und materielle Eingliederung der Flüchtlinge gleichzeitig erfolgen müsse.

An der Debatte nahmen teil: die Herren *Dickson* (Schwede, Konservativer), *Pernot* (Franzose, Unabhängiger Republikaner), *Smitt Ingebretsen* (Norweger, Konservativer).

Die Versammlung nahm einstimmig folgende Empfehlung an:

Empfehlung 92.

„Die Versammlung,

Im Hinblick auf die Empfehlung 30 (1950) über die dringende Notwendigkeit, den Flüchtlingen Hilfe zu leisten;

Im Hinblick auf die Empfehlung 13 (1951) über die Probleme der Flüchtlinge und der überzähligen Bevölkerung;

Im Hinblick auf die Empfehlung 35 (1952) bezüglich der internationalen Finanzierung der Wiedereingliederung der Flüchtlinge und überzähligen Bevölkerung;

In der Erwägung, daß die geistige Anpassung der jungen Flüchtlinge aus den osteuropäischen Ländern eine Aufgabe ist, welche die europäische Verantwortlichkeit mitverpflichtet;

In der Erwägung, daß das von solchen Organisationen wie der „Europäischen Erziehungsgemeinschaft“ unternommene Werk bereits eine Grundlage für die Durchführung dieser Aufgabe darstellt,

Empfehlte dem Ministerkomitee:

- 1 die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern, das Werk der geistigen Anpassung der jungen Flüchtlinge, die aus den osteuropäischen Ländern kommen, zu unterstützen und ihm die notwendige finanzielle und administrative Hilfe zu gewähren;
2. zu prüfen, in welchem Maße die Institutionen des Europarats der Verwirklichung dieses Werkes dienen könnten.“

VIII. NICHT VERTRETENE NATIONEN

Auf der Tagesordnung des Sonderausschusses der Beratenden Versammlung für die Wahrung der Interessen der im Europarat nicht vertretenen europäischen Nationen steht ein Antrag seines Vorsitzenden, Herrn *Wistrand* (Schwede), betreffend eine Aktion zur Freilassung politischer Gefangener in Ländern hinter dem Eisernen Vorhang. Berichterstatter ist Herr *Goedhart* (Holländer), der auch über die Frage der Stellung und der Zukunft der Satellitenstaaten in Mittel- und Osteuropa im Rahmen der internationalen Lage berichten wird. Dieser Bericht und möglicherweise ein Entschließungsentwurf werden der Versammlung im Oktober vorliegen. Gräfin *Finckenstein* (Deutsche) wird einen Bericht über die Arbeitsmöglichkeiten von Flüchtlingsärzten und -zahnärzten vorlegen.

IX. GESCHAFTSORDNUNG

Am 20. April legte Herr *Bichet* (Franzose) im Auftrage des Ausschusses für Geschäftsordnung und Immunitäten einen Entschließungsentwurf (Dok. 502) vor, betreffend die Voraussetzungen, unter denen Abgeordnete der Versammlung eine bezahlte Stellung beim Rat annehmen können. Der Redner erinnerte die Versammlung daran, daß diese Frage erstmals von Herrn *Herbert Morrison* (Engländer) im September 1954 angeschnitten worden sei, gleichzeitig habe Herr *Henri Rolin* (Belgien) den Ausschuss ersucht, die Stellung von Abgeordneten zu untersuchen, die Angehörige der Europäischen Menschenrechtskommission sind. Ein erster Entwurf sei vom Ausschuss im Jahre 1955 vorgelegt worden, er habe jedoch zu Auslegungsschwierigkeiten Anlaß gegeben, insbesondere sei die Frage offengeblieben, ob ein Abgeordneter Europäischer Kommissar werden

könne oder nicht. Nach Rückverweisung an den Ausschuß habe dieser nun einen neuen Text vorgelegt, der sich ausschließlich auf Posten im Generalsekretariat beziehe.

Dieser Text wurde einstimmig bei zwei Enthaltungen von der Versammlung angenommen.

Entschließung 96

„Die Versammlung,

Der die Frage vorgelegt worden ist, ob ein Mitglied der Versammlung berechtigt ist, sich um einen von der Versammlung vergebenen besoldeten Posten zu bewerben oder ihn anzunehmen,

Billigt nachstehende Entschließung:

1. Nach den Bestimmungen von Artikel 36 (d) des Statuts ist die Ausübung eines Amtes im Generalsekretariat und im Verwaltungsdienst, das aus dem Fonds des Europarats besoldet wird, unvereinbar mit dem Mandat eines Abgeordneten bei der Beratenden Versammlung oder eines Mitglieds eines nationalen Parlaments.

2. Jede Person, die das Mandat eines Abgeordneten bei der Beratenden Versammlung oder eines Mitglieds eines nationalen Parlaments innehatte, soll sich für mindestens zwei Jahre nach Ablauf dieses Mandats nicht um einen Posten im Generalsekretariat oder im Verwaltungsdienst, der aus dem Fonds des Europarats besoldet wird, bewerben oder ihn annehmen können.

3. Ein Abgeordneter bei der Beratenden Versammlung kann Mitglied der Europäischen Kommission der Menschenrechte sein.“

X.

HAUSHALTS- UND VERWALTUNGSFRAGEN

Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Herr Hermann Pünder (Deutscher), legte am 21. April der Versammlung den Entwurf einer Stellungnahme seines Ausschusses (Dok. 509) über den Entwurf eines Haushaltsplanes der Beratenden Versammlung für 1957 vor. Herr Pünder wies darauf hin, daß die derzeitige Zusammensetzung des Ausschusses geändert werden müsse, da zur Zeit eine Vertretung Österreichs und Irlands nicht möglich sei. Für die Versammlung sei der gesamte Haushaltsplan des Europarats wichtig, nicht nur die auf die Versammlung bezüglichen Kapitel. Die hauptsächlichsten Ausgabensteigerungen gingen auf die Empfehlungen des Kulturausschusses zur Verstärkung des Informationswesens zurück (vgl. den Abschnitt „Kulturelle Fragen“).

Herr Robert Bichet (Franzose) erklärte als Berichterstatter, daß im Gegensatz zu 1955 der Ausschuß in diesem Jahre sämtliche zu seiner Arbeit erforderlichen Unterlagen zur Verfügung gehabt habe. Allerdings gehe aus Kapitel 2 nicht die wirkliche Höhe der Ausgaben der Versammlung hervor, und der Ausschuß habe daher darum gebeten, weitergehende Unterlagen über die vollen Unkosten der Versammlung zu erhalten. Abgesehen von den erhöhten Ausgaben im Kultur- und im Informationsprogramm schlage der Ausschuß eine Erhöhung des Ansatzes für Reisekosten des Sekretariats vor, sowie eine Erhöhung der Bezahlung für Hilfskräfte, die zum Teil nur einen Tagessatz von DM 12,— erhielten.

In der Debatte sprachen Herr Maydon (Engländer), der auf die Unlogik hinwies, die darin liege, daß nur

ein Teil des Haushaltsvoranschlages zur Debatte stehe. Herr Smitt Ingebretsen (Norweger) drückte seine Besorgnis darüber aus, daß die Mittel für die Abhaltung gewisser Sitzungen nicht zur Verfügung stehen würden.

Die Versammlung nahm anschließend die Stellungnahme des Ausschusses einstimmig an.

Nachstehend einige Posten aus diesem Voranschlag: Reisekosten des Sekretariats: 6,5 Millionen Francs; Reisekosten und Entschädigungen für Sachverständige: 2 Millionen Francs; Informationsprogramm: 31 Millionen Francs; Kurzfilme für Fernsehen: 21,5 Millionen Francs; Verdoppelung der Aufwendungen für nationale Korrespondenten; Kulturprogramm: 30 Millionen Francs.

XI. VERSCHIEDENES

Europäisches Fenster

Der Internationale Ausschuß für die Sammlung von Beiträgen für ein Europäisches Fenster im Straßburger Münster tagte am 21. April unter dem Vorsitz von Herrn Paul van Zeeland in Straßburg. Der Sekretär des Ausschusses, Herr Paul M. G. Lévy, teilte mit, daß der Entwurf des französischen Kirchenfenstermalers Max Ingrand angenommen worden sei. Die für die Herstellung des Fensters nicht benötigten Mittel sollen dem Hilfswerk für verschleppte Personen zur Verfügung gestellt werden.

Das Fenster wird in einer lateinischen Inschrift die Schaffung europäischer Institutionen in Straßburg würdigen und des ersten Generalsekretärs des Europarats, Jacques-Camille Paris, gedenken. Die Einweihung wird in feierlicher Form am 21. Oktober erfolgen.

VORLAUFIGER TERMINKALENDER

- | | |
|--------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1. Mai: | Präsidium des Kultursachverständigen-Ausschusses (Straßburg) |
| 2. — 9. Mai: | 12. Sitzungsperiode des Kultursachverständigen-Ausschusses (Straßburg) |
| 8. — 12. Mai: | Gemeinsame Versammlung der EGKS Erster Teil (Straßburg) |
| 14. — 19. Mai: | Sachverständigenausschuß für die Behandlung von juristischen Personen (Straßburg) |
| 23. — 28. Mai: | Arbeitsgruppe der Europäischen Kommission der Menschenrechte (Straßburg) |
| 24. — 25. Mai: | Sonderausschuß für kommunale und regionale Angelegenheiten (Berlin) |
| 24. — 26. Mai: | Unterausschuß für die Vereinfachung von Grenzformalitäten des Ausschusses für Rechts- und Verwaltungsfragen (Berlin) |
| 28. Mai — 2. Juni: | Europäische Kommission der Menschenrechte (Straßburg) |
| 5. Juni: | 40. Sitzung der Stellvertreter der Minister (Straßburg) |
| 11. — 13. Juni: | Außerordentliche Sitzung des Ausschusses für kulturelle und wissenschaftliche Fragen (Straßburg) |
| 18. Juni: | Gemeinsame Versammlung der EGKS Zweiter Teil (Straßburg) |

Gegenseitige Staatsbesuche als Teil des neuen Kurses in der sowjetischen Außenpolitik

(Zweiter Teil)

Von Dr. Curt Gasteyger

III. „Neutralismus“ als Mittel zur Gewinnung der Länder Asiens

Die wachsende Bedeutung der asiatischen Länder wurde wohl am eindrucklichsten an der Konferenz von Bandung im April 1955 sichtbar¹⁴⁹. Die Unabhängigkeitsbestrebungen dieser Staaten und ihr Streben nach Selbstbestätigung und Anerkennung waren von der Sowjetunion aufmerksam verfolgt und besonders nach dem Zweiten Weltkrieg unterstützt worden. Es kam der Sowjetunion dabei darauf an, vor allem diejenigen Länder ihrer Hilfe und Sympathie zu versichern, die eine allianzfreie, zur Hauptsache gegen das westliche Kolonialsystem gerichtete und gegenüber der Sowjetunion wohlwollende oder zum mindesten neutrale Haltung einzunehmen gewillt schienen. Indem die sowjetische Regierung eine Anzahl der von diesen asiatischen Ländern erhobenen Forderungen

und aufgestellten außenpolitischen Prinzipien — allem zuvor die bekannten fünf Prinzipien der Koexistenz — zu ihren eigenen machte, verschaffte sie sich eine breite Ausgangsbasis für gemeinsame Verhandlungen und konnte auf diese Weise von vornherein auf die Sympathie und das Wohlwollen jener Staaten zählen. Zudem gab deren meist schwierige wirtschaftliche Situation eine genügende Begründung, sich hier mit einer auf lange Sicht geplanten Wirtschaftshilfe¹⁵⁰ einzuschalten und damit die wirtschaftliche Frage zu einem Teil ihrer gesamtpolitischen Konzeption zu machen. Es sind deshalb auch immer wieder diese beiden Gebiete der Politik und der Wirtschaft, die jeweils bei den Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und anderen Ländern im Vordergrund stehen.

Die Besuche in der Sowjetunion

Die gemeinsamen Erklärungen

Die Kommuniqués, die nach den Besuchen der Ministerpräsidenten Indiens (Jawaharlal Nehru), der Demokratischen Republik Vietnam (*Ho Tschü Minh*) und Burmas (*U Nu*) in der Sowjetunion und beim Gegenbesuch der sowjetischen Regierungsdelegation in Indien, Burma und Afghanistan veröffentlicht wurden, stimmen zwar nicht im Wortlaut, wohl aber in den wesentlichen Punkten überein¹⁵¹. In allen werden nämlich die freundschaftlichen Beziehungen betont, welche die jeweiligen Staaten mit der Sowjetunion verbinden, und es wird dem Wunsch nach einer Vertiefung insbesondere der wirtschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit bei der wirtschaftlichen Entwicklung der asiatischen Staaten Ausdruck verliehen. Der politische Teil der Erklärungen enthält übereinstimmend folgendes:

— Alle vier asiatischen Staaten bekennen sich gemeinsam mit der Sowjetunion zu den „fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“: gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, Nichtangriff,

Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen, Gleichberechtigung und gegenseitige Begünstigung, friedliche Koexistenz. Zum Beweis für die Realisierbarkeit dieser Prinzipien wird in den Erklärungen auf die Konferenz von Bandung und die in den letzten Monaten erzielten Fortschritte in der internationalen Lage verwiesen.

- Alle Staaten schließen sich in den Erklärungen den Forderungen der Sowjetunion nach Abrüstung, dem bedingungslosen Verbot der Atomwaffen und der Einführung einer internationalen Kontrolle an.
- In der sowjetisch-indischen und der sowjetisch-burmesischen Erklärung wird die Politik der Bildung regionaler Militärblocks scharf verurteilt; in der sowjetisch-afghanischen fehlt diese Äußerung, doch enthält sie dafür den Hinweis auf die Neutralität Afghanistans. In dem Kommuniqué der Sowjetunion mit der „Demokratischen Republik Vietnam“ fehlt selbst dieser Hinweis, dagegen werden „die den Genfer Abkommen zuwiderlaufenden Versuche, Südvietnam, Laos und Kambodscha in den Wirkungsbereich des aggressiven Militärblocks in Südostasien (der SEATO) einzugliedern“, entschieden verurteilt.

— Mit Ausnahme von Vietnam fordern alle Staaten gemeinsam mit der Sowjetunion eine Lösung der fernöstlichen Probleme im Einklang mit den Interessen des Friedens und denen der beteiligten Völker, sowie die Zulassung der Volksrepublik China zu den Vereinten Nationen. Dabei werden von Indien und Burma im einzelnen die Uebergabe Formosas an die Volksrepublik China, die Wiedervereinigung Koreas und die Durchführung der Beschlüsse der Genfer Konferenz über Indochina gefordert. Die afghanisch-sowjetische Erklärung enthält als einzige die Forderung auf Selbstbestimmung derjenigen Völker, die noch keine nationale Souveränität genießen.

*Indien als Schwerpunkt
der sowjetischen Politik in Asien*

Nachdem China im Jahre 1949 durch den Sieg der Kommunistischen Partei in eine Volksrepublik umgewandelt worden war und seine Stellung als Exponent des Kommunismus in Asien gesichert schien, richtete sich das Augenmerk der Sowjetunion auf das an Bedeutung und politischem Gewicht von Jahr zu Jahr gewinnende Indien. Durch seine Politik der militärischen Bündnisfreiheit, der nationalen Unabhängigkeit — zunächst gegen das westliche Kolonialsystem und seine Auswirkungen gerichtet — und den Bemühungen, in der West-Ost-Auseinandersetzung eine vermittelnde Rolle zu übernehmen, hatte der indische Premierminister, *Nehru*, einen nicht mehr zu übersehenden Einfluß innerhalb der asiatischen Welt gewonnen. Diese Länder sahen in seiner Politik einen ihrer Situation gemäßen Weg, um der Alternative Kommunismus—Antikommunismus eine eigene Lösung entgegenzustellen und sich zugleich von jeder auswärtigen Vormundschaft zu befreien. Die Sowjetunion erkannte zu Recht die Möglichkeiten, welche ihr eine solche bündnisfreie Politik bot, die ja nicht nur die Schließung der noch bestehenden Lücken im westlichen Verteidigungssystem durch eine Einbeziehung dieser Länder verhinderte, sondern, damit einhergehend, eine direkte politisch-militärische Einflußnahme des Westens auf sie verunmöglichte (oder doch sehr erschwerte) und sie auf diese Weise zu einem Gebiet machte, in dem die „kompetitive Koexistenz“ zwischen West und Ost ungehindert zur Entfaltung kommen konnte.

Der Staatsbesuch von Premierminister Nehru

Premierminister *Nehru* wurde als der hervorragendste Repräsentant dieser Politik als erster in die Sowjetunion eingeladen. Als er am 7. Juni in Moskau eintraf, wurde er von Regierung und Bevölkerung ungewöhnlich herzlich begrüßt, nachdem bereits Tage zuvor in allen maßgebenden Zeitungen auf die Bedeutung seines Besuches hingewiesen worden war.¹⁵² Themen der Besprechungen waren alle wichtigen internationalen Fragen, wobei die von beiden Seiten immer wieder betonte „Minderung der internationalen Spannung und Festigung der gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen“ Richtlinie und Pro-

gramm der Gespräche gebildet haben mochten (vgl. die eingangs gemachten Bemerkungen über die gemeinsamen Erklärungen). Da „in den Beziehungen zwischen beiden Ländern ein weites Feld für die Entwicklung der kulturellen, wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit“ entstanden sei, war beiden Parteien an einem Ausbau vor allem der wirtschaftlichen Beziehungen gelegen. Indien befindet sich gegenwärtig bei der Ausführung seines ersten Fünfjahresplanes, der zwar bis jetzt einige (von *Bulganin* lobend hervorgehobene) Erfolge gezeitigt hat, jedoch weitere wirtschaftlich-technische Hilfeleistungen und den Ausbau des Außenhandels notwendig macht. Der Ende 1953 abgeschlossene indisch-sowjetische Handelsvertrag schuf die Grundlage für engere Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern; das in der Erklärung erwähnte Abkommen über den Bau eines Hüttenwerkes in Indien mit Hilfe der Sowjetunion wird als charakteristisches Beispiel einer derartigen Zusammenarbeit dargestellt¹⁵³. Es ist anzunehmen, daß Premierminister *Nehru* auf seiner zweiwöchigen Besichtigungsreise durch die Sowjetunion zahlreiche Anregungen auf wirtschaftlichem Gebiet erhielt, die ihm bei der Durchführung seines sozialistischen Programms im eigenen Lande nützlich sein können¹⁵⁴.

Als dem markantesten Verfechter des Prinzips der Nichteinmischung und der friedlichen Koexistenz wurde *Nehru* wiederholte Male Gelegenheit geboten, seine Ansichten in öffentlichen Reden und Erklärungen gegenüber der Presse¹⁵⁵ darzulegen: es gebe, so betonte *Nehru*, keine Gründe dafür, daß Länder mit verschiedenen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systemen nicht zusammenarbeiten sollten. Für die Minderung der internationalen Spannung müsse die geeignete Atmosphäre geschaffen werden, wozu erforderlich sei, „daß man sich freundschaftlich zueinander verhalte und nichts rede, was andere beleidige“.¹⁵⁶ Durch eine weltweite Anerkennung der Grundsätze der Koexistenz könne das gegenseitige Mißtrauen beseitigt und damit die Kriegsgefahr vermindert werden. Daß diese Anschauungen volle Billigung und Unterstützung bei der Sowjetregierung fanden, bewiesen die Worte *Bulganins* (in seiner Antwort auf die Rede *Nehrus*), welche die sowjetisch-indischen Beziehungen als Beispiel für eine Zusammenarbeit zwischen Staaten mit verschiedenen Systemen hinstellten¹⁵⁷.

Am 23. Juni verließ Premierminister *Nehru* die Sowjetunion, um sich nach Warschau zu begeben, wo er die Reihe seiner Staatsbesuche in einer Anzahl europäischer Länder (Tschechoslowakei, Polen, Österreich, Italien, Großbritannien, Jugoslawien) fortsetzte.

Besuch Ho Tschin Minhs in Moskau

Die am 22. Juni aus Hanoi zu einem Besuch der Volksrepublik China und der Sowjetunion abgereiste Delegation der „Demokratischen Republik Vietnam“

und der „Vietnamesischen Partei der Arbeit“ traf unter Führung von Ministerpräsident *Ho Tsch Minh* am 12. Juli in Moskau ein. Nachdem in Peking mit der chinesischen Regierung ein Freundschaftsvertrag abgeschlossen worden war, durch den eine größere wirtschaftliche Hilfeleistung Chinas an Vietnam vorgesehen ist¹⁵⁸, durfte man auf Grund der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation in diesem Lande annehmen, daß auch für den Besuch in Moskau eine ähnliche Zielsetzung im Vordergrund stand. Die Aussichten auf die bevorstehenden Wahlen (im Sommer 1956) in beiden Teilen Vietnams ließen vermuten, daß *Ho Tsch Minh* alles versuchen würde, um der für seine Wahlpropaganda abträglichen amerikanischen Hilfe an Südvietnam etwas Ähnliches entgegenzusetzen zu können, was er jedoch nur mit Unterstützung der beiden großen befreundeten Länder, der Volksrepublik China und der Sowjetunion, zu tun vermochte¹⁵⁹. Falls dies gelänge, würde ihm zu den bereits in seiner Hand befindlichen Vorteilen (größere Bevölkerungszahl, wirksamere Kontrolle der Wählerschaft, das Prestige des Siegers über die französische Kolonialherrschaft) ein weiterer gegenüber den Nichtkommunisten (also vorab in Südvietnam) zufallen. Dann wäre es ihm nämlich möglich — dies mochte die von ihm und den Regierungen in Peking und Moskau angestellte Ueberlegung sein —, auf die „brüderliche Hilfe“ der beiden kommunistischen Länder hinzuweisen, die im Gegensatz zu der amerikanischen Dollarhilfe ohne Verknüpfung mit politischen Bedingungen erfolgt war¹⁶⁰. Bereits dieser — wichtige — Aspekt gab der Reise eine eigene Bedeutung, deren politische Natur keinen Moment in Frage stand. Die Durchführung der Wahlen in den beiden Teilen Vietnams als ein wesentlicher Punkt in der Verwirklichung der Genfer Abkommen vom 20. Juli 1954 und die damit zusammenhängenden Fragen wurden deshalb — auch in der gemeinsamen Erklärung — in den Mittelpunkt der Beratungen gerückt. Dies erklärt auch das gleich bei der Ankunft in Moskau an Frankreich gerichtete Angebot *Ho Tsch Minhs* zur Normalisierung der Beziehungen zwischen seinem Lande und Frankreich. Es gelte, so führte er aus, die während des Krieges zerstörte Wirtschaft wieder aufzubauen, um eine demokratische und unabhängige Entwicklung des Landes verwirklichen zu können. Er, *Ho Tsch Minh*, hoffe, daß dabei die Sowjetunion und andere, auch westliche, Länder behilflich seien¹⁶¹.

In den mehrtägigen Beratungen schien man *Ho Tsch Minhs* Wünschen Rechnung getragen zu haben, denn in dem abschließend veröffentlichten, ausführlichen Kommuniqué¹⁶² heißt es, daß „die Sowjetregierung zur Hebung des Lebensniveaus der Bevölkerung und zur Wiederherstellung der Wirtschaft der Demokratischen Republik Vietnam . . . 400 Millionen Rubel als nicht abzugeltende Hilfe bewilligt“ habe. Im Zusammenhang damit steht die Bereitschaft der

Sowjetregierung, Vietnam „bei der Ausbildung von Fachleuten an technischen Hoch- und Mittelschulen der UdSSR wie auch bei der Organisierung der Ausbildung von Fachleuten in den Lehranstalten Vietnams“ behilflich zu sein. Ferner wird der Abschluß eines Handelsabkommens zwischen den beiden Ländern angezeigt. Der politische Teil der Erklärung deckt sich, wie erwähnt, mit den anderen von der Sowjetunion mit nichtkommunistischen Ländern herausgegebenen. Einzig wird hier nicht auf die Wünschbarkeit einer neutralen Politik der Demokratischen Republik Vietnam hingewiesen, sondern gegen die Versuche einer Einbeziehung von Laos, Kambodscha und Südvietnam in die SEATO protestiert. Wahrscheinlich nahm man an, daß der kommunistische Teil Vietnams unter *Ho Tsch Minh* keinen Anlaß habe, eine solche für die nichtkommunistischen asiatischen Länder propagierte Politik der Bündnisfreiheit auch seinerseits durchzuführen.

Die Einladung

an den burmesischen Ministerpräsidenten U Nu

Ähnlich wie Indien versucht Burma, durch eine Politik der — zumindest auf militärisch-politischem Gebiet — allianzfreien Neutralität eine Mittel- und Mittlerstellung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten zu behaupten. Damit soll nach Ansicht des burmesischen Ministerpräsidenten, *U Nu*, nicht nur eine Verschärfung der Spannungen vermieden, sondern ein positiver Beitrag zur Entspannung geleistet werden. Die nicht zuletzt durch den Buddhismus bestimmte Haltung gegenüber dem Kommunismus spielt bei diesen Bemühungen Burmas eine entscheidende Rolle (vgl. unten S. 8953), weshalb *U Nu* nach seinem Besuch in der Sowjetunion zum Befremden der westlichen Regierungen in einem Interview erklären konnte¹⁶³, er betrachte den Kommunismus nicht als eine Gefahr, auch wenn sich beispielsweise bei den Wahlen in Vietnam eine kommunistische Mehrheit ergeben sollte. Ausgehend von einer derartigen, dem westlichen Denken fremden Auffassung werden auch das in den Moskauer Besprechungen erreichte weitgehende Einverständnis zwischen dem burmesischen Ministerpräsidenten und der Sowjetregierung (wie später der begeisterte Empfang der sowjetischen Staatsmänner in Indien und Burma) verständlich. Es waren somit nicht ausschließlich wirtschaftliche Erwägungen, welche zu diesem Ueberkommen führten, sondern die in manchen politischen Bereichen verständnisvolle Einstellung *U Nus* gegenüber der kommunistischen Denk- und Handlungsweise.

Der Besuch *U Nus* fand am 3. November mit der Veröffentlichung einer gemeinsamen sowjetisch-burmesischen Erklärung¹⁶⁴ seinen Abschluß. In ihr, die sich nur unwesentlich von der sowjetisch-indischen vom 22. Juni unterscheidet¹⁶⁵, wird im politischen Teil der Außenpolitik Burmas die volle Anerkennung der

Sowjetunion ausgesprochen und einmütig festgestellt, „daß die Politik des Zusammenzimmerns von Blöcken“ zu verurteilen sei, während diejenige des „Nichtbeitritts zu Blöcken den Völkern Sicherheit gewährleistet und eine positive Rolle bei der Herstellung des Friedens in der ganzen Welt spielt“. Dem

zwischen beiden Ländern abgeschlossenen Handelsabkommen¹⁶⁶ wird schließlich für die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen und die Erweiterung der kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit besondere Bedeutung beigemessen¹⁶⁷.

Die Südasien-Reise von Bulganin und Chruschtschow

Die Bedeutung Asiens für die Sowjetunion

Die Bemühungen der Sowjetunion um die asiatischen (und afrikanischen), zum Teil erst vor kurzem aus dem Status einer Kolonie entlassenen, zum Teil noch unter fremder Verwaltung stehenden Länder erreichten ihren vorläufigen Höhepunkt und sichtbarsten Ausdruck in der Südasienreise einer von Ministerpräsident *Bulganin* und Parteisekretär *Chruschtschow* angeführten sowjetischen Delegation in den beiden letzten Monaten des vergangenen Jahres. Der Kette von gegenseitigen Staatsbesuchen und Konferenzen, die seit dem Frühjahr 1955 kaum unterbrochen worden war, fügte man ein neues Glied an, das in seiner Bedeutung ohne Zweifel zu den wichtigsten gehörte, wegen der ungewöhnlich starken propagandistischen Auswertung der Reise aber doch wohl etwas überschätzt wurde. Grund für diese Bedeutung, die man in westlichen Kreisen dem erstmaligen Besuch sowjetischer Staatsmänner in nicht-kommunistischen asiatischen Ländern beimaß, waren nicht allein die vorausgegangenen, an Intensität und Stärke zunehmenden Bemühungen der Sowjetunion und der übrigen kommunistisch gelenkten Staaten (in Asien selbst stand die Volksrepublik China im Vordergrund) um die sich ihres Wertes in und außerhalb der asiatischen Welt immer mehr bewußt werdenden ehemaligen Kolonialstaaten, sondern deren wachsende Bereitschaft, mit dem Ostblock zu einem beidseitig vertretbaren *modus vivendi* (ausgedrückt in den fünf Prinzipien der Koexistenz) zu gelangen. Diese Uebereinstimmung sollte auch die Annahme der von der Sowjetunion großzügig angebotenen (allerdings umfangmäßig noch geringen) wirtschaftlichen Unterstützung erlauben. Da man auf Grund der bisherigen Erfahrungen im Westen nicht geneigt war, das sowjetische Angebot — wie von Geber und Empfänger wiederholt versichert wurde — als an keinerlei politische Bedingungen geknüpfte Hilfe aufzufassen, verfolgte man mit zunehmender Besorgnis die mehrwöchige Reise der sowjetischen Staatsmänner in Indien, Burma und Afghanistan.

Nicht nur hier, sondern auch in verschiedenen anderen Ländern Asiens und Afrikas machte sich nämlich gerade zu dieser Zeit eine verstärkte sowjetische Aktivität bemerkbar, die nicht nur — wie im Falle der bereits genannten drei Staaten — auf eine durch gegenseitige Besuche und durch Abkommen verschiedenster Art erreichte direkte Einflußnahme

hinzielte, sondern ganz allgemein bestrebt zu sein schien, die Länder dieser beiden Kontinente, insbesondere diejenigen, die bisher noch kaum mit der Sowjetunion in Kontakt gekommen waren oder diesen bereits einmal abgelehnt hatten, in den Aktionsradius der sowjetischen Außenpolitik einzubeziehen. Man wird nicht fehlgehen, wenn man auch hier als einen der wichtigsten Leitgedanken dieser Politik die Neutralisierung und die damit verbundene Absage einer Teilnahme an militärischen Allianzen betrachtet. Der Hinweis Ministerpräsident *Bulganins* auf das Interesse der Mittelostländer an der Neutralität¹⁶⁸, die Einladung an den ägyptischen Ministerpräsidenten, *Nasser*, zu einem Staatsbesuch in Moskau¹⁶⁹, der Besuch einer syrischen Delegation in der Sowjetunion¹⁷⁰, die Einladung des Schahs von Persien und einer Gruppe von persischen Parlamentariern, das Angebot für wirtschaftliche Hilfe bei gleichzeitiger Verurteilung der Versuche von „gewissen Mächten“, Persien in den Bagdad-Pakt einzubeziehen¹⁷¹, die erstmalige Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Libyen und dem Jemen¹⁷² (mit letzterem sollten auch die Handelsbeziehungen verbessert werden) sowie schließlich die Angebote für Waffenlieferungen an die arabischen Staaten¹⁷³: alle diese und ähnliche Tatsachen mußten im Westen zweifellos als ernstzunehmende Initiativen der Sowjetunion angesehen werden, die darauf hinausliefen, die Spannungen in diesen Gebieten noch zu erhöhen und weitere Konfliktherde zu schaffen. Die Idee eines neutralen, außerhalb der West-Ost-Auseinandersetzung stehenden und deshalb für eine Vermittlerrolle geeigneten „Blocks“ der asiatisch-afrikanischen Länder erhielt in diesen Ländern um so mehr Sympathien, als damit der alle diese Staaten vereinigende Kampf gegen den Kolonialismus und für die eigene Unabhängigkeit einhergehen und gefördert werden konnte, ein Kampf, der nach ihrer Ansicht durch die Sowjetunion — im Gegensatz zu den meisten westlichen Ländern — bei allen sonstigen Vorbehalten — eine ungeteilte Unterstützung fand. Den Mißkredit, in den Europa (und mit ihm auch die befreundeten Vereinigten Staaten) durch seine Kolonialpolitik zu Recht oder zu Unrecht geraten war, konnte weder die in den letzten Jahren erfolgte umfassende wirtschaftliche Hilfe noch die beispielsweise von Großbritannien geführte Politik der allmählichen Umwandlung von ehemaligen Kolonien in gleichberechtigte Glieder des

Commonwealth aufwiegen oder gar beseitigen. Dies gab den sowjetischen Führern einen in seiner Auswirkung kaum abzuschätzenden Trumpf in die Hände, der — wie sich zeigen sollte — auch immer wieder und bei jeder Gelegenheit ausgespielt wurde. Der Appell der sowjetischen Besucher an eine mehr emotional als vernunftmäßig ansprechbare Bevölkerung, wie er in der Anrufung ihrer zum wenigsten latent vorhandenen antikapitalistischen und antiwestlichen Gefühle zum Ausdruck kam¹⁷⁴, fiel schon deshalb nicht auf unfruchtbaren Boden, weil die Sicht, in welcher die Sowjetunion von Asien aus gesehen wird, eine von der westlichen völlig verschiedene und die Einstellung zu der einen imponierenden politischen und wirtschaftlichen Aufstieg verkörpernden Sowjetunion eine positive ist¹⁷⁵.

Die in westlichen Kreisen mehrfach geäußerte Vermutung¹⁷⁶, daß diese Asienreise auch zum Zwecke der Eindämmung des wachsenden chinesischen Einflusses in Asien unternommen worden sei, soll vor allem mit dem Hinweis auf die führende Rolle Chinas auf der Konferenz von Bandung (zu der die Sowjetunion nicht eingeladen worden war) sowie durch die Tatsache gestützt werden, daß — ganz im Gegensatz zu der knapp und genau berechneten Hilfe an China — die Sowjetunion Indien und Burma eine verhältnismäßig großzügige wirtschaftliche Unterstützung zusicherte, wozu China seinerseits nicht in der Lage ist. Damit, daß *Bulganin* und *Chruschtschow* die Volksrepublik China, die Sowjetunion und Indien als die „große asiatische Dreieheit“ gefeiert hätten, sei — so wird gefolgert — der chinesische Führungsanspruch in Asien neutralisiert worden. Auch wenn diese These der Beweisbarkeit ermangelt, so kann doch gesagt werden, daß in jedem Falle der Sowjetunion außerordentlich viel daran gelegen ist, ihren Einfluß in Asien zu verstärken, und daß sie auf diese Weise — ob direkt oder indirekt — in diesem Raum ein Gleich- (wenn möglich Ueber-) Gewicht gegenüber China einerseits und den Westmächten andererseits zu erreichen sucht¹⁷⁷. Man hatte in Moskau das Streben der asiatischen Staaten nach Beseitigung der Kolonialherrschaft und nach Verwirklichung einer „aktiven Koexistenz“ (d. h. Nichtteilnahme an militärischen Bündnissen und Freundschaft mit allen Völkern ungeachtet ihres politischen Systems) erkannt und war realistisch genug, diese Bestrebungen nicht nur zu dulden, sondern — als für die eigenen Interessen nützlich — wo immer möglich zu unterstützen. Indien wie auch — in einem geringerem Maße — Burma ihrerseits versuchen, „fehlende Militärmacht und Wirtschaftskraft durch das moralische Gewicht einer Haltung zu ersetzen, die auf andere Völker als Vorbild und Magnet wirken kann“¹⁷⁸. Auf diese Weise soll eine dritte Kraft geschaffen werden, die dem West-Ost-Konflikt seine Schärfe nehmen und wenn immer möglich einen entscheidenden Einfluß

auf die Erhaltung des Friedens ausüben will. Durch die Art, wie innenpolitische, wirtschaftliche und soziale Fragen auf der Grundlage eines marxistischen Staatssozialismus gelöst werden, entsteht eine Art „Interessengemeinschaft“ mit der Sowjetunion, die auch nicht gezögert hat, ihre auf diesem Gebiet gesammelten Erfahrungen zur Verfügung zu stellen.

Die Hinwendung zu kommunistischen Ideen und Idealen und die — wie erwähnt — dem Westen gefährlich oder unverständlich erscheinende Neigung der asiatischen Völker zum Kommunismus hat, besonders in Burma, zudem einen tieferen, im religiösen Denken verankerten Grund: sowohl im Islam wie im Hindu-Buddhismus findet sich ein dem Kommunismus (bei aller Verschiedenheit der Grund- und Ausgangslage) ähnliches messianisches Staats- und Zukunftsideal, das in seiner Tendenz wesentliche Übereinstimmungen mit der kommunistischen Ideologie aufweist. Der Kommunismus (nicht der Bolschewismus) wird deshalb nicht als Gefahr, sondern als ein der „niedrigeren“ (weil materiellen) Ebene angehörender Teil der eigenen (geistigen) Glaubensauffassung angesehen. Marxismus ist so mit dem Buddhismus auf wirtschaftlich-politischer, wenn auch nicht auf weltanschaulicher Ebene vereinbar. Das durch die großen Umwälzungen der letzten Jahre und Jahrzehnte erschütterte Weltbild des Buddhismus¹⁷⁹ galt es mit einem neuen positiven Gehalt zu erfüllen, und hierbei wurde der Appell des kommunistischen Rußland weit eher gehört als die Äußerungen eines rationalistisch denkenden Europa¹⁸⁰.

Eine solche, vorwiegend irrational bestimmte Einstellung zum Kommunismus, die ihn in Zusammenhang mit der eigenen Religion brachte, mochte bei der Haltung zum Kommunismus überhaupt und gegenüber seinen Repräsentanten, als die sich *Bulganin* und *Chruschtschow* ausgaben, mitbestimmend für den Erfolg der sowjetischen Asienreise gewesen sein.

Aus diesen allgemeinen Ueberlegungen heraus kann sich vielleicht der Hintergrund abzeichnen, vor dem die Reise ablief und mit Hilfe dessen Erfassung es eher möglich sein wird, sie in die ihr zukommenden Proportionen zu setzen.

Die erste Station: Indien

Die in einem kurzen Kommuniqué am 26. September bekanntgegebene¹⁸¹, bereits anlässlich des Moskauer Besuches von Premierminister Nehru vereinbarte Einladung einer sowjetischen Delegation zu einem Besuch in Indien bildete den Anlaß einer großangelegten vierzehntägigen Reise durch die ganze Indische Union¹⁸². Sie bot den sowjetischen Führern *Bulganin* und *Chruschtschow* Gelegenheit, nicht nur eine Reihe wirtschaftlicher, politischer und kultureller Institutionen des Landes kennenzulernen, sondern auch in zahlreichen Reden und Ansprachen¹⁸³ die Grundzüge ihrer Außenpolitik darzulegen. Bereits bei

ihrer Ankunft in Neu Delhi am 18. November und in ihren Reden vor dem indischen Parlament am 21. November¹⁸⁴ wiesen beide auf die enge Verbundenheit der sowjetischen und indischen Völker und auf die Bedeutung Indiens für die Erhaltung des Friedens hin. Ihre Ausführungen — durch spätere Reden ergänzt — lassen sich in folgende Punkte zusammenfassen:

1. Wiederholung der bekannten Prinzipien der sowjetischen Außenpolitik: Lösung internationaler Streitfragen durch Verhandlungen, Abrüstung und kollektive Sicherheit (wobei die Reduktion des Truppenbestandes in der sowjetischen Armee als von anderen Staaten nachzuahmendes Beispiel hervorgehoben wurde), Verbot der Atomwaffen, Rückgabe der auf ausländischem Gebiet befindlichen Militärstützpunkte, Politik der fünf Prinzipien der Koexistenz, Widerstand gegen aggressive Militärblöcke und Befürwortung der Neutralität (Beispiel Oesterreich), Lösung des Deutschlandproblems durch das deutsche Volk selbst mit Unterstützung der Großmächte, internationale Entspannung und Festigung des Friedens.
2. Zur Frage des internationalen Kommunismus wies *Chruschtschow* zunächst auf die starke Entwicklung der Sowjetunion hin, die sie dank der Uebernahme des Sozialismus erfahren habe, und betonte dabei, daß sie (d. h. die Sowjetunion) die „Ideen von der Umbildung der Gesellschaft nie jemandem aufgezwungen hat noch es jetzt tun wird“.¹⁸⁵ Dies sei deshalb nicht notwendig, weil er, *Chruschtschow*, nach wie vor der Ueberzeugung sei, daß die kommunistischen Staaten als Sieger aus dem Wettbewerb zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen System hervorgehen würden. Die Sowjetunion habe ihre politische Linie niemals aufgegeben und werde es auch niemals tun.¹⁸⁶ Diese mit Beifall aufgenommenen Worte ließen als ein Dementi von in westlichen Kreisen (nach der Genfer Juli-Konferenz) geäußerten Hoffnungen auf einen möglichen Kurswechsel der Sowjetunion an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die einzige Alternative zum Kriege, die verbleibe, sei nach seiner (*Chruschtschows*) Meinung nur die Koexistenz der beiden Systeme, da man wohl oder übel die Existenz des Kapitalismus nicht leugnen könne. Mit Befriedigung stellte er fest, daß Indien einen, wenn auch von der Sowjetunion verschiedenen, Weg des Sozialismus gewählt habe.
3. Indiens Verdienste als führende Nation Asiens wurden mehrmals hervorgehoben und seine Rolle als Vermittler und den aggressiven Militärblöcken feindlicher Staat begrüßt.
4. Sowohl in Ansprachen¹⁸⁷ anlässlich einer ursprünglich im Programm nicht vorgesehenen Reise nach Kaschmir wie in einer Erklärung auf einer Pressekonferenz in Neu Delhi am 14. Dezember¹⁸⁸ benutzten die beiden sowjetischen Staatsmänner die Gelegenheit, um zu den beiden für Indien brennenden Fragen — Goa und Kaschmir — Stellung zu nehmen. In beiden Fällen ergriffen sie Partei für Indien: zur Frage der portugiesischen Kolonie Goa hieß es in der Presseerklärung, daß „die Sowjetunion entschieden die Abschaffung der Ueberreste des verrotteten Kolonialismus“ befürworte. Nach dem Dafürhalten der Sowjet-

union müßten die Völker in Gebieten, die von Kolonisatoren widerrechtlich beherrscht und jahrzehntelang brutal ausgebeutet wurden, über ihr Geschick selbst entscheiden. Was Kaschmir betreffe, so habe die sowjetische Delegation gesehen, „wie freudig bewegt das Volk von Kaschmir seine Befreiung aufnimmt und sein Gebiet als integrierenden Bestandteil der Republik Indien betrachtet“. Die sowjetische Delegation sei „zutiefst überzeugt, daß das Volk von Kaschmir die Regelung seiner Angelegenheiten ohne fremde Einmischung zu Ende führen wird“. Diese Frage werde nach dem Willen der Völkerschaften von Kaschmir selbst entschieden.

5. Gleichfalls an der erwähnten Pressekonferenz erklärten *Bulganin* und *Chruschtschow* ihr Einverständnis zur Einberufung einer Fernostkonferenz der Regierungschefs der vier Großmächte „in der Art der Genfer Konferenz“, wobei „selbstverständlich die Chinesische Volksrepublik und Indien als Teilnehmer nicht fehlen dürften“.¹⁸⁹
6. Die von verschiedenen Seiten (auch von Premierminister *Nehru*) geforderte Auflösung des Kominforms würde nach Ansicht der beiden sowjetischen Staatsmänner einen Verzicht auf eine „auf den Friedenskampf gerichtete internationale Zusammenarbeit der Arbeiterklasse“ bedeuten, während andererseits Sozialisten und Kapitalisten ihre Vereinigung bestehen lassen könnten. (Am 17. April 1956 wurde allerdings das Kominform tatsächlich aufgelöst; vgl. EA 9/1956, S. 8833.)

Die von den beiden Regierungschefs *Bulganin* und *Nehru* unterzeichnete gemeinsame Erklärung vom 13. Dezember¹⁹⁰ ist, wenn man von der Hinzufügung einer Erwähnung der seither erfolgten wichtigsten internationalen Ereignisse (insbesondere der Genfer Außenministerkonferenz) absieht, im wesentlichen identisch mit derjenigen vom 22. Juni. Die Frage des Status von Goa und Kaschmir findet keine Erwähnung.

Während der Reise von *Bulganin* und *Chruschtschow* durch Indien fanden in Neu Delhi Wirtschaftsverhandlungen zwischen einer unter Leitung des Stellvertretenden Außenministers *Gromyko* stehenden Gruppe sowjetischer Sachverständiger und Vertretern der indischen Handels-, Produktions- und Planungsministerien statt¹⁹¹. Das am 13. Dezember veröffentlichte Kommuniqué¹⁹² enthält die offiziell bekanntgegebenen Resultate dieser Besprechungen. Als erster Schritt für die Erweiterung der gegenseitigen Handelsbeziehungen wird vorgesehen: die Lieferung von einer Million Tonnen Walzeisen, ferner die Ausrüstung für Erdölförderung und Bergbau in Indien binnen drei Jahren; die Sowjetunion ihrerseits wird in Indien bedeutend mehr Rohstoffe und Industrieerzeugnisse kaufen, wenn möglich im Werte der von der Sowjetunion an Indien gelieferten Waren. Außerdem wird ein Austausch von Delegationen beider Länder in Aussicht genommen.

Es war verständlich und zu erwarten, daß in den westlichen Ländern, insbesondere aber in dem am

Kaschmirkonflikt direkt beteiligten und von *Bulganin* und *Chruschtschow* scharf angegriffenen Pakistan¹⁹³, die Reaktion auf die Indienreise der beiden sowjetischen Staatsmänner zwischen Besorgnis und entschiedener Ablehnung schwankte. Die Art und Weise, in der sich die Besucher in Indien die nationalen Interessen ihres Gastlandes auch in Einzelheiten zu eigen machten, mit immer heftiger werdenden Kritiken am Westen und seinem Kolonialsystem diesen vor der indischen Bevölkerung zu diskreditieren versuchten und für sich Sympathien zu gewinnen trachteten, veranlaßte selbst zurückhaltende Kreise zu kritischen und ablehnenden Kommentaren¹⁹⁴. Sogar in der indischen Presse und im Parlament wurde eine gegen das Ende der Reise immer stärker werdende Besorgnis über das Verhalten der sowjetischen Gäste laut¹⁹⁵. Die vor allem an Großbritannien und seine frühere Kolonialherrschaft gerichteten Anklagen (die ihren Höhepunkt während des Aufenthaltes in Burma finden sollten¹⁹⁶) konnten der um beidseitig gute Beziehungen bemühten indischen Regierung kaum angenehm sein und veranlaßten Premierminister *Nehru* zu der Klarstellung, daß die Mitgliedschaft Indiens im Commonwealth, weit entfernt davon, Indiens Bewegungsfreiheit einzuschränken, ihm größere Freiheit gebe. Indiens Verbindung mit dem Commonwealth sei der großen Sache des Weltfriedens zweifellos dienlich¹⁹⁷. Und in kluger Verfechtung seiner These der Neutralität erklärte *Nehru* nach einer Rede *Chruschtschows* in Kalkutta¹⁹⁸, daß Indien, seitdem es die Unabhängigkeit erreicht habe, den europäischen Ländern gegenüber freundschaftlich eingestellt sei¹⁹⁹, womit *Nehru* nicht nur den nötigen Ausgleich zu den Reden der beiden sowjetischen Staatsmänner herstellte, sondern ihnen gleichzeitig zu erkennen gab, daß die von ihm vertretene Neutralitätskonzeption dieselbe Loyalität gegenüber den westlichen Ländern verlange wie gegenüber der Sowjetunion.

Der Aufenthalt in Burma

Zwischen den beiden Reiseetappen in Indien hielt sich die sowjetische Delegation vom 1. bis zum 7. Dezember in Burma auf, wo sie vom burmesischen Ministerpräsidenten, *U Nu*, empfangen wurde. Die Reise verlief unter analogen Verhältnissen wie in Indien. Kennzeichnend war, daß die Reden von Parteisekretär *Chruschtschow* an Schärfe und Stärke der Anschuldigungen gegen das kapitalistische System zunahmen und daß der Gedanke der Koexistenz je länger desto mehr in den Hintergrund trat²⁰⁰. Der Besuch endete mit der Abgabe einer gemeinsamen Erklärung²⁰¹ und mit einem Uebereinkommen über die sowjetisch-burmesischen Wirtschaftsbeziehungen²⁰², in dem die von den beiden Besuchern immer wieder geäußerten Anträge zur Unterstützung und Beratung Burmas²⁰³ ihren Niederschlag fanden. In dem Uebereinkommen erklärt sich die Sowjetunion bereit, 1) bei der Verwirklichung von wirtschaftlichen Projekten „Hilfe

und Mitarbeit angedeihen zu lassen“; 2) als Vergütung für die für Ausführung der vereinbarten Projekte notwendigen Materialien und Dienstleistungen passende Reismengen anzunehmen und, falls diese nicht ausreichen sollten, die Naturalzahlungen auf mehrere Jahre zu stunden; 3) als Geschenk in Rangun ein technologisches Institut zu errichten und auszurüsten, was 4) mit einem Gegengeschenk einer bestimmten Menge Reis durch Burma beantwortet wurde. Nach einem westlichen Kommentar²⁰⁴ hat sich damit die Sowjetunion einen bestimmenden Einfluß auf die burmesische Wirtschaft zu sichern vermocht; da Burma vor zwei Jahren auf jede amerikanische Hilfe verzichtet hat, zudem kaum in der Lage ist, seine Ueberproduktion an Reis zu annehmbaren Preisen auf dem Weltmarkt abzusetzen, kommt ihm das sowjetische Angebot äußerst willkommen. Die Auswirkungen dieses sowjetisch-burmesischen Abkommens auf die mit ähnlichen Schwierigkeiten kämpfenden Länder werden wahrscheinlich erst in den kommenden Monaten und Jahren abzusehen sein²⁰⁵.

Die dritte Etappe der Reise: Afghanistan

Einer Einladung der Königlichen Regierung von Afghanistan vom 24. Oktober²⁰⁶ folgend, trafen Ministerpräsident *Bulganin* und Parteisekretär *Chruschtschow* nach ihrem Indienbesuch am 15. Dezember in der afghanischen Hauptstadt Kabul ein, wo sie mit dem Ministerpräsidenten des Gastlandes, *Sardar Mohammed Daud Khan*, und Außenminister *Naim Khan* zusammentrafen²⁰⁷.

Im Unterschied zu Indien und Burma reichen die Beziehungen Afghanistans zur Sowjetunion bis ins Jahr 1919 zurück, in dem Afghanistan durch Rußland anerkannt wurde²⁰⁸. Zwei Jahre später wurde zwischen den beiden Ländern ein Freundschaftsvertrag abgeschlossen, dem 1926 ein Neutralitäts- und Nichtangriffspakt folgte. Seither, also seit nunmehr dreißig Jahren, übte die Sowjetunion einen großen wirtschaftlichen und kulturellen Einfluß auf das ihr unmittelbar benachbarte Afghanistan aus. Diese besondere Stellung, die Afghanistan in seinem Verhältnis zur Sowjetunion von den übrigen mittel- und ostasiatischen Staaten unterscheidet, läßt den Besuch der sowjetischen Staatsmänner in diesem Lande unter einem anderen Aspekt erscheinen. Afghanistan ist infolge seiner erklärten Neutralität (und dem damit indirekt zusammenhängenden Einfluß der Sowjetunion), nicht zuletzt aber auch wegen seiner gespannten Beziehungen zu Pakistan²⁰⁹ weder Mitglied des Bagdad-Paktes noch sonst eines westlichen Verteidigungsbündnisses. Diese Haltung schuf für den Besuch der sowjetischen Delegation die besten Voraussetzungen und führte zum Abschluß nicht nur eines Wirtschaftsabkommens, sondern zu einer Verlängerung des Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrages vom 24. Juni 1931²¹⁰. In dem Wirtschaftsabkommen wird 1) die Prüfung der Zusammenarbeit bei der Verwirklichung von verschie-

denen Projekten in Aussicht gestellt; 2) erklärt sich die Sowjetregierung bereit, „Afghanistan im Rahmen eines zu vereinbarenden Programms für die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans technische und finanzielle Hilfe in Form eines langfristigen Kredits im Betrage von 100 Millionen Dollar“ zu gewähren²¹¹.

Die Dauer des Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrages wird um zehn Jahre verlängert, bei automatischer Verlängerung um ein Jahr nach Ablauf dieser Zeit (Art. 1). Weiter betonen in einer gemeinsamen Erklärung vom 18. Dezember die beiden Regierungen ihre freundschaftliche Zusammenarbeit und wiederholen die bereits in ähnlicher Form in den Erklärungen der Sowjetunion mit Indien und Burma festgehaltenen Grundsätze²¹². Nicht erwähnt wird auch hier das für Afghanistan besonders wichtige Problem seines Verhältnisses zu Pakistan und der Autonomiebestrebungen von dessen Nordwestprovinz Puschtunistan, obwohl ihm bei dem Besuch der sowjetischen Delegation großes Gewicht beigemessen worden war. Der im Oktober erfolgte Beschluß der pakistanischen Regierung, die Autonomie der nordwestlichen Provinz aufzuheben und sie dem pakistanischen Verwaltungssystem einzugliedern, führte zu einer erheblichen Verschärfung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern²¹³. Ministerpräsident *Bulganin* benützte seinen Aufenthalt in Afghanistan, um dieses der Ueber einstimmung der Ansichten seiner Regierung zu versichern und gegen die von Pakistan eingenommene Haltung Stellung zu beziehen. Eine gerechte Regelung dieses Problems, so meinte *Bulganin*, sei unmöglich zu finden, wenn man nicht den Lebensinteressen der in Puschtunistan wohnenden Bevölkerung Rechnung trage²¹⁴. Diese Erklärung wurde in westlichen Kreisen — und vor allem wieder in dem direkt betroffenen Pakistan²¹⁵ — als „unerwünschte Einmischung“ und als Versuch, die Spannungen zwischen den beiden Staaten (Afghanistan und Pakistan) unnötig zu vergrößern, betrachtet. In einer Pressekonferenz nahm deshalb der afghanische Außenminister, *Naim Khan*, dazu Stellung und gab die Versicherung ab, daß der Besuch der sowjetischen Staatsmänner an der Neutralitätspolitik seines Landes nichts ändere. Afghanistan suche in der Frage Puschtunistans eine Lösung, die das Volk befriede; ein Krieg komme wegen dieses Streites nicht in Frage²¹⁶. Auch hier gaben somit die Äußerungen der sowjetischen Besucher Grund zu Mißstimmungen, die beizulegen dann die Aufgabe der Gastgeber blieb.

Das Fazit der Asienreise

Die Bilanz der Reise von *Bulganin* und *Chruschtschow* in Südasien wird sich erst dann ziehen lassen, wenn die Auswirkungen dieses Besuches deutlicher überblickbar sind als im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo ein Teil der politischen Entwicklung in Asien sich noch in den Anfängen oder doch im Flusse befindet. Alle drei Länder (Indien, Burma, Afgha-

nistan) bekannten sich zu einer neutralen Haltung im Sinne der fünf Prinzipien der Koexistenz, alle drei Länder erhielten wirtschaftliche und technische Hilfe durch die Sowjetunion zugesagt, und in allen drei Staaten scheint der Eindruck — trotz der erwähnten Vorkommnisse — vorzuherrschen, daß die Sowjetunion nicht nur bemüht ist, ihre Wünsche nach Unabhängigkeit, Nichteinmischung und politischer Selbstständigkeit zu respektieren, sondern auch aktiv für sie bei der Lösung der noch schwebenden Fragen einzutreten. Man übersieht dabei allerdings in diesen Ländern, daß gerade die wirtschaftliche Unterstützung durch die Sowjetunion zur Vermeidung innerer Krisen der marxistischen Theorie vom allmählichen Zerfall des kapitalistischen (d. h. nichtkommunistischen) Wirtschaftssystems und der dann möglich gewordenen Machtergreifung des Proletariats diametral entgegenläuft. Es wird deshalb nicht erstaunen, wenn sich die kommunistischen Parteien im Hinblick auf die neue sowjetische Politik in den verschiedenen Ländern auf eine Aenderung ihrer bisherigen Taktik vorbereiten²¹⁷.

„Das Fazit des sowjetischen Besuches in Indien, Burma und Afghanistan ist eine stärkere wirtschaftliche und politische Durchdringung der südasiatischen Staaten“²¹⁸, wobei das Schwergewicht zunächst auf dem wirtschaftlichen Sektor zu liegen scheint²¹⁹. Der sogenannte „Chruschtschow-Plan“²²⁰, der sich allem Anschein nach nicht nur auf die drei hier behandelten Länder, sondern auf einen größeren Kreis asiatischer und afrikanischer Staaten erstreckt, sieht eine wohl durchdachte, an keine (und hierin liegt, so glaubt man, seine Stärke) politische und militärische Bedingungen geknüpfte Wirtschaftshilfe für vorwiegend unterentwickelte Länder vor, die sich jedoch eben nicht an hilfebedürftige Länder, sondern an gleichberechtigte und unabhängige Partner (diese Bezeichnung wurde sowjetischerseits genügend oft betont) wendet. Daß sich damit auch für die politischen Beziehungen der betreffenden Staaten zur Sowjetunion neue Perspektiven eröffnen, ist mit Sicherheit anzunehmen. Das kann aber nichts anderes heißen, als daß damit — auf dem Umweg über die Wirtschaft — genau das erreicht wurde, was auf andere Weise unter den heutigen Umständen kaum mehr zu erreichen gewesen wäre oder doch Mißtrauen und Abwehr in den „bedachten“, in dieser Beziehung hochempfindlichen Ländern hervorgerufen hätte: die politische Einflußnahme, die für die Sowjetunion letztlich doch von entscheidender Bedeutung ist.

Nicht ohne Genugtuung konnten so *Bulganin* und *Chruschtschow* nach ihrer Rückkehr in Moskau (nachdem ihr kurzer Aufenthalt in Taschkent zu einer großangelegten Manifestation der Solidarität zwischen den asiatischen Völkern der Sowjetunion und jenen des nichtkommunistischen Asiens ausgestaltet worden war²²¹) feststellen, daß die Sowjetunion „an

dem 370-Millionen-Volk Indiens sowie an den Völkern Burmas und Afghanistans Verbündete im Kampfe für den Weltfrieden habe“; es seien dies Länder, die den Völkern der Sowjetunion „tiefe Liebe und aufrichtige Sympathie“ entgegenbrächten. Diese Freundschaft stelle ein „prächtiges Beispiel für den Triumph der Leninschen Prinzipien der Außenpolitik des Sowjetstaates“ dar und kennzeichne eine neue Entwicklungsphase in den Beziehungen der Sowjetunion zu jedem dieser drei Länder²²². Am 28. Dezember wurden der in einer gemeinsamen Sitzung der

beiden Häuser des Obersten Sowjets von Ministerpräsident Bulganin und Parteisekretär Chruschtschow vorgelegte Bericht über die Asienreise und das „Wirken der beiden Staatsmänner“ gebilligt und zum Ausdruck gebracht, daß letzteres der friedlichen Außenpolitik der Sowjetunion entsprochen und zur Festigung des Friedens und der Freundschaft der Völker beigetragen habe. Mit diesem Beschluß wurde der formale Schlußstrich unter ein Ereignis gezogen, das — um mit Bulganin zu sprechen — eine neue Phase der sowjetischen Außenpolitik einleitete.

IV. Der Besuch des kanadischen Außenministers in Moskau

Außerhalb des bisher behandelten Raumes — Asien und Europa — fällt der Besuch des kanadischen Außenministers, Lester B. Pearson, in der Sowjetunion in der Zeit vom 5. bis zum 12. Oktober 1955. Der Besuch in Moskau war der Beginn einer siebenwöchigen Reise des kanadischen Außenministers nach Asien und sollte, nach den Worten Pearsons²²³, in erster Linie einem allgemeinen Meinungsaustausch über internationale Fragen — besonders über die Beziehungen zwischen den beiden Ländern — dienen. Der Reise wurde auch in westlichen Kreisen größtes Interesse entgegengebracht, da man hoffte, daß der Vertreter Kanadas, eines wichtigen Mitglieds des Atlantikpaktes, wertvolle, weil aus unmittelbarer Anschauung gewonnene Eindrücke von der Haltung der sowjetischen Führer zu diesen Fragen erhalten werde und hierbei vielleicht auch seinen vermittelnden Einfluß zur Geltung bringen könne²²⁴. Die erst vor zwei Jahren wieder aufgenommenen diplomatischen Beziehungen zwischen Kanada und der Sowjetunion boten dieser die Gelegenheit zu einer Reihe von Vorstößen, um in vermehrten Kontakt mit Kanada zu kommen und wenn immer möglich zu Handelsabkommen zu gelangen. Die zunehmende Bedeutung, die Kanada im Rahmen der strategisch-militärischen Neuorientierung der westlichen Verteidigung zukommt²²⁵, sowie der direkte Grenzanstoß beider Länder mochten bei dem sowjetischen Wunsch zu einer engeren Kontaktnahme gleichfalls eine Rolle gespielt haben²²⁶. Dabei konnte angesichts der unbedingten Zugehörigkeit Kanadas zur NATO und seiner (und Pearsons) festen Haltung gegenüber der sowjetischen Politik im Westen keinerlei Zweifel über eine plötzliche Kursänderung infolge des Moskauer Besuches aufkommen²²⁷.

Für kanadische Kreise überraschend, wurde das nach ihrer Ansicht erst im Entwurf vorliegende²²⁸ sowjetisch-kanadische Schlußkommuniqué bereits vor der Abreise Pearsons am 12. November von der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS veröffentlicht²²⁹. Der Inhalt der Verlautbarung entsprach den allgemein gehegten Erwartungen: außer einem

Uebereinkommen der beiden Länder, sich gegenseitig in ihren Handelsbeziehungen die Meistbegünstigungsklausel zuzuerkennen²³⁰, werden in dem Kommuniqué die Möglichkeit einer Lösung aller internationalen Probleme durch friedliche Mittel, die Annäherung der Standpunkte der Sowjetunion und Kanadas in der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen, ihre Uebereinstimmung über die Notwendigkeit der schnellstmöglichen Lösung der Abrüstungsfrage sowie der Verwirklichung des Indochina-Abkommens festgehalten. Beide Staaten kamen ferner überein, „sich um die Beseitigung der Hindernisse für einen freien Austausch von Informationen und Ansichten zu bemühen“ und „in möglichst großem Maße die Zusammenarbeit zwischen ihnen auf kulturellem, wissenschaftlichem und technischem Gebiet zu erweitern“. Ein gegenseitiger Besuch von Parlamentsdelegationen soll zudem zu einem besseren Verständnis der beiden Nationen beitragen.

Diese allgemein gehaltenen und wenig aussagegenden Formulierungen erfuhren durch verschiedene Reden des kanadischen Außenministers über seine Besprechungen mit den sowjetischen Staatsmännern aufschlußreiche Ergänzungen. Aus ihnen wird deren Haltung zu Fragen der internationalen Politik ersichtlich, wodurch sie eine über den gewöhnlichen Rahmen solcher Ausführungen hinausgehende allgemeine Bedeutung erhalten. So sagte in einer Rundfunkansprache vom 27. November 1955²³¹ Außenminister Pearson, daß er anlässlich seines Moskauer Besuches immer wieder versucht habe, die in der Sowjetunion bestehenden Mißverständnisse über die Haltung des Westens richtigzustellen, die Sowjetführer über die von Kanada und seinen Alliierten geführte Politik der Garantie ihrer eigenen Sicherheit und eines allgemeinen Friedens aufzuklären und Verständnis für diese Auffassungen zu gewinnen. Er habe ihnen wiederholt versichert — so fuhr Pearson fort —, daß der Westen den Frieden wünsche und die Kriegsursachen zu beseitigen suche, doch habe er gleichzeitig darauf hingewiesen, daß der Westen „nicht bereit ist, seine Sicherheitsvorkehrungen ledig-

lich wegen des sogenannten Genfer Geistes einzuschrotten und die eigene Verteidigung zu schwächen“. Weder *Bulganin* noch *Chruschtschow* hätten ihn ihrerseits darüber im Zweifel gelassen, daß sie alles tun würden, um die NATO „als eine aggressive und gegen den Ostblock gerichtete Organisation“ zu schwächen und zu zerstören. Chruschtschow habe ihm, *Pearson*, gegenüber geäußert, daß Kanada in einem nächsten Weltkriege keine geographische Immunität mehr genießen würde, wohl in der Hoffnung, daß diese Bemerkung Kanada veranlassen werde, sich vermehrt um gute Beziehungen auch mit der Sowjetunion zu bemühen. In einer sehr freimütigen Diskussion habe man ihm offen heraus erklärt, daß die Sowjetunion einer Wiedervereinigung Deutschlands so lange nicht zustimmen werde, als die Bundesrepublik Mitglied der NATO sei. Daraus gehe eindeutig hervor, folgerte *Pearson*, daß die Sowjetunion eine Wiedervereinigung Deutschlands nur auf Grund ihrer eigenen Bedingungen („on their own terms“) zulassen werde. Folge man den Erklärungen Chruschtschows, so werde klar, daß selbst ein neutralisiertes und entwaffnetes Deutschland nicht als ausreichender Preis für die Wiedervereinigung angesehen werde („even a Germany out of NATO, even a Germany neutralized and disarmed, would

not be enough as the price for unification“). Die gegenwärtige sowjetische Stellungnahme gehe noch weiter und werde sichtbar in Außenminister *Molotovs* Worten: es gebe keine Wiedervereinigung Deutschlands, wenn nicht die „sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften“ Ostdeutschlands beibehalten würden²³². Die „friedliche Koexistenz“, schloß *Pearson*, bedeute für die Sowjetunion „kompetitive Koexistenz“, einen Wettbewerb, den nach Ueberzeugung der Kommunisten die freien Völker verlieren würden, da sie auf die Dauer weder gewillt noch imstande seien, die anhaltenden Verteidigungslasten zu tragen, die ihnen dieser politische und wirtschaftliche Wettlauf mit dem durchorganisierten kommunistischen System aufzwingen.

Die Ausführungen der sowjetischen Staatsmänner scheinen zu den im Kommuniqué niedergelegten Erklärungen im Gegensatz zu stehen (wie dies wahrscheinlich bei den meisten, anlässlich von Besuchen nichtkommunistischer Staatsmänner in der Sowjetunion abgegebenen Erklärungen der Fall ist), sie bilden in Wirklichkeit jedoch die notwendige Ergänzung für die Beurteilung der Art und Weise des Denkens und Handelns, wie sie in der gesamten sowjetischen (überhaupt kommunistischen) Politik zum Ausdruck kommt.

V. Schlußbetrachtung

Die eingangs erwähnte Umorientierung der sowjetischen Außenpolitik, deren einer Bestandteil die dargestellte Aufnahme persönlicher Kontakte mit Staatsoberhäuptern nichtkommunistischer Länder auf dem Wege von Besuchen und Gegenbesuchen ist, macht eine Revision von bisher gültigen Auffassungen über das Verhältnis von kommunistischer und nichtkommunistischer Welt erforderlich²³³. Die augenfälligste Erscheinung ist dabei die immer deutlicher werdende Tendenz in der kommunistischen Politik, an Stelle der für eine weitere Expansion unfruchtbar gewordenen Zweiteilung der Welt in ein kommunistisches und ein antikommunistisches Lager eine — grob gesehen — Dreiteilung in einen kommunistischen, einen kapitalistischen und einen neutralistischen Block zu erreichen²³⁴, wobei jedoch bei der Verfolgung gemeinsamer Zielsetzungen — vor allem hinsichtlich der Friedensbewahrung — kommunistische und neutralistische Staaten eine einheitliche Front bilden sollen²³⁵. Auf diese Weise wird die durch den Aufbau von westlichen Verteidigungsorganisationen unmittelbar an der Grenze des kommunistischen Einflußbereiches liegende Front aufgerollt und eine durch die „neutralen“ Staaten gebildete Zone geschaffen, die für die Durchführung der „kompetitiven Koexistenz“ mit dem kapitalistischen System freies Spiel läßt. Da nach Ansicht der Kom-

munisten „der Untergang des Kapitalismus und der Sieg des Sozialismus gleichermaßen unvermeidlich sind“, ²³⁶ wächst zugleich die Chance, den Zusammenbruch des ersteren infolge der mit einer solchen Koexistenz verbundenen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Anstrengungen, denen die freien Länder auf die Dauer nicht gewachsen sind, zu beschleunigen. Je mehr Staaten zudem während der noch dauernden Auseinandersetzung neutralisiert werden können und damit für eine aktive Unterstützung des (kapitalistischen) Westens ausfallen, um so stärker kann sich die kommunistische Welt auf den Wettbewerb mit der kapitalistischen konzentrieren. Deren Schwächung durch Aufsplitterung in untereinander uneinige Gruppen, Isolierung und Neutralisierung von Ländern in strategisch wichtigen Gebieten bei gleichzeitiger Stärkung der eigenen politischen Organisation und des wirtschaftlichen Potentials schaffen die Voraussetzungen für den als unvermeidlich betrachteten Sieg des kommunistischen Systems.

Bei der Beurteilung der Wirksamkeit dieser Politik wird leicht übersehen, daß es sich hierbei nicht allein um die außenpolitische Tätigkeit eines einzelnen — an sich schon einflußreichen — Landes, der Sowjetunion, handelt, sondern um diejenige eines zentral gelenkten Staatenblockes, in dem die Volks-

demokratien wichtige Hilfs- und Ergänzungsfunktionen zu erfüllen haben. Das durch Moskau zumindest für die osteuropäischen Länder nach einheitlicher Konzeption vorgeschriebene Verhalten verbreitert naturgemäß Aktionsradius und Intensität der kommunistischen Außenpolitik. Der Verdichtung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Verflechtung unter den Ostblockländern geht eine rasch wachsende Ausweitung ihrer außenpolitischen Beziehungen mit nichtkommunistischen Staaten parallel¹⁴⁹, die gleichfalls durch gegenseitige Besuche, Entsendung von Delegationen u. ä. und daraus resultierende vertragliche Bindungen aller Art ihren vorläufig sichtbarsten Ausdruck finden¹⁵⁰. Durch solche gleichlaufenden Aktionen wird es möglich, die Effektivität jedes außenpolitischen Vorstoßes gegenüber dem nur auf wenigen Gebieten geschlossen auftretenden Westen zu erhöhen und den eigenen Einflußbereich weiter auszudehnen. In entsprechend abge-

wandelter Form und „auf niedrigerer Ebene“ wiederholt sich dieser Vorgang durch den von der Sowjetunion immer mehr angestrebten Austausch gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Organisationen und Verbände. Diese dienen ihrer Zielsetzung und Struktur gemäß demselben Zweck und erfüllen, indem sie die offiziellen sowjetischen Thesen und Absichten unmittelbar an den einzelnen Menschen oder Gruppen von Menschen herantragen, eine in ihrer psychologischen Wirkung kaum zu überschätzende Funktion.

Unter diesem Aspekt erhalten die Außenminister Pearson gegenüber gemachten Äußerungen von Parteisekretär Chruschtschow¹⁵¹ die ihnen zukommende Bedeutung und vermög den Zweck und Ziel der dargestellten „Besuchspolitik“ in ihrer Tragweite zum mindesten besser erkennen und abschätzen zu lassen.

Abgeschlossen am 30. April 1956.

Anmerkungen

¹⁴⁹ Vgl. „Asien und Afrika in der Weltpolitik“ in EA 20/1955, S. 8295 ff., und den Wortlaut des Communiqués in EA 10/1955, S. 7563 ff.

¹⁵⁰ Vgl. unten S. 8956.

¹⁵¹ Vgl. EA 3/1956, S. 8589.

¹⁵² Vgl. NYT vom 6. 9. 1955, *Prawda* vom 7. 6. 1955, *Tägliche Rundschau* vom 8. 6. 1955.

¹⁵³ Vgl. auch *Le Monde* vom 12. 6. 1955. Auf einer Pressekonferenz erklärte Premierminister Nehru, daß „die Hilfe der Sowjetunion natürlich nicht von irgendwelchen politischen Verpflichtungen abhängig gemacht worden ist“ (*Tägliche Rundschau* vom 23. 6. 1955).

¹⁵⁴ Vgl. dazu *Tägliche Rundschau* vom 16., 17., 18. und 19. 6. 1955.

¹⁵⁵ Vor allem in der Rede vom 21. 6. im Moskauer Dynamo-Stadion, vgl. *Neues Deutschland* vom 23. 6. und NZZ vom 23. 6. 1955.

¹⁵⁶ Vgl. *Tägliche Rundschau* vom 23. 6. 1955.

¹⁵⁷ Vgl. NZZ vom 23. 6. und *Neues Deutschland* vom 23. 6. 1955.

¹⁵⁸ Vgl. *Le Monde* vom 9. 7., *The Times* vom 9. 7. und *La Documentation Française* vom 12. 7. 1955, Nr. 231.

¹⁵⁹ Vgl. dazu *Economist* vom 2. 7. 1955.

¹⁶⁰ Vgl. *Le Monde* vom 9. 7. 1955. In einem später veröffentlichten Artikel schreibt dazu Ho Tschü Minh: „Wir hoffen, daß uns die Hebung des Lebensniveaus und die Sicherstellung eines freien und demokratischen Lebens der Bevölkerung gelingen werde, namentlich dank der Wirtschaftshilfe, die uns so großzügig von China und der Sowjetunion und den übrigen Volksdemokratien angeboten worden ist“ (NZZ vom 4. 9. 1955).

¹⁶¹ Vgl. *Le Monde* vom 14. 7. 1955.

¹⁶² Vgl. den Wortlaut in EA 17/1955, S. 8144 ff.

¹⁶³ Vgl. NZZ vom 10. 11. 1955.

¹⁶⁴ Vgl. den Wortlaut in EA 23–24/1955, S. 8440 f.

¹⁶⁵ Vgl. oben S. 8949.

¹⁶⁶ Vgl. dazu die Erklärung von U Nu in Moskau in NZZ vom 24. 10. 1955.

¹⁶⁷ Vgl. über die Bedeutung und Auswirkung der sowjetisch-indischen und sowjetisch-burmesischen Annäherung unten S. 8958.

¹⁶⁸ Vgl. dazu *La Documentation Française* vom 28. 7. 1955 („L'URSS et le Moyen Orient“).

¹⁶⁹ Vgl. *The Times* vom 10. 8. 1955 und die am 10. 8. im Rundfunk von Kairo erfolgte Äußerung, die Annahme der Moskauer Einladung sei „ein neuer Beweis für Ägyptens Entschlossenheit, seine erklärte Neutralitätspolitik weiterzuverfolgen“ (*Manchester Guardian* vom 12. 8., zit. n. *Englische Rundschau*, Nr. 33 vom 19. 8. 1955). Vgl. auch NYT vom 20. 8. 1955 („Soviet Continues to Woo Egyptians“).

¹⁷⁰ Vgl. NZZ vom 13. 7. und *Economist* vom 3. 9. 1955 („Russia woos Islam“).

¹⁷¹ Vgl. *The Times* vom 6. 9. 1955. Diese entgegenkommende Haltung gegenüber Persien erfuhr jedoch nach dessen Beitritt zum Bagdad-Pakt eine Wendung; vgl. *The Times* vom 19. 10. 1955 und die Note der UdSSR vom 12. 10. an Persien in *Neues Deutschland* vom 13. 10. 1955.

¹⁷² Vgl. *The Times* vom 18. 10. 1955.

¹⁷³ Vgl. dazu „L'URSS et le Moyen Orient“ und „L'URSS et l'Afrique“ (in *La Documentation Française* vom 28. 7. bzw. 28. 11. 1955).

¹⁷⁴ Vgl. hierzu: „Fazit des russischen Besuches in Indien“ in NZZ vom 1. 1. 1956, und „Sowjetrussische Indienfahrt“ in *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* vom 22. 12. 1955, Nr. 240.

¹⁷⁵ Vgl. FAZ vom 20. 12. 1955.

¹⁷⁶ *Bulletin*, a. a. O.; *Die Tat* (Zürich) vom 17. 12. 1955.

¹⁷⁷ Dazu gehört auch der Versuch von Bulganin, die Sowjetunion als Teil Asiens hinzustellen; vgl. *Neues Deutschland* vom 22. 11. 1955 (Begrüßungsansprache Bulganins).

¹⁷⁸ Immanuel Birnbaum, „Umworbenes Indien“ in SZ vom 15. 12. 1955.

¹⁷⁹ Vgl. dazu Walter Persian, „Religionspolitische Krisis des Buddhismus“ in EA 6/1951, S. 4539 ff., insbes. 4545 f.

¹⁸⁰ Vgl. dazu Emanuel Sarkisyanz, „Rußland und der Mesianismus des Orients“, Tübingen 1955, insbes. S. 222 ff., 350 ff., 396: „Der Bolschewismus übte seine Anziehungskraft nicht zuletzt deshalb aus, weil er gegen die kulturellen Grundlagen des den Orient unterwerfenden Okzidents gerichtet war, also nationalistisch wirkte, dennoch aber den universalistischen Gehalt hatte, worin er den soteriologisch-messianischen Weltreichsüberlieferungen des Orients entsprach.“ Vgl. auch Christian Roll, „Burma: Synthese von Buddhismus und Marxismus“ in *Außenpolitik*, Heft 5/1954, S. 117 f.

¹⁸¹ Vgl. NZZ vom 28. 9. 1955.

¹⁸² Route der ersten Etappe vom 18. 11.—1. 12.: Neu Delhi—Agra—Bakhra—Nangal—Bareilly—Bombay—Bangalore—Kaimbator—Madras—Kalkutta; und der zweiten Etappe vom

7.—14. 12.: Chittarajan—Saipur—Kaschmir (Srinagar)—Neu Delhi.

¹⁸³⁾ Vgl. den Wortlaut dieser Reden und Ansprachen in *Neue Zeit* (Beilage), Nr. 52 vom 22. 12. 1955. Vgl. auch „Die Südasiareise der Sowjetführer“ in *Ostprobleme*, 5/1956, S. 161 ff.

¹⁸⁴⁾ Vgl. *Neue Zeit*, a. a. O., S. 3 und 5 ff., bzw. S. 9 ff.

¹⁸⁵⁾ a. a. O., S. 10.

¹⁸⁶⁾ a. a. O., S. 19.

¹⁸⁷⁾ Ansprache *Chruschtschows* in Srinagar (Kaschmir) am 10. 12., a. a. O., S. 25 ff.

¹⁸⁸⁾ a. a. O., S. 30.

¹⁸⁹⁾ a. a. O., S. 33.

¹⁹⁰⁾ Vgl. den Wortlaut in *Neue Zeit* (Beilage), Nr. 51 vom 15. 12. 1955.

¹⁹¹⁾ Vgl. NZZ vom 3. 12. und *The Times* vom 9. 12. 1955.

¹⁹²⁾ Vgl. *Neue Zeit*, a. a. O., S. 5.

¹⁹³⁾ Vgl. *The Times* vom 12. 12. 1955.

¹⁹⁴⁾ Vgl. FAZ vom 20. 12. 1955; *Economist* vom 12. 12. 1955 („The Happy Hypocrites“).

¹⁹⁵⁾ Vgl. *The Times* vom 17. 12.; *Le Monde* vom 7. 12. (zit. *Indian Express*) und SZ vom 24. 11. sowie NZZ vom 26. 11. 1955.

¹⁹⁶⁾ Hier erklärte *Chruschtschow*, es sei „eine historische Tatsache, daß gewisse Kreise Englands und Frankreichs Hitler die Hände frei gemacht haben zum Krieg gegen die Sowjetunion“; vgl. hierzu *Neue Zeit* (Beilage), Nr. 1 vom 1. 1. 1956, S. 12. Vgl. die Reaktion der englischen Presse: „At the lowest level“ (in *Economist* vom 3. 12. 1955) und *The Times* vom 2. und 7. 12. 1955.

¹⁹⁷⁾ Vgl. Guy Wint, „Chruschtschows Asienreise“ in *Englische Rundschau* vom 6. 12. 1955.

¹⁹⁸⁾ Vgl. NZZ vom 2. 12. 1955.

¹⁹⁹⁾ Das anlässlich eines Aufenthaltes des portugiesischen Außenministers, Paulo Cunha, in den Vereinigten Staaten gemeinsam mit Außenminister Dulles veröffentlichte Kommuniqué, in dem die „asiatische Provinz“ Portugals (Goa) erwähnt wurde, hatte einen außerordentlich negativen Einfluß auf die Beziehungen Indiens zu den Vereinigten Staaten und veranlaßte indische Zeitungen zu scharfen Reaktionen. Vgl. dazu die in der NZZ vom 1. 1. 1956 zitierte *Times of India*.

²⁰⁰⁾ Vgl. den Wortlaut der Reden und Ansprachen in *Neue Zeit*, a. a. O., insbes. S. 14 ff., und den Reiseverlauf in *Asian Recorder*, Nr. 49/1955, S. 545 f.

²⁰¹⁾ Vgl. *Neue Zeit*, Nr. 51 vom 15. 12. 1955, S. 6 f.

²⁰²⁾ a. a. O., S. 8.

²⁰³⁾ Vgl. u. a. *Neues Deutschland* vom 7. 12. 1955.

²⁰⁴⁾ Vgl. *Le Monde* vom 9. 12. („L'URSS s'est assurée une influence prépondérante à Rangoon“).

²⁰⁵⁾ Vgl. *Economist* vom 7. 1. 1956 („Rice and Rouble Diplomacy“).

²⁰⁶⁾ Vgl. *Neuer Weg* vom 25. 10. 1955.

²⁰⁷⁾ Vgl. *Asian Recorder*, Nr. 51/1955, S. 573.

²⁰⁸⁾ Vgl. hierzu „Afghanistan und die Sowjetunion“ in *Ostprobleme*, Nr. 5/1956, S. 149 ff., sowie Fritz Bleiber, „Afghanistan und die Sowjetunion“ in *Osteuropa*, 1953, S. 22 ff.

²⁰⁹⁾ Vgl. hierzu *Asian Recorder*, Nr. 48/1955, S. 542 (über die letzte Kaschmir-Konferenz in Pakistan) und Nr. 49/1955, S. 553 (Protestnoten an Afghanistan). Zur Stellung Afghanistans im Mittleren Osten: Fritz Steppat, „Regionale Sicherheitsbestrebungen im Mittleren Osten“ in EA 14/1955, S. 7985 ff., insbes. S. 7997.

²¹⁰⁾ Vgl. den Wortlaut in *Neue Zeit* (Beilage), Nr. 1 vom 1. 1. 1956, S. 28 ff. (dort ebenfalls Wortlaut des Vertrags).

²¹¹⁾ Diese wirtschaftliche Hilfe bildet die Fortsetzung des 1950 abgeschlossenen Handels- und Zahlungsabkommens und des 1955 vereinbarten Abkommens über Transitfragen.

²¹²⁾ Vgl. den Wortlaut in *Neue Zeit*, a. a. O., S. 27 f.

²¹³⁾ Vgl. *Asian Recorder*, Nr. 50/1955, S. 570.

²¹⁴⁾ Vgl. den Wortlaut der Rede in *Neue Zeit*, a. a. O., S. 19 ff. Nach Meldung der NYT vom 13. 4. 1955 soll die Sowjetunion Afghanistan zur Unterstützung seiner Stellung gegenüber Pakistan ein Waffenlieferungsangebot gemacht haben.

²¹⁵⁾ Vgl. *Asian Recorder*, Nr. 51/1955, S. 564.

²¹⁶⁾ Vgl. NZZ vom 20. 12. 1955. Am 21. 12. wurde in Washington bekanntgegeben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ihre guten Dienste zur Lösung dieser pakistanisch-afghanischen Streitfrage anbiete (vgl. *Asian Recorder*, Nr. 51/1955, S. 575).

²¹⁷⁾ Nach einer Meldung des *Manchester Guardian* vom 10./11. 1. 1956 soll die Ende 1955 in Palghat (Südindien) zu ihrem Parteitag zusammengetretene Kommunistische Partei Indiens sich in erster Linie um die Neuformulierung der taktischen Parteilinie bemüht haben.

²¹⁸⁾ Vgl. NZZ vom 1. 1. 1956 („Fazit des russischen Besuches in Indien“).

²¹⁹⁾ Dies beweist die Reise des Stellvertretenden Ministerpräsidenten der UdSSR A. I. Mikojan nach Asien. Mikojan nahm an den Feierlichkeiten anlässlich der Proklamierung der Islamischen Republik Pakistan teil (vgl. Zeittafel in EA 8/1956, Pakistan) und besuchte anschließend Indien, Burma, die Demokratische Republik Vietnam, China und die Mongolische Volksrepublik (vgl. *Neuer Weg* vom 30. 3., 3. 4., 6. 4., 10. 4. und 11. 4. 1956).

²²⁰⁾ Vgl. *Tages-Anzeiger* (Zürich) vom 28. 1. 1956.

²²¹⁾ Vgl. NZZ vom 21. 12. 1955.

²²²⁾ Vgl. *Neue Zeit*, a. a. O., S. 24 ff.

²²³⁾ Vgl. *Speech Series* der NATO, Nr. 72, S. 2.

²²⁴⁾ Vgl. NZZ vom 9. 10. 1955 („Kanada und die Sowjetunion“).

²²⁵⁾ Ibid.

²²⁶⁾ Vgl. *External Affairs* (of Canada), Nr. 11/Nov. 1955, S. 278.

²²⁷⁾ Vgl. *The Times* vom 30. 9. 1955.

²²⁸⁾ Vgl. NZZ vom 13. 10. 1955.

²²⁹⁾ Vgl. den Wortlaut in *External Affairs*, a. a. O.; EA 21/1955, S. 8362.

²³⁰⁾ Vgl. NYT vom 12. 10. 1955.

²³¹⁾ Vgl. den Wortlaut in *Speech Series* der NATO, Nr. 72; vgl. auch NZZ vom 30. 11. 1955.

²³²⁾ Vgl. den Text der Rede *Pearsons* vor dem kanadischen Unterhaus am 31. 1. 1956 in *Statements and Speeches*, Department of External Affairs, Nr. 56/2, insbes. S. 7.

²³³⁾ Vgl. im ersten Teil dieses Beitrags, EA 11/1956, S. 8901.

²³⁴⁾ Vgl. NZZ vom 2. 1. 1956.

²³⁵⁾ Hierbei überschneidet sich diese Front mit der Unterscheidung in „friedliebende“ und „aggressive“ Kräfte, deren erstere die Ausgangsbasis für die wieder vermehrt propagierte „Volksfront“ bilden.

²³⁶⁾ Vgl. hierzu Richard Herber, „Lenins Lehre von der friedlichen Koexistenz“ in *Einheit* vom 9. 9. 1955, S. 947 ff.

²³⁷⁾ Darauf wird in den Kommuniqués auch immer wieder hingewiesen.

²³⁸⁾ Es sei in diesem Zusammenhang lediglich an die Reise von Ministerpräsident Grotewohl in die Volksrepublik China und die Entsendung einer Wirtschaftsdelegation der DDR (unter Außenhandelsminister Rau) nach Indien erinnert.

²³⁹⁾ Vgl. oben S. 8958.

Die Bedeutung der Notenbanken für eine gemeinsame europäische Währungspolitik

Von Dr. Lutz Köllner

Vorbemerkung

In der Diskussion über eine wirtschaftliche Integration Europas bzw. die Schaffung eines gemeinsamen Marktes ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß am Anfang aller zu ergreifenden Maßnahmen die Harmonisierung und Koordinierung der Währungs- und Kreditpolitik und darüber hinaus der allgemeinen Wirtschafts- und Finanzpolitik stehen sollte. Hierbei ist jedoch weitgehend die Frage offengeblieben, welche institutionellen Mittel eine gemeinsame europäische Währungspolitik herbeiführen und garantieren können. Unabhängig von der Art der Herbeiführung wird hierbei den Notenbanken der verschiedenen europäischen Länder eine besondere Bedeutung zukommen.

Von den Notenbanken wird oft angenommen, sie könnten sich ohne weiteres in einer reibungslosen Zusammenarbeit als durchführende Organe einer künftigen europäischen Währungspolitik zusammenfinden. Hierbei wird jedoch häufig die unterschiedliche Stellung der einzelnen Notenbanken übersehen,

die eine Folge der nationalstaatlichen und wirtschaftlichen Entwicklung der letzten hundert Jahre ist. Ein nur formaler Vergleich der Notenbankverfassungen genügt daher nicht, um die Verschiedenheiten der Zentralbanksysteme hervorzuheben. Großbritannien zum Beispiel kennt, in Analogie zur staatsrechtlichen Situation, keine geschriebene Notenbankverfassung. Die Bank von England wurde zwar im Jahre 1694 durch Parlamentsbeschluß gegründet, sie wurde aber als privates Institut — unter Verzicht auf eine der auf dem Kontinent üblichen, häufig bis ins einzelne ausgearbeiteten Notenbankverfassungen — errichtet und geführt. Andererseits schützt eine Notenbankverfassung nicht immer vor Finanzierungspraktiken, die das geschriebene Gesetz umgehen. Die deutsche Wiederaufrüstung der dreißiger Jahre ist ein Musterbeispiel dafür¹. Eine Betrachtung der unterschiedlichen Zentralbanksysteme im Hinblick auf eine gemeinsame Währungspolitik muß deshalb den historisch gewachsenen Gegebenheiten Rechnung tragen.

Die geschichtliche Entwicklung der Zentralbanken

Die Einführung der Papierwährung in den europäischen Ländern rief zugleich die Frage nach der möglichen oder notwendigen Unabhängigkeit der Notenbanken gegenüber dem Staat auf den Plan. Waren die Zentralbanken im sogenannten Goldmechanismus nur exekutive Organe gewesen, so wurden sie im System der freien, nach eigenen Grundsätzen gestaltbaren Papierwährung die für den Geldwert allein verantwortlichen Institutionen. Seitdem die Staaten die Möglichkeiten erkannten, im Wege der institutionellen Einflußnahme über die Währungspolitik größere Teile des Sozialproduktes an sich zu ziehen, ist der Streit über das Maß an Abhängigkeit oder Unabhängigkeit der Zentralbanken nicht mehr verstummt.

Als sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Europa der Finanzbedarf des neuen industriellen Zeitalters ankündigte, als die Formen der geschäftlichen Betätigung sich ausweiteten und — von Frankreich ausgehend — der Gedanke eines die weitere wirtschaftliche Entwicklung anregenden „Crédit mobilier“ auf die Nachbarstaaten übersprang, bildeten sich die na-

tionalen Kreditsysteme mit ihren heute noch sichtbaren Eigenarten heraus. Den Notenbanken fiel keine eigentlich gestaltende, sondern nur eine dienende Rolle zu. Als die großen Goldfunde in Nordamerika die Einführung einer allgemeinen Goldwährung in den neuen Industriestaaten begünstigten, wurden die Notenbanken die Vollzugsorgane eines international anerkannten Währungssystems: der Goldwährung. Während dessen entstanden die Geschäftsbanken, die sich in Aufbau und Zielsetzung den neuerschlossenen Betätigungen in Industrie und Handel anzupassen versuchten. In Großbritannien, dem ältesten Industrieland der Erde, entstand der Typ der sogenannten „Spezialbank“. Während die früher so bedeutsame Figur des Privat- und Hoffinanziers nun noch mehr in den Hintergrund gedrängt wurde, kam es im Verlaufe der weiteren Entwicklung in den heutigen Altindustrieländern Europas zu einer steten Annäherung von Banken-

¹) Vgl. den Beitrag von Heinrich Stuebel „Die Finanzierung der Aufrüstung im Dritten Reich“ in Europa-Archiv 12/1951, S. 4128—4136.

apparat und Industrie. Kurz nach Beginn unseres Jahrhunderts tauchte dann erstmalig sogar die Vorstellung einer „Ueberfremdung“ der Industrie durch die allgewaltigen Großbanken auf. Eine nur vermutete oder tatsächlich vorhandene, jedenfalls vielgeschmähte Verschmelzung von Industrie- und Finanzkapital erregte in immer stärkerem Maße — berechtigt oder unberechtigt — die Gemüter. Die sozial-politische Kritik am „modernen Kapitalismus“ fällt für viele Beobachter praktisch mit der Kritik am Kredit- und Finanzsystem dieser Wirtschaftsordnung zusammen.

Die Entwicklung auf dem Kontinent

Hier sollen nur einige Beispiele gegeben werden. In Deutschland gab es zur Zeit der Reichsgründung im Jahre 1871 nicht weniger als dreißig Notenbanken. Das darf einmal als eine Folge des föderalen Aufbaus des Landes, zum anderen aber auch als ein Ergebnis der damaligen Normativbestimmungen angesehen werden, die — waren bestimmte rechtliche Voraussetzungen erfüllt — die Gründung einer Noten- oder Zettelbank erlaubten. Allerdings behielt sich der Staat eine gewisse Kontrolle der Notenausgabe vor. Das bedeutsamste und zugleich das älteste Institut dieser Art war die schon 1765 gegründete Königliche Bank von Berlin. Bis zum Jahre 1935 gab es in Deutschland noch eine bayerische, badische, sächsische und eine württembergische Privatbank. Als Notenausgabeinstitute spielten sie aber keine entscheidende Rolle mehr. Ganz ähnlich war die Entwicklung in der Schweiz. Während auch hier der Privatbankier nur lockere Beziehungen zu den neuen Industrien unterhielt, entwickelte sich die „Universalbank“, verbunden mit einer bemerkenswerten räumlichen Dezentralisation, wie sie etwa durch die Kantonalbanken repräsentiert wird. Wie in Deutschland bildete sich im Laufe der Zeit auch in der Schweiz eine Gruppe von Großbanken heraus; erst 1907 trat die Schweizer Nationalbank an die Stelle der bisherigen Privatnotenbanken. Nicht jedoch der wachsende Finanzbedarf, sondern der dem Schweizer Bürger anhaftende lebhaftes Spartrieb hatte die Errichtung von Kapitalsammelstellen erforderlich gemacht. Gehörte doch die Schweiz, ehe sie in unserem unruhigen Jahrhundert zum Sammelplatz von Fluchtkapital in jeglicher Form wurde, in der ersten Phase der europäischen Industrialisierung neben England bereits zu den Kapitalexporthändern².

Eines der Länder, das sehr früh zur Gruppe der Kapital empfangenden Volkswirtschaften zählte, war Italien. Die Industrialisierung dieses Landes beschränkte sich aus strukturellen Gründen auf den nördlichen Teil der Halbinsel. Bis zum Jahre 1893 standen insgesamt sechs Notenausgabeinstitute zur

Verfügung, erst dann erfolgte die Zentralisierung der obersten währungspolitischen Gewalt in der italienischen Notenbank.

Das Finanzzentrum London

Auch in Großbritannien gab es zunächst eine ganze Reihe von Notenausgabeinstituten. Noch heute gibt es eine selbständige schottische und auch eine irische Zentralbank. Wie aber kam London zu seiner übertragenden Bedeutung als internationaler Bankplatz? Mindestens zwei Gründe müssen genannt werden: die Einführung der Goldwährung und die besondere Struktur des Londoner Geld- und Kapitalmarktes, in Verbindung mit einer für internationale Finanzgeschäfte bezeichnenden geschäftlichen Regsamkeit.

In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts wurde Großbritannien bzw. das Commonwealth durch die Erschließung der großen Goldlager in Südafrika und Australien zum wichtigsten Golderzeuger der Welt. In der gleichen Zeit stellten die kontinentalen Notenbanken ihre Reserven auf Gold um. Eine neue beträchtliche Nachfrage nach Währungsmetall entstand, die bei den damaligen Verhältnissen nur in London befriedigt werden konnte. Auf diese Weise errang auch der Diskontsatz der britischen Metropole eine internationale Bedeutung.

Die Bank von England konzentrierte sich von Anfang an auf London, sie unterhält bis heute keine Filialen im Lande. Auf diese Weise kann sie nur mit einem begrenzten Kundenkreis in Berührung kommen. Die Besonderheit des Londoner Geldmarktes liegt in der Tätigkeit der sogenannten Diskonthäuser und der großen Clearingbanken. Die Diskonthäuser nehmen die Wechsel der Provinzbanken in Zahlung, sie bilden somit das eigentliche Herzstück des bekannten Londoner Wechselmarktes. Nur im Ausnahmefall greifen die Diskonthäuser auf die Bank von England zurück, deren „Bankrate“ (Diskont) auf diese Weise marktbestimmend wirkt. Die „Bank der Banken“ greift aber nur dann ein, wenn der Wechselmarkt illiquide wird. Um nun auch mit dem übrigen Bankpublikum in Berührung zu kommen, bedient sich die Bank von England mittelbar des verzweigten Filialsystems der Clearingbanken, insbesondere der „großen Fünf“. Auf diese Weise werden auch die währungspolitischen Maßnahmen des Zentralnoteninstitutes an den Kreditnachfrager herangetragen. Aber auch innerhalb des Commonwealth genießt die „Bank“ ein großes Ansehen. Kennzeichnend für angelsächsische Verhältnisse ist das hohe Maß an freiwilliger Zusammenarbeit zwischen den Geschäftsbanken und dem Zentralnoteninstitut. Ohne „Verfassung“ regeln sich die finanziellen Beziehungen traditionell in einer von allen Beteiligten anerkannten Hierarchie im Kreditgebäude, an dessen Spitze eine Notenbank steht, die bis vor wenigen Jahren ein Privatunternehmen war.

²) Vgl. zu diesem Abschnitt die Artikel „Nationale Bankensysteme“ im neuen Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 11. Lieferung — Göttingen u. a. 1956.

Der Aufbau der europäischen Notenbanken

Rechtsform und Geschäftsführung

Die äußere Rechtsform der europäischen Notenbanken ist recht unterschiedlich, wenn auch die Form einer Institution mit eigener Rechtspersönlichkeit im Sinne einer öffentlichen Anstalt überwiegt. Die Bank deutscher Länder geht auf das Gesetz Nr. 60 der amerikanischen, auf die Verordnung 129 der britischen und auf die Verordnung 203 der französischen Militärregierung aus dem Jahre 1948 zurück. Darin heißt es: „Durch dieses Gesetz (britisches Kontrollgebiet: Verordnung) wird die Bank deutscher Länder — nachstehend „Bank“ genannt — als Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Sitz in Frankfurt am Main errichtet“ (Artikel 1). Genau genommen gibt es also drei westdeutsche Notenbankgesetze. Der Wortlaut des Textes ist aber nahezu der gleiche. Ein nicht ganz unwichtiger Unterschied besteht allerdings: in der früheren französischen Zone besteht die Möglichkeit des sogenannten Direktdiskontes. Ein Wechselgläubiger kann sich zum Diskont direkt an die Landeszentralbanken wenden, was in der übrigen Bundesrepublik sonst nur den Geschäftsbanken möglich ist. In der sowjetischen Besatzungszone (DDR) ist die „Deutsche Notenbank“ die oberste Währungsbehörde. Sie vereinigt in sich zugleich bedeutende Kontrollfunktionen im Rahmen der Planwirtschaft.

Aber neben den Anstalten des öffentlichen Rechtes stehen andere Unternehmungsformen: Die jüngste europäische Notenbankverfassung, das österreichische Notenbankgesetz vom Herbst 1955, hat die österreichische Zentralnotenbank als Aktiengesellschaft konstruiert. Auch die spanische Notenbank ist eine (steuerpflichtige!) Aktiengesellschaft. Aber es wäre verfehlt, sie deshalb als „staatsunabhängig“ zu bezeichnen. Die Währungspolitik wird entscheidend von der Regierung bestimmt, obwohl die Aktien der Bank sehr verstreut sein sollen. In anderen Ländern wird nicht von Aktien, sondern von „Anteilen am Grundkapital“ gesprochen. Auch in der Rechtsform liefert Großbritannien ein Kuriosum. Bis die erste Labour-Regierung 1946 die Bank von England verstaatlichte, war sie ein privates Unternehmen. Verstaatlicht wurde auch nur ein Teil der nach den Vorstellungen der sogenannten Currency-Theorie aufgebauten „Bank“ — das sogenannte „Issue-Department“. Das „Banking-Department“ ist frei wie jede andere Bank³. Die Verstaatlichung hat sich weder auf den Londoner Kreditmarkt noch auf das Verhältnis Staat — Notenbank sonderlich ausgewirkt. Zwar waren schon seit dem Jahre 1928 verschiedene Maßnahmen der Bank von England von der Zustimmung des Schatzamtes abhängig.

Die Bank von Frankreich wurde am 2. Dezember

1945 verstaatlicht. Sie war im Jahre 1800 von Napoleon gegründet worden. Die gesetzliche Regelung des Bankwesens in Frankreich ist unübersichtlich, wohl auch infolge der zerrissenen innerpolitischen Situation des Landes in den vergangenen Jahrzehnten.

Sowohl die Weltwirtschaftskrise als auch die Neuordnung des Währungswesens nach dem Zweiten Weltkrieg hat den Notenbanken der europäischen Länder eine Verstaatlichungswelle gebracht, auch hervorgerufen durch die vor allem von sozialistischer Seite unterstützten Vollbeschäftigungspläne⁴. Die Staatsabhängigkeit der schwedischen Notenbank ist allerdings älteren Datums. Die Bank spielt in der Zusammenarbeit mit der Regierung gewissermaßen eine vertauschte Rolle. Die Bindung der schwedischen Reichsbank an den Reichstag geht auf die Reichsverfassung vom 6. Juni 1809 zurück. In jener vorparlamentarischen Zeit kontrollierte der Reichstag die Regierung des Königs und ihre Ausgabenpolitik. Heute ist der Reichstag als gesetzgebende Gewalt entscheidendes Organ des Staates, „und die geldpolitischen Machtmittel sind dem Uebermute der Herrscher ausgesetzt“⁵.

Tatsächlich finden sich in Europa recht verschiedene Ausprägungen des Verhältnisses Notenbank — Staat. Die westdeutsche „Bank deutscher Länder“ gilt als verhältnismäßig unabhängig. Aber auch sie soll die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung beachten und unterstützen⁶. Solange Regierung und Zentralnoteninstitut der gleichen wirtschaftspolitischen Grundauffassung zuneigen, kommt dieser Bestimmung der Notenbankverfassung keine übermäßige Bedeutung zu. Da dem Zentralbankrat die Präsidenten der Landeszentralbanken angehören, die ihrerseits wieder von den Ministerpräsidenten der Länder auf Vorschlag der zuständigen Finanzminister ernannt werden, übt der Staat mittelbar einen allerdings nicht abschätzbaren personellen Einfluß auf die Zusammensetzung des obersten währungspolitischen Gremiums der Bundesrepublik aus. In Großbritannien werden die Mitglieder des sechzehnköpfigen Direktoriums von der Königin ernannt.

Höhe der dem Staat unmittelbar zur Verfügung stehenden Kredite durch das zentrale Noteninstitut ist hingegen meist ausdrücklich festgesetzt. In der Bundesrepublik steht der Regierung nur ein verhältnismäßig kleiner Kreditplafond als Betriebskredit zur Verfügung. Der personelle Einfluß des Staates auf die Notenbanken bleibt häufig unsichtbar. Juristisch selbständige Notenbanken haben häufig vorbehaltlos im

⁴) Vgl. Lutz Köllner, „Notenbanken im Dienste staatlicher Beschäftigungsfinanzierung“, in *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, 111. Band, 3. Heft.

⁵) Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 8. 2. 1948 (Schwedische Reichsbank).

⁶) Vgl. Artikel 2 der Gesetze zur Errichtung der BdL.

³) „Die Bank“, herausgegeben von Theisinger Löffelholz, Wiesbaden 1952, Seite 321.

Dienste der staatlichen Wirtschaftspolitik gestanden, so beispielsweise die nach dem Bankgesetz von 1924 neu errichtete, staatsunabhängige Deutsche Reichsbank während der dreißiger Jahre. Andererseits zeigt das Beispiel Großbritannien, daß auch für eine verstaatlichte Notenbank eine selbständige Währungspolitik möglich ist.

Struktur und Aufgaben

Der äußere Aufbau der europäischen Notenbanken weist ebenfalls beträchtliche Unterschiede auf. Besonders in der Bundesrepublik Deutschland hat sich gegenüber den Verhältnissen im Deutschen Reich vor 1945 ein tiefgreifender Wandel vollzogen. Damals besaß Deutschland ein sogenanntes einstufiges Notenbanksystem. Die Reichsbank mit dem Sitz in Berlin besaß ein über das ganze Land gestreutes eigenes Filialnetz, das eine unmittelbare Kundenberührung erlaubte. Auf diese Weise konnten währungspolitische Maßnahmen, vor allem Diskontänderungen, unmittelbar an den Bankkunden herangetragen werden. Das gegenwärtige Notenbanksystem der Bundesrepublik folgt in seinem zweistufigen Aufbau hingegen dem amerikanischen Vorbild des Federal-Reserve-Systems. Die Bank deutscher Länder tätigt selbst (mit geringen Ausnahmen) keine Bankgeschäfte, sie ist vielmehr die „Bank der Landeszentralbanken“, die ihrerseits in der Hauptstadt jedes Bundeslandes jeweils zum Redis-kont für die Geschäftsbanken zur Verfügung stehen. Hier sollen nicht die Vorteile oder Nachteile des einen gegenüber dem anderen System erörtert werden. Auch ist das Gespräch über die endgültige Form der westdeutschen Zentralbanken noch nicht abgeschlossen. Ohne weiteres ist aber einzusehen, daß die Durchschlagskraft währungspolitischer Maßnahmen in beiden Systemen unterschiedlich sein kann, besonders dann, wenn die Landeszentralbanken oder gar die Geschäftsbanken über eigene Liquiditätspolster verfügen. In Europa finden sich also nicht nur Notenbanken mit unterschiedlicher Unabhängigkeit gegenüber staatlichen Einflüssen, sondern auch mit verschiedenen Formen ihres äußeren Aufbaus, wenn auch das einstufige System für europäische Verhältnisse nach wie vor kennzeichnend sein dürfte.

Die Aufgaben der Zentralnotenbanken leiten sich einmal von der wirtschaftspolitischen Gesamtlage, zum anderen wiederum von den Bestimmungen der Notenbankverfassung ab. Die Bestimmungen der Verfassungen sind allerdings recht allgemein gehalten, um in der jeweiligen Lage entsprechend angewandt werden zu können. Die Regelung des Zahlungsmittelumlaufes ist eine in allen Verfassungen wiederzufindende Vorschrift. Auch die Kassenhaltung für den Fiskus gehört zumeist zu den Aufgaben der Notenbank. Die neue österreichische Verfassung hebt als Ziel die Erhaltung der Wertbeständigkeit des Schilling hervor.

Während in der Bundesrepublik die Devisen- und Goldreserven von der Bank deutscher Länder verwaltet werden, besteht in Großbritannien eine Goldablieferungspflicht zugunsten des Schatzamtes. Zur Regelung des Zahlungsmittelumlaufes zählt auch häufig die Einhaltung einer bestimmten Proportion zu den Goldvorräten. In Schweden beispielsweise soll das Bargeld stets in einem bestimmten Verhältnis zur „Goldkasse“ stehen. Die Einhaltung einer derartigen Vorschrift ist für ein Land nie problematisch gewesen: die Schweiz. Ähnlich wie in den Vereinigten Staaten von Amerika leidet die Schweiz eher unter einem Zuviel als unter einem Mangel an Goldzuflüssen. Die währungspolitische Sterilisierung des Goldzustroms ist daher stets eine besondere Aufgabe der schweizerischen Nationalbank gewesen.

Notenbanken und Geschäftsbanken

Die Bedeutung einzelner europäischer Notenbanken hat in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg insofern gewisse Veränderungen erfahren, als die ihnen nachgeordneten Geschäftsbanken verschiedenen Wandlungen unterlagen. Dabei muß zunächst wieder an die Verstaatlichung gedacht werden, die neben den Zentralnotenbanken selbst auch Teile des übrigen Bankwesens erfaßte. Frankreich liefert ein eindrucksvolles Beispiel in dieser Richtung: kurz nach Kriegsende wurden die vier bedeutendsten Depositenbanken verstaatlicht. Aber auch in Oesterreich wurden einige Großbanken aus der Privatwirtschaft herausgenommen. Diese Entwicklung zur Verstaatlichung führender Bankunternehmen verfolgt im Grunde genommen die gleichen Ziele, die nach der Weltwirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre allenthalben aufgestellt wurden: stärkerer Gläubigerschutz und Bankenaufsicht durch den Staat.

Eine ganz besondere Bedeutung kommt den räumlichen Neugliederungen zu, die der Abschluß des Krieges im verwüsteten Europa zurückgelassen hat. Besonders Deutschland hat durch seine politische Teilung unter derartigen Auswirkungen zu leiden, denen in ihrer Schwere eigentlich nur der Zerfall des Amsterdamer Kreditmarktes in Folge des Verlustes der ostasiatischen Besitzungen der Niederlande zur Seite gestellt werden kann. Neben der Abschnürung der ost- und mitteldeutschen Gebiete steht vor allem die Isolierung Berlins, dessen früher internationaler Kreditapparat heute praktisch keine Rolle mehr spielt. Zwar ist Frankfurt am Main als weltbekannter Bankplatz erhalten geblieben, aber auch er hat an Funktionsfähigkeit eingebüßt.

Einer seit mehreren Jahrzehnten erkennbaren Eigenart der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung folgend, arbeitet der Nationalökonom auch im Bereiche der Währungspolitik und der Banklehre mit sogenannten „Typen“. Seit den bekannten Untersuchungen Adolf Webers über „Depositenbanken und Spekulationsbanken“ zu Beginn unseres Jahr-

hunderts ist es üblich geworden, den Typ der kontinentalen Universalbank dem Typ der angelsächsischen Spezialbank gegenüberzustellen. Wesen und zugleich Gefahr jeder Typisierung liegen in der einseitigen Uebersteigerung gewisser immer wieder anzutreffender gemeinsamer Merkmale einer Reihe ähnlicher Erscheinungen, die im Einzelfall recht erheblich vom „Typ“ abweichen können. So befriedigt die genannte Unterteilung auch nicht völlig, wenn es auch richtig ist, daß in Deutschland und in der Schweiz der Typ der alle Bankgeschäfte tätigen „Universalbank“ besonders vertreten ist. Die Notenausgabe allerdings liegt heute in allen Ländern ausschließlich bei den Zentralnoteninstituten, auch das Pfandbriefgeschäft steht zumeist außerhalb des Tätigkeitsbereiches der Universalbank.

In Oesterreich werden beispielsweise die Hypothekengeschäfte von den Landeshypothekenanstalten wahrgenommen; die Bank zur Finanzierung des Warengeschäftes fehlt völlig. In Frankreich hingegen betreiben die Depositenbanken sehr wesentlich auch die Unterbringung von Effekten. Auch Frankreich kennt neben den Großbanken mit ihren verzweigten Filialnetzen die Provinzbanken und daneben die ausschließlich auf die Hauptstadt Paris zugeschnittenen Institute. Die Handelsbank ist für das britische Inselreich kennzeichnend. Die vielfältigen Formen des Außenhandelsgeschäftes inmitten der Fülle der britischen Außenhandelsbeziehungen haben zu einer ausgeprägten Spezialisierung im englischen Bankwesen geführt. In London, wo man in Fragen der institutionellen Gestaltung des Bankwesens undogmatisch denkt, besitzt gerade deshalb der Kreditapparat eine überdurchschnittliche Elastizität.

Geldpolitik und Banksystem

Eine künftige gemeinsame oder doch zumindest aufeinander abgestimmte europäische Währungspolitik wird die Stellung der nationalen Notenbanken zum übrigen Kreditsystem sehr wohl berücksichtigen müssen. Die Durchschlagskraft währungspolitischer Maßnahmen ist entscheidend von der institutionellen Organisation des Geld- und Kapitalmarktes abhängig. Die Geldpolitik der Notenbanken muß heute bereits mit Entwicklungstendenzen innerhalb des Kreditsystems rechnen, die auf die Wahl, die Dosierung und die Richtung der gewählten währungspolitischen Mittel nicht ohne Einfluß bleiben können. In der Nachkriegszeit haben in fast allen Ländern die staatlichen oder halbstaatlichen Bankinstitute mit Sonderauf-

gaben an Bedeutung zugenommen. Diese zu einem erheblichen Teil aus der Zeit des Marshallplanes und der Wiederaufbauperiode hervorgegangenen Institute sind zumeist dem währungspolitischen Zugriff entzogen. Zu diesen Banken mit Sonderstatus gehören die staatlichen Export- und Investitionsfinanzierungsbanken, die Kreditanstalten für den Wiederaufbau und (in der Bundesrepublik) die Lastenausgleichsbank — um nur einige zu nennen. Die Unterscheidung zwischen den „Banken des kleinen Mannes“, den Sparkassen, und den eigentlichen Banken verwischt sich immer mehr, und innerhalb der Sparinstitute wächst den Bausparkassen und den Teilzahlungsinstituten eine immer größere Bedeutung zu. Je zersplitterter das Bankensystem sich darbietet, um so weniger ist eine schnelle und wirksame Währungspolitik der Zentralnoteninstitute möglich. Auch ist die Frage bisher noch undiskutiert geblieben, inwieweit die Sonderinstitute der europäischen Volkswirtschaften, soweit sie verwandte Aufgaben wahrnehmen, ebenfalls koordiniert werden sollen. In Frankreich wird die Wirkung der Maßnahmen zur Geldmengenregulierung abgeschwächt durch die Unübersichtlichkeit des Kreditsystems, durch die eigentümliche Zurückhaltung der Bevölkerung gegenüber dem bargeldlosen Zahlungsverkehr und die breite Streuung des Wertpapierbesitzes in häufig kleinen und kleinsten Stücken, die noch dazu vielfach in Privathand gehalten werden und sich auf diese Weise dem Zugriff der Währungspolitik entziehen. Eine noch immer weitverbreitete Rentnergesinnung und eine im Vergleich zu den übrigen Ländern Europas häufig fast gelähmt erscheinende industrielle Initiative erschweren die französische Währungspolitik von der soziologischen Seite aus.

Die Bundesrepublik hat das System der Mindestreservesätze getreu dem amerikanischen Vorbild übernommen. Aber auch in Italien, den Niederlanden und nun auch in Oesterreich verfügen die Notenbanken über das neue Mittel einer Veränderung der Reservesätze der Geschäftsbanken⁷. In Großbritannien hingegen fehlen auch bezüglich der Kassenreserven der Banken gesetzliche Vorschriften. Traditionsgemäß unterhalten die Banken jedoch 10 vH ihrer Depositen in Reserve; auf diese Weise schwanken die Reserven in gleicher Richtung wie die Depositenbestände. Die Reserven sind also unmittelbar abhängig von der Liquidität des Geldmarktes, der seinerseits durch die Bank von England über die Diskonthäuser beeinflusst werden kann.

Möglichkeiten einer europäischen Zusammenarbeit

Die bisherigen Ausführungen zeigen, wie unterschiedlich die nationalen Kreditsysteme Europas aufgebaut sind. Geldpolitische Maßnahmen der Zentralbanken können in einem Land einen durchschlagenden Erfolg bedeuten, während sie in anderen Län-

dem zur gleichen Zeit versagen. Die Geschäftsbanken verschiedener Länder folgen gleichen geldpolitischen

⁷) Vgl. *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 49 vom 19. 2. 1956, Blatt 12: „Das italienische Bankensystem und die Stabilisierungspolitik“, Vortrag von D. Menichella.

Maßnahmen auf unterschiedliche Weise, jeweils ihrem organisatorischen Aufbau, ihren Geschäftsgepflogenheiten, ihren Aufgaben entsprechend. Wenn schon — wenigstens zeitweise — die Möglichkeit des Bestehens begrenzter Konjunkturherde die Anwendung schematischer Maßnahmen innerhalb einer „integrierten“ Währungspolitik durch eine dirigistische „Uebernotenbank“ verbietet, so kann nicht oft genug auf die ungünstigen Folgen einer schematisch betriebenen europäischen Währungspolitik hingewiesen werden. Offensichtlich berücksichtigen die Vorschläge zur Schaffung einer „üernationalen Währungsbehörde“ die nationalen Eigenarten der Kreditsysteme nicht oder zu wenig. Ueberhaupt ist es erstaunlich, festzustellen, wie wenig die bisherigen Pläne zu einer europäischen Zusammenarbeit der Notenbanken die — lebendigen Organismen vergleichbaren — Kredit- und Banksysteme ins Auge fassen, als bestünden für die Geschäftsbanken der einzelnen europäischen Länder keine Möglichkeiten, sich der Währungspolitik „von oben“ zu entziehen.

Hier können nicht die Fragen einer institutionellen Lösung der europäischen Währungspolitik im einzelnen dargelegt werden⁸. Ebenso wenig können im Rahmen dieser Ausführungen schon praktische Vorschläge zu einer europäischen Währungspolitik entwickelt werden. Dennoch können aus den bisherigen Ueberlegungen, die zunächst nur die bunte Vielfältigkeit der europäischen Notenbanken darstellen wollten, um die Schwierigkeiten einer Zusammenarbeit an den rechten Platz des öffentlichen Bewußtseins zu rücken, einige Folgerungen gezogen werden: Von allen bisherigen Vorschlägen dürfte eine künftige dirigistische Lösung den organisch und geschichtlich gewachsenen Verhältnissen von nationaler Notenbank und angeschlossenem Bankensystem am wenigsten gerecht werden. Dabei ist es gleichgültig, ob es sich um eine mit Weisungsbefugnissen ausgestattete „Hohe Währungsbehörde“ oder gar um ein europäisches Noten-Ausgabeinstitut handeln sollte.

Unabhängig davon, ob sich eine künftige währungspolitische Integration als die Wiedereinführung eines wie auch immer ausgestatteten Währungsmechanismus darstellen wird oder ob lediglich ein übernationaler Rat der einzelnen Notenbankleitungen „empfehlende“ Währungspolitik betreibt (eine Annäherung beider Wege bietet der Plan des CEPES an), in jedem Falle dürfte eine wirksame Geldpolitik vornehmlich dann gewährleistet sein, wenn dem einzelnen verstaatlichten oder unabhängigen Zentralnoteninstitut eine gewisse Wahlmöglichkeit in der Anwendung seiner geldpolitischen Mittel verbleibt. Auf diese Weise können die entweder durch einen mehr oder

weniger strengen Automatismus erzwungenen oder nach gemeinsamen Grundsätzen in freiwilliger Absprache gefundenen allgemeinen Maßnahmen einer europäischen Währungspolitik an den letzten Bankkunden in allen beteiligten Ländern systemgerecht herangetragen werden. Ob dabei die Diskontpolitik, die Veränderung der Mindestreservesätze oder eine unmittelbare Beeinflussung des Kreditmarktes im Vordergrund stehen, dürfte von Land zu Land verschieden sein, je nachdem, welches Mittel der gegebenen Lage und dem Aufbau des einzelnen Kreditsystems am meisten entspricht.

Eine völlige Liberalisierung des Handels, verbunden mit einem Abbau der Devisenbewirtschaftung und einer wieder zunehmenden Funktionsfähigkeit der internationalen Devisenarbitrage, könnte die europäischen Notenbanken von einer Reihe von Aufgaben entlasten, die sie gegenwärtig noch wahrzunehmen haben. Möglicherweise könnte ein Teil der währungspolitischen Maßnahmen aus dem Aufgabenbereich der nationalen Notenbanken herausgenommen werden, der die unmittelbare Regelung der Störungen in der Zahlungsbilanz umgreift. Zwar haben sich die bei der Gründung der EZU vorhandenen, recht auseinanderfallenden Gläubiger- und Schuldnerstellungen in Europa einander angenähert, aber auch nach der nun zu erwartenden Ablösung der EZU durch das neue „Europäische Währungsabkommen“ wird es noch eine innereuropäische Devisenabrechnung geben, die allerdings — im Gegensatz zur EZU — nicht mehr mit einer automatischen Kreditgewährung verbunden sein wird. Wie weitzügig Konvertierbarkeit auch verstanden werden mag, als Institution eines europäischen Abrechnungssystems bietet sich weiterhin die schon 1929 im Zusammenhang mit den damaligen deutschen Reparationsleistungen gegründete Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel an, die auch schon als Verrechnungskasse der EZU tätig war. Wenn auch die Ausgliederung der in den einzelnen Ländern bestehenden Devisenkassen und Devisenausgleichsfonds und die Uebertragung der Aufgaben derartiger Stellen an ein europäisches Interventionsorgan möglich erscheint, so wird noch einmal darauf hingewiesen werden dürfen, in welch hohem Maße jede künftige wie auch immer geartete europäische Währungspolitik die angedeuteten organisatorischen und auch soziologischen Besonderheiten der verschiedenen Kreditsysteme der Volkswirtschaften Europas wird berücksichtigen müssen, wenn sie erfolgreich sein will. Darüber hinaus dürfen die bereits bestehenden internationalen Abmachungen, insbesondere die Bestimmungen von Bretton Woods, nicht vergessen werden, an denen jede Politik der europäischen Notenbanken gegenwärtig ihre Begrenzung finden muß.

⁸) Vgl. CEPES: Wirtschaftspolitische Voraussetzungen für die Konvertibilität der europäischen Währungen, November 1954. Ferner W. E. Genzer, „Rechtsfragen einer europäischen Währungsordnung“ in Europa-Archiv 4/1955, S. 7337.

Literatur zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)

Im Jahre 1953 hat das Institut für Europäische Politik und Wirtschaft als Heft 8 der Reihe „Aktuelle Bibliographien des Europa-Archivs“ eine *Bibliographie zum Schuman-Plan* veröffentlicht, in der das wesentliche Schrifttum (amtliche Unterlagen, Bücher, Broschüren und Beiträge in Periodica) seit der Erklärung des französischen Außenministers Robert Schuman vom 9. Mai 1950 bis Ende 1952 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl aufgeführt wurde. In den seit Erscheinen der Bibliographie vergangenen Jahren haben sich zahlreiche Veröffentlichungen mit den Fragen der EGKS befaßt. Ueber die wichtigsten in Buchform erschienenen Veröffentlichungen unterrichtet die am Schluß wiedergegebene Uebersicht, die sich u. a. auf eine Bibliographie der Hohen Behörde der EGKS stützt („Sélection d'Ouvrages sur la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier 1951—1955“, Luxembourg 1956).

Darüber hinaus haben es in jüngster Zeit zwei Bücher aus der Feder von Nordamerikanern unternommen, die Entwicklung der EGKS seit dem 10. August 1952, an dem die Hohe Behörde ihre Tätigkeit aufgenommen hat, darzustellen. Die neueste uns vorliegende Veröffentlichung über die EGKS aus der Feder von Daniel Vignes befaßt sich mit der EGKS als Beispiel der internationalen Wirtschaftsverwaltung. Diese drei Veröffentlichungen sind Gegenstand der nachstehenden Besprechung.

H. V.

Henry L. Mason: „The European Coal and Steel Community“, Den Haag 1955.

Masons Buch berichtet über die Vorgeschichte der EGKS, die Verhandlungen in Paris, die in den Mitgliedstaaten um den Schumanplan geführten Debatten und insbesondere die parlamentarischen Erörterungen des am 18. April 1951 in Kraft getretenen Vertragswerkes. Gleichzeitig gibt das Buch eine Darstellung der Organisation der EGKS und ihrer bisherigen Tätigkeit. Da aus der Konferenz über die EGKS nur wenige, dem Verfasser vielfach unzugängliche Quellen existieren, mußte er überwiegend auf die in den einzelnen Mitgliedstaaten publizierten Parlamentsberichte zurückgreifen, um die Entstehungsgeschichte der EGKS zu rekonstruieren. Dem Leser werden diese zum Teil schwer auffindbaren Quellen auf diese Weise erschlossen. Allerdings ist zu bemerken, daß sie nicht in allen Fällen ein verlässliches Bild geben. Leider hat darüber hinaus eine nicht immer kritische Quellenbenutzung den Verfasser zu einigen Fehlschlüssen geführt.

Deutschlands Haltung gegenüber dem Plan zur Errichtung der EGKS (Schumanplan) reduziert Mason (S. 4 f.) auf zwei Pole: einerseits die vom Bundeskanzler geteilte rheinisch-katholische Auffassung, welche die Einfügung Westdeutschlands in einen europäischen Rahmen für wichtiger erachte als die deutsche Wiedervereinigung, zumal Dr. Adenauer den Eisernen Vorhang als eine unabänderliche (incontestable) Tatsache ansehe; zum anderen die auf die Wiedervereinigung Deutschlands abzielende Haltung der Sozialdemokratie. Ohne nennenswerte Rücksicht auf wirtschaftliche Probleme habe der Bundeskanzler das Vertragswerk „durch die parlamentarischen Beratungen hindurchgepeitscht“. Zur Begründung dieser, in ihrer Tragweite dem Autor vielleicht nicht voll erkennbaren Darstellung von der Auseinandersetzung der „autoritären Demagogen“ Adenauer und Schumacher begnügt sich Mason mit der Anführung einer einzigen, überdies französischen Quelle.

Wenn der Autor auf wirtschaftspolitischem Gebiet (S. 82ff.) vom Widerstand vor allem deutscher Fachleute gegen

die Kartellbestimmungen des Vertrages und insbesondere gegen die Auflösung von GEORG berichtet, wenn er die „deutschen Kohle- und Stahlmagnaten“ als die Protagonisten der verfeimten Kartelle in der Gemeinschaft erscheinen läßt und wenn schließlich selbst der deutsche Bundeswirtschaftsminister wegen seines langen Eintretens für die Höchstpreise bei Kohle in die Reihe der Wettbewerbsgegner eingestuft wird, so erinnert dies fatal an die durch die amerikanische Kriegspropaganda geförderten Auffassungen über die deutsche Wirtschaft. Es fehlen alle sachlichen Ausführungen etwa zum Problem des Kohleverkaufs der Ruhr und zu den in § 12 des Abkommens über die Uebergangsbestimmungen vorgesehenen Maßnahmen, die eine solche Erinnerung ausschließen könnten.

Zur Gerichtsbarkeit der EGKS hat schon Jerusalem in seinem dem Autor offenbar nicht bekannten Buch über „Das Recht der Montanunion“ (Berlin und Frankfurt 1954) darauf hingewiesen, daß die Bestimmung in Art. 33 des Vertrages, wonach der Gerichtshof der EGKS in der Würdigung wirtschaftlicher Tatsachen beschränkt ist, ausschließlich für die Nichtigkeitsklage nach Art. 33 gilt. Der Verfasser verallgemeinert (S. 48) diese Regel und kommt von hier aus zu einer unzutreffenden Deutung von Regel und Ausnahmen.

Derek Curtis Bok: „The First Three Years of the Schuman Plan“, Princeton 1955. (Princeton Studies in International Finance).

Boks Studie beschränkt sich auf eine „kritische Beschreibung von Erfahrungen der EGKS bei der Behandlung einer Reihe von Problemen, die durch den Vertrag und die tatsächlichen Verhältnisse der Montanindustrie hervorgerufen worden sind“ (S. 12). In vorsichtig abwägender Darstellung untersucht Bok vor allem die bei Mason unerörtert gebliebenen Möglichkeiten einer Wettbewerbsordnung für die europäische Montanindustrie. Dabei geht er davon aus, daß der Wettbewerb im europäischen Montanmarkt ein Ziel des Vertrages sei (S. 40).

Unstreitig hat der Vertrag (insbesondere in Art. 4) die

Beseitigung einer ganzen Reihe staatlicher Maßnahmen erforderlich gemacht, durch welche die nationalen Märkte bisher voneinander getrennt waren. Erzeuger von Kohle und Stahl können heute weitergehend als vor der Errichtung der EGKS im europäischen Markt miteinander konkurrieren. Nach langwierigen Verhandlungen ist es sogar gelungen, neben anderen Hindernissen auch die wichtigsten Diskriminierungen auf dem Gebiet der Frachttarife zu beseitigen und Erzeugern und Handel dadurch in allen Mitgliedstaaten wenigstens annähernd gleiche Wettbewerbsbedingungen zu verschaffen. Ein Zustand der Gleichberechtigung von Unternehmern aller Montanstaaen, wie er in dem Beitrag „Schumanplan und europäischer Bundesstaat“ in Europa-Archiv 10—11/1951, S. 3955, bereits dargelegt wurde, ist hiermit weitgehend erreicht. Die Gleichheit der Wettbewerbsbedingungen macht den Wettbewerb im gemeinsamen Markt möglich. Hieraus folgt aber nicht, daß ein solcher Wettbewerb notwendig oder gar in vollem Umfange erwünscht wäre.

Unerörtert sollen hier die von Bok besprochenen Schwierigkeiten bleiben, die sich aus der Teilintegration von Kohle und Stahl ergeben. Unerörtert sollen auch die besonderen Probleme bleiben, die für den Wettbewerb im Bereich der Grundstoffindustrien bestehen. Bok weist darüber hinaus — und damit gewinnen seine Ausführungen Bedeutung für alle Integrationsplanungen — auf ein allgemeines europäisches Wettbewerbsproblem hin. Ziel der volkswirtschaftlichen Planer muß es sein, mit der Bildung eines allgemeinen europäischen Marktes eine neue Arbeitsteilung zu ermöglichen, hierzu die ausschließlich unter dem Schutz nationaler Protektionsmaßnahmen lebensfähigen Industrien zum Ausscheiden zu zwingen und eine Produktionsverlagerung an die günstigsten Standorte zu fördern. Unterstellen wir, daß die geplante Errichtung eines europäischen Marktes mit der Bildung einer gemeinsamen Währung Hand in Hand gehen kann und daß die Sorge einzelner Staaten um ihre Außenhandelsbilanzen einer Produktionsverlagerung nicht im Wege stehen. Es bleiben aber auch dann noch wesentliche, sogenannte soziale und politische Hindernisse für die als Folge eines europäischen Wettbewerbs unvermeidbaren Produktionsverlagerungen.

An dem Beispiel von Cevennes-Arbeitern, denen man eine Umsiedlung nach Lothringen im Zuge einer Produktionsverlagerung zumuten wollte und die zu einem weit überwiegenden Teil eine solche Umsiedlung ablehnten, zeigt Bok (S. 53 ff.), daß eine gefühlsmäßig begründete Unwilligkeit zu Wohnsitzveränderungen jeder Produktionsverlagerung und damit den Wettbewerbswirkungen Grenzen setzen kann. Kein Staat wird Produktionsverlagerungen zulassen können, die eine nennenswerte Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Ist mit einem Widerstand von Arbeitern gegen den Wechsel der Arbeitsstätte schon innerhalb eines Staatsgebietes zu rechnen, so muß ein solcher Widerstand erst recht erwartet werden, wenn Produktionsverlagerungen von einem Staat in einen anderen erfolgen sollen. Hieraus folgt, daß Wettbewerbswirkungen auszuschließen sind, welche die Gesamtproduktion eines Staates auf Kosten der Gesamtproduktion eines anderen Staates erhöhen und eine nennenswerte Verschiebung von Arbeitskräften von einem Staat in einen anderen zur Folge haben müssen. Tragbar sind innerhalb eines europäischen Marktes, zumindest in der ersten Phase seines Bestehens, nur solche Wettbewerbs-

wirkungen, bei denen Produktionseinschränkungen innerhalb eines Staates durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze innerhalb desselben Staates kompensiert werden. Erweiterung und Einschränkung der Produktion innerhalb eines Staates müssen möglichst lokal verbunden sein. Politische Erwägungen werden vielfach zum gleichen Ergebnis führen. Kein Politiker wird wesentliche Produktionsverlagerungen zulassen, durch die das Wirtschaftspotential eines Staates oder einer Landschaft zugunsten anderer Staaten oder Landschaften geschmälert wird. Diesen von Bok hervorgehobenen Umstand bestätigt die Entwicklung der französischen Argumente zur Saarfrage. Der wiederholte Hinweis auf die Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Gleichgewichtes zeigt, daß jede Produktionsverlagerung etwa nach Deutschland zu Lasten Frankreichs als Wettbewerbswirkung ausgeschlossen werden muß.

Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, eine künftige Integration, bei der man Wettbewerbswirkungen zulassen will, gleichmäßig auf alle Wirtschaftsgebiete zu erstrecken. Nur so ist eine Produktionsverlagerung mit Hilfe eines Ausgleichs von Produktionseinschränkungen und -erweiterungen innerhalb jedes Staates möglich. Eine Integration ist außerdem nur dann durchführbar, wenn man sich nicht mit einer Beseitigung von Wettbewerbshindernissen begnügt. Es müssen zugleich Maßnahmen vorgesehen werden, durch die sozial oder politisch untragbare Produktionsverlagerungen verhütet werden. Hierzu gehören Uebergangsmaßnahmen. Hierzu zählen Regelungen, die den Wettbewerb einschränken. Hierzu rechnet schließlich die Errichtung von Behörden, die gegen untragbare Wettbewerbswirkungen intervenieren können. Es bleibt zu prüfen, inwieweit diese Voraussetzungen in der Montanunion und durch die Tätigkeit ihrer Organe erfüllt worden sind.

Zunächst zum Vertrag selbst. Boks Auffassung vom Wettbewerb als Ziel der Montanunion kann man nur mit Einschränkungen zustimmen. Die französische Regierungserklärung vom 9. Mai 1950, der eigentliche Schumanplan (Europa-Archiv 11/1950, S. 3091), sagt kein Wort vom Wettbewerb. Der Vertrag setzt in den Artikeln 2—4 materielle Ziele und ordnet in Artikel 5 an, daß diese Ziele so weit wie möglich im Wege der Wettbewerbswirtschaft zu erstreben sind. Doch soll nach dieser Bestimmung der Wettbewerb eingeschränkt werden, soweit die Ziele das erforderlich machen. Zu diesen Zielen gehört, wie an anderer Stelle gezeigt wird (*Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht*, Jahrg. 21, 1956, Heft 2), auch die Gleichbehandlung nicht nur der Erzeuger und Verbraucher, sondern der Mitgliedstaaten der EGKS. Der Wettbewerb darf diesem Prinzip nicht zuwiderlaufen. Das Diskriminierungsverbot des Vertrages, Interventionsbefugnisse der Hohen Behörde und insbesondere die Uebergangsbestimmungen, die den einzelnen Staaten die Anpassung an den europäischen Markt erleichtern sollen, tragen dem Rechnung. Sie verhüten einen in seinen Auswirkungen untragbaren Wettbewerb.

Die Tätigkeit der EGKS und ihrer Organe hat eine stetige Befreiung von Wettbewerbshindernissen zur Folge gehabt. Mit den Höchstpreisen für Ruhrkohle sind am 31. März 1956 die letzten Preisfestsetzungen außer Kraft getreten. Die Verkaufsorganisationen für Kohle, insbesondere GEORG, sind so umgegliedert worden, daß nach der Marktstruktur eine gewisse Wettbewerbsmöglichkeit

besteht. Die Hohe Behörde hat die ihr mögliche Einflußnahme auf Investitionen stark beschränkt. Von den ihr insbesondere nach Artikel 46 und 54 des Vertrages zustehenden Befugnissen hat sie nur sparsamen Gebrauch gemacht und die Freiheit der Produktionsentwicklung nicht beeinträchtigt. Indessen haben auch die Organe der EGKS die Wettbewerbsmöglichkeiten begrenzt. Ueber die Schutzmaßnahmen hinaus, die der Vertrag und die Uebergangsbestimmungen u. a. zugunsten belgischer Kohle und italienischer Stahlerzeugung vorsehen, hat die Hohe Behörde für Kohle die geographischen Preisdiskriminierungen (den Eintritt in fremde Frachtbasen) gemäß Art. 60, § 2 Abs. b des Vertrages untersagt und auf diese Weise den Wettbewerbswirkungen vorgebeugt. Die wettbewerbsfreundliche Haltung der Hohen Behörde, die sich in der den Stahlunternehmen erteilten Erlaubnis zu einer geringen Abweichung von ihren Preislisten zeigte, ist am Gerichtshof der EGKS gescheitert. Seine beiden ersten Urteile erzwingen mit der genauen Einhaltung der Preislisten eine gewisse Stabilität der Preisbildung. Die Zurückhaltung der Hohen Behörde in der Investitionsplanung hat den Widerspruch der Gemeinsamen Versammlung ausgelöst und schließlich zu dem Memorandum über die Bestimmungen der allgemeinen Ziele (*Amtsblatt* 1955, Nr. 16) und damit zu einem Ansatz der Planung geführt. Die Vorsicht, mit der die Hohe Behörde die Frage der Verkaufsorganisationen gelöst hat, läßt die Möglichkeit zu ausreichender Stabilisierung der Verkaufsbeziehungen offen.

Dieser Ueberblick über einzelne Maßnahmen, deren Auswirkungen Bok untersucht, zeigt, daß mit Unterschieden im einzelnen die Organe der EGKS in Wettbewerbsfragen Zurückhaltung üben. Zwar hat sich vom Schumanplan, d. h. vom Jahre 1950 an, eine Entwicklung durchgesetzt, die einen gewissen Wettbewerb im europäischen Markt ermöglicht. Wir finden aber im Vertrag selbst und in der Tätigkeit der EGKS den Ausdruck einer Tendenz, die Wettbewerbswirkungen insoweit auszuschließen, als sie heute noch untragbare Produktionsverlagerungen zur Folge haben könnten. Bok deutet diese Entwicklung zutreffend. Man kann allenfalls einwenden, daß es nicht notwendig ist, sie als Widerspruch zu den Zielen der EGKS aufzufassen.

Die gegenwärtige Konjunkturlage läßt weniger die Gefahr von Produktionsverlagerungen entstehen als vielmehr die Möglichkeit, daß die Industrien einzelner Mitgliedstaaten der EGKS stärker expandieren als die der anderen. Bok sieht schon in dieser Möglichkeit eine Gefahr für den Bestand der Gemeinschaft und glaubt, daß die Hohe Behörde von einer finanziellen Förderung der Investitionen in der Stahlindustrie auch deshalb abgesehen habe, weil sie zu vorzugsweiser Entwicklung der deutschen Stahlindustrie hätte führen und Deutschlands Position hätte verstärken müssen. Um wieviel stärker müssen die Bedenken gegen einen voll wirksamen Wettbewerb in Zeiten des Käufermarktes sein, der eine neue Arbeitsteilung über einseitige Produktionseinschränkungen innerhalb einzelner Gebiete erzwingen könnte. Artikel 58 des Vertrages schließt solche Wirkungen aus. Als Resumé aus Boks Studie läßt sich feststellen, daß jede europäische Planung Maßnahmen vorsehen muß, die es für eine ausgedehnte Uebergangszeit erlauben, das Gleichgewicht zwischen den Staaten zu erhalten. Eine Liberalisierung der Märkte genügt hierzu nicht¹.

Daniel Vignes: „La Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier. Un Exemple d'administration économique internationale“, Paris 1956. (Recherches Européennes. Collection du Collège d'Europe, Bruges).

Ein Urteil zu dem aus Vorlesungen über die EGKS im Europakolleg in Brügge hervorgegangenen und damit in seinem Inhalt zugleich gekennzeichneten Buch von Vignes läßt sich vielleicht am besten dahin zusammenfassen, daß man ihm ein Gegenstück in deutscher Sprache wünschen möchte.

Der Verfasser sieht (insbesondere S. 107 ff.), daß das Wettbewerbsprinzip nicht allein die EGKS beherrscht. Er zieht hieraus allerdings nicht immer die gebotenen Konsequenzen. So vermag ich seiner Deutung des Preisrechts (S. 124 ff.) nicht voll zuzustimmen. Freiheit der Preisbildung, Diskriminierungsverbot und Verbot der Subventionen und Sonderlasten sind nach des Verfassers Ansicht die drei Prinzipien der Preisbildung. Regeln über die Preisfestsetzung und Einschränkungen des Gleichheitsgrundsatzes erscheinen hierzu als Ausnahmen. Die wirtschaftsrechtliche Eigenart der EGKS ist aber nun einmal darin begründet, daß die Gemeinschaft nicht durch rein rechtliche, die Rechtsordnung auf eine formale oder instrumentale Funktion beschränkende Ziele gekennzeichnet ist, zu denen das Wettbewerbsprinzip rechnen könnte. Vielmehr setzen die einzelnen Vertragsbestimmungen materielle Ziele, die den eine echte Gesellschaftsbildung charakterisierenden Gesellschaftszwecken vergleichbar sind. Das in Art. 3 gesetzte Ziel möglichst niedriger Preise rechnet hierhin. Dasselbe gilt für das Gebot der Gleichbehandlung. Der Grundsatz freier Preisbildung (Wettbewerbsprinzip) steht nicht auf gleicher Stufe mit den materiellen Prinzipien. Er ist ihnen vielmehr als Mittel untergeordnet.

Deutlich wird die hier angedeutete Vergesellschaftung an dem Diskriminierungsverbot, das auch in Art. 60 nicht auf den Wettbewerb bezogen wird, sondern sich vielmehr in seinen zahlreichen Ausprägungen als Ausfluß einer im allgemeinen für jede hoheitliche Tätigkeit und jede gesellschaftliche Funktion kennzeichnenden Verpflichtung zur Beachtung des Gleichheitssatzes deuten läßt. Wenn beispielsweise die Hohe Behörde und die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, die Montanunternehmen gleich zu behandeln — eine Verpflichtung, die z. B. bei der Erteilung von Genehmigungen etwa für Investitionen oder für Kartelle von Bedeutung ist —, und wenn gleichzeitig die Erzeuger von Kohle und Stahl gehalten sind, ihren Käufern gleiche Bedingungen einzuräumen, so sind Hohe Behörde, Mitgliedstaaten und Unternehmen gleichmäßig als Organe einer zur Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes verpflichteten Gesellschaft anzusehen. Nur diese Deutung vermag zu erklären, daß nach Art. 60 des Vertrages die Montanunternehmen unter Strafandrohung zur Beachtung der der Gemeinschaft gesetzten materiellen Ziele verpflichtet sind. Sie sind damit gehalten, von ihrer für den privatrechtlich geordneten Bereich kennzeichnenden Privatautonomie nur noch nach einem üblicherweise für die Verwaltungstätigkeit typischen pflichtmäßigen Ermessen zu handeln.

Dr. Ernst Steindorff

¹) In diesem Sinne zuletzt Dokument Nr. 14 (1956) der Gemeinsamen Versammlung der EGKS.

Schrifttum aus den Jahren 1952—1955

- Ballerstedt, Kurt: Uebernational und nationale Marktordnung. Eine montanrechtliche Studie. Tübingen: J. C. B. Mohr 1955. VI, 73 S.
- Bindschedler, Rudolf L.: Rechtsfragen der europäischen Einigung. Ein Beitrag zu der Lehre von den Staatsverbindungen. Basel: Verlag für Recht und Gesellschaft 1954. XXV, 424 S.
- Boden, Hans C., Kurt Forberg, Günther Schmolders u. a.: Freizügigkeit von Menschen, Gütern, Kapital und die europäische Integration. Darmstadt: Leske Verlag 1954. 168 S.
- Breitner, Franz: Der Gerichtshof der Montanunion und seine Anrufung bei fehlerhafter Organisation. Hamburg: Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg 1953. VI, 130 Bl.
- La Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier. Par un groupe d'étude de l'Institut des Relations Internationales. Bruxelles: Institut des Relations Internationales 1953. 338 S.
- Europäische Gerichtsbarkeit. Das Justizrecht der supranationalen europäischen Gemeinschaften. Die Rechtsschutzbestimmungen der Verträge über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sowie des Satzungsentwurfes über die Europäische (Politische) Gemeinschaft. Bearbeitet von Dr. Franz Breitner. Frankfurt am Main: Alfred Metzner Verlag 1954. 47 S.
- Gaedke, Jürgen: Das Recht der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Textsammlung mit Anmerkungen und Sachverzeichnis. München — Berlin: C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung 1954. 356 S.
- Gagnière, Claude-Jean: La Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier. Montpellier: Université de Montpellier 1952. 160, V S. (Hektographiert).
- Das veränderte Gesicht der Montan-Industrie. Zum Eisenhüttentag 1954. Frankfurt am Main 1954. 70 S. (Beilage zu *Der Volkswirt*, Nr. 44 vom 30. 10. 1954).
- Goormaghtigh, John: European Coal and Steel Community. New York: Carnegie Endowment for International Peace 1955. 66 S. (*International Conciliation*, Nr. 503, S. 341—408).
- Hahn, Carl Horst: Der Schuman-Plan. Eine Untersuchung im besonderen Hinblick auf die deutsch-französische Stahlindustrie. München: Richard Pflaum Verlag 1953. 158 S.
- Handbuch der Montan-Union. Entscheidungen, Empfehlungen, Stellungnahmen der Hohen Behörde; systematische Darstellung der Probleme und Arbeitsergebnisse der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Herausgeber: Prof. Dr. Hubert Armbruster und Franz-Wilhelm Engel. Bearb. auf Grund der amtlichen Unterlagen der EGKS. Frankfurt am Main: AGENOR Druck- und Verlags-GmbH. 1953.
- Hausmann, Frederick: Der Schuman-Plan im europäischen Zwielicht. Ein Beitrag zu den Grundproblemen und zur Weiterentwicklung des Schuman-Planes. München — Berlin: C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung 1952. XII, 266 S.
- Jerusalem, Franz W.: Das Recht der Montan-Union. Berlin: Franz Vahlen 1954. XIII, 206 S.
- Jürgensen, Harald: Die westeuropäische Montanindustrie und ihr gemeinsamer Markt. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1955. 264 S.
- Kannegiesser, Walter: Der gemeinsame Markt und die nationalen Volkswirtschaften. Osnabrück 1955. 166, VI S. (Hektographiert).
- Kern, Peter R.: Das Recht der Unternehmenszusammenschlüsse in der Montan-Union. Berlin: Franz Vahlen 1955. XVI, 184 S.
- Kiesewetter, Rolf: Das Wirtschaftsrecht des Schuman-Plans unter besonderer Berücksichtigung des Preisrechts. Hamburg: Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg 1954. V, 141 Bl.
- Lajugie, J.: Les premières étapes de l'unification économique de l'Europe (1944—1953). Paris: Mouvement Européen (Organisation française) Décembre 1954. 83 S.
- Langwieler, Wilhelm: Die sozialpolitische Problematik der Montan-Union. Mit 2 Tafeln über den Vergleich der Arbeitsbedingungen für Lohnarbeiter im Bergbau und in der eisen-schaffenden Industrie. Bonn — Frankfurt am Main: Verlag Lutzeyers Fortsetzungswerk 1953, 90 S.
- Linhorst, Homan J.: Europese integratie. De spanning tussen economische en politieke factoren. 'sGravenhage: Martinus Nijhoff 1955. 256 S.
- Lukac, Dusán: L'Intégration Economique. Solution de la crise de l'Europe? Genève: E. Droz 1953. 175 S.
- Monnet, Jean: Les Etats-Unis d'Europe ont commencé. La communauté Européenne du Charbon et de l'Acier. Discours et allocutions 1952—1954. Paris: Robert Laffont 1955. 166 S.
- Montan-Union. Ausfuhr und Einfuhr im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Düsseldorf: Rheinisch-Westfälische Bank 1954.
- Moser, Berthold: Die überstaatliche Gerichtsbarkeit der Montan-Union. Wien: Manz 1955. 79 S.
- Nachschlagewerk für die Montan-Union. Unternehmen der Montan-Union und Zulieferindustrie. Dortmund: C. L. Krüger 1954.
- Osterheld, Horst: Die Vollstreckung von Entscheidungen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann 1954. 105 S.
- Perroux, François: L'Europe sans rivages. Paris: Presses Universitaires de France 1954. VII, 667 S.
- Racine, Raymond: Vers une Europe nouvelle par le Plan Schuman. Neuchâtel: Editions de la Baconnière 1954. 246 S.
- Ramacciotti, Carlo: La Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio. Rom: I.C.A.S. Edizioni dell'Ateneo 1953. 133 S.
- Regul, Rudolf: Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Essen: Glückauf-Verlag 1954. 31 S.
- Regul, Rudolf: Die Montan-Gemeinschaft und das Problem der Teilintegration. Essen: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung 1954. 16 S.
- Reuter, Paul: La Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier. Préface de M. Robert Schuman. Paris: Librairie Générale de droit et de jurisprudence, R. Pichon et R. Durand-Auzias, 1953. 320 S.
- Richemont, Jean de: Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier. La Cour de Justice. Code annoté. Paris: Librairie du Journal des notaires et des avocats 1954. XI, 651 S.
- Rieben, Henri: Des Ententes de maîtres de forges au Plan Schuman. Epalinges 1954. XXIV, 556 S.
- Riphagen, W.: De juristische structuur der Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal. Leiden: Universitaire Pers 1955. 49 S. (Cornelis Van Voelenhoven Stichting).
- Schwarz-Liebermann von Wahlendorf, H. A.: Some Aspects of the influence of procedure and composition on the material achievement of international and supranational European Organizations. Bonn: Kommissionsverlag 1954. 47 S.
- Steindorff, Ernst: Die Nichtigkeitsklage im Recht der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Ein rechtsvergleichender Beitrag zur verwaltungsgerichtlichen Kontrolle der Hohen Behörde. Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann 1953. 173 S.
- Tremont, Jacques: L'Unification de l'Europe. Conditions et limites. Bruxelles — Amiens: Baude 1955. 418 S.
- Valentine, D. G.: The Court of Justice of the European Coal and Steel Community. The Hague: Martinus Nijhoff 1955. XI, 273 S.
- Wolf-Rode, Karl: Handbuch für den gemeinsamen Markt der Montan-Union. Sonderdruck: Uebersicht über die Eisen- und Stahlwerke in den Ländern der Montan-Union. Frankfurt am Main: Wirtschaftsdienst Verlag 1954. LX, 331 S.

Kommuniqué der Außenministerkonferenz der Staaten der EGKS in Venedig vom 30. Mai 1956

Eine Konferenz der Außenminister der Signatarmächte der Entschließung von Messina hat am 29. und 30. Mai unter dem Vorsitz des französischen Außenministers Christian Pineau in Venedig getagt. Deutschland war auf dieser Konferenz von Walter Hallstein, Belgien von P. H. Spaak, Frankreich von Christian Pineau und Maurice Faure, Italien von Gaetano Martino, Luxemburg von Joseph Bech und die Niederlande von J. W. Beyen vertreten.

Die Minister haben den Standpunkt der von ihnen vertretenen Regierung zu den Vorschlägen dargelegt, die im Bericht der Delegationsführer des Ausschusses enthalten sind, der durch die Konferenz von Messina ins **Leben** gerufen wurde und der in Brüssel unter dem Vorsitz von P. H. Spaak getagt hatte. Die Minister haben festgestellt, daß ihre Regierungen bereit sind, die Vorschläge dieses Berichts als Grundlage bei den Verhandlungen zu benutzen, die zur Ausarbeitung des Vertrages über die Schaffung eines allgemeinen gemeinsamen Marktes führen sollen sowie zum Abschluß eines Vertrages über die Gründung einer europäischen Organisation zur Verwertung der Atomenergie (Euratom). Um diese Verhandlungen zu ermöglichen, haben die Minister die Einberufung einer Konferenz beschlossen, die ab 26. Juni 1956 unter dem Vorsitz von P. H. Spaak in Brüssel zusammentreten soll. Auf Ersuchen seiner Kollegen hat P. H. Spaak sich bereit erklärt, die von ihm unternommene Koordinierungsaufgabe fortzusetzen.

Abgesehen von den im Brüsseler Bericht enthaltenen Vorschlägen haben sich die Minister besonders eingehend mit der Frage des Einschlusses der überseeischen Gebiete

und Länder in den gemeinsamen Markt befaßt. Auf Vorschlag Frankreichs wurde beschlossen, daß die Minister — angesichts der Kompliziertheit dieser Frage und der Verschiedenheit der Sonderlage dieser Gebiete — sich demnächst nach einer Prüfung durch die interessierten nationalen Instanzen zu diesem Problem auslassen werden. Ferner werden sie sich über das Problem einer eventuellen Verwendung der Atomenergie auf militärischem Gebiet zu äußern haben. Die Minister haben beschlossen, sich periodisch zu treffen, um die Berichte der Delegationsführer entgegenzunehmen und erforderlichenfalls angemessene politische Beschlüsse zu fassen.

Um die Durchführung der Entschließung zu fördern, die von der Konferenz von Messina angenommen wurde, haben die Minister beschlossen, daß die auszuarbeitenden Verträge Bestimmungen enthalten werden, die den Beitritt oder die Assoziation dritter Staaten ermöglichen. Die sechs Minister drücken erneut ihre Hoffnung auf einen sofortigen Beitritt derjenigen Länder aus, die bereit sind, mit der Montanunion auf einer Grundlage der Gleichberechtigung zusammenzuarbeiten, die ihrem Beitrag entspricht. Sie beauftragen den Vorsitzenden der Konferenz, dem Europäischen Wirtschaftsrat, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, dem Europarat sowie der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister regelmäßig über die Entwicklung ihrer Arbeiten Bericht zu erstatten und den Mitgliedstaaten der OEEC alle erforderlichen Einladungen zukommen zu lassen, um ihren Beitritt oder ihre Beteiligung an den zu schließenden Verträgen zu erlangen.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 99 vom 2. Juni 1956.

Kommuniqué der deutsch-französischen Besprechungen in Luxemburg am 4. Juni 1956

(Veröffentlicht am 5. Juni)

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer und der französische Ministerpräsident Guy Mollet haben sich in Begleitung des deutschen Außenministers von Brentano und des französischen Außenministers Pineau sowie der Staatssekretäre Professor Hallstein und Faure am 4. Juni in Luxemburg zu einer eingehenden Aussprache über die internationale Lage und die zwischen beiden Ländern bestehenden Probleme getroffen.

Die Erörterungen ergaben, daß beide Regierungschefs in der Beurteilung der außenpolitischen Lage überein-

stimmen. Sie haben bei dieser Gelegenheit erneut ihre Bindung an die atlantische Allianz bekräftigt und ihre Absicht bekundet, dieses Bündnis so auszubauen, daß es den gemeinsamen Interessen, insbesondere in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht, zum größten Vorteil gereicht. Die beiden Regierungen sind sich völlig darin einig, daß alle Bemühungen um eine allgemeine, einer internationalen Kontrolle unterworfenen Abrüstung gefördert werden müssen. Sie sind der Ansicht, daß die Durchführung eines Abrüstungsprogramms von der Lö-

sung der den Weltfrieden bedrohenden politischen Probleme abhängig ist. In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, daß das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands an erster Stelle steht.

Ministerpräsident Mollet und Außenminister Pineau haben ihre deutschen Kollegen über ihre kürzliche Reise nach Moskau und die Eindrücke unterrichtet, die sie bei ihren Unterhaltungen mit den leitenden sowjetischen Staatsmännern gewonnen haben. Die deutschen und französischen Minister stimmten darin überein, daß keine Bemühungen unterlassen werden dürfen, um zu einem besseren Verständnis der gegenseitigen Auffassungen zu gelangen und damit die Lösung der Hauptprobleme zwischen Ost und West zu erleichtern.

Die Minister kamen sodann auf die zur Zeit schwebenden Europaverhandlungen zu sprechen. Sie gaben ihrer Befriedigung über die Ergebnisse der Konferenz von Venedig Ausdruck und über die Fortschritte, die dort auf dem Wege zur Schaffung der europäischen Atomgemeinschaft und des gemeinsamen Marktes erzielt worden sind. Sie befaßten sich ferner mit dem französischen Vorschlag, die Möglichkeit der Ausdehnung des gemeinsamen Marktes auf die überseeischen Gebiete zu prüfen. Sie brachten erneut ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, den Wohlstand der europäischen Völker zu fördern und ihren Lebensstandard zu erhöhen. Sie werden deshalb darauf hinwirken, daß die am 26. Juni 1956 in Brüssel beginnende Regierungskonferenz beschleunigt zu positiven Ergebnissen gelangt.

Die Minister behandelten sodann die Saarfrage, die Frage der Moselkanalisierung und des Rhein-Seiten-Kanals. Sie erörterten eingehend die Ergebnisse der wiederholten Verhandlungen zwischen den Staatssekretären und den von diesen geleiteten Delegationen. Hierbei

waren sie sich der Schwierigkeit der zu lösenden Probleme, aber auch der außerordentlichen Bedeutung bewußt, die eine Lösung in vollem Einverständnis für ein gutes deutsch-französisches Einvernehmen, für die europäische Zusammenarbeit und für die Solidarität des Westens hat. In diesem Geist haben sich die Minister bemüht, ihre wesentlichen nationalen Interessen miteinander in Einklang zu bringen. So ist es ihnen gelungen, gemeinsame Direktiven für die Sachverständigen beider Länder zu formulieren, denen die Ausarbeitung der den Parlamenten vorzulegenden Abkommen obliegt. Einige dieser Abkommen werden die Lösung der Saarfrage enthalten, einige weitere werden den Rhein-Seiten-Kanal zum Gegenstand haben, andere wieder werden die Moselkanalisierung betreffen. Wegen der Kanalisierung der Mosel werden die beiden Regierungen unverzüglich an die luxemburgische Regierung herantreten, um mit ihr als der Regierung eines Anliegerstaates über diese Frage zu beraten und sie um ihre Zustimmung zu ersuchen.

Die umfassenden und eingehenden Gespräche hatten einen sehr offenen und freundschaftlichen Charakter. Selbst bei den Punkten, in denen die Auffassungen der beiden Regierungen voneinander abwichen, ließen sich die deutschen und französischen Minister vom Geist echter europäischer Zusammenarbeit leiten. Sie konnten mit Genugtuung feststellen, daß es ihnen gelungen ist, ihre Auffassung zu allen in der Konferenz behandelten Fragen in Übereinstimmung zu bringen. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, daß sich die deutsch-französischen Beziehungen künftig in einer Atmosphäre enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit entwickeln werden, einer Atmosphäre, die am besten geeignet ist, ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: den Bau Europas.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 101 vom 6. Juni 1956.

Informationen und Berichte

Die binnen- und außenwirtschaftliche Position der Vereinigten Staaten nach den Jahresbotschaften des Präsidenten

Die von Präsident Eisenhower dem Kongreß am 5. Januar 1956 vorgelegte State of the Union Message ist eine umfassende Zusammenstellung des von der republikanischen Regierung bisher Geleisteten und des noch Anzustrebenden. Gleichzeitig stellt sie auch die Grundlage des republikanischen Wahlprogramms für den kommenden Herbst dar. Der State of the Union Message folgten die einzelnen Sonderbotschaften des Präsidenten an den Kongreß, so am 9. Januar die Landwirtschafts-Botschaft, am 16. Januar die Budget-Botschaft, am 24. Januar die Botschaft über die wirtschaftliche Lage der Vereinigten Staaten und am 19. März die Botschaft über die Auslandshilfe. Der wirtschaftliche Inhalt dieser fünf Botschaften läßt sich wie folgt zusammenfassen:

Die derzeitige Lage der amerikanischen Wirtschaft wird vom Präsidenten sehr positiv beurteilt. Das Jahr 1955 brachte neue Rekorde in allen Bereichen der Wirtschaft mit Ausnahme der Landwirtschaft. Der Gesamtwert der Gütererzeugung und Dienstleistungen stieg von 361 Milliarden \$ 1954 auf 387 Milliarden \$ 1955 und wird für 1956 auf 397 Milliarden \$ veranschlagt. Das persönliche Einkommen des amerikanischen Volkes stieg 1955 um 16 Milliarden auf 303 Milliarden \$, die Gesellschaftsgewinne um 9 Milliarden auf 43 Milliarden \$. Der durchschnittliche Beschäftigungsstand erhöhte sich 1955 um rund 2 Millionen auf 63,2 Millionen. Die durchschnittlichen Wochenlöhne der Fabrikarbeiter wuchsen um 7,79 auf 79,90 \$. Die Sozialversicherung wurde auf weitere zehn Millionen und die Arbeitslosenversicherung auf weitere 4 Millionen Menschen ausgedehnt. Die industrielle Produktion erhöhte sich 1955 um 11 vH gegenüber 1954, und die gesamten Bauausgaben stiegen um 4,7 Milliarden auf 42,2 Milliarden \$. Nur das Farmer-Einkommen sank 1955 um 1,2 Milliarden auf 33,3 Milliarden \$. Das Lebenshaltungskostenniveau konnte stabilisiert und damit der Inflation Einhalt geboten werden. Allerdings sind in letzter Zeit gewisse Rückschläge in der Autoproduktion, im Wohnungsbau und in einigen anderen Wirtschaftszweigen eingetreten. Der Präsident kommt jedoch zu dem Schluß, daß der hohe Stand der Produktion, der Beschäftigung und des Einkommens im laufenden Jahr aufrechterhalten werden kann. Eine ernste Gefahr sieht er allerdings in der starken Ausdehnung des Teilzahlungsgeschäfts. Das Gesamtvolumen der Konsumentenkredite ist heute siebenmal so groß wie 1945. Bei Beibehaltung des gegenwärtigen Aufstiegstempos wird es 1956 einen Stand von 100 Milliarden \$ erreichen. Er empfiehlt daher, den Federal Reserve Board zu ermächtigen, Kontrollen für den Konsumentenkredit wieder einzuführen, und zwar auf sogenannter stand by-Basis, d. h. erst, sobald sich dies erforderlich erweist. Diese Ermächtigung bestand schon früher, ist aber 1952 vom Kongreß aufgehoben worden, da damals Kontrollen des Konsumentenkredits als überflüssig angesehen wurden.

Einen wichtigen Platz unter den Empfehlungen des Präsidenten nimmt der Farm-Plan ein, der zum Ziele hat, das Problem der amerikanischen landwirtschaftlichen Ueberschüsse zu lösen, insbesondere bei Weizen, Baumwolle, Mais und Reis. Ferner zu erwähnen wären die Empfehlungen zu Verbesserungen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft, des Straßenbaus und der Sozialpolitik sowie zur Förderung der kleinen Unternehmer, um ihre Konkurrenzfähigkeit zu stärken, und zur Unterstützung von Notstandsgebieten, d. h. Gebieten mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosenzahl.

Auf dem Gebiet der öffentlichen Finanzen weist der Präsident auf die Fortschritte hin, die in den letzten drei Jahren beim Bundeshaushalt erzielt worden sind. Während das Defizit im Finanzjahr 1952/53 (Juli-Juni) noch 9,5 Milliarden betrug, wird der Bundeshaushalt im Finanzjahr 1955/56 und nach dem Voranschlag auch im Finanzjahr 1956/57 etwa ausgeglichen sein. Auf Grund der Steigerung der Steuereinnahmen sowie der erheblichen Kürzung der Regierungsausgaben war es im Jahre 1954 möglich, Steuersenkungen im Ausmaß von 7,4 Milliarden \$ durchzuführen. Die Regierungsausgaben im Finanzjahr 1955/56 werden auf 64 Milliarden \$ geschätzt. Damit wurde eine Verringerung der Regierungsausgaben zum dritten Male in ununterbrochener Reihenfolge erreicht. Gegenüber den tatsächlichen Regierungsausgaben im Finanzjahr 1952/53 bedeutet das einen Rückgang um 10 Milliarden \$. Für das Finanzjahr 1956/57 werden die Regierungsausgaben mit 65,9 Milliarden \$ um rund 1,6 Milliarden \$ gegenüber dem Haushaltsvoranschlag von 1955/56 ansteigen. Diese Zunahme wird jedoch durch steigende Einnahmen, die sich aus dem weiteren Wachstum der Wirtschaft ergeben werden, mehr als wettgemacht. Auf die Landesverteidigung entfallen nach dem Voranschlag 1956/57 64 vH der Gesamtausgaben. Bemerkenswerterweise nimmt der Präsident aus konjunkturpolitischen Gründen scharf gegen weitere Steuersenkungen im gegenwärtigen Zeitpunkt Stellung, da dies unmittelbar zu Preissteigerungen führen würde. Auch habe die Verminderung der Bundesschuld Vorrang vor Steuerreduktionen; überdies würden erhöhte Bundeseinnahmen für die Unterstützung von Notstandsgebieten sowie für andere Hilfsprogramme benötigt.

Im Rahmen der Ausführungen zur Außenwirtschaft wird darauf hingewiesen, daß der wertmäßige Anteil der Exporte am Bruttosozialprodukt gegenwärtig etwa 5 vH beträgt. Besonders betont der Präsident die Notwendigkeit einer Förderung des internationalen Waren- und Kapitalaustausches. Den amerikanischen Interessen sei auf lange Sicht durch eine Ausweitung des Stroms an Gütern, Kapital, Unternehmerinitiative und technischem Wissen am besten gedient. Die Verlängerung des Reciprocal Trade Agreements Act um weitere drei Jahre gibt dem Präsidenten die Befugnis, die Zölle von Fall zu Fall und auf der Basis der Gegenseitigkeit zu senken. Der Präsident fordert mit Nachdruck vom Kongreß, den Beitritt der Vereinigten Staaten zur Organisation für Zu-

sammenarbeit auf dem Gebiete des Handels (OTC) zu genehmigen, der dazu beitragen würde, das GATT-Abkommen, dem die Vereinigten Staaten seit 1948 angehören, wirksamer zu gestalten. Der Präsident bringt die Auffassung zum Ausdruck, daß die Mitgliedschaft in der OTC den Vereinigten Staaten die wirksamsten Mittel in die Hand geben wird, um die diskriminierenden und restriktiven Maßnahmen gegen die amerikanischen Exporte zu beseitigen und die von ihnen geschlossenen Handelsabkommen so zu gestalten, daß sie wirklich auf Gegenseitigkeit beruhen. Ferner fordert der Präsident eine Anregung der privaten Kapitalinvestitionen im Ausland. In den Jahren seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges ist in stetig steigendem Maße amerikanisches Privatkapital in das Ausland geflossen. Ende 1954 betrug der Wert der privaten amerikanischen Auslandsinvestitionen 26,6 Milliarden \$, davon langfristige Investitionen in Höhe von 24,4 Milliarden \$.

An Auslandhilfe fordert der Präsident für das Finanzjahr 1956/57 vom Kongreß einen Betrag von 4,9 Milliarden \$, wovon 3,0 Milliarden auf die Militärhilfe und 1,9 Milliarden auf die Wirtschaftshilfe entfallen sollen. Dies entspricht einer Erhöhung um 2,2 Milliarden \$ gegenüber den für das Finanzjahr 1955/56 bewilligten 2,7 Milliarden. Ein neues Moment auf dem Gebiet der Auslandhilfe stellt die Forderung des Präsidenten an den Kongreß dar, zur Sicherung der Kontinuität der Auslandhilfe die Regierung zu ermächtigen, Verpflichtungen bis zu 10 Jahren einzugehen, um die wirtschaftlich rückständigen Gebiete bei wichtigen langfristigen Entwicklungsprojekten zu unterstützen. Die Mittel zur Erfüllung derartiger Verpflichtungen würden aus Bewilligungen für die wirtschaftliche Auslandhilfe entnommen werden und pro Jahr einen Betrag von 100 Millionen \$ nicht überschreiten. Auf diese Weise soll den Nationen der freien Welt eine Gewähr dafür gegeben werden, daß die Vereinigten Staaten sich weiterhin an den nicht-militärischen Projekten und Unternehmen beteiligen, deren Verwirklichung mehrere Jahre erfordert. Diese Mittel sollen in erster Linie für den Mittleren Osten und Afrika bestimmt sein. Allerdings handelt es sich hierbei, gemessen an den Gesamtbewilligungen, nicht um sehr bedeutende Summen.

Dr. Fritz Winter

Die 4. Tagung der Europäischen Regionalorganisation des IBFG

Die Europäische Regionalorganisation (ERO) des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften hielt in den Tagen vom 22. bis zum 24. Mai in Frankfurt am Main ihre vierte Regionalkonferenz ab, die sich vorzüglich mit den Problemen der Arbeitszeitverkürzung, der Automatisierung und der Ausweitung der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit beschäftigte. Bei der Besprechung des Tätigkeitsberichtes der Organisation, die jetzt in 16 Ländern Europas insgesamt 23 880 000 Mitglieder vereinigt, ergab sich eine Meinungsverschiedenheit in bezug auf das Projekt, der Beratenden Versammlung des Europarats einen Europäischen Wirtschafts- und Sozialrat anzugliedern. *Rosenberg* (Deutschland) äußerte Befürchtungen vor einer Zersplitterung der Arbeit, wenn neben die Internationale Arbeitsorganisation, die im Vorjahr ihre erste Regionalkonferenz für Europa abgehalten hat, eine neue Institution mit ungefähr dem

gleichen Tätigkeitsfeld treten sollte, die aber in der Praxis nur ein Hilfsorgan einer Beratungsinstanz wäre. Demgegenüber vertraten *Le Bourre* (Frankreich) und *Major* (Belgien) den Standpunkt, daß ein Europäischer Wirtschafts- und Sozialrat, in dem Vertreter freier Organisationen der Arbeitnehmer Repräsentanten freier Organisationen der Arbeitgeber gegenüberstünden, in einem Zeitpunkt ein wichtiges Forum darstellen würde, in dem die Internationale Arbeitsorganisation durch den Beitritt einer größeren Zahl diktatorisch regierter Länder in ihrer Aktionsfähigkeit behindert sei.

Die Konferenz nahm nach einem einleitenden Bericht von Dr. H. Kienzel (Oesterreich) den vom Wirtschaftsausschuß der ERO ausgearbeiteten Entwurf eines Aktionsprogramms der Gewerkschaften „zur Erleichterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Integration Europas“ zur Kenntnis. Das ausführliche Elaborat betont, daß die freien Gewerkschaften Europas grundsätzlich wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen der einzelnen Staaten begrüßen, die zu wirtschaftlicher Expansion, Vollbeschäftigung und sozialem Fortschritt beitragen, daß sie aber eine stärkere innereuropäische wirtschaftliche Zusammenarbeit für unerlässlich halten. Es sei eine gefährliche Illusion, anzunehmen, irgendein europäischer Staat könnte sich im Falle eines konjunkturellen Rückgangs allgemeiner Natur in Europa oder in der Welt durch seine eigenen Mittel erfolgreich schützen. Die Gewerkschaften sehen in ihrer entsprechenden Vertretung in allen auf die Integration Europas gerichteten Institutionen und Organen eine grundlegende Vorbedingung für den Erfolg einer Integration. Weiter werden Schritte zur Senkung der Zollschränken und zur schrittweisen Beseitigung der bestehenden Handelsdiskriminierungen vorgeschlagen. Die OEEC sollte mit erhöhten Befugnissen ausgestattet werden, wobei den Gewerkschaften eine entsprechende Vertretung einzuräumen und für eine parlamentarische Kontrolle der Arbeit der Organisation zu sorgen wäre. Das Programm beschäftigt sich dann mit der Stellung der Europäischen Zahlungsunion, der Frage der Konvertibilität der Währungen, die nicht als Selbstzweck, sondern als ein gegebenenfalls wichtiges Mittel zur Ausweitung des Warenaustauschs betrachtet werden müsse, mit dem Problem internationaler Rohstoffabkommen, der Erhaltung der Vollbeschäftigung und der Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten durch Projekte von der Art des Vanoni-Plans, mit der Koordinierung der Steuerpolitik der europäischen Länder, den Problemen der Agrarpolitik, der Koordinierung der Investitionstätigkeit und der Freizügigkeit der Arbeitskräfte in Europa. Obwohl die Gewerkschaften eine allgemeine Integration höher einschätzen, würden sie auch regionalen Zusammenfassungen (Benelux, Skandinavien, Interpalpen-Plan für gemeinsame Erzeugung und Verwendung von Energie) oder Teilintegrationen (Atomenergie, Verkehr, Agrarunion) ihre Unterstützung leihen. In bezug auf die Montanunion werden die Erweiterung der Möglichkeiten einer demokratischen Kontrolle, die Fortentwicklung der sozialen Errungenschaften, die Ausdehnung der überstaatlichen Funktionen der Hohen Behörde verlangt.

Giovanni Canini (Italien) berichtete über den Stand der Verhandlungen über die Schaffung eines gemeinsamen innereuropäischen Marktes im Gefolge der Beschlüsse der vorjährigen Konferenz der sechs Außenminister in Messina. Der Generalsekretär der ERO, Walter Schevenels,

erstattete Bericht über das Euratom-Projekt. Die nach längerer Debatte im Plenum und in den Ausschüssen angenommene Resolution begrüßt sowohl die Vorschläge zur Errichtung eines gemeinsamen Marktes als auch die einer europäischen Gemeinschaft für Atomenergie, verlangt eine Verstärkung der Befugnisse der in den beiden Projekten vorgesehenen Institutionen, damit sie in der Lage sind, die Hindernisse zu überwinden, die von in ihren privaten Interessen bedrohten Kreisen erwartet werden müssen, und reklamiert eine angemessene Vertretung der Gewerkschaften in den zu schaffenden Organen. Zur Durchführung des gemeinsamen Marktes müßten langfristige, bindende Vereinbarungen abgeschlossen und angemessene soziale Schutzmaßnahmen schon im Anfangsstadium getroffen werden. Euratom habe die absolute Kontrolle über die Produktion von Atom- und Kernenergie sowie spaltbaren Materialien auszuüben, um deren ausschließlich friedliche Verwendung zu sichern. Die Resolution klingt in eine Aufforderung an alle angeschlossenen Organisationen aus, die öffentliche Meinung in ihren Ländern für die Durchführung der jetzt im Vordergrund stehenden Integrationsprojekte zu sichern.

Eine zur Arbeitszeitfrage angenommene Resolution der Frankfurter Konferenz erklärt, „daß die namhafte Produktivitätssteigerung der letzten Jahre in Westeuropa eine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich bei gleichzeitiger Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen erlaubt, ohne die wirtschaftliche Expansion zu bedrohen“. Als Ziel einer unmittelbaren Aktion wird die Vierzig-Stunden-Woche in der Form einer Fünf-Tage-Woche bezeichnet.

Bei den Neuwahlen wurden der Präsident der Regionalorganisation, Charles *Geddes* (Großbritannien), und der Generalsekretär, Walter *Schevenels* (Belgien), in ihren Ämtern bestätigt.

J. W. Brügel

Der Bundesparteitag der FDP in Würzburg

Nach dem Ausscheiden der FDP aus der Regierungskoalition und der Abspaltung der Gruppe um die vier bisher von der FDP gestellten Bundesminister stand der am 20. und 21. April 1956 veranstaltete Würzburger Parteitag im Mittelpunkt eines ungewöhnlichen Interesses der Öffentlichkeit. Er brachte jedoch weder eine Präzisierung der Position der Partei als Oppositionspartei noch eine Auseinandersetzung mit den Dissidenten, denen keine Gelegenheit gegeben wurde, ihre Ansichten vor dem Parteitag darzulegen.

Der Parteivorsitzende, Thomas *Dehler*, verwendete den größten Teil seines Referats auf eine Darlegung der Umstände, die zum Ausscheiden der FDP aus der Koalition geführt hatten. Er griff dabei den Bundeskanzler wiederholt scharf an und erklärte, die Außenpolitik der Bundesregierung sei in ihre schwerste Krise geraten. Er sprach von einem „geballten Machtapparat“ des Bundeskanzlers und warf der CDU vor, die „Fundamente der Macht auf den Mißbrauch des Christentums“ zu gründen. Die FDP habe stets den Willen zur Koalition gehabt, doch habe man versucht, sie zur Kapitulation zu zwingen. Sie werde auch nach den Wahlen von 1957 keine Koalition eingehen, bei der sie etwas von ihrer grundsätzlichen Haltung aufgeben müßte. In einer Pressekonferenz erläuterte Dr. *Dehler*, daß eine Koalition mit der CDU nicht grund-

sätzlich ausgeschlossen werde; in einem Kabinett *Adenauers* werde er aber nicht mehr Minister sein.

Während Dr. *Dehler* sich darauf beschränkte, der Bundesregierung in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands eine sterile Politik vorzuwerfen, trat der Vorsitzende der Demokratischen Partei Saar, Heinrich *Schneider* — dem vom Parteitag das Recht zur Teilnahme an den Vorstandssitzungen der FDP eingeräumt wurde — massiv für Gespräche sowohl mit der Sowjetunion als auch mit der Regierung der Sowjetzone Deutschlands ein. Er forderte zum Widerstand nach dem Beispiel der Saar auf und kritisierte das Aufgehen der Bundesrepublik in „scheineuropäische Organe“, das die Wiedervereinigung behindere. Allerdings distanzieren sich sowohl Thomas *Dehler* als auch der zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählte Erich *Mende* in einer Pressekonferenz von diesen Äußerungen.

In einer während des Parteitags ausgearbeiteten und einstimmig gebilligten Entschließung bezeichnete sich die FDP als „einzige deutsche Partei mit freiheitlich demokratischer Ueberlieferung“. Sie erklärte, sich die koalitionspolitische Entscheidung des Jahres 1957 bis zum Morgen nach der Wahl vorbehalten zu wollen. Als die dringendste Aufgabe der Nation wurde in der Entschließung die Wiedervereinigung bezeichnet, die „auf dem Boden der Pariser Verträge“ angestrebt werden soll. Die Partei bekannte sich erneut zu einer „freien, sozial verpflichteten Marktwirtschaft“, sie kritisierte die Steuerpolitik, das Ueberhandnehmen von Staatsbetrieben und Tendenzen des Dirigismus in der europäischen Integration. Schließlich wurden die Förderung der Wettbewerbswirtschaft, gerechte Verteilung des Sozialprodukts und eine verantwortungsbewußte Sozialpolitik gefordert.

Der Versuch, bei den Vorstandswahlen Dr. *Dehler* abzulösen, scheiterte: sein Gegenkandidat, Max *Becker*, erhielt nur 67 Stimmen gegen 155 für *Dehler*. Bei der Neuwahl der stellvertretenden Vorsitzenden setzte der Landesverband Nordrhein-Westfalen die von ihm begünstigten Kandidaten durch: Wolfgang *Haußmann* (wiedergewählt), Erich *Mende* (gegen Friedrich *Middelhaue*) und Oswald *Kohut* (gegen Wilhelm *Nowak*).

Der Austritt der sogenannten „Minister-Gruppe“ aus der Bundestagsfraktion der FDP und die damit zusammenhängenden Kontroversen wurden in den Diskussionen kaum erwähnt. Reinhold *Maier* tat die Ausgetretenen damit ab, daß er sagte, sie hätten die Partei weder aus liberalen noch aus demokratischen Gründen verlassen, sondern aus Anhänglichkeit an ihre Bonner Ämter. Die aus der Fraktion ausgetretenen Bundesminister und Bundestagsabgeordneten, denen der Parteitag durch eine Satzungsänderung die Möglichkeit weiterer Mitgliedschaft in der Partei entzog, teilten dem Parteivorstand am 21. April ihren Austritt mit. Sie kündigten zwei Tage später die Gründung einer neuen Partei, der „Freien Volkspartei“ (FVP), an.

W. B.

Der Bundesparteitag der CDU in Stuttgart

In Stuttgart hielt die CDU vom 27. bis zum 29. April 1956 ihren Bundesparteitag ab. Zu dem Thema „Zehn Jahre Politik für Deutschland“ sprachen Bundeskanzler *Adenauer* und Bundestagspräsident Eugen *Gerstenmaier*. In drei Vorträgen befaßten sich Professor Werner *Conze*, Jakob *Kaiser* und Kurt-Georg *Kiesinger* mit den Gedan-

ken, Zielen und Erscheinungsformen des Bolschewismus. Zur Sozialreform referierte Professor Ludwig *Neundörfer*. Die Rechenschaftsberichte gaben der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Heinrich *Krone*, und Bundesgeschäftsführer Bruno *Heck*.

Zu den Ergebnissen des Parteitages, der vornehmlich unter innenpolitischen und innerparteilichen Aspekten stand, gehören Entschlüsse zur Sozialreform, zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, zur Landwirtschaft und zur Außenpolitik. Im Rahmen der Sozialreform, die auch weiterhin als eine der vornehmsten Aufgaben der CDU bezeichnet wurde, soll unverzüglich das vom Bundesarbeitsministerium ausgearbeitete Gesetz zur Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenensicherung verabschiedet werden. Als weitere Aufgaben werden genannt: gesetzliche Anpassung des Fürsorgewesens an die neue Entwicklung, Fortsetzung der familienfördernden Maßnahmen, Förderung der Eigentumsbildung, Beteiligung der Arbeitnehmer an den Sachwerten in der Wirtschaft, Bildung von Kapitalanlagegesellschaften.

Um die günstige wirtschaftliche Lage zu sichern und die in der Hochkonjunktur auftretenden Spannungen zu überwinden, wird in der wirtschaftspolitischen Entschluß empfohlen, die Wirtschafts-, Finanz-, Agrar- und Sozialpolitik straff zu koordinieren. Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die gesetzlichen Grundlagen für eine zentrale Wirtschafts- und Konjunkturpolitik der Bundesregierung zu schaffen. Oberstes Gebot bei allen Maßnahmen sei die Stabilität der Währung. Die CDU wird ein gesellschaftspolitisches Programm für die Beeinflussung der Wirtschaftsstruktur zur Erhaltung einer gesunden Mischung von Klein-, Mittel- und Großbetrieben ausarbeiten.

Einhellig billigten die Delegierten die Außenpolitik der Bundesregierung.

Ueber die Wiedervereinigungsfrage gab es eine Auseinandersetzung zwischen Professor Ferdinand *Friedensburg* auf der einen und Dr. *Adenauer* und Außenminister von *Brentano* auf der anderen Seite. *Friedensburg* vertrat andeutungsweise die Meinung, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nicht zugunsten der europäischen Integration zurücktreten dürfe. Die Bundesrepublik müsse eine „entsprechende Politik“ treiben und ein neues Ver-

hältnis zur Sowjetunion finden. Das Bekenntnis zur europäischen Einigung, zum Atlantikpakt und zur Einführung der Wehrpflicht dürfe nicht Schlußpunkt sein, sondern nur die Plattform für die Wiedervereinigung. Eine europäische Einigung, die an der Elbe aufhöre, sei keine Einigung. Nach dem Moskau-Besuch des Bundeskanzlers sei in der Wiedervereinigungs-Politik eine Lücke entstanden. Dr. von *Brentano* entgegnete, daß die europäische Politik der Bundesregierung Europa keineswegs an der Elbe enden lassen wolle. Er warnte vor unverbindlichen Wiedervereinigungsrezepten. Dr. *Adenauer* wandte sich gegen die Unterstellung, daß er die europäische Integration und den Atlantikpakt als Schlußpunkte der deutschen Außenpolitik betrachte. *Friedensburg* habe in ebenso unechten Alternativen gesprochen wie die Opposition.

Zu einer Kampfabstimmung kam es bei der Neuwahl des Parteivorstandes. Trotz einer vorangegangenen Ablehnung im Parteiausschuß stimmten 239 Delegierte für den von den Landesverbänden Rheinland und Westfalen eingebrachten und von Josef *Dufhues* mit einer aufsehererregenden Rede begründeten Antrag, die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden von zwei auf vier zu erhöhen; 227 stimmten dagegen, und 7 enthielten sich der Stimme. Als stellvertretende Vorsitzende wurden gewählt: Karl *Arnold*, Eugen *Gerstenmaier*, Kai Uwe von *Hassel* und Jakob *Kaiser*. Dr. *Adenauer*, einstimmig zum ersten Vorsitzenden wiedergewählt, erklärte zu der Erweiterung der Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden, daß er sich dadurch weder unterstützt noch eingeengt fühle. Es sei kein neues Gremium in der Parteiführung geschaffen worden. Politische Fragen würden weiterhin nur vom Geschäftsführenden Vorstand insgesamt beraten werden.

Es wurde beschlossen, den Geschäftsführenden Vorstand um drei Persönlichkeiten zu erweitern, deren Wahl jedoch verschoben wurde. Am 16. Mai wurden dafür in Bonn der Bundestagsabgeordnete Kurt-Georg *Kiesinger*, der ehemalige nordrhein-westfälische Minister Franz *Meyers* und Bundesminister Gerhard *Schröder* gewählt. Neben ihnen gehören dem Geschäftsführenden Vorstand ex officio der Parteivorsitzende und seine Stellvertreter, der Bundesgeschäftsführer, der Bundesschatzmeister sowie der Vorsitzende der Bundestagsfraktion und sein Stellvertreter an.

Zeittafel vom 16. bis zum 31. Mai 1956

Die Ereignisse in Europa*

Albanien

25. In Tirana wird der 3. Parteitag der Partei der Arbeit (Kommunisten) eröffnet. Der Erste Sekretär der Partei, Enver Hodscha, spricht sich in seinem Rechenschaftsbericht u. a. für die Wiederherstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zu Jugoslawien aus und räumt ein, daß der Bruch mit Jugoslawien ein Irrtum gewesen sei. Auf die Ergebnisse des 20. Parteikongresses der KPdSU eingehend, sagt Hodscha, auch in Albanien habe die Partei unter dem Personenkult gelitten, sie habe jedoch jetzt die notwendigen Lehren gezogen. Er bekennt sich zu den „leninistischen Normen des Parteilebens“ und zur Demokratisierung von Partei und Staat. Am 31. Mai legt Ministerpräsident Mehmet Shehu dem Parteitag den zweiten Fünfjahrplan (1956—1960) vor, der u. a. die „sozialistische Umgestaltung“ der Landwirtschaft vorsieht.

Dänemark

22. Verteidigungsminister Rasmus Hansen erklärt seinen Rücktritt. Sein Nachfolger wird der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Paul Hansen.
- 25.—26. Besuch des deutschen Bundesaußenministers, Heinrich von Brentano. In einem Kommuniqué wird erklärt, der Besuch habe einer persönlichen Fühlungnahme im Rahmen der Normalisierung der deutsch-dänischen Beziehungen nach dem Kriege gedient; Dr. von Brentano und der dänische Ministerpräsident und Außenminister, Hans C. Hansen, hätten sich über verschiedene, beide Länder interessierende Fragen orientiert.

Deutschland

16. Ein dreitägiger Besuch des Vizepräsidenten des jugoslawischen Bundesexekutivrates, Svetozar Vukmanovic-Tempo, findet seinen Abschluß. In seinen Besprechungen mit dem Bundeskanzler sowie den Bundesministern für Wirtschaft, für wirtschaftliche Zusammenarbeit, für Finanzen und für Ernährung und Landwirtschaft erörterte der jugoslawische Minister politische und wirtschaftliche Fragen, welche die beiden Länder interessieren. Dabei fand insbesondere ein Gedankenaustausch über die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die Liberalisierung des Waren- und Zahlungsverkehrs und die Beteiligung der Bundesrepublik am Aufbau der jugoslawischen Industrie statt.

Die Botschafter der drei Westmächte in der Bundesrepublik protestieren in einem Schreiben an den sowjetischen Botschafter bei der Regierung der DDR gegen den Aufmarsch von Einheiten der „Nationalen Volksarmee“ in Berlin am 1. Mai, den sie als eine Verletzung des Viermächtestatus Berlins bezeichnen. Der sowjetische Botschafter erklärt in seiner Antwort

am 25. Mai, daß die Regierung der DDR in dieser Angelegenheit souverän sei.

17. Der Vorsitzende der FDP, Thomas Dehler, fordert in einem Interview mit der Züricher Zeitung *Die Weltwoche* die Bundesregierung auf, mit allen vier Großmächten über die Wiedervereinigung Deutschlands zu verhandeln. Der Preis für die Wiedervereinigung müsse auf der Linie der Direktiven der ersten Genfer Konferenz liegen und durch wirtschaftliche Zugeständnisse an die Sowjetunion ergänzt werden. Dehler lehnt die Neutralität und auch den „dritten Weg“ im Sinne der Vorstellungen des indischen Premierministers ab: die Wiedervereinigung müsse auf dem Boden der Pariser Verträge stehen, doch müsse ein „Bündnisausgleich“, etwa im Sinne der Aachener Rede Sir Winston Churchills, erfolgen. Keinesfalls dürfe die Bundesrepublik das Vertrauen der Westmächte aufs Spiel setzen.

18. Der Zentralbankrat der Bank deutscher Länder beschließt eine weitere Erhöhung des Diskontsatzes um ein Prozent auf 5,5 vH.

Auf einer außerordentlichen Generalversammlung in Dortmund wählt die Industriegewerkschaft Bergbau den bisherigen zweiten Vorsitzenden Heinrich Guter-muth zum Nachfolger des verstorbenen ersten Vorsitzenden Ihmig. Guter-muth fordert in einem Grundsatzreferat die Sozialisierung des Ruhrkohlenbergbaus.

Der Präsident der DDR, Wilhelm Pieck, ersucht Bundespräsident Theodor Heuss in einem Schreiben, gegen „zahlreiche Fälle von Verletzungen der demokratischen Grundrechte und politischer Verfolgungen“ in der Bundesrepublik einzuschreiten. Er behauptet, daß in der Bundesrepublik Personen eingekerkert und Organisationen verboten seien, weil sie gegen die Remilitarisierung und für freundschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion und der DDR eintreten. Pieck verweist in seinem Schreiben darauf, daß in der DDR eine Anzahl politischer Häftlinge amnestiert worden sei. Ein Sprecher der Bundesregierung erklärt dazu, daß das Schreiben Piecks nicht beantwortet werde, da es eine Provokation darstelle. — Am 23. Mai wiederholt der „Ausschuß für deutsche Einheit“ auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin die Anschuldigungen Piecks und fordert die Bundesregierung auf, „rechtsstaatliche Zustände zu schaffen“.

- 18.—25. In Ost-Berlin findet eine Sitzung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe der Ostblockstaaten statt, an der Beobachter der Volksrepublik China und erstmals auch Jugoslawiens teilnehmen. Der Rat beschließt eine Koordinierung der Produktionsziele der Fünfjahrpläne der einzelnen Länder und Maßnahmen zur Zusammenarbeit bei der Versorgung mit polnischer Kohle und sowjetischem Eisenerz. Auf dem Gebiet der elektrischen Energie werden ein Programm für den Energieaustausch und ein Plan für

*) Vgl. hierzu auch die Mitteilungen des Europarats für Mai auf S. 8983 bis 8988 dieser Folge.

die gemeinsame Ausnutzung der Wasserkräfte der Donau in Angriff genommen. Für die Landwirtschaft empfiehlt der Rat neben einer allgemeinen Produktionssteigerung die weitgehende Einführung des Maisanbaus in den Ostblockstaaten.

20. Auf verschiedenen Pfingsttreffen der ostdeutschen Landsmannschaften werden die Londoner Äußerungen von Außenminister *von Brentano* über die ostdeutschen Gebiete (vgl. Zeittafel in EA 11/1956, Großbritannien) heftig kritisiert. Scharf angegriffen wird auch eine Äußerung des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten *Otto H. Greve*, daß das Sudetenland tschechoslowakisches Staatsgebiet sei und auch bleiben solle.
22. In einer der sowjetischen Botschaft in Bonn übermittelten Verbalnote legt die Bundesregierung Verwahrung gegen die in einer Verbalnote der sowjetischen Botschaft vom 15. Mai enthaltene Behauptung ein, daß sowjetische Staatsangehörige im Bundesgebiet in Irrenanstalten festgehalten und damit an der Repatriierung gehindert würden. Die Bundesregierung erklärt sich erneut bereit, jeden sowjetischen Staatsangehörigen zu repatriieren, der diesen Wunsch äußert.
- 22.—24. Europäische Regionalkonferenz des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in Frankfurt am Main (vgl. den Bericht auf S. 8974 dieser Folge).
23. Der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, *Fritz Berg*, richtet anläßlich der Jahresversammlung dieses Verbandes in Köln scharfe Angriffe gegen die Konjunkturpolitik der Bundesregierung, insbesondere gegen Bundesfinanzminister *Schäffer* und Bundeswirtschaftsminister *Erhard*, sowie gegen die Bank deutscher Länder. Er kritisiert die „starre Haltung“ Erhards und Schäffers, fordert eine entschlossene Durchführung der Steuerreform und bezeichnet den Plan Erhards für eine generelle dreißigprozentige Zollsenkung als maßlos. Dem Zentralbankrat wirft *Berg* vor, daß die angeordnete Diskonterhöhung „Gerechte und Ungerechte“ treffe. Bundeskanzler *Adenauer* unterstützt auf der gleichen Veranstaltung die Kritik *Bergs* und bezeichnet die Diskonterhöhung als einen schweren Schlag gegen die Konjunktur; er sei nicht davon überzeugt, daß sie notwendig gewesen sei. Er halte die Meinung, daß der Zentralbankrat nicht „politisch zu denken“ brauche, für „bemerkenswert dumm“. Der Bundeskanzler kündigt an, daß in der für den folgenden Tag angesetzten Kabinettsitzung die Bundesminister *Erhard* und *Schäffer* Rechenschaft darüber zu geben hätten, was sie dem Zentralbankrat vorgeschlagen hätten. Diese Erklärungen *Adenauers* führen zu einer ersten Kabinettskrise. Die Kabinettsitzung am 24. Mai ergibt keine Einigung zwischen dem Bundeskanzler und den von ihm angegriffenen Bundesministern. In einem darüber ausgegebenen Kommuniqué heißt es, das Kabinett sei sich darüber einig, daß steuer- und finanzpolitische Maßnahmen verwirklicht werden müssen, welche „die besonderen Maßnahmen der Bank deutscher Länder wieder entbehrlich machen“. Am 25. Mai läßt der Bundeskanzler nach einer Unterredung mit Bundeswirtschaftsminister *Erhard* offiziell erklären, daß der Wirtschaftsminister nach wie vor

sein volles Vertrauen besitze. Am 30. Mai findet eine Aussprache zwischen dem Bundeskanzler und Bundesfinanzminister *Schäffer* statt, nach der bekanntgegeben wird, daß eine volle Verständigung erzielt worden sei.

25. Bundesminister *Hans-Joachim von Merkatz* schlägt auf dem Landesparteitag der Deutschen Partei in Lüneburg vor, eine Vertretung der Deutschen in der sowjetischen Zone zu schaffen, die als demokratisch legitimiert und verhandlungsfähig betrachtet werden kann. Es gebe dafür genügend Persönlichkeiten, beispielsweise in den Kirchen und Universitäten. Die Bundesrepublik müsse jedes Mittel ergreifen, die Kontakte mit den Deutschen in der Sowjetzone zu verstärken, Verhandlungen mit der Regierung der DDR seien jedoch abzulehnen. Dr. von Merkatz erklärt ferner, es sei nicht mehr eine Frage des Ob, sondern nur noch des Wie, diplomatische Beziehungen zu den Ostblockstaaten aufzunehmen.
26. Der künftige Oberbefehlshaber der NATO-Truppen in Europa, General *Lauris Norstad*, erklärt in einer Rede in Heidelberg, eine starke atomare Vergeltungsmacht, die als Abschreckung wirke, stelle zwar die Grundlage der westlichen Verteidigung dar, doch werde daneben für den unmittelbaren Schutz der Mitgliedstaaten ein Minimum an Landstreitkräften benötigt, das nicht unterschritten werden dürfe. Ein Feind müsse wissen, daß er in ein Gebiet eindringe, das verteidigt wird, und daß er sich dem Risiko eines Vergeltungsschlages aussetze.
29. Vor der Volkskammer der DDR gibt Ministerpräsident *Grotewohl* eine Regierungserklärung zur innerdeutschen Lage ab, in der er der Bundesregierung u. a. „verbrecherische Wühlarbeit“ gegen die DDR und politische Verfolgung „aufrechter deutscher Frauen und Männer“ vorwirft und deren Einstellung fordert. Er unterbreitet „Vorschläge zur innerdeutschen Entspannung“, die anschließend von der Volkskammer in eine Entschließung aufgenommen werden. Sie beinhalten: 1) die Verpflichtung beider deutschen Staaten, keine allgemeine Wehrpflicht einzuführen; 2) Verbot der Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden; 3) Verbot ausländischer Spionagezentralen auf deutschem Boden; 4) Einstellung der Verfolgung von „antimilitaristischen, demokratischen und der Völkerfreundschaft dienenden Organisationen“; 5) Verbot der Tätigkeit aller „militaristischen Verbände und neofaschistischen Organisationen“; 6) gleiche Strafbestimmungen in beiden Teilen Deutschlands gegen „Kriegshetze, Rassen- und Völkerhetze“; 7) Entwicklung von Handels-, Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR; 8) Kontakte zwischen Vertretern der Parlamente, Parteien und Organisationen der Bundesrepublik und der DDR.
30. Der Deutsche Bundestag hält auf Grund einer Großen Anfrage aller Fraktionen eine Debatte über die Lage in der sowjetischen Zone Deutschlands ab. Die Antwort der Bundesregierung auf die 23 Fragen der Fraktionen erteilt der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, *Jakob Kaiser*. (Der Wortlaut der Fragen und Antworten ist im *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 99

vom 2. Juni 1956, veröffentlicht.) Nach der Regierungserklärung legen Sprecher aller Fraktionen ihre Ansicht zur innerdeutschen Situation dar und fordern u. a. die Freilassung politischer Gefangener auf beiden Seiten der Zonengrenze, Verbesserungen des Interzonenverkehrs und des Wirtschafts- und Kultur-austauschs sowie die Beseitigung von Störsendern. Ein Antrag der SPD-Fraktion, der die Aufnahme von Besprechungen mit Behörden der Sowjetzone zwecks Erreichung dieser Ziele fordert, wird an die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Frankreich

17. In Paris werden weitere Verhandlungen über die Saarfrage und die damit zusammenhängenden deutsch-französischen Probleme zwischen den Staatssekretären *Hallstein* und *Faure* abgeschlossen. Dem Kommuniqué zufolge ist für eine Reihe wichtiger Fragen noch keine Lösung erreicht worden; sie werden in Sachverständigen-Besprechungen weiter erörtert.
23. Der stellvertretende Ministerpräsident *Pierre Mendès-France* erklärt seinen Rücktritt. In seinem Demissionsschreiben kritisiert er die Algerien-Politik der Regierung, die zwar militärische Maßnahmen ergriffen — die er für notwendig und berechtigt halte —, jedoch keine Schritte zur Emanzipation der algerischen Bevölkerung getan habe. Die Parlamentsfraktion der Radikalsozialistischen Partei billigt am folgenden Tage das Verhalten von *Mendès-France* und empfiehlt im Einverständnis mit ihm den anderen radikalsozialistischen Ministern, in der Regierung zu verbleiben.
28. In Paris wird ein französisch-marokkanisches Abkommen über die Regelung der auswärtigen Beziehungen abgeschlossen. Es sieht u. a. vor: regelmäßige Konsultation zwischen beiden Ländern in Fragen, die gemeinsame Interessen berühren; gegenseitige Berücksichtigung der Interessen des Vertragspartners in der Außenpolitik und beim Abschluß internationaler Verträge; Anerkennung des Internationalen Gerichtshofs als Schlichtungsinstanz; Zusammenarbeit in internationalen Organisationen; Uebernahme der von Frankreich für Marokko eingegangenen internationalen Verpflichtungen durch die marokkanische Regierung — aus letzteren wird das französisch-amerikanische Abkommen vom 22. September 1950 über amerikanische Stützpunkte in Marokko durch einen gesonderten Briefwechsel ausdrücklich ausgenommen.

Griechenland

17. Beendigung eines am 14. Mai begonnenen Staatsbesuchs des deutschen Bundespräsidenten, *Theodor Heuss*, und des Außenministers *Heinrich von Brentano*. Im Abschlußkommuniqué wird die Unterzeichnung eines Kulturabkommens zwischen der Bundesrepublik und Griechenland bekanntgegeben. Ferner heißt es in dem Kommuniqué, die beiden Außenminister hätten aktuelle internationale Probleme erörtert, darunter die Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands und die Cypern; insbesondere hätten sie sich mit auf den Atlantikpakt und den Europarat bezüglichen Fragen beschäftigt.

27. Außenminister *Spyros Theotokis*, dem eine zu weiche Haltung in der Cypern-Frage vorgeworfen wurde, erklärt seinen Rücktritt. Sein Nachfolger wird der bisherige Landwirtschaftsminister, *Evangelos Averoff*.

Großbritannien

21. Außenminister *Selwyn Lloyd* äußert auf einer konservativen Parteiversammlung in *Thoresby Park* (Nottinghamshire) die Ansicht, daß ein sowjetischer Angriff heute weniger wahrscheinlich sei als je zuvor; die neue sowjetische Politik, die sich bemühe, zusammen mit Gütern und Wirtschaftshilfe auch den Kommunismus zu exportieren, sei jedoch nicht weniger gefährlich. Als Entgegnung auf diese Politik empfiehlt *Lloyd* einen engeren Zusammenschluß der NATO-Länder durch die Einführung häufiger politischer Konsultationen und die Konzentration auf die nichtmilitärischen Aspekte des atlantischen Bündnisses, wobei jedoch die Aufrechterhaltung der militärischen Stärke nicht vernachlässigt werden dürfe. Eine Verteilung der wirtschaftlichen Hilfe an unterentwickelte Länder durch die NATO bezeichnet *Lloyd* als unzweckmäßig.
31. Veröffentlichung eines Notenwechsels mit der Volksrepublik China über Korea (vgl. Volksrepublik China).

Italien

- 29.—30. Außenministerkonferenz der Mitgliedstaaten der Montanunion in Venedig (vgl. den Wortlaut des Kommuniqués auf S. 8971 dieser Folge).

Jugoslawien

24. Präsident *Tito* gibt *United Press* ein Interview über die jugoslawischen Ansichten zur internationalen Lage. Er betont erneut, daß er den Umschwung in der Sowjetunion für ein historisches Ereignis halte, das sich sowohl international für die Erhaltung des Friedens und die Entwicklung der Zusammenarbeit als auch innerhalb der Ostblockstaaten günstig auswirken werde. Die sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen würden sich künftig auf Zusammenarbeit im Sinne einer „aktiven Koexistenz“ und auf gegenseitige Hilfe beim Aufbau des Sozialismus richten; daneben würden aber die Beziehungen Jugoslawiens zum Westen von ihm aus keine Aenderung erfahren. Jugoslawien beabsichtige nicht, Mitglied irgendeines Militärpaktes zu werden, doch sei die Mitgliedschaft Griechenlands und der Türkei in der NATO kein Hindernis für eine fruchtbare wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit innerhalb des Balkanpaktes. *Tito* äußert die Ansicht, daß sowohl die NATO als auch der Warschauer Pakt eines Tages überflüssig würden. Als vordringlichste internationale Aufgabe bezeichnet *Tito* die Abrüstung, die keinesfalls von einer Lösung der deutschen Frage abhängig gemacht werden dürfe. Zur Wiedervereinigung Deutschlands sagt *Tito*, sie müsse so erfolgen, daß die Individualität der beiden Teile Deutschlands gewahrt werde; es sei nicht angebracht, die Wiedervereinigung durch ein Plebiszit herbeizuführen.
- 28.—30. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens, *Palmiro Togliatti*, stattet dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens einen Besuch ab, bei dem er auch Gespräche mit Präsident *Tito* führt. In einem

Kommuniqué heißt es, daß die Zusammenarbeit zwischen den Kommunisten Jugoslawiens und Italiens neu belebt werden solle. Togliatti erklärt vor der Presse, die italienischen Kommunisten legten großen Wert darauf, die Erfahrungen Jugoslawiens beim sozialistischen Aufbau zu studieren.

Luxemburg

- 25.—26. In Luxemburg findet der 10. Jahreskongreß der Internationalen Union Christlicher Demokraten (NEI) statt. In der Entschließung fordert der Kongreß u. a. eine einheitliche Front des Westens gegenüber der Sowjetunion und kritisiert die Methode der aufeinanderfolgenden bilateralen Besprechungen mit der Sowjetregierung. Die Regierungen der Mitgliedstaaten der Montanunion werden aufgerufen, so rasch wie möglich die Euratom-Gemeinschaft zu verwirklichen.

Norwegen

- 28.—29. Besuch des deutschen Bundesaußenministers, Heinrich von Brentano. In einem Kommuniqué wird erklärt, der Besuch habe einem persönlichen Kontakt zwischen beiden Regierungen gedient, um der nach dem Kriege eingetretenen Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern Ausdruck zu verleihen. Die beiden Außenminister hätten neben der Erörterung von beide Länder betreffenden Fragen auch über die Verstärkung der nichtmilitärischen Zusammenarbeit im Rahmen der NATO gesprochen. Ferner wird im Kommuniqué die Unterzeichnung eines deutsch-norwegischen Kulturabkommens bekanntgegeben.

Oesterreich

16. Nach Bekanntgabe einer Korrektur des Wahlergebnisses vom 13. Mai (vgl. Zeittafel in EA 11/1956)

ändert sich die Sitzverteilung folgendermaßen: Sozialistische Partei 74 Sitze, Freiheitliche Partei 6 Sitze.

Sowjetunion

19. Beendigung des am 15. Mai begonnenen Staatsbesuchs des französischen Ministerpräsidenten, Guy Mollet, und des Außenministers Christian Pineau. (Vgl. den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung in EA 11/1956, S. 8920.) Außenminister Pineau hält sich nach der Abreise Mollets noch bis zum 25. Mai in der Sowjetunion auf und besucht verschiedene Landesteile.
29. Unter Bezugnahme auf ihre Note vom 27. April (vgl. Zeittafel in EA 10/1956) teilt die Sowjetregierung der deutschen Bundesregierung mit, daß auf der von dieser überreichten Namensliste von noch in der Sowjetunion festgehaltenen Deutschen zahlreiche Sowjetbürger aufgeführt seien. Die inzwischen erfolgte Verbindungsaufnahme der Botschaft der Bundesrepublik in Moskau mit diesen Personen wird als unzulässig bezeichnet.

Tschechoslowakei

25. Der französische Außenminister, Christian Pineau, unterbricht seine Rückreise aus der Sowjetunion in Prag, wo er von Außenminister Vaclav David zu einem Gespräch empfangen wird. Von französischer Seite wird der Besuch als „unpolitisch“ bezeichnet.

Ungarn

18. In einer Rede vor Budapester Parteiaktivisten gibt der Erste Sekretär der Partei der Werktätigen, Mátyás Rákosi, zu, in früheren Jahren den Personenkult geduldet und gefördert zu haben und für schwere Verletzungen der Gesetze verantwortlich zu sein. Er erklärt, daß alle verhafteten Sozialdemokraten inzwischen in Freiheit seien.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten

16. Die ägyptische Regierung erkennt die Regierung der Volksrepublik China formell an und stimmt dem Austausch von Botschaftern zu.

Tunesien

28. Ministerpräsident Habib Bourguiba kündigt vor dem Parlament die Errichtung von tunesischen diplomatischen Vertretungen in zwanzig Ländern an. Er beschuldigt in diesem Zusammenhang die französische Regierung, die Ratifizierung des Protokolls vom 20. März 1956 über die Unabhängigkeit Tunesiens ungebührlich zu verzögern und Tunesien einen neuen Vertrag gegenseitiger Abhängigkeit aufzwingen zu wollen. Tunesien werde erst dann wieder mit Frankreich verhandeln, wenn es seine auswärtige Souveränität voll ausübe.

AMERIKA

Vereinigte Staaten

17. Der indonesische Staatspräsident, Achmed Soekarno, der sich zu einem dreiwöchigen Besuch in den Vereinigten Staaten aufhält, erklärt in einer Rede vor

beiden Häusern des Kongresses, der Westen müsse verstehen, daß der Nationalismus die wesentlichste Triebfeder der zur Unabhängigkeit gelangten asiatischen und afrikanischen Nationen sei; wenn man dies nicht verstehe, werde kein Wortschwall und kein Dollarregen in diesen Völkern etwas anderes erreichen als Enttäuschung und Bitterkeit. In manchen Ländern werde die amerikanische Auslandhilfe als zweifelhaftes Geschenk betrachtet; die Vereinigten Staaten müßten begreifen, daß selbst eine mit den besten Absichten gegebene Hilfe zu gespannten Beziehungen führen könne, wenn dabei die besonderen Bedingungen der asiatischen Länder außer acht gelassen werden. Militärische Hilfe sei kein Ersatz für die asiatische Stabilität: sie mache die empfangenden Länder von den Vereinigten Staaten abhängig, zur Verteidigung der Freiheit sei jedoch politische und wirtschaftliche Stabilität notwendig. Indonesien werde Hilfe annehmen, woher auch immer sie komme, aber nur unter der Voraussetzung, daß es seine Freiheit nicht dafür verkaufen müsse.

29. Präsident Eisenhower ernannt den früheren Senator Fred A. Seaton an Stelle des zurückgetretenen Douglas McKay zum Innenminister.

ASIEN

Volksrepublik China

31. In London wird der Inhalt eines Notenwechsels zwischen der Volksrepublik China und den am Kommando der Vereinten Nationen in Korea beteiligten Regierungen bekanntgegeben. Danach hat die chinesische Volksregierung am 9. April der britischen Regierung eine Note zuhanden aller am Kommando in Korea beteiligten Regierungen überreicht, in der sie die Einberufung einer Konferenz über den Abzug aller ausländischen Truppen aus Korea und über die friedliche Wiedervereinigung Koreas vorschlug. In der nach Konsultation der anderen Regierungen am 28. Mai überreichten Antwort erklärte die britische Regierung, die am Kommando der Vereinten Nationen in Korea beteiligten Regierungen könnten keine Aenderung der Haltung der Volksrepublik China und Nordkoreas feststellen, die eine solche Konferenz fruchtbar machen könnte.

Indien

22. Premierminister *Nehru* äußert im Parlament seine Besorgnis über die Lage in Algerien. Für die Lösung des Problems, dessen besondere Schwierigkeiten die indische Regierung anerkenne, schlägt er folgende fünf Grundsätze vor: 1) Abgabe von Gewaltverzichtserklärungen von beiden Seiten; 2) Anerkennung des nationalen Charakters Algeriens durch Frankreich; 3) Anerkennung der Gleichberechtigung aller Bevölkerungsteile Algeriens durch beide Seiten; 4) Anerkennung des Heimatrechtes aller Bevölkerungsteile in Algerien; 5) Aufnahme direkter Verhandlungen in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen.

Israel

21. Ministerpräsident *David Ben Gurion* erklärt in einem Interview mit einem ägyptischen Journalisten seine Bereitwilligkeit, mit dem ägyptischen Ministerpräsi-

denten zu einem Gespräch zusammenzutreffen und dazu auch nach Kairo zu kommen.

Jordanien

20. Nach Meinungsverschiedenheiten mit König *Hussein* erklärt Ministerpräsident *Samir el Rifai* den Rücktritt der Regierung. Der frühere Ministerpräsident *Said el Mufti* bildet am folgenden Tage ein neues Kabinett, in dem kein Minister der bisherigen Regierung vertreten ist.
31. Nach Besprechungen anlässlich eines Besuchs des syrischen Staatspräsidenten, *Schukry al Kuwatly*, wird bekanntgegeben, daß beide Länder ein Militärabkommen abschließen, durch das ihre Streitkräfte einem gemeinsamen Kriegsrat unterstellt werden. Ferner sei eine grundsätzliche Einigung über eine Wirtschaftsunion erzielt worden.

Korea

17. Bekanntgabe der Ergebnisse der am 15. Mai durchgeführten Präsidentenwahlen in Südkorea. Während Staatspräsident *Syngman Rhee* mit rund 60 vH aller Stimmen wiedergewählt wurde, errang den Sitz des Vizepräsidenten mit knapper Mehrheit der Kandidat der oppositionellen Demokratischen Partei, *Chang Myun*.
31. Das Kommando der Vereinten Nationen in Korea untersagt bis auf weiteres die Tätigkeit der Neutralen Waffenstillstandskommission in Südkorea. Zur Begründung wird erklärt, daß durch fortgesetzte Einfuhr von Luftkriegsmaterial nach Nordkorea das Waffenstillstandsabkommen verletzt worden sei und daß die polnischen und tschechoslowakischen Mitglieder der Waffenstillstandskommission eine mit der Neutralität nicht zu vereinbarende Haltung eingenommen hätten.

Die nordkoreanische Regierung gibt bekannt, daß sie bis zum 31. August ihre Streitkräfte um 80 000 Mann vermindern will. Ferner erklärt sie, daß sie bei der Lösung der koreanischen Frage keine Gewalt außer der Selbstverteidigung anwenden werde.

Die Organisation der Vereinten Nationen

18. In Genf wird die elfte Tagung der Kommission zur Bekämpfung des Rauschgift Handels beendet. Die Kommission beschloß u. a. ein Programm zur Bereitstellung von Experten, die den beteiligten Ländern bei der Kontrolle der Produktion und Verbreitung von Rauschgiften und bei der Untersuchung der Herkunft von beschlagnahmten Rauschgiften behilflich sein sollen. Der Entwurf einer neuen internationalen Konvention über die Rauschgiftkontrolle wurde erörtert und den Regierungen zur Stellungnahme zugeleitet.
23. In Genf wird die 4. Zollverhandlungsrunde des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) abgeschlossen. (Einen Bericht wird das Europa-Archiv in einer künftigen Folge veröffentlichen.)
25. In Genf wird die neunte Generalversammlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) beendet. Die Versammlung billigte den Beitritt Marokkos, Tunesiens und des Sudan zur WHO. Um den Ländern, deren Mitgliedschaft wegen langjähriger Beitrags-

rückstände ruht (darunter der Sowjetunion) Gelegenheit zur Wiederaufnahme ihrer Mitgliedschaft zu geben, wurde beschlossen, die Rückstände für die Jahre der ruhenden Mitgliedschaft bis auf 5 vH zu stunden. Das von der Versammlung gebilligte Programm für 1957 sieht u. a. die Ausbildung von Personal für die gesundheitliche Ueberwachung der Atomenergie-Produktion, die weitere Bekämpfung der Malaria und ein Forschungsprogramm auf dem Gebiet der Herzkrankheiten vor.

29. Mit einem einleitenden Referat von Generalsekretär *Dag Hammarskjöld* nimmt der Sicherheitsrat seine Beratungen über die Palästina-Frage wieder auf. Der britische Vertreter unterbreitet einen Resolutionsentwurf, der eine Weiterführung der guten Dienste des Generalsekretärs bei der Herbeiführung einer Friedenslösung vorsieht. Während die meisten Delegierten sich für diesen Entwurf aussprechen, lehnen die Vertreter der arabischen Staaten den Entwurf auf der Sitzung am 31. Mai ab.

Bücher und Broschüren

Bathurst, M. E., und J. L. Simpson: Germany and the North Atlantic Community. A Legal Survey. Published under the auspices of The London Institute of World Affairs. London: Stevens & Sons Ltd. 1956. XI, 217 S. (The Library of World Affairs, No. 29.). £ 1/15/—.

Das Buch ist eine sorgfältig zusammengestellte und objektiv-nüchtern gehaltene Uebersicht über die Entwicklung der völkerrechtlichen Stellung und der innerstaatlichen Rechtslage Deutschlands vom Beginn seiner Besetzung (September 1944) bis zur Genfer Außenministerkonferenz im November 1955. In ihm sind die durch Befehle der Besatzungsmächte, Verlautbarungen der Militärregierungen, Gesetze und schließlich Verträge der Alliierten Hohen Kommission mit der neugeschaffenen Bundesrepublik gekennzeichneten Phasen der allmählichen Umwandlung und späteren Teilung des ehemaligen Deutschen Reiches in zwei, durch die politischen Verhältnisse einander in jeder Beziehung unähnlich gewordene Teilstaaten und ihre Einbeziehung in das westliche bzw. östliche Verteidigungssystem festgehalten. Wie die beiden Verfasser eingangs erklären, handelt es sich bei dem vorliegenden Buch, das nicht eine Chronik der allgemeinen politischen Verhältnisse dieses Zeitraumes sein will, um eine aus englischer Sicht und vom englischen Standpunkt geschriebene Darstellung und Erläuterung derjenigen Maßnahmen und Akte, an welchen die britische Regierung direkt beteiligt war. Daraus ergibt sich auch die Begrenzung des im Titel angegebenen Themas: das Schwergewicht ruht auf der Behandlung der rechtlichen Lage der Bundesrepublik, während die Entwicklung der DDR nur am Rande gestreift wird. Die Verfasser stützen sich — abgesehen von den notwendigen deutschen Kommentaren — im wesentlichen auf englische Quellen und Literaturangaben und enthalten sich — dem juristischen Charakter der Schrift Rechnung tragend — politischen Schlußfolgerungen. Gerade deshalb kann das Buch für eine Orientierung und sachliche Information auf diesem von politisch-nationalen Gefühlen so beeinflussten Gebiet von Nutzen sein.

Dr. C. Gasteyger

Chinese Communist World Outlook. Views on Relations with the Soviet Union and the Soviet Bloc. Washington: Department of State, Office of Intelligence Research 1955. 44 S. (Intelligence Report, No. 6870.1) (Hektographiert).

Erlar, Georg: Grundprobleme des internationalen Wirtschaftsrechts. Göttingen: Verlag Otto Schwartz & Co. 1956. IX, 215 S. (Göttinger Rechtswissenschaftliche Studien, Band 15). DM 19,80.

Professor Erlar, Inhaber des Lehrstuhles für Völkerrecht der Universität Göttingen, legt hier die erste zusammenfassende Arbeit über das internationale Wirtschaftsrecht vor. Er ging davon aus, daß das klassische Internationale Recht des 19. Jahrhunderts fast nur mit politischen Tatbeständen zu tun gehabt habe und das (nach dem Ersten Weltkrieg

als eigenständige wissenschaftliche Disziplin hervortretende) Wirtschaftsrecht praktisch ausschließlich nur mit innerstaatlichen Regelungen. Erst die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg habe internationale Organisationsbeziehungen und -verfassungen im wirtschaftlichen Bereich in großer Zahl deutlich ins öffentliche Blickfeld treten lassen. Erler betont, daß diese wirtschaftlichen Organisationsformen vielfach ein Maß an Wirkungskraft und Beständigkeit gezeigt haben, wie es die Gestaltungen des politischen Internationalen Rechtes nach der geschichtlichen Erfahrung durchweg nie erreicht hätten. Der rechtlichen Klärung dieses neuen Ordnungsbereiches internationaler Organisation auf den Gebieten der Handels-, Währungs- und Wirtschaftsbeziehungen dient diese Studie, die durch ihre übersichtliche Gliederung, das umfangreiche Quellenmaterial und das Sachverzeichniss besticht. In 22 Abschnitten werden das Ordnungs- und Abgrenzungsproblem des Internationalen Wirtschaftsrechts, die Normenbereiche des Wirtschaftsrechts, das wirtschaftliche Integrationsproblem, das Organisationsproblem (vom internationalen Kontrakt zum internationalen Status) und schließlich die Entwicklung „von der politischen Herrschaft zur wirtschaftlichen Führung“ sowie das Problem der Rechtsform kritisch beleuchtet. Der streng wissenschaftliche Charakter dieses Werkes nimmt ihm nichts von seinem hohen Aktualitätswert.

E. W.

Jahrbuch — Handbuch der Gemeinsamen Versammlung. Luxemburg: Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Gemeinsame Versammlung, Studien- und Dokumentationsabteilung, 1956. 466 S.

Kraus, Herbert: Probleme des europäischen Zusammenschlusses. Würzburg: Holzner-Verlag 1956. 74 S. (Beihfte zum Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg/Pr., Band XVI). DM 4,80.

Non-ferrous Metals in under-developed Countries. New York: United Nations, Department of Economic and Social Affairs 1956. VII, 129 S. (Zu beziehen über Alexander Horn, Wiesbaden.) \$ 1.50.

von Preradovich, Nikolaus: Die Führungsschichten in Oesterreich und Preußen (1804—1918). Mit einem Ausblick bis zum Jahre 1945. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag GmbH. 1955. 240 S. (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, Mainz, Band 11).

Reske-Nielsen, Erik: Det Mellemste Østen. Kopenhagen: Danske Boghandleres Kommissionsanstalt 1956. 136 S. (Institut for Historie og Samfundskonomi, Internationale Studier, No. 1). Kr. 5.—.

Western Co-operation. A Reference Handbook, London: Central Office of Information, Reference Division 1955. VIII, 127 S.

EUROPA - ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Dr. Erwin Weghorn (E. W.), Frankfurt; Joachim Willmann (Wi.), Frankfurt. Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1956 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 11.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONSABTEILUNG DES EUROPARATS

Juni 1956

6. Jahrgang — Nr. 6

Die Tätigkeit des Europarats im Mai 1956

I. RECHTS- UND VERWALTUNGSFRAGEN

Menschenrechte

Beschwerde Griechenlands an die Kommission

Am 7. Mai überreichte der Ständige Vertreter Griechenlands Herr Nicolas Cambalouris, dem Generalsekretär eine Beschwerde an die Europäische Menschenrechtskommission. Diese Beschwerde hat zum Inhalt Verletzungen der Europäischen Konvention zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die nach Ansicht der griechischen Regierung von der Regierung und den Verwaltungsorganen auf der Insel Cypern begangen worden sind. Die Verantwortung für diese Verletzungen wird der britischen Regierung auferlegt. Griechenland beantragte eine dringliche Prüfung der Beschwerde seitens der Kommission.

Die Kommission ist am 28. Mai unter dem Vorsitz von Herrn C. H. M. Waldock zu ihrer 5. ordentlichen Sitzung zusammengetreten und hat folgendes Communiqué veröffentlicht:

„Die Europäische Menschenrechtskommission hat am 28. Mai in Straßburg ihre 5. Sitzung eröffnet.“

Außer 75 Einzelbeschwerden enthielt ihre Tagesordnung die am 7. Mai 1956 von der griechischen Regierung eingereichte Beschwerde betreffend die Befolgung der Bestimmungen der Konvention über die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf der Insel Cypern.

In dieser Angelegenheit übernahm, entsprechend Art. 9 der Geschäftsordnung, der Alterspräsident der Kommission, Herr Paal Berg, ehemaliger Oberster Richter in Norwegen, den Vorsitz.

Die Kommission tagt unter Ausschuß der Öffentlichkeit, und ihre Mitglieder handeln auf eigene Verantwortung, nicht als Vertreter ihrer Länder.

Die griechische Regierung hat als Vertreter vor der Kommission bestellt: Herrn Nicolas Cambalouris, Ständiger Vertreter beim Europarat, und als Rechtsberater die Herren Henri Rolin, Professor an der Universität Brüssel, und Ch. Christidis, Anwalt beim Obersten Gericht in Athen.

Für die britische Regierung treten die Herren F. A. Vallat und H. G. Darwin von der Rechtsabteilung des britischen Außenministeriums auf.“

Das Beschwerderecht vor der Europäischen Menschenrechtskommission ist in den Artikeln 24 und 25 der Konvention geregelt. Gemäß Art. 25 kann jede natürliche Person, jede private Organisation oder Vereinigung von Einzelpersonen eine Beschwerde an die Kommission einreichen, falls sie sich in ihren Rechten durch eine der vertragschließenden Mächte beeinträchtigt glauben und falls diese vertragschließende Macht die Zuständigkeit der Kommission für derartige Beschwerden anerkannt hat. Bis heute sind dem Generalsekretariat etwa 180 solcher Beschwerden zugegangen. Gemäß Artikel 24 kann jede vertragschließende Macht über den Generalsekretär eine Beschwerde bei der Kommission einreichen, die sich auf die Verletzung von Bestimmungen der Konvention durch eine andere vertragschließende Macht beziehen. Die griechische Regierung hat als erste von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Die Kommission ist erst dann zuständig, wenn alle Möglichkeiten der Rechtsverfolgung auf nationalem Gebiet erschöpft sind; ihre hauptsächliche Aufgabe ist es, eine friedliche Regelung herbeizuführen, die den Bestimmungen der Konvention Rechnung trägt. Wenn jedoch eine solche Regelung nicht zustandekommt, verfaßt die Kommission einen Bericht an das Ministerkomitee, das alsdann über den Tatbestand mit Zweidrittelmehrheit entscheidet.

Frankreich ratifiziert die Konvention

Die französische Regierung hat am 9. Mai der Nationalversammlung einen Gesetzesantrag vorgelegt, der den Präsidenten der Republik ermächtigen soll, die Europäische Menschenrechtskonvention zu ratifizieren. Der Antrag ist an den zuständigen Ausschuß überwiesen worden.

Stellung der juristischen Personen

Der Sachverständigenausschuß für die Frage der juristischen Personen hat erstmals vom 14. bis zum 18. Mai unter dem Vorsitz von Herrn Petré (Schweden) getagt. Der Ausschuß soll die grundsätzlichen Fragen prüfen, die durch die Ausarbeitung einer

europäischen Konvention über die Behandlung von juristischen Personen aufgeworfen werden.

Die Europäische Niederlassungsordnung die vom Ministerkomitee im Dezember vergangenen Jahres unterzeichnet wurde, bezieht sich ausschließlich auf die Frage der gegenseitigen Behandlung von natürlichen Personen. Da einige Regierungen den Wunsch äußerten, daß auch eine Einigung über die Behandlung von juristischen Personen zustandekommen möge, wird nunmehr dieser Problemkreis von den Sachverständigen der Regierungen untersucht. Als Arbeitsunterlagen standen dem Ausschuß ein Memorandum des Internationalen Instituts für die Vereinheitlichung des Zivilrechts in Rom sowie der Entwurf eines zweiseitigen Abkommens über die Rechtsstellung ausländischer Gesellschaften, den die Internationale Handelskammer ausgearbeitet hat, zur Verfügung. Die Sachverständigen sind der Auffassung, daß eine zu schaffende Konvention des Europarats nicht im Widerspruch stehen dürfe mit dem Konventionsentwurf über die Anerkennung des juristischen Status von ausländischen Gesellschaften, Vereinigungen und Stiftungen, wie er im Oktober 1951 von der Haager Konferenz für internationales Privatrecht angenommen worden ist.

Eine Konvention des Europarats würde in erster Linie die Frage der Betätigung von juristischen Personen im Ausland regeln. Grundsätzlich sollen nach Auffassung des Ausschusses juristische Personen eines Mitgliedstaates in einem anderen Mitgliedstaat die gleichen Rechte genießen wie in ihrem eigenen Lande. Gewisse Einschränkungen würden sich auf die Form der juristischen Person oder auf ihren Tätigkeitsbereich beziehen.

Der Ausschuß war einstimmig der Auffassung, daß die Regierungen in weitestem Umfange die Beschränkungen der Tätigkeit von juristischen Personen aus einem anderen Mitgliedstaat fortfallen lassen sollten.

Der Bericht des Sachverständigenausschusses wird dem Ministerkomitee vorgelegt werden.

Vereinfachung der Grenzformalitäten

Der Unterausschuß für die Vereinfachung von Grenzformalitäten für Arbeiter, den der Rechtsausschuß der Beratenden Versammlung eingesetzt hat, tagte am 24. Mai unter dem Vorsitz von Herrn Lannung (Däne) in Berlin. Der Unterausschuß unterrichtete sich über die in Mittel- und Osteuropa geltenden Bestimmungen zur Einschränkung des Reiseverkehrs von Einzelpersonen. Die Möglichkeit einer Abschaffung der Einreiseseitvermerke für Angehörige der Staaten Mittel- und Ost-europas in das Gebiet der Mitgliedsländer des Europarats wurde in Erwägung gezogen. Da gegenwärtig der Abschluß einer auf Gegenseitigkeit beruhenden Abmachung mit den kommunistischen Ländern nicht im Bereich der Möglichkeit erscheint, soll die Maßnahme einseitig seitens der Mitgliedsländer des Europarats erfolgen.

Der Unterausschuß prüfte auch einen Vorschlag zur Erhöhung der Devisenzuteilung für Touristen innerhalb der Mitgliedsländer. Es wurde festgestellt, daß Angehörige der Benelux-Länder, Dänemarks und der

Bundesrepublik Deutschland für Auslandsreisen praktisch unbegrenzte Devisenzuteilungen erhalten; dieses Verfahren müsse auch in anderen Mitgliedsländern eingeführt werden. Der Unterausschuß schlug fernerhin vor, Erleichterungen im Reiskreditwesen zu schaffen und gegebenenfalls internationale Postschecks für Reisen einzuführen.

Schließlich untersuchte der Unterausschuß die Möglichkeiten zur Sicherstellung der Durchführung von Empfehlungen der Versammlung in den nationalen Parlamenten und Regierungen.

Anmeldung von Patenten

Herr H. T. A. M. van Rijkevorsel, der Ständige Vertreter der niederländischen Regierung beim Europarat, hinterlegte am 9. Mai beim Generalsekretär die Ratifikationsurkunde seiner Regierung über die Europäische Konvention über das Verfahren bei der Anmeldung von Patenten. Die Ratifikation tritt am 1. Juni 1956 in Kraft.

Die Niederlande haben als siebentes Land die Konvention ratifiziert, nach der Bundesrepublik Deutschland, Griechenland, Irland, Norwegen, der Saar und Großbritannien.

II. KULTURELLE FRAGEN

Sachverständige für kulturelle Fragen

Vom 3. bis zum 9. Mai hielten die Sachverständigen für kulturelle Fragen in Straßburg unter dem Vorsitz von Herrn Reinink (Niederlande) ihre 12. Sitzung ab. Österreich war mit den Herren Hohenwart und Kilbake erstmalig in diesem Gremium vertreten. Mit Ausnahme einer Delegation stimmte der Ausschuß einem Konventionsentwurf über die Anerkennung von Auslandssemestern zu. Dieser Entwurf wird nunmehr den Ministern zur Unterschrift zugeleitet. Der Ausschuß hat einen Haushaltsvoranschlag für 1957 ausgearbeitet, der ebenfalls von den Ministern genehmigt werden muß.

In diesem Entwurf sind folgende Projekte enthalten:

Übersetzung von bedeutenden literarischen Werken aus wenig verbreiteten europäischen Sprachen in das Französische und Englische: Die Sachverständigen haben vorgeschlagen, daß jährlich drei Werke übersetzt werden sollen: ein holländisches, dänisches und norwegisches im Jahre 1957, ein irisches, isländisches und türkisches im Jahre 1958.

Auszeichnung des Europarats für ein europäisches Filmfestival: Diese Auszeichnung könnte erstmals auf dem Berliner Filmfestival 1957 und auf einem besonderen Festival anlässlich der Weltausstellung in Brüssel 1958 vergeben werden.

Jugendkonferenz: Im Jahre 1957 soll eine Jugendkonferenz abgehalten werden, damit die Jugendorganisationen mit Konsultativ-Status beim Europarat ihre Zusammenarbeit mit diesem auf eine gemeinsame Basis bringen können.

Der Europarat soll sich an den Unkosten für die Organisation eines europäischen Jugendreisenzuges beteiligen, um Jugendlichen aus entfernten Mitgliedsländern die Teilnahme zu ermöglichen.

Der Ausschuß beschloß, der österreichischen Regierung die Ausrichtung der Studientagung über die *Darstellung der europäischen Idee* im Jahre 1957 zu übertragen, sowie der niederländischen Regierung die Organisation der 5. Konferenz für die *Revision der Geschichtsbücher*.

Die jährliche *Europäische Studientagung*, die während der Herbstsitzung der Beratenden Versammlung abgehalten wird, soll in diesem Jahre für die Leiter von Mittelschulen stattfinden, 1957 für Gewerkschaftler und 1958 für Jugendleiter.

Belgien, Frankreich und Holland werden in diesem Jahre Zuschüsse für den *Austausch von Arbeitern* erhalten.

Die dritte *Europäische Ausstellung* wird vom 1. September 1956 bis zum 31. Januar 1957 in Rom stattfinden. Das Thema ist: „Das 17. Jahrhundert in Europa, Realismus, Klassizismus und Barock“. Die 4. Europäische Ausstellung wird im nächsten Jahre in Frankreich (Avignon und Paris) mit dem Thema „*Goldschmiedekunst des späten Mittelalters*“ stattfinden.

Der Ausschuß hat dem Ministerkomitee empfohlen, daß der Europarat bei den *Delphischen Festspielen*, die der griechischen Tragödie gewidmet sind, die Schutzherrschaft übernimmt.

Die Sachverständigen haben einen Entwurf für die Antwort der Minister auf die Stellungnahme der Versammlung zum kulturellen Teil des Aktionsprogramms des Europarats ausgearbeitet und die Empfehlung der Versammlung über die Schaffung eines Kulturfonds geprüft. Ferner wurden die Geschäftsordnung des Gemischten Kulturausschusses aufgestellt und ein Bericht der Arbeitsgruppe über die beim Fernsehen auftauchenden kulturellen Probleme geprüft. Eine neue Arbeitsgruppe zu diesem Thema wurde eingesetzt, und der Entwurf einer Entschliebung über die Sendegebühren beim Fernsehen wird dem Ministerkomitee zugeleitet werden.

Herr *Christophersen* (Norwegen) wurde zum Vizepräsidenten gewählt; dem Präsidium des Ausschusses gehören die Delegierten von Österreich, Belgien, Italien, Luxemburg, Norwegen, Großbritannien, Schweden und der Türkei an. Der Ausschuß wird seine 13. Sitzung im Mai in Straßburg abhalten, und sein Präsidium wird sich Ende September in Rom treffen.

Als Vertreter des Ausschusses der Kultursachverständigen im Gemischten Kulturausschuß wurden folgende Herren bestellt: *Reinink*, *Christophersen*, *Conti* (Italien), *Hays* (Irland), von *Trützschler* (Bundesrepublik Deutschland).

III. KOMMUNALE UND REGIONALE ANGELEGENHEITEN

Europapreis

Der Ausschuß für kommunale und regionale Angelegenheiten tagte am 24. Mai in Berlin unter dem Vorsitz von Herrn Jacques *Chaban-Delmas* (Franzose) und beschloß den Europapreis 1956 an die französische Stadt Puteaux und die deutsche Stadt Offenbach zu verleihen. Diese beiden Städte sind verschwistert und er-

hielten den Preis für ihre hervorragenden Bemühungen um das Ideal der europäischen Einheit.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr *Chaban-Delmas*, überreichte dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Dr. *Suhr*, eine Pergamenturkunde des Europarats aus Anlaß der Berliner Tagung des Ausschusses und unter Hervorhebung der glänzenden Leistungen Berlins im Kampf um die Ideale der westlichen Demokratie.

IV. NATIONALE PARLAMENTE

Am 21. April, unmittelbar vor dem Abschluß der ersten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung, teilte der Präsident der Versammlung mit, daß der deutsche Abgeordnete Dr. *Karl Mommer* ihm einen ungewöhnlich interessanten Vorschlag gemacht habe, den er mit dessen Zustimmung zur Kenntnis der Versammlung bringe:

„Herr Mommer ist der Auffassung, daß nach Abschluß der Plenarsitzungen eine Arbeitsgruppe in Tätigkeit treten soll, um die Ergebnisse der Arbeiten der Versammlung und ihre Verwirklichung zu verfolgen. Auf diesem Gebiet besteht zweifellos eine Lücke, und es gibt keine Verbindung zwischen unserem internationalen Apparat einerseits und der Tätigkeit des Ministerkomitees und der Länderparlamente andererseits.

Der Vorschlag von Herrn Mommer geht nun dahin, daß eine zu schaffende Arbeitsgruppe sich mit den Beziehungen zum Ministerkomitee befaßt und außerdem verfolgt, welche Maßnahmen die Länderparlamente auf die Vorschläge der Beratenden Versammlung hin ergreifen. Dieser Gedanke erscheint der genauen Prüfung wert. Über seine praktische Durchführung kann man verschiedener Auffassung sein, Herr Mommer bevorzugt eine Arbeitsgruppe aus den Vorsitzenden der nationalen Delegationen, während der Präsident der Versammlung seine Zusammensetzung aus den Bericht-erstattnern der großen Kommissionen für zweckmäßiger hält, da diese mit den Problemen am besten vertraut sind. Dies sind jedoch Detailfragen, der Gedanke als solcher erscheint ausgezeichnet und erfordert eine eingehende Prüfung.“

Botschaft aus Bonn

Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. *Walter Hallstein*, hat dem Generalsekretär des Europarats am 24. Mai folgende Botschaft zukommen lassen, mit der Bitte, ihren Inhalt den Regierungen der Mitgliedsländer mitzuteilen:

„Herr Generalsekretär,

Ich beehre mich, Ihnen davon Mitteilung zu machen, daß der Deutsche Bundestag eine besondere Sitzung am 22. und 23. März 1956 dem Europarat und den ihm gegenwärtig zur Erörterung vorliegenden Fragen der europäischen Zusammenarbeit gewidmet hat.

In der Bundestagsdebatte ist der übereinstimmende Wille der Abgeordneten aller deutschen Parteien zum Ausdruck gebracht worden, die Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten des Europarats nach Kräften zu fördern und damit den Europarat selbst immer mehr zu einem wirkungsvollen Instrument des europäischen Zusammenschlusses zu machen. In der

Bundestagsdebatte ist insbesondere auch zum Ausdruck gekommen, wie sehr die bisherigen Fortschritte des europäischen Zusammenwirkens in vielen praktischen zwischenstaatlichen Lebensbereichen der zielbewußten und mühevollen Arbeit des Europarats, seiner Regierungsvertreter, Abgeordneten und des Generalsekretärs und seiner Organe zu verdanken sind und in wie hohem Maße die deutsche öffentliche Meinung durch die ständige politische Anteilnahme des Ministerkomitees und der Beratenden Versammlung an der Kardinalfrage der deutschen Politik der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands. beeindruckt ist.

Der Deutsche Bundestag hat sich im einzelnen zunächst mit den großen schwebenden Fragen einer gemeinsamen europäischen Politik in künftigen Ost-West-Konferenzen, einer Fortsetzung der wirtschaftlichen Integration Europas und der wirtschaftlichen Entwicklung Südeuropas befaßt. Er hat dabei mit besonderer Befriedigung die Entschließung Nr. 87 der Beratenden Versammlung des Europarats vom 26. 10. 1955 über die Notwendigkeit einer raschen Wiedervereinigung Deutschlands auf Grund freier Wahlen und den untrennbaren Zusammenhang von Wiedervereinigung, Abrüstung und Sicherheit sowie den entsprechenden Beschluß des Ministerkomitees vom 13. 12. 1955 zur Kenntnis genommen. Der Deutsche Bundestag hat weiterhin die Bereitschaft der Bundesrepublik zum Ausdruck gebracht, an der Schaffung eines alle europäischen Nationen einschließenden, gemeinsamen Marktes durch geeignete Maßnahmen, insbesondere durch gemeinsame Zollsenkungen, tatkräftig mitzuwirken und ihre Hilfe insbesondere auch den noch entwicklungsbedürftigen Gebieten Europas zuteil werden zu lassen, sowie ferner die Notwendigkeit einer möglichst engen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des europäischen Postverkehrs betont. Endlich hat der Deutsche Bundestag wie schon bei früheren Anlässen die Wichtigkeit der vom Europarat zur Lösung des europäischen Flüchtlingsproblems vorgesehenen Maßnahmen hervorgehoben und sich zu einem möglichst umfassenden kulturellen Austausch der Mitgliedstaaten des Europarats bekannt.

In seinen Erörterungen hat sich der Deutsche Bundestag auch mit einer Reihe von technischen Fragen befaßt die insgesamt die Erleichterung des europäischen Reiseverkehrs zum Gegenstand haben und im einzelnen die Vereinfachung der Grenzformalitäten für Reisende des Eisenbahn-, Luft- und Kraftwagenverkehrs betreffen. Ich darf dabei daran erinnern, daß die seinerzeitige Initiative der Bundesrepublik zur Abschaffung der Visen bei den Mitgliedstaaten des Europarats auf allgemeine Zustimmung gestoßen ist und daß damit ein erster wirksamer Schritt zur dringend notwendigen Vereinfachung des europäischen Reiseverkehrs unternommen wurde. Die Bundesrepublik stellt nunmehr zur Erwägung, die Abschaffung des Paß- und Triptvkwzuges unter den Mitgliedstaaten des Europarats in Angriff zu nehmen, und steht von sich aus, was den Fortfall des internationalen Carnet für Reisende in Personenkraftwagen und insbesondere der Zollbürgschaft der Automobilverbände für die vorübergehende Einfuhr von Personenkraftwagen anbelangt, im Begriff, entsprechende Maßnahmen zu treffen. Eine möglichst weitgehende Vereinfachung der europäischen Grenzformalitäten muß für die Herbeiführung einer europäischen Verständigung und Stärkung der europäischen Zusammenarbeit als wesentliche Vorbedingung angesehen werden. Die Bedeutung der einer weiteren Erleichterung des europäischen Reiseverkehrs im

einzelnen zugrunde liegenden technischen Probleme dürfte ihre eingehende Prüfung durch die Ministerbeauftragten und gegebenenfalls die Sachverständigen der Mitgliedsregierungen des Europarats rechtfertigen. Die Bundesregierung wird hierzu geeignete Vorschläge vorlegen.

Herr Generalsekretär! Die Europarat-Debatte des Deutschen Bundestags trägt bewußt dem bereits vielfach in der Beratenden Versammlung zum Ausdruck gekommenen Wunsch nach stärkerer Einschaltung der nationalen Parlamente in die Europa-Arbeit Rechnung. Sie ist ein Beweis für das lebhafteste Interesse der Bundesrepublik an einer Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit in allen Lebensbereichen und zugleich eine Bestätigung für die Nützlichkeit der im Europarat von seinen Mitgliedern bisher geleisteten Arbeit.

Ich darf Sie bitten, dieses Schreiben den übrigen Mitgliedsregierungen zur Kenntnis zu bringen.

Genehmigen Sie, Herr Generalsekretär, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. Hallstein"

V. VERSCHIEDENES

Berlin

Die Tagung von zwei Ausschüssen der Beratenden Versammlung, die kürzlich in Berlin abgehalten wurden, gaben Veranlassung zu einer Reihe von Veranstaltungen. Bei den Ausschüssen handelte es sich um den Unterausschuß des Rechtsausschusses für die Vereinfachung der Grenzformalitäten und den Sonderausschuß für kommunale und regionale Angelegenheiten.

Der Generalsekretär des Europarats, Herr Léon Marchal, nahm an den Sitzungen teil, nachdem er in Bonn eine Reihe von führenden Persönlichkeiten gesprochen hatte, insbesondere Staatssekretär Dr. Hallstein. In Berlin wurde Herr Marchal vom Präsidenten der Bundesrepublik, Prof. Theodor Heuss, empfangen, der auch Ehrengast eines vom Regierenden Bürgermeister, Dr. Otto Suhr, für die Mitglieder der beiden Ausschüsse gegebenen Frühstücks war.

Bei einem Treffen von mehreren tausend Jugendlichen ergriffen die Herren Carlo Schmid, Jacques Chaban-Delmas, Karl Wistrand und Hermod Lannung in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete der Beratenden Versammlung das Wort.

Europafilm

Der Film „Europe, humaine aventure“, der unter der Schutzherrschaft des Europarats hergestellt worden ist und an dessen Fertigstellung mehrere Mitgliedsregierungen beteiligt sind, wurde am 4. Mai von Herrn André Siegfried in Gegenwart des französischen Ministerpräsidenten, Guy Mollet, und des französischen Außenministers, Christian Pineau, erstmals öffentlich vorgeführt.

Ständige Vertreter

Die Republik Österreich hat als Ständigen Vertreter beim Europarat den Gesandten Eduard Ludwig ernannt.

Herr Ludwig ist seit Mai 1953 österreichischer Beobachter in Straßburg gewesen.

Frl. M. Z. N. Witteveen, bisher Botschaftsrat an der niederländischen Botschaft in Moskau, wurde zum Ständigen Vertreter der Niederlande beim Europarat ernannt. Der bisherige Ständige Vertreter, Herr van Rijckevorsel, wurde von seiner Regierung zum Generalkonsul in New York ernannt.

Wanderausstellung des Europarats

Die Wanderausstellung des Europarats, die seit Anfang dieses Jahres in Frankreich und Belgien gezeigt worden ist, wurde am 19. Mai anlässlich der Verschwisterung der französischen Stadt Puteaux mit acht anderen europäischen Städten gezeigt. Bei dieser Zeremonie waren anwesend die Herren Paul Henri Spaak (belgischer Außenminister), André Le Troquer (Präsident der französischen Nationalversammlung), Gérard Jacquet (französischer Staatssekretär für Informationswesen und Abgeordneter der Beratenden

Versammlung). Der Generalsekretär des Europarats war durch die Herren René Foch und Arnold Struycken vertreten.

Europadorf

Herr Léon Marchal, Generalsekretär des Europarats, legte am 6. Mai in Aachen den Grundstein des ersten Europadorfes für verschleppte Personen. Die Zeremonie wurde eröffnet durch eine Ansprache des Initiators der Idee der Europadörfer, Pater Pier. Ferner anwesend waren der deutsche Flüchtlingsminister, Dr. Oberländer, und Herr Paul van Zeeland, ehemaliger belgischer Ministerpräsident.

Das erste Europadorf besteht aus 12 Häusern, von denen je 2 von Frankreich und Belgien, je eines von Luxemburg und den belgischen Truppen in Deutschland gestiftet wurden. Die übrigen Häuser wurden mit Spenden aus verschiedenen europäischen Ländern erbaut.

Die Flagge des Europarats wird ständig über diesem Dorfe wehen.

BERATENDE VERSAMMLUNG

Der neue Präsident

Am 16. April 1956 wurde Herr Fernand Dehousse, sozialistisches Mitglied des belgischen Senats, durch Akklamation zum Nachfolger des bisherigen Präsidenten der Beratenden Versammlung, Herrn Guy Mollet, gewählt.

Wenn Herr Dehousse auch der Beratenden Versammlung erst seit Mai 1954 angehört, sind seine Beziehungen zum Europarat doch schon von langer Dauer. Im Jahre 1948 nahm er an den Arbeiten zur Vorbereitung des Statuts des Europarats teil.

Herr Dehousse ist überzeugt von der Notwendigkeit einer wirklichen Einheit Europas, er gehört dem Belgischen Rat der Europäischen Bewegung an sowie der Sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa. Bei der Schaffung aller europäischen Institutionen hat er eine bedeutsame Rolle gespielt. In der Beratenden Versammlung hat er sich mit der europäischen Zusammenarbeit auf sozialem Gebiet befaßt und sich insbesondere für die Schaffung eines europäischen Wirtschafts- und Sozialrates, bestehend aus Vertretern der Arbeitnehmer, Arbeitsgeber und Regierungen, eingesetzt. Bei der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gehört er dem Politischen und dem Sozial-Ausschuß an.

Eine besonders aktive Rolle spielte Herr Dehousse bei der Ausarbeitung des Vertrages für eine europäische politische Gemeinschaft, indem er Berichterstatter des unter dem Vorsitz von Herrn von Brentano stehenden Verfassungsausschusses war.

Im Juli 1955 wurde Herr Dehousse zum Präsidenten der Abstimmungskommission an der Saar ernannt.

Der neue Präsident der Beratenden Versammlung hat sein Land viermal bei der Versammlung der Vereinten Nationen vertreten, ferner beim Wirtschafts- und Sozialrat der UN, dessen Vizepräsident er 1950 war, sowie bei der Menschenrechtskommission. Außer

seinen zahlreichen Ämtern bei europäischen und internationalen Organen der Zusammenarbeit ist Herr Dehousse Leiter des belgischen „Institut des Relations internationales“, Gründer und Leiter des „Institut de sciences politiques“ und hat eine Anzahl von Werken über das internationale Recht, über die Geschichte der Diplomatie und die Außenpolitik herausgegeben.

Fernand-Louis-Jean Dehousse ist am 3. Juli 1906 in Lüttich geboren. Er oblag seinen Studien in Paris, Grenoble und Genf und ist Doktor der Rechte und der Sozialwissenschaften der Universität Lüttich. Seit 1940 hat Herr Dehousse einen Lehrstuhl an der juristischen Fakultät in Lüttich und hat verschiedentlich Vorlesungen an der Universität von Paris, an der Akademie für Internationales Recht in Den Haag und am Europakolleg in Brügge gehalten.

Der neue Direktor der Versammlung

Am 21. April 1956 hat die Beratende Versammlung des Europarats Herrn Gerhard Schloesser (Deutscher) zu ihrem neuen Direktor gewählt. Herr Schloesser tritt die Nachfolge des im September 1955 verstorbenen Herrn Arnold Struycken an. Herr Schloesser wurde am 7. Dezember 1908 in Stuttgart geboren und studierte die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten in Tübingen, Berlin und München. Herr Schloesser promovierte zum Doktor iur. und legte beide Staatsprüfungen ab.

Im Oktober 1945 wurde Herr Schloesser stellvertretender Finanzminister des Landes Württemberg-Hohenzollern, zu seinen Aufgaben gehörte damals die Vorbereitung des Marshall-Planes für dieses Bundesland. Im November 1949 wurde er in das Staatsministerium des damaligen Landes Württemberg-Baden berufen, wo er den Posten eines Staatssekretäres beim Ministerpräsidenten innehatte und die Beziehungen zwischen Regierung und Landtag sowie zu den politi-

schen Parteien zu pflegen hatte. Gleichzeitig stand Herr Schloesser in ständiger Verbindung mit den Bundestagsabgeordneten aus Württemberg-Baden, um die Interessen des Landes auf Bundesebene zu wahren. Im

Jahre 1952 wurde Herr Schloesser zum Staatsrat ernannt, er hat seit langem als Vertreter seiner Regierung an internationalen Konferenzen und Verhandlungen teilgenommen.

VORLAUFIGER TERMINKALENDER

1. Juni:	Präsidium der Beratenden Versammlung (Paris)	18. Juni u. ff.:	Gemeinsame Versammlung der EGKS — Zweiter Teil (Straßburg)
1. u. 2. Juni:	Ständiger Ausschuß (Paris)	19. bis 21. Juni:	Arbeitsgruppe für das Statut eines europäischen Beamtenkorps (Straßburg)
4. Juni:	Gemischte Arbeitsgruppe (Paris) Gemischter Ausschuß (Stellvertreter) (Paris)	26. Juni:	Gemischter Unterausschuß für die Wiedereingliederung der geflüchteten Landwirte (Rom)
5. u. 6. Juni:	Gemeinsame Sitzung der Präsidien der Beratenden Versammlung und der Versammlung der WEU (Paris)	26. bis 29. Juni:	Sonderausschuß für Landwirtschaft (Rom)
8. bis 16. Juni:	40. Sitzung der Stellvertreter der Minister (Straßburg)	19. bis 21. Juli:	Ausschuß für Wirtschaftsfragen (Paris)
11. Juni:	Berater des Sonderbeauftragten für Flüchtlinge und Überbevölkerung (Paris)	21. Juli:	Verbindungsausschüsse Europarat — OEEC (Paris)
11. bis 13. Juni:	Sondersitzung des Ausschusses für kulturelle und wissenschaftliche Fragen (Paris)	15. bis 27. Oktober:	Zweiter Teil der 8. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung (Straßburg)
13. bis 16. Juni:	Vorbereitende Sitzung des Lenkungs Ausschusses für den Wiederansiedlungsfonds des Europarats (Paris)	20. Oktober:	4. gemeinsame Sitzung der Mitglieder der Beratenden und der Gemeinsamen Versammlung
15. bis 18. Juni:	Sonderausschuß für die im Europarat nicht vertretenen europäischen Nationen (Berlin)	21. Oktober:	Offizielle Einweihung des europäischen Fensters im Münster zu Straßburg

